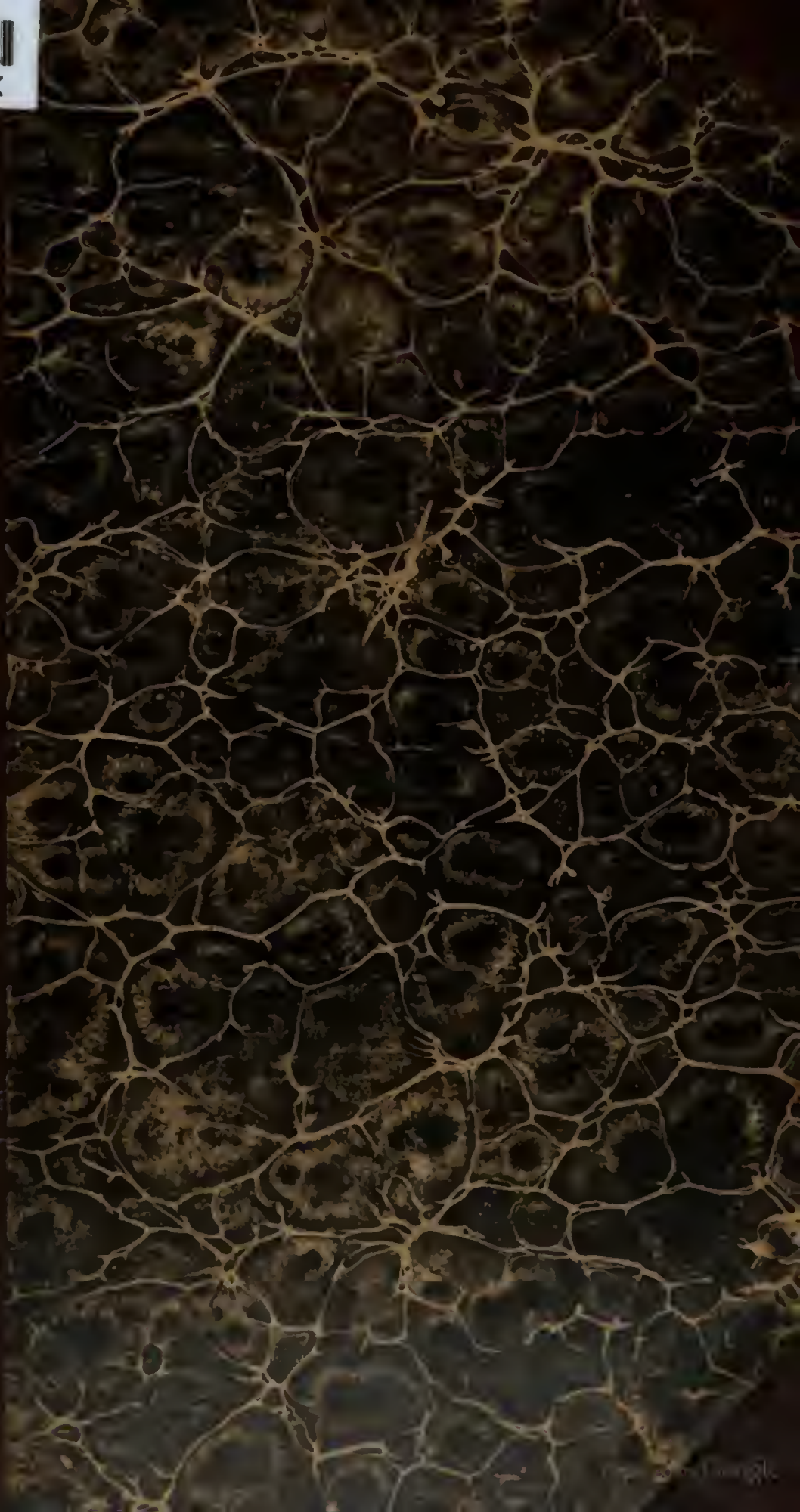
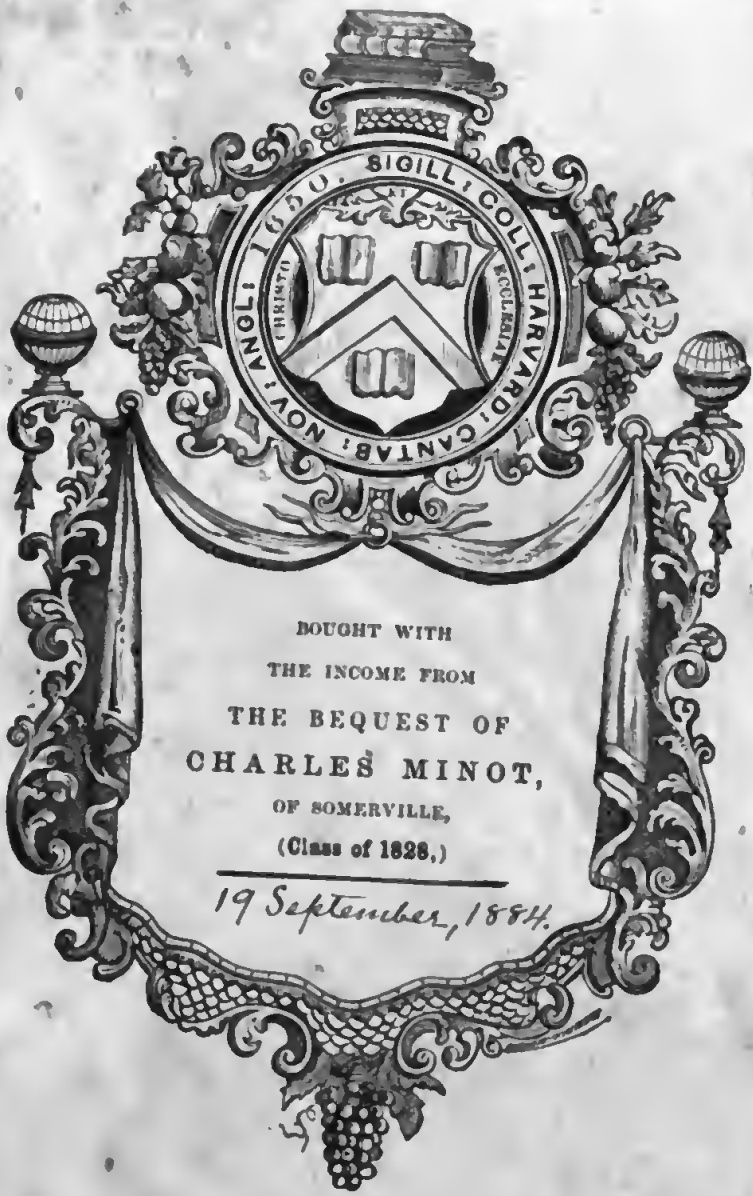
WIDENER
HN PHF9 K



Rom 5997. 20.50



BOUGHT WITH
THE INCOME FROM
THE BEQUEST OF
CHARLES MINOT,
OF SOMERVILLE,
(Class of 1828,)

19 September, 1884.

Partly mal.

Siebenbürgische

Rechtsgeschichte

von

Friedrich Schuler v. Libloy,
ord. öff. Professor an der k. ung. Rechtsakademie zu Hermannstadt.

Zweiter Band:

Die siebenbürgischen Privatrechte.

Zweite durchgehends vermehrte Auflage.

Im Anhange: „Das sächsische Statutargesetzbuch von 1583".

Hermannstadt,
Druck und Verlag: Buchdruckerei der v. Closius'schen Erbin.
1868.

Rom 5997.20.50
~~Aus 90396.1~~
~~II, 3612~~

S... 19 1884
Heinrich fund.

Vorwort

zur zweiten Auflage.

Die siebenbürgischen Privatrechte standen in so nahem Zusammenhange mit öffentlichen Beziehungen des politischen Nationallebens, daß die Aenderungen im Staatsrechte überall dort ihren Einfluß geltend machten, wo Grund und Boden als Träger der adligen Persönlichkeit angesehn worden sind. — Wenn auch nicht im J. 1853 die Einführung des östreichischen allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches stattgefunden hätte, das frühre Privatrecht, zumal das ungarische, wäre aus innrer Nothwendigkeit der Auflösung verfallen, denn ganz abgesehn von den Bedürfnißen eines reger gewordnen Verkehrs, welche die frühere Gebundenheit privatrechtlicher Befugniße sprengten und die Hebung des Realcredites gebieterisch verlangten, waren ja mit der Gesetzgebung des J. 1848, durch die Aufhebung der Aviticität und des Donationssystems, mit der Gleichstellung aller Staatsbürger vor dem Gesetze und der Entlastung von Grund und Boden, die Grundpfeiler der bisherigen Institute umgestürzt und mußten neue an ihre Stelle treten. Man hat auch wirklich allenthalben den Fortschritt auf diesem vernachlässigten Gebiete der Gesetzgebung verlangt und angestrebt — (der 15. Gesetzartikel des ungarischen Landtags von 1848 gibt hievon redendes Zeugniß) — bis der völlige Umschwung sämmtlicher Verhältnisse, nach 1848, plötzlich die Schöpfungen einer neuzeitig entwickelten Gesetzgebung auch hieher verpflanzte.

Das vereinzelte Ringen nach den Gestaltungen frührer Privatrechte, zumeist genährt von der Abneigung gegen ehvorigen Druck eines fremd auftretenden Absolutismus und irregeführt durch den Mangel wissenschaftlicher Erkenntniß, wird in das Beet neuer Codificationsarbeiten

abgeleitet werden; dieſe aber — dafür bürgt mehr als ein Name ungariſcher Patrioten — können unmöglich zum Ziele haben, den erlangten Gewinn hintanzugeben; — die Rechtsgeſchichte enthält auch hierüber lehrreiche Warnung. — Von andrer Seite freilich wird das Beſtreben in den Vordergrund treten, für den Adel eine neue zugleich privatrechtliche Grundlage, wie dies bisher im ungariſchen Rechte ganz vorzugsweiſe der Fall geweſen iſt, wieder gewinnen zu wollen; geſchieht es durch Errichtung von Fideicommißen u. dgl. m., ſo möchte die Stellung einer Nobility Englands erreicht und feſtgehalten werden; — was aber da hinein nicht paßt, wird endlich mit dem wahren Adel bürgerlicher Arbeit und Wiſſenſchaft zu einer neuen Gentry ſich vereinigen und hierin die wahre Werthbemeſſung finden.

Was unſern Stoff an Geſetzen und Urkunden betrifft, habe ich Nähres in den bezüglichen Einleitungen und Nachworten, ſowie in der Vorrede des gleichzeitig vollendeten dritten Bandes ausgeſprochen.— Der Forſcher vermag unter der Decke noch Edelgeſtein aufzufinden, wo der Wanderer an der Oberfläche die Blumen vermißt und der laute Bedarf des Tages achtlos vorüberſchreitet.

Hermannſtadt anfangs November 1867.

Der Verfaßer.

Inhalts-Verzeichniß.

I. Das ungarische Privatrecht.

(Zweiter Theil der innern Rechtsgeschichte).

Vorerinnerung.

Seite.

§ 1. Die Quellen des ungarischen Privatrechts 3
§ 2. Rechtsliteratur 6

Einleitung.

§ 3. Begriffsbestimmungen und Systemisirung 7

A. Allgemeiner Theil.

I. Die Rechtssubjecte.

§ 4. Begriff der Persönlichkeit 9
§ 5. Rechtsfähigkeit nach Geburt und Alter 9
§ 6. Rechtsfähigkeit nach dem Geschlechte 12
§ 7. Rechtsfähigkeit nach der Gesundheit 13
§ 8. Rechtsfähigkeit nach der Ehre 14
§ 9. Rechtsfähigkeit der Adligen 15
§ 10. Rechtsfähigkeit der Bürger 20
§ 11. Rechtsfähigkeit der Bauern 22
§ 12. Rechtsfähigkeit der Berufsstände 22
§ 13. Rechtsfähigkeit der Fremden 23
§ 14. Rechtsfähigkeit nach dem Glaubensbekenntnisse 24
§ 15. Rechtsfähigkeit nach der Verwandschaft 24
§ 16. Rechtsfähigkeit juristischer Persönlichkeiten 25

II. Die Rechtsobjecte.

§ 17. Sachen und Rechte 26
§ 18. Weitre Eintheilung der Sachen und Rechte 28
§ 19. Avitische und erworbne Sachen und Rechte 30
§ 20. Die Schätzung der Sachen 35

Digitized by Google

Seite.

III. Die Rechtsformen.

§ 21. Beſitz und Eigenthum 38

Entſtehung und Endigung von Rechtsverhältniſſen.

§ 22. a) durch Willenserklärungen (fassiones) 39
§ 23. Zuſatz: der Darlehnsvertrag 42
§ 24. b) durch Zeitablauf (Verjährung) 45
§ 25. c) durch Zufall und unerlaubte Handlungen 51
§ 26. Zuſatz: die Potenzfälle 51

Schutz der Rechtsverhältniße.

§ 27. a) durch eigne, gerichtliche Mittel und den Retract . . . 54
§ 28. b) durch Nebenverträge . . . . . .
§ 29. c) durch Beſtellung einer Hypothek und Pfändung . . . 55
§ 30. Zuſatz: Privilegien 55

B. Beſondrer Theil.

I. Einzelrechte an Sachen (Beſitzrechte).

§ 31. Einleitung 57

1) Das ungariſche Lehnsweſen.

§ 32. Begriff und Gegenſtand der königlichen Schenkung . . . 58

Die beſondern Impetrationstitel:

§ 33. a) der defectus seminis 61
§ 34. b) Die nota infidelitatis 66
§ 35. c) Der consensus regius 69
§ 36. d) Das jus regium 72
§ 37. e) Die nova donatio 73
§ 38. Die Statution, Einführung in den Güterbeſitz 76
§ 39. Die aus der königlichen Schenkung hervorgehenden Beſitz- und Adelsrechte 81
§ 40. Zuſatz: Beſondre Arten königlicher Schenkung . . . 83
Das Grundherrn- und Unterthanweſen 83

2) Verträge über Grund und Boden.

Die Perennalfaſſionen über Beſitzrechte:

§ 41. Der Kaufvertrag im Allgemeinen 93
§ 42. Das Näherrecht 101
§ 43. Die Temporalfaſſion (Verpfändung) 103
§ 44. Die Mutualfaſſion (Erbvertrag) 107
§ 45. Zuſatz: Das Teſtament 108
§ 46. Die Cambialfaſſion 109

II. Familienrechte.

§ 47. Die Familie und Ehe 115
§ 48. Die Vermögensrechte der Frau 116

Seite.
§ 49. Die väterliche Gewalt 127
§ 50. Vermögensrechte der Kinder 131
§ 51. Die Legitimation 133
§ 52. Die Vormundschaft 134

III. Erbrechte.

§ 53. Hauptgrundsätze und Eintheilung der Erbfolge . . . 147
A. Nachfolge aus der Verwandschaft:
§ 54. a) Erbrecht der Descendenten 148
§ 55. b) Erbfolge der Ascendenten 150
§ 56. c) Erbfolge der Collateralen 150
§ 57. Eigenthümlichkeiten der Erbfolge unter Seklern und Bauern . 151
B. Erbfolge aus der besondern Anordnung des Gesetzes:
§ 58. a) Wechselseitige Erbfolge der Gatten 154
§ 59. b) Caducitätsrechte 156
§ 60. Erbschaftstheilung und Lasten der Verlassenschaft . . . 157

Anhang.

I. Die Sekler Municipal-Constitutionen vom Jahre 1555 und das betreffende Approbatalgesetz (übersetzt) 163
II. Das sogenannte Aviticitäts-Patent vom 29. Mai 1853 . . 183
Nachwort 201

II. Das sächsische Privatrecht.

(Dritter Theil der innern Rechtsgeschichte).

Vorerinnerung.

§ 1. Die Quellen des siebenbürgisch-sächsischen Privatrechts . . . 205
§ 2. Begriffsbestimmung und Eintheilung 206

I. Das Familienrecht.

§ 3. Die Einzelperson als Rechtssubject 207
§ 4. Die Gemeinde 209
§ 5. Die Ehe und Familie 215
§ 6. Das eheliche Güterrecht 219
§ 7. Das Erbrecht 224
§ 8. Die Erbschaftstheilung 227
Divisorats-Instruction 232
§ 9. Die Vormundschaft 235
Pupillar-Instruction 239
§ 10. Erbgemäch und Liebniß 244
§ 11. Das Legat 247

Seite.

II. Obligationenrecht.

§ 12. Dingliches Recht 249
Grundbuchs-Instruction 254
§ 13. Die Verträge im Allgemeinen 261
§ 14. Der Leihvertrag und das Darlehn 264
Aus der Cridalnorm von 1772 268
Aus der Fallitenordnung von 1772 270
K. K. Wechselpatent von 1771 277
Der 37. Landtagsartikel von 1791 300
Der zweite Landtagsartikel von 1792 300
§ 15. Die Pfandbestellung 302
§ 16. Der Verwahrungsvertrag 306
§ 17. Der Bestandvertrag 308
§ 18. Der Kaufvertrag 311
§ 19. Die Bürgschaft 316
§ 20. Der Schadenersatz 317
§ 21. Der Vergleich 318
§ 22. Die Verjährung 320

Erster Anhang. Die Hermannstädter Municipal-Constitutionen von 1698.

Zweiter Anhang. Die Statuta jurium municipalium Saxonum in Transsilvania von 1583 — mit Noten — und deutschem Text — (aus der ersten Auflage beigegeben).

I.

Das Privatrecht

der

Siebenbürger Ungarn und Sekler

im

systematischen Grundrisse.

Digitized by Google

Die Inſtitute des ſiebenbürgiſch-ungariſchen und ſekleriſchen Privatrechts.

(Zweiter Theil der innern Rechtsgeſchichte[1]).

Vorerinnerung.

§ 1. Die Quellen des ungariſchen Privatrechts.

I. Allgemeine Hauptquellen:

1. Das Corpus Juris Hungarici (A' régi magyar királyok végzeményei).
2. Das Tripartitum[2]) (Verböczy Hármas Könyve).
3. Die Approbatae et Compilatae Constitutiones.
4. Die nachherigen Landtagsbeſchlüſſe (Az újabb törvényczikkek).

II. Beſondre Hauptquellen

(insbeſondre mit Rückſicht des Sekler-Rechts).

5. Die Statute (Municipal-Conſtitutionen, a' helyhatósági törvények).

Die Erforderniſſe ſind: „Stimmenmehrheit" — „Localgegenſtände oder Innerverhältniſſe" und „kein Widerſpruch mit ſtaatlichen Grundgeſetzen", endlich „Genehmigung". — Vergleiche Tripartitum Prolog. tit. 8; — auch 12 : 1791 (erſte Auflage dieſes Handbuchs I. Seite 135 und zweite Auflage I. S. 412)

[1]) Vergl. dieſe Eintheilung mit jener im erſten Bande der „ſiebenbürgiſchen Rechtsgeſchichte" wornach die folgende Darſtellung der Privatrechte als zweiter Band erſcheint, und ſich unmittelbar ſo anſchließen läßt, daß die „Einleitung" und „äußre Rechtsgeſchichte" auch hier als vorhergehender Theil zu betrachten ſind.

[2]) Des Grafen *Cziráky* Urtheil über das Tripartitum: „Mangel an Ordnung, minder richtige Definitionen, Flüchtigkeit und nicht erſchöpfende Behandlung einiger Hauptgegenſtände, beſonders über Contracte und Teſtamente; in Manchem Unklarheit, endlich Nachläſſigkeit des Styls". — (Mündlicher Vortrag).

über die Activität der Comitats-Congregationen u. s. w. — besonders aber nachfolgend Tripartitum III. Theil, zweiter Titel:

Utrum quilibet Populus, vel Comitatus, possit per se condere Statuta?

Quia Leges dudum approbatae, ac Consuetudines praedictorum Regnorum Dalmatiae, Croatiae, Sclavoniae, et Transylvaniae, certis in Terminis, et Articulis, a nostrae Patriae, Regni scilicet hujus Hungariae Legibus, et Consuetudinibus discrepare: Nonnulli etiam Comitatus, distinctim, ac seperatim ab aliis Comitatibus, imo etiam ab ipsa Curia Regia certas Consuetudines, utcunque inductae, loco Legum observare videntur:

§ 1. Ideo quaeritur; utrum quilibet Populus, vel Comitatus, aut quaelibet Civitas, possit per se, et seorsim facere Statuta? Dicendum, quod nullus Populus, et nulla Universitas potest condere Statuta, quae non habet Jurisdictionem propriam, sed alterius subest Dominio, nisi cum consensu sui Superioris: Et hoc quoque in casibus, qui Juri Divino, et humano praejudicare non dignoscuntur: Ita, ut Statuta ipsa iniquum aliquid, salutique contrarium non contineant, neque Juribus aliorum palam derogare, praejudiciumque inferre videantur.

§ 2. Unde licet Dalmatini, Croatienses, Sclavonienses, et Transylvanienses, in Homagiorum, et Birsagiorum solutionibus, aliisque certis causarum processibus, et terminorum observationibus (eicuti infra clarius dicetur) alia et alia Consuetudine a nostra longe discrepante utantur; utendique, et fruendi habeant authoritatem, et inter se modo quoque, illis simile aliquid, de consensu Principis statuere, et ordinare possint: Contra tamen Generalia Statuta, et Decreta Regni hujus Hungariae; et contra Judicia, Judiciariaeque deliberationes, et super facto Bonorum, et Jurium possessionariorum, in Curia Regia, per Judices Ordinarios administrari solita, celebrarique, et pronunciari consuetas, nil quidquam constituere possunt, nullamque statuendi habent facultatem.

§ 3. Et in hujus documentum, atque signum, universae causae, super facto Jurium possessionariorum, in medio eorum motae, finitis inibi causis, in Curiam Regiam, tanquam scilicet Locum Interrogatorium, gratia sanioris, et maturioris revisionis, examinationisque, et discussionis, transmitti consueverunt.

§ 4. Ubi quidquid deliberatum, et conclusum fuerit; ratum semper erit, atque firmum: Banali, vel Waivodali deliberatione non obstante.

§ 5. Sic etiam in diversis Comitatibus, diversas Constitutiones, super agrorum, pratorum, silvarum, et fluviorum custodia, vel molendinorum statu, atque proventibus, et aliis ejuscemodi rebus; imo et terminorum, ac processuum observationibus; ut scilicet hic breviori, et ibi longiori processu, causa in Sede Judiciaria Comitatus, coram Comite Parochiali mota terminetur; sana inter sese deliberatione praehabita, facere quidem, et stabilire possunt: Generali tamen Decreto totius Regni, atque vetustae, et approbatae Consuetudini Curiae Regiae, in Judiciis observari (ut praemittitur) solitae, praejudicare, ac derogare nusquam possunt.

§ 6. Et hujusmodi eorum Statuta, solummodo inter eos, et in eorum medio valent, atque tenent: Ad exteros tamen, et aliorum Comitatuum Nobiles, qui Bona, et Jura possessionaria, in ipeorum medio non habent, se non extendunt.

§ 7. Et hoc modo, Civitates quoque Liberae; nec non Mercatores, ac Institores, Sartores, Pellifices, Sutores, Cerdones, et alii opifices, in ipeorum

Digitized by Google

Collegio, et inter sese Statuta condere possunt consensu Principis accedente: Dummodo hujusmodi Statuta, justa, et honesta fiant, aliisque et aliorum libertatibus, ac Juribus damnum, et praejudicium non inferant. Quae, sicuti praefertur, in eorum duntaxat medio valent, atque durant.

§ 8. Debent autem ejuscemodi Constitutiones, et Statuta, cum majori, et saniori parte Populi fieri, atque stabiliri: Quia aliter, non dicerentur Populi, vel Communitatis Statuta. Verum, si Populus in duas divideretur partes; tunc Constitutio sanioris, et potioris partis valet. Sanior autem, et potior pars illa dicitur; in qua dignitate, et scientia fuerint praestantiores, atque notabiliores.

6. Die Privilegien (A' kiváltság levelek [1]).

III. Hilfsquellen (Subsidiäre Nebenquellen).

7. Das Gewohnheitsrecht und der Gerichtsgebrauch (das Herkommen als jus non scriptum, szokásos jog, törvényszéki szokás [2]).
8. Die Präjudicien (Urtheile höhrer Gerichtshöfe, felsöbb törvényszékek itéleteik avagy elhatározásaik).

Vorzunehmen Tripart. II. 6 § 3. — Unde traxerit originem Consuetudo nostra in Judiciis observanda? Tertio vero ex Judicum Ordinariorum Regni Sententiis — und daselbst § 11 heißt es: „Tertio vero et ultimo ex Judicum Ordinariorum Regni Sententiis Literisque Adjudicatoriis iteratis, imo pluribus vicibus uno et eodem ordine ac modo processuque latis et confectis ac executione juridica roboratis, Consuetudo ipsa emanavit" u. a. O.; vergl. 7:1791 (erste Auflage I. S. 128 und zweite Auflage S. 263 und hier staatsrechtliche Lehre).

Ueber ungarische „Curial-Decisionen" siehe die Sammlung des Grafen *Cristof Niczky, Anton v. Vörös* und *Jos. Kelcz*, gedruckt Preßburg 1800 und zweite Anflage 1817. Daraus das „Planum curiale" (Tabulare vulgare. 1800).

---

[1]) Siehe Tripart. II. Theil, die Titel 7—12, welche die Lehre über diese Rechtsquelle enthalten; dann noch betreffs äußrer Form und herkömmlichen Styls Appr. Const. IV. 13. tit. 1. art. („és szokott stilusi szerint emanaltassanak" — „salvo jure alieno") auch betreffs des Verlustes zu vergl. Appr. Const. III. tit. 8, art. 8 (1665) u. a., sowie III. 85. 1. und C. C. IV. 12. 2; endlich 19:1791 (in erster Auflage I. S. 141, in zweiter Aufl. S. 361).— Der Gegenstand war ein aus der Machtvollkommenheit des Fürsten fließendes ihm sonst zustehendes Recht oder Gut, welches verliehen wurde, die Erfordernisse theils innre, theils äußre; erstre umfaßt die Clausel „salvo jure alieno", letztre sprechen sich aus im herkömmlichem Curialstyle. — Nähres in ausführlichern Werken über „Privatrecht", so *Sachsenheim* „Civilrecht" S. 15 u. A. — Endlich „Diploma assecuratorium", womit die Privilegien immer neuerdings bestättigt worden sind.

[2]) Vorzunehmen Tripartitum Prologus tit. 10—12. Die Rechtsquelle herrschte in frühern Jahrhunderten vor, sie war Hauptquelle und behauptete oft eine virtus derogativa. Ihre Erfordernisse: „rationabilis" — „praescripta" und „frequentia actuum". Siehe Tudom. Gyüjtem. 1831, 8. Heft, S. 88 und 1841. 1, S. 28; dann *Peryer* Magyar Törvénytár 1830, S. 16, Note XX. auch „Nemzeti Társalkodó" 1834. I. S. 1 und 313—348, sowie 1834. II. S. 145—164 über die „consuetudo"; endlich neure Privatrechtswerke.

9. Normalien oder Verordnungen (Patente, Reſcripte, Hof- und Gubernialdecrete, Amtserläſſe) inſofern ſie aufgenommen wurden und dieſemnach mittels Gerichtsgebrauches auch Hauptquelle werden konnten (Rendeletek, szabályzatok, stb.).

Dieſelben ſind nach art. 8 : 1791 zu beurtheilen, welcher lautet:

„De Legali Potestatis Executivae Exercitio.

Sacratissima Sua Majestas Status et Ordines securos reddit, nunquam per Edicta, seu sic dictas Patentales, quae alioquin in nullis unquam Regni Judiciis acceptari possint, Principatum hunc Transylvaniae, Partesque eidem incorporatas gubernandas fore. Expeditione Patentalium ad eum duntaxat casum reservata, ubi in rebus Legi alioquin conformibus publicatio debito cum effectu, hac unica ratione obtineri valeret. Proinde Forma Judiciorum Lege stabilita, aut stabilienda, Auctoritate Regia non immutabitur, nec legitimarum Sententiarum Executiones Mandatis Legi non conformibus impedientur, aut per alios impediri admittentur, nec Sententiae legitimae Fororum Judiciariorum per missilia Mandata alterabuntur, aut suspendentur, sed secundum conditas hucusque, aut in futurum condendas Leges, et Diplomaticam Regni Constitutionem, Judicia per competentes Judices legaliter constituendos celebrabuntur. Executiva Potestate per Suam Majestatem, et Successores ejusdem in sensu Legum exercenda“. — (Aehnlich in Ungarn 10 : von 1790—91).

Anmerkung. Zur Ergänzung vorzunehmen aus Tripart. II. tit. 2 u. a. C. die Frage betreffs der constitutiones: a) abrogatae, b) abolitae, partim approbatae, c) silentio praeteritae und d) introductae.

Ueber Analogie Trip. Prolog. tit. 12. § 3, welcher lautet:

„Ubi vero emergit casus, nec decisus Lege scripta, nec Consuetudine, et tamen est similis Legi scriptae pro una parte, et similis Consuetudini pro alia parte; quidnam sit sequendum, et quidnam simile praeferendum, a plerisque dubitatur. Dic igitur, omnes casus amplectendo; quando reperitur solum simile Consuetudini, illud debet attendi: quando vero solum simile Legi, tunc illud erit attendendum. Si vero reperiatur simile Legi, et simile Consuetudini, tunc primum debet inspici, utri sit magis simile? Secundo, utrum sit magis rationabile, et aequum? Quod si in omnibus sit paritas, tunc si sumus in materia consuetudinaria, debet, attendi simile loco Consuetudinis. Si vero sumus in materia Juris scripti, tunc attendamus simile Juri scripto“.

Ueber Interpretation Tripart. Prolog. 6. § 12, woſelbſt geſagt wird ... „Si tamen quid ambiguum vel obscurum fuerit, ejus est interpretari, qui condidit“ ... „pro comuni civium utilitate conscripta“.

§ 2. Rechtsliteratur.

(Aus der „ſiebenbürgiſchen Rechtsgeſchichte“ I. Bande § 6 Punkt 4, S. 15 die privatrechtlichen Werke, beſonders von Sachsenheim, Dósa, Wenzel, Ökröss und Andern).

Einleitung.

§ 3. Begriffsbestimmungen und Systemisirung.

Das siebenbürgisch-ungarische und seklerische Privatrecht ist der Inbegriff jener Gesetze, welche die gegenseitigen Rechtsbeziehungen zu ordnen bestimmt waren, in denen (mit einigen Ortsausnahmen) die Bewohner der ungarischen und seklerischen Landestheile Siebenbürgens als Privatpersonen zueinander und zum Oberlehnsherrn gestanden sind und daher — in ihrem Wechselverkehre unter sich — Rechtsverhältnisse gehabt haben, deren specielle Zusammengehörigkeit das Wesen der besondern (privatrechtlichen) Institute ausmacht.

Die Grundbestandtheile (Elemente) der vorkommenden Rechtsverhältnisse (jogviszonyok. intézetek) sind:

a) Personen, als Rechtssubjecte.

b) Sachen und Rechte, als Rechtsobjecte.

c) Zustände, Handlungen und Ereignisse in ihren Rechtsformen, welche ebensowohl Ursachen als Wirkungen des juristischen Bandes sein können und daher die Bethätigung des Rechtslebens ausmachen.

Das Rechtsleben hat in den meisten Vorkommnissen einen ganz bestimmten Charakter, entweder persönlicher oder dinglicher Art.

In erstrer Beziehung findet es den Hauptausdruck in der Familie, in zweiter Beziehung im Eigenthume.

Familie und Eigenthum (in dessen verschiedner Gestaltung) sind jene Institute, deren Rechtsbeziehungen das ganze ungarische Privatrechts-Gebäude durchdringen, so daß namentlich das Obligationen- und Erbrecht ihrer Herrschaft untergeordnet gewesen sind.

Auf Grund solcher in der Geschichte zur Geltung gekommenen Aeußerungen des rechtsgestaltenden Volksgeistes hat die heutige Theorie — (zu keiner praktischen Fortbildung berufen) — den innerhalb bestimmter Grenzen der Behandlung unterliegenden Stoff zu ordnen, Historisches und Dogmatisches, so weit möglich, zu verbinden, — und dieserart wissenschaftlicher Anforderung entsprechend, nach folgender Eintheilung vorzugehn:

A. Allgemeiner Theil.

I. Die Rechtsſubjecte (jogalanyok).

II. Die Rechtsobjecte (jogtárgyak).

III. Die Rechtsformen (jogképletek).

B. Beſondrer Theil.

I. Einzelrechte an Sachen. (Beſitzrechte, birtokjogok).

II. Einzelrechte an Perſonen. (Familienrechte, családjogok).

III. Einzelrechte an beiden. (Erbrechte, örökösödési jogok).

A. Allgemeiner Theil.

(Die Grundlagen der Rechtsverhältnisse).

I. Die Rechtssubjecte.

§ 4. Begriff der Persönlichkeit.

Persönlichkeit (személyiség) ist die Eigenschaft eines Rechtssubjectes, wornach dasselbe — für sich oder für Andre (in deren zulässiger Vertretung) — einen rechtskräftigen Willen haben kann. (Rechtsfähigkeit, jogi 's kötelezettségi képesség).

Einen rechtskräftigen Willen haben sowohl Einzelmenschen (Individuen), als auch Institute, Corporationen und der Fiscus (juristische oder moralische Personen) und demgemäß sagt Werbőcz vom Rechtssubjecte: „unus homo plures sustinere potest personas, et plures homines unam sustinere possunt personam". — (egyenek, testületek).

Die Persönlichkeit — als Rechtsfähigkeit — hängt entweder ab von allgemein natürlichen Eigenschaften, oder sie ist begründet in besondern, sowie in staatlichen Zuständen, wornach zu unterscheiden sind, wie folgt:

§ 5. Rechtsfähigkeit nach Geburt und Alter.

Die lebendige Geburt bedingt nicht nur die Persönlichkeit überhaupt, sondern es werden durch sie auch Standesrechte und Pflichten der elterlichen Volksklasse miterworben [1]).

Die Gebornen (nati), die Nachgebornen (posthumi), und die Empfangnen [2]) (nascituri, concepti) stehn bis in das zwölfte Jahr in dem gleichgeschützten Alter unmündiger Kindheit (aetas illegitima, tenera, pupillaris), (Puberes — serdültek, impuberes — serdületlenek und die volljährigen legitimi, teljeskoruak [3]). Es können für Kinder Rechte besorgt, erworben und umgeändert werden (Vormundschaftliche

[1]) Vergl. Tripart. I. 22. 3. und I. 7. init. 1, sowie Tripart. I. 9. 2. und II. 60. 2.

[2]) Trip. II. 62. § 2—4 sowie I. 17. 1. — (Geburt der posthumi? — innerhalb 10 Monaten legitim).

[3]) Trip. I. 129. § 1—2, sowie II. 37. 2.

Vertretung); doch unterliegen sie selbst — in eigner Person — gar keiner Rechtspflicht (Verantwortlichkeit[1]).

Diese Minderjährigen gelangen mit dem 12. Lebensjahre in das Alter der Mündigkeit (aetas legitima[2]) und hatten nach dem Tripartitum[3]) eine beginnende Selbständigkeit, standen jedoch unter Curatel[4]).

Waisen waren besonders begünstigt[5]). — Da sich diese erweiterte Rechtsfähigkeit nicht als die beabsichtigte Wohlthat bewährte, beschränkte die gewohnheitsrechtliche Praxis und der 52 Novellarartikel 1791 Punkt 10 diese Befugnisse, indem die Gültigkeit der von Minderjährigen geschloßnen Verträge nicht anerkannt, dagegen die Fortdauer der Vormundschaft bestimmt wurde und nur die sonstigen gesetzlichen Vorrechte in Kraft blieben, welche sich vorzüglich darauf beziehen, daß die Minderjährigen (Mündigen)

1) im Proceße begünstigt sind[6]), —
2) über das selbst erworbne Vermögen auf den Todesfall verfügen können[7]) — womit die Gubl. Decrete vom 21. Juni 1816, Z. 2034 und G. Z. 1052:1818, sowie G. Z. 5146:1822 übereinstimmen.

Die volle Rechtsfähigkeit ist an das erreichte Alter von 24 Jahren gebunden (aetas perfecta, Großjährigkeit[8]).

Das Greisenalter (senium), welches namentlich von Führung der Vormundschaft befreit, beginnt mit dem sechszigsten Jahre[9]), hat

---

[1]) Trip. I. 129, 130 und 132. Ferner II. 25 und 50, sowie II. 37. 2.— Vormundschaft nach Trip. I. 124. 3. und I. 126. 2.

[2]) Trip. I. 111. 3.

[3]) Z. B. Trip. I. 111, § 5 und 6; sowie I. 126. 2 und II. 50. 3, endlich I. 51. 4 und 9.

[4]) Trip. I. 124, § 1—3 sowie I. 126. 2 ꝛc.

[5]) Die männlichen Waisen orphani (Trip. I. 128. 1) konnten mit dem 16. Lebensjahre Schuld- und Pfandverträge eingehn, mit dem 18. Jahre überhaupt mit dem beweglichen Vermögen frei schalten (Trip. I. 111. 6) und selbst über unbewegliches Gut — jedoch unter „Retractionsrecht" — Verträge abschließen. (Trip. I. 128).

Die unter Vormundschaft stehenden Frauenspersonen (Trip. I. 112. 1) konnten mit erreichtem 14. Lebensjahre über das bewegliche Vermögen (Trip. I. 111. 7) und mit dem erreichten 16. Jahre über ihr quartalitium (Trip. I. 88. 1) ihre dos, und alle andern Besitzrechte verfügen, jedoch unter Begünstigung des „Retractionsrechtes" nach Trip. I. 111. 8, sowie tit. 91.

[6]) Als bezüglich (nach oberwähnten Stellen) der „Eidesablegung", „Zufristung eines Jahrs bei der Urkundenproduction", „Advocatenbestellung".

[7]) Trip. I. 5. init. und I. 51. 9 ꝛc. Früher hatten dieselben über das Acquisit-Vermögen ein unbeschränktes Verfügungsrecht, also auch inter vivos.

[8]) Trip. I. 111. 6 und 7. — Verheirathete Frauen werden schon im 16. Lebensjahre für majorenn gehalten.

[9]) Nachzulesen Trip. I. 122. 7.

aber ſolange die Geiſteskräfte vorhanden ſind, keine Rechtsſchmälerung zufolge [1]).

Zur weitern Erklärung folgt hier aus dem Tripartitum erſtem Theile der 111. Titel:

De legitima et illegitima puerorum aetate et procuratoria eorum constitutione.

Quoniam decedentibus, et ex hoc seculo migrantibus Dominis Baronibus, Magnatibusque, et Nobilibus, liberi, et pueri eorum, in tenera saepe, et illegitima aetate solent remanere, et in tutelam, educationemque, et defensionem aliorum merito, de Jureque coguntur devenire; ideo super ipsorum quoque puerorum tutela, et educatione tractare necessario congruit.

§ 1. Antequam tamen de ipsa tutela tractetur, de aetatibus eorundem puerorum aliqvid disserendum occurrit.

§ 2. Ubi sciendum, quod liberorum alii sunt perfectae aetatis, alii imperfectae. Perfectae aetatis sunt; masculi viginti quatuor annorum. Foeminae vero juxta modernorum consuetudinem, sedecim annorum.

§ 3. Imperfectae autem aetatis sunt, qui infra hujusmodi perfectae aetatis annos vitam agunt. Et horum alii sunt legitimae aetatis, alii vero illegitimae. Legitimae aetatis (qui et puberes dicuntur) masculi pariter, et foemellae nostra hac tempestate; sunt duodecim annorum.

§ 4. Licet de nostra vetere consuetudine masculi decimo quarto; foeminae autem, duodecimo eorum anno, dicantur esse legitimae aetatis.

§ 5. Vocantur autem, vel dicuntur legitimae aetatis pro eo, quod lites jam cum alio agere, et instituere possunt. Omnes autem alii infra hos annos vitam agentes, illegitimae aetatis nominantur.

§ 6. Quanquam igitur secundum antiquorum usum, et consuetudinem masculi quarto decimo aetatis eorum anno procuratores constituere coeperint, nostro tamen aevo, et juxta modernorum usum anno aetatis ipsorum duodecimo generaliter procuratores constituere: anno vero decimo et sexto super debitis, ac pignoris titulo: anno autem decimo octavo de auro, et argento, caeterisque rebus ipsorum mobilibus Fassiones facere possunt. Anno tandem vigesimo quarto universa bona, et quaelibet Jura eorum possessionaria vendendi, permutandi, et quocunque titulo voluerint, alienandi plenariam habent facultatem. Conditionibus tamen super venditione, ac alienatione bonorum, et Jurium possessionariorum, superius conscriptis, per omnia semper observatis.

§ 7. Puellae vero anno nativitatis earum consimiliter duodecimo procuratores constituere: decimo quarto de debitis, ac Juribus impignoratitiis, auroque, et argento, ac aliis rebus mobilibus respondere: sexto decimo vero anno super Quartalitiis, Dotibus, ac cunctis aliis, earum Juribus, etiam possessionaria datione ipsas concernentibus, Fassiones (modo praeallegato, et conditionibus sub praedeclaratis) facere, et prout libuerit, de eisdem disponere possunt.

§ 8. Dummodo puellae in capillis existentes, et praecipue sub tutela alienorum constitutae, ad Fassionem aliquam ipso sexto decimo anno, vel etiam post, peragendam, violenta coactione non inducantur. Nam hoc modo, postquam nuptui traditae fuerint, Fassionem hujus modi coactam simpliciter revocandi, et retractandi habent auctoritatem: cum potissime sui Juris tunc non fuisse dignoscantur, hoc est, non in potestate propria constitutae.

---

[1]) **Anmerkung.** Zum Beweiſe des Alters dienten litterae revisionales

§ 6. Rechtsfähigkeit nach dem Geſchlechte.

Das männliche Geſchlecht heißt in den Geſetzen „dignior sexus“ [1]) denn es war zur Vertheidigung des Vaterlandes und zum Erwerbe von Gütern vorzugsweiſe berufen; — das weibliche Geſchlecht iſt ſchutzbedürftig [2]) und genießt daher auch mancherart Vorrechte [3]) — iſt jedoch zugleich bezüglich des Familieneigenthums [4]) und der öffentlichen Lebensſtellung dem männlichen vielfach nachgeſetzt („sequior sexus“ [5]). — (finemüek — nőnemüek).

Mädchen und Frauen ſollten durch Väter, Vormünder, Gatten oder Brüder vertreten werden. (Geſchlechts-Vormundſchaft [6]).

Durch Rechtsfiction kann die adlige Frau eine dem Manne ähnliche Familienſtellung — (mit gleicher Einwirkung auf Uebertragung des Adels und Erbrechtes) — erlangen. — (Die Präfection [7]).

(Trip. I. 127. 1); ſeit Kaiſer Joseph's Zeiten allgemein durchgeführt Tauf-Scheine (keresztlevelek, litterae baptismales). — Ueber „Verſchollenheit“ — „Todeserklärung“ u. dgl. particulärer Gerichtsgebrauch.

[1]) Trip. I. 41. 3 und I. 18. etc.

[2]) Trip. I. 91 und 112.

[3]) Beſonders das Wittwenrecht (Trip. I. 93 und 98, ſowie bezüglich des einjährigen Güterbeſitzes A. C. III. 25. 1 und IV. 2. 1).

Die Hauptſtelle der Approbaten lautet: „végeztetett, hogy esztendö alatt a' dotalista relictàk urak jószágibol és jovaibol semmiképpen ne exturbáltassanak“. — Die wichtigſte Stelle im Tripartitum enthält Trip. I. 17. 7. Sie lautet:

„Dixi etiam: Quoad utrumque sexum pari modo notanter, nam in casu, quo Regia Majestas puellam, seu mulierem aliquam in Juribus paternis, vel etiam fraternis (si frater ipse haeredibus careat, et praefectioni consentiat) in verum haeredem, et successorem masculinum simpliciter praefecerit; non inserendo scilicet in literis praefectionalibus utrumque sexum; — tunc hujusmodi Jura possessionaria, mortua ipsa muliere, solummodo in filios (si habuerit) aliter autem rursum in Fiscum Regium devolvuntur: Et filiae suae, Juribus duntaxat earum Quartalitiis, de eisdem juxta hujus Regni Consuetudinem provenire debentibus, contentari debent“.

[4]) Frauen erhalten keine Familienurkunden im Originale (Trip. I. 42. 3) und haben in Donationalgütern und Sekler-Erbgütern nur ausnahmsweiſe Succeſſionsrechte (cf. Trip. I. 17. 18. 19. 48 ꝛc. ꝛc.); ſie ſind in der Verfügung über Familieneigenthum beſchränkt. (Trip. I. 91. ꝛc.).

[5]) Trip. I. 91 und 113 u. a. O.

[6]) cf. *Kelemen* Institutiones I. pag. 446. *Wenzel* am betreffenden Orte.

[7]) Wirkungen auf Adel und Erbrecht? (cf. Trip. I. 17. 7, ſowie 39 und 50 ꝛc. Die ſogenannte férfiusitás). Siehe *Sachsenheim* S. 53.

Bezeichnend hier folgende Geſetzesbeſtimmungen aus dem erſten Theile des Tripartitum's:

Quare Jura possessionaria servitiis acquisita Jus foemineum non sequantur?

Titulus 18.

Si autem quaeratur, quare bona, ac Jura possessionaria servitiis acquisita, Jus foemineum non sequantur? Responde, quod ideo; quia Regnum istud Hungariae cum partibus sibi subjectis in medio, faucibusque hostium situm, et positum est, quod gladio semper, et armis tutari, defendique solet: Bona etiam, et Jura possessionaria (ut communiter) arte militari, sanguinisque effusione progenitores nostri acquisierunt, et modo quoque acquiri consueverunt. Mulieres autem, et puellae armis militare, cum hostibusque decertare non solent, neque possunt: Et ob hoc bona ipsa Juri foemineo non deserviunt.

E contra, cur Jura possessionaria pecuniis empta, Jus foemineum aeque, ac masculinum concernant?

Titulus 19.

Si vero e contrario quaeratur, cur Jura possessionaria pecuniis (ut praemissum est) paternis, aut maternis empta, Jus foemineum aeque, ac masculinnm concernant? Dic, quod ideo; quoniam pecuniae inter res mobiles computantur, de rebus autem mobilibus tam paternis, quam etiam maternis et filii, et filiae aequales portiones sortiuntur, et ex consequenti etiam de bonis, et Juribus possessionariis hujusmodi pecuniis (de quibus, utpote decedente patre, vel matre, filiae portionem habere debebant) comparatis, portiones congruentes ipsis filiabus dantur.

§ 1. Licet originem, et fundamentum considerando, quod etiam pecuniae maximis servitiis, et laboribus, interdumque ingenti sanguinis effusione acquiri, et congregari consueverint: Et quod onera bellorum, et defensionem patriae mulieres, seu puellae per se gerere, sustinereque non possint; etiam de emptitiis bonis, et Juribus possessionariis portiones perpetuas non mereantur habere: ne tamen a successione rerum, et bonorum paternorum penitus exclusae viderentur; fraternus amor, et dilectio filiorum, qua erga sorores afficiuntur, et Jure quoque Divino affici tenentur, permisit filias portiones congruas perennali Jure cum eis pariter de praenarratis bonis, ac Juribus possessionariis emptitiis habere, et onera bellorum, tutelamque patriae hac in parte maritis ipsarum imposuit peragere, atque sufferre.

§ 7. Rechtsfähigkeit nach der Geſundheit.

Körperliche und geiſtige Geſundheit ſind auch nach ungariſchem Rechte von Einfluß auf die Rechtsfähigkeit der Perſonen.

Leibesgebrechen ſind theils Befreiungsgründe von Rechtspflichten [1]), theils Hinderniſſe gewiſſer (gültiger) Handlungen [2]).

---

[1]) Z. B. von der Vormundſchaft Trip. I. 122. 5. — Entſchuldigungsgrund bei nicht eingehaltnen Friſten Trip. II. 59. 2 und 3, ſowie II. 30. 6, und A. C. IV. 2 1. — Zeugenſchaft Trip. II. 27. 5. und II. 41. 5. ꝛc.

[2]) Z. B. die Impotenz als Ehehinderniß ꝛc. (cf. Trip. II. 62, § 3—4, und I. 17. 1). — (*Sachsenheim* S. 62).

Geisteskranke stehen fortwährend unter Vormundschaft[1]), ohne jedoch die theilweise Selbständigkeit (mündiger) Minderjähriger für sich in Anspruch nehmen zu können[2]). — (testi-lelki-betegek).

Personen, welche aus Furcht, Zwang oder wesentlichem Irrthum von ihrer Rechtsfähigkeit nicht den eigentlich beabsichtigten Gebrauch machen konnten — dürfen dieserart abgeschloßne Rechtsgeschäfte ungültig erklären lassen. — (Siehe folgenden § 22 sammt Noten).

§ 8. Rechtsfähigkeit nach der Ehre.

Ehrlose (infames, gyalázatosok[3]) erleiden eine Schmälerung der Rechtsfähigkeit indem sie untauglich werden:

1) zur Zeugenschaft[4]).
2) zur Vormundschaft[5]).
3) zur öffentlichen Amtsführung[6]).

Außerdem können mit der Ehrlosigkeit bestimmte Güterverluste verbunden sein und deßhalb erscheint die Ehrenbeleidigung (dehonestatio, becsületsértés) als ein solcher Eingriff in die — (auf Achtung der Standesgenossen in dem Gemeinleben beruhende) — Persönlichkeit des Menschen, daß der Angreifer seine verläumderische Zunge verwirkt[7]),

---

[1]) Trip. I. 55 und 124, § 4—5, sowie 52:1791. — Unter diese Classe Personen beschränkter Rechtsfähigkeit zählte die Praxis auch die gerichtlich erklärten und unter Curatel gesetzten Verschwender (cf. 52:1791 sowie Rescript von 14. Juli 1772 und Gubl. Instruction vom 20. September 1805, § 9 und 10). — (*Sachsenheim* S. 321).

[2]) Sie können keine Verträge — also auch nicht Ehe und Testament — abschließen, kein Zeugniß ablegen ꝛc. (Trip. I. 55. init. und I. 51. 9, sowie I. 42. 1).

[3]) Ehrlos erklärten die Gesetze:
1. Die Edelleute im Falle gemeiner Verbrechen (Trip. I. 9. 2).
2. Die Hochverräther und Meineidigen. (Trip. II. 30).
3. Betrügerische Advocaten. (cf. A. C. IV. 19. 2. und Tab. Instr. § 263).
4. Treulose Vormünder. (Trip. I. 123. 2).
5. Urkundenverfälscher. (Trip. II. 16. 3).
6. Die proditores fraterni sanguinis. (Trip. I. 38 und 39).

Man unterscheidet eine infamia facti und eine infamia juris. Erstre ist nicht juristischer Natur. — (*Sachsenheim* S. 41).

[4]) cf. Mathias Decret VI. art. 14 und 5, sowie Trip. II. 29. 2, (vergl. auch Stephan's Gesetze. u. a. m.).

[5]) Trip. I. 119. 1. und 121. 4.

[6]) Gewohnheitsrechtlich und Tabular-Instr. § 246. Hiemit stand in Verbindung daß Ehrlose das Klagerecht in Ehrensachen verlieren sollten (cf. Trip. II. 30).

[7]) Trip. II. 72. und III. 3—4 sowie a. O.

welche er nur durch Erlegung des halben Menſchenwerthes löſen kann. (Emenda linguae, nyelvváltság). — (Homagium vivum und mortuum, holt — eleven — dij [1]).

Anmerkung. Ueber das mehr in den Proceß und das Strafrecht einſchlägige Compoſitionsſyſtem (homagium etc.) nachzuleſen Trip. II. 43. und III. 3. 1. dann tit. 4 und tit. 5. [2]).

§ 9. Rechtsfähigkeit der Adligen.

Die Rechtsfähigkeit der Adligen hat durch die im öffentlichen Staatsleben bevorrechtete Stellung eine beſondre privatrechtliche Nachwirkung, indem ſie namentlich dem Güter- und Erbrechte einen eigenthümlichen Charakter gibt. (Siehe den zweiten, beſondern Theil).

Der Adel wurde erlangt:

1) von ehlichen Kindern eines adligen Vaters oder einer Praefecta durch die Geburt [3]) (fiusitás).
2) von Unadligen durch Donationalgüter oder litterae armales [4]), (királyi adomány — czimeres levél — által).
3) von Fremden durch das Indigenat [5]), (rögtönös honositás).

---

[1]) Homagium vivum als die Hälfte des mortuum 33 fl., bei Seklern und Unadligen 12½ fl., wovon ⅓ dem Richter, ⅔ dem Beſchädigten zufiel.
Das mortuum insbeſondre zu entrichten, wenn die perſönliche Stellung des Edelmanns vor das Gericht angeſprochen, alſo der Adel geläugnet wird.

[2]) Siehe *Bartal* III. S. 218 im § 28. Im Jahre 1274 das ſiebenbürgiſche Adels-Homagium 40 Mark ſiehe *Szegedi* Decreta S. 55, Note m; das homagium Gubernatoris 500 aurei, das der Consiliarii 400 aurei in der Zeit des Ausgangs der zweiten Periode ſ. *Szász* Sylloge S. 268.
Ueber ein homagium fidelitatis vergleiche *Fejér* Codex dipl. IX. tom. 7 vol. Praef. S. VII. und *Batthyány* Leg. eccles. I. S. 577, Note 6.

[3]) Trip. I. 22. 3. und I. 6. 7 ꝛc.

[4]) Trip. I. 4 und 6. — (ſ. beſondrer Theil).
Ueber die einer k. Schenkung analogen Fälle der Adelserwerbung durch Präfection, Adoption und Legitimation iſt an betreffenden Orten zu ſprechen. Frühe ſchon ſind litterae armales vorgekommen, ſ. J. 1092 *Fejér* I. 472 und 1094 daſelbſt S. 488, Jahr 1197 *Fejér* II. S. 307 u. ſ. w. (Tudom. Gyüjtem. 1833 IV. S. 86 zum Jahr 1253 vergl. auch *Palma* Heraldica S. 30—32, 86 und 92 u. A.).

[5]) A. C. III. 41. 1. ſowie 1 : 1748 und 16 : 1791 (ſiehe erſte Auflage I. S. 139 und zweite Auflage S. 359). — Vergl. den folgenden § 12.
Ueber den Beweis des Adels ſiehe *Fr. v. Sachsenheim* „Civilrecht" Seite 28; ferner Tripartitum I. 6 § 1. 2, dann I. 23. 1. und I. 78, ſowie Approb. C. III. 41.

Aus dem Tripartitum beſonders wichtig I. Theil die Titel 3—10.

De exordio nostrae Nobilitatis. Et quomodo regimen in Principem nostrum translatum sit?

Titulus 3.

Quanquam non historiam texere, sed Consuetudines, et peculiares, approbatasque hujus Regni Leges ipse describere constituerim; quia tamen universos Dominos Praelatos, et Barones, ac Nobiles una, et eadem exemptionis, et libertatis praerogativa gaudere dixi; et alioquin dubitari solet a plerisque, unde Nobilitas nostra (de qua Baronatus, et omnis tandem Principatus progredi solet) exordium sumat, quive sint et intelligantur veri Nobiles Regni? Ideo paucis ejus Nobilitatis progressum, et initium declarare statui.

§ 1. Ubi sciendum, quod licet secundum communem peritorum sententiam: Nobilis ille sit, sua quem virtus nobilitat, in quantum tamen propositum nostrum tangit: Nobilitas, quae etiam Liberorum nomine plerumque intelligitur; primum inter Hunnos, sive Hungaros, post ingressum eorum ex Scythia in Pannoniam, quae nunc mutato nomine, ab Hungaris illam incolentibus, Hungaria vocitatur, orta fuisse perhibetur, hoc modo:

§ 2. Cum enim egressi ex Scythia Hunni una cum uxoribus, filiisque, et filiabus, ac cuncta eorum familia, plures peragrarent, pervagarenturque Regiones, Capitaneis ordinatis, et uno praeterea Rectore ad lites dissidentium sopiendas, furesque, et latrones, ac alios malefactores castigandos unanimiter electo, atque constituto; communi omnium sententia. decretoque edictum fuit: ut dum aliquae res communitatem aequa sorte tangentes occurrerent, aut generalis expeditio exercitus incumberet, tunc mucro, vel ensis sanguinis aspergino tinctus media Hunnorum per habitacula, castraque deferretur, et vox praeconica subsequeretur dicens: Vox dei, et praeceptum communitatis universae est, ut unus quisque in tali loco (eundem designando locum) armatus, vel qualiter potest, compareat, communitatis consilium simul, et praeceptum auditurus.

§ 3. Haec consuetudo inter Hungaros usque ad tempora Geyzae Ducis, Patris scilicet gloriosi Principis, et Apostoli nostri Beatissimi Stephani primi Regis Hungarorum, inviolabiliter extitit observata. Quae multos Hunnorum perpetuam redegit in rusticitatem.

§ 4. Nam statutum, et sancitum erat, ut transgressores ejuscemodi mandati, nisi rationabilem assignarent excusationem, cultro media per viscera scinderentur, aut communem, et perpetuam in servitutem redigerentur.

§ 5. Haec Sanctio plurimos Hungarorum (ut praefertur) plebeae perhibetur effecisse conditionis. Nam cum una, et eadem de generatione, a quodam scilicet Hunnor, et Magor, unanimiter processerint, aliter fieri nequivisset, ut hic Dominus, ille servus, hic Nobilis, ille ignobilis, et rusticus efficeretur.

§ 6. Postquam vero inspirante Spiritus Sancti gratia ad agnitionem veritatis, Catholicaeque Fidei professionem, opera ipsius Sancti Regis nostri Hungari venere, et eundem sponte in Regem elegere, pariter et coronavere; omnis nobilitationis, et ex consequenti possessionariae collationis qua Nobiles decorantur, et ab ignobilibus segregantur, facultas plenariaque potestas in jurisdictionem sacrae Coronae Regni hujus, et per consequens in Principem, ac Regem nostrum a communitate, et communitatis auctoritate simul cum imperio, et regimine translata est: A quo jam omnis Nobilitatis origo per quandam translationem reciprocam, reflexibilemque connexionem ita mutuo

temper dependet, ut sejungi, segregarique nequeat, et alter sine altero fieri non possit.

§ 7. Neque enim Princeps, nisi per Nobiles eligitur, neque Nobilis, nisi per Principem creatur, atque dignitate nobilitari decoratur.

Quod vero Nobilitas per exercitia militaria, et caeteras virtutes acquiratur, ac possessionaria donatione roboretur.

Titulus 4.

Proinde vera Nobilitas usu, disciplinaque militari, ac caeteris animi, corporisque dotibus, et virtutibus acquiritur. Nam ubi Princeps noster quenpiam hominum, cujuscunque conditionis existat, ob praeclara facinora, ac servitia castro, vel oppido, sive villa, aut alio Jure possessionario condonaverit, mox ille per hujusmodi donationem Principis statutione legitima subsequente in verum Nobilem creatur, et ab omni rusticitatis jugo eripitur.

§ 1. Et ista tandem donativa libertas per nostrates Nobilitas appellatur. Unde talium Nobilium filii merito haeredes, et liberi nuncupantur. Et hujusmodi Nobiles per quandam participationem, et connexionem immediate praedeclaratam, membra sacrae Coronae esse censentur: nulliusque, praeter Principis legitime coronati, subsunt potestati.

Quod quilibet de bonis, per eam propriis servitiis conquisitis, libere disponere possit?

Titulus 5.

Tale autem Jus possessionarium, per exercitia militaria conquisitum, apud Legistas peculium castrense; quod vero literali scientia, vel doctrina cujuspiam acquiritur, peculium quasi castrense nuncupatur. Et dicitur peculium, quasi proprium, vel privatum bonum, ita quod licet filio de eo facere, quidquid voluerit, etiam praeter voluntatem Patris, et e contra.

§ 1. Et inde traxit originem, ac fundamentum illa laudabilis, et vetustissima, olimque approbata Consuetudo nostra, quod scilicet quilibet Dominorum Baronum ac Magnatum, et Nobilium de, et super universis rebus, bonisque, et Juribus possessionariis, per eum propriis suis laboribus, servitiis, et virtutibus, qualitercunque acquisitis, et inventis, ante divisionem cum patre, vel fratribus factam, liberam (prout voluerit) disponendi semper habeat potestatis facultatem: sicuti inferius in serie divisionum inter fratres fiendarum limpidius declarabitur.

Quod Nobiles etiam absque possessionaria donatione creantur: Quodque ad Nobilitatem comprobandam insignia nobilitaria non sint in Judicio necessaria.

Titulus 6.

Sciendum ulterius, quod veri Nobiles etiam alio modo, et absque Jurium possessionariorum donatione fiunt, et creantur, dum videlicet Princeps noster quoscunque plebeae conditionis homines a rusticitatis, et ignobilitatis servitute sequestrando, et eximendo, in coetum, ac collegium, numerumque verorum Regni Nobilium aggregat, et adscribit. Tales, etiam sine possessionaria collatione, veri Nobiles reputantur. Quiquidem Nobiles utroque modo creati, et eorundem cuncti haeredes per lineam virilis sexus legitime descendentes (si etiam arma, seu insignia nobilitaria, aut literas super armorum figuris, et collationibus editas non habeant) veri tamen semper Nobiles censentur.

§ 1. Arma enim a Principe cuipiam concessa non sunt de necessitate, sed solummodo de bene esse Nobilitatis. Nam armorum collatio simpliciter facta non nobilitat quempiam: Cum etiam civium, et plebeorum hominum multi habeant armorum insignia per Principem donata, per haec tamen in numerum Nobilium non computantur.

§ 2. Ad Nobilitatem itaque comprobandam non petuntur in Judicio exhiberi insignia, vel arma nobilitaria; sed solae literae donationales, vel statutoriae, cum declaratione possessionariae collationis editae produci debent: imo illis non habitis, literae duntaxat expeditoriae super solutione Quartalitiorum (dummodo tempus praescriptionis Jurium regalium transcendisse dignoscatur) confectae, ad comprobationem hujusmodi Nobilitatis abunde sufficiunt.

§ 3. Nam Quartalitia non nisi de Juribus possessionariis acquisitis solvuntur.

§ 4. De Juribus autem emptitiis non Quartalitia, sed portiones congruentes puellis, et filiabus Baronum, et Magnatum, atque Nobilium dantur.

Quod ex Nobili Patre, et ignobili Matre generati veri Nobiles censeantur, sed non e converso.

Titulus 7.

Item illi, qui ex Nobili duntaxat matre, et rustico patre sunt propagati, veri Nobiles non dicuntur: nisi forsitan mulier ipsa fuisset per Regem in verum haeredem Jurium paternorum (sine tamen praejudicio legitimorum successorum) praefecta, atque creata.

§ 1. Nam hoc modo filii sui, etiam ex ignobili patre progeniti (quia praefectio naturam, vimque donationis, ac Jurium possessionariorum collationis sapit, atque repraesentat) veri Nobiles reputantur.

§ 2. E contra vero ex Nobili patre, et ignobili matre filii procreati, recti, et veri Nobiles censentur.

§ 3. Pater enim generat, mater autem formam solum generandi dat, et praestat.

§ 4. Qualiter autem praefectio praenotata fieri possit, et debeat, inferius eam scriptam habebis.

Quod etiam per adoptionem Nobiles fiant, et creentur.

Titulus 8.

Item fiunt adhuc et alio modo Nobiles per adoptionem: dum videlicet quis Dominorum, vel Nobilium rusticum; seu ignobilem quempiam in filium sibi adoptaverit, et successorem, haeredemque bonorum suorum substituerit, et hujusmodi adoptioni consensus Regius accesserit: tandem et statutio legitima bonorum ipsorum subsecuta fuerit (quia adoptio aeque, sicut praefectio cum consensu Regio vim donationis tenet) ignobilis ille, et filii sui veri Nobiles reputantur.

De quatuor privilegiatis, et praecipuis Nobilium libertatibus.

Titulus 9.

Quamvis autem horum Nobilium multae sunt libertates, per privilegia, et constitutiones Principum explicatae; quatuor tamen censentur esse praecipuae, quas hic inferendas curavi.

§ 1. Prima igitur est, quod ipsi, nisi citati, vel vocati, ordineque judiciario condemnati fuerint, in eorum personis, ad quorumvis instantiam, vel clamores, aut preces nusquam, et per neminem detineri possint.

§ 2. *Violatur tamen haec libertas in factis, causisque criminalibus, puta: homicidio deliberato, villarum combustione, furtoque, et rapina, seu latrocinio, atque etiam violenti adulterio; in quibus honorem, titulumque, et libertatem Nobilitatis quilibet amittit. Etsi poterit etiam per rusticam manum in loco delicti, et criminis commissi, libere semper talis detineri, et juxta suos excessus condemnari punirique merito valebit.*

§ 3. *Verumtamen, si de loco delicti aufugerit, et manus adversantium euserit; postea non aliter, nisi citatione, vel evocatione mediante, processuque juridico damnari, et aggravari debebit.*

§ 4. *Secunda libertas, quod Nobiles totius Regni nullius, praeterquam Principis legitime (ut praetactum est) coronati, subsint potestati; et ipse quoque Princeps noster ad simplicem querelam, et sinistram suggestionem alicujus, neminem eorum praeter viam Juris, et altera parte non audita, in persona, vel rebus suis ordinaria authoritate impedire potest.*

§ 5. *Tertia est, quod justis eorum Juribus, et omnibus proventibus intra terminos territoriorum suorum adjacentibus, liberam semper, prout volunt, fruendi habent potestatem: ab omnique conditionaria servitute, ac datiarum, et collectarum, tributorum, vectigalium, tricesimarumque solutione per omnia immunes, et exempti habentur: militare duntaxat pro Regni defensione tenentur.*

§ 6. *Quarta (ut reliquas praeteream) et ultima est, quod, si quispiam Regum, et Principum nostrorum libertatibus Nobilium, in generali Decreto Excellentissimi Principis quondam Domini secundi Andreae Regis cognomento Hierosolymitani (ad quod observandum quilibet Regum Hungariae, priusquam suum caput sacro diademate coronetur, sacramentum praestare solet) declaratis, et expressis contravenire attentaret, tunc sine nota alicujus infidelitatis, liberam illi resistendi, et contradicendi habent in perpetuum facultatem.*

§ 7. *Per Nobiles autem hoc in loco generaliter universos Dominos Praelatos, Barones, caeterosque Magnates, et alios Regni hujus Proceres intellige, qui (sicuti praenarratum est) una, ejusdemque libertatis praerogativa semper muniuntur.*

Quod Princeps noster cunctorum Dominorum Baronum, ac Nobilium Regni verus, et legitimus successor sit.

Titulus 10.

Quia dictum est superius, quod omnis Nobilitatis, et possessionariae collationis plenaria potestas in principem nostrum translata sit, ideo advertendum, quod Princeps ipse noster universorum Dominorum, Baronum, et Magnatum, ac aliorum Regni Nobilium, possessionatorumque hominum, in casu, quoquis eorum sine haeredibus, et posteris decesserit, verus et legitimus successor sit.

§ 1. *Omnia enim bona, et Jura eorum possessionaria ab ipsa sacra Regni Hungariae Corona, virtute translationis praenotatae, orginaliter dependent, et ad eandem semper respiciunt, devolvunturque eorum possessore legitimo deficiente.*

§ 2. *Unde inolevit ista Consuetudo dudum approbata, quod unica, et singularis persona existens, utroque, nec non legitimo successore carens, ac destituta, super Juribus sui possessionariis sine consensu Regio nil quidquam Jure perennali disponere potest. Imo etiam pignoris titulo nullam de eisdem*

fassionem, ultra communem aestimationem eorundem, faciendi habet facultatem, prout infra latius suo loco super ea retractabitur.

§ 3. Praeterea cunctorum quoque Dominorum, Praelatorum, et virorum Ecclesiasticorum Princeps ipse noster verus pariter, et legitimus successor est: Non quantum ad Bonorum, et Jurium possessionariorum ab Ecclesia ablationem, et sequestrationem, sed quantum alteri (vacantibus Praelaturarum Sedibus, et Ecclesiarum Rectoratibus) ad gubernandum cum Ecclesia collationem: Salvo Jure confirmationis Archiepiscopatuum, et Episcopatuum, quae jurisdictioni sacro-sanctae Romanae duntaxat Ecclesiae subesse dignoscitur.

§ 10. Rechtsfähigkeit der Bürger.

Die Bürger genießen die im ſtädtiſchen Freithume begründeten Rechte[1]) und haben insbeſondre das Befugniß adlige Beſitzungen und damit verbundne grundherrſchaftliche Gewalt zu erwerben[2]) — ſowie das Recht perſönlich blos ihrer eignen Gerichtsbehörde zu unterliegen[3]) und in Ausübung des Handels und der Gewerbe geſchützt zu werden[4]).

Das Bürgerrecht wird erlangt durch Geburt und durch Aufnahme in den Gemeindeverband. (Indigenat[5]) (folytonos honositás).

Alle Sachſen ſind hier in Rückſicht ihrer allgemeinen, auf ungariſchem und ſekleriſchem Boden geltend zu machenden, Rechtsfähigkeit[6]), als Bürger zu betrachten.

Da das Tripartitum bezüglich der Bürgerrechte nur jene allgemeinen nahezu ſelbſtverſtändlichen Beſtimmungen enthält, welche den Rahmen der beſondern Stadtrechte ausgemacht haben, werden dieſe hier nicht mitgetheilt, dagegen als mehr umfaßend die wichtigſten Stellen über die Bauern nachfolgend:

Quomodo res mobiles, et immobiles Rusticorum, inter Filios, et Filias dividantur?

Partis III. Titulus 29.

Item, si rusticus filium genuerit, filiam quoque nondum emaritatam habens, tunc uterque in rebus paternis, tam mobilibus, quam immobilibus, aequali Jure succedit.

§ 1. Si tamen de rebus mobilibus filia emaritata fuerit, tunc advertendum est: quia illae res, aut avitae, aut paternae fuerunt? Si avitae, fraus nulla in emaritatione sequi potest: Quoniam filia aequalem portionem

---

[1]) Ueber den Bürgerſtand und ſeine Angehörigen (Polgár rendüek) vergl. *Dósa's* Unterſcheidungen: a) mindazon akár városi, akár falusi, de a' szász földön birtokos szászok, kik nem nemesek, b) a szabad királyi, kiváltságos és nemes városok nem nemes állapotu birtokos lakossai. (Siehe noch Trip. III. 19, § 3, und III. 26, § 8, ſowie III. 10, § init.).

[2]) Trip. III. 19. 3, ſowie III. 26. 8.

[3]) Trip. III. 10. init. und III. 19. 4, ſowie II. 23.

[4]) Zunftordnungen, Statute, Privilegien, u. dgl. m.

[5]) Siehe folgenden § 12, ſowie beſondre Statute.

[6]) cf. A. C. III. 46. 6.

sortiri debet. Si autem res paternae extiterint: tunc pater juxta condecentiam status, et honoris sui, poterit eam emaritare, et amplius, portionem rebus de eisdem non habebit, sed mortuo patre, ad filium devolventur, et illo quoque decedente, ad fratres, et consanguineos suos ab eodem stipite derivatos, condescendent.

§ 2. Verum, si pater de sua portione Testamentum condere voluerit; id quidem facere poterit, absque tamen fraude uxoris. Nam uxor in rebus per maritum suum, stante conjugio, conquisitis, semper particeps, et condivisionalis efficietur: Ita, quod viro intestato decedente, ad eam universa Bona sua per ipsum, ut praefertur, conquisita devolventur.

§ 4. Ubi vero pater, mortua prima uxore sua, aliam duxerit consortem; tunc filius ex prima uxore natus, si cum patre suo, in rebus mobilibus, et immobilibus divisus fuerit, secunda uxor ejus, de portione filii, pro se nullam portionem habere permittitur, et neque fratres sui ex ipsa secunda uxore patris generati, sese ad illam ingerere possunt: Sed de eisdem filius ipse, prout voluerit, liberam disponendi habet facultatem.

Qualiter Bona Rustici intestati in Dominum terrestrem devolvantur?

Titulus 30.

Item, rusticus, una, et singularis persona existens, nullumque post se haeredem, et successorem legitimum relinquens; super rebus suis mobilibus libere testari potest. Haereditates tamen, si avitae fuerint, omnino in Dominum terrestrem devolvuntur.

§ 1. Si vero per semetipsum extiterint acquisitae; in duas dividentur partes, quarum una Domino ipsi terrestri; altera vero, cui testamentaliter, legaverit, effective cedet.

§ 2. Si autem intestatus decesserit; omnia ipsius Bona, tam mobilia, quam etiam immobilia, ad Dominum terrestrem devolvuntur.

§ 3. Qui ante omnia, de eisdem Bonis pro Exequiis, et Sepultura illius providere: Cunctos deinde Creditores suos contentos reddere: Et debita sua persolvere tenetur: Et residuum Bonorum pro se tandem tollere potest.

§ 4. Ubi tamen rusticus haeredem post se reliquerit legitimum, et haeres parvulus fuerit, et aetatem duodecim annorum non attigerit; tunc poterit pariter non solum de portione sua testari, verum etiam haeredi parvulo, infra ipsam duodecim annorum aetatem forsitan decedenti, haeredem alium (quem maluerit) substituere: Ita, ut si interim haeredem ipsum legitimum praemori contingat, substitutus haeres succedat.

§ 5. Si tamen verus haeres aetatem postea praedictam, attigerit, vel transcenderit; ejuscemodi substitutio extinguetur, et in haeredis potestatem Bonorum omnium conservatio pariter, et dispensatio reponetur.

§ 6. Verumtamen Colonorum quemadmodum multiplex est conditio; ita et Consuetudo Juris: Quae juxta veterem locorum usum observanda censetur.

§ 7. Per hoc tamen non est intelligendum, ut haereditas per rusticum cuipiam legata, vel vendita. Jure perpetuo a Domino terrestri alienari possit. Nam rusticus praeter laboris mercedem, et praemium, in terris Domini sui, quantum ad perpetuitatem nil Juris habet: Sed totius terrae proprietas, ad Dominum terrestrem spectat, et pertinet.

§ 8. Per hujusmodi igitur legationem, aut venditionem, Colonus nonnisi laboris sui mercedem, et proemium, condignam scilicet aestimationem

terrae, prati, molendini, vel vineae, cuipiam legare, vel vendere potest, perpetuitate Domino terrestri salva semper remanente. Qui dum voluerit terras, prata, et molendina, secundum aestimationem communem; vineas vero, juxta condignum earum valorem ad se recipiendi habet facultatem.

Quod Rustici per semet ipsos, cum Nobilibus lites ingredi non possunt.

Titulus 31.

Advertendum praeterea est; quod, quia rustici Dominis eorum temporalibus in tantum subjecti sunt, ut per semetipsos cum Nobilibus, ratione quorumcunque negotiorum, lites protrahere non possint.

§ 1. Cum igitur rusticus, per Nobilem quempiam indebite verberatus, aut vulneratus, vel aliter laesus; sive etiam in rebus suis potentialiter damnificatus fuerit, et Dominus suus terrestris hujusmodi Nobilem in causam conveniendo, reum esse declaraverit, atque convicerit; tunc idem Nobilis, adversus Dominum terrestrem in facto minoris potentiae, centum Florenos faciente; et insuper Homagio ipsius vulnerati, aut verberati rustici vel damnorum illatorum refusione, et restitutione juxta videlicet negotiorum qualitatem, condemnari debet.

§ 11. Rechtsfähigkeit der Bauern.

Unadlige Landeseinwohner und Frohnbauern (Unterthanen) sind in mehrfacher privatrechtlicher Beziehung beschränkt, insofern nehmlich der Gütererwerb [1]) und die Vermögensverfügung durch herrschaftliche oder sonst bevorrechtete Ansprüche (z. B. der Bürger in Gemeinde- und Gewerbssachen) beeinträchtigt — und überhaupt die juristische Natur ihres Eigenthums in keiner Weise begünstigt und hinlänglich sichergestellt erscheint [2]).

§ 12. Rechtsfähigkeit der Berufsstände.

Da in Siebenbürgen das Beamtenwesen, ein vorzugsweise ständisches, auf der genossenschaftlichen Wahl beruhte, sind auch nur mit singulären Bedienstungen (städtischen und cameralistischen) privatrechtliche Beschränkungen verbunden gewesen [3]).

Die Geistlichen als „Einzelpersonen" können, soweit es kirchliche Gesetze und Vorschriften gestatten [4]), jede Art privatrechtlicher Befugnisse ausüben; ebenso Militärpersonen, mit Rücksicht ihrer Dienststellung, wenn sie nicht zugleich Fremde sind.

---

[1]) Ein, verschiednen Wandlungen unterlegnes, Recht. Während der Leibeigenschaftsperiode 1514—1786 konnte der schollenpflichtige Bauer nur unterthänige Grundstücke erwerben.

[2]) Nachzulesen Trip. III. 30 und 31, sowie A. C. III. 30. ꝛc. — Ueber die in *Dósa* unterschiednen: urbéresek, szabad birtokosok, haszonbéresek und taxások (zsellérek) siehe I. Bd. S. 476 und mündlichen Vortrag.

[3]) Als Verbot gewisser Nebenbeschäftigungen, communaler Pachtungen u. dgl.

[4]) Siehe „Kirchenrecht" namentlich über die Testirungsfähigkeit, Amortisationsgesetze u. dgl. m. (cf. Uladisl. Decr. III. 55.; A. C. I. 6. 2.; Trip. II. 49).

Die Soldaten der Grenz-Regimenter ſtanden unter beſondern Geſetzen, waren aber in mehrfacher Beziehung der Realjurisdiction ihres Wohnortes unterworfen. (Siehe „Proceß").

§ 13. Rechtsfähigkeit der Fremden[1]).

Fremden iſt der Aufenthalt im Lande — (nach Belieben des Fürſten) — gewährt; doch unterliegen ſie etwaigen Beſtimmungen ihrer Aufnahme[2]) und haben ſich allen Territorial- und Landesgeſetzen zu fügen[3]).

Ihre Rechtsfähigkeit ſcheint beſonders darin beſchränkt, daß Fremde:

1) kein liegendes Beſitzthum erwerben können[4]);
2) keine öffentlichen Rechte beanſpruchen können[5]) (Aemterführung u. dgl. m.);
3) ſelbſt im Falle eines rechtmäßig erworbnen adligen oder Sekler-Erbgutes, einem „Retractionsrechte" unterliegen, welches jeder Einheimiſche geltend machen darf[6]).

Fremde erlangten die ſiebenbürgiſche Staatsbürgerſchaft (Heimathsrechte[7]):

a) durch ſucceſſives oder bürgerliches Indigenat[8]), folytonos honositás;

---

[1]) Anmerkung. Ueber den Verluſt der Staatsbürgerſchaft, namentlich in Fällen unbefugter Auswandrung ſiehe die politiſchen Geſetze. Hervorzuheben das Patent vom 2. April 1788 Gubl. Z. 5518, republicirt 1814 und 1825.

In Hochverrathsfällen cf. A. C. III. 14 und 1:1752 ſowie a. O.

[2]) A. C. III. 52. — Verſchiedne politiſche Geſetze. — (*Sachsenheim* S. 118—125).

[3]) cf. Trip. II. 5. 2. und 5. (die Friſten) u. a. O. — Reciprocität in Concursfällen, bei Urtheilsexecutionen und Vermögensausfolgungen (ſiehe *Sachsenheim* „Civilrecht" pag. 127—133 und Landtagsprotokoll 1810—11, S. 931).

[4]) cf. A. C. III. 41. 1. und 5:1791.

[5]) A. C. III. 42. 1., ſowie 5: Diploma Leopold. und 15:1791 (letztre Stelle in der erſten Auflage I. S. 138 und zweite Auflage Seite 359).

[6]) cf. bulla aurea art. 26 (ſiehe hier am betreffenden Orte im erſten Bde.).

[7]) Rechtsgeſchichtlich hervorzuheben *Fejér* II. S. 307 (Jahr 1197) und IX. 7. Praefatio S. XIV. k.

[8]) Hiezu waren nach beſondern Statuten und dem Gewohnheitsrechte erforderlich:

1. Perſönliche Anſäſſigkeit oder längrer Wohnſitz oder Betreibung eines Gewerbes, — oder überhaupt irgend eine Art Verdienſt und Beziehung betreff der beſtimmten Gemeinde.
2. Erlegung (oder Erlaſſung) der Bürgerrechtstaxe. — (In frühern Zeiten, ſo noch 1747 zahlten deutſche eheliche Ausländer für das ſächſiſche Bürgerrecht in erſter Claſſe 100 Stück Ducaten; — nachgehends aber fiel die Taxe in die Abſtufungen von 6—1 fl. Ebenſo gab es adlige Indigenatstaxen von weniger als 1000 Stück Ducaten, ſo 1728 Fälle mit 500, ſpäter mit 200 Ducaten u. a. m.)

b) durch momentanes oder adliges Indigenat[1]), rögtönös honositás;

c) durch Verheirathung der Ausländerin mit einem Siebenbürger (Trip. I. 98. 1. und I. 102. 1).

§ 14. Rechtsfähigkeit nach dem Glaubensbekenntnisse.

Die christlichen Religions-Verhältnisse haben in Siebenbürgen — in diesem Lande der merkwürdigsten Glaubensfreiheit — gar keine privatrechtliche Verschiedenheit begründet.

Die von Staatswegen sich vollkommen gleichgestellten Confessions-Verwandte sind jedoch ihren eignen Kirchengesetzen nachzukommen schuldig gewesen und haben dieserart besondre Beziehungen — namentlich im Eherechte — gehabt.

Die Juden wurden als Fremde behandelt[2]), doch fanden ihre Glaubensvorschriften und Sittengesetze[3]) Anwendbarkeit im Eherechte und war ihren geistlichen Vorstehern (Rabbinern) eine schiedsrichterliche Gewalt eingeräumt[4]).

§ 15. Rechtsfähigkeit nach der Verwandschaft.

Unter bestimmten Personen ist auch die Verwandschaft und Schwägerschaft von Einfluß auf deren privatrechtliche Verhältnisse. — Die Nähe dieser Beziehungen wird auch im ungarischen Rechte nach Linien und

---

[1]) Hiezu war nach dem Gewohnheitsrechte, A. C. III. 41, sowie 1:1748 und andern Gesetzen erforderlich:

1. Fremder Adel — angesehne Familienstellung (Appr. Const. III. 41. 1).
2. Inländische Beziehungen — (Heirath, Verdienst, Besitz).
3. Förmliches Ansuchen (bei Fürst oder Ständen).
4. Förmlicher Landtagsbeschluß (cf. 5: Dipl. Leopold.).
5. Ablegung des Homagial- und Unionseides (5:1791).
6. Gewöhnlich Bezahlung der Indigenatstaxe mit 1000 Stück Ducaten oder weniger (1:1728 und nach andern Bestimmungen).
7. Ausfertigung des Diploms. (Landtagsprotokoll 1794 pag. 45 und 221).

[2]) cf. A. C. III. 52 und ed. 51. 82, sowie 36:1791 als Gesetze, welche die Stellung von Fremden bezeichnen.

Ueber Juden, Griechen, Zigeuner ꝛc., deren Aufenthalt und Handel verschiedne politische Gesetze; Juden auf Karlsburg beschränkt 12. August 1780; Einige 1825 in Kronstadt zugelassen u. s. w., insbesondre die Grundbesitzfähigkeit versagt, der Aufenthalt der Juden in Bergstädtrn u. a. m. verboten. G. Z. 9352: 1787, ferner Thes. Z. 832:1801, sowie s. (s. „Bergrecht"; vergl. *Wenzel* bányajog).

[3]) Als die Bücher Mosis, Mischna, Gemara (Talmud) und wohl selten das Lehrbuch Schulchan Aruch.

[4]) Schutzherr der Juden war und ist der römisch-katholische Landesbischof, welcher als politische Instanz die aus kirchlichen Angelegenheiten entstehenden Differenzen der Juden zu schlichten hatte u. a. m. (cf. Hofderret Z. 4260: und Gubl. Z. 898:1843).

Graden bestimmt, wie dies in andern Legislationen der Fall ist. — (vérség — rokonság).

Die Berechnung der Grade ist im Allgemeinen die römische (tot sunt gradus, quot generationes, annyi az íz, a' hány a' személy, egyet kivéve); nur im Eherechte gilt die kanonische vor den geistlichen Gerichtshöfen.

Die Benennungen[1]) agnati, cognati, germani, uterini, etc. sind aus den fremden Gesetzbüchern in unsre übergegangen und deren Bedeutung ist wohlbekannt.

Die Agnaten sind in der Regel als Erb- und Vormundschafts-Berechtigte vor den Cognaten begünstigt und erfreuen sich dadurch im Familienrechte besondrer Vortheile. (Siehe zweiten, besondern Theil[2]).

§ 16. Rechtsfähigkeit juristischer Persönlichkeiten.

Die Rechtsfähigkeit juristischer (moralischer) Personen, als: Gemeinden[3]), Kirchen, Klöster, Capitel, Conventе, Zünfte, Gesellschaften[4]), erlaubter Vereine, öffentlicher Stiftungen, Humanitätsanstalten u. a. m. ist sowohl in Beziehung innrer Einrichtungen als äußrer Stellung abhängig:

1) von allgemeinen Gesetzen,
2) besondern Statuten und Privilegien[5]), sowie von
3) weitern Verträgen und Vorschriften, und überhaupt
4) vom Zwecke ihres Daseins[6]), der Endabsicht ihrer Begründung.

Unter allen juristischen Personen ist der Fiscus[7]) közügyész, am meisten bevorrechtet und hat mithin eine eigenthümlich erweiterte[8]) Rechtsfähigkeit. —

---

[1]) cf. Trip. I. 116. 1, sowie I. 118. 1. und I. 120. 1. ꝛc.

[2]) Zu erklären die Ausdrücke: egyenes ágbeli rokonság, nemzői-nemzetti-mellékágbeli-rokonság, fi-nő-rokonság stb.

[3]) Das zu erklärende Gesetz Trip. III. 8 und 9.

[4]) Geheime Gesellschaften sind nach den politischen Gesetzen verboten. Hervorzuheben Hof-Z. 624:1793; Hof-Z. 4328:1801; Gubl. Z. 448:1802, sowie Hof-Z. 339:1813.

[5]) Siehe Trip. II. 3 und 7, sowie III. 8. 2.

[6]) cf Trip. II. 3 und 7; sowie III. 8. 2; ferner A. C. III. 11. 2; endlich 2: und 54:1791.

[7]) cf. A. C. IV. 17. Tabular-Instruction § 3. — Schon in ältesten Zeiten wird ein Fiscus erwähnt, so 1082 in *Fejér* I. S. 458 und *Bél* Apparatus S. 210, Note n. und p.

[8]) Insbesondre dadurch, daß der Fiscus:
1. einen eignen, besondern, Gerichtsstand im Productionalforum hat;
2. von der Beweisführung in gewissen Fällen befreit ist;
3. von den Proceßkosten und Strafen (emenda capitis Trip. II. 39);
4. von der Verjährung ausgenommen ist.

II. Die Rechtsobjecte[1]).

§ 17. Sachen und Rechte.

Sachen und Rechte sind der Gegenstand juristischer Herrschaft — sind die Objecte zur Bethätigung eines rechtlichen Willens. Der in den Gesetzen erlaubten freien Disposition der Einzelnen unterliegen ihre Privatgüter, — ebenso einer Gesammtpersönlichkeit deren Corporationsvermögen und gemeinschaftliches Gut[2]).

(Allerart besondre Verhältnisse — insbesondre „Gemeindegut" durch Feld- und Wald-Polizeivorschriften, sowie durch politische Gesetze und durch Municipalstatute[3]) geregelt[4]).

Die Staatseinkünfte sind dem Fürsten zur Verfügung anheimgestellt[5]); die Staatsgüter selbst gehören entweder (eigenthümlich):

a) dem Lande[6]) als sogenannte reine Fiscalitäten, oder:
b) dem Oberlehnsherrn (der Krone), als der Verleihung unterworfne Donationalgüter[7]).

Oeffentlicher Benützung unterliegen Reichs-, Land-, Gemeinde-Straßen und Wege, Brücken, Brunnen und die fließende Stromeswelle als Trinkwasser und Beförderungsmittel[8]) und meister Orten Bäche sammt Kiesel und Sand, wie auch gewisse Hutweiden und sonstiges frei erklärtes Gut (Laub, Reisig ꝛc.).

---

[1]) Siehe *Sachsenheim* „Civilrecht" S. 327, 355 und am betreffenden Orte *Dósa* und *Wenzel*.

[2]) In weitrer Beziehung sind namentlich geistliche von weltlichen, adlige von unadligen Sachen (Gütern) zu unterscheiden u. s. f.

[3]) Vieles davon in den von mir und *Dr. Trauschenfels* herauszugebenden „Ungarischen Rechtsdenkmälern".

[4]) cf. Trip. III. 33. — A. C. III. 33 und ed. 6. 7, sowie C. C. III. 7. 2. Weiter hervorzuheben die Waldordnung vom 30. Mai 1781; der 95 : Prov. art.; 30:1791 und Gubl. Z. 322:1812, sowie Gubl. Z. 4067:1829; ferner 34:1811 und Gubl. Z. 2635:1813 u. a. m. — Vergl. noch Trip. I. 68 und III. 22, dann Approb. Const. III. 8; ferner 34:1810. Siehe auch „Siebenbürgische Provinzialblätter" II. S. 283 und „Normaliensammlungen".

[5]) Siehe *Sachsenheim* S. 327.

[6]) cf. A. C. II. 5. 1, ferner II. 8 und 11:1791. — Hiezu sind in Königszeiten die Comitatsgüter und Einkünfte zu rechnen.

[7]) Hier sind aus dem besondern Theile hervorzuheben A. C. IV. 13. 6. und C. C. IV. 12. 14, sowie 6 : Diploma Leopoldinum.

[8]) Die singulär bei Communicationsanstalten vorkommenden Mauthen sind in den Gesetzen von Fall zu Fall bestimmt. Hervorzuheben A. C. III. 37 und 38, sowie Comp. Const. III. 3. 1, ferner A. C. III. 39. 1 und 2, sowie ed. 91 und C. C. III. 3. 3. u. dgl. m.

Die zum allgemeinen Besten dienlichen Sachen sind jeder Privatverfügung entzogen und andrerweise stehn die edlen Metalle als Erzeugnisse des Bergbau's[1]), sowie der Salpeter[2]) in einem beschränkten privatrechtlichen Verkehre[3]), womit zusammenhängt, daß gewisse Gegenstände nicht gekauft werden dürfen[4]) und daß einzelne Gewerbszweige entweder der Staatsverwaltung allein zukommen[5]) oder im Privatbetriebe an besondre Bedingungen gebunden zu sein pflegen[6]).

Dagegen war gewöhnlich die Jagd[7]) und häufig auch die Fischerei, sowie überhaupt der Bergbetrieb[8]) — jedoch letztrer nur nach den bergrechtlichen Vorschriften[9]) — allgemein gestattet. (Occupationsrecht freistehender Sachen[10]).

Diese hier angegebnen Unterschiede nach der Bestimmung und Dispositionsfähigkeit jener in dem Vermögen der Menschen befindlichen Sachen

---

[1]) Siehe „Bergrecht". Hervorzuheben A. C. II. 9. 1, sowie 16. 4. und 9:1747.

[2]) A. C. III. 50, und Landtagsartikel 1747. (Salpeter-Monopol außer Wirksamkeit vom 1. Juli 1853).

[3]) Z. B. Vorkaufsrecht der Staatsverwaltung. So müssen Gold, Silber, Kupfer, Schwefel, Blei, Zinn, Quecksilber nebst Abführung des Zehntens an das k. Einlösungsamt gegen bestimmte Preise abgeliefert werden.

[4]) Z. B. Militärkleider (Montursstücke) nach G. Z. 425:1809 u. dgl. m.

[5]) Z. B. Handel mit Quecksilber (A. C. II. 9. 2.), ebenso mit Salz (A. C. III. 15. 1, sowie 76. 6, womit zu verbinden ist A. C. ed. 1—5; C. C. III. 16, und endlich Salzcontrebandinstruction Gubl. Z. 4454:1804).

[6]) Siehe verschiedne politische und commerzielle Vorschriften, (kein Gegenstand dieses „Privatrechts"). — Vergl. *Sachsenheim* S. 420 u. f. f.

[7]) Namentlich im Seklerlande und auf freiem Gemeinde-Hattert; dagegen den Unterthanen bei 3 fl. Strafe verboten. (cf. Uladislaus II. Decret. V. art. 18. und „Ungarische Rechtsdenkmäler" an mehrern Orten).

Politische Vorschriften und Gesetze regelten die Ausübung z. B. Verbot gefährlicher Fangeisen u. s. w. (cf. A. C. ed 52).

Hervorzuheben Hof-Z. 4781:1836, sowie Hof-Z. 3589:1839 u. a. m. (Raubthiertaglien ꝛc. ꝛc.). — Für ältre Zeit über Jagd hervorzuheben siehe Z. 1036 in *Fejér* I. S. 329, Z. 1075 *Fejér* I. 428, dann II. 70, 81 und 347.

[8]) Siehe „Bergrecht" insbesondre A. C. II. 9. 1. und 1:1747, sowie Thes. Z. 11041:1826 und Z. 8367:1827 ꝛc., dann *Wenzel* bányajog rendszere.

[9]) Z. B. Ansuchung um Belehnung — Verleihung — (litterae facultatoriae). — Schon frühe freier Gold- und Silber-Bergbau vergl. *Fejér* Cod. dipl. VIII. vol. 3. S. 198, vom Jahre 1327.

[10]) Hieher kann auch das Finden eines Schatzes gerechnet werden, von welchem „una tertialitas fisco regio, altera inventori, tertia domino terrestri" zukommen sollte (im Falle die Werthsumme von 150 fl. erreicht war). cf. A. C. III. 54, und verschiedne Normalien.

Siehe Hofdecret vom 2. December 1800, Hof-Z. 1158:1800, Thesaurar. Z. 6629:1800 u. s. w. (Siehe darüber im „Sächs. Privatrecht"). — In ältester Zeit bereits ein Königsrecht siehe *Fejér* VII. 2. S. 212, (Jahr 1229).

und Rechte sind in den Gesetzen nur sehr mangelhaft durchgeführt, und namentlich fehlt die Sicherstellung gewisser Corporationsrechte, sowie das ganze Gebiet handelsrechtlicher Bestimmungen[1]).

§ 18. Weitre Eintheilung der Sachen und Rechte.

Die Eintheilung der Sachen nach ihrer Beschaffenheit als körperlicher und unkörperlicher, beweglicher und unbeweglicher, verbrauchbarer und unverbrauchbarer, vertretbarer und unvertretbarer, schätzbarer und unschätzbarer u. s. f.[2]) ist in den Gesetzen weder begrifflich festgestellt, noch nach der eigenthümlich juristischen Natur unterschieden worden.

Unbewegliche Sachen und diesen entsprechende Rechte[3]) kommen gewöhnlich unter folgenden Benennungen vor: jura possessionaria, possessiones, praedia, haereditates, bona immobilia; dagegen heißen bewegliche Sachen[4]) in der Regel res mobiles, bona mobilia, und häufig wird dieser Ausdruck auch überhaupt auf „erworbne" Güter bezogen[5]).

Die meisten privatrechtlichen Folgerungen waren an die Eigenschaft der Güter (Sachen und Rechte) einerseits als königlicher Schenkungen (donationes), und Allodien[6]), andrerseits als:

1) erworbner (szerzemények);

2) ererbter (ősiek)

gebunden, sowie an die Unterscheidung von Haupt- und Nebensachen[7]).

---

[1]) Vieles in „Municipalconstitutionen" (vergl. die „Ungar. Rechtsdenkmäler") und in Verordnungen, hervorzuheben betreffs Sekler-Gemeingründe Gubl. Z. 8406:1808 und andre Normalien („Wechselpatent" ꝛc.) von zweifelhafter Gültigkeit.

[2]) Aehnlich ist's mit der Eintheilung des Eigenthums als eines vollständigen und unvollständigen, als eines beschränkten und unbeschränkten, theilbaren und untheilbaren, widerruflichen und unwiderruflichen u. s. f., welche zwar aus den Gesetzen mit Zuhilfnahme der sonst üblichen Doctrin abgeleitet werden könnte, jedoch weder in juristischen Begriffsunterschieden, noch in deren weitern Folgerungen festgestellt erscheint, sondern vielmehr nur als specielles Vorkommniß erwähnt wird.

[3]) cf. Trip. I. 43. § init. sowie III. 16. § init.

[4]) cf. Trip. I. 45. § init. sowie I. 95. 2. und A. C. IV. 4. 1. endlich ed. 36.

[5]) Z. B. auf die mit Geld erworbnen (Trip. I. 19); auf die Pfandgüter (Trip. I. 102. 4.) ꝛc.

[6]) Sowie die hierin liegende Unterscheidung von adligen und unterthänigen Grundstücken (Curial- und urbariale Sachen und Rechte, s. besondern Theil).

[7]) Hauptsache, principale membrum, haereditas corporalis, etc. etc. (cf. Trip. II. 76. 3. und III. 16. 1.) — Siehe *Sachsenheim* S. 329.

Der bekannte Satz: accessorium debet sequi forum sui principalis (cf. Trip. II. 52. 3). — Was als „caput bonorum" anzusehen sei, muß oft erst bewiesen werden (cf. Trip. III. 16. 1). — Es sind die von *Dósa* gemachten

Als Zugehör adliger Liegenſchaften[1]) werden erwähnt: „aquae, fluvii, aquarum decursus, piscinae, piscaturae, molendina, ac eorundem loca“ etc.[2]); daher als acceſſoriſche Nutzungsrechte herrſchaftlichen Grund und Bodens die ſogenannten niedern Regalien (kisebb királyi haszonvételek) vorkommen[3]), als:

1) Das jus fluminum und zwar jus piscationis et molendinorum (Fiſchereigerechtigkeit und Mahlrecht, halászat-malomtartás-joga[4]).
2) Das jus macelli (Fleiſchausſchrottungsrecht, mészárszék tarthatás-jog, húsmérési jog[5]).
3) Das jus educilli (Schankrecht, korcsomortási jog, italmérési 's korcsmáltatási jog[6]); ſowie häufig auch:
4) Das jus fori, nundinarum (Marktgerechtigkeit, vásári jog[7]) und
5) Das jus telonii et nauli (Mauthrecht, vám és rév-jog[8]);

Unterſcheidungen zu erklären: „A' külön használatu dolgokat melyek közé tartoznak mindazon dolgok, melyek nem közhasználatuak oszthatni törvényeink értelmében: ingó- és fekvő- fő- és járulék- ősi és szerzemény- világi és egyházi- nemesi és nem nemesi-dolgokra“. — Dann das „saját-föld, majorság“. — Ferner die Güter, als: a) bona primaevae occupationis, foglaltak u. m. egész székelyföld; b) bona donationalia, adományosok; c) Allodien als mentségesek und d) Urbarialgründe, urbéres telkek als nem mentségesek. Unter jene laſtenbefreiten: 1) die majorság, 2) puszták praedia, 3) székely örökség, 4) egyházi fekvők und 5) A' Dées, Ó- és Új-Torda nemes városok kerületébeni fekvők.

[1]) donationes ... cum omnibus appertinentiis eorumque utilitatibus et proventibus.

[2]) Beiſpielsweiſe in Donationsurkunden die Ausdrücke „cum universis utilitatibus specialiter cum silvis et aliis suis pertinentiis“ oder „cum omnibus earum (terrarum) utilitatibus et quibuslibet pertinentiis ad easdem spectantibus“ oder „quibusvis utilitatibus et pertinentiis“ u. dgl. m.

[3]) cf. Trip. I. 24. 8. und III. 16. 1. — I. 87. 4.

[4]) Nachzuleſen Trip. I. 87. 2 und 4.

[5]) Nehmlich Kleinverkauf nach ämtlich limitirten Preiſen. — Gewohnheitsrechtlich und nach 6 : 1747 als grundherrſchaftliches Recht anerkannt.

[6]) Deſſen Ausübung, Beſchränkung, Theilung u. dgl. wurde durch politiſche Geſetze und Statute geregelt. Z. B. der grundherrſchaftliche Reihenſchank der Adligen nach A. C. III. 29. u. a. O. Die Theilnahme der Unterthanen (Schank vom Tage des h. Michael bis zum Tage des h. Georg) nach 27. Urbarialpunkt von 1769. (Vergl. Approb. Const III. 32 „juxta quantitatem bonorum“).

Ueber frühre Verbote nachzuleſen Comp. Const. III. 16. 1.

[7]) cf. Trip. II. 10. Als Privilegialrecht zu beurtheilen nach Trip. II. 9. 1. ſowie II. 12. 3. und II. 10. 4.; ferner I. 23.

[8]) Dies Recht konnte auch ſelbſtändig erworben werden durch Verjährung nach Trip. I. 23. 1. und durch ein Privilegium nach Trip. II. 9. 1. ſowie II.

endlich in beſondren Verhältniſſen beſtimmte Weidegerechtſame[1]) und Genuß von Gemeingründen[2]).

Die ſogenannten jura decimarum, nonarum, patronatus (egyházi-kegyuri jog), gladii, ſind zwar mit Dominalrechten verbunden, insbeſondre letztre mit der grundherrſchaftlichen Gerichtsbarkeit, aber ihrem Urſprunge nach nicht als privatrechtliche „Appertinentien" anzuſehen[3]). —

§ 19. Avitiſche und erworbne Sachen und Rechte.

Unter den Rechtsobjecten muß als die bedeutendſte Grundlage der am meiſten vorkommenden Rechtsverhältniſſe die erwähnte Verſchiedenheit erworbner und ererbter Güter auseinandergehalten werden.

Während die erſtern das eigentliche Privatvermögen bilden — (Alleineigenthum) — ſind die letztren ein Familienvermögen[4]) — (Geſammt- und Mit-Eigenthum?[5]) — (külön-közös tulajdon. — Das Majorat, elöfiség[6]).

---

10. 2. und A. C. III. 39. 2. u. a. O. In dieſem Falle wird es öfters auch auf fremdem Grund und Boden ausgeübt (nachzuleſen Trip. I. 87. 2.) muß aber dann innerhalb Jahresfriſt gebraucht werden (Trip. II. 12. 3.).

Daß Brücken, Dämme, Plätten ꝛc. im guten Stande zu halten wären (cf. A. C. III. 39. 1. und ed. 90. u. a.), ſowie die Mauthfreiheit gewiſſer Volksklaſſen u. dgl. m. gehört theils ins adminiſtrative, theils öffentliche Recht.

Mündlicher Vortrag über das Weiderecht (a' legeltetési jog) nach Trip. I. 24. 8. und Approb. Const. III. 33; über das Maſtrecht (makkoltatási jog) nach Trip. III. 33. § init. und § 3 Urbarialpatent III. 6.; über das commune terrenum (közhatár) beſonders 30: 1791 (De conservatione Sylvarum); ferner Hattertregulirung und Abſonderung (a' határrendezés és birtok elkülönités) nach Approb. Const. III. 29. und 15: 184⅞ u. ſ. w. Vergl. auch *Wenzel* I. S. 596.

(Ueber Bergrecht vergleiche *Wenzel* „A magyar és erdélyi bányajog rendszere" Ofen 1866).

[1]) cf. A. C. III. 33. und Trip. I. 24. 8. | ſowie

[2]) cf. A. C. III. 29.; cf. 30: 1791. | „Municipaleonſtitutionen".

[3]) Ueber das jus gladii ſ. *Kereszturi* Introductio II. S. 84; über Zugehör, fructus (termények) ſiehe *Sachsenheim* S. 357; über grundherrſchaftliche Rechte und Urbarium ſ. *Dósa* II. S. 105 u. ſ. dann S. 190 u. ſ. w.

[4]) Nachzuleſen Trip. I. 58. ſowie I. 53. 7. und A. C. I. 6. 2. „ingó javaiból kinek kinek szabados dispositioja vagyon, ha az is maga acquisituma" (alſo gilt ſelbſt bei beweglichen Sachen der Unterſchied ererbten — aviti-ſchen — und erworbnen Guts).

[5]) Als Condominium in den Geſetzen (Trip. I. 45) erwähnt die Verlaſſenſchaft des Vaters in Rückſicht ſeiner Söhne (cf. Trip. I. 43. 4. u. a. O.); ferner zu vergl. Trip. I. 47. 4. und I. 67. 1. ſowie hier beſondrer Theil.

[6]) Vergl Hof-Z. 865: 1772 den Baron Szentkereszti'ſchen Fall betreffend, und bezüglich des, obwohl ſächſiſchem Rechte nach zu beurtheilenden, aber hier

Der jeweilige Beſitzer hat wohl einen ſehr ausgedehnten Fruchtgenuß, iſt aber in ſeinen privatrechtlichen Befugniſſen durch gegenüberſtehende Anſprüche vielfach beſchränkt. — In dieſer „Gebundenheit", deren Wirkungen alle Rechtsgeſchäfte und Beſitzverhältniſſe durchdringen, liegt das Weſen der Aviticität (Ősiség[1]), als eines Inbegriffs ſolcher rechtlichen Folgen, welche aus der Eigenſchaft des in geſetzlicher Erbfolge an ein Familienglied übergehenden Vermögens hervorgehn und für ewige Zeiten ein juriſtiſches Band unter allen Theilungsverwandten (osztályos atyafiak[2]) begründen.

Es ergeben ſich hieraus namentlich folgende Beſtimmungen:

1) Verpflichtung des Vaters die bona avitica in gewiſſen Fällen mit ſeinen Söhnen zu theilen[3]).
2) Ungültigkeit der Veräußruug auf immerwährende Zeiten (jure perennali), ſo daß nur in den geſetzlichen Ausnahmen[4]) das durch Kauf oder Teſtament[5]) entfremdete Familiengut unrücklösbar[6]) geworden iſt.
3) Verbot der Verpfändung über die gewöhnliche Verjährungsfriſt von 32 Jahren[7]); und damit zuſammenhängend
4) Verſtändigung (Prämonition[8]), ſowie Vorkaufs- und Einlöſungsrecht (Retract[9]) der Näherberechtigten; ferner:

---

auch einfließenden Fideicommiſſes nach dem Baron Bruckenthal'ſchen Teſtamente j. Hof-Z. 1225: und 1637: 1807; wie auch Hof-Z. 2486: 1804, dann Hof-Z. 3407: 1807 und 565: 1808. (Vergl. auch *Kovachich* Epicrisis Seite 134 und Coloman's Geſetz Lib. I. c. 20. abwehrend).

[1]) Siehe *Sachsenheim* S. 354; *Szlemenics* im 5. Bande der M. Tud. Társaság Evkönyvei 1842. S. 241—289. (ſ. auch Transsilvania Nr. 58: 1843).

[2]) Die Theilungsverwandten (osztályos atyafiak) können dann ihre Anſprüche erheben, wenn

1) der Beſitzer ohne leibliche Nachkommen (Erben) geſtorben iſt; — wenn
2) die auch noch ſo entfernte Verwandtſchaft genealogiſch zu erweiſen iſt; und
3) eine einſtmalige Theilung dieſer Güter zwiſchen den beiderſeitigen Vorfahren ſtattgefunden hat. —

„Sola enim sanguinis propago et fraternalis mutua divisio efficit ex se mutuam et reciprocam bonorum in alterutrum condescensionem atque devolutionem".

[3]) Nachzuleſen Trip. I. 53. 1. und 2. in Verbindung mit Trip. I. 61. 4.

[4]) Nachzuleſen Trip. I. 59. 6. (echte Noth).

[5]) cf. A. C. III. 25. 1. (az aviticum bonumokban a' decretalis casukon kivül testamentum vagy egyéb fassiok által való alienatioknak hely ne adatassék).

[6]) Nachzuleſen und zu erklären Trip. I. 56 und 58.

[7]) cf. Trip. I. 60. } iſt nachzuleſen.
[8]) cf. Trip. I. 60. }

[9]) cf. Trip. I. 60. 8 und I. 83. — (Weitre Erörterungen im beſondern Theile) A. C. IV. 14. 2. und 135. Prov. Art.: 1791. (Rücklöſungsſumme?)

5) Gänzlicher Mangel[1]) der Verjährung (Elévülés) in avitiſchen Gütern; endlich

6) Erklärung der Ausſchließung vom Familienvermögen als Blutsverrath (proditio fraterni sanguinis — lárva, álorczaság und vértagadás[2])

Das erworbne Vermögen dagegen (bona acquisita) iſt zur vollkommnen freien Verfügung ſeines Erwerbers (Eigenthümers) geſtellt[3]) und kann durch Verträge, Schenkung und Teſtament — (inſoweit es nicht etwa als Donationalgut beſondern Beſtimmungen unterliegt) — ſelbſt den nächſten Familienmitgliedern entzogen werden.

Als erworbnes Vermögen bezeichnen unſre Geſetze namentlich alle jura possessionaria, welche nicht ab intestato geerbt wurden[4]), daher Güter, welche durch k. Schenkung, Verleihung (donatio, collatio) Erbvertrag, Adoption, Präfection und Teſtament an den Beſitzer direct gekommen ſind, ferner die mittelſt Geld erkauften[5]), in der Verjährung erſeßnen[6]) und das Heirathsgut[7]).

Hier mögen nachfolgende Geſetzesbeſtimmungen aus Tripartitum erſtem Theile hervorgehoben werden:

Quid sit proditio Fraterni sanguinis definitive? et de poena ejusdem.

Titulus 39.

Fraterni autem sanguinis proditio, est fratris, vel sororis justis suis Juribus per alterum fratrem, aut sororem dolosa, adumbrataque, et fraudulenta privatio, vel exhaereditatio.

§ 1. Per fratrem autem, et sororem hoc in loco intellige, quemlibet generationis suae hominem in Juribus possessionariis secum aequaliter succedentem.

§ 2. Poena autem proditionis fraterni sanguinis ultra decus, et infamiam inde contrahendam, haec est: ut ille proditor, ac condemnatus, universis bonis, et haereditatibus suis perpetuo destituatur, et in illum fratrem, aut sororem (quem scilicet, vel quam fraudare, justisque suis juribus despoliare, et de eisdem exhaereditare nitebatur) eadem cuncta bona, et haereditates transferantur, et ipsemet quoque in persona sua ad fovendum pariter, et serviendum illi tradatur. Quem usque ad obitus sui diem frater ipse proditus, vel soror prodita victu, et amictu tanquam unum de familia sua, conservare tenebitur.

---

[1]) Nachzuleſen Trip. I. 46. 6.

[2]) Nachzuleſen Trip. I. 67. 1.

[3]) Trip. I. 5. und 57, ſowie 51. 9. und A. C. III. 25. 1. ꝛc.

[4]) cf. Trip. I. 6. 3. ferner I. 5. u. ſ. w.

[5]) cf. Trip. I. 57 u. a. O.

[6]) cf. Trip. I. 78. 2. und 5.

[7]) cf. Trip. I. 105. 2.

§ 3. Et hoc idem intelligendum est etiam de mulieribus, seu filiabus quorumcunque Dominorum, ac Nobilium; quarum scilicet aliqua in Juribus paternis (quae etiam alioquin Jus foemineum contigissent) per Regiam Majestatem ad supplicationem quorumpiam in verum haeredem, et successorem masculinum se praeficere procurabit, per hocque alias ejusdem generationis, seu progeniei foemellas bonis ipsis privare machinabitur.

§ 4. Praeterea si quispiam fratrum, aut sororum, alterum generationis suae hominem de genealogia sua existere pertinaciter negaverit, et ille tandem literali documento, vel deficientibus literis, humano forsitan testimonio, usque ad sexaginta annorum spatium, sed non amplius, se de ipsa genealogia esse comprobaverit; tunc ex istis quoque casibus poena proditionis fraterni sanguinis sequi debebit: Nam exinde alterum justis suis Juribus fraudare, exhaereditareque se voluisse declarabit.

De divisionibus bonorum paternorum, et avitorum inter fratres fiendis.

Titulus 40.

Item praehabita Donationum Regiarum declaratione, jam ad ramos earundem est recurrendum.

§ 1. Et primo de fratrum carnalium bonis, ac Juribus possessionariis per Donationes acquisitis, et tandem alio quovis titulo adeptis, et consecutis, ac eorundem bonorum divisionibus erit disserendum.

§ 2. Unde Notandum, quod universa bona, et quaelibet Jura possessionaria cunctorum Dominorum, Baronum, ac Magnatum, et Nobilium paterna, et avita quocunque nomine censeantur, inter filios eorundem Dominorum, et Nobilium, fratres scilicet carnales, aequaliter dividantur: Et quot sunt fratres, in tot sequestrantur partes, Domus autem paterna filio juniori deputatur ad residendum, et habitandum: Ita tamen, ut caeteris quoque filiis, seu fratribus de communi proventu hujusmodi bonorum, et Jurium possessionariorum aliae domus, illi paternae similes, in loco communi (ubi videlicet illorum quilibet voluerit) exstruantur, et aedificentur habitandae.

§ 3. Ad quas de terris arabilibus, silvis, pratisque, et foenilibus, consimiliter communibus tot, et tantum, quot scilicet, et quantum ad ipsam domum paternam spectare dignoscitur, excindatur, et sequestretur: atque annectantur, perpetuo possidenda pariter, et habenda.

§ 4. Et hoc verum est, si tantum habuerint de communibus terris, silvisque, et pratis, ut hujusmodi divisio eorum debite peragi, et expediri possit.

§ 5. Nam alioquin omnes terrae, ac silvae, prataque, et foenilia ad dictam domum paternam attinentia, et pertinentia in tot debebunt dividi partes, quot de novo aedificabuntur domus nobilitares, et ad quamlibet illarum domorum aequalis portio assignabitur utenda.

§ 6. Inclusa tamen semper illa quantitate, atque portione terrarum, ac silvarum, et pratorum, quae ad sessionem, vel locum sessionis Jobagionalis, in cujus scilicet facie domus nova construetur, spectat, atque pertinebit.

Quid si domus paterna lapidea, vel magnis sumptibus constructa fuerit?

Titulus 41.

Ubi autem domus ipsa paterna lapidea, aut latericia, vel aliter sumptuoso aedificio constructa, fabricataque fuerit, et tantae aestimationis reputata fuerit, ut de communi proventu talium bonorum similes domus construi non

possint, ita ut ne una quidem aedificari commode possit: Tunc in tali casu domus ipsa paterna una cum magistris lapicidis, ac muratoribus, et fabris lignariis, per hominem judicii conscientiosi aestimari, taxarique, et summa aestimationis in tot portiones, quot sunt fratres, dividi debebit: Filiusque junior, seu frater, portionem sibi cedentem gratis habebit.

§ 1. Sed portionem caeterorum fratrum pecuniaria solutione, juxta ipsius taxationis, et aestimationis seriem, refundere, illisque persolvere tenebitur.

§ 2. Et hoc intellige, si filius ipse junior tantae aetatis fuerit, ut rebus suis commode prospicere non possit: Nam aliter in tali sumptuoso aedificio aequalis fieri debebit inter fratres divisio.

§ 3. Caeterum si bona, et Jura ejuscemodi possessionaria Jus foemineum aeque, veluti masculinum concernant, et patre defuncto filii, filiaeque superstites, ac filiarum altera junior aetate fuerit; tunc in tali quoque casu non filiae, sed potius filio, filiam ipsam juniorem natu immediate praecedenti, tamquam digniori sexui, et personae domus paterna dabitur habitanda. Sub conditionibus tamen praedeclaratis.

Ebenſo ſind weiter anzuſchließen und zu erklären aus Trip. erſtem Theile:

Quod quilibet Dominorum, et Nobilium super bonis suis propriis liberam disponendi habeat facultatem.

Titulus 57.

Sciendum est autem, quod quilibet Dominus, Baro, Magnas et Nobilis et possessionatus homo, filios, et filias habens, sine omni consensu, imo et contra voluntatem eorundem, de et super rebus, ac bonis, et Juribus suis possessionariis, per eum propriis servitiis suis acquisitis, et adeptis sive propriis pecuniis (quae etiam servitiis acquiri consueverunt) comparatis, et emptis, vita sua comite liberam (prout voluerit) disponendi, et ea etiam alienandi plenariam habeat potestatis facultatem: filiorum, vel filiarum contradictione, inhibitione, vel alia quavis repugnatione non obstante.

§ 1. Et, si quam pater ipse divisionem in eisdem rebus, ac bonis, Juribusque suis possessionariis, in humanis agens inter filios, filiasque fecerit; ne eo medio sublato dissensiones, odia, contentionesque, et differentiarum materiae inter eosdem praevia ratione suboriantur; etiam post obitum patris, filii, et filiae divisionem ipsam ratam habere, et in eadem perpetuo permanere tenebuntur.

§ 2. Et hoc idem est etiam de bonis, et Juribus possessionariis vigore alicujus contractus, seu fraternalis adoptionis, vel etiam praefectionis in aliquem virum, aut aliquam foeminam redactis, et derivatis tenendum: Quia solus, vel sola ejuscemodi bona consecutus, aut adepta esse intelligitur, atque comprobatur.

Quod pater bona avita in praejudicium filiorum alienare non possit.

Titulus 58.

Verumtamen super bonis, ac Juribus possessionariis avitis pater in praejudicium filiorum, vel etiam filiarum (si ea Jus quoque foemineum sequantur) et similiter frater in praejudicium fratris super bonis, ac Juribus possessionariis paternis, vel avitis sine consensu filiorum, ac filiarum, vel fratrum, quantum ad alienationem, aut venditionem eorundem bonorum simpliciter, nullam penitus Fassionem facere potest. Quae, si etiam fieret, nullius censeretur esse vigoris, neque firmitatis.

§ 1. Solent namque nonnulli bona, et Jura possessionaria paterna, et avita saepe necessitate cogente, interdum vero nulla rationabili causa adurgente, sed gula duntaxat, et crapula commessationeque monente, interdum autem damnabili invidia contra fratrem concepta instigante, pariter et diabolo cooperante; aliquando vero bene, et recte; saepius tamen malitiose, quibus possunt, impignorare, aut perpetuo vendere, inscribere, et diversis titulis, exquisitisque coloribus obligare; et ut facta super eo Fassio majoris firmitatis existat, et invalidari nequeat, onera filiorum, filiarumque, et fratrum super se, et haeredes suos in serie Fassionis assumere, atque levare.

§ 20. Die Schätzung der Sachen.

In sehr vielen Vorkommnissen des Lebens muß eine Schätzung von Rechtsobjecten eintreten und das Gesetz — (nachzulesen Trip. I. 133.) — unterscheidet folgende Arten:

1) Die aestimatio communis nach der im Gesetze ausdrücklich angegebnen Werthbemessung, (közbecs szerinti értéke).
2) Die aestimatio perennalis bei unbeweglichen Sachen im zehnfachen Betrage der gemeinen Schätzung, (örök becsü).
   (Beide Arten heißen aestimatio legalis, törvény szerint értéke).
3) Die aestimatio judicialis (mit Zuziehung von Sachverständigen [1]).
4) Die aestimatio conventionalis, welche wie jede Vertragsbedingung als freiwillige Uebereinkunft in Kraft erhalten werden muß [2]); — kölcsönös egyetértés utján.

Der bezogne Titel (erster Theil) lautet in seinen Hauptbestimmungen:

Quid sit, et qualiter fiat bonorum mobilium et immobilium aestimatio?

Titulus 133.

Quoniam autem ad nonnullorum negotiorum expeditionem pernecessaria sit bonorum aestimatio, ideo series, ac modus ejus hic merito subnecti debet.

§ 1. Unde notandum est, quod juxta veterem, et approbatam hujus Regni nostri consuetudinem aestimatio dicatur: Bonorum mobilium, et immobilium, competentis valoris, limitata quaedam, ac statuta taxatio.

§ 2. Vel aliter, aestimatio: Est rei mobilis, et immobilis, secundum sui aequivalentiam, vel valorem, taxata quaedam limitatio.

§ 3. Et Duplex est aestimatio, scilicet Perennalis, et Communis. Aestimatio Perennalis, quae in Juribus duntaxat possessionariis, et non rebus mobilibus fieri solet, decies tantum facit, quantum Communis.

§ 4. In aestimatione namque Communi una Sessio Jobagionalis populosa pro una Marca, seu ad unam Marcam quatuor florenos facientem: In perennali vero aestimatione ad decem Marcas, quadraginta florenos continentes computatur.

§ 5. Quae Perennalis aestimatio paucis in rebus, ac causis committitur, sed universus fere coetus Dominorum Praelatorum, ac Baronum, Mag-

[1]) cf. Trip. I. 41. und A. C. IV. 4. 1.
[2]) cf. A. C. III. 11. 2. u. a. O.

natumque, et Nobilium aestimatione Communi (ut plurimum) utitur. Nisi enim in Fassionibus, vel obligaminibus quorumpiam aestimatio Perennalis claro sermone declarata ut in Constitutionibus Regni publicis expressa fuerit, ejus usus raro admittitur. Cujus quidem aestimationis series hoc modo sequitur:

§ 6. Castrum lapideum aestimatur ad Marcas Centum.

§ 7. Item, Monasterium, sive Claustrum, sepulturam patronorum, et aliorum specialium Nobilium habens, aestimatur ad M. 100.

§ 8. Ecclesia cum duobus pinnaculis, ad modum Monasterii fundata; aestimatur ad M. 50.

§ 9. Ecclesia cum duabus turribus, seu duobus pinnaculis, non penes Monasterium existens, vel non per modum Monasterii fundata; ad M. 25.

§ 10. Omnes aliae Ecclesiae matronae, cum una turri, sepulturam habentes, aestimantur ad M. 15.

§ 11. Sine turri autem constructae, tamen cum sepultura, ad M. 10.

§ 12. Capella lignea, seu Sacellum non lapideum, sepulturam tamen continens, ad M. 5.

§ 13. Absque sepultura vero ad M. 3.

§ 14. Ecclesiae autem, et Capellae extra Matronam Ecclesiam fundatae, non ponuntur in serie aestimationis.

§ 15. Item Sessio, seu Curia Nobilitaris populosa, ad M. 3.

§ 16. Habitatore vero carens, ad M. unam cum media.

§ 17. Aedificiis autem omnino destituta, ad M. 1.

§ 18. Item Sessio Jobagionalis populosa, ad M. 1.

§ 19. Deserta vero, sed aedificia habens, ad M. mediam

§ 20. Aedificiis autem penitus carens, tamen in ordine aliarum Sessionum sita, ad quartam partem unius Marcae, videlicet denarios 100.

Extra ordinem siquidem aliarum Sessionum posita, pro campo reputatur, et in ordine aestimationis non computatur.

§ 21. Item Pomarium Nobilium adultis fructiferis arboribus consitum, in uno jugero terrae Regalis mensurae adjacens, ad M. 3.

— — — — — — — — —

§ 27. Item, Silva magna, quae alias permissoria dicitur, pro communi opere, et labore apta, intra quantitatem trium aratrorum Regalis mensurae existens, quodlibet aratrum, ad M. 10.

§ 28. Ultra vero tria aratra adjacens, non aestimatur: Sed ad ipsa soluminodo tria aratra reducitur aestimanda.

§ 29. Item Silva major, puta, dolabrosa, et glandifera, seu sub dolabro, et venatione existens, ac pro quolibet opere, et artificio valens; in spatio, vel quantitate trium aratrorum Regalis mensurae adjacens; quodlibet aratrum aestimatur ad M. 50.

§ 30. Si vero proventus ejus annualis bene potest computari, signanter si fuerit glandinosa; tunc pro decies tanto aestimatur, quantum facit proventus suus annualis. Ultra vero ipsa tria aratra (prout permissoria) non aestimatur.

§ 31. Item, si terra arabilis non extendit se ad unum, vel medium aratrum Regale, ita videlicet, ut si fuerint quinque, aut sex, vel decem, etc. jugera, tunc (opinione nonnullorum) quodlibet jugerum aestimabitur ad Denarios quadraginta. Et de silva quoque permissionali, ac nemore, idem dicunt esse tenendum.

§ 32. Verumtamen haec limitatio pro communi aestimatione accepta, respectu praecedentis, justa, et recta esse non videtur, sed omnino abjicienda

censetur: Nam si terram, vel silvam communem ad unum aratrum Regale sufficientem ad tres Marcas aestimabis, et aratrum ipsum ad centum, ac quinquaginta jugera Regalis mensurae sequestrabis; tunc si bene computabis, non plures, quam duodecim Denarii ad quodlibet jugerum terrae cedent, et quatuor tantum jugera inaestimata manebunt, quae ad quinquaginta Denarios se extendunt. Quinquaginta autem Denarii ad centum, et quinquaginta obulos, seu quadrantes commode dividi non possunt? Ideo quatuor illa jugera, consideratione majoris partis, ut inaestimata maneant, necesse erit.

— — — — — — — — — —

§ 35. Foeneta autem in campestribus, quae falcari quidem possunt, raro tamen, vel nunquam defalcantur; in ordine aestimationis non ponuntur.

§ 36. Item, Molendinum subtus, vel desuper currens, et tempore aestus non deficiens, ad *M. 10.*

Deficiens autem, ad *M. 6.*

§ 37. Molendinum desuper volvens, et tempore siccitatis non deficiens, ad *M. 5.*

Deficiens autem; ad *M. 3.*

§ 38. Locus Molendini deserti, subtus currentis; ad *M. 3.*

Desuper autem volventis; ad *M. unam cum media.*

§ 39. Item, Fons scaturiens, seu puteus effluens, et non deficiens, in quacunque possessione, de quo populus portare solet; ad M. duas cum media. Si autem plures fuerint, non aestimantur, sed ad unum solum includuntur omnes, quoniam ad usum unius villae sufficit puteus unus.

§ 40. Item, Piscina effluens, et non deficiens; ad *M. 10.*

Non effluens autem, et tempore siccitatis deficiens; ad *M. 5.*

§ 41. Piscina magna cum clausura existens, Gyalmos-tó, vel etiam Moró-tova dicta, nec non alia piscatura Danubialis, vel Thicialis, sive Szavae, aut Dravae, Thanya nuncupata, si habet deputatum proventum annualem; decies tantum aestimatur, quantum facit proventus ejus annualis. Si vero computatum proventum non habuerit (prout nos generaliter utimur) aestimatur; ad *M. 50.*

— — — — — — — — — —

§ 46. Verum, si rusticum quempiam, vel etiam Nobilem in territorio alterius vineam habentem, Dominus terrestris de ipsa vinea ejicere, et excludere voluerit; authoritatem quidem ejiciendi habet: Attamen non aestimatione illa communi, quae de virgulto, et rubeto inmediate praenotata est; sed competentem valorem, seu condignum pretium ejus, juxta aequam rectamque limitationem, et taxationem Judicis, ac juratorum civium ejus loci, ad quem ipsum promontorium pertinet, illi refundere tenetur.

§ 47. Ista Mensura 48-ties sumpta, facit unam Mensuram, sive Ulnam Regalem.

§ 48. Item, unum jugerum terrae arabilis, aut silvae Regalis mensurae, continet in sua longitudine septuaginta duas; in latitudine vero duodecim Mensuras, seu Ulnas Regales.

§ 49. Item, unum aratrum continet in se centum, et quinquaginta jugera terrarum Regalis mensurae, in aestimatione rerum.

De Jumentorum aestimatione.

§ *50. Notandum, quod unus bos non claudus, vel aliter non destructus; ad* *M. 1.*
§ *51. Duae vaccae sine vitulis; ad* *M. 1.*
§ *52. Una vacca cum vitulo; ad* *M. 1.*
§ *53. Quatuor oves; ad* *M. 1.*
§ *54. Quatuor porci; ad* *M. 1.*
§ *55. Cabella sine poledro; ad* *M. 1.*
§ *56. Cum poledro masculo; ad* *M. 1.*
§ *57. Cum poledro foemineo; ad* *M. 1. cum media.*
§ *58. Equus sellatus secundum valorem ejus aestimatur.*

III. Die Rechtsformen.

§ 21. Beſitz und Eigenthum (possessio, birtoklás, birtok[1]).

In dem ungariſchen Rechtsleben ſind Beſitz und Eigenthum ſolche (untrennbare) factiſche Zuſtände geweſen, daß ſie überhaupt als die allgemeine Rechtsform auftreten, innerhalb welcher die Uebung dinglicher Rechte ſtattgefunden hat.

Es läßt ſich auf Grund des „gegebnen" Rechtsſtoffes keine gegliederte Conſtruction allgemeiner Rechtsbegriffe des ſogenannten Sachenrechts vornehmen; das juriſtiſche Element der Rechtsverhältniſſe wurde von Fall zu Fall in der beſondern Verkettung der Thatſachen geſucht und ſo iſt es gekommen, daß die praktiſche Jurisprudenz Siebenbürgens und Ungarns den abſtracten Charakter des „Beſitzes" und „Eigenthums" als ſelbſtändiger Rechtsinſtitute gar nicht zu trennen vermochte.

Es fehlt Uns daher das in der Geſchichte aufzufindende Princip zu einer dem Römiſchen Rechte ähnlichen Analyſe des in den ſiebenbürgiſchen Geſetzen vorkommenden Ausdrucks: possessio (birtok), welcher ebenſowohl Beſitz als Eigenthum jeder Art umfaßt und ſeiner vieldeutigen Natur nach am meiſten verwandt iſt mit der deutſchen Gewere[2]), (Gewähr),

---

[1]) Siehe *Sachsenheim* „Civilrecht" über Beſitz S. 364 und über Eigenthum Seite 391.

[2]) Die nächſte Bedeutung des Wortes iſt: Beſitz, factiſches Ausüben dinglicher Rechte, dann auch Haus und Hof. Hievon abgeleitet ſind folgende Begriffsbeſtimmungen: „Der Begriff der Gewere in ſeiner Allgemeinheit aufgefaßt iſt die Fähigkeit eines Menſchen, ſei es nun ſich ſelbſt oder Andre oder Sachen zu wehren, zu vertheidigen". (*Dr. George Phillips* „Grundſätze des gemeinen deutſchen Privatrechts" I. S. 118). Aehnlich: „Gewere ..... deſſen allgemeine Bedeutung der Schutz in dem Verhältniß einer Perſon zu einer Sache iſt" (*C. Friedrich Gerber* „Syſtem des deutſchen Privatrechts" 2. Auflage S. 156). Siehe auch meine „Deutſche Rechtsgeſchichte" erſte und zweite Auflage S. 141.

unter welcher man überhaupt das (formelle) Verhältniß eines Rechtssubjectes zu einem Rechtsobjecte begriff, ohne hiebei einen (materiellen) Inhalt von Befugnissen oder Pflichten anzunehmen, welche Substanz vielmehr erst bei besondern Handlungen und Ereignissen als eine juristische Beziehung zwischen bestimmten Personen und Sachen anzuerkennen wäre.

Diese rein äußerliche Auffassungsweise des Rechtes an Sachen und zugleich die Vermischung öffentlicher (feudaler und socialer) sowie privatrechtlicher Grund- und Bodenverhältnisse lassen keine Doctrin der Dinglichkeit aufkommen und jedes theoretische Bestreben das ungarische Recht den principiell verschiedenen Civilinstituten römischer oder moderner Gesetzgebung anzupassen, ist dem Grunde und der Folgerung nach ein unhaltbares. — (Vergl. übrigens die erste Note im § 31).

Das Wesen jener völligen Herrschaft einer Person über eine Sache (Alleineigenthum) ließe sich nur in jener possessio nachweisen, in welcher der freie Mann gegenüber erworbnen beweglichen Gütern „Verfügungsrechte" ausgeübt hat.

Hier haben wir Besitz und Eigenthum (factische Zustände) als bloße Rechtsformen (ohne bestimmten Inhalt) aufzufaßen und die (rechtsgeschichtliche) Ansicht auszusprechen, daß die possessio (birtok) als solche kein Gegenstand der Legislation gewesen sei und daß nur die hierin gegründeten Bethätigungen des Rechtswillens „jura possessionaria" — „Besitzrechte" — ausgemacht haben.

§ 22. Entstehung und Endigung von Rechtsverhältnissen.

a) durch Willenserklärungen (fassiones).

Die Uebertragung von Besitz und Eigenthum erfolgte durch Rechtsgeschäfte, Verträge, Schenkungen und Testamente und alle diese Willenserklärungen (fassiones, pacta, contractus, — egyezmények, kötések, szerzödések) bedurften oft über Jahrhunderte hinaus eine unzweifelhafte Glaubwürdigkeit.

Diese Glaubwürdigkeit lag in der öffentlichen Vornahme.

So erfolgten anfangs die fassiones im Angesichte der genossenschaftlichen Congregation (vorherrschend in der arpadischen Periode); später als die Schriftlichkeit ein allgemeines Erforderniß schien, überhaupt vor landesgerichtlichen Collegien und Kanzleien und im Zusammenhange mit der damals üblichen Rechtspflege außer Streitsachen vor den geistlichen Notariatsinstituten. Umsomehr mußte dies Letztre durchgehends beobachtete Regel werden, als die Urkunden selbst nirgends besser aufbewahrt werden konnten, als in den Archiven der die königl. Hofkanzlei stellvertretenden Capitel und Convente.

Dieſe hießen auch deßhalb „loca credibilia“ und waren in Siebenbürgen:

1) Das Domcapitel des ſiebenbürgiſchen Bisthums zu Weiſſenburg.
2) Der Convent der Abtei B. M. Virginis zu Kolos-Monostor. — (auch zu Großwardein in der Fürſtenzeit[1]).

Hier wurden die fassiones gemacht und niedergelegt, Trauſſumte (authentiſche Abſchriften) genommen und durch Mitglieder jener Körperſchaften in ihrer Eigenſchaft als homines regii außergerichtliche Acte (Statution, Execution ꝛc.) vollzogen.

In der Fürſtenzeit fungirten weltliche Beamte, obgleich jene Einrichtungen ſelbſt nicht aufgehoben wurden[2]).

---

[1]) Schon in älteſter Königszeit beſtanden Archive und wurden ihre Beamten mit dem öffentlichen Siegel betraut. Bemerkenswerth außer jenen in der Einleitung des Handbuchs behandelten Archiven, noch andre zeitweilige loca credibilia, ſo z. B. 1311 auch der Conventus Stae. Trinitatis de Calidis aquis (Héviz), 1295 das Domus Cruciferorum de Thorda u. a. (Siehe *Kovachich* Epicrisis S. 151). Außer all' dieſen entſtand noch ein abgeſondertes Fiscalarchiv zufolge der nach M. Apafy's II. Tode von der anvertrauten Obſorge der Hermannſtädterin Barbara Gotzmeister 1725 übernommenen Staatsacten (unter Biſchof Antalfi als Gubernialrath und den Commiſſären Kölöséri und Gebhard). Indeſſen lange Verhandlungen (Gubernial-Anſprüche, ſolche der Familie Bethlen). Erſt 1734 erfolgte eine neuerliche Eröffnung dieſes fürſtlich Apafy'ſchen Archivs unter Gubernialrath Joh. Haller durch Cam. Cone. Dietterich, doch ohne gänzliche Durchführung; — Proteſtation des Fiscaldirectors Petr. Dobra gegen das Theſaurariat 1749 wegen der Apafy'ſchen Familienurkunden; indeß war ſchon am 20. Juli 1743 der Befehl ergangen, alle „libri Regii“ und „alia publica instrumenta ubicunque reperibilia“ beim Karlsburger Domcapitel oder im Kolosmonoster Convent zu hinterlegen; andre ſind nach Wien gekommen.

[2]) Nachzuleſen A. C. IV. 18. 1. (Káptalanokról) „Az egyházi rendek 's papok kezéből a' Káptalanok kivétetvén azok helyébe az Ország az akkori állapotoknak kivánsága szerént, a' mennyi számú személyeket elégségeseket ítélt, választott külsö Secularis emberekből, és azoknak bizonyos fizetést rendeltenek a' Fejedelmi Tárházból, hittel köteleztettenek hivataljokban igazán való eljárásra fáradságoknak-is jutalmát el-limitálták; a' mostani állapotokhoz alkalmaztatván annak-okáért azoknak állapotjokat, végeztetett, hogy mivel a' Fejedelmek fizetnek nékik, ugyan a' Fejedelmek válaszszanak és állassanak-is mind Fejérvári mind Váradi Káptalanokba (damals auch im Großwardeiner Capitel) és Kolosmonostori Conventbe, jó lelki-esméretü, és azon hivatalnak meg-felelésére elégséges tudományú alkalmatos embereket, leg-alább három-három személyekből állókat, kiket a' bé-állatáskor a' több Capitularis Collegák elött egy Itélö Mester (Landrichter, Protonotär) avagy Cancellarius, avagy Secretarius elött, erös hittel kötelezzenek ad fidelitatem, taciturnitatem, conservationem, requisitionem, litterarum transsumtionem, extradationem, legitimamque executionem kiknek a' szokott káptalani petsétek-is kezekbe adattassanak“ stb. — Nachgehends ſiehe Gehalts- und Amts-Beſtimmungen der Requisitores Theſaur. 3. 23: 1762 (je 100 fl. und außerdem Taxen).

Vielmehr ist durch den 7:1744 den erwähnten Corporationen (Capitel und Convent) die frühre archivarische Obsorge und notarielle Geschäftsführung[1]) wieder übertragen worden; nur hatten dieselben bei Executionen einen homo regius (weltlichen Beamten) beizuziehen.

Da aber schon in der Fürstenzeit der erweiterte Verkehr, die Schwierigkeit bei den „loca credibilia" zu erscheinen, das Bedürfniß schneller Vornahme und Erledigung von Rechtsgeschäften immer mehr zunahmen, nichtsdestoweniger aber über adlige Liegenschaften (jura possessionaria) nur unter öffentlicher Beglaubigung Urkunden abgefaßt werden konnten, so wurde das Notariatsinstitut des authentischen Siegels auch Laien eingeräumt und überhaupt alle Bewahrer öffentlicher Amts- (Corporations-) Siegel[2]) als solche Hilfsorgane angesehn, unter deren Intervention die Willenserklärungen (fassiones) zu machen seien.

Die Protonotäre (Landrichter, itélő mesterek) hatten schon sehr frühe eine solche Stellung eingenommen und es war eine natürliche Folge, daß auch der Provinzialkanzler, der Präsident der königlichen Tafel, die Gubernialsecretäre (als Kanzleivorsteher), sowie die Oberbeamten und Obernotäre jeder staatlichen Corporation (Comitat ꝛc. ꝛc.) das Befugniß übten und auch landtäglich[3]) zugesprochen erhielten, öffentliche Acte aufzunehmen und auszufertigen.

Der weitre Gerichtsgebrauch hatte aber überhaupt zu der rechtsbeständigen Praxis geführt, daß überhaupt vor je zwei beeideten homines regii — (also: Comitats- oder Stuhlsgerichts-Assessoren, Gubernial- und Tabular-Kanzlisten) — Rechtsgeschäfte jeder Art unter öffentlicher Glaubwürdigkeit abgeschlossen werden konnten[4]). (s. hier III. Bd. S. 37).

Die gewöhnlichste Form der Willenserklärungen ist der Vertrag (conventio, contractus, pactum, szerződés, kötés).

Der Vertrag unterliegt auch im ungarischen Rechte jenen Bestimmungen, welche überhaupt in allen Legislationen das Grundwesen desselben betreffen[5]).

---

[1]) Nachzulesen rechtsgeschichtlich A. C. IV. 18. und C. C. IV. 13. ferner Trip. II. 15. und tit. 16. §§. 3. 4, sowie Tabular-Instr. § 82 und 178, S. 5.

[2]) Nachzulesen A. C. IV. 13. und 20.

[3]) cf. 17:1791, dann hier I. erste Aufl. S. 139 und zweite Auflage S. 359.

[4]) Ueber Form derselben, Berichterstattungen u. dgl. m. gewisse Formularien, worüber *Sigismund Kun's* (1738) und *Jakab's* „Stylionaria".

[5]) Als nehmlich:

1. Rechtsfähigkeit der Paciscenten (cf. Trip. I. 155. in., sowie I. 126. 2.; I. 58. 4.; I. 91. init.; ferner A. C. I. 6. 2, und III. 41. 1, sowie 2: 1792 pag. 1. ꝛc.).
2. Rechtszuständigkeit (Tauglichkeit) des Vertragsgegenstandes, habilitas objectorum (cf. A. C. II. 8. 1, ferner A. C. IV. 12. 1; I. 76. 1; Trip. I. 111. 6 und 7 u. a. m.) und

Die volle Rechtsverbindlichkeit abgeſchloßner Verträge iſt ausgeſprochen in Mathias Decret. VI. 17; A. C. III. 11. 2.[1]) und 2:1792[2]) und es kann mit Hilfe der zum Schutze der Geſetze aufgeſtellten Behörden die Erfüllung der eingegangnen Verbindlichkeiten erzwungen werden. (Klagrecht auf Execution[3]).

§ 23. Zuſatz. Der Darlehnsvertrag[4]).

Da die ſiebenbürgiſch-ungariſche Geſetzgebung den einzelnen Arten jener Hauptverträge, welche ſich nicht auf adlige Beſitzrechte beziehen, (dem Forderungs- oder Obligationen-Rechte) nur eine oberflächliche Aufmerkſamkeit geſchenkt hat und in dieſem Rechtsgebiete ganz mangelhaft iſt, kann auch die Doctrin blos Vereinzeltes[5]) geben und muß ſich begnügen — (auf jede ſelbſtändige Behandlung dieſer Rechte an Handlungen verzichtend) — blos jenen Hauptvertrag hier hervorzuheben, welcher ſeiner Allgemeinheit wegen eine Sonderſtellung einnimmt und daher näher beſtimmt worden iſt, — nehmlich der Darlehnsvertrag (das mutuum, kölcsönadás[6]).

---

3. Willenseinigung (daher z. B. Zwang und Gewalt nach Mathias Decret. III. art. 26; Trip. I. 62; — Liſt und Betrug nach Trip. I. 71. 1; II. 83. 5. und C. C. IV. 6. 1; ſowie weſentlicher Irrthum 2: und 4:1792. — Vertragsungültigkeit bewirken). — *Sachsenheim* S. 671.

[1]) „kinek kinek irott törvénye a' maga kötése".

[2]) „siquidem sensu legum patriarum contractus contrahentibus legem ponunt, frustraque fierent legitimae obligationes, nisi illae debitum quoque sortirentur effectum" ....

[3]) Tabular-Inſtruction § 70, § 93, ꝛc.

[4]) Begreiflicherweiſe gehörte eigentlich dieſer § in den beſondern Theil; da er jedoch, wie oben angegeben wird, keine paſſende Stellung erhalten kann, muß er hier abgehandelt werden.

[5]) Z. B. über den Hinterlegungsvertrag (depositum) C. C. IV. 10. 1; über die Schenkung Trip. I. 77; über die Transaction Trip. I. 62. 3. u. ſ. w.

[6]) Die Begriffsbeſtimmung fehlt in unſern Geſetzen, iſt jedoch aus bekannten Theorien zu entnehmen. — (adósság cf. A. C. IV. 4).

Die Ausdrücke: kölcsön, adós und hitelező, dann ingyen, kamatos kölcsön als gratuitum und onerosum, ſowie adosság, als tiszta (debitum liquidum) und nem tiszta oder homályos (debitum illiquidum). — Capital töke und Wucherſtrafe uzsora büntetése.

Am 6. November 1712 hatte ein Hofdecret den Anatocismus verboten und ſtatt 10% die Zinſennahme mit 6 % angeordnet und das Hofdecret vom 13. October 1715 ſogar nur 5% feſtgeſetzt. Ein andres Hofdecret vom 13. März 1723 (Theſ. Z. 53 : 1720) beſtimmte, daß der Fiscaldirector gegen Wucherer mit „ammissione Capitalis" vorgehen ſolle. Allmälig oben angegebner Gerichtsgebrauch.

Die Androlepsia, wegen fremder Leute Schulden Erpreſſungen, wurde 1757 nochmals verboten; — die Verordnung vom 7. November 1780 beſtimmte, daß der Landesfiſcaldirector gegen ſäumige Richter vorgehn ſolle u. ſ. w.

Betreffs Ungarns vergl. Tndom. Gyüjtem. 1832. I. Seite 5 und 144. Landtags-Artikel von 1647 (6% angeordnet); ein Wuchergeſetz von 1715.

Der Gegenstand desselben ist, wie der 136. Prov. art. 1791 sich ausdrückt, entweder ein debitum liquidum oder illiquidum[1]). Das erstre dann, wenn die Zahlungsforderung des Gläubigers auf einem förmlichen mit der nöthigen Unterschrift versehnen schriftlichen Instrumente beruht (formales litterae contractuales); — ein illiquidum dann, wenn irgend ein Abgang in der Form sich ergibt oder wenn binnen des Verlaufs von 32 Jahren weder Capital noch Intressen eingefordert worden sind.

Capital- und Intressen-Zahlung ist entweder in den festgesetzten Terminen[2]) oder nach der Admonition zu entrichten (nachzulesen Comp. Const. IV. 15. 1.); ebenso ex praxi bezüglich der Verzugszinsen.

Der Intressenfuß war nicht gesetzlich geregelt; indessen durch 8: 1673 und 12:1691 auf 10% festgesetzt. (Verschiedne sogenannte Wucher-Vorschriften[3]). — (Siehe hier „Sächsisches Privatrecht").

In diesem Jahrhunderte war es üblich — (nach der Gubernialverordnung Z. 5842:1816 u. a.) — vom baren Gelddarlehn sechs für's Hundert, vom Naturaldarlehn (z. B. in Früchten) zehn für's Hundert zu verschreiben oder als Verzugszinsen anzusprechen[4]).

Es geschah im Intresse des Credites, daß Adlige auf die Vortheile ihrer gerichtlichen Sonderstellung vertragsmässig — (namentlich in der Wechselverpflichtung[5]) — verzichten konnten, wo dann ein in jeder Beziehung erleichtertes Executions-Verfahren im Falle der Zahlungsunfähigkeit vorgenommen werden konnte[6]).

Wenn die Verschuldung den Vermögensstand überstieg, trat der Concurs der Gläubiger nach den im k. Rescripte vom 4. Juli 1772[7]) angegebnen Bestimmungen ein und konnte auf Grund der Gubernialverordnung Z. 3182:1802 auch gegen Adlige eröffnet werden.

Anmerkung. Ueber Darlehnsverträge der Bürger siehe betreffende Statute und C. C. IV. 15, sowie 136. Prov. Art. und 2:1792. — (cf. A. C. IV. tit. 4).

---

[1]) Diese Unterscheidung war eine practische, da hievon das „Gerichts-Verfahren" abhing. Vergl C. C. IV. 15. (brachium civile — militare etc.).

[2]) Im Falle gegründeter Gefahr kann auch früher die Leistung verlangt werden Mathias Decret. VI. 17, und Uladislaus II. Decret. I. 38 u. a. O.

[3]) cf. meine Statuta (1853) p. 184—185.— Der Wucher wird mit Verlust der Capitalforderung bestraft cf. 11:1695; Alvinzianische Resolution und § 70 der Tabular-Instruction, ferner Comp. Const. IV. 15. u. a. m.

[4]) Ueber die siebenbürgischen Wuchergesetze siehe Preßburger juridische Zeitschrift Nr. 50: und 51:1856 und Nr. 24: und 25:1858.

[5]) cf. Wechselpatent von 1771 und 37:1791. („Rechtsgeschichte" erste Auflage I. pag. 148). Siehe hier am betreffenden Orte im „Sächs. Privatrecht".

[6]) cf. 2:1792 und „Proceß" (mündlicher Vortrag). S. hier III. Bd. S. 102.

[7]) Abgedruckt mit erklärenden Noten in meinen Statuta (von 1853) als Anhang zur ersten Lieferung (Gerichtsordnung) und theilweise hier im „Sächs. Privatrecht".

Ueber das Moratorium ſiehe die Vorleſungen über art. XIV. der Juſtiz-Miniſterialverordnung vom 3. Mai 1852 betreffend die Einführung der ſiebenbürgiſchen Civilproceßordnung[1]).

Der am meiſten hier anwendbare 136. Proviſional-Artikel von 1791 lautet:

. . . . . .

Ratione causarum liquidorum Debitorum: cum nonnulli Debitores sub praetextu, quod in litteris suis obligatoriis Repulsionis Remedium expresse non excluserint, desumtionem liquidorum debitorum Repulsione, et aliis remediis impedire, et per hoc Creditores longo litis processu fatigare soleant, licet in liquidis Repulsioni, ut et aliis remediis, sive sint haec in litteris obligationalibus exclusa, sive non, locus non sit: hinc ad praevertendam Creditorum vexationem constituimus, ut in desumtione liquidorum debitorum sequens modus observetur: nimirum Creditor admoneri curet Debitorem, si reperiri poterit personaliter, si autem in persona reperiri non possit, de loco habitationis ejusdem super fienda debiti, et restantis nefors interusurii intra 15 dies exsolutione, paribus etiam litterarum Contractualium aut Obligatorialium admonitioni semper adnexis. Intra quos 15 dies Debitor aut debitum exsolvere, et desuper litteras Testimoniales recipere, aut vero praetensum debitum jam exsolutum esse docere teneatur. Hoc si praetermitteret, certificetur ad executionem, et si nec sub hoc termino debitum exsolveret, vel jam exsolutum esse doceret, Creditor executione mediante excontentetur, Repulsione, aut Inhibitione nullatenus admissis, ubi autem morosus quispiam Debitor semet violenter opponeret, tunc Creditor interventa Oppositione coram Supremo Comitatus, Sedis Siculicalis, aut Districtus Officiali, aut ipso absente coram ejusdem vices gerente Testimonialibus ab executore recipiendis comprobanda petat brachium, quod Supremus Officialis, aut ejusdem vices gerens citra omnem difficultatem concedere, creditoremque ad sensum transactionis sub poena in legibus expressa plenarie excontentare, insuper vero expensas etiam, et fatigia ipso facto eidem rebonificari curare tenebitur, qui quidem processus tam in piarum fundationum, quam vero in privatorum debitis observetur, et non solum in summae Capitalis, verum etiam in restantium interusuriorum desumtione locum obtineat, in ejusmodi debitis nihilominus, super quibus formales literae contractuales, aut obligatoriales non exstant, seu in quibus circa personam Creditoris dubium quoddam subversatur, vel quorum nec interusuria, nec summa Capitalis intra 32 annos sollicitata fuerit: praetendentes procedant ordinaria Juris via juxta brevem processum; Natione Saxonica, aliisque Civitatibus, et Oppidis in negotio desumtionis debitorum penes usum hactenus vigentem, et Constitutiones ipsorum municipales relictis; quod celebrandas vero inter Fratres, et Sorores indivisos divisiones, et Processus pignoratitios, quae in serie projectatorum Articulorum sub Nro. 133. et 135. Nobis proposuistis, clementer annuimus, ut illa quoad meritum pro interimali observantia modo provisorio deserviant.

---

[1]) Der Aufſatz in der Preßburger „Zeitſchrift für Geſetzkunde und Rechtspflege" (Nr. 18: 1855) hat über die Controverſen bezüglich dieſes „Moratoriums" die haltbare Anſicht ausgeſprochen. — (Am 1. Januar 1856: Tagſatzung wegen Entſchädigungscapital, als Erlöſchungstermin und durch Verordnung vom 16. Februar 1860 (Reichsgeſetzblatt Z. 43) wurde das Moratorium vom 1. Juli 1860 ganz aufgehoben.

§ 24. Fortsetzung.

b) durch Zeitablauf — Verjährung (praescriptio, elévülés idömulás [1]).

Die Dauer eines factischen Zustandes bewirkt — in dem Besitze gewißer Güter — Recht. — Dies ist die Grundidee der ungarischen Verjährung.

Hiebei muß das sociale Element in den meisten Grundbesitzverhältnissen ins Auge gefaßt werden. Unbewegliches Gut ist selten im Einzeleigenthume; es haften vielmehr an demselben öffentliche und sociale Ansprüche — sei es von Seite des Lehnsherrn, sei es von Seite einer Genossenschaft, namentlich der Gemeinde und Familie — und so kömmt es, daß die Macht des Willens in der Occupation von Sachen, welche eben ursprünglich einem gemeinschaftlichen Zwecke zu dienen hatten — ein Rechtsverhältniß schon deshalb begründet, weil die Zufälligkeit der frühern Vereinigung eines Genossen mit dem bestimmten Rechtsobjecte (die possessio, Gewere) dadurch zu Grunde gegangen ist, daß dessen Herrschaft aufgehört hat.

Ueberall da, wo entweder keine sociale Theilnahme Platz zu greifen vermag, oder wo bereits Virtualansprüche Näherberechtigter anerkannt sind — kann auch diese in der „Verjährung" bestehende Uebernahme des Besitzes, — der Herrschaft über Sachen — nicht stattfinden. — Es fällt daher diese Einrichtung nicht sowohl unter den Gesichtspunkt rein-privatrechtlicher, sondern vielmehr solcher Bestimmungen, welche aus dem öffentlichen Leben der Nation — Dasein und Wesen erhalten [2]).

Es wäre daher sehr gefehlt, wollte man hier der römischen Doctrin Eingang gewähren, doch können fremde (deutsche ꝛc.) Präscriptionsfristen als recipirte aufgefunden werden.

Werbőcz gibt die ganze Lehre im Trip. I. tit. 78 und 79, welche betreffenden Ortes nachzulesen und als weitre Begriffsbestimmungen aufzufassen sind [3]). — (Ueber „Verwandschaft" und „Verschiedenheiten" — mündlicher — comparativer — Vortrag).

---

[1]) Siehe *Dósa* II. Seite 337; *Wenzel* I. Seite 469; *Vajda* II. Band am Beginne.

[2]) Nicht zu Gunsten des Einzelnen (ne dominium incertum sit), sondern im Intresse einer Gesammtpersönlichkeit — der Gesellschaft — Genossenschaft ist unter „Mitgliedern" die „Verjährung" ein Recht des Stärkern.

[3]) Man könnte hieraus die Definition in folgender Weise präeisiren: Die Verjährung ist jener Zeitablauf, nach welchem der frühre Possessor nicht mehr in die Stelle des neuen zurückzutreten vermag.

Uebrigens ist auch — (nicht was den Grund, wohl aber was die Wirkung betrifft) — die sonst übliche Begriffsbestimmung anwendbar.

Wir behandeln dies Rechtsinstitut nach folgender Vornahme[1]):

I. Erforderniſſe zum „Beginne" der Verjährung:

a) Die wirklich in dem „Beſitze" angetretne Eigenherrſchaft.

Dies Erforderniß ſtimmt mit dem bekannten römiſchem „animus rem sibi habendi" überein, unterſcheidet ſich jedoch weſentlich darin, daß nach ungariſchem Rechte weder ein justus titulus, noch eine bona fides vorgeſchrieben iſt. — Die erwieſne Thatſache einer auf Eigenthumserwerb gerichteten Occupation genügt[2]).

b) Die objective Beſitzfähigkeit. (Tauglichkeit der Rechtsobjecte).

Der durch Occupation begründeten Eigenherrſchaft können rechtlich nicht unterworfen werden und ſind daher von der Verjährung ausgeſchloſſen:

1) Die beweglichen Sachen, weil an dieſen immerfort das Einzeleigenthum geachtet wird. — (Das Princip der Arbeit?).

2) Fiscal-Einkünfte und Güter[3]). — (Staatsvermögen).

3) Aviticalgüter, ſowie dos und quartalitium — weil hieran Einzelrechte nicht beſtehn und bereits zu dieſer Sachenherrſchaft berufne „Perſonen" exiſtiren, deren Virtualanſprüche jederzeit aufleben können[4]).

4) Pfandgüter[5]), weil in dieſen keine auf Eigenthumserwerb gerichtete

---

[1]) Vergl. noch *Kovachich* Epicrisis S. 230 und 286.

[2]) Mit bereits erwähnten Tripartitum I. 78. 2. zu vergleichen I. tit. 23. und 64.

[3]) Nach A. C. I. 8. 1.

[4]) Nachzuleſen und zu erklären Trip. I. 45. und I. 78. 5. („inter fratres vero congenerationales et condivisionales ratione jurium possessionariorum praescriptio nunquam admittitur"). — Hier muß die exceptionelle Beſtimmung in Trip. I. 46. 6 hervorgehoben werden, wornach der Bruder, nach der Theilung der Familiengüter, ſeines Bruders Antheil durch „Verjährung" zu acquiriren vermag, wohl deshalb weil in ihrem wechſelſeitigen Verhältniſſe, (blos dieſe beſtimmten Perſonen ins Auge gefaßt), ein geſondertes Einzeleigenthum angenommen werden kann und dabei trotz Ueberganges aus einer Hand in die andre ſonſtige Aviticalanſprüche unberührt bleiben ſollten.

Da nehmlich in Aviticalgütern „gebundne Succeſſion" ſtattfindet (cf. Trip. I. 47. 4. und I. 46. 6.) kann auch Niemand aus dem Titel des im Erbwege überkommenen verjährten Beſitzes ſeine Güterherrſchaft gegen Näherberechtigte behaupten.

Aehnliches nach der Seklerconſtitution 25:1555, welche beſtimmt, daß unter Theilungsverwandten keine Verjährung ſtattfinde in deren Aviticalgütern (Sekler-Erbgütern). Siehe Anhang.

[5]) Nachzuleſen und zu erklären Trip. I. 82. (Ausnahme im § 5 und 6).

Occupation ſtattgefunden[1]) und überhaupt beſondre Beſitzverhältniſſe maßgebend ſind[2]).

5) Grenzen (metae[3]), inſofern deren Berichtigung zu jeder Zeit verlangt werden kann.

c) Die ſubjective Beſitzfähigkeit. (Tauglichkeit der Rechtsſubjecte).

Außer den überhaupt erwerbsunfähigen[4]) Perſonen ſind hier ausgenommen:

1) Der Fiscus[5]),
2) Die Kirchen[6]),

weil ſie nirgends berufen erſcheinen einen Beſitz durch Verjährung zu erlangen, welcher urſprünglich nur der factiſchen Herrſchaft gleicher Genoſſen zugänglich ſein ſollte.

II. Erforderniſſe zur „Vollendung" der Verjährung:

a) ein beſtimmter Zeitablauf und zwar:

1) ein Jahr und Tag unter Bauern und Bürgern[7]).
2) zwölf Jahre[8]) in den Städten, und in Kolos und Abrudbánya, (ſtatutariſche Verſchiedenheiten).
3) zwei und dreißig Jahre unter Edelleuten und Seklern d. h. bezüglich adliger Liegenſchaften[9]).

---

[1]) Das heißt von Seite des Pfandnehmers gegenüber dem Pfandgeber. Letztrer iſt wohl immer geſchützt. Anders verhälts ſich mit erſtrem, welchem gegenüber ein Dritter aufzutreten vermag. (cf. Trip. I. 82. § 8 und 10 u. ſ. w.).

[2]) Siehe zweiten beſondern Theil.

[3]) Nachzuleſen und zu erklären Trip. I. 85, womit zu verbinden iſt der tit. 84 und 86.

[4]) Z. B. Fremde, Tutoren bezüglich Pupillargüter, und (zu gewiſſen Zeiten) Unterthanen bezüglich adliger Liegenſchaften u. ſ. w.

[5]) Dieſe Perſönlichkeit hat eigentlich gar keinen animus rem sibi habendi. Entweder beſitzt er Krongüter (Staatseigenthum) oder der Verleihung unterworfne Donationalgüter.

[6]) cf. Uladislaus D. III. art. 55. und A. C. I. 6. 2.

[7]) Nachzuleſen Trip. I. 78. 4 und III. 15. — Vergl. *Fejér* Cod. dipl. Tom. X. vol. 7. S. 344 über die annua pacifica possessio et ejus turbatio. Urkunde von 1431. ꝛc.

[8]) Nachzuleſen Trip. I. 78. 2. Doch mochte in Vásárhely, Klauſenburg und Karlsburg auch obiger kurzer Termin gegolten haben — im Sachſenlande dagegen durchgehends die Friſt von 12 Jahren.

[9]) Vergl. Seklerconſtitution 24 : 1555, welche ſich ſtützt auf das Trip. I. 78. „quoad bona alienata vel occupata nobilitaria".— Siehe Seklerconſtitutionen in meinen Materialien („Municipalconſtitutionen") und in den „Ungariſchen Rechtsdenkmälern" am betreffenden Orte; ſowie hier Anhang.

4) vierzig Jahre „quoad bona qualitercunque alienata vel occupata ecclesiastica“.

5) hundert Jahre „latenti jure Regio“ [1]), jedoch verjährten Donationalgüter auf Seklerboden der Krone gegenüber innerhalb 32 Jahre. (A. C. III. 76. 7).

6) sechzig Jahre, als „usus humanam memoriam excedens“ [2]) — innerhalb welcher Zeit Reservatrechte des Fürsten verjähren [3]); also insbesondre solche Regalien, welche durch Privilegien zu erlangen gewesen wären (z. B. das Marktrecht) erworben werden können [4]).

b) Ununterbrochener, friedlicher Besitz während dieser Zeitfrist.

Dies Erforderniß fehlt:

α) zeitweilig, wenn und solange der eigentlich berechtigt gewesne (frühre) Besitzer sich in feindlicher Gefangenschaft befindet, oder wenn der Sohn dem Vater in das Exil nachfolgt [5]);

β) gänzlich, so zwar daß eine neue „Verjährung“ angetreten werden müßte und die bereits abgelaufne Frist nicht mehr in Rechnung gebracht werden kann in dem Falle, wenn entweder der frühre Besitzer (Eigenthümer) den gegenwärtigen vertreibt oder es auch nur thatsächlich zu thun versucht [6]), da dieses offenbar zeigt, daß der zur Sachenherrschaft nöthige Machtwille noch immer vorhanden sei [7]); — oder wenn der frühre Besitzer (Eigenthümer) den gegenwärtigen, sei es bekannt (palam [8]) oder

---

[1]) Nachzulesen und im besondern Theile zu erklären Tripart. I. 23. und 78. 2. u. a. m.

[2]) cf. Trip. I. 39. 4. und 47. 1.

[3]) cf. Trip. Prolog. tit. 10. 6. ꝛc.

[4]) cf. A. C. III. 39. 2. — In der Praxis dürfte sich meist die Ansicht herausgestellt haben, daß diese Frist blos eine Extinctiv-Verjährung betreffe, z. B. die Erlöschung von Mautgerechtsamen und somit Zollbefreiungen u. dgl. (also keine wirkliche Ersitzung).

[5]) cf. Trip. I. 79. 1. ꝛc. Denn es liegt im Intresse der Gesammtheit die Tapferkeit zu schützen und Verwandtenliebe aufrecht zu erhalten; da aber zugleich der „Gefangne“ und der „freiwillig des Vaters Exil Theilende“ keine wirkliche Sachenherrschaft an occupirten Gütern auszuüben vermögen, schläft auch die zu „ihren“ Gunsten in Anwendung zu bringende Verjährung (vergl. Trip. I. 56. 4).

[6]) cf. Trip. I. 68, welcher Titel nachzulesen ist.

[7]) Hier muß wieder erinnert werden, daß der Grund der ungarischen Verjährung ein vorzugsweise öffentlicher ist und es im Intresse der „Genossenschaft“ liegt in den zunächst blos factischen Zuständen des Besitzes und Eigenthums jenes (zu Grund- und Bodenerwerb berechtigte) Mitglied der Gesellschaft zu schützen, welches sich thatsächlich einer Sachenherrschaft annimmt, deren Wesen nehmlich nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten in sich schließt und daher den Charakter einer öffentlichen Amtsführung an sich hat.

[8]) Das ist durch die sogenannte „in jus vocatio“ (gerichtliche Vorladung).

unbekannt (occulte[1]) auf gerichtlichem Wege zu vertreiben ſucht, da auch dieſe Aeußerung genügt, um die Genoſſen zu überzeugen, man wolle und könne eine possessio behaupten, deren Führung dem Kläger (Widerſprechenden oder Widerrufenden) anvertraut geweſen war.

Ebenſo war gewohnheitsrechtlich angenommen, daß die Verjährung unterbrochen werde, wenn der gegenwärtige Beſitzer den frühern (Eigenthümer) anerkenne oder gar deſſen Vertretung (ad evictionem) verlange, da auch in dieſen Fällen vorliegt, daß der anfängliche possessor die verlorne Macht als Herr der Sache (des Gutes) auszuüben vermöge.

Eine weitre Frage iſt hier die, in welcher Art und Weiſe der Nachfolger die bereits von ſeinem Vorgänger im Beſitze zugebrachte Zeit in ſeinen eignen Verjährungstermin einzurechnen befugt ſei?

Für dieſe „Fortſetzung" ſind nun insbeſondre alle obigen Erforderniſſe ebenfalls von Gültigkeit und überdies muß auch ein rechtmäßiger Succeſſionstitel vorhanden ſein.

III. Wirkung der Verjährung.

Sind alle Erforderniſſe erfüllt, ſo iſt es erwieſen, daß der frühere Beſitzer ſeinen Gütern vorzuſtehn nicht mehr im Stande geweſen ſei; es hat daher der gegenwärtige die völlige Sachenherrſchaft errungen und kann in derſelben aus dem Grunde ältrer Beſitzrechte nicht mehr geſtört werden[2]), außer wenn irgend ein auf der beſtimmten Liegenſchaft ruhendes Recht eines Dritten in Wirkſamkeit treten ſollte.

So iſt es denkbar, daß bereits vor einigen Jahrhunderten ein der Familie B. K. gehöriges Donationalgut durch Verjährung an die Familie G. O. gekommen und daß die erſte Familie 1746 (ſelbſt im letzten erbberechtigten Sprößling) ausgeſtorben ſei; — ſo würde damals das Recht des Fiseus (des Oberlehnsherrn, der Krone) geltend zu machen geweſen ſein; — gegen welches Heimfallsrecht die wirklichen Beſitzer erſt durch eine neue Verjährung von 100 Jahren in den Comitaten, 32 Jahre im Seklerlande, ſich zu ſchützen vermochten. — (Erſitzung).

Die ſonſt noch in unſern vaterländiſchen Geſetzen vorkommenden Verjährungsfriſten, womit der Verluſt eines Rechtes verbunden iſt, beziehn ſich mehr nur auf proceſſualiſche Mittel, z. B die Appellation u. dgl. m., das Klagrecht u. ſ. w.[3]), oder ſie betreffen gewiſſe

---

[1]) Das iſt durch die ſogenannte inhibitio — protestatio — contradictio. (cf. Trip. I. 79. 2.) — Siehe „Proceß" hier im III. Bd. erſte Lieferung.

[2]) Daher exceptio peremtorialis nach Tabul. Inſtruction § 64.

[3]) Nachzuleſen Trip. I. 79. 3. — Ausnahmen: Trip. I. 46. 1, ſowie I. 82 und 45. u. a. O. Tab. Inſtr. § 148, Trip. III. 15. 1, ꝛc. (ſ. „Proceß").

thatſächliche Befugniſſe[*]), welche nach einer beſtimmten Zeit erlöſchen.

Die wichtigſten Beſtimmungen enthalten im Tripartitum erſtem Theile die Titel 78 und 79:

Quid sit Praescriptio definitive? Et quot annorum curricula diversimode complectatur?

Titulus 78.

Quoniam praescriptionem tam praetextu bonorum haereditariorum, quam etiam ratione Jurium possessionariorum impignoratitiorum, sed et actuum potentiariorum in Judiciis allegare saepenumero consueverunt; pauca igitur de praescriptione necessario dicenda occurrunt: Et primo de ejus quidditate; deinde vero de ipsius duratione, et diversitate.

§ 1. Sciendum igitur, quod praescriptio est termini ad juridicam tum retentionem, tum reacquisitionem bonorum, de Jure statuti temporalis completio.

§ 2. Quae super bonis, seu Juribus possessionariis venditis, occupatis, et quomodolibet alienatis, Regalibus, centum; Ecclesiarum quadraginta; Nobilium triginta duorum; civium vero duodecim annorum curriculis completur.

§ 3. In actibus siquidem potentiariis triginta duorum similiter annorum spatium praescriptio requirit.

§ 4. Villanorum autem praescriptio unius anni integri duntaxat, et unius diei terminum complectitur.

§ 5. Inter fratres vero generationales, et condivisionales ratione Jurium possessionariorum (demptis actibus potentiariis) ac in Dotalitiorum, et Quartalitiorum per eos solutione, praescriptio nunquam admittitur.

§ 6. In foro autem Ecclesiastico praescriptio aliter allegatur: Sed quia non est mei instituti, aliquid de Ecclesiatico foro disserere, illud silentio pertranseo, et quorum interest, limitandum committo.

§ 7. Caeterum, quanquam in metis quoque rectificandis, et Juribus impignoratitiis, plurimi peritorum, praescriptionem non esse admittendam, communi sententia, et proverbio adstruant; quia tamen haec allegatio non simpliciter est intelligenda, sed recto moderamine discutienda, illam igitur suis in locis inferius dilucide declarabo.

Quibus temporibus praescriptio non currat, locumque habeat?

Titulus 79.

Sciendum tamen est; quod, si quempiam in Turcarum, Saracenorum, Tartarorum, aut aliorum infidelium manus. et capticitatem incidere, et ibi tempus praescriptionis transgredi contigerit; tunc eo casu praescriptio nil tenet: Sed Nobilis bonis suis destitutus, postquam ad propria remeaverit, processu Juris ea pro se recuperare poterit, obstaculo praescriptionis obviare non valente.

§ 1. Et si quis per Regiam Majestatem exilio damnaretur, et filius ejus metu fortasse Principis, aut pietate suadente, cum patre pariter proficisceretur, ibique commorando, super Jurium suorum aliena detentione tempus praescriptionis Jura Nobilium Regni transcribentis evolveretur, ac comple-

[*]) Z. B. jenes in Trip. I. 68, wornach die eigne Gewalt zur Selbſthilfe innerhalb eines Jahres geſtattet iſt. — Aehnlich auch politiſche Geſetze über Abſtiftung u. dgl. ſiehe A. C. III. 35. u. a. m.

retur; redeunte filio (qui iniquitatem patris portare non tenetur) bona sua alienata ad portionem suam cedentia non obstante praescriptione, idem pro se restaurandi habet auctoritatem.

§ 2. Quae quidem praescriptiones etiam absque litis motione per literas prohibitorias, ac protestatorias excludi semper possunt.

§ 3. Nam et litis motio modernorum tempore non plurium, quam ipsorum triginta et duorum annorum spatium complectitur: Et, si causa interim prosequuta non fuerit, expletis illis, ex novo litis motio ipsa suscitari debet.

§ 25. Schluß.

c) durch Zufall und unerlaubte Handlungen.

Rechtsverhältniſſe entſtehn und werden geendigt auch durch Zufall und unerlaubte Handlungen.

Die äußerſt wichtigen Einwirkungen zufälliger Ereigniſſe ſind in den ſiebenbürgiſchen Geſetzen ſehr wenig berührt, wohl hat die axiombedürftige Praxis mit dem bekannten „casus nocet domino“ überall durchzuhelfen geſucht.

Ferner erfloſſen im politiſchen Wege Verordnungen über Pachtnachläſſe bei Hagel- und Wetterſchlag u. dgl. m. Im Ganzen iſt dies wichtige Rechtsgebiet nicht gehörig abgegrenzt worden.

Unerlaubte Handlungen begründen den Anſpruch auf „Schadenerſatz“, wobei gewohnheitsrechtlich die römiſche Doctrin über dolus und culpa, ſowie über damnum emergens und lucrum cessans in allerdings nicht gleichmäßige Anwendung gebracht zu werden pflegte.

Da es der Wehrhaftigkeit der Nation angemeſſen war, gegen ungerechten Angriff durch Selbſthilfe ſich zu vertheidigen und dieſerart Eigenmacht als ein ſtatthaftes Rechtsmittel angeſehn wurde[1]), — mußte auch die Ueberſchreitung dieſes Befugniſſes nur eine ſolche unerlaubte Handlung ausmachen, welche blos civilrechtliche Folgen begründete. — Doch war mit der Verübung gewiſſer Gewaltthaten (actus potentiarii) eine ſolche Gefahr für den gemeinſamen Rechtszuſtand verbunden, daß der Störer des Friedens und der Ordnung einer ſchweren Strafe verfiel.

§ 26. Zuſatz. Die Potenzfälle.

Wer die Eigenmacht zur Selbſthilfe mißbraucht, begeht ein bürgerliches Vergehn (delictum civile, magánjogi bántalom[2]).

Es iſt dies entweder ein actus majoris potentiae oder ein actus minoris potentiae. — (Violenz). — Nagyobb — kisebb — hatalmoskodás.

---

[1]) Nachzuleſen Trip. I. 67 und 68, ſowie Trip. III. 21, ferner 22 und 23. (Fälle von Occupation, Reoccupation und der Nothwehr).

[2]) Trip. II. 67. 6, ſowie II. 82. 17. ſ. meine „Deutſche Rechtsgeſchichte“ S. 151,

Das Erstre geschieht in fünf Fällen nach dem Tripartitum[1]) und wenn jemand das einem Andern gerichtlich zugetheilte Gut gewaltsamerweise zurücknimmt[2]).

Es sollte hiedurch Kopf und Vermögen verwirkt sein[3]); jedoch pflegte man diese Strafe zu lösen.

Die emenda capitis, főváltság erfolgte durch Erlegung des Homagiums[4]); die beweglichen Eigenthumssachen verfielen, die unbeweglichen Güter aber konnten nach gemeiner Schätzung rückgelöst werden. — Die Sekler hatten blos das Blutgeld in dem Menschenwerthe von 24 fl. zu erlegen[5]). Dies war immer dem Kläger selbst zu entrichten.

Die Violenz erőszakoskodás hat Geldstrafen[6]) und Schadenersatz[7]) zufolge.

Die wichtigsten Bestimmungen hierüber enthält der 67. Titel im zweiten Theile des Tripartitums:

De Actibus potentiariis minoribus: Et Sententiis super ea re ferendis.

Sciendum ulterius, quod Sententiarum aliae sunt Simplices, quae nec ad poenam, nec Emendam capitis tendunt, sed medietatem duntaxat Emendae capitis, hoc est: centum florenos repraesentant.

§ 1. Et hujusmodi Sententiae juxta contenta Generalis Constitutionis, et Decreti moderni Domini Nostri Uladislai Regis, tam ad Dominos Praelatos, et Barones, aliosque Magnates, quam etiam Nobiles, aequaliter referuntur: et non ad plures, quam centum (ut praetactum est) florenos pro actibus potentiariis se extendunt.

§ 2. Damna insuper, in actione, ac acquisitione Actoris, vel Actricis declarata, compensant, et refundunt.

---

[1]) Nachzulesen Trip. II. 42. 5. und 67. 9 (auf Grund von Mathias Decret II. art. 18 und Decret III. art. 9) ... „ratione invasionis domorum ac interremptionis, verberationis et sine justa causa detentionis Nobilium. Praeterea praetextu occupationis quorumlibet jurium possessionariorum et eorundem pertinentiarum“ (also gewaltthätige Besitznahme eines ganzen Gutes). — Die capitalis sententia als főbenjáró büntetés.

[2]) A. C. IV. art. 11 und 15.

[3]) Vergl. außer obigen noch Trip. II. 55. und I. 16.

[4]) cf. Trip. III. 3. 1. ferner III. 4. 1; Trip. III. 9. und III. 3. 14. — (Frauen? cf. Trip. II. 43. 1—4; Theilnehmer? Trip. II. 82. und III. 26; Geistliche? cf. Trip. II. 46. ini. und 1. u. s. w. Erben? cf. Trip. II. 51. § 4—6 sowie II. 61. init. und A. C. IV. 1. 6. ꝛc.).

[5]) cf. Trip. III. 4. 3. und Trip. II. 67. 5. — Vergl. auch 9, 43, 49 und 59. P. der Seklerconstitutionen von 1555 (hier Anhang).

[6]) Nachzulesen Trip. II. 67. 3. und III. 3. 7. sowie III. 26. 6. und C. C. ed. 2. und Municipalconstitutionen in den „Ungar. Rechtsdenkmälern“.

[7]) Nachzulesen Trip. II. 67. § 2 und 3. sowie II. 68. 2. und A. C. III. 8. 1. (Nähres in *Fr. v. Sachsenheim's* „Civilrecht“ S. 47).

§ 3. *Et horum centum florenarum directa medietas Judici; altera vero pars Actori, vel Actrici remanebit. Damnorum tamen refusio in personam solius Actoris, vel Actricis redundabit.*

§ 4. *Vigore autem ejusmodi Sententiarum, nemo Nobilium (dempto quodam casu subnotando) in persona sua detineri poterit: sed de onere dictorum centum florenorum, et refusione damnorum, de Bonis, et rebus mobilibus convicti, si reperiri poterunt; aliter autem de Juribus ejusdem possessionariis, Actori, vel Actrici per Judicem satisfactio impendi debet.*

§ 5. *Et sub hac specie Sententiarum comprehenduntur generaliter, nostro hac tempestate, universi actus potentiarii, praeter casus praedeclaratos, ex quibus majores Sententias, Capitales, ut puta et Emendam Capitis tangentes generari, subsequique praenotavi: et propterea, minores Actus potentiarii, et minares Sententiae solent appellari.*

§ 6. *Licet ante Generale Decretum Invictissimi Principis quondam Domini Mathiae Regis, in anno Salutis quadringentesimo octuagesimo sexto supra millesimum, editum (quod ipse quoque Dominus noster Uladislaus Rex in hac parte roboravit) omnes Domini Saeculares, et Nobiles, possessionatique homines ratione quorumcunque actuum potentiariorum generaliter, et universaliter, in facto majoris potentiae, ex eoque in Capitalibus, aut Emendae capitis sententiis solebant aggravari.*

§ 7. *Cujus rei ut clarior natitia habeatur, articulum super eo conscriptum verbotenus inserendum curavi: qui sub hac verborum sequitur forma.*

§ 8. „*Item, in causis ratione illationis damnorum, caeterorumque nocumentorum, et injuriarum, ac actuum potentiariorum minorum matis, etiamsi patrator ore suo proprio coram suo Judice profiteretur; nemo deinceps in facto potentiae, sed solummodo in solutione hujusmodi damnorum illatorum, et expensis Actoris, eidem tantummodo persolvendis: insuper pro praemissis actibus potentiariis, in viginti quinque Marcis gravis ponderis, centum florenos auri facientibus, inter Judicem, et Actorem aequaliter dividendis, convincatur, et per Judicem ad solutionem statim compellatur.*

§ 9. „*In causis vero majoribus; scilicet ratione invasionis damorum Nobilium sine justa causa; Occupationis possessionum, et pertinentiarum earundem: detentionis Nobilium sine justa causa: Verberationis, et Vulnerationis, ac Interemptionis Nobilium motis, in his taliter Judex procedere habebit: quod, si Actor pro sui parte inquisitionem modo, et ordine supra notato reportaverit, in ampliorem rei verificationem, si Partes voluerint, causam ipsam ad communem inquisitionem decernat.*

§ 10. „*Si vero reus ipsam inquisitionem acceptare recusaverit; tunc Actor pro majori verificatione actionis suae, juxta Regni consuetudinem hactenus in hac parte observatam, ad caput illius Adversarii jurare habebit.*

§ 11. „*Ita tamen, si Adversarius ille, sive in causam attractus, in eodem Comitatu, ubi mala sunt patrata, propriam, personalemque, et continuam faciat residentiam.*

§ 12. „*Ubi autem talis in causam attractus, in aliis partibus, seu Provinciis Regni personalem facit residentiam, ac in ejus absentia hujusmodi mala patrata sunt, et commissa; tunc juxta contenta literarum, propter suam innocentiam se Juramento expurgabit.*

§ 13. „*Ex parte denique familiarium, et Jobagionum suorum, vigore praesentis articuli, fiat Judicium, et Justitia, Lege Regni requirente*".

§ 27. Schutz der Rechtsverhältnisse.

a) durch eigne, gerichtliche Mittel und den Retract.

Wir haben bereits erwähnt daß Selbsthilfe (Privatfehde) nach ungarischem Rechte ein in vielen Fällen statthaftes Rechtsmittel gewesen sei und namentlich wird dies im gerichtlichen Verfahren durch Zulassung der „Repulsio" (ellenállás-viszszaüzés[1]) anerkannt.

Doch war es Regel, daß der Schutz gestörter Rechte im processualischen Wege zu suchen sei und das Wesen dieser gerichtlichen Mittel bildet für sich ein besondres Gebiet, über welches hier im III. Band der „Ungarische Proceß" zu vergleichen ist.

Ganz eigenthümlich hat sich der Retract (jus retrahendi — örökös vásár feltörése, avagy érvénytelenitése, — visszavásárlás) zu Gunsten schutzbedürftiger Personen ausgebildet. Es lag hiebei die Absicht zu Grunde, solche Rechtsgeschäfte zu invalidiren, welche zur Zeit ihrer Abschließung von den hiebei benachtheiligten Personen ihrer Minderjährigkeit wegen nicht selbst beurtheilt werden konnten. Nach dem Trip. I. 128, § init. sollten nur männliche Waisen gewisse eigne perennale Verträge über adlige Besitzrechte ungültig erklären und ebenso Frauenspersonen ihnen nachtheilige Rechtsgeschäfte innerhalb eines Jahres nach ihrer Verehlichung (cf. Trip. I. 111. 8, sowie I. 91, § init.[2]), widerrufen können[3]).

Das Gewohnheitsrecht hat dieses Befugniß in einer ausgedehnten Weise zur Geltung gebracht, so daß Männer vor zurückgelegtem 24. Lebensjahre, Frauen vor Ausgang des ersten Jahres ihrer Ehe (ohne Rücksicht ihres Alters) jedes Rechtsgeschäft — (zum Zwecke der Invalidation oder der Unterbrechung der Verjährung[4]) — widerrufen durften, welches entweder von ihnen selbst, oder auch von ihren Vorfahren und Theilungsanverwandten über Vermögensrechte abgeschlossen wurde, an denen sie selbst eigne oder eventuelle Virtualansprüche hatten.

(Das „Näherrecht" als solches wird § 42. erörtert werden).

---

[1]) Siehe den „Proceß" (hier III. Bd. S. 73) und zwar Trip. II. 73. 1. ꝛc. und A. C. IV. 1. 33. sowie a. O. — Vergl. Trip. II. 14. 5, ferner im C. J. H. Uladislaus Decret IV. art. 19; — endlich Tabular-Instruction § 93. 110, 111.

[2]) Es geschah durch eine öffentliche Willenserklärung (fassio, retractatio) und hatte zunächst die Wirkung, daß der Widerrufende innerhalb von 32 Jahren den Proceß zur Rückgängigmachung des zu invalidirenden Vertrages anhängig machen konnte (cf. Trip. I. 128. 4).

[3]) Siehe *Stettner* im III. Bde. 1837 der M. Tud. Társ. Évkönyvei Seite 67—80.

[4]) Die Verwandtschaft dieses Rechtsmittels mit der Klage ad invalidationem ex praejudicio (cf. Trip. I. 58—61. Erfordernisse?)

Die Unterbrechung der Verjährung geschieht gänzlich (s § 24 S 33) also zu Gunsten aller Personen, welche aus demselben Grunde die Retraction geltend machen konnten.

§ 28. Fortsetzung.

b) durch Nebenverträge — Accessorische Verbindlichkeiten.

Accessorische oder assecuratorische Nebenverträge haben den Zweck irgend eine Verbindlichkeit sicherzustellen.

Gewöhnlich scheint diese durch Hauptverträge begründet.

Dieser Schutz wird vermittelt durch Uebernahme:

a) eines Reugeldes (vinculum, bánatbér[1]); oder
b) einer Bürgschaft (fidejussio, kezesség[2]); oder
c) einer Gewährleistung (evictio, szavatolás[3]); sowie durch Ueberlassung;
d) eines Faustpfandes (pignus contractuale in specie, kézizalog[4]).

§ 29. Schluß.

c) durch Bestellung einer Hypothek, sowie durch wirklich erfolgte Pfändung.

Durch die Hypothek wird einem Forderungsberechtigten in der Sache des Verpflichteten ein eventueller Schutz, (bei specieller Hypothek ein wirkliches Pfandrecht) bestellt.

Die Hypothek kömmt im ungarischen Gewohnheitsrechte und in vereinzelten Rechtsquellen vor als hypotheca generalis, specialis et optionalis[5]).

Doch ist dies Rechtsinstitut sehr wenig ausgebildet gewesen.

---

[1]) Erwähnt in A. C. IV. 1. 11. Es kann im kurzen Wege exequirt werden cf. A. C. III. 11. und Tabular-Instruction § 93 (s. „Proceß"). — In der Regel haftet es nicht auf der Verlassenschaft nach Trip. I. 110. sowie 111. 6.

[2]) Nachzulesen Trip. I. 52. und bezüglich der allgemeinen Bestimmung über Vertragsverbindlichkeiten A. C. III. 11. 2. sowie C. C. IV. 15. welches den Fall bestimmt, in welchem die „inscribirte" Bürgschaft nicht nur persönlich ist, sondern auch auf die Erben übergeht (oneris assumtio).

[3]) Nachzulesen Trip. I. 74. Sie kann nicht nur durch Vertrag begründet sein (cf. Trip. I. 74. 1. und tit. 76); sondern auch aus dem Gesetze gefordert werden (cf. Trip. II. 34 und A. C. IV. 12. 1).

Die Gewährleistung bezieht sich ebensowohl auf gerichtliche Stellvertretung oder Vertheidigung (cf. Trip. I. 75. und A. C. IV. 1. 26), als auch auf Schadloshaltung (nachzulesen Tripart. I. 74, sowie 76 und 77).

[4]) Hier ist nur das sogenannte pignus in specie, (bewegliches Faustpfand) gemeint, da der in den „Gesetze" vorkommende" Pfandvertrag später — selbständig — erörtert werden wird. — (Das admoneri curare mit Termin von 45, 8 und von 3 Tagen und der sofortige Verfall.).

[5]) Zu vergleichen A. C. IV. 4. 1. sowie Rechte des Gläubigers A. C. IV. 12. 1. (bezüglich von Sequester-Bestellungen). — (Általános, különös, szabad választás szerinti jószág lekötése; — fekvő javak elzálogositása; hitelzálog, jelzálog).

Es war anfänglich blos im Wege des willkürlichen Contractes in Uebung und erst nach Kaiser Joseph' II. Patent vom 25. Juli 1781 wurden in den ungarischen und sekleriſchen Kreiſen ſogenannte Intabulations-Protokolle als „Inſtrumentenbücher" eingeführt [1]).

Mit dieſen ſollten auch Grundbücher verbunden werden, was aber nur theilweiſe und höchſt unvollkommen geſchehen iſt [2]).

Zum Schutze beſtehender Rechtsverhältniſſe konnte auch eine Beſitzergreifung fremder Sachen ſtattfinden.

Es war dieſe Pfändung entweder eine thatſächliche [3]) oder eine gerichtliche. Die erſtre betrifft das ſogenannte pignus legale, die zweite das pignus judiciale. Sie ſind entweder ein bloßes Sicherſtellungsmittel oder eine Execution und gehören als ſolche in den „Proceß".

§ 30. Zuſatz. Privilegien.

Rechte können ſowohl erworben als beſchützt und befeſtigt werden durch Privilegien. Namentlich ſind die ſogenannten niedern Regalien auf dieſem Wege häufig übertragen worden.

Inſofern die Privilegien beſondre Gerechtſame betreffen ſind ſie zugleich eigenthümliche Rechtsquellen und daher bereits im § 1. als ſolche aufgezählt und demgemäß behandelt.

---

[1]) Die hier im Intreſſe des Realkredits und namentlich zur Sicherung der Prioritätsrechte angeſtrebte Publicität wurde zwar mehr gefördert, als dies früher bei ſelbſt gerichtlicher (öffentlicher) Vornahme von Rechtsgeſchäften der Fall geweſen war. Da aber dieſem ganzen Pfandbuchweſen die auf genaue Ermittlung des Beſitzſtandes (Eigenthums) ꝛc. beruhende Specialität fehlte, ſo war im Ganzen doch ſehr wenig gewonnen. — Betreffs Ungarns 107:1723. Siehe *Wenzel;* vergl. *Suhayda* „A' magyar polgári anyagi magánjog rendszere" 3. Auflage Peſt 1867 u. ſ. w. Siehe *Sachsenheim* Seite 369 und 463.

[2]) Nachzuleſen in *Fr. v. Sachsenheim's* „Civilrecht" zu § 322 S. 367—373 eine tiefer eingehende Schilderung dieſer Zuſtände.

Ferner iſt hier ein inſtructiver Aufſatz in der Preßburger „Zeitſchrift für Geſetzkunde und Rechtspflege" (Nr. 21 und 23:1855) hervorzuheben, über den „Einfluß des allgemeinen bürgl. Geſetzbuches auf die in Ungarn beſtehenden Tabulargeſetze".

(Erforderniß einer nach dem allgemeinen öſtreichiſchen Geſetzbuche intabulationsfähigen Urkunde zur Erwerbung des Pfandrechts, wenn auch die Hauptforderung „früher" begründet war).

[3]) Nachzuleſen Trip. II. 24. (Wittwenrecht auf Pfandbeſitz), ſowie Trip. I. 29. und 88. § init. (betreff der Quartalitiumsforderung) und Trip. II. 56. 1. (bei Potenzfällen) u. a. m.

Hiemit hängt zuſammen die in der „Beſitzvertheidigung" erfolgte Pfändung zum Zwecke einer Schadloshaltung, z. B. an den weidenden fremden Thieren auf eignem Grund und Boden. — (Mündlicher Vortrag).

B. Besondrer Theil.

I. Einzelrechte an Sachen. (Besitzrechte).

§ 31. Einleitung.

Besitzrechte (jura possessionaria) werden begründet, erworben und übertragen durch königliche Schenkung adliger Liegenschaften, — durch Verträge über Grund und Boden — durch die mittels der „Verjährung" geschützte Occupation und endlich durch die Rechtsnachfolge, sei es der Erben oder andrer berufnen Personen. Die beiden erstern Titel: „Königliche Schenkung" und „Verträge über Grund und Boden" erscheinen als diejenigen Arten der Erwerbung von Besitzrechten, welche nicht nur in der Legislation eigenthümlich behandelt worden sind, sondern auch eben deshalb in der Doctrin eine Sonderstellung erhalten müssen.

Die Occupation als „Verjährung", sowie die Rechtsnachfolge als „Erbrecht" können ihrer weitern Beziehungen wegen in andern Parthien erörtert werden und zwar erstre im allgemeinen Theile, letztre aber erst nach Abhandlung der Familienrechte, auf welche eben jene „Succession" gegründet ist.

Wir haben also als Titel — (Uebertragungsgründe) — der Besitzrechte hier blos folgende zu erwähnen:

1) Die königliche Schenkung (das ungarische Lehnswesen).
2) Die Verträge über Grund und Boden (das Obligationenrecht an Immobilien).

Die sonst in Uebung gestandnen Einzelrechte an Sachen unterliegen wegen des Mangels gesetzlicher Bestimmungen keiner weitern Auseinandersetzung [1]).

[1]) Es könnte zwar hier eine „Lehre" über Innehabung, Besitz (cf. Trip. I. 103) über dessen Eigenschaft als redlich (Trip. I. 71. 9.) rechtmäßig (Trip. I. 76. 6. II. 46. 3–6) und friedlich oder gestört (cf. Trip. III. 14. § 4. 5. sowie I. 79. 2.), sowie auch über die sogenannte jura possessionis (auf Grund von Trip. I. 37. 5. I. 76. 5. und 6. sowie 78. 1, endlich I. 68. und Tab. Instruction § 89) vorausgeschickt werden, doch bietet diese Lehre keine für sich bestehenden Verschiedenheiten dar (mit Ausnahme von Trip. I. 68. was schon erwähnt wurde) und ebenso verhält es sich mit anderweitigen Rechtsconstructionen, deren Wesen in der Legislation nur gleichsam zufällig berührt erscheint und von einem so allgemeinen Charakter ist, daß sich leicht — in einer dem römischen Recht nachgebildeten Doctrin — die gewöhnlichen Folgerungen anknüpfen lassen.

Sie lassen sich in ihrer jeweiligen Erscheinung entweder unter dem allgemeinen Gesichtspunkte von — durch die Sitte geregelten — Rechtsgeschäften und factischen Zuständen (z. B. die Servituten) oder unter dem speciellen besondrer Verträge betrachten und müssen in einzelnen Ortschaften (namentlich den ungarischen Städten) auch nach den eigenthümlichen Statuten und Rechtsgewohnheiten beurtheilt werden.

1) Das ungarische Lehnswesen[1]).

§ 32. Begriff und Gegenstand der königlichen Schenkung[2]).

Es ist bereits gesagt worden, daß das Niederlassungsland zur Nation und das Comitats-Territorium zur Krone eine solche Beziehung gehabt haben, daß die Einzelnen — (Mitglieder des als Stamm und Geschlecht in Markgenossenschaft stehenden Adels) — alles Grundeigenthum unter einem öffentlichen Titel — (sei dieser ein rein staatlicher — feudaler — oder — oft zugleich — ein socialer und aviticaler) — besessen hätten[3]).

Allerdings hat mancher Immobilienbesitz besonders in den Händen der Vornehmen[4]) die Eigenschaft von bloßem Privatgute erlangt und

---

[1]) Siehe *Vajda* II. S. 51; *Dósa* II. S. 258 und *Wenzel* I. S 497.

[2]) Siehe *Fejér* IX. 7. Praefatio Seite X. und *Kovachich* Epicrisis S. 240. Vergl. Tudom. Gyüjtem. 1835. 4. S. 1—37.

[3]) Beispiele letztrer Art in *Fejér* III. 1. 413; IV. 2. 118. und 120; IX. 6. 93. und an sehr viel Stellen (Trip. I. 60 und 69).

[4]) So im Königreiche Ungarn, wo die jobagiones naturales (siehe hier I. erste Aufl. S. 253—255 und zweite Aufl. S. 208, sowie a. O.) ein „dominium plenum" behaupten. Es mochte dies volle Eigenthum ursprüngliche Ländererwerbungen (terras descensuales) betreffen, welche einem gesetzlichen Erbrechte „entzogen" worden waren, sowie auch besondre Beneficien und später erfesines Gut (siehe hier I. Bd. erste Aufl. S. 22 Stephans Gesetze cap. VI. und ebendaselbst S. 28 cap II. und betreffende Orte in den Materialien „Verfassungsgrundgesetze").

Dem Vorkommen solcher freien „possessiones" kann nachgeforscht werden in folgenden Urkunden: *Fejér* IV. 2. 33. und 3. 328, ferner V. 2, 80, sowie VIII. 3. 215. und 7. 159, ferner IX. 4. 151. und 5. 152. u. a. O., ferner *Wagner* Annal. Scep. I. 134, sowie Supplementa ad Annal. Scep. Seite 82 und 443; endlich *Kovachich* Supplementa ad Vestigia Com. I. 285 ꝛc.

Es muß also in den Comitaten unterschieden werden neben einem in jeder Richtung vorkommenden Aviticalvermögen:

1) nicht gebundnes — freies Gut — welches jedoch im Falle der Deficienz nicht an die Genossenschaft, sondern an die Krone zu fallen hatte (Caducitätsrecht).
2) Donationalgut, welches im Falle der Deficienz an die Krone per devolutionem zu fallen hatte. („Heimfall").

(Mündlicher Vortrag mit Rücksichtnahme auf die bulla aurea art. 4., sowie Punkt 32 des Privilegs von 1291 in der „Rechtsgeschichte" erste Auflage, Seite 210, und in meinen „Materialien" (Verfassungsgrundgesetze) Seite 45; ferner Ludwig's Decret von 1351, endlich das Gesetz Ludwig's von 1344,

es findet sich vereinzelt die Bildung eines civilrechtlichen (allodialen) Eigenthums, welches namentlich in den nachträglich occupirten Prädien und in exemten Territorien (z. B. den Taralortschaften) einen Raum zu gewinnen vermochte.

Das vorherrschende Grundeigenthum (in den Comitaten) ist aber nach Durchführung der monarchischen Organisation ein auf königlicher Schenkung beruhendes gewesen.

Diese erfolgte ursprünglich mit der feudal-militärischen Comitatsverfassung, dann aber nach Decret. Trip. I. 13. überhaupt folgendermaßen:

„Quoniam omnes ... Nobiles ... universa eorum jura possessionaria ex donationibus Serenissimorum Dominorum Regum Hungariae possident“.....

„Ubi sciendum est, quod donatio Regia duplex sit, scilicet pura et mixta“.

„Pura donatio est Jurium Possessionariorum in jurisdictionem sacrae Coronae Regni [1]) legitime redactorum perennalis per Principem cuipiam ob servitia, vel praeclaras virtutes facta collatio“ — (tiszta királyi adomány).

„Mixta vero donatio dicitur illa, quae ultra servitium etiam summam aliquam pecuniarum complectitur. Et talis usitato vocabulo inscriptio [2]) nuncupatur“ — (vegyes királyi adomány).

Der Gegenstand der königlichen Schenkung sind „adlige Liegenschaften“ welche in gewißen Fällen wieder an die Krone kommen und von ihr mittels des „jus regium“ einbezogen und neuerdings verliehen werden. Erstres geschieht:

1) per defectum seminis [3]), (kihalás).
2) per notam infidelitatis [4]), (hütlenség).

---

daß der siebenbürgische Bischof: „nec .... aliquo colore (Vorwand) possessiones Nobilium possit occupare vel sine nostra licentia et permissione comparare“; dagegen 1367 Privileg: „quod bona sua jurague possessionaria ecclesiis conferre et legare possint“. cf. im Weißenburger Archive (zu Karlsburg) Misc. cista 3. fasc. 3. nr. 13 und 47, sowie cista 1. fasc. 5. nr. 5).

[1]) cf. Trip. I. 3. 6. und II. 3. 2.

[2]) Deshalb aber darf diese inscriptio nicht als „Kauf“ angesehn werden; auch muß hier bemerkt werden, daß unter dem Begriffe „inscriptio“ auch andre Verhältnisse verstanden werden z. B. in Trip. I. 65. 1; I. 110. 4, sowie A. C. III. 25 1.

[3]) Nachzulesen Trip. I. 10. A. C. II. 8. 4. und 13. 6. ferner C. C. IV. 12. 14. und 15. sowie 6: Diploma Leopoldinum („Rechtsgeschichte“ p. 78—79 und zweite Auflage, I. Seite 162).

[4]) Nachzulesen dieselben Stellen.

3) per contractum [1]), (consensus regius — királyi jóváhagyás).
4) per articulum oder virtute articulorum [2]).

Dagegen ſind von der „königlichen Schenkung“ ausgenommen und dürfen alſo nicht verliehen werden „reine Fiscalitäten“ (Staatsgüter) ſowie vom Feinde zurückeroberte Güter, welche den frühern Beſitzern oder ihren Erben ausgefolgt werden ſollten.

Die wichtigſten Beſtimmungen enthalten die beifolgenden Paragraphe des Tripartitum's erſtem Theile, Titel 13:

De Donationibus Regiis, et earum speciebus in generali.

Quoniam omnes Domini Praelati, Barones, Magnates Nobilesque, et Proceres totius Regni Hungariae, nec non Regnarum eidem incorporatorum, ac partium sibi subjectarum, cujuscunque status, conditionis, dignitatisque, et praeeminentiae existant, universa eorum Jura possessionaria ex Donationibus Serenissimorum Dominorum Regum Hungariae habent, atque possident; in primis igitur de Donationibus Regiis, et earum speciebus in generali dicendum occurrit.

§ 1. Ubi sciendum est, quod Donatio Regia duplex sit; scilicet pura, et mixta.

§ 2. Pura Donatio est Jurium possessionariorum in Jurisdictionem sacrae Coronae Regni legitime redactorum perennalis per Principem cuipiam ob servitia, vel praeclaras virtutes facta collatio.

§ 3. Mixta vero Donatio dicitur illa, quae ultra servitium, etiam summam aliquam pecuniarum complectitur; et talis usitato vocabulo inscriptio nuncupatur.

§ 4. Regia enim Majestas (ex praedeclarata jurisdictione sacrae Coronae Regni hujus Hungariae) de et super universis Juribus possessionariis, quorumcunque decedentium, et semine, vel haeredibus destitutorum, ac deficientium, liberam (prout voluerit) disponendi, pro se scilicet reservandi, vel alteri, cui maluerit, conferendi, aut inscribendi, plenariam semper habet potestatis facultatem.

§ 5. Et ne pravorum hominum patrata malitia, impunita relinqueretur, neve Nobilitas, et rusticitas aequalis aestimationis censeretur: rursus, ne fidelitas, ac infidelitas simile praemium sortiretur. Ad conterendam igitur infidelium proterviam, et rebellionem, pravarumque, et flagitiosorum hominum male agendi licentiam reprimendam, Majores nostri non solum Jura possessionaria aliquorum in semine (ut dictum est) deficientium; verum etiam contra statum publicum Regni hujus, ex eoque in despectum dignitatis Regiae Majestatis contumaciter sese erigentium, ac alios praeter Juris aequitatem absolute, temerarieque turbantium, ad sacram Coronam dicti Regni Hungariae, consequenterque collationem Regiam, etiam superviventibus illis devolvenda esse, tum Juris rigore exigente, tum vero Reipublicae utilitate exposcente, communi Decreto sanxerunt, ac statuerunt; ut exemplo punitionis sceleratorum alii terreantur, alii vero ad opera fidelitatis exercenda, atque peragenda, si quibus forsitan talia bona collata fuerint, ferventius accendantur.

---

[1]) Nachzuleſen die Fälle in Trip. I. 69. (die Clauſel?) (cf. § 41).
[2]) Nachzuleſen die Fälle in Trip. II. 16. III. 20. A. C. II. 8. 4. III. 4. 4. und C. C. IV. 12. 15. u. a. m. — Nur die urſprünglichen Donationalgüter mußten verliehen werden. C. C. IV. 12. 14.

Die besondern Impetrations- und Verleihungstitel der königlichen Schenkung.

§ 33. a) Der defectus seminis.

Der defectus seminis[1]) (magszakadás, kihalás) — das Aussterben einer succeſſionsberechtigten Familie — tritt ein:

a) gänzlich, wenn der letzte Sprößling ohne Erben[2]) mit Tod abgeht.
b) theilweiſe, wenn dies nur in Betreff beſtimmter[3]) einzelner Güter geſchieht. (Donationalgüter).

Die Beurtheilung des letztren Falles iſt nach der in der Schenkungsurkunde angegebnen Erbfolge zu beſtimmen und es müſſen daher die hierüber erlaßnen Formeln entſcheiden[4]).

Die gewöhnlich vorkommenden Formeln waren aber folgende:

1) „damus, donamus eidem N. N. ejusdem haeredibus et posteritatibus“ [5]).

Dieſe Formel iſt — (entſprechend dem Zwecke der Schenkung) — als die am meiſten gebrauchte blos auf die Erbfolge des männlichen Geſchlechtes zu beziehen; ebenſo:

2) „dedimus donavimusque eidem N. N. ejusque haeredibus et posteritatibus masculini sexus“; dagegen

3) „damus, donamus eidem N. N. ejusque haeredibus et posteris utriusque sexus“;

für beide Geſchlechter das Succeſſionsrecht beſtimmt.

---

[1]) Nachzuleſen Trip. I. 10. 2, ſowie II. 9. 1. ꝛc.

[2]) Alſo bei allodialen Gütern, wenn auch keine Frau d. i. Gattin, Wittwe, zurückbleibt nach A. C. III. 25. 1, ſowie A. C. IV. 13. 6. (cf. bulla aurea hier I. Bd. 37 und zweite Auflage S. 88. art. 4.) „Caducitätsrecht des Staates“, wobei alle Verbindlichkeiten, welche mit dem erbloſen Vermögen verbunden ſind, auf den Fiscus mitübergehn cf. C. C. IV. 15.

[3]) Heimfallsrecht der Krone cf. A. C. IV. 13. (zu vergleichen bezüglich der Nachfolge — und der Laſtenübernahme — weitre Abtheilungen, insbeſondre Trip. I. 29 und 30).

[4]) Zu erörtern, was *Dósa* als Erforderniſſe der Donationalien behandelt: 1) az ünnépelyes kiadás; 2) a' szokott kifejezések vagy is záradékok (clausulae); 3) az adományi czím (titulus); 4) egy év alatt az ünnepélyes iktatás (az által megerösités); vergl. dann *Wenzel, Suhayda, Ökröss* u. A.

[5]) Vergl. Trip. I. 17. 1. u. ſ. w. hiemit zu verbinden Coloman's Decret lib. I. cap. 20. „Possessio quaelibet a Sancto Stephano donata, humanae successionis quoslibet contingat haeredes. Possessio vero ab aliis Regibus data de patre descendat ad filium, qui si defuerit, succedat germanus, cujus filii, etiam post mortem illius, non exhaeredentur. Germanus autem praedictus si non inveniatur, Regi haereditas deputetur“ (im C. J. H. in der 1844. Ausgabe S. 161).

4) „damus, donamus eidem N. N. ejusque haeredibus et posteris eorumque legatariis et cessionariis“.

Dieſe Clauſel betrifft blos die Succeſſion der männlichen Erben und ſonſtiger Rechtsnachfolger (nehmlich Legatare und Ceſſionare) deren Einſetzung von dem Worte „eorumque“ abhängt, inſofern dieſelbe ohne dieſen Ausdruck blos der erſte Erwerber — (ſonſt auch der letzte) — vornehmen kann.

5) „quod si impetratorem ipsum bonorum haeredibus masculinis carere contingat, tunc eadem bona in filias suas devolvantur“ [1]).

6) „damus, donamus eidem N. N. et per eum M. M.“ [2]).

Die Deficienz kann bei dieſer Berufung zur „Nachfolge“ erſt nach dem Ausſterben beider Familien eintreten.

Ein eigenthümlicher Fall iſt der, wenn Jemand vor der Vermögens-Theilung mit ſeinen Brüdern ein Donationalgut erhält, da dieſes in das condominium übergeht und alſo alle Brüder — (in einer ideellen Rechtsfiction Miteigenthümer) — als donatarii angeſehn werden müſſen, demzufolge der Heimfall wegen Mangels ſucceſſionsberechtigter Erben erſt dann eintritt wenn überhaupt von dieſen Berufnen keine Nachkommen oder etwa berechtigte Nachfolger vorhanden ſind.

Sobald nun ein ſolches Ausſterben der ein adliges Gut beſitzenden Familie bekannt war, konnte innerhalb 32 Jahren („si quis in semine de recenti defecerit“ [3]) die Verleihung (donatio) angeſucht (impetrirt) und erhalten werden, obgleich der Fiscus ſich noch gar nicht in den actualen Beſitz des an die Krone zurückgefallnen Eigenthums geſetzt hatte.

Da dieſes mit vielen Unzukömmlichkeiten verbunden war, änderte das Geſetz A. C. IV. 13. 6. [4]) dieſen Vorgang, indem es beſtimmte, daß

---

[1]) Vergl. Trip. I. 48. 4.

[2]) Vergl. Trip. I. 43. (der Titel nachzuleſen).

[3]) cf. Trip. I. 24. 10, womit zu vergleichen Trip. I. 26. und 29, ſowie A. C. IV. 3, wornach etwaige Anſprüche (Contradictio) nach der innerhalb 32 Jahre vorgenommenen „Publication“ binnen Jahresfriſt erhoben werden ſollten „A' Publicátiok a' Decretum tartása szerént légyenek. Elapso anniversario mind Gyülések alatt s' mind Octavalis terminusokon revideáltassanak ..... A' Gyülések alatt indifferenter minden publicatiok, mellyeknek anniversarius Terminusok eltölt revideáltassanak, a' melly publicatioknak pedig Terminusok a' Gyülésig el-nem telik, Terminusok alatt revideáltassanak“. .....

[4]) „A' Királyoknak és Fejedelmeknek a' Donatioknak collatioiban a' Decretum és a' Magyar Nemzetnek régi szabadsága, és az Országnak-is irott Törvényi szeréut, több módjok és hatalmok nem találtatik, hanem

blos ſolche Güter der „Verleihung" unterliegen könnten, welche der Fiscus nach vorausgegangner Publication des Heimfalls bereits beſitze, wobei es dem neuen Anſprecher unbenommen blieb — (im Falle er einen etwaigen Publicationsproceß nicht abwarten wollte) — die Verleihung unter dem Titel des „jus regium" anzuſuchen und ſich in ſeinen Beſitzrechten — (wenn Contradiction erfolgte extra dominium) — durch einen processus longus zu ſichern[1]).

Aus dem Titel des defectus seminis erfolgte mithin (nach nicht widerſprochner Thatſache der Deficienz) die Verleihung der wirklich zurückgefallnen Beſitzrechte[2]) (actualer und ideeller) gewöhnlich in folgender Weiſe: „possessiones N. N. quae titulo defectus M. M. ad jurisdictionem sacrae regni coronae collationemque nostram devolutae sunt praemissis sicut praefertur stantibus seque habentibus eodem jure, quo nostram ex praedicto titulo concernerent majestatem, eidem donamus conferimus".

Bedeutungsvoll hier aus dem Tripartitum erſtem Theile der 17. Titel:

Qui sint, et intelligantur haeredes, et posteritates? et qualia bona solum masculinum, qualiave utrumque sexum concernant?

Caeterum quia ab inceptae materiae prosecutione (ob occurrentem, et quidem necessariam notae, et sententiae hoc in loco declarationem pariter, et distinctionem) digressionem feci; igitur ad Donationum Regiarum evidentiorem explanationem revertendo, et Primo clausulam illam: Sine haerede decedentium, vel in semine deficientium declarando.

§ 1. Notandum est, quod quamvis appellatione posteritatum, omnes de Jure patri, vel matri succedere debentes (etiam posthumis inclusis) sive mares, sive foeminae sint, intelligantur: prolium vero nominatione tum filii, tum filiae, jam nati, vel natae, posthumis exclusis, significentur: liberorum autem nuncupatione et filii, et filiae, nepotesque, et neptes pariter contineantur: tamen de vetusta, et approbata Regni hujus nostri Consuetudine, haeredes

---

Elsö: ha melly Urnak vagy Nemes embernek magva szakadásán, annak Jószága redeal ad Fiscum Regium, melly deficiált jószágnak apprehensiojában és collatiojában e' mod observáltassék, hogy a' Fiscus per Directorem az Ország Törvénye szerént, a' jószágot legitime publicáltassa: és a' Contradictorokat evocaltatván, proceedaltasson ellenek juris ordine in talibus observari solito ha a' Törvény a Fiscusnak itéli, per manus conferálhatja, a' kinek akarja; ha pedig azt nem várván a' Donatarius valamelly Jószágban celatum Jus Regiumot reménl lenni, és meg-kéri, Statuáltassa magát a' Jus Regiumban, és ha senki contradictor nem találtatik a' Jószágot apprehendalhatja: de ha Contradictorok találtatnak eo facto cedálni tartozik, és extra dominium keresse juris ordine a' Jus Regium mellett". stbb.

[1]) cf. außer oben angeführten Geſetzen noch Trip. I. 25.

[2]) Vergl. Trip. I. 27. 1 und 2, ſowie I. 10. 2, ferner I. 69, (ſiehe „Verträge" und „Verjährung").

solummodo filii legitimi, qui Juribus paternis haereditariis succedere solent, intelliguntur.

§ 2. Licet in casu, quo bona, et Jura possessionaria paterna, vel etiam materna utrumque sexum, tam scilicet mares, quam etiam foemellas concernere dignoscuntur: haeredis nomen ipsae quoque filiae (licet improprie) gerere permittantur, filiae itaque, quia non omnibus bonis, et Juribus paternis participant, ideo recte non haeredes, sed posteritates potius nuncupantur.

§ 3. Et posteritates quoque dico nuncupari, non quantum ad Jurium paternorum communiter, et semper devolutionem; sed quantum ad sanguinis propagationem, et in casibus, quibus legitime sortiuntur bonorum paternorum, vel maternorum successionem.

§ 4. Nam Jura duntaxat possessionaria pecuniis paternis, aut maternis empta, et comparata; praeterea in homagium olicujus interempti Nobilis data, et obligata; caeterum pro Jure Quartalitio, seu in sortem refusionis, et restitutionis quartae puellaris perpetuo collata, et inscripta, dummodo hujusmodi perennalis inscriptio Quartalitii non sit in praejudicium fratrum, vel aliorum rite succedentium facta; item illa etiam Jura possessionaria, in quibus aliquae puellae, vel foeminae per Regiam Majestatem (sine tamen praejudicio fratrum generationalium) in veros successores quoad utrumque sexum praeficiuntur; Jus foemineum aeque, veluti masculinum sequuntur.

§ 5. Alia vero universa Jura possessionaria, qualitercunque acquisita, solummodo Juri masculino deserviunt.

§ 6. Et dixi notanter: pecuniis paternis, vel maternis empta, quoniam in bonis, et Juribus possessionariis, pecuniis aliquorum fratrum comparatis, puellae, seu foeminae, sorores videlicet eorum nil Juris habere possunt: neque collaterali modo ipsae foeminae succedere, aut portionem aliquam acquirere permittuntur; sed Juribus tantum de paternis; aut portionem congruentem, in casibus immediate praescriptis, aut Jus Quartalitium pro se requirendi habent auctoritatem. — (Der letzte § 7 andrer Orten Note 3, S. 12).

Ferner aus erstem Theil, Titel 22 hervorzuheben:

De clausula Donationis; Per Defectum Seminis. Quid per semen intelligitur?

Titulus 22.

Quoniam in serie Literarum Regiarum Donationalium conficiendarum super bonis, ac Juribus possessionariis illorum, qui haeredibus deficiunt, haec clausula (per defectum seminis talis vel talis, etc.) semper apponi, inseriique solet; ideo putaverunt aliqui, quod si Dominus, vel Nobilis ille, qui deficit, filias post se reliquerit, tunc necesse sit, in ejusmodi Donationalibus literis per expressum describere pariter, et addere clausulam Masculini sexus, ut contineatur in Donationis tenore: Per defectum seminis masculini sexus talis, aut talis, etc. Alioquin autem Donationem ipsam non valere, neque impetratori talium bonorum suffragari posse: arguentes, et allegantes illum in semine (eo quod filias habeat) nondum defecisse.

§ 1. Quod tenendum non est. Nam per semen virilis duntaxat, ac masculinus sexus, et non foemineus intelligitur. Frustra igitur, et superfluum est id addere, vel apponere, quod etiam alioquin vocabuli virtus continet in se.

§ 2. Et ratio est; quia naturaliter ex semine viri superabundanti (ut plurimum) masculus concipitur; et e contra ex semine foeminae foemina

generatur. Recte igitur dicitur is in semine defeciss (si etiam filias habeat) qui in virili sexu deficit.

§ 3. Hinc est, quod ex nobili Patre, et ignobili matre generati filii veri Nobiles reputantur, et Patris familiam, conditionemque sequuntur, sed non e converso, prout et superius aperte declaravi.

§ 4. Verumtamen si bona, et Jura possessionaria cujuspiam utrumque sexum manifeste concernunt, et uterque sexus deficiet; tum rite, et commode ponenda erit in Donatione Regia: per defectum seminis utriusque sexus talis, etc. ut in ea parte per semen successio intelligatur.

Ferner iſt hier Titel 43 und 44 des erſten Theils hervorzuheben:

De divisionibus bonorum per fratres acquisitorum, et de clausula Donationis: Per eum.

Titulus 43.

Ulterius notandum; quod si duo, vel plures fuerint fratres carnales, aut etiam uterini in Bonis, et Juribus possessionariis avitis, vel paternis indivisi, quorum alter in Curia Regia, vel aliorum Dominorum laribus servitio se mancipaverit, alter autem domesticis curis, et laboribus domi vacaverit, et ille servitio deditus Bona aliqua, seu Jura possessionaria ab ipsa Majestate Regia, vel aliis etiam forsitan Dominis, servitiorum suorum meritis ita exigentibus, pro se impetraverit, et nomina fratrum suorum domi manentium clausula cum illa: Et per eum, etc. in Literis, seu Privilegiis Donationalibus inscribi, et inseri procuraverit; tunc licet impetrans ipse ante tempus divisionis cum fratribus suis fiendae, de hujusmodi bonis per eum acquisitis, et inventis liberam, prout voluerit, disponendi habeat facultatem: (et hoc intellige, non pro se, vel suis haeredibus aliquo sub colore usurpando, aut reservando, sed a se prius realiter alienando) Tempore tamen divisionis unusquisque fratrum portionem suam de illis sibi cedentem, aeque, ut impetrator ipse principalis, habere de Jure potest.

§ 1. Jura enim possessionaria in quibuscunque Literis, seu Privilegiis Donationalibus contenta, semper in tot debent dividi partes, quot sunt personae, vel nomina hominum Literis in eisdem specifice denotata.

§ 2. Nisi forte exceptio, vel distinctio fuerit ibidem super hoc declarata.

§ 3. Clausula itaque ipsa: Per eum, non est intelligenda, ut tantum valeat, quantum post eum, prout quidam, plus sapere volentes, quam oportet sapere, intelligendum arbitrati sunt: arguentes, et adstruentes inde caeteros fratres, vivente principali impetratore, portionem de hujusmodi bonis acquisitis, et inventis habere non posse, sed illa post decessum impetrantis cum filiis ejusdem dividenda esse: quod tenendum non est.

§ 4. Fratres etenim indivisi, infra divisionis tempus, et lucrum, et damnum aequaliter participare, sufferreque, et tolerare debent.

§ 5. Hinc est, quod si etiam nomina aliquorum fratrum carnalium, aut uterinorum, vel etiam patruelium divisionem bonorum inter se nondum habentium, in Literis hujusmodi Donationalibus inscripta non fuissent; tamen tempore divisionis portionem suam unusquisque illorum (ut praemittitur) de Jure habere potest.

§ 6. Unde per hunc terminum: Per eum, etc. semper intellige; medio vel per medium ejus: scilicet impetrantis. Quasi diceret Majestas Regia; consideratione servitiorum talis fidelis sui, eidem et medio ejus, vel propter eum etiam alteri possessionem, seu villam unam contulisse.

Quid si fratrum quispiam bona per se inventa pro se reservare voluerit?

Titulus 44.

Ubi tamen fratrum aliquis (caeteris torpori, et negligentiae, desidiaeque deditis) continue serviendo, sanguinis sui effusione, vel aliter servitiis, aut virtutibus suis bona aliqua, seu Jura possessionaria quaesiverit, et cum caeteris fratribus suis illa participare noluerit; tunc si omnibus bonis, et Juribus paternis renunciaverit, acquisita per se ipsum bona totaliter pro se, et haeredibus suis perpetuo reservare valebit.

§ 1. Unde sequitur; quod proditio fraterni sanguinis non in acquirendis Bonis, et Juribus possessionariis (prout nonnulli putaverunt) sed in exhaeredandis, de acquisitis paternis scilicet, et avitis bonis, consistit.

§ 34. b) Die nota infidelitatis[1]).

Auf mehrere Verbrechen — namentlich den Hochverrath — iſt die Strafe der „nota infidelitatis“ (hütlenség) geſetzt[2]). Dieſe Strafe iſt nicht nur eine Güterconfiscation überhaupt, ſowie auch Lebensverluſt[3]), ſondern zugleich eine ſolche Einziehung der Donationalgüter, daß ſelbſt im Falle der „Begnadigung“ das frühere juriſtiſche Band der in der vormaligen Schenkung berufnen Nachfolger (Erben ꝛc.) aufgehoben iſt und bleibt, außer es wäre ausdrücklich die verloren gegangne Succeſſion wieder reſtaurirt worden[4]).

Die Treuloſigkeit verwirkt nur die eigenbeſeßnen Güter des Verbrechers[5]), alſo nicht:

---

[1]) Vergl. rechtsgeſchichtlich Jahr 1198 in *Fejér* III. 2. S. 194 und Jahr 1229, daſelbſt III. 2. S. 194; ferner II. S 345, dann *Batthyány* Leg. eccles. II. S. 401, Note X. ꝛc.

[2]) Nachzuleſen Trip. I. tit. 14. und 16. — Außer den hier angegebnen Fällen der nota ſind noch hervorzuheben Trip. II. 75. 3. und 4. ferner A. C. I. 1. 3. (Religionsſtörer); A. C. II. 7. art. 1—6, ſowie III. 1. und 14. ferner II. 3. und III. 55, endlich 5:1791. (Verräther, Verſchwörer, Verläumder).

[3]) Die Verſchiedenheit im „Seklerlande“ ſelbſtverſtändlich. (cf. mündlicher Vortrag und hier im III. Band, Schluß: „Criminalrecht“).

[4]) Nachzuleſen Trip. I. 16. 2.

[5]) Nachzuleſen außer jenen Stellen des Tripartitum's nach A. C. IV. 13. 6. („Második: hogy ha melly jószágot a' Fiscus per notam infidelitatis alicujus legitime tamen et vero juris ordine, juxta species Notae in Decreto et Regni articulis expressas condemnati, Sententiaval legitima executione mediante apprehendál és conferal valakinek; úgy tudnillik, hogy azt a' condemnatust legitime citálták, és az Országnak Constitutioja szerént in generalibus Regni Comitiis, justo juris ordine excessusát legitime comprobálván, úgy sententiázták légyen-meg; (ide nem értvén a' Decretumban specificált egyéb casusokból emergálni szokott Notaknak speciessit) e' fellyeb meg-irt dologban-is pedig az executio de bonis seu juribus possessionariis delinquentis convicti ipsum solum proprie et praecise concernentibus légyen“). — Hier iſt hervorzuheben daß in ge-

1) Die Güterantheile der (ungetheilten) Brüder und succeſſionsberechtigten Anverwandten[1]), daher auch nicht die Güterantheile der vor der Verurtheilung gebornen Kinder[2]).
2) Die auf den Gütern haftenden Schulden (Rechte der Gläubiger), alſo auch nicht die dos (und das Paraphernalvermögen) der Frau[3]).
3) Die Pfandbeſitzgüter, welche von den Berechtigten eingelöſt werden können[4]).

War dieſer durch die nota infidelitatis eingetretne Heimfall durch irgend welche Thatſachen in ſichre Ausſicht geſtellt, ſo konnte nach Trip. I. 25. und II. 75. aus dieſem Grunde allein die Verleihung der betreffenden Güter impetrirt werden[5]), was aber nach dem Approbatalgeſetze IV. 13. 6. erſt nach der geſetzmäßigen Verurtheilung des Verbrechers geſchehen ſollte[6]).

Die Uebertragung der wirklich an die Krone zurückgefallnen Beſitzrechte geſchah gewöhnlich nach folgender Formel: „possessiones N. N. quae titulo notae infidelitatis M. M. ad jurisdictionem Sacrae Coronae, collationemque devolutae esse dicuntur (!) praemissis, sicut praefertur, stantibus et se habentibus, eodem jure quo nostram ex praedicto titulo concernerent Majestatem, eidem N. N. damus, conferimus“.

---

wiſſen Straffällen ſtatt der sententia capitalis die emenda eingetreten ſei (cf. Trip. II. 42. 6.). So heißt es in einer Urkunde von 1508: „Quia tamen juxta Statuta divorum Regum Hungariae ... consequenterque Partium istarum Transsylvanarum consuetudinem ... personae masculini sexus contra foemineas et e converso foeminei contra masculinos non in ipsa capitali sententia, sed in emenda duntaxat capitum suorum, rerumque et jurium possessionariorum ammissione condemnari solent et aggravari, ideo“ ...

[1]) Nachzuleſen Trip. II. 60. init. etc. und II. 66. init. etc.

[2]) Nachzuleſen dieſelben Titel des Tripartitum's.

[3]) Nachzuleſen Trip. I. 104.

[4]) Nachzuleſen A. C. IV. 7. 1. vom Jahre 1595: „A' mint hogy egyebekben-is, úgy a' Notoriusok jószági között is, ha olly' zálagos rész jószágok találtatnak, mellyeket azon Possessorok-is impignoratitio jure birtanak; ha tempore executionis a' verus haeresek comprobályák, avagy ante latam sententiam in foro contradictorio-is penes ingessionis protestationem deponalván, ha mivel tartoznak, restitualtassék nékik eo facto“.

Anmerkung. Hier kömmt noch der Fall zu erwähnen Trip. II. 57. 3. wornach der dritte Theil der Güter demjenigen verfällt, gegen welchen der notorius eine wiederhohlte Repulſion in verbotne Anwendung gebracht hat.

[5]) Rechtsgeſchichtlich vorzunehmen und zu erklären Trip. II. 75. 1. und 4. ſowie A. C. IV. 1. 12.

[6]) Siehe Note 5, Seite 66, womit zu vergleichen iſt Approb. Const. III. 9. 1. (.... „valakik legitime nem convincáltattanak, azoknak bonuminak törvényes útja szerént való keresetitöl-is az igaz haeresek el-ne rekesztessenek“ ....).

Von weitgehender Bedeutung ſind hier die Beſtimmungen über die Nota, ſo im Tripartitum I. Theile der Titel 14:

De casibus notam infidelitatis afferentibus.

Sunt igitur casus isti, et vocantur notae infidelitatis in quibus Regia Majestas bona aliquorum, eisdem superviventibus, cui voluerit, de Jure, libereque donandi habeat facultatem.

§ 1. Primus est de crimine laesae Majestatis; si quis videlicet impias manus in personam Principis nostri injecerit, vel capiti ejus gladio, aut veneno insidiatus fuerit; sive murum, aut domum, in qua Princeps ipse exstiterit, violenter invaserit.

§ 2. Secundus casus est, si quis evidenter se erigit, et opponit contra statum publicum Regis, et Coronae: haec tamen erectio, seipsum juste defendendo, notam affere non intelligatur.

§ 3. Item, qui conficit falsas literas, vel falsis literis evidenter utitur in Judicio. Aut qui sculpit, vel utitur falsis sigillis.

§ 4. Item cusores falsarum monetarum, vel eisdem monetis scienter, et publice in magna quantitate utentes.

§ 5. Item occisores, vel vulneratores fratrum, ac consanguineorum suorum, usque ad quartum gradum inclusive. Nec non patricidae, uxoricidae, ac matricidae. Verumtamen uxoricidium, et mariticidium, intellige praeter Juris processum, et aequitatem, patratum.

§ 6. Item stupratores consanguinearum, similiter usque ad quartum gradum inclusive; aut novercarum violatores, incestuosi, dum fuerint evidenter convicti, vel proscripti.

§ 7. Item incendiarii publici villarum, et possessionum.

§ 8. Item inductores exterorum hominum spoliatorum, vel stipendiariorum, ad disturbandum internum Regni statum.

§ 9. Item violatores literarum fidei publicae, vel salvi conductus, dum evidenter fuerint convicti.

§ 10. Item traditores castrorum Dominorum propriorum. Nec non expugnatores, et interceptores, aut subtractores castrorum, vel castellorum, aut aliorum fortalitiorum quorumcunque regnicolarum, dum evidenter fuerint convicti.

§ 11. Item interemptores, captivatores, verberatores, vel vulneratores Judicum Ordinariorum Regni, et eorundem vices in Judiciis gerentium.

§ 12. Item occisores litigantium, seu causantium, sive ad Regiam Majestatem, aut ad octavas, vel brevia Judicia, sive ad Sedem Judiciariam alicujus Comitatus, aut alia quaecunque loca Judiciorum, ad causarum scilicet prosecutionem proficiscentium, vel ad diaetam, et convocationem generalem, de Regio Edicto celebrandam, venientium, et accedentium.

§ 13. Item occisores, vulneratores, aut verberatores Hominum Regiorum, ac Testimoniorum Capituli, vel Conventus in executione aliqua procedentium.

§ 14. Item publici haeretici, damnatae scilicet haeresi adhaerentes.

§ 15. Item mutilatores membrorum, et eruitores oculorum: praeter Banos, Wayvodas, et alios, honores in confinibus Regni tenentes.

§ 16. Item amissores castrorum finitimorum Regni.

§ 17. Item administratores armorum, et victualium Turcis, et aliis infidelibus, Regni scilicet hujus aemulis, et hostibus.

§ 18. Item turbatores, detentores, et spoliatores illorum, qui sectae eorum damnatae renunciantes, ex Turcia ad istud Regnum confugiunt moraturi,

§ 35. c) Der consensus regius[1]).

Werbőcz gibt die Begriffsbeſtimmung des consensus regius (királyi jóváhagyás) mit den Worten: (cf. Trip. I. 64. init.) „Consensus autem regius est jurisdictionis sacrae Coronae Regni super juribus possessionariis in eam successorio modo jureque devolvendis per Principem seu Regiam Majestatem spontanea cessio“, alſo eine Abtretung oder Verzichtleiſtung bezüglich heimgefallner Donationalgüter[2]).

Es gibt zwei Arten:

1) Der consensus regius conditionalis (cum futura conditione, feltételesen), der für den Todesfall ertheilte. Er iſt zu beurtheilen nach Trip. I. 63. 6. und I. 49. 2. und hat gewöhnlich ſtatt:

a) in der Präfection, wornach die Tochter des deficirenden Donatars zum ſucceſſionsberechtigten Erben[3]) — (gewöhnlich nur mit der Wirkſamkeit auf ihre männlichen Nachkommen) — erklärt wird[4]). fiusitás.

b) in der Adoption (örök befogadás) und zwar in der
   α) filialis und
   β) fraternalis, worüber ſich das Trip. I. 66. 2. ausſpricht: „contractus autem seu fraternalis adoptio est alienae cujusvis personae per quempiam — haeredibus legitime deficientibus — in bonorum suorum successione permissiva substitutio“[5]).

c) in der teſtamentariſchen Erbeinſetzung, wenn nehmlich dieſe, als die — des letzten Deficienten — durch den consensus regius beſtättigt wird[6]).

---

[1]) Vergl. *Szlemenics* in den M. Tud. Társas. Évkönyvei III. 1837, S. 108—131. Siehe Beiſpiele älteſter Zeit in *Fejér* I. S. 394 und 397, vom J. 1057 und *Fejér* III. 1. S. 318 und 325 aus den J. 1202 und 1221 u. ſ. w.

[2]) Nachzuleſen (zugleich als rechtsgeſchichtliche näher zu erklärende Deduction) den ganzen Titel Trip. I. 64. und 65, ſowie I. 63. 4. u. ſ. w.

[3]) Nachzuleſen Trip. I. 7. init. 1. und I. 50, womit zu vergleichen Trip. I. 39. 3, ſowie I. 31. 2; ferner I. 17. 7. („in juribus paternis vel etiam fraternis“).

[4]) Nachzuleſen Trip. I. 17. 7. u. a. O. hier S. 12, Note 3.

[5]) Das Weitre darüber in den erwähnten Tripartitaltiteln nachzuleſen und damit zu vergleichen Trip. I. 10. 1. und 2. u. a. O., ferner vorzunehmen die hiemit zu verbindenden Geſetzesſtellen Trip. I. 120. 1, ſowie I. 27. 4, endlich Trip. I. 8. und weiter hier „Familienrechte“.

[6]) Siehe z. B. im ſächſ. Nat. Archiv Nr. 125:1509 der königliche Consensus über das Teſtament der Wittwe nach Petr. Geréb de Veresmarth betreffend die Schenkung von Peterfalva an die Hermannſtädter Kirche.

2) Der consensus de praesenti (feltétlenül) (nach Trip. I. 63. 4.). Dieſer consensus bezieht ſich ſowohl auf den Todesfall, (Deficienz) als auch auf den Heimfall durch die nota und findet namentlich ſtatt:

a) bei dem Verkaufe der Donationalgüter[1]), — (örökvásár).

b) bei dem Tauſche der Güter ſowie der Verpfändung ultra communem aestimationem[2]), — cserevásár.

c) bei der Schenkung (inscriptio) „servitiorum causa“ — (ajándékozás, érdemdijazás[3]).

Die litterae consensuales — die Ertheilung der landesfürſtlichen Einwilligung — kann nur ſolche Güter betreffen, welche wirklich an den Fiscus ex defectu vel ex nota gefallen wären[4]), deren „Beſitzrechte“ nun unter dieſem neuen Impetrations- und Verleihungstitel an einen Andern übertragen werden.

Die hier wichtigſten Titel im erſten Theil des Tripartitum's lauten:

Quid sit Consensus Regius definitive?

Titulus 64.

Consensus autem Regius, est jurisdictionis sacrae Coronae Regni super Juribus possessionariis, in eam successorio modo, Jureque devolvendis, per Principem, seu Regiam Majestatem, spontanea cessio.

§ 1. Quae quidem Jurisdictio sacrae Coronae Regni, quantum ad devolutionem, et successionem Bonorum, ac Jurium possessionariorum, isto, quo nunc utimur modo, a tempore regiminis, seu Imperii Excellentissimi Principis quondam Domini Ludovici Regis, ab anno scilicet Dominicae Incarnationis trecentesimo quinquagesimo primo supra millesimum, originem sumens, cunctorum Regum Successorum scilicet suorum temporibus, usque modo inviolabiliter, et inconcusse servata, atque ratificata, super universorum Dominorum, Baronum, et Magnatum, ac Nobilium, Procerumque Regni Bonis, et Juribus possessionariis (qui utpote in semine, et haeredibus deficiunt, vel in unicam, ac singularem personam deveniunt: sicque defectui seminis approximabunt) legitimae successionis virtutem semper habet.

§ 2. Ante enim ejus Principis tempora quilibet Baro, Magnas, Nobilisque, et possessionatus homo super Juribus suis possessionariis (si etiam haeredibus defecisset) prout voluit, sine omni Consensu Regio liberam disponendi habuit facultatem.

§ 3. Et in eo solummodo casu, si haeredibus, et omnibus propinquis destitutus, ac intestatus quispiam illorum decessisset, jurisdictio praenotata locum habuisse dignoscitur.

---

[1]) Nachzuleſen als Ausnahme Trip. I. 59. 6. und 8.

[2]) Trip. I. 10. (nach der Analogie der vorigen Fälle).

[3]) Nachzuleſen Trip. I. 43. init. und II. 76. 3.

[4]) Nachzuleſen Trip. I. 35. und I. 10. 1. und 2, ſowie I. 65. init. ferner II. 11. init. 1, endlich C. C. IV. 12. 1.

Quales Fassiones Consensu Regio indigeant, et quales non?

Titulus 65.

Unde sciendum, quod nunc omnis Fassio Dominorum, ac Nobilium, et aliorum possessionatorum hominum per singularem, et unicam personam, ac defectui prolium, vel seminis approximantem, quibuscunque Personis, et ex quibusvis casibus, ac rationibus, conditionibusque, et articulis, super quibuscunque Bonis, et Juribus possessionariis perpetuo facta, Consensu Regio (propter jurisdictionem successionis praenotatae) semper indiget, estque necessaria.

§ 1. Nam sine ipso Consensu non solum super Bonis perennali Jure obligatis, verum etiam pignoris titulo (ultra communem aestimationem ipsorum Bonorum) inscriptis, Fassio praenarrata, qualitercunque (ut praemittitur) facta, atque celebrata, viribus destituta manebit.

§ 2. Unde sequitur: quod Fassio inter plures, et per plures personas fraternas, vel alienas, mutuo aut seorsim quibuspiam facta, Regio Consensu non indigeat.

§ 3. Jus enim successionis propter alias personas, ex utraque parte haereditario modo, et Jure successuras, locum in Principe, seu Jurisdictione Regia nondum habet.

§ 4. Et hoc est verum; si personae ab una parte stantes, seu Fassionem facientes, vim successionis invicem, et in alterutrum habet. De personis quoque ab altera parte stantibus idem est sentiendum, atque tenendum: nam aliter Regis ipse Consensus impetrandus semper, et necessarius erit.

§ 5. Pluralitas enim personarum non excludit Jurisdictionem Regiam, ubi nulla dignoscitur esse fraternitatis, neque consanguinitatis connexio, vel alterius successionis in Bonis mutua, reciprocaque vicissitudo.

Zum folgenden § beziehe aus dem ersten Theile des Tripartitum's den 24. Titel:

Quid sit Jus Regium definitive, et quid Jus possessionarium?

Jus igitur Regium, dicitur Jurisdictio sacrae Coronae Regni in bonis, ac Juribus possessionariis per quempiam pro se mala fide, contraque Consensum Regium usurpatis, tacite latens, et consistens.

§ 1. Nomine autem Juris possessionarii generaliter intellige castra, castella, fortalitia, civitates, oppida, villas, possessiones, terras, silvas, et praedia.

§ 2. Ubi sciendum, quod possessio dupliciter accipiatur: Primo quidem pro Dominio, usuque, ac gubernatione alicujus rei mobilis, vel immobilis. Et hoc modo dicitur possessio, quasi pedum positio in usum, ac Dominium ipsius rei; quam quis realiter tenet, et gubernat.

§ 3. Alio modo autem (prout in proposito) possessionis appellatione villa significatur, et intelligitur, et hoc proprie loquendo, nam castra, castella, cicitates, oppida, et praedia, separata habent vocabula.

§ 4. Verumtamen in hoc loco nomine Juris possessionarii generaliter intellige, castra, castella, fortalitia, civitates, oppida, villas, portiones possessionarias, terras, prata, silvas, et praedia.

§ 5. Praedium autem nos dicimus agrum illum esse, in quo prius homines habitare solebant, modo tamen nulla aedificia apparent, neque coloni habitant: quasi praedae expositum, ab antiquis derivatum, qui agros, quos bello capiebant, in praedae nomine habebant.

§ 6. Fundum etiam, seu locum sessionis Nobilitaris, atque jobagionalis, aedificiis, et habitatore penitus destitutum, similiter praedium appellamus.

§ 7. Castra vero, et castella, fortalitia, civitates, et oppida nota sunt, et declaratione non egent.

§ 8. Pertinentiarum siquidem nominatione communiter intelligantur, et contineantur omnia illa, quae ad civitatem, oppidum, aut villam aliquam spectant, prout sunt: terrae arabiles cultae, et incultae, agri, prata, foenilia, pascua, campi, silvae, virgulta, nemora, montes, valles, vineae, promontoria, aquaefluvii, piscinae, piscaturae, aquarum decursus, molendina. ac eorundem loca, et generaliter omnes utilitates, ac proventus ipsi civitati, aut oppido, vel villae deservientes.

§ 9. Saepe autem pertinentiarum appellatione comprehenduntur omnes jurisdictiones alicujus castri, vel omnia bona immobilia, ubilibet adjacentia, ipsi castro annexa, atque deservientia, sicuti: civitates, oppida, villae, portiones possessionariae, et praedia. Tamen hujusmodi nomine, vel significatione raro utimur, sed civitates, oppida, villas, portionesque, et praedia ad castrum attinentia, si non specifice, generali tamen positione denotare solemus.

§ 10. Et quamvis Jus Regium ad universa fere Jura possessionaria, quae Donationi, et Collationi Regiae quovis modo, vel titulo subjacent, generaliter referri, et extendi queat; tamen si quis Dominorum, aut Nobilium in casibus, vel criminibus notam infidelitatis afferentibus, et inducentibus excesserit, atque deliquerit; aut si quis in semine (de recenti) defecerit, hujus vel horum bona, ac Jura possessionaria, non nomine Juris Regii simpliciter, sed per notam infidelitatis (eam declarando) vel per defectum seminis ipsius defuncti hominis impetrari, et saepe in ejuscemodi Donatione Jus quoque Regium (si quod in illis bonis etiam aliter haberetur) impetratores apponere consveverunt. Ideo descriptio super Jure Regio immediate praedeclarata non de hujusmodi genere Juris Regii, sed quantum ad celatores Jurium Regalium intelligenda est, atque referenda.

§ 36. d) Das jus regium[1]).

Unter dem jus regium (királyi jog) verſteht man hier überhaupt das Recht der Krone „Schenkungen" zu machen, und dadurch „servitia" zu begründen, alſo im Allgemeinen die Oberlehnshoheit[2]); — in einem engern Sinne iſt das jus regium jener Impetrations- und Verleihungs-Titel adliger Liegenſchaften, unter welchem „donationes" geſchehen, wenn weder „Deficienz" noch „Treuloſigkeit" deren unmittelbare Ver-

[1]) Siehe rechtsgeſchichtlich Jahr 1130, *Fejér* II. S. 81 und Jahr 1225, *Fejér* III. 2. S. 32 u. ſ. w. *Fejér* X. 6. S. 926 (Jahr 1428) und *Bärenkopf* De Dominio Nobilium S. 266, ſowie angegebne Werke.

[2]) Vergl. Trip. I. 24. init. und 10. Hier Seite 71.

Ueber die Formeln: „totum et omne jus nostrum Regium, si quod in iisdem bonis haberemus, et nostram ex quibuscunque causis, modis et rationibus concerneret Majestatem damus et donamus, conferimus" und über die annexe: „... totum item et omne jus nostrum Regium, quod etiam aliter qualitercunque in iisdem bonis haberemus, damus, donamus, conferimus" ſiehe mündlichen Vortrag.

fügbarkeit veranlaſſen, wobei man in Rückſicht der factiſchen Zuſtände unterſcheidet:

1) ein jus regium latens im Falle als das betreffende Lehnsobject de jure wohl an den Fiscus hätte kommen ſollen, de facto aber ein Andrer daran unrechtmäßigen Beſitz genommen hat.

2) ein jus regium clarum im Falle als das betreffende Lehnsobject ſowohl de jure als de facto ſich in dem Beſitze des Fiscus befindet.

§ 37. e) Die nova donatio.

Dieſe nova donatio (az uj adomány) iſt entweder:

1) Die Ausſtellung eines neuen Donationalbriefes (Schenkungsurkunde) insbeſondre in dem Falle, wenn die Statution nicht innerhalb geſetzlicher Friſt vor ſich gehen konnte und dieſes Mangels wegen das frühre Inſtrument an ſeiner Rechtsgültigkeit verloren hat[1]), — oder in dem Fall, wenn eine renovata (ujitott adomány) oder roborata donatio angeſucht wird, gewöhnlich deshalb, weil die frühern Documente in Verluſt gerathen ſind[2]), oder noch mit einer Rechtsclauſel verſehen werden ſollen[3]), — oder.

2) Die Ertheilung eines Donationalbriefes (Schenkungsurkunde), wenn der Beſitzer — z. B. durch Verjährung — ein Gut als ſein Lehnseigenthum erworben hat und nun darüber zu größerm Schutze ſeiner Rechte eine beſondre Verleihung erhält[4]).

Anmerkung. Ueber die äußern und innern Erforderniſſe der „Donationalurkunden" ſiehe mündlichen Vortrag; insbeſondre mit Rückſicht auf A. C. IV. 13. 1. und 5, ſowie 19 : 1791, ferner Trip. II. 17. 1. — I. 26. 4. und II. 9. 2. (cf. Bartal II. p. 146 „salvo jure alieno") u. ſ. w. — (Siehe „Stylionaria").

Aus dem erſten Theile des Tripartitum's:

De nova Donatione Regia in generali, et unde ortum habeat?

Titulus 36.

Item solent nonnulli bona, et Jura ipsorum possessionaria a Regia Majestate, novae Donationis suae titulo, saepè cum omni suo Regio Jure pro se, et eorum haeredibus impetrare: asserentes, progenitores suos ab an-

[1]) Nachzuleſen Trip. II. 12. 2.

[2]) Nachzuleſen Ladislaus Decret. I. 78. u. a. m. A. C. IV. 13. 2. („a' kiknek leveleik háboruság tüz vagy egyéb szerencsétlenségek miatt elvesztenek volna ex debito regiminis suo officio tartozzanak a' fejdelmek nova donatiokat adni") und 35:1791 und 35: ſowie 36:1607.

[3]) Nachzuleſen Trip. I. 37. init. etc. } womit auch der Titel 38 zu
[4]) Nachzuleſen Trip. I. 37. 6. etc. } verbinden iſt.

tiquo, vel etiam semetipsos duntaxat a tempore adeptionis, et consecutionis hujusmodi bonorum in Dominio pacifico eorundem perstitisse.

§ 1. Et licet plerique ejuscemodi Donatione nova justo, bonoque modo utantur; in contrarium tamen plurimae fraudes per nonnullos, salutis eorum immemores, in hac parte committuntur.

§ 2. Quidam enim foeminei sexus generationis suae homines de ipsis Juribus possessionariis per hanc excludere nituntur, literas originales, quae scilicet Jura possessionaria emptitia fuisse, aut alio titulo Jus foemineum, sicuti masculinum, concernere declararent, occultantes, igne comburentes, vel aliter dilaniantes; quidam vero, fraternae charitati contrariantes, et uxoribus, filiabusque suis faventes, dum potissime semen masculinum in se deficere conspiciunt, et Jura possessionaria in fratres condivisionales devolvi metuunt, nomina uxorum, filiarumque suarum in Literis novae Donationis inscribi faciunt, fratres ipsorum generationales praetermittendo, et illis bonis, seu Juribus possessionariis eosdem privare, vel magis despoliare satagendo.

Quid sit nova Donatio descriptive? Et quot dupliciter illa potest attendi.

Titulus 37.

Unde sciendum, quod nova Donatio cum clausula praesenti tempore inseri solita, videlicet: In cujus, vel quarum pacifico Dominio progenitores suos perstitisse, seque persistere, asserit etiam de praesenti, etc. facta, non est aliud, quam prioris Donationis legitime factae iterata roboratio.

§ 1. Quae ex sui vocabuli significatione semper praesupponit priorem Donationem, vel aliam bonorum ipsorum acquisitionem.

§ 2. Sed ut clarius praemissa descriptio novae Donationis intelligatur, Notandum est; quod nova Donatio dupliciter possit attendi, vel considerari. Primo respectu jurisdictionis sacrae Coronae Regni, seu Principis nostri, ad quam ipsa Donatio spectat. Secundo autem respectu fratrum generationalium, et foeminei sexus hominum.

§ 3. Respectu itaque jurisdictionis Principis nostri nova Donatio non requirit, neque praesupponit priorem Donationem. Nam si prior Donatio super aliquo Jure possessionario legitime facta, et Statutio exinde juridice subsecuta haberetur, non esset necessarium Jus illud possessionarium de novo impetrari, sed potius deberet prior ipsa Donatio confirmari.

§ 4. Imo neque Confirmatio videretur esse necessaria, cum Confirmatio non sit de necessitate, sed solummodo de bene esse Donationis, et Juris possessionarii gubernationis.

§ 5. Nec valet ex se Confirmatio, si Donatio in ea inserta non valere dignoscatur. Unde nova Donatio sive cum Jure Regio simul, sive simpliciter solet a Principe impetrari. Quod licet impetrator ipse sit in Dominio Juris alicujus possessionarii; tamen Dominium illud, indirecte forsitan, et contra Jurisdictionem ipsius Sacrae Coronae considerat se possidere pariter, et habere. Non enim omnes Domini, vel Nobiles per Donationes Regias, sed etiam per Fassiones instrumentales, seu privilegiatas, diversis sub titulis, et coloribus consveverunt Jura possessionaria gubernare. Proinde hujusmodi defectum Juris sui per Donationem ipsam Principis student reformare, effectiveque instaurare.

§ 6. Dicitur autem Donatio ipsa nova pro eo, et in tantum, quod tunc, et de recenti facta sit per Principem bonorum sibi collatio: prout in nonnullis Privilegiis, et Literis Donationalibus Excellentissimorum Principum,

quondam Dominorum Ludovici et Sigismundi Imperatorum, ac Hungariae Regum, vidi, atque legi possessionarias collationes novae Donationis titulo factas nulla clausula apposita, nullaque mentione habita de hoc, quod progenitores impetratoris in Dominio bonorum, et Jurium possessionariorum hujusmodi nova Donatione collatorum aliquando perstitissent, vel impetrator ipse perstitisset, sed cum servitiorum duntaxat (prout in omni Donatione fieri consevit) declaratione editas, atque confectas. Quas quidem possessionarias collationes, sed et Literas super ea re emanatas, ex ratione praeallegata existimo, teneoque hoc Titulo novae Donationis factas, et editas fuisse: quod scilicet impetrator ipse Dominium bonorum impetratorum sive prius habuerit, sive non; tamen per Principem tunc de recenti, et non per prius fuit bonorum ipsorum facta sibi Donatio.

§ 7. Si enim prius quoque Donationem super eisdem Juribus, et bonis habuisset, tunc (ut praemisi) non nova Donatio impetrari, sed potius prior debuisset confirmari.

§ 8. Et ejuscemodi nova Donatio respectu jurisdictionis ipsius Sacrae Coronae, seu contra jurisdictionem Principis nostri, sive cum Jure Regio (ut praefertur) simul, sive simpliciter facta, semper valet, et semper est efficax. Nec poterit per alterum quempiam Jus tale possessionarium nomine Juris Regii, vel alio defectus seminis titulo de caetero impetrari.

§ 9. Princeps enim ipse, Donationi suae semel per se factae, vel per alium, de Jure nequit iterum refragari. Dummodo sit hoc verum; quod scilicet impetrator ipse, aut progenitores ejus in reali ac pacifico Dominio (hoc est, non absoluta potentia, vel non occupatione temeraria sibi usurpato) Juris ejusdem possessionarii fuere. Nam si alias fraudulenter, et inique bonorum impetratio praemisso titulo fieret; puta, dicendo quispiam villam, aut possessionem unam suam esse, et se in Dominio ejusdem jam dudum perstitisse, cum tamen possessio illa non sua, sed Regiae Majestatis ad aliquod castrorum suorum Regalium de Jure, et ab antiquo pertinens fuisset; tunc in tali, et aliis similibus casibus ipsa Donatio non valet: imo impetrator ille, tanquam falsarius, et mendax, propterea acriter est puniendus.

§ 10. Secus etiam est, si quispiam Potentum absoluta potentia, et occupatione temeraria villam unam pro se usurparet, et in ejus Dominio male sibi vendicato revolutionem unam annualem transigeret, seque postea in reali Dominio villae ipsius longo tempore perstitisse. Regiae Majestati diceret, et sic eam novae Donationis titulo pro se impetraret: nam hoc quoque modo ipsa Donatio, etiam cum Jure Regio facta, contra Jura illius, a quo villa ipsa fuit occupata, nil tenet, nulliusque censetur esse firmitatis; eo quod expositio pariter et impetratio sinistre facta fuisse comprobetur.

§ 11. Secundo vero nova Donatio potest attendi, et considerari respectu fratrum generationalium, ac foeminei sexus (ut praetactum est) hominum. Et hac consideratione praemissa, descriptio novae Donationis est intelligenda.

§ 12. Ad Declarandum igitur, quod Jura ejuscemodi possessionaria nova Donatione cum clausula praenotata: in quorum pacifico Dominio etc. impetrata, Jus foemineum non concernant; Literae ipsae novae Donationales, imo etiam divisionales inter fratres masculini sexus, ac expeditoriae super Quartalitiorum solutione confectae, insufficientes reputantur. Sed originales quoque Literae, quibus videlicet eadem Jura possessionaria aut prius acquisita, aut empta, vel aliter adepta fuerint, in Judicio producantur, necesse est.

§ 13. Quae si produci, et exhiberi non poterunt, quia non habentur (multorum enim Nobilium et possessionatorum hominum privilegia, ac literalia instrumenta aut disturbiorum temporibus per aemulos Regni direpta, aut pacato quoque tempore ignis saepe voragine conflagrata dignoscuntur) tunc in causam attracto juramentum, quinquagesimo se Nobilibus merae Nobilitatis titulo, et privilegio fungentibus, praestandum imponitur.

§ 14. Qui si jurare poterit, tunc a possessionaria datione absolvitur, et Jus Quartalitium duntaxat persolvere compellitur: Si Quietantia, seu recognitio super ea re non habeatur.

§ 38. Die Statution, Einführung in den Güterbesitz[1]).

Die Statution (igtatás) ist jener öffentliche und feierliche Act, mittels dessen der donatarius:

a) innerhalb des gesetzlich festgesetzten Termines —
b) an dem vorgeschriebnen Orte —
c) durch die hiezu berufnen Personen —
d) auf die vorgeschriebene Art und Weise in den Besitz des geschenkten Gutes eingeführt wird.

a) Der Termin. Hierüber enthält Trip. I. 32. init. die Bestimmung: „Et sciendum, quod omnes Donationes Regiae, sive per defectum seminis quorumcunque decedentium, sive per notam infidelitatis aliquorum prave agentium, sive nomine juris regii, mala fide jura regalia detinentium, sive novae donationis titulo bona sua justo jure possidentium emanatae et confectae, infra integram anni unius revolutionem a die Donationis computandam legitima statutione firmari stabilirique debeant[2]), sive fiat contradictio, sive non.

Nam aliter Donationis vigor seu virtus exspirabit et ipsa Donatio inefficax viribusque destituta manebit".

Eine Ausnahme in zwei Fällen:

1) wenn die Statution aus Furcht vor der Pest (ansteckenden Seuchen) oder dem Feinde nicht vollzogen werden kann, wo übrigens soweit möglich, in der Nähe oder nach Aufhören der Gefahr binnen Jahresfrist der Act der Einführung vollzogen werden sollte[3]) — (culpose Säumniß?)
2) wenn die Statution erst nach Eintritt einer gewissen Thatsache vorzunehmen ist, namentlich im Falle der donatio ex consensu regio cum futura conditione, wo zuerst der defectus seminis ab-

[1]) Ein ältestes Beispiel 1233 in *Fejér* III. 2. S. 365, dann Jahr 1247 *Fejér* IV. 1. S. 446 und 453 u. f. f. vergl. noch *Fejér* III. 2. S. 129—133 (Jahr 1228).

[2]) Hiemit zu vergleichen Trip. II. 11. 1. und II. 12. 2.

[3]) Nachzulesen A. C. IV. 10. 2. und 12. 1. u. a. O.

gewartet werden muß[1]), doch ist bei der Verleihung, welche Trip. I. 63. 5. annimmt (jus regium) die Statution vom Termine der Donation binnen Jahresfrist zu vollziehen und nach der Deficienz wegen eines bezüglichen consensus regius zu wiederholen.

b) Der Ort. Das Tripartitalgesetz I. 30. 3. (cf. I. 76. 3. und 4) sagt „in faciebus ipsorum jurium possessionariorum" und man versteht darunter überhaupt den Ort des Hauptgutes (principale membrum). Läßt sich die Statution hier nicht vornehmen, so kann man die Begünstigung von A. C. IV. 10. 2. in Anwendung bringen[2]).

c) Das Statutionspersonale. — Nehmlich:

1) Die Statutionscommissäre (pristaldi, homines regii[3]), etc., Gubernial- oder Tabulareanzlisten[4]).
2) Die Nachbarn und Markgenossen[5]), deren Namen in dem Statutionsberichte genau verzeichnet sein müssen[6]).

d) Art und Weise des Verfahrens. Mittels eines mandatum statutorium[7]) werden die Commissäre beauftragt und mittels eines convocatorium die Nachbarn und Markgenossen vorgeladen. Die erstern haben den letztren die „Donationalien" am bestimmten Orte öffentlich vorzulesen und zu erklären und binnen 15 Tagen einen etwaigen Widerspruch (contradictio, ellenmondás) entgegenzunehmen, über welchen Vorgang sie einen umständlichen Bericht zu erstatten haben, von

---

[1]) Nachzulesen Trip. I. 63. 4.

[2]) A. C. IV. 10. 2. (. . . . „a' hová pedig ugyan tellyességgel nem vólna bátorságos a' menetel, úgy-mint iktatás (Statution) és más olly' casusokban, mellyek ekképen véghez vitelhetnek; az Executurok a' falusi birákat hivassák-fel, a' dolognak mivóltához képest elegendö számuokon, és azok elött 's azok által procedáljanak az executióban").

[3]) Trip. II. 12. 2. und A. C. IV. 18. 1, womit zu vergleichen Trip. II. 19. 2. (kein wesentliches Erforderniß).

[4]) cf. Trip. II. 19. 4. und A. C. IV. 10. 1. ꝛc. — Die Strafe des Nichterscheinens 6 Mark (cf. Uladislaus D. I. 43. 7.). Fehler können verbessert werden cf. Trip. II. 12. 4. und 5, sowie A. C. IV. 1. 34.

[5]) Nachzulesen Mathias D. IV. art. 77. § init. („vicini et commetanei"). Ueber das uralte Erforderniß solch' öffentlicher Zeugenschaft und Theilnahme (Vorkaufsrecht ꝛc.) cf. *Fejér* IV. 2. 120. VI. 1. 72. VII. 2. 58. VII. 5. 317. III. 467. VIII. 6. 55. VIII. 7. 338. VI. 1. 280. 290. VII. 1. 235. u. a. O.

[6]) Nachzulesen l. c. § 1. u. a. O. Für das Nichterscheinen Strafe nach A. C. IV. 9. (die Strafe von 200 fl.).

[7]) Dessen zwei Arten? nachzulesen Trip. I. 33. init. („Cum nos attentis et consideratis"), sowie I. 34. 2, ferner jenes „dicitur nobis" und „ad terminum competentem" cf. Trip. I. 33. 1. (60 Tage) und I. 34. 1. (Beweiskraft).

welchem jeder Intreſſent (Donatar oder Contradictor) längſtens 60 Tage eine authentiſche Abſchrift erheben kann [1]).

Anmerkung. Ueber die ſogenannte vulnerata (sértett), purisata (tisztitott), ſowie pura statutio ſiehe mündlichen Vortrag mit Rückſicht auf A. C. IV. 13. 6. ꝛc. ꝛc.

Als Beiſpiel dienen folgende Stylmuſter [2]) einer Relatoria cum Inserto Mandato Statutorio: „Cum nos“ und einer Statutorii „dicitur nobis“ expositio in nachſtehender Weiſe:

I.

Illustrissime, ac Celsissime Princeps;
Domine Domine nobis Clementissime!

Fidelium, perpetuorumque servitiorum nostrorum in Gratiam Illustrissimae Celsitudinis vestrae humilimam, debitamque semper oblationem.

Vestra benigne nosse dignetur Illustrissima Celsitudo, nos litteras ejusdem Celsitudinis vestras Introductorias, pariter et Statutorias, pro parte, et in personis Generosorum Domini Stephani Kassai de Kolosvár senioris, Illustrissimae Celsitudinis Vestrae Consiliarii, ac per Regnum Transilvaniae Magistri Protonotarii, ac Dominae Annae Viczei consortis ejusdem confectas et emanatas, nobisque inter alios Celsitudinis vestrae humiles, fidelesque subditos, ac servitores nominanter in litteris iisdem conscriptis, praeceptorie sonantes, et directas, summo, quo decuit, honore, et obedientia, recipisse in haec verba:

Georgius Rákóczi, Dei Gratia Princeps Transylvaniae, Partium Regni Hungariae Dominus, et Siculorum Comes; — Fidelibus nostris Egregiis, et Nobilibus T. et T. Nobis Dilectis, salutem. et Gratiam nostram! — Cum Nos dignum, et honorificum habentes respectum praeclarae fidei, fidelitatis, multipliciumque obsequiorum, et laborum universorum Fidelis nostri Generosi Stephani Kassai Consiliarii nostri, ac per Regnum Transylvaniae Magistri Protonotarii, quae ipse huic Regno nostro Transylvaniae Principibusque ejus, Praedecessoribus nostris, et Nobis quoque, summo semper studio exhibuit, et impendit, ac in posterum quoque eadem omnia fidelitatis studia praestiturum confidimus; totales, et integras Portiones Possessionarias, in Possessionibus T. T. et T. existentes habitas, in quarum quieto, et pacifico dominio, a tempore adeptionis perstitisse, ac etiam nunc persistere, litteris solummodo, et litteralibus instrumentis superinde necessariis destitutus esse perhibetur. — Totum item, et omne Jus nostrum Regium, si quod in praescriptis portionibus Possessionariis etiam aliter qualitercunque existeret, et haberetur, aut eaedem, et idem, nostram ex quibuscunque causis, modis, et rationibus concernerent collationem, simul cum cunctis suis utilitatibus, et pertinentiis quibuslibet — terris scilicet arabilibus, cultis, et incultis, agris, pratis, pascuis, campis, faenetis, sylvis, nemoribus, montibus, vallibus, vineis, vinearumque promontoriis, aquis, fluviis, piscinis, piscaturis, aquarumque

[1]) Nachzuleſen A. C. IV. 3. 1. u. a. m.

[2]) Siehe auch: 1460 Relatoriae Statutionales Petri de Ruffomonte in Peterfalva et Repafalva tituto pignoris Nr. 210 im ſächſ. Nationalarchiv. (Aehnlich 1499 Statutionales in Possessionibus Bunn et Hethur (Marienburg) pro Saxonibus VII. sedium et civitate Segesvariense facta Nr. 638.

decursibus, molendinis, eorundemque locis, generaliter vero quarumlibet utilitatum, ac pertinentiarum suarum integritatibus, quovis nominis vocabulo vocitatis, ad easdem, et idem de jure, et ab antiquo spectantibus, et pertinere debentibus, sub suis veris metis, et antiquis limitibus, rebus tamen, sicut praefertur, stantibus, et se habentibus, memorato Stephano Kassai, ac per eum praefatae Dominae Annae Viczei consorti, haeredibusque, et posteritatibus, ejusdem Stephani Kassai, ex praefata Domina Anna Viczei procreatis, primum quidem masculini sexus, illis vero deficientibus, vel forte non existentibus, etiam foeminei sexus universis, novae nostrae Donationis titulo clementer dederimus, donaverimus, et contulerimus, — jure perpetuo, et irrevocabili, salvo tamen jure alieno; — velimusque eundem Stephanum Kassai, ac per eum praetactam Dominam Annam Viczei consortem, haeredesque, et posteritates ejusdem Stephani Kassai ex praefata Domina Anna Viczei primum quidem masculini, illis vero deficientibus, vel forte non existentibus etiam foeminei sexus universos, in dominium earundem portionum possessionariarum, et Juris Regii, in eisdem qualitercunque habiti per vos legitime introduci facere, jure admittente. Proinde vobis harum serie committimus, et mandamus firmiter, quatenus acceptis praesentibus, statim simul, vel duo vestrum, sub oneribus alias in talibus observari solitis, ad facies praedictarum Portionum possessionariarum, in possessionibus T. T. praedeclaratis existentium habitarum, vicinis, et commetaneis earundem universis inibi legitime convocatis et praesentibus introducatis praefatum Stephanum Kassai, ac per eum dictam Dominam Annam Viczei consortem, in dominium earundem portionum possessionariarum, et Juris Regii in eisdem qualitercunque habiti, statuatisque easdem, et idem eidem Stephano Kassai, ac per eum dictae Dominae Annae Viczei consorti, haeredibusque, et posteritatibus ejusdem Stephani Kassai, ex praenotata Domina Anna Viczei procreatis, primum quidem masculini, illis vero deficientibus, vel forte non existentibus etiam foeminei sexus, universis, simul cum praerecensitis, cunctis utilitatibus, et pertinentiis quibuslibet, — terris scilicet arabilibus, cultis, et incultis, agris, pratis, pascuis, campis, foenetis, silvis, nemoribus, montibus, vallibus etc. generaliter vero quarumlibet utilitatum, et pertinentiarum suarum integritatibus quovis nominis vocabulo vocitatis, ad easdem, et idem de jure, et ab antiquo spectantibus, et pertinere debentibus sub suis veris metis, et antiquis limitibus existentibus, jure ipsis ex praemissa Donatione incumbente, perpetuo possidenda, si non fuerit contradictum. — Contradictores vero, siqui fuerint, evocetis ibidem, contra praenominatum Stephanum Kassai, ac per eum praenotatam Dominam Annam Viczei consortem, ad decimum quintum diem a die hujusmodi contradictionis ipsorum ex hinc fiendae computandum, in Curiam nostram, nostram scilicet in praesentiam, rationem contradictionis ipsorum reddituros efficacem. — Et post haec vos seriem hujusmodi Introductionis, et Statutionis vestrae, simul cum Contradictorum, et Evocatorum, siqui fuerint, vicinorumque, et commetaneorum, qui praemissae Statutioni interfuerint, nominibus, et cognominibus, terminoque assignatis, uti per vos fuerit expedita, Nobis suo modo, terminum ad praedictum, fide vestra mediante referre, vel rescribere modis omnibus debeatis, ac teneamini, secus etc. Praesentibus etc. Datum in Civitate nostra Alba Julia, die sexta Mensis Maji, Anno Domini Millesimo Sexcentesimo Trigesimo Septimo. Et subscriptum erat Lecta m. p. Quibus receptis, nos mandatis Illustrissimae Celsitudinis Vestrae, in omnibus, uti tenemur, obedire, et satisfacere volentes, in hoc Anno Domini etc. die vero secunda mensis Julii proxime praeteriti, ad facies dictarum possessio-

num Mikes, et Indaly, omnino in Comitatu T. existentium, consequenter Portionum possessionariarum in eisdem habitarum, vicinis, et commetaneis earundem universis, puta: Nobilibus T. T. T. T. residentibus etc.

Die vero quarta mensis Julii, ad facies praedictae possessionis Kötelend, in Comitatu Colosiensi existentis, consequenterque portionis possessionariae ibidem habitae, vicinis, et commetaneis ejusdem universis puta: Generoso T. T. T. residentibus. etc. Die autem quinta mensis Julii ad facies praefatae Possessionis Borsa in Comitatu Dobocensi existentis, consequenter portionis possessionariae ibidem habitae, vicinis, et commetaneis ejusdem quoque universis, puta: Egr. T. T. et Providis T. T. etc. nominibus, et in personis tam suis, quam etiam Dominorum Dominarumque suarum Terrestrium legitime convocatis, et praesentibus accedendo, introduxisse annotatum Dominum Stephanum Kassai, ac per eundem Dominam Annam Viczei, in dominium praefatarum totalium, et integrarum portionum possessionariarum Mikes, et Indaly in Thordensi, Kötelend in Colosensi, et Borsa in Dobocensi Comitatibus existentium habitarum, et Juris Regii in iisdem qualitercunque habiti, — statuisseque easdem, et idem eidem Domino Stephano Kassai, ac per eum Dominae Annae Viczei consorti, haeredibusque, et posteritatibus ejusdem Domini Stephani Kassai, ex praenotata Domina Anna Viczei consorte procreatis, primum quidem masculini, illis vero deficientibus, vel forte non existentibus, etiom foeminei sexus universis, simul cum cunctis earum portionum possessionariarum utilitatibus, et pertinentiis quibuslibet, ad easdem, et idem de jure, et ab antiquo spectantibus, et pertinere debentibus, sub suis veris metis, et antiquis limitibus, jure ipsis ex praemissa nova Donatione Celsitudinis Vestrae incumbente, perpetuo possidenda, Tribus continuis diebus, prout moris est, et consvetudinis receptae, in faciebus earundem portionum possessionariarum, moram fecisse, nemine illis tribus diebus, sed nec postea subsecutis, quindecim diebus contradictore coram nobis comparente. — Unde nos seriem hujusmodi Introductionis, et Statutionis nostrae, prout per nos exstitit peracta, simul cum vicinorum, et commetaneorum, qui praemissae introductioni, et statutioni nostrae interfuerunt, nominibus, et cognominibus, ad terminum praedictum, fide nostra mediante eidem Celsitudini Vestrae rescripsisse, prout rescripsimus per praesentes. Datum in Civitate Kolosvár, die vigesima prima mensis Julii, die utpote decima sexta introductionis, et statutionis nostrae praemissae, Anno millesimo sexcentesimo trigesimo septimo.

II.

Dicitur Nobis in persona Egreg. T. quomodo ipse in dominium totalis, et integrae Domus, seu Curiae nobilitaris in possessione T. in vicinitatibus domorum providi T. ab una, parte vero ab altera nobilis T. in Comitatu T. existente habitae, quae alias nobilis quondam T. de T. praefuisset: sed per mortem, et defectum seminis ejusdem ad nos, consequenterque collationem nostram devoluta esse perhibetur, et redacta — simul cum toto, et omni jure regio in eadem qualitercunque habito, ac pariter cum cunctis suis utilitatibus, et pertinentiis quibuslibet ad eandem domum seu curiam nobilitarem de jure, et ab antiquo spectantibus, et pertinere debentibus, ipsum Exponentem, ipsiusque Haeredes, et Posteritates utriusque sexus universos ex Donatione, et Collatione nostra, modo, et ordine, in aliis litteris nostris Donationalibus superinde confectis, clarius denotato, facta jure perpetuo concernentis, per vos legitime introduci facere vellet — jure admittente — Proinde vobis harum etc. (Siehe Stylmuſter im III. Bande „Proceßrecht").

§ 39. Die aus der königlichen Schenkung hervorgehenden Besitz- und Adelsrechte.

Es ist in dem ungarischen Rechtsleben eine — aus dem nächstliegenden Bedürfnisse erklärliche — Erscheinung, daß gerade nur jene (socialen) „Besitzrechte" eine besondre (legislative) Ausbildung — (in einer mehr nur prohibitiv-negativen Rechtsgestaltung) — erhalten haben, welche aus der königlichen Schenkung und sofort der Familienerbschaft hervorgegangen sind.

Es schien dem Feudalstaate nichts daran gelegen zu sein, wie einerseits das ursprüngliche Institut der Stammes- und Geschlechts-Ländereien — (terrae descensuales? eroberter Niederlassungsboden, das social-marcale Eigenthum), — andrerseits das erworbne Vermögen (das Verdienst persönlicher Arbeit) auf einer legalen Rechtsbasis zu erhalten wäre; und so ist es gekommen, daß erstres eigentlich nur in dem Familieninstitute der Aviticität und in dem allgemeinen Vorkaufs- und Einlösungsrechte — (namentlich gegenüber von Fremden) — Bestand und Schutz erhielt; — letztres dagegen blos in der factischen Uebung unbeschränkt-dinglicher Herrschaft eine solche gewohnheitsrechtliche Anerkennung genoß, daß jede Art Beeinträchtigung — (also namentlich auch jeder Antheilsanspruch Andrer) — schon nach dem Volksbewußtsein als unstatthaft und daher ungesetzlich angesehn wurde.

In jeder Art „Besitz" hatte man Gebrauchsrechte (Fruchtnießung[1]) und das Befugniß die Sachen als eigne zu vertheidigen[2]); — verschieden waren die Verfügungsrechte — (insbesondre nach dem Vorhandensein successionsberechtigter Anwärter) — und ebenso die Mittel zur Wiedererlangung verloren gegangner Besitzrechte (Vindication), indem diese durch die Institute des „Processes" und der „Verjährung" in nicht gleicher Weise berührt wurden.

Das ganze Bestreben der Legislation richtete sich darauf die Beschränkung oder Erweitrung der „Verfügungsrechte" zu bestimmen und mit Rücksicht feudaler und social-aviticaler Eigenthumsantheile abzugrenzen[3]).

Hiebei war es eine natürliche Folge, daß das gesammte in den „Gesetzen" geregelte Obligationenwesen (unter beiderlei Gesichtspunkten zusammengefaßt) dasjenige Rechtsgebiet bildete, unter welchem man eben

[1]) So auch als Pfandnehmer (Trip. I. 81.); daher auch Mädchen, Frauen, Wittwen in ähnlichen Fällen. — (Siehe folgende Abtheilungen).

[2]) Trip. I. 68, sowie Tabular-Instruction § 89, ferner Trip. I. 76. 5. und 6, sowie I. 87. 3. ꝛc.

[3]) Begreiflicher Weise war ursprünglich das sociale, später das monarchisch-feudale und endlich das aristocratisch-aviticale Element als rechtsgestaltendes vorherrschend.

jene „Verfügungsrechte“ (Kauf-, Pfand- und Erbverträge) begriff — und so haben auch Wir erst in der nächstfolgenden Abtheilung von dieſen aus der k. Schenkung hervorgehenden Beſitzrechten zu ſprechen.

Jedoch muß hier ſchon vorausgeſchickt werden, daß die nächſten Wirkungen der königlichen Schenkung als folgende angeſehn wurden:

1) Erhebung in den perſönlichen und vererblichen Adelsſtand[1]), wenn zugleich die „Statution“[2]) vollzogen oder wenigſtens verſucht worden war; mit dieſem Adelsſtande zugleich Erlangung: einerſeits genoſſenſchaftlicher Theilnahme an den ſtändiſchen Mittelgewalten, andererſeits ſolcher Vorrechte der dieſerart erworbnen Liegenſchaften, daß dieſelben — als adlige[3]) — mit dem Grund und Boden auch an deren ſpätre bürgerliche Beſitzer übertragen werden konnten. (nemesitő erő nach Trip. I. 4. u. a. O.).

2) Unwiderruflichkeit der aus der königl. Schenkung hervorgegangnen Rechte[4]) — außer inſoweit bezüglich des Beſitzes beſtimmter Liegenſchaften rechtsgültige Gegenanſprüche erhoben werden — (alſo insbeſondre im Publicationsproceße bei widerſprochner Deficienz ꝛc. ꝛc.) — oder inſoweit der Fürſt überhaupt ertheilte Privilegien widerrufen darf[5]) — worüber der competente Gerichtshof zu entſcheiden hat. — (örökös — visszahivtatlan nach Trip. I. 37. 9. Comp. Const. IV. 12. 1. und Trip. II. 12. § 11.).

Hiemit war für das reinprivatrechtliche Verhältniß des Donatars verbunden:

3) Das (perennale) Recht eines erſten Erwerbers[6]), alſo eine Dispoſitionsbefugniß, welche ſich namentlich in teſtamentariſchen Verfügungen[7]) (Succeſſionsbeſtimmungen) zu äußern pflegte, ſo zwar, daß während der ganzen Lebensdauer und Treue[8]) der in der Schenkungsurkunde mitberufnen Donatare (Anwärter) jedes Recht der Oberlehnshoheit (des Fiscus) ſchläft und nur Avitealanſprüche — (ſofern ſie nehmlich durch ein eingetretnes Erbrecht entſtanden ſein ſollten[9]) — ihre Rechtswirkſamkeit

---

[1]) cf. Trip. I 4. (der Titel iſt nachzuleſen).

[2]) cf. Trip. I. 32. 1. und II. 12. 2. — (Rechtsgeſchichtliche Erörterungen auf Grund von A. C. III. 7. 2. und 31. 2, ſowie 26:1791).

[3]) z. B. Exemtion von Staatslaſten, alſo Steuerfreiheit ꝛc. ꝛc.

[4]) cf. Trip. I. 37. 9, ſowie C. C. IV. 12. 1.

[5]) cf. Trip. II. 12. 11.

[6]) cf. Trip. I. 13. 2.

[7]) cf. Trip. I. 5. und 57.

[8]) Trip. I. 13. 5. u. a. O.

[9]) cf. Trip. I. tit. 59. u. a. O.

äußern; dagegen grade dann das feudale Recht auflebt und sich als Fiscalanspruch geltend macht, wenn das Band der Aviticität bei einer bestimmten Familie aus Mangel von „Theilungsverwandten“ in Auflösung geräth, oder wenn überhaupt keine aus der Verleihung selbst berechtigte Nachfolger vorhanden sind[1]).

§ 40. Zusatz. Besondre Arten königlicher Schenkung.

Das in dem ungarischen Lehnssystem begründete Oberhoheitsrecht königlicher Schenkungen wurde in der siebenbürgischen Fürstenperiode im fiscalischen Staatsintresse so beschränkt, daß die dem Lande selbst als Eigenthum[2]) zugesprochnen reinen Fiscalitäten gar kein Gegenstand einer perennalen Verleihung und damit verbundnen Adelsertheilung sein konnten.

Es durften also hieran blos zeitweilige Inscriptionen (beirások, a' zálog czim alatti adományzások) (gewöhnlich Verpfändungen oder Donationen der Einkünfte) stattfinden und nur in dem Falle ständischer Einwilligung sind durch Landtagsbeschluß auch wirkliche Schenkungen[3]) vorgenommen worden.

Im Einzelnen ergaben sich bis 1847/48 im Unterthanwesen als:

I. Verpflichtungen der Grundherren gegen ihre Colonen.

1. Ist der Grundherr verpflichtet seinen Unterthanen einen Wohnplatz und nach der Verschiedenheit der Eintheilung des Hatterts Aecker und Wiesen anzuweisen. Das Maaß ist zwar nicht festgesetzt, jedoch sagt das Gesetz A. C. II. 10. 1.: „a' dézma adó szegény község- is a' határoknak' mivóltokhoz képest szántó földek nélkül ne hagyatassék“.

2. Muß der Grundherr nach Art. 30:1791 seinen Unterthanen das Recht der Weide und der Holzung gestatten, so wie diese umgekehrt sich nach der Waldordnung halten müssen.

3. Die Eichelmastung in den herrschaftlichen Wäldern hat der Grundherr an die Unterthanen für einen geringern Betrag, als an Fremde zu überlassen; in den Gemeindewaldungen (silvae communes) dagegen steht die Eichelmastung denselben ohne Taxe frei.

4. Ist der Grundherr schuldig seinen Unterthanen in seinen Gewässern die Tränke zu gestatten, mit Ausnahme des Fischerei- und Mühlenbaurechtes, welche nach dem Inhalte der Schenkungsurkunde zu den herrschaftlichen Gerechtsamen gehören.

---

[1]) cf. Trip. I. 65. und hier betreffenden Orts (Heimfall der Deficienz).

[2]) Siehe A. C. II. 8. 1—2 etc.

Daß auch früher bloße Gebrauchsrechte (die Einkünfte) verliehen oder nur Verpfändungen (z. B. königlicher Schlösser ꝛc. ꝛc.) gemacht werden konnten, ist selbstverständlich und bedarf keiner besondern Erörterung.

[3]) cf. A. C. I. 10. (Die Schenkung für das reformirte Collegium zu Nagy-Enyed); ferner C. C. IV. 12. und 8:1744, sowie 1:1751 u. a. m.

5. Der Weinschank gehört vom Michaelstage bis zu den Weihnachten blos den Unterthanen, so daß der Grundherr während dieser Zeit davon ausgeschlossen ist, außer dem Falle, daß er ein Einkehrwirthshaus hielte.

6. Der Unterthan hat nach D. Trip. III. 30. ein Recht auf die Superaedificate (merces laboris), daher der Grundherr diesem die Gründe nur gegen Vergütung der etwaigen Meliorationen wegnehmen kann.

7. Ist der Grundherr schuldig, wenn seine Unterthanen seine Früchte außer ihren Diensten dreschen, ihnen gemäß dem Gesetze A. C. II. 10. 3. die Arbeit zu vergüten.

8. Der Grundherr kann das Handelsrecht für seine unterthänigen Ortschaften nicht in Pacht geben; ausgenommen sind jedoch hievon das Schank-, Jagd-, Mühl-, Fischerei- und Fleischausschrottungs-Recht.

9. Der Grundherr ist nach D. Trip. III. 31. verpflichtet, seinen Unterthanen in seinen Rechtssachen zu vertreten. (Siehe hier Seite 22).

10. Dem Grundherrn ist es nach A. C. III. 2. 11. nicht erlaubt, seinen Unterthanen in der Ausübung vertragsmäßig erworbener Rechte zu hindern.

II. Von den Frohndiensten der Unterthanen.

Diese bestehen in folgenden Leistungen:

1. Jene Unterthanen, welche innere Gründe und die dazu gehörigen äußern Gründe, sowie eine genügende Anzahl Ochsen (Zugvieh) haben, müssen wöchentlich 2 Tage mit der Hand und mit dem Viehe arbeiten; diejenigen Unterthanen aber, welche blos innere, oder bloß äußere Gründe besitzen, müssen wöchentlich einen Tag mit der Hand arbeiten. Besteht aber zwischen dem Grundherrn und seinen Unterthanen ein Vertrag, welcher ein geringeres Maaß von Leistung feststellt, so gilt der Vertrag. (Regulativpunkte von 1769, erster Abschnitt, P. 1).

2. Das im vorigen Punkte bestimmte Maaß von Leistungen gilt jedoch nur für den Fall, wenn die Unterthanen blos eine halbe Tagereise von dem Orte, an welchem sie die Dienste thun sollen, wohnen (Reg.-P. von 1769, 10. Absch. 2. P.).

3. Die Unterthanen, welche von dem Orte, der durch selbe zu leistenden Dienste einen oder zwei Tage weit wohnen, können zwei Wochen hindurch ununterbrochen zur Dienstleistung gezwungen, länger aber nicht verhalten werden, damit selbe eben so viele Zeit für ihre eigene Oeconomie verwenden können. Die Zeit, welche sie für die Reise zubringen, muß in ihre Dienste eingerechnet werden. Die entfernter wohnenden Unterthanen erhalten, wenn sie länger als 4 Tage ihrem Grundherrn ununterbrochen arbeiten, Brod, ihr Vieh im Sommer einen Weideplatz, im Winter einen Stall (l. c. P. 3).

4. Die Unterthanen müssen ihre Dienste entweder selbst, oder durch arbeitsfähige Stellvertreter von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang versehen, jedoch ist dem nicht am Orte der Arbeit Wohnenden auch die nöthige Zeit zum Hinkommen und Rückkehr eingeräumt. (l. c. P. 4).

5. Können sich der Grundherr und die Unterthanen über die Zeit, welche für die Hin- und Rückkehr gerechnet werden soll, nicht vereinigen, so hat das betreffende Amt die Sache zu entscheiden. (l. c. P. 5).

6. Auch jene Zeit, welche der Unterthan entweder in einzelnen Stunden, halben oder ganzen Tag im Dienste seines Herrn zubringt, ist demselben anzurechnen. (l. c. P. 6).

7. Alle, welche Namen immer habenden Dienste, als: Fuhr, Brieftragen, Jagd, Fischen, Dreschen u. s. w. werden dem Unterthanen, er mag diese selbst verrichten, oder durch seine Frau und Kinder verrichten lassen, in das Maß seiner Robott (Frohndienst) eingerechnet, mit Ausnahme der Raubthierjagd. An jenen

Orten, wo dieſes auch bisher üblich war, ſoll jede Frau eines Unterthanen vier Pfund Hanf, Flachs oder Wolle ſpinnen; eben ſo ſollen die Unterthanen den Zehent von dem Territorium ihres Wohnortes einführen, während die Einführung des außerhalb des Wohnortes erhobenen Zehents ihrer Robott einzurechnen iſt (l. c. 7).

8. Zu Fuhren ſollen die Unterthanen im guten Wetter verwendet werden, und die Tage, welche das wöchentliche Maß der Frohndienſte überſchreitet, ſollen an dem Dienſte der nächſtfolgenden Woche abgezogen werden. (l. c. P. 8).

9. An Sonn- und Feiertagen ſollen die Unterthanen keine Dienſte leiſten. Sollte jedoch wegen einer unaufſchiebbaren Veranlaſſung eine Reiſe nothwendig ſein, ſo wird dieſer Tag von den gewöhnlichen Robotttagen abgezogen (l. c. P. 9).

10. Wo das Maß der Leiſtung der Unterthanen nach der alten Gewohnheit und den Urbarien ein leichtes und geringes iſt, da iſt dieſer alte Gebrauch beizubehalten. (l. c. P. 10).

11. Die Unterthanen können nicht gezwungen werden, ihre Dienſte mit Geld abzulöſen. Wollen jedoch der Grundherr und ſeine Unterthanen eine ſolche Ablöſung für immer, oder einſtweilig feſtſetzen, ſo muß der Vertrag vor 2 Beamten geſchloſſen werden, ſo wie auch, wenn irgend ein Theil das Zurücktreten will, die Kündigung ein volles Jahr früher mit Wiſſen des Officiolats zu geſchehen hat. (Regulativpunkte von 1769 P. 11).

12. Alle Verträge, welche zwiſchen Grundherren und ihren Unterthanen über ihr gegenſeitiges Verhältniß geſchloſſen werden, müſſen vor 2 Beamten des Bezirkes, in welchem die Unterthanen wohnen, oder 2 Aſſeſſoren eingegangen werden; auch können die Unterthanen durch ihren Grundherrn zu keinerlei Verträgen gezwungen werden. (l. c. P. 12).

13. Derjenige Unterthan, welcher für Rechnung und im Auftrage ſeines Grundherrn die Schankgerechtigkeit ausübt, iſt von den wöchentlichen Dienſten entweder freigehalten, oder bekommt eine beſtimmte Entſchädigung; zur Uebernahme des Schanks kann der Grundherr Niemanden zwingen (l. c. P. 13).

14. Die Frohndienſte, welche anſtatt der Intereſſenzahlung für geliehene Capitalien geleiſtet werden, müſſen von der gewöhnlichen Robott getrennt verrechnet werden (l. c. P. 14).

III. Von den Abgaben der Unterthanen.

Außer den wöchentlichen wiederkehrenden Dienſten, welche die Unterthanen an ihre Grundherren leiſten, gibt es noch folgende Abgaben (Praestationes):

1. Nach A. C. II. 1 und 2, dann nach A. C. II. 4. 1. und A. 2. iſt der Unterthan verpflichtet den Zehent an ſeinen Grundherrn zu entrichten (ſiehe Landtagsart. 27:1791 und Regulativpunkte von 1769, 2. Abſch. P. 1).

2. Müſſen die Unterthanen alle Geld- und Naturalabgaben, welche ſich auf Geſetze, Urbarien, oder auf ununterbrochnen Gebrauch und Verträge gründen, an ihre Grundherren entrichten, jedoch werden die Verträge nur in ſo weit betrachtet, in wie weit ſelbe das geſetzliche Maß nicht überſchreiten (R.-P. 2. Abſch. 2).

3. Alle Abgaben, Erpreſſungen und Forderungen, welche nicht in dem Geſetz mitbegriffen, oder in den Urbarien gefunden werden, ſind abgeſchafft. Namentlich werden die in A. C. V. 11.[1]) bezeichneten Erpreſſungen aufgehoben,

[1]) A. C. V. ed. 11. von 1589: A Dézmások per abusum magoktól, talált szegénység terhére a Fiscusnak-is semmi hasznára való egyéb abususokat letégyenek, nevezet szerént, a mellyet ök szoktak hini, keresztyén pénznek, ászok pénznek, penna kévének, penna bornak, nékiek való gazdálkodáson kivül, tyúk, kenyér, füszerszám, avagy azok helyén pénzt szedni.

eben so werden verboten, die Gänse der Bauern für ihre Grundherren zu rupfen, das Vieh des Grundherrn auf Kosten der Unterthanen zu füttern. (Regulativ-Punkte 1769, 2. Absch. P. 3 und 4).

4. Von den Effecten, welche der Bauer vertauscht, oder verkauft, oder testamentarisch an einen Andern überträgt, gebührt den Grundherrn kein Zehent, es sei denn der Bauer verkaufte eben vor der Verzehntung die derselben unterliegenden Gegenstände (Regulativpunkte 1769, 2. Absch. P. 5).

5. Wenn der Bauer im Dienste seines Grundherrn, oder in seiner Feldarbeit, oder wenn er Frucht zur Mühle fuhrt, die Zollschranken seines Grundherrn betritt, ist er mauth- und zollfrei. Auch kann ihn der Grundherr nicht zwingen in seiner Mühle zu mahlen (Reg.-P. 1769, 2. Absch. 6—7).

6. Bei der Bestimmung des Maßes und Gewichtes der Leistung der Bauern an ihre Grundherren, soll zwar das Wiener Maaß und Gewicht in Anwendung gebracht werden, jedoch so, daß die Unterthanen hiedurch nicht verkürzt werden (l. c. P. 8).

IV. Von der Bürgschaft für die Aufrechthaltung der gegenseitigen Pflicht zwischen dem Grundherrn und dem Unterthan.

Sowohl der Grundherr kann zur Erfüllung seiner Verpflichtung gegen seine Unterthanen, als auch der Unterthan zur Leistung aller seiner Abgaben und Obliegenheiten gezwungen werden.

Solche Zwangsmittel oder Bürgschaft zur Aufrechthaltung des gegenseitigen Verhältnisses haben:

1. Der Grundherr. Dieser kann seinen Colonen, welcher die Leistungen der schuldigen Frohndienste verweigert, nach Maßgabe des Vergehens mit einer körperlichen Strafe nach 28 : 1791 belegen, jedoch muß derselbe nach 27 : 1791 („colono prius semper audito") früher gehöret werden.

Das Maximum der Strafe sind für Mannspersonen 24 Stockstreiche, für Weibspersonen 24 Peitschenhiebe, wenn dieselben nicht kranke oder altersschwache Personen sind, in welchem Falle sie mit einer Gefängnißstrafe von einigen Tagen zu belegen sind (Regulativpunkte von 1769, 4. Absch. P. 1).

Außerdem kann der Grundherr seinen Colonen von seinem Grunde auch entfernen, und zwar am St. Georgentag, wenn er diesen am St. Michaelstag von der ihm bevorstehenden Beseitigung in Kenntniß gesetzt hat. Sollte jedoch der Grundherr seinen Colonen „sine justa et sufficienti causa" wegweisen wollen, so verordnet der 26 : 1791 im 11. P.: „in casibus hujusmodi delata ad Officiales Comitatuum, sedium, districtuum querela, hi de causis et motivis amotionis cognoscant, et si injustam esse amotionis causam cognoverint, ejusmodi Colono assistentiam praebere ex officio obstricte sint".

2. Der Unterhan. Diesem stehen folgende Mittel zu Gebot:

a) Wenn derselbe von den herrschaftlichen Beamten irgend eine Unbill oder Mißhandlung erfähret, so kann er sich an seinen Grundherrn um Genugthuung und im Nichterhaltungsfalle an das Officiolat wenden (Reg.-P. 1769, 4. Absch. 3).

b) Wenn der Grundherr seinen Urbarialverpflichtungen gegen seine Unterthanen nicht nachkömmt, und ihn überhaupt gegen das Gesetz willkürlich behandelt, so kann dieser sich an die sedria filialis (welche nach Prov. Act. 96 : 1791 die Stelle der in der Regulation von 1769 erwähnten tabula continua vertritt) wenden, welche von Amtswegen verpflichtet ist, die Beschwerde zu untersuchen, durch die Vicegespäne und Armen-Advocaten den Unterthanen Assistenz zu leisten und Recht angedeihen zu lassen, und am Schluße jeden Vierteljahres dem königl.

lichen Gubernium Ausweis über dieſe Proceße zu unterlegen (Reg. P. von 1769, 4. Abſch. P. 4).

c) Der Unterthan kann nach Art. 26 : 1791 P. 11. auch am St. Georgstage abziehen (migrare), jedoch iſt er verpflichtet am St. Michaelstage dem Grundherrn dieſe Abſicht bekannt zu geben.

d) Sowohl der Unterthan, als der Grundherr können, wenn ſie mit der Entſcheidung des Officiolats, oder der sedria filialis unzufrieden ſind, an das k. Gubernium recurriren nach Art. 27: 1791 „salvo ad regium Gubernium partium recursu".

V. Das Freizügigkeitsrecht des Unterthanen.

Durch Uladislaus' II. Decr. VII. art. 25 von 1514 wurde das Recht der Freizügigkeit (jus liberae migrationis) aufgehoben und die Schollenpflichtigkeit (glebae adscriptio) des Unterthanen eingeführt, vermöge welcher die Frohnbauern an den adeligen Grund und Boden, für welchen ſie geboren werden, gleichſam als angewachſen betrachtet wurden, und denſelben nie mehr verlaſſen durften. Dieſe Einrichtung wurde durch die ſpätern Geſetze nicht nur beſtättigt, ſondern den Grundherrn vielmehr durch A. C. IV. 6., III. 31. und C. C. IV. 1. das Recht eingeräumt, ſeinen flüchtigen Frohnbauern (A. C. IV. 1. 11.) von wo immer zurückzufordern.

Dieſe Einrichtung dauerte beinahe drei volle Jahrhunderte bis der 26. Art. 1791 derſelben ein Ende machte und denſelben ohne Unterſchied mit alleiniger Ausnahme der nicht angeſchloſſenen und keinen Ackerbau treibenden Zigeunern (Art. 26: 1791 P. 9.) das Recht der Freizügigkeit einräumte. Die Ausübung desſelben regelt der angeführte Artikel folgendermaßen:

1. Der Unterthan kann nur am St. Georgstage wegziehen, muß aber ſeinen dießfallſigen Entſchluß am St. Michaelstage des vorhergehenden Jahres ſeinem Grundherrn eröffnen, gegen Rückerſtattung des Saamens und Vergütung der Arbeit, wenn die Winterſaat beſtellt, widrigen Falls er für allen Schaden des Steuerfondes und des Grundherrn zu haften hat, nach Art. 26: 1791 P. 1.

2. Ehe der Unterthan wegzieht, iſt derſelbe verpflichtet, anſtatt ſeiner einen andern u. z. einen ſolchen Bauern zu ſtellen, welcher ſowohl dem Grundherrn, als auch dem Publikum dieſelben Dienſte leiſtet; außerdem hat er ſich von ſeinem Grundherrn einen Entlaßungsſchein, welchen dieſer ohne gerechten Grund nicht verweigern kann, ausſtellen zu laſſen und zugleich zur Sicherheit des Steuerfondes ſeinen neuen Wohnort anzugeben nach Art. 26: 1791 P. 2.

3. Der Unterthan kann nicht eher abziehen, bis er nicht die bei ſeinem Grundherrn gemachten Schulden, welche das Officiolat zu liquidiren hat, bezahlt, überhaupt ſein rückſtändiges Geld und Naturalpräſtationen an ſeinen Grundherrn nicht alle entrichtet, die ihm auferlegte Steuer und die damit in Verbindung ſtehenden Laſten nicht alle abgeführt und abgetragen hat nach Art. 26: 1791 P. 3.

4. Wenn in einer Bauernſeſſion die Familie ſich ſo ſtark vermehrt, daß weder das Wohnhaus zu ihrer Aufnahme, noch die Seſſion zu ihrer Ernährung hinreicht, ſo kann der Familienvater nach Erfüllung der obigen Bedingungen abziehen, wenn hiedurch die Anzahl der Ruckbleibenden und ihre Leiſtungen nicht ſo ſehr geſchwächt werden, daß ſelbe weder ihre Ruſticalpräſtation leiſten noch die Steuer und die öffentlichen Laſten tragen können, nach Art. 26: 1791 P. 4.

5. Entſtehen zwiſchen dem Grundherrn und ſeinem wegziehenwollenden Colonen Streitigkeiten über die Nichterfüllung der durch den 26. Art. 1797 feſtgeſetzten Freizügigkeitsbedingungen, ſo ſoll das betreffende Officiolat ohne Verzug darüber entſcheiden, und im Falle ſich der Unterthan im Unrecht befände, dieſen

verhalten, seinen Grundherrn zufrieden zu stellen und ruhig zu bleiben, im entgegengesetzten Falle aber nur unter ämtlicher Autorität dem Colonen den zum Abziehen nöthigen Entlaßungsschein ausstellen nach Art. 26:1791 P 5.

6. Ohne Entlaßungsschein darf weder in dem Comitat, noch in den Sekerstühlen Jemand einen Colonen aufnehmen bei einer Strafe von 200 ung. fl. welche mittelst Articularproceßes „praecissa intra dominium appellatione" zu erheben ist, nach Art. 26:1791 P. 6.

Wird ein Colon ohne Entlaßungsschein von oder in einer sächsischen Commune aufgenommen, so hat der Grundherr auf dem Wege seines Officiolats zuerst bei dem betreffenden Magistrat oder Officiolat seinen Bauern zu reclamiren, im Falle nicht erhaltener Genugthuung jedoch an das k. Gubernium zu recurriren, welches comperta rei veritate restitutionem colonorum et desumtionem etiam poenae articularis via politica ordinandas habebit nach A. 26:1791 P. 6.

Die Beobachtung dieses Gesetzes ist auch durch eine hohe Gubernialverordnung vom 22. November 1821 Gubl. Z. 361:1820 den sächsischen Kreisbehörden zur Pflicht gemacht worden. Unter derselben Strafe von 200 fl. ist es dem Grundherrn verboten zu gestatten, daß die Bauern um der Steuerpflicht und andern öffentlichen Lasten sich zu entziehen, „semet aliis colonis titulo inquilinali associent", vielmehr sollen die Grundherrn „ejusmodi coloni distinctas sessiones cum appertinentiis provisas assignare" nach 26:1791 P. 6.

7. Dem Unterthan, welcher mit Einwilligung seines Grundherrn abzieht, hat der Grundherr die Gebäude, welche derselbe mit baarem Gelde aufgeführt hat, nach gesetzlicher Abschätzung mit baarem Gelde zu vergüten, im Nichtvergütungsfalle können sie an Andere verkauft werden. Andere Verbesserungen müssen nach einer gewissenhaften Schätzung vergütet werden, haben sie jedoch bei Vieh und Aeckern stattgefunden, so gebührt die Vergütung der Arbeit merces laboris nur in dem Falle, wenn der Bauer die Ausrodung (extirpationes) mit Vorwißen seines Grundherrn vorgenommen und nicht volle 7 Jahre benützt hat. Die ohne Vorwißen des Grundherrn vollzogene Ausrodung der Wälder begründet keine Ansprüche auf Vergütung, vielmehr erwächst hieraus für den Colonen die Verbindlichkeit zum Schadenersatze an seinen Grundherrn, so wie derselbe überhaupt für jede dolose oder culpose Beschädigung der Gebäude seinem Grundherrn haftet, nach 26:1791 P. 7.

8. Bei jedem Abzuge eines Colonen müssen die Meliorationen und Deteriorationen gewißenhaft abgeschätzt werden, weil diese Abschätzung zum Maßstabe für die Vergütung der Meliorationen durch den Grundherrn und den Ersatz der Deteriorationen durch die Bauern dient, nach 26:1791 P. 8.

VI. Die Rechte der grundherrschaftlichen Gewalt.

Zu dem Ausfluße der grundherrschaftlichen Gewalt gehören folgende Rechte:

1. Der Grundherr ist nach D. Trip. III. 25. 3. der Richter erster Instanz aller derjenigen, welche seiner grundherrschaftlichen Gewalt unterworfen sind, da seine Unterthanen vor Niemanden als Richter erster Instanz vorgeladen werden können, sondern „sed eorum ex parte cuilibet quaerulanti atque causanti domini ipsorum terrestres atque temporales, sive sint seculares, sive spirituales judicium et justitiam primum impendere tenentur".

Diese Befugnisse übt der Grundherr durch das forum dominale aus, vor welches folgende Fälle gehören:

a) Alle Klagen und Forderungen welcher Person immer gegen ihre Unterthanen (auch wenn diese sonst Edelleute sind nach der Analogie von A. C. V. 23.) und gegen ihre unadeligen Dienstleute „ex parte quorumlibet jobbagionum

et rusticorum ac etiam familiarium signorum ignobilium cuilibet querulanti laeso aut damnificato homini ad simplicem duntaxat requisitionem et querimoniam mox judicium et justitiam facere ac administrare teneatur“ (D. Trip. III. 26. 2.) nach D. Trip. III. 25. 3. und Prov. Art. 94: 1791.

b) Alle Klagen und Forderungen des „dominus terrestris adversus colonum aut domesticum suum“ nach Prov. Art. 94: 1791. (siehe I. S. 398).

c) Klagen gegen die Unterthanen wegen Criminalvergehen „in processibus etiam criminalibus ubi crimen capitale subversatur, actoratu domino terrestri competenti“ nach Prov. Art. 94: 1791 so daß nach demselben Gesetze „ubi dominus terrestris colonum suum per locorum officiales interceptum intra 15 dies repetierit officiales ejusmodi interceptum fine impendendi in foro dominale intra 15 dies, a die resignationis computandos, judicii manibus ipsius domini terrestris consignare teneantur“ [1]).

d) Alle Klagen und Forderungen gegen Bürger, welche nach D. Trip. III. 18. init. an adeligen Grund Etwas besitzen, da diese nach demselben Gesetze § 1. „occasione ipsorum hereditatum ibidem coram domino terrestri cuilibet querulanti atque causanti juri parere tenentur“ und § 2. „si quid in facie hereditatum vel territorio, ubi hereditates adjacent, excesserent, etiam ratione talis excessus ibidem pariter juri stare compellantur“.

2. Räumt das Gesetz A. C. V. 47, den Grundherrn die Befugniß ein „álván a földes uroknak szabadságokban, ha lovat, vagy egyéb vonó marhákat engednek tartaniok jobbágyoknak“. (Gestattung Zugvieh zu halten).

3. Kann der Grundherr jeden, welcher einen Colonen ohne Entlaßungs-Schein aufnimmt, nach 26: 1791 P. 6. belangen.

4. Kann der Grundherr seine Unterthanen für welche Vergehen immer bestrafen, nach A. C. III. 46. 7. „ha a földes urak jobbágyokat a vétkeknek és a büntetéseknek szokott nemei és érdemek szerint megbüntétik, az ollyanokat a tisztek többször ne háborgassák az ő vétkekért, se személyekben se marhajokban“.

Jedoch muß der Colone nach 27: 1791 früher immer gehörig angehört werden.

5. Sagt das Gesetz Art. 52: 1791 P. 13. „rusticae sortis pupillorum cura ad dominos eorundem terrestres pertinet, qui pupillis tutores sub onere reddendae rationis constituent, neve illis in bonis suis penes fide dignum inventarium tutoribus concedendis, damnificendis superattendent“.

6. Alle Güter des ohne gesetzlichen Erben und ab intestato mit Tode abgehenden Colonen kommen an den Grundherrn nach D. Trip. III. 30. 2. und 3, die während der Ehe erworbenen unbeweglichen Güter kommen nach D. Trip. III. 29. 2. stante conjugio universa auf die Frau, welche nach A. C. III. 30. 1. „a megholt jobbágynak ingo javaiban az özvegy aszonyok csak harmadosok lévén, két része a földes urájé“ von dem beweglichen Vermögen nur den 3. Theil behält.

7. Räumt D. Trip. III. 30. 8. dem Grundherrn in Betreff der Testamente und Verkäufe seiner Unterthanen, wenn dieselben das unbewegliche Vermögen betreffen, folgende Befugniß ein: „per hujusmodi igitur legationem aut venditionem colonus non nisi laboris sui mercedem et praemium, condignam sc. aestimationem terrae pratimolendini vel vineae cuipiam legare vel vendere potest, perpetuitate domino terrestri salva semper remanente. Qui dum voluerit terras prata et molendina secundum aestimationem

[1]) Siehe hier I. Band, Seite 398.

communem vineas vero juxta condignum earum valorem ad se accipiendi habet facultatem". (Siehe hier Seite 21).

8. Macht D. Trip. III. 31. 1. den Grundherrn zum Vertheidiger seiner Colonen in allen Proceßen derselben und gegen dieselben: „dum igitur rusticus per nobilem quempiam indebite verberatus aut vulneratus vel aliter laesus sive etiam in rebus suis potentialiter damnificatus fuerit et dominus suus terrestris hujusmodi nobilem in causam conveniendo reum esse declaraverit atque convicerit, tunc idem nobilis adversus dominum terrestrem in facto minoris potentiae 100 fl. faciente (in Siebenbürgen und nach D. Trip. III. 3. 7. nur 50 fl.) et insuper homagio ipsius vulnerati aut verberati rustici vel damnorum illatorum refusione et restitutione juxta videlicet negotiorum qualitatem condemnari debet". (Siehe hier Seite 22).

9. Kann der Grundherr verlangen nach A. C. III. 11. 2. „hogy földes urakuak praejudiciumokkal a jobbágy maga díján felyebb való büntetéssel ne terheltessék se annak alkalmatosságával személye el ne idegenitessék" (cf. 28 : 1791).

VII. Die Pflichten der grundherrschaftlichen Gewalt.

An die grundherrschaftliche Gewalt, welche der Grundherr über seine Unterthanen ausübt, knüpften sich folgende Pflichten:

1. Der Grundherr ist verpflichtet, für jede Forderung, Potenz und Beschädigung eines Andern durch seine Colonen, oder seine unadligen Dienstleute Genugthuung dem Kläger zu verschaffen, indem er das forum dominale innerhalb 8 Tagen, vom Tage der gesetzlichen Aufforderung gerechnet, abhält. Versäumt derselbe diese Pflicht, so wird er von seinem competenten Gerichte zur Bezahlung des Homagiums für alle eingeklagten Colonen und zur Abhaltung des forum dominale verurtheilt. Hält der Grundherr auch nach dieser Mahnung kein forum dominale, so wird er selbst von seinem Gerichte in alle gegen seine Colonen erhobenen Klagen und Forderungen verurtheilt, und dieser Spruch auch in seinen Gütern mit Ausschluß aller Rechtsmittel in Vollzug gesetzt (D. Trip. III. 26. und A. C. IV. 1. 28.). Von dieser Verpflichtung wird jedoch der Grundherr frei, wenn der Colon flüchtig ist; ergreift jedoch der Colon die Flucht erst, nachdem der Grundherr die Abhaltung des forum dominale zugesagt hat, so ist dieser verpflichtet, aus dem Vermögen des flüchtigen Colonen dem Kläger die verlangte Genugthuung zu geben (D. Trip. III. 26. 13. 16.). Endlich ist der Grundherr nach der Praxis, welche auf den 96. Prov. Art. gegründet wurde, dieser Verpflichtung enthoben, wenn er den Kläger auf den gewöhnlichen Rechtsweg gewiesen hat.

2. Ist der Grundherr verpflichtet die im Bereiche seines adligen Grundbesitzes ergriffenen Verbrecher entweder selbst zu bestrafen, oder der Behörde zu überliefern bei einer Strafe von 200 ung. fl. nach A. C. III. 47. 11.

3. Ist der Grundherr nach 26 : 1791 P. 6. dafür zu sorgen verpflichtet, daß die Bauern sich den öffentlichen Lasten und Steuern nicht dadurch, daß selbe ihren Aufenthalt bei Andern nehmen, entziehen, vielmehr, daß er Solchen bestimmte Wohnplätze nebst den nöthigen äußern Gründen anweise.

4. Muß der Grundherr nach 26 : 1791 P. 9 die wandernden Zigeuner „ad ruralis oeconomiae opificiorumque culturam eos adstringere et domiciliare" ansässig machen. (Die Gesetzgebung von 1847 und 1848 s. mündlicher Vortrag und letzten Text in meinen „Materialien" und im III. Bd. Schluß).

Der bezogene 26. Novellarartikel von 1791 lautet:

De sublata Colonorum perpetua Obligatione Personali, et indulta illis sub certis Conditionibus libera Migratione.

Etsi perpetua Colonorum Obligatio, et Glebae Adscriptio in Legibus fundata sit, nihilominus pro uberiori propensionis Dominorum Terrestrium erga illos contestatione, ad benignam Suae Majestatis Sacratissimae Propositionem ex libero voto, et arbitrio Statuum et Ordinum Nomenclatio Jobbagionatus, conjunctaque cum eo perpetua Personalis Obligatio, et Glebae Adscriptio vigore praesentis Articuli benigne annuente Sua Majestate pro sublata declaratur; simul autem ad praecavendas difficultates, quae ex illimitata, et inordinata Migratione cum detrimento fundi publici, et Dominorum Terrestrium damno, imo ipsorum etiam Colonorum ruina subsequi possent, libera eorum Migratio penes sequentes Regulas stabilitur.

1-mo: Libera Migratio restricte circa Diem Sancti Georgii suscipi possit, Colonus tamen migrare volens, migrandi voluntatem circa Festum Sancti Michaelis anni praecedentis declarare, et Seminaturam Autumnalem erga refusionem Seminis, et Mercedis laboris impensi perficere teneatur; quod si neglexerit, emergentia inde damna, et Fundo Contributionali, et Domino Terrestri refundere obstrictus sit.

2-do: Priusquam Colonus migrationi se accingeret, obstrictus erit, alium, et quidem talem sui loco Colonum substituere, qui par sit, praestandis illis, quae Colonus migrare volens tam Domino Terrestri, quam Publico praestitit; praeterea vero Litteras etiam super indulta ipsi ad migrandum Licentia, quas Dominus Terrestris sine justa Causa denegare non potest, a Domino suo impetrare, et simul pro securitate etiam Fundi Contributionalis Locum, ubi Sedem habitationis suae figere intenderet, declarare.

3-tio: Vetitus erit discessus Colono eousque, donec migrationem parans Domino suo contracta debita coram concernente Comitatu, vel Sede liquidanda, seu in aere parato, seu vero in Pecoribus, Naturalibus, et Praestationibus restantia depurabit, et si se ad aliam transferre Possessionem intenderet, Contributionem quoque restantem ipsi jam inflictum, et alia huic adnexa onera supplebit.

4-ta: Ubi in una Sessione Patres Familias adeo multiplicarentur, ut nec Domus excipiendis, nec Sessio alendis illis sufficeret, extunc Pater familias semet separare, et Sedem habitationis mutare cupiens, expletis praenotatis Conditionibus liberam habebit migrandi facultatem, in his tamen Casibus omnis dolus et fraus, praetextusque per expressum excluditur, quibus forte in loco manentes Patres familias Facultatibus suis ita enervarentur, et in Numero etiam Personarum diminuerentur, ut culturae colendorum, et praestationibus Dominalibus, solutioni item Contributionis, ut et aliis publicis oneribus supportandis impares fierent.

5-to: Si inter Dominum et Colonum migrare volentem, differentiae ob non expletas Migrationis Conditiones per hunc Articulum stabilitas suborirentur, tunc Officialibus Comitatuum, Sedium et Districtuum incumbet, de ejusmodi differentiis sine mora cognoscere, illasque juxta praescriptum hujus Articuli pro justo, et aequo dirimere et si migrare volentis Postulata injustitata invenerint, eundem ad satisfaciendum, vel ad obedientiam, et quietem compellere, si vero Dominus Terrestris migrandi licentiam Colono expletis praescriptis Conditionibus denegaret, ipsimet Circulorum Officiales tali Colono Literas ad migrandum dare obstricti erunt.

6-to: Sine Litteris Facultatoriis a Domino Terrestri, vel Officialibus Comitatuum, Sedium et Districtuum datis, prohibitum erit alicujus Colonum recipere sub poena Ducentorum Florenorum Hungaricalium penes Articularem Processum, praescissa intra Dominium Appellatione desummendorum, qui Processus indiscriminatim ubique in Comitatibus, Districtibus, et Sedibus Siculicalibus taliter observabitur.

Ad Casum vero, quo Incolae, aut Communitates Locorum Saxonicalium Colonos non impletis Conditionibus migrantes, et Litteris Facultatoriis minus provisos reciperent, et extradare renuerent, Dominus Terrestris medio concernentium Officialium, prius Officiales ejusmodi Communitatis requirat, nulla tamen obtenta Satisfactione, ad Regium Gubernium recurrat, quod comperta rei veritate, restitutionem Colonorum, et desumptionem etiam poenae Articularis via Politica ordinandas habebit. Sub eadem poena prohibentur Domini Terrestres admittere, ut Coloni publicorum onerum bajuli, et distinctam oeconomiam exercentes, Sedes habitationum suarum mutantes evitandae Contributionis, vel declinandorum publicorum onerum studio, semet aliis Colonis Titulo Inquilinali (vulgo Lipitor) associent, obstricti proinde erunt ejusmodi Colonis distinctas Sessiones cum appertinentiis provisas assignare.

7-mo: Colono cum Consensu Domini Terrestris migranti aedificia, quae parato aere procurata esse comprobatum fuerit, per Dominum Terrestrem parato aere penes legalem aestimationem bonificanda venient, vel si is bonificare nollet, superaedificata aliis etiam vendi poterunt. Quod autem alias Meliorationes concernit, illae quidem penes conscientiosam aestimationem refundi debent, quoad exstirpaturas nihilominus in Pratis vel Agris factas, Merces laboris tunc tantum bonificanda veniet, si Colonus exstirpaturas cum praescitu et indultu Domini Terrestris fecisset, earumque usum, et fructum per Septennium non collegisset; hoc enim in Casu per Usufructuationem septennalem impensi laboris merces satis superque compensata esse comperitur. Perinde si Exstirpaturae in Sylvis absque indultu Domini Terrestris factae fuissent, cum succisio Sylvarum in Domini Terrestris damnum sit, Exstirpatori Bonificatio non competit, quin potius damna per exstirpationem Sylvarum citra indultum Domini Terrestris susceptam illata, resarcire tenetur. Quemadmodum autem Dominus Terrestris modo praescripto Industrialia Colono migranti bonificare obstrictus erit, pariter e contra obligatur Colonus Aedificiorum, et omnium meliorationum talem habere curam, ne deterioratio ex negligentia illius subsequatur, secus eam occasione suscipiendae migrationis penes praeviam aestimationem Domino Terrestri bonificare tenebitur. Hinc

8-vo: Occasione suscipiendarum Migrationum aestimatio omnium meliorationum, vel Deteriorationum absque omni discrimine necessaria erit eum in finem, ut exinde eo tum, dum Colonus migrare voluerit, Status Meliorationis, aut Deteriorationis constare queat. Quemadmodum autem Colonus nullam Bonificationem Deteriorationum per temporum injuriam, et non per incuriam causatarum praestare tenebitur, ita ab adverso competens Bonificatio per Dominum Terrestrem solum secundum aestimationem eotum, et relate ad illum Statum, dum Colonus migrare intendit, instituendam de iis, quae parata fuerunt, praestabitur.

9-no: Cum nec Politicae Directionis rigore, nec Dominorum Terrestrium Sedulitate effici adhuc potuerit, ut Zingari ad fixa Domicilia revocentur, quin plurimi hodiedum vagabundi oberrent, furtaque et rapinas

exerceant, statuitur: Zingaros qui hactenus sine Indultu Dominorum Terrestrium migrassent, vel dehinc migrarent, per Officiales Comitatuum, et Sedium antiquis Dominis restituendos esse, qui obstricti sint eorum mores corrigere, sensimque ad ruralis oeconomiae, Opificiorumque Culturam eos adstringere, et domiciliare, generali emancipatione ac libera migratione ad Zingaros nonnisi domicilinatos, ruralemque oeconomiam exercentes, extensa.

10-mo: Porro ad praevertenda servorum profugia, evitandasque hinc emergentes difficultates concluditur: eum, qui servum alterius Litteris super impetrato discessu minus provisum recipere attentaret, nec ad legalem repetitionem Domino priori restitueret, penes Articularem Processum, rescissaque intra Dominium Appellatione, poena Ducentorum Florenorum Hungaricalium mulctandum esse.

11-mo: Quemadmodum a parte Colonorum tempus migrationis fixe ad Festum S. Georgii restrictum est, ita ex parte etiam Dominorum Terrestrium Colonos e Fundis colonicalibus amovere, illosque ad se recipere non alio tempore, nec aliter licebit, nisi Colonus praevie in Festo S. Michaelis anni praecedentis super sui amotione praemonitus fuerit. Quodsi vero Domini Terrestres Colonos suos sine justa, et sufficienti Causa amoverent; in casibus hujusmodi delata ad Officiales Comitatuum, Sedium, et Districtuum querela, hi de causis, et motivis amotionis cognoscant, et si injustam esse amotionis Causam agnoverint ejusmodi Colono assistentiam praebere ex Officio obstricti sint.

2) Verträge über Grund und Boden[1].

§ 41. Die Perennalfassionen über Besitzrechte.

a) Der Kaufvertrag im Allgemeinen.

Verträge im Allgemeinen unterliegen — wie bereits erwähnt — blos jenen schon im Volksbewußtsein lebenden Erfordernissen, welche das Versprechen und Gegenversprechen, sowie die Anerkennung einer Forderung und Uebernahme einer Leistung — als wirkliche Willenserklärungen — erscheinen lassen.

Der Contract selbst ist für jede einzelne Obligation deren specielles Gesetz[2].

---

[1]) Siehe *Vajda* II. S. 122 und 128 u. f. f. *Dósa* II. S. 446. u. A.

[2]) Treue und Ehre verbürgen die Rechte an Handlungen fremder Personen. — „Jeder hält sein Wort" ist und soll die Voraussetzung sein, welche den vertragschließenden Parteien Sicherheit — guten Glauben — gewährt.'

Hiemit war, begreiflicher Weise sehr unvollständig das Obligationenwesen geregelt. Indessen hielt sich die Praxis bei besondern Rechtsgeschäften gerne an die gebräuchlichen — und daher gewohnheitsrechtlichen — Vorkommnisse (z. B. beim Pacht-, Mieth- und Leih-Vertrage), oder auch öfters an das römische Recht, als einer „ratio scripta" (z. B. bei der Auslegung von „Bedingungen" und dgl. m.) und endlich an Municipalstatute.

Doch muß hier nochmals erinnert werden, daß die materiellen Bestimmungen

Nur einzelne Verträge über Aviticalgüter sind näher bestimmt worden.

Da nehmlich die Verkehrsverhältnisse einfach waren, Bedürfnisse und Befriedigungsmittel der auf das Landesgesetz Einfluß nehmenden Volksklasse gleichartig vorgekommen sind, da kaum die Interessen der Arbeit und Industrie, des Capitals und Credites hervorzutreten vermochten, beschränkte sich die Legislation darauf, Erfordernisse und Bedingungen von Verträgen über Besitzrechte festzusetzen, welche nicht sowohl die Paciscenten selbst unmittelbar, als vielmehr dritte Personen betreffen, deren — (gleichsam öffentliche) — Ansprüche gewahrt werden sollten[1]).

Daher zunächst bei den Perennalfassionen (Kauf- und Verkauf-Verträgen über Besitzrechte[2]) folgende Unterscheidungen:

a) Die fassiones simplices (oknélküli, egyszerü — örökvallás, örökvásár), solche Verträge über Aviticalgüter, deren Verkaufsmotiv in bloßer Fahrlässigkeit oder Verschwendungssucht zu erkennen ist[3]).

b) Die fassiones rationabiles (helyes oku, okszerüek), solche Verträge über Aviticalgüter, deren Verkaufsmotiv in einer beabsichtigten vortheilhaften — (namentlich öconomischen) — Verwendung oder in Pflichterfüllung — (namentlich Zahlung einer Schuldigkeit) — zu erkennen ist[4]).

---

des römischen Rechts subsidär nicht anwendbar gewesen seien, wie dies auch bei dem Kaufvertrage ersichtlich ist.

Dem Vorausgeschickten zufolge ist es klar, daß alle Verträge unter den Gesichtspunkt von „Consensualverträgen" fallen.

Eine besondre Eigenthumlichkeit sind die zur Perfection der Rechtsgeschäfte in Uebung gestandnen Solennitäten eines Darangeldes oder Handschlags (z. B. bei Lohnverträgen) und eines Kaufstrunkes (mercipotus, áldomás, cf. Trip. III. 34) namentlich bei Marktgeschaften, Viehverkauf u. a. m.

Politische Gesetze regelten insbesondre in Städten und Märkten gewisse Kaufverträge (Viehmarktszettel u. s. w.) Siehe „Sächsisches Privatrecht".

[1]) Man schien hiebei anzunehmen, daß, (wie man vermeinte), blos individuelle Vortheile umsoweniger in Rucksicht zu ziehen seien, als es keine rein persönliche Erwerbung gegeben habe, sondern daß vielmehr die ursprüngliche Occupation (Eroberung), das Erbrecht und die königliche Schenkung „Titel" ausmachten, deren mehrseitige Rechtskraft als öffentlicher (einer Genossenschaft zugekommener) Erwerbungsarten, auch bei weitern Uebertragungen der dieserart gemeinschaftlich errungnen Besitzrechte, im Auge behalten werden müßte. — (cf. Trip. I. III. 6).

[2]) Natürlich auch hier primitives Erforderniß: Uebereinstimmung über Sache und Preis — und in der Regel öffentliche Vornahme der Willenserklärung (cf. Trip. II. 13. 4). Doch war es (namentlich bei den Seklern) letztrer Zeit Sitte auch blos schriftlich unter Beidruckung der gebräuchlichen Privatsiegel derlei Rechtsgeschäfte abzuschließen.

[3]) Vergl. folgenden § 42 mit Rücksicht auf Trip. I. 58. und 59.

[4]) Vergl. folgenden § 42 mit Rucksicht auf Trip. I. 29. 2—4 und I. 60.

c) Die fassiones necessariae (szükségbeli) ſolche, deren Verkaufsmotiv in echter Noth zu erkennen iſt, namentlich im Falle einer Straf- oder Löſegeld-Zahlung u. dgl. Nothwendigkeiten des Lebens[1]).

Die Erforderniſſe der Perennalfaſſion ſind außer den bekannten[2]):

1) Die Vormahnung aller ſucceſſionsberechtigten Anwärter[3]) und auch der Nachbarn und Markgenoſſen[4]); jedoch iſt die fassio necessaria ausgenommen[5]).

2) Die innerhalb Jahresfriſt erfolgte Statution, außer es wäre mittlerweile der Käufer zugleich Erbe dieſer Güter geworden[6]).

In dem beſondern Falle, daß der letzte Sprößling (ultimus deficiens) über ein Donationalgut eine nicht privilegirte[7]) (nehmlich nicht nothwendige) Perennalfaſſion machen will, muß zu deren Gültigkeit auch der königliche Conſens eingeholt werden[8]).

Die Vorgänger deſſelben bedürfen dieſer Zuſtimmung nicht, müſſen aber in der Vertragsurkunde ihre eventuellen Anſprüche (Rückfall) wahren, indem die übliche Clauſel „nullum jus, nullamve juris proprietatem pro sè reservando“ bewirkt, daß im Falle der Deficienz in der Familie des Käufers die betreffenden Güter nicht an den Verkäufer oder deſſen Theilungsverwandte, ſondern an den Fiscus heimfallen „per contractum“[9]).

Das Beiſpiel einer Fassio perennalis bietet nachſtehendes Stylmuſter[10]):

Nos Ferdinandus etc. Damus etc. Quod Nobilis T. de T. coram Nobis personaliter constitutus, sponte, ac libere, virorque cocis suae oraculo fassus est, pariterque retulit Majestati nostrae hunc in modum: Qualiter dignum habens respectum Nobilis T. de T. qui plurima Beneficia in ipsum occumulasset: signanter (hic enumerari debent omnia) *quorum intuitu praefatus etiam T. totales, et integras Possessiones T. et T. Portionesque Possessionarias in Possessionibus T. Comitatuque T. habitas, simul cum cunctis*

[1]) cf. Trip. I. 59. 6. und 8. ſowie I. 60. 3. und 4.

[2]) Siehe vorige Note 2, Seite 94.

[3]) cf. Trip. I. 60. und 81.

[4]) cf. A. C. III. 76. 16. ſowie Trip. I. 60. 9. und 10.

[5]) cf. Trip. I. 60. 3. und 4.

[6]) Trip. I. 63 init. 1—3 (nachzuleſen).

[7]) Trip. I. 59. 8.

[8]) Trip. I. 10. 2. und I. 65. princ.

[9]) cf. Trip. I. 69 princ. und weiter Trip. I. 78. — (Siehe „Siebenb. Urkundenbuch“ Stück 97).

[10]) Siehe ein Beiſpiel im ſächſ. Nationalarchiv Nr. 94: 1508 zwiſchen der Relicta Stephani More und Nicolaus Erdew über die possessio Nagylok um 600 Goldgulden; über den Verkauf von Ravás daſelbſt Nr. 109: 1509 u. a.

suis utilitatibus, et appertinentiis quibuslibet, terris scilicet arabilibus cultis, et incultis, agris, pratis, foenilibus, pascuis. campis, silvis, nemoribus, montibus, vallibus, vineis. vinearumque promontoriis, atque fluviis, piscinis, piscaturis, aquarum decursibus, molendinis, ac eorundem locis, et generaliter omnibus utilitatibus, et proventibus quovis nominis vocabulo vocitatis, ad easdem Possessiones. et Portiones Possessionarias, de jure et ab antiquo spectantibus, et pertinere debentibus, memorato T. ejusdemque Haeredibus, et posteritatibus utriusque sexus universis dedisset, donasset, et contulisset, prout dedit, contulit, et donavit, coram Nobis, jure perpetuo, et irrevocabiliter tenendas, et possidendas, pariter et habendas. Harum nostrarum etc. Datum etc.

Aus dem Tripartitum erſtem Theile ſind hier die Titel 59—63 hervorzuheben:

Quid sit onus assumere, et quot modis onera filiorum, et fratrum assumantur?

Titulus 59.

Onera autem assumere, est fidejussionem quandam super observatione paternae, vel fraternae Fassionis emptori Bonorum aliquorum facere. Unde sciendum, quod onera filiorum vel fratrum tribus modis assumantur. Primo modo simpliciter. Secundo vero rationabiliter. Tertio autem, et ultimo necessitate.

§ 1. Primo inquam simpliciter, quando scilicet nulla evidenti necessitate, nulla etiam rationabili de causa (prout immediate praemisi) sed aut malitiose, aut gulose, aut etiam injuriose onera ipsa assumuntur: et sic nihil tenet in judicio; sed de plano simpliciterque et assumptio hujusmodi revocatur, et Fassio quoque invalidatur.

§ 2. Secundo modo rationabiliter, manifesta videlicet, et rationabili causa occurrente, puta possessionem, prae manibus alienis in pignore habitam, ad se redimendo, vel dotem, et res Paraphernales, atque Jus Quartalitium solvendo; ut scilicet una portio, aut particula venderetur, et residuitas omnium Bonorum ab onere necessario eriperetur.

§ 3. Item piscinas, molendina, domosque et curias ex necessitate construendo, vel portionem aliam, et forsitan meliorem pretio possessionis, aut portionis venditae emendo, aut concambium possessionarium faciendo.

§ 4. Quae, quia filio, vel fratri in lucrum haereditatis succedunt; ideo simpliciter onera praeassumpta in tali casu revocari, et retractari non possunt: sed si filius in serie Fassionis, et assumtione oneris specifice nominatus ea revocare voluerit, tunc vivente patre, cum homagio, et aestimatione communi universorum Jurium possessionariorum patris, ubilibet adjacentium; mortuo vero patre, solummodo cum communi aestimatione ipsorum Jurium paternorum, retractandi, et annihilandi habet potestatis facultatem. Et idem est etiam de fratrum Fassione sentiendum, atque tenendum.

§ 5. Hic tamen advertendum est; quod si assumptio oneris generaliter facta fuerit, et nomina filiorum, vel fratrum in Fassionis serie nominatim expressa, denotataque non exstiterint, tunc ejuscemodi oneris assumptio nil tenebit, sed simpliciter invalidari valebit.

§ 6. Tertio vero, et ultimo modo, extrema necessitate urgente; dum videlicet quis sententia capitali, Juris ordine adversus alium convictus, et condemnatus fuerit, et forsitan in persona quoque propria, vigore ipsius

latae sententiae detentus, ac ad manus judiciarias ad infligendam sibi poenam a Jure statutam, assignatus fuerit, vel licet non detentus, Gratiam tamen Regiam non consecutus, aut si gratia sibi data fuerit, ita tamen, ut concordet cum adversa parte (nam et alioquin Regia Majestas Gratiam non secus, nisi ut concordet, facere potest) vel in Turcarum, Saracenorum, aut Tartarorum, seu aliorum quorumcunque hostium, et inimicorum captivitate detentus, et inde non secus nisi pactione quapiam liberatus fuerit: tunc hoc ultimo modo praemissi oneris assumptio nunquam revocabitur.

§ 7. Nulla etiam via Fassio super ea re facta per filium, vel fratrem retractabitur: imo, si pater portionem filii (quia propria portio ad caput suum redimendum non sufficeret) in casibus praemissis, ante divisionem cum filio factam, alienaverit; filius suffere tolerareque debebit.

§ 8. Nec ejusmodi Fassioni (si etiam unica, et singularis esset persona fatens) vel Regius, vel fratrum condivisionalium Consensus est necessarius, sed semper de se rata manebit, atque firma.

§ 9. Corollarium. Itaque ex praemissis infertur, quod possessionaria Venditio triplex sit: scilicet simplex, rationabilis, et necessaria. Simplex venditio nihil valet. Rationabilis vero aliquando valet, et aliquando retractatur. Necessaria autem semper valet, et semper tenetur, et nunquam invalidatur; prout ex immediata praedeclaratione assumptionis, et revocationis onerum filiorum, ac fratrum clare liquet.

De legitima admonitione in possessionaria venditione necessario praemittenda.

Titulus 60.

Notandum ulterius: quod quia in Fassionibus tam impignoratitio, quam etiam perpetuitatis Jure, et titulo maxime in praejudicium fratrum per plerosque faciendis, damnabilis quaedam abusio succrevit: quod scilicet quinquaginta florenos interdum a foeneratore quis accepit, et centum, aut ducentos florenos coram Capitulo, vel Conventu, aut Judicibus Ordinariis Regni, se accepisse studiose, et quidem malitiose fatetur. Capitulum autem, et Conventus, vel Judices Regni Ordinarii juxta Fassionis factae seriem, et modum, Litteras Fassionales, et Obligatorias dare tenentur. Sicque nonnulli propediem tanta pecuniarum summa Bona sua obruunt, et involvunt, ut vix medietatem summae eadem Bona valere dignoscantur. Unde saepe evenit, ut hujusmodi bona ab ipsa sua progenie perpetuo alienentur.

§ 1. Et ideo quilibet possessionaria venditio, imo et impignoratio legitimam semper requirit filiorum, aut filiarum, vel fratrum, ad quos successio, et devolutio hujusmodi Jurium possessionariorum venditioni, et impignorationi expositorum spectare dignoscitur (ut illam, vel illa ad se recipiant) admonitionem: qui si legitime admoniti, et requisiti, possessionem, seu Jura hujusmodi possessionaria juxta condignam, et communem eorum aestimationem, ac valorem pro se habere, et ad se recipere voluerint; ante omnes alios emptores, aut foeneratores liberam, plenariamque habent pro se recipiendi, et emendi facultatem.

§ 2. Si vero venditor, aut impignorator ipse admonitionem praemissam facere recusabit, et Jura sua possessionaria praeter scitum, vel consensum dictorum filiorum, vel fratrum, cuipiam alienabit, vel impignorabit, et ipsorum filiorum, aut filiarum vel fratrum aliquis, aut aliqua emptorem hujusmodi Bonorum, seu Jurium possessionariorum contra se in Curiam Regiam propterea evocabit; tunc in uno duntaxat Termino juridico, scilicet

Octavali, causa ipsa finiri debebit, et actor ipse Bona, seu Jura possessionaria praenotata, sola ipsa communi aestimatione eorundem, pro se recuperabit; non obstante pecuniorum summa, quantumvis magna in literis foeneratoris, seu emptoris super ea re Fassionalibus specificata.

§ 3. Dempto tamen, et excepto casu, quo quis in capitali sententia convictus detineretur, et maioribus judiciariis ad luendam poenam traderetur: nam hoc modo (quia praeter trium dierum spatium inducias ad concordandum cum adversa parte non habet) admonitionem (modo antelato) facere non teneatur, sed quibus, et in quanta summa poterit, liberam vendendi Bonorum suorum auctoritatem ibidem semper habet.

§ 4. Et hoc idem est intelligendum etiam de eo, qui apud hostes exteriores in captivitate tenetur: quod scilicet is quoque Bona sua sine admonitione, pro capitis sui redemtione vendere, perpetuoque alienare possit.

§ 5. Ubi autem admodum praedeclarata venditionem perennalem Bonorum, et Jurium possessionariorum legitime praecesserit, et nemo filiorum, aut filiarum, vel fratrum Bona ipsa, et Jura possessionaria venditioni exposita pro se habere, seu emere voluerit, vel forsitan inopia praepedientes comparare non poterit; tunc iidem filii, ac filiae, et fratres ipsi non aliter postea, nisi pecuniae summa in Literis Fassionalibus specificata plenarie deposita, et persoluta, vel etiam perennali aestimatione mediante, et longo litis processu, Bona illa pro se vendicare valebunt.

§ 6. Nam et venditores Bonorum suorum in casibus, articulisque rationabilibus, et admittendis non sunt adeo coërcendi, et adstringendi, ut justis eorum Juribus, et rebus uti aut frui debite nequeant.

§ 7. Attamen si quis filiorum, aut filiarum vel fratrum Bona ipsa ad se recipere velle tempore ipsius admonitionis responderit, et allegaverit; tunc ad deponendum summam ipsam condignam, et concordandum cum venditore termianus brevis, et competens coram Judice (cujus auctoritate, et literis admonitio ipsa fit, et exequitur) ad comparendum sibi praefigi debebit. Termino autem ipso adveniente, si summam illam juxta Judicis ipsius deliberationem, et Bonorum ipsorum communem aestimationem deponere recusaverit; venditor ille liberam Bonorum suorum alienandi facultatem habebit.

§ 8. De impignoratitiis autem Bonis, et Juribus possessionariis secus est sentiendum: nam Jura aliqua possessionaria, supra valorem dictae communis aestimationis eorundem, sive praecedat admonitio legitima, sive non; in praejudicium ipsorum filiorum, aut filiarum, vel fratrum, aut etiam Juris Regii, impignorari nemini possunt. Verumtamen haec aestimatio, et ejus series, non solum domos, ac curias nobilitares, sessionesque Jobagionales populosas, ac desertas, vel praediales, in faciebus oppidorum, villarum, aut possessionum adjacentes; sed etiam terras, silvas, ac prata, piscinas, et molendina (prout in Quartalitiorum solutione) per omnia includit; et in quantum hujusmodi aestimatio juxta limitationem Judicis se extendit, in tantum etiam depositio, atque restitutio pecuniarum pro Juribus impignoratitiis, per filios, aut filias, vel fratres, sed et eos, qui forsitan, cum Jurisdictione Regia (in casu, quo impignoratio per unicam, et singularem personam defectumque seminis proximam facta fuerit) procedere videbuntur, fieri debebit.

§ 9. Filias autem et mulieres, in casibus praemissis, alias intellige admonendas esse, quas ipsa Jura possessionaria vendenda, vel impignoranda, cum sexu masculino aequali Jure concernunt: nam aliter filiae, vel mulieres ipsae pro extraneis in hac parte reputantur, et non secus, quam vicini,

aut commetanei agere permittuntur. Hoc excepto; quod, si voluerint, ante omnes vicinos, et commetaneos se se ad emptionem, et receptionem Bonorum illorum ingerere, et illa pro se habere possunt.

§ 10. Vicini vero, et commetanei, per admonitionem praedeclaratam, et pro ipsorum parte factam, Jura possessionaria venditioni exposita, pro se quidem ante omnes alios emptores extraneos, et remotiores vendicare possunt: non tamen aestimatione communi, prout fratres, vel sorores, sed capitalis semper pecuniae summae in Litteris Fassionalibus expressae depositione, et plenaria solutione, vel etiam ipsorum Jurium possessionariorum, perenali cum aestimatione. Unico tamen termino octavali, si admonitio ex parte vendentium non praecesserit, et ipsi nihilominus vicini, et commetanei pro parte ipsorum, admonitionem super ea re solitam peregerint; qui pro Juribus possessionariis impignoratitiis pari modo capitalem summam, pro qua hujusmodi impignoratio facta fuerit, persolvere tenentur. Nec de aestimatione aliquali se in hac parte ingerere, vel immittere possunt; cum de proprietate, et haereditate talium Jurium possessionariorum, nil ad eos pertinere dignoscatur.

Quomodo portio fratris per alterum fratrem vendita, vel impignorata recuperari debeat?

Titulus 61.

Notandum ulterius, quod plerumque soleant fratres natu majores, et interdum etiam minores, qui absentibus fratribus natu majoribus Bona, et Jura possessionaria eorum paterna, et avita nondum divisa, domi manendo possident, oneribus caeterorum fratrum suorum carnalium, vel uterinorum in se assumptis, eadem Jura possessionaria impignorare, aut perpetuo vendere: per hocque emptores non solum portionem illius vendentis, vel impignorantis, verum etiam caeterorum fratrum ejusdem, quorum, ut puta, ille gravamina in se accepit, portiones possessionarias consueverunt pro se vendicare. —

§ 1. Unde sciendum est, quod, si aliquando talis venditio, aut possessionaria alienatio simplici modo per quempiam committeretur, tunc portiones caeterorum fratrum sine omni prorsus solutione actori, vel actoribus in primis octavis reddi, et restitui debeant. Portio autem fratris venditoris aestimabitur, et valor duntaxat communis aestimationis ipsius portionis emptori recompensabitur. Sic etiam illa portio fratris venditoris actori possidenda dabitur, oneris, vel gravaminis praeassumpti revocatione, seu depositione prorsus sine omni. Pro residuitate autem, et superfluitate pecuniarum summae in Literis Fassionalibus denotatae reliqua Bona, et Jura possessionaria fratris ipsius vendentis, quae ad recompensam ejusdem summae se extendere, sufficereque videbuntur, mox, et ulteriori processu Juridico non expectato, per Judicem aestimari, et manibus emptoris sub conditionibus in Literis ejusmodi Fassionalibus declaratis, dari debent possidenda.

§ 2. Si autem alia Bona praeter vendita non habuerit, et rebus quoque mobilibus ad portionem suam cedentibus adeo destitutus fuerit, ut summa praenotata ex illis instaurari, et recuperari non possit: tunc emptor ipse damnum hujusmodi superfluitatis necessario tolerare cogitur, et hoc, in casu (ut praefertur) simplici superius declarato.

§ 3. Nam in casu rationabili etiam oneris retractatio (modo antelato) subsequi, et de illa superfluitas praenarrata pecuniae (in quantum poterit) emptori refundi debebit.

§ 4. Et hoc idem est intelligendum etiam de patre, qui Jura sua, et filiorum suorum avita in praejudicium, et sine consensu ipsorum filiorum suorum perperam, et irrationabiliter alienabit, vel venditioni, aut impignorationi exponere curabit; quod scilicet Fassio sua in casu simplici praeallegato simpliciter invalidari, et portio filiorum, sine omni prorsus solutione: portio vero patris, communi aestimatione mediante, eisdem filiis reddi, et instaurari debebit.

De quibusdam Fassionibus non retractandis.

Titulus 62.

Hic tamen attendendum, et cordi imprimendum est, quod, si frater Fassionem alterius fratris retractare, et revocare volens, bonis, aut Juribus possessionariis per hanc venditionem, aut commutatis, aut acquisitis, scienter, et sine juridica reclamotione usus fuerit, et fructum illorum realiter perceperit; tunc Fassionem hujusmodi nunquam revocare valebit: Per usum enim realem Fassioni illi consensisse videtur.

§ 1. Et idem est de Fassione quoque paterna, per filium retractanda, dicendum.

§ 2. Sic pariformiter sentiendum est de Fassionibus aliis, quae inter fratres generationales aut condivisionales, vel etiam quoscunque alienos, et extraneos, praetextu Jurium possessionariorum litigiosorum, per modum compositionis, et concordiae fiunt, atque celebrantur.

§ 3. Et in hujusmodi compositione certa portio, vel particula Juriuni ipsorum possessionariorum uni partium per alteram partem, bona illa litigiosa tenentem, et possidentem, vel aliter efficacia forsitan Jura ad ea habentem, datur, aut remittitur: reliqua vero particula seu portio causa pacis, et unionis apud se remanebit, et relinquetur perpetuo possidenda. Quae quidem Fassiones (quia finis, et exitus litium dubius adhuc, et incertus erat) semper observantur, et nunquam retractantur.

§ 4. Nam et alioquin Fassiones praedeclaratae, quae invalidari, et retractari possunt, non de recipiendis ad se, vel obtinendis pro se; sed de alienandis duntaxat a se bonis, et Juribus possessionariis intelliguntur.

De Fassionibus; Quae Statutione legitima indigent, et quae non?

Titulus 63.

Item: Fassio perennalis inter fratres, generationales, et condivisionales, aut in praemissis aut etiam aliis casibus, praetextu talium Juriuni possessionariorum, quae etiam alioquin in alterutrum essent devolvenda, coram quovis Judice ordinario, vel alio loco testimoniali, et authentico facta; nec Regio consensu, nec etiam juridica Statutione indiget.

§ 1. Aliae vero omnes Fassiones perennales super quibuslibet bonis, ac Juribus possessionariis inter alienos, ac extraneos quocunque modo factae; imo etiam pignoris titulo, ultra summam quinquaginta florenorum celebratae; et emanatae; infra integram unius anni revolutionem Statutione legitima firmari solent, atque debent.

§ 2. Et hoc, si ille, cui Fassio facta fuerit, extra Dominium ipsorum bonorum extiterit: Nam si in Dominio eorundem reali etiam antea fuerit, aut medio ejus, qui Fassionem fecit, Dominium hujusmodi reale, et possessorium de facto consequi poterit; tunc (etiam transacta ipsa annuali revolutione) Statutio praenotata semper exequi valebit.

§ 3. Hoc quoque praeviso, quod si forsitan Fassionum aliqua Regio consensu egeat, et consensus talis usque ad annualem ipsam revolutionem impetrari nequeat; tunc Fassio hujusmodi non prius, nisi post impetrationem ipsius consensus Regii dicti, usque ad integram unius anni (ut praemittitur) revolutionem, vigore ejusdem consensus, statutione legitima (sive sequatur contradictio, sive non) roborari debet.

§ 4. Et hoc intellige de Fassione non cum futura conditione, sed de praesenti facta: Nam super aliquo contractu, seu fraternali adoptione, bonorumque in alterutrum devolutione, si Fassio per quempiam alteri, vel forsitan per duas partes sibiipsis mutuo, et in alterutrum celebraretur, ita videlicet, ut si quam partium haeredibus deficere contigerit, tunc bona, et Jura possessionaria ejusdem in partem superviventem devolverentur, et Regia Majestas hujusmodi Fassioni, seu contractui, et fraternali adoptioni suum Regium consensum largiretur: Quia Fassio ipsa, et ex consequenti consensus ipse Regius conditionalis, et non nisi altera partium deficiente locum habebit; ideo utrisque partibus superviventibus, vel forte illa persona, quae alteri Fassionem cum conditione praenotata fecit, in humanis adhuc agente; Statutionem aliquam subsequi non est necesse.

§ 5. Nisi forsitan in bonis illis, et Juribus possessionariis Jus Regium fuisset, vel esset impetratum. Isto namque casu Statutio ipsa super Jure Regio (quod in multorum saepe bonis, occultatum jacet) ut legitime subsequatur, necesse est.

§ 6. Idem super praeallegato consensu Regio dicendum est; quod altera partium deficiente, infra anni unius revolutionem integram consensus ipse (qui vim Donationis tunc habebit) et ex consequenti Fassio, in eodem sensu scripta, legitimam sortiri debebit Statutionem.

§ 42. b) Das Näherrecht.

Die Vormahnung (praemonitio — megkinalás, előintetés) geſchieht, damit Näherberechtigte (Anverwandte, überhaupt eventuelle Rechtsnachfolger, alſo auch Nachbarn[1]) ein Einſtandsrecht durch den Vorkauf ausüben können, — (vételőjog, elővásárlásijog).

Wollen die bei einer beabſichtigten fassio simplex oder rationabilis prämonirten Näherberechtigten von ihrem Einſtands-Vorkaufsrechte keinen Gebrauch machen, oder unterlaſſen dieſelben innerhalb der

---

[1]) cf. Trip. I. 60. 9. und 10. ſowie A. C. III. 76. 16. (... „I. Hogy az adásban és vételben observáltassék az Országnak közönséges bé-vett törvénye és decretuma tudniillik hogy a' közelebb való vérek, ezek után a' vicinusok admoneáltatván, ha azok meg-nem akarnák venni, azután lehessen szabados az adás és vétel, távól lévöknek-is; távoztatván mindazáltal affélében ollyan cautiók ne légyenek, hogy hirtelen való időre szoritván vagy olly' féle pénznek és egyéb marhának adására a' vételhez való közelebb lévő személyeket, s' ugyan studio eröltessék, a' minémünek szerét nem tehetnék“...) Siehe meine „Municipalconſtitutionen“ Seite 17. Vorzug nach der Nähe der Anverwandtſchaft und nicht nur im Grade, ſondern auch im Geſchlechte und zwar bei den gewöhnlichen Donationalgütern Vorzug der Agnaten vor den Cognaten.

vom Richter bestimmten Frist[1]) die Kaufsumme zu erlegen, so können sie in der Folgezeit nur im langen Proceßwege und zwar gegen Erstattung nicht nur der ganzen Fassionalsumme, sondern auch der nachgewiesnen Investiturkosten und Meliorationen (beigtatási 's jobbitási költségek) eine Rücklösung — (Retract, visszahuzás) — geltend machen[2]).

Dies Letztre war gewohnheitsrechtlich selbst für den Fall Regel, daß überhaupt keine Vormahnung stattgefunden und so erscheint die Bestimmung von Trip. I. 60. 2. aufgehoben[3]).

(Die invalidatio ex neglecta praemonitione und die invalidatio ex praejudicio?).

(Nachzulesen obbezogne abgedruckte Titel).

Eine aus der Natur des zustehenden Rechts sich ergebende Sonderbestimmung betrifft die ungetheilten Güter, welche bei einer fassio simplex blos gegen Erlag des gemeinen Schätzungswerthes für den Einzeltheil des Verkäufers (Vaters, Bruders) rückgelöst werden durften[4]).

Auch diese Gesetzesbegünstigungen hat das Gewohnheitsrecht aufgehoben, indem die Kinder die vom Vater verkauften „ungetheilten Güter", soweit diese ihnen zukommen, nur gegen Erlag der vollen Fassionalsumme — die Brüder dagegen ihre Güteranthеile ohne Zahlung, und jenen Theil, welcher ihrem (verkaufenden) Bruder gehörte, gegen Erlag

---

[1]) Gewöhnlich kürzer als ein Jahr, da nach dieser Zeit „Statution" erfolgte.

[2]) Ueber diesen Retract siehe auch Magyar Tud. Társaság Évkönyvei III. Bd. S. 67—79. — Vergl. rechtsgeschichtlich *Szlemenics* „Észrevételek a' Magyar Törvény némely tárgyairól" im 5. Hefte 1817 Tudom. Gyüjtem. Seite 3—17; dann betreffenden Orts bei *Wenzel*, *Ökröss*, *Suhayda* u. A.

[3]) Trip. I. 60. 2. „Si vero venditor aut impignorator ipse admonitionem praemissam facere recusabit et jura sua possessionaria praeter scitum vel consensum dictorum filiorum vel fratrum cuipiam alienabit vel impignorabit et ipsorum filiorum aut filiarum vel fratrum aliquis aut aliqua emptorem hujusmodi bonorum seu jurium possessionariorum contra se in Curiam Regiam propterea evocabit, tunc in uno duntaxat termino juridico scilicet octavali — (der „kurze Proceß" bestehende Begünstigung) — causa ipsa finiri debebit: et actor ipse bona seu jura possessionaria praenotata sola ipsa communi aestimatione eorundem pro se recuperabit: non obstante pecuniarum summa, quantumvis magna in literis foeneratoris, seu emptoris super ea re fassionalibus specificata" (aufgehoben).

Jedoch ist in dem Falle, als ein gerichtlich erklärter Verschwender eine fassio machen sollte, diese vollkommen ungültig.

Im Uebrigen zu vergleichen und zu erklären Trip. I. 59. 4. und 5. sowie 9, ferner Trip. I. 62. princ. (hier Seite 100).

[4]) Nachzulesen Trip. I. 61. 1. 2. 3. u. s. w. (Seite 99).

der vollen Faſſionalſumme und Erſatz etwaiger Meliorationen — rücklöſen können.

Bei der fassio necessaria findet auch in dieſem Falle — (wenigſtens dem Vater gegenüber) — kein Näherrecht ſtatt[1]) (közelebbijog, elöjog vételre).

Eine eigenthümliche Geſtaltung hat das Näherrecht als Retract unter den Seklern, Bürgern und Bauern gewonnen, — und dadurch auch den Kaufvertrag (Perennalfaſſion) über Grundſtücke (Erbgüter) in beſondrer Weiſe beſchränkt

Für die Perennalfaſſionen der Sekler hat vorzugsweiſe das Approbatalgeſetz III. 76. 16. gegolten, in welchem insbeſondre feſtgeſetzt wurde, daß kein Seklererbgut über den wahren Werth verkauft werden dürfe, vielmehr in jedem Falle nur die angemeßne Schätzungsſumme (und etwaige Meliorationskoſten) als Rücklöſungspreis zu erlegen wäre[2]).

Für die Kauf- und Verkaufsverträge der Bürger waren eigne Orts-Statute maßgebend und im Allgemeinen Trip. III. 13. und 14. ſowie 16. ferner A. C. III. 81. 3. (Siehe die „Ungariſchen Rechtsdenkmäler").

Für die Rechtsgeſchäfte der Bauern (Unterthanen) iſt hier insbeſondre die Geſetzesbeſtimmung Trip. III. 30. und 26:1791 („Rechtsgeſchichte" S. 143—145 erſte Aufl. und hier S. 21 u. 91) hervorzuheben. Nach der in Mißbrauch gekommnen Gewohnheit vermochte der Grundherr jedes von ſeinem Unterthan verkaufte (urbarial-colonicale) Grundſtück gegen Erlag von 51 fr. (vonás-Gulden) für die Aufwandskoſten des Käufers an ſich rückzulöſen.

§ 43. Die Temporalfaſſion (die Verpfändung).

Eine zeitweilige Uebertragung der Beſitzrechte erfolgt durch die Verpfändung (impignoratio[3]).

Die Verpfändung als Temporalfaſſion (ideiglenes adásvevés, érdemdijazás) — (Auflaſſung der Nutznießung; nach neurer Rechtsſprache

[1]) Nachzuleſen Trip. I. 51. 6. u. a. O.

[2]) Insbeſondre hervorzuheben A. C. III. 76. 16. Punkt 2: „Sem az adás sem a' vétel, az örökség igaz valorán fellyül ne lehessen; söt a' summa melly a' valornak summáját exceedálná, amittáltassék, és tsak a' Capitalis summának depositója által restituáltassék az igaz vérnek vagy venditornak az örökség, mindazáltal ha mit rajta interim épitene az emptor tartozzék juxta verum aedificiorum valorem néki refundálni a' venditor, tsak-hogy ötet-is az emptor fáradságáról expensáiról, és haszna vételéről contentálja, ha simpliciter nem leválja a' summát". — (Das Uebrige nachzuleſen). — Wann tritt die Strafe mit 500 fl. ein? — Hiezu iſt ſpäter noch der Fall gekommen, wenn der Militärgrenzer ſeine Seſſion verkaufen wollte, was überhaupt verboten war). — Vergl. Note 1 Seite 101 und Note 3 Seite 104.

[3]) Nachzuleſen die Begriffsbeſtimmung in Trip. I. 81. princ. (... „Impignoratio est juris proprii ... temporalis ad utendum alteri concessio"

Verkauf des Eigenthums gegen Wiederkauf mit der bestimmten Summe) — ist in dem ungarischen Rechtsleben von sehr großer Bedeutung gewesen.

Es war die gewöhnliche Form für viele Geld- und Lohngeschäfte, insbesondre für Schuld und Darlehn.

Die Temporalfassion wird ähnlich wie die Perennalfassion vorgenommen; es müssen also namentlich die Theilungs-Anverwandten prämonirt werden, damit sie ihr Näherrecht ausüben können, auch steht den übrigen Verwandten und den Nachbarn ein Einstandsrecht zu nach Trip. I. 60. §§. 1, 2, 5, 9, 10. (hier Seite 97).

Der Verpfänder (Besitzer, Eigenthümer) kann seine Aviticalgüter um eine beliebige Summe dem Pfandnehmer überlassen und die Näherberechtigten können seit dem 136. Prov. Art. 1791 (Seite 106) nur gegen Erlag der vollen Fassionalsumme ihr Einstands- oder Rücklösungsrecht (zálog-visszaváltás) ausüben [1]).

Der ultimus deficiens dagegen muß den consensus regius einholen, wenn er ein Donationalgut über den gemeinen Schätzungswerth verpfänden will [2]).

Für die Sekler gilt vorzugsweise A. C. III. 76. 16. Punkt 4. [3]).

Die Verpfändungszeit kann bei „Acquisitgütern" auf beliebige Dauer bestimmt werden; ebenso innerhalb der Präscriptionsfrist bei „Aviticalgütern", jedoch ist hier das Näherrecht vom Einfluße und es muß zunächst unterschieden werden, ob eine Vormahnung stattgefunden, oder nicht?

Im erstern Falle müssen die successions- oder theilungsberechtigten Familienglieder und die sonstigen Anverwandten und Nachbarn die im Ver-

---

und daher nach der Uebertragung: „Impignoratio est juris alieni summae repetitione perniciosa, damnabilisque ad tempus detentio").

(Ein Beispiel bezüglich der Verpfändung des Nicolaus Gerend, an Petrus de Veresmarth von Peter- und Repafalva s. im sächs. Nationalarchiv Transsumt Nr. 119 : 1509. Dazu noch bezüglich Evocatoriae und Statutionales Nr. 120—122 : 1509).

[1]) Nachzulesen Trip. I. 60. 8. und I. 83.

[2]) Nachzulesen Trip. I. 10. 2. ꝛc. ꝛc.

[3]) A' melly hadba szolgáló ember (a Nemességen kivül) elakarná zálagositani örökségét, adja hirré a' Tiszteknek: kik ki menvén és oculálván a helyet valora szerént (nach dem wirklichen Werthe) engedjég-meg eladását; botsássák kézbe az emptornak; de ha találtatnának ollyak, kik Tisztek hirek nélkül (ohne ihre vorgesetzten Beamten benachrichtigt zu haben) alkalmat celebrálnának, in hoc casu az emptor pénzét, mellyet arra az örökségre adott, el-veszesse, a' venditor-is az el-adott örökségnek betsüjén convincáltassék. Ellenben a' redimálni akaró fél-is a' Tisztet hivja ki, és az oculálja és aestimálja-is, ha mit rajta épitett a' más fél, és úgy restitnálja a' vérnek, avagy ugyan a' venditornak az örökséget" etc. etc. (also überhaupt gerichtliche Intervention zur Verhütung aller Uebervortheilungen durch eine über den Werth geschehne Verpfändung). S. m. Municipalconstitutionen S. 18.

trage festgesetzte Zeitfrist als gültig anerkennen, da es ihnen freigestanden war, von ihrem Einstandsrechte Gebrauch zu machen; — nicht so im zweiten Falle, wo die (eventuellen) Erben oder (ideellen) Miteigenthümer jederzeit das ihnen zukommende Rücklösungsrecht (den Retract) geltend machen dürfen und ebenso auch die übrigen Näherberechtigten, wenn diese selbst bei Gelegenheit der Verpfändung einen gleichen Anbot gemacht haben sollten[1]).

Die aus dem gegenseitigen Rechtsverhältnisse des Pfandgebers und Pfandnehmers hervorgehenden, in der Natur des Vertrages selbst begründeten, wesentlichen Befugnisse betreffen einerseits: den etwaigen Verkauf und die seinerzeit zu erfolgende Einlösung der verpfändeten Besitzrechte (des Eigenthums), — andrerseits: die Nutznießung und etwaige Afterverpfändung[2]), — womit die gesetzlichen Bestimmungen über den Verbot der Verschlechtrungen[3]), und die Vergütung der Verbeßrungen[4]) zu verbinden sind[5]).

Anmerkung. Ueber das pignus conventionale als clarum und obscurum[6]), ferner „inter maritum et uxorem", sowie über das pignus legale[7]) und judiciale[8]) — mündlicher Vortrag, u. III. Bd.

Eine besondre Art der Verpfändung ist die „inscriptio ob fidelia servitia"[9]) (érdemdíjazás), wenn dieselbe Aviticalgüter betrifft. Sind dagegen Acquisitgüter oder überhaupt Güter eines ultimus deficiens der Gegenstand, so erscheint der obgenannte Vertrag als eine Privatschenkung und hat nur in dem Falle, als bezüglich „Donationalgüter" der consensus regius erlangt wurde, den Charakter einer königlichen Schenkung[10]).

---

[1]) Nachzulesen Trip. I. 60. 2. und 10, ferner Trip. I. 77. und II. 24. 6. ꝛc.

[2]) Nachzulesen Trip. I. tit. 81. und 82.

[3]) Nachzulesen Trip. I. tit. 82, ferner 1. 103. und II. 24.

[4]) Nachzulesen 135. und 136. Prov. Art. 1791, ferner A. C. III. 76. 16. (erweislich nützliche Meliorationen z. B. Bauführungen u. dgl.).

[5]) Die weitern Verpflichtungen des Pfandnehmers, als „Statution" (cf. Trip. I. 82. 8. und I. 63. 1.), ferner Zahlung der dos im Falle von Trip. I. 103. und endlich jene der Erhaltung im guten Stande ꝛc. (cf. C. C. ed. 34) ergeben sich aus obigen Erörterungen.

[6]) Das Proceßverfahren? — Veräußrungen aller Art, deren Rechtstitel und Natur des Vertrags unklar ist, werden de praxi als „Verpfändungen" behandelt. — Trip. I. 110. 3.

[7]) Hervorzuheben die Bestimmungen in Trip. II. 24. und I. 29, sowie 85, ferner II. 43. und 56. 1.

[8]) Hervorzuheben die Bestimmungen im 2:1792 und 51:1791. („Rechtsgeschichte" erste Auflage pag. 151).

[9]) Nachzulesen Trip. I. 43. princ. I. 69. 1. ꝛc.

[10]) Siehe siebenbürgisches Urkundenbuch Stück 118. u. a. O. m.

Der 135. Proviſionalartikel von 1791 lautet:

De Processu Pignoratitio.

De modalitate in reluendis Pignoribus observanda, et poena eorum, qui pignus veris haeredibus non remitterent, clarae et salutares in serie legum continentur dispositiones, ob laxam nihilominus, et minus adequatam harum interpretationem in Processibus pignorum complures introducti sunt abusus, propter quos viri haeredes haereditates suas sero revindicare possunt, hinc sublatis ordinationibus relate ad Processus pignoratitios extradiaetaliter latis, pro allerianda Bonorum impignoratitiorum revindicatione statutum est ut 1-mo: Decreti Trip. P. 2. Tit. 24. in vero sensu observato, pignoratarius si reperiri poterit, personaliter, si autem in persona reperiri non possit, de domo solitae suae residentiae admonentur super levanda summa inhaerente, et pignoris intra 15 dies fienda restitutione, cui admonitioni litteris etiam impignorationalibus, vel aliis pignoris realitatem comprobantibus documentis adjunctis, si admonitus paria peteret, cum admonitorio Relatoriis, seu Testimonialibus copiae harum etiam literarum impignorationalium communicentur, ea tamen distinctione servata, quodsi admonendus idem ipse esset, cui impignoratio facta est, cum facti proprii notitiam habere praesumatur, Documentorum cum eo fienda Communicatio necessaria non sit, et in hoc casu sufficiat in admonitione rationes et titulum adnotare, ex quibus bonorum restitutio praetendatur, contra vero, si admonitio erga ejus successores fiat, quoniam hi in facto alieno versarentur, hoc in casu admonitioni adjungantur litteralia realitatem pignoris evincentia, cum in finem, ut intuitu amittendi investiti, semet ignoratione excusare non possint. 2-do: Ubi summa investita non levatur, et pignus intra quindecim dies a die admonitionis computandos non remittitur, pignoratarius citetur ad proximam Periodum Judicialem in praesentiam Tabulae Regiae, seu vero ubi bonum pignoratitium uni solum Comitatui, Sedi Siculicali, vel Districtui adiaceret, pro ratione quantitatis summae pignoratitiae ad ejusdem circuli Partialem, seu Generalem Sedem, ubi facta proclamatione Causa sub eadem Periodo Judiciali finaliter determinetur, Actoreque actionem sufficienter comprobante, si pignoratarius semet absentando coram Judicio non compareret, aut si compareret quidem: sufficientes tamen non remissi pignoris rationes non adsignaret, neque ad summam investitae coram Tribunali factam oblationem Pignus remitteret, extunc Pignus modo Decreti P. 2. T. 24. expresso: nimirum cum abjudicatione summae investitae actori addicatur, insuper autem pignoratarius in tanta pecuniarum summa, quo ipsi fuerunt bona impignorata, convincatur, et haec omnia de facto executioni mancipentur, quam actus nulla via impedire valeat, verum pretensa sua Jura, aut damna extra Dominium aut appellatione, sive novo Judicio, sive alio Processu requirat: in casibus nihilominus obscuris, dum nimirum seu pignoris realitas aut quantitas, seu vero summae investitae quantitas, ex rationibus sufficientibus disputatur, unica appellatio intra dominium admittatur, praeterea, autem his, qui extra patrium constituti essent, Judex secundum conscientiam dilationem indulgeat. 3-tio: Cum in pignoribus antiquis accidere possit, ut impignorantis successoribus sive investitae Capitalis, sive per Meliorationes, aut Reluitiones appertinentiarum accedentis summae quantitas certo non constet, in tali casu admonitio, cum oblatione minoris etiam summae praemitti poterit, ea cum ulteriori declaratione, quod liquidata per Hypothecarium investitae summae quantitate, admonitus residuam etiam partem deponere paratus sit, qua hujusmodi declaratione invicem oblatae summae in-

vestitae integralis reputata, admonitus contra admonitionem, cum defectu summae investitae factum nullam exceptionem erigere possit verum summam inhaerentem liquidare, et pignus reluere volens eam deponere obligatur, ubi autem inctus nimium praetenderet, sed praetensionem non probaret, quod Actor adcertens praetensam per Inctum summam deponere venuerit, Judex rejecta Incti illegali praetensione juxta superiora ferat Judicium, si tamen res tam obscura fuerit, ut Judicium, tuto ferri non possit, hoc in casu Inctus ad probandam praetensionem usque ad proximam periodum Judicialem examinetur, ita tamen, quodsi nec in secundo termino praetensionem probaverit, et Actor, quod totalem Hypothecarii praetensionem solvere renuisset, rectum habuisse comperietur, Inctus praeter bonorum cum oneribus praecitato titulo Decretali expressis fiendam Actori adjudicationem et resignationem etiam in damnorum, et expensarum hac mora causatarum refusione convincatur, a quo Judicio Inctus nonnisi extra dominium appellare et executionem nulla ratione impedire possit.

Aus dem erſten Theile des Tripartitum's lautet der hier wichtigſte Titel:

Quid sit bonorum pignoratio? quod modis intelligatur?

Titulus 81.

Unde sciendum, quod impignoratio Jurium possessionariorum dupliciter intelligitur, videlicet ex parte pignorantis, seu dantis: et ex parte creditoris, seu recipientis. Ex parte igitur dantis; Impignoratio est Juris proprii, necessitate cogente, temporalis ad utendum alteri concessio. Quantum autem ad creditorem, seu recipientem, Impignoratio est Juris alieni cum fructuum perceptione, et capitalis summae repetitione perniciosa damnabilisque ad tempus detentio.

§ 1. Et haec difinitio non eo tendit: ut fructus, et utilitates bonorum pignoratorum quispiam percipiat, et insuper capitalem quoque summam repetat: sed potius ejusmodi repetitionem, et usum confundit, atque damnat. Nam si quis hoc modo bonis pignoratis utitur, usuram palam committere dignoscitur.

§ 2. Verum si omnes fructus (demptis expensis, quas etiam verus Dominus pro conservatione ipsorum bonorum facere deberet) in capitalem summam computaret, hoc modo bona impignorata tenere non damnabile, sed summe laudabile foret, per hocque creditor ipse pietatis opus ad proximum suum se fecisse comprobaret.

§ 44. Die Mutualfaſſion, örökösi egyezmény (der Erbvertrag).

a) Der „contractus seu fraternalis adoptio“ (nach Trip. I. 66. § 1—4.) testvérré fogadás.

Die Begriffsbeſtimmung lautet im § 2. „Contractus autem seu fraternalis adoptio est alienae cujusvis personae per quempiam, haeredibus legitimis deficientibus, in bonorum suorum successione permissiva substitutio“.

b) Die „fassio mutua inter conjuges“ nach Trip. I. 110. über Acquiſitgüter und im Falle der Deficienz auch über ſolche Avitical-güter, welche nicht aus einer „königlichen Schenkung“ herrühren.

Die wichtigſten Beſtimmungen enthält im erſten Theile des Tripartitum's der 66. Titel. Dieſer beſagt:

Quid sit contractus definitive? et quando indigeat legitima Statutione?

Titulus 66.

Notandum igitur est, quod quilibet contractus inter quoscunque possessionatos homines, aut alias personas, super devolutione quorumcunque bonorum in alterutrum, altero deficiente fienda formatus, tam scilicet consensu Regio stabilitus, quam etiam pluralitate personarum fatentium modo praeallegato roboratus, Statutione legitima post defectum seminis partis cujuspiam, infra annualem (ut praemisi) revolutionem ratificari debet.

§ 1. Interim autem pars supervivens, vigore Juris successorii ex hujusmodi contractu, vel fraternali adoptione sibi attributi, Dominium bonorum partis deficientis, tanquam scilicet fratris sui condivisionalis, simpliciter prose vendicandi, manibusque suis (dummodo legitimum aliquod non obstet impedimentum) applicandi habet auctoritatem.

§ 2. Contractus autem, seu fraternalis adoptio, est alienae cujusvis personae per quempiam (haeredibus legitimis deficientibus) in bonorum suorum successione permissiva substitutio.

§ 3. Dictum est autem notanter: haeredibus deficientibus; nam veris, et legitimis haeredibus, ac successoribus superextantibus, et superstitibus fraternalis adoptio locum non habet: Verum illis deficientibus, adoptatus ipse frater, vel filius successianis hujusmodi virtutem, et facultatem in bonorum ipsorum devolutione sortiendus erit.

§ 4. Dictum est etiam: permissiva substitutio; quoniam sine permissione, vel consensus adhibitione Principis Nostri ejuscemodi substitutio, seu adoptio, nullius est, vel erit firmitatis: Sed bonorum ipsorum devolutio in Principem, ac jurisdictionem sacrae Coronae directe spectabit, atque pertinebit: Neque sine consensu Principis adoptivus ipse frater, aut filius Dominium talium bonorum ingredi, vel pro se vendicare valebit.

§ 45. Zuſatz. Das Teſtament[1]).

Inſofern über Beſitzrechte (Acquiſitvermögen) auch durch ein Teſtament (végrendelet) verfügt werden kann, reiht ſich dieſe letztwillige Faſſion an die Verträge über Grund und Boden.

Das Teſtament und Codicill ſind in dieſer Beziehung die Form für „Privatſchenkungen auf den Todesfall", welche als Vermächtniſſe (hagyomány) angeſehn werden können[2]).

---

[1]) Ludwig's I. Verleihung 1366 der testamenti factio an den Adel ſiehe *Szeredai* Not. Cap. Alb. S. 73. zum J. 1411. Das biſchöfliche Privileg 1477 in *Szeredai* Series Epis. S. 167. — Sonſt *Wenzel* II. S. 293 und zum J. 1221 *Fejér* III. 1. S. 325. — Eine testamentaria dispositio Bethlen de Kis-Bun im ſächſ. Nat. Archiv Nr. 1012 : 1664 u. a.

[2]) Eine der römiſchen Doctrin nachgebildete Begriffsbeſtimmung ꝛc. wäre hier gänzlich verfehlt. — Doch kann bezüglich der Laſtenübernahme eine analoge Lehre aufgeſtellt werden, (ſiehe „Erbrecht").

Die innern Erforderniſſe letztwilliger Anordnungen ſind im Allgemeinen jene der Verträge[1]) (ſubjective und objective Rechtsfähigkeit); die äußern Erforderniſſe jene: beweiskräftiger Willenserklärungen, und dieſemnach unterſcheidet man:

1) ein öffentliches und zwar ſowohl ſchriftliches, als mündliches Teſtament, wenn die Faſſion vor einem öffentlichen Siegelbewahrer oder glaubwürdigen Orte gemacht oder das bezügliche Document daſelbſt überreicht worden iſt, (testamentum clausum).
2) ein privates und zwar ſowohl ſchriftliches (mit eigner Unterſchrift und Siegel), als mündliches Teſtament vor zwei glaubwürdigen Zeugen (in der Regel Gubernial- oder Tabular-Kanzliſten).

(Ueber das testamentum irritum[2]), destitutum, nullum u. dgl. ſiehe mündlichen Vortrag).

§ 46. Die Cambialfaſſion (der Tauſchvertrag).

Nach Trip. I. 70. pr.[3]) iſt dieſer Vertrag: „Concambialis bonorum permutatio est jurium possessionariorum duarum vel plurium partium sibi ipsis vicissitudinaria commutatio et in alterutrum legitima translatio“ — (jószág csere).

Die beſondern Erforderniſſe ſeiner Vollgültigkeit ſind (außer der Willenseinigung der vertragſchließenden Partheien):

1) Nachweis jenes erſtrebten öconomiſchen Vortheils, welchen Geſetze und Urkunden bezeichnen, als: „commodior bonorum usus“ und als „uberius fructus percipiendi emolumentum“.
2) Wirkliche Beſitzergreifung und wenigſtens einmal erfolgte Nutznießung[4]).
3) Uebereinſtimmende Gleichheit in der Werthſchätzung der verkauften Güter (bona aequalia) zur Zeit des abgeſchloßnen Vertrags —

---

[1]) cf. Trip. I. 51. 9; 126. 2. u. ſ. w. Perſönliches Dispoſitionsbefugniß? — Von der teſtamentariſchen Verfügung ſind insbeſondre ausgenommen das Aviticalvermögen (Trip. I. 58. und A. C. III. 25.) und jene erworbnen Güter, welche aus dem Preiſe verkaufter avitiſcher Liegenſchaften angekauft wurden. (Nachzuleſen Trip. I. 10. 2. und I. 110. 1. ꝛc.).

[2]) Wenn der Teſtator mittlerweile die Rechtsfähigkeit verloren hätte.

[3]) Dieſer Titel, ſowie die nächſtfolgenden tit. 71—73 ſind vorzunehmen und zu erklären.

[4]) Es iſt hier eigentlich unter dem Ausdrucke: „usus enim realis in hac parte in vim cessionis consensusque transibit“ nur ſoviel zu verſtehen, daß der ſpätre Beſitzer den Tauſchvertrag ſeines Vorgängers deshalb nicht anfechten dürfe, weil er ſelbſt durch ein Jahr ſeines eignen Beſitzſtandes das Retractionsrecht auszuüben unterlaſſen hat. (Verjährung).

oder Ausgleichung durch Aufzahlung einer entsprechenden (jedoch weniger als die Hälfte des Werths betragenden) Geldsumme[1]) (cambium adaequatum).

Ein derart beeigenschafteter Tauschvertrag aviticaler Besitzrechte ist ein cambium verum und kann ohne irgend eine Einflußnahme des Näherrechts vollgültig abgeschlossen werden.

Würde dagegen eine Cambialfassion als ein Scheingeschäft gemacht und ergäbe sich also ein cambium falsum, so könnte dasselbe entweder als ein praejudiciosum oder palliatum oder fraudulentum retrahirt werden; jedoch sollten die Näherberechtigten die ihnen entfremdeten Güter mit dem Erlage der „gemeinen Schätzung" an sich lösen, welche Gesetzesbestimmung durch das „Gewohnheitsrecht" dahin abgeändert wurde, daß überhaupt die volle erweisliche Fassionalsumme — (z. B. bei verstecktem Verkaufe oder Darlehnsgeschäfte) — als Rücklösungspreis gegolten hat.

Ist der rechtskräftige Tauschvertrag in Wirksamkeit getreten, so hat er die eigenthümliche Folge, daß die Avitical- oder Successionsrechte dritter Personen (Anwärter), welche an den frühern Gütern hafteten, an die neuen eingetauschten übergehn[2]) und daher ein Wechsel der objectiven Rechtsnatur (in den privaten Besitzrechten) stattfindet, ohne die öffentliche Beziehung von Donationalgütern ebenfalls mitzuberühren[3]), welches Letzire sich nur mittels eines erlangten consensus regius in gleicher Weise ergeben könnte.

Aus diesem Grunde ist bei Cambialfassionen die bekannte Clausel: „nullum jus (oder) nil juris pro se reservando" von sehr großer Wichtigkeit, indem es hievon abhängt, wer im Falle der Deficienz der Familien, (von Seite jener gegenseitig einen Tauschvertrag abschließenden Pacisceenten) zur Nachfolge berufen sei? Ohne die erwähnte Clausel gehn bei dem Aussterben der einen Familie die ehmals vertauschten Güter wieder zurück an die frühern Besitzer oder deren Rechtsnachfolger; — mit der

---

[1]) Wäre diese Geldsumme als aviticales Vermögen zu erweisen, so müßten die Töchter in ihrem Erbrechte der entfallenden Rate geschützt werden, so zwar daß im Falle blos männlicher Successsion in jenen eingetauschten Gütern die Nachfolger verpflichtet erscheinen, die weiblichen Ansprüche mit einem Ersatze in Geld oder Gut zu befriedigen.

[2]) Cambium induit naturam cambiati.

[3]) Gesetzt es hätte die Familie B. K. ihr Donationalgut F. an die Familie G. O. durch Tausch hintangegeben, so würde der Fiscus (die oberlehnsherrliche Krone) dasselbe Gut F. als heimgefallen einziehn, wenn die erstre Familie ausgestorben wäre, obgleich die Familie G. O. vielleicht schon seit Jahrhunderten die actualen Besitzer waren und sind.

erwähnten Clauſel aber nicht[1]), da nunmehr blos das Recht des Staates oder der Krone zur Geltung kömmt. (Caducitätsrecht).

(Analogien in der Perennal- und Temporalfaſſion?)

Schlußanmerkung. Da die ſiebenbürgiſch-ungariſchen und ſekleriſchen Geſetze, Nationalſtatute und Rechtsgewohnheiten keine weitern Sonderbeſtimmungen über Verträge enthalten, verweiſen Wir blos auf das bereits (im Haupttext und Noten) Geſagte und ſchließen mit nachfolgendem Zuſatze das Legislationsgebiet der „Einzelrechte an Sachen".

Im erſten Theil des Tripartitum's Titel 69—77 ſind hier mitanwendbare Beſtimmungen über Verträge folgendermaßen enthalten:

De clausula: nil Juris. Et qualia Bona iterum in donantem, vel vendentem redeant?

Titulus 69.

Ulterius sciendum, quod, si in serie literarum aliquorum Fassionalium clausula illa: Nullum Jus, nullamve Juris, et Dominii proprietatem pro se reservando, etc. aut studiose, aut ignoranter inserta fuerit, tale Jus possessionarium, super quo videlicet hujusmodi Fassio facta exstiterit, nunquam in eum, qui Fassionem fecit (etiam sine haeredibus eo, in quem Jus suum transtulerat, obeunte) de caetero reflectetur, aut redundabit, sed collationi Regiae Majestatis penitus subjacebit.

§ 1. Verumtamen si Fassio absque clausula praenotata celebrabitur, sive in mutua, et concambiali Bonorum aliquorum permutatione, sive alia perennali collatione, utpote pro servitiorum remuneratione (prout plerumque solet) aut alia quavis rationabili ex causa, datione, inscriptioneque, vel obligatione, tunc eo ex humanis sublato, et haeredibus, aliisque legitimis successoribus destituto, cui collatio, aut quaevis inscriptio Bonorum ipsorum facta fuerat, rursus et iterum in illum, qui Fassionem fecerat, vel Bona ipsa contulerat, ejusdemque haeredes, et posteritates universos (quoniam Juris successorii praprietatem, et Dominium pro se reservaverat, nec a se in alterum perpetuo transtulerat) ipsa Bona devolvuntur, et Juri pristino effective deriuantur, atque redintegrantur.

Quid sit concambialis permutatio bonorum, et quare sit adinventa?

Titulus 70.

Quoniam autem semper concambiali permutatione bonorum, et Jurium possessionariorum mentio habita est: Hinc sciendum, quod concambialis bonorum permutatio, est Jurium possessionariorum duarum, vel pluriüm partium sibiipsis vicissitudinaria commutatio, et in alterutrum legitima translatio.

§ 1. Adinventa autem est; tum propter quietioris status consequendi facultatem: tum propter uberioris fructus percipiendi emolumentum.

§ 2. Plurimi namque bona sua in longinquis partibus a loco Resi-

[1]) So können die actualen Beſitzer nicht nur dieſe ehmaligen Beſitzrechte verlieren, ſondern auch ihre gegenwärtigen, welche — im Falle es Donationalgüter ſind — eben wegen des Defects der andern Familie vom Fiscus eingezogen werden.

deatiae ipsorum magna adeo distantia, et intercapediae sita habent, ut plus ad provisionem illorum exponere cogantur, quam de fructibus eorum percipere possint, Nonnullorum autem bona propter potentum perniciosam, et violentam vicinitatem in extremam devenere desolationem. Plerique vero ratione talium bonorum coatiauas habent lites. et controversias, ut ae nocte quidem propter eas quiescere possint. Ita ut longe plus jacturae, quam utilitatis iade reportent.

§ 3. Quapropter quilibet possessionatus homo de bonis, et Juribus possessionariis suis concambium sibi utile, et proficuum Jure libereque facere potest, contradictione filiorum, ac filiarum, vel fratrum suorum simpliciter non obstaate.

§ 4. Attamen portio illa, quae ia coacambium sibi dabitur, in fratres generationales vel condivisioaales (deficiente eo fratre, qui coacambium fecerat) devolvitur, tanquam alia portio sua, per quam commutatio concambialis facta fuerat, quae in ipsos fratres vigore Juris successorii derivanda erat.

Quid si coacambium frauduleater, et simulate factum, et celebratum fuerit?

Titulus 71.

Verum quia plurimae fraudes ia hujusmodi concambiali bonorum permutatioae per pleroaque fieri, et committi consueverat: Quidam enim boaa ia praejudicium, et jacturam fratrum suorum aoa vere, neque juste, sed ficte, et simulate vendere pariter, et alienare praeteadentes, ae fratres ipsi bona ejusmodi ab emptoribus, ae dicam foeneratoribus, pro se repetere, et Juri eorum vendicare, appropriareque possent, titulum, vel colorem concambialis permutatioais (quae justo, et recto aodo libere fieri permittitur) in literis, seu privilegiis Fassionalibus inseri procuraat, Jus aliquod possessionarium remoto in loco, vel forte etiam propinquo situm, et adjacens per emptorem, seu foeneratorem in concaambium sibi datum esse profitentes, tamen Domiaium hujusmodi Juris possessioaarii ad modicum solum tempus (ut fraus ipsa interim palliaretur) aut nunquam pro se veadicabunt, sicque fratres eorum, ad quos successio boaorum, et Jurium possessionariorum ipsorum hoc sub titulo alieaandorum spectavet, defraudaates, illos exhaereditabuat, etiam eo Jure possessioaario, quod veaditori per emptorem in concambium dari simulabatur, atque fingebatur, apud eundem emptorem perpetuo remaaeate.

§ 1. Ne igitur fraus, et dolus cuipiam patrociaari videatur, postquam hujusmodi fraudulentum concambium fratribus vendentis, et bona ipsa alienantis ianotuerit, aox ad iastaatiam ipsorum fratrum, facta primum legitima super ea re Evocatioae; sola communi aestimatione eorumdem bonorum praemisso modo alienandorum mediaate, vaico tunea semper teraiao octavali; actori hujusmodi bona per Judicem reddi, adjudicari, restituique debebunt.

Quando concambium nulla modo posit retractari?

Titulus 72.

Item, si pater, vel frater quispiam concambium aliquod fecerit: et filius, aut fratrum aliquis eo concambio scieater, et siae juridica reclamatione, vel prohibitione usus fuerit, fructumque Boaorum permutatorum realiter perceperit, coacambium ipsum postea filius, vel frater ille retractare, nequibit; usus enim realis in hac parte in vim cessionis, consensusque transibit.

Si in concambio pecunia superaddatur, utrum talia Bona Jus foemineum sequantur?

Titulus 73.

Item, quia Jura possessionaria modo concambii permutata, quantitate, fructuositate, et valore non semper aequaliter sibi correspondent, ideo solent plerique, quorum Bona, et Jura possessionaria minoris pretii, valorisque existunt ad ea, ut concambium aequale fiat, summam aliquam pecuniarum superaddere; unde nonnulli putaverunt, hujusmodi Jura possessionaria, (eo quod pecunia addita est) Jus foemineum aeque, veluti masculinum sequi debere; quod tenendum non est.

§ 1. Nam Jurium possessionariorum conservatio, et sequela non a ramo, pecuniae scilicet additione, sed a radice, et origine acquisitionis, et inventionis suae judicanda censetur: et ob hoc in tali casu homines foeminei sexus nonnisi de pecuniis superadditis portiones suas rehabere poterunt. Proprietas autem, et haereditas Jurium ipsorum possessionariorum sexui masculino salva manebit.

§ 2. Et hoc verum est, si ex orgine, et radice ejuscemodi Jura possessionaria sexum foemineum non sequantur. Super ea namque ambiguitate: utrum aliqua Jura possessionaria sexum foemineum aeque, veluti masculinum, sequi debeant, nec ne? semper ad originales Literas, quibus Bona ipsa acquisita, et inventa fuerunt, recurrendum est.

Quid valeat Evictio, seu expeditoria cautio praeassumpta?

Titulus 74.

Caeterum quoniam in concambiali permutatione bonorum, ac Jurium possessionariorum Expeditoria cautio, quae apud Legistas cautio de Evictione nuncupatur, inseri, et assumi plerumque solet. Si igitur partium aliqua legitime requisita, alteram partem juxta praeassumtam, Tutoriam, Expeditoriamque cautionem in Dominio hujusmodi Jurium possessionariorum permutatorum adversus quospiam causantes, et legitimos impetratores conservare non poterit; tunc Jura sua possessionaria in concambium alteri parti data (si restant) in specie reddi, et restitui; si vero a manibus ipsius partis alienata forte fuerint, et recuperari nequiverint, tunc similia Jura possessionaria, quantitate, ac fructuositate, et valore Juribus alienatis aequipollentia parti damnificatae, quae in Dominio illorum conservari nequibit, dari, statuique debent.

§ 1. Et hoc verum intellige; si Expeditoria cautio Fassionalibus simplici, communique modo inserta fuerit. Nam aliter, si clausula ipsa Expeditoriae assumtionis cum conditionibus, et articulis aliquibus posita, declarataque extiterit; tunc ipsae eaedem conditiones, articulique positi in hac parte observari debebunt.

§ 2. Et hoc idem intellige etiam de caeteris Juribus possessionariis sub expeditoria ipsa cautione per quempiam alienatis, vel legitime venditis. Quod nimirum, si emptor bonorum, in Dominio eorum per venditorem conservari nequibit; tunc similia bona, qualitate, quantitate, fructuositateque, et valore illorum loco sibi dari debebunt.

Qui intelligantur per legitimos impetitores?

Titulus 75.

Per legitimos vero impetitores accipiendi, ac intelligendi sunt causantes, et processu Juris agentes: non autem violenti occupatores, et manu potenti procedentes. Nam contra tales non tenetur quis alterum in Juribus venditis conservare.

§ 1. Emptor itaque bonorum, dum per quempiam ordine Juris praetextu hujusmodi bonorum emptorum impedietur, in causamque trahetur; tunc venditorem eorundem bonorum in defensionem causae ipsius antequam eadem decisionem sortita fuerit, penes se evocare tenetur.

§ 2. Nam si evocare neglexerit, et si Jura ejuscemodi possessionaria, seu bona juridice amiserit; venditor ipse ab onere Expeditoriae cautionis absolvetur, liberabiturque, et deinceps emptorem in Dominio eorundem conservare non tenebitur.

Quaestio notabilis super Evictione, seu Expeditoria cautione.

Titulus 76.

Item qnaeritur: si quis alterum in Dominio cujuspiam possessionis conservaturum assumserit, et se ad conservandum obligaverit, et aliqua terrarum particula ab ipsa possessione, temporum processu per quempiam metali Reambulatione, vel alio titulo distracta, Juridiceque sequestrata fuerit, corporali possessione salva remanente; utrum teneatur assumens alterum in illa quoque particula terrae conservare?

§ 1. Responde; quod non tenetur. Quoniam ipse possessionem illam cum cunctis suis utilitatibus, et pertinentiis ad eandem de Jure spectantibus, alteri contulit; et sic ipsum in Dominio ejusdem conservare assumpsit: Particula autem illa terrae ad hujusmodi possessionem de Jure non spectabat, et sic ipse quoque qui vendidit, quoad particulam eandem malae fidei possessor erat. Ideo alterius Jura vendere non potuit, prout neque vendidit vigore illius clausulae: Ad eandem possessionem de Jure spectantibus, et pertinere debentibus, etc.

§ 2. Nisi forsitan se ita obligasset; ut cum eisdem cursibus metarum, et limitibus, quibus per eum possessio illa obtenta fuisset, et possessa, in Dominio ejusdem alterum conservaret: hoc enim modo aequivalentem terram loco amissae terrae alteri dare tenetur.

Quod Donatores et Venditores Bonorum contra possessores eorundem per semetipsos agere non possint.

Titulus 77.

Hoc unum tamen advertendum est, quod expeditoria cautio praenarrata semper ad exteros, et alienos causantes, ac legitimos impetitores, et actores, non autem ad ipsos donatores, et venditores Bonorum est referenda: prout quosdam Bona sua alteri conferentes ipse vidi contra possessores, et Dominos eorundem Bonorum per semetipsos causam, atque litem suscitasse, quasi non possent illos in Dominio Bonorum ipsorum conservare, per hoc eadem Bona rursus pro se vendicare satagentes, quod nunquam est admittendum.

II. Familienrechte.

§ 47. Die Familie und Ehe[1]).

Die Familie ist der Inbegriff jener Personen, welche durch Erzeugung, als Eltern und Kinder, in Blutsgemeinschaft mit einander verbunden sind; — juristisch genommen gehören in die Familienverbindung alle jene Personen, welche durch Heirath und ehliche Geburt oder durch Legitimation — (oder durch Adoption?) — in diese Rechtsgenossenschaft eingetreten sind[2]).

Die Ehe als die von Gott — in innigster Lebensgemeinschaft der Gatten — gestiftete Vereinigung von Mann und Weib zur Fortpflanzung des Menschengeschlechts und zur Erziehung der Kinder ist in der Eingehung und Auflösung durch die Kirchengesetze der verschiedenen Confessionen bestimmt[3]). Da aber die Ehe zugleich bürgerliche Wirkungen hat und zur Erreichung ihrer Zwecke weltlicher Mittel bedarf, hat sich von jeher neben dieser christlich-religiösen Seite des Eheinstitutes eine volksthümlich-nationale entwickelt, welche namentlich das Schutzverhältniß der Geschlechts-Vormundschaft[4]) und verschiedenartige Ver-

[1]) Siehe *Vajda* III. S. 106 (Az attyai hatalomról); worauf daselbst Proceßwesen folgt; *Dósa* II. S. 22 und *Wenzel* II. S. 139.

[2]) Siehe auch meine „Deutsche Rechtsgeschichte" S. 126.

[3]) In Siebenbürgen sind also zu unterscheiden: 1) das römisch-katholische — 2) das griechisch-katholische — 3) das evangelisch-reformirte — 4) das evangelisch-augsburgische — 5) das unitarische — 6) das griechisch-orientalische — und 7) das mosaische Eherecht. — Siehe Vorlesungen über „Kirchenrecht".

[4]) Rechtsgeschichtlich zu beleuchten mit Hervorhebung der Stephan'schen Legislation. — Siehe Text im I. Bd. erste Auflage und in meinen Materialien „Verfassungsgrundgesetze".

Es erscheint demnach zur Eingehung einer gesetzlichen Ehe die Einwilligung jener Männer erforderlich, in deren Schutze (väterlichem, brüderlichem, vormundschaftlichem) sich das Mädchen befindet (cf. Trip. I. 29. u. 31. sowie 91. 92).

Ein Familienzeuge erklärt öffentlich diese Einwilligung. Derselbe heißt in alten Urkunden nuntius mediator und násznagy (Brautführer, Beistand) und erscheint insbesondre berufen — ebenso der Priester — die geschehne Verlobung und Trauung zu beweisen (s. Großwardeiner Register Nr. 262. 82. 29. u. a. O.)

Verboten waren anfänglich die Ehe des Freien mit einer Sclavin, eines Priesters mit seiner eignen Magd, eines Christen mit einer Jüdin oder Mohamedanerin. (Vergl. Großw. Register Nr. 162, 252; *Fejér* III. 1. 241. u. a. O.) Hier sind noch zu erörtern die Begriffe raptus und violatio? und namentlich anzuknüpfen an die Bestimmung der Coloman'schen Graner Synodalbeschlüsse: „Si quis puellam rapuerit vel violaverit, si nobilis est, canonice poenitentiae cum compositione subjaceat, qui vero hoc persolvere non poterit, tonso capite secundum judicium regis Ladislai venumdetur. Si quis sponsam rapuerit alterius, si illa non consensit, reddatur proprio

mögenseinrichtungen betrifft und welche daher in diesen von der staatlichen Legislation und der örtlichen Sitte abhängigen Gestaltungen, (soweit sie Rechtsverhältnisse ausmachen), einer besondern privatrechtlichen Darstellung zu unterziehen ist.

Das ehliche Recht selbst ist aus dem, unter den christlichen Völkern und namentlich unter den Deutschen in wesentlich gleicher Weise vorkommenden, „Pflichtenverhältnisse der Gatten" zu erkennen[1]); doch sind in unserm vaterländischen Rechtsleben die an die sogenannte „Mißheirath" anderwärts geknüpften Folgen gar nicht hervorgetreten und haben sogar die Frauen nicht nur ihre eignen höhern Standesrechte (z. B. die Titulatur Gräfin) beibehalten, sondern überhaupt auch das Recht des eignen Vermögens[2]) gehabt, weshalb eben die Sitte aufgekommen war, daß Frauen auch ihren ursprünglichen Familiennamen führten.

§ 48. Die Vermögensrechte der Frau.

Die eignen Vermögensrechte der Frau (Gattin, Wittwe) betreffen:

1) Die dos oder das dotalitium, (a' hitbér).
2) Die parafernales res oder das parafernum,
3) Die bona uxorea oder die allatura, und endlich } hozomány.
4) Das Wittwenrecht (jus viduale); sowie eventuell auch: } öszvegyitartás.
5) Erbrechte der Wittwe, }

---

sponso, raptor vero, si nobilis est, compositionem canonicam faciat et sine spe conjugii poeniteat; si non poterit compositionem dare sine spe libertatis vendatur" ferner: „Placuit sanctae synodo ut omnis conjugalis desponsatio in couspectu ecclesiae praesente sacerdote coram idoneis testibus aliquo signo subarrationis ex consensu utriusque fieret, aliter non conjugium sed opus fornicationis reputetur" (siehe Vorlesungen über Kirchenrecht).

[1]) Begreiflicher Weise waren anfänglich die Rechte des Gatten ausgedehnter als heutzutage. Er hatte eine häusliche Strafgewalt, die bis zur Tödtung der Frau gehen konnte.

Vergl. Ladislaus Decret I. 13. „Si quis uxorem cum altero adulterantem necaverit, deo de se rationem reddat et si voluerit alteram ducat; si vero ex propinquis feminae aliquis in eum insurrexerit, quod interfecisset eam injuste, judicio discutiatur" etc. (cf. Trip. I. 105. und Großwardeiner Register Nr. 237. 275. 198. u. a. O.)

In Siebenbürgen das kaum je in Wirksamkeit getretne Gesetz C. C. I. 1. 8. (... „hogy pedig annyi java nem lészen, hogy az articularis poena exequaltathassék rajta kössék nyakon 's adják hütös társa kezébe") — im Falle der „Desertion der Frau" soll die Frau 200 fl. zahlen oder am Halse gebunden dem Manne zurückgegeben werden.

[2]) cf. Trip. I. 54. 1. und I. 113. 4. ferner überhaupt nachzulesen Trip. I. 98. 1. und I. 102. 1.

Nur die erstern vier — sind hier als ehliche Güterrechte — in zusammengehöriger Weise zu behandeln.

1) Das dotalitium oder die dos[1]).

Nach Trip. I. 93. 2. ist dies Vermögensrecht[2]) der Frau folgendes: „Dos quae uxori propter ejus defloration em et concubitum de bonis mariti datur“ oder: „E regni nostri veteri approbata consuetudine dotalitium est merces foeminarum legitime conjugatarum ob debitum matrimonii de bonis et juribus possessionariis maritorum juxta status illorum exigentiam, dari consueta“.

Es beträgt nach Trip. III. 3. 3—4 gewöhnlich sechs und sechzig Gulden, wenn nehmlich die Güter des verstorbnen Gatten den Betrag von 66 Marken gravis ponderis ausmachen sollten[3]), (also etwa im Werthe: das Besitzthum einer adligen Curia sammt 144 Erd-Jochen[4]).

Ausgezahlt wurde es als ein Preis der Jungfräulichkeit und Gattentreue wie es angeordnet ist in Trip. I. 96. init. „quod quaelibet foeminarum a primo marito integram dotem, a secundo vero mediam duntaxat dotem, a tertio quartam partem, a quarto octavam solum partem dotis habet“ und zwar nach der Auflösung der Ehe auf Grund von Trip. III. 3. 9. „Dotalitiorum solutio, quoad duas partes paratis et numeratis pecuniis, ad tertiam siquidem

---

[1]) Ueber die frühre geistliche Gerichtsbarkeit siehe „in caussis dotum“ *Fejér* III. 2. S. 323 und *Bél* Apparatus S. 251, Note C.

[2]) Ueber dieses Vermögensrecht als ein Eigenthum der Frau (Wittwe) intressante Urkunden in *Fejér* III. 1. 316. 55 und III. 2. 490. ferner III. 1. 56. und 69.; III. 2. 230; IV. 1. 470; IV. 2. 333; IV. 2. 395; IV. 2. 518; IV. 3. 248; V. 1. 266; VI. 1. 267; VI. 1. 278; VII. 3. 69; VII. 4. 197; VII. 5. 340. und VII. 5. 251. u. a. O. (Ueberhaupt nachzulesen Trip. I. 93—109).

[3]) Die Urkunde bei *Fejér* III. 2. 229. aus dem Jahre 1231 zu erklären: „insuper etiam paterna praecavens benignitate, ne per mortem meam inter filios meos, quorum alter ex parte matris a nobili genere Graecorum, alter vero a pia generositate Francorum duxerunt originem, oriatur dissensio dabo Isaac terram unam Welg nomine, pro dote matris suae, et si quandocunque altercarentur inter se, ut plus haberet mater unius quam alterius, non est mirandum de amplitudine dotis uxoris sequentis, nam ipsam mihi copularam quando dignitatum et rerum opulentia perfruebar, praecedente vero tempore juvenis minus florebam in temporalibus, nec non etiam ex voluntate disponentis plus donatur uni quam alteri“. — (Im deutschen Rechte vergl. *Walter* „Rechtsgeschichte“ Bonn 1853 Seite 539 der Viertheil?). — Rechtsgeschichtlich Urkunden zu vergleichen in *Fejér* III. 2. 490; IV. 471; IX. 6. 82 u. a. O.

[4]) Nehmlich die Mark zu 4 fl. gerechnet und das Erdjoch zu 1 fl. (cf. Trip. I. 134. 3. und I. 93. 4.); bona interna?

partem rebus mobilibus atque venalibus absolvi consuevit“ [1]). (cf. I. 134. 4).

Unter den Seklern wurde nach der 71. Constitut. 1555[2]) das dotalitium bei den Primoren mit 24 fl., bei den Primipilen mit 12 fl., bei den Piridariern mit 6 fl. in Anschlag gebracht; bei den Unterthanen überhaupt mit 3 Ufl.

Der Anspruch auf Zahlung dieses Frauengeldes wird verwirkt und erlischt in den Fällen des Trip. I. 105. 1. (Ehebruch und Desertion); I. 106. 2. ferner II. 24. und II. 43. 4. (Majorpotenz[3]), welche Gesetzesbestimmungen nachzulesen sind.

(Die dos contractualis ist als in Ehepakten oder Heirathsverträge — oder als scripta auch im Testamente in der Eigenschaft eines Vermächtnisses — begründet[4]), nach dem Willen der Paciscenten — (oder des Erblassers) — zu behandeln[5]), (viszonyos jegybér).

2) Die res parafernales, das parafernum[6]).

Nach Trip. I. 93. 1. „Parafernales autem res dicimus omnia bona mobilia, quae mulieri aut per maritum[7]), aut parentes aut

[1]) Zu vergleichen Trip. I. 95. 1. ferner I. 101. 3. und III. 3. 2. und 9. sowie I. 27. 2. und II. 24. (Verpfändung).

Uebrigens sollten im Falle eines kleinen Besitzthums nur soviel Gulden erlegt werden, als etwa der vierte Theil der „gemeinen Schätzung“ der ehemännlichen Güter (bona interna) ausmachte — (quartalitium?)

Verpflichtet waren der Mann und dessen Rechtsnachfolger im Güterbesitze (cf. Trip. I. 67. 2.; I. 93. 6.; I. 102. 2.; I. 103.; I. 109.; I. 29. 4.; I. 104; außerdem ausgesprochen in Sigismund D. VI. 18.; Mathias D. VI. 26. ꝛc. Wladislaus D. I. 63. und 64. ꝛc.)

[2]) cf. *Székely* Nemzet Constitutióji p. 49. und betreffenden Ortes in m. „Municipalconstitutionen“. (s. hier „Anhang“ u. vergl. „Ungar. Rechtsdenkmäler“).

[3]) Fälle zu vergleichen *Fejér* IV. 1. 170. und Ladislaus Decret. I. 64. ꝛc. Auch kann begreiflicherweise eine dimissio dotis (Verzichtleistung) stattfinden, so in den Urkunden *Fejér* V. 2. 418., VI. 1. 209. Großwardeiner Register Nr. 139. und 240. ꝛc. cf. Trip. I. 109.

[4]) Z. B. *Fejér* III. 2. 376. und IV. 1. 77. ꝛc.

[5]) Siehe allgemeine östreichische Gerichtszeitung Nr. 137:1853, woselbst die dos den Instituten des allgemeinen bürgerl. Gesetzbuches entgegengehalten, — die dos legalis als eine, nach Auflösung des Ehebandes zahlbare Schuld aus dem Gesetze — die dos scripta hingegen (soweit sie jene übersteigt) als eine Schenkung auf den Todesfall angesehn wird. — (§ 956. a. b. G. B.).

Die dos ist überhaupt — in Uebereinstimmung mit dem deutschen Rechte ähnlich einem Leibgedinge — (ursprünglich gewöhnlich ¼ des innern gemeinen Gutswerthes) — zu behandeln, welches nach §§. 1259, 1242—1244 a. b. G. B. auch weiterhin bestellt werden könnte. (cf. Gerichtszeitung Nr. 34:1854).

[6]) Z. B. *Fejér* Cod. dipl. IV. 2. 333. Urkunde von 1250, ferner IV. 2. 395. VII. 5. 251. u. a. O.

[7]) Also werden hieher auch die Hochzeitsgeschenke (z. B. das jegyruha) gerechnet cf. *Fejér* IV. 3. 428. ꝛc. und Trip. I. 100. (nachzulesen S. 124).

fratres sive etiam alios quoscunque, tempore solennitatis nuptiarum aut desponsationis vel subarrhationis ejus dantur".

Das parafernum (gewöhnlich zur Allatur mitgerechnet) ist vollkommnes Eigenthum der Frau, wie aus Tripart. I. 100. init. 1—4 (Seite 125) hervorgeht[1]) und nur im Falle Trip. II. 24. 4. erlischt der Anspruch auf dies sonst immer gültige Vermögensrecht.

3) Die allatura, bona uxorea oder[2]) bona materna.

Hierunter versteht man das eingebrachte Vermögen der Frau, insbesondre deren „eigenthümliche" Güter[3]), welche wohl in der Nutznießung des Mannes zum Zwecke der gemeinschaftlichen Haushaltung und Bestreitung der ehelichen Bedürfnisse zu stehen pflegen[4]), aber bei der Auflösung der Ehe an die Frau oder deren Verwandte zurückzufallen haben (cf. Trip. I. 47. und 67. ferner I. 100. 3. u. 105. 2).

4) Das Wittwenrecht jus viduale[5]).

Unter dem Wittwenrechte (jus viduale) wird die standesmäßige Wohnung und der Unterhalt[6]) — wie auch für den Fall einer zweiten

---

[1]) cf. Trip. I. 67. 2.

[2]) bezüglich der Kinder so genannt.

[3]) Sie hatte auch in der ältern Zeit daran Verfügungsrechte (cf. *Fejér* III. 1. 285; II. 198. III. 2. 403. und I. 394. ferner *Petz* Cod. dipl. VI. 358. *Spiess.* Archiv. Nebenarbeiten I. 180. und I. 144.) oder wenigstens die Beistimmung (cf. *Fejér* II. 185. 299. ꝛc.) selbst während der Ehe.

[4]) Es kömmt auf das Einverständniß der Gatten an, ob die Frau dem Manne den Mitgebrauch (gleichsam als ihrem Mandatar) gestattet, oder nicht.

[5]) Im weitern Sinne begreift man unter dem Wittwenrechte auch die Vermögensrechte auf das Dotalitium und die Parafernorum Allatura.

Da sich aber erstres als Preis der Jungfrauschaft und Lohn der ehlichen Treue nicht aus dem Zustande und dem Bedürfnisse der Wittwenschaft ergibt, und da letztres überhaupt als Eigenthum gefordert werden kann, — so ist jene Auffassung nur in äußerlicher Weise gerechtfertigt.

[6]) Die intertentio vidualis und zwar die „habitatio" nach Trip. I. 98. § 1—5, ferner Trip. I. 102. 1. und I. 30. 7. sowie 101. (Nachzulesen Titel 98 hier Seite 123 unten).

Man unterscheidet eine conjugalis und eine vidualis intertentio je nachdem ob auch Kinder vorhanden sind oder nicht. cf. A. C. III. 25. (Relictákról) Tutrix relicta?

Ueber die intertentio conjugalis nachzulesen Trip. I. 102. pr. und § 1, sowie tit. 98. und I. 134. 4.

Ueber die intertentio vidualis nachzulesen A. C. III. 25. wornach: ... „hogy esztendö alatt a' Dotalista Relicták Urok' jószágiból és javaiból semmiképen ne exturbáltassanak, el-telvén pedig az esztendö, akár változtatta légyen Ura nevét, s' akár ne, de a' legitimus Haeresek és Successorok admoneáltatván az igaz Dossal, 's meg kináltatván egyszersmind Ura nevének viseléséig a' Jószágnak quantitássához képest

Ehe die Heiraths-Ausstattung — der Wittwe verstanden. Die Verpflichtung zu dieser letztren Leistung liegt nach Trip. I. 67. 2. demjenigen ob, auf welchen die blos dem männlichen Geschlechte gehörigen Donationalgüter des verstorbnen Mannes übergegangen sind.

Das Wittwenrecht (Wohnung und Unterhalt) erlischt mit dem Tode oder einer zweiten Verheirathung (cf. Trip. I. 102. 1—2, I. 98. 2. ꝛc.) Ausnahmen wegen Gegenforderungen Trip. I. 67. 2. und C. C. IV. 7 [1]).

Das in der Ehe erworbne Vermögen (a' házastársak' közszerszeményei) ist Eigenthum des Mannes, außer es wäre erweislich die Frau „Miterwerberin" (coaquisitrix) gewesen, namentlich im Falle, als der Erwerb aus ihren Parafernalien oder der Allatur gemacht worden wäre und insbesondre, als sie selbst in der betreffenden Urkunde „miterwähnt" sein sollte. (cf. Trip. I. 48. und 102. sowie III. 29. 2. u. I. 17.)

Besondre „Ortsstatute" in Städten und Märkten. (Siehe „Ungar. Rechtsdenkmäler").

Die wichtigsten Bestimmungen enthalten im Tripartitum erstem Theile die Titel 88—105:

Quid sit Jus Quartalitium definitive? et quibus solvi debeat?

Titulus 88.

Prachabita Jurium possessionariorum tum perpetuitatis Jure, tum vero pignoris titulo conservationis, sed et metalium Reambulationum, Rectificationumque descriptione: jam consequenter super quarta puellari, seu Jurium Quartalitiorum, nec non Dotum, et Rerum Paraphernalium solutione, restitutioneque disserendum est.

§ 1. Ubi scias; quod Jus Quartalitium sit Jus possessionarium puellis, et mulieribus de Bonis, ac Juribus paternis haereditariis, in signum parentelae propagationis, non perennali, vel haereditaria, sed redemptibili lege, conditioneque deputatum.

---

illendö részszel-is, ha azzal contenta lészen, vagy magok között convenialhatnak bene quidem: ha pedig nem reportálják abbéli proeessusokat a' Haeresek és Successorok Vármegyékre, vagy Székes helyekre, a' hol tudniillik derekasabb residentiája kiken felülni szokott vólt a' meg-hólt ember, és ott azon Vármegye vagy Szék conscentiose a' Decretumnak continentiája, és a' jószágnak quantitása szerént limitálják-meg a' Dost, mind pedig az Ura neve viseléséig a' Jószágbéli részt, 's ki-botsátván a' tiszteket, mind a' Haereseknek, mind pedig a' Dotalistának ítéltetett Jószágokat nullo remedio ulteriorique processu obstante assignálják kezekhez; hasonlóképen a' leveleket-is hit szerént" .... (einjährige Nutznießung der ehemännlichen Güter ohne Berechtigung der Verschuldung. — Ausscheidung der dos? ꝛc.).

[1]) „Ha melly Aszszony rabságába esett Urának szabadúlásáért és sattzáért Urához való szeretetitöl vagy egyéb respectustól viseltetvén nem az Urának jószágát és egyéb javait, hanem a' maga saját jószágát adnael, zalagba vagy örökösön-is, a' verus Successoroknak nyilván való praejudiciumokra, intacta hagyván ez iránt Urának javait és jószágát".....

§ 2. Quare autem Jura possessionaria paterna, servitiis acquisita, Jus foemineum non concernant; et filiae de illis cum filiis pariter, et haeredibus legitimis portiones habere nequeant; et quibus de possessionibus portiones haereditarias habere debeant, superius, ubi de successione haeredum in Bonis paternis fienda descriptio facta est, expresse reperies.

De modo Salutionis Jurium Quartalitiorum, seu quartae puellaris.

Titulus 89.

Advertendum est autem, quod quisque Baro, Magnas, vel Nobilis sive unam, sive decem, vel plures habeat filias, una solutione quartae puellaris eas absolvere poterit: ita videlicet, ut universa Jura possessionaria paterna simul cum cunctis utilitatibus; et pertinentiis quibuslibet in quatuor rectas, et coaequales segregentur partes quarum quarta pars, in sortem scilicet Quartilitiarum cedens, communi aestimatione mediante limitabitur, et aestimabitur: juxta cujus aestimationis seriem super eodem Quartalitio omnibus filiabus una, et eadem solutione, pecunia tamen, et non rerum venalium, satisfactio impendi debebit.

§ 1. Proprietas autem, et haereditas hujusmodi quartae partis una cum caeteris partibus, seu portionibus filiis, et haeredibus perpetuo remanebit.

§ 2. Quaelibet autem filiarum poterit seorsim, si voluerit, Quartalitium suum repetere. Verumtamen haeredes, a quibus repetitur, cauti esse debent, ne uni tantum solvant, quod pluribus solvere tenentur.

Quod si uni filiarum quarta puellaris data fuerit, altera adhuc super haereditate contendere poterit.

Titulus 90.

Si vero uni filiarum absque strepitu Juris, productioneque Literarum ac Literalium Instrumentorum, factum Jurium possessionariorum paternorum tangentium, quarta puellaris persoluta fuerit; altera nihilominus filiarum (si voluerit) super proprietate, seu haereditate eorundem Jurium possessionariorum paternorum, poterit in Judicia cum eo (cujus interierit) contendere, et utrum Jura ipsa sexum foemineum sequantur, nec ne, experiri.

Quod puellae in capillis constitutae Fassiones facere non possint.

Titulus 91.

Verum, quia puellae plerumque animi levitate seducuntur, ideo in capillis existentes (si etiam legitimam, et perfectam attigissent aetatem) nunquam Fassiones perennales, vel etiam temporales sibiipsis, aut successoribus, vel fratribus earum praejudicantes, facere possunt.

§ 1. Hinc est etiam, quod puellae ipsae ad tutelam fratrum minoris aetatis non admittantur, neque Tutorum officia ex Regni consvetudine gerere permittantur.

Qualiter puellae infra tempus emaritatianis earum in domo paterna maneant.

Titulus 92.

Quo vero pacto puellae, quae capillos adhuc velamine nudatos gestant, decedentibus earum genitoribus, in paternis laribus, Juribusque possessionariis ad nubiles ipsarum annos permanere; et qualiter de illis tandem emaritari

debeant; superius, ubi de bonis per defectum seminis decedentium impetratis tractatum est, manifestum habes documentum.

§ 1. Qualiter autem quarta puellaris aestimari debeat; et quid Castrum, quid Curia Nobilitaris, quid Sessio Jobagionalis, etc. valeat, in seriae aestimationum infra clare patebit.

Quid sit Dotalitium definitive? quid Paraphernum?

Titulus 93.

Item super solutione Dotum, et rerum paraphernalium id occurrit animadvertendum; quod quanquam Dos (unde Dotalitium descendit) ac Donatio et Paraphernum longe differant, nos tamen confuso vocabulo Dotem, et Donationem simul permiscentes; Dotalitium, vel solummodo Dotem dicimus: Quae uxori propter ejus defloration em, et concubitum de bonis mariti datur.

§ 1. Paraphernales autem res dicimus: omnia bona mobilia, quae mulieri aut per maritum, aut parentes, vel fratres, sive etiam alios quoscunque tempore solennitatis nuptiarum, aut desponsationis, vel subarrhationis ejus dantur.

§ 2. Unde sciendum, quod e Regni nostri veteri approbataque consuetudine Dotalium est merces foeminarum legitime conjugatarum ob debitum matrimonii de bonis, et Juribus possessionariis maritorum, juxta status illorum exigentiam dari consueta.

§ 3. Nam secundum status, et dignitatis maritorum praeeminentiam, ac bonorum, et Jurium possessionariorum eorundem quantitatem variatur, fitque solutio Dotalitiorum; verbi gratia: Relicta Baronis plus consequitur ratione Dotalitii, quam Relicta unius Magnatis, Itidem Relicta Nobilis centum, vel quinquaginta colonos possidentis, plus nomine Dotis assequitur, quam alterius Nobilis, cui minor fuerit colonorum numerus.

§ 4. Si enim officium Baronatus gesserit; tunc mulier ipsa centum marcas: Si vero Magnas, vel Baro solo nomine fuerit, et officio Baronatus caruerit, aut insignis Nobilis, vel miles extiterit, et quinquaginta Sessiones Jobagionales populosas, vel plures habuerit; Relicta ejus quinquaginta marcas pro Dote sua consequitur: Marcam quamlibet per quatuor florenos Hungaricales, aut quadringentos denarios praesentis monetae computando.

§ 5. Relicta autem inferioris status, et conditionis Nobilium de bonis, et Juribus maritorum possessionariis secundum magis, et minus, juxta scilicet bonorum quantitatem, aestimatione communi mediante (exclusis agris, silvisque, et pratis, ac aliis pertinentiis, ac proventibus bonorum exterioribus) Dotes suas rehabere poterunt.

§ 6. Mortua vero muliere, qui sibi in linea consanguinitatis propinquior erit, Dotalitium ejus requirendi, sibique vendicandi habet facultatem.

Qui sint, et intelligantur veri ex officio Barones Regni?

Titulus 94.

Ne autem super officiis, et nominibus Baronatuum dubium suboriri possit; eorum nomina hic inserenda existimavi.

§ 1. Sunt itaque veri Barones, quorum ab antiquo nomina Decretis, et Literis confirmationalibus Regiis inseri consueverunt.

§ 2. Palatinus Regni Hungariae: Judex Curiae Regiae: Regnorum Dalmatiae, Croatiae, et Sclavoniae Banus: Wajvoda Transylvanus, et Siculorum Comes, Banus Zewriniensis: nam Machoviensis Banatus per Turcas nostro aevo deletus est. Item Thavernicorum: Janitorum: Pincer-

narum: *Dapiferorum: Agazonum Regalium, et Reginalium Magistri; nec non Themesiensis, et Posoniensis Comites.*

§ 3. *Horum omnium Relictis, pro earum Dotibus, et rebus Paraphernalibus centum (ut praemissum est) marcae per eos, quorum intererit, dari solent, atque debent.*

Quod Dotalitiorum solutio partim pecuniis, partim rebus venalibus fieri debeat, et quales sint res venales?

Titulus 95.

Dotalitiorum autem solutio partim pecuniis numeratis, partim vero rebus mobilibus, et venalibus juxta tamen verum pretium, et valorem earundem rerum fieri semper solet.

§ 1. *Exclusa tamen vestium sartitarum, ac armorum, et equorum, bovumque, ac aliorum pecorum clavdorum aestimatione: Quae in sortem solutionis Dotalitiorum non acceptantur.*

§ 2. *Res autem mobiles, et venales in hac parte tales esse debent, quae in foro quotidiano vendi possunt, prout sunt oves, boves, equi, caprae, vaccae, vituli, et porci, qui se movere loco in locum commode possunt.*

Quod mulier a primo marito integram, et a secundo mediam Dotem habeat. Et unde Dotalitia solvantur?

Titulus 96.

Item advertendum, quod quaelibet foeminarum a primo marito (ratione floridae virginitatis, in qua nuptui tradita fuit) integram Dotem; a secundo vero, post defloralionem, scilicet nubendo, mediam duntaxat Dotem; a tertio quartam partem; a quarto octavam solum partem Dotis habet.

§ 1. *Si quae autem etiam quinto, vel sexto marito nupserit; Dos sua in tantum minuetur, ut admodum exigua sit futura.*

§ 2. *Solvuntur autem Dotalitia mulieribus de bonis, et Juribus possessionariis maritorum, ad quae fuerint traductae.*

§ 3. *Nam de Juribus paternis non Dotem; sed Quartalitium habere debent: Nisi forsitan aliqua earum Dotalitium matris, vel aviae suae requireret: quod de Jure facere poterit, si Expeditoria super eo prius non fuerit data.*

Qualiter Dotalitium, et Quartalitium simul quaeri poterit?

Titulus 97.

Sciendum est tamen, quod Dotalitium matris, et aviae simul una, et eadem persona quaerere non potest.

§ 1. *Nam, si matris meae Quartalitium quaero; tunc Dotalitium aviae meae quaerere debeo: Quia mater matris meae avia mea est.*

§ 2. *Si autem sola mater mea Quartalitium suum de Juribus paternis quaerat; tunc ipsa Dotalitium matris suae, et non aviae quaerere debebit: Nam aviae ejus Dotalitium illius generationis, et quidem propinquioris, est quaerere, de cujus prosapia mulier illa processisse dignoscitur.*

Quomodo foeminae de Bonis maritorum ejici possint? et quomodo non? et de rebus eorum mobilibus.

Titulus 98.

Item, universae res mobiles mariti sine liberis, atque sine testamento defuncti, cujuscunque materiei existant, et quocunque nomine censeantur, ad suam uxorem devolvuntur.

Digitized by Google

§ 1. Quae de Bonis, et Juribus possessionariis, domoque Residentiae, et Curia mariti, quamdiu sub nomine, et titulo defuncti mariti viduitatis tempore peregerit, et ad alia vota se non transtulerit; etiam cum restitutione Dotis suae excludi non poterit.

§ 2. Postquam tamen maritata, nuptaque cuipiam fuerit; tunc ille, ad quem Bona, et Jura possessionaria mariti defuncti Jure haereditario, successorioque devoluta fuisse dignoscentur; mulierem ipsam, restituta primum ejus Dote, de eisdem Bonis ejiciendi, et excludendi plenariam habet auctoritatem.

§ 3. Imo, si Bona, et Jura possessionaria viri ipsius praemortui adeo copiosa, fructiferaque fuerint, ut Dotalitium uxoris longe excedere videantur; tunc is, in quem Bona ipsa derivabuntur, poterit mulierem illam, si etiam nomen, et titulum mariti sui gereret, de reliqua parte Bonorum (quae scilicet aestimationem Dotis suae praecellere, et excedere videbitur) Juris ordine coram suo Judice excludere, et tantum duntaxat ad utendum, de Juribus illis possessionariis deputare, quantum Dotis quantitas postulabit.

§ 4. De loco tamen, et domo, curiaque solitae Residentiae mariti excludi mulier ipsa nequibit. Nisi forsitan domus ea Castrum fuerit: quod sibi non conceditur; sed domus alia mariti extra Castrum alicubi sita ad habitandum eidem deputabitur.

§ 5. Secus est de illis, qui multa habent, atque possident Castra pro loco habitationis deputata. Nam hoc casu etiam mulieri Castrum deputari poterit habitandum.

De divisione rerum mobilium mariti inter Relictam, et Liberos, ac Fratres ejusdem.

Titulus 99.

Ubi autem maritus decedens filios, et filias simul cum uxore, nec non fratribus indivisis in domo sua post obitum suum reliquerit; tunc primum portio defuncti a portionibus fratrum indivisorum superextantium in cunctis rebus mobilibus dividi, ac sequestrari debet.

§ 1. Deinde vero omnes res mobiles ipsius mariti praemortui, quocunque nomine censeantur, inter uxorem, ac filios, et filias ejus communiter dividuntur: et in tot partes, quot personae sunt in domo nondum divisae, vel emaritatae, sequestrantur, ac unicuique portio sua restituitur: dempto eo, quod equos curriferos, et vestem potiorem mariti defuncti Domina relicta illius pro se tollet.

§ 2. Arma vero militaria sine divisione filiis, aut fratribus indivisis cedent.

§ 3. Illis autem omnino deficientibus, non solum ea, sed et omnia Bona mobilia (prout jam praemissum est) in ejus Relictam (nisi forsitan super eisdem maritus testamentum fecerit) devolvuntur.

§ 4. Filios autem hoc in loco cum patre defuncto nondum divisos; filias vero de Bonis suis nondum nuptui traditas, et emaritatas intellige. Nam post divisionem, filii, et post connubium filiae portionem de hujusmodi rebus, et Bonis mobilibus paternis habere non possunt.

De Paraphernis, et rebus cum sponsa; ac tempore nuptiarum sponsae datis.

Titulus 100.

Notandum tamen est, quod vestes, et aliae quaelibet res cum sponsa per parentes, vel fratres, aut alios quospiam tempore (ut praenotatum est)

sollennitatis nuptiarum, aut desponsationis, vel subarrhationis ejus datae (quas nos res Paraphernales dicimus) mortuo marito sine liberis, eidem sponsae; hoc est, uxori (si quae ex illis restabunt) simul cum Dote sua salvae manebunt, restituique debebunt: Nec tempore divisionis aliarum rerum mobilium, hujusmodi res secum traditae, divisioni subjacebunt.

§ 1. Imo, si etiam liberos, filios videlicet, et filias habuerit, et ad secundas nuptias forsitan se mulier ipsa transtulerit, vel aliter cum iisdem liberis suis cohabitare noluerit; libere res illas pro se retinebit.

§ 2. Sponsa vero sine liberis, et testamento defuncta; res ipsas parentes ejus, vel fratres propinquiores recuperare, sibique vendicare possunt.

§ 3. Liberos tamen, si post se reliquerit; ad illos devolventur.

§ 4. Res autem per sponsum sponsae aut pro honore nuptiarum, aut pro subarrhatione traditae, decedente (antequam convenirent) sponsa; nunquam per sponsum recuperari poterunt: Verumtamen post copulam carnalem, si sine liberis, et intestata (nam testamentum super illis facere potest) ab hoc seculo decederet: apud maritum manebunt.

De equis equatialibus defuncti ad quinquagenarium usque numerum.

Titulus 101.

Item hoc quoque advertendum est; quod, si maritus equos gregales (quos equatiales dicimus) infra quinquagenarium numerum habuerit, stante et durante conjugio suae uxoris aggregatos, vel emptos; aequaliter inter eos dividuntur.

§ 1. Imo, si etiam ante conjugium ad manus mariti equi hujusmodi equatiales devenissent, dummodo numerum quinquagenarium non attigissent; pariter dividi, et communes esse debebunt.

§ 2. Si tamen eundem numerum attigerunt, vel excesserunt; tunc maritus poterit de eisdem, tanquam rebus per cum acquisitis, testari: Sed si super eisdem intestatus decesserit, circa haereditates filiorum computabuntur. Verumtamen si aviti fuerint; tunc testatio quoque de eisdem non tenebit, neque locum habebit, nisi quantum ad portionem mariti testantis cederet, quod de Jure fieri permittitur.

§ 3. Reliqui tamen cum Juribus possessionariis pariter ad filios, vel fratres indivisos, et alios successores legitimos derivabuntur, atque pertinebunt: cum quibus solutio Dotalitiorum, et Quartalitiorum fieri debebit: Ne praetextu ejuscemodi solutionis cogantur successores haereditates suas alienare: Qui et alioquin filias de Juribus paternis emaritare, nuptuique tradere tenebuntur.

§ 4. Et hoc; si filiae portiones de rebus mobilibus paternis post ejus obitum non tulerunt: Nam hoc modo portiones hujusmodi ad maritationem cedent: insuper et Quartalitia sua rehabebunt.

De Juribus possessionariis mariti, durante conjugio uxoris, comparatis.

Titulus 102.

Item ulterius sciendum, quod, si etiam durante conjugio, maritus quispiam possessiones, et Jura possessionaria pretio comparaverit, et nomen conjugis in Literis Fassionalibus inseri non fecerit; tunc de talibus possessionibus, ac Juribus possessionariis (etsi emptitiis) mulier ipsa pro se portionem habere non poterit.

§ 1. Verum, si voluerit, et nomen titulumque mariti sui praemortui gesserit; semper vita sua comite in Bonis, ac Juribus possessionariis filiorum, ac filiarum residere, permanereque libere valebit. Sub conditione tamen superius in articulo (quomodo foeminae de Bonis maritorum ejici possint?) plane declarata Dico autem filiarum; si Bona illa Jus quoque foemineum secuta fuerint.

§ 2. Ubi vero ad secundas nuptias mulier se transtulerit; restituta Dote sua de illis per eum, cui competet, ejici, et excludi poterit. Qui enim per Jura haereditaria uxori suae cupit complacere; studeat nomen ejus in emptionis, et fassionis serie ponere.

§ 3. Verum, si Jura impignoratitia maritus ipse defunctus quocunque tempore, ante scilicet conjugium, vel in conjugio sibi obligata, post obitum suum reliquerit, etiamsi nomen uxoris, seu uterque sexus haeredum in Literis Obligatoriis, et impignoratitiis non contineatur; aequaliter tamen inter conjugem filios, filiasque, vel fratres indivisos, instar aliarum rerum mobilium dividentur.

§ 4. Quoniam Jura impignoratitia redemptibilia sunt, quae post redemtionem in pecunias convertentur: Pecuniae autem inter bona mobilia computantur. Et hoc, si hujusmodi Jura impignoratitia postea in haereditates conversa non fuerint.

Quod mulier de bonis mariti, etiam pignori per eum obligatis, Dotem suam rehabere potest.

Titulus 103.

Sciendum deinde est, quod, si maritus mulieris necessitate forte ingruente (prout saepenumero fieri solet) Jura sua possessionaria alteri cuipiam impignoraverit, maxime absque uxoris suae consensu; tunc mortuo marito, poterit mulier ipsa Dotem suam ab eo, qui Jura hujusmodi possessionaria pignori tenet, requirere pariter, et rehabere. Quoniam impignoratio non excludit proprietatem et perpetuitatem Jurium ipsorum possessionariorum.

§ 1. Alioquin enim, si mulier ipsa redemptionem illorum expectaret, nec prius Dotem Suam assequi posset; interim forsitan, quoad redemptio fieret, ex humanis decederet, et sic Dote sua fraudaretur.

§ 2. Attamen tempore redemtionis eorundem Jurium possessionariorum illis, ad quem redemptio ipsorum spectabit; non solum super capitali summa, pro qua utpote impignorata fuerant, sed etiam super solutione ejuscemodi restitutae Dotis satisfactionem impendere tenebitur.

Quod Dotalitium uxoris pro maleficio mariti non amittatur.

Titulus 104.

Praeterea si Jura possessionaria mariti pro ejus maleficio, aut etiam per notam aliquam infidelitatis ejusdem juridice occupabuntur (etiam maritus capite plecteretur) uxor ipsa nihilominus Dotem suam ab eo, quia Jura ipsa possessionaria possidet, semper recuperare valebit.

Quod mulier in adulterio deprehensa perdat Dotalitium, sed non Res Paraphernales.

Titulus 105.

Advertendum insuper est, quod, si mulier violata fide, qua marito suo tenetur, adulterium commiserit, et in adulterio deprehensa divortium

tandem subsecutum fuerit; perdit ipsa Dotem suam, sed non Res Paraphernales, hoc est; res secum tempore nuptiarum per parentes, aut fratres, vel virum suum, sive etiam alios quospiam datas, vel etiam per virum suum, traditas. —

§ 1. Verum, si post adulterium maritus mores ejus scienter approbaverit, cum ipsa cohabitando, et concumbendo; tunc etiam Dotem suam recuperabit: et postea neque necem illi propter adulterium (si etiam secundo peccaverit) maritus inferre valebit: quam prima fronte, ubi scilicet ad notitiam ejus adulterium devenit; libere, Jureque inferendi habet facultatem.

§ 2. Ubi autem ipsa mulier ob hujusmodi adulterium juridice extremo suplicio mulctata fuerit; fratres ejus solummodo Res Paraphernales, et non Dotalitium ejus recuperare poterunt. Et hoc; si liberos non habuerit, aut testamentum de illis non fecerit: nam hoc modo, ad liberos suis devolventur, vel testamentariis ipsos cedent.

§ 49. Die väterliche Gewalt[1]).

Der Vater (oder wenn dieſer noch nicht ſelbſtändig ſein ſollte, der Großvater[2]) hat über ſeine Kinder eine Gewalt (atyai hatalom), welche Rechte und Pflichten in ſich begreift.

A. Er iſt insbeſondre befugt:

1) Die Kinder zu ſtrafen (nach Trip. I. 51. 5.) ſie bei ſich zu behalten und ſogar als Geiſel zu geben;
2) im Falle der Noth die Güter ſeines Sohnes zu belaſten oder ſogar zu veräußern (cf. Trip. II. 57. 6. und 8.);
3) den Sohn legitimae aetatis zur Theilung des Aviticalvermögens zu verhalten und ihn hiedurch zu emancipiren;
4) für die Söhne illegitimae aetatis Vormünder teſtamentariſch zu beſtellen (nach Trip. I. 119. 1. und 124. 2. ſowie I. 114. 1.)

Hiemit ſtehen die aus den eigenthümlichen Perſonen- und Vermögens-Verhältniſſen ſich natürlich ergebenden väterlichen Rechte im ſelbſtverſtändlichen Zuſammenhange.

B. Er iſt insbeſondre verpflichtet:

1) Für Kleidung und Nahrung der Kinder zu ſorgen. (cf. Trip. I. 55).
2) ebenſo für ihre Erziehung und die Verwaltung ihrer Güter (cf. 52:1791, Punkt 11, in der „Rechtsgeſchichte" I. erſte Aufl. p. 154).
3) die Güter der Kinder nicht zu belaſten (cf. Trip. I. 51. 6).
4) ſeine Gewalt geſetzmäßig zu gebrauchen und alſo auch nöthigenfalls die Aviticalgüter zu theilen (cf. Trip. I. 53. und 114).

---

[1]) Nachzuleſen Trip. I. tit. 51. 55. und 57; daſelbſt Fälle angegeben, welche zum Theil ſchon aus den „Beſitzrechten" ſich ergeben.

[2]) cf. Trip. I. 51. 2. und 56. 1. womit zu verbinden Trip. I. 113. init. und 116. 119. 120.

Die väterliche Gewalt ist aufgehoben, wenn der Vater sich in feindlicher Gefangenschaft befindet (cf. Trip. I. 56. 3.) oder wenn er seiner Sinne nicht mächtig ist (cf. Trip. I. 55.); und sie erlischt in folgenden Fällen:

1) durch den Tod des Vaters[1]).
2) durch die Theilung des Avitealvermögens bezüglich der Söhne[2]) und durch die Verheirathung der Töchter.
3) durch öffentliche (ämtliche) Verfügung cf. 52:1791, Punkt 11, („in casu neglectae educationis bonorumque deteriorationis aut abalienationis vel proventuum dilapidationis“[3]).

(Vater und Söhne sind zu gegenseitigem Gütererwerbe verbunden cf. Trip. I. 53. 10.).

Hervorzuheben aus Tripartitum erstem Theile folgende Titel:

De divisione bonorum inter patres, et filios eorum: Et de paterna, seu patria potestate.

Titulus 51.

Sciendum deinde est, quod quamvis inter patrem, et filium divisio bonorum non semper admittatur; sunt tamen multi casus, in quibus (si etiam filius nollet) pater suus eum ad divisionem peragendam compellere potest et e converso, si videlicet pater nollet; filius nihilominus divisionem bonorum cum patre peragendi habent auctoritatem.

§ 1. Sed antequam isti casus declarentur; neccessarium videtur scire, qualem, et quod modis habeant patres in filios suos potestatem. Ubi notandum, quod omnes filii, et filiae parentum legitimae, et illegitimae aetatis, non emancipati, hoc est, a patria servitute non liberati, infra tempus emancipationis, seu liberationis (quae juxta consuetudinem patriae nostrae, ex parte filiorum per solam bonorum, et Jurium possessionariorum cum patre divisionem ex parte vero filiarum per earum desponsationem, et nuptiarum solennitatem, seu matrimonii consummationem fieri consuevit) in patriâ potestate consistant.

§ 2. Qui ergo ex te, et uxore tua nascuntur, quamdiu emancipati non fuerint in tua potestate erunt et non solum illi, verum etiam nepotes tui, hoc est, filii, qui ex tuo filio non emancipato generantur, in tua pariter potestate manebunt.

§ 3. Qui tamen ex filia tua nascuntur, illi non in tua, sed patris, vel avi eorum potestate erunt: Sive pater nobilis, sive ignobilis existat:

---

[1]) cf. Trip. I. 124. 2. und I. 56. I. sowie I. 55. 2.

[2]) Nachzulesen Trip. I. 51. 1. ferner Titel 52. und Titel 53. sowie II. 60. init. (in Folge der Criminalfälle „nota infidelitatis“ Trip. I. 56. 2.).

[3]) Aehnlich wie die patria potestas ist die potestas herilis im Lohnvertrage (oder dem Gesinde und den Hausbeamten gegenüber) ein Recht- und Pflichtenverhältniß, welches nach A. C. IV. 1. 8. und A. C. III. 11. 2. sowie IV. 8. 2. endlich 94. Prov. Art. als Contract beurtheilt zu werden pflegte. (cf. Trip. II. 48. A. C. ed. 83. und 84. und 26:1791, Punkt 10).

Quia filii non matris, sed patris familiam sequuntur. Et inde est, quod ex nobili matre, et ignobili patre generati, inter veros Nobiles non computentur.

§ 4. Paternarum itaque potestatum prima est: quod filius, quamdiu in potestate patris erit, de bonis paternis mobilibus, et immobilibus, invito, et non consentiente patre, nil quidquam vendere, vel aliter alienare, neque etiam contractum super his cum aliquo facere, aut inire potest.

§ 5. Secundo: quod patres filios suos, etiam legitimae aetatis, ipsorum demeritis interdum exigentibus, castigare, et corripere; imo si excessus, et flagitiorum qualitas expostulaverit, incarcerare etiam possunt.

§ 6. Item, quod necessitate rationabili ingruente, patres onera filiorum suscipere, ac super se levare, et saepe etiam bona ipsorum, nondum tamen divisa, in extremae necessitatis casu vendere, et alienare possunt, prout declarabitur infra.

§ 7. Item, quod invito patre, filium suum apud se retinere potest nemo.

§ 8. Item, quod pater potest filium suum obsidem pro se ponere, sed non e converso.

§ 9. Item, quod filii non possunt testari quidquam de rebus mobilibus paternis, nisi quantum patres eorum admiserint, quia testamentum ex libero testantis arbitrio debet procedere. Tales vero filii non in eorum, sed aliorum, videlicet patrum, consistunt potestate. Secus tamen est de rebus per filios, propriis eorum servitiis, vel literariis disciplinis, acquisitis: Super illis namque, etiam praeter voluntatem patris, libere testari possunt.

Casus, in quibus pater potest filium ad bonorum divisionem compellere.

Titulus 52.

Item, ulterius sciendum; quod pater filium suum puberem, atque legitimae aetatis, sed non impuberem, in casibus infra scriptis ad divisionem haereditatum, et aliarum rerum compellere; non tamen potest de illis eum exhaereditare.

§ 1. Primo, si filius in parentes manus violentas injecerit, vel aliam gravem, et notabilem injuriam eis intulerit.

§ 2. Item, si parentes accusaverit criminaliter de tali causa, quae in perniciem Principis, vel Reipublicae totius Regni non vergit.

§ 3. Item, si vitae parentum insidiatus fuerit, veneno scilicet, vel alio modo in necem parentum conspirando.

§ 4. Item, si cum maleficis, vel aliis nefandae vitae hominibus contra voluntatem patris perseveraverit, bona paterna prave consumendo.

§ 5. Item, si parentem captum de manibus inimicorum, vel de carcere (cum potuerit) non redemit, neque liberavit, vel pro eo fide jubere recusavit.

De casibus, in quibus e contrario filius cum patre divisionem facere potest.

Titulus 53.

E Contrario vero filius (etiam in potestate paterna constitutus) patrem suum in casibus subnotatis ad bonorum, et rerum divisionem faciendam cogendi, et inducendi habet auctoritatem, praemissa patria potestate non obstante.

§ 1. Primo, quando pater dilapidator bonorum suorum extiterit, et bona sua, ac filiorum suorum non ex necessitate, et causa rationabili, sed per fraudem potius alienavit, vel alienare manifeste praetendit, et de hujusmodi voluntate sua filio evidenter constabit.

§ 2. Item, si quando haereditates, et Jura possessionaria licet non alienavit, nec alienare intendat; tamen ea non debite colit, aut custodit, sed desolari permittit.

§ 3. Item, si pater filium sine justa causa, et sine notabili culpa impie, et crudeliter corripit.

§ 4. Item, quando pater filium post perfectum tempus legitimae aetatis matrimonium contrahere vetat.

§ 5. Item, quando pater cogeret filium suum ad peccandum.

§ 6. Quamvis autem filius patrem criminaliter accusare (prout immediate praenarratum) non valeat; tamen hoc casu (Deo enim magis, quam parentibus obediendum est) poterit filius honestis conditionibus patrem ad divisionem bonorum faciendam, non accusando, vel criminaliter contra eum agendo, sed potius errori, et defectui illius compatiendo, provocare, et inducere, atque etiam compellere.

§ 7. Divisionem autem praedeclaratam bonorum, et rerum propter praemissos casus fiendam, intellige semper de bonis, et Juribus possessionariis, atque rebus mobilibus avitis, et non propriis servitiis, vel virtutibus patris acquisitis.

§ 8. Nam si pater ob causas, et rationes praescriptas coegerit filium suum ad divisionem, tunc de bonis, et haereditatibus, seu Juribus possessionariis, atque rebus mobilibus per eum qualitercunque conquisitis, et inventis, divisionem cum filio facere non tenetur.

§ 9. Verum si cessantibus praemissis causis, divisio inter patrem, et filium facta, subsecutaque fuerit; tunc indifferenter de omnibus bonis, et rebus inter eos divisio fieri debebit.

§ 10. Quoniam pater filio, et e contra filius patri, quidquid rerum, et bonorum poterit acquirere, Jure naturali tenetur.

Adhuc de uno casu divisionis, et de Bonis filium Jure materno concernentibus.

Titulus 54.

Sciendum enim est, quod postquam filius, annuente patre, legitimam duxerit uxorem (non obstantibus praenarratis casibus) poterit patrem suum semper (rite tamen, et legitime) ad divisionem in omnem eventum cogere, ubi aequaliter de utriusque, patris videlicet, et filii Bonis, ac rebus divisio peragenda erit.

§ 1. Verumtamen si filius habuerit patrimonia, ac Jura possessionaria separata, quae sibi Jure materno obvenerunt, sive vivente, sive decedente matre; ejusmodi Bona cum patre dividere non tenetur.

§ 2 Quia in ea parte matris solum, et non patris familiam Bona illa sequuntur: prout manifeste ratio quoque in se dictat.

De filiis furiosis, et mente captis, quod semper in patria potestate consistant.

Titulus 55.

Nec hoc praetermittendum est; quod filii furiosi, amentes, et mente capti, quia nunquam ad annos discretionis, et perfectae aetatis pervenisse existimantur, ideo nunquam de patria potestate liberantur.

§ 1. Unde parentes eorum, possunt ipsos ad omnia justa, et honesta obligare: Bona etiam illorum in casu manifestae necessitatis alienare. Attamen ipsi quoque tenentur de victu, et amictu condecenter illis providere.

§ 2. Idem est intelligendum (patre defuncto) etiam de fratribus ipsorum furiosorum, quod scilicet frater eorum sanae mentis, inter alios aetate grandior, curam eorundem furiosorum, et amentium, tanquam pater supportabit.

Quod modis ceseet, et tollatur paterna potestae?

Titulus 56.

Quamvie autem filii de potestate paterna per divisionem Bonorum (prout praenotatum est) eliberari, et emancipari soleant; tamen sunt aliqui casus, in quibus etiam aliter cessat, et tollitur patria potestas.

§ 1. Primo per mortem patris sine testamento decedentis, si videlicet tutores testamentarios filio illegitimae aetatis non substituit: et hoc, si pater ipse jam sui Juris fuerat, et in potestate patris sui non erat. Nam hoc modo filius in potestatem avi sui reincidere debebit.

§ 2. Item aufertur patria potestas, si pater ob aliquod crimen infidelitatis, vel alios enormes excessus haereditate Bonorum, et Jurium suorum possessionariorum privabitur, ac ad capitalem quoque sententiam per hoc condemnabitur: nam sicut a mutua, et reciproca Bonorum succeesione per hujusmodi notam, seu criminis poenam, tam de filiis, quam fratribue decidisse; ita etiam patria potestae sublata, et exstincta esse comprobabitur, atque verificabitur.

§ 3. Item ceesat paterna poteetas, si pater in manue hostiles, et captivitatem inciderit: nam qui captus est, alium in potestate sua habere non potest: quia tunc sui Juris non est: et hoc quamdiu in captivitate manebit. Nam post ejus eliberationem, atque reversionem paterna poteetas restaurabitur, et reviviscet.

§ 4. Hinc est; quod etiam praescriptio contra ipsum interea non procedit, neque ipse contra quempiam praescribere poteet, eed infra revisionem suam, omnia in statu eodem priori permanebunt, et post reditum suum in cunctis causis, et earum articulis, atque processibus statum priorem sortietur.

§ 50. Vermögensrechte der Kinder.

Es iſt bereits geſagt worden, daß die Ehe (im Allgemeinen aufgefaßt) alle jene privatrechtlichen Folgen und Wirkungen nach ſich ziehe, welche überhaupt in allen chriſtlichen Ländern (namentlich in Deutſchland) hiemit verbunden ſeien [1]).

In vermögensrechtlicher Beziehung beſtehn auch bezüglich der Kinder nach unſern Geſetzen beſondre Einrichtungen, welche Wir in Folgendem zuſammenfaſſen wollen:

---

[1]) Wir heben hier nochmals die Beſtimmung hervor in Trip. I. 48. 1. ſowie C. C. I. 1. 8. endlich bezüglich des kindlichen Gehorſams und der den Eltern ſchuldigen Achtung A. C. III. 48. 1. (Fiak erköltstelenségekről) ſowie etwaiger Unterſtützung Trip. I. 53. 10. u. dgl. m.

Die Verſchiedenheit der „Vermögensrechte" eine nationale Rechtsgeſtaltung, deren Weſen bezüglich Mann und Frau (der Gatten) namentlich in den wiederholt angeführten Stellen des Trip. I. tit. 54. tit. 98. tit. 102. und tit. 113 zu erkennen iſt.

1) Anſpruch der Söhne auf Theilung und Succeſſion in aviticalen Donationalgütern[1]) und überhaupt Anſpruch der Kinder auf das Aviticalvermögen[2]); ſowie auf die Pflichten der väterlichen Gewalt.
2) Unbeſchränktes Verfügungsrecht über das ſelbſt erworbne Vermögen; und eventuelles Erbrecht[3]).
3) Anſpruch der Töchter auf das ſogenannte jus capillare (hajodoni jog[4]) (ſtandesmäſſige Erziehung, Unterhalt ſowie Ausheirathung[5]).
4) Anſpruch der Töchter auf das quartalitium (leányi negyed[6]) aus den blos auf das männliche Geſchlecht[7]) vererblichen Donationalgütern.

---

[1]) Siehe Trip. I. 53. ꝛc. (hier Seite 129).

[2]) Nachzuleſen Trip. I. 58. init. und I. 61. 4. ꝛc.

[3]) cf. Trip. I. 17. und II. 62. 1—4.

[4]) Nachzuleſen Trip. I. tit. 93. (hier Seite 121).

[5]) Nachzuleſen Trip. I. tit. 92. — Die intertentio capillaris? von den Gütern, welche blos auf das männliche Geſchlecht übergehn, nach Trip. I. 29. 4. 5. und I. 67. 2.

Ueber die Verpflichtung zur „Ausheirathung" nachzuleſen Trip. II. 67. 2. ferner I. 99. 4. und I. 101. 3. und 4. ſowie III. 29. 1. (ſiehe „Erbrecht"); ſiehe Fälle z. B. Großwardeiner Regiſter Nr. 142; *Fejér* III. 1. 303 und an vielen andern Orten. — Vergl. noch „Municipalconſtitutionen".

[6]) *Szlemenics* im 4. Bande 1840 der M. Tud. Társas. Évkönyvei S. 171—184. Vergl. noch zum Jahr 1222 *Fejér* III. 1. S. 375, 1221 daſelbſt vol. 2. S. 485 und Jahr 1238 *Fejér* IV. 1. S. 148. Siehe auch *Szeredai* Series episcop. (Jahr 1379) Seite 117 und 118.

Unter den Boerones (z. B. denen des Fogaraſcher Diſtricts) kam ebenfalls ein ſolches Quartalitium vor unter dem Namen Zestre oder „Zestrae exsolutio", doch konnte dies Vermögensrecht auch mehr oder minder als ein Viertel betragen und wohl auch oft in Liegenſchaften beſtehn; es war eine herkömmliche Heiratsausſtattung, gut dem deutſchen „familiam ordinare" zu vergleichen. (Siehe meine „Deutſche Rechtsgeſchichte" Wien 1863 S. 128).

[7]) Vergl. Trip. I. 6. 4. ferner I. 88. 2. und I. 18. ferner I. 29. 4. und 6. ſowie I. 89. 1. 2. und I. 48. 4. — Siehe „Siebenb. Urkundenbuch" 89. Stück.

Uebrigens konnte das Quartalitium auch aus jenen „bonis maternis" verlangt werden, welche blos auf die Söhne (das männliche Geſchlecht) vererbten; und zuweilen wurde dieſe Quote auch jure perennali erlangt, namentlich hervorzuheben Trip. I. 30. 2. und I. 29. 7. ſowie Sigismund D. VI. art. 19. und 20. („Filiabus vero usque tempus emaritationis earum domus paterna cum quarta parte possessionum paternarum pro quarta filiali secundum consuetudinem Regni nostri sequestretur et possidenda relinquatur. Postquam vero maritatae et introductae fuerint de earum jure quartalitio pecuniaria solutione mediante satisfiat. Ubi autem aliqua ex ipsis filiabus homini impossessionato maritata fuerit dictante eadem Regni nostri consuetudine in perpetuo jure et dominio hujusmodi quartae filialis possessionis succedere debet et remanere" etc.)

Nach Trip. I. 88. 1.: „Jus quartalitium est jus possessionarium puellis et mulieribus de bonis et juribus paternis haereditariis in signum parentelae propagationis non perennali vel haereditaria sed redemtibili lege conditioneque deputatum“.

Das Quartalitium wird gewöhnlich in einer Geldsumme ausgezahlt und zwar nach Trip. I. 29. 6. und I. 89. 2. sowie II. 70. 3. und I. 17. 4.[1]).

Das Quartalitium kann gefordert werden entweder nach dem Tode des Vaters, oder bei der Verheirathung der Tochter (bei ihrer Emancipation[2]); und sollte im Sinne der Feudalgesetze nur einmal[3]) von einem bestimmten Donationalgute (während des Besitzes derselben Familie) gegeben werden (?).

§ 51. Die Legitimation.

Da die außerehlichen Kinder nur Anspruch auf Alimentation (Erziehung, Kleidung und Nahrung) haben[4]), nicht aber Familienrechte, so können sie nur durch Legitimation (törvényesités) jene (väterlichen) Erb- und Standesrechte erhalten, welche der ehlichen Nachkommenschaft zukommen.

Die Legitimation geschieht:

a) per subsequens matrimonium[5]), a' házaságbéli
b) per rescriptum principis[6]), a' fejedelmi
c) gratia pontificis — papae[7]), a' pápai

} törvényesités.

---

[1]) Man pflegte daher ohne Zurechnung der urbarial-colonicalen Grundstücke und Wiesen blos die sogenannten „interna“ nach gemeiner Schätzung zu berechnen und davon den vierten Theil den Töchtern in Geld auszuzahlen. (vergl. I. 134. 2. und obige Gesetzesstellen).

Mitunter wurden auch Gestütte gegeben. (cf. Trip. I. 101. 3. — fünfzig Stück?) oder gegen Rücklösung der entsprechende Güterantheil (cf. Trip. I. 27. 2. und 88. 1.)

[2]) Vergl. Trip. I. 111. 8. und I. 30. 8. sowie I. 89. pr.

[3]) cf. Trip. II. 70. 3. und das oft erwähnte Gesetz in Trip. I. 89. u. 81. (Dagegen die Meinung daß jede Tochter diesen Anspruch habe nach Trip. I. 88. 1. sowie 81. 29. und 30. und I. 101. 4). — Verloren wird es im Falle Trip. II. 43. 4. — Rechtsgeschichtlich vorzunehmen der 4. Artikel der bulla aurea vom Jahre 1222. (Siehe hier I. Bd. zweite Auflage, S. 88).

[4]) Nachzulesen I. 53. 10. sowie I. 55. 1. und I. 17. 1.

[5]) Nachzulesen Trip. I. 106. und 107.

[6]) Nachzulesen Trip. I. 108. 1. und I. 22. 3. womit zu vergl. Trip. I. 51. 2. und 56. 2.

[7]) Nachzulesen Trip. I. 106. 2. 108. 1. und I. 11 (also soweit es kirchliche Folgen betrifft oder weltliche auf indirecte Weise z. B. durch Hebung eines Ehehindernisses, doch nicht mit Nachwirkung auf weitre Familien- und Erbrechte).

Anmerkung. Die Adoption ist als „Erbeinsetzung“ (adoptio filialis seu fraternalis[1]) an die hieraus sich ergebenden Erfordernisse gebunden[2]) und bewirkt namentlich — jedoch widerruflich und lösbar[3]) — die Rechte eines Agnaten für den Adoptirten.

§ 52. Die Vormundschaft.

Die Vormundschaft (tutela — gyámság) hat auch nach ungarischem Rechte die bekannte Bestimmung des Schutzes und der Rechtsvertretung[4]) und ist ebenfalls eine testamentaria, legitima und dativa[5]).

Die testamentarische Tutel ist zunächst in ihrer Rechtsgültigkeit abhängig von jenen allgemeinen Erfordernissen, unter welchen überhaupt letztwillige Verfügungen stattfinden können[6]), insbesondre muß der testirende Vater „sui juris“ gewesen sein[7]) und die Bestimmung in Trip. I. 114. 1. sowie 4. und 5. geachtet werden[8]).

Die gesetzliche Tutel[9]) ist entweder, die

a) des Vaters[10]) — (Großvaters) —

b) der Mutter[11]) — oder

c) der Anverwandten (Bruders ꝛc.[12]).

Die obrigkeitliche Tutel findet nach Trip. I. 115. 1. statt und sollte vom Fürsten ausgehn, welcher sie, der Rechtsgepflogenheit und dem

---

[1]) cf. Trip. I. 8. und 66.

[2]) Consensus regius? (cf. Trip. I. 57. 2. ꝛc.)

[3]) cf. Trip. I. 67. und 120. sowie I. 63. 66. und 49. (Zwei Adoptirte desselben Erblassers haben jedoch deshalb keine gegenseitigen Erbrechte, da diese in der wirklichen „Theilungsverwandtschaft“ beruhen).

[4]) Nachzulesen Trip. I. 112. 2. und I. 115. 6. und zu vergleichen Trip. I. 115. 6. I. 112. 1. sowie I. 51. 1. und I. 124. 4. Siehe hier nachfolgende Titel.

[5]) Den Vorrang hat die testamentarische (cf. Trip. I. 120. init. und 52. 1791. P. 11); dann die gesetzliche (cf. Trip. I. 116. init. und 52 : 1791 P. 3); endlich die obrigkeitliche (cf. Trip. I. 115. init. und 52 : 1791. P. 3).

[6]) Nachzulesen Trip. I. 114. sowie I. 119. 1. und I. 124. 2.

[7]) Nachzulesen Trip. I. 56. 1.

[8]) Vergl. Trip. I. 119. 1. 4. und 5, womit zu verbinden I. 5. und 57. (bona acquisita?)

[9]) Nachzulesen Trip. I. 113. init. sowie 52 : 1791 Punkt 11. („Rechtsgeschichte“ I. erste Auflage, S. 154 und hier Seite 143).

[10]) Vergl. Trip. I. 113. 1—2. sowie 112. 1. (der unadlige Vater). Die Tutel des Großvaters nach Trip. I. 113. 3. (Seite 137).

[11]) cf. Trip. I. 113. init. solange sie nicht wieder heirathet (Trip. I. 114. 4. und 5.) oder nur bezüglich ihrer Güter, welche auf die Kinder zu fallen haben.

[12]) cf. Trip. I. 116. init. und I. 117. 3. Nachzulesen Trip. I. Titel 116. 117. 120. sowie 52 : 1791.

52:1791, Punkt 3. zufolge, entweder von dem Kreis-Oberbeamten oder dem Gubernium vornehmen läßt. (Siehe hier S. 143—145).

Zur Vormundschaft können alle Großjährigen (Männer) berufen werden, welche nicht durch das Gesetz davon ausgeschlossen sind[1]), und welche sich nicht davon befreien dürfen[2]).

Die Vormundschaft wurde angetreten und geführt nach Vorschrift des 52:1791 und erstreckte sich:

I. auf die Person des Pupillen[3]).
II. auf dessen Vermögen und zwar
  a) Verwaltung[4]).
  b) Verfügung[5]).
III. auf die Führung der Proceße[6]) und zwar wenn selbe:
  a) bei Lebzeiten des Vaters begonnen haben (Fortsetzung[7]).
  b) in einer Einsprache gegen Statution oder Metalreambulation bestehen[8]).
  c) in einem Vergleiche bestehen[9]).

Die Tutel einer bestimmten Person, oder überhaupt, hört auf:

1) mit der Verheirathung der Töchter[10]).
2) mit der aetas legitima der Söhne[11]).
3) mit der Gesundung der Geisteskranken[12]);
4) im Todesfalle des Vormunds oder Pupillen[13]);
5) mit der Entfernung des Tutors, sei es:
  a) wegen zweiter Ehe der Mutter[14]);
  b) wegen gegründeten Verdachts[15]) unredlicher Geschäftsführung.

---

[1]) Nachzulesen Trip. I. 119. 1. und 121. 4. (die „perjuri, infames, proscripti“) ferner I. 116. 1—3 und I. 119. 2—3 (die cognati wann?); ferner I. 121. § 1—3 (welche agnati?), sowie I. 117. § 1—2; I. 121. 3. endlich I. 91. 1. und I. 113. init.

[2]) acht Fälle in Trip. I. 122 nachzulesen. (Seite 141).

[3]) cf. Trip. I. 127. 1.; I. 126. 2. und I. 123. 2. und 4—6.

[4]) cf. 52 : 1791 Punkt 6—9. (Seite 145).

[5]) cf. Trip. I. 124. 5. (s. Seite 142) und I. 112. 2.

[6]) cf. Trip. I. 127. 1. I. 126. 1. (womit zu vergleichen Trip. I. 129. 1—2. sowie I. 132 1. ꝛc.)

[7]) cf. Trip. I. 129. 1. 130. (womit zu vergleichen Trip. II. 50. 1—2.)

[8]) cf. Trip. I. 131. init. und 1.

[9]) Nachzulesen den Fall Trip. I. 127. 2. (Seite 143).

[10]) cf. Trip. I. 112. 1. (Seite 136) und I. 51. 1.

[11]) cf. Trip. I. 124. 2. etc.
[12]) cf. Trip. I. 124. 4. } Siehe Seite 142.

[13]) cf. Trip. I. 56. 1.

[14]) cf. Trip. I. 113. 4.

[15]) cf. Trip. I. 123. § 3—9. (Seite 141).

Die Belohnung beträgt den ſechsten Theil der reinen Einkünfte [1]).

Anmerkung. Die Curatel (gondnokság) tritt ein bei Minderjährigen [2]) und als beſtellte Vermögensverwaltung, z. B. bei Verſchwendern und Abweſenden, überhaupt bei unvermögender Eigenvertretung [3]).

Für die Rechtsinſtitute der Vormundſchaft und das Erbrecht ſind wichtig aus dem Tripartitum nachſtehende Titel des erſten Theils:

Qui, vel quae intelligantur sui Juris esse? Et de puerorum triplici Tutela.

Titulus 112.

Sui Juris autem dicuntur, qui in nullius potestate consistunt.

§ 1. Virgines autem, et puellas; quamdiu viro non nupserint, semper sub alterius tutela, et potestate persistere constat: Nam aliter carentes Tutore, ipsae ex ingenii earum levitate facile seduci, decipique possent. Unde merito de tutela, et Tutoribus puerorum aliquid dicendum congruit.

§ 2. Ubi notandum, quod triplex est tutela, scilicet Legitima, Testamentaria, et Dativa: Quae licet, definitive, sit potestas ad tuendum eum, qui ob imperfectam aetatem se defendere nequit, de Jure data, atque permissa: tamen virtute sui vocabuli defensionem semper designat.

§ 3. Unde et Tutores auctoritatem solummodo defendendi, et non alienandi bona pupillorum habent.

De prima Tutela, quae Legitima nominatur.

Titulus 113.

Tutela igitur Legitima dicitur: parentum pariter, et fratrum defensio. Nam si patre praemortuo, et matre superstite, filius, vel filia illegitimae aetatis in domo paterna remanserit, mater sua, quamdiu titulum, et nomen mariti sui praemortui gesserit, et ad secundas nuptias se non transtulerit, tutelam filii, et filiae gerere, exercereque permittitur.

§ 1. Et e converso, si mater decesserit, patre superstite, si etiam de ignobili, ac rustica progenie pater ipse oriundus fuerit, et Jura possessionaria in filium, vel filiam, non paterno, sed materno Jure redacta extiterint, tutelam bonorum, atque etiam liberorum, pater, et nemo alter exercebit. Major namque reputatur tutela personae, quam bonorum conservatio. Et hoc infra tempus illegitimae aetatis puerorum. Licet puellas, etiam post tempora legitimae aetatis, infra maritationis tempus sub tutela semper esse conveniat, prout immediate praenotatum est.

---

[1]) cf. *Friedrich v. Sachsenheim* „Civilrecht" pag. 319. zu § 267. des ö. b. G. B. — (Gubernial-Inſtruction 20. September 1805, Z. 446. ꝛc.).

Da das Vermögen der adligen Waiſen größtentheils ein aviticales geweſen iſt, kann die Höhe dieſer meiſt nur den Verwandten ſelbſt zugekommenen Belohnung nicht befremden; — (ſo bekanntlich auch im deutſchen Rechte ſiehe *Gerber* „Deutſches Privatrecht" 2 Auflage pag. 450, dermalen deſſelben Handbuchs 9. Auflage am betreffenden Orte).

[2]) cf. Trip. I. 124. § 4—5 ꝛc. (Seite 142).

[3]) Ueberhaupt der erwähnte 52:1791 nachzuleſen (Seite 143—145).

§ 2. Animadvertendum tamen est, quod si pater ignobilis secundam uxorem duxerit, et bona pupillorum a prima uxore relicta dilapidare coeperit, hoc casu tutela ejus cessabit, et in alterum transibit.

§ 3. Verumtamen pater nobilis existens etiam nepotum suorum (filio decedente) tutelam, et provisionem, tanquam caput principale, supportabit.

§ 4. Nec id praetermittendum, quod si pupillorum mater, separata matrimonia, ipsam solam, et non maritum concernentia, habuerit; mortuo marito (si etiam ad secundas nuptias se transtulerit) a tutela filiorum, vel filiarum in ea parte mater excludi non debet: Ex quo successio bonorum sit causa tutelarum, et ipsa censeatur esse, quae debet filios, et filias in hujusmodi bonis suis post se relinquere successores, et haeredes.

§ 5. Verumtamen si filius fratres habeat, ad quos successio, seu devolutio Jurium, et bonorum paternorum spectare videatur; curam, et tutelam eorundem bonorum paternorum frater propinquior, et non mater exercebit, sicuti de fratrum, et consanguineorum tutela infra clarius dicetur.

De secunda Tutela, quae Testamentaria appellatur.

Titulus 114.

Secunda tutela dicitur Testamentaria, dum videlicet pater in agone constitutus, et filios, vel filias tenerae, legitimaeque aetatis existentes, et fratrem (cui onus tutelae congrueret) aut non haberet, aut quidem haberet, sed illum ad Bona sua diripienda aspiraturum, et ex eo suspectum Tutorem futurum esse considerans, filios suos, vel etiam filias tutelae, defensionique cognatorum, aut consanguineorum, vel saepe amicorum suorum submittit.

§ 1. Et haec tutela non solum ad filios, vel filias superstites, sed etiam ad posthumos, et posthumas se extendit: quae (nisi fratrum carnalium, vel uxoris legitima, et justa praepediatur contradictione; et dummodo talibus personis, quae ad tutelam secundum consvetudinem patriae nostrae admitti consveverunt, testatio tutelae fiat) semper tenet, atque valet.

De tertia Tutela, quae Dativa nuncupatur.

Titulus 115.

Tertia tutela dicitur Dativa, quia datur a Principe: quae etiam Principis, et Patronorum tutela nuncupatur.

§ 1. Et habet fieri; quando tam Legitima, quam etiam Testamentaria Tutela desinit, et deficit, hoc est; si pater intestatus decesserit, et nec fratres, consanguineos (quibus tutela competeret) post se reliquerit.

§ 2. Tutelae datio ad Principem, et Patronum spectat. Quoniam deficientibus cunctis fratribus, qui vigore successionis Bonorum onus tutelae subire debeant, mox hujusmodi Jus successionis in Principem redundabit, qui tanquam legitimus, et verus ipsorum orphanorum, et pupillorum successor, ac patronus, de tutela ipsorum providere consvevit, et de facto ex susceptí regiminis sui officio subvenire debet.

§ 3. Ubi sciendum, quod Princeps ipse noster, praemissis sic stantibus, tales Tutores orphanis, pupillis ipsis dare designareque debeat, quos intellexerit ad Bona, et Juva illorum possessionaria non aspirare: et in eo Comitatu habitare, ubi orphani ipsi quoque residentiam personalem habent: et quod de alienatione, vel dilapidatione Bonorum eorundem pupillorum per ipsos Tutores facienda, non timeatur.

§ 4. Debent autem hujusmodi Dativi Tutores coram Comite, vel Vice-Comite, si fieri poterit, aliter autem coram uno, aut duobus Judicibus Nobilium illius Comitatus, in quo (ut praefertur) pupilli ipsi habitare dignoscuntur: vel, si Bona, et Jura possessionaria eorum multa, et magna, in diversis Comitatibus sita fuerint. et posita, coram uno ex Judicibus Regni Ordinariis, vel eorum vicesgerentibus (prout videlicet Bonorum, ac Jurium ipsorum possessionariorum qualitas, et conditio requirit) super omnibus rebus, et Bonis ipsorum orphanorum Inventarium, et Regestrum facere, ut expleta tutela, de omnibus rebus inventis, et manibus eorum assignatis, et fructibus quoque Bonorum tempore medio perceptis, congruam rationem reddere queant.

§ 5. Quoniam de male dispensatis; orphanis, illis jam legitimam aetatem agentibus, Tutores ipsi satisfacere tenentur. Et non solum Dativi, verum etiam Legitimi, ac Testamentarii Tutores, ad praemissa facienda pariter obligantur.

§ 6. Quod autem impuberes, seu illegitimae aetatis pupilli, et orphani sub tutela esse debeant, naturali Juri, rationique consonum, et conveniens videtur; ut illi, qui propter imperfectam aetatem sese defendere nequeunt, aliorum tutela, defensioneque gubernentur.

Qualiter virilis, et qualiter foeminei sexus fratres in tutela succedant?

Titulus 116.

Sed ut praemissa clarius innotescant, sciendum est; quod, quia onus tutelae eo ordine defertur, et notatur, quo Bonorum successio, seu Jurium possessionariorum devolutio, deficientibus igitur, et non existentibus testamentariis Tutoribus, ad fratres, et consangvineos defuncti hominis, in quos videlicet (eo haeredibus deficiente) Bona sua devolvi deberent, tutela pupillorum deferatur, et derivetur.

§ 1. Fraternalis autem propagatio duplicem per lineam, virilem scilicet, et foemineam descendere consvevit. Fratres itaque per lineam virilis sexus, descendentes (qui et agnati nominantur) semper consangvineis, et fratribus muliebris sexus (qui etiam cognati dicuntur) in tutela subeunda praeferuntur: et isti foeminei sexus cognati non aliter, nisi deficientibus per omnia fratribus virilis sexus, sive agnatis, ad tutelam exercendam admittuntur.

§ 2. Et nunc quoque non aliter; nisi Bona, et Jura possessionaria pupillorum, et orphanorum, utrumque sexum, virilem scilicet, et foemineum aperte concernere, manifesteque sequi dignoscantur.

§ 3. Nam, si de Bonorum, et Jurium possessionariorum successione, atque devolutione (utrum scilicet illa utrique sexui deserviant, vel certe sexum solummodo masculinum concernant) dubitatur; tunc cognati ipsi (etiam agnatis non exstantibus) ad tutelam non admittuntur, ne Bonorum ipsorum orphanorum Dominium, et possessionem sub hujusmodi tutelae colore pro se vendicare videantur. Unde in hoc quoque casu Dativi magis Tutores a Principe postulantur.

Quid, si Jura possessionaria utrumque sexum concernant, de tutela faciendum sit?

Titulus 117.

Advertendum tamen est, quod, si Jura possessionaria pupillorum utrumque sexum aperte sequuntur, hoc est: si etiam foeminei sexus homines in illis Juribus possessionariis, vivente adhuc orphanorum ipsorum patre, reale Dominium habuerunt; tunc de tutela gerenda distinguendum erit.

§ 1. Aut enim agnati: et cognati unius, et ejusdem sunt aetatis? aut annis, et aetate inter se differunt? Si ejusdem aetatis, et tutelae capaces fuerint, hoc est, viginti quatuor annorum extiterint; tunc agnati (prout immediate praemissum est) tutelam ipsam gerere debebunt. Si tamen cognati majores, et agnati minores annis fuerint; interea temporis, quoadusque agnati tutelae capaces erunt, cognati sunt ad tutelam gerendam admittendi.

§ 2. Licet post tempus legitimae aetatis, etiam infra perfectam puerorum aetatem, viginti quatuor annos modo anteleto repraesentantem, plerosque fratrum, et agnatorum, ad tutelam deputatos fuisse recolimus: In casu praecipue, quo matrem orphanorum ad secundas nuptias transiisse, et per hoc bona eorum desolationi subjacuisse comperimus. Ejuscemodi quoque tutela in casu praemisso sustinetur.

§ 3. Intelligendum tamen semper est tam de agnatis, quam etiam cognatis, hoc est: fratribus virilis, et foeminei sexus, modo praehabito, onus, et exercitium tutelae, qui in gradu lineae consanguinitatis propinquiores orphanis, et proximiores, annisque, et aetate majores esse dignoscuntur.

Quid sit agnatio, et cognatio, vel agnatus, et cognatus?

Titulus 118.

Ubi breviter sciendum est, quod hoc nomen agnationis non est naturale, sed civile nomen: et inventum est Jure civili ad differentiam naturalis cognationis, ut per hoc diversitas originis masculorum, et foeminarum distingueretur.

§ 1. Ex quo claret, quod omnes, qui sunt agnati, sunt etiam cognati, sed non e converso. Quoniam agnatio species est cognationis, cognatio vero generale nomen est tam ad masculos, quam foeminas pertinens. Quamvis agnatio (sicut praetactum est) virilis duntaxat, et cognatio foeminei sexus homines hoc in loco designet.

Utrum Testamentaria tuitio destruat Legitimam, et e converso?

Titulus 119.

Sed quaestio suboritur: Utrum Testamentaria tutela adimat Legitimam, vel e contra Legitima Testamentariam? Dicendum, quod Testamentaria rite, bonoque modo, et illis personis, quae ad tutelam de Jure admittuntur, facta, aufferat saepe Legitimam, sed non semper.

§ 1. Pro cujus lucidiori notitia, et intelligentia advertendum est, quod, si pater (etiam sui Juris existens) filios suos impuberes, et tenerae aetatis, talibus personis, quae perjuri, vel publici aucarii, patria lingva Ludas nuncupati, aut aliter infames, sive proscripti essent, vel notam infidelitatis quovis modo incurrissent (si etiam per virilis sexus lineam de parentela sua descendissent) tutandos committeret, quia per eorum hujusmodi infamiam, et

notam a Jure successionis deciderunt; ad tutelam in praejudicium fratrum de Jure succedere debentium non admittantur.

§ 2. Similiter, si pater filias suas (non existentibus filiis) cognatorum cuipiam in testamento submitteret defendendas, hujus quoque tutela in praejudicium, et periclitationem Jurium agnatorum, seu fratrum condivisionalium, et in Bonis rite succedentium facta, non tenet, neque admittenda censetur: ne sub colore ejuscemodi tutelae fratres ipsi justis eorum Juribus fraudari dignoscantur.

§ 3. Saepe namque pater filiis orbatum se cernens, amore filiarum captus, ne dum per tutelam, verum etiam aliis exquisitis coloribus, et titulis, in Bonis suis illas in fratrum succedentium praejudicium haereditare nititur.

§ 4. E contrario vero, ubi pater fratrum, sive agnatorum suorum quempiam ad Bona sua novae divisionis, vel alio titulo, et colore aspirare; vel de facto lites illum inde suscitare cognoverit; non obstante successionis, et consequenter legitimae tutelae Jure, filios suos, cui maluerit, protegendos, testando committere poterit.

§ 5. Non tamen cognatis ob rationem superius praedeclaratam. Nisi forte Bona, et Jura possessionaria utrumque sexum manifeste sequantur, atque concernant; nam hoc casu etiam cognatis suis pupillos, et filios suos tutandos submittendi habet potestatem.

Corollaria notanda de successione Tutoria.

Titulus 120.

Ex praemissis itaque duo corollaria subinferuntur. Primum quidem; quod Tutores Testamentarii rite constituti, caeteris Tutoribus, videlicet Legitimis et Dativis praeferantur: ita, ut primo Testamentarii, deinde Legitimi, et ultimo loco Dativi ad tutelam exercendam admittantur.

§ 1. Corollarium secundum; quod, quia tutela secundum Bonorum (sicuti jam praedeclaratum est) devolutionem defertur, ideo etiam fratres adoptivi, ad quos Bona, et Jura possessionaria cujuspiam, virtute alicujus contractus, vel Regii consensus derivanda sunt; eo in semine masculino deficiente, et filias habente; ad gerendam tutelam, tanquam agnati, rite succedant, et admittantur: Cognatorum quorumcunque Jure, vel tutela non obstante.

De casibus, in quibus fratres ad tutelam non admittuntur.

Titulus 121.

Sciendum ulterius, quod quatuor sunt praecipue casus, in quibus agnati, seu fratres, sive carnales, sive uterini, sive condivisionales ad tutelam subeundam non admittuntur.

§ 1. Primus; quando fratrum quispiam caput suum, et bona sua amittit: Prout sunt, qui in sententia capitali convincuntur. Quam diu enim frater ipse gravamini, et oneri hujusmodi sententiae subjectus fuerit, tutelam exercere non permittitur.

§ 2. Secundus casus; si villam (quae ad successionem fratrum mutuo pertinebat) sine rationabili, et evidenti causa vendendo, vel aliter a se alienando, amiserit: Si etiam per hoc libertotem capitis retinuerit; tunc tutelae officium amittitur. Nam etiam de dilapidandis, et alienandis orphanorum, ac pupillorum bonis, praesumtio pariter, et suspicio de illo per hoc habetur.

§ 3. *Tertius casus; si quis fratrum, sive agnatorum alieno Juri, hoc est, potestati se subjecerit, vel subjici permiserit: Qui enim Juris sui non est, alterius tutelam gerere non potest.*

§ 4. *Quartus casus, quando quis notam infidelitatis incurrit, aut de perjurio convictus, vel aliter infamis effectus, sive proscriptus fuerit. Prout enim exinde a Jure successionis cecidit; ita per hoc tutela quoque deperiit.*

Quot modis possint excusari Tutores ab onere Tuitionis?

Titulus 122.

Notandum deinde, quod Tutores, et praesertim Dativi, multis modis ab onere tutelae sese excusare possunt.

§ 1. *Primo, propter filiorum multitudinem, et loci distantiam: Quia variis negotiis incumbere nequeunt.*

§ 2. *Secundo, propter villarum, seu possessionum in diversis locis, et Comitatibus adjacentium multitudinem.*

§ 3. *Item, propter continua bella Principum, si fuerint, milites, et actu, et opere militiam exercentes.*

§ 4. *Item, propter servitium Reipublicae, et expeditionem negotiorum Principum, prout sunt Cancellarii, Oratores extra Regnum delegati, Magistri, Protonatarii, Provisores Curiarum, Administratores proventuum, Dispensatores rerum, et pecuniarum, et alia consimilia officia gerentes.*

§ 5. *Item, propter insanabilem, et incurabilem infirmitatem: saepe etiam ob literarum inscientiam.*

§ 6. *Item, propter capitalem inimicitiam, quam habuerunt adversus patrem pupillorum, et itidem habent contra pupillos.*

§ 7. *Item, propter senium, quando videlicet sunt ultra sexaginta annos.*

§ 8. *Item, dum imperfectae aetatis, seu minores viginti quatuor annis fuerint; ab oneribus tutelarum gerendis, sese (si volunt) excusare poterunt.*

Quod Tutores fideliter teneantur gerere officium tutelae. Et quot modis fiant suspecti?

Titulus 123.

Considerandum demum est, quod Tutores fideliter, et probe debeant, teneanturque gerere pupillorum tutelam.

§ 1. *Nam aliter, si comperti fuerint in suspicione, maleque, et sinistre tutelam gesserint: non solum removentur ab officio; et administratione tutelae, verum insuper (si in rebus, ac Bonis pupilli temporalibus suspecti, deprehensi, et agniti fuerint) ad duplum reddendum pupillo condemnantur.*

§ 2. *Si autem in personam pupilli vel causam ejus, praetextu Jurium suorum possessionariorum motam, contrarie, infideliterque egisse comperti exstiterint; infamia sempiterna inde sequi debebit. De damnis praeterea per hoc illatis, ad duplum (ut praefertur) reddendum sunt compellendi.*

§ 3. *Tutores autem redduntur, fiuntque suspecti pluribus de causis. Primo, si Bona eorum propria stulte consumant.*

§ 4. *Secundo, si pupillis necessaria vitae, victum scilicet, et amictum debite non administrent.*

§ 5. Item si nulla exigente causa rationabili, ipsos pupillos male tractent.

§ 6. Item, si illos bonis moribus non erudiant, vel ipsi Tutores malorum morum existant.

§ 7. Item, si sint nimium pauperes.

§ 8. Item, si fuerint capitales inimici patris pupillorum; aut eo decedente sint jam, vel esse velint ipsis pupillis hostes manifesti.

§ 9. Item, si timeatur, quod ad Bona pupillorum sibiipsis vendicanda aspirent, et ea pro se usurpare contendant.

Qualiter Tutores accussari possint? Et de pupillis furiosis.

Titulus 124.

Caeterum advertendum est, quod hujusmodi Tutores, sive Testamentarii, sive alterius generis existant, super praemissa suspicione, hoc est: de crimine malae dispensationis, et dilapidationis rerum, et Bonorum orphanorum; omnes indifferenter, sive sint viri, sive mulieres, extranei, consangvinei, et affines, accusare possint: si ob pietatis causam id faciant.

§ 1. Pupilli tamen illegitimae aetatis per se Tutores suos accusare nequeunt: Verum adveniente, transactaque legitima ipsa aetate, ubi scilicet lites jam gerere, et instituere poterunt, si orphani sanae mentis fuerint, Curatores suos ex consilio proximorum suorum accusare possunt.

§ 2. Ubi sciendum, quod postquam filii legitimae aetatis annos transegerint, invitis, et non consentientibus eisdem, patres eorum Tutores illis in Testamento substituere non possint: cum illius jam sint aetatis, ut se processu Juris defendere queant.

§ 3. Ubi autem volentibus, vel forsitan postulantibus filiis, post tempora pubertatis, per parentes ipsorum Tutores assignantur, illi jam non Tutores, sed potius Curatores appellantur: quia Tutores impuberibus, et invitis: Curatores autem puberibus, et petentibus dantur.

§ 4. Et hoc; si petentes ipsi compotes sint rationis: Nam alioquin, si filii amentes, furiosi, lunatici, vel mente capti fuerint; etiam post tempora legitimae eorum aetatis, tutelae Testamentariorum, aut illis non existentibus, fratrum, sive agnatorum suorum: et illis quoque deficientibus; Dativorum, a Principe scilicet, vel forsitan Judicibus Ordinariis, in Judicio deputatorum subjiciuntur: et illorum provisione, simul cum Bonis, et Juribus eorum possessionariis gubernantur.

§ 5. Qui quidem Tutores in casu necessario et praesertim ad sustentationem illorum cedenti, tam onera super se assumere, quam etiam de Bonis eorum, prout necessitatis conditio postulabit, disponere possunt: ea tamen alienare non possunt.

Quod Princeps, etiam extra terminos Judiciorum, de Tutore providere potest.

Titulus 125.

Cum itaque onus tutelae pium opus sit; accusatio Tutorum de suspicione, etiam extra terminos Octavales, et Brevium Judiciorum semper, dum suspicio occurrit, libere fievi, et ad Principem, sive Regiam Majestatem deferri poterit: Ne bona pupillorum male, et inutiliter consumentur.

§ 1. Et postquam aliquis Tutorum de suspicione ipsa, hoc est: de crimine malae dispensationis, et dilapidationis bonorum orphanorum accusatus, fuerit; mox illi administratio tutelae, et omnium bonorum pupillorum per Principem interdicitur: Et infra decisionem causae ad manus communes illa dantur, et assignantur.

§ 2. Ubi autem Tutor ipse suspectus, priusquam cognitio suspicionis terminaretur, ab hac luce decederet; tunc conditio, poenaque suspicionis extinguitur quidem, attamen haeredes, et successores ejusdem Tutoris rationem super male dispensatis rebus dare tenentur, et ad satisfactionem compelluntur.

§ 3. Si vero Tutorum quispiam tutelam, et officium tutelae fraudulenter gerere, et administrare deprehensus fuerit; etiamsi satisfacturum, vel satisdaturum se offerat, et super ea re fidejussores etiam promittat, atque ponat; nihilominus tamen removendus est ab officio tutelae, et alius per Principem bonae famae, et conditionis Tutor, loco illius assignandus, atque substituendus. Oblatio enim satisfactionis Tutoris propositum malum non tollit, et animum iterato male agendi non evitat: Quin potius voluntatem diutius grassandi in rebus, et bonis pupillorum praestat, atque demonstrat. Super his autem providere, remediumque adhibere, ad solum Principem spectat.

Quod Tutores in cunctis causis pupillorum procedere possunt.

Titulus 126.

Item hoc quoque non praetermittendum est, quod cum tria sint genera Tutorum, videlicet Legitimi, Testamentarii, et Dativi, super eorum tutela testimonium evidens in Judiciis produci debet.

§ 1. Quod postquam productum fuerit, et sesè Tutores esse docuerint, in cunctis causis, differentiis et earum processibus, et aliis negotiis orphanorum, et pupillorum tam coram Judicibus Regni Ordinariis, quam etiam alias ubilibet, vigore literarum Revisionalium, usque ad tempora legitimae aetatis eorum procedendi, et omnia vite expediendi habent auctoritatem.

§ 2. Sine quorum scitu, et consensu pupilli ipsi nec Procuratores (adveniente legitima ipsorum aetate) constituere debent: Nec etiam Fassiones aliquas infra tempus pupillaris aetatis eorum facere possunt. Qui si Procuratores constituerint, aut Fassiones interea facerent; nullius erunt firmitatis omnino.

Der 52. Landtagsartikel von 1791 lautet:

De Pupillis eorumque Tutoribus.

Utut super Pupillorum aliena Defensione egentium Tutela, speciebus item, Obligationibus, et Ratiocinio Tutorum, Tutelneque a suspectis, et damnosis Tutoribus ademptione, in serie Legum Patriarum, signanter autem Part. 1. Decr. Trip. salutares comperiantur Dispositiones; quia tamen certa et determinata media, quibus sollicita Legum provisio, cum emolumento Pupillorum, et securitate Tutorum in effectum deduci possit, suppeditata haud essent: Hinc Status et Ordines accedente etiam Sune Majestatis Clementissimo Assensu, habita diversae Pupillorum Naticitatis, et Conditionis reflexione, in supplementum Legum sequentia statuerunt:

1-mo: Quoniam Personalis Residentia, et Bona Pupillorum Nobilium in Comitatibus, Sedibus Siculicalibus, et Districtibus sita sunt; hinc Inspectio in Personas, et Bona illorum per Naturales legitimos Testamentarios, vel Dativos Tutores aut Curatores administranda, sub Suprema Gubernii Regii. Inspectione principaliter Supremis Circulorum Officialibus ea Lege committitur, quod si propter incuriam, tanto magis conniventiam eorum Pupilli damnificarentur, de eo Supremi Officiales Gubernio Regio respondere, et damnum refundere tenebuntur. Caeterum in rite obeundo ipsorum hac in pater munere Supremi Circulorum Officiales semet Regulis sequentibus accomodabunt, nimirum:

2-do: Inter Vice Officiales ipsis a proximori subordinatos, eas facturi sunt Depositionès, ut quam primum in Circulis Administrationi ipsorum concreditis, quorundam Nobilium, et Possessorum Proles ad Statum Pupillarem devenerint, hoc ipsum sine mora ipsa innotescat, quo cognito, de casu in casum ad Regium Gubernium sine mora referant.

3-tio: Si Pupilli utroque Parente orbati, Bonaque eorum uni eidemque Comitatui, Districtui, aut Sedi Siculicali ingremiata fuerint, de Tutore idoneo, ex agnatis, aut cognatis, quos Munus hoc Jure sanguinis concernere dignoscetur, nisi legalis obstet Exceptio, constituendo, in defectu autem idoneorum Consanguineorum, de uno e numero Extraneorum deligendo providebunt, eumque sine mora denominabunt, nisi fors Pupillorum Parentes talem Prolibus suis Tutorem Testamentaliter constituissent, in quem nulla legalis Exceptio cadere possit, et huic seu Dativo, seu Testamentario Tutori convenientem, et utilem Pupillorum Educationem, statui ipsorum, et quantitati Bonorum commensurandam, velut maxime stabilem, et infallibilem eorum haereditatem committent, et vi Legum injungent.

4-to: Muneris Supremorum Officialium futurum est, sollicite cavere, ut universa Pupillorum Bona Mobilia, et Immobilia, Debitaque eorum tam activa quam passiva, ut et Literalia Instrumenta post Parentum decessum sine mora per duos cum consensu Consanguineorum eligendos, et tam ad Fidelitatem, quam ad Taciturnitatem Juramento obstringendos idoneos Nobiles, uno alterove e proximis Consanguineis praesente conscribantur, et regestrentur, hoc tamen quoad Litteralia Instrumenta sollicite observato, ne illa si fors Regestrum jam antecedenter confectum adjaceret, aut vero in hujus defectu per indorsatam Inscriptionem Materiae designatae essent, inspiciantur, vel perlegantur, sed in primo Casu solum par Regestri, in posteriori autem secundum indorsatas Inscriptiones nova, et accurata Regestra conficiantur, Mobilia non necessaria, et corruptioni obnoxia, Licitatione etiam mediante distrahantur, et in paratam pecuniam convertantur, reliqua vero, quorum conservatio tam necessaria, vel decora, quam secura visa fuerit, una cum aere parato, et Bonis Immobilibus manibus Tutoris consignentur; Non absimiliter etiam Litteralia Instrumenta sub Sigillis Regiorum Regestrationem peragentium Tutori transponantur, ac si quae eorum ad persecutionem Litium Pupillarium necessaria fuerint, haec non secus in praesentia duorum per Supremos Officiales denominandorum Hominum Regiorum reservatis Sigillis, penesque reversales propria Tutoris manu subscriptas, in Fasciculum concernentem reponendas, Tutori ad manus recipere licebit, quo facto Litteralia Instrumenta denuo obsignabuntur. Postremo unicum tam Conscriptionis Bonorum Mobilium, et Immobilium, quam vero Regestri Litteralium Instrumentorum Exemplar Authenticum Archivo Comitatus, Sedis Siculicalis,

vel Districtus sub Sigillo illocabitur, alterum autem Tutori consignabitur, tertium vero Regio Gubernio submittetur.

5-to: Quodsi Pupillorum Bona se se ad plures Comitatus, Sedes Siculicales, aut Districtus extendant, tum Supremus illius Circuli, in quo Parentes Pupillorum Residentiam habebant, aut in quo mors eorum intercessisset Officialis, sortem Pupillorum Regio Gubernio circumstantialiter, et sine mora referet, eo fine, ut idem suas in tempore Dispositiones adornare, nimirum in casu, quo Tutor Testamentarius vel non adesset; vel vero ad mentem Decr. Trip. Part. 1. Tit. 119. fors ad gerendam Tutelam admitti non posset, primum quidem legalem e proximis eorum Consangvineis Tutorem constituere, vel vero in defectu Consangvineorum de alio ad id apto, et e numero Extraneorum legendo providere valeat, cui dein tam Personalis Pupillorum Inspectio, quam Bona, et Litteralia eorum Instrumenta, post peractam horum cointelligenter cum Supremis Circulorum, in quibus Bona Pupillorum reperiuntur Officialibus Conscriptionem, et Regestrationem juxta inviationem §-phi 4-ti transponi possint.

6-to: Tutores Bonorum Pupillarium administrationem ejusmodi Officialibus, et Oeconomis committtent, quorum Industria, quantum possibile cognita, et in quibus Pupillorum Securitati provisum sit. Ab his Rationes quotannis exigent, quas tamen ipsi Tutores in Persona non revidebunt, verum per expetendos eum in finem e concernente Comitatu, Sede vel Districtu idoneos Exactores revideri facient.

7-mo: Praeter Tutores Naturales, Patrem videlicet, et Matrem, de quibus infra sequetur, reliqui universi tam Testamentarii quam vero e numero consangvineorum, vel extraneorum legendi Dativi Tutores Rationes suae villicationis, si Bona Pupillorum in uno eodemque Comitatu, Sede Siculicali, vel Districtu sita fuerint, coram Personis Fidedignis, et idoneis, per Universitatem Circuli denominandis, si vero Bona diversis Jurisdictionibus subjecta sint, coram Exactoribus per Universitatem ejusdem Circuli, cui Caput Bonorum, aut ampliora pupillorum Bona incorporata fuerint, fota eatenus inter supremos Officiales cointelligentia, exmittendis, quottannis reddere sub Poena Articulari in medietate Pupillis, in altera autem dimidietate Exactoribus obventura, obligabuntur. Cujusmodi Ratiociniis ipsimet Supremi Officiales, vel si his non vacaret, proximi Officiales, vel saltem Fiscales Comitatuum, Sedium, aut Districtuum Procuratores omni tempore assidebunt, et Juribus Pupillorum invigilabunt, tunc dum ratione Bonorum in alio Circulo existentium inviatione aliquali opus foret, semet cum concernentis Circuli Universitate cointelligenter habituri.

8-to: Exactores de eventu Ratiocinii, quod cum fine cujusvis anni instituendum est, proximam Generalem Congregationem informabunt, eo fine ut Status Pupillorum Universitati constare, necessariae Dispositiones adornari, et interventi nefors defectus et naevi suppleri, emendarique possint, quin imo si Exactorum Operatione, seu Tutor, seu vero a parte Pupillorum Assistens Supremus, aut Vice Officialis, aut vero Fiscalis semet damnificatos esse existimaverint, ad Partis non contentae postulatum universa Ratiocinii series pro uberiori examine concernenti Universitati exhibeatur, ibidemque superrevideatur, omnes autem Pupillares Rationes sine discrimine cum fine cujusvis Anni Regio Gubernio pro finali revisione, et determinatione ex omnibus Circulis submittantur; Tutori autem Ratiocinanti, qualitati Rationii adtemperatae Litterae Absolutionales per Regium Gubernium medio concernentis Jurisdictionis extradentur, atque ut Pupillis post eorum emancipatio-

nem de qualitate Villicationis Tutorum constare possit, totum Ratiocinii Opus in Archivo concernentis Comitatus, Sedis Siculicalis, vel Districtus conservetur.

9-no: Quoniam Administratio Bonorum Pupillarium citra fatigia Tutorum, et propriorum Negotiorum posthabitionem fieri nequeat, et Operarius sua Mercede dignus sit; hinc Sextalitas fructuum annuorum a Bonis Pupillaribus provenientium, Censibus tamen elocatorum Capitalium huc non intellectis, caedet Tutoribus, Tutores autem in augendis Bonorum Pupillarium annuis Proventibus sollicite adlaborabunt.

10-mo: Pupillis, vel aliis Curatelae subjectis Personis Lege definitum emancipationis tempus, et statum, in quibus curandorum in Persona Negotiorum suorum capaces fiunt; attingentibus, Supremorum Officialium muneris erit, proximae Generali concernentis Comitatus Sedis Siculicalis, aut Districtus Congregationi idipsum proponere; et quia nec dubitari potest. gremiales hujusmodi Personas Circulorum Universitatibus apprime notas, hasque de illis, aequum, et sensui Legum attemperatum Judicium laturas esse; hinc si Personae tutelatae gerendorum suorum Negotiorum capaces inventae fuerint, e Tutela illico emancipandae et quovis Nomine vocitata eorum Bona regestranda, cumque priori Regestro, penes quod Tutori transposita fuerunt, comportanda venient, Tutor autem de toto Tutoratus sui tempore Universale Ratiocinium ponendum, et super deteriorationibus incuria sua, tanto autem magis mala et sinistra Administratione causatis, ad sensum Decr. Trip. Part. 1. Tit. 123. respondendum habebit, Litteralia etiam Instrumenta penes praevium Regestrum, et Acta super annuis Ratiociniis emanata, et prout praemissum est, in Archivo reposita, emancipatis consignanda. Denique super omnibus illis, quae emancipati ad manus suas recipient, Litterae Testimoniales expediendae, et harum unum Exemplar emancipatis, alterum emerito Tutori consignandum, tertium autem Archivo Comitatus Sedis Siculicalis, aut Districtus eum in finem reponendum veniet, ut si fors una alterave Partium consignatum sibi amitteret Exemplar, necessitate exigente, illud habere possit.

11-mo: Siquidem Parentes ad promovendam Prolium suarum Felicitatem instructu Naturali trahantur; hinc Patres et Matres, si secus qualitatibus Lege requisitis polleant, nec a Personali proliun suarum Tutela, neque a Bonorum administratione praecludi, imo citra Naturalis, qui inter Parentes, et Proles intercedit nexus, laesionem, nec ad reddendas strictas Tutoratus Rationes stringi possunt, proinde uno alterove Parentum deficiente, si superstes necessarias qualitates possederit, Supremi Officiales Patre aut Matre orbatos Pupillos Tutelae superstitis ipsorum Parentis transponent, observata nihilominus Decr. Trip. Part. 1 Tit. 119. et 120. super Tutoribus Testamentariis dispositione. In casu autem, quo hujusmodi Tutor, aut Tutrix Naturalis ad secunda Vota transiret, sensui Tituli 113. itidem Part. 1. Decr. Trip. semet accomodabunt; attendant vero Supremi Officiales, et Gubernium Regium, quibus praecipua Pupillorum et Orphanorum Cura, atque defensio incumbit, ut Pupillorum statui conveniens educatio et bonorum Pupillorum Administratio etiam sub Tutela Parentum Naturali rite instituatur; in casu vero neglectae Educationis, Bonorumque deteriorationis, aut abalienationis, vel Proventuum dilapidationis, meliori Pupillorum Educationi, et Bonorum securitati publica authoritate prospiciatur.

12-mo: Civicae Conditionis Pupillorum cura primariis Locorum Officialibus incumbit; horum igitur muneris, et obligationis est, Bona Pupil-

lorum universa conscribi facere, Tutores sub onere reddendae Rationis constituere, Educationi, et studiis Litterariis Pupillorum superattendere, et suo tempore applicationis eorum ad aliquod opificium aut aliam aliquam statui, et inclinationi eorum correspondentem vitae rationem curam habere, denique in quantum Municipales Locorum Constitutionis, et nefors subversantes Circumstantiae admiserint, praemissis relate ad Nobilium Pupillos, Legibus se se conformare.

13-tio: Rusticae demum sortis Pupillorum cura ad Dominos eorundem pertinet, qui Pupillis Tutores sub onere reddendae Rationis constituent; neve illi in Bonis suis penes fide dignum Inventarium Tutoribus concredendis damnificentur, super attendent.

III. Erbrechte[1]).

§ 53. Hauptgrundsätze und Eintheilung der Erbfolge.

Die Vermögensverlassenschaft eines Verstorbenen kann nicht als ein (ungesonderter) Gesammtbegriff aller Rechte und Pflichten, — welche einer bestimmten Person im Gebiete der Sachenherrschaft zugekommen waren — aufgefaßt, und also „haereditas“ nicht im Sinne des römischen Rechts verstanden werden.

Die Unterscheidung donationaler und allodialer, erworbner und avitiealer Vermögensobjecte[2]) ist für das Erbrecht von dem entscheidensten Einflusse, umsomehr da häufig nach jener Verschiedenheit der Güter und des Eigenthums eine gesonderte Nachfolge, nicht nur nach dem Titel (Testament, Gesetz), sondern auch nach den berufnen Personen stattgefunden hat.

Ueber allodiales und innerhalb gegebner Grenzen selbst über donationales Vermögen kann der erste Erwerber nach seiner unbeschränkten Willensfreiheit — „testamentarisch“ — verfügen[3]); — dagegen fallen Avitiealgüter als ein gemeinsames Eigenthum jenen Personen zu, welche

---

[1]) Auch hier mag zur lehrreichen Vergleichung auf die im Einzelnen ausführlicher oder nur breiter behandelte Werke zurückgewiesen sein, welche nach der ersten Auflage dieses Handbuchs erschienen sind, so von *Sachsenheim*, *Dósa*, besonders aber *Wenzel* II. S. 248 und zu vergleichen jene von *Ökröss*, *Suhayda* u. A.

[2]) Siehe hier § 19. pag. 31—32.

[3]) Nachzulesen Trip. I. 5. und I. 57. (wann consensus regius? — der ultimus deficiens).

Hier könnte allerdings eine dem Römischen Rechte analoge Lehre aufgestellt werden, insoweit nehmlich dies Verfügungsrecht ebenfalls auf dem Principe der individuellen Machtvollkommenheit beruht, andrerseits selbst die Intestatsuccession in das erworbne Eigenthum sich auf einen — aus dem Suitätsverhältnisse (der Kinder zum Vater) hervorgehenden — Begriff der Personeneinheit zurückführen läßt. — Nachzulesen Trip. I. 67. 1. (Delation und Acquisition fällt zusammen).

ſchon an und für ſich einen eventuellen (Virtual-) Anſpruch zu dem „Beſitze“ haben.

Dieſe Nachfolge drückt das germaniſche Recht in dem Satze aus: „der Todte erbt den Lebendigen“. — Es geſchieht theils aus dem Grunde der Blutsverwandtſchaft, theils aus dem irgend einer andern Näherberechtigung zum Gute und zu der Perſon des Erblaſſers und ſomit unterſcheiden wir:

A. Die Nachfolge aus der Blutsverwandtſchaft.

B. Die Nachfolge aus der beſondern Anordnung des Geſetzes[1]).

A. Die Nachfolge aus der Bluts- (und Theilungs-) Verwandtſchaft[2]).

§ 54. a) Erbrecht der Descendenten.

Die Verlaſſenſchaft fällt, wenn Kinder vorhanden ſind, an dieſe[3]) — (Lemenők öröködése) — und zwar:

I. Das mütterliche Vermögen gleichmäßig auf jeden Kopftheil ohne Unterſchied des Geſchlechts[4]). — (Ausnahmen in der Präfection und nach Beſtimmung der allgemeinen und beſondern Succeſſionsordnung bei „Donationalgütern“[5]).

II. Das väterliche Vermögen und zwar:

1) Das bewegliche nach denſelben Grundſätzen gleicher Berechtigung[6]); jedoch ſollten:

a) Waffenſammlungen und das Geſtütte von mehr als 50 Pferden an die Söhne fallen[7]). — (Das Heergewette?)

---

[1]) Siehe *Sachsenheim* „Civilrecht“ S. 569 und 571.

[2]) Außer *Sachsenheim*, *Wenzel*, vergl. *Vajda* II. S. 177, *Dósa* II. S. 355, dann: *Alexander Mátekovits* „A' magyar örökösödési jog alapelvei. Azoknak eredete jogtörténeti fejlődési 's jelenlegi állapota“. Peſt 1864 (ein ähnliches Werkchen auch von *Jos. Szabó*).

[3]) An die Kinder d. h. an die Descendenten des erſten Grades nach „Köpfen“; an die weitern nach „Stämmen“ (cf. Trip. I. 40. und 45. Das Repräſentationsrecht? — Lineal-Gradual-Syſtem?). — Legitimirte Kinder erben als legitime, außer es wäre ſpäter ein legitimes Kind geboren worden, in welchem Falle nur dieſem in Donationalgütern die Erbfolge zuſteht. (cf. Trip. I. 5; 57; 108. 1, ſowie A. C. III. 25.).

Uneheliche ſind vom aviticalen und väterlichen Vermögen ausgeſchloſſen (nach Trip. I. 106. 108. II. 62.), nicht ſo vom mütterlichen und derartigen Pfandbeſitzgütern (nach Trip. I. 17. 19. und 102. 4.).

Adoptivkinder ſind blos als teſtamentariſche Erben zu betrachten.

[4]) Nachzuleſen Trip. I. 17. und 19. (Seite 13).

[5]) Nachzuleſen Trip. I. 17. 7. (Seite 64 und Note 3 S. 12).

[6]) Nachzuleſen Trip. I. 19. und 99. (Seite 124).

[7]) Nachzuleſen Trip. I. 99. 2. und 101. 2. und 3. (die Uebereinſtimmung mit dem altgermaniſchen Rechte hier z. B. lex salica VI. 5. wie auch weiterhin?).

b) Die Kutschenpferde und die Staatsgewänder der Wittwe zukommen[2]).

c) Die frei erworbnen beweglichen Sachen auch der Wittwe mit einem Kindestheile gehören[3]). (Die Wittwe gleich gehalten einer Tochter des Hauses).

d) Der gesammte bewegliche Nachlaß nur an die Wittwe gelangen, wenn bereits mit den Söhnen eine Erbtheilung vorgenommen— und den Töchtern die Heirathsausstattung gegeben war[4]).

2) Das unbewegliche Vermögen[5]).

a) Donationalgüter.

Diese werden (von den Söhnen) nach der allgemeinen in der Schenkungsurkunde bestimmten, sowie nach der etwaigen durch den ersten Erwerber geregelten, Succession (z. B. Majorat) und hierauf basirenden Anwartschaft geerbt[6]). In der Regel ist das weibliche Geschlecht ausgeschlossen[7]).

b) frei erworbne Liegenschaften (allodiale Güter).

Sowohl die „fassione perennali“ (durch Kauf) als „fassione temporali“ (durch Verpfändung) erlangten Besitzrechte sollten, als blos das dahingegebne Geld repräsentirend, nach der Bestimmung des beweglichen Vermögens vererbt werden[8]); jedoch war eine Ausnahme im Falle von Trip. I. 21. § 4—6. („prout enim acquisitores vel emtores literas suas formabunt, ita et bonorum suorum successionem atque devolutionem habebunt“).

Der älteste Sohn erhält die Familien-Urkunden[9]); der jüngste Sohn das väterliche Wohnhaus[10]).

---

[2]) Nachzulesen Trip. I. 99. 2. (Der deutsche Begriff „Gerade“?) S. 124.

[3]) Nachzulesen Trip. I. 99. 1.
[4]) Nachzulesen Trip. I. 99. 4. } vergleiche dazu „Deutsche Rechtsgeschichte“.

[5]) Zu vergleichen den Ausdruck: „possessiones ab antiquo collatae sunt haereditates“ z. B. in *Fejér* Cod. dipl. VI. 2. 229. ꝛc. siehe darüber mündlichen Vortrag.

[6]) Nachzulesen Trip. I. 18. 48. und I. 67. 2.

[7]) Dagegen muß bei einer sogenannten donatio mixta der Töchterantheil an dem Kaufgelde den weiblichen Erben ausgezahlt werden, entweder nach der Proportion des Kaufpreises oder nach gemeiner Schätzung des von solchen Gütern entfallenden Töchterantheils im Falle von Trip. I. 21. § 2—3.

[8]) Nachzulesen Trip. I. 17. ferner 19. und 102. 4. Die durch Tausch erlangten Güter (fassione cambiali) sind dagegen so zu betrachten, als wenn sie die dafür gegebnen repräsentirten.

[9]) Nachzulesen Trip. I. 42. ꝛc. — (der Siegelring).

[10]) Nachzulesen Trip. I. 40. 2. und 41. 1—3. Eine intressante Urkunde von 1231 in *Fejér* Cod. dipl. IV. 227.

§ 55. b) Erbfolge der Ascendenten.

Sind in der ersten Classe der Erben — (der Descendenten, Kinder) — keine als Nachfolger berufne Personen vorhanden, so folgen die Erben der zweiten Classe — (die Ascendenten, Eltern[1]) — (Felmenők örököldése) — und zwar ebensowohl aus dem Grunde der Blutsgemeinschaft, als jenem der Miterwerbung[2]).

Auf diese Art ist — sittlich und juristisch — die Reciprocität gegenseitiger Erbfolge begründet.

Das Aviticalvermögen geht an jene Elternseite zurück, von welcher es ausgegangen ist[3]); — Donationalgüter fallen dem Fisens heim (ex defectu), außer es wären in der Schenkungsurkunde die Eltern mitberufen, oder die Brüder mit dem Erwerber im ungetheilten Güterbesitze gewesen; — Vergütungsansprüche für Meliorationen und bei der inscriptio auch für die daran gewendete Geldsumme) können nach Trip. I. 43. und 47. gefordert werden (hier Seite 65).

(Die Geschwister succediren als „Miterwerbet" zugleich mit den Eltern im Falle von Trip. I. 47).

§ 56. c) Erbfolge der Collateralen[4]).

In der dritten Classe sind zur Erbschaft berufen die Seiten-Verwandten — (oldalrokonok' örököldése) — und zwar nach der Nähe des Grades[5]).

[1]) Die Eltern des ersten Grades nach Kopftheilen in reiner Gradual-Erbfolge (der Vater schließt den mütterlichen Großvater aus); die Großeltern nach Linien, so daß zur einen Hälfte die väterliche Elternseite, zur andern die mütterliche Elternseite berufen ist. — (Lineal-Gradual-System?).

Adoptiveltern, und Väter, welche blos per rescriptum legitimirten, haben — da Adoption und solche Legitimation nur als Formen der Erbeinsetzung gelten — kein Recht auf den Nachlaß dieser Kinder.

[2]) Nachzulesen Trip. I. 53. 10. und I. 43. 1.

[3]) Nachzulesen Trip. I. 54. 2. (Im Deutschen das jus recadentiae oder revolutionis?) (Seite 130).

[4]) Das Familienrecht der Erbfolge ist in Ungarn ebenso wie bei den germanischen Völkern ursprüngliche Einrichtung gewesen. — Rechtsgeschichtlich der Einfluß des „Feudalsystems" nachzuweisen; insbesondre mit Rücksicht auf art. 4, der bulla aurea, dann hervorzuheben die Urkunden in *Fejér* Cod. dipl. III. 1. 413. („cum fratres suos non statuerit, non ememus; terra enim communis est et haereditaria eorum"); IV. 2. 118. IV. 2. 120. („omnium cognatorum et commetaneorum suorum consensu requisito"); ferner zu vergleichen der § 42. über das Näherrecht und damit die Urkunden zu verbinden in *Fejér* Cod. dipl. VIII. 6. 55., IX. 6. 93. ꝛc. sowie entgegenzuhalten die Urkunden in *Fejér* IV. 2. 33. und 328. sowie V. 2. 80. VI. 1. 226. IX. 5. 152. ferner damit zu vergleichen X. 2. 784. und 3. 30. endlich 4. 815. und IX. 12. 206. ꝛc. über die „quarta linea generationis"?).

[5]) Verwandte desselben Grades erben übrigens wie auch in andern Legislationen nach Kopftheilen.

Bevorrechtet sind die Agnaten, welche allein die dem männlichen Geschlechte vorbehaltnen Güter erben; — das übrige Vermögen zusammen bildet für Cognaten und Agnaten einen gemeinsamen Nachlaß [1]).

(Die carnales nur zum väterlichen, die uterini nur zum mütterlichen Vermögen berufen).

Das avitische Vermögen kann zunächst nur von „Theilungs-Anverwandten" angesprochen werden [2]).

Das erworbne Vermögen ist vorerst demnach zu unterscheiden, ob es vor oder nach der (avitischen) Vermögenstheilung des Erblassers mit seinen nächsten Verwandten erlangt und daher ob in das Familien- oder in das Allein-Eigenthum übergegangen sei [3])?

Im erstern Falle vererbt es als avitisches Gut, außer es hätte der Erblasser auf seinen väterlich-brüderlichen Antheil Verzicht gethan und dieserart für sich allein erworben. —

Im zweiten Falle muß unterschieden werden zwischen Donatial- und Allodial-Gütern.

Jene kommen nur dann an die Seitenverwandten, wenn diese selbst in der „Schenkungsurkunde" mitbelehnt sind [4]), — diese, (wie überhaupt all' sonstiges Vermögen) können weder durch ein jus regium, noch durch die besondre Eigenschaft eines „Theilungsanverwandten" dem (in welchem Grade immer) nächsten — Familiengliede entfremdet werden.

Eine Folge des Donationalsystems ist es auch, wenn bei der mittels des consensus regius erlangten Präfection eine neue „Theilungs-Verwandschaft" beginnt, so daß beispielsweise die Nachkommen dieser Praefecta mit jenen einer von dem Oheime präficirten Tochter (also die Nachkommen desselben Großvaters) nur dann in die (dem ersten Ursprunge nach gleichmässig) avitischen Güter gegenseitige Erbrechte haben, wenn die genannten Töchter der beiden Brüder in einer und derselben Urkunde präficirt worden sind [5]).

§ 57. Eigenthümlichkeiten der Erbfolge unter Seklern [6]) und Bauern.

Die reinen Sekler-Erbgüter (haereditates pure Siculicae)

---

[1]) Nachzulesen Trip. I. 116. und 117. sowie I. 54. und Trip. I. 47. init. 1—4. — (An betreffenden Stellen hier abgedruckt).

[2]) Theilungsanverwandte sind nur jene, welche selbst oder deren Vorfahren nach den Grundsätzen der Gesetze (sei es testamentarisch oder ab intestato) vollkommen gleich getheilt haben.

[3]) Nachzulesen Trip. I. tit. 43—45 und I. 102. 3. (Seite 126).

[4]) Nachzulesen Trip. I. 47. 2. und I. 50. 3.

[5]) Nachzulesen Trip. I. 50. ꝛc. ferner zu vergleichen Trip. I. 17. 6. und 6. 3.

[6]) Rechtsgeschichtlich ist hier auf die alte Stamm- und Geschlechtsglie-

ſind als avitiſches Familien- und Geſchlechts-Fideicommiß nur den Söhnen als Erben vorbehalten[1]); die Töchter ſind als natürlich-präſicirte (fiu-leány) dann zur Nachfolge berufen, wenn kein männlicher Erbe (resp. Sohn) vorhanden iſt[2]). Nur in dem Falle, als eine ſolche Sohn-Tochter einen Unterthan heirathen ſollte, kann der nächſte Agnat gegen Erlag des wahren Schätzungswerthes das avitiſche Beſitzthum an ſich löſen[3]); muß es aber „retrahiren" laſſen, wenn die Tochter aus jener Ehe, — durch Verheirathung an einen freien Sekler hiezu berechtigt, — das großväterliche Erbe verlangen ſollte[4]).

Immer ſchließen Männer in der Erbfolge avitiſcher Liegenſchaften die weiblichen Verwandten deſſelben Grades aus. In dem Falle blos weiblicher Nachkommenſchaft hat die jüngſte Tochter die Wahl des väterlichen Wohnhauſes, doch ſollten den übrigen gleiche Wohnungen erbaut oder das Haus getheilt werden.

Die erworbne Liegenſchaft geht nur dann auf die Töchter über, wenn ſie ausdrücklich ad utrumque sexum beſtimmt wurde.

Dieſerart im Anſpruche des Nachlaſſes „verkürzte" Töchter hatten blos das gleiche Recht zur ſonſtigen Verlaſſenſchaft und die Vergütung durch eine angemeſſne Heirathsausſtattung[5]).

---

derung Rückſicht zu nehmen (ſiehe *Ladislaus Kővári:* Erdély Nevezetesebb Családai pag. 265, und des Grafen *Emerich Mikó:* Erdélyi Történelmi Adatok I. 1855. pag. 261, das ausführlichſte Verzeichniß).

[1]) Sekler Nationalconſtitution vom Jahre 1555, Punkt 20. } ſiehe Anhang.
[2]) Sekler Nationalconſtitution vom Jahre 1555, Punkt 21. }

[3]) Nachzuleſen A. C. III. 76. 12. 4. „A' hol szabad örökségek Lófőjé Darabanté találtatnék kiknek fiú ágon defectusok volna, azokat leányi jussal Jobbágy örökséggé a' Tisztek semmiképen ne engedjék tenni vagy lenni, de hogy az ollyan Lófő vagy Darabant leányokat concernálható örökségekből semmisse ne légyenek az ollyan örökségek jó lelki-esméretü hites emberek betsüljék-meg, 's igazán böts-szerént való árrát a' Leánynak vagy Aszszony embernek közelebb való férjfiú ember Zászló alatt szólgáló attyafia tégye-le, 's légyen azé a' Jószág".

[4]) Nach der durch Präjudicien geſicherten Rechtsgepflogenheit. — Für weitre Studien zu empfehlen: *Wolfgang Cserei:* A' magyar és székely asszonyok' törvényei. Klauſenburg 1800, u. *Székely* Székely-Nemzet' Constitutiója p. 190.

[5]) Sekler Nationalconſtitution 1555 Punkt 23. Hierüber *L. S. K.* in der Ueberſetzung und vermehrten Ausgabe von *Benkő*'s Imago nationis Siculicae „Az Erdély Országi Nemes Székely Nemzetnek Képe" (Klauſenburg 1806) pag. 65: „A' Székely Örökség, vagy-is Jószág tsak egyedül a' Fiakat illeti, a' Leányok pedig az Attyok' Javaiból tsupán tsak tisztességesen ki-házasittatnak; hogy ha mindazonáltal valaki közüllök Férfi Magzat nélkül meg-halálozván, tsak Leány Magzatokat hogy maga után annak minden Javai a' Leányira háromlanak, és az illyen Leányok Fiú-Leányoknak neveztetnek".

Ueber die Erbfolge der Unterthanen[1]) nachzuleſen Trip. III. 29. § init. und 1—2 (S. 20) ſowie A. C. III. 30. (Ortsgepflogenheit).

Außer bereits früher mitgetheilten Geſetzesbeſtimmungen iſt hier aus Tripartitum drittem Theile der 14—16. Titel anzubeziehen:

Quomodo Dominium haereditatum inter Cives ingrediendum?

Titulus 14.

Item, si coram praedictis, Judice, ac Juratis Civibus, Fassio ratione rerum immobilium, seu haereditatum, puta domorum, Allodiorum, Hortorum, Piscinarum, aut vinearum facta fuerit; tunc requiritur, ut per emptorem ejusmodi rerum (ubi Dominium illorum intrare, et pro se vendicare voluerit) fiat apprehensio, sive Ingressio earundem, coram duobus Juratis Civibus, ad id deputatis.

§ 1. Et, si contradictor quispiam apparuerit, ac velamine contradictionis obviaverit, infra quindecim dies, rationem contradictionis suae in praesentia ipsorum Judicis, et Juratorum Civium, ipse Contradictor assignare tenetur.

§ 2. Si vero Contradictor non apparuerit, tunc ille, cui venditio, et Fassio facta fuit, Dominium ipsarum rerum, et haereditatum ingredi secure poterit.

§ 3. Et, si quispiam hominum aliquid Juris ad illas habere se postea speraverit; tandem infra anni revolutionem integram, et diem unam, si voluerit, palam vel occulte contradicere valebit: Nam aliter Juris sui virtus extincta manebit.

§ 4. Palam igitur contradixisse videbitur, si possessorem rerum, et haereditatum ipsarum in causam propterea convenerit, et infra dictam Revolutionem annualem, processus, et exordium causae, sui Judicis in conspectu inchoabitur.

§ 5. Occulte autem sic contradicet; quod coram Judice, vel Juratis Civibus prohibitiones legitimas, et consuetas, infra diem, et annum super haereditatibus ipsis faciat, et ad Civitatis librum annotari committat, ne praescriptio per negligentiam inhibitionis interveniat.

De legitima Praescriptione, inter Cives observari solita.

Titulus 15.

Civitatenses enim, licet super rebus alienatis, duodecim annorum curriculis praescribi, et praescribere debeant; modo tamen quodam abusivo, et villanorum more, solummodo per integri spatium anni, et diem unam, modernis temporibus praescribere consveverunt.

§ 1. Ubi autem Actor, sive Contradictor ille suum Adversarium, haereditatum scilicet, vel rerum ipsarum possessorem, facta praemissa prohibitione, per anni spatium in litem attrahere neglexerit; tunc a die ipsius prohibitionis inclusive computando, rursum quolibet anno infra alterius anni curriculum, et diem praedictam inhibitiones (modo antelato) faciat: ut dum opus erit, et poterit; litem super ea re suscitari valeat.

§ 2. Si vero Judex, odio forsitan, vel rancore praeconcepto, aut alia quavis ex causa factam coram eo, vel Juratis Civibus, hujusmodi prohibitionem in Protocollum, seu Librum Civitatis annotare, aut literas prohibi-

---

[1]) Siehe *Georch* im 7. Heft 1821 des Tudom. Gyűjtem. S. 53—66.

torias, dare recusaret; tunc poterit contra eum, coram Judicibus Regni Ordinariis, vel in Locis Testimonialibus, libere protestari: Dummodo ipsa protestatio (ubi necesse fuerit) valeat evidenter comprobari.

Quomodo haereditas cum pertinentiis inter Cives apprehendi debeat?

Titulus 16.

Item, si quispiam rem immobilem, et haereditatem, cum suis pertinentiis, in medio Civium ipsarum Civitatum emerit; tunc sufficit rem illam corporalem solam apprehendere, et pro se statuere: Nam ea apprehensa, etiam illius pertinentiae apprehensae intelliguntur.

§ 1. Appellatione vero pertinentiarum, comprehenduntur omnia, quae ad rem, et haereditatem hujusmodi corporalem, de Jure, vel Consuetudine Civitatis, spectare dignoscuntur.

§ 2. Nisi forte per venditionem, et emptionem ipsam, aliquid de pertinentiis, specifice fuerit exemptum, pariter et retentum.

B. Erbfolge aus der beſondern Anordnung des Geſetzes[1]).

§ 58. a) Wechſelſeitige Erbfolge der Gatten.

Da das ungariſche Erbrecht (ebenſo wie das germaniſche) auf andern Principien beruht, als das römiſche und modern-öſtreichiſche, alſo nicht der Grundbegriff einer juriſtiſchen Fortſetzung jener Einheit, in welcher die Perſon des Erblaſſers zur Geſammtheit ſeiner activen und paſſiven Vermögensrechte geſtanden iſt — (Univerſalſucceſſion des, den Verſtorbnen repräſentirenden, Erben), — ſondern vielmehr die durch den Tod vermittelte Eigenberechtigung auf die Nachlaßgegenſtände — als das eigentlich bildende Rechtselement erſcheint, ſo hat es auch eine Erbfolge von Perſonen gegeben, deren Anſprüche in dem Weſen einer Rechtsgenoſſenſchaft gegründet waren, welche als die, der Blutsverwandſchaft nächſte, Verbindung der Menſchen für Angehörige und Theilnehmer ſelbſt in vermögensrechtlicher Beziehung eine gegenſeitige Verpflichtung in ſich ſchloß.

Solche Verbindungen waren die der Gatten, der Unterthanen und Grundherren, der Gemeindebürger, der Staatsgenoſſen überhaupt, und endlich der Nachbarn unter den Sekler-Geſchlechtern[2]).

Dieſemnach erſcheinen kraft ſpecieller Anordnung des Geſetzes zur Erbfolge berufen[3]):

---

[1]) Siehe *Sachsenheim* Seite 593 und vergl. die Werke von Andren.

[2]) Ueber dieſe Geſchlechter ſiehe *Kovachich* Scriptores minores I. p. 339. *Ladislaus Köváry* „Erdély nevezetesebb családai“ pag. 265; insbeſondre aber des Grafen *Emerich Mikó* „Erdélyi Történelmi Adatok“ I. (Klauſenburg 1855) pag. 260.

[3]) Vergl. *Sztrokay* „A házassági törvények szertartások 's visszonyok

Die Gatten, insbesondre die Wittwe:

1) wenn Kinder vorhanden sind, erbt die Wittwe folgendermaßen — (özvegyi öröködés):

a) Wagenpferde und Staatsgewänder des Gatten[1]);

b) gleich einer Tochter einen Kopftheil in dem beweglichen Vermögen und den Pfandbesitzgütern[2]);

c) im Falle als die Söhne bereits getheilt haben und die Töchter ausgeheirathet sind, das gesammte bewegliche, nicht avitische, Vermögen[3]); — außerdem als Miterwerberin die Hälfte der acquirirten Güter kraft Miteigenthumsrechtes[4]). (Vergl. Seite 120).

2) wenn keine Kinder vorhanden:

α) erbt die Wittwe:

a) wie im vorigen Falle c das gesammte bewegliche, nicht avitische, Vermögen, also auch die Pfandbesitzgüter, sofern sie blos das dafür gegebne Geld vorstellen[5]). — (Schuldscheine gehören zum beweglichen Vermögen) — außer es hätte der verstorbne Gatte hierüber anders verfügt; und ebenso

b) das gesammte, nicht donationale, Vermögen, wenn der Gatte als ultimus deficiens verstorben ist; — außerdem als belehnte Miterwerberin die Donationalgüter (Consolidation des Lehnseigenthums[6]) zu ungetheilter Hand) und ihre sonstigen Antheile.

---

szemléje" im 5. Bande der M. Tud. Társas. Évkönyvei 1842 S. 303—353. Bezüglich der Frau vergl. das deutsche Recht, namentlich „Schwabenspiegel" wo die Frau nach Erhalt ihrer eignen Vermögensrechte (liegendes eingebrachtes Gut, Heimsteuer, Widerlage) mit den Erben der „unausgesteuerten" Güter die gesammte fahrende Habe zur Hälfte theilt, den ausgesteuerten aber gegenüber diese fahrende Habe ganz behält. (Siehe meine Vorlesungen über deutsche Rechtsgeschichte und Handbuch Seite 129).

[1]) Nachzulesen Trip. I. 99. 1—4. sowie 101. 1. } hier betreffenden Orts
[2]) Nachzulesen Trip. I. 99. und 102. } abgedruckt.
[3]) Nachzulesen Trip. I. 99. }

[4]) Nachzulesen Trip. I. 48. 102; I. 43. 1. und A. C. III. 25. ferner zu vergleichen Trip. I. 54. und 134. Prov. Artikel. (Seite 160).

[5]) Nachzulesen Trip. I. 102. 3. und A. C. III. 25. „Az Inscriptiós vagy zálogos Jószágoknak állapotjában observáltassék ama' Juris Regula: Quomodo quisque formaverit litteras suas etc. — és hogy ha a' defunctus Possessornak levelei ad Haeredes et Posteritates szólnának, non obstante eo, hogy egyébiránt a' zálagosok pro rebus mobilibus tartatnak; de ha a' Relictáknak nevek inserálva nintsen része-is az ollyan Jószágokban nem különben, hanem tsak Dotalitio et non successorio jure lehet mint szintén az egyébféle Jószágokban; ha pedig a' levelekben inserált Haeresek és Successorok nintsenek ratione mobilitatis, non suffragante sexus defectu, nem Fiscusra, hanem a' relictára devováltatik, mert az ingó jokban Jus Regium nintsen különben, hanem per expressam donationique insertam juris reservationem". (Controverse?)

[6]) cf. Trip. I. 48. 5. ꝛc.

β) erbt der Wittwer:

a) das gesammte bewegliche, nicht avitische, Vermögen, mit Ausnahme der Parafernalien[1]);

b) die seiner verstorbnen Frau, als Braut, gegebnen Hochzeitgeschenke, wenn sie darüber nicht testamentarisch verfügt hat[2]);

c) das gesammte, nicht donationale, Vermögen, wenn die Frau als ultima deficiens verstorben ist; — außerdem als Miterwerber sämmtliche während der Ehe (durch Kauf und Pfand) acquirirte Güter, selbst wenn sein Name nicht in der Erwerbungsurkunde mitenthalten wäre[3]).

§ 59. b) Caducitätsrechte[4]).

Der Fiscus hat das Heimfallsrecht der Krone, sowie (oder) das Caducitäts- und Confiscationsrecht des Staates in den bekannten Fällen:

1) ex defectu[5]).
2) ex nota[6]).
3) ex articulo[7]).
4) ex contractu[8]).

Aehnlich übt der Grundherr gegenüber seinen Unterthanen Heimfalls- und Caducitätsrechte aus und hat namentlich die Nachfolge zu zwei Dritttheilen des beweglichen Vermögens, wenn der Colone ohne Nachkommen verstirbt[9]).

---

[1]) Nachzulesen 134. Prov. Artikel 1791. (Seite 160).

[2]) Nachzulesen Trip. I. 100. 4. (Seite 125).

[3]) Gewohnheitsrecht und obige Gesetzesstellen.

[4]) Siehe *Sachsenheim* S. 597 u. A. — Aus ältesten Zeiten, so 1222 siehe *Fejér* III. 1. S. 378. und IV. 1. S. 340.

[5]) Insbesondre hervorzuheben Trip. I. 10. 2. und A. C. IV. 13. sowie C. C. IV. 15. wornach der Fiscus von den „caducen" Verlassenschaften alle Schulden ꝛc. zu zahlen hat.

[6]) Insbesondre hervorzuheben A. C. IV. 13. 6. und III. 76. 7. sowie C. C. IV. 15. 1. ferner A. C. IV. 7. 1. und III. 43. 3. endlich A. C. III. 76. 20. ꝛc. ꝛc.

[7]) Confiscation des Vermögens bei Urkundenfälschungen der Siegelbewahrer, Hochverrathsfällen, Religionsstörung und Neuerung, unbefugter Auswanderung u. dgl. m. cf. A. C. I. 3. 4. und III. 14. 1. u. a. O.

[8]) Vergl. Trip. I. 69. (Seite 111).

[9]) Nachzulesen Trip. III. 29. und 30. sowie A. C. III. 30. („Istennek és Országnak törvényével nem ellenkező módok szerént férjhez-menő Aszszonyi-állatokat és leányzokat a' Földes Urok meg-ne akadályoztassanak sub poena fl. 100, kik-is nem lopva menjenek férjhez, hanem a' közönséges bévett szokás szerént; ha pedig találtatnának, kik affélét vagy szöktetve tselekednének, azon poenába incurráljanak. Mindazáltal a' meg-

Erbloſe Verlaſſenſchaften der Bürger kommen nach Privilegien und Statuten an den Gemeindefiscus; ähnlich der caduce bewegliche Nachlaß der Geiſtlichen an die Ortskirche; den unbeweglichen —(Liegenſchaften) — kann der Seklernachbar gegen Erlag der Perennalſchätzung an ſich löſen[1]).

Die geſammte Verlaſſenſchaft eines ohne Erben deficirenden Seklers fällt an ſeine Nachbarn (. . in suae generationis utriusque sexus homines more tamen et consuetudine ipsorum antiquissimo observato . .[2]); in Hochverrathsfällen findet die Confiscation ſtatt, ſeit den Landtagsartikeln von 1557, 1562, 1571 u. ſ. f.

§ 60. Erbſchaftstheilung und Laſten der Verlaſſenſchaft[3]).

Die unbeſtrittnen Erben (in den Comitaten) nehmen von den ihnen zugefallnen Nachlaßgegenſtänden ohne Einmiſchung ämtlicher Perſonen Beſitz[4]). Im Seklerlande und bei gegneriſchen Anſprüchen erfolgt die Erbſchaftsübernahme unter Mitwirkung der hiezu abgeſendeten Theilungsrichter[5]). (cf. 133. Prov. Art. 1791 Seite 159).

---

hólt Jobbágynak ingó javaiban az Özvegy-Aszszonyok tsak harmadosok lévén, két része a' Földes Urájé: fiúgyermek Jobbágyokat-is az Ura nem tartozik el botsátani, hanem ha olly' assecuratio alatt, kivel contentus akar lenni; A' leányokkal is pedig köntösökön kivül, Urok engedelme nélkül egyéb bonumokat nem adhatnak; az ingatlan jók Uroké, excipiáltatván ez iránt a' privilegialt helyek, és usu corroboráltatott consuetudo"). — (Vergl. Seite 21).

[1]) cf. A. C. I. 6. 1—2, und ſiehe Vorleſungen über „Kirchenrecht".

[2]) Siehe das Privileg Georg Rákóczy's 1636 auch in des Grafen *Emerich Mikó:* „Erdélyi Történelmi Adatok" I. 1855. pag. 276, und in meinen „Municipaleonſtitutionen". (Seite 12—15).

[3]) Siehe *Sachsenheim* S. 581.

[4]) Die Anwärter erlangen ohne weitre Vermittlung jene „Beſitzrechte", welche ſchon deshalb an ſie übergehn, weil (und wie) des Erblaſſers Machtwille und Sachenherrſchaft mit dem Tode erliſcht, alſo der nächſte Berechtigte an ſeine Stelle tritt.

(Der Todte erbt den Lebendigen).

[5]) Im Allgemeinen galt folgender Vorgang:

Bei ſtrittiger Erbberechtigung ſollte zunächſt gütliches Einverſtändniß, oder Vergleich und zwar ſchiedsrichterlicher, oder endlich (zwiſchen Verwandten des erſten und zweiten Grades) ämtliche Theilung (non processu litis) entſcheiden. cf. Trip. I. 67. und 68.

Dieſes Executionalverfahren fand unter Zuziehung von ſieben Zeugen (commetanei) ſtatt. Siehe folgende Abtheilung „Civilproceß" und mündlichen Vortrag.

Zwiſchen andern Erbſchaftsanſprechern muß die Theilung der Güter im ordentlichen Proceßwege durchgeführt werden.

(Nachzuleſen Trip. I. 67—68. und 46. ſowie 133. Prov. Art. 1791).

In der Regel wurde ein Inventarium angelegt, daraus die Ausscheidung aliquoter Theile (schedae, ratae) gleichen Werthes gemacht, und durch das Loos die Zutheilung bestimmt.

Hierüber sind litterae divisionales ausgefertigt worden. — Bewegliches Vermögen pflegte man aus freier Hand den Erben zuzuweisen[1]).

Die Lasten der Erbschaft sind theils gesetzliche, theils Schulden. Die gesetzlichen (onera successionum legalia) haften in der Regel folgendermaßen:

1) auf jeder Erbschaft:

a) Die dos,
b) Das parafernum,
c) Die allatura,
d) Die intertentio vidualis.

} überhaupt Vermögensrechte der Frau.

2) auf der Erbschaft der, dem männlichen Geschlechte allein zukommenden, Güter:

a) Das quartalitium.
b) Das jus capillare.
c) Die emaritatio viduae.

Die Schulden werden von den Erben der speciellen Verlaßgegenstände nach Maß ihrer Theilungsquoten entrichtet[2]):

1) zuerst aus dem beweglichen Vermögen, hauptsächlich aus dem vorfindigen Gelde;
2) dann — (im Nichtzureichungsfalle) — aus den erworbnen Liegenschaften[3]); endlich
3) aus den Aviticalgütern (nach und bis zum wahren Werthe derselben) so zwar, daß die eine Hälfte den blos auf das männliche Geschlecht vererblichen Gütern, die andere Hälfte den auf beide Geschlechter vererblichen Gütern zur Last fällt.

Der Fiscus (als heimfallsberechtigte Oberlehnshoheit) ist haftungspflichtig nach Trip. I. 10. 2. bis zum Werthe der „gemeinen Schätzung". — (Siehe Seite 19—20).

Schlußanmerkung. Ueber die Erbrechte aus einem Testamente vergleiche hier den § 45. Seite 108 sammt Noten, — sowie mündlichen Vortrag.

---

[1]) Vergl. „Civilproceß" und Trip. I. 45. C. C. IV. 6. und 133. Prov. Art. 1791. (Reportational-, Theilungsberichtigungs- und Theilungsergänzungsproceß? — rectificatio divisionis, complementum divisionis). Die nova divisio im langen Proceßwege.

[2]) Nachzulesen C. C. IV. 15. Begreiflicher Weise müssen vorerst die onera legalia gezahlt werden. (Siehe Gerichtszeitung Nr. 128: 1860).

[3]) Nachzulesen 51: 1791. (erste Aufl. I. S. 151 und hier S. 160).

Die hier einflußreichen 133. und 134. Prov.-Art. von 1791 lauten:

Articulus 133.

De modo celebrandae inter Fratres, et Sorores indivisos Divisionis.

Quamvis Decreti Trip. Partis I. Tit. 45. modus celebrandae inter fratres indivisos Divisionis praescriptus sit, variis tamen in negotio Divisionis contra expressum Legis sensum irrepentibus abusibus propter quos condivisionales extra possessorium Bonorum constituti competentem ipsis portionem vero, et nonnunquam post complurium annorum decursum apprehendere possunt, ad removendas hujusmodi difficultates, et praepedienda condivisionalium damna statuitur, ut claro praecitatae legis sensu striete observato in negotio divisionis sequens modus teneatur: Nimirum si bona indivisa in pluribus Comitatibus, aut Sedibus Siculicalibus, vel vero in Comitatibus aeque ac Sedibus Siculicalibus mixtim habeantur; Pars divisionem solicitans modo legitimo certificari curet Partem in possessorio bonorum constitutam ad executionem, et adveniente executionis termino, procedat Magister Protonotarius ad faciem bonorum subdividendorum, et ibidem observata Praxi Judiciaria ad tenorem mandati Divisionalis tentet executionem, quam si Pars in dominio bonorum constituta admiserit, eorum Divisio peragatur; si vero Pars in dominio bonorum constituta Divisionis executionem Repulsione impediret, certificetur ad proximam Periodum Judicialem in praesentiam Tabulae Regiae ad reddendam suae Repulsionis, rationem, qua adveniente hujus primis tribus diebus procedens Magister Protonotarius acta cousque interventa Tabulae Regiae exhibeat, hisque eodem adhuc die protocollatis aeque eodem aut immediate subsequente die Causa proclametur, et repellens deposito coram Tabula R. Repulsionis suae onere, ad reddendas ejusdem rationes coram Divisore Magistro Protonotario procedat, generaliter autem Partes collitigantes suas rationes et ad harum solidationem deservientia sua litteralia coram procedente Magistro Protonotario deponant, hic autem illa adiecta etiam sua opinione Tabulae Regiae sine mora exhibeat, Tabula denique R. discussis actis, et documentis subversans divisionis negotium sub eadem Periodo Judiciali finaliter determinet, Deliberatum pronunciet, cui si Pars in dominio bonorum constituta non acquiesceret, omnibus aliis remediis exclusis, appellatio ad Regium Gubernium admittatur, sed extra Dominium, et ideo procedens Magister Protonotarius ad peragendam Divisionem judicialiter remittatur, quodsi vero repellens semet absentando ad praestitutum terminum non compareret; ad Intantiam Partis divisionem sollicitantis, remissus Magister Protonotarius Divisionem ad tenorem Mandati divisionalis inomisse peragat, eamquè repellens nullo remedio impedire possit, sed si quid injuriae sibi hoc facto evenisse praetenderet, ad divisionem processualem, quae inter Fratres jam divisos evenire solet, relegetur. Hic modus inter Fratres, et ubi bona utrumque sexum concernunt Sorores primi, et secundi gradus indivisos indiscriminatim in illo etiam casu observandus venit, ubi condividentes de bonis indivisis paternis, aut maternis non nihil possident quidem, illud tamen non divisione mediante, verum seu ex Parentum suorum, dum adhuc in vivis fuissent, indultu, seu vero ad lubitum alterius Partis possident, ubi autem Bona indivisa uni tantum Comitatui adiacent, penes mandatum Divisionale Officiale Comitatensi ad Sedem Comitatus reportante, in reliquo modus praescriptus observetur. In quibus denique Sedibus Siculicalibus diversus usus fuit, is pro futuro etiam suo loco relinquitur.

Articulus 134.

— — — — — — — — —

Quoad differentias ratione bonorum inter deficientium uxorum, aut liberorum maritos, vel Patres et haeredes legitimos subversantes: ut si uxore vel liberis deficientibus viduus, vel Pater, seu Testamentum, seu alium titulum praetexendo, defunctae uxoris suae vel liberorum bona veris haeredibus remittere renueret: aut etiam remissione appromissa, eam de die in diem protraheret, in ejusmodi casibus veri haeredes, et legitimi successores elapso post defectum bis quindenae termino, sub quo nempe sepultura deficientis peragenda erit, maritum viduum, vel prolibus orbatum Patrem super bonorum mobilium, et immobilium aviticorum defunctae Consortis, vel liberorum, intra 15 dierum spatium restitutione personaliter admoneri curent, ac una etiam eorum, quae justo, et legali titulo bonis investivisset bonificationem offerant, ad quam admonitionem si admonitus intra praestitutum quindenae terminum bona remitttere praetermitteret, certificetur ad proxime secuturam periodum Judicialem, si bona in pluribus existant circulis ad Tabulam Regiam Judiciariam, si vero intra terminos unius Comitatus, Sedis vel Districtus reperiantur ad generalem ejusdem Circuli Sedem, quo termino adveniente Causa sub tribus prioribus Periodi Judicialis diebus proclametur, et summarie tractata, aeque sub eadem periodo Judiciali finaliter decidatur, Cujusmodi judicio, si Pars Incta non acquiesceret, appellatio quidem eidem admittatur, et quidem in casu abjudicationis bonorum extra Dominium, nullis remediis Parti Inctae intra Dominium admissis, bonaque praetendentibus adindicata exequutione etiam mediante adsignentur. In casu autem, quo Pars Actorea Judicio non contenta causam appellare cuperet, id eidem simpliciter admittatur.

Einzubeziehen iſt noch der 51. Artikel von 1791. Derſelbe lautet:

De modo Occupationis Bonorum Liquidatorum Ratiocinantium.

Ubi Mobilia Liquidatorum Ratiocinantium Bona summam liquidatam non adaequant, ibi ad Bona eorum etiam Immobilia, primum quidem si fuerint Acquisita, his vero seu non existentibus, seu vero Summam liquidatam non adaequantibus, etiam ad Aviticalia regressus admittatur; ad praevertendas nihilominus Litium occasiones, et verorum haeredum damnificationes, statutum est: Ut in hujusmodi Casibus Bona Liquidatorum Ratiocinantium acquisititia tantum ad Summam usque inhaerentem, Aviticalia autem non perennaliter, verum pignoris solum titulo occupari, et vendi possint, et seu liquidato Ratiocinante, seu vero ejus Haeredibus Summam inhaerentem deponentibus, Bona occupata de facto eorum Manibus assignentur; si quis autem ejusmodi Bona remittere nollet, in posna, quae adversus pignoris Detentores Lege definita est, convincatur.

Idem sentiendum etiam de Bonis Liquidatorum Ratiocinantium hactenus perennali quamvis Titulo occupatis et abalienatis.

Anhang

I. Die Sekler Municipal-Constitutionen vom Jahre 1555 und das betreffende Approbatalgeſetz (überſetzt).

II. Das ſogenannte Aviticitäts-Patent vom 29. Mai 1853.

I.

1) Die alten Sekler-Conſtitutionen vom Jahre 1555,

welche auf der am 28. April 1555 zu Udvarhely abgehaltenen Nationalverſammlung abgefaßt und durch die damaligen ſiebenbürgiſchen Waiwoden Stefan Dobo und Franz Kendi bekräftiget worden ſind.

1. An welchem Gerichtsſtuhle der Proceß begonnen wird vor dem Richter oder Capitän (biro vagy hadnagy elött), kann ihn dieſer Procurator bis zu Ende führen, wenn aber der Gegner zur Rede bereit iſt (mondás lészen), ſoll ſein Procurator den Beweis deſſen vor dem Richter oder Capitän antreten, was er behauptete (bizonyittsa meg-hogy valott), wenn er es bezeugen kann, ſo verliert der andre Theil die Rechtsſache, wenn er es nicht beweiſen kann, bleibt er auf Seklerboden in der Strafe von 3 Mark (három Gyrán), welche anderthalb Gulden ausmacht, und verliert den Proceß, und kann inſonders ſeinen Rechtsſtreit nicht weiter hinausführen, wenn er aber die 3 Mark erlegt, dann kann er, wenn er will, nochmals eben dieſen Mann zu ſeinem Procurator beſtellen.

2. Wenn ein Procurator gerufen wird, macht es im Seklerlande anderthalb Gulden (ha Prokátor hivás leszen, Székelly Földén 1½ forintot tészen).

3. Wieviel Perſonen auch in einem Proceß klagen, es fällt für ſie zuſammen ein neues Urtheil aus oder eine Sentenz.

4. Die Taxe (árra) eines neuen Urtheils iſt ein Gulden, die der Sentenz auch ein Gulden, wenn aber irgend ein Theilnehmer, ein Erbe, oder er eine Mühle gewönne, iſt die Taxe der Sentenz drei Gulden.

5. Auf Seklerboden iſt der Bruch des Gerichts (a' Szék törés[1]) 24 Mark.

6. Eine Patvarie (patvar[2]) unter den Seklern iſt 24 Mark und der ewige Verluſt des Proceßes.

7. Die Gerichtsſtrafe (birsága[3]) eines unbegründeten Klagebegehrens (keresetnek) iſt unter den Seklern drei Marken.

---

[1]) Im ungariſchen Proceß fractio sedis genannt.

[2]) Im ungariſchen Proceß calumnia genannt. So im Trip. II. Theil, tit. 70. § 1. Ubi sciendum quod Calumnia est litis contra quempiam duplici sub colore vel diverso tramite fraudulenta motio atque suscitatio etc. Vergl. über den Proceß und dieſe Rechtsinſtitute den III. Band von *Alex. Dósa* Erdélyhoni Jogtudomány, und hier das Proceßrecht (III. S. 53).

[3]) Dies urſprünglich deutſche Wort iſt als ſchon längſt nationaliſirtes bis zu den Seklern vorgedrungen, und zeigt das Weſen der Byrſchagien, daß die Proceßlehre des Tripartitum's großen Einfluß auf das Sekler-Sonderrecht gehabt habe.

8. Die Hinterlegung[1]) des Proceßes beim Gerichtsſtuhle 1 Gulden, bei der fürſtlichen Tafel 3 Gulden.

9. Im Seklerlande beim Gerichtsſtuhle macht eine Mark (egy Gyra) 50 Geld[2]) oder einen halben Gulden, bei der fürſtlichen Tafel einen Gulden.

10. Die in irgend einer Sache eine Sentenz ſagen, können darin ohne Belaſtung zweimal hintangehalten (opponirt) werden, das drittemal tritt die Belaſtung (Gebühr) ein (terhe vagyou[3]).

11. Wenn man in irgend einer Sache das Urtheil aufhebt (bricht), iſt die Taxe der Sentenz demjenigen, welcher die Taxe der Sentenz gegeben hat.

12. Die Aufhebung (der Bruch) der Sentenz, wenn die Sache zwölf Gulden Werth ausmacht, iſt ein Gulden, wenn es aber darüber hinaus iſt (annak felette) jederzeit drei Gulden.

13. Wenn man in irgend einer Sache die Sentenz fällt — wenn der überwundne Theil ein neues Urtheil darin verlangt, ſolange die Sentenz nicht ausgegeben iſt, iſt der überwundne Streittheil nicht verpflichtet, die Taxe der Sentenz zu entrichten.

14. Wenn durch ein neues Urtheil die Sentenz erreicht wird, noch bevor ſie mit derſelben (zur Execution) vorgeſchritten ſind, ſollen ſie auch nicht damit vorſchreiten können, wenn ſie aber auch bereits exequirt hätten, ſind ſie verhalten, wenn ein neues Urtheil herablangt, die durch die Sentenz weggenommenen Rinder herauszugeben, bis nicht darüber das neue Urtheil zu Ende geführt wird. (Ha ujj Itélettel érik a' Sententiát, miglen vélle el nem járnak, tehát el ne járhassanak a' Sententiával; ha eljártanak volna is ha ujj Itélettel érik, a' Sententiával elvitt marhákat tartozik kiadni, miglen az ujj Itélet mellet vége szakad[4]).

15. Läßt irgend ein Angeklagter auf den Schwur des Klägers deſſen Klage; wenn der Kläger beſchwört, gewinnt er die Sache, wenn er aber nicht ſchwört, iſt der Angeklagte frei.

16. Der Kläger kann nicht ſeinen eignen Eid in Frage ſtellen vor dem Richter, wo der Proceß ſei.

17. Jeder Capitän und Richter iſt verhalten, jeden Gerichtstag zu verſchieben (minden Törvényt elnapozni) und wenn er nicht eine Tagſatzung gewähren wollte (és ha el nem akarná napozni), kann, wer will, ihn mit einer

---

[1]) Oder die Abſtehung vom Proceße.

[2]) 50 Denare, ſollte eigentlich oben heißen kis pénz.

[3]) Bezieht ſich auf das Rechtsmittel der Repulſion, vergl. Trip. II. Theil, 73. Titel, erſter §.: Repulsio est partis in causa triumphantis per alteram partem ab executione latae per Judicem sententiae violenta quaedam propulsio, ſollte aber nach l. c. § 3. nur einmal ſtattfinden dürfen. Die Belaſtung iſt das Byrſagium der nota infidelitatis (hier III. Bd. S. 73).

[4]) Ueber die Rechtsmittel des Novum ſiehe *Alex. Dósa* Erdélyhóni Jogtudomány III. Bd. S. 147 ꝛc. Doch nimmt der Verfaſſer auf dieſe Sekler-Conſtitutionen als antiquirtes Proceßrecht wenig Rückſicht; (hier III. Bd. S. 64).

Admínition zur Verantwortung ziehen (Admonitioval kérdőre vehéti a' ki akarja).

18. Will irgend ein Proceßführender ſeine Sache auf einen Stuhl prorogiren (halasztani): ſo ſteht es ihm frei, aber weiterhin darf er ſie nicht vertragen (de tovább ne halaszthassa) außer zum Gerichtsſtuhle, oder ſie würde in einer Reichsangelegenheit vor die Herren Waiwoden oder den Landesfürſten geſchickt werden.

19. Wenn ein Proceß in einer Sache von blos 3 Gulden Werth vor ſich geht, ſoll dieſer nicht von einem Gerichtsſtuhle zum andern getragen werden, (ebenſowenig) ſowie deſſen eigner Eid (miképpen önnön Hitét).

20. Hat irgend ein Mann, einen Sohn, Tochter, ſo gebührt das Erbgut dem Sohne, aber ſo, daß der Sohn die Tochter nach jeglichen Stuhles eignem Geſetze ausheirathe[1]).

21. Wenn zweien Männern[2]) nur ein Kind (ha két Férjfiu egy Ember gyermeke), dem einen ein Sohn, dem andern eine Tochter gehört, iſt die Tochter ein ſolcher Erbe in des Vaters Erbgut, als der Sohn.

22. Hat irgend Jemand zwei Töchter und keinen Sohn; ſo gebührt ihnen das vom Vater gebliebne Erbgut gleichmäßig, aber ſo, daß die jüngre (a' kisebbik) im Wohnorte die Vorwahl habe, doch alſo, daß das der andern Zukommende (hozzája) ähnlich ſei, ſo ſollen ſie darin gleichmäßig erben können, wenn aber die jüngre (a' kisebbik) der ältern (a' nagyobbiknak) ein gleiches (hasonlót) nicht geben könnte, dann ſoll die Erbſchaft auf zwei Theile getheilt werden.

23. Hat irgendwer zwei Töchter, von denen die eine einen Sohn, die andre eine Tochter hat, ſo iſt die Tochter eine ſolche Erbin in dem väterlichen[3]) (az attya' jószágában) Gute, wie der Sohn, wenn aber dieſe Tochter einen Sohn und eine Tochter haben ſollte, möge der Sohn daraus die Tochter ausheirathen.

24. Verſtreichen in irgend einem Sekler-Erbgut 32 Jahre, ſo iſt der Mann darin unbewegt (indulatlan[4]), der andre Theil iſt nicht verpflichtet ihm zu antworten.

25. Bei Pfandbeſitzgütern (a' Zállagos Jószágban) wird die Verjährung (idő mulás) nicht gehalten.

26. Iſt irgendwer zu etwelchem Erbgute ein Bluts-Stammverwandter, ſo gilt darin keine Verjährung, weil zwiſchen den Blutsanverwandten nach dem Decrete eine Verjährung nicht möglich iſt.

27. Ein Vaterſohn [Anverwandter] (atyafi) ſoll einem andern Vaterſohne gegenüber gar nichts[5]) dem Fremden geben oder abſondern können (sem el nem

---

[1]) Vergl. über dieſe und die nachfolgenden Privatrechte *Alex. Dósa* Erdélyhoni Jogtudomány II. Bd. S. 434 u. ſ. w. (hier Seite 132).

[2]) wahrſcheinlich ſind zwei Brüder gemeint und alſo das avitiſche (großväterliche) Erbgut.

[3]) eigentlich großväterlichen, oder avitiſchen (ősi).

[4]) d. h. es findet die erwerbende Erſitzung ſtatt; ſ. *Dósa* II. Bd. S. 352.

[5]) semmijét. Hier iſt vom Retract (Näherrecht) die Rede.

válhattya), wenn er es auch gethan hätte, und ein Verbot (tilalom) innerhalb 32 Jahre darin erfolgt ſein ſollte, kann es der Blutſtamm (vér-gyökér) zurücknehmen, außer ſie hätten an Stelle des Erbgutes wieder ein Erbgut gegeben.

28. Wenn ſie irgend ein Erbe weggeben, und dem, welchem es gebührt, nicht anbieten (nem kínálnak velle), ſollen ſie, wenn er dagegen ſpricht, bis zum 15-ten Tage damit warten, wenn er das Erbgut übernehmen kann, ſollen ſie es ihm geben, wenn aber nicht, oder er zur Zeit der Anbietung (a' kináláskor) nicht dagegen ſpricht, ſollen ſie es Jenem geben, welcher den Preis erlegt und der Anverwandte (atyafi) ſoll gegen ihn nicht Proceß führen können.

29. Einen verlornen Proceß kann der Sohn bei Vaters Lebzeiten nicht wieder beginnen.

30. Ein Sekler kann auf keine Weiſe ſeines Erbgutes verluſtig werden, wenn er auch ſeinen Kopf wegen Treuloſigkeit verlöre, ſondern es bleibt bei ſeinen Blutsverwandten.

31. Wenn ein den Proceß verlierender Mann nach dem Ausſpruch des Rechts (a' törvény kimondása után) für ſich die Stimme erhebt (hozzája szollana), und man ſeinen Worten kein Gehör gibt (ha hellyt nem adnak szavának), verfällt er nicht in Geldbuße (maradsága semmi nintsen).

32. Wenn man jemanden einen Hurenſohn, Verräther, Ungläubigen (hitetlenek) heißt und dies vor das Gericht kommend geläugnet wird, daß er es nicht geſagt habe, wenn es der andre Theil beweiſt, daß er gegen ihn unverſchuldet dies ausgeſprochen habe, wird er geſtraft mit dem lebenden Menſchenwerth [1]), das iſt mit 12½ Gulden; denn es geht gegen ſeine Ehre (eleven Dijján, az az Tizenharmad fél Forinton marad; mert tisztességében jár). Wenn er aber es vor den Augen des Richters ſagt, daß er es ausgeſprochen habe, und dennoch es nicht bezeugen kann, ſo kann der andre Theil ſich reinigen, er aber verbleibt deſſentwegen in der Strafe der Zungenlöſung (a' más fél meg menti magát, ő pedig nyelvén marad érette [2]).

33. Wenn einer den andern Dieb heißt, was denſelben nicht betrifft (ki őtet nem illeti), und kann es nicht beweiſen, kann ſich der andre Theil davon reinigen (a' más Fél meg menti magát tölle), er verfällt deſſentwegen in die Strafe des homagium vivum (eleven Dijján marad érette), wenn aber Jemand Beſchädigter (káráért keres) — irgend wen den Dieben, den Stehler oder Brandleger (égetőuek) vor ſeinen Richter nennt, ſo iſt er deshalb in keine Strafbuße verfallen (érette semmin sem marad).

34. Wenn gegen eine freie Perſon der Verdacht eines meuchleriſchen Verbrechens entſteht (Orozásról való gyanuság szabad személly ellen ha támad) wenn früher gegen ihn kein Argwohn war, ſoll er ſich blos durch ſeinen eigenen

---

[1]) Das iſt das ſogenannte homagium vivum 12½ Gulden, ſ. *Dósa* II. Band Seite 569, Punkt 2. (hier Seite 15 u. a. O.).

[2]) Emenda linguae; nyelvváltság; ſ. *Dósa* Erdélyhoni Jogtudomány II. Band Seite 569 im § 421. (hier Seite 15 und III. S. 52).

Eid davon reinigen (tsak ő maga hitivel mentre magát[2]), wenn er aber als ein ſolcher nach ſeinem Daſein zu einer dergleichen Handlung befunden wird, muß er ſich ſelbdritt davon rein ſchwören (ha pedig a féle dolognak meg lételekor a' félének találtatik lenni, az illyen személlynek maga mentségére harmad magával kell meg esküdni).

35. Niemand ſoll durch Mandate (parantsolattal) weder vor die Herren Waiwoden, noch vor den Grafen (Ispáni eleibe) vorgeladen werden können, ſondern jeglicher zuerſt vor ſeinem Gerichtsſtuhle geſucht werden, und welcher nicht in irgend was Recht findet (nem igazúl), der kann mit ſeinem Anſuchen weiter gehn (mehessen el) nach dem Reichs-Geſetze; aber bei dem Stuhle ſollen ſie alſogleich das Geſetz in Betracht ziehen (láttassanak), wenn aber ein Verzug in ſeinem Proceße ſtattfände, kann er alſogleich (mindjárást) ſeine übliche Klage appelliren (appellálhassa az ő szokot kérdőjét).

36. Der erbnehmende Sekler ſoll nicht zur Tafel des Herren Waiwoden verpflichtet werden, außer er verdiene die Todesſtrafe.

37. Wird ein Mörder wegen abſichtlichen Todſchlags verhört, ſoll ihn gegen den Kläger die Gnade der Herren Waiwoden, auch nicht die des Königs beſchützen. (Szántszándékkal való halálért a' gyilkos még hallyon a' Vajda Urak kegyelme, még a' Király is meg ne oltalmazhassa a' Peres ellen).

38. Wenn man einen vorſätzlichen Mörder beim Blute (a' véren, auf friſcher That) ergreifen kann, ſoll gegen ihn eben dort das Geſetz zur Anwendung gebracht werden; wenn man ihn aber nicht auf friſcher That (a' véren) ertappen kann, wird er ebenſo gerichtet, und in welchem Gerichtsſtuhle er gefunden wird, eben dort gegen ihn das Geſetz angewendet.

39. Wegen eines thatſächlich vorkommenden Todſchlags (Történettel való halálért[1]) nützt die Gnade des Herren Waiwoden bis zu einem Jahr und 3 Tagen, aber ſo, daß er inzwiſchen an den durch den Tod Getroffenen (a' halálosokon) weiter keine Rache ausübe, wenn er nach demſelben während dieſer Zeit ſich nicht vergleicht (nem békéllik), ſoll gegen ihn das Geſetz angewendet werden (törvény szolgáltassék reája).

40. Wenn irgendwelche mit Vorſatz auf Jemandes Haus oder Pflug gehen, oder ihn auf ſeinem Wege anfallen und tödten, ſollen ſie, ſoviele ihrer ſind, alle dafür den Tod erleiden.

41. Wenn Jemand in das Haus des Andern mit Gewalt einbricht und bei deſſen Haus umgebracht wird, iſt auch deſſen Homagium verloren gegangen (a' Dijja is elvész).

---

[1]) Es bedarf kaum der Erwähnung, daß auch dieſes Rechtsinſtitut des dem Angeklagten zu Gute kommenden Reinigungseides und der Eideshelfer wie manches andre, ebenſo im altdeutſchen Rechte vorkomme, vielleicht davon hier entlehnt ſei.

[2]) Heutzutage würde man dies etwa bezeichnen: wenn in einer Affaire Jemand getödtet wird.

42. Wenn Jemand an dem Hauſe oder Pfluge oder Wagen des Andern eine Potenz (hatalmat) begeht, verfällt er in 24 Mark Strafe (24 gyrán maradjon).

43. Wenn die Gewaltthat in der Hinwegnahme eines Pferdes oder Rindes beſteht, macht es 12 Mark[1]), wenn er hievon abſteht (ettől meg válva) iſt die Potenz 3 Mark Strafe.

44. Wenn einer den andern auf dem Felde niederwirft (le üti), verfällt er in 6 Mark Strafe, wenn er ihn auf dem Felde ſchlägt oder deſſen Blut vergießt, in 24 Mark.

45. Wenn irgendwer einen andern tödten wollte, und es würde deſſen Leben wegen Schutz eines andern Menſchen erhalten, verfällt 24 Mark Strafe.

46. Ein Knochenbruch macht 12 Mark, eine große Verwundung ebenſoviel, ein Säbelhieb[2]) (a' Szablya vágása) auch ſoviel, eine Fleiſchwunde (egy iznyi Seb) macht 1 Mark.

47. Ruft irgend eine Parthei Jemanden vor den Richter, und vergleicht (békéllik[3]) ſich unter ihm mit demſelben, kann der Richter von ihm 3 Mark an Byrſchagen nehmen.

48. Wenn eine Perſon in das Amt des Richters ſteigt (eingreift) (Ha egy személly valamelly Bírónak Tisztibe hág), verfällt deshalb in 3 Mark Strafe.

49. Die Beſitznahme von Grundſtücken (A' Földnek foglalása) ſoll mit nicht mehr als 12 Mark geſtraft werden, manchmal mit 3 Mark, manchmal mit 9 Mark und manchmal auch mit 12 Mark, nach der Beſchaffenheit der Erdjoche (a' Hold földnek mivoltához képest).

50. Des Richters Verbot macht 3 Mark, nämlich (t. i.) wenn das ganze Dorf es verletzt (szegi meg).

51. Das ganze Dorf verfällt nur ſoweit in die Strafe der Potenz, als die Gewaltthat dreier Perſonen, denn 3 Perſonen können jederzeit frei über ein ganzes Dorf antworten.

52. Hat in einem Dorfe ein Primor (Fő Embernek), oder Primipil (Ló Főnek) ein Erbgut, auch gegen Willen des Dorfes, wer aber zwiſchen ihnen kein Erbgut hat, kann dort ihnen entgegen keines nehmen, wenn es auch wer genommen hätte, wenn ſie ihn hinauswerfen wollen, kann es bis zu 32 Jahren geſchehen.

53. Der Gegenparthei muß man zur Zeit der Verſöhnung das abgeurtheilte Erbgut antragen, denn ſonſt wird die Sentenz keine Rechtskraft haben.

54. Wenn irgend ein Sekler wegen eines Erbgutes gegen einen andern einen Proceß anhängig machen will (mást Perbe akarna fogni), iſt er alſo

---

[1]) Die minor potentia; ſiehe *Dósa* II. Bd. S. 563, Punkt 7. (hier S. 52).

[2]) Vergl. damit das Zücken des Schwertes in der Steſaniſchen Geſetzgebung; ſiehe meine Ueberſetzung in den ſiebenbürgiſchen Verfaſſungsgrundgeſetzen S. 18, die Capitel 12—15.

[3]) Macht Friede, componirt. Auch das Wort birság als Strafgeld ſcheint aus den germaniſchen Lateingeſetzen herübergenommen zu ſein.

verhalten, jeglichen Anverwandten zu benachrichtigen (felelni), daß er mit jenem, ein Andrer nicht Proceß führe.

55. Wegen eines Seklererbgutes, welches 3 Gulden werth ist, können sie bis zum Könige gehen, aber wenn sie gehn, sollen es alle beide Theile thun, und ein Jeglicher seine eigne Sache führen.

56. Auf dem Seklerboden kann man jede Rechtssache aburtheilen, nur kann man nicht auf Zweikampf erkennen (tsak baj viadalt nem itélhetnek) und kein Novum (ujj itéletet) geben.

57. Auf Seklerboden macht das Wasser keine Grenzmarke (határt), sondern nur das alte Flußbeet (a' régi follyása).

58. Ist einer dem Andern schuldig, kann er auf dessen Eid, wo er ihn findet, ihn fangen und festhalten.

59. Ist irgend wer, einer mit dem andern vor Gericht (törvényben), und begeht unterdeß irgend eine neure Gesetzwidrigkeit, verfällt 6 Mark, wenn er sie aber nicht geben will, muß er von seiner Rechtssache abstehn (dolgától elmaradjon).

60. Das Urtheil ist auf Seklerboden ein solches, daß das Dorf drei wahrhaft rechtschaffene aufnimmt (fogad), und diese drei Menschen für das Dorf Antwort geben und wen sie auf wahrhaftiges Wissen herausgeben (és valakit ki ád nyilván való tudással), der wird gestraft, wie sein Vermögensstand (marhája) ist, seinen eignen Theil verliert er, den seiner Frau und Kinder soll man ihm lassen, wenn sie aber einen nach dem Hörensagen zur Rechenschaft ziehen (valakit pedig hallomással felelnek ki), den soll man nicht an Stelle nehmen (annak helyt nem adnak).

61. Wenn ein auf Grund Wohnender bestraft wird und bei dessen Verurtheilung der Capitän und Königsrichter gegenwärtig sind, soll ein Theil seiner Rinder mit den Gerichtsstuhlbeisitzern dem Capitän und Königsrichter gehören, der andre Theil aber seinem Grundherrn, wenn aber der Uebelthäter in seines Herrn Grund und Boden wohnt, werde er, als der Königsrichter oder Capitän dahin gehen, bestraft, all sein Rind (marhája, wohl auch: bewegliches Vermögen) verfällt seinem Herrn.

62. Unter Strafe kann Niemand auf seinem eignen Grund und Boden sich zum Insassen[1]) machen, wenn es auch geschähe, soll es ungültig sein. Wenn sich wer nach König Ludwigs Zeiten zum Grundinsassen gemacht hätte, ist es ohne Rechtskraft, denn er ist des Königs Edelmann. (A' bün alatt senki magát Földön lakóvá nem teheti, ha ki tenné is erőtelen lészen. Ha ki Lajos Király után Földön lakóvá tette magát, erőtelen; mert Király Nemesse).

63. Wenn Jemand aus dem Seklerlande wegziehen will, war dies zu jeder Zeit gestattet, und wenn Jemand irgendwoher ins Seklerland kommen will, ist auch dies frei, und kann derselbe nicht mit Gewalt hinausgewiesen werden (ki nem vethetik), aber sie dürfen nicht darin einen Unterthan des Adels aufnehmen, auch kann dieser ausgewiesen werden.

---

[1]) soviel als zum Unterthan, d. h. sich von der adligen Kriegspflicht losmachen.

64. Wenn irgend ein Sekler dienen gehen will, ſei es auch in ein andres Land, welcher zu unſrer Reichswehre noch nicht geweſen iſt, war es geſtattet in Dienſt zu gehn, aber den gedungnen Dienſtboten kann man zurückhalten (de a' szegödett szolgát meg tartoztatthatták).

65. Die irgend einen Menſchen bis zum h. Michaelstage geſetzmäßig nicht aus dem Hauſe gewieſen haben (ki nem vethetnek, eigentlich: hinauswerfen dürfen), ſollen es auch nicht nachher bis zum h. Georgstage thun (ki nem vethetik, kann nicht ausgewieſen werden), denn zur Zeit des Winters iſt der Menſch nicht gewohnt ein Haus zu machen (tsinálni).

66. Wenn irgendwer in ſeinem Proceß es auf den Eid ankommen läßt und es wird geſchworen, ſo kann darin kein neues Urtheil ſtattfinden.

67. Wenn in irgend einem Rechtsſtreit der Prozeßführende zu einem Schiedsrichter als Richter greift und dies bis dahin nicht durch ein neues Urtheil verboten wird, kann hernach darin kein neues Urtheil ſtattfinden.

68. Einen Erbgut-Sekler kann man im Gerichte unzeitig (éretlen) nicht ergreifen, außer man ertappte ihn auf Blutſpuren (hanemha véren talállyák), oder man (finde) nehme das (fremde?) Vieh in ſeiner Hand. Wenn er vor Gericht belangt wird (elérik), darf man, ſoweit er Rinder beſitzt (miglen marhájában tart) nicht auf deſſen Erbgut greifen (addig örökségéhez nem nyulhatnak), hat er kein Vieh (marhája), und auch kein Erbgut, können ſie ihn an den Kopf erwiſchen (Fejéhez is hozzá nyulhatnak).

69. Von dem Verbote dreimaligen Gerichtsſtuhles kann Niemand gerichtsungeſehn befrein, doch wenn er den dritten Tag nicht darzu ſprechen will, welcher es verwehrt hat, kann der Richter über Anſuchen des andern Theiles (dieſen) befreien. (Három Törvénnyel való tilalmat Törvény látatlan senki el nem szabadithat: de ha harmad nap réá nem akar szollani, aki meg tiltotta, a' más fél kérésére a' Biró meg szabadithattya).

70. Wenn Jemand einen Andern zur Bürgſchaft nimmt und kann ihn zum vorherbeſtimmten Tage nicht vorbringen, ſoll man einem ſolchen Menſchen noch drei Such-Tage geben, welcher auf Gewährung (a' ki kezességen ki vette) herausgenommen hat, und wenn er ihn auch dann nicht vorbringen könnte, bleibt er ſelbſt gewährungspflichtig, wie ſich die Sache verhalte (azon marad a' kezes, a' mint a' dolog tartya).

71. Im Seklerlande iſt unter den Adligen das Zeichenkleid (Jegy ruha, ſoviel als: Brautkleid, oder die dos[1]) 24 Gulden, unter den Primipilen die dos 12 Gulden, unter den Piziđariern eine vorkommende dos 3 Gulden.

72. Wenn Jemand eine Botſchaft bis zur Tafel geführt hat und grade dann das Gericht aufhört (el hatadott? vielleicht: dann die Gerichtsferien eintreten), ſoll man die Botſchaft ohne Geld einſchreiben, denn zwei Bot-

[1]) Ueber dieſe dos (hitbér) ſiehe *Dósa* II. Bd. S. 436 im § 322. Im obigen Punkte jegy ruha genannt (hier II. Seite 117).

ſchaften kann der Fordernde nicht tragen (mert két követtséget a' követ nem viselhet[1]).

73. Will ein Sekler mit Salz Handel treiben, im Schäßburger Stuhle, im Repſer Stuhle und im Fogaraser Lande, ſo war es frei Handel zu treiben, doch ſo, daß er vom Königsrichter ſoll ein Siegel einlöſen, von 6 Ochſen im Joch mit 3 Geldſtücken, ſoll er es einlöſen, für eine Laſt von einem Zug zweier Pferde mit 2 Geldſtücken (2 pénzen). Wenn er aber ohne Siegel (pétset nélkül) fortgeht, gehört dem Königsrichter Vieh und Wagen, das Salz aber dem Menſchen. Wenn er aber bei ſich ein richtiges Inſiegel hat und mit gutem Grunde geht, und der Königsrichter ihn dennoch beunruhiget (meg-is háborittya) ſo iſt, ſollte der arme Mann auch zu ſeinem Schutze ihn tödten, ein Salzſtein die Compoſition (egy Só Dijja).

74. Im Seklerlande weiß man ſeit Gedenken nichts davon, daß auf Seklerboden ſolchermaßen eine Schaar einquartirt geweſen ſei (hogy Sereg illyenképpen lakott volna Székely Földen), denn es war niemals unſer Geſetz, daher bitten wir auch jetzt Ihre Hoheiten die Herren Waiwoden, als unſere gnädigen Herren, daß ſie uns nach unſrer alten Freiheit leben laſſen, und uns hiemit hernach nicht beſchweren mögen.

75. Sache des Königsrichters iſt es: daß ſie am Orte des Gerichtsſtuhles Gericht halten oder auch da wohnen (üllyenek, vagy lakjanak is) und von den Richtern erwarten[2]), ſie können jährlich dreimal mit den Richtern Rechenſchaft nehmen [verlangen] (esztendeig a' biráktól háromszor számot vehessenek); wenn es nicht geglaubt wird, Eide abnehmen, aber ohne die Richter ſelbſt keine Strafgelder (Bußen) einziehen (ha nem hiszik, hiteket vehetik; de ő magok biro nélkül birságot nem vehetnek).

76. Wenn bei einem Gerichtsſtuhle oder der Richter oder der Capitän oder der Königsrichter etwas ungeſetzliches thun, ſoll derſelbe Gerichtsſtuhl über ihn Gericht halten (azon széken törvénnye légyen benne), wenn jedoch über Bußen ein Proceß ſich ergibt, dann kann von dem Stuhle die Rechtsfrage nicht weiter geführt werden (de ha birságért vagyon a' per, azért a' Székről kérdőt nem viselhet).

77. Ein Richter, Capitän, Königsrichter kann nicht für einen Andern als Advocat vertreten (másért nem Prokátoroskodhatik), ſondern muß ſeine Sache in eigner Perſon führen (hanem maga személlye dolgát viselheti).

78. Dem Königsrichter gehören Theile von folgenden Bußen: vom Diebſtahl (Orv birságból), vom Blutvergießen, von der Unzucht (parázna birságból), von dieſen jeglichem macht es je 3 Mark, deren eine Hälfte Richter und Königs-

---

[1]) Das Rechtsmittel der Appellation und der Transmiſſionalien iſt ſpäter mehr ausgebildet worden.

[2]) vielleicht: das Urtheil derſelben abwarten.

richter theilen, die andre Hälfte der Capitän mit den Gerichtshaltern (a' más felével a' Hadnagy a' Szék tartokkal [1]).

79. Wenn ein Hausbeſitzer (házas, verheiratheter) Mann geſündigt hat, ſo iſt an deſſen Theil ſein Vieh zu nehmen.

80. Richter, Capitäne, Königsrichter, Jeder kann blos ſeine zur Zeit entfallende Buße nehmen, aber die Herren Waiwoden jede, zu welcher Gelegenheit ſie dem Königsrichter zugefallen iſt, doch die gegenwärtig anweſenden Königsrichter dürfen ſie erheben.

81. Hat irgend ein Richter, Capitän eine Amtsobliegenheit (tiszti), ſo kann wegen einer vorherigen Sache bis dahin nicht mit ihm Proceß geführt werden, außer wegen eines in dieſe Amtsangelegenheit fallenden Gegenſtandes, und wenn er ſein Amt erfüllt hat, dann kann man am andern Gerichtsſtuhltage mit ihm den Rechtsſtreit beginnen.

82. Wenn man einen Andern tödtet (A' kit megölnek tetem emelésben), ſind beim Ausheben der Leiche — (Leichenbeſchau nach der Beerdigung?) — 3 Gulden dem Richter, und es wird dies vom Mörder gezahlt, doch wenn man dieſen auch nicht bekommen könnte, muß es aus dem Seinigen gezahlt werden.

83. Das Geſetz des Gerichtsſtuhles von Kézdi iſt inſoweit verſchieden, daß in jedem Potenzproceße (hogy valaki peressét hatalmon éri, wer ſeinen Proceßgegner wegen Gewaltthat belangt) des Richters Gerechtigkeit (igazsága [2]) 45 Aspern ausmacht, was 2 Gulden und 25 Den. (pénzt) iſt, dem Königsrichter verfallen auch 45 Aspern und auch dies macht 2 Gulden 25 Denare, dem Capitän verfallen 32 Aspern, welches 1 Gulden 60 Denare ausmacht. Die Buße des Blutvergießens (vér birságban), der Unzucht, iſt auch eben dieſe obbeſchriebne Buße.

84. Weiters betreffs der Urtheilsſprüche der Herren Waiwoden, war im Seklerlande das Recht: daß, wenn das Octavalgericht (Octávájok) der adligen Herren nach dem Willen der Herren Waiwoden geweſen iſt, hernach die Herren Waiwoden zwiſchen den Sanct Georgstag und Pfingſten vom Seklerlande das Urtheil begehrt haben.

85. In jedem Stuhle kann man bis zum 15. Tage Urtheile ſchöpfen (Itélhetnek), und während dieſer Zeit iſt der Stuhl verpflichtet für 40 Pferde Futter (élés) zu geben. Man umgab ſich bei dieſen Gerichtsſitzungen mit der Geſammtheit von Richter, mit Capitän 12 Perſonen (Azon Székek, Biro, Hadnagyal egyetemben 12 személyt adtanak melléjek) und was an Bußen den Herren Waiwoden einkam, davon war die Hälfte dieſen 12 Perſonen.

---

[1]) *Benkö* lieſt ſtatt tartokkal — társokkal „mit ſeinem Gefährten," alſo den Gerichtsbeiſitzern, was jedenfalls ſprachrichtiger ſein mag. Doch glaubte der Ueberſetzer hier nicht ändern zu dürfen, da *Benkö* nicht den Originaltext mittheilt.

[2]) Entſprechend dem deutſchen Ausdruck „Gerechtigkeit", ſtatt: Befugniß Strafgelder einzuziehen. Es iſt auffallend, wie manchmal nicht nur Rechtsſätze, ſondern auch Ausdrücke und Rechtsbegriffe an deutſches und ſiebenb.-ſächſ. Recht erinnern.

86. Man gab für ein zum Gericht gehöriges Amtsgeſchäft einen Zettel um 2 Denare [1]).

87. Wenn man Kriegsſachen, Waffen vom Seklerlande forderte, hat deren Verfertigung das Landvolk bereitet, die unter das Banner der Herren Waiwoden gegeben wurden, wenn ſie ohne deren Vorwiſſen nach Hauſe entlaufen ſind, war deren Beſtrafung bei den Herren Waiwoden. (Valamikor hadat, fegyvert adtanak Székely földéről, annak készitését a' föld népe készitette, kit ha a' Vajda Urak zászlója alá adtanak, ha kik akarattyok nélkül haza szöktenek, azoknak büntetése a' Vajda Urak-é volt [2]).

88. Hat Jemand vor dem Gerichtsſtuhle oder den Herren Waiwoden einen Proceß, ſoll der Richter vor deſſen Vornahme ihm Zeit geben, daß er dazu Beweiſe vorbringen könne, und wenn er nicht bezeugen kann, geſchehe darin was Rechtens iſt. (Valamelly Ember a' Széken vagy a' Vajda Urak leült peresse előtt, a' Biro időt adatt benne, hogy reá bizonyithassa, és ha reá nem bizonyithatta, Törvénnye lett benne).

---

2) Der 76. Titel im dritten Theile der Approbaten (A. C. III. 76.)

Vom Seklerlande (Székelységről).

Erſter Artikel.

Im Seklerlande pflegten die Fürſten die Capitäne zu präficiren, nach der in ihren Bedingungen ſpecificirten Art und Weiſe [3]) mit Reſervation der fürſtlichen Autorität; — die Oberkönigsrichter aber [4]) ſteht in der freien Wahl der Sekler und ebenſowohl der Wechſel derſelben (s' mind pedig azoknak meg-változtatások); jedoch wird das Recht und die Autorität der Fürſten auch in dieſem emporgehalten [5]).

Zweiter Artikel [6]).

Es iſt beſchloſſen worden, daß die Angehörigen dieſer Sekler-Nation in ihren bisher beobachteten Freiheiten und Immunitäten ſollen aufrecht erhalten werden,

---

[1]) két pénzért adtanak tzedulát. Hiemit iſt zumeiſt die Vorladung gemeint.

[2]) In *Benkö's* Imago 2. Aufl. Seite 79 lautet dieſe Stelle: Valamikor kardot (einen Säbel) attak Székely földirül, annak kiszitissit a' föld népe kiszitette, és a' Vajda Urak zászlója alá adták; ha ki akaratjok nélkül haza szökött a' buntetisse a' Vajda Uraké volt.

[3]) In der ſogenannten Wahlcapitulation. Siehe beiſpielsweiſe in meiner Ausgabe der überſetzten „wichtigſten ſiebenbürgiſchen Verfaſſungsgrund-Geſetze" Seite 60. Bedingung 14 und S. 73 Bed. 17 und hier I. Bd. S. 150.

[4]) Nämlich zu beſtellen, zu präficiren.

[5]) Alſo hatte der Fürſt das Recht der Einſprache und war befugt zu allen verfaſſungsmäßigen Befehlen. Der Artikel ſtammt aus den Jahren 1615 und 1630.

[6]) Aus dem Jahre 1621.

und daß ſie nicht mit ungeſetzlichen Executionen dürfen beſchwert werden, daß die an üblichen Orten vorkommende Jagd, auf den Alpen befindlichen Viehweiden (barmoknak havasokon való legeltetések), daß der freie Verkauf von Schierling und andern [1]), welche nicht durch ausdrückliche Landesgeſetze unterſagt werden, nach dem bisher unter ihnen emporgebliebenen Gebrauche auch nach dieſem am Platze ſollen gelaſſen werden.

Dritter Artikel [2]).

Die Ritterſchaft (A' Lófőség) im Seklerlande kann ihre Erbgüter auch mit derſelben Freiheit beſitzen, ſowie der Adel mit Ausnahme der Entfremdung und des Verkaufs derſelben (eldegenitések adások vévések kivül).

Vierter Artikel.

Wenn der Stand der Vornehmen (Fő Rend) die Sekler Trabanten (Darabontságot) oder einen andern gemeinen Stand bedrückte und ungeſetzlich behelligte (nyomorgatná és törvénytelen háborgatná), und dieſe nicht genügend wären ſich ſelbſt zu vertheidigen oder daſelbſt Proceß zu führen (nem lévén elégsége maga óltalmazására vagy az ott való perlekedésre), ſollen ſie die Oberbeamten dazu erſuchen (requirálják a' Fő Tiszteket), welche verhalten ſind, ihnen beizuſtehn, ſie zu beſchützen und jene auch nach dem Geſetze zu beſtrafen. — die Thäter haben den Schaden zu erſetzen (károkot refundáltassák) und verbleiben überdies in der kleinen Gewaltthat (minor potentián maradjanak [3]).

Fünfter Artikel.

Sowohl die Sekler als auch andre Stände, welche den walachiſchen Ländern benachbart ſind (határosok), ſollen ſich enthalten in die Grenzen derſelben einzubrechen und Schaden zu thun (azoknak — is határira való irruptióktól — kártételektől magokat meg tartoztassák), ohne Benachrichtigung und Erlaubniß des Fürſten unter einer Strafe von 100 Gulden, damit nicht hieraus eine gegründete Veranlaſſung zum Kriege erfolge, dies ausgenommen (excipiálván azt), wenn dortherige hieher greifende Räuber (kapdosó latrok) auf der That oder in ununterbrochner Verfolgung aufgegriffen werden, auch darf man die Spur des geſtohlenen Viehs bis hinein verfolgen (tolvajlott marhának nyomát bé-is követhetik).

Sechster Artikel.

Die im Seklerlande befindlichen Salzgruben wurden zwar für den Fiscus in Beſitz genommen im Jahre 1567, nichtsdeſtoweniger ſoll auch denſelben [4]) für ihr nothwendiges Bedürfniß hinlängliches Salz gegeben werden nach jenen Be-

---

[1]) Nämlich: Kräutern.

[2]) Aus dem Jahre 1562.

[3]) Siehe *Alex. Dósa* Erdélyhoni Jogtudomány II. Bd. S. 560 im § 416 und *Fr. Sachsenheim* „Civilrecht" S. 46 und hier am betreffenden Orte.

[4]) nämlich den Seklern.

ſchlüſſen, von welchen bei dieſem Gegenſtande (annak seriesében) eine ausführlichere Erwähnung geſchieht (világosabb iràs vagyon [1]).

Siebenter Artikel.

In die im Seklerlande befindlichen Güter, welche mittels Erbrecht und nach ihrer alten Freiheit beſeſſen werden (und wenn die Beſitzer oder ihre Vorgänger nicht das Jus Regium auf dieſe Güter gebracht haben [2]), ſoll auch dieſem nach gegen Willen und Wunſch ihrer Beſitzer oder derer geſetzmäßiger Nachfolger und wahrer Erben weder der Fiscus noch ſonſt Jemand Andrer das Jus Regium auf ſolchen Gütern einführen können und ſie dürfen ſich nicht kraft deſſen in den Beſitz einführen, wie auch in ſolche Güter, in welche entgegen den alten Privilegien ein andres Recht auch bisher die Beſitzer nicht übernommen haben. Wenn auf irgend welchem Gute auch irgendwann das Jus Regium geweſen iſt und deſſen Beſitzer ausſtürbe (decedálváu) und irgendwer ein Andrer ein ſolches Gut in Beſitz genommen hätte (apprehendáltak volna) und es während des Verlaufs von 32 Jahren nicht an den Königl. Fiscus zurückgekehrt und Jener im ruhigen Eigenthum des Gutes verblieben wäre [3]), ſo hat ein ſolches auf dieſe Art durch Zeitablauf die Prätenſion des Jus Regium abſolvirt und kehrt wieder in das freie alte Erbrecht zurück und kann mit und nach dieſem beſeſſen werden, wenn aber ſolchergeſtalt eine friedliche Zeiterfüllung durch 32 Jahre nicht vollbracht wäre, ſo unterliege es dem Jus Regium nach den hierüber niedergeſchriebenen allgemeinen Reichsgeſetzen. Dieſe Art und Weiſe werde beachtet betreffs der Zuſtände der unter dem Jus Regium befindlichen Güter oder der bisher nach Erbrecht beſeſſnen Güter. In den Gütern aber, in welchen aus freiem Willensentſchluße nicht andre Fremde, ſondern der Eigenthümer ſelbſt, die geſetzmäßigen Beſitzer, Nachfolger oder Erben das Jus Regium übernommen haben oder nachher auch übernehmen, ſoll ſowohl die (Sachen-) Herrſchaft, als auch der ſpäter erfolgende Heimfall derſelben (devolutiájok), ſowie bei den unter Jus Regium ſtehenden Gütern nach den geſchriebnen allgemeinen Geſetzen dieſes Reiches aeeomodirt werden, ſowohl betreffs des Fiscus, als auch betreffs der Beſchenkten (Donatariorum [4]).

Achter Artikel.

Daß Jeglicher Adlige, Reiter, Fußſoldat oder Trabant und jeder andre ritterliche Stand (Mind Nemes, Lófö, Gyalog avagy Darabont és egyéb vitézlörend) nach Landesbeſchluß auf Befehl ohne Säumniß und Verzögerung mit gutem Kriegsapparat könne aufſtehen und wenn es das Erforderniß ſo verlangte, auch alſogleich aufbrechen, ſo ſollen ſie ſich darzu jederzeit im bereiten

---

[1]) inſonders in Approb. Const. III. tit. 15. art. 2. ꝛc.

[2]) Jus Regium, d. h. das k. Verleihungsrecht von Gütern der Krone als des Oberlehnsherrn. Vergl. *Alex. Dósa* Erdélyhoni Jogtudomány II. S. 287.

[3]) Alſo Verjährung (Erſitzung) auch ohne justus Titulus und bona fides.

[4]) nämlich der Lehnsträger.

Zuſtande halten[1]), ohne im Falle plötzlicher Nothwendigkeit auf Befehl des Fürſten zu warten. Welche aber von ihnen im Dienſte ſtehen, ſind verpflichtet an Stelle ihrer ſelbſt einen andern von ihren Gütern und Erbe zu ſtellen, wenn dieſe dazu ausreichen (A' kik pediglen közülök szólgák, magok képében való mást állatással Joszágokról és örökségekről, ha annyira való értekek vagyon, a' szerént tartozzanak, mint a' Vármegyei Nemes renden való szólgákról trott Articulus tartja), nach dem, wie es betreffs der Diener adligen Standes in den Comitaten der geſchriebne Artikel beſtimmt; wenn ſie[2]) aber dazu nicht nach ihrem Werthe ausreichen (értekek nintsen), ſollen ſie mit den Herren im Kriege gegenwärtig ſein und ſind nicht verhalten einen andern Söldner zu ſtellen (más Sóldost állatni), ja ſogar, wenn ſie aus der Kriegsexpedition von ihren Herren zu Hauſe gelaſſen werden, ſind ſie nicht verpflichtet von ihrem Erbe und Gütern einen Söldner aufzuſtellen. Jedoch ſo, daß wie es auch der Artikel über die dem Comitat Angehörigen enthält, dieſem nach auch betreffs ihrer nachgeforſcht werde und es blos für ſolche Diener gelten ſolle (suffragáljon), welche in Wirklichkeit und nicht blos dem Namen nach in Lohn ſtehende (fizetett) Diener ſind; welche auf Höfen, Gütern oder auch um ihre Herren den Dienſt fortgeſetzt haben und nicht blos zum Scheine und der Form nach (s' nem pediglen tsak szín és formáért) für eine Gabe (adásért) ſich verpflichten oder hiemit aufgenommene Diener ſind und welche ſich nicht blos zur Zeit des Kriegsrufs (a' had hírnek idejében) verbinden[3]).

Neunter Artikel[4]).

Es werden im Umfange des Seklerlandes die ſeit altersher im Falle von Mordthaten (a' gyilkosságnak casussában) herkömmliche für das Chriſtenthum nicht paſſende Gewohnheit, welcher wegen die Leichname lange Zeit auf freiem Felde (föld színen) gehalten werden, ſowie gleicherzeit das Zuſammenrufen zu dem beſagten Gebein und ebendann die vorkommende Eidesleiſtung (hitfeladásnak) und deshalb zugleich Geldzahlung (fizetéssel); abermals was die Erneurung des Todes geheißen wird, — alle dieſe werden für immer aufgehoben[5]).

Zehnter Artikel[6]).

Es wurde beſchloſſen, daß den Unterthanen der im Seklerlande befindlichen hochadligen Stände (Székelységen lévö Fő Nemes rendeknek Jobbágyinak), ohne Manumiſſion ihrer Grundherrn, nicht ſollen Armalbriefe[7]), (armalisok)

---

[1]) mit Ausnahme gewiſſer Beamten nach Approbaten V. Edict 58 und 67.

[2]) d. h. die Güter, das Erbe.

[3]) Bezüglich ihres Feldlagers, daß ſie dasſelbe nur auf Seklerboden, nicht im Comitate oder Sachſenlande errichten durften u. dgl. ſ. Approbaten V. Theil, Edict 57, 59. u. a.

[4]) Aus dem Jahre 1594 und ebenſo in Approbaten V. Edict 54 von 1649.

[5]) Siehe III. Aufſatz von *Balássy Ferencz* im Uj magyar muzeum.

[6]) Aus dem Jahre 1597.

[7]) Adelsbriefe, alſo war die Adelserhebung der Unterthanen nicht geſtattet.

gegeben werden, wenn jemandem gegeben würden oder gegeben ſein ſollten, ſollen dieſe ungültig erklärt werden und ſolcher Leute Rechtszuſtand den allgemeinen Landesgeſetzen anbequemt werden.

Elfter Artikel.

Die Potenzfälle, welche die Sekler von der Hereinkunft des Waiwoden Michael bis zur Erwählung des Stefan Botskai[1]) in den Comitaten und im Reiche verübt haben, werden mit einer ewigen Amneſtie belegt und nachgelaſſen.

Zwölfter Artikel.

Als der Fürſt Georg Rákóczy der ältere ſeligen Angedenkens erſehen hatte, wie während des als die Reiter (Lófő) und das Fußvolk (Darabanti rend) im Kriege dienen, die Sekler von dem unter ihnen wohnenden Adel gekränkt werden (bántódását) und deshalb das zum Dienſte des Landes ſtreitbare Volk ſich verringere (kevesedését), wollte er die Lage dieſer auf einen gewiſſen Rechtszuſtand ſtützen — (azoknak állapotjokat bizonyos karba akarta állatni); in Rückſicht deſſen Seine Hoheit der Fürſt ſelbſt im Jahre 1635 unter dieſelben ſich begab (menvén), an ſeiner Seite mit den getreuen Rathsherren, und perluſtrirte fleißig den Zuſtand des ganzen Seklerlandes, indem er in allen Stühlen das kriegeriſche Volk adligen Standes, der Ritter, und der Fußgänger aufſchreiben ließ (minden Székekre Nemes, Lófő és Darabanti rendek lévő vitézlő népeket felíratván[2]) jede Einzelne in beſondere Urbarien conſigniren und zum ewigen künftigen Gedächtniß alle Stände mit ihren Kindern und Erbgütern regiſtriren ließ, von welchen derſelbe hochgeborne Fürſt ergebenſt um gewiſſe Punkte gebeten, einen feſtzuſetzenden Beſchluß als Ediet für das ganze Seklerland in übereinſtimmendem Sinne herausgegeben hat, damit ſich das geſammte Seklervolk in den nachfolgenden Zeiten immer daran halten ſolle, welches in einen Artikel niederzuſchreiben und von neuem zu beſtättigen für angemeſſen erachtet wurde (illendőnek itéltetett). Deſſen Worte ſo nachfolgen:

Georgius Rákóczy von Gottes Gnaden Fürſt von Siebenbürgen, Herr der Theile des Königreichs Ungarn und Graf der Sekler ꝛc.

Reſolution auf die Bitte des geſammten Adels, der Primipilen, und des Fußvolks der Pixidarier der ganzen Univerſität der Sekler.

Da wir ſahen, wie ſo viele in ihren Rechten verletzt ſeien (bántodási légyenek), inſonders welche von Euer Gnaden (Kegyelmetek között) ſchwächer an Kraft ſind (erőtlenebbek) durch Einige aus dem hochadligen Stande (némelly Nemes rendektől), haben Wir deshalb gewünſcht Euer Gnaden auch aus dieſem Grunde unſre Gnädigkeit (kegyelmességünket) zu bezeugen, (meg-mutatni)

---

[1]) Der Zeitraum von 1599—1605, während welcher Zeit eine große Anzahl Sekler mit dem walachiſchen Waiwoden gegen Fürſt und Land kämpften.

[2]) Zu vergl. Rákóczy's Privileg für die Sekler vom Jahre 1636 in des Grafen *Emerich Mikó* Erdélyi történelmi adatok I. S. 276 und Einſchlägiges daſelbſt ſowie in *Kemény* Történeteiben, an mehrern Orten.

und gewähren (annoálunk) auf den Wunſch Euer Gnaden (a' Kegyelmetek kivánságára) unter ſolchen Veranlaſſungen (okok):

1. Daß wenn Jemandes Angelegenheit bis jetzt geſchlichtet worden iſt, ſoll dies Alles ſo bleiben. (Hogy a' kiknek dolgok el-igazodott ez ideig, maradjon az mind abban).

2. Außerdem werden wir auch die Klagen der Supplicanten auflaſſen, ſo daß, welche bisher Unterthanen beſeſſen haben, ſie mit dieſer Erklärung wie ein Erbgut als das ihrige behalten ſollen, daß diejenigen Primipilen und Pixidarier, welche weder durch ein Geſetz [1]) noch durch die Rectification [2]), noch mittels einer Schenkung des armen Fürſten [3]) (ſpecificirt durch eine hinreichende Urkunde) apprehendirt worden ſind, ſondern außer dieſen Wegen ſeit der Zeit des Umgangs ſeitens des Commiſſärs (a' Commissarius járásától) mittels losgelöſter Potenz [4]) zu Unterthanen gemacht wurden oder welche auch unterhalb der Fahnen erfaßt wurden, — die freien Erbgüter derſelben und die Leute ſollen von unſern amtführenden Getreuen nach der Uns ſchuldigen Treue und unter Verluſt des Amtes ganz wahr erforſcht werden und ſind alſogleich und von der That aus einfach (statim et defacto simpliciter) nur unter das Banner zu ſchreiben [5]). Welche aber ſolche nicht unter das Bauner abziehen laſſen (Zászló alá nem remittálnának), von ſolchen ſoll alſogleich die in den Artikeln ſpecificirte Poen, als von 400 fl. für die einzelnen Köpfe ohne Nachſicht exequirt werden.

3. Welche aber jetzt unter das Banner in unſer Regiſter eingeſchrieben werden, dieſe ſollen eure amtführenden Getreuen ſammt deren Gütern und ihren Kindern unter Verluſt des Amtes in ihren Rechten (igazságokban) beſchützen und unter der Articularſtrafe nicht geſtatten, daß von dieſen auch nur einer auf welchem Wege immer zum Unterthan gemacht werde, ausgenommen jene, welche ſchon bis zu dieſen Tagen im Proceße ſind, denn welche bis heutzutage im Proceße ſtehen, iſt es erlaubt im Rechtswege zu verfolgen, wenn aber nach dem Endurtheil ein Theil appelliren wollte, iſt es auch bis zur Tafel geſtattet, welche aber bis jetzt im Proceße nicht geweſen ſind, ſoll man auch dieſemnach nicht nachſuchen können, auch nicht ſie vom Banner wegführen.

4. Wo die Beamten freie Erbgüter der Primipilen und Pixidarier vorfinden ſollten, welche im Mannsſtamme ausſterben (kiknek fiú ágon defectusok vólna), ſollen ſie auf keine Art und Weiſe geſtatten, daß dieſe mit dem Mädchenrecht zu

---

[1]) Hauptſächlich ſind hier die Schäßburger Landtagsartikel vom Jahre 1562 gemeint, wo viele freie Sekler wegen ihrer Empörung gegen Johann Sigismund als Unterthanen ſammt Gütern — zum erſtenmal — vergabt worden ſind.

[2]) Hauptſächlich geſchah dies 1599, wornach mehrere von den in voriger Note erwähnten wieder frei wurden, andre nicht. Jene hießen damals Libertini, Szabadosok.

[3]) Der von einigen Seklern ermordete Fürſt Andreas Báthory.

[4]) Alſo wohl, welche wegen Unvermögenheit zur Buße der Potenz ihre Freiheit verloren hatten.

[5]) D. i. als Krieger frei zu erklären.

unterthänigen gemacht werden, oder ſeien, aber damit nicht dies den Töchtern der Primipilen und Pixidariern zuſtehende (concernálható) Erbrecht zu nichte gemacht werde, ſollen ſolche Erbgüter durch rechtſchaffene glaubwürdige Männer geſchätzt werden, und es ſoll der den Mädchen oder Frauen nächſte männliche Anverwandte, welcher unter dem Banner dient, nach der gerechten Schätzung den Preis erlegen, und das Gut ſoll deſſen ſein.

5. Die armen Supplikanten, vorzugsweiſe die unvermögenden (erötelenéket) auf deren Bitten wir dieſen Beſcheid (választ) geſchrieben haben, und hernach auch erlaſſen (fratunk), ſollen nicht durch viele Exceptionen, Dilationen, ermüdet werden, ſondern ihre Sachen ſollen vor allen andern revidirt werden nach dem von Uns ihren Vorgängern herausgegebenen kurzen Proceß ohne alle Verzögerung.

Dreizehnter Artikel[1]).

Die Sekler ſollen nicht grade zur Tafel oder vor den Landtag in keinem andern Falle evocirt werden können, ſondern nur welche durch ausdrückliche Reichskonſtitutionen dieſelben namentlich betreffen, in ſolchen außerordentlichen Fällen, vornehmlich aber in Nachſuchung der Unterthanen, Einführung in den Güterbeſitz, Contradiction deſſen, bei Nichtbefolgung geſetzmäßiger Befehle und in Falle der Nota[2]) können ſie auch zur Tafel oder vor den Landtag geladen werden; wenn daher aus einer Veranlaſſung Jemand irgend einen Proceß in Angelegenheit Seklererde hätte, ſoll er ihn vorerſt beim Stuhle beginnen, von da iſt es geſtattet unter Bewahrung deſſen, was von Rechtswegen zu ſchützen iſt (servatis de jure servandis) zur Tafel durch die Appellation; — und wenn eine Privatperſon außer dieſen Fällen ſie entweder vor die Tafel oder den Landtag berufen ſollte, ſoll er vor ſeine competente Gerichtsbehörde gerufen und mit 200 fl. geſtraft werden (convincáltassék).

Vierzehnter Artikel[3]).

Ein im Proceße befindliches Gut ſoll im Seklerlande auf keine Art und Weiſe ſequeſtrirt werden.

Fünfzehnter Artikel[4]).

Weder ſie ſelbſt, noch Unterthanen, Hirten und Meirer ſollen verhalten ſein für den Fiscus zu einer Zehntabgabe, von den Gemarkungen des Seklerlandes, weder zu Blut- noch zu Fruchtzehnten, noch von irgend welchen Gütern. (A' Székelységnek határiról, se barom se gabonabéli, se semmi egyéb bonumokról, se magok, Jobbágyok, Pásztorok és Majorok Fiscus számára való Dézma-addással nem tartoznak).

---

[1]) Aus den Jahren 1609, 1610 und 1634, zu vergleichen ebenſo: Appr. Const. IV. art. 3 und 5 aus dem Jahre 1640.

[2]) Siehe *Alex. Dósa* Erdélyhoni Jogtudomány II. Bd. S. 272. § 207.

[3]) aus dem Jahre 1610.

[4]) aus den Jahren 1613 und 1615

Sechszehnter Artikel.

Es ist beschlossen worden, daß Niemand von den im Seklerlande befindlichen Unterthanen ohne Einwilligung der Grundherren das Erbgut verkaufen dürfe unter einer Strafe von 500 fl.[1]); hingegen daß auch von dem kriegerischen Stande (vitézlő rend) Niemand (ausgenommen den Hochadel), das Erbgut nicht verkaufen, auch nicht weggeben dürfe, ist unter derselben Strafe, besonders so entschieden worden, sondern nach Inhalt des 29. art. vom Jahre 1650, welcher diesemnach nachfolgt:

1. Daß im Kauf und Verkaufe beobachtet werde des Reiches allgemein angenommenes Gesetz und Decret, nämlich so, daß die nächsten Blutsanverwandten und nach ihnen die Nachbarn sollen vorgemahnt werden, wenn diese nicht kaufen wollten, dann soll Kauf und Verkauf frei sein, auch fernern — (távól lévöknekis), d. i. Abwesenden) — gegenüber, übrigens soll hierin solche Vorsicht nicht umgangen werden (távoztatván miudazáltal affélében ollyan cautiók ne légyenek), daß diejenigen gedrängt durch die Kürze der Zeit oder zur Drangabe eines solchen Theiles Geld oder andres Vieh (Vermögen[2]) so mit Absicht, die zum Kauf nächsten Personen hiezu gezwungen würden, welche es nicht anschaffen möchten (hogy hirtelen való idöre szoritván, vagy olly féle pénznek és egyeb marhának adására, a' vételhez való közelebb lévő személyeket, 's ugyan studio éröltessék, a' minemünek szerét nem tehetnék).

2. Weder Kauf noch Verkauf soll über den wahren Werth des Erbgutes stattfinden, vielmehr sollen sie die Summe, welche den Betrag des Werthes übersteigt, verlieren und das Erbgut soll gegen Erlag blos der Capitalsumme den wahren Blutsverwandten oder dem Verkäufer zurückgegeben werden, übrigens soll der Verkäufer verhalten sein, dem Käufer, wenn derselbe etwas mittlerweile darauf gebaut hätte, es nach dem wahren Werth der Gebäude zu vergüten (refundálni), nur daß auch ihn der Käufer bezüglich der Mühewaltung, Expensen, Bezug der Nutzungen befriedige, wenn er nicht einfach die Summe erhebt (tsak hogy ötet is az emptor fáradságáról, expensáiról és haszna vételéről contentálja; ha impliciter nem leválja a' summát).

3. Daß zu immerfort gültigem Preise, mit Ausnahme des Hochadels, der im Kriege dienende streitende Stand (vitézlö rend) sein Erbgut auf gar keine Weise weggebe, sondern nur zu Pfand bis zu dessen Werth; welche aber es weggeben oder verkaufen, gegen diese bleibt die vorherige Strafe und der Proceß, als mit 500 fl.[3]).

4. Welcher im Kriege dienende Mann (den Hochadel ausgenommen[4]) sein

---

[1]) Aus den Jahren 1632 und 1633.

[2]) marha wie das römische peculium, ursprünglich die Bezeichnung von Rindvieh, dann von Vermögen.

[3]) Siehe *Alexius Dósa* Erdélyhoni Jogtudomány II. Bd. S. 495 im § 366 und daselbst Seite 501 § 370 ꝛc. ꝛc. sowie über diese fassio perennalis, dann oben Punkt 4 die fassio temporalis, hier betreffenden Ortes.

[4]) Nemesség bezeichnet hier immer die Primores, den Fő-Rend, im

Erbgut verpfänden wollte, soll es den Beamten bekannt geben, welche hinausgehn und den Ort in Augenschein nehmen sollen, und mögen die Hingabe nach dem Werthe gestatten, und es in die Hände des Käufers lassen, wenn aber solche gefunden würden, welche ohne Benachrichtigung der Beamten die Vertragsgelegenheit feiern (alkalmat celebrálnának), in diesem Falle soll der Käufer sein Geld verlieren, und der Verkäufer soll auch in die Strafe nach dem Werth des weggegebenen Erbgutes verurtheilt werden (convincáltassék). Hingegen soll der rücklösende Theil den Beamten vorrufen und dieser besichtige und schätze es auch, wenn etwas darauf der andere Theil erbaut hätte und so soll er es der Blutsverwandtschaft zurückerstatten oder so dem Verkäufer selbst das Erbgut (és úgy restituálja a' vérnek, avagy ugyan a' venditornak az örökséget); und wenn es der Käufer contumaciter nicht restituirte, soll nach dem Proceß des Jahres 1648 vorgegangen werden, wie groß auch die auf dem Erbgut haftende Summe sein mag, und wenn man es gesetzmäßig beschließen muß, soll er nach der vorhin beschriebnen Art in die Strafe verurtheilt werden, gegen den Verkäufer und auch gegenüber dem Beamten, die Auslagen soll er auch dem Streittheile geben (költséget — is adja — meg a' peresnek).

Diese Bewilligung (annuentia) aber soll so lange aufrecht erhalten bleiben, bis nicht die Fürsten aus diesen Artikeln eine Abnahme der Kriegerstände (a' Vitézlö rendeknek ez Articulusból fogyatkozását) wahrnehmen sollten, wenn sie dies entdeckten (mellyet ezekbe vévén), steht es in ihrem Belieben, wenn sie wollen, dieselbe aufzuheben.

Siebzehnter Artikel [1]).

Den Seklern aus Aranyos [2]) wird zugesichert (igértetnék), daß sie sowohl aus Angelegenheit der Publicationen [3]), als auch in allen andern Freiheiten aufrecht erhalten werden

Achtzehnter Artikel [4]).

Niemand unterstehe sich die im Kriege dienenden Sekler, welche vom Jahre 1623 in Comitate oder Städte wohnen gegangen sind, zurückzubehalten, sondern sie sollen heim gelassen werden (hanem viszszabotsáttassanak), wenn sonst keine

---

Gegensatz zu jenen freien Seklern (Primipili und Pixidarii), welche zusammen den vitézlö rend ausmachen, also eigentlich einen niedern Adel.

[1]) aus dem Jahre 1634.

[2]) Ihr Privilegium von 1289 im „Siebenb. Urkundenbuche" *(Firnhaber-Teutsch)* Nr. 151, S. 147 und mehrer Orten.

[3]) Hauptsächlich, daß nicht zufolge der Publication des defectus (Aussterben) der Fiscus selbst vermöge des vindicirten Jus Regium den Heimfall (devolutio) ausübe, sondern dem Nachbar das Caducitätsrecht zustehe. Rákóczy's diesfälliges Privileg von 1636 in *Benkö* Imago nationis Siculicae 2 Aufl. Seite 59 und Graf *Emerich Mikó* Erdélyi Történelmi Adatok I. Bd. Seite 276 u. a. O.

[4]) aus dem Jahre 1638.

aus irgend einem Geſetze entſpringenden Hinderniße und der Rechtsſchlichtung gewärtige Sachen (és igazitásra valo dolgok nintsen) vorhanden ſind.

Neunzehnter Artikel[1]).

In Angelegenheit der Spurverfolgung des verlornen Viehes und der Bezahlung der Preiſe von den im Dorfe geſtohlnen Rinder ſollen ſich auch die Sekler nach dem allgemeinen Reichsbeſchluſſe halten, die Beſchädigten (a' károsok) können aber die Spur ihrer Viehſtücke hineinverfolgen (bé-követhetik), welche an der Grenze wohnen auch bis in die walachiſchen Länder, jedoch ſollen ſie dies nicht betrügeriſch treiben (tsak fraudulenter azzal ne éljenek) und nicht mißbrauchen (és ne abutáljanak) und wenn die Sache nicht ſo dringend iſt, ſollen ſie darüber auch den Beamten Kunde geben (a' tiszteknekis hirt tégyenek felöle).

Zwanzigſter Artikel[1]).

Wie die Einzelnen, ſo ſind auch die Kriegerſtände der Sekler verpflichtet nach den Beſchlüßen zum Feldzuge aufzuſtehen, wenn ſie zu der für die Muſterung (a' mustrára) angeordneten Zeit vor den Fürſten, oder vor den dazu betrauten Generalen (Generalisok), oder den Oberbeamten am Platze nicht gegenwärtig ſein ſollten, ſollen die Beamten (a' Tisztek) dieſelben nach dem bisherigen Gebrauche beſtrafen; wenn ſie aber im Aufbrechen (megindulván) zur Zeit der Kriegsnoth, wie darüber im Generalartikel ausführlicher die Rede iſt, gegenwärtig nicht ſein ſollten, ſollen ſie, ihre Entſchuldigung vor den eignen Oberbeamten erweiſend, wenn ſie nach ihrer Pflicht ein Zeugniß ihrer richtigen und wahren Entſchuldigung vorbringen (mentségeknek helyes és igaz vóltáról Testimonialist adnak), nicht geſtraft werden, wenn ſie aber keine würdige Entſchuldigung haben, ſollen ſie aus der Auctorität der Fürſten mit dem Tode beſtraft werden, nicht aber ihre Güter verlieren, und wenn gewünſcht wird, daß ſie zur Löſung des Kopfes, ſollen ſie in einem ſolchen Falle zur Verpfändung geben dürfen ihre Güter und Erbe; jedoch ſoll auch im Seklerlande der allgemeine Artikel betreffs der Kranken und Elenden (nyomorültakról) Geltung haben.

Einundzwanzigſter Artikel.

Die Sekler ſollen die an den Grenzorten gegen die walachiſchen Grenzen erbauten feſten Plätze (erösségetskékre) ſo beſorgen (provideáljon), daß ſie nicht ruinirt werden (ruinaltassanak), ſondern vielmehr in beſſerer Art conſervirt werden und auch die in Schlöſſern und auf Wegen befindlichen Huten und auch Wachten (örizetek és vigázások-is) nach dem bisher beſtehenden Brauche fortſetzen laſſen (continuáltassanak).

---

[1]) Aus Landtagsartikeln der Jahre 1648 und 1649 neu redigirt.

II.

Kaiserliches Patent vom 29. Mai 1853[1]).

wirksam für das Großfürstenthum Siebenbürgen,

wodurch die in diesem Kronlande bisher bestehenden gesetzlichen Anordnungen und Einrichtungen in Bezug auf die Erwerbung und Ausübung des Eigenthumsrechtes auf liegende Güter, deren Belastung und Verpfändung, der Rechtsbeziehungen aus der bisherigen Erbfolge und der in einigen Theilen des Landes bestandenen Aviticität abgeändert werden.

In angelegner Sorgfalt für die Wohlfahrt und das Gedeihn Unsres Großfürstenthums Siebenbürgen haben Wir die Nachtheile erkannt, welche für dieses Kronland aus den bisherigen gesetzlichen Anordnungen und Einrichtungen in Bezug auf die Erwerbung und Ausübung des Eigenthumsrechtes auf liegende Güter, dann deren Belastung und Verpfändung, vorzüglich aber aus den Rechtsbeziehungen der bisherigen Erbfolge und der in einigen Theilen des Landes bestandenen Aviticität entspringen.

Wir haben insbesondre erkannt, daß die, das Eigenthumsrecht vielfachen Anfechtungen aussetzenden, die Veranlassung zu Rechtsverwicklungen und langwierigen Proceßen bietenden, erwähnten Bestimmungen das hauptsächliche Hinderniß des Realcredites für einen höchst wichtigen Theil des Grundbesitzes bilden, und daß die Hebung dieses Realcredites eine Bedingung des fortschreitenden Wohlstandes des genannten Landes ist[2]).

---

[1]) Siehe Reichsgesetzblatt 1853. XXXI. Stück, 100. Nummer, S. 507. (In der 99. Nummer desselben XXXI. Stückes des Reichsgesetzblattes ist auch das vom 29. Mai 1853 datirte kaiserl. Patent enthalten, womit das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch vom 1. Juni 1811 in Siebenbürgen eingeführt und der Beginn von dessen Wirksamkeit auf den ersten September 1853 festgesetzt wurde. Jedenfalls würde es in manichfacher Beziehung einfacher gewesen sein, gleich in diesem „Einführungspatente" die in dem obigen Patente enthaltnen „Uebergangsbestimmungen" anzuschließen, da wohl die besondre Aufhebung frührer Rechtsinstitute (ohnehin selbstverständlich) keinen eignen Grund für sich haben konnte).

[2]) Als solche Hindernisse des Realcredites sind näher ins Auge zu fassen:

1. Die siebenbürgischen Gerichtsordnungen und das Proceßverfahren.
2. Die Förmlichkeiten der meisten Rechtsgeschäfte.
3. Die Unvollständigkeit des Eigenthumsrechtes (lehnartige und aviticale Verbande).
4. Das Näherrecht in seinen verschiednen Aeußrungen (sociale Ansprüche, und eignes Rücklösungsrecht bei gerichtlicher Pfändung).
5. Die gesetzlichen Vermögensrechte der Frauen und Mädchen.
6. Die mangelhaften Institutionen der Verjährung und der Verpfändung ꝛc.

In Erwägung dieſer Betrachtungen und im Zuſammenhange mit der Einführung des allgemeinen bürgerlichen Geſetzbuches in dieſem Kronlande, wodurch das Eigenthum und die Ausübung der übrigen dinglichen Rechte unter den Schutz einfacher, umfaſſender und den Forderungen der Gerechtigkeit entſprechender Beſtimmungen geſtellt wird, finden Wir, nach Vernehmung Unſrer Miniſter und nach Anhörung Unſres Reichsrathes anzuordnen, wie folgt:

Erſtes Hauptſtück.

Von den aus dem Donationsſyſteme entſtandnen Beſitzverhältniſſen.

§ 1. Das nach dem frühern ſiebenbürgiſchen Staatsrechte in mehren Theilen des Großfürſtenthums Siebenbürgen beſtandne Syſtem der königlichen Schenkungen hat außer Kraft zu treten[1]); und das daraus abgeleitete Heimfallsrecht der Krone wegen Mangel der in der Schenkung berufnen Erben und wegen der in den bisherigen Geſetzen bezeichneten Treuloſigkeit (successio fisci regii ex defectu vel ex nota) wird aufgegeben[2]).

§ 2. Das auf das beſtandne Verhältniß der Grundherrn zu den Unterthanen gegründete Heimfallsrecht iſt aufgehoben[3]).

---

[1]) Die Krone leiſtet Verzicht auf das Oberlehnseigenthum (cf. Trip. I. 10. ꝛc.) alſo auch auf jenes: durch Verleihung von Donationalgütern den Beſchenkten in den Adelsſtand zu erheben.

[2]) Beſſer geſagt: die devolutio fisci ex defectu, ex contractu, ex nota wird aufgegeben, alſo nur das Heimfallsrecht der Krone als Oberlehnseigenthümers.

Sollte der Heimfall bereits vor dem 29. Mai 1853 eingetreten ſein, ſo kann der Fiscus ſein Recht nicht geltend machen, da in dieſem Patente (§ 3. 4. 26.) alle ſogenannten „Rechtsproceße" aufgehoben ſind; aus demſelben Grunde würde der Fiscus im Falle er ex defectu, oder ex contractu ein Gut in factiſchen Beſitz genommen haben ſollte, gegen alle ſich meldenden Erben geſchützt ſein.

Das Caducitätsrecht des Fiscus bleibt im Sinne des § 760 des allgemeinen bürgerl. Geſetzbuches aufrecht und ſein Confiscationsrecht ex articulo und ex nota iſt nach § 33. und 59. des Strafgeſetzbuches vom 27. Mai 1852 im Allgemeinen als aufgehoben zu beurtheilen.

[3]) Nachdem bereits durch den ſiebenb. Landtag 1848 das Hörigkeits-Verhältniß gelöſt worden war, iſt es nur eine weitre Conſequenz auch das lehnartige Heimfalls- und Caducitätsrecht der Grundherren aufzuheben. Durch das Patent vom 21. Juni 1854 erfolgten die weitren Beſtimmungen zur Durchführung der Aufhebung des Urbarialverbandes und der Entlaſtung des Grund und Bodens. (R. G. B. Nr. 151; L. R. B. Nr. 162).

Das Caducitätsrecht der Grundherren kann in allen bis 29. Mai 1853 vorgekommenen Fällen geltend gemacht werden; nicht ſo das Heimfallsrecht. — Sebſt das nicht auf ein reines Unterthansverhältniß gegründete Eigenthumsrecht

§ 3. Das Besitzrecht[1]) des königlichen oder grundherrschaftlichen Fiscus kann in Bezug auf solche heimgefallne Güter oder Gerechtsame, in deren wirklichem Besitze der eine oder andre sich befindet, durch neu einzuleitende Proceße, — mit einziger Ausnahme jener Fälle, in welchen Private unter sich laut gegenwärtigen Patents Ansprüche noch geltend machen dürfen[2]) — von Seite der Privaten nicht mehr angefochten werden.

Dagegen sind aber auch die gedachten Fisci nicht berechtigt, Heimfallsansprüche obiger Art gegen Private geltend zu machen[3]), und diese Regel leidet eine Ausnahme nur hinsichtlich solcher Güter oder Gerechtsame, an deren Besitzergreifung die Berechtigten durch ein in Wirksamkeit getretnes Wittwen- oder Mädchenrecht (jus viduale, jus capillare) gehindert wurden.

§ 4. Private dürfen unter sich den Besitz von Gütern oder Gerechtsamen aus dem Grunde königlicher Donationen, wie auch sonstiger königlicher Privilegien, durch keinerlei neu einzuleitende Proceße anfechten[4]).

---

der Grundherrn an ihren Allodialgründen, welche sie gewissen Curialisten ꝛc. überlassen haben, erscheint durch die §§ 16—19 des Grundentlastungs-Patentes vom 21. Juni 1854 aufgehoben — (vergl. G.-Z. 22496 : 1851 u. a. m.) —

[1]) Das heißt das Recht zum Besitze. Da Adlige und ehemalige Unterthanen nunmehr vollständige Eigenthümer ihrer Liegenschaften geworden sind, kann aus dem Grunde des frühern Obereigenthums-Rechtes ebensowenig ein wirklicher Besitz angefochten, — als umgekehrt das Recht des Fiscus bestritten — werden, insoweit nehmlich seine Besitznahme auf das „Donationssystem" gegründet war.

[2]) Das sind nach § 9 gemeinrechtliche Erbansprüche, also hier „Caducitätsproceße"; nach § 17 „Vindicationsproceße"; nach § 21—23 gemeinrechtliche „Pfandproceße" ꝛc. — Ausgeschlossen bleiben alle sogenannten „Rechtsproceße" deren Begehren sich auf einen nur aus dem „Donationssysteme" entspringenden Rechtstitel zu stützen vermag; wo also aus Urkunden — deren Gültigkeit und Anwendbarkeit geprüft werden müßten — Besitzrechte angesprochen werden (siehe § 4 sammt Noten und § 11 und 26).

[3]) devolutio de jure. Im erstern Abschnitte ist die Rede von den devolutiones de facto, wo wirkliche Besitzergreifung erfolgte. Hier ist überhaupt selbst mit rückwirkender Kraft das jus regium aufgegeben mit Ausnahme von 2 Fällen (siehe § 11).

[4]) Offenbar war es die Absicht des Gesetzgebers den gegenwärtigen Besitzstand derart sicherzustellen, daß alle Ansprüche, seien es donationale des Fiscus, oder im Lehnssystem gegründete avitieale näherberechtigter Personen — ein für alle mal aufhören sollten.

Die weitre Textirung des § 4 schafft nicht nur alle sogenannten „Rechtsproceße" ab, — alle dem Lehnswesen besondre „Eigenthumsklagen", — sondern auch die denselben eigenthümlichen „Besitzklagen", z. B. ex statutione, ohne jedoch die sogenannten Rechtsmittel zur Erhaltung des physischen Besitzstandes im Sinne des östreichischen bürgerlichen Gesetzbuches mitzuberühren

(Ueber die theils nach dem Anlaße zum Streite, theils nach der Absicht des Klägers, theils nach dem Gegenstande des Streites verschiednen Benennungen

Zweites Hauptstück.

Von der Anwendung der bisher bestandenen Gesetze in Bezug auf die Erbfolge und auf die Eheverträge.

§ 5. Von dem Tage der Wirksamkeit[1]) des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches hat der Unterschied zwischen ererbten und erworbnen, zwischen den aus Donationen herrührenden und anderm Vermögen, und zwischen männlichen und weiblichen Geschlechte weder auf das Verfügungsrecht unter Lebenden oder auf den Todesfall[2]), noch auf die gesetzliche Erbfolge einen Einfluß.

Die Anordnungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über die Erbfolge erstrecken ihre Wirksamkeit in allen Theilen des Landes auf jede Art von Vermögen und Personen.

In denjenigen Landestheilen, in welchen nach siebenbürgischen Gesetzen avitische Rechtsverhältnisse bestanden haben, ist jedoch den gegenwärtigen Besitzern[3]) — ererbter — avitischer adliger Güter, in welchen bisher nur die männlichen Nachkommen derselben zur Erbfolge berufen waren, gestattet, längstens binnen drei Jahren von der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches angerechnet, über diese Güter durch letztwillige Anordnung zu Gunsten ihrer männlichen Nachkommen mit der Rechtsfolge zu verfügen, daß diese letztwillige Verfügung von den weiblichen Nachkommen aus dem Titel des durch das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch festgesetzten Pflichttheils oder von der Wittwe nicht angefochten werden kann, wenn diese Nachkommen und die Wittwe nur wenigstens dasjenige erhalten, was ihnen aus den erwähnten Gütern zufolge der bisherigen Gesetze rechtlich gebührte[4]).

Damit eine letztwillige Verfügung, durch welche von dieser

---

der „Rechtsprocesse" und deren eigenthümliches Wesen s. mündlichen Vortrag).— Gerechtsame, welche aus Privilegien entspringen, sind namentlich die niedern Regalrechte und es darf also kein Proceß „ad sublationem educilli, macelli, telonii vel nauli" (außer in den der „Verwaltung" nach den neuen Gesetzen zustehenden Fällen) eingeleitet werden.

[1]) Der erste September 1853.

[2]) Vergl. § 16, 21, 25—27 des Patents.

[3]) Ausnahme von der Regel. Es wäre wohl der Absicht des Gesetzes und dem frühern Rechte nicht unangemessen gewesen auch den Erwerbern von solchen Donationalgütern, welche vor dem 29. Mai 1853 noch nicht vererbt waren, (also nicht avitisch geworden sind) dies Recht zuzugestehn oder aber dies Recht nur auf ererbte „Donationalgüter" zu beschränken.

Dee obige Ausdruck des Patents: „ererbt, avitisch" ist pleonastisch.

[4]) Siehe insbesondre hier im Paragraph 60 (jus capillare, viduale und quartalitium?) vergl. § 612, § 762 des allgemeinen östreichischen bürgerlichen Gesetzbuches.

Gestattung Gebrauch gemacht wird, eine Rechtswirkung hervorbringe, muß dieselbe mit den gesetzlichen Erfordernissen schriftlich abgefaßt, und die Urkunde längstens binnen sechs Monaten nach der Errichtung, in keinem Falle aber später, als mit Ablauf von drei Jahren nach der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches bei dem Civilgerichtshofe erster Instanz, in dessen Sprengel das Gut gelegen ist, in Urschrift niedergelegt werden.

§ 6. Die Gültigkeit der, vor der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches[1]) errichteten letztwilligen Anordnungen oder Erbverträge ist sowohl in Bezug auf die Erbfähigkeit der eingesetzten Erben, als auf das Verfügungsrecht des Erblassers[2]) nach den in den verschiednen Landestheilen zur Zeit der Errichtung des Testaments geltenden Gesetzen zu beurtheilen.

Die Bestimmung findet jedoch in denjenigen Landestheilen, in welchen die Rechte der siebenbürgischen Ungarn und Sekler Geltung hatten, nur auf diejenigen ältern, letztwilligen Anordnungen und Erbverträge Anwendung, welche vor der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, oder längstens binnen sechs Monaten nach derselben, bei dem Gerichte, dem die Abhandlung der Verlassenschaft im Falle des Ablebens des Erblassers zustehen würde, niedergelegt[3]), oder welche von einem vor der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches mit Tod abgegangnen Erblasser errichtet wurden.

Die Gültigkeit der Verfügungen von Todeswegen, rücksichtlich welcher diese Bedingungen nicht eintreten, ist nach den Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches zu beurtheilen. — Enthält

---

[1]) Auf diese Art wurde zwar schon am 29. Mai 1853 der Unterschied zwischen donationalem und allodialem Vermögen und zwar selbst mit rückwirkender Kraft aufgehoben; dagegen jener: zwischen aviticalem und erworbnem einstweilen noch bis 1. September 1853 (oder eigentlich bis 1. März 1854) in einer practischen, weithin sich erstreckenden, Wirksamkeit erhalten.

[2]) Subjective und objective Testirungsfähigkeit, also auch das Recht „fideicommißarischer Substitution" aufrecht erhalten. Vergl. mit Rücksicht auf den § 612 und § 635 des allgemeinen östreichischen bürgerl. Gesetzbuches die Nr. 22 : 1855 der „Preßburger Zeitschrift für Gesetzkunde und Rechtspflege" womit auch die Nummer 4 : 1855 „Ueber die Onerirung der Fideicommiße" zu vergleichen ist.

Eine weitre sonderbare Ausnahmsbestimmung ist die über die „Erbfähigkeit" wornach nehmlich der § 545 des allgemeinen östreichischen bürgerlichen Gesetzbuches in obigen Fällen suspendirt erscheint.

[3]) Wenn die letztwillige Anordnung (Testament oder Codicill) kein Datum hätte, müßte sie trotzdem daß rechtzeitige Deposition erfolgte, nicht immer als eine „ältre" angesehn d. h. nach den frühern Gesetzen beurtheilt werden (Controverse?); siehe folgenden § 7 wornach es scheint, daß der Gesetzgeber die eben ausgesprochne Ansicht theilen würde. (Testament. Verfügungsrecht begünstigt).

eine letztwillige Verfügung, die von einem nicht vor der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches mit Tod abgegangnen Erblassers herrührt, Bestimmungen zu Gunsten von Personen, die zur Zeit der Errichtung der letztwilligen Verfügung noch nicht lebten, so kann sich die Wirkung solcher Bestimmungen selbst, wenn die gerichtliche Hinterlegung der Urkunde zur gehörigen Zeit erfolgte, nicht weiter erstrecken, als dieses das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch gestattet[1]).

§ 7. In Bezug auf äußerliche Förmlichkeiten[2]) ist die Gültigkeit der vor der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches in was immer für einem Theile des Landes errichteten letztwilligen Anordnungen, wenn der Erblasser nach Kundmachung der neuen Erbfolgegesetze gestorben ist, entweder nach den bisher bestandenen oder nach den neuen Erbfolgegesetzen zu beurtheilen, jenachdem die einen oder die andern der Aufrechthaltung der letztwilligen Anordnung günstiger sind.

§ 8. Die bisher bestandnen Vorschriften über die gesetzliche Erbfolge (successio ab intestato) finden bei allen vor der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches eingetretnen Todesfällen ihre Anwendung, sowohl in Bezug auf Privatpersonen, als in Bezug auf den königlichen Fiscus[3]), und jeden andern zur Nachfolge in erblosen Verlassenschaften berufnen Berechtigten[4]), jedoch mit den, rücksichtlich derjenigen Landestheile, in welchen die Rechte der siebenbürgischen Ungarn und Sekler bestanden haben, in den §§ 9—10 enthaltnen Beschränkungen.

§ 9. Erbansprüche[5]), welche vor der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches entstanden sind, können nur dann durch einen Erbfolgeproceß, insbesondre durch Proceße wegen Erfüllung, Nichtigerklärung oder Umstoßung einer letztwilligen Anordnung wegen Theilungsberichtigung und Einziehung erblosen Vermögens — (processus successionalis ad complementum, rescissionem testamenti, ad rectifica-

[1]) Vergl. § 612 ꝛc. des allgemeinen östreichischen bürgerl. Gesetzbuches und in Nr. 22 : 1855 der Preßburger „Zeitschrift für Gesetzkunde und Rechtspflege" den erwähnten Aufsatz über: „die jetzige Rechtswirksamkeit der vor Einführung des allgemeinen östreichischen bürgerl. Gesetzbuches letztwillig verfügten fideicommißarischen Substitutionen".

[2]) Siehe hier im § 45 und in meinen „Statuta jurium municipalium Saxonum" pag. 168—169; ferner § 577—603 des allgemeinen östreichischen bürgerl. Gesetzbuches.

[3]) Nehmlich bezüglich dessen „Caducitätsrecht", denn das „Heimfallsrecht" des Fiscus ist selbst pro praeterito abgeschafft.

[4]) Als Gemeindefiscus, Ortskirche, Sekler-Nachbar, Grundherr.

[5]) Hier sind überhaupt nur solche gemeint, deren Titel nicht aus Donationsurkunden und derlei Privilegien zu erweisen wäre, da diese „Rechtsproceße" ganz aufgehoben sind.

tionem divisionis ex caducitate) — geltend gemacht werden, wenn seit der Zeit des Entstehens[1]) solcher Ansprüche bis zur Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches noch nicht 32 Jahre verflossen sind.

Ueber die bisher noch nicht erhobnen Ansprüche dieser Art muß jedoch bei sonstigem Erlöschen derselben binnen Einem Jahre vom Tage der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches an, der Proceß eingeleitet werden.

§ 10. Ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des entstandnen Erbanspruches wird vom Tage der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches an, die Einleitung eines Erbrechtsstreites aus alter Herstammung (processus successionalis longae litis), zur Ausschließung der weiblichen Linie (ad exclusionem sexus feminei), zur Geltendmachung des gleichen Rechtes (ad aequalitatem juris), zur Erlangung des vierten Theils (ad excissionem quartalitii), zur Erneuerung der Theilung (novae divisionis) und zur Ergänzung der ererbten Güter (ad redintegrationem aviticorum) nicht mehr zugelassen[2]).

§ 11. Ein vor der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches angefallnes Wittwen- oder Mädchenrecht hat nach den bisher bestandnen Gesetzen Geltung zu finden[3]). — Nach dem Erlöschen dieser Rechte treten aber die in den bisherigen Gesetzen gegründeten Erbansprüche der zur Nachfolge in die mit dem Wittwen- oder Mädchenrechte belasteten Güter berufnen Privatpersonen, des königlichen Fisens oder andrer zur Ausübung des Heimfallsrechtes berechtigten Personen oder Körperschaften in Wirksamkeit.

Diese Ansprüche sind jedoch, bei sonstigem Verluste, binnen Einem Jahre von der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches

---

[1]) Die Zeit des Entstehens (also auch der Verjährung) ist entweder der Tod des Erblassers oder mit Rücksicht des „Klagerechts" die Erlöschung solcher Wittwen- und Mädchenrechte, welche sich als gesetzliche Retention der Güter äußerten, oder die stattgefundne Theilung.

Sollte die Zeit des Entstehens solcher Erbansprüche noch weiter hinaufreichen, jedoch innerhalb 32 Jahre eine Klage stattgefunden haben, so käme § 27 und 28 in Anwendung. — (Ueber die nächste Verwandschaft dieser uneigentlichen Verjährungsfristen mit proceßualischen Fallfristen, siehe mündlichen Vortrag).

[2]) Bereits durch § 4 aufgehoben. — Jedoch müßte ein im § 5 basirender Proceß „ad excissionem quartalitii" zugelassen werden. (Controverse?) Erbrechtsansprüche, welche zwar auf ein Testament sich berufen, aber doch der Wesenheit nach „Rechtsproceße" sind, da der Testator weder materielle Anordnungen treffen konnte noch wollte, also nur formelle verfügte, fallen unter § 10 ꝛc.

[3]) Der Ausnahmsfall des § 3; womit die Sonderbestimmung des § 5 zu vergleichen ist.

gerechnet, bei dem zuständigen Gerichtshofe erster Instanz anzumelden und hievon zugleich die Besitzer der Güter zu verständigen.

Kommen nach der ersten Anmeldung solcher Ansprüche noch spätre Anmeldungen andrer Personen vor, so hat das Gericht nicht nur die Besitzer der Güter, sondern auch die Anmelder des frühern Anspruchs und zugleich die spätern Prätendenten von den bereits erhobnen Ansprüchen zu verständigen. — Bis zum Ablaufe eines fernern Jahres nach dem ersten sind die angemeldeten Ansprüche, bei sonstigem Verlust gegen sämmtliche Interessenten im Wege Rechtens geltend zu machen [1]).

§ 12. Die vor der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches geschloßnen Eheverträge [2]) und Erbverträge zwischen Ehegatten (§ 6.) bleiben in Kraft und sind, sowie das zwischen Eheleuten nach Verschiedenheit der Landestheile bestandne gesetzliche Recht der Gütergemeinschaft (communio bonorum) oder des Miteigenthums auf das während der Ehe Erworbne (jus coaquisitionis) nach den zur Zeit der Schließung der Ehe bestandnen Gesetzen zu beurtheilen [3]). — Die Erbfolge in den Nachlaß des verstorbnen Ehegatten auf Grund des Gesetzes [4]) richtet sich jedoch, wenn der Tod desselben nach eingetretner Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches erfolgt ist, nach dem letztren [5]).

---

[1]) Vergl. Vorlesungen über die siebenbürgische Civilproceßordnung vom 3. Mai 1852, — und über das Verfahren bei widersprechenden Erbserklärungen (Denomination des Klägers).

Die im § 11. angeordnete Anmeldungspflicht der Ansprüche bei eingetretnem Wittwen- und Mädchenrechte hatten nach einer allerh. Novemberentscheidung im Jahre 1858 blos der Fiscus und die Collateralen, nicht aber die Descendenten, unter jenem Präclusivtermin, zu beachten.

[2]) Rectius „Heirathsverträge". — Im ehemaligen Sachsenlande besteht also die „communio bonorum" der (früher verheirathet gewesenen) Gatten, derart, daß nach Auseinandersetzung des Activ-Vermögens (sei es in Folge des Concurses oder der Auflösung der Ehe durch Trennung oder Tod) ½ dem Manne, ½ der Frau eigenthümlich zugehören, während der Ehe noch immerfort das erworbne Vermögen gemeinschaftliches Eigenthum wird und für alle Schulden haftet. (Controverse über Auslegung des art. IX. der Einführungsverordnung zur neuen Concursordnung).

[3]) Siehe meine „Statuta jurium municipalium" pag. 155, und hier sächsisches Privatrecht und allgemeine östreichische Gerichtszeitung Nr. 141—142: 1854, (vergl. § 1253 und 757 allgemeines bürgerliches Gesetzbuch).

[4]) Begreiflicherweise ist hier nicht das Recht der Frau auf ihren eignen Vermögenstheil (z. B. die triens oder die parafernales) gemeint, sondern jenes Recht, welches eintritt, wenn näherberechtigte Erben fehlen oder wenn überhaupt der eine Gatte wirklich Erbe ist. (Siehe meine „Statuta jurium municipalium" pag. 138, und hier sächsisches Privatrecht).

[5]) Nach der Justiz-Ministerial-Verordnung vom 12. August 1859 (Reichs-Gesetzblatt 44. Stück, Nr. 151 und dann siebenbürgisches Landes-Gesetzblatt I. Abtheilung, 14. Stück, Nr. 155) wird die sächsische Gütergemeinschaft des obigen

§ 13. Ueber die Errichtung von Fideicommiſſen werden außer den im allgemeinen bürgerlichen Geſetzbuche enthaltnen Vorſchriften noch weitre erleichternde Beſtimmungen abgeſondert erfolgen [1]).

Drittes Hauptſtück.

Von den Eigenthums-Uebertragungen.

§ 14. Von der Erwerbung der Liegenſchaften jeder Art kann in Siebenbürgen der Mangel des Indigenats oder Incolats künftig nicht ausſchließen.

§ 15. In Abſicht auf die zur Gültigkeit der Verträge über die Uebertragung des Eigenthums erforderlichen Förmlichkeiten hat zwiſchen den adligen Gütern und Gerechtſamen, dann andern Liegenſchaften kein Unterſchied ſtattzufinden; — die Theilbarkeit des Grundbeſitzes wird durch beſondre Verordnungen geregelt.

§ 16. Die vor der Wirkſamkeit des allgemeinen bürgerlichen Geſetzbuches geſchloßnen Eigenthums-Uebertragungen von Liegenſchaften (fassio perennalis, cambium, transactio, inscriptio ob fidelia servitia) können weder aus Anſprüchen, welche nach den bisherigen Geſetzen aus der Eigenſchaft der Güter floßen, durch neu einzuleitende Proceße, als: „ad invalidationem ex neglecta praemonitione, ad rescissionem fassionis praejudiciosae“ — noch wegen Mangel eines öffentlichen Siegels beſtritten werden [2]). — Bis jetzt unter Privatſiegeln geſchehne Perennal-Uebertragungen haben dieſelbe Kraft, wie die unter öffentlichen Siegeln errichteten.

Hinſichtlich der Perennal-Uebertragungen wegen treu geleiſteter Dienſte (inscriptio perennalis ob fidelia servitia) kann das Rückfallsrecht nicht mehr ausgeübt werden.

§ 17. Aus dem Grunde des frühern Beſitzes und Genußes einer Liegenſchaft [3]), ſowohl im Ganzen, wie in Bezug auf die Grenzen kann in denjenigen Landestheilen, in welchen die Rechte der Siebenbürger

---

§ 12, dahin erläutert, daß der Frau außer jenem ihrem „Vermögensrechte“, auch der Erbtheil nach § 757 und 758 des allgemeinen öſterreichiſchen bürgerlichen Geſetzbuches gebühre, was eigentlich ſelbſtverſtändlich iſt.

[1]) Auf die früher errichteten Fideicommiſſe haben fortan ebenfalls die Beſtimmungen des allgemeinen bürgerlichen Geſetzbuches Anwendung zu finden, ſoweit nehmlich nicht die Begründung, wohl aber der weitre Beſtand, Belaſtung ꝛc. zu beurtheilen kömmt.

[2]) Vergl. mit Rückſicht noch weiterhin geſtatteter fideicommiſſariſcher Subſtitution den § 613 des allgemeinen öſtreichiſchen bürgerlichen Geſetzbuches.

[3]) Oder derartiger Gerechtſame z. B. der Schankgerechtigkeit.

Ungarn und Sekler Wirksamkeit hatten, der gegenwärtige Besitzstand, — wenn seit dem Aufhören des frühern Besitzes bis zur Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches 32 Jahre verstrichen, ohne daß in diesem Zeitraume gegen den Besitzer der förmliche Proceß[1]) eingeleitet worden wäre — durch neu einzuleitende Proceße als „formalis repositionalis ex usu, metalis ex usu“ nicht mehr angefochten werden.

Ist jedoch beim Eintritte der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches ein Zeitraum von 32 Jahren noch nicht verflossen, so sind Proceße der erwähnten Art binnen Einem Jahre bei sonstigem Verluste des Klagerechts einzuleiten.

§ 18. Das früher nach Verschiedenheit der Landestheile bestandne gesetzliche Einstands-, Einlösungs-, Näher-Recht der Verwandten und Nachbarn, sowie jedes andre gesetzliche Vorkaufsrecht[2]) hört für die Zukunft auf und es können selbst in Bezug auf frühre Eigenthumsübertragungen aus diesem Rechtstitel keine Proceße mehr eingeleitet werden.

Viertes Hauptstück.

Von den vertragsmäßigen und gerichtlichen Pfändern[3]).

§ 19. Die in einigen Theilen des Landes bisher üblichen Pfandverträge, Verkäufe der Liegenschaften auf Zeit (contractus pignoraticii, emtio venditio temporanea) mit dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Vorbehalte des Rückeinlösungsrechtes, oder mit der Bedingung, daß dem Gläubiger statt der Zinsen die Nutznießung des verpfändeten Gutes überlassen werde, sind wenn sie nach der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches geschlossen wurden, rechtsungültig.

§ 20. Wer nach der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches adlige Liegenschaften oder Gerechtsame im Wege executiver Feilbietung ersteht, erwirbt das volle Eigenthum des erstandnen Gutes oder Rechtes in der Art, daß das bisher üblich gewesene Wieder-

---

[1]) Der förmliche Proceß also eingeleitet mittels einer gerichtlichen Klage.

[2]) Im § 16 ist die Rede von dem aufgehobenen Näherrechte der „Theilungs-Anverwandten“ bezüglich avitischer Güter, hier überhaupt von jeglichem gesetzlichen Näherrechte.

[3]) Soweit der Fiscus „Pfandverträge“ abgeschlossen, (oder mittels consensus regius anerkannt hat) ist derselbe als „Privatmann“ anzusehen (vergl. A. C. II. 8. 5. und 135. Prov. Artikel u. a. O.) Controverse?

einlösungsrecht des Schuldners und seiner Rechtsnachfolger nicht mehr ausgeübt werden kann[1]).

§ 21. Das Recht der Wiedereinlösung der früher vertragsmäßig verpfändeten Liegenschaften und Gerechtsame[2]), wie auch zeitlicher Inscriptionen kann in folgenden Fällen ausgeübt werden:

1) Ist die ursprünglich bestimmte oder bei einer spätern Aufzahlung oder aus anderm Anlasse verlängerte Pfand- oder Inscriptionszeit noch nicht verstrichen, so darf die Wiedereinlösungs-Klage binnen Einem Jahre nach Ablauf der bestimmten Einlösungszeit angebracht werden.

2) Wenn bei Pfand- oder Inscriptionsverträgen keine Einlösungszeit festgesetzt wurde und von Abschließung[3]) oder von Verlängerung derselben gerechnet die Frist von 32 Jahren bis zum Eintritte der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches noch nicht verstrichen ist, so kann die Wiedereinlösungsklage binnen Einem Jahre nach Ablauf der Frist von 32 Jahren überreicht werden.

3) Wenn endlich die bestimmte Einlösungszeit oder in Ermanglung einer bestimmten Einlösungszeit die Frist von 32 Jahren vor dem Eintritte der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches abgelaufen ist[4]) — so kann das Wiedereinlösungsrecht nur dann, und

---

[1]) Auch diese Bestimmung dieses §, sowie die der § 16 und 18 ist selbstverständlich, da die neu eingeführten allgemeinen östreichischen Gesetze kein gesetzliches „Näherrecht" kennen.

[2]) Nach der Justizministerial-Verordnung vom 7. December 1858 (Reichs-Gesetzblatt 56. Stück, Nr. 226) muß hiebei die Gegenforderung — wegen „Meliorationskosten" — (das „Retentionsrecht") — vom Pfandinhaber gleich in der Einrede oder durch eine besondre Klage vorgebracht werden. Im letztren Falle Präclusivtermin von 30 Tagen nach dem ersten Haupterkenntniß; sonst gleichzeitge Verhandlung.

[3]) Das könnte anders heißen (?): „und von der Zeit der Wirksamkeit des Pfandvertrages (seit entstandnen Rechtsverhältnisses) die Frist von 32 Jahren verstrichen ist".

[4]) Gesetzt den Fall, es hätte Graf B. vor etwa 100 Jahren dem Baron K. sein Donationalgut M. perennaliter veräußert und zwar „nullum jus pro se reservando" und es sei über diese Fassion ein consensus regius dahin erfolgt, daß die männlichen Erben der Familie Baron K. das Gut M. jure perennali, oder unwiderruflich besitzen sollten, dagegen die weiblichen pignoris titulo, so daß der Fiscus das Recht habe gegen Erlag der Fassionalsumme (und Ersatz der Meliorationen) das Gut wieder an sich zu lösen — und es seien nun wirklich vor etwa zwanzig Jahren die männlichen Erben (sowohl der Familie B. als K.) ausgestorben, und die weiblichen in Besitz gelangt, so wäre hier eigentlich die obenerwähnte Zeitfrist — (also die Verjährung) — nicht vom Zeitpunkt des abgeschlossnen Vertrags (und des darüber erlangten consensus regius), sondern vom Zeitpunkt der Wirksamkeit

zwar nur binnen Einem Jahre nach dem Eintritte der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches im Wege Rechtens eingeklagt werden, wenn seit dem Ablaufe der bestimmten Einlösungszeit und beziehungsweise der erwähnten Frist von 32 Jahren bis zum Eintritte der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches nicht mehr als zehn Jahre verstrichen sind.

Wird das Einlösungsrecht[1]) binnen den oben angegebnen Fristen nicht ausgeübt, so ist dasselbe erloschen.

§ 22. Sind aber hinsichtlich der früher vertragsmäßig verpfändeten Liegenschaften und Gerechtsame, wie auch zeitlicher Inscriptionen, über die vertrags- oder inscriptionsmäßig sowohl ursprünglich festgesetzte als später verlängerte Pfand- oder Inscriptionszeit — oder falls keine Einlösungszeit bestimmt wurde seit Ablauf der Frist von 32 Jahren von der Abschließung[2]) des Pfand- oder Inscriptionsvertrages gerechnet — bis zur Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches zehn Jahre verflossen, ohne daß in dem einen oder dem andern Fall innerhalb dieser Frist der förmliche Proceß zur Einlösung des Pfandes eingeleitet worden wäre, so kann von Seite des Verpfänders oder Inscribenten und seiner Rechtsnachfolger das Recht der Wiedereinlösung nicht mehr ausgeübt werden und der Besitzer[3]) der verpfändeten oder inscribirten Güter ist als voller Eigenthümer derselben anzusehn.

§ 23. Hinsichtlich des dermal bestehenden gerichtlichen Pfandes[4]) auf adlige Liegenschaften oder Gerechtsame kann das Recht der Wiedereinlösung in denjenigen Landestheilen, wo dasselbe bisher bestanden hat, wenn seit der vollzognen Execution und geschehnen Assignation, wodurch das Gut in die Hände des Gläubigers gekommen ist[5]) bis zur Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches 32 Jahre noch nicht

---

des „Pfandvertrages" zu rechnen, da erst seit dieser Zeit (bei dem Aussterben der männlichen Erben) der Fisealanspruch entstanden ist und erst seit dieser Zeit ein Klagerecht (Einlösungsrecht) ausgeübt werden konnte; — indessen war die Praxis zu Ungunsten des Fiseus entgegenstehender Ansicht.

[1]) Diese Schlußsatzbestimmung spricht ebenfalls für unsre in voriger Note ausgesprochne Ansicht.

[2]) „Wirksamkeit" (?) siehe die beiden vorigen Noten.

[3]) D. h. insofern dieser Besitzer eben (wie gewöhnlich der Fall) der Pfandnehmer sein sollte. Hätte dieser letztre weiter eine solche Liegenschaft verpfändet, so wäre sein Recht dem dritten Besitzer gegenüber nicht verjährt.

[4]) per analogiam ebenso beim gesetzlichen Pfande und überhaupt die Bestimmungen dieses Hauptstückes per analogiam geltend bei solchen Cameralcontracten, welche als private Pfandverträge angesehn werden können.

[5]) und also das Wiedereinlösungsrecht entstanden ist. (Zeitpunkt der Verjährung?)

verstrichen sind, binnen Einem Jahre vom Beginn dieser Wirksamkeit im Wege Rechtens geltend gemacht werden.

Nach Ablauf dieser Frist, sowie in dem Falle, wenn von dem oberwähnten Zeitpunkte bis zur Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches 32 Jahre schon verflossen sind, ohne daß der Einlösungsproceß innerhalb dieser Frist eingeleitet worden wäre, ist das Recht der Wiedereinlösung erloschen.

Fünftes Hauptstück.

Von den Verhältnissen aus Perennalveräußerungen und zeitlichen Inscriptionen der reinen Fiscalgüter[1]).

§ 24. Die Rechte des Fiscus[2]) in Beziehung auf die reinen Fiscalgüter und Rechte, in deren Besitz er sich gegenwärtig befindet, bleiben demselben unverändert und unanfechtbar[3]). Dagegen wird das Recht des Fiscus, den Besitz von Gütern und Rechten, in welchem sich Private derzeit befinden, durch neu einzuleitende Revindicationsproceße wegen behaupteter unbefugter Perennalveräußrung oder Verleihung reiner Fiscalitäten (Productionalproceße) anzufechten aufgegeben.

§ 25. Das Recht des Fiscus zur Wiedereinlösung zeitlich inscribirter reiner Fiscalitäten kann von demselben ausgeübt werden:

a) im Falle eine bestimmte Inscriptionszeit für eine gewisse Zahl von Jahren oder von Generationen festgesetzt wurde, nur dann, wenn entweder diese Inscriptionszeit bei Beginn der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches noch nicht abgelaufen, oder doch nach Ablauf derselben bis zum Eintritte der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches noch nicht 32 Jahre verstrichen sind.

Im ersten Falle muß die Wiedereinlösungsklage binnen Einem Jahre nach Ablauf der Inscriptionszeit, im zweiten Falle binnen Einem Jahre nach dem Beginne der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches angebracht werden.

---

[1]) Bezüglich der §§. 24 und 26 brachte das k. k. Oberlandesgericht (Hermannstadt am 7. April 1856 Z. 2732) zur allgemeinen Kenntniß: daß Se. k. k. Apostolische Majestät mit allh. Entschließung vom 18. Februar 1856 zu genehmigen geruht haben, daß es auch von der Ausführung derjenigen Productionalklagen des siebenbürgischen Fiscus, über welche bereits ein meritorisches Urtheil ergangen ist, und von der Execution der diesfälligen Urtheile, sein Abkommen erhalte, wornach dieses fünfte Hauptstück entfällt.

[2]) Des Staates oder der Provinz? (Kronlandsfond?)

[3]) Von Seite der Privaten. Eine weitre Frage wäre die, in wiefern die zukünftige „Landesvertretung" von Sr. k. k. Apost. Majestät Rechte zugesprochen erhalten dürfte, oder zur Ausübung bringen könnte. (Siehe hier I. Bd. zweite Auflage Seite 283—285).

b) im Falle durch die Inscriptionsurkunde keine Einlösungszeit festgesetzt worden wäre, nur dann, wenn von der Errichtung der Inscriptionsurkunde[1]) bis zum Beginne der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches die Frist von 32 Jahren noch nicht abgelaufen ist, oder doch nach Ablauf derselben noch nicht zehn Jahre verstrichen sind.

Im ersten Falle muß die Klage binnen Einem Jahre nach Ablauf der Frist von 32 Jahren, im zweiten Falle binnen Einem Jahre nach eingetretner Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches angebracht werden.

Wird das Einlösungsrecht binnen den oben angegebnen Fristen nicht ausgeübt, so ist dasselbe erloschen.

Sechstes Hauptstück.

Von der Zulässigkeit der Fortführung der in den vorhergehenden Hauptstücken erwähnten Proceße.

§ 26. Die bereits eingeleiteten noch im Laufe befindlichen Proceße, welche unter die in den §§ 3, 4, 10, 16, 18 und 24, erwähnten Arten gehören[2]), können nicht mehr fortgesetzt werden und die bisher gepflogne Verhandlung wird aufgehoben.

Die durch das vorgehende Gericht bereits mit einem meritorischen Urtheile[3]) entschiednen Proceße der obbezeichneten Art sind, wenn die

---

[1]) Hier dürfte obige Gesetzesbestimmung im Sinne des Wortlautes genommen werden können, da dieses Hauptstück für sich — wie überhaupt das darin geregelte Rechtsverhältniß — eine ganz exceptionelle Stellung behauptet; und die Berechnung dieser Verjährungsfrist — (oder mehr proceßualischen Fallfrist) — dem Gewohnheitsrecht derartiger Verpfändungen entspricht.— (Die Urkunde selbst bestimmt durch sich den Beginn der Wirksamkeit des Vertrages und der Zeitpunkt ihrer Errichtung ist auch jener des entstandnen — oder zeitweilig aufgegebnen — Einlösungsrechtes).

[2]) Sowohl Fundamental- als Neuerungsproceße dieser Art sind aufgehoben, also können auch die Repulsionalproceße nicht mehr als solche beachtet werden.

[3]) Hiezu muß nach den frühern Gesetzen auch jenes Urtheil gerechnet werden welches dermalen deshalb nicht „executionsfähig" erscheint, weil die Ermittlung, Feststellung, Berechnung oder Schätzung des meritorisch zuerkannten Anspruches erst der Execution vorbehalten wurde. Auf Grund solcher Urtheile muß wohl mittels einer Klage (Begehrens) ein neuer Proceß zur Festsetzung eines bestimmten Betrages eingeleitet werden (s. Vorlesungen über die siebenbürgische „Civilproceß-Ordnung" und hier § 29). — Auch könnte nicht als ein die Hauptsache selbst betreffendes endgültiges Urtheil ein solches angesehn werden, welches in seiner Wirkung durch die Prohibita gehemmt wurde, da hiedurch eine weitre Verhandlung herbeigeführt wurde, dagegen sind die sogenannten Repulsional- und Oppositionalproceße aufgehoben, jedoch kann die Nichtigkeit nach der neuen Civilproceß-Ordnung wegen materieller oder formeller Gebrechen behauptet werden.

Parthei, welche die Berufung gehörig ergriffen hat, binnen Einem Jahre nach eingetretner Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches darum ansucht im vorgeschriebnen Instanzenzuge dem höhern Berufungsgerichte zur Entscheidung nach den bisher bestandnen Gesetzen vorzulegen [1]).

Wird die Verhandlung in Folge des § 330 oder 333 der Proceßordnung ganz oder theilweise aufgehoben, so hat der Richter im ersten Falle zur Ueberreichung einer neuen Klage, im letztren Falle zur Fortsetzung des Verfahrens eine angemeßne Fallfrist zu bestimmen.

Jene Productionalproceße (§ 24.) aber, bei welchen seit dem Spruche des darin gefällten meritorischen Endurtheils bereits 40 Jahre verflossen sind, ohne daß es in Vollzug gesetzt worden wäre, sind als aufgehoben zu betrachten.

§ 27. Jene Erbschaftsproceße (§ 9.), die Proceße aus dem Grunde des frühern Besitzes (§ 17.), die Proceße zur Einlösung vertragsmäßiger (§ 21.) und gerichtlicher Pfänder (§ 23.) wie auch zeitlicher Inscriptionen, in welchen — seit der Entstehung des Erbanspruches [2]) — seit dem Aufhören des frühern Besitzes, — seit dem Ablaufe der ursprünglich festgesetzten oder später verlängerten Einlösungsfrist, oder wo keine solche Frist festgesetzt wurde, seit Ablauf der Frist von 32 Jahren, vom Tage der Abschließung des Vertrages gerechnet oder vom Tage der vollzogenen Execution oder Pfändung — zehn und rücksichtlich 32 Jahre bereits vor Anstrengung der Klage verflossen waren, können nicht mehr fortgesetzt werden.

Dieses gilt auch von den Proceßen des Fiscus zur Wiedereinlösung zeitlich inscribirter reiner Fiscalitäten (§ 25.), in welchen seit Ablauf der ursprünglich festgesetzten oder verlängerten Inscriptionszeit 32 Jahre; oder wo keine solche Frist festgesetzt war, seit dem Ablaufe von 32 Jahren, vom Tage des Vertragsabschluße s an gerechnet, bereits 10 Jahre vor Anstrengung der Klage verstrichen waren.

§ 28. War jedoch in den bereits anhängigen Proceßen, welche unter die im § 27 erwähnten Cathegorien gehören, bei Anstrengung der Klage ein Zeitraum von zehn und rücksichtlich 32 Jahren noch nicht verstrichen, so ist deren Fortführung zulässig.

In den Proceßen dieser Art muß aber der Kläger, wenn die Acten nicht schon zum Spruche in der Hauptsache überreicht worden sind, binnen Einem Jahre von der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches bei dem betreffenden Gerichte um die Wiederaufnahme der

---

[1]) Erfolgt dies besondre Ansuchen der berufenden Partei nicht, so ist das frühre Urtheil in volle Rechtskraft getreten.

[2]) Wann ist das „Klagerecht" entstanden und worin begründet?

Verhandlung anlangen — widrigens das Recht zur Fortführung derselben erlischt.

§ 29. Wenn in einem der in den §§ 26. und 27. erwähnten Proceße bereits ein executionsfähiges d. i. solches Urtheil (sententia finalis) gefällt ist, gegen welches keine weitern Rechtsmittel zuläßig, oder die zuläßigen nicht rechtzeitig ergriffen worden sind, so muß die Execution des Urtheils binnen Einem Jahre von der Wirksamkeit des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches angesucht werden — widrigensfalls das Recht hiezu erlischt.

§ 30. Ist in einem der in den §§ 26. und 27. erwähnten Proceße die Vollstreckung des Urtheils zwar versucht, dieselbe aber thatsächlich[1]) verhindert und dagegen mit der Behauptung, daß bei der Ausführung der Execution eine Nichtigkeit begangen worden, oder andre Fehler unterlaufen seien, eine Beschwerde angebracht worden, so hat das betreffende Gericht hierüber nach mündlicher Vernehmung der Partheien die Entscheidung zu fällen, gegen welche denselben die Berufung an das Oberlandesgericht und nach Umständen an den obersten Gerichtshof freisteht. — An der Rechtskraft des meritorischen Urtheils kann jedoch hierdurch nichts geändert werden und dem Kläger steht, wenn dasselbe nach den Bestimmungen des § 29. executionsfähig erscheint, frei, binnen der daselbst festgesetzten Frist um den gesetzmäßigen Vollzug der Execution anzusuchen.

§ 31. Die in den §§ 27. und 28. bezeichneten, noch anhängigen und nach den vorausgelaßnen Bestimmungen zur Fortsetzung geeigneten Proceße, in welchen noch von keinem Gerichte ein Urtheil[2]) erster oder zweiter Instanz gefällt worden ist, sind dem nach der Jurisdictionsnorm zuständigen Gerichte zur Entscheidung zugewiesen, die nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Patentes zu erfolgen hat.

Ist aber in einem der erwähnten Proceße ein Urtheil[2]) bereits erfolgt und die Berufung ergriffen worden, so ist der Proceß an diejenige Gerichtsbehörde zweiter oder dritter Instanz abzugeben, welche nach den Bestimmungen des Artikels VIII. der Justizministerialverordnung vom 3. Mai 1852 über die Einführung der Civilproceßordnung, zur Entscheidung als competent erscheint.

§ 32. Wäre einer der Proceße, deren Fortsetzung gestattet ist, schon zur Urtheilsfällung in der Hauptsache eingereicht worden,

---

[1]) Durch die Repulsion oder Opposition. Ueber den Unterschied der Fundamental- und Repulsionalproceße siehe „Proceßrecht" ferner mündlichen Vortrag. —

[2]) D. h. ein meritorisches in der Hauptsache.

so hat das competente Gericht auf Ansuchen der einen oder andern Partei das Erkenntniß in der Hauptsache zu fällen.

Sollte jedoch durch den Geklagten die Zulässigkeit der Fortsetzung des Proceßes bestritten werden[1]), so hat das Gericht vor Allem hierüber nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Patentes zu entscheiden.

§ 33. Jene Civilproceße, welche zum Spruche in der Hauptsache noch nicht überreicht sind, deren Fortführung jedoch nach den Bestimmungen dieses Patents zulässig ist, sind als erloschen zu betrachten, wenn die Wiederaufnahme derselben binnen einer Jahresfrist nach der Wirksamkeit dieses Patentes nicht angesucht wird.

Das Gesuch um die Wiederaufnahme muß den Gegenstand der Klage mit Beziehung auf die frühre Verhandlung, wie auch das Recht, worüber das Urtheil zu erfließen hat, genau bezeichnen.

Die nach den frühern Gesetzen gepflognen Proceßacten sind der neuen Verhandlung beizulegen und die in diesen Proceßacten abgelegten Geständnisse, sowie die früher beigebrachten Beweise behalten jene Rechtskraft, welche denselben nach den frühern Gesetzen zukam[2]).

§ 34. Jene Proceße, deren Einleitung laut gegenwärtigen Patentes gestattet ist, sind bei der nach der Beschaffenheit des Streitgegenstandes zur Verhandlung berufnen Gerichtsbehörde erster Instanz zu verhandeln.

§ 35. In allen Proceßen, deren Einleitung, Fortsetzung oder Wiederaufnahme durch das gegenwärtige Patent gestattet ist, sollen rücksichtlich des Verfahrens von den Partheien und den Gerichten die Bestimmungen der Proceßordnung vom 3. Mai 1852 beobachtet werden.

§ 36. Hat ein Gericht in einem nach Gestattung des gegenwärtigen Patentes anhängig gemachten oder fortgesetzten Rechtsstreite seine Unzuständigkeit erkannt und unter Einstellung des Verfahrens den Kläger an das zuständige Gericht gewiesen, so soll der hiedurch entstandne Aufschub dem Kläger eine Verjährung der zur Fortsetzung, Wiederaufnahme oder Einleitung des Proceßes in diesem Patente einberaumten Frist nicht verursachen, wenn er sich binnen zwei Monaten nach Zustellung des Verweisungserkenntnisses mit seiner Klage an das zuständige Gericht wendet.

---

[1]) Siehe namentlich die §§. 332 ꝛc. und 339 der neuen Civilproceßordnung (Revision und Nullitätsbeschwerde).

[2]) Daher haben die mittels der revocatio procuratoris retractirten Geständnisse keine Beweiskraft.

§ 37. Die Anordnungen des gegenwärtigen Patentes treten, insofern über einzelne Punkte darin nichts Anderes bestimmt ist, mit dem 1. September 1853 in Wirksamkeit. Doch können Klagen, deren Einleitung oder Fortsetzung für unzulässig erklärt wird, auch in der Zwischenzeit weder eingeleitet noch fortgesetzt werden.

Gegeben in Unsrer Kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien am 29. Mai im 1853. Unsrer Reiche im 5. Jahre.

Franz Joseph m. p.

(L. S.)

Gr. Buol-Schauenstein m. p. **Krauß** m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung
Ransonnet m. p.

Anmerkung. Von Commentaren zu empfehlen: *Lorenz Tóth* „Az ősiségi s egyéb birtokviszonyokat rendező 1852 nov. 29-ki legf. nyiltparancs ismertetése s magyarázata“ (Zweite Auflage, Pest 1854).

Nachwort

am Schluße der ersten Abtheilung des zweiten Bandes in der frühern Auflage.

Die neue Studienordnung an den k. k. Rechtsakademien regelte den einzuhaltenden Lehrplan nach einem wesentlich praktischen Ziele; — hiemit sind den einzelnen Fächern Richtung und Grenzen gegeben. Die Rechtsgeschichte des Privatrechtes kann blos den Werth eines Erklärungsmittels behaupten und muß der dogmatischen Rechtslehre gegenüber in den Hintergrund treten. — Dies bestimmte Anlage und Durchführung der vorliegenden — (als ein Leitfaden für Vorlesungen berechneten) — Arbeit. Es wird den mündlichen Vorträgen überlassen bleiben in der Anknüpfung an das in den Noten zur Vornahme bestimmte Gesetz- und Urkunden-Material den theoretischen Zweck zu erreichen, welcher im § 3 gekennzeichnet ist.

Die formelle Behandlung des Stoffes konnte nicht, wie bisher geschehen, nach einer mehr minder glücklichen Systematik römischer Rechtscompendien geordnet werden; es mußte der Weg deutscher Wissenschaft betreten werden.

Die materielle Behandlung erforderte ebenfalls eine durchgreifende Aenderung. Das beliebte Paraphrasiren des Verböcz wurde vermieden, dafür eine mehr principielle Begründung angebahnt und das Durchdringen der originellen Gesetzesstellen selbst zur unabweisbaren Forderung erhoben.

Das Festhalten solcher Lehr- und Lern-Thätigkeit ließ es andrerseits nicht [räthlich erscheinen, vereinzelten Rechtsbestimmungen und manichfachen — meist administrativen — Vorschriften und Specialverordnungen nachzugehn, da begreiflicherweise dieserart Detailkenntnisse

entweder gar nicht in die Wissenschaft des reinen Privatrechts gehören, oder Werth und Bedeutung nur für eine kurze — (der Gegenwart nicht mehr angehörige) — Zeitdauer zu behaupten vermögen. Den Praktiker, welcher noch Aehnliches bedarf, verweisen Wir auf das gründliche, bald vollständig erscheinende [1]) Werk von Friedrich v. Sachsenheim „siebenbürgisches Civilrecht", — auf ein seiner Bestimmung nach vortreffliches Werk, dessen großes Nebenverdienst auch darin besteht, als die reifste Frucht siebenbürgischer Jurisprudenz ein Zeugniß abzulegen von dem Geiste jener Autoren, deren Manuscripte als hie und da benützt angeführt werden.

Wir haben engre Kreise zu durchwandern, doch soll es zugleich geschehn, um diese in jener Entwicklung zu begreifen, welche das ganze christlich-mittelalterliche Rechtsleben charaktrisirt und so Institute hervorgerufen hat, welche für Nationen und Familien die Stützpfeiler ihrer öffentlichen und häuslichen Wohlfahrt gewesen sind, für den Rechtsgelehrten aber die ewigen Denksäulen und Wegweiser der Wissenschaft immerdar bleiben werden.

Hermannstadt im Februar 1856.

Der Verfaßer.

---

[1]) Es ist bis zu § 798 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches in der eben erschienenen 7. Lieferung durchgeführt, — (mit der 8. Lieferung nach dem Tode des Verfaßers unvollendet geblieben). — Dies Werk kann umsomehr auf das Wärmste empfohlen werden, als es an andern brauchbaren literärischen Erzeugnissen früherer Zeit gänzlich mangelt, die gediegnen Arbeiten *Kelemen*' und *Frank*'s aber nicht auf Siebenbürgen und dessen eigenthümliche Legislation Rücksicht nehmen. (Note in der ersten Auflage).

Dermalen verweise ich auf das bezüglich der Literatur in der zweiten Auflage bezüglichen Orts Erwähnte.

II.

Das Privatrecht

der

Siebenbürger Deutschen (Sachsen)

im

systematischen Grundrisse.

Bei Benützung nachfolgender Paragraphen ist als „Gesetzestext“ das in der frühern Auflage abgedruckte und hier als Anhang angeschlossne „Statutargesetzbuch“ zu gebrauchen und erfolgen dahin die Beziehungen dieser Rechtsquelle.

Die Institute des siebenbürgisch-sächsischen Privatrechts.

(Dritter Theil der innern Rechtsgeschichte).

Vorerinnerung.

§ 1. Die eigenthümlichen Quellen des siebenbürgisch-sächsischen Privatrechts.

I. Hauptquellen.

1) Das Statutargesetzbuch von 1583 [1]).
2) Nachträgliche Statute der siebenbürgisch-sächsischen Nationsuniversität, der einzelnen Kreise (Stühle und Distrikte) und der priv. Ortschaften (Städte, Märkte und freien Gemeinden).
3) Das Gewohnheitsrecht und der Gerichtsgebrauch in der Nation und den einzelnen Jurisdictionssprengeln. (Das Herkommen [2]).
4) Privilegien und
5) Normalien } welche durch den Gerichtsgebrauch recipirt sind.

II. Allgemeine Hilfsquellen.

1) Die Analogie [3]).
2) Das römische Recht [4]). (Analogie des Rechtsinstitutes).

III. Besondre Hilfsquellen.

1) Die Billigkeit des Vernunftrechts [5]).
2) Das ungarische Recht als allgemeines Landesgesetz, (jedoch im Allgemeinen als „abusus“ bezeichnet).

---

[1]) Siehe Rechtsgeschichte I. zweite Auflage, Seite 129 und den „Gesetzestext“ in der ersten Auflage, II. Bd. Seite 133—332 und hier als zweiten Anhang.

[2]) Siehe „Gesetzestext“ S. 138 den § 5, welcher vorzunehmen ist.

[3]) und [4]) Siehe „Gesetzestext“ S. 138—139 die §§. 6—8, welche vorzunehmen sind (leges, constitutiones, mores?)

[5]) Vergl. im Statutargesetzbuch-Texte Seite 156, § 1 die aequitas? — Das Prätorial-Edict eine geschriebne Billigkeit.

§ 2. Begriffsbestimmung und Eintheilung des siebenbürgisch-sächsischen Privatrechts[1]).

Der Inbegriff jener besondern Gesetze, durch welche die Einzelrechte der Bewohner des Sachsenlandes (und gewißer exempter Comitatsterritorien[2]) unter sich bestimmt worden sind, macht das siebenbürgisch-sächsische Privatrecht aus.

Dies bürgerliche Recht theilt sich nach der statutarischen Legislation in zwei Hauptgebiete, von denen das eine die Rechtsbeziehungen der Familienmitglieder, das andre die Rechtsbeziehungen vertragschließender Parteien umfaßt.

In beiden Gebieten hat das Municipalgesetzbuch nur gegeneinander in bestimmten Verhältnissen stehende Personen im Auge, kömmt daher gar nicht zu einer Construction dinglicher Rechtsinstitute.

Während nehmlich im römischen und heutigen Rechtssysteme das Eigenthum — objectiv aufgefaßt, formell construirt — durch seinen abstracten Egoismus zu einem wahrhaft privatrechtlichen Institute wird und hiedurch eine Menge Rechtssätze principiell begründet und in consequenter Gliederung fortgebildet werden — ist dagegen im sächsischen Rechte (nach allgemein mittelalterlicher Auffassung) das Eigenthum eine durch den subjectiven Charakter genossenschaftlicher Theilnahme und Anwartschaft verschiedenerart bestimmte Sachenherrschaft und wird eben dadurch ein vielfach im öffentlichen Interesse geregeltes Rechtsinstitut.

Oeffentliches Interesse, politisches und sittliches Wohl der Mitglieder, ist mit den Vermögensverhältnissen der Familie enge verbunden, und nimmt daher auch wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung des Erbrechts. So traten nothwendigerweise schon im ältesten Gewohnheitsrechte jene Grundregeln hervor, welche in der spätern Fassung des Gesetzes (zweites Buch der Statuten) dem „Familienrechte" einen durchwegs deutschen Charakter gegeben haben.

Im zufälligen Verkehre vertragschließender Parteien ist einerseits der Willkür der Paciscenten ein freier Spielraum geöffnet, andrerseits aber das möglicherweise eingegangne Obligationsverhältniß durch die Natur des Rechtsgeschäftes auf eine sich ewig gleich bleibende Basis gestellt. Diese Basis, das Grundwesen der Verträge (nicht zu verwechseln mit der Form ihrer Eingehung und davon abhängiger Gültigkeit) ist im römischen Rechte zur vollen Anerkenntniß gekommen und es entspricht daher juri-

---

[1]) Ueber Reformvorschläge siehe Nr. 51 und 54: 1847 der Transsilvania.

[2]) Darunter auch Vizakna (Salzburg), wo ein im letzten Jahrhundert in das Ungarische übersetzte Exemplar des Statutargesetzbuches in gerne geübter Anwendung bis 1853 gestanden ist. (Vergl. „Ungarische Rechtsdenkmäler").

stischem Bedürfnisse im „Obligationenrechte“ (drittes Buch der Statuten) vorzugsweise das Römische zur Geltung zu bringen.

Dies vorausgeschickt, ergeben sich Erklärungs- und Ergänzungsmittel siebenbürgisch-sächsischen Privatrechts, Grund und Charakter von dessen Eintheilung, als:

I. Familienrecht.

II. Obligationenrecht.

I. Das Familienrecht.

§ 3. Die Einzelperson als Rechtssubject[1]).

Die Einzelperson erlangt ihre volle Rechtsfähigkeit erst nach und nach. Zunächst ist diese abhängig von Alter, Gesundheit, Geschlecht. — (Geistesreife).

Die Minderjährigen sind: Kinder bis zum 7-ten Lebensjahre, dann Mündige[2]), Knaben nach dem 14-ten bis zum 20-ten, Mädchen nach dem 12-ten Lebensjahre bis zu ihrer Verheirathung und stehn als solche unter der Rechtsvertretung und Gewalt ihrer Eltern oder Vormünder.

Sie sind blos befugt, als Mündige:

a) Zeugniß abzulegen (Stat. I. 6. 1.); (siehe „Gesetzestext“ S. 149);
b) für den Todesfall über ihr Vermögen zu verfügen (Stat. II. 5. 1.);
c) ihrer Ausbildung wegen an einem fremden Studienorte nöthigenfalls Schulden zu machen (Stat. II. 3. § 10 und 13, sowie III. 1. 5. und II. 4. 15. — Das S. C. Macedonianum?[3]).

Außerdem sind alle Minderjährigen dadurch geschützt, daß die bis zu ihrer Großjährigkeit unterlassne Wahrung ihrer Rechte nicht immer zum Nachtheil derselben gereicht, indem ihnen entweder nach dem 20-ten Lebens-

---

[1]) Siehe *Sachsenheim* „Civilrecht“ über Alter Seite 57 und Geburt Seite 65 u. f. f.

[2]) Römische Pubertät nach Stat. II. 5. 1 und I. 6. 1. Der Magistrat konnte übrigens Pupillen großjährig erklären; vergl. Gubl.-Z. 3900: Hermst. Mag. Z. 2950: 1823.

[3]) Hiemit zu vergleichen Gubernialdecrete vom 21. Juni 1816 Z. 2034; Herm. Mag. Z. 1724; vom 27. Februar 1818 Z. 1052 und vom 21. Dec. 1821 Z. 5146: 1822, Herm. Mag. Z. 2881: 1819. Da aber eine obligatio naturalis vorliegt, gibt es nach dem hier anwendbaren römischen Recht keine condictio indebiti. (Siehe in der ersten Auflage II. Bandes und hier im Anhange „Gesetzestext“ — namentlich auch die Noten 4, 5, 6, 7 Seite 192).

jahre gewisse Retractrechte zustehn, oder überhaupt die Verjährung nicht Platz greifen kann (Stat. III. 6. §. 12. 17.[1]).

Besondre Begünstigung genießt unter Geschwistern der jüngere Erbe. (Siehe Erbrecht).

Altersstufen vom Einfluße auf die Rechtsfähigkeit sind ferner:

1. Das 18-te Lebensjahr bei Jünglingen, das 14-te bei Mädchen als sogenanntes geringstes Ehedispensalter. (Vergl. St. II. 1. 2.[2]).
2. Das 25-te Lebensjahr als Befähigung zur Vormundschaftsführung. (Stat. II. 3. 10. siehe im „Gesetzestexte" Note 3. pag. 177).
3. Das 60-te als Greisenalter. (Reichspraxis nach dem Trip.[3]).

Ungeborne (Empfangne) genießen nach der bekannten Römischen Rechtsregel gleiche Rechte, wie die Gebornen, daher auch den ihnen günstigen Stillstand der Verjährung erst vom Zeitpunkte ihrer Geburt, von welcher im Zweifel angenommen wird, daß sie todt erfolgt sei. (Vergl. Stat. III. 6. 13. und 17. ferner Stat. II. 2. 3. blos exemplativ; altdeutsches Erforderniß siehe im „Gesetzestexte" Note 6. pag. 171).

Leibesgebrechen schmälern die Rechtsfähigkeit, insbesondre versagt das Gesetz den Tauben und Stummen die testamenti factio (Stat. II. 5. 2.), und befreit die Kranken von Führung der Vormundschaft (Stat. II. 3. 6.).

Blödsinnige, Rasende und die den Gebrauch der Vernunft verloren haben, werden Unmündigen gleichgehalten und können namentlich über ihr Vermögen nicht verfügen (Stat. II. 5. § 1—3.) kein Zeugniß ablegen (Stat. I. 6. 1.), keine Ehe schließen (Stat. II. 1. 3.[4]).

---

[1]) Siehe römisches Recht („Gesetzestext" Note 3, Seite 207). —. (Die römische Wiedereinsetzung in den vorigen Stand) vergl. G. Z. 1927:1800 ꝛc. Selbstverständlich ist, daß Pupillen Geschenke annehmen und einseitig erwerben können.

[2]) Gubernialdecret vom 17. September 1789 Zahl 8102, Gubernialdecret vom 31. December 1804 Z. 10018, Herm. Mag. Z. 489:1805 „hinc Dominationibus Vestris committendum esse duxit hocce R. Gubernium .... ut puellae ante completum 15, adolescentes vero filii ante completum 20 aetatis annum ad ineunda matrimonia haud admittantur, nisi graves quaedam subversarentur rationes per concernentes pastores aeque ac officiales magistratuales cognoscendae et dijudicandae" — womit weiter zu vergleichen das allh. Reskript vom 8. April 1843 und H. Z. 2707, G. Z. 9058, Herm. Mag. Z. 2552:1825, daß die Altersdispens taxfrei erfolge.

Der 10. Synod. Art. von 1615 hatte für Mädchen auf den Dörfern das 18-te, für die in der Stadt das 16-te Lebensjahr als Zeitpunkt der Viripotenz bestimmt. Vergl. die Visitations-Art. von 1818 I. 18. und III. 25. und 26.

[3]) Ueber das sogenannte Normalalter vergleiche Gouv. Verordnung vom 26. März 1851 Z. 7164 (das 20-te Lebensjahr) und Gouv. Verordnung vom 18. März 1852, Landesgesetzblatt Nr. 104 (das 22-te Lebensjahr), worüber in der öster. Gerichtszeitung vom 23. März 1854 Nr. 35 und 36.

[4]) Analoge Reichspraxis nach ungarischem Rechte.

Verschwender stehn unter ähnlicher Beschränkung, indem ihnen ein Curator bestellt wird[1]).

Frauenspersonen sollten immer die Rechtswohlthat der Geschlechtsvormundschaft genießen; nur Wittwen wurden stets als sui juris gehalten und waren daher als Mütter zur Vormundschaft zugelassen (Stat. II. 3. 10), hatten übrigens nicht gleiche Rechte wie andernfalls der überlebende Gatte (Stat. II. 4. § 5. 6. und 13.). Sonst erscheinen Frauenspersonen insbesondre von der Zeugenschaft in Testamenten ausgeschlossen (Stat. II. 5. § 5. 6. und vergleiche Stat. IV. 7. § 8. 12.).

Die Abwesenheit hat insofern besondre Rechtsfolgen, als im Grunde der „Verjährung" nach zwölf Jahren unbekannten Aufenthaltsortes die Verschollenheit angenommen wird (Stat. III. 6. § 15 und 17[2]). Vor geistlichen Ehegerichten ist das septennium, biennium und triennium von besondrer Bedeutung[3]). — (Siehe das Eherecht im „Kirchenrecht").

§ 4. Die Gemeinde.

Da die meisten deutschen Colonien Siebenbürgens die libertas der Gemeinfreien und als Gesammtpersönlichkeit adlige Rechte zugesichert erhalten hatten, ergaben sich hieraus zunächst folgende im Allgemeinen und Einzelnen (in der Nation und den Ortschaften) zur Geltung gekommenen Grundeinrichtungen:

a) Ursprüngliche Markgenossenschaft der einzelnen Mitglieder an dem Gemeindeterritorium, wornach die Gesammtheit als Eigenthümer, der Einzelne als Nutznießer erscheint.
b) geschloßnes Gebiet und ausschließliches Bürgerrecht.
c) Eigne Verwaltung, Gerichtsbarkeit und Autonomie. (Bedeutung der Vororte, namentlich der Städte?).

---

[1]) Siehe „Gesetzestext", Noten 7. 8, Seite 177. — Verschwender sind nach dem Reskript vom 8. April 1772 und Gubernialdecret 982 : 1794 zu behandeln, durch Urtheil vom Magistrate als solche zu erklären und ihnen ein Curator zu bestellen. Gubl. Decret 2040, Herm. Mag. Z. 2075 : 1805, sowie über Prodigalitätserklärung Hofdecret vom 10. Juli 1818, Z. 3696 und Gubl. Decret vom 6. November 1818, Z. 4418; vergl. Gubl. Instruction vom 20. September 1805, § 8. Näheres in *Sachsenheim* „Civilrecht" S. 321.

[2]) Vergl. allh. Reskript vom 11. April 1799 G. Z. 4002.

[3]) cf. Stat. II. 1. § 11 und 8, sowie 6. Die Edictalvorladung geschah im Wege des Guberniums und des Localconsistoriums. Vergl. Gubernialdecret vom 25. August 1808 Z. 6088. Die Todeserklärung erfolgte von den geistlichen Gerichten zufolge allh. Reskripts vom 24. Januar 1828, H. Z. 1987 : 1827, Gubl. Z. 725 : 1828. Vergl. übrigens Hofreskript vom 25. Nov. 1769, G. Z. 346 : 1768 und G. Z. 5452 : 1825, Univ. Z. 163 : 1834.

Ueber das triennium vergl. 7. Synodal-Art. von 1607 und Synodal-Art. von 1655 (*Carpzow* III. 59.). Vergl. noch „Visitationsartikel".

d) Repräſentanz als juriſtiſche und ſtaatsrechtliche Perſönlichkeit im öffentlichen und privaten Verkehre.

e) Adelige Grundherrlichkeit, namentlich (in der Regel) Genuß der ſogenannten niedern Regalien als der Gemeinde zugehörige Allodialgerechtſame[1]).

Auf Grund dieſes Gemeindefreithums hatte der einzelne Grundbeſitzer ſein Bürgerrecht auszuüben, war alſo inſonders:

a) ſtimmberechtigt und wählbar.

b) hatte Theilnahme an den Gemeindenutzungen und Wohlthätigkeitsanſtalten des Heimathsortes.

c) genoß die Hausgerechtigkeit[2]) und freien Wirthſchafts- und Gewerbsbetrieb. (Vergl. noch Note 5, Seite 222).

In jeder dieſer Beziehungen waren Befugniſſe und Verpflichtungen innerhalb der Gemeinde noch an beſondre Vereinigungen gebunden. Eine ſolche organiſche Genoſſenſchaft bildete in jedem Orte die Nachbarſchaft[3]), ferner in Städten und in einzelnen durch „Landmeiſter" dazu gerechneten Märkten und Dörfern die Zunft[4]).

Politiſches Vollbürgerrecht war außerdem häufig von der Mitgliedſchaft in der Communität (Altſchaft, äußrem Rathe) abhängig. (Hierüber mündlicher Vortrag und I. Bd. zweite Aufl. S. 444 und 469).

So ſehr auch von allen dieſen Einrichtungen, der ganzen Gemeinde- und Staatsverfaßung, und Organiſation der Gewerbe und des Handels, die einzelnen Privatrechte berührt werden,

---

[1]) Vergl. *Dr. Jos. Grimm* „Die politiſche Verwaltung im Großfürſtenthume Siebenbürgen" II. Seite 210, 111. ꝛc.

[2]) Die „Hausgerechtigkeit" konnte inſonders Bezug haben und begründet ſein im Rechte des Weinſchanks, Befreiung von Heerreiſen oder reſp. Einrechnung der vom frühern Eigenthümer der Gemeinde geleiſteten öffentlichen Dienſte, dann aber überhaupt auch im Gemeinderecht des Grundbeſitzers; (vergl. „Geſetzestext" S. 357, N. 25. P. II. und S. 384, Nr. 83, S. 397, Punkt 7. 8. ꝛc.)

[3]) Siehe meine Aufſätze darüber in der „Oeſtr. Zeitſchrift für innre Verwaltung" 1856, Transſilvania Nr. 13:1856 und im „Anzeiger für Kunde deutſcher Vorzeit" Nr. 9—12:1857. — Viele einſchlägige Mittheilungen, ſo „Nachbarſchaftsartikel" u. dgl. m. in der Transſilvania Nr. 1:1846; Transſilvania Nr. 24:1855 und Nr. 1:1856; dann in *Schmidt's* Quartalſchrift 1859, S. 124 und Transſilvania Nr. 21:1856 „Hochzeit- und Begräbniß-Limitationen"; dann in meinen Materialien „Municipaleonſtitutionen" und in meinen „Deutſchen Rechtsdenkmälern"; ebenſo von rechtsgeſchichtlicher Bedeutung Mittheilungen über „Zunftweſen", ſo in *Müller's* „Deutſchen Sprachdenkmälern" und „Zur Geſchichte der ſächſiſchen Goldſchmiedzünfte" in den Kronſtädter „Blätter für Geiſt, Gemüth und Vaterlandskunde" Nr. 39 u. f. von 1858 u. ſo a. m.

[4]) Ueber die Zunftverfaſſung namentlich zu vergleichen der dritte Band von *Dr. Jos. Grimm's* politiſcher Verwaltung im Großfürſtenthum Siebenbürgen.

kann hier doch weiter nicht darauf eingegangen werden [1]) — es kömmt blos die Frage in Betracht: welche gesetzliche Bestimmungen sich auf die Rechtsfähigkeit der Gemeinden als juristischer Privatpersonen beziehen? Abgesehn von der namentlich durch die Regulativpunkte [2]) und andre politische Verordnungen geregelten Verwaltung des Gemeindevermögens [3]) ist noch singulär folgendes hervorzuheben: Das Statutargesetz begünstigt die Gemeinde dadurch, daß sie dem Gemeindefiscus (Allodialcassa)

a) als Legatar und Gläubiger Prioritätsrechte einräumt. (Stat. II. 6. 7. und III. 2. 10. [4]);
b) das Caducitätsrecht ex antiqua consuetudine zuspricht [5]);
c) dessen Näherrecht mitanerkennt. (Analogie, Reichspraxis und nachträgliche Verordnungen [6]);
d) und endlich ihn gegen die Verjährung schützt (cf. Stat. III. 6. § 13. 16.).

Beschränkt ist die Rechtsfähigkeit darin, daß die Gemeinden (in Fällen von Bedeutung) nicht ohne höhre Bewilligung über Gut und Vermögen schalten können [7]), — insbesondre Communitäten nicht aus freier Selbstbestimmung Darlehn geben durften Hof-Z. 3061 : G. Z. 8727 :

---

[1]) Auch muß hier noch der § 13 des ungar. Privatrechts und Aehnliches mehr als allgemeines Landesrecht in Erinnerung gebracht werden.

[2]) Abgedruckt in meinen „Materialien" und in *Grimm's* „Politischer Verwaltung" II. Seite 84—143.

[3]) „Gesetzestext" Seite 204 ꝛc. (Das Gemeindevermögen nach seiner doppelten Natur, als a) zur gemeinschaftlichen Nutzung dienender Gemeindehattert (Wald, Wiese, Fluß) und als b) zur engern Verwaltung gehörendes Allodium (niedre Regalien, Wirthshäuser ꝛc. ꝛc.). — Wiederholt ordneten Hofdecrete an, daß die sächsischen Allodialcassen für Andre — „nicht recipirte" — (Romänen) nicht sollten veranlaßt werden Auslagen aufzuwenden; nur das Patronat über katholische Kirchen und Schulen sei den Gemeinden anzuempfehlen; sie hätten adlige Grundrechte heißt es .. vergl. Gubl. Z. 7487 : 1798 (vom 24. März); dann 20. December 1825 Hof-Z. 4504 und G. Z. 1146 : 1826 u. a. m. Siehe auch *Trausch* Beleuchtung der Klagschrift ꝛc. Kronstadt 1844, S. 34.

[4]) Siehe „Gesetzestext" S. 190 und 195. Uebrigens später Cridal- und Falliten-Norm von 1772 (s. Anhang meiner Statuta von 1853) und endlich Pfandrecht nach der Intabulation.

[5]) Siehe Stat. II. 2. 13. („Anhang" S. 174). — Ueber Ausnahmen: a) Mobilien der Militärverlassenschaft; b) Confiscation; c) grundherrschaftliches Heimfallsrecht und d) Mobilien der geistlichen Verlassenschaft; siehe mündlichen Vortrag und später „Erbrecht".

[6]) Siehe später über „Näherrecht".

[7]) Siehe Regulativpunkte und politische Verordnungen, im erwähnten Werke von *Dr. Jos. Grimm* so z. B. bei Allodialverpachtungen, Bauführungen ꝛc. ꝛc. „Politische Gesetzgebung" namentlich Regulativpunkte von 1797 II. § 5—12 und von 1805 III. § 1—7; (vergl. v. *Sachsenheim* „Civilrecht" S. 345—351).

Comitial-Z. 543 : und Herm. Mag. Z. 2174 : 1835, — und überhaupt die Nationalcaſſen kein Capital auf irgend eine außer dem Bereich der ſächſiſchen Gerichtsbarkeit liegende Realität auszuleihen befugt ſein ſollten. (Univ. Z. 543 : 1843, und Univ. Z. 671 : und 707 : 1845).

Dagegen konnten mit Bewilligung des Inſpectors (gewöhnlich eines Senators) aus den Allodialcaſſen auf ein Jahr armen Gemeindemitgliedern (Landbauern) zur Anſchaffung von Naturalien unverzinsliche Vorſchüße gegeben werden, u. dgl. m. Hof-Z. 4783 : 1830, Gubl. Z. 902 : Herm. Mag. Z. 540 : 1831. — (Siehe die politiſche Geſetzgebung).

Die beſondren, meiſt nur durch Localſtatute und vertragsmäßige Beſtimmungen geregelten Beſchränkungen der

a) walachiſchen (daco-romäniſchen) Bevölkerung im Sachſenlande[1]), und

b) der nicht grundbeſitzenden Bewohner der Ortſchaften —

ſind verſchieden geweſen; in der Regel genoßen die erſtern, mit Ausnahme des dem ſächſiſchen Geiſtlichen (Ortspfarrer) zu leiſtenden Zehntbezuges (Reallaſt des Bodens), ein gleiches Gemeinderecht[2]); — die letztern aber ſtanden nicht im Genuße der beſondern bürgerlichen Freiheit[3]).

---

[1]) Meiſt hatte ſich dies faetiſch ausgebildet; doch finden ſich auch häufig Einſchränkungen, z. B. hatten ſich im Reußmärkter Stuhle die walachiſchen Gemeinden als ſpätre, mit Bewilligung der benachbarten und eigentlich den Grund beſitzenden Sachſencolonien, geſchehne Anſiedlungen mindre Freiheit. In Klein-Pold, Ludoſch und Toportsa wurden zum Dorfsrichter 3 oder 4 Candidaten von den Stuhlsoberbeamten der Communität in die Wahl gegeben und der ſo gewählte Hann ſchlug dann ſeinerſeits einige Inſaſſen zu Geſchwornen und Borgern vor, aus denen die Reußmärkter Oberbeamten die nöthigen beſtättigten. — Die Dorfsbeamten von Roden wurden bei dem Großpolder, die von Pojana bei dem Dobringer, die von Kerpeniſch bei dem Urweger Dorfshannen unter Zuſtimmung der Stuhlsoberbeamten gewählt u. dgl. m. Den am Dorfsende angeſiedelten walachiſchen Hirten wurde häufig verboten „domos solidiores, horrea et cellaria aedificare“ u. ſ. w. (ſowie Belege in meinen „Deutſchen Rechtsdenkmälern“ im Vereinsarchiv N. F. VII. und VIII. 1867/8).

[2]) Insbeſondre wenn ſie in eignen Dörfern lebten; ſonſt waren ſie gewöhnlich ohne Theilnahme an den meiſt verpachteten oder den eigentlichen Grundbeſitzern vorbehaltnen Gemeindenutzungen, u. dgl. — Ueber unſtatthaft befundne Anſprüche ſ. Gubernialdecret vom 22. November 1821 Z. 361 : 1820 u. dgl. m. (1468 ne Valachi ex Fogaras et Omlás oves vel pecora in terris Saxonum pascere audeant. Königsbefehl im ſächſ. Nat. Archiv Nr. 283 ꝛc.)

[3]) In den Hermannſtädter Mag. und Univerſitätsprotokollen finden ſich noch manche zerſtreute Beſtimmungen, welche zum Theil das Privatrecht berühren, und zur ſogenannten politiſchen Geſetzgebung gehören, z. B. die Beſtimmung der Handlangerlohntaxen I. Bd. S. 25 (Jahr 1398); Limitirung von Fleiſchtaxen 1551 IV. Bd. S. 85, V. 32; dann 1681 XII. S. 194, 267, 315, 330, 339; 1698 XIV. Bd. S. 1. 37 u. ſ. w.; 1545 Verbot der Spielſtuben auf den Dörfern IV. 4.; 1546 Faßbinder dürfen Fäßer nur auf 40 oder 80 Eimer machen IV. 8. 46, und 1559 IV. 103; 1549 Klauſenburger Zentner, Elle und

Vergleiche beiſpielsweiſe die Hermannſtädter Localconſtitutionen von 1698, Punkt:

5. Soll alſo niemand vor einem Bürger geachtet werden, er ſey denn öffentlich bei der Markzahlung in das Regiſter der Burger immatrieuliret und hat Burgerrecht und Indigenat ohne weitere Special Vergünſtigung der Hoch Edl. G. R. F. W. Herren Officialium ſammt Einem Ehrſammen Wohl Weiſen Rath und Löbl. Communität niemand als eines geſetzten Hermannſtädter Bürgers ſein in einem reinen Ehebett gezeugtes Leibliches Kind, ſowol Männ- als Weiblichen Geſchlechts. Fremde aus fremden Städten oder Ländern ſollen um das jus indigenatus gebührend anhalten und was Siebenb. Deutſche aus den Sächſiſchen Stadt- und Stühlen ſeyn, wenn ſie ihr ehrlich und deutſch Herkommen erweyſen gegen Bezahlung eines Bürgergeldes nach Proportion des Vermögens angenommen; dargegen keine Leibeigenen, wenn ſie gleich Sachſen von Geblüthe wären noch weniger aber undeutſche Nations-Verwandten (als Raßen, Wallachen, Winden, Croaten, Böhmen, Spanier, Franzoſen, Wälſche, Pollaken, Unger, Moseoviten u. d. gl.) zu Bürgerrecht und Indigenat gelaſſen werden; es hätte denn die gantze Republie eine ſonderbahre Nothdurft jemanden aus einem fremden Lande oder Nation, Verſtandes, Geſchicklichkeit, freyer und andrer Kunſt halber als Medicos, Chirurgos, Procuratores, Stadt Reutter u. d. gl. auf und anzunehmen, wo es dann bei einer Löbl. Republie ſtehet, es ſey abſolute oder unter gewißen Bedingungen und Limitationen einen Fremden zu immatrieuliren, welches aber sine gravi causa niehmahlen, auch wenn es geſchieht, absque praejudicio und consequentia geſchehen ſoll. In maßen ſich Niemand darmit, daß einer oder der andre aus Gutwilligkeit auf hoch und wichtige Bewegniße angenohmen worden, behelffen, noch weniger es ſey auf was Art und Weiſe als anders berührt, daß Jus indigenatus erlangen ſolle. Und es beſtehet hauptſächlich darinnen die Privilegirte unitas populi oder Ein- und Reinigkeit unſres Sächſiſchen Volkes, daß wir mit fremden Nationen unvermiſcht bleiben, darob ſteiff und feſt zu halten: qui enim non utitur, abutitur. Salvo tamen honore Receptorum. Dann ein immatriculirter Secundum modos et conditiones incorporationis auch ſeines Rechts genießen und der in das Regiſter Indigenarum Possessionatorum geſchrieben wird einem andern gebohrnen Stadt-Kind gleich gehalten werden ſoll.

Kübel, ſowie Hermannſtädter Eimer eingeführt IV. 54; 1555 Holzklafterpreis limitirt: 50 Denar; fahren die Hermannſtädter in die Stuhlswälder, ſollen ſie den betreffenden Communitäten von jedem Zugvieh 1 Denar zahlen V. 49; 1547 Hochzeitfeier-Statut V. 13, und 1574 nur 20 Tiſchgäſte erlaubt V. 73, 82, ſowie 1691 XIII. 82; 1557 Dienſtbotenordnung ſoll ſtabilirt werden IV. 57 u. dgl. 1654 Handwerkswaaren ſollen limitirt werden X. 353; 1655 dies nur unter der Bedingung, wenn auch der Adel ſeine Naturalienpreiſe herabſetze X. 430; 1665 Dienſtboten darf bei 12 fl. Strafe Niemand Saatfelder zu Lohn geben V. 565; 1689 Kleiderordnung XII. 336; 1691 Dienſtbotenlohn normativ eingeſchärft XIII. 82; 1704 walachiſche Fleiſchhacker erhalten die Befugniß das Hammelfleiſch per 1½ kr. täglich, das Rindfleiſch Dienſtag um 1 kr. und Donnerſtag um 1½ kr. per Pfund zu verkaufen XIV. 442 u. ſ. w. viel andres dergleichen.

6. Ein Indigena Possessionatus oder Bürgerlich geseſſner Land- und Stadt-Saſſ ſoll ein eignes Hauß und alle bürgerlichen Freyheiten der vornehmſte mit dem geringſten gleich, auch alle Libertaet Wein zu ſchenken, Heu, Getraide, Haber, Honig, Eſſig, Brot u. d. gl. zu verkaufen haben, jedoch ſoll und muß der ſchädliche Vorkauff verboten bleiben: und ſoll Niemandem frey ſeyn einen Wein in der Stadt zu kaufen noch weniger zu verkauffen, von welchem die Gebühr bey dem Thor nicht bezahlt iſt bey Verluſt des Weins worauff die Nachbarhannen ſorgen ſollen.

7. Ein Indigena non Possessionatus oder Bürgerlicher Sedler hat zwar freie Macht ein Hauß eigenthümlich zu kauffen, kann aber ſolange bis er nicht Haußgeſeſſen in Eine Löbl. Hundertmannſchaft oder Ehrl. Weiſen Rath nicht gezogen werden, es iſt ihm auch der Weinſchank verboten: es ſey denn er habe es wegen Nichtsnützigkeit der Kuff, welche durch zwei Nachbar bona fide beſichtiget werden muß, von dem W. Herren Stadthannen gegen Bezahlung eines Gulden befreyet.

8. „Einem Advena oder Fremden iſt kein Haus oder ander Grundſtück zu kauffen frey noch Wein oder andre Victualien zu verkauffen: Sie werden auch zu keiner Tutorie oder Curatel gelaßen", ſondern andre nächſte Freunde, oder von Einem Ehrſamen Weiſen Rath erkannte genugſam Bürgerlich geſeſſene Perſonen ſollen die Tutel der Wayſen, wie auch ihre Erbſchafften Häußer und Mobilien verwalten; Und damit Ungleichheiten und Confusiones verhütet werden, ſo ſoll keiner Bürgerlich geſäſſner Perſon frey ſeyn ohne Vorwißen Eines Ehrſammen Wohlweiſen Rathes mit einer frembden — es ſey männlich als weibliche Perſonen — ſich in die Ehe zu laßen bei ewigem Verluſt des Bürgerrechts, ſondern es ſoll Wohlgedachter Ehrſamer Weiſer Rath erkennen, wen man in die Stadt ſogar auch nur vor einen Inwohner und in was Geſtalt, Form und Weiß annehmen ſoll: es habe in der Stadt ſich aufzuhalten wer immer wolle, ſo ſoll er ſich zuvor bey Einem Löbl. Magistrate anmelden und die Freyheit in der Stadt ſich aufzuhalten erbitten. — Der hinwieder thut und ſich heimlich ohne Vorwißen Eines Ehrſamen Weiſen Raths in ein Ehegelöbniß einmiſcht und einläßt ſoll keiner Ehrlich Zech fähig ſeyn und niehmahlen weder ſie noch ihre Kinder und Erben zu keinem Amte, es ſey ſo gering als es wolle gelaßen ſondern nach Geſtalt der Verkuppelung gar zur Stadt hinaus und aus dem Stuel gewieſen werden.

9. Trifft es ſich, daß ein Advena oder Fremdling per testamentum oder anders von einem Indigena oder Burger etwas erben ſoll, ſo fallen ihm zwar die Mobilien in substantia, die Häußer und andre Grundſtück aber nur dem bloßen Werth nach zu und ſoll ſolchen Falls einer Bürgerlichen Perſon verkauft werden. ꝛc. ꝛc.— (Siehe hier erſten Anhang).

(Viele ähnliche Beſtimmungen auch in andern Localconſtitutionen[1]).

---

[1]) Außer bereits angeführten Mittheilungen vergl. noch *G. Seivert* „Die Stadt Hermannſtadt" in erſter und neuer Auflage.

§ 5. Die Ehe und Familie.

Durch das Wesen der nach den verschiedenen Kirchengesetzen zu beurtheilenden Ehe wird die innigste sittliche Lebensgemeinschaft der Gatten begründet[1]). — Die Frau theilt hiernach Namen, Stand, Domicil, Vermögen und alle Lebensschicksale des Mannes[2]), welchem als Hauswirth das natürliche Uebergewicht und die Vertretung der Familie nach Außen gebührt. Er hat daher in der Regel allein den juristischen animus für die durch die Ehe zu einer Persönlichkeit gewordne Vereinigung beider Gatten und ist das entscheidende Haupt der Familie[3]).

Als bürgerliche Erfordernisse der Eheschließung stellt das Statutargesetzbuch auf:

a) Willensfreiheit und Einigung der Brautleute (Geistesreife[4]).

b) Pubertät, Viripotenz derselben. (Geschlechtsreife[5]).

c) Consens der Eltern, jedoch nicht unbedingt nach Stat. II. 1. 2., welcher somit auch von der Behörde gegeben werden kann[6]); bei Großjährigen überhaupt nicht stattzufinden braucht.

Als bürgerliche Ehehindernisse kommen blos folgende vor:

a) Nähe der Verwandschaft (respectus parentelae[7]).

b) Impotenz. — (Unterschied von repudium und divortium?[8]).

---

[1]) Vergl. Stat. II. 1. 1. Schon im *Tacitus* German. c. 18. heißt es „Admonetur mulier laborum periculorumque sociam venire“ und in cap. 19 wird von der deutschen Ehe gesagt, daß sie „unum corpus, unamque vitam“ ausmache. Aehnlich auch altdeutsche Rechtsbücher, so „Schwabenspiegel“ (v. d. Lahr) 256. 2. Bremer Handfeste art. 20. u. a. m. (S. meine „Deutsche Rechtsgeschichte“).

[2]) cf. Stat. II. 1. 7. und 10. („Gesetzestext“ Seite 170).

[3]) Vergl. *Sachsenheim* Civilrecht „Das Eherecht“ Seite 150—249. — Abgesehn von kirchlichen Satzungen der geistlichen Universität (Synodalartikel) noch erwähnenswerth im Hermannstädter Mag. und Universitätsprotokoll 1554 Ehescheidung des Georg Roth IV. 36; 1578 bei der Heirath zwischen einem alten Weib von 50—60 Jahren hat dieses zuvor 100 Stück Ducaten an die Stadtcassa zu erlegen V. 79 u. a. m.

[4]) Daher darf von den Eltern kein Zwang ausgeübt werden. Zwei Zeugen zum Beweise freier Einwilligung, vergl. H. Z. 843: G. Z. 3909: Herm. Mag. Z. 1233: 1815 und G. Z. 3255: 1820, G. Z. 3782, Herm. Mag. Z. 2844: 1830.

[5]) Siehe den vorigen § 3 und „Gesetzestext“ den Titel, Seite 168—170 sammt Noten.

[6]) Die Behörde kann den „irrationabili de causa denegatum consensum supplere“ cf. H. Z. 5280: G. Z. 3805: 1803 und G. Z. 2761: 1806. (Siehe „Kirchenrecht“ und *Friedr. v. Sachsenheim* „Civilrecht“ S. 181).

[7]) Nachzulesen Stat. II. 1. § 4—5.
[8]) Nachzulesen Stat. II. 1. § 9. } „Gesetzestext“ im Anhange.

Eheverlöbnißen wird eine zweijährige Rechtsgültigkeit zugesprochen[1]); — Desertion und siebenjährige Abwesenheit sind Ehetrennungsgründe des bürgerlichen Gesetzbuches[2]).

Verführer sollten nach Stat. IV. 7. 10. (Gesetzestext S. 226.) gezwungen sein, die Verlobte zu heirathen[3]); neurer Zeit ging die civilrechtliche Verpflichtung blos auf Alimentation, Zahlung der Entbindungskosten u. dgl.[4]), die strafrechtliche war beinahe nur als Kirchenzucht anerkannt[5]). (Siehe hier III. Bd. 3. Lief. § 1 Quellen des Strafrechts).

Da durch die Ehe die Familie begründet wird, die Familie aber — ursprünglicher Volksanschauung und wirklichem Zustande nach — eine geschloßne Fried- und Rechtsgenossenschaft ausmacht, welche die Keime des nationalen Gemeindeverbandes in sich trägt, also politische Bedeutung hat — so ist deshalb die Ehe selbst durch Localstatute (in der Regel) an Grundsässigkeit (oder Gewerbsbetrieb) gebunden[6]).

Die Familie begreift in sich die Stammältern mit allen ihren Nachkommen, im weitern Sinne aber die ganze Blutsverwandschaft (Freundschaft), die in gegenseitigen Schutzverhältnißen steht[7]).

Diesem entsprechend hat auch das Einzeleigenthum in mehrfacher Beziehung den Charakter des ungarischen Aviticalvermögens und namentlich bestehn:

---

[1]) Nachzulesen Stat. II. 1. § 6. Vergleiche damit das canonische Recht. Nach altdeutschem Brauche geschahen die Verlobungen öffentlich vor zwei Zeugen mittels des Ringwechselns (s. Kirchenrecht insonders Visitationsartikel z. B. von 1818 I. 18.). Uebrigens nach der Praxis gänzliche Ausschließung der Erfüllungsklage natürlich mit Zulassung eines etwaigen Entschädigungsanspruches wegen erlittner Vermögensnachtheile.

[2]) Nachzulesen Stat. II. 1. § 8. und 11. s. die ganze Lehre über Eherecht in den Vorlesungen über „Kirchenrecht" und *Friedr. v. Sachsenheim* „Civilrecht" Seite 150—249.

[3]) Uebereinstimmend art. 17. 26. der art. Auditorum von 1578 und andre Kirchengesetze, namentlich Visitationsartikel art. 12 : 1563; 16 : 1578; 18 : 1616 (s. Kirchenrecht).

[4]) Vergl. § 166—167 und 1328 des allgemeinen östreichischen bürgerlichen Gesetzbuches. Analog die Rechtsübung auf Grund mehrerer Decrete, so unter Hofrescript vom 20. October 1753, Gubl. Z. 364 : 1768, Gubl. Z. 5452 : 1825, Gubl. Z. 4029 : Herm. Mag. Z. 2398 : 1829, Univ. Z. 460 : Hermannst. Mag. Z. 1868 : 1845 und Univ. Z. 163 : Herm. Mag. Z. 662 : 1834.

[5]) Vergl. Visitationsartikel 1818. III. P. 18, 19, Appr. Const. III. 47. 21.

[6]) Daher, und um Ungesetzlichkeiten zu verhüten z. B. Fremde nicht getraut werden durften Approb. Const. I. V. 4. und Universitäts-Decret 1577 art. 27 und Statute. (Siehe Anhang u. a. O.).

[7]) Daher z. B. das lang beobachtete Erforderniß den Consens aller Anverwandten eines Mündels zum Haus- oder Grundstückverkaufe beizubringen, siehe in der ersten Auflage II. S. 368 die Nummern 50, 52 ꝛc. ꝛc.

a) Näherrechte der Anverwandten und Nachbarn[1]).

b) Eine beſondre Höhe des Pflichttheils, und Ausdehnung des Notherbenrechts auch auf die Geſchwiſter[2]).

Eine weitre Folge iſt, daß die im Allgemeinen nach Römiſchem Rechte zu beurtheilende Adoption von der Einwilligung der nächſten Anverwandten und der Gemeinde abhängig war[3]). Das Gleiche muß auch bezüglich der legitimatio per rescriptum principis nach ſiebenbürgiſchem Landrechte[4]) (Staatsrechte) behauptet werden.

Die legitimatio per subsequens matrimonium konnte ohneweiters (ſoweit nehmlich überhaupt Eheſchließung erlaubt war) geſchehn[5]). Legitimirte und adoptirte Kinder hatten gleiche Rechte mit den legitimen. Unehliche nach Maß der Beſtimmung in Stat. II. 2. § 4 und 5.[6]).

---

[1]) Nachzuleſen Stat. II. 3. 5. („Geſetzestext" Seite 176); Stat. II. 6. 2. („Geſetzestext" Seite 188); Stat. III. 6. § 5—9 (Seite 205).

[2]) Nachzuleſen Stat. II. 5. § 9—11. („Geſetzestext" S. 186).

Anmerkung. Die Rechte der nächſten Anverwandten am „Homagium" eines Erſchlagenen, die Bürgſchaft für deſſen Verſprechungen u. dgl. m. kommen im ältern Gewohnheitsrechte und der Reichspraxis vor, ſind aber ſchon lange antiquirt und im Statutargeſetzbuche nicht beſtimmt.

[3]) Nach Univerſ. Z. 507: Herm. Mag. Z. 2889: 1812 bewirkt die Adoption ein Inteſtat-Erbrecht. — — — „Die Adoption iſt eine feierliche Handlung d. h. ſie muß unter öffentlichem Anſehn geſchehen. Das öffentliche Anſehn erhält ſie durch die Beſtättigung der Obrigkeit jener Gemeinde, welche den Adoptanten im Falle Stat. II. 2. 13. beerben würde. Die Adoption wirkt für den Adoptivum die Rechte eines Kindes, folglich eine Verkürzung der etwa vorhandnen Notherben. Zur Gültigkeit einer Adoption iſt daher erforderlich, daß ſelbe in Gegenwart und mit Einwilligung der Notherben nach Vorſchrift des Geſetzes Stat. I. 8. 2. in das Magiſtrats- oder Stuhlsamts-Protokoll eingetragen werde".— Nach früherm Brauche und G. Z. 518: 1804 hatten Adoptirte kein Inteſtat-Erbrecht. (1538 war die Adoption fremder Kinder unterſagt Hermannſtädter Protokoll II. 120).

[4]) Tripart. I. 108. § 1. „Neque summus Pontifex, neque etiam noster princeps in praejudicium et contra voluntatem filiorum legitimorum et aliorum de Jure succedentium legitimare potest. Nisi in casu, quo filiis aut fratribus non existentibus successio directe ad Principem nostrum spectaret. Nam in hoc casu, cuicunque et qualitercunque voluerit ipse Princeps liberam super illis bonis et Juribus possessionariis disponendi habet potestatem". (Das römiſche Recht iſt hier nicht anwendbar, alſo die bezügliche Behauptung bei *Sachsenheim* „Civilrecht" S. 260 und 587 irrig).

[5]) Siehe Stat. II. 2. 2. („Geſetzestext" Seite 171).

[6]) Siehe „Geſetzestext" S. 172. Wer ſind: a) spurii; b) incestuosi, ex nefario damnatoque concubitu nati und c) adulterii? (ſ. römiſches Recht).

Ueber die Verpflichtung ihrer Erziehung ꝛc. ꝛc. konnten von den Eltern unter Aufſicht des Ortsinſpectors Alimentationsverträge (und von den Kindern Eltern-Verpflegungsverträge) geſchloſſen werden Univ. Z. 163: Herm. Mag. Z. 662: 1834, republicirt am 10. Juli 1847 Univ. Z. 460: Hermannſtädter Mag. Z. 1868: 1845. Bezüglich der Vermögenstheilung H. Z. 1152: Gubl. Z. 1764: 1807 ꝛc. (Siehe *Sachsenheim* „Civilrecht" S. 238).

Ob liberi naturales nach Römiſchem Rechte zu beurtheilen ſeien und alſo von dem pater certus ein Sechſtel (duas uncias) erben, kann nach chriſtlichen Begriffen über das Concubinat nicht zu Gunſten derſelben entſchieden werden[1]). (cf. Sachsenheim Civilrecht S. 587?).

Was das Rechtsverhältniß zwiſchen Eltern und Kinder betrifft, haben die erſtern die natürliche Verpflichtung des Unterhalts und der Erziehung[2]), ſowie auch das Recht der Vormundbeſtellung nach Stat. II. 3. 2. Die Kinder ſind zum Gehorſame und nöthigenfalls wechſelſeitiger Unterſtützung verpflichtet und ſtehn untereinander in der beſondern Beziehung, daß

1. dem älteſten Sohne vorzugsweiſe die Leitung ihrer Angelegenheiten (als Stellvertreter des Vaters) gebührt[3]).
2. demjenigen, welcher im Auslande ſtudirt, die Koſten ſeiner Ausbildung nicht in den Erbtheil eingerechnet werden ſollen[4]).
3. der jüngſte als der am meiſten hilfsbedürftige im Erbrechte begünſtiget iſt[5]).

Die beſondre väterliche Gewalt, (welche wie die elterliche überhaupt mit der Großjährigkeit der Söhne und Verheirathung der Töchter erliſcht[6]) äußert ſich darin, daß der überlebende Gatte allein berechtigt iſt von dem Vermögen ſeiner minderjährigen Kinder für ſich ſelbſt den Fruchtgenuß zu ziehen, doch iſt er gehalten, daraus die zur Erhaltung des Hauptſtammes des Vermögens nöthigen Koſten zu beſtreiten. (Nachzuleſen St. II. 4. § 13, „Geſetzestext" S. 182.).

Ferner erſcheint der Wittwer (Vater) vor der Wittwe (Mutter) darin bevorzugt, daß er

a) zur Auseinanderſetzung des Vermögens einen längern Termin hat[7]).

b) Kieſungsrechte (Vorwahl) in Anſpruch nehmen kann[8]).

Die Zählung der Grade der Verwandſchaft und Schwägerſchaft

---

[1]) Die im Thereſianiſchen Waiſenhauſe in Hermannſtadt aufgenommenen außerehlichen Kinder werden als legitime angeſehn. H. Z. 1043 : 1770. P. 8.

[2]) Vergl. Gubl. Z. 1332 : 1803, „das Recht der Eltern den Willen der Kinder zu lenken".

[3]) Gewohnheitsrecht und Analogie nach Stat. II. 4. 17.

[4]) Außer der Vater hätte anders verfügt cf. Stat. II. § 15. (ſiehe „Geſetzestext" S. 182).

[5]) Siehe Stat. II. 4. 9. 11. 17. (ſiehe Erbrecht).

[6]) Ueber die venia aetatis durch den Magiſtrat Gubl. Z. 3900 : Herm. Mag. Z. 2950 : 1823. ꝛc.

[7]) Siehe „Erbrecht" Stat. II. 4. § 2 u. 5, („Geſetzestext" S. 179—180). ꝛc.

[8]) Siehe „Erbrecht" Stat. II. 4. § 4 und 6, („Geſetzestext" S. 180).

geſchieht nach römiſcher Rechtsregel; nur im Eherechte gilt kanoniſche Computation[1]).

§ 6. Das eheliche Güterrecht[2]).

Das altdeutſche Gewohnheitsrecht der Coloniſtengemeinden in Siebenbürgen ſcheint ſchon bei der erſten Einwandrung daſſelbe eheliche Güterrecht allgemeiner Gütergemeinſchaft in Aufnahme gebracht zu haben, welches bis in die neueſte Zeit das allein gültige geweſen iſt; nur dürfte bei Auflöſung der Ehe durch den Tod des einen Gatten anfänglich dieſe Gütergemeinſchaft nach den Grundſätzen des ſogenannten Repräſentationsprincipes durch die Kinder fortgeſetzt worden ſein[3]) — während ſpäter hiebei regelmäßig Abſchichtungen vorkommen und nur dem pater superstes Genußrechte an den Vermögensantheilen der Kinder verbleiben[4]).

Das ſiebenbürgiſch-ſächſiſche Statutargeſetzbuch ſtellt in Stat. II. 4. 1. (S. 179.) das eheliche Güterrecht dar, als eine, Eltern und Kindern zukommende, Rechtsgemeinſchaft an der ungetrennten geſammten Vermögensmaſſe beider Gatten, welche während der Ehe nur eine ideelle Berechtigung zu den ungleichen Quoten der bess (zwei Drittheil) und triens (ein Drittheil) haben, nach der Ehe aber dieſelben als reelle Eigenthumsantheile (ihr individuelles Vermögen) ausſcheiden[5]).

Hiernach werden nicht nur alle in die Ehe gebrachten, während der Ehe erworbenen oder ererbten Güterrechte gemeinſchaftliches Eigenthum ſondern ebenſo auch die vorehlichen Schulden des einen oder andern Gatten; umſomehr haftet dies Geſammtvermögen für alle während der Ehe vom

---

[1]) Die Beſtimmung des 57. Landtagsartikels von 1791, daß Kinder aus gemiſchten Ehen nach dem Geſchlechte die Religion ihrer Eltern zu folgen haben und daß Reverſe „in contrarium“ nichts gelten, gehört ins „Kirchenrecht“.

[2]) Siehe meine „Deutſche Rechtsgeſchichte“ (Wien 1863 u. 1868) S. 129. Bemerkenswerth, daß bezüglich der „Errungenſchaft“ das burgundiſche, fränkiſche und das Recht des vermehrten Sachſenſpiegels (I. 3. § 2—5), die Vermögensſcheidung der triens und bess feſtſetzen. So in Lex Ripuar. 37 (39) § 2, die Beſtimmung: „mulier si virum supervixerit, tertiam partem de omni re, quam simul colloboraverint, sibi studeat evindicare“; dagegen hielten die weſtfäliſchen Sachſen an einer Theilung zur Hälfte, die Longobarden aber ſetzten das Frauenviertel (quartalitium) feſt. — Siehe noch im III. Bd. „Sächſiſches Proceßrecht“ die nach dortigem § 1, eingeſchalteten „Rechtszeugniße“.

[3]) Hierauf deutet auch Stat. II. 2. § 6. (ſiehe „Geſetzestext“ S. 172—173 ſammt Noten). cf. *Fejér* Regest. Transs. XI. 468.

[4]) Zu vergl. *Gengler's* Lehrbuch des deutſchen Privatrechts (Erlangen 1855) S. 979 und 1007. ſowie andre Werke über deutſches Privatrecht, worüber namentlich ſchätzbare Nachweiſe in *Kraut* Grundriß zu Vorleſungen über das deutſche Privatrecht. 4. Ausgabe, Göttingen 1856, S. 354 und 376.

[5]) Vergl. Erlaß des Finanz- und Juſtiz-Miniſteriums vom 3. November 1854, Z. 285, (ſiehe *Friedrich v. Sachsenheim* „Civilrecht“ S. 596).

Manne überhaupt, von der Frau aber innerhalb des ihr gehörenden Gebiets des innern Hauswesens eingegangne Verbindlichkeiten. Wenn auch, wie gesagt, dem Manne allein die Vertretung der ehelichen Genossenschaft zukömmt, ist doch deshalb die Frau nicht ganz von den Verfügungen über das Vermögen ausgeschlossen.

Abgesehn von den Befugnißen zur Bestreitung der tagtäglichen Hausöconomie und selbstverständlicher persönlicher Bedürfniße, fordern die Ortsgewohnheiten in der Regel die Zustimmung der Frau zur Veräußerung von Liegenschaften, und räumen ihr das Recht ein bei der Behörde das Verbot nachtheiliger Rechtsgeschäfte ihres Mannes zu verlangen, ja ihn zum Verschwender erklären zu lassen. Die Frau ist zwar nicht Eigenthümerin ihres vorehelichen Vermögens, aber doch als Inhaberin eines ideellen Theiles der Gütermasse (der triens) anzusehn, als welche sie namentlich zu letztwilligen Bestimmungen berechtiget ist. Ihr reeller Eigenthumsantheil ergibt sich aber nur nach Abzug aller auf der Verlassenschaft haftender Lasten, also im Falle eines Concurses erst nach Befriedigung sämmtlicher Gläubiger ihres verschuldeten Mannes[1]).

Da Mann und Frau als Gatten nur eine juristische Persönlichkeit ausmachen, — können sie untereinander keine Verträge abschließen, wollen sie daher die vermögensrechtlichen Wirkungen der gesetzlichen allgemeinen Gütergemeinschaft aufheben, so kann dies nur vor der Ehe durch sogen. Antenuptialcontracte geschehn, in welchen gewöhnlich Jeder seine Allatur als gesondertes Eigenthumsrecht (sei es für das Leben oder nur auf den Todesfall) vorzubehalten pflegte.

Solche Verträge mußten in Gegenwart zweier Zeugen und des Ortsnotärs mit Angabe des Schätzungspreises der Parafernalien (beweglichen Güter) abgeschlossen[2]), — Heirathscontracte der Kaufleute überdies dem Judicate (Stuhlsgerichte) zur Bestättigung vorgelegt werden[3]).

---

[1]) Sonderbarerweise wurde diese durch Gesetz und Praxis stets anerkannte Rechtsübung neuester Zeit derart zu Gunsten der Frau umzudrehen versucht, daß sie selbst als erste Gläubigerin ihrer triens dem Manne gegenübergestellt wurde, (cf. *Friedrich v. Sachsenheim* „Civilrecht" S. 595 und östreichische Gerichtszeitung Nr. 72 und 73:1854), welche ganz irrige Ansicht und Tendenz gründlich widerlegt wurde in der östreichischen Gerichtszeitung Nr. 21:1856 (vergl. ebendaselbst Nr. 141 und 142:1854), ferner in der Preßburger Zeitschrift für Gesetzgebung und Rechtspflege Nr. 46—48:1856, wobei sich die merkwürdigen Fälle ergaben, daß Frauen auf derlei beabsichtigte Rechtswohlthaten gradezu verzichteten.

[2]) Vergl. Gubl. Z. 1578:1812 und Gubl. Z. 3539: Hermannst. Mag. Z. 254:1805.

[3]) Vergl. ferner über diese Authentication und Berechnung der Morgengabe Gubl. Z. 3539:1804, Herm. Mag. Z. 254: und 3097:1805, Univers. Z. 175:1812, (cf. 4. art.:1642 der Hermannstädter Theilungsartikel im folgenden §.).

Ebenso sollten Hochzeitsgeschenke, welche von den Eltern ihren Kindern gegeben wurden, in Gegenwart zweier Zeugen und des Ortsnotärs wörtlich in das öffentliche Protokoll und bei jenen Gegenständen, welche die Eltern den Kindern blos zur Nutznießung (als ein Darlehn) überlassen, deren Schätzungswerth und diese ihre Eigenschaft eingetragen werden — „secus — — res mobiles vel immobiles pro re vera donatis ac per parentes ulterius repeti nequeuntibus sint habendae“ [1]).

Sind keine derartigen Antenuptialcontracte geschlossen, so tritt mit dem Momente der geschlossenen Ehe in dem gesammten gegenwärtigem und zukünftigem Vermögen der beiden Gatten eine allgemeine Gütergemeinschaft ein, welche nur bei Auflösung der Ehe in die bestimmten Eigenthumsquoten abgetrennt wird.

Dies war ganz unzweifelhaft bei der Auflösung der Ehe durch den Tod des einen Gatten; — usuell verschieden aber bei der Ehetrennung. So hatten sich bezüglich der vermögensrechtlichen Wirkung sowohl in Repudial- (Nullitäts-[2]) als in eigentlichen Divortial-Proceßen die Vororte (und durch sie die gleichnamigen Kreise) Kronstadt, Großschenk, Reußmarkt und Broos für Berechnung und Ausscheidung der Allatur ausgesprochen, die übrigen Kreise dagegen[3]). — Bald jedoch folgte die Entscheidung dahin: „ut occasione divortiorum unicuique conjugum propria sua substantia extradetur — bona vero propria conjugum industria sub tempore matrimonii fors exquisita ad dictamen legum munic. communi divisione subjiciantur, et bessis ex iisdem marito, triens vero uxori assignetur, salva legis Stat. II. 1. 7[4]) dispositione et sententiis fororum matr. circa uxoris et liberorum intertentionem ferendis“ [5]).

Ob unter diesen „exquisita“ durch „industria“ auch die während der Ehe von einem oder anderm Theile ererbten Güter zu verstehen seien? — muß nach dem Geiste des Gesetzes und vorkommender Praxis

---

[1]) Hof Z. 3046, G. Z. 5228, Univ. Z. 492, Herm. Mag. Z. 3025: 1826. Ueber das gleiche Verfahren bei Bestellung der Mitgift und der Parafernalien G. Z. 1578: Herm. Mag. Z. 175: 1812.

[2]) Nachzulesen Stat. II. 1. § 9. („Gesetzestext“ Seite 170 und 267).

[3]) Vergl. Gubl. Z. 3005: Univ. Z. 291: 1802 „juxta antiquum usum ibidem pro lege receptum in casibus divortii pariter ac mortis .... ex universis amborum substantia marito bessis, uxori triens cedatur“.

[4]) Nachzulesen und zu erklären die Stelle „Gesetzestext“ S. 170 und 266, wornach also der vierte Theil der Quote des Schuldigen dem unschuldigen Gatten zugesprochen werden sollte.

[5]) Hof Z. 1152: 1806, G. Z. 1764: Univ. Z. 312: 1807, Herm. Mag. Z. 1699: Schäßburger Mag. Z. 1600: 1807. (Vergl. Gubl. Z. 3005: Univers. Z. 291: 1802).

bejahend angenommen, und also auch diese nach Ausscheidung der Allatur in die Theilung gezogen werden[1]).

Außer diesem ehelichen Güterrechte hatte der Ueberlebende noch die Begünstigung der Fürgabe (Voraus), wornach wie es scheint ursprünglich alles Bett- und Tischzeug gar nicht in die Theilung kam, sondern ohneweiters dem Wittwer oder der Wittwe zu Eigenthum verblieb; später mochte bei der Unbequemlichkeit und Gefährlichkeit solcher Prärogative durch richterlichen Brauch ein bestimmtes Vermögensquantum als „donatio praecipua" vorausgegeben worden sein; endlich geschah dies in Ausscheidung einer, gewöhnlich am ganzen noch ungetheilten beweglichen Vermögen (oder auch nur vorhandnem Geld und Capitalien) berechneten Fürgabsquote von sechs Procent[2]). (Siehe folgenden §).

Die in einzelnen Gemeinden gebräuchlichen Geschenke einer Morgengabe u. dgl. m. sind blos durch die Ortssitte geregelt gewesen und bieten keine juristische Seite dar.

Der dem Wittwer (Vater) zustehende Fruchtgenuß[3]) und die der Wittwe (Mutter) auf Grund von Stat. II. 4. § 10.[4]) zu verabfolgenden Alimentationsbeiträge (Ziehgeld) sind mehr Folgen der elterlichen Gewalt, als im ehelichen Güterrechte begründet.

Anmerkung. Die Qualität der Eigenthumsquoten ergibt sich aus der besondern Uebung der Erbschaftstheilungen, welche eben das Gewohnheitsrecht der Gemeinde bestimmen. In diesem Gewohnheitsrechte kommen oft singuläre Erscheinungen vor[5]), die nach Zeit und Ort wechseln oder ganz in Abgang gerathen. So beispielsweise die Vorschriften folgender Artikel:

Etliche Artikel nach denen man sich in gemeinen Theilungen richten soll. Ab amplissimo Senatu et laudabili 100 virorum numero anno 1642 die 19. Martii conditi ac approbati:

1. Wenn jemand ein Testament nach Inhalt unsres Decret. II. 2. 5. art. 4, 11, 17 condirt, so soll es für kräfftig gehalten werden. 2. Der Weiber-

[1]) Andrer Ansicht ist *Friedrich v. Sachsenheim* „Civilrecht" S. 239 und vergl. daselbst Seite 238.

[2]) Nachzulesen Stat. II. 4. § 3 („Gesetzestext" Seite 179 und 277). Die Bedeutung des daselbst erwähnten Legates (Bescheides — Vermächtnisses?), welches in Stelle der Fürgabe ausgesetzt werden konnte, aber nicht angenommen werden mußte. — Daß auch diese Einrichtung altdeutsch gewesen, bedarf keines Beweises; indessen zu vergl. *Mittermayer* Privatrecht 7. Aufl. II. § 442 und andre Werke.

[3]) Vergl. § 5. nach Stat. II. 4. 13. („Gesetzestext" Seite 182 und 280).

[4]) Nachzulesen die Stelle „Gesetzestext" Seite 181 und 279.

[5]) Vergl. auch in der ersten Auflage II. Bde. 3. Lieferung bezügliche Mittheilungen aus Hermannstädter Mag. Protokollen. — So beispielsweise in Mühlbach und andrer Orten die mit dem Hausbesitze verbundnen Feldgründe (etwa 6 Joch) als sogenannte „Haustheilungen".

ſchmuck als Sylbern Gürtel Häfft-Spangen, Ringen ſoll den Weibern nicht gantz und gar gelaſſen werden denn es gar ein ungleich Proportion iſt der Weiber gegen der Männer Kleiderſchmuck. Aber den Handſchlag und Morgengab' belangend, weil es für ehrbare Leuten „aufgewieſen", deßgleichen das Teſtament rechtmäßiger Weiſe gethan oder wie Liebnüß (wo wie Teſtament geſchehn) zu geben dem, ſo die Theilung holt, wird nicht verſaget. 3. Gemahlte Stück außgenohmen, ſollen allerlei Kleidung, wie ſie auch ihre Namen haben mögen von Seide, Samt ꝛc. in die Theilung kommen, beſonders wo . . . Erben oder leibliche Kinder ſind; wo aber ferne, welche de officio nicht klagen können, als denn mag es nicht ſo ſtriete gehalten werden. — art. 4. Dieweil auch ſolche unordnung wieder alle billigkeith mit eingerißen iſt, daß die Wittwer wenn ſie eine Wittwe zur Ehe nehmen vor dem Verlöbniß Tag Ihr das Drittetheil oder auch das Halbe der Güter vorſchreiben — den kindern und andren Erben zum merklichen Schaden, — Iſt demnach für gut angeſehn, daß hinfort kein Mann das thun ſoll auch kein Weib ſolches zu begehren macht haben unter einer harten Straff. Sintemal es wieder recht und billigkeith iſt, wie auch dem männlichen Stamme zu großen Nachtheil. — 5. art. Die Häuſer ſollen auch nach ihrem Werth geſchätzet werden und nicht allenthalben bei der vorigen Schätzung Verbleiben auff daß keinen Erben zu wenig oder zu kurtz geſchehe. — 6. art. Wo die Theilung außgebende Perſonen verdächtig ſind, bevorauß die Stieff-Eltern ſo ſollen ſie unter das Jurament gezwungen werden. — 7. art. Es iſt auch in brauch kommen, daß die Theilung außgebenden den beſten Teppich und Tiſchtuch auff den Tiſch; das beſte Deckeltuch ſo öffters 20 „ 40 „ auch wohl mehr werth iſt auffs Bett decken alſo auch die beſten Ziechen, ja auch wohl zwo über einen Pfill ziehen, darum iſt's billig daß von Erbnehmenden etwas dagegen wiederkehret werde.— 8. art. Es ſoll auch niemand macht haben weder vor noch in der Theilung etwas zu verſchenken oder zu entwenden: Es ſey denn daß die Erbnehmenden auß freyem willen und ein einhelligem Conſens jemandem etwaß zum „liebnüß" verehren wollen.— 9. art. Es ſollen auch die Theilbrieff-Quietantzen nach dem ſie fertig ſind alßbald aufgelöſt werden nach erachtung der mühe und Arbeit und etwa näher denn fl. 1 von den armen genommen werden, in großen Theilungen mag auch größre Bezahlung gefordert werden. — Processus Divisionum: Ante omnia bona Pupillorum, si fuerint, investigentur et commendentur ulterius reservanda quibus expedit; testamentum, si nullum fuerit, viduae dos detur pro facultatuum ratione. — Sequitur: 1) Debitorum solutio. 2) Paratae aeris. 3) Argentaria. 4) Vestes. 5) Vasa stanea. 6) Linteamenta. 7) Ferramenta. 8) Vasa lignea. 9) Vina et alia ad alimentum pertinentia. 10) Vineae, prata, jugera, pomaria etc. etc. 11) Linum Canabis etc. 12) Ultimo domus aestimatio.

Schlußbemerkung. Aus den Hermannſtädter Magiſtrats- und Univerſitätsprotokollen mögen hier noch folgende Anführungen Platz finden: 1524 das Wahlrecht der jüngſten Kinder bei Erbſchaften wird ausgeſprochen II. Bd. S. 23;

Kloſterlegate und Meſſeſtiftungen dürfen rückgelöſt werden (Näherrecht der Verwandten auf Liegenſchaften) I. 122—129; 1543 die Güter der St. Anna Verbrüderung werden zum Nutzen der Stadt und für die Armen verwendet II. 169; 1552 aus einem Pfarrernachlaß ſoll eine kleine Summe zum Bau des Pfarrhauſes zurückbehalten werden IV. 33; 1554 ſtirbt Jemand in ungetheilten Gütern, ſo werden deſſen Erben von der Erbſchaft ausgeſchloßen, nicht aber wenn derſelbe bei Lebzeiten ſeine Miterben zur Theilung aufgefordert hat IV. 39; 1554 die Theilung ſoll vom Richter, Magiſtrat, Senatoren oder andern glaubwürdigen Perſonen verlangt werden IV. 39 u. ſ. w. (Theilamtsgebühren-Rechnungen 1625 u. ſ. w. im III. Bd. S. 251, 238, 261, und XII. Bde. S. 16 u. ſ. w.); — 1554 Während der Peſtſeuche ſind als Teſtamentszeugen auch nur zwei Perſonen und ſelbſt Weiber und Dienſtboten zugelaſſen IV. 39; 1555 Erbfolgeſtatute IV. 41 und 47; 1639 Ueberenkel ſollten durch die Enkel ausgeſchloßen werden (zeitweilig geltend) VIII. 72; 1654 Unterthanen dürfen freie Sachſen nicht beerben (an Liegenſchaften) X. 386 und 1651 IX. 133; 1655 den Fiscum dürfen Pfarrherren von den ex jurisdictione ecclesiastica ererbten Gütern nicht nehmen X. 410; 1666 Fiscusprocente von einer geiſtlichen Verlaſſenſchaft gehören nicht dem Capitel, ſondern den Stuhlsbeamten VIII. Seite 578 und 582 (Katzendorfer Fall); 1677 auf die Anzeige des Großſchenker Stuhlsamtes, daß viele Stuhlsinwohner transmigriren wollten, beſchließt die Univerſität, um dieſem vorzubeugen, daß den Transmigranten das Aviticalvermögen belaſſen werde, das erworbne aber ſolle unter die Anverwandten aufgetheilt werden XI. 307 (ſiehe Localſtatute in meinen „Deutſchen Rechtsdenkmälern" im Vereinsarchiv 1867/8); 1684 Hausſeligkeitstaxe ſoll für geerbte Häuſer nicht mehr gezahlt werden XII. 247; 1695 Erbſchaften ſollen dann durch das Theilamt verhandelt werden, wenn die Erben unmündig ſind oder ein Teſtament zu exequiren iſt XIII. Seite 313 und andre mehrere.

§ 7. Das Erbrecht[1]).

Aehnlich wie Eintheilung und Grund der Erbfolge im ungariſchen Privatrechte angegeben wurden, muß es auch hier geſchehn. Nicht die im Römiſchen Rechte fingirte Perſoneneinheit und Repräſentanz bilden das maßgebende Princip der Succeſſion, ſondern vielmehr jene ſittliche Nächſtberechtigung der Erben, deren natürliche Nachfolge blos als ein Eintreten in den eigenthümlichen Beſitz des an ſich gemeinſamen Vermögens erſcheint[2]).

Auf dieſe Gemeinſamkeit und das ſittliche Wechſelverhältniß der Blutsfreunde iſt das ganze Erbrecht geſtützt und ſo erklärt ſich zur Genüge,

---

[1]) Siehe *Sachsenheim* Seite 571.

[2]) Daher auch zwiſchen delatio und acquisitio haereditatis nicht zu unterſcheiden iſt.

daß in der Regel nur Gradualerbfolge ſtattfindet und zwar in den vier der Rangordnung nach ſich ausſchließenden Claſſen:

1. der Kinder,
2. der Eltern,
3. der Seitenverwandten[1]),
4. der Gemeinde.

Blos in der erſten Claſſe der Descendenten (Kinder und Enkel) findet die successio in stirpem ſtatt[2]), ſonſt iſt dies ſtammweiſe Repräſentationsrecht nur in Stat. II. 2. 12.[3]) bei den allein concurrirenden Kindern der Geſchwiſter ausnahmsweiſe anerkannt; in allen übrigen Fällen gilt die successio in capita nach dem nächſten Grade der Verwandſchaft, welcher alle fernern ausſchließt, alſo daß (in derſelben Linie) der zweite Grad des Bruders den dritten des Neffen[4]) u. ſ. w. zur Nachfolge zu gelangen verhindert, in demſelben Grade Verwandte aber vollkommen gleiche Quoten zu erben berechtiget ſind. (Unterſchied vom röm. Rechte?)

In der erſten Claſſe haben die Enkel nicht nur ein quantitatives, ſondern auch ein qualitatives Erbrecht[5]) nach H. Z. 5160: G. Z. 519: Univ. Z. 638: 1845 — „ut nepotes, quorum parentes mortem obierunt, decedentibus avo vel avia in locum parentum succedant, non solum tam magnam verum plane illam ex haereditate defuncti portionem percepturi, quam eorum parens adeptus esset, si supervixisset“[6]). (Vergl. Hof-Z. 648: 1846).

Adoptirte[7]) und Legitimirte ſind den ehelichen Kindern ganz gleichgehalten; uneheliche (spurii) haben nur nach ihrer mütterlichen Anverwandſchaft Erbrechte[8]).

---

[1]) Jedoch muß hier die am Schluße des § erwähnte Scheidung der Linien „sine bonorum confusione“ in Erinnerung gebracht werden, wornach allerdings ein Seitenverwandter etwa des 5-ten Grades als Repräſentant der mütterlichen Linie zugleich mit dem im zweiten Grade Verwandten väterlichen Großvater ſuccediren könnte.

[2]) Vergl. Stat. II. 2. § 1 („Geſetzestext“ Seite 171 und 268).

[3]) Nachzuleſen „Geſetzestext“ Seite 174 und 271.

[4]) Vergl. Stat. II. 2. 9. „Geſetzestext“ Seite 173 und 270, und ebendaſelbſt obigen § 12 Schlußſatz.

[5]) Z. B. das Wahlrecht des jüngſten Sohnes. — Das Näherrecht zum Beſitze des Hauſes. — (Ausſchließung Fremder und der Unterthanen von den Liegenſchaften. Siehe Localſtatute).

[6]) Früher entgegengeſetzte Anſicht ſiehe *Albrich* ſächſ. Privatrecht § 169, Seite 119, Note 5; vergl. G. Z. 3076: 1808 in causa Mart. Klusch contra Joh. Kauffmes ex Tartlau; ſ. Univerſitätsverhandlungen von 1840 (Satellit vom 18. December 1845 — Beilage der Kronſtädter Zeitung — Nr. 101: 1845).

[7]) Jedoch findet hier ausnahmsweiſe die Reciprocität der Erbrechte nicht ſtatt, indem die natürlichen Eltern die Adoptiveltern ausſchließen würden.

[8]) cf. Stat. II. 2. § 4 und 5 („Geſetzestext“ Seite 172).

Sind keine Descendenten vorhanden, so erben die Ascendenten und mit ihnen zugleich die Geschwister (in stirpem), wenn sich nehmlich diese und jene noch im ungetheilten Güterbesitze befinden. (Analogie des ungarischen Privatrechts[1]). Ist nur ein Elterntheil am Leben, so gebührt ihm der ganze Nachlaß des verstorbenen Kindes.

Die Großeltern erben nach ihren Linien d. h. die von Seite des Vaters zwei Drittel, die von Seite der Mutter ein Drittel der Verlassenschaft (Scheidung der bess und triens[2]).

Derselbe Grundsatz der Theilung in die zwei Linien, die des Vaters einerseits und jene der Mutter andrerseits gilt durchgehends, so daß von jeder Verlassenschaft immer die nächsten Anverwandten der väterlichen Linie die bess und jene der mütterlichen die triens erben, wo dann allerdings der väterliche Großvater mit dem mütterlichen Oheim u. s. w. concurriren können[3]). In caduce Verlassenschaften succedirt — vermöge Heimfallsrechtes — der Gemeindefiscus (die Allodialcassa[4]), jedoch fallen (wenigstens in Hermannstadt) ein Sechstel der Verlassenschaft dem Theilamte zu[5]).

Diesem Gesetze (Stat. II. 2. 13.) unterliegen auch im Sachsenlande nicht:

1. Die Mobilien aus einer Militärverlassenschaft vergl. Hofrescript 25. Januar 1799 und 14. Dezember 1799, Gubl. Z. 5870:1805 und Hofresc. 7. Mai 1838[6]). — Ebensowenig:

2. Das dem k. Fiscus nota infidelitatis oder virtute articulorum zufallende Vermögen von Staatsverbrechern (cf. Stat. IV. 8. 2.) Approb. IV. 13. 6.[7]), Trip. I. 4. II. 16. und 30. III. 20. Approb. Const. I. 1. 3. und II. 2. ferner III. 14. 1 p. 4. (Siehe hier III. Bd. „Strafrecht").

---

[1]) Vergl. Stat. II. 2. § 6. („Gesetzestext" Seite 172 sammt Noten und 269).

[2]) cf. Stat. II. 2. § 7. „Gesetzestext" Seite 173 und 269 (vergl. deutsche Privatrechtswerke, so *Mittermayer* 7. Aufl. S. 521 § 436 Note 18 u. a. m.) Vergl. in der ersten Auflage dieses Handbuchs II. S. 366 das Stück 46 vom Jahre 1555.

[3]) Nachzulesen Stat. II. 2. § 8—11. „Gesetzestext" Seite 173—174 und 270—271.

[4]) Vergl. Hofrescript vom 28. Juni 1810, Landtagsprotokoll S. 350, s. Gubernialbericht vom 17. September 1728 und 26. Juli 1808 Z. 1282.

[5]) Hofrescript vom 8. Juli 1790, H. Z. 16462:1789, G. Z. 597:1790, G. Z. 3348:1790, H. Z. 9261: G. Z. 6131:1790 (Schuh'scher Erbschaftsfall in Hermannstadt). — Bemerkenswerth aus dem sächs. Nationalarchiv Nr. 334 vom Jahre 1470 Mathiae R. Mandatum ut Domus et Haereditates Simonis auricusoris sine haerede decessi non ad manus regias sed secundum libertates Saxonum antiquas ad Civitates deveniant.

[6]) C. 1. de her. decur. (6. 62.); fr. 6, § 7, D. 28. 3.

[7]) Hievon müssen alle jene Güter abgezogen werden, welche dem Staatsverbrecher nicht ausschließlich eigenthümlich zugehören: a) die Güter der Ver-

3. Die Hinterlaſſenſchaft von Unterthanen. Die als ein adliges Gut der Nation oder einzelnen Kreiſen zugeſchriebnen Gemeinden[1]) haben nicht das Heimfallsrecht des § 13, ſondern es erbt nach ungariſchem Privatrecht die Grundherrſchaft, jedoch behält die Frau die während der Ehe erworbnen Immobilien und von den beweglichen ein Drittel, cf. Tripart. III. 29 und 30.; Approb. C. III. 30, 1.; § 1 des 6. Punkts des Urbariums vom 12. November 1769; cf. 27 und 30:1791; und beſonders Hofdecret 26. Juni 1800; (cf. § 3. Inst. de success. libert.). (Ueber Colonicalgründe cf. Gubl. Z. 2991:Mag. Z. 835: 1824 ... juxta leges in Comitatibus ... Hofzahl 2790:1798 und 799: 1799 und Hofzahl 1629:1831 ꝛc.).

4. Die Hinterlaſſenſchaft von Geiſtlichen in beweglichen Gütern, welche im Falle der Caducität der Kirche zufallen, Hofzahl 7131 vom 2. September 1782 .... haereditates ejusmodi parochorum ab intestato decedentium juxta ipsiusmet etiam legis municipalis Appr. Const. I. 6. 2.[2]) dictamen ecclesiis, quibus illi vita durante serviverunt, addicendas esse[3]).

§ 8. Erbſchaftstheilung[4]).

Auch bezüglich der Verlaſſenſchaftstheilung hängt das ſiebenbürgiſch-ſächſiſche Statutargeſetz weit mehr mit dem altdeutſchen Gewohn-

---

wandten und der Frau nach Tripart. II. 60 66, I. 104 ꝛc. b) die Schulden Comp. C. IV. 15, 1. c.) die Pfandbeſitzgüter Approb. IV. 7. 1. (ſiehe ungariſches Privatrecht im § 34).

[1]) A. Siebenrichter (National-) Güter: a) der Talmatſcher Stuhl, nehmlich Talmats, Talmatsel, Boitza, Portsesd, Ober- und Unter-Sebes (früher auch Rakowitza); b) der Szelistyer (Omlaser) Stuhl, nehmlich Szelistye, Gallis, Kakowa, Tiliska, Szibiel und Valye; c) die ehemaligen Kirchengüter: Appesdorf, Groß- und Klein-Probſtdorf, Kloosdorf, Kolun, Kreuz, Meſchendorf, Földvar (Marienburg), Michelsberg, Reußen, Rukur, die Hälfte von Volkats und Sittwe. B. Die Hermannſtädter Stadtgüter: Kerz, Antheile von Kornetzel (Hortobagy) und Szetsel (vor der Militariſirung noch Orlat und Sinna). — C. Die Kronſtädter Stadtgüter: a) das Törzburger Dominium, cf. Approb. III. T. 82; ferner Zernest, Tohany, Bledeny und Neudorf. — D. Die Mühlenbächer Stadtgüter: adlige Beſitzungen in Sebesel, Szaßesor und Sugag u. ſ. f. Ueber Jurisdiction im Fogaraſcher Diſtrikt, vergl. U. Erlaß Z. 507: Mag. Z. 488:1827 (cf. *Kurz* Magazin I. Seite 249); vergl. *Jos. Grimm* „Politiſche Verwaltung" II. S. 209 und 231 Noten und hier „Einleitung" I. Bd. zweite Auflage.

[2]) Approb. C. I. 6. 2. ... a' deficialt Egyházi embernek ingó javai pedig, non existente legatario azon helybéli ecclesia számára maradgyanak ... (die in Ungarn und Oeſtreich feſtgeſetzten Beſchränkungen der Teſtirungsfähigkeit der katholiſchen Geiſtlichkeit gelten in Siebenbürgen nicht).

[3]) cf. I. 20. Cod. lib. I. 3. de episcop. et cler. Von der Inteſtatverlaſſenſchaft eines nicht bei einer Kirche angeſtellten Geiſtlichen ein Drittel den Armen und zwei Drittel den Anverwandten; Hofdecret vom 7. Mai G. Z. 4316: Episcop. Z. 240:1789. (Vergl. über geiſtliche Verlaſſenſchaften *Sachsenheim* Seite 529 und 609).

[4]) Siehe *Sachsenheim* S. 623.

heitsrechte der Colonien und der ungarischen Reichspraxis zusammen, als mit Bestimmungen des Römischen Rechtes.

Das Princip der formellen abstracten Gleichheit wird nicht in vollem Maße anerkannt, da es nehmlich theils Kiesungsrechte, theils der Collation nicht unterworfne Vorempfänge gibt.

Ferner nehmen jene Begünstigungen des Mannes (Wittwers und Vaters) Einfluß auf die Erbschaftstheilung, welche demselben in ungleichem Grade als der Frau (Wittwe und Mutter) zukommen. Diese Begünstigungen betreffen zunächst den in Stat. II. 4. 2. angegebnen Verzugstermin von drei Monaten, während der Mutter nach Stat. II. 4. 5. höchstens zwei Monate eingeräumt werden, dann den väterlichen Fruchtgenuß vom Vermögen der Kinder und endlich das vorzugsweise dem überlebenden Gatten, den Kindern gegenüber, zustehende Wahlrecht.

Es hat nehmlich der Vater, wenn sich nach dem Ableben der Gattin zwei Häuser im Theilvermögen (der Gütergemeinschaft) befinden das Recht eines davon zu den ihm gebührenden zwei Drittheilen auszuwählen, das andre aber verbleibt den Kindern, als das zur Erbmasse der Mutter gehörige Drittheil. Ist nur ein Haus vorhanden, so kann dies der Vater für sich behalten; in jedem Falle aber muß nach dem Schätzungspreise der Häuser oder des einen Hauses der Ueberwerth mit Aufzahlung von Geld ausgeglichen werden [1]).

Wenn dagegen nach Ableben des Mannes (Vaters, Gatten) im Theilvermögen (der ehelichen Gütergemeinschaft) zwei Häuser (oder eins) vorhanden sind, so haben die Kinder das Recht sich das eine auszuwählen, das andre fällt der Wittwe zu. Sind Häuser, Grundstücke, Weinberge, Gärten und Wiesen ꝛc. vorhanden, so steht die Vorwahl immer den Kindern (oder überhaupt Erben des Mannes) zu, so daß von derartigen Vermögenstheilen drei den Kindern, zwei der Wittwe (Mutter) zufallen [2]); sollte aber nur ein Haus vorhanden sein so wird in demselben, wenn es sich nach dem Erachten des Rathes ohne Nachtheil sondern läßt, der Wittwe ein Drittheil zur lebenslänglichen Wohnung selbst für den Fall, als sie wieder heirathen sollte, ausgeschieden; doch fällt nach ihrem Tode dieser Hausantheil jedenfalls zu den andern zwei Drittheilen und die Besitzer derselben haben den etwaigen Mann und Kinder zweiter Ehe (gewöhnlich Stiefvater und Halbgeschwister), oder die sonstigen Erben mit entsprechendem Geldeswerthe auszugleichen [3]).

Dieselbe Modalität greift auch Platz in allen andern analogen Fällen und so kann die Behauptung aufgestellt werden, daß immer die väterliche

---

[1]) Nachzulesen Stat. II. 4. § 4. („Gesetzestext" Seite 179 und 277).

[2]) Nachzulesen Stat. II. 4. § 6. („Gesetzestext" Seite 180).

[3]) Nachzulesen Stat. II. 4. § 7 und 8. („Gesetzestext" Seite 180—181).

Linie (die Erben der bess) vor der mütterlichen Linie (den Erben der triens) Kiesungsrechte gehabt hat. Unter den Kindern selbst gebührt dem jüngsten Sohne das elterliche Wohnhaus, indeß hat er deshalb doch in Märkten und Dörfern einen gleich großen Antheil der Feldgründe mit seinen übrigen Geschwistern zu bekommen, während in Städten dies Letztre nicht der Fall ist[1]). — „Die Haustheilungen".

Statut

zur Ergänzung des 4. Titels im 2. Buche des Statutargesetzes: „wie die Häuser der zu verschiedenen Zeiten sterbenden Eltern unter ihre Kinder aufzutheilen sind"

mittelst Allerhöchsten königl. Reskriptes vom 24. December 1846, Hof-Zahl 6724, Gubl. Z. 679 : 1847 bestättigt, und zur allgemeinen Darnachrichtung unter Universitäts-Zahl 137 : 1847 vorgeschrieben[2]):

§ 1. Bei gleichzeitig oder wenigstens noch vor der Theilung des Vermögens erfolgtem Tode beider Eltern, wenn dieselben zwei oder mehrere Höfe hinterlassen sollten, wird dem jüngsten Sohne oder bei Abgang der Söhne, der jüngsten Tochter das Kiesungs- und Erbrecht nur auf einen derselben, dasselbe Recht aber auf die übrigen Höfe den andern Kindern, in der Reihenfolge vom Jüngern zum Aelteren, und zwar mit Vorzug des männlichen vor dem weiblichen Geschlechte, eingeräumt.

§ 2. Wenn die Mutter vor dem Vater stirbt, und bei der mütterlichen Theilung der jüngste Sohn oder die jüngste Tochter bereits ein Haus überkommen haben sollte, so bleibt nach dem Tode des Vaters dem jüngsten Sohne oder der jüngsten Tochter, wenn durch spätere Heirath des Vaters kein jüngerer Hauserbe nachgefolgt ist, freigestellt, das erwähnte Haus nach vorausgegangener Schätzung,

---

[1]) Nachzulesen Stat. II. 4. § 11. („Gesetzestext Seite 181—182). Allzugroße Grundzerstücklungen konnten demnach nur im Vergleichswege verhütet werden, was zu versuchen die Unterbehörden angewiesen waren cf. Univ. Z. vom 13. März 1848, Z. 272.

[2]) Besondre Localstatute betreffen ferner die Heerfahrt und dergleichen Gerechtsame z. B. im Großschenker Stuhl Conclusum vom 13. Februar 1603. „Daß in unserm Stuhl nirgend keine Heerfahrt mit dem Mann soll hinweg sterben, sondern soll den Kindern und der Frauen theilig bleiben, also daß sie sollen Vollmacht haben, darmit zu thun was sie wollen mehr verkaufen, mehr nur acht Tag, mehr nur zwei oder drei Tag" (vergl. über das qualitative Erbrecht besonders die Statute von 1731 und über die Heerfahrtstatute von Seligstadt aus dem Jahre 1653, Probstdorf 1658. „Würde jemand allhier bei uns irgendwo Heerfahrt ansterben, der mag sie daselbst verkauffen wie er kann, hier aber wird sie ihm nicht gelten, auch nicht Macht gegeben selbe zu verkauffen" u. a. m. Rohrbach 1658 art. 2. „Wird sich jemand anders woher dahin wollen setzen, es sey Knecht oder Magd demselbigen soll die Heerfahrt von Vatter und Mutter gültig sein; die aber von Brüder und Freunden angestorben, nicht". u. s. w. (S. meine „deutschen Rechtsdenkmäler" im Vereinsarchiv 1867). In Mühlbach u. a. O. die „Haustheilungen".

zur väterlichen Verlassenschaftsmasse zurückzustellen, dafür dessen Schätzungspreis, welcher bei den Passivschulden ad inventarium zu nehmen ist, an dieselbe zu fordern, und das väterliche ihm zustehende Haus, gleichfalls im Schätzungspreise zu übernehmen. — Sollte jedoch der jüngste Erbe das bei der mütterlichen Theilung übernommene Haus veräußern, oder sonst wie aus dessen Besitz gekommen sein, folglich dasselbe nicht zurückstellen können, so soll derselbe nicht berechtigt sein, auf das väterliche Haus Ansprüche zu machen.

§ 3. Wenn der Vater vor der Mutter, mit Hinterlassung zweier Häuser sterben, und das jüngste Kind eines der Häuser nach Auswahl bereits überkommen haben sollte: so wird diesem nach dem Tode der Mutter kein weiteres Wahl- oder Kiesungsrecht auf die Häuser eingeräumt, sondern das nach dem Tode der Mutter hinterbliebene Haus hat dem nächsten jüngsten Geschwister zuzufallen.

Hermannstadt am 21. Februar 1848.

Von der sächsischen Nations-Universität.

Singulär ist durch viele Localstatute bestimmt gewesen, daß Realitäten im Erbgange nur an Domicilirte desselben Ortes überzugehen hätten, alle nicht Gemeindeangehörige aber blos nach dem Schätzungswerthe befriediget werden sollten. (Siehe z. B. Punkt 9, der Hermannstädter Localconstitutionen von 1698). — Holzmenger Statut (Leschkircher Stuhl) vom J. 1764 vom 22. März art. 2.:

„Daß in Zukunft keinen auswärtigen Erbnehmenden bei ereignender Theilungsgelegenheit Felderbschaften eingetheilet werden sollen, sondern nur denen im Dorff lebenden, statt welcher aber jene nach dem Werth derer Erbschafften mit Preißgebigen Mobilien sollen befriediget werden".

Die Leschkircher Stuhlsversammlung bestimmt 13. April anno 1715 und 15. April 1762, daß die an Wallachen überlassnen öden Hausstellen wieder von der Gemeinde als freie Erde eingezogen werden sollen, wenn sie wüst werden, jedoch „das Gebaü" ausgenommen, welches denen Erben gehörig anheim fallen sollen.

Ebenso art. 3. der Hermannstädter Localstatute von 1589. . . .

Und also soll's auch gehalten werden mit der einmal angenommnen frembder Nation Kindern und Erben. . . . Nach ihrem Absterben sollen die Häuser außerhalb ihrer Kinder nicht erben in die auswelzige Freundschaften . . . u. s. w. (cf. 16. art. der Kronstädter Localstatute von 1602[1]). — S. meine „Municipaleonstitutionen".

Was die, der Collation zu unterwerfenden, Vorempfänge betrifft ist die Regel in Stat. II. 4. 14. und die Ausnahme ebendaselbst § 15. angegeben[2]).

---

[1]) Vergl. *Kurz* Magazin I. S. 247, P. 4 der Localstatute von Hermannstadt anno 1549 ꝛc. In Dörfern bei Sächsisch Regen kommt die merkwürdige Einrichtung vor, daß gewisse Feldgründe an den Hof gebunden waren, andre aber nicht und nur letztre sind frei veräußerlich und vererblich gewesen.

[2]) Nachzulesen und zu erklären die citirten Stellen („Gesetzestext" Seite 182 und 281). — Siehe erste Auflage II. Bd. S. 365, Stück 45 vom J. 1555.

Die Theilung der Verlassenschaft soll der ältere vornehmen, der jüngre aber die Auswahl der Quoten haben[1]).

Ist irgend wie etwas aus dem Nachlasse in böser Absicht verheimlicht, auf Seite geschafft oder zurückgehalten, so ist der Schuldige seines Theiles verlustig, welcher den übrigen Erben verhältnißmäßig zuwächst; doch fällt der sechste Theil davon dem Theilamte zu[2]).

Theilungsrevisionen können innerhalb Jahresfrist verlangt werden[3]).

Regulativpunkte von 1805. II. 8.

Die Theilungen in den größern Städten sind durch zwei Theilämter[4]) zu verrichten, wozu der Magistrat jederzeit bewährte, rechtschaffene und verständige Männer bestellen wird, welche dieses Geschäft gegen ordentlich ausgemessene Theilungsgebühren versehen werden. Worin diese Theilungsgebühren zu bestehen haben, wird künftighin eröffnet werden.

In den kleinern Städten aber und in den Stühlen, wo keine Städte sind, da werden in den Prätorial-Märkten die Theilmänner ihr Amt unter dem Vorsitz des betreffenden Pupillen-Inspectors verrichten; auf den Dörfern aber wird einer der Geschwornen mit Hilfe eines Altschaftsmannes und des Notärs sich diesen Geschäften eigends widmen, dessen Amtsführung mit unter der Aufsicht des Inspectors stehen wird[5]).

Ueber die Theilungsverhandlungen sind ordentliche Vormerkungen zu halten, worin das Nöthige zur Sicherheit der Parteien bemerkt werden muß. Die Theilungsprotokolle sind nach Verlauf eines jeden Jahres dem Magistrat, auf den Dörfern aber dem Amte zu übergeben.

Wenn bei der Theilung eines Vermögens in der Stadt theilnehmende Pupillen vorhanden sind, so hat das Theilamt da, wo solches für sich allein besteht, sogleich den Auszug aus dem Theilbrief über die Pupillarsubstanz dem Pupillen-Inspector mitzutheilen, damit derselbe darüber seine Vormerkung verfassen und das übrige was sein Amt mit sich bringet, veranlassen könne. Da aber, wo der Pupillen-Inspector zugleich Präses des Theilamtes ist, hat derselbe

---

[1]) Nachzulesen ebendaselbst Stat. II. 4. 17. sammt Noten.

[2]) Nachzulesen ebendaselbst Stat. II. 4. 12.

[3]) Ebendaselbst Stat. II. 4. § 16 sammt Noten.

[4]) Siehe nachfolgende Instruction. Ein Senator ist Präses nach Gubl.-Z. 4081: Mag. Z. 2214: 1826.

[5]) Vergl. H. Z. 1152: G. Z. 1764: 1807. — Einen fl. Taggeld für die Theilamtssitzung nach H. Z. 136: G. Z. 1560: Mag. Z. 785: 1822; vergl. Mag. Z. 214: 1820. Wo die Theilung von majorennen Erben selbst vollzogen wird, erhält das Theilamt 6 fl. (cf. Hofrescript vom 25. Juli 1805, HZ. 6693: Herm. M. Z. 2688: 1805). Die eigentlichen Gerichtstaxen und Strafgelder des Theilamtes fließen aber in die Allodialcassa, Herm. M. Z. 506: 1805; vergl. Hofdecret vom 18. October; G. Z. 12: U. Z. 60: H. M. Z. 448: 1805. (Berechnung nach der Tabular-Instruction in fl. CMze. H. Z. 667: GZ. 1609: 1824).

nach der Vorschrift zu verfahren. — Ebenso hat auch auf den Dörfern der Geschworne, welcher die Aufsicht über die Theilungen und zugleich über die Waisen hat, — in jedem Fall, wo bei den Theilungen Waisen vorkommen, zugleich als Waisenvater darauf zu sorgen, daß dasjenige, was den Waisen nach der Theilung gebühret, ordentlich vorgemerkt und für dieselben nach der gegebnen Vorschrift gesorgt werde. — Wenn bei Theilungen auf den Dörfern Streitigkeiten entstehen, welche durch Theilmänner und das Amt nicht geschlichtet und verglichen werden können und die Sache zum ordentlichen Proceß kommen muß, so haben sich die Parteien in solchen Fällen an den Stuhlsrichter oder in einigen Städten an den Stadthaunen zu wenden.

Die Theilämter in den Städten machen zugleich über Streitigkeiten, die aus den Theilungen entstehen, das Forum primae Instantiae aus. In dieser Eigenschaft haben die städtischen Theilämter über die bei ihnen hangenden und verhandelten Proceße dem Magistrate und dem Herrn Comes vierteljährig mit Bemerkung der Ursachen, warum ein und anderer Proceß noch nicht entschieden ist, ordentliche Ausweise vorzulegen. — (cf. die allgem. R. P. von 1805 für die Ortschaften II. 3. Seite 64). — Vergl. hier III. Bd. S. 165.

Beilage zur Hermannstädter MZ. 506 : 1805 (der k. k. Regierungs-Commissär Stephan v. Gyurki communicirt mittelst Erlaß vom 28. Januar 1805 die Instruction für die hiesigen Theilämter) Herm. Norm. Sammlung II. Seite 134.

Instruction

für das in der Stadt und Vorstädten aufgestellte Divisorat.

Die Pflichten des aus zwei Assessoren und einem Aktuar bestehenden Divisorats bestehen in Folgendem:

I. Hat dasselbe alle Theilungen, welche die Erbnehmenden demselben in der gesetzmäßigen Zeit anzuzeigen haben, ordentlich und unpartheiisch auch in der gehörigen Zeit zu vollziehen; bei Sterbfällen, wo unter den Erben Pupillen sind, die Inventur in Gegenwart der nächsten Anverwandten der Pupillen ex officio vorzunehmen, „die Erben zur Vollziehung der Theilung zu verhalten" und im Weigerungsfalle die Assistenz des Magistrats abzuverlangen.

II. Wo Pupillen sind, da hat das Divisorat alsogleich einen Auszug aus dem Theilbrief dem Pupillen-Inspector zum nöthigen Gebrauch mitzutheilen, auch da wo natürliche oder testamentarische Vormünder bestellt sind, solche dem Pupillar-Inspector anzuzeigen. Wo aber entweder keine Vormünder bestellt sind, oder wider einen oder den andern Tutor gegründete Bemerkungen vorkommen, da hat es hievon sowohl dem Pupillen-Inspector die Eröffnung als auch dem Magistrate die Anzeige zur nöthigen Vorkehrung zu machen.

III. Bei Fällen, wo Pupillen, welche unter einer fremden[1]) Jurisdiction

[1]) Bei geistlichen Verlassenschafts-Abhandlungen wird nach G. Z. 6608: Herm. Mag. Z. 2687: 1805 ein Capitelsmitglied zugezogen und auf dem Lande

ſtehen, unter den Erben vorkommen oder in fremden Ortſchaften wohnenden Parteien einiges Vermögen zufällt[1]), iſt daſſelbe gehalten, alſogleich die Sperre anzulegen und dem Magiſtrat hievon zur weiter nöthigen Veranſtaltung die Anzeige zu machen.

IV. Soll daſſelbe über die vollzogenen Theilungen richtige Protokolle führen und alle Theilungs-Rablaturen mit der Nummer, wo ſolche im Protokoll vorkommen, aufbewahren und am Schluß jeden Jahres ſammt dem Protokolle ins Magiſtratsarchiv abliefern.

V. Sind die vorfindigen Teſtamente durch daſſelbe nicht anders als in Gegenwart der Erben zu eröffnen und denſelben hievon auf Verlangen treue Abſchriften zu geben.

VI. Hat daſſelbe von der betreffenden Geiſtlichkeit monatlich das Verzeichniß der Verſtorbenen abzufordern, um wegen der Verlaſſenſchaftsabtheilungen in der gehörigen Zeit die nöthigen Fürkehrungen zu machen.

VII. Hat daſſelbe auch alle wegen Theilungs-Irrungen entſtehende Proceße in prima Instantia aufzunehmen, nach den ſächſiſchen Municipalgeſetzen zu entſcheiden und per Appellationem an den Magiſtrat gelangen zu laſſen.

VIII. In Anſehung der Fürgaben, welche dem hinterbliebnen Theile der Eheleute aus der Verlaſſenſchaft zu exeindiren kommen iſt zwar in den Geſetzen Stat. II. 4. 3. ganz unbeſtimmt gehandelt, da aber nach der hier gewöhnlichen Praxis durchgehends 6% für die Fürgaben gerechnet werden, ſo wird ſich das Diviſorat auch künftig nach dieſer Praxis benehmen.

IX. In Fällen wo über gewiſſe Erbſchaftsſummen Proceße entſtehen, mithin wegen dem darauf gelegten gerichtlichen Verbot weder einem noch dem andern Erben eingehändigt werden dürfen, oder aber wenn für abweſende Erben oder auch Pupillen, welche keine Tutores haben einige Gelder eingehen, dieſes Geld durch das Diviſorat dem Pupillen-Verwalter, um ſolches ad fructificandum anzulegen, die Obligatoria aber ad Depositum Magistratuale zu geben, ohne Zeit Verluſt abgeliefert werden.

X. Hat das Diviſorat bei Stellung der Inventarien darauf zu ſorgen, daß darinnen die Grundſtücke alle mit Nummern und mit umſtändlicher Be-

---

vom Inſpector und Ortstheilamt die Theilung vollzogen. — (Differenzen entſcheidet das Judicat). Bis k. Reſcript vom 6. Juni 1785 war das geiſtliche Forum competent (Transaction der beiden Univerſitäten vom 10. Aug. 1689). 1791—98 abermals geiſtliches Forum, aber ſeit k. Reſcript 1798 weltliche Jurisdiction. Ueber Militärverlaſſenſchafts-Abhandlungen beſonders G. Z. 5870:1805 und über Theilung des avitiſchen bürgerlichen Vermögens der Militär-Individuen durch Civilbehörden, Hofreſcript vom 7. Mai 1838. — Orden verſtorbner Civiliſten ſind dem Gubernium einzuſenden G. Z. 5628:1814 u. ſ. w.

[1]) Bei Erbſchaftsanſprüchen die ins Ausland gemacht werden, muß jeder ein von der Ortsgeiſtlichkeit und Obrigkeit über ſeine Geburt, Namen, Alter und Gewerb erhobnes Zeugniß beiſchließen und ſammt einem von ihm dem Erben und der Obrigkeit ausgefertigten Vollmachtſchein zur Erhebung dem Gubernium überſchicken, H. Z. 1850: G. Z. 6795: Herm. Mag. Z. 2098:1822.

schreibung derlei abgetheilten Grundstücke zu einem und dem andren Theil gehörigen Gelegenheiten eingetragen werden.

XI. Die Theilungs-Gebühr[1]) hat das Divisorat folgendermaßen zu erheben:

a) die Schätzungsgebühr eines Grundstückes in den Vorstädten zu Ufl. 1.

b) für den Gang bei der Schätzung eines jeden Grundstückes Ufl. — 50 D., von jedem 100 fl. — 25 Den.

c) für eine Theilung in der Stadt Ufl. 6 —
in den Vorstädten aber Ufl. 3 —

wobei das Divisorat jedoch bei einem Vermögen, das in der Stadt unter 200 Ufl. und in den Vorstädten unter 100 Ufl. ist, nur mit der Hälfte dieser Gebühren sich begnügen, hingegen bei einem Vermögen, das über 1000 fl. steigt, von jedem 1000 fl. in der Stadt, wo die Theilungsgebühren an sich größer und wegen der Grundstücke mehre dergleichen Verlassenschaften vorkommen, um einen, in den Vorstädten aber, wo die Theilungsgebühren, an sich kleiner, hingegen die Mühewaltung zumal wegen der mehrentheils dem Divisorat selbst obliegenden Inventur größer ist, um zwei Ufl. mehr und so weiter zu genießen[2]) haben wird.

d) die Theilbriefe von einem weniger als 500 fl. betragenden Vermögen soll der Divisoratsactuar unentgeldlich, die eine Summe von 500 fl. übersteigenden Theilbriefe aber gegen Taxe pr. 1 Ufl. 2 D. auszufertigen gehalten sein.

XII. Als Forum primae Instantiae[3]) in Theilungssachen wird das Divisorat dem Herrn Comes und dem Magistrate vierteljährig den Ausweis über die bei ihm hangende und verhandelte Proeeße mit Bemerkung der Ursache warum einer oder der andere noch nicht entschieden ist, einsenden und ebenso wie für die übrigen Richter in der ersten Instanz in den allgem. R. P. vorgeschrieben ist, vor Eröffnung eines förmlichen Proeeßes sich auf alle Art und Weise bemühen die Parteien zur Aussöhnung und zu einem gütlichen Vergleich zu bringen.

Für den Theilungsproeeß von besondrer Folge ist das Hofdeeret vom 21. März 1834 H. Z. 2341: G. Z. 3411: U. Z. 418: Herm. M. Z. 2182: 1834 womit der „Gebrauch" bestättigt wurde, welchem gemäß .... die Theilämter in den Städten das ordentliche Gerichtsforum in erster Instanz; in den Märkten und Dörfern aber nur ein politisches und schiedsrichterliches Forum, von welchem keine Appellation offen steht[4]) — da, wo unbestreitbare Erbfolge ist und die Hinterlassenschaft blos unter die natürlichen und Notherben aufgetheilt werden soll — — die Verlassenschaftsmassa inventiren, pro rata auftheilen

[1]) Ueber Theilungsgebühren s. Note 1 zu den Reg. Punkten von 1805 II. 8.

[2]) Doch fließen auch bei dem Divisorat die eigentlichen Gerichtstaxen in die Allodialcassa (Pensionsfond) und nur diese Theilungsgebühren sind Emolumente des Amtes gewesen.

[3]) Bis zur Regulation nur „Friedensgericht". In der Regel hatte der Theilamtspräses des Vorortes in dieser Eigenschaft die Oberaufsicht im ganzen Stuhle.

[4]) Dorfsgerichte. — Activität vom 26. Juni 1800 bis 11. October 1804.

und jedem der Erben das ihm Zugefallene sogleich übergeben[1]) — wornach der mit der Theilung unzufriedne Erbe nur nach vollzogner Auftheilung der betreffenden Raten, also gleichsam extra dominium[2]) in den Städten im Wege der an den Magistrat anzumeldenden „Appellation", in den Märkten und Dörfern aber mittelst einem bei dem „Gerichte" anhängig zu machenden Proceße oder aber in beiden Fällen nach Anleitung Stat. II. 4. 16. durch eine binnen Jahresfrist anzusuchende neue Theilung oder Theilungsrevision Abhilfe suchen kann.

..... Ferner in denjenigen Fällen, wo außer den Notherben noch ein Dritter entweder unter dem Titel eines Testaments oder einer Schenkung oder was immer für einen Vorwand entweder die ganze Verlassenschaftsmassa oder einen Theil derselben anspricht und die Sache — nachdem die Notherben widersprochen, von dem Theilamte als dem Forum der ersten Instanz rechtlich verhandelt und entschieden worden ist — die natürlichen und Notherben entweder als Triumphanten oder Succumbenten bis zum Ausgang des Streites in ungestörtem Besitz des strittigen Gegenstandes bleiben und daher die Appellation auch intra dominium[3]) anmelden und verfolgen können — — — jedoch wird dieser Gebrauch mit dem Beisatze bestätigt, daß . . .

1) die Rechtsregel: Pendente lite nihil est innovandum nach dem Gesetz Stat. I. 11. 2. gemäß nach geschehner Appellations-Anmeldung bei'm Theilamte oder nach Anhängigmachung des Streites derjenige dem eine Realität oder ein strittiges Grundstück zugewiesen worden, diese Gegenstände während des Proceßes im bisherigen Stand erhalten müße und dieselben weder umändern noch mit Schulden belasten oder gar verbrauchen dürfe und daß . . .

2) auf Verlangen der appellirenden Partei, die im Besitze der strittigen Substanz oder Realität stehenden Gegenpartei behufs der Sicherstellung der Forderung — der erstren zur Leistung einer hinlänglichen Caution verhalten oder aber, wenn diese Caution nicht geleistet werden könnte und die Umstände es erheischen der Streitgegenstand dem Sequester unterworfen werden müsse[4]).

§ 9. Die Vormundschaft[5]).

Die Vormundschaft, namentlich über Minderjährige, sollte Schutz- und Rechtsvertretung jenen Personen gewähren, die über sich selbst und ihr Vermögen noch nicht mit reifem Willen verfügen konnten. Sie gebührt

[1]) Vergleiche aus dem ungar. Proceßrecht besonders Trip. I. 67.

[2]) cf. Tabular-Instruction § 159 u. a. O. (s. ungar. Proceßpraxis).

[3]) Vergl. einen analogen Fall in einem Schuldproceße Gubl. Z. 3018: Mag. Z. 2257: 1822.

[4]) Vergl. 30: 1791. Nutznießungsbestimmungen bei Sequestrationen strittiger Gegenstände nach G. Z. 1911: 1807, G. Z. 3194: 1825 und H. Z. 473: Gbl. Z. 1314: Mag. Z. 1129: 1830.

[5]) Siehe *Sachsenheim* Seite 277 und 290—325.

zunächst den Eltern, oder dem einen überlebenden Elterntheile[1]), dann in Ermangelung derselben dem von Vater oder Mutter für Mündel eingesetztem testamentarischem Vormunde[2]), überhaupt aber den nächsten Anverwandten und der ganzen Gemeinde, welche durch ihre Amtspersonen für das Wohl aller hilfsbedürftigen Mitglieder zu sorgen, sittlich und rechtlich verpflichtet ist.

Die Gemeinde selbst ist also die obervormundschaftliche Behörde und muß treue und geschickte Vormünder bestellen und überwachen.

Die Bestellung derselben ist vorzunehmen, entweder:

1. auf Grund eines elterlichen Testaments, oder
2. auf Grund des Gesetzes, (die natürliche Vormundschaft der nächsten Anverwandten),
3. oder mittels obrigkeitlicher Verfügung. (Tutela testamentaria, legitima et dativa[3]).

Die Blutsfreunde haben Recht und Verpflichtung der Tutel, sowohl in Folge ihres besondern Familienverhältnisses und darin gegründeter Rechtsgenossenschaft, als auch in Rücksicht der ihnen zustehenden reciprocen Successionsrechte in das Vermögen ihrer Mündel und hatten wohl deshalb anfänglich Nutznießungen am verwalteten Gute, welche ihnen aber Stat. II. 3. § 5. abspricht; dagegen sollen alle andern Vormünder einen Lohn für ihre Mühe erhalten und dies war nach der Praxis und Verordnungen[4]) gewöhnlich ein Sechstel der reinen Einkünfte von dem Pupillarvermögen.

Von der Vormundschaft waren ausgeschlossen:

1. Fremde (nicht Ortsansässige);
2. Frauenzimmer[5]);
3. Männer vor dem 25. Lebensjahre;
4. Verschwender und Geistesschwache;
5. Schlechtgesittete[6]).

Befreiungsgründe waren[7]):

1. Oeffentliche Amtsführung;

---

[1]) cf. Stat. II. 3. 1. („Gesetzestext" Seite 175 und 272).

[2]) cf. Stat. II. 3. 2 („Gesetzestext" Seite 175 und 272).

[3]) Nachzulesen l. c. Stat. II. 3. § 3—4.

[4]) cf. 52 : 1791. G. V. 23. Juli 1796, Z. 1565: Herm. Mag. Z. 2208: 1796 ꝛc. ꝛc. (In Kronstadt sogar ein Drittel).

[5]) Nachzulesen Stat. II. 3. § 10, Seite 177. (Die Ausnahme des Gesetzes?)

[6]) Stat. II. 3. § 10 und 15.

[7]) Nachzulesen l. c. § 6. Wenn ohne solche Gründe Verwandte die Vormundschaft ausschlagen, so verlieren sie dem Mündel gegenüber ihr eventuelles Erbrecht.

2. Größre Anzahl eigner Kinder;
3. Armuth und Erwerblosigkeit;
4. Langwierige Krankheiten u. dgl. m.

Die erste Verpflichtung des mittels schriftlicher Urkunde bestellten Vormundes war entweder selbst das Inventar des Pupillarvermögens vorzunehmen oder das ämtlich bereits errichtete zu übernehmen, und in der Regel (anfänglich dem Majorennen, später der Behörde) über seine Geschäftsführung Rechnung abzulegen[1]).

Er hat bei Erfüllung seiner Obliegenheiten die Sorgfalt eines redlichen Hausvaters anzuwenden (Stat. II. 3. § 7.) und darf namentlich ohne hinreichenden Grund und Genehmigung der obervormundschaftlichen Behörde unbewegliche Güter durchaus nicht veräußern (Stat. II. 3. § 11.[2]), auch nicht Proceße für seinen Pupillen beginnen[3]).

Ferner ist es den Tutoren verboten selbst etwas aus dem Pupillarvermögen für sich anzukaufen oder überhaupt bei ihrer Verwaltung eigne Rechtsgeschäfte mit sich selbst, als dritten Personen, abzuschließen, weshalb sie auch nach Stat. II. 3. § 12. verpflichtet sind ihre etwaigen Schulden, welche von den Eltern des Pupillen herrühren, anzusagen. In keinem Falle ist es dem Vormunde gestattet die entsprechende Verwendung des Pupillarvermögens zu verweigern, wenn auch die Ausbildungskosten des Minderjährigen, oder seine Geschäftseinrichtung den Verbrauch von Hab und Gut nothwendig machen sollten. Das Gesetz Stat. II. 3. § 14. und II. 4. 15. sowie Stat. III. 1. 7. stehn in dieser Beziehung im Zusammenhange und sichern den Bewohnern des Sachsenlandes das ihnen auch staatsrechtlich zustehende Recht im In- oder Auslande wissenschaftlicher Studien wegen zu verweilen und den nöthigen Aufwand zu machen.

Für nicht geeignete Vormundbestellung ist die Behörde verantwortlich[4]) und diesemnach sind folgende Regelungen erfloßen.

Nach 15. P. I. Abschnitt der R. P. von 1805 Z. 10040 : 1804 :

„Der Pupillenverwalter in den Städten ist verpflichtet dem Magistrate jährlich einen tabellarischen Ausweis vorzulegen, worin nicht nur der Name

---

[1]) Nachzulesen l. c. Stat. II. 3. § 1. 9 und 11.

[2]) Pupillengüter sind blos mit Erlaubniß des Magistrats und nur licitando zu verkaufen G. Z. 1457 : 1797.

[3]) Comitialverordnung vom Jahre 1811 Z. 967. Vergleiche Universitäts-Statut vom 24. April 1761.

Der Gemeindefiscal hatte die Verpflichtung über Erkenntniß der Behörde Proceße jener Waisen ohne Belohnung zu führen, welche wegen Armuth und Minderjährigkeit besondern Schutzes bedurften (s. Instruction für den Hermannstädter Stadt- und Stuhls-Fiscal vom Jahre 1805 § 4. G. V. 5801 : 1830).

[4]) Nachzulesen Stat. II. 3. § 8, 9, 13—15. („Gesetzestext" S. 176—178 und 273—276).

des Tutors, eines jeden Pupillen und der Betrag der Pupillarsubstanz nach dem Inventario mit dem im verfloßnen Jahr hinzugekommenen Zuwachs des Vermögens, sondern auch die Zeit der vom Vormund gelegten Rechnung mit beigefügter kurzer Bemerkung auf was für eine Art für die Erziehung der Pupillen gesorgt sei, klar und deutlich angeführt werden muß, damit der Magistrat daraus den Stand des Pupillenwesens gehörig übersehen, nach Maßgabe der Umstände das Nöthige verfügen und die nachläßigen Vormünder ohne weiters zur Erfüllung ihrer Pflicht verhalten könne und möge[1]).

Außerdem wird es zu seinen Obliegenheiten gehören:

1) den Theilungsbrief, in welchem die Pupillar-Substanz angemerkt ist, in ein besondres Protocoll einzutragen.
2) die der Verderbniß ausgesetzten Pupillar-Realitäten durch Versteigerung zum Vortheil der Pupillen verkaufen zu lassen, das dafür eingegangene Geld aber wie auch was sonst in Geld vorhanden ist, gegen hinlängliche Sicherheit, auf Zinsen anzulegen und gegen gleiche Sicherheit auch die Häuser und liegenden Gründe zu vermiethen und zu verpachten.
3) Getreue und geschickte Vormünder zu bestellen[2]) und denselben das Pupillarvermögen mit dem Inventario gegen hinlängliche Sicherheit mit der Verbindlichkeit einer jährlichen Rechnunglegung[3]) zu übergeben.
4) Die Vormünder zur gehörigen Zeit zur Rechnung aufzufordern und zu sorgen daß die Pupillen entweder in die Schule geschickt oder zu einem Handwerk verwendet werden.
5) Der Pupillen-Inspector wird zugleich auch das Grundbuch an dem Orte, in welchem er die Waisen-Inspection hat, führen, insoweit ein solches Grundbuch vorhanden ist". —

Auf den Dörfern hat einer der Geschwornen, nämlich derjenige, welcher auch die Theilungen besorgt, auf die Waisen besondere Obsorge zu tragen und besonders darauf zu sehen, daß da, wo keine Vormünder sind, selbe mit Vorwissen und Einstimmung des Amtes bestellt werden; die bestellten Vormünder aber ihre Pflichten erfüllen und der Altschaft die Rechnungen[4]) über die Pupillarsubstanz ablegen und für die Erziehung der Waisen bedacht sein mögen[5]).

---

[1]) Schon 1548 war bestimmt, daß Pupillargüter nur in gewissen Fällen durften mit Vorwissen des Magistrats veräußert werden; (siehe Hermannstädter Magistrats- und Universitäts-Protokoll IV. 17).

[2]) Wofür sie keine Taxe entrichten G. Z. 5331: Mag. Z. 1972: 1829.

[3]) Verfahren gegen Vormünder, welche die Rechnung legen G. Z. 1972: 1800. Ueber vormundschaftliche Errichtung des Inventars, Gubernialdecret vom 11. October 1799 G. Z. 8926.

[4]) Bei dieser Rechnungslegung hat auf den Dörfern der Ortsnotär dem Vormunde beizustehen. Die Prüfung erfolgt vom Pupillar-Inspector (Waisenvater) und zwei Mitgliedern der Communität (s. Reg. P. P. 3, Absch. 1, von 1805).

[5]) Vergl. die ämtliche Instruction über die Behandlung des Verlassenschafts und Pupillarwesens von 1852 § 201, Seite 55. (Instruction von 1805, Z. 792 Herm. Mag. Prot. Seite 173).

Herm. Mag. Z. 792 : 1805.

Instruction

für den Waisenvater oder Pupillar-Inspector[1]).

§ 1. Nachdem der Endzweck der Anstellung eines Pupillar-Inspectors ist, das Wohl der Pupillen auf alle mögliche Weise zu besorgen, so fasset die Obliegenheit desselben hauptsächlich zwei Gegenstände in sich, nemlich über die Person des Pupillen gehörige Aufsicht zu haben und sein Vermögen zu sichern und nach Möglichkeit auch zu vermehren.

§ 2. Nach Vorauslassung dieser Grundsätze wird um die über die Person der Pupillen gehörige Aufsicht haben zu können, die Pflicht und Schuldigkeit desselben sein:

I. Alle sowohl in der Stadt als Vorstädten befindlichen Pupillen unter der vom Magistrate hiezu beizugebenden Assistenz ausfindig zu machen, sie zu conscribiren, ihre Namen, Geschlecht, Alter, Elternnamen und mit Zuziehung der Theilungsbriefe ihr Vermögen, ihren dermaligen Aufenthalt und Erziehung in das Amtsprotokoll einzuführen.

II. Wird hiebei bemerkt, daß einige Pupillen keinen Tutor haben, so sind dieselbe mit Vorwißen des Magistrats zu bestellen und ihnen das Vermögen des Pupillen nebst Inventario gegen ordentlichen Revers zu übergeben.

III. Nach Befund dessen, daß die Erziehung des Pupillen vernachläßiget worden, gleich zu veranstalten, daß der Pupill in Religion und guten Sitten eine seiner Bestimmung angemessene Erziehung erhalten und sich zu einem ihm Brod verschaffenden Stand vorbereite.

IV. Gleichwie diese Fürsorge in Ansehung derer dermaligen Pupillen zu beobachten ist, ebenso pünktlich muß sie auch in künftigen Fällen befolget werden, folglich um zu bewirken, daß künftighin alle verwaiseten Kinder zur Kenntniß des Pupillen-Inspectors kommen, so muß demselben mittelst des Todtenbeschauers oder Chirurgi alsobald angezeigt werden, wenn Eltern mit Hinterlassung einiger Pupillen absterben, wornach der Todtenbeschauer gehörig zu instruiren und ihnen folgendes Formular zur Richtschnur vorgeschrieben ist. — (Folgt das Formular). /.

V. Sollte der Pupill während der Minderjährigkeit absterben, so wird das im Protokolle zu bemerken und dem Magistrat die Anzeige zu machen sein.

VI. Wenn ein Pupill seinen Aufenthaltsort verändert, einen Dienst ansuchen oder was immer für einen neuen Stand antreten will, so hat der Vormund dem Inspectorat davon die Anzeige zu machen und die Bewilligung einzuholen, um solches in dem Protokoll vorzumerken und dasjenige vorzukehren, was dem Besten der Pupillen angemessen zu sein befunden wird.

§ 3. Was die Sicherheit des Pupillenvermögens betrifft, so hat derselbe:

---

[1]) Im Sprengel hierortiger Jurisdiction Pupillengüter verwaltende Curatoren unterstehen der obervormundschaftlichen Behörde ihres Domicils nach G. Z. 3598: Herm. Mag. Z. 3021: 1821.

I. Nach der Conſcription vorfindiger Pupillen ihren Vermögensſtand aus den Theilungsbriefen und Inventarien, welche ihm das betreffende Diviſorat auf ſein Verlangen alſogleich herauszugeben hat, auszuforſchen, zugleich zu erfahren, wem das Vermögen anvertraut, ob es hinlänglich geſichert iſt, ob der einer Rechnungslegung nach Maßgabe der Geſetze unterworfne Tutor die Rechnung jährlich abgelegt hat; ſollte er einen Mangel an einem oder andrem vom Vorausgeſetzten wahrnehmen, ſo wird ſeine Schuldigkeit ſein nebſt Anzeige an den Magiſtrat darauf zu dringen, daß das Vernachläſſigte erſetzt werde, die Vormundſchaft ein andrer übernehme, zugleich das Pupillenvermögen nicht nur geſichert, ſondern wenn der Pupill in der Theilung durch Vormünder oder wen immer verkürzet worden wäre, auch mittelſt eines durch den ſtädtiſchen Fiscal zu führenden Proceßes ergänzt werde[1]).

II. Wenn die Theilungsprotokolls-Auszüge bei dem Pupillar-Inſpector einlangen, ſo hat derſelbe über jeden Pupillen nach dem folgenden Formular ein Waiſenprotokoll zu führen. (Folgt das Formular). ⁄.

Wenn ſich in dieſem Protokoll auf eine Urkunde oder auf eine Vorbeſcheidung des Pupillar-Inſpectorats bezogen wird, ſo iſt zugleich die Zahl des Stückes und das Jahr anzumerken, unter welchem ſie in der Regiſtratur oder im Geſchäftsprotokoll anzutreffen iſt.

Die Ausfüllung der Rubriken iſt ſogleich wie die Geſchäfte oder Veränderungen vorfallen, zu beſorgen, und nicht von einer Zeit zur andren, noch weniger aber bis zum Ende des Jahres aufzuſchieben.

§ 4. Die Sorge für die Sicherſtellung des Pupillenvermögens erheiſchet es, daß ihr Vermögen nur jenen Leuten ſowohl zur Verwaltung als zur Verzinſung übergeben werde, die hinlängliches Vermögen beſitzen, folglich ſolvent ſind. Um dieſes zu erreichen, muß das Reſignations-Inſtrument oder Obligation über verzinſende Capitalien in das Waiſenamtsprotokoll eingetragen und zugleich auf die Realitäten des Unternehmers intabulirt werden. Zu dieſem Endzweck dienet die Führung des Grundbuchs[2]), wo alle auf Realitäten haftende Schulden vorgemerket ſein müſſen, um beurtheilen zu können, ob bei jenen oder andren hinlängliche Sicherheit ſei.

§ 5. Wenn nach dieſen Grundſätzen und mit dieſen Vorſichten dem Vormund das Vermögen der Pupillen übergeben worden iſt, ſo erwächſt für ihn die Pflicht nicht nur auf die Erhaltung des übernommenen Vermögens treu und redlich zu ſorgen, ſondern auch den Ertrag deſſelben ſo viel nur möglich zu ver-

---

[1]) Herm. Mag. Z. 505:1805 Inſtruction für den Hermannſtädter Stadt- und Stuhls-Fiscal, § 4. Die Wittwen und Waiſen, welche Armuth oder Minderjährigkeit wegen nicht im Stande ſind Proceße zu führen — wenn letztre nehmlich die Waiſen auf Erkenntniß des löbl. Magiſtrats einen ſolchen führen müſſen — zu vertreten — ohne Belohnung (G. Z. 5801: Mag. Z. 94:1830, ſ. Inſtructionen von 1808, 1823, 1833, letztre unter G. Z. 886: Mag. Z. 642:1833).

[2]) Vergl. G. Z. 6144:1781. — Hausbriefe gewähren nur durch Intabulation Sicherheit. — Vergl. Statut unter H. Z. 4275, G. Z. 6071: U. Z. 678:1846.

mehren und gewiſſenhaft zu berechnen. — Inſonderheit aber iſt der Vormund verpflichtet die Erziehung des Mündels, es mag dieſe bei ihm im Hauſe, in der Schule, hier oder in der Entfernung oder auch bei einem Meiſter wo der Pupill in der Lehre oder in Condition ſteht, ſtattfinden, ſo zu leiten, daß er ſein Benehmen nicht nur bei der vorgeſetzten Vormundſchafts-Behörde, ſondern auch vor Gott und der Welt verantworten könne. An welche Pflichten der Inſpector den Vormund jederzeit zu erinnern hat.

§ 6. Er hat dafür zu ſorgen, daß unter dem Deckmantel der Pupillar-Erziehungskoſten das Vermögen durch die Vormünder nicht vermindert werde und daher nach Verhältniß des Vermögens und Standes des Pupillen die Erziehungskoſten vorläufig zu beſtimmen ſein.

§ 7. In ſolchen Fällen, wo den Waiſen gar kein Vermögen zufällt, hat der Pupillar-Inſpector einvernehmlich mit dem betreffenden Theilamt ihre Erziehung und Verſorgung den nächſten Anverwandten zu übertragen. Sollten aber entweder keine Anverwandten vorhanden ſein, oder dieſe ſich der Erziehung der Waiſen nicht annehmen wollen, für ihre Verſorgung auf eine andre Art zu ſorgen.

§ 8. Dieſen Endzweck zu erreichen wird ſich das Pupillar-Inſpectorat bemühen, ſolche Kinder entweder an kinderloſe oder auch an andre zum Wohlthun geneigte Menſchen mit Uebertragung aller natürlichen Gewalt bis zu ihrer Volljährigkeit mit der nöthigen Vorſicht gegen Revers zu übergeben oder aber für ihre Verſorgung auf eine andre den Zeiten und den Umſtänden angemeſſne Art Sorge zu tragen.

§ 9. Um die Pupillen bei den Theilungen vor aller Verkürzung ſicher zu ſtellen, wird der Inſpector darauf ſorgen, daß der Vormund wenn derſelbe ſchon beſtellet iſt, bei der Theilung ex nobili officio gegenwärtig ſei.

§ 10. Wenn er vom Diviſorat den, den Pupillen betreffenden, Theilungsbrief erhalten hat, ſo wird er denſelben in ſein Protocoll eintragen und auf den Fall, wenn einige der Verderbniß ausgeſetzte Realitäten den Pupillen zugetheilt worden, ſo wird er dieſelben einverſtändlich mit dem Theilamt licitando verkaufen laſſen und das davor kommende Geld ſicher ſtellen. Iſt derſelbe aber nicht beſtellt, ſo muß der Inſpector einverſtändlich mit dem Diviſorate[1]) auf deſſen baldige Beſtellung bedacht ſein, damit er die Waiſen bei der Theilung vertreten könne.

§ 11. Er hat weiter dafür zu ſorgen, daß das von den Erziehungskoſten erübrigende Vermögen der Pupillen auf Zinſen vorerwähntermaßen angelegt werde. In Anſehung der übrigen Realitäten aber wird derſelbe nach Maßgabe der Geſetze und der vorhandnen Umſtände mit Vorwiſſen des Magiſtrats für das Beſte des Pupillen die nöthigen Einleitungen treffen.

§ 12. Vor Erlangung der Großjährigkeit des Pupillen iſt der Vormund auf ſein Gewißen zu vernehmen, ob der Pupill ſo beſchaffen ſei, daß ihm die Verwaltung ſeines Vermögens anvertraut werden könne. Findet der Vormund

[1]) Nur Verwandte können von demſelben zu Tutoren beſtimmt werden G. Z. 9397 : 1821, G. Z. 1593 : 1826.

keinen Anſtand dabei, ſo iſt der Pupill gegen Beibringung des Taufſcheines nach dem 10. § im 3. Titel des II. Buches der Statutargeſetze mit dem Tage des vollendeten 20. Jahres oder der vollzogenen Ehe großjährig zu erklären und der Vormund zur Ablegung der Schlußrechnung zu verhalten, welche ſodann zu berichtigen, das Vermögen, wenn mehrere Pupillen vorhanden ſind, abzuſondern und an den volljährig Erklärten zu übergeben iſt. Hierüber muß ein Uebergabs-Inſtrument ausgefertiget, darinen alles, was der Vormund an baarem Gelde, Schuldſcheinen, Prätioſen, Realitäten oder ſonſtigem Vermögen ſeinem geweſenen Mündel übergibt, eingetragen und die Urkunde von dem Mündel, dem Vormund und zween Zeugen unterfertiget, dem Curator zugeſtellt werden, nachdem zuvor die ſolchergeſtalten erfolgte Uebergabe bei dem Pupillen-Inſpectorat ſowohl im Geſchäfts- als auch auf dem betreffenden Blatt des Waiſen-Protokolls vorgemerket iſt.

§ 13. Sollte der Vormund ſolche erwieſene Anſtände vorbringen, die den Mündel zur Erhaltung der Großjährigkeit unfähig machen, ſo ſoll der Inſpector die Sache unterſuchen und im Fall ſich die Anſtände bewähren, dem Magiſtrat davon zur Vorkehrung des Weitern die Anzeige machen.

§ 14. Jeder Vormund muß Rechnung legen, wenn er davon nicht ausdrücklich entbunden worden iſt und ſaumſelige Rechnungsleger müßen durch Zwangsmittel dazu verhalten werden. — Die Vormünder aber können von der Verbindlichkeit der Rechnungslegung nur nach folgenden Grundſätzen enthoben werden.

a) In Fällen, wenn das Vermögen ſo gering iſt, daß der Ertrag deſſelben den unentbehrlichen Aufwand auf den Unterhalt und die Erziehung der Waiſen nicht überſteigt.

b) Der Vater als Verwalter von dem Vermögen, welches ſeine Kinder von ihrer Mutter geerbt haben, laut Stat. Geſetz im 13. §. des 4. Titels im zweiten Buche.

c) Wenn derjenige, von welchem das Vermögen an das Kind gelangt iſt, den Vater oder Vormund von der Verrechnung des Ertrags ausdrücklich enthoben hat. Aber ſelbſt in dieſen Fällen hat die Pupillar-Inſpection in Anſehung des Vermögens, es mag in was immer beſtehen, die gehörige Sorgfalt zu tragen und wegen deſſen Sicherſtellung auch das betreffende Theilamt das Nöthige zu veranlaſſen, woferne ſolches nicht bereits geſchehen wäre.

§ 15. Die Vormundſchaftsrechnung muß jedes Jahr gelegt werden und ſo eingerichtet ſein, daß daraus die Einnahmen und Ausgaben, wie nicht minder der geſammte Vermögensſtand des Waiſen zu erſehen ſei. Sowohl der Empfang, wenn er nicht ſchon an ſich aus der Rechnung deutlich erhellt als auch die Ausgaben, wenn ſie über ein fl. betragen, müſſen mit Beilagen, deren Richtigkeit der Inſpector zu beurtheilen hat, ausgewieſen werden.

§ 16. Zur Begründung des Empfangs ſind bei den erſten Rechnungen die Theilungs-Protokollsauszüge bei den folgenden aber ſummariſche Ausweiſe über das nach der vorhergegangenen Rechnung verbliebne Vermögen beizulegen.

§ 17. Die erste Pupillarrechnung ist vom Tage der übernommenen Vormundschaft bis letzten October, die folgende aber auf das ganze Jahr vom 1. November — bis Ende Oktober folgenden Jahres allemal schriftlich zu legen und bis zum 20. November einzureichen.

§ 18. Bei der Prüfung der Rechnung, welche unter dem Vorsitz des Pupillen-Inspectors durch zwei aus der Communität beizugebende verständige Männer zu geschehen hat, muß die Aufmerksamkeit auf folgende Umstände gerichtet sein:

a) ob bei dem Empfang nichts ausgelassen worden,
b) ob die Intressen und sonstigen jährlichen Einkünfte von einem Zeitpunkte zum andern richtig berechnet und nichts übergangen worden,
c) ob die Ausgaben mit Beilagen gehörig ausgewiesen sind,
d) etwa über einen oder den andern Umstand eine höhre Bewilligung nachzuholen verhalten werden müsse,
e) ob in der Berechnung kein Fehler unterlaufen sei, —
f) ob der Rechnungsleger den Rechnungsrest mit der erforderlichen Sicherheit ausgewiesen habe.

§ 19. Nach erfolgter Prüfung der Rechnung sind die dabei vorgefundenen Mängel und Bedenken dem Rechnungsleger zuzustellen, um binnen 14 Tagen die Erläuterungen derselben einzureichen und so ist auch mit den Superbemängelungen und Erläuterungen zu verfahren, am Ende aber dem Vormund das Absolutorium entweder glattweg oder aber mit der Bemerkung der Posten, die ihm zur Last fallen, auszufertigen.

§ 20. Wenn die Vormundschaft oder Administration ganz aufhört, so steht denjenigen über deren Vermögen die Rechnung gelegt worden oder ihren Erben die Rechnungen zu sich zu nehmen oder so lange die Verwaltung in Rücksicht einiger Miterben noch fortdauern muß, solche bei der Pupillar-Inspection einzusehn, daher sind die Rechnungen nach dem Jahr zu fasciculiren oder zu regestriren, um sie ohne Anstand ausfolgen zu können. — Bei dieser Verabfolgung aber ist die Vorsicht zu gebrauchen, daß die Rechnungen genau beschrieben, über die Beilagen ein Verzeichniß verfaßt und über den Empfang ein Schein ausgestellet werde.

§ 21. Ueber die eingebrachten Rechnungen ist nach dem hier beigehenden Formular ein umständliches Protokoll zu führen und solches dem löbl. Magistrat mit Ende eines jeden Jahres zur Einsicht zu übergeben. ⁄.

§ 22. Eine Abschrift ist hievon mit Ende December eines jeden Jahres dem löbl. Magistrat gleichfalls einzuschicken, um sie der Vorschrift gemäß der hohen Landesstelle zu unterlegen.

§ 23. Da der Pupillar-Inspector zugleich Grundbuch-Verwalter ist, so hat derselbe auch die in dieser Eigenschaft ihm zustehenden Pflichten zu beobachten und daher auch insolange bis die Modalität eines einzuführenden ordentlichen

Grund- und Lagerbuchs festgesetzt sein wird, die allhier in dergleichen Fällen gewöhnlichen Vormerkungen zu führen und die bisher üblich gewesenen Taxen dafür zu beziehen [1]).

§ 10. Erbgemäch und Liebniß.

Nach altdeutschem Gewohnheitsrechte, Sprachgebrauch und Reichspraxis [2]) war jede letztwillige Verfügung über das Vermögen eine Art öffentliches Rechtsgeschäft, dessen Wirkungen im Todesfalle der hierüber sich äußernden (fatirenden) Person einzutreten hätten. Betraf die Verfügung den ganzen oder gewiße Theile des Nachlaßes, so hieß sie Erbgemäch, — betraf sie blos ein einzelnes Vermögensobject, so pflegte man sie Liebniß (beschednes, beschiedenes Gut) zu nennen.

Begreiflicherweise waren auch diese letztwilligen Rechtsgeschäfte an die gewöhnlichen Bedingungen der Dispositionsbefugniß und an die Form der Verträge (oder Schenkungen) gebunden. In erstrer Beziehung machte es der Familien- und Gemeindeverband, der sociale Charakter des Eigenthums, unmöglich über Liegenschaften und über besondres ererbtes Gut [3]) ganz frei zu verfügen; in letztrer Rücksicht schien andrerseits die gewöhnliche Zuziehung von zwei oder drei Zeugen — (und wohl anfänglich neben geistiger noch körperliche Gesundheit [4]) — erforderlich.

Es mußten daher solche letztwillige Verfügungen über das Vermögen um so seltner sein, als sie auch der im Volksbewußtsein lebenden Rechtsidee widerstritten, wornach nehmlich von der natürlichen (gesetzlichen) Erbfolge angenommen wurde, daß sie allein ebensowohl der sittlichen und juristischen Nächstberechtigung der Anverwandten, als auch der Ordnung aller genossenschaftlicher Lebensverhältniße entspreche.

Mit den durch die Geistlichkeit (zunächst in Folge des eingeführten kanonischen Rechts) beförderten Vergabungen zu Gunsten des eignen Seelenheils und der Kirche, und Zuziehung von allen dergleichen und ähnlichen Dispositionen vor die eignen Gerichtshöfe des Clerus kamen zugleich die dem römischen Rechte entlehnten Ausdrücke von Testament, Codizill und Legat in allgemeine Aufnahme und bereiteten so die Reception des Römischen Rechtes vor. In der That glaubte die Legislation nichts Beßres thun zu können, als auch bezüglich dieses Rechtsgebietes durch Aufnahme römischer Rechtsregeln die Vollendung und Durchführung deutsch-eigenthümlicher Rechtsinstitute beschleunigen zu können; doch war

---

[1]) Zusätze unter G. Z. 446: Herm. Mag. Z. 2116: 1808, ferner G. Z. 2362: Herm. Mag. Z. 1748: 1813 und G. Z. 9841: Herm. M. Z. 2615: 1817.

[2]) Vergl. „Gesetzestext" Seite 64 § 45.

[3]) Nachzulesen Stat. III. 6. § 9. „Gesetzestext" Seite 205.

[4]) Rückschluß aus Stat. II. 5. § 3. „Gesetzestext" Seite 184.

das nationale Gewohnheitsrecht noch immer so mächtig und wirkte selbstthätig fort, daß die im Municipalgesetze zweitem Buche 5. und 6. Titel enthaltnen Bestimmungen über Testamente und Legate in mancher Beziehung die ununterbrochne Herrschaft desselben aufrecht erhalten.

Es ist daher auch bloße Schuldoctrin geblieben, als Begriffsmerkmal eines Testamentes das Erforderniß der Erbeinsetzung anzunehmen. Bei der principiellen Verschiedenheit römischen und deutschen Erbrechts läßt sich dies umsoweniger festhalten, als nicht nur ursprünglicher Grund des Rechtsinstitutes, sondern auch weitre juristische Folgen wesentlich von einander abweichen. Weder die aus dem Suitätsverhältniße (der Eltern und Kindern) hergenommene Vorstellung einer zwischen Erblasser und Erben bestehenden Personeneinheit, noch die eigenthümlichen an Delation und Acquisition geknüpften Wirkungen des neuen Vermögensverbandes sind auf das siebenbürgisch-sächsische Privatrecht vom Einfluße gewesen und es zeigt dieses auch hierin seine nahe Verwandschaft mit deutschen Stadtrechten (Z. B. Lübeck, Bremen u. a.), welche ebenfalls die erst in spätrer Römerzeit singulär ausgebildeten Institute des beneficium inventarii[1]) und der Transmissionen u. dgl. m. als selbstverständliche Einrichtungen von jeher anerkannt haben.

Nach dem Statutargesetzbuche sind die Erfordernisse des stets widerruflichen Testaments (Erbgemächs):

a) innre:

1. Willensfreiheit[2]);
2. Verfügungsrecht des Testators[3]).

b) äußre:

1. Einheit der Zeit und Handlung der Testamentsbeglaubigung durch[4])
2. Zuziehung von Zeugen[5]).

Uebrigens kann das Testament mündlich oder schriftlich, oder gerichtlich sein, in welch' letztrem Falle es als ein öffentliches der Zuziehung von Zeugen nicht bedarf[6]).

Solche Testamentszeugen konnten nach Stat. II. 5. § 5. und 6. nur solche Männer und Jünglinge sein, welche selbst testirungsfähig und allgemein oder speciell vollkommen glaubwürdig waren; auch

---

[1]) Vergl. Stat. III. 3. 5. (nachzulesen „Gesetzestext" Seite 197).

[2]) Die Willensfreiheit fehlt Unmündigen, Vernunftlosen, Tauben, Stummen, Gezwungnen und Betrognen. (Nachzulesen Stat. II. 5. § 1—3 und § 7. „Gesetzestext" Seite 184 und 185) ꝛc. ꝛc.

[3]) Siehe Folgendes über Notherbenrecht und Pflichttheil.

[4]) Nachzulesen l. c. Stat. II. 5. § 4.

[5]) Ebendaselbst § 4—6. (Garant- oder Solennitätszeuge?)

[6]) Doch mußte es entweder versiegelt hinterlegt oder offen bekannt und in beiden Fällen der Act protocollirt werden.

durften Ordensgeistliche, welche auf Curatien der Seelsorge ausgesetzt waren, bei einem mündlichen Testamente nicht als Zeugen zugezogen werden[1]).

Wenn aber ansteckende Krankheiten herrschen, können auch Frauenspersonen und Hausgenossen, ungerufen und zufällig, zu gleicher oder verschiedner Zeit als Testamentszeugen gebraucht werden[2]).

Sollte Jemand den Erblasser zur Testamentserrichtung entweder gezwungen oder betrogen oder daran verhindert haben, so gebührt demselben in keinem Falle ein Erbrecht, sondern der nächste Anverwandte ist zum Nachlaße berufen[3]); — sollte jedoch unter Gatten durch Ueberredung und Schmeichelei ein Vermächtniß erschlichen worden sein, so hat es seine Gültigkeit[4]).

Gatten dürfen auch unter sich einen wechselseitigen Erbvertrag errichten oder Schenkungen auf den Todesfall vornehmen, doch nur wenn keine pflichttheilsberechtigten Erben vorhanden sind oder später geboren werden. Geschieht dies, so ist das Rechtsgeschäft ganz aufgehoben[5]), und die nachgebornen Kinder haben ungeschmälerte Successionsrechte.

Die pflichttheilsberechtigten Notherben sind: alle Descendenten, alle Ascendenten und die Geschwister[6]). Sie haben in ihrer sich gegenseitig ausschließenden Classe das Recht auf zwei Drittel der Verlassenschaft, also, daß von einem in ehelicher Gütergemeinschaft gestandnem Vermögen zuerst die Quote und Fürgabe des überlebenden Theiles abgezogen werden müßten, vom übrigen (individuellen) Vermögen aber blos ein Drittel der freien Disposition verbliebe.

---

[1]) Gubernialdecret vom 15. November 1788. (Hofd. vom 7. Juni 1785). H. Z. 638 : G. Z. 9335 : 1788.

[2]) Nachzulesen l. c. Stat. II. 5. § 6. (vergl. § 597 östreich. bürgerl. R.).

[3]) Nachzulesen Stat. II. 5. § 7.

[4]) Ebendaselbst § 8. („Gesetzestext" Seite 185 und 284).

[5]) Nachzulesen Stat. II. 5. § 13. (vergl. die § 602. 1249 und 1252 des allgemeinen östreichisch bürgerlichen Gesetzbuches).

[6]) Auch Halbgeschwistern muß dies Recht zugesprochen werden, jedoch in minderm Maße d. h. die von Vaters Seite her haben zu diesen zwei Drittel blos das Recht der bess, die von Mutter Seite her jenes der triens. (Analogie des Erbrechts). Wenn also beispielsweise ein vollbürtiger Bruder B. ein väterlicher C. und mütterlicher Halbbruder D. als die nächsten Anverwandten vorhanden wären, so könnte etwa folgender Fall eintreten. A. setzt mittels Testament seinen Freund E. zum Universalerben des gesammten Vermögens von 60,000 fl. ein. Da aber eine Wittwe F. zurückgeblieben, so erhält diese als Fürgabe allenfalls 3000 fl., als triens 19000 fl.; bleiben 38000 fl., hievon sind frei vererblich blos ein Drittel d. i. 12333 fl. — diese bekömmt Freund E.; dagegen theilen das Uebrige die Geschwister folgendermaßen, die eine Hälfte also 12333 fl fällt an Bruder B.; von der andern Hälfte gehört die bess d. i. 8222 fl. dem Halbbruder C. und 4111 fl. dem Halbbruder D. als der ihnen gebührende Pflichttheil.

Kinder, außer sie wären ausdrücklich erweislichen Undanks wegen enterbt[1]), Eltern und Geschwister haben also das Recht der inofficiösen Querel d. h. sie dürfen das Testament nicht umstoßen, wohl aber die Ausfolgung ihres Pflichttheils verlangen[2]).

Immer muß also das Augenmerk dahin gerichtet sein, das Erbgemäch, sei es auch blos unter dem Namen eines Legats, aufrecht zu erhalten[3]).

Dieser Auffaßung entsprechend, sowie im Sinne altdeutschen Gewohnheitsrechtes und ungarischer Reichspraxis (allgemeinem Landrechte) gemäß, muß auch behauptet werden, daß ein unbeschränktes Substitutionsrecht vorhanden gewesen sei, welches freilich in Stat. II. § 12. nur ganz allgemein anerkannt ist und von den ungarischen Ständen des siebenbürgischen Landtages auch wirklich bestritten wurde[4]).

Testamente sollte das Theilamt in Gegenwart der vermuthlichen Erben eröffnen und jedem Intressenten Abschriften davon gestatten[5]); was sich dann später als nicht gebührend erwies, konnte in vorigen Stand zurück versetzt werden[6]).

Der letzte § des fünften Titels, § 17. enthält nicht sowohl eine Vorschrift, als vielmehr einen guten Rathschlag von selbstverständlicher Bedeutung. (Gewöhnliche Form der Testamente?[7]).

§ 11. Fortsetzung (das Legat[8]).

Die meisten Bestimmungen, welche das Statutargesetzbuch über Testamente (das Erbgemäch) enthält, sind der Natur der Sache nach, auch auf das Legat (Vermächtniß, Liebniß) zurückzubeziehen und wohl auch umgekehrt; — nur da tritt das Römische Recht ganz in seine vor-

[1]) Nachzulesen Stat. II. 5. § 9. („Gesetzestext" Seite 186).

[2]) Ebendaselbst § 15.

[3]) loco citato „Gesetzestext" Seite 187. Aus dieser Bestimmung des Gesetzes und dem ganzen Geiste des principiell vom Römischen verschiednen Rechtsinstitutes sowie aus dem Gewohnheitsrechte ergibt sich klar, daß wohl im Sinne des römischen Rechts von einem testamentum nullum, injustum, ruptum, desertum, destitutum die Rede sein kann, aber nicht von einer Rescission, vielmehr angenommen werden muß, daß selbst des mittlerweile verstorbnen testamentarischen Erben gesetzlicher Erbe zu demselben „Liebnisse" mitberufen sei. cf. Stat. II. 6. § 5. („Gesetzestext" Seite 189).

[4]) In einer Fideicommiß-Majoratsfrage s. Landtagsprotocoll vom 9. Sept. 1811 Seite 815—816. Für diese Bestreitung entwickelt in zutreffender Weise die Gründe *Friedr. v. Sachsenheim* in seinem siebenb. Civilrechte Seite 544.

[5]) Nachzulesen Stat. II. 5. § 14. („Gesetzestext" Seite 187).

[6]) Ebendaselbst § 16.

[7]) Ueber die Testamente von Geistlichen ꝛc. siehe *Friedr. v. Sachsenheim* „Siebenbürgisches Civilrecht" Seite 529.

[8]) Siehe *Sachsenheim* Seite 556.

herrschende Geltung, wo neben gesetzlichen oder testamentarischen Erben auch Legatare vorkommen und es sich nun um deren gegenseitiges Verhältniß handelt. Doch sind zwei folgenreiche Ausnahmssätze deutschen Rechtscharakters sehr hervorzuheben.

Einmal das den nächsten Anverwandten (pflichttheilsberechtigten Notherben) in Stat. II. 6. § 2. („Gesetzestext" S. 188.) zugestandne Einlösungsrecht von Liegenschaften, ein Recht, welches nach Stat. III. 6. § 9. und Localstatuten[1]) zu schließen, nicht nur Anverwandten überhaupt, sondern jedem Heimischen, Fremden gegenüber, zugestanden war. (Näherrecht).

Dann die Bestimmung in Stat. l. c. § 5. („Gesetzestext" S. 189.) wornach das vermachte Legat, (wenn es nicht widerrufen wird) selbst dann auf die Erben des Legatars überzugehn hat, wenn dieser auch früher als der Testator verstorben wäre.

Ferner ist es wohl selbstverständlich, daß jene dem Römischen Rechte ganz eigenthümlichen Institute, welche in Folge des grundverschiednen Erbrechts entstanden sind, hier nicht ihre subsidiäre Anwendbarkeit finden können, so namentlich das Recht der sogen. „quarta Falcidia" u. dgl. m.

Dagegen sind die über einzelne Arten der Singularvermächtniße vorkommenden Gesetzesstellen allerdings in Aufnahme gekommen und haben das siebenbürgisch-sächsische Statutarrecht ergänzt. Dies selbst stellt vorerst im 2. Buche, 6. Titel, § 1. den Begriff dahin fest, daß unter Legat eine durch Testament aus jenem Vermögen gemachte Schenkung zu verstehen sei, welches einem Erben zukomme und daß dieser, als Onerirter, nur dann und insoweit die Vermächtniße auszufolgen habe, als eben es die Kräfte der Verlassenschaft selbst, nach Abzug aller darauf hastender gesetzlicher Lasten und Schulden, möglich machen.

Vor allen andern müssen fromme Stiftungen und Vermächtniße für das öffentliche Wohl ausgezahlt und ihrer Bestimmung zugeführt werden[2]); — andre Vermächtniße haben nach Maß des etwa nicht zureichenden Vermögens eine angemeßne Mindrung zu erleiden. — Vermachtes Geld muß der Erbe auszahlen, wenn sich auch keins in der Verlassenschaft findet[3]). — Schuldnern kann mittels Legat die Schuld erlassen oder der Zahlungstermin verlängert werden[4]).

[1]) So verfällt beispielsweise nach Kronstädter Statut von 1602 art. 16. derjenige, welcher einem Edelmann oder sonst Fremden sein Haus verschreibt (es sei in oder außer der Gemeinde) noch in die Strafe der Landeskür (gewöhnlich 60 fl.) vergl. *Kurz* Magazin I. Seite 246, u. bez. O. bei *Trausch* Kronstädter Gemeindeverfaßung.

[2]) Stat. II. 6. § 7. sammt Note und H. Z. 1777 : G. Z. 4406 : Herm. M. Z. 1677 : 1834.

[3]) Stat. II. 6. § 3. sammt Noten („Gesetzestext" Seite 189).

[4]) Ebendaselbst § 4.

Ist das Eigenthum einer Sache vermacht, so ist auch deren Fruchtgenuß mit dem Tode des Erblassers erworben[1]) und der Erbe verpflichtet bei Gelegenheit der Erbschaftstheilung oder Uebernahme den honorirten Legatar zu befriedigen[2]). — Wäre mittlerweile die specielle Sache durch Zufall zu Grunde gegangen, trifft der Verlust den Eigenthümer d. h. den Legatar, wenn aber dem Erben Versehen oder Verzug zur Last fällt, so hat er den Schaden zu ersetzen.

Der Widerruf von Erbgemäch und Liebniß ist an dieselbe Form der Testamentserrichtung gebunden, doch können, sich nicht widersprechende, Testamente nebeneinander bestehn; jegliche entgegengesetzte Doctrin und Praxis kann nur als singulär irrige Erscheinung angesehen werden[3]).

II. Obligationenrecht.

§ 12. Dingliches Recht.

In dem gesammten siebenbürgischen Rechtsleben tritt nirgends der Charakter dinglicher Rechte so klar hervor, daß sich eine dem römischen Rechte analoge Lehre des Eigenthums und der jura in re aliena aufstellen ließe.

Allerdings ist dies eine große Unvollkommenheit des siebenbürgischen Rechtes, welches eben nur individuelle factische Lebensverhältnisse ins Auge faßte, allenfalls einzelne Rechtssätze hierüber formulirte und so gewißermaßen blos die äußerlich hinzutretende rechtliche Substanz beurtheilte, aber nicht in juristischer Erkenntniß und lebensvoller Nachbildung des Begriffes durchwegs bestimmte Gestaltungen dinglicher Rechtsinstitute durchzuführen im Stande war[4]).

So kömmt es denn auch, daß das siebenbürgisch-sächsische Statutar-

---

[1]) l. c. § 5.

[2]) Deßhalb hat der Legatar auch nach der Cridalnorm von 1772 in der zweiten Classe der Concursgläubiger sein gesetzliches Pfandrecht geltend zu machen.

[3]) So läßt sich z. B. die Lehre bei *C. Albrich* sächs. Privatrecht § 127, S. 142—144. u. a. nicht als wirklich zu Recht bestehend nachweisen, sondern ist ganz gegen den Geist des Gesetzes und Gewohnheitsrechtes beliebte Doctrin des verfangenen Romanisten.

[4]) Vortrefflich hat auch in dieser Beziehung *Jhering* „Geist des römischen Rechts" I. Seite 18 u. f. das Verhältniß von Rechtssätzen, Rechtsbegriffen ꝛc. angegeben und gezeigt wie langsam und oft unvollkommen die historische Entwicklung derselben stattfinde.

gesetzbuch dies ganze Gebiet unberücksichtigt läßt[1]) und daher soweit möglich (namentlich betreff der Servituten) römisches Recht zur Anwendung gekommen ist[2]).

Freilich blieben nun eine Menge Rechtsverhältniße, welche im deutschen Colonistenleben entstanden waren, ohne gesetzlichen Ausdruck und regelten sich blos durch faetische Uebung und endlich durch Localstatute.

Was daher in dem ungarischen Privatrechte über Besitz und Eigenthum gesagt wurde (possessio, Gewere) kann hier ebenso gut wiederholt werden. Auch muß nochmals auf den § 4, und § 5, des ungarischen Privatrechts aufmerksam gemacht werden, wornach das siebenbürgisch-sächsische Grundeigenthum durch besondre genossenschaftliche Rechte in verschiedner Weise gebunden war[3]).

---

[1]) Als rein sachenrechtliche Bestimmungen finden sich in der Legislation besonders die Normalien über den Zuwachs durch „gefundene Schätze" besonders G. Z. 5028: Herm. Mag. Z. 2092: 1803, H. Z. 174: G Z. 3410: Herm. Mag. Z. 1543: 1809 (una tertialitas fisco regio — altera inventori tertia saxonicali communitati cedat). Thes. Z. 8384: 1813, Thes. Z. 2651: 1809; dann H. Z. 3097: 1813; G. Z. 59: Herm. Mag. Z. 530: 1814; G. Z. 7323: Herm. Mag. Z. 2733: 1316; G. Z. 3222: Herm. Mag. Z. 1676: 1822; Gbl. Z. 9156: Herm. Mag. Z. 2879: 1829. (Vergleiche *Sachsenheim* „Civilrecht" Seite 424) besonders G. Z. 3410: Univers. Z. 174: 1809. (Proceß des Landbauers Gergely in Wölz) ... ut videlicet una tertialitas fisco regio, altera inventori, si idem una fundi, in quo thesaurus inventus est proprietarius fuerit, tertia tertialitas vero concernenti saxonicali communitati cedat; si autem inventor non una etiam fundi proprietarius fuerit, tali casu una tertialitas inventori, altera fundi proprietario — et tertia fisco regio cedat. (Verzicht 1846). — Vergl. Hof Z. 1738: Gubl. Z. 5774: Herm. Mag. Z. 1784: 1823 u. a. (Im Szelistyer Dominium fällt das Drittel des Grundeigenthümers den Siebenrichtern zu, Univ. Z. 16: 1820; Thesaur. Z. 14089: 1819). — Singuläre Bestimmungen über Bergbau, Thierfang u. a. m. siehe *Sachsenheim* „Civilrecht" S. 412 ꝛc.

[2]) 1548 Proceß des Haller mit Waal wegen einer Servitut, (Hermannstädter Mag. Protokoll II. Bd. Seite 220).

[3]) So beispielsweise in folgenden Localstatuten: von Großschenk über Kauf und Verkauf von großer und kleiner Heerfahrt und der Weingärten auf gemeiner Erde (so besonders Verbot in Seligstadt 1653; Ziedt 1659 und 1676; Werdt 1658 u. a. O.). Kleinschenker Statut vom 27. Mai 1661 Art. 3: „Welch' Kleinschelker seine Tochter jenseit des Altflußes wird heyrathen oder auch vielleicht selber dahin ziehen und sich allda setzen wollen, denselben soll nicht zugelassen werden von denen immobilibus bonis, sie mögen Nahmen haben, wie sie immer wollen, wie auch ihre Portion „Heerfahrt" allda in die Gemein zu verkauffen, vielweniger dieselben bona immobilia auf dem Hattert (Gemeindeterritorium) zu bauen, sondern selbe sollen der Gemein zum Besten verbleiben; die Heerfahrt ausgenommen, welche niemandem soll gültig sein" u. dgl. — Derartige Verhältnisse und Beschränkungen der Veräußrungsgewalt besonders noch im Leschkircher, Reußmärkter und Brooser Stuhl. (Vergl. meine „Deutschen Rechtsdenkmäler" im Vereinsarchiv 1867).

So sind superficiarische und emphyteutische Verträge geschlossen worden,

Das erweiterte Verkehrsbedürfniß führte allmälig zu einer Anschauung, Uebung und Einrichtung, welche im Intreſſe des Realcredites, beſonders ſeit Kaiſer Joſef's Zeiten angebahnt und endlich durchgeführt, namentlich im Pfandrechte die dingliche Ausbildung des Hypothekeninſtitutes zu Folge gehabt haben. — Es hängt dies mit der Einführung [1]) der Grundbücher zuſammen [2]), und hat ſeine weſentlichen Beſtimmungen in Folgendem erhalten:

---

ohne Rückſichtnahme irgend welcher geſetzlichen Beſtimmung. Zu vergleichen im Leſchkircher Stuhle den Bericht in Beantwortung der Gubernialanfrage unter Z. 7573: 1774 .... „quoad particulares locorum constitutiones humillime notamus: Penes singulos sedis pagos eam vigere constitutionem quod ubi fundi pro exstruendis domiciliis incolis e fundo communi assignentur, iis facultas non concedatur, cum sessionem snam deferant, divendendi fundum, verum solummodo superaedificatum et ubi aedificia, vel nullae vel parvae aestimationis dentur, omnis dispositio circa ejusmodi fundum in communitatem redundet, prout desuper etiam singularis constitutio sedis pro pagis Vallachicis, superioribus temporibus in ejusmodi divenditionibus excedentibus in anno 1715 lata, annoque etiam 1762 resuscitata et vigorata extat.

Praeterea in singulis pagis Vallachicis ab eorum pristinis turbulentis temporibus loco Saxonum in hanc sedem receptione observatum habere, quod ubi una alterave familia absque semine deficiat commixtionem fundorum aviticorum non admittant, verum illi ad eam, unde derivantur, familiam, si non sorte divisionali gratis tamen erga reluitionem, recedant.

Tandem Comunitas Saxonica Holzmany eam inter se foveat constitutionem cum consensu judicatus ab anno 1764 latam quod dum per plures ejus liberi pro ediscendo opificio Cibinium eant, ibique permaneant, ejusmodi cives qua extranei, ex haereditate paterna in territorio Holymany fundos non capiantur, verum juxta aequam aestimationem cohaeredes in pago viventes eos parato aere reluere possint. (Proceß der Thieß'ſchen Erben: Eidame Johann Drotleff und Johann Krauss, Bürger von Hermannſtadt).— S. Nachtrag zu oberwähnten D. Rechtsdenkm. V.-Archiv 1868.

In den Hermannſtädter Mag. und Univerſitäts-Protokollen erwähnenswerth: 1549 Statut wegen Vieheintreibung im Verbote von Reuſſen und Stolzenburg V. Bd. S. 21; auf Sachſenboden dürfen die Walachen nur mit Erlaubniß der Sachſen ihre Schaafe weiden laſſen 1557 IV. 56. 57; Waldordnung für die Szaßvaroser Walachen IV. 89; unbebaute Weingärten verfallen demjenigen, welcher ſie in Beſchlag nimmt 1581 V. 84; (drei Jahre aufgelaſſne Weingärten am „alten Berg" VII. 106); Michelsberger Beholzungsrecht im Girelsauer und Kaſtenholzer Wald V. 106 u. dgl. m.

[1]) Siehe hierüber ſchätzbare Nachweiſe, namentlich in *Sachsenheim* „Siebb. Civilrecht" Seite 367—373 und 435.

[2]) Gewöhnlich war in den Städten der Pupillen-Inſpector zugleich Grundbuchsverwalter. Auf dem Lande, das iſt in den Dörfern und Märkten, welche keine eignen Magiſtrate haben, hatte der Hann oder Richter mit jenem Geſchwornen, welchem die Beſorgung der Waiſengeſchäfte obgelegen, und dem Notär das Grundbuch unter der Aufſicht des betreffenden Kreis-Inſpectors fort-

Statut

über die Versicherung des Eigenthums durch Eintragung in das Grundbuch und über die Sicherstellung der Gläubiger und Käufer

mittelst Allerhöchsten königlichen Reskriptes vom 14. August 1846, H. Z. 4275, G. Z. 6071 : 1846 bestätigt, und zur allgemeinen Darnachrichtung im Umkreise der sächsischen Nation in Siebenbürgen unter U. Z. 678 : 1846 vorgeschrieben:

§ 1. Ein liegender Grund kann nur dann für das unbezweifelte gegen jeden Anspruch gesicherte, Eigenthum des Erwerbers, angesehen werden, wenn nebst Beobachtung der im Statutargesetz vorgeschriebenen Feierlichkeiten, der Erwerbstitel, und der darüber von den betreffenden Parteien abgeschlossene Vertrag, in das Grundbuch eingetragen, und die Umschreibung desselben auf den Namen des Erwerbers vollzogen worden ist.

Von der Intabulation.

§ 2. Die Intabulation der Schulden in Verbindung mit der Vormerkung im Grundbuch, ist eine solche Einrichtung, vermöge welcher der Gläubiger, der seine Forderung auf ein bestimmtes liegendes Eigenthum seines Schuldners vormerken läßt, ein Recht auf dieses erlangt, welches nur mit Erlassung oder Bezahlung der Schuld, oder wenn der exequirte Grund zur vollständigen Bezahlung derselben nicht hinreichen sollte, mit der an den Gläubiger erfolgten Uebergabe des verpfändeten Grundes in natura erlischt.

§ 3. Wenn die Forderungen mehrerer Gläubiger an ein und das nehmliche Eigenthum des Schuldners vorgemerkt worden, so entscheidet bezüglich

---

zuführen und zu besorgen. — (Die erste Erwähnung von Grundbriefen 1574, Hermannstädter Mag. Protokoll VI. 6; erste Spur von Intabulationsbüchern 1653 X. Bd. Seite 315).

Anmerkung. (Zusatz zu den §§. 4, 5, 9 und 12). Aus dem besondern Rechtscharakter des Colonistneigenthums ergibt sich auch die communale Einrichtung des jus detractus, welches gewöhnlich an das Abfahrtsgeld (1/10 des Vermögens) gebunden war. Es gebührte dem Gemeindefiscus (der Marktgenossenschaft).

Erst später scheint es je nach der Art des detractus verschieden bemessen gewesen zu sein (1/10 oder 10% oder innerhalb desselben Stuhls ganz erlassen). Hervorzuheben ist folgende Notiz: „Anno 1661 den 6. Martii ist eine Sächsische Löbliche Universität Cibinii confluirt unter andern wichtigen Geschäften auch dieses beschlossen, daß nimmermehr von solchen Leuten, so mit ihrer Habschaft von Königlichem Boden (Sachsenland) an andrer Orth wiedrr auf selbigem ziehn daselbst sich zu genähren und alldort wohnhafft zu werden Fisci-Gebühr soll genommen werden, außer bei den Abgestorbnen, so einer von einem andern königlichen Stuhl erbet, alsdenn soll das 16-te Theil dem Fisco zufallen". — (*Kemény* Deutsche Fundgruben II. Seite 232).

Ueber das neure siebenbürgische Abfahrtsgeld (10% und Reciprocität) vergl. *Sachsenheim* „Siebenb. Civilrecht" S. 131—133. — (1655 Pfarrer dürfen keinen geistlichen Fiscum nehmen, Herm. Mag. und Univ. Protokoll X. Bd. S. 410).

des Vorzugsrechtes der Satz, worauf die Schuld im Grundbuch stehet, so zwar daß derjenige, welcher bei der Vormerkung der Schuld in das Grundbuch den ersten Satz erhalten, dem nächstfolgenden, dieser dem dritten und so weiter die früheren Sätze den spätern immer vorgezogen werden.

§ 4. Durch die Intabulation einer Schuldforderung wird nicht nur das Kapital, sondern es werden auch die davon fälligen gesetzlichen Zinsen gesichert; jedoch kann die Saumseligkeit des auf den ersten Satz intabulirten Gläubigers in Erhebung der Zinsen, dem zweitsätzlich intabulirten Gläubiger nicht Nachtheil bringen, weßwegen im eintretenden Collisionsfall dem erstsätzlich vorgemerkten Gläubiger zuerst sein Kapital, dann die auf die nächsten drei Jahre vor der gerichtlichen Einmahnung rückständigen, wie nicht minder die, von der Zeit jener Einmahnung bis zur vollkommenen gerichtlichen Befriedigung fälligen Zinsen zu entrichten kommen, und endlich auf dieselbe Weise bezüglich der vorgemerkten Gläubiger, mit steter Berücksichtigung des Vorzugsrechtes, zu verfahren ist; sollte aber der Ertrag der verkauften Realität zureichen, so sollen den Gläubigern, in ihrer Reihenfolge, auch die Zinsenrückstände früherer Jahre entrichtet werden.

§ 5. Da das Grundbuch seiner Natur nach, bloß die specifische Verzeichnung des unbeweglichen liegenden Besitzthumes nachweiset, so versteht es sich von selbst, daß die Vormerkung solcher Schulden, zu deren Sicherheit nicht ein speielles Grundeigenthum, sondern nur im Allgemeinen das Vermögen des Schuldners verhypotheeirt worden, im Grundbuche nicht Statt finden kann. Doch aber können auch derlei Schuldscheine mit generellem Pfand dann präno tirt werden, wenn Gläubiger und Schuldner nachträglich über die Belastung eines speciellen Pfandes sich untereinander vertragen, oder wenn hierüber mittels eines gerichtlichen Spruches verfügt worden ist.

§ 6. Eben so wenig können (ohne einen solchen Vertrag oder Gerichtsspruch) auch Schuldscheine ohne alle Hypothek. im Grundbuch vorgemerkt werden; wogegen es aber den Eigenthümern solcher Schuldscheine freisteht, sich das Vorzugsrecht vor andern Besitzern gleichfalls pfandloser Schuldscheine, dadurch zu verschaffen, daß sie ihre Schuldscheine in das Urkundenbuch eintragen laßen.

§ 7. Die Gesetzesstellen Stat. Lib. 3., Tit. 2., § 4, 9 und 10; dann Buch 3., Tit 3., § 5 und Buch 1., Tit. 12., § 3 und 4, handeln blos von nicht intabulirten Schuldforderungen und bleiben in Kraft und Gültigkeit [1]).

Hermannstadt, am 11. November 1846.

Von der sächsischen Nations-Universität.

---

[1]) Vergl. hiemit G. Z. 3674: Univ. Z. 441: Herm. Mag. Z. 761: 1834. Intabulation von Schuldscheinen in Gegenwart der Partheien und zweier Zeugen, (Allodialcapitalien nach H. Z. 2584: Gubl. Z. 8324: Herm. Mag. Z. 2387: 1827).

Auszüge aus der 52 §§ umfaßenden mittelſt Univerſitätszahl 795 : 1845 rectificirten und mittelſt Hofdecret vom 21. Auguſt 1845 beſtätigten

Inſtruction[1])

für die Grundbuchsämter in der ſächſiſchen Nation im Großfürſtenthum Siebenbürgen.

§ 1. Alle Grundſtücke einer Ortsgemeinde (Wohnplätze mit oder ohne Gärten, mit oder ohne Häuſer, in einer Stadt oder Vorſtadt, in einem Markte oder Dorfe, Aecker oder Wieſen eines Feldes, Weingärten eines Weinberges, Krautländer eines Krautgartens), ſowie Maſſen von beweglichen Gegenſtänden, welche jedoch ein Ganzes ausmachen und womit die Ausübung eines Rechtes verbunden iſt, z. B. Apotheken und Handlungen oder Fabriken, ſind der Reihe nach, von Nr. 1. angefangen, mit den dieſelben treffenden Nummern zu bezeichnen, und ſofort durch zwei, nicht nur der Municipalrechte aus Erfahrung, ſondern durch ordentliches Studium auf einer diesfälligen Landes-Lehranſtalt der geſammten vaterländiſchen Rechte kundige Männer, in ein ſolches Buch einzutragen, deſſen 1. Rubrik die fortlaufende Nummer, die 2. Rubrik den Namen des erwieſenen ſichern Eigenthümers, der auf die im 4. 5. und 6. § angedeuteten Art und Weiſe auszumitteln, die 3. die Art und Größe des Grundſtückes, ob es nämlich Häuſer, Gärten ꝛc. und wie groß ſolche ſind, die 4. die Gaſſe und Gegend, die 5. die auf dem Grundſtücke etwa haftenden Laſten, die 6. die Citation in das Urkundenbuch, von dem weiter unten die Rede ſein wird, und endlich die 7. Rubrik die Veränderung im Beſitze zu enthalten hat. In Betreff der Größe der Grundſtücke iſt zu bemerken, daß ſolche bei den Stadtgründen auch wegbleiben, bei den Feldgründen und andern aber einſtweilen — bis zur Erzielung der, mit außerordentlichem Koſtenaufwande verbundenen, ordentlichen Vermeſſung derſelben, Mittel zur Beſtreitung dieſer Koſten werden ausfindig gemacht werden können, — in dem Maße angeſetzt werden ſoll, als der Eigenthümer des Grundſtückes dieſelbe in Gegenwart der angrenzenden Nachbarn angibt.

§ 3. Dieſes Buch und Verzeichniß aller, zu einer beſtimmten Ortsgemeinde gehörigen Grundſtücke, heißt im Allgemeinen das Grundbuch der fraglichen Gemeinde; deſſen einzelne Bände aber ihrem Inhalte nach das Stadt-, das Vorſtädte- und wenn auch dieſe nicht alle in einen Band gefaßt werden können, das A Vorſtadt-, das B Vorſtadt- ꝛc., das A Feldacker-, das B Feldacker-, das C Feldacker-, das Wieſen-, Weingärten-, Krautländer- ꝛc. Grundbuch. Damit aber bei ſolchen Eigenthümern, welche mehrere und verſchiedenartige Grundſtücke beſitzen, welche in verſchiedenen Bänden des Grundbuches vorkommen, theils deren Geſammtbeſitz leicht erforſcht, theils jedes einzelne Grundſtück im betreffenden Grundbuchsbande leicht aufgefunden werden könne: ſind ſummariſche Auszüge aus dem Grundbuche für die gedachten Eigenthümer nöthig: worauf alle Grundſtücke eines Eigenthümers, jedoch blos mit Anführung des Grundbuchbandes und der Nr.,

[1]) Vergl. H. Z. 6144: 1781 ꝛc. und neue Inſtruction vom 24. Auguſt 1836.

wo die einzelnen Grundstücke zu finden sind, verzeichnet sind, und sind diese Extractszettel jederzeit unter der Nr. des Wohnhauses des Eigenthümers (als Caput bonorum) aufzubewahren.

§ 4. Da das Grundbuch ein bleibendes Denkmal des Eigenthümers und Pfandes bei den Grundstücken abgeben soll, in das voraufgeführte Grundbuchsverzeichniß der Grundstücke aber nur ganz kurz der Name des Eigenthümers und dessen Erwerb oder Besitzestitel, dagegen die Urkunden über das Eigenthums- oder Pfandrecht, welche doch zum nöthigen Beweise desselben dienen, nicht eingetragen werden können, so gehört zum Grundbuche, als ein wesentlicher Bestandtheil desselben, das Urkundenbuch und ist daher bei Verfertigung des Grundbuches das Urkundenbuch zu dem Ende zur Hand zu nehmen, damit alsogleich bei Aufnahme eines Grundstückes derjenige, welcher sich für dessen Eigenthümer angibt, zur Vorweisung seiner Eigenthumsurkunde, Kauf- oder Tausch-, Schenkungs- oder Erbschafts-Instrumentes aufgefordert; dasselbe, wenn solches authentisch ist, in das Urkundenbuch seinem ganzen Inhalte nach wörtlich eingetragen und treulich copirt, d. h. intabulirt, der Titel des Besitzes nebst dem Dato der Urkunde, die Seite des Urkundenbuchs, d. i. die Nro. der Urkunde, (da es sich von selbst versteht, daß das Buch paginirt und die darin einzutragenden Urkunden numerirt werden sollen) in die mit Veränderung des Besitzes betitelte Rubrik des Grundbuchs angemerkt und sofort auf die betreffende Urkunde selbst indossirt werden soll: daß dieselbe in das Urkundenbuch der Stadt, oder Markts, oder Dorfs N. N. Pag. — Nro. — intabulirt, und das Grundstück, worüber dieselbe lautet, im Stadt- ꝛc. Grundbuch Pag. — Nr. — dessen Eigenthümer erbeigenthümlich anheimgeschrieben, oder auf dessen Namen angeschrieben worden; und diese Indossation und Vormerkung (Intabulations-Clausul genannt) mit dem Dato der Intabulation, mit der Unterschrift der Grundbuchsbeamten, so wie mit dem Siegel des Grundbuchsamtes zu versehen; sofort aber die Urkunde deren Eigenthümer zurückzustellen.

§ 13. Der Zweck der Grundbücher ist einestheils die Unterstützung des bürgerlichen Glaubens, indem durch dieselben nicht nur die Erlangung des rechtmäßigen Besitzes, des Eigenthums eines Grundstückes, sondern auch das Pfandrecht darauf unter öffentlichem Ansehen gesichert wird, und Jedermann daraus zu ersehen im Stande ist, ob und wie fern er sich mit Jemanden in Rechtsgeschäften über unbewegliche Güter (Grundstücke) ohne Gefahr und mit Sicherheit einlassen kann. Ferner gewähren die Grundbücher den Besitzern der Grundstücke den großen Vortheil, daß sie sich nicht nur an fremden Orten, wo sie selbst und ihre Besitzstand und Vermögen unbekannt sind, hierüber glaubwürdig ausweisen, sondern nöthigenfalls ihre Grundstücke und zwar eines und das nehmliche an mehrere Gläubiger zu gleicher Zeit verpfänden und auf diese Art ihr Eigenthumsrecht in einer weitern Ausdehnung benützen können. Z. B. Es soll eine Realität in Hermannstadt in Pacht gegeben werden, und ein Kronstädter will solche in Pacht nehmen, so kann derselbe, um zum Bothe zugelassen zu werden, durch einen

Grundbuchsauszug beweiſen, daß und wie er in Kronſtadt poſſeſſionirt und auch die nöthige Pachtcaution zu leiſten im Stande iſt; wo ein Anderer, in deſſen Wohnort keine Grundbücher ſind, hiezu baares Geld oder fremde Bürgſchaft verwenden muß. Ferner beſitzt Jemand ein Grundſtück, welches 4000 fl. werth iſt, und braucht zum Betrieb einer Handlung oder Gewerbes ein Kapital von 2000 fl., findet jedoch bei einem Kapitaliſten nur 1500 fl. und iſt daher genöthigt, die hier fehlenden 500 fl. von einem Andern aufzuborgen; oder es braucht derſelbe anfänglich nur 1000 fl. und erhebt ſolche, in der Folgezeit aber noch 1000 fl., und es kann ihm ſein Gläubiger ſolche nicht geben, ſo kann er ſolche von einem Andern ausborgen, und dieſen durch das Grundbuch eben ſo ſicher ſtellen, als jenen, indem er den erſten auf ſein Grundſtück auf den erſten und den letztern auf den zweiten Satz grundbücherlich pränotiren läßt, und jedem ein intabulirtes Schuld-Dokument ausſtellen kann. Endlich hat auch der Gläubiger und Beſitzer von derlei intabulirten Schuldſcheinen den Vortheil, daß er in Ermanglung von Grundſtücken im Falle der Noth ſolche gleich Effekten und Prätioſen weiter verpfänden kann. Z. B. der Beſitzer einer intabulirten Obligation von 1000 fl. braucht 500 fl., bekömmt ſolche aber ohne Hypothek nicht, ſo kann er ſeine Obligation zu Stellung dieſer Hypothek verwenden. Dagegen dient das Grundbuchs-Inſtitut auch zur Beſchränkung des Eigenthumsrechtes, wenn nämlich ein Grundſtück zwar deſſen Eigenthümer in der Nutznießung belaſſen, jedoch unter Sequeſter geſetzt werden will, ſo kann ſolches durch ein gerichtliches Interdict und ſofortige Pränotation de non alienando et onerando geſchehen.

§ 15. Da das Grundbuch, wie bereits § 4. geſagt worden, ein bleibendes Denkmal des Eigenthums abgeben ſoll, ſo iſt vor jeder Umſchreibung eines Grundſtückes auf den Namen eines neuen Eigenthümers dieſem immer bekannt zu machen, was für Laſten darauf haften, damit er ſich darnach richten könne.

§ 18. Wenn von einem Hauſe die Zweitheile dem Sohne und das Eindrittheil der Wittwe des verſtorbenen Eigenthümers zugetheilt werden, ſo iſt daſſelbe auch im Grundbuche alſo zu umſchreiben, damit nicht der Zweitheilsbeſitzer zum Nachtheil der Wittwe das ganze Haus verkaufen, vertauſchen oder belaſten könne; und auch die Wittwe, welche nur als Nutznießerin des Drittels Hauſes, jedoch Eigenthümerin deſſen Schätzungswerthes zu betrachten iſt, das Drittelhaus zum Nachtheil des eigentlichen Eigenthümers jenes Zweidrittheilbeſitzers, welcher nur den gedachten Schätzungswerth dafür zu geben hat, nicht verkaufen, vertauſchen oder für mehr als jenen Schätzungswerth verpfänden könne.

§ 19. Bei Veränderung der Eigenthümer eines Grundſtückes durch Kauf und Verkauf iſt überhaupt zu bemerken, daß dieſelbe nur dann vorgenommen werden kann, wenn mittels einer authentiſchen Urkunde erwieſen wird, daß bei demſelben alle in den Geſetzen vorgeſchriebene Formalitäten und zwar die Feilbietung, Aldamaſch oder Genuß des Wißweins, Berufung der Grundſtücks-Nachbarn und Verſtändigung der Einſpruchsfähigen Anverwandten des Verkäufers und die Statution thatſächlich oder ſymboliſch wirklich geſchehen iſt.

In diesem Falle ist:

a) das fragliche verkaufte Grundstück im betreffenden Grundbuche aufzusuchen und dem Käufer, wenn er sich nicht bereits vor Abschließung des Kaufes darum bekümmert hat, der grundbücherliche Stand des Grundstückes und hauptsächlich die darauf haftenden Lasten bekannt zu geben, wie im 15. § bereits angedeutet worden;

b) ist darauf zu sorgen und zu dringen, daß der Käufer die etwa auf dem Grundstück haftenden Lasten entweder förmlich übernehmen, oder dieselben aus dem Kaufschilling aufheben, d. i. die auf dem Grundstück haftenden Schulden bezahlen und sofort, wenn es nicht bereits geschehen, auch dem Verkäufer den bedungenen Kaufpreis bezahlen oder wenigstens sicher stellen, dagegen der Verkäufer den Käufer über den erhaltenen Kaufpreis im Kaufkontraete quittiren möge;

c) ist dem Verkäufer diejenige Urkunde, vermöge welcher er oder seine Vorfahren dieses nun verkaufte Grundstück übernommen und besessen, abzufordern und wenn er dieselbe produeiren kann, mit dem Inhalte der neuen Kauf- und Verkaufsurkunde zu vergleichen, sofort, wenn letztere Nichts mehr enthält und dem Käufer nicht mehr Recht gibt, als der Verkäufer mit dem verkauften Grundstücke gehabt, dieselbe nämlich die alte Urkunde, wenn solche der Art ist, daß der Verkäufer sie nicht mehr gebrauchen kann, sowohl im Original zu kassiren, als auch im Urkundenbuch, mit Hinweisung auf den dermaligen Kauf und Verkauf, auszulöschen; wenn sie aber vom Verkäufer nicht entbehret werden kann, z. B. ein Theilungs-Instrument, wenn möglich, darauf wenigstens der dermalige Verkauf des betreffenden Grundstückes zu bemerken, im Urkunden-Protoeoll aber eben so, wie wenn der Verkäufer seine Urkunde gar nicht produeiren kann, jedenfalls auszustreichen;

d) ist die neue Urkunde, wie im 4. § weitläufiger auseinander gesetzt worden, zu intabuliren und zu klausuliren, das erkaufte Grundstück aber im Grundbuche nach Auslöschung des Namens des Verkäufers, als bisherigen Besitzers, auf der betreffenden Pagina und unter der gehörigen Nummer auf den Namen des Käufers, als jetzigen Eigenthümers, also anzuschreiben: daß die Nummer des Grundstückes in der 1. Rubrik, welche durch den Kauf und Verkauf keine Aenderung erleidet, stehen belassen, in die 2. Rubrik nach Durchstreichung des Namens des Verkäufers der Name des Käufers angesetzt, die 3. und 4. Rubrik, nämlich Art und Größe des Grundstückes, wenn solche nicht etwa durch den Kaufeontrakt ebenfalls eine Aenderung erleiden müßte, z. B. wenn nur ein Theil des Grundstückes verkauft worden, ebenfalls stehen belassen, die 5. und 6. Rubrik, wenn das Grundstück nicht etwa alsogleich entweder dem Verkäufer für den Verkaufspreis, oder sonst Jemanden zur Auszahlung desselben vom Käufer verpfändet wird, für welchen Fall die Verfahrungsart weiter unten bei den Verpfändungen der Grundstücke, beschrieben werden wird, leer belassen, dagegen in die 7. Rubrik angemerkt wird, daß das Grundstück durch

Kauf, vermöge Urkunde von dem und dem Tage, in dem und dem Preise an den Käufer gekommen, wie Pagina und Nummer des Urkunden-Protokolls näher zu ersehen.

e) ist die Nummer des verkauften Grundstückes auf dem Extraetzettel des Verkäufers auszulöschen und in den Extrartzettel des Käufers anzusetzen.

Wenn endlich dies alles geschehen ist: so ist

f) die neue intabulirte Urkunde dem Käufer im Original mit der § 4. vorgeschriebenen Intabulations-Clausul versehen hinauszugeben.

§ 21. Ein Kauf- oder Tausch- oder Schulddocument ist nur dann für authentisch zu halten, wenn dasselbe entweder von den Contrahenten eigenhändig, oder im Falle dieselben der Schrift nicht kundig wären, von einer Gerichtsperson oder Zeugen, oder wenigstens von zwei Zeugen, deren Unterschrift dem Grundbuchsamt gut bekannt ist, unterfertigt ist. Es kann daher ein solches Kauf- oder Tauschdocument weder intabulirt, noch auf dessen Grund ein Grundstück im Grundbuche immutirt werden, wenn das Grundbuchsamt rücksichtlich der Unterschriften auch nur den geringsten Zweifel hat. Wohl aber kann ein solcher Schuldschein aus dem Grunde, damit im Falle seiner gerichtlich oder auf andere Art zu bewährende Authentie, der Gläubiger seinen Vorzug vor andern, in der Zwischenzeit etwa zu intabulireuden Schulden nicht verliere, mit der vom Grundbuchsamte gemachten Bemerkung über die Zweifelhaftigkeit des Schuldscheines intabulirt werden; nur muß in solchen Fälleu auch die auf den Schuldschein zu indosirende Intabulationselausel die bemerkte Zweifelhaftigkeit enthalten.

§ 26. Bisher ist gelehret worden, wie das Grundbuch rücksichtlich des Besitzes der Grundstücke gehandhabt werden soll. Da dieses Institut jedoch auch ein Denkmal des Pfandes unter öffentlichem Ansehen zum Nutzen des Schulduers und Gläubigers sein soll, und vermöge Allerhöchstem Hofreseripte vom 25. Juli 1781, welches den Jurisdictionen mittels hohem Gubernialdeerete vom 28. August 1781 Z. 6144 mitgetheilt worden, hauptsächlich zum Behufe der Intabulirungen und Vormerkungen der Passivschulden einzuführen befohlen, jedoch bekanntlich damalen nur in Kronstadt eingeführt, und bis jetzt immer fortgeführt worden, so werden mit Berücksichtigung der, in diesem Reseripte aufgestellten Grundsätze: daß nämlich dieses Institut in Betreff des ganzen, sowohl beweg- als unbeweglichen Vermögens des Schulduers angewendet werden könne: in wie weit nämlich Letzteres unter die Gerichtsbarkeit gehört, wo die Intabulation geschieht, und daß, um dieser Intabulirung ihre Kraft zu geben, weder die Zusammenkunft der Gläubiger, noch vielweniger die Einwilligung der Schuldner vonnöthen, indem es jedem Gläubiger freistehe, sich dieser Rechtswohlthat zu bedienen, wie nicht minder mit Berücksichtigung auf die bei dem Grundbuchsinstitut gemachte Erfahrung in Betreff der Verpfändungen nachstehende Vorschriften gegeben.

§ 27. Es ist das Schulddocument, welches derjenige, welcher ein Grundstück verpfänden will, persönlich zur Intabulirung mit sich bringt, zu durchlesen und daraus die Nummer des Grundstückes zu ersehen. Ist nun das Dokument

gut abgefaßt, authentisch, und waltet darüber kein Zweifel ob, daß der Ueberbringer der Eigenthümer des zu verpfändenden Grundstückes ist, und das Schuld-Dokument ausgestellt hat, welcher Fall dann eintritt, wenn die Person und Schrift des Eigenthümers des zu verpfändenden Grundstückes dem Grundbuchsamte bekannt ist, so ist der zu werdende Schuldner zu befragen, ob sein Grundstück nicht bereits und wie belastet sei? und sofort, wenn das Grundbuch mit seiner Erklärung und dem Inhalte des Schuldscheines übereinstimmt, der Schuldschein in das Urkundenbuch zu intabuliren und die Schuld im Grundbuche, wie § 7 angedeutet worden, zu pränotiren. Im Falle einer Abweichung ist dieselbe dem Eigenthümer und Schuldner mitzutheilen, damit er solche weiter seinem zu werdenden Gläubiger mittheilen oder sonst beheben könne. Ist nun nicht bereits etwas auf dem betreffenden Grundstücke pränotirt: so kömmt die fragliche Schuld natürlich auf den ersten Satz (1-mo loco) und ist dieses auf dem betreffenden Schuldscheine in der Intabulations-Clausul ebenfalls zu bemerken. Ist bereits eine Post auf dem Grundstücke pränotirt: so kommt die fragliche neue Schuld auf den 2. Satz (2-do loco) u. s. w. auf den 3. oder 4. oder 5. u. s. w. und ist nicht nur der Satz, auf welchen die betreffende Schuld im Grundbuche pränotirt worden, sondern auch der Kapitalsbetrag der vorhergehenden Sätze auf die Originalobligation in der Intabulations-Clausul anzusetzen, wie folgt: Im Urkundenbuch in Gegenwart und auf Verlangen des Schuldners oder Bürgen Pagina — Nummer — intabulirt und im N. Grundbuche Pag. — Nr. — 1-mo loco oder 2-do loco, wo bereits 1-mo loco fl. 1000 — Conv. Münze haften, oder 3-tio loco, wo bereits 1-mo loco fl. 1000 — Conv. Mze. und 2-do loco fl. 500 — haften, pränotirt worden.

§ 33. Bei Verpfändungen intabulirter Obligationen gleich Effekten und Prätiosen, wodurch **Afterverpfändungen** entstehen, ist es zwar nicht nöthig, daß die diesfälligen Urkunden, vermöge welchen die intabulirten Urkunden verpfändet werden, ebenfalls intabulirt werden; da ja das Pfandrecht des Verpfänders auf das von ihm verpfändete Grundstück durch die Intabulation oder Pränotation bereits sicher gestellt ist, und nur zum Theil oder auch ganz an einen Andern auf eine gewisse Zeit übertragen wird. Sollte jedoch der betreffende Gläubiger sein Afterpfandrecht ämtlich bestätigen lassen wollen, so stehet demselben frei, seine Schuldverschreibung ebenfalls intabuliren und pränotiren zu lassen, welche Intabulation sodann **Superintabulation** heißt, und auf die Art zu vollziehen ist, daß das Schuldbokument gleich jeder andern Urkunde ins Urkundenprotokoll per extensum eingetragen, ebendaselbst bei dem verpfändeten Obligatorio dessen Verpfändung bemerkt und auch ins Cessionsprotokoll eingeschrieben, dann, daß alles dies geschehen, auf das Original-Schuldbokument mittelst Clausul indosirt nnd dasselbe dem Gläubiger zugetheilt wird.

§ 34. Damit eine Schuldenpost aus dem Grundbuche **ausgelöscht** (**extabulirt**) werden könne, ist es unerläßlich, daß das Original-Schuldbocument, worauf die Intabulations-Clausul sich befindet, nebst einer Quittung des Gläubigers über die wirklich erfolgte Abtragung der Schuldenpost ins Grundbuchsamt

gebracht, und daſelbſt kaſſirt werde; worauf dieſe Urkunde auch im Urkundenbuch ausgelöſcht; dabei der Tag der Auslöſchung bemerkt, und endlich auch die betreffende Pränotation im Grundbuche durchſtrichen werden muß. Dieſerwegen iſt dem Schuldner gleich bei der Intabulation zu bedeuten, daß er nach Bezahlung der Schuld und Auslöſchung ſeines Schuldſcheines von ſeinem Gläubiger den rückerhaltenen Schuldſchein zur Löſchung in das Grundbuchsamt bringen ſolle.

§ 39. So wie aber Geldforderungen oder Schulden auf ein Grundſtück intabulirt und pränotirt werden können, ſo können natürlich auch noch andere Laſten, als Dienſtbarkeiten und Beſtandverträge darauf pränotirt und intabulirt werden. Nur iſt hiebei zu bemerken, daß immer derjenige das Vorrecht hat, welcher früher intabulirt und pränotirt worden, folglich der Spätere kein Recht, zum Nachtheile des Früheren erwerben kann.

§ 40. Aus dem Vorſtehenden geht hervor: daß Intabulation die Eintragung, Einverleibung einer Urkunde ins Urkundenbuch, und Pränotation die Vormerkung deren ſummariſchen Inhaltes im Grundbuche heißt, und beide miteinander in der Grundbuchs-Manipulation innigſt verknüpft ſind; da jedoch auch ſolche Kleinigkeiten, geringfügige Käufe und Verkäufe oder Verpfändungen vorkommen, worüber die Partheien keine förmliche Urkunden verlangen, ſo können dieſerlei Verträge auch nur durch Pränotationen im Grundbuche vollzogen werden, wenn nämlich übrigens die unerläßlichen geſetzlichen Formalitäten vorangegangen ſind. Ferner ſind in der Regel nur ſolche Prätenſionen zu intabuliren und zu pränotiren, wogegen kein Widerſpruch ſtattfindet; da jedoch öfters auch nur proviſoriſche Intabulationen und Pränotationen von großem Nutzen ſein können: wo nämlich die Richtigkeit der Prätenſion wahrſcheinlich iſt, der Eigenthümer des in Anſpruch genommenen Grundſtückes aber aus Bosheit oder einem nicht klaren Grunde dieſelbe nicht anerkennen will, ſo ſind dieſelben nicht auszuſchließen, ſondern ſo zu behandeln, wie § 10. bereits angedeutet worden.

§ 41. Da aus dem Vorſtehenden die Wirkungen des Grundbuchsinſtitutes entnommen werden können, ſo werden ſie hier nur der leichtern Ueberſicht wegen wiederholt, und ſind dieſelben rückſichtlich des Eigenthums folgende:

a) Nur derjenige wird für den Eigenthümer des Grundſtückes gehalten, auf deſſen Namen daſſelbe im Grundbuch angeſchrieben ſteht.
b) Derjenige auf deſſen Namen ein Grundſtück im Grundbuch angeſchrieben ſteht, hat alle dieſem Grundſtücke anklebenden Rechte zu genießen, und kann überhaupt damit ſo wie mit ſeinem Eigenthume ſchalten.
c) Ebenderſelbe iſt verpflichtet, alle auf dieſem Grundſtücke haftende Laſten zu tragen, ſo lange daſſelbe im Grundbuche auf ſeinen Namen ſteht, er möge nun ſolches wirklich beſitzen oder nicht.

§ 42. Das erſte Pfandrecht auf ein Grundſtück hat der Inhaber des im Urkunden-Protocoll intabulirten Schuld-Documents und der in Folge deſſen im Grundbuche auf das betreffende Grundſtück pränotirten Forderung, es mögen die Forderungen anderer Gläubiger an daſſelbe Grundſtück älter ſein oder nicht,

und es möge der Schuldner demſelben was immer für Verſicherungen gegeben haben. Den Vorzug eines intabulirten Schuld-Dokaments vor einem gleichfalls intabulirten und auf dem nämlichen Grundſtück pränotirten bei einem Concurſe bedingt der Satz, worauf die Schuld im Grundbuche ſtehet, ſo zwar, daß der erſte Satz dem zweiten und der zweite dem dritten vorzuziehen, alle intabulirten Forderungen aber allen nicht intabulirten Forderungen vorzuziehen ſind.

§ 43. Der intabulirte Gläubiger hat rückſichtlich der geſetzlichen Acceſſorien (Zinſen) ſeiner Forderungen auf das betreffende Grundſtück eben ſolche Anſprüche als auf die Forderungen ſelbſt: ſowie er befugt iſt, ſein Pfandrecht nöthigenfalls auch auf den Ertrag des ihm verpfändeten Gutes, wenn ſolcher nicht bereits mittels eines abſonderlichen und ebenfalls intabulirten Vertrags vergeben iſt, auszudehnen und auszuüben.

§ 13. Die Verträge im Allgemeinen.

Bevor irgend eine Kenntniß des römiſchen Rechts in deutſchen Gerichtshöfen bekannt war, hat das Volk Verträge geſchloſſen, welche nach ihrer eigentlichen juriſtiſchen Weſenheit denen des römiſchen Rechts gleich geweſen ſind — und lange nachdem bereits dieſes Recht ſogar in die Legislation eingedrungen war, hat gleichwohl bezüglich des durch Verträge entſtandnen Obligationsverhältniſſes, wenn es auch nach römiſchen Rechtsregeln beurtheilt wurde, dennoch eine verſchiedne Volksanſchauung geherrſcht, welche noch heutzutage im Nationalcharakter romaniſcher und germaniſcher Völker wahrzunehmen iſt.

Wie nehmlich Volk und Geſetz der alten weltbeherrſchenden Republik in der Autonomie des Einzelnen den Ausgangspunkt des ganzen Rechtslebens zu erkennen und praetiſch durchzuführen geneigt waren und eben in dieſer Huldigung perſönlicher Thatkraft, ſubjectiver Freiheit[1]) auch im Vertrage das ſpecielle Obligationsverhältniß zunächſt als Forderungsrecht des Gläubigers auffaßten und dieſes ſelbſt wieder von beſtimmten Formen der Willensäußrung und gewißen Handlungen abhängig machten, welche allein Klagbarkeit und zwar bis zur unbedingten Erfüllung begründeten, — ſo hielt andrerſeits der germaniſche (und magyariſche, überhaupt der durch Chriſtenthum und Lehnsweſen getragne mittelalterliche) Nationalgeiſt in dem fortlebenden Gewohnheitsrechte an einer mehr objectiven Auffaſſung feſt und ſuchte die rechtliche Begründung des Vertrages darin, daß ein gegebnes und angenommenes Verſprechen ſchon aus Rückſichten und im Intreſſe ſtaatlicher Ordnung und ſittlicher Verpflichtung gehalten werden müſſe und einſeitig kein Paciscent vom Vertrage zurücktreten dürfe, vielmehr dieſer immer eher zu erfüllen, als blos der etwaige Schadenerſatz zu leiſten ſei.

[1]) Vergl. auch hierüber die geiſtreichen Auseinanderſetzungen von *Jhering* l. c. I. Seite 104 u. a. O.

Begreiflicherweise kömmt es bei dieser Anschauung zu keiner juristischen Construction der Begriffe und Unterschiede von pollicitatio, pactum, contractus (re, litteris, verbis, consensu), — actio utilis, directa etc., sondern es wird einfach jedes durch Vertrag entstandne Obligationsverhältniß auf die Willenseinigung[1]) der Partheien zurückgeführt, wobei nur das Erforderniß einer gewißen öffentlichen Vornahme bestimmter Rechtsgeschäfte sich geltend macht.

Dies Letztre schon deshalb, weil der Einzelne nicht blos seine individuelle Machtsphäre durch Vermögensverfügungen erweitert oder beschränkt, sondern zugleich jene seiner Genossen (Familien- und Gemeindemitglieder), die ein natürliches und social-juristisches Intresse daran haben, an dergleichen Handlungen (insbesondre Verpfändungen und Veräußrungen von Liegenschaften) theilzunehmen. (Das Näherrecht).

So haben Wir auch hier im siebenbürgisch-sächsischen Privatrecht einen ganz ähnlichen Standpunkt wie in dem ungarischen[2]) und es wiederholt sich der Grundsatz, daß jeder Vertrag für sich selbst sein specielles Gesetz enthalte[3]) — keiner aber gegen die Gesetze abgeschlossen sein dürfe[3]).

Das Erforderniß einer gewißen symbolischen Handlung oder öffentlicher Vornahme betrifft nicht sowohl Vertragsgültigkeit an und für sich im Obligationsverhältniß der beiden Paeiscenten, sondern meist nur die Perfection und Unanfechtbarkeit von Seite dritter Personen. Deshalb wird häufig zum Beweise des geschehnen Consenses die

---

[1]) Dieser Consens hängt vorerst ab von der Rechtsfähigkeit, überhaupt von den bereits im ungar. Privatrecht angegebnen Vorbedingungen; vergl. Stat. III. 1. § 3. und III. 6. 10 und 11 sowie I. 7. 1.

[2]) Vergl. Stat. III. 1. 3. III. 5. 1. ꝛc.

[3]) Ebendaselbst Stat. III. 1. 3. („Gesetzestext" Seite 191).

Manichfache Bestimmungen der politischen Gewerbe- (Zunft-) Gesetzgebung berührten dies Rechtsgebiet. Siehe beispielsweise in den Hermannstädter Mag. und Universitäts-Protokollen: 1545 fremde Kaufleute dürfen nichts im Sachsenlande mit dem Pfund oder Loth, oder Elle verkaufen, ausgenommen das Scharlach-, Granat- und Purpur-Tuch IV. 3; Sensenverkauf steht nur den Schmieden zu 1551 V. Bd. S. 30; der Sichelpreis wird 1552 limitirt IV. 99 und V. 35, 108; 1553 sächsische Pfarrer dürfen ihren Zehnten frei verkaufen V. 39; manichfach viele Vorkaufsverbote: 1558 IV. 96 und V. 81, dann 1685 XII. 275 u. s. w.; Eisen soll nicht von den Wägen auf der Reise, sondern in den Städten ver- und gekauft werden 1558 IV. 95; Pfarrer sollen ihren Zehnten den eignen Communitäten verkaufen, damit der hiebei erzielte Gewinn für Prädicanten und Schüler gebraucht werde 1577 V. S. 75; Hanfvorkaufsrecht der Seilerzünfte 1549 IV. 18, 1687 XI. 480 u. s. w.; 1651 Pfarrer, welche ihrem Ursprunge nach Unterthanen gewesen, dürfen zwar Häuser in der Stadt kaufen, sollen sie aber nur solchen Kindern (in natura) hinterlassen, welche selbst Geistliche sind, damit nicht adlige Grundherren Ansprüche erheben IX. Bd. S. 133 und so andres mehr.

Draugabe eines Handgeldes, arrha confirmatoria[1]) vorgenommen und es dient dieselbe als Sicherstellungsmittel und Zeichen des ernstlich abgeschlossenen Vertrages, welcher hiedurch einseitig unwiderruflich geworden ist.

Eine Folge der Verträge ist die Gewährleistung (evictio), als die Verpflichtung des einen Paciscenten den andern in dem Besitze der ihm übertragnen Sache, so wie sie sein sollte[2]), zu erhalten, das heißt: falls sie vor Gericht, vermöge eines in die Zeit des frühern Besitzes zurückreichenden Rechtsgrundes angesprochen würde, den gegenwärtigen Besitzer im Proceße zu vertreten und endlich ihn für allen, aus dem betreffenden Rechtsgeschäfte unmittelbar sich ergebenden Verlust, — selbst für mangelnde Eigenschaften und verborgne Fehler der Sache — schadlos zu halten.

Diese Verbindlichkeit des Gewährsmannes dauert in Bezug auf Liegenschaften Jahr und Tag[3]) — sonst immerfort — außer es wäre die bewegliche Sache auf öffentlichem Markte gekauft worden[4]). Doch muß der frühre Eigenthümer (Gewährsmann) zur Vertretung gerichtlich aufgefordert werden[5]), da er sonst nicht mehr zur Gewährleistung im Proceße verhalten werden kann und ist hiebei berechtiget, seinen eignen Gewährsmann zu stellen, so daß endlich nur der letztgestellte, oder im Falle von dessen Zahlungsunvermögenheit der vorletzte verpflichtet bleibt, alle andern Zwischenmänner aber durchaus nicht weiter angesprochen werden dürfen[6]).

---

[1]) Dieses Angeld (Weinkauf) wird besonders in Stat. III. 6. § 4. („Gesetzestext" Seite 204) erwähnt und sollte zugleich, namentlich bei Kaufgeschäften, einerseits die bildliche Uebergabe der Sache, andrerseits die Uebernahme des Zufalls vorstellen. Im Allgemeinen gilt hierüber römisches Recht.

Die arrha poenitentialis (Reugeld, vinculum) wird niemals vermuthet; ist sie aber als solche bedungen, so kömmt insbesondre Inst. III. 24. und I. 7. Cod. XXI. 4. rc. zur Anwendung.

[2]) Vergl. die §§. 922—933 des allgemeinen östreichischen Gesetzbuches.

[3]) cf. Stat. III. 6. § 12. („Gesetzestext" Seite 205). cf. l. c. § 11 und G. Z. 1715:1794; G. Z. 8830:1800 und 22:1801 (vergl. § 367 allg. östr. bürgerl. Gesetzbuches).

[4]) Nachzulesen l. c. § 12.

[5]) Nachzulesen l. c. § 10 und G. Z. 1734:1784, ferner G. Z. 1315:1794.

[6]) Ueber die Vindication einer gestohlnen Sache vergl. Stat. I. 9. § 7. („Gesetzestext" Seite 155) und *Sachsenheim* „Civilrecht" Seite 405. — (Nach Localstatuten und Universitäts-Beschlüssen durfte Vieh nur in Städten gekauft werden, denn wer auf freiem Felde oder im Dorfe kauft muß für das gestohlne den Evictor stellen, oder er verliert dasselbe und ist haftungspflichtig. Siehe Magistratsprotokoll 1554 IV. Bd. S. 37 und 95 und 1651 X. Bd. Seite 169; wird von einer geistlichen Person gestohlnes Vieh gefunden, so ist dies nicht dem Decanus, sondern dem Ortshannen auszuliefern 1651 X. Bd. 170).

Singulär ist die Haftungspflicht des Viehverkäufers wegen verborgner Fehler blos auf drei Tage festgesetzt. Vergl. Stat. III. 6. § 11. („Gesetzestext" Seite 205).

Das Statutargesetzbuch, welches ebensowenig wie die, selten durch wissenschaftliche Doctrinen erleuchtete, Rechtspraxis das Wesen dinglicher Rechte und der Eigenthumsklage festzustellen vermochte, vielmehr beide geneigt waren, in jedem Rechtsverhältniße das persönliche Element allein ins Auge zu faßen, hat auch im Obligationenrechte nur einige Punkte hervorgehoben und es der schwankenden Justizpflege anheimgestellt, ob sie lieber im Anschluße an ein dunkles und oft willkürlich deutsames Gewohnheitsrecht, oder an das eigentlich nur innerhalb der Grenzen des speciell aufgenommenen Rechtsinstitutes anwendbare Römische Recht vorgehen oder ob sie etwa an eine viel zu verwerthende aber gern geschmälerte Analogie oder gar an richterliches Gutdünken sich halten wolle.

Es hat dies störend auf das Rechtsleben eingewirkt — und die wenigen Romanisten, welche von der Lehrkanzel herab zur theoretischen Besserung berufen waren, haben dies in zweifelhafter Weise gethan, wenigstens läßt sich die maßlose Anwendung des römischen Rechts und totale Verkennung altdeutscher Rechtsinstitute umsoweniger rechtfertigen, als weder Gerichtshöfe noch Volk diese Ausbildung des Rechtes (als von einer competenten Autorität ausgehend) sich gefallen ließen, freilich aber selbst zu einer klaren Durchdringung des eigenen Gesetzesstoffes und Rechtsbewußtseins sehr schwer gekommen ist.

Dermalen kann es nur Aufgabe sein den letztren Gesichtspunkt festzuhalten — der hilfsbedürftigen Praxis steht es frei, in Ergänzung sich des römischen Rechts, allenfalls nach dem ersten besten Lehrbuche, zu bedienen. — Wir aber wollen nach den in den Statuten enthaltnen Titeln das Obligationenrecht in die entsprechenden Gruppen eintheilen und demgemäß behandeln und zwar zuerst die Verträge über Darlehn, Leihe, Bestand und Verwahrung, sowie die Pfandbestellung, den Kauf- und den accessorischen Nebenvertrag der Bürgschaft, hierauf die Verpflichtung zum Schadenersatze, die Vergleiche und endlich die Verjährung.

§ 14. Der Leihvertrag und das Darlehn.

Der Leihvertrag (commodatum) ist jene Willenseinigung zweier Paciscenten, wornach der eine dem andern eine Sache unentgeltlich zum Gebrauche übergibt mit der Verpflichtung dieselbe Sache künftig (nach dem bestimmten Gebrauche oder der bestimmten Zeit) zurückzugeben[1]).

[1]) Nachzulesen Stat. III. 1. 1. („Gesetzestext" Seite 191) und l. c. § 7. (Schlußsatz erklären); vergl. § 971 östr. bürgerl. Gesetzbuch.

Der Verleiher (Commodant) bleibt Eigenthümer der Sache und hat daher in der Regel den Zufall zu tragen; dagegen haftet der Entlehner (Commodator), da er allein von dem Vertrage den Vortheil hat, für jegliches Verſehen. (Siehe römiſches Recht).

Der Darlehnsvertrag (mutuum) beſteht in jener Willenseinigung, wornach der eine Paciscent (Gläubiger) dem andern (Schuldner) vertretbare (verbrauchbare) Sachen zum Eigenthume übergibt unter der Verabredung, daß ihm derſelbe, ſei es nach einer beſtimmten Zeit oder über Rückverlangen, andre Sachen gleicher Quantität (ob mit oder ohne mittlerweile zu leiſtende Intreſſen) zurückgebe[1]). (Siehe röm. Recht).

Eine beſondre Ausnahme vom Römiſchen Rechte beſteht nach deutſchem Rechtsbewußtſein, Gewohnheitsrecht und Statutargeſetz[2]) namentlich darin, daß die exceptio non numeratae pecuniae nicht ſtattfindet, indem nehmlich ein ausgeſtellter Schuldſchein immer für den Gläubiger ſpricht, und alſo der Schuldner das Gegentheil beweiſen müßte.

Uebrigens können ſolche Geldverpflichtungen, überhaupt Darlehnsverträge, ſchriftlich oder mündlich und auch auf klingende Münze[3]) abgeſchloſſen werden, und wo die Münzart nicht beſtimmt geweſen, war immer Wiener Währung zu präſumiren[4]).

Was den Intreſſenfuß betrifft, ſcheint derſelbe ſehr frühe trotz des canoniſchen Verbotes, willkürlich hoch geweſen zu ſein; zwar verbietet Stat. III. 1. 3. ungeſetzliche Zinſen und Stipulationen auf Rückzahlung der doppelten (höhern) Summe, jedoch war damit nichts geholfen, da weder das Maß der Zinſen beſtimmt war, noch auch gegen eine im Schuldſchein fingirte Summe Gegenbeweis aufkommen konnte. Erſt zu Ende des 17. Jahrhunderts wurde der Intreſſenfuß auf 10% feſtgeſetzt[5]); der Wucher wiederholt verboten[6]); — und endlich in der Neuzeit die geſetzlich erlaubten Zinſen auf höchſtens 10% bei Naturaldarlehn, und auf 6% bei Geld-

[1]) Nachzuleſen Stat. III. 1. 1. („Geſetzestext" S. 191.) zu vergleichen § 983 öſtr. bürgerl. Geſetzbuch.

[2]) Vergl. Stat. I. 7. 1. („Geſetzestext" Seite 151) u. a. O.

[3]) Gubl. Z. 12105:1817. ꝛc. ꝛc.

[4]) H. Z. 2836:1817, G. Z. 12105:1817, und Herm. Mag. Z. 387:1818. Wie Darlehn in Früchten 1811 zu berichtigen ſeien, beſtimmte Gubl. Z. 6295:1811.

[5]) Vergl. A. C. IV. 1. 1. und Comp. IV. 15, dann 8: und 11:1673 und 12:1691, ferner 3: Alvincziana Resolutio von 1693, dann 9:1698 und 136:1791. ꝛc.

[6]) Hofreſcript vom 6. November 1712, Gubl. Z. 228:1747, G. Z. 241:1753; Wucherpatente von 1788 (1782 waren 5% als geſetzliche Zinſen normirt ſiehe Intreſſenbeſtimmungs-Patent Kaiſer Joſefs von 1788). Wucherpatente von 1802, endlich G. Z. 6695: Herm. Mag. Z. 2356:1804; G. Z. 9838: Herm. Mag. Z. 2198:1814 und G. Z. 5842:1816 ꝛc.

darlehn bestimmt; — Wucherer sollten mit Verlust der Intressen bestraft werden und das etwa vom Schuldner gezahlte superplus am Capital verlieren; — überdies sei gegen Betrüger mit Fiscalaction vorzugehn und dieselben sogar mit Verlust des Capitals zu bestrafen, wodann zwei Drittel dieses Strafbetrages dem Fiscaldirector, ein Drittel dem Anzeiger zu entfallen gehabt hätten. (Allgemeine siebenbürgische Vorschriften[1]).

In der Gerichtspraxis behandelte man alle Wuchergeschäfte als einfache Civilproceße und suchte auf dem sogenannten Computualwege die Partheien zu vergleichen[2]); auch war angenommen, daß weder im Gesellschaftsvertrage, noch unter Kaufleuten das Darlehn an gesetzliche Zinsen gebunden sei. — Singulär ist als Wucher verboten worden: ein Gelddarlehn gegen Zahlung in Wein einzugehn[3]) — Krämerwaaren für Früchte einzutauschen[4]) und vincula (Reugeld) statt Intressen zu verschreiben[5]).

Verzugszinsen können im Betrage der conventionellen oder der gesetzlichen nach Stat. III. 1. § 4. gefordert werden; die Rückzahlung selbst muß nach der Verabredung geschehn, oder im Falle eines nicht bestimmten Termines bei liquiden Schulden innerhalb sechs Wochen nach eingebrachter Klage, wenn Sachen zurückzuerstatten sind und ebenso innerhalb drei Tagen, wenn die Schuld in Geld besteht[6]). Ein vom Fürsten erlangtes Moratorium kann nur dann als rechtsgültig angesehn werden, wenn dasselbe auf Anrathen der zuständigen Gerichtsbehörde wegen rücksichtswürdiger Gründe erflossen ist. (Stat. III. 1. § 6.).

Im Uebrigen kömmt bezüglich des Forderungsrechtes des Gläubigers, Verbot der Privatpfändung[7]), seiner Cessionsbe-

---

[1]) Siehe Nr. 24 und 25: 1858 der in Preßburg erschienenen juristischen Zeitschrift.

[2]) Vergl. Preßburger Zeitschrift für Rechtspflege in Ungarn ꝛc. Nr. 50 und 51: 1856.

[3]) Hofrescript vom 13. October 1722.

[4]) G. Z. 2884: Herm. Mag. Z. 941: 1815.

[5]) G. Z. 12023: 1820 ꝛc. ꝛc.

(Nach ehmaligen Statuten war 1547 verboten Geld gegen Intressen auszuleihen, weil dies gegen das Gebot Gottes sei, Herm. Mag.- und Univers.-Protokoll IV. 12; dafür muß der Pfandnehmer den Meddem für übernommene Aecker entrichten 1547. IV. 12; Herbstschulden sind von den Weinbauern zuerst an ihre ältern Gläubiger abzutragen 1653, X. Bd. S. 315; 1558 Hypothekarschuld für ein städtisch ausgeborgtes Geld, Fall vom Jahre 1558. III. 182; 1547 Pfandgläubiger ist gehalten das auf der verpfändeten Wiese gefechste Heu nach gewissenhafter Schätzung dem Schuldner an der Capitalsumme abzuschlagen IV. Band Seite 12.).

[6]) Nachzulesen Stat. III. 1. 2. und Stat. I. 12. 1.

[7]) cf. Stat. III. 3. 1. („Gesetzestext" Seite 196).

rechtigung[1]) u. dgl. m. das Römische Recht zur vollen Anwendung, sowie auch der Schuldner nach eben demselben verhalten ist, Vermögensobjecte nicht unter der Hand zur Uebervortheilung des Gläubigers zu veräußern[2]), auch nach der Güterabtretung in Schuldverpflichtung zu verbleiben[3]), die Rückzahlung zu beweisen[4]) u. s. f.; Compensationen dürfen und sollen vorgenommen werden[5]); Auseinandersetzungen des wahren Sachverhaltes, Berichtigungen von Rechnungsfehlern u. dgl. m. was keine Novation in sich schließt, können immerfort verlangt werden, wenn noch nicht darüber ein Urtheil erflossen oder ein Vergleich abgeschlossen wurde[6]); — nur im Falle der Zahlungs-Unvermögenheit des Schuldners findet nicht Römisches Verfahren statt, sondern war ursprünglich in Stat. III. 3. 10. („Gesetzestext" Seite 198—199) angeordnet, daß der Schuldner, wenn er nicht nach letzter Zahlungsfrist seine Verbindlichkeit erfülle, vom Richter auf drei Tage in öffentlichen Gewahrsam (Schuldthurm) genommen werden solle, hierauf aber dem Gläubiger zu überantworten sei, welcher ihn wie sein Dienstgesinde zur Hausarbeit und zwar gefesselt ein ganzes Jahr lang verwenden könne, jedoch ihn ernähren und auf den Tag 5 Denar Lohn als abgezahlte Schuld berechnen müsse. Nach Jahresfrist wird zwar der Schuldner entlassen, muß aber versprechen, den Gewinn seiner Arbeit dem Gläubiger zukommen zu lassen, auch während dieser Zeit nicht zu entfliehen. Hat er endlich dieserart die erste Schuld abgetragen, so kann er einer zweiten wegen von Neuem eingefangen werden.

Dies harte Schuldverfahren dürfte nur selten in voller Strenge durchgeführt worden sein; die socialen Zunft- und Gemeindeverhältnisse schützten den Bürger, die Genossen kamen zu Hilfe; — der ungarische Edelmann war durch Privilegien und Gerichtsstand in exemter Stellung; der Unterthan kaum in der Lage als Schuldner größrer Summen angenommen und von seiner Grundherrschaft weggeführt zu werden; mit dem Fremden wollte und sollte[7]) man nicht Geldgeschäfte treiben — so blieb eigentlich nur der Sädler übrig, auf welchen obiges Gesetz passen konnte. Mit dem erweiterten Verkehr und gesteigerten Bedarf an Capitalien und daher zahlreicher eingegangnen Schuldverpflichtungen mußte umsomehr

[1]) l. c. § 6. [2]) l. c. § 2. [3]) Nachzulesen ebendaselbst § 4.
[4]) l. c. § 7. („Gesetzestext" S. 198). [5]) l. c. § 8. [6]) l. c. § 9.

[7]) Z. B. verbietet der 13. Punkt der Hermannstädter Localstatute von 1631 den Stadtleuten „sich mit Frembden zu vergesellen, mit ihnen zu handeln, Geld auf halben Gewinn ausleihen" und ähnlich andre Localstatute mehr.

Vergleiche einen übrigens ziemlich leeren Erlaß des Comes Teutsch vom 20. October 1711. „Wie man sich gegen die Herren Creditores in Abtragung der Schulden und Intressen zu verhalten" in der Transsilvania 1863 Seite 91.

darauf gesehen werden die Rechte der Gläubiger zu sichern und zu ordnen, als selbst das Pfandrecht sehr unvollkommen ausgebildet war. Lange Zeit blieb es bei dem Concurse der Gläubiger bei der vorigen ungewissen Rechtsübung, bis endlich durch die mittels Hofrescript vom 4. Juli 1772 erfolgte Concursordnung und nachfolgende Fallitenordnung vom 7. October 1772 dies Rechtsgebiet für ganz Siebenbürgen neu und bestimmt geregelt wurde[1]).

Die wichtigsten Bestimmungen sind in nachfolgenden Auszügen enthalten[2]):

I. Aus der Cridalnorm.

Außerhalb aller Klassen

werden gesetzt, mit dem Rechte der Ausscheidung, oder des Eigenthumes, diejenigen, welche ihr Eigenthumsrecht auf eine in der Masse vorhandene Sache erweisen können und welchen es daher frei steht, sich in den Besitz dieser Sache wieder zu setzen[3]).

Zur ersten Klasse

werden gezählt alle diejenigen, welchen nach den Gesetzen und Statuten der Orte, nach dem Gebrauche und der Praxis, oder in deren Ermangelung nach dem allgemeinen römischen Rechte ein besonderes Sachvorrecht, oder Vorzugsrecht zukömmt, solche sind:

1. Das Allerhöchste Aerar[4]).
2. Die Dienerschaft und gedungenen Arbeiter, hinsichtlich des ihnen für ihre geleistete Arbeit und Dienste vom Cridatar versprochenen Lohnes.
3. Das Taxamt und die Gerichte, mit den rückständigen Expeditions- und Gerichts-Taxen.
4. Die Massevertreter und Vermögensverwalter, welche erstens nicht nur hinsichtlich des für Taxen, und auf was immer für eine Art zum Vortheile der Masse bis zum Erfolg des Classifications-Urtheiles ausgegebenen, sondern auch hinsichtlich des bis zum Ausgange der Crida noch auszugebenden Geldes vorläufig classificirt werden, ebenso zweitens hinsichtlich der ihnen nach Beendigung des Geschäftes zuzuerkennenden Belohnung.

---

[1]) Diese Cridal- und Fallitennorm wurde von den siebenbürgischen Ständen als provisorisches Gesetz anerkannt 1791, vergl. Gubl. Z. 3479, Hermannst. Mag. Z. 80:1801 und Gubl. Z. 3539:1804. ꝛc. ꝛc.

[2]) Vollständig mit Noten abgedruckt in meiner frühern Ausgabe und Bearbeitung des Statutargesetzbuches 1853 als Anhang der ersten Lieferung.

[3]) G. Z. 6179:1787. Vor Ausbruch einer Crida gerichtlich zugesprochene Forderungen sind extra classes zu berichtigen; vergl. G. Z. 1434:1787.

Nach G. Z. 2714:1796 gebühren gerichtlich zuerkannte, wenn gleich vor Ausbruch der Crida noch nicht exequirte Gegenstände eines Schuldners — dessen Gläubigern.

[4]) Doch haben k. k. Fabriken nicht das Vorzugsrecht des Aerars (privater Erwerbsweg) nach G. Z. 2133: Herm. Mag. Z. 1385:1787.

5. Die auf Beerdigung des Cridatars verwendeten Auslagen.
6. Die Aerzte, Chirurgen und Apotheker, hinsichtlich der dem Cridatar in der letzten Krankheit verabreichten Arzneyen, und während derselben ihm geleisteten Dienste, jedoch gegen einen mäßigen, nach den Arznei-Preistaxen der Apotheker, oder nach dem in ähnlichen Fällen obwaltenden Gebrauch vom Richter zu bestimmenden 10 oder mehrpercentigen Abzug von den Auszügen der Apotheker.
7. In die erste Klasse werden nach dem Sinne des Gesetzes Trip. 1. Theil 103. Tit. auch die Gattinnen der Cridatare bezüglich des Heyrathsgutes und des von ihnen außer der Mitgift zugebrachten Vermögens gezählt, wenn sie sich nicht zugleich mit dem Manne verpflichtet hätten, die Schulden zu bezahlen, oder die Schuldscheine mit dem Manne zugleich unterschrieben, oder aber dem Heyrathsgute freywillig entsagt hätten.

In die zweyte Klasse

werden gesetzt alle diejenigen, welche auf das Vermögen des Cridatars ein ausdrückliches, stillschweigendes, oder gesetzliches Pfandrecht haben.

Zu den letzteren gehören:

1. Die Gattinnen, rücksichtlich des Heyrathsgutes, der Widerlage oder Mitgift.
2. Die Pupillen und Minderjährigen auf das Vermögen der Tutoren und Curatoren.
3. Kirchen, in Bezug auf das den Curatoren derselben anvertraute aus deren Verwaltung zurückzufordernde Geld.
4. Die Gläubiger, welche vom Cridatar ein Pfand haben, jedoch nur in so weit, als der Werth des Pfandes zur Bezahlung der Schuld zureicht.
5. Vermächtnisse und milde Stiftungen, welche Vorfahren hinterlassen, und vom Cridatar auszuzahlen gewesen wären, jedoch nicht Stiftungen, welche der Cridatar machte, denn diese werden in die letzte Klasse gesetzt.

Hinsichtlich aller dieser Pfandgläubiger gilt die Rechtsregel: wer früher in der Zeit ist, hat mehr Recht, und zwar so, daß derjenige, dem ein ausdrückliches oder stillschweigendes Pfand früher bestimmt wurde, dem vorgezogen werde, welcher es später erhalten hatte.

Diese Rechtsregeln gelten auch rücksichtlich der den Kirchen hinterlassenen Vermächtnisse, so daß sie allen denjenigen nachgesetzt werden, welche vor dem Tode des Testators, von welchen nehmlich der Tag der Vermächtnisse verfällt und beginnt, ein ausdrückliches oder stillschweigendes Pfand erhalten haben.

In die dritte Klasse

werden gesetzt alle, welche ein Personalprivilegium haben, als da sind:

1. Der eine Sache in Verwahrung gegeben, und dessen Sache nicht mehr vorhanden ist, da nehmlich, wenn die Sache noch vorhanden wäre, nach dem oben gesagten, ihm das Recht zukäme, sich wieder in den Besitz derselben zu setzen.

2. Nach der „Wechſelordnung“: 1) alle förmlichen Wechſel, oder eigentliche Wechſel, d. i. ſolche, welche zur Ausbezahlung mit baarem Gelde von einem Orte an einen andern angewieſen werden; 2) auch die trockenen d. i. ſolche Wechſel, welche über geborgte Waaren ausgeſtellt, und auf dem nämlichen Platze bezahlt werden, wo der Gläubiger und Schuldner wohnt.
3. Die von ſolchen Fabriken, Fabrikanten und Manufacturiſten an andere Handelsleute ausgeſtellte und gerichtete Wechſel.

Dieſe perſonell privilegirten Gläubiger nun haben, wenn die Maſſe zu ihrer völligen Befriedigung nicht zureicht, nach der Größe ihrer Forderungen gleiche Anſprüche, weil ſie nur ein perſönliches Privilegium haben, und daher ſo wie ihre Perſon auch das Recht derſelben gleich iſt.

In die vierte Klaſſe

werden geſetzt die Gläubiger auf Handſchrift, welche ohne alles Vorrecht unter ſich, nach Maßgabe der Größe ihrer Forderungen, d. i. nachdem die Bilanz zwiſchen den Schulden und der nach Befriedigung der privilegirten Gläubiger noch übrig gebliebenen Maſſe gezogen worden, auf die nehmliche Art wie von den Gläubigern, die nur ein Perſonalprivilegium haben, geſagt wurde, ſowohl hinſichtlich der Hauptſchuld, als auch der feſtgeſetzten Intereſſen, welche bis zur Befriedigung ohne Unterbrechung fortlaufen, bezahlt werden.

Den Gläubigern auf Handſchrift werden aber zugezählt die Fauſtpfand-Gläubiger, und die eine ausdrückliche beſondere Hypothek haben. In wie weit nämlich ihre Forderung mehr, als den Werth des Pfandes oder Special-Hypothek beträgt.

Intereſſen werden aber gleich dem Capital zugezählt.

Intereſſen müſſen aber gezahlt werden theils zufolge des Vertrages, theils aus Verzug, ſo, daß wenn ein Schuldner nach Verfluß des Zahlungstermins ermahnt, nicht gezahlt hätte, derſelbe von nun an bis zur Befriedigung des Gläubigers, Intereſſen zu zahlen verbunden iſt, wenn im Vertrage auch keine beſtimmt wären.

In die fünfte Klaſſe

endlich werden geſetzt alle diejenigen, die des Gewinnes wegen ſtreiten, nehmlich:

1. Erben, Vermächtnißnehmer, und Nießbrauchsvermächtnißnehmer, vom Cridatar ſelbſt eingeſetzt, weil die Erbſchaft nur nach Bezahlung der Schulden ausgefolgt wird.
2. Die mit einer Schenkung unter Lebenden Betheilten und die Ehegattin des Cridatars, rückſichtlich der Morgengabe.

II. Aus der Fallitenordnung.

Erſtens. Es ſoll künftighin keine neue Handlung ohne Vorwiſſen und Bewilligung der Comercien-Commiſſion, welche dießfalls die Zahl der Handelsleute dem anzuhoffenden Verſchleiße anzumeſſen, den Bedacht nehmen wird, er-

richtet werden. Der Handlungswerber hat auch jedesmal einen genugſamen eigenen, oder durch annehmliche Bürgſchaft ſicher geſtellten Handlungsfond auszuweiſen.

Zweitens. Von dem nach Beſchaffenheit der Umſtände vorerwähntermaſſen beſtimmten Einlagsfond muß das eigene Vermögen, oder der reelle Fond wenigſtens das Drittel ausmachen, die übrigen zwey Drittel können zwar durch Darleiher oder Geſellſchafter eingelegt werden.

Drittens. In Rückſicht der Geſellſchafter, welche in die Handlung verflochten ſind, iſt hauptſächlich der Unterſchied zwiſchen den öffentlichen und heimlichen Geſellſchaftern zu bemerken. Dann

Viertens. Die öffentlichen Geſellſchafter müſſen bey dem betreffenden Wechſel- oder Mercantilgerichte auch in den obligatoriis ausdrücklich benennet, daſelbſt protokolliret, und die Handlungsfirma (Raggion) mit Ausdrückung der Namen, oder doch mit beſtändiger Zuſetzung der Worte: und Compagnie, geführt werden. Wornach auch derlei Geſellſchafter, wenn ſie gleich nur um einen gewiſſen unter ſich bedungenen Antheil in der Handlung ſtehen, den Gläubigern dennoch in Solidum haften müſſen, auch von dieſer Verbindlichkeit nicht eher befreyet werden, als bis die Geſellſchaft vor dem Wechſel- und Mercantilgerichte, wie oben gemeldet, ordentlich aufgelöſt und alle Handlungsgläubiger befriediget worden; eben ſo muß auch der in der Stille ohne Vorwiſſen des Wechſel- und Mercantilgerichtes ausgetretene öffentliche Geſellſchafter den vorigen Handlungs-Gläubigern, im Falle ſie von dem in der Handlung bleibenden Geſellſchafter hernach nicht befriediget worden, jederzeit haften, welches ſich auch von denjenigen neuen Gläubigern verſtehet, welche nach der Hand, ohne von der heimlichen Austretung eines dergleichen Geſellſchafters zu wiſſen, blos im Vertrauen auf die gerichtliche Protokollirung, und die Handlungsfirma weiters fidiret hätten.

Fünftens. Die heimlichen Geſellſchafter, welche nähmlich einen Antheil bey der Handlung haben, ohne hiebey einen Nahmen zu führen, ſind zwar als Mitintereſſenten bey dem Wechſel- und Mercantilgerichte namhaft zu machen, und mit ihren Einlagscapitalien, wie auch wegen des Gewinnes, und Verluſtes, nicht minder wegen der Zeit, und fortwähren ſollenden Compagnie und übrigen zwiſchen ihnen pflegenden Einverſtändniſſen zu protokolliren, in der That aber als ſtille Geſellſchafter anzuſehen, und dahero derenſelben Namen weder ausdrücklich, noch unter dem Namen Compagnie bey der Raggion zu führen; gleichwie dann auch dieſe lediglich nach dem Quanto ihres eingelegten Fonds, oder nach Inhalt und Beſchaffenheit des beim Wechſel- und Mercantil-Gerichte protokollirten Societäts-Contracts einen gewiſſen Antheil des ſich äußernden Verluſtes zu tragen, keineswegs aber für den übrigen in Solidum zu ſtehen ſchuldig ſind. Jedoch müſſen ſelben auch ihr Capital bis zur ordentlichen bei dem Wechſel- und Mercantil-Gerichte geſchehenen Aufhebung der Societät in der Handlung liegen laſſen, und ſind nicht befugt, unter was immer für einem Vorwande auch nur einen Theil davon heraus zu nehmen, außer es würde bey gedachtem Wechſel- und Mercantil-Gerichte anſtatt des austretenden, ein anderer ſubſtituiret, oder von dem Handelsmanne ſelbſt der genugſame Fond ausgewieſen.

Eilftens. Die Privatgläubiger eines Handlungsgesellschafters sind allerdings befugt, die Forderungen an des Schuldners Handlungsantheil gebührend zu suchen, auch im Falle die Sache nicht gütlich beigelegt würde, darauf die ordentliche Execution zu führen. Welches sich jedoch nur auf jenes was dem Gesellschafter nach Abzug der Handlungsschulden annoch zu guten kömmt erstrecken kann.

Durch Vorstehendes ist nur für die Sicherstellung des Einlagscapitals, und Bedeckung der Handlungsgläubiger gesorgt worden: Es ist aber auch billig, auf angemessene Mittel den Bedacht zu nehmen, wodurch die Handelsleute zu ihren rechtmäßigen Forderungen schleunig gelangen mögen. Es wird daher

Zwölftens. Jede Gerichtstelle über die von den Schuldnern unterschriebenen Handlungs- oder Handwerks-Auszügel nach Jahr und Tag, von den übrigen Auszügeln aber von Zeit der ersten Klage, da selbe auf die gewöhnliche Art für richtig erkannt, oder liquidirt worden, 5-pereent. Interessen den Handlungs- und Handwerksleuten anrechnen, und zu guten kommen lassen, denselben auch schleuniges Recht dergestalt ertheilen, daß gleich auf die erste über solche Auszügel eingereichte Klage, der Beklagte vorgeladen, ohne Gestattung einer schriftlichen Exception mündlich summarisch vernommen, und zugleich zur Vermeidung aller Weitläufigkeiten, welche sich bei Anerkennung der Richtigkeit solcher Auszügel ergeben können, dem Kläger die Mitbringung des Handlungs- oder Handwerks-Buches, oder des unterschriebenen Originaleonto, und Auszügels auferleget, sodann die Schuld liquidirt, allenfalls auf einen Vergleich über deren Betrag, oder Zahlungszeit anzutragen, und im Falle daß dieser nicht zu Stande käme, nach geschehener Liquidation die Execution angeordnet werde. Jedoch ist in Absicht auf die Liquidirung der vorstehendermassen bei Gericht vorgebrachten Kaufmannseonti und Handwerks-Auszügel folgender Unterschied zu beobachten, daß nämlich:

Dreyzehntens. Die Handlungsbücher, Conti, und Auszügel, welche von einem Wechsler, einem zu privilegirten Handlungs-Societäten und Compagnien gehörigen Handelsmanne, wie auch von einem Commercial-Professionisten, der eine Art des Handels in Folge seines Gewerbes treibet, und hierüber ordentliche Bücher führet, bey Gericht vorgebracht werden, die Kraft eines halben Beweises haben dergestalt, daß der Vorzeiger und dessen Erben zum Ergänzungseide gelassen werden, wenn anders diese Bücher mit den unten folgenden Erfordernissen versehen sind [1]).

Vierzehntens. Die übrigen Kaufleute, Krämer, und Handlungsleute aber müssen, wenn sie ihre Arbeiten, oder Waaren auf Borg ausgeben, gleich einen

---

[1]) Die Erfordernisse der Handlungs-Bücher aber bestehen in Folgendem:

1) Daß derjenige Handelsmann, der die Bücher hält, von gutem Rufe und untadelhaftem Lebenswandel sey.
2) Daß die einkommenden Posten aus dem Strazzabuche, und Journal entweder mit seiner eigenen Hand, oder durch einen besonders hierzu gehaltenen vertrauten, der Handlungsbücher verständigen Handlungsdiener in das Hand-

Auszügel verfaſſen, und ſolchen dem Schuldner zum unterſchreiben übergeben; wenn nun dieſes geſchehen, wird das Gericht ſelben für liquid halten, und auf Verlangen des Gläubigers darüber die Execution ertheilen. Sollte aber der Schuldner dieſen Auszug der empfangenen Waaren oder Arbeiten zu unterſchreiben ſich weigern, ſo kann der Gläubiger bey des Schuldners Behörde, mit Ausgang bemeldeten Jahres ſeine Klage einreichen, über welche das Gericht ihn zum Erfüllungseide zulaſſen wird, wenn er anders ein ordentliches Tagebuch gehalten, und darinnen ein und anderes, vorzüglich Abſchlagszahlungen angemerkt zu haben, darthun kann.

— — — — — — — — — — — — — — —

Von Fallimenten die durch Unglück entſtehen.

Wenn ein Schuldner, welcher blos aus Unglück in Verfall gerathen, ſeinen Gläubigern die Zahlungsunvermögenheit treulich und ohne alle Verheimligung zeitlich anzeiget; ſo kann derſelbe nicht in Verhaft genommen werden, ſondern es können die Gerichte demſelben alle Rechtswohlthaten, nämlich die in oder außer Gericht mit den Gläubigern zu treffenden Vergleiche, Präjudicialverträge, Zahlungsfriſt-Erſtreckungen und Güterabtretungen, angedeihen laſſen, wenn anders derſelbe folgende Bedingniſſe erfüllet, nehmlich

I.

In Rückſicht der mit ſeinen Gläubigern anzuſtoßenden Vergleiche.

Muß ſelber:

Erſtens. Ohnverzüglich eine Inventur mit ordentlicher Specificirung aller Waarenſorten, und deren Werth getreulich aufnehmen, ſeine einbringliche, zweifelhafte, wie auch verlorne Activpoſten ausweiſen, ſeine geſammten Gläubiger mit Anmerkung ihrer Tauf- und Zunamen verzeichnen, und hierauf mit Beylegung der genannten Inventur, und Schulden-Specification bey ſeiner gewöhnlichen Perſonalinſtanz die Zuſammenrufung ſeiner Gläubiger ſchriftlich anſuchen. Worauf mit Zuziehung der auf Ort und Stelle befindlichen Gläubiger, und Vorſteher des Handelsſtandes auf den nächſten Gerichtstag eine Tagſatzung angeordnet, und nach vorläufiger ſummariſcher Erkenntniß der Sache auf 14 Tage oder längſtens 4 Wochen, alle real und perſonal Execution bey dem Wechſel- und Mercantil-

lungsbuch eingetragen, und dieſes nicht von verſchiedenen Händen zu einer Zeit geſchrieben ſey.

3) Daß ſolches Handlungsbuch ordentlich enthalte, was dem Kaufmann zur Laſt oder zu Gute kommt, ingleichen

4) Den Tag und das Jahr, wie auch die Perſonen, denen und durch welche geborgt worden, klar ausdrücke.

5) Daß die eingetragene Poſt eine zur Handlung, und in ein dergleichen Handlungsbuch gehörige Sache betreffe, und nichts was nicht zur Handlung gehörig iſt, darin geſchrieben werde.

Nach Gubl. Z. 4237:1836 werden Kaufleute, welche ihre Schulden nicht in den Handlungsbüchern verzeichnen als Betrüger behandelt.

Gerichte dergestallt eingestellet wird, daß nach dem Inhalte der Wechselordnung Art. 45 diejenigen, welche ein Unterpfand von dem Schuldner in Händen haben, oder derley bewegliche Güter vermittelst der im ordentlichen Wege geführten Execution wirklich in die Sperr haben nehmen lassen, an diesen Stillstand nicht gebunden seyn sollen.

II.

Bey den in oder außer Gerichte wegen Nachsehung eines Theiles der Schuld, oder Erlassung des Verhaftes anzustoßenden Präjudicial-Verträgen.

Erstens. Wegen Zusammenberufung der Gläubiger, oder ihrer Gewaltträger, desgleichen wegen Ausmittelung des wahrhaften Vermögens- und Schulden-Standes, soll das nämliche, was im vorhergehenden Punkt von den Zahlungsfristen vorkömmt, beobachtet werden.

Zweitens. Kann nicht von der Nachsehung der ganzen Schuld, sondern nur von einem Theile derselben nach Maaßgabe der Ohnvermögenheit des Schuldners gehandelt werden.

Drittens. Muß der Schuldner eine anständige Caution, oder sonstige Sicherheit über den nach Abzug des erhaltenen Nachlasses noch verbleibenden Rückstand, oder der verläßlichen Zuhaltung der bewilligten Zahlungsfristen stellen: Widrigens die Gläubiger an den Vergleich, oder das pactum praejudiciale nicht gebunden wären, sondern denselben frei stehen würde, im Wege der Execution fürzugehen, auch allenfalls die Anordnung der Cridalverhandlung zu verlangen.

Viertens. Ist erforderlich, daß der größere Theil der Chyrographar-Gläubiger in die Zahlungsfristen, und pactum praejudiciale, oder die Nachsicht der Schuld willige; wobei jedoch die Mehrzahl eigentlich nach dem Betrage, den jeder zu fordern hat, und nicht nach der Zahl der Personen, außer wenn das dargeliehene Geld von gleichem Betrage wäre, zu beurtheilen kommen.

Wenn jedoch der Schuldner von seinen Gläubigern keinen Nachlaß, oder Zahlungsfrist erlanget, oder solches von ihnen zu begehren sich nicht getrauet; so kann er bey Hofe

III.

Ein Moratorium

ansuchen: Wobey zu beobachten, daß selber

Erstens. Mittels Einlegung seines Status, und seiner Bücher summarisch ausweise, daß er in re solvendo sey, und nur seine Gläubiger gleich zu der Zeit zu befriedigen nicht vermöge[1]).

Zweitens. Muß er sein ganzes Vermögen, wie in dem ersten Absatze gesagt wurde, getreulich ansagen, die Bücher durch die Gläubiger (welche durch die Behörde edictaliter vorgeladen, oder in andern Wegen über sein Gesuch vernommen werden) untersuchen lassen, sich auch dabey anheischich machen, selbe auf

[1]) Es muß nämlich das Vermögen dergestalt beschaffen sein, daß die Gläubiger nicht über 12 Percent verlieren können.

Verlangen allemal mit einem körperlichen Eide zu bestärken, wie auch dasjenige von seinem Vermögen hiernächst noch anzugeben, was etwa vergessen sey, und ihm noch beifallen möchte.

Drittens. Muß der Werber des Moratorii in seinem Hofanbringen zeigen, durch Unglück in Unvermögenheit verfallen zu seyn.

Viertens. Muß er anständige Bürgschaft, oder anderweite genugsame Sicherheit leisten. Es wäre denn, daß solche in seinem unbeweglichen Vermögen, oder in dem Waarenlager, oder in einbringlichen Activposten zu finden wäre.

Wenn hingegen in Ermangelung vorstehender Erfordernisse, wegen gänzlichem Verfall des Vermögensstandes dem Schuldner keine von den bisher erwähnten Rechtswohlthaten zu statten kommen kann; so bleibt ihm nichts anders übrig, als

IV.

Die Cessionem bonorum (Güterabtretung)

anzumelden, deren Wirkung darin bestehet; daß

Erstens. Der Schuldner, welcher durch Unglück, oder unvorhergesehene Zufälle ohne sein Verschulden in Armuth gerathen, sohin all sein Hab und Gut seinen Gläubigern übergeben, und seine Armuth eidlich bekräftigt hat, von der Personal-Execution befreyet wird. Dahingegen

Zweitens. Derjenige, welcher dieses nicht beweisen kann, nach Beschaffenheit der Umstände, in das Zuchthaus, oder in einen andern Verwahrungsort gebracht werden soll: dergestallt jedoch, daß

Drittens. Einem solchen mit obigen dreyen Erfordernissen versehenen Schuldner, welcher sein Vermögen den Gläubigern abtritt, aus Menschenfreundlichkeit seine gewöhnliche Leibesbekleidung, nebst seinem Bette, und etwas von dem geringern Hausgeräthe überlassen, derselbe auch

Viertens. Von seinen Gläubigern, nachdem er alles hergegeben, wenn ihm auch der nöthige Unterhalt von Jemanden nach der Hand geschenket oder legiret würde, nicht mehr bey Gerichte, ausser wenn er in einen besseren Vermögensstand käme, welches er gerichtlich angeben soll, angesprochen werden könne, und endlich

Fünftens. Dieser Cedens bey vorhandenen obigen rechtlichen Erfordernissen durch eine solche Abtretung an seiner Ehre nicht verletzet werde.

Von Fallimenten, so aus eigener Schuld herrühren.

Erstens. Ist derjenige Schuldner, welcher keinen Unglücksfall erweisen kann, in Verhaft zu nehmen, jener aber, welcher einen Unglücksfall nur wahrscheinlich angäbe, nach vernünftigem Ermessen des Richters zur eidlichen Versicherung anzuhalten.

Zweitens. Muß das Vermögen eines aus eigener Schuld in ein Falliment Gerathenen beschrieben, sequestrirt, Curatoren aufgestellet, und wenn sich die

Gläubiger nicht selbst untereinander vergleichen, nach Vorschrift der Cridal-Ordnung weiter verfahren werden. u. s. w.

Von den boshaften und betrüglichen Fallimenten.[1])

Wider derley Schuldner ist nun:

Erstens. Immer peinlich und ämtlich zu verfahren, und da wo ein besonderer Betrug, oder irgend ein ränkevolles Verbrechen unterloffen wäre, mit öffentlicher Arbeit in Band und Eisen, oder mit Stellung an eine irgends errichtete Schandsäule, ein solcher betrüglicher Fallit zu bestrafen. Im Falle eines gar großen mit besonderer Arglist verursachten, und zumalen unersetzlichen Schadens aber, besonders wenn dieser mehreren, und selbst nothleidenden Partheyen, Witwen, Waisen, Spitälern und dergleichen zugefüget worden wäre die Leib- und Lebensstrafe nach Beschaffenheit der Umstände durch den Strang zu verhängen.

Zweitens. Sind diejenigen, welche zur unrechten Abfassung, oder gar Verfälschung der Handelsbücher, oder Vertuschung des wahren Vermögens geholfen haben, nicht nur ihres Darlehens verlustiget, und den verursachten Schaden zu ersetzen gehalten, sondern den Umständen nach auch dem peinlichen Verfahren zu unterziehen. Wie denn auch

Drittens. Boshaften Falliten keine Rechtswohlthaten zu statten kommen sollen, wenn gleich die Gläubiger insgesammt, oder der größere Theil derselben ihnen einigen Stillstand, oder Nachlaß eingestünden u. s. w. u. s. w.

---

[1]) Wenn Schuldner durch Aufwand in Verfall gerathen sind sollen sie nach 4. Abschnitt 1. Punkt der Falliten-Ordnung bestraft werden GZ. 2320. Herm. MZ. 1305 : 1836. cf. GZ. 1116 : 1794. pag. 22, 2.

Schlußanmerkung. Im Executions-Prozesse sind noch manche andere Normalien in Wirksamkeit gestanden, so namentlich folgende:

Ueber Gehalts-Abzüge für das Aerar und daß blos ⅓ des Militärgehalts sequestrirt werden könne (cf. HZ. 10222 : 1839 und GZ. 10113 : 1840.)

Besoldungen öffentlicher Staatsbeamten können — wenn sie schon zur Hälfte verpfändet worden sind — gerichtlich nicht inhibirt werden nach HZ. 19306 : GZ. 2506 : 1797.

Gerichtliche Inhibitionen können im Falle wo ein Privatmann mit dem Militär-Aerar einen Contract hat nur auf die mit dem Termin zu erhebende Geldsumme gelegt werden. HR. 14 Mai : 1814. GZ. 1340 und Herm. MZ. 1478 : 1814.

Pensionen und Gnadengehalte unter 100 fl. CM. können nicht gerichtlich sequestrirt werden; nur die über 100 fl. CM. aber blos zur Hälfte GZ. 10222 : 1839. und so a. m.

Ueber gerichtliche Executionen bei liquiden Schulden, wo sowohl Gläubiger als Schuldner Fiscal-Unterthanen sind HZ. 937 : GZ. 2855 : Herm. MZ. 1920 : 1827. ꝛc.

In der Militärgrenze GZ. 3429 : Herm. MZ. 3444 : 1803. (vergl. über Provincialjurisdiction wegen sequestrirter Habe der Grenzer GZ. 7813 : Herm. MZ. 2117 : 1810; GZ. 3957 : Herm. MZ. 1534 : 1808 ferner HZ. 3103 : GZ. 5555 : Herm. MZ. 3468 : 1826 ꝛc.) s. im 4. Bande der Hochmeister'schen Normalien-Sammlung: Vorschrift zur Verhandlung der zwischen Provinzia-

K. K. Wechsel-Ordnung von 1771.

Art. I. Von Beschreibung des Wechsels in Genere, und insonderheit der Personen, welche den Wechsel tractiren.

Der Wechsel ist ein Handel, oder eine Verkehrung des Geldes, oder Geldwerthes, um dasselbe in gewisser Zeit an einem andern Ort in gedungenem Werth wiederum zu empfangen.

Der Wechsel wird tractiret, und geschlossen durch die Principal- und Haupt-Personen, es werden aber auch jeweilen einige Neben-Personen beigezogen. Die Principalen sind Primo, der Creditor, der das Geld auf Wechsel giebt, und hierum den Wechselbrief bekommet, welcher auch Inhaber, oder Herr des Wechselbriefs genennet wird. Secundo: der Debitor, Trassant, oder Ausgeber des Wechselbriefes, welcher das Geld auf Wechsel nimmt, und davor den Wechselbrief giebt: Tertio: Derjenige, auf den man trassiret, oder den Wechselbrief zieht, welcher der Bezogene genennet wird, und den Wechselbrief acceptiren, auch in der bestimmten Zeit, und Ort zahlen solle.

Ob nun wohl dieser Acceptant gemeiniglich eine dritte Person, und entweder Procurator, Mandatarius, Sachwalter, oder der Correspondent des Trassanten ist; so kann doch ein Wechsel von den Trassanten auf sich selbsten gezogen, und ein eigener Wechselbrief ausgestellet, mithin ein Wechsel zwischen zwei Personen, nemlich dem Creditor und Debitor geschloßen werden.

Die zum Wechsel beigezogene, oder Neben-Personen sind der Sensal, Mäckler, oder Unterhändler des Wechsels, item der Factor, der Buchhalter und dergleichen.

Die Wechselbriefe werden auch von dem Creditore, oder Inhaber des Briefs, in zweite, dritte, und vierte Hand, zuweilen auch weiter verhandelt, welcher Handel ein Giro, Indossement, zu Latein Cessio genennet, und wovon hernach ein mehreres gemeldet wird.

---

listen und Grenzsoldaten entstehenden Streitigkeiten Seite 149—176 (s. Univers. Verhandlungen vom 11. October 1845.) ferner kommt zu bemerken, daß: der Schuldner zur Reflexion höchstens zweimal 15 Tage erhält nach GZ. 8250; Herm. MZ. 2443: 1832.

Sachen der Schuldner können auch unter dem Schätzungspreis verkauft werden GZ. 5319: 1820. cf. Stat. I. 12. ꝛc. Ueber Executionen in Schuldsachen besonders GZ. 2278: Herm. MZ. 2100: 1819. — (Ueber Brachium domesticum — 108 Fußknechte — mit der Executionsgebühr von 10 Denaren vergl. die Acta universitatis vom 8. November 1699 Punkt 10. — ferner Brachium militare GZ. 2839: 1787 in dem 2. Bande der bei Hochmeister erschienenen Normalienſammlung Seite 105—111.)

Ueber wechselseitige Executionsleistung der ungarl. und siebenb. Gerichtsbehörden HZ. 3115: GZ. 3978: Herm. MZ. 2653: 1831. (vergl. GZ. 1340: Herm. MZ. 1478: 1814.)

Vorsorge auf Sicherheit der öffentlichen Fonds nach HZ. 5212: GZ. 5668: 1835; Herm. MZ. 155: 1836. — u. d. gl.

Art. II. Von Beſchreibung eines förmlichen Wechſelbriefs, deſſen Requisitis.

Der Wechſelbrief iſt eine ſchriftliche, kurz gefaßte Verbindniß, vermöge welcher der Ausgeber des Wechſelbriefes, das auf einem Platz empfangene Geld dem Inhaber des Wechſelbriefs auf einem anderen Platz in dem Werth nach bedungenem Wechſellauf wiederum zu verſchaffen, und bezahlen zu laſſen ſchuldig iſt, und erfordert nachfolgende Stücke, ohne ſich an die Ordnung zu binden.

Primo: das Datum des Orts, wo der Wechſelbrief ausgehet, mit Beirückung des Tages, Monats, und Jahrs. Secundo: die Verfallzeit, wenn der Wechſelbrief zu bezahlen tractirt worden. Tertio: den Namen deſſen, oder Ordre, dem die Bezahlung geſchehen ſolle. Quarto die Summa, und Geld-Sorten. Quinto: die Unterſchrift deſſen, welcher den Wechſelbrief ausgegeben. Sexto: die Aufſchrift an denjenigen, welcher den Wechſelbrief zu bezahlen hat. Septimo: den Ort, wo man die Bezahlung leiſten ſolle, und Octavo: daß darinnen, daß es ein Wechſelbrief, und ob es Prima, Secunda, Tertia, oder Sola ſeye, ausdrücklich erwehnet werde. Es wird zwar auch Nono: zu einem förmlichen, und bündigen Wechſelbrief der Empfang der Valuta, oder des Werths, mit welchem der Ausgeber des Wechſelbriefs vergnüget worden, insgemein erforderet; hievon aber wird im folgenden ein meheeres gedacht werden. Man pfleget zwar auch in einigen Wechſelbriefen beizurücken, für weſſen Rechnung die Wechſel-Summa gezogen worden; weil man aber gemeiniglich auf den Aviso-Brief ſich dießfalls bezieht, ſo hat es auch dabei ſein Bewenden.

Obige Beſchreibung verſteht ſich auf die eigentliche, und förmliche Wechſelbriefe, zum Unterſchied jener Wechſel, in welchen nicht Geld um Geld, ſondern Geld für Waaren oder andern Geldeswerth gehandlet wird, welche letztere Art zu wechſeln zwar auch zugelaſſen, und mit obigen gleiches Recht genießt, wenn nur die übrige Requisita des Wechſelbriefes beobachtet werden.

Von den unförmlichen, und alſo genannten Cambiis a Deposito, oder Cambiis siccis wird hiernach ein mehreres zu Ende dieſer Ordnung gehandelt.

Art. III. Von denen eigenen Wechſelbriefen, inſonderheit derer Präſentation, Acceptation, Proteſtation, und Ceſſion.

Der Ausgeber des Wechſelbriefes kann den Brief auf ſich ſelbſten, oder auf einen andern zahlbar ausſtellen; der erſtere wird der eigene Wechſelbrief genennet, der andere ein fremder, oder traſſirter Wechſelbrief, wovon die erſtere Art gemeiniglich Sola, die andere Art aber entweder Sola, oder Prima, Secunda, Tertia, ausgeſtellet zu werden pflegt, welche beide Arten jedoch von einerlei Wirkung ſind.

Wer nun einen eigenen Wechſelbrief auf ſich ſelbſt ausſtellet, der iſt und bleibt dafür alleiniger Schuldner, bis der Wechſel bezahlet wird.

Ein eigener Wechſelbrief (er ſeye gleich annoch in des erſten Juhabers, oder Creditoris Händen, oder einem dritten übergeben worden), hat keiner Präſentation, noch weniger Acceptation, auch, wann bei der Verfallzeit die Bezahlung

nicht erfolget, keiner Protestation weder in jenem Falle vonnöthen, wann der Ausgeber inmittelst verstorben wäre, sondern der Inhaber mag gleich nach der Verfallzeit in ermangelnder Zahlung der Execution wider den Ausgeber des Wechselbriefs, oder dessen Erben ergreiffen; jedoch in dem Fall, da etwa der eigene Wechselbrief auf Ordre entweder an sich selbst, oder an seinen Factor, oder vice versa von dem Factor an den Principalen gestellet, und von dem Inhaber an einen dritten indossiret, oder cediret worden, dieser dritte aber in Ansehen, daß der Debitor zur Verfallzeit nicht solvendo wäre, sich an den Indossenten regressiren wollte, müßte ein solcher Cessionarius des Wechselbriefes, um seinen Regreß nach Wechselbrauch zu erlangen, ordentlich protestiren lassen.

Art. IV. Von den eigenen in Loco tertio zahlbar gestellten Wechselbriefen.

Was anlanget die Wechselbriefe, welche von Personen, so in Loco Solutionis nicht wohnhaft sind, auf sich daselbst zahlbar ausgestellet werden, solle man dergleichen Wechselbriefe anzunehmen nicht schuldig seyn. Dahero auch jene Wechselbriefe, so auf Personen, welche weder Loco solutionis wohnhaft, oder daselbst anwesend sind, lauten, keine Adressen in selben haben, von den Inhabern mit Protest zurückgesendet werden, und die Inhabere ihren Regreß behörig zu nehmen, befugt sein sollen, es wäre dann, daß die ausländische, oder in Loco solutionis nicht wohnende Personen sogleich einen Acceptanten, und Zahler alldort benamseten: sollte hierauf die Bezahlung nicht erfolgen, ist der Inhaber den Protest de non pagamento zu lewiren schuldig.

Art. V. Von denen fremden trassirt- oder negotiirten Wechselbriefen.

Betreffend die fremde trassirte, das ist, von dem Ausgeber auf eine dritte Person zu bezahlen ausgestellte Wechselbriefe, die seyen gleich auf ein- oder andern Ort a Vista, das ist alsobald, oder a Uso, das ist auf gewisse Täge, oder Zeit gestellet, wann die benannte Verfall-Zeit, und die zugelassene Respect Täge verflossen, solle derjenige, so den Wechselbrief acceptiret hat, (es seye gleich die Valuta gelaufen, und von dem Geber des Wechselbriefs empfangen, oder nicht) ohne einige Exception, die habe Namen, wie sie wolle, zu bezahlen schuldig seyn, und es also bei der gemeinen Regel: chi accetta, paghi, allerdings sein Verbleiben haben.

Art. VI. Von den Personen welche an die Wechsel-Ordnung gebunden, und dem Wechsel-Gericht unterworfen sind.

Alle diejenigen, so sich unternehmen, einen Wechselbrief auszustellen, (zu verstehen von den förmlichen Wechselbriefen, dann wegen der unförmlichen wird hernach Art. 53 ein anderes geordnet) diese Ausgeber der Wechselbriefe seyen gleich männ- oder weiblichen Geschlechts, hoch- oder niederen Standes, oder was Condition, Würde, und von was Bedienung sie immer seyn mögen, sollen eben so fest als die Handelsleute, an die Wechsel-Ordnung ohne Unterschied und Ex-

ception verbunden seyn, also, daß in Entstehung richtiger Zahlung nach Strenge des Wechsel-Rechts durch das aufgestellte Wechsel-Gericht wider einen sowohl, als den andern, ohne alle Respect, und Nachsehen verfahren, und zu dem Ende auch in jenem Fall, wenn der mit Valuta ausgestellte förmliche Wechselbrief noch zwischen dem Aussteller, und Empfänger allein beruhete, keine Exceptiones in hoc summarissimo Judicio Conventionis angehöret, sondern selbe Exceptiones, wann sie nicht in Instanti für liquid erkennet werden, nach geleisteter Zahlung separatim bei diesem Wechsel-Gericht anzubringen vorbehalten werden sollen; jedoch hiervon ausgeschlossen die Geistlichen, und Militares, wider welche niemals eine Wechsel-Execution statt hat, weil zu keiner Zeit weder ein Geistlicher, weder ein Militaris dem Wechsel-Gericht unterworfen sein kann. Es weeden aber unter Militär-Personen allhier nur jene verstanden, welche in Unsern wirklichen Militär-Diensten stehen, dahero obbemelte Ausnahme weder auf Unsern Hofkriegsrath noch das Commissariat, oder das dahin gehörige Canzlei-Personale, und Kriegs-Agenten, am allerwenigsten aber auf andere Officianten, obschon deren Dienstleistung das Militare betrift, sie auch sonsten der Militär-Jurisdiction unterworfen sind, zu ziehen oder auszudeuten ist. Bei dem Eingange dieses Artieuls hat es nicht die Meinung, daß ein jeder, der nicht ein Wechsler, und Handelsmann ist, mit Wechseln einen ordinari Handel, und Wandel, dessen die Kaufleute besonders besugt, und befreiet sind, treiben möge; sondern daß einem, der kein Kaufmann ist, nicht verboten sehe einen förmlichen Wechselbrief auszustellen, zu giriren, oder zu aeceptiren; da er aber solches willig thut, derselbe ihm selbst beizumessen habe, wenn er an die Wechsel-Ordnung gebunden, und von dem Wechsel-Gerichte in hac Causa geurtheilet, auch die schleunige Execution auf Wechsel-Art gegen ihn verhänget wird.

Zu welchem Ende das Militare auf allmaliges Ersuchen in Wechsel-Rechts- und andern Gerichts-Sachen ohne weitere Indagir- oder Erforschung der Ursach, die Executions-Assistenz, oder das Beneficium in Instanti, mithin ohne Anstand zu verschaffen schuldig ist; Wie Wir dann Unserm Hof-Kriegs-Rath diesfalls das behörige mitgegeben haben damit diese leistende Assistenz obbemeldtermassen auf alle Weise, und ganz unverweigerlich von Unserm Militari prästiret werde.

Art. VII. Von Minderjährigen, und Weibs-Personen.

Nachdem die sowohl gemeine Rechten, als Landesfürstlichen Ordnungen, und Statuta mit sich bringen, daß den Minderjährigen ohne ihrer Eltern, Vormünder, und Curatoren Consens kein Geld bei Verlust desselben gelehnet werden solle; als haben auch jedwedere Obrigkeit, und Instantien dahin zu sehen, daß den Minderjährigen nicht leicht eine Handlung, oder Wechsel verstattet werde. Wann aber gleichwohl sich ein Minderjähriger Negotiant, welcher das 24-ste Jahr seines Alters noch nicht erfüllet, seine eigene öffentliche Handlung, oder Wechsel mit Consens der Obrigkeit treiben, in eine Societät tretten, mittelst Annehmung einer Commission, Auftossung eines Contraets, Ausstellung und Aeceptirung eines Wechselbrieses, oder andere Wege sich zu etwas verbinden, und mithin in der That pro Majorenni sich ausgeben würde, so solle er dasselbe zu halten allerdings schuldig, und mit

der Restitutione in Integrum nicht zu hören seyn. Außerdem ist Niemand vor vollstreckten 24 Jahren, im Fall er auch Veniam Aetatis erlanget hätte, förmlich- oder unförmliche Wechselbriefe auszustellen befugt.

Mit denen Weibs-Personen, so Kaufmannschaft, oder Wechsel üben, solle es folgendermassen gehalten werden, daß, wenn eine ledige, oder auch verehligte Weibs-Person, so ihre eigene Handlung hat oder an einer Handlung einen Antheil nimmt, und zwar soviel die Eheweiber anlanget, vor sich ohne ihren Ehemann absonderlich handelt, und in ihrem eigenen Namen einen Wechselbrief ausgiebt ob es gleich ohne Einwilligung des Ehemanns, und ohne vorhergegangener Erinnerung ihrer weiblichen Freiheit geschehen, dennoch wider sie nach Inhalt dieses Wechsel-Rechts verfahren werden solle. Wie dann eine solche Negotiantin, wenn sie sich in Handels-Sachen für einen anderen verbürget, und als eine Schuldnerin für denselben constituiret, darwider das Senatus-Consultum Vellejanum, ob sie gleich dessen zuvor nicht erinneret, auch demselben von ihr nicht renunciret worden, nicht vorschützen kann, sondern die Bezahlung vermöge gegebenen Wechselbrief leisten muß. Im übrigen aber hat es wegen der Eheweiber der Handelsleute bei dem sein Verbleiben, was mittelst der Falliten Ordnung dd. 18. August 1734 resolviret worden ist, daß nemlich dieselbe ihrer privilegirten weiblichen Sprüche sich zu begeben ermahnet, und excessiven Ehe-Pacta moderiret werden sollen.

Art. VIII. Von denen Handels-Sociis.

Als auch eine Zeit in den Societäten, und Gemeinschaften dieses eingeschlichen, daß die Socii, oder Gemeinere sich nicht alle, oder wohl gar nicht, sondern allein nach dem Authore, oder Anfänger der Societät, so jezuweilen schon verstorben nennen, oder schreiben, und man dahero nicht wissen können, wer, und wie viel in solcher Societät begriffen, und an welche man sich, im Falle einer von den Sociis abstürbe, oder in Miß-Credit käme, zu halten, und selbige als Socios zu belangen habe: So sollen hinführo alle und jede, sowohl hiesige, als fremde Kaufleute, so in einer Societät begriffen, wenn sie das Negotium mit gesammter Hand selbsten führen, sammt und sonders, ohne Auslassung einiges Mitverwandtens, und zwar die dermaligen Negotianten, wenn sie im Lande gegenwärtig, innerhalb 6 Wochen, die abwesenden aber innerhalb drei Monat a tempore Publicationis bei fünfzig Reichsthaler ansonsten verwirkenden Pönnfall nahmhaft machen, ein gleiches auch beobachten in derjenigen Vollmacht, die sie einem von der Compagnie, den Buchhaltern, Complimentarien, oder sonst einem anderen außer der Compagnie Geschäfte zu verrichten auftragen, damit man bei dem verordnetem Wechsel-Gericht nicht allein solche Vollmacht und Firma vormerken, sondern auch der Sociorum, und Gemeiner Namen in alldasiges Protocollum bringen, und dem, welchem daran gelegen, davon Nachricht geben könne, wie denn auch bei Aufrichtung neuer Handlungen in den Oblatoriis, oder ersten Ausschreibungs-Briefen gleiche Ordnung gehalten werden solle.

Dergleichen protocollirte Vollmachten und Firmen behalten in so lang ihre vollkommene Wirkung, bis selbe bei dem Wechsel-Gericht abgeschrieben werden.

Hierauf ſtehet dem Gläubiger, oder Inhaber des Wechſelbriefes frey, die Gemeinere insgeſammt, oder ſonders, oder aber einen für alle in solidum zu beſprechen, und zu exequiren, dergeſtalt, daß der in solidum beſprochene Socius wider den Gläubiger des Beneficii Divisionis, daß nemlich der Gläubiger ſeinen Anſpruch, und Forderung in all- und jeden Socios theilen möchte invito Creditore, das iſt, ohne Einwilligung des Creditoris ſich zu bedienen nicht befugt, ſondern vollſtändige Zahlung für die Compagnie ſchuldig ſeyn, ihm Socio aber gleichwohl bevorſtehen ſolle, ſeinen Regreß bei der Compagnie, oder Consociis pro Rato zu erhohlen.

Dieſes verſteht ſich aber auf die Compagnie-Schulden, dann was für Schulden ein jeder Socius insbeſondere für ſich ſelbſten auf ſeinen eigenen, und nicht der Compagnie Namen kontrahiret, und darüber auf ſich allein Wechſelbriefe ausſtellt, hierum hat er auch insbeſondere ohne Entgelt der Compagnie, zu ſtehen, es wäre dann, daß dieſes entlehnte Geld zu gemeinſchaftlichen Nutzen verwendet worden, oder daß eine Univerſal-Compagnie, oder Societas omnium bonorum errichtet wäre, da nemlich nicht eine gewiſſe Summa, ſondern von jedem Socio all ſein Hab und Gut in die Compagnie gelegt und einverleibt wird.

In welchem Fall der Societät nicht nur für die Societäts-Schulden, ſondern auch für die von einem Socio auf ſich allein ausgeſtellte Wechſelbriefe (jedoch wenn dabei ein Dolus, oder Culpa unterlaufen, allein ausgenommen) zu ſtehen hat. Und dieſes von den öffentlichen Sociis.

Die heimlichen Socii hingegen welche bei einer Handelſchaft keinen Namen, und nur einen gewiſſen Antheil des Verluſtes zu tragen haben, ſind in solidum zu haften nicht verbunden, wie ein ſo anderes der Falliten-Ordnung dd. 18 Auguſt 1734 mit mehreren enthalten iſt.

Art. IX. Von der Valuta, oder dem Werth eines Wechſelbriefs, wie auch von der Einwendung, daß kein Geld gegeben worden, oder keine Valuta gelaufen ſeye.

Von der Valuta iſt hier eben gemeldet worden, daß der Empfang dieſer Valuta, oder des Werths, mit welchem der Ausgeber des Wechſelbriefs vergnüget worden, in einem förmlichen Wechſelbriefe deutlich angemerket werden ſolle, wenn aber auch die empfangene Valuta in dem Wechſelbriefe ausgelaſſen wurde, ein ſolcher Brief aber von einem andern Ort wäre gezogen, und simpliciter aeceptirt worden, muß ſelbiger bei der Verfallzeit von den Aceeptanten ohne einige Exeption bezahlet werden, wie dann in Wechſelſachen die Exceptio non numeratae pecuniae, rei non sic, sed aliter gestae, und dergleichen, die Execution gar nicht hemmen, ſondern nach geleiſteter Zahlung dem Beklagten gleichwohl bevorſtehet, ſeine Jura, separato libello, bei dem Wechſel-Gericht, nach der Zeit aber allenfalls, und nach beſchaffenen Dingen bei dem Reviſorio in Wechſel-Sachen via restitutionis in integrum, als remedio extraordinario anzubringen. Dieſes iſt von einem Wechſelbriefe, allwo eine dritte oder vierte Perſon unter-

laufet, dahin zu verſtehen, damit dieſe dritte oder vierte Perſon dabei nichts zu leiden habe.

Wenn aber die Sache zwiſchen dem Ausgeber und dem Inhaber des Wechſelbriefes allein beruhet, da nemlich der ohne Beirückung der Valuta ausgeſtellte Wechſelbrief, nur auf des Inhabers Namen, und nicht deſſen Ordre, oder Commiß zahlbar geſtellet wäre, ſolle dem Ausgeber bevorſtehen, den anvertrauten Wechſelbrief wegen der nicht gelaufenen Valuta, ohngehindert der geſchehenen Acceptation zu contramandiren: ſolchemnach, wenn über dergleichen Wechſelbrief noch vor der Verfallzeit die Contra-Ordre originaliter beigebracht, zu gleicher Zeit auch authentice (daß die Valuta nicht gelaufen) von dem Briefsausgeber erwieſen würde, ſolle der Acceptant zur Zahlung nicht gehalten, ſondern von ſeiner Acceptation entlediget ſeyn: In Entſtehung dieſes Beweiſes aber bleibt es dabei, daß, wer acceptiret, auch bezahlen muß.

Und zumalen die Valuta von dem Negotianten auf verſchiedene Art, und unter andern auch damit: Valuta vergnügt, Valuta verſtanden, Valuta von ihme, Valuta gewechslet, Valuta in Rechnung, Valuta in Waaren, ausgedruckt zu werden pflegt, als wird hiemit erkläret, daß alle dieſe Formulen eben ſo viel, als Valuta von ihm empfangen, zu bedeuten, mithin eine gleiche, und die nemliche Würkung haben ſollen.

Art. X. Von der Acceptation eines Wechſelbriefs, und wie ſolche geſchehen ſolle.

Alle mündliche, wie auch jene Acceptation, welche von Zurückbehaltung eines präſentirten Wechſelbriefs vermuthet werden dürfte, wird für ungültig, und die ſchriftliche Acceptation allein für gültig gehalten, woferne dieſelbe mit den nachſtehenden Erforderniſſen verſehen iſt.

Es ſolle nemlich der Acceptant ſeinen Vor- und Taufnamen, oder wenigſtens den erſten Buchſtaben deſſelben, nebſt dem Zunamen, und bei denen a uso, a piacere, a vista, oder gewiſſe Tägſicht lautenden Wechſelbriefen das Datum darunter zeichnen, und alle Acceptation pure, und ohne Anhang einiger Bedingniß, oder Vorbehalts verrichtet werden, es wäre dann, daß der Präſentant mit einiger beigerückten Condition, ohne darwider zu proteſtiren, zufrieden wäre, in welchem Fall es bei dieſer conditionirten Acceptation ſein Verbleiben haben ſolle.

Wie dann auch in dieſer Begebenheit, wenn der Acceptant einen auf eine gröſſere Summa geſtellten Wechſelbrief nur pro parte acceptirte, und der Inhaber des Wechſelbriefs ſolches annähm, und nicht dagegen proteſtiren ließe, der Acceptant ein mehreres, als das acceptirte Quantum zu zahlen nicht gehalten iſt.

Anlangend aber die von ein- und anderen bishero mit Litteris S. P. gepflogene Acceptationes, zumalen ſolche auf unterſchiedliche Weiſe ausgedeutet werden, ſo ſollen dieſe Litterae S. P. künftighin pro non adjectis, und darfür, als ob ſie nicht da ſtünden, gehalten werden, uud deren ohngeachtet der Acceptant absolute zu gebührender Zeit zu zahlen ſchuldig ſeyn, mithin wird dem Inhaber durch deſſen Annehmung nicht präjudiciret, jedoch iſt derſelbe bei nicht erfolgender Bezahlung zu proteſtiren gehalten.

Art. XI. Von der Präſentation, Proteſtation, und wann ſolche geſchehen ſolle.

Würde aber von anderen Orten ein Wechſelbrief remittiret, oder anher geſandt, muß der Inhaber denſelben ohne Verzug zur Acceptation präſentiren, und wann ſolche zu leiſten absolute verweigert würde, ſofort proteſtiren laſſen, auch folgends den Wechſelbrief ſammt Proteſt bei erſterer Poſt deme zurückſchicken, von welchem er ihn empfangen. Daferne aber der Bezogene wegen des etwa mangelnden Aviso, oder aus anderen erheblichen Urſachen den Inhaber erſuchete, bis folgenden ordinari Poſttag den Wechſelbrief, um ſich noch zur Acceptation zu reſolviren, zurückzuhalten, ſolle der Inhaber freye Wahl haben, und gar nicht verbunden ſeyn, bis dahin zuzuwarten: Indeſſen doch den Proteſt an gehörige Orte fortſchicken.

Wann hierauf der Bezogene zur Acceptation ſich bequemen wollte, ſolle er ſolche auf den Tag der erſten Präſentations-Zeit leiſten, auch die Proteſt-Speeſen zahlen, da aber bei ſolchem nächſten ordinari Poſttag dennoch die Acceptation nicht wirklich erfolget, muß der Inhaber den Wechſelbrief an ſeinen Mann fortſenden, ja in dem ein- und anderen Fall iſt derjenige, welcher acceptiren ſolle, ſeine Reſolution längſtens bis 6 Stunden vor Abgang der ordinari Poſt von ſich zu geben ſchuldig, damit noch Zeit zum Proteſt, oder anderes nöthiges Abſehen zu nehmen, übrig ſein möge.

Art. XII. Von den Proteſtanten, und was der Notarius dabei zu beobachten habe.

Die Urſache oder Antwort der Verweigerung, den Wechſelbrief zu acceptiren, ſolle der verordnete Notarius entweder ſelbſten, oder da er wegen überhäufter Geſchäfte es an der Zeit nicht hat, durch einen anderen ſubſtituirten Notarium von dem Recuſanten, oder deſſen Handlungsbedienten vernehmen, und dem Proteſt einverleiben, auch über alle wegen der nicht geſchehenen Acceptation proteſtirte Wechſelbrieſe ein beſonderes Protocollum halten.

Art. XIII. Von denen Reſpect-Tägen, und derenſelben Würkung.

Wann ein Wechſelbrief verfallen iſt, ſollen dem Acceptanten noch drei Reſpect- oder Diſcretions-Täge, und nicht mehr, wann auch der Wechſelbrief a doppio uso, oder weiter hinausgeſetzet iſt, zu ſtatten kommen, wann die Zahlung nicht erfolget, kann und ſolle der Wechſelbrief, wann ſolcher am dritten Reſpect-Tag Abends um 5 Uhr nicht bezahlet iſt, proteſtiret werden, um ſelbigen an ſeinen Ort zurückzuſenden, unter welchen drei Reſpect-Tägen die Sonn- gebottene, und diſpenſirte Feiertäge mit begriffen ſind; falls aber der Verfall- oder Zahlungstag auf einen Sonn- gebottenen, oder diſpenſirten Feiertag einfallen möchte, ſolle weder Acceptant zur Zahlung, noch der Inhaber zur Einforderung des Gelds gehalten, ſondern beides auf den nächſten Werktag verſchoben werden. Jedoch ſollen dieſe dem Acceptanten gegönnte Reſpect-Täge zuförderſt dahin gedeutet werden, daß der

Creditor, oder Wechſelbriefs-Inhaber, wann er die Bezahlung ehe nicht erlangen kann, ohne ſeine Gefahr und Präjudiz dem Debitori zuwarten möge.

Maſſen richtige Zahler bei der Verfallzeit unverzügliche Zahlung zu leiſten ſich nicht weigeren, noch dießfalls mit denen Reſpect-Tägen einen Mißbrauch einzuführen gedenken ſollen.

Die Zurückſendung der proteſtirten Wechſelbriefe ſolle an den ordinari Poſttägen beobachtet werden, mit der Journaliere aber ſolches zu thun niemand gehalten ſeyn.

Art. XIV. Von der Proteſtations-Zeit.

Alle dergleichen unbezahlte Wechſelbriefe ſollen dannenhero in obbemeldter Zeit proteſtiret werden, geſchähe aber die Proteſtation in dieſer Zeit nicht, ſo hat der Inhaber des Wechſelbriefs ſeinen Regreß an niemand anderem, als an dem Acceptanten zu erholen.

Art. XV. Von denen a vista, auf einen gewiſſen Tag geſtellten, oder ohne Benennung einer Zahlungszeit ausgefertigten Wechſelbriefen, ſo keinen Reſpect-Tag genießen.

Von ſolchen Reſpect-Tägen aber ſind ausgenommen diejenigen Wechſelbriefe, welche a piacere, a vista, oder auf Sicht, auch nur auf ſo wenig Tag-Sicht, oder a dato, daß es nicht halb uso, id est, Sieben Täge ausmachet, oder auf einen praecise ſtipulirten Tag lauten, oder wo gar keine Zahlungszeit beſtimmet iſt, desgleichen derjenige, ſo mit Paſſagiers auf dergleichen Sicht eingerichtet ſind, bei welchen der Acceptant ganz keine Diſcretions-Täge zu genieſſen, ſondern bei der Verfallzeit des Wechſelbriefes, ohne daß ihm die Sonn- oder Feiertäge zu ſtatten kommen, auf das längſte innerhalb vier und zwanzig Stunden die Zahlung zu thun ſchuldig iſt.

Art. XVI. Von den Wechſelbriefen a Uso, a Dato, und derſelben Reſpect-Tägen.

Wann der Wechſelbrief a Uso, oder doppio Uso, oder ein halb Uso, oder ſo viel Zeit, oder Wochen nach dato eingerichtet iſt, ſo hat gedachtermaſſen es bei den dreien Reſpect-Tägen ſein Verbleiben, und wird der halbe Uso von ſieben Tägen, der einfache Uso auf vierzehn Täge, und anderthalb Uso auf ein und zwanzig Täge, mit Einbegriff der Sonn- und Feiertäge gerechnet, jedoch nehmen die Reſpect-Täge nach dem Verfalltag erſt ihren Anfang, welche Verfallzeit nicht von dem erſt darauf folgenden Tag gezählet werden ſolle.

Art. XVII. Von denen nach der Verfallzeit, und verfloſſenen Reſpect-Tägen eingelaufenen Briefen.

Liefen aber Wechſelbriefe nach der Verfallzeit, und allbereits verſtrichenen Reſpect-Tägen ein, ſo ſolle derjenige, auf den die Wechſelbriefe lauten, und der ſolche acceptiret, die Zahlung innerhalb vier und zwanzig Stunden nach der Präſentation, gleichwie bei den Wechſelbriefen a Vista zu leiſten ſchuldig ſeyn; Wo-

ferne aber nur ein Theil der Reſpect-Täge bei Einlaufung der Wechſelbriefe verfallen wäre, kann ſich der Acceptant der noch übrigen Reſpect-Zeit bedienen.

Art. XVIII. Von denen medio Mense zahlbar geſtellten Briefen.

Alle Wechſelbriefe, ſo medio Januarii, Februarii etc. geſtellet, ſollen auf den fünfzehnten deſſelben Monats verfallen ſeyn, dabei aber gleich wie bei anderen die drei Reſpect-Täge verſtattet werden, es wäre dann in dem Wechſelbriefe deutlich enthalten, daß ſolcher praecise medio des Monats, oder ohne Reſpect-Täge bezahlet werden ſolle.

Art. XIX. Von denen auf ein drittes Ort zahlbar geſtellten Briefen.

Wenn auf einen, der allhier wohnhaft iſt, traſſiret wird, und vermöge Wechſelbriefes die Bezahlung an einem anderen Orte zu leiſten iſt, wo hingegen auch, wenn einer allhier auf Debitores, die anderer Orten wohnhaft ſind, Rimeſſen und Wechſelbriefe bekommen hat, und derer Inhalt die Zahlung allhier zu präſtiren iſt, da denn eines, oder andern Falls die Acceptationes erſt durch Schreiben, oder Ueberſendung der Wechſelbriefe per ein, und das andere Ort, wo diejenigen, auf die ſie lauten, wohnhaft, können procuriret werden, darüber nur etliche Tage vorbei gehen, ſo ſolle in ſolchen Fällen die Verfallzeit und Bezahlung ſolcher Wechſel allerdings obſerviret und geleiſtet werden, als wenn die Acceptation an dem Ort, wo die Zahlung zu thun iſt, fürgegangen und beſchehen wäre, und ſolle der Verfall-Tag von dem Dato an, wenn ihm dieſer Aviso überſchrieben wird, gerechnet werden. Womit es dieſen Verſtand hat:

1.) Daß ein Inhaber einer Rimeß auf Debitores, ſo in anderen Orten wohnhaft, dem Traſſato nicht den Original-Wechſelbrief, ſondern eine gleichlautende Abſchrift davon zu überſchicken ſchuldig ſeye.

2.) Daß der Traſſatus nebſt der Acceptation auch anzumerken habe, bei wem ſich der Inhaber wegen der Bezahlung anmelden ſolle.

3.) Daß die Acceptation mit der erſten Poſt an den Inhaber zu überſchicken ſeye. Erfolget die Antwort in dieſer Zeit nicht, ſo mag der Inhaber den Wechſelbrief bis auf die erſte folgende Ordinari notiren laſſen.

Wenn aber auch mit ſelber die Acceptation nicht einlaufet, oder daß der Zahler bei der Acceptation nicht angemerket würde, ſolle der Proteſt leviret, und das weitere der Ordnung nach vorgekehret werden.

Wenn aber ein allhieſiger Negotiant einem Tertio, welcher anderer Orten wohnhaft iſt, einen Wechſelbrief allhier zu bezahlen ſchuldig, und von dieſem begehret wird, ihm die Bezahlung baar zu überſchicken, mag es auf Gefahr des Begehrenden geſchehen, jedoch iſt der Zahler ſolches ohne Abzug der Proviſion zu thun nicht ſchuldig, ſondern der Inhaber des Wechſelbriefs mag gleichwohl jemand dazu beſtellen, der die Bezahlung, wie der allhieſige Gebrauch vermag, ſeinetwegen einziehe.

Art. XX. Von denen anderwärts nicht acceptirten, oder nicht bezahlten, und mit Proteſt zuruckgelaufenen Briefen, und derer Wirkung.

Da einer ſeinen Wechſelbrief auf einen ausländiſchen Platz ausgeſtellet, oder eines andern Wechſel indoſſiret, und hier die Valuta, oder den Werth dafür empfangen hat, der darauf ausgeſtellte Wechſelbrief aber am gehörigen Ort nicht acceptiret, oder der Acceptirte nicht bezahlet werden wollen, ſondern mit Proteſt wiederum zurückkommet, ſo ſolle der Ausſteller oder Indoſſent dieſes Wechſelbriefes in Continenti, das iſt innerhalb 24 Stunden wegen des Capitals, Intereſſe, oder Rückwechſels, und anderen erweißlich verurſachten Schadens, Wiedererſtattung und Bezahlung thun, und iſt der Creditor keineswegs ſchuldig, den Proteſt, und zurückgekommenen Wechſelbrief auf das neue zurückzuſenden, oder einen neuen Wechſelbrief anzunehmen.

Wenn aber der Proteſt ohne Wechſelbrief zurück kommt, und indeſſen drauſſen an dem Orte zur Acceptation noch Hofnung gegeben würde, ſo ſolle gegen den Proteſt allein, nichts deſtoweniger der Ausgeber, oder erſte Girant des Briefes, von welchem der Inhaber den Wechſelbrief überkommen hat, ſchuldig ſeyn, den Belauf des Wechſelbriefes nebſt dem Rückwechſel und andern Speeſen (auf daß der Creditor, weil ihm doch durch ſolchen Vorzug wegen Ungewißheit Schaden zuwachſen könnte, nicht ſo lang von beiden Seiten blos ſtehe) in baarem Gelde bei dem Wechſel-Gericht deponiren, oder durch Pfänder und Bürgſchaft ſeinem Creditori annehmliche Sicherheit ſchaffen, widrigens, da der Wechſelbrief von einem andern ausgegeben, oder von mehreren girirt worden, ſolle dem Creditori der Regreß bei dem Ausgeber, oder denen Giranten nach ſeiner Willkühr, nach mehrerer Ausweiſung des Art. 25. vorbehalten ſein.

Art. XXI. Von dem Rück-Wechſel.

Es ſolle aber keinen höheren Rück-Wechſel, als von dem Orte, wohin der Treſſant ſeinen Brief zu bezahlen verhandlet hat, an jenem Ort, wo er ausgeſtellet worden, zu nehmen vergönnet ſeyn, obgleich der Wechſelbrief durch verſchiedene Plätze wäre negotiiret worden, es wäre dann, daß der Ausgeber oder Indoſſent des Briefes expreſſe zu ſolcher Negotiirung bei Verkaufung des Wechſels freye Macht gegeben hätte, auf welchem letztern Fall der Wechſel und Rück-Wechſel auf alle Plätze, dardurch er mit Permiſſion des Ausgebers oder Endoſſeurs gelaufen, gut gethan werden ſollen.

Im Fall aber von dem Orte, wo der Wechſel zu zahlen geſtanden, a Drittura nicht zurück gewechslet würde, ſo ſolle der Rückwechſel über einen andern bequemen Ort paſſiret, und der Briefs-Ausſteller ſolchen ſammt der doppelten Proviſion ſchuldig ſeyn.

Art. XXII. Von unterſchiedlichen Schuldigkeiten bei dem Rückwechſel.

Dem Inhaber des Wechſels ſolle auch bei dem Rückwechſel noch frei ſtehen, im Fall er aller vorher erwähnter Weitläufigkeit überhoben ſeyn wollte, von dem

Traſſanten oder Indoſſenten, ſo viel, als er davon mit dem bedungenen Aggio ausgegeben, nebſt dem Intereſſe a halb pro Cento per Mese, ausgelegten Brief-Porto- und einer Proviſion, zurück zu fordern, und der Zieher oder Indoſſent ihm ſolches zu thun gehalten ſeyn.

Art. XXIII. Von den aceeptirten durch mehrere Hände gelaufenen, und nicht bezahlten Briefen.

So ein eigener, oder aceeptirter Wechſelbrief auf eine gewiſſe Zeit ausgeſtellet wird, es mag ſolcher mittler Zeit in eine oder mehr Hände gerathen, ſteht bei nicht erfolgter Zahlung dem Inhaber deſſelben frey, entweder darüber proteſtiren zu laſſen, und ſeinen Regreß an dem Indoſſenten oder Zieher zu nehmen, oder nach Belieben die Zahlung von dem Ausgeber eines eigenen, oder aber Aceeptanten eines traſſirten Wechſelbrieſes, durch vorgeſchriebene Zwangs-Mittel einzutreiben.

Art. XXIV. Von der Ordnung des Regreß, bei nicht bezahlt- und proteſtirten Briefen.

Hingegen wenn Wechſelbriefe, ſo auf einen dritten lauten, von ein- und anderen indoſſiret ſind, iſt der Inhaber des Briefes, wenn der Aeceptant den Wechſelbrief nicht an ſich löſet, ſondern proteſtiren läſſet, bei der alſo nicht erfolgten Bezahlung den Wechſelbrief ſammt dem Proteſt an den letzten Indoſſirer, von welchem er den Wechſelbrief bekommen, zurückzuſenden befugt; und wenn er von demſelben keine Befriedigung innerhalb vier und zwanzig Stunden erlanget, alsdann ſoll und mag er an den nächſten vorhergehenden, woferne derſelbe gutes Credits iſt, und wider ſich, der ermanglenden Zahlung halber nicht auch proteſtiren laſſen, und alſo von einem Indoſſirer zu dem anderen nach der Ordnung, wie ſie von einander geſchrieben ſtehen, bis zum Ausgeber zurück gehen, und ſtehet ihme nicht frey, dieſe Ordnung zu überſchreiten, es wäre dann, daß er eine expreſſe Ordre hätte, wann der Brief nicht bezahlet würde, denſelben an einen anderen, als den lezten Indoſſirer zu ſenden, immaſſen anderer Geſtalt alle Indoſſenten ſowohl der Traſſirer, als ein jeglicher Indoſſirer, jedoch in ihrer Ordnung bis zu endlicher Richtigkeit in solidum auch wegen Intereſſe, Schäden und Unköſten verhaftet bleiben.

Wann aber ein Inhaber des Briefes ſich nach geſchehener Proteſtation an den Aeceptanten dennoch vorſetzlich hielte, und den Wechſelbrief nebſt Proteſt an ſeinen Mann nicht zurück ſendete, ſolle ſolches lediglich auf ſeine Gefahr geſchehen, und er hernach einigen Regreß an jemand anderen zu nehmen weiters nicht berechtiget ſeyn.

Wie dann auch dem Principalen bei dem Mandatario die Bezahlung, und alle Schadens-Erſetzung zu ſuchen bevorſtehet, falls ſelber ohne deſſen Special-Ordre die vorgeſchriebene Ordnung nicht beobachtet, oder ſonſten dem Principalen in etwas präjudiciret hätte.

Art. XXV. Von angebotener Theil-Zahlung.

Da einer die völlige Summa des Wechſelbrieſes aeceptiret bei der Verfallzeit aber nicht die völlige Summa des Wechſelbriefs, ſondern nur die Hälfte

oder einen Theil derſelben bezahlen könnte, ſo ſolle in des Inhabers Willkühr ſtehen, die anerbotene Summa anzunehmen, er muß aber auf ſolchen Fall wegen des Rückſtandes den Wechſelbrief alſogleich notiren, und vor Abgang der Poſt proteſtiren laſſen, und alljenes beobachten, was wegen der Proteſten verordnet worden, damit er deswegen an die Indoſſir- und Traſſirer der Ordnung nach ſich erholen könne.

Und da er die völlige Bezahlung nicht erhielte, ſtehet ihme frey, den Ueberreſt und Rückſtand von dem anderen durch gerichtliche Hülfe zu ſuchen.

Art. XXVI. Von Honorirung der proteſtirten Wechſelbriefe.

Wenn ein Wechſelbrief präſentiret, und von dem, auf welchen er lautet, aus Mangel des Aviso, oder aus anderen Urſachen nicht aceeptiret würde, ſo ſtehet nichts deſtoweniger dem Traſſato eben, wie einem Tertio frey, per Honor di Lettera, oder zur Ehre des Traſſanten oder Indoſſenten den Wechſelbrief zu aceeptiren, und damit der Aceeptant ſolchergeſtalt nicht in Gefahr grrathe, ſolle der Inhaber vorher proteſtiren, und im Proteſt erwehnen laſſen, daß die Aceeptation per Honor di Lettera wegen des Traſſanten oder Indoſſenten sopra Protesta geſchehen, wo ſodann der Aceeptant bei der Bezahlung nachmalen zu proteſtiren nicht ſchuldig iſt Facta Solutione hat er den Regreß an den, welchen er durch die Aceeptation honoriret, wie auch alle diejenigen, ſo dem Honorato obligiret ſind, dergeſtalt, zu ſuchen, daß ihme zwar ſich bei dem Honorato, und denen, welche demſelben vorgehen, keineswegs aber an jene, welche demſelben nachgehen, noch auch an dem, welcher von ihme Honoranten das Geld empfangen, zu regreſſiren bevorſtehet.

Im Fall einer auf erlangte Ordre eines anderen Wechſelbrief einlöſen, oder ſonſt ein Debitum bezahlen will, oder ſolle, der Inhaber der Briefe aber ſolches nicht weiß, ſolle ſowohl derjenige, der die Briefe einzulöſen Ordre, als der dieſelbe in Händen hat, ſich bei dem Wechſel-Gerichts-Protoeoll anzugeben, und Nachricht einzuziehen ſchuldig ſeyn.

Art. XXVII. Wem die Verehrung der proteſtirten Wechſelbriefe gebühre.

Die Verehrung der proteſtirten Wechſelbriefe, und derer Bezahlung gebühret erſtlich, und vor allen demjenigen, der ſie einzubringen, oder die Bezahlung zu empfangen hat, es wäre dann, daß ein Tertius die Honorirung wegen eines früheren Giranten, oder wegen des Traſſanten ſelbſt thun wollte, in welchem Fall dieſem vor jenem der Vorzug gebühret; will der Präſentant nicht honoriren, ſo mag er anderwärts am Platz nachfragen, und da ſich jemand findet der den Brief aceeptiret, dem gebühret in Zeit die Bezahlung mit Erſtattung aller Speeſen und Unkoſten zu leiſten, wo auch die Proviſion zu genieſſen; und wenn ſchon derjenige, auf welchen der Wechſelbrief lautet, ſich nach der Hand zu der Aeceptation und Zahlung erklären würde, iſt doch derſelbe welcher zuvor honoriret hindan zu ſtehen nicht ſchuldig, er wolle es dann gutwillig thun.

Art. XXVIII. Von der Acceptation der Frauen, und Bedienten, so keine Vollmacht haben.

Alle Acceptationes der Wechſelbriefe, welche von Frauen, Bedienten, oder andern, ſo von den Principalen keine ſchriftliche bei dem Wechſel-Gericht depoſitirte Vollmacht haben, geſchehen, ſollen Reſpectu des Principalen unkräftig, und der Principal zu keiner Bezahlung verbunden ſeyn, will aber jemand die Acceptation von einer Frau, oder einem Diener ohne habender Vollmacht annehmen, ſo hat derſelbe die Zahlung, dafern der Principal ſich darzu nicht verſtehen will, von niemand andern, als von dem Acceptanten zu ſuchen; und da ein Factor für ſeinen Principalen Gelder disponirte, muß er den Wechſelbrief nicht auf ſich, oder Ordre, ſondern auf den Principal ſelbſten, oder deſſen Ordre einrichten laſſen; Würde er aber den Brief an ſich, oder Ordre, ſtellen laſſen, ſo haftet er hierum als Selbſt-Schuldner, es wäre dann, der Principal wollte ſich zur Schuld freiwillig verſtehen.

Art. XXIX. Bedienten ſoll man ohne des Principalen-Firma, ſpecial Notiz, oder Recognition weder Gelder, noch Waaren erfolgen laſſen.

Nachdem auch vielmals einer von dem andern dieſe oder jene Sorte Gelds abzuwechslen, oder auch auf die Eile einige Gelder zu entlehnen pfleget, und es ſich vielmal zugetragen hat, daß untreue Bediente Gelegenheit genommen, auf ihrer Principalen Namen, ohne deren Vorwiſſen, dergleichen Gelder, oder auch wohl Parthien Waaren aufzunehmen, hernach aber mit den Geldern durchzugehen, oder die Waaren liſtiger Weiſe auf die Seite zu bringen, wodurch ſodann die Principalen in große Irrung, Streit und Proceſſe miteinander verfallen, als ſolle man hinfüro keinem einigen Bedienten ohne ſeines Principalen-Notiz, oder Recognition etwas dergleichen abfolgen laſſen, im widrigen Fall derjenige, auf deſſen Namen etwas eingewechslet, aufgenommen, oder entlehnet worden, ſolches gut zu thun, oder zu zahlen keineswegs ſchuldig ſeyn; daferne aber ein Principal einen ſeiner Bedienten, wer er ſeyn mag, generaliter beſtellet hat, und die Vollmacht, Namens ſeiner in Negotio zu agiren, und deſſen Firma glauben zu geben, bei dem Wechſel-Gericht protocolliret worden iſt, ſolle ſodann der Principal für die unter ſeinem Namen von ſolchen Bedienten aufgenommene Gelder oder Waaren, obſchon keine ſpeciale Notiz vorhanden wäre, zu ſtehen, und Satisfaction zu geben ſchuldig, und gehalten ſeyn.

Art. XXX. Von verjährten Wechſelbriefen.

Wenn jemand einen Wechſelbrief auf ſich ſelbſten ausſtellet, und nach der Verfallzeit in Jahr und Tag deſſentwegen ſich niemand angiebet, ſolle der Wechſelbrief alsdann kein Wechſel-Recht mehr behalten, ſondern nur für einen gemeinen Schuld-Schein gelten; dafern aber jemand dergleichen Wechſelbriefe gar veralten ließe, ſolle es wegen der Gültigkeit und Wirkung deſſelben, gleichwie mit andern Perſonal-Obligationen und Chirographis nach Ausweiſung der gemeinen Rechten und Landesgewohnheiten gehalten werden.

Art. XXXI. Von verlornen Wechſelbriefen.

Würde ein acceptirter Wechſelbrief verloren, der Debitor aber der Schuld gleichwohl geſtändig ſeyn, iſt er nach Wechſel-Recht zur Zahlung verbunden, jedoch anderſt nicht, als gegen genugſame Caution, daß man ihn wegen künftiger Anſprüche, Schäden, und Unköſten contra quoscunque Noth- und Schadlos halte, und muß ſogleich von einem Giranten zum andern davon Bericht ertheilet werden: Wenn aber die Acceptation in Abrede geſtellet würde, ſtehet dem Eigenthümer eines ſolchen Wechſelbriefs, oder deſſen Mandatario bevor, die geſchehene Acceptation bei dem Wechſel-Gericht der Ordnung nach zu beweiſen, und alsdann das weitere nach Wechſel-Recht vorzukehren.

Art. XXXII. Von indoſſirten und girirten Wechſelbriefen.

Obwohl die vielfältig girirte Wechſelbriefe in etwelchen ausländiſchen Plätzen verbothen, in vielen Orten aber im Gebrauch ſolche auch ohne Schwächung der Handlung nicht wohl zu limitiren, oder gar abzuſchaffen ſeynd, ſo ſollen zwar dieſelbe zu Beförderung Handels und Wandels hinführo geſtattet, jedoch die Indoſſirung in bianco gänzlich verboten, mithin der Geber oder Girant eines ſolchen Wechſelbriefes ſchuldig ſeyn, den Giro wie ſichs gebühret, völlig, auch mit Beiſetzung des Tauf- und Zunamens, Orts, der Zeit und der Valuta alſo gewiß zu ſtellen, als im widrigen, woferne eines von dieſen Requiſiten abgienge, der Giro bloß für eine gemeine Procura geachtet, und der Wechſelbrief, falls der Girant fallirte für einen in deſſen Maſſa gehörigen Effect gehalten werden ſolle.

Art. XXXIII. Von denen vor der Verfallzeit bezahlten Wechſel-Briefen.

Es mag ein Wechſelbrief, ſo directe, und ohne Ordre an jemand zu zahlen lautet, ob er gleich acceptiret worden, vor dem Verfalltag, an welchem der Acceptant bezahlen muß, nicht bezahlet werden, oder ſolche Bezahlung geſchiehet auf des Zahlers Gefahr: Wann aber ein Wechſelbrief an Ordre geſtellt iſt, ſo mag der Bezogene, oder Acceptant ihn ſowohl als ein anderer negotiiren, und an ſich ſelbſt zur Bezahlung indoſſiren laſſen, auch ſolchergeſtalt den Wechſelbrief, den er ſelbſt acceptiret hat, vor der Verfall-Zeit an ſich löſen, jedoch wird bei einem auf Ordre ausgeſtellten Wechſelbrief, wann ſelber weiters giriret worden, zugleich erfordert, daß auch in dem Giro die Ordre widerholet werde: In deſſen Ermanglung kann ein, obſchon auf Ordre ausgeſtellter Wechſelbrief ſicher nicht negotiiret werden.

Art. XXXIV. Von Acceptation eines ohne Indoſſirung, oder erlangter Ceſſion präſentirten Briefs.

Wann ein Wechſelbrief ohne Indoſſirung, oder erlangter Ceſſion präſentiret wird, ſolle er zwar billig acceptiret werden, da aber bei der Verfall-Zeit, und Forderung der Bezahlung dieſer acceptirte Wechſelbrief, oder auch der darauf gefolgte Secunda annoch ohne Indoſſirung verblieben, ſo iſt der Acceptant nicht ehe, als bis zu erfolgender Indoſſirung, oder anderer genugſamen Legitimation

die Bezahlung zu leiſten ſchuldig, jedoch ſollen bei ſolcher Beſchaffenheit bei Ausgang der Reſpect-Täge die Gelder deponiret, oder gegen genugſame geleiſtete Caution ausgefolget, und die Verfall-Zeit durchaus nicht überſchritten, ſondern bei ſolcher die Zahlung entweder geforderet, oder in deren Ermangelung proteſtiret werden, widrigenfalls hätte man ſich an den Traſſanten nicht zu erholen.

Art. XXXV. Von Abſendung der negotiirten, oder eingehandelten, oder anderer Orten zahlbar geſtellten Briefen.

Alle auf andere Oerter allhier geſchloſſene, oder negotiirte Sola oder Prima-Wechſelbriefe, welche auf einfachen, doppelten, oder mehr Uso, a Vista, oder gewiſſe Täge Nachſicht zahlbar lauten, müſſen von dem, der ſolche einhandlet, ohne Verſaumen gleich durch die erſte abgehende Poſt a Drittura, fortgeſendet, und zur Acceptation präſentiret, oder bei ſolcher Verweigerung ordentlich proteſtiret, auch zuruck geſandt werden, worauf dann der Creditor an den Ausgeber des Briefes, als Debitoren, ſeinen Regreß zu nehmen befugt iſt, die Wechſelbriefe aber welche auf gewiſſe Täge, und benannte Zeit, nach oder a Dato geſtellet ſind, ſolle man nicht ſchuldig ſeyn ſofort, auſſer man wolle es freiwillig thun, a Drittura an den Ort, wohin ſolche lauten, zu ſchicken, ſondern es mag ſelbige der Inhaber beliebig über andere Plätze diſponiren, und es iſt genug, wann ſolche nur bei den ſtipulirten Verfall-Tag am tractirten Orte zur Präſentation kommen, und die Zahlung gefordert, oder bei deren Entſtehung proteſtiret wird, alsdann bei vorweiſenden Proteſt iſt der Ausgeber ſchuldig, dem Creditori oder Inhaber Satisfaction zu leiſten, würde aber die nach Dato geſtellte Zahlungszeit übergangen, und nicht gehörig proteſtiret, fället die Schuld auf denjenigen der ſolches vernachläßiget, und iſt alsdann weder Ausgeber, noch Girant gehalten, dafür weiter zu ſtehen, oder Red und Antwort zu geben.

Art. XXXVI. Von denen auf die Meſſen traſſirten Briefen.

Mit den Wechſelbriefen, ſo auf auswärtige Meſſen und Märkte, als Leipziger, Frankfurter ꝛc. lauten, iſt die gewöhnliche Ordnung desjenigen Orts, wo ſolche zu zahlen ſeynd, ſowohl in der Acceptation, als Zahlung, genau zu beobachten; Selbe dörfen jedoch ehe nicht, als vierzehen Täge vor ſolcher Meſſe ausgeſtellet werden: Indeſſen aber muß dem Creditori bis dahin eine Interims Recognition zu ſeiner Verſicherung eingehändiget werden, wo nicht bei dem Schluß ein anderes bedungen worden. Würde die Recognition mit dem verſprochenen Wechſelbrief in gehöriger Zeit nicht ausgewechſelt, ſolle dem Inhaber die ſchleunige Execution ertheilet werden, welches ebenfalls zu beſchehen hat, wann keine Recognition ausgeſtellet worden, die Schuld jedoch in andere Wege auf Wechſel-Art genugſam erwieſen wäre.

Art. XXXVII. Von den Jahrmärkten und was in Wechſel-Sachen dabei zu beobachten ſeye.

Die Wechſelbriefe, welche auf einen Jahrmarkt zu bezahlen lauten, wenn ſolcher Jahrmarkt vier Wochen fürdauert, ſollen nicht eher als den 8ten, und

wenn der Jahrmarkt minder, als vier Wochen dauret, nicht ehe als den 4ten Tag der erst eingetrettenen Jahrmarkts-Woche zu acceptiren seyn, da sie aber bis dahin nicht acceptiret würden, so hat der Präsentant Macht, solche Wechselbriefe zu protestiren, und sich darbei, wie des Protest halber in vorgehenden Puncten geordnet ist, zu verhalten, die acceptirten Wechselbriefe aber sollen in der letzten Woche des Markts bis letzten Posttag vor Ausgang des besagten Markts, exclusive bezahlet werden; wenn aber dieselbe in solcher Zeit nicht abgestattet würden, so kann der Präsentant ohne Beobachtung der sonst gewöhnlichen Respect-Täge, weilen solche in den Wechsel-Zahlungen der öffentlichen Märkte ohne diß nicht zu attendiren seynd, selbige den letzten Post-Tag vor Ausgang des Marktes protestiren, darzu ihm die Stunden desselben Tages, von Morgen an bis zu Untergang der Sonne zu statten kommen.

Art. XXXVIII. Von Abholung des Geldes nach der Verfallzeit.

Wer einen Wechselbrief in Händen hat, ist schuldig das Geld von dem Debitore bei der Verfallzeit selbsten, oder durch andere abholen zu lassen. Die Juden sollen, wenn der Zahlungs- oder letzte Respect-Tag auf einen eingehenden Sabath- oder andern ihrer Feyertäge fallet, gehalten seyn, die Bezahlung vor dem Eingang des Sabaths oder Feyertags, und zwar vor drei Uhr Nachmittag zu leisten, oder gewärtigen, daß widrigenfalls protestiret werde, und Sie auch bei hiernach erfolgter Zahlung die Protest-Unkösten vergüten müssen. Wofern jedoch der Inhaber bis auf den ersten Werktag nach den Feiertägen die Zahlnng zu fordern, oder zu protestiren freiwillig zuwarten wollte, solle ihm ein solches ohne Präjudiz thun zu können, bevorstehen.

Art. XXXIX. Von dem Regreß wegen nicht empfangener Valuta, und wie sich der Briefausgeber dessentwegen erholen solle.

Wenn ein Wechsel auf andere Plätze geschloßen worden, solle es dem, der den Wechsel ausgiebt, freistehen, den Wechsel nicht ehe, als nach empfangenem Geld oder Valuta auszustellen. Im Fall er aber solchen dem, so ihn gekauft hat, und bezahlen soll, anvertrauet, und die Zahlung nicht sofort erfolget, so soll die Schuld, wann sie auf Wechsel-Art genugsam erwiesen ist, als ein Wechsel angesehen, und gleich des folgenden Tages, oder auf welche Zeit sie untereinander selbst, oder durch einen Mäckler sich verglichen haben, ohne daß dem Käufer einige Respect-Täge zu statten kommen, exequiriret werden, wann gleich deßwegen kein Schein ertheilet worden wäre; wird aber ein Schein ausgestellet, so kann derselbe, wenn er auf Ordre lautet, gleich einem Wechselbrief an einen Dritten giriret werden.

Art. XL. Von den Assignationen in Wechsel-Schulden.

Assignationes anstatt baarer Bezahlung für verfallene Wechselbriefe anzunehmen, kann niemand wider Willen zugemuthet werden; Da aber der Acceptant in Loco Solutionis bei einem Tertio parates Geld zu empfangen hätte, und den Inhaber des Wechselbriefs zu Erhebung desselben in Wechsel-Zahlungen dahin

verwieſe, ſolle der Inhaber, wenn er ein Handelsmann iſt, zu Beförderung der Commercie, und Erſpahrung doppelter Ueberzählungen, ſich nicht weigern das Geld daſelbſt abzuholen, auch dergleichen Anweiſungen auf den zweiten und dritten Ort anzunehmen haben; Daferne er aber das Geld auf ſolche Anweiſungen inner vier und zwanzig Stunden, oder rechter Zeit nach verfloſſenen drei Reſpect-Tägen nicht erhalten könnte, iſt der Acceptant ſchuldig, ſolche Anweiſung zurückzunehmen, und die Zahlung in ſeinem Hauſe zu leiſten.

Art. XLI. Von was Wirkung eine Aſſignation ſeye?

Obwohl bloße Anweiſungen für wirkliche Zahlung nicht zu achten ſind, und die Anweiſung auf Gefahr des Aſſignanten geſchiehet, ſo ſollen doch allhier um vielerlei Diſput unter den Kaufleuten zu vermeiden, die bei annoch laufenden Reſpect-Tägen gegebene Aſſignationes, wann der Aſſignatarius, oder Inhaber der Anweiſung ſolche abſolute annimmt, oder auch den Aſſignations-Zettel in Wechſel-Sachen ohne gewiſſe Bedingniße über vier und zwanzig Stunden bei ſich behält, für kräftig, und gültig geachtet werden, jedoch nur unter Handels-Leuten, und daß ſolche Anweiſung auch nicht weiter, dann in die dritte Hand geſchehe.

Art. XLII. Von Geld, und Münz-Sorten mit welchen die Wechſel-Briefe zu bezahlen ſind.

Anlangend die Wechſel-Zahlungen, oder Münz-Sorten, womit die Wechſelbriefe, welche auf Current-Geld acceptiret, oder auf anderen Plätzen zu zahlen an jemand verkaufet worden, zu vergüten ſind, haben ſolche mit der im Lande vermög der letzt ergangenen, oder weiters nachfolgenden Patenten gangbarer guten Münze bis auf die Siebener incluſive zu beſchehen; wären aber Wechſelbriefe auf gewiſſe Geldſorten eingerichtet, ſo iſt der Acceptant ſchuldig, ex Lege Contractus ſolche im Brief verſchriebene Sorten zu bezahlen, er wollte dann mit dem Inhaber wegen des Aggio nach dem Wechſel-Cours ſich billigmäßig vergleichen. So der Inhaber eines Wechſelbriefes auf die Verfall-Zeit das Geld dafür nicht einfordert, und inzwiſchen eine Veränderung in der Münze erfolgt, ſo iſt der Debitor keine andere Geld-Sorte zu bezahlen ſchuldig, als diejenige, ſo bei der Verfallzeit gangbar, und gebig geweſen, auch hat der Inhaber für allen Schaden zu ſtehen, welcher durch den Verzug der Abholung ſonſt etwa verurſachet werden dürfte.

Art. XLIII. Wie es in Fallimenten mit denen in Handen habenden Effecten zu halten ſeye.

Weil auch der Kaufmanns-Stylus mit ſich bringet, daß, falls einer von einem Tertio Effecten in Handen, und für ſeine eigene Rechnung, dann auch für andere von denſelben abſonderlich zu fordern hat, der Tertius aber keine völlige Zahlung thut, ein jeder, er ſeye einheimiſch, oder fremd, zuförderſt von demjenigen, was er in Handen hat, auch ſonſt, wann er es vor Ausbrechung eines Falliments an ſich zu ziehen weiß, ſeinen eigenen Conto, (jedoch unbeſchadet des einem andern etwa zuſtehenden Eigenthums, oder ehevor hierauf geführten Sperr, oder Anſatz) zu ſaldiren befugt ſeye, ſo laſſen auch Wir es fernerhin noch dabei bewenden.

Art. XLIV. Von Commiſſions-Waaren.

Wie dann derjenige, ſo von einem andern Waaren in Commiſſion zu verkaufen empfangen, dabei aber von denſelben mit Wechſel, und ſonſten bezogen, und beläſtiget worden, wegen ſeines Vorſchußes an den empfangenen Effecten ſich zahlhaft zu machen Fug und Macht haben, auch da in Fallimenten, und ſonſten ſolche Waaren mit Arreſt, oder Verboth beleget würden, mehr nicht als das Reſiduum, oder die Uebermaß herauszugeben ſchuldig ſeyn ſolle.

Art. XLV. Von den Pfändern in Wechſel-Sachen und dem Jure Retentionis.

Ein Pfand, ſo ein Inhaber eines mit Proteſt zurück gekehrten, oder allhier zu zahlen geſtellten Wechſelbrieſes von dem Ausgeber oder Indoſſenten zu ſeiner Sicherheit empfangen hat, ſolle von andern Creditoribus mit keinem Arreſt belegt werden können, als nur in ſo weit ſeine Prätenſion weniger beteaget; Es ſolle auch der Briefs-Inhaber nicht können angehalten werden, ſolches Pfand weder zum Theil, noch ganz herauszugeben, bevor er ſowohl für ſein Capital, als Intereſſe und Unköſten vollkommen vergnüget iſt: wann hernach die Zeit worauf das Pfand verſetzet worden, verfloſſen iſt, ſolle der Eigenthümer, dem es zugehöret, ſolches gegen Bezahlung des Capitals und Intereſſe einlöſen, im widrigen aber dem Inhaber frey ſtehen, das Pfand gerichtlich taxiren zu laſſen, es auch pendente Concursu gerichtlich zu verkaufen, und ſich davon bezahlt zu machen, den Ueberreſt aber muß er gerichtlich deponiren, oder im Fall auf die Uebermaß kein Verbot geſchlagen iſt, dem Eigenthümer, und in Casu Cridae, ad Massam zurück geben.

Art. XLVI. Von dem Vorzug der Wechſelbrieſe vor gemeinen Schuldverſchreibungen in Concursu Creditorum.

Wie nun das privilegirte Wechſel-Recht nach dem üblichen Gebrauch anderer Länder mit ſich bringet, daß zu mehrerer Beföederung des dem Publico ſo nützlichen Wechſel-Negotii, die förmlichen Wechſelbrieſe den Vorzug vor gemeinen Verſcheeibungen, Chirographis, und andeen unprivilegirten Perſonal-Obligationen haben; als ſolle es dabei auch allwegs, und zwar dergeſtalt ſein Bewenden haben, daß in den Concursibus Creditorum Cridae, und dergleichen Abhandlungen, allwo die Quaestio Prioritatis unterlaufet, die ordentliche ſtyliſirte, über Plätze zu laufen habende förmliche Wechſelbrieſe nach den Real- oder andern privilegirten Sprüchen das ſogenannte Privilegium Perſonale, mithin den Vorzug vor andern gemeinen Schuldverſchreibungen, Chirographis, oder Current-Schulden zu genieſſen haben ſollen. Ein gleiches Vorrecht vor denen Chirographar- oder Current-Schulden gebühret auch jenen, obſchon nur trocknen Wechſelbrieſen, welche von Handels-Leuten an die Landes-Fabriquen, oder auch an ſolche Erbländiſche Manufacturs-Arbeiter, die leinene, oder auch Waaren von Wolle, Cotton, Seiden, Leder, Glas, Gold, Silber, Eiſen, Meßing, und anderen Metallen verfertigen, ausgeſtellet worden, jedoch nicht anderſt, als in ſo weit jede Fabrique, oder Fabrikant ihre

erzeugte Waaren ein Jahr vor dem ausgebrochenen Falliment fidiret haben; wie dann auch denenjenigen, welche obernannten Erbländiſchen Fabriquen oder Manufacturs-Arbeitern einiges Geld, oder Materialien auf trockene Wechſelbriefe in dem lezten Jahr vor dem Verfall creditiret, ein gleiches Vorrecht zuſtehen ſolle, welches dann von unſern nachgeſetzten Stellen, Gerichtern, und übrigen Inſtanzien bei jedesmaliger Vorfallenheit, genau zu beobachten iſt. Wann aber die Zahlung nicht ſo viel zulanget, als die in eine Claß geſetzte förmliche Wechſelbriefe, und oberwähnte Fabriquen, oder andere mit derlei Privilegio Personali verſehene Schuld-Poſten zuſammen austragen, ſo ſolle einem jeden die Zahlung a rata portione beſchehen.

Obiges verſteht ſich auf jenen Fall, wann das auf einen förmlichen Wechſel gegebene Geld bei dem Wechsler nicht mehr vorhanden, ſondern ausgegeben und entäußeret worden iſt; da aber ſothanes Geld bei ihme Wechsler ſich annoch realiter befindet, hat es den Vorzug vor allen anderen Schulden, und kann der Geber ſolches vorhandene Geld wiederum windieiren.

Art. XLVII. Von den Senſalen, und Mäcklern.

Zu Erhaltung guter Ordnung, und Vermeidung Betrugs ſollen einige Mäckler oder Senſalen von dem geſammten Handel-Stand aufgenommen, dem Wechſel-Gericht ad approbandum vorgeſtellet, und wann ſelbe für tüchtig befunden worden, allda in die Pflicht genommen werden, welche für ihre eigene Rechnung mit keinem Wechſelbrief oder Geld Verwechslung Handel treiben, noch auch in ein anderes Handelungs-Negotium, es geſchehe unter ihrem eigenen, oder anderen verdeckten Namen, ſich miſchen dörfen, bei Verluſt ihres Amtes, und zwei hundert Thaler Straf, ſo oft ſie darüber betretten werden, ſobald nun ein geſchworner Mäckler einen Wechſel, oder anderes Handlungs-Negotium zwiſchen zweien Negotianten, oder anderen Perſonen geſchloſſen hat, ſolle er dieſen Wechſel, oder ſothanes Negotium ordentlich in ſein Buch, ſo mit dem Wechſel-Gerichts-Inſigel authentiſiret ſeyn muß, vormerken; wann dieſes geſchehen, bleibet der Wechſel richtig geſchloſſen, und ſeynd die Contrahenten ſolchen zu präſtiren gehalten.

Art. XLVIII. Von Compromiß in Wechſel-Sachen.

Würden in Wechſel- oder andern Handels-Sachen ſich einige Differenzien ereignen, iſt den Contrahenten unbenommen, entweder durch ein Compromiß die Sache zu endigen, oder ſie mögen zu Verhütung aller Weitläuftigkeit unparteyiſche Schieds-Leute erwählen, und in der Güte ſich vereinigen, wozu aber niemand gezwungen werden ſolle, geſtalten dann, da ein oder anderer Theil in das Compromiß nicht gewilligen wollte, oder ſonſt kein gütlicher Vergleich erfolgete, ſolle die Sach in Foro competenti bei dem Wechſel-Gericht angebracht, und daſelbſt nach Anweiſung dieſer Unſerer Wechſel-Ordnung entſchieden werden. Wofern aber einmal ein Compcimiß eingegangen, und darüber ein ſchriftliches Inſtrument errichtet worden, ſoll keinem Theil ohne des andern Einwilligung davon abzugehen verſtattet, ſondern vielmehr das Laudum abgewartet und über den Vollzug von dem Wechſel-Gericht die ſchleunige Aſſiſtenz ertheilet werden.

Art. XLIX. Von dem Jure Reciproci ratione Prioritatis in Concurs-Sachen.

Den Fremden ſolle bei den Concurſibus gleiches Recht, wie den einheimiſchen adminiſtriret werden, es wäre dann, daß Unſere Unterthanen an fremden Orten anderſt, als in Unſeren Ländern tractiret würden, welchenfalls die Fremden Urſach haben, zufrieden zu ſeyn, daß ſie in dieſen Landen auf eben dieſe Weiſe, wie Unſern Unterthanen bei ihnen geſchieht, gehalten werden; dannenhero jeder Fremder, ſo in Concurs-Fällen eine Priorität verlanget von ſeiner Obrigkeit eine glaubwürdige Urkund, daß Unſere Unterthanen allda ein gleiches Vorrecht genieſſen, bei der Concurs-Inſtanz einzulegen haben wird, in deſſen Entſtehung ein ſolcher ſaumſeliger Creditor ad Classem Chirographariorum geſetzt werden ſolle.

Art. L. Von den Moratoriis, und was dabei zu beobachten.

Wir erklären Uns auch hiemit gnädigſt, und Kraft dieſes, daß Wir zu Verhütung alles Präjudiz der Creditoren, und zu Herbeibringung vollkommenen Credits in Unſern Landen künftig kein Moratorium, längern Stillſtand, oder ſogenannte Einſtellung ausfertigen laſſen wollen, es habe dann der Debitor vorher einen Statum, oder Verzeichniß ſeines ganzen Vermögens übergeben, und ſeine Bücher an ſeine Creditores, ſo hiezu alle edictaliter citiret werden ſollen, oder an die, ſo von ihnen Commiſſion haben, getreulich vorgezeiget, und examiniren laſſen, ſich auch dabey anheiſchig gemacht, ſelbige auf Verlangen allemal mit einem körperlichen Eid zu beſtärken, wie auch dasjenige von ſeinem Vermögen hiernächſt noch anzugeben, ſo etwa vergeſſen ſeyn, und ihm noch beifallen möchte: ſollte aber ein Debitor auf obbedachte Weiſe ein Moratorium, längern Stillſtand, oder Einſtellung erlangen, und hernach ſich äußern, daß er einen falſchen Statum ſeiner Effecten ediret, auch von ſelbigen in Präjudicium ſeiner Creditoren etwas auf die Seite gebracht, oder einen Creditoren zu Schaden des andern unter der Hand bezahlet habe, ſolle er ſolches Schutzes, des Stillſtandes, oder Einſtellungsbriefes ipso Facto verluſtiget ſeyn, und ſowohl wider ihn, als auch wider einen ſolchen Zahlungs-Annehmer nach den Landes-Geſetzen mit aller Schärfe verfahren werden.

Art. LI. Von den Fallitis, und daß ſelbe kein Jus Asyli zu genießen haben.

Und demnach es die Erfahrenheit gibt, daß die obärirten Schuldner, Falliti, Decoctores, und andere dergleichen betrügliche Leute, ohne daß ſie ſich mit ihren treuherzigen Gläubigern in- und außer Gericht gebührend abgefunden, oder in Ermanglung der Zahlung einige Verſicherung von ſich gegeben haben, heimlich austreten, und in geiſtlichen, oder andern privilegirten Orten Schutz ſuchen, als wird hiemit erkläret, daß die Receptatores, Verhehler, und Beförderer dergleichen Falliten den Creditoribus für allen Schaden zu haften, und daß obbeſagte Betrüger keinen Schutz, oder Jus Asyli in Locis sacris, vel privilegiatis zu genießen haben; ſondern ſelbe von dem Inhaber oder Vorſteher eines geiſtlichen, oder ſonſt privilegirten Orts zur gehörigen weltlichen Inſtanz unverzüglich aus-

gefolget, im widrigen das nöthige mit Sperrung der Temporalität, oder andern Zwangs-Mitteln vorgekehret werden ſolle.

Art. LII. Von den Votis Majoribus in Concurs-Sachen.

Nächſt dem ſollen bey Fallimenten, und Concurſen, die verſammelten Creditores (die Hypothekarios mit einem Pignore praetorio verſehene, oder ſonſt privilegierte Gläubiger ausgenommen, welche ohne das nach dem Alter ihrer Hypotheken, oder Pignoris praetorii den Vorzug haben) nicht nach der Anzahl die Majora machen, ſondern nach dem Quanto, ſo ein jeder bei dem Concurs zu fordern hat, und wo der mehrere Theil der Chirographariorum von der ganzen Maſſa einig, ſolle derſelben Reſolution, und Schluß ungehindert des Widerſpruchs des übrigen kleinern Theils gelten und exequiret werden.

Art. LIII. Von den unförmlichen Wechſelbriefen, Cambiis a Deposito, und Cambiis siccis.

Bishero iſt von den förmlichen Wechſeln gehandelt worden; Belangend nun die unförmliche, nemlich diejenige, welchen Eingangserwähnte Haupt-Requiſita abgehen, in Specie die ſogenannte Cambia a Deposito, Cambia Sicca, oder trockne Wechſel, welche veram causam debendi von Waaren oder andern Effecten deſumiren, jedoch gleichwohl auch im Geldgeben beruhen, nicht auf einen andern Ort zahlbar geſtellet, ſondern an eben dem Ort, wo die Waaren, andere Effecten, oder das Geld gegeben worden, in dem paetirten Quanto zu bezahlen ſind, ſo wider die Natur eines eigentlichen förmlichen Wechſels laufet, und in der That nichts anders iſt, als ein gemeiner Schuld-Schein, oder Waaren-Conto, um das Capital ſammt dem heimlich bedungenen Intereſſe, oder Zuſchlag in einer gewiſſen Zeit in ipso Loco Contractus abzuführen.

Nun wollen wir dieſem trocknen Wechſel dasjenige Privilegium, welches wir den förmlichen Wechſelbriefen hieroben beigeleget, nemlich den Vorzug in Concursu Creditorum vor den Chirographis, oder gemeinen Schuld-Verſchreibungen keineswegs eingeraumet haben, nur allein jene ausgenommen, von welchen der Artikel 46 Meldung machet.

Weil jedoch dieſe unförmliche Art zu wechſeln in mehrern Theilen Deutſchlands im Gebrauch iſt, auch hier im Lande im Schwung geht, als ſollen, um keine Zerrüttung im Handel und Wandel zu machen, ſothane Wechſel noch dermahlen, jedoch nur cum Privilegio Fori Cambialis, und paratae Executionis gelten, wenn ſie zwiſchen Kauf- und Handelsleuten, oder von einem Kaufmann an jemand, der kein Kaufmann iſt, mit oder ohne Ordre ausgeſtellet, oder auch nur von einem Kaufmann zum Favor eines Kauf- oder Handelsmanns acceptiret worden, obgleich der Ausſteller kein Kauf- oder Handelsmann wäre.

Daher folget, daß, wenn ein anderer, der keine Kaufmannſchaft, oder Wechſelbank führet einen ſolchen trocknen Wechſelbrief an einen Kaufmann, oder andern um baar Geld ausgiebt, und die Bezahlung in Termino nicht beſchiehet, ein ſolcher Schuldner nicht bei dem Wechſel-Gericht, ſondern bei ſeiner behörigen

Ordinari-Instanz hierum besprochen, und per Ordinarios Gradus Executionis zur Zahlung angehalten werden müsse, es wäre denn Sach, daß selber sich dem Wechsel-Gericht dießfalls unterworfen, und anmit seiner Ordinari Instanz begeben hätte, in welchem Fall er bei dem Wechsel-Gericht pro illo Casu speciali Red und Antwort zu geben, und ihm ein solches selbsten zuzuschreiben hat, daß er sich seines Fori ordinarii per Expressum begeben.

Da er aber einige in Rechten sonsten gegründete Exceptiones gegen den ausgestellten Wechselbrief hätte, so kann er sich durch Niederlegung der Schuld von der Schärfe des Wechsel-Gerichts befreyen, und hiernächst bei dem Wechsel-Gericht die etwa habende Exeptionen vorbringen; beweiset er nun solche, so ist ihm sein Depositum zu restituiren, und der Creditor, oder Wechselnehmer in Id, quod aut Partis, aut Publici interest, zu condemniren; beweiset er aber solche nicht, so ist er dem Creditori Schaden und Unkösten zu ersetzen schuldig. Wann nun jemand, der kein Kaufmann ist, auch sonsten kein Negotium treibet gegen baar Geld, einen unterworfenen Wechselbrief von sich gibt, so soll solcher, um den Giro zu verhindern, niemals auf Ordre gestellet, und wann auch die Ordre mit eingerücket wäre, solche nur als eine gemeine Cession angesehen werden; wie dann auch alle unterworfene Wechselbriefe in den Cridä- oder Edictalischen Handlungen anders nicht, als eine gemeine Schuldverschreibung anzusehen und zu classificiren sind;

Nachdem aber nicht alle so keine Kaufleute oder Wechsler sind, nicht einmal wegen förmlicher Wechselbriefe bei dem Wechsel- und Mercantil-Gericht besprochen werden können, wovon in den vorigen Articulis Erwähnung geschehen, so verstehet sich von selbsten, daß selbe sich auch niemal den Wechsel- und Mercantil-Gericht gültig unterwerfen können, sondern sie müssen allein bei ihrer Ordinari-Instanz belanget werden.

Es solle auch denen, so sich dem Wechsel- und Mercantil-Gericht unterwerfen können, ein solches nicht anderst, als gegen baares Geld, keineswegs aber gegen Waaren, oder andere Zuschläge verstattet seyn, also zwar, daß auch eine dem zuwider beschehende Ausstellung mit Unterwerfung, niemal zu dem Wechsel-Gericht gezogen, sondern nur als eine andere gemeine Forderung bei des Ausstellers Ordinari-Instanz solle können eingeklagt werden.

Hievon wollen wir allein ausgenommen haben, die Professionisten, und Handwerker, als welchen wir in alle Wege verstatten, daß sie auch um Materialien, und Waaren, so sie zu ihrer Fabrikatur gebrauchen, Wechselbriefe ausstellen, sich dem Wechsel-Gericht unterwerfen, und sodann allda belanget werden können.

Wo übrigens es bei dem sein Verbleiben hat, daß es verbothen seye, in einem nemlichen Wechselbrief Geld, und andere Sachen zu vermischen, auch niemal mehr, oder was anders, als gegeben worden, anzusetzen, oder aber wegen eines auf Waaren, und Geld zugleich geschlossenen Contracts, zwei Wechselbriefe sive sub veris, sive sub fictis Nominibus auszustellen, wie ein solches in dem Patent dd. 26. April 1751, mit mehreren enthalten ist.

Art. LIV. Separatus für den Wiener-Platz.
Von der Acceptation, und Verfallzeit der Venediger Briefe.

Demnach auch wegen der Venediger-Ulso-Briefe üblich gewesen, daß solche nicht den ersten Posttag nach deren Einlangen, sondern wenn sie am Samstag ankommen, erst den nächst darauf folgenden Freitag, wenn sie aber am Mittwoch einlaufen, den nächst künftigen Diensttag zur Acceptation präsentiret worden; als solle es zwar bei sothaner Gewohnheit sein nochmaliges Verbleiben, jedoch mit folgender Erläuterung haben: daß die Bezahlung dieser aus Venedig kommenden Wechselbriefe, wenn sie am Samstag oder Mittwoch verfallen, den Freitag, oder Dienstag vorher geleistet, widrigens aber auf den folgenden Samstag oder Mittwoch protestiret werden sollen: Wann aber auf den Freitag oder Samstag, ingleichen wann auch auf den Diensttag, oder Mittwoch ein gebothener, oder dispensirter Feiertag einfiele, so solle den nächst vorhergehenden Werktag die Zahlung, widrigenfalls die Protestation, geschehen, damit derjenige so Venediger-Wechsel einzuziehen hat, nicht allzulang in Erwartung, und Ungewißheit der Bezahlung zu stehen gemüßiget seyn möge; Mit aller andern Wechselbriefe Verfallzeit aber hat es bei dem ordinari Stylo, und Herkommen sein Verbleiben.

Die Nothwendigkeit der Einführung der k. k. Wechsel-Ordnung auch im Großfürstenthum Siebenbürgen, haben die löbl. Landes-Stände eingesehen, durch nachstehende die Landesherrliche Bestättigung erhaltene Landtagsartikel.

Sieben und dreißigster Artikel, vom Jahr 1791.
Von den Wechselbriefen.

Zur Beförderung des Handels sollen die von wem immer in Handelssachen ausgestellten Wechsel auch in Rücksicht auf persönliche Haftung, Kraft haben; alle andere Wechselbriefe aber, die aus was immer für Ursachen ausgefertiget sind, sollen nur wie gewöhnliche Schuldverschreibungen gelten. Eine auf einen Wechselbrief gegründete Schuld hat der Auffoedernde bei dem ordentlichen Magistrate, dessen Gerichtsbarkeit der Schuldner unterliegt, einzuklagen und er soll gegen einen solchen Schuldner, der in Handlungssachen den Wechsel ausgestellet hat, nach dem Inhalte des Wechselbriefes, gegen andere aber nach dem Sinne der vaterländischen Gesetze Befriedigung erhalten.

Zweiter Artikel, vom Jahr 1792. Wie Sentenzen von den Gerichten der Deutschen Eebländer gegen Einwohner von Siebenbürgen, welche aus besagten Erbländern Geld, Waaren, oder andere Sachen auf Credit erhalten, und sich der Gerichtsbarkeit dieser Gerichte schriftlich, oder durch freywillige That unterzogen haben, in Erfüllung zu bringen sind.

Da nach dem Sinne der vaterländischen Gesetze Contracte für die Contrahenten Gesetze sind; und alle gesetzmäßige Verbindlichkeiten eitel und vergeblich

wären, wenn sie nicht ihre schuldige Wirkung hervorbrächten, überdieß auch die Gerechtigkeit, und das Beste des gegenseitigen Handels mit den Deutschen Erbländern, der ohne Sicherheit des Credits nicht bestehen kann, es erfordern, daß die gesetzmäßig eingegangenen Contracte getreulich erfüllet, und auch durch Hülfe des richterlichen Armes in Vollstreckung gebracht werden, so haben die Stände zu Folge des von Sr. Majestät deßwegen gemachten Antrages beschlossen, daß sowohl diejenigen, welche bei Gelegenheit eines gemachten Anlehens, mit Verzichtleistung auf ihr eigenes Gericht ein fremdes freywillig und ausdrücklich anerkennen, als diejenigen, welche mit Kaufleuten der erbländischen Provinzen, die vor das Wechsel-Gericht gehören, in Handlungsverbindungen getreten sind, dem Ausspruche des Gerichts, daß sie sich in ihren Schuldverschreibungen gewählet haben, sich unterziehen, und die Gerichte dieses Großfürstenthums Siebenbürgen, und der dazu gehörigen Theile, die gegen die dermassen verpflichteten Personen ergangenen Sentenzen, in so weit sie die Wirklichkeit und Gültigkeit der eingegangenen Schuld betreffen, wenn sie durch die erbländischen Gerichte an das königl. Siebenbürgische Gubernium gesendet, von diesem aber, nach der vorgeschriebenen Weise, den gehörigen Gerichten zugestellet worden sind, in Vollzug gesetzet werden sollen.

Damit jedoch, indem einer Seits für die Sicherheit der Gläubiger gesorget wird, eben so von der andern Seite den Bevortheilungen vorgebeuget werde, so wird in Beziehung auf die Vollstreckung von dergleichen Sentenzen erbländischer Gerichtsbehörden festgesetzt:

1. Daß sie nur solchen Schuldverschreibungen zukommen, welche gesetzmässig, und durch solche Personen ausgestellet sind, welche das Recht dergleichen auszustellen haben; daher sollen Schuldverschreibungen von Mündeln oder anderen unter Vormundschaft, Curatel oder väterlicher Gewalt stehenden Personen, dieses Schutzes in keinem Falle genießen; und wenn es geschieht, daß über solche Schuldverschreibungen die Eintreibung (Execution) angesucht, und vor dem vollstreckenden Richter die Ungültigkeit einer solchen Schuldverschreibung dargethan wird, hat er sogleich von der Eintreibung abzustehen und das kön. Gubernium zur weiteren Veranlassung davon zu unterrichten; wenn aber der Schuldner selbst die Nullitäts-Ausnahme macht, soll er gehalten seyn, sie vor dem Gerichte zu erweisen, dem er sich schriftlich, oder durch freiwillige That auf oberwähnte Art unterzogen hat.

2. Das Recht eines Dritten muß nach dem Sinne der vaterländischen Gesetze stets ungekränkt bleiben, und wenn solches bei Gelegenheit einer Eintreibung durch einen Dritten Anspruch habenden gründlich dargethan wird; so muß der gewinnende Fremde, der die Eintreibung ansucht, nach derselben vorläufiger Vollziehung, vor dem exequirenden Richter eine angemessene Sicherheit (Caution) leisten, und sich verpflichten, daß er, wofern vor den rechtmäßigen Richtern des Großfürstenthums Siebenbürgen ein fremdes Recht, entweder in Rücksicht auf Priorität, oder aus dem Alter der Schuldverschreibung, oder aus derselben Intabulation, oder endlich aus der Eigenschaft der Sache selbst erwiesen würde, Vergütung leisten wolle.

3. Die auf unbeweglichen Gütern vorzunehmende Eintreibung ſoll nur als ein gerichtliches Unterpfand gelten, ſo, daß adelige Güter zu allen Zeiten, bürgerliche Gründe aber nach den Municipal-Statuten des Orts wieder eingelöſet (reluiret) werden können.

4. Das Rechtsmittel der Abtreibung (Repulſion) kann Statt finden, wenn der Abtreibende vor dem exequirenden Richter einen Irrthum in der Sache, oder in der Perſon darzuthun vermag.

5. Damit es bekannt werde, wenn eine Klage erhoben werden ſoll, und niemand wegen falſcher, oder vielleicht ſchon getilgter Schuldverſchreibungen abweſend vor einem auswärtigen Gerichte verurtheilet, in Gefahr ſein Vermögen zu verlieren, gerathen möge, iſt eine Einberufung (Citation) zu den erbländiſchen Gerichten einzuleiten, und darin ein angemeſſener Zeitraum zu beſtimmen, der in Rückſicht auf die Entlegenheit dieſes Großfürſtenthums, nicht kürzer als von 6 Monathen ſeyn ſoll. Dieſe Einberufungen ſind von dem erbländiſchen Gerichte dem Siebenbürgiſchen Gubernium zu überſenden, und von dieſem vermittelſt der Aemter der Geſpannſchaften, der Diſtricte, der Szeckler- und Sachſenſtühle, oder der Städte und Märkte, in deren Bezirke der Schuldner wohnet, demſelben auf die gewöhnliche Art unverzüglich bekannt zu machen, und daß dieſes geſchehen iſt, darüber ſind Zeugniſſe auszufertigen. — Gegenſeitig werden Se. Majeſtät gnädigſt zu verfügen geruhen, daß in ähnlichen Fällen gleichermaßen die Sentenzen, welche in Siebenbürgen gegen ſolche erbländiſche Unterthanen, die ſich den Siebenbürgiſchen Gerichten unterworfen haben, gefället worden ſind in Vollziehung geſetzt werden.

Im übrigen hat es außer den erwähnten Fällen bei der Verfügung des 43. Artikels vom Jahre 1791 ſein Bewenden.

§ 15. Die Pfandbeſtellung.

Die Pfandbeſtellung geſchieht von Seite des Verpflichteten um dem Berechtigten irgend eine Forderung ſicherzuſtellen (ſachliche Bürgſchaft) indem dieſem entweder ein Vermögensobject des erſtern zeitweilig (bis zur Einlöſung) in Beſitz, mit oder ohne Gebrauchsrechte, überlaſſen — oder aber blos eventuell eine Befriedigung aus deſſen Veräußerung gewährleiſtet wird. — Schon im Römiſchen Rechte kömmt ein gleicher Unterſchied der Pfandbeſtellung vor: fiducia und antichresis — pignus, — hypotheca (obligatio rei);[1]) — im altdeutſchen Rechte aber iſt letztre (unſichtbare) Pfandbeſtellung ſelten geweſen und konnte erſt in der Neuzeit mit Einführung der öffentlichen Bücher und voller Anerkennung ihrer dinglichen Rechtsgültigkeit, dem Bedürfniße des Verkehrs und Realcredites gemäß, als ſicherſte und bequemſte Art in allgemeine Aufnahme gebracht werden.[2]) Die beiden andern Arten der Pfandbeſtellung hießen Satzung und Fauſtpfand.

[1]) Vergl. Lehrbücher des Römiſchen Rechts.

[2]) Nachzuleſen der § 12 und in der Grundbuchsinſtruct. die §§ 13. 26. S. 258 ꝛc.

Insbesondre war die Satzung unbeweglicher Habe eine beliebte Form nicht nur der accessorischen Pfandbestellung, sondern selbst des eigentlichen Darlehens-Vertrages, so daß der eingeräumte juristische Besitz, welcher einem zeitweiligen Eigenthumsrechte gleichkam,[1]) sowie der damit verbundene Genuß des verpfändeten Grundstückes gewöhnlich die allmälige Tilgung der Schuld, oder doch wenigstens die stellvertretende Zinsenbezugnahme in sich schloß. Wenn auch nur letztres der Fall war, und dies kam bei den geringen Capitalskräften des Landes, und also gern vermiedner Intressenzahlung häufig vor, so blieb es gewöhnlich Regel, daß zur Zeit des Einlösungstermines, wenn die Schuld nicht rückgezahlt werde, das versetzte Vermögensobject nicht sofort in das volle Eigenthum des Pfandnehmers (Gläubigers) überzugehen habe, sondern verkauft werden müsse, (lex commissoria?), wo dann aus dem Preise desselben die Schuld zu tilgen war; doch blieb hiebei den vertragschließenden Partheien ein großer Spielraum offen und nicht selten mochte selbst der Verfall des Pfandgutes verabredet und ausgeübt worden sein. Da nun die Legislation sich in dieser Beziehung höchst mangelhaft erwies, die Rechtspflege selbst gar verschieden sich äußerte, sorgten wenigstens Localstatute dafür, daß derlei Pfandbestellungen nur wieder an zum „Grundbesitze" berechtigte Sachsen geschehen sollten[2]) und als selbst diese wenigen Bestimmungen nicht zureichten, die Rückbeziehung auf die ungarische Temporalfassion aber unstatthaft erschien, erfolgten endlich einige nähre Einschränkungen dahin, daß nach Univ. Z. 193: vom 2. Mai 1806 Herm. MZ. 270:1814 (GZ. 8706:4. Oktober 1810) angeordnet wurde:

„Es ist wahrgenommen worden, daß in mehreren sächsischen Ortschaften seit einiger Zeit ein schädlicher Mißbrauch eingeschlichen, daß gewinnsüchtige Partheyen ihre liegenden Gründe in der Absicht an fremde Partheyen auf 20—30—90 Jahre gegen übermäßige Geldempfänge verpfänden, um ihre Anverwandten und diejenigen so ein nähres Anspruchsrecht darauf hatten, davon zu präcludiren oder selbe an der ihnen competirenden Retraction oder Reluition zu verhindern trachten.

Da nun auf solche Art der Absicht der Gesetze entgegen gegangen wird, so hat die Nationsuniversität bei Erwägung dieser Umstände für nöthig gefunden,

---

[1]) Vergl. *Hahn*, materielle Uebereinstimmung (Jena 1856) Seite 421. *Gengler* deutsches Privatrecht Seite 271 u. a. m.

[2]) Vergleiche Z. B. den 8. Punkt der Universitäts-Acten vom 8. November 1699 wo nur ausnahmsweise den Perkäzern des Brooser Stuhls gestattet wurde, ein Grundstück dem Stephan Nalátzi zu versetzen . . . „salva jurisdictione fundi regii" . . . und „ut quocunque tempore circa exceptionem ulla soluta summa hypothecam recuperare liceat." — indessen häufige Verpfändungen cf. Nat.-Archiv Nro. 239:1614 ꝛc.) s. Blätter für Geist, Gemüth und Vaterlandskunde von 1845 Nr. 26 Seite 190 und *Br. Bruckenthal*'sche Manuscripten Sammlung Band IV. Seite 603—617.

zur Abstellung solcher gesetzwidriger Handlungen folgenden Abschluß zu fassen: Die sächsischen Municipal Gesetze gewähren nach Stat. III. 6. nicht nur bei dem Verkauf liegender Gründe den Nachbarn und Anverwandten auf daselbst bestimmte Art das „nähre Recht" ... sondern § 9 des nehmlichen Titels schreibt vor, daß, wenn sogar Mobilien ohne Vorwissen der Freunde des Eigenthümers heimlich verkauft würden, die Anverwandten bis zum 3. Grade solche zu redimiren gesetzlich befugt seien. Der Zweck dieser den Anverwandten sogar bei dem Auf- und Verkauf mobiler Gegenstände gestatteter Begünstigung kann wohl kein anderer sein, als daß das Eigenthum — häuptsächlich liegender Gründe den Anverwandten der Verkäufer, die ein angebornes Näherrecht dazu haben, wenn sie solches geltend machen wollen, unter keinerlei Titel und scheinbar gesetzlichen Vorwand entzogen werden solle.

Wenn demnach gewinnsüchtige Partheyen, unter dem Vorwand der Verpfändung ihre Grundstücke auf 20—90 Jahre, ihre Anverwandten in denselben nach voraufgeführten Gesetzesstellen gestatteten Begünstigungen beschränken und dieselben an ihren rechtmäßigen Anspruch auf den Besitz ihrer Güter dadurch verhindern wollen, so geschieht dies durch Verträge, welche dem wahren Zwecke und dem Geiste der Gesetze entgegenstehen — daß solcherlei Conventionen, Contracte oder Verpfändungen aber, wenn sie auf Eludirung andrer Gesetzesstellen zum Nachtheil eines Dritten abzwecken, die rechtmäßige Giltigkeit nicht haben können, wird in Stat. III. 1. 3. ganz deutlich bestimmt ..... Da also nach der Gesetzesstelle und überhaupt nach allgemeinen Grundregeln des Rechts und der Billigkeit Contracte, Vergleiche oder Verpfändungen nur insoweit rechtsgiltig sein können, als darunter kein Betrug, keine List oder Vervortheilung der Rechte eines Dritten verborgen liegt, so folgt von selbst, daß die Anverwandten des Verkäufers seiner Gründe besonders wenn dessen für sie nachtheilige Absicht klar am Tage liegt auch zu dieser Pfandnehmung sowie zum eigentlichen Erkauf ein Näherrecht haben müssen."

Um dies Näherrecht der Anverwandten zu ermöglichen, wurde durch G.-Z. 299 : 1806. Univ. Z. 27 : 1807. Herm M. Z. 1432 : 1806 bestimmt, daß verpfändete Güter zum Schaden der Näherberechtigten nicht zu hoch angesetzt und endlich daß bei Ungiltigkeit der Verträge Gründe nicht über 12 Jahre versetzt werden dürfen. G. Z. 8706 : 1810. Univ. Z. 193 : Herm. M. Z. 1432 : 1806). s. Bericht unter Univ. Z. 270 : 1814. Pfandverträge auf 99 Jahre wurden überhaupt gesetzwidrig erklärt H.-R. 16. Juli 1825. G.-Z. 4097: Herm. M.-Z. 2357 : 1825.

Das Statutar-Gesetzbuch lib. III. tit. 2. de pignoribus handelt nur vom Faustpfande und der Hypothek, obwohl letzre als jus in re aliena nur wenig der wahren Werthbedeutung nach gekannt und in Anwendung gebracht war. — Zur Verpfändung sind nur solche Sachen

oder Rechte geeignet, welche im Verkehre stehn und also nöthigenfalls an Privatpersonen veräußert werden können.[1])

Der Titel zum Pfandrechte liegt entweder im Gesetze, richterlichem Urtheile oder im Vertrage und demgemäß wird auch das Pfand, welches entweder ein allgemeines oder besondres ist, noch weiter unterschieden.— Ein allgemeines gesetzliches, (stillschweigendes) Pfand- und bezüglich Vorzugsrecht vor andern Gläubigern hatten namentlich der Fiscus in Rücksicht öffentlicher Forderungen,[2]) die Dienstboten in Rücksicht ihres Lohnes,[3]) die Kinder auf das Vermögen des Vaters in Rücksicht ihres mütterlichen Erbtheils, — und ebenso ein besondres Pfandrecht der Vermiether wegen rückständigen Miethzinses auf die illata et inducta seines Miethnehmers.[4])

Das richterliche Pfand, die Beschlagnahme (Arrestation) der Vermögensobjecte eines Schuldners, gehört in den Executionsprozeß und es ist hier nur soviel zu bemerken, daß das Handwerksgeräthe u. dgl. nicht demselben unterliegen,[5]) sonst aber dasselbe Vorzugsrechte hat.[6])

Was das conventionelle Pfand betrifft, ist insbesondre hervorzuheben, daß Stat. III. 2. 4. dem mit einer speciellen Hypothek sichergestelltem Gläubiger selbst vor ältern Chirographar-Gläubigern die Priorität einräumt, während sonst letztre immer von der frühern Zeit der Forderung selbst (Entstehungsgrund des Rechtes) abhängig sein sollte;[7]) — in der Neuzeit entschied wie erwähnt, das Alter und Wesen der Intabulation.

Die gegenseitigen Rechte des Pfandgebers (Schuldners) und des Pfandnehmers (Gläubigers) sind nach Römischem Rechte zu beurtheilen, namentlich ist erstrer berechtiget die Rücklösung des Pfandes vertragsmäßig vorzunehmen,[8]) und also wenn die Schuld, für welche die Sache versetzt war, abgezahlt ist, dieselbe wo immer sie sich vorfindet, zurückzuverlangen.[9]) Der Pfandnehmer dagegen ist insbesondere zur Afterverpfändung berechtiget[10]) und kann, wenn auch die Sache bei ihm

---

[1]) Ueber Sachen, welche nicht im Verkehre stehn, z. B. Salniter, Adelsbriefe, Militärkleider, Gehaltsquittungen und Pensionen ꝛc. ꝛc. G. D. 9078:1788; GZ. 9082:1808; GZ. 425:1809 und GZ. 10113:1840. (cf. *Friedr. v. Sachsenheim* Civilrecht Seite 451 und 461.)

[2]) vergl. Stat. III. 2. 10.

[3]) vergl. Stat. I. 12. 3. „Gesetzestext" (Seite 166.)

[4]) vergl. Stat. I. 12. 4. „Gesetzestext" Seite 166.

[5]) Nachzulesen Stat. I. 12. § 2 und 6. l. c.

[6]) Nachzulesen Stat. III. 2. § 4. „Gesetzestext" Seite 194. Ueber die besondern Verhältnisse bei Aerarialforderungen u. dgl. m. s. *Friedr. v. Sachsenheim* Civilrecht Seite 451 und 465; und ebendaselbst das Versatzamts-Privileg.

[7]) Nachzulesen Stat. III. 2. § 9.

[8]) Stat. III. 2. 1. [9]) l. c. § 3.

[10]) Stat. III. 2. § 2 (Ausnahmen im deutschen Rechte?)

durch Zufall zu Grunde gegangen sein sollte, die Hauptforderung doch immerhin geltend machen.[1])

Wäre dagegen der Pfandnehmer an der Verschlechterung oder dem Verluste der Sache selbst schuld, so muß er eine andre in solchem Zustande als Schadenersatz stellen, in welchem die Sache zur Zeit der Verpfändung gewesen.[2])

Ist der Gläubiger mit dem Pfandgeber (Schuldner) übereingekommen, daß wenn die Rücklösung des Pfandes zum bestimmten Termine nicht stattfinde, dasselbe verkauft werden solle, so kann dies ohneweiters geschehn.[3]) — Wäre aber das Gegentheil festgesetzt worden, so muß der Schuldner dreimal zur Auslösung des Pfandes aufgefordert oder gerichtlich belangt werden.[4]) Erst hierauf ist das Recht zum Verkaufe vorhanden; übrigens muß immer der Ueberschuß, Mehrerlös (die hyperocha) dem Schuldner, als dem Eigenthümer der Sache, ausgefolgt werden, sowie auch derselbe für den Fall weiter verpflichtet bleibt, wenn und insoweit der Schuldbetrag nicht gedeckt ist.[5])

Die Feilbietung selbst geschieht entweder nach Vorschrift von Stat. III. 2. § 7 und 8. sowie Stat. I. 12. § 5—7 („Gesetzestext" Seite 167.) oder nach der Ortsgepflogenheit[6]) und nach der dritten Feilbietung wird das betreffende Vermögensobject demjenigen überlassen, welcher den Meistbot gethan; übrigens kann die verpfändete Sache auch unter ihrem Schätzungswerthe verkauft werden[7]) oder auch im Falle der Meistbot nicht soviel beträgt als der Schuldbetrag, das Gut dem Hypothekargläubiger (mit Erlöschung seiner Forderung) eingeantwortet werden.[8]) — (Recht des Zuschlags.)

Diese wenigen Bestimmungen haben eine wesentliche Ergänzung durch die Cridalnorm und die hierauf bezüglichen nachträglichen Verordnungen erhalten[9]) und es ist dießfalls § 14. Seite 268. in Rückerinnerung zu bringen. —

§ 16. Der Verwahrungsvertrag.

Der Verwahrungsvertrag ist im Statutar-Gesetzbuche nach Römischem Rechte geregelt und besteht darin, daß Jemand (Depositar) von

---

[1]) Stat. III. 2. § 2. (Ausnahmen im deutschen Rechte?)
[2]) Stat. III. 2. § 12. „Gesetzestext" Seite 196.
[3]) s. Stat. III. 2. 4. „Gesetzestext" Seite 194. (Justinians zwei Jahre?)
[4]) Ebendaselbst. [5]) Nachzulesen Stat. III. 2. § 6. „Gesetzestext" Seite 194.
[6]) z. B. durch Bekanntmachung mittels der Zeitung oder Trommelschlag und Ausruf oder durch das Nachbarschaftszeichen.
[7]) s. H. Z. 31 : 1830. G. Z. 5319 : 1820.
[8]) Univ. Erlaß Z. 122 : 1797 und § 2. des Intabulations-Statuts.
[9]) Vergl. *Sachsenheim* Civilrecht Seite 475. sowie die Noten in meiner Ausgabe der Cridalnorm von 1853.

einem Andern (Deponent) eine Sache zum Zwecke der Aufbewahrung, ohne Vergeltung und ohne weitere Verpflichtung und Berechtigung übernimmt, als die, diese Sache in gutem Gewahrsam zu halten und künftig zurückzugeben. Hiebei kömmt insbesondre zweierlei in Betracht: 1. Die Haftungspflicht und 2. die Modalität der Rückgabe. In erstrer Beziehung hat der Eigenthümer (Deponent) den Schaden durch bloßen Zufall, den Verlust zu tragen (Stat. III. 5. § 3.); der Depositar ist für denselben, sowie für culpa levis nicht verantwortlich, da er von dem Rechtsgeschäfte selbst keinen Vortheil hat und seine Gefälligkeit nicht zu eignem Schaden ausfallen soll. In zweiter Beziehung ist hervorzuheben, daß weder aus dem Grunde der Compensation,[1]) noch aus jenem einer andern Forderung[2]) dem Depositar Retentionsrechte zustehn und nur in dem Falle, wenn der Richter die Sache mit Beschlag belegt (pfändet)[3]) die Rückgabe verweigert werden darf und muß.

Hätte der Depositar die Rückgabe der Sache ohne Grund verzögert, so muß er allen mittlerweile entstandenen Schaden ersetzen (Stat. III. 5. § 2); hätte er aber die Sache sogar gebraucht oder veruntreut z. B. einen in Aufbewahrung gegebenen Geldsack, so wäre dies, (wenn nicht etwa andre Verabredungen über Benützung ꝛc. stattgefunden haben) als Diebstahl anzusehn und diesemnach der Depositar zur vollen Genugthuung verpflichtet und überdies der richterlichen Strafe verfallen.[4])

Wenn zwei gemeinschafflich eine Sache in Verwahrung gegeben haben, so darf sie nicht einem allein rückgegeben werden; wenn andrerseits zwei gemeinschaftlich eine Sache in Verwahrung genommen haben, so ist jeder einzelne zur vollen Rückgabe verpflichtet, wobei auch der andre solange haftet, bis der Deponent befriediget ist. (Stat. III. 5. § 5.)

Ueber die Sequestration enthält Stat. III. 5. § 7. eine kurze Begriffsbestimmung, wornach der Fall gemeint ist, wenn von Mehrern (etwa wegen eines Rechtsstreites) einem Dritten (Sequester) eine Sache in Bewahrung oder vielleicht auch Verwaltung gegeben wird, um sie nach Verabredung oder eintretender Bedingung demjenigen zurückzugeben, welcher hiezu berechtiget erscheint.[5])

Im Allgemeinen ist als durchgreifender Grundsatz zu merken, daß es immer auf den speziellen Vertrag ankomme,[6]) und diesemnach das

---

[1]) Nachzulesen Stat. III. 5. 1. siehe „Gesetzestext" Seite 201.
[2]) l. c. § 4. [3]) l. c. § 2. Schlußsatz.
[4]) Stat. III. 5. § 6. s. „Gesetzestext" Seite 202 sammt Noten.
[5]) Vergl. über gerichtl. Sequester, besonders 30 : 1791 und HZ. 473 : GZ. 1314 : Herm. MZ. 1129 : 1830, wornach Curatoren gerichtlich sequestrirter Güter unter Verantwortung der Oberbeamten jährlich Rechnung legen müssen. (Prüfung von der Landesbuchhalterei.)
[6]) Vergl. Schlußsatz Stat. III. 5. 1. „Gesetzestext" (S. 201.) und l. c. § 5. ꝛc. ꝛc.

ganze Rechtsverhältniß, (sowie nöthigenfalls mit Rücksichtnahme des Römischen Rechts[1]) zu beurtheilen sei. — Erben übernehmen Rechte und Pflichten aus diesem Vertrage.

§ 17. Der Bestandvertrag.

Der Bestandvertrag ist derjenige Vertrag, durch welchen Jemand (locator) einem Andern (conductor) gegen eine zu zahlende merces den Gebrauch und die Benützung einer Sache verstattet, oder gewisse Dienste zu leisten verspricht.[2]) —

Dieser Contract ist perfect, also die daraus entstehende Obligation begründet, sobald die Contrahenten über das Object und den Preis einverstanden sind. (Consensualvertrag.)

Die Zeitbestimmung ist nicht wesentlich, aber meistens aus der Natur des Rechtsgeschäftes selbstverständlich. — Das Object ist nach neurer Rechtssprache eine „unverbrauchbare" Sache und was die zu leistenden Arbeiten betrifft, so ergibt sich aus deren Beschaffenheit und Wirkung der Unterschied von Dienstmiethe (locatio, conductio operarum) und vom Verdingungsvertrag (locatio conductio operis), welcher die Verfertigung eines Werkes zum Gegenstande hat. Beide Arten begreift man unter dem Namen Lohnvertrag. — Wenn dagegen der Vertrag die Benützung einer Sache durch Bezug von Früchten und ähnlichen Einkünften, die erst durch Arbeit zu erzielen sind, zum Objecte hat, so heißt er Pacht, sonst aber einfach Miethe. —

Der Preis ist in der Regel in Geld festgesetzt; kann aber auch anders bedungen sein, namentlich beim Pachtvertrage in einem bestimmten Quantum von Früchten. Uebrigens gelten hierüber dieselben Rechts-Regeln, wie über den Kaufpreis. — Beide Contrahenten haften für dolus und culpa gleichmäßig, da beiden das Rechtsgeschäft Vortheile gewährt. Bloßer Zufall und besondre Ereignisse können in den einzelnen Arten des Bestandvertrages von verschiedner Wirkung sein. —

Diese einzelnen Arten müssen schon deshalb in gesonderte Betrachtung genommen werden.

1. Der eigentliche Miethvertrag. Der Vermiether ist verpflichtet die Sache nebst Zubehör in gutem Zustande zum rechtzeitigen und ungehinderten Gebrauch zu übergeben, er hat demnach auch die Sache so zu erhalten, alle nothwendigen Ausbesserungen zu bestreiten, die deshalb gemachten Aufwandkosten des Miethnehmers unbedingt zu vergüten, die nützlichen Auslagen aber nach ihrem Werthe; und wenn die Verabredung

[1]) Z. B. Die Haftungspflicht des Deponenten, seine Verbindlichkeit zur Erstattung der Kosten ꝛc.

[2]) cf. Stat. III. 4. „Gesetzestext" (Seite 199.) Ueber Pacht-Mieth- und Lohnvertrag. vergl. das allgem. östreich. bürgl. Gesetzbuch § 1090, 1091 und 1151.

derart getroffen wäre, daß der Miethnehmer dies Alles aus dem Miethzinse selbst bestreiten und abrechnen dürfe, muß er es genehmigen und überhaupt alle auf der Sache haftenden Lasten tragen.[1])

Der Miethnehmer ist verpflichtet, den Miethzins in den festgesetzten Terminen oder nach der Zeit des Gebrauches zu entrichten[2]), auch wenn er die Sache nicht wirklich benützt hätte, ausgenommen soweit er durch Schuld des Vermiethers oder durch einen die Sache betreffenden Zufall daran verhindert oder beeinträchtiget worden wäre; ferner hat der Miether die Sache nach Ablauf der gewißen Zeit in einem solchen Zustande zurückzugeben, daß er allen Schaden ersetzen muß, welchen entweder er oder seine Aftermiethsleute durch Verschulden, Nachläßigkeit oder Ueberschreitung ihrer Gebrauchsrechte zugefügt haben[3]).

Der Vermiether (Eigenthümer) ist berechtiget die Sache zu verkaufen und der neue Eigenthümer braucht sich nicht den frühern Miethvertrag gefallen zu lassen, doch hat der erstre dafür zu sorgen, daß dieses geschehe, oder aber dem Miethnehmer eine andre entsprechende Wohnung anzuweisen oder endlich den durch Auflösung des Miethverhältnisses entstandnen Schaden zu ersetzen d. h. in der Regel auf den entfallenden Miethzins zu verzichten[4]), oder den neuen höhern selbst zu tragen.

Der Miether ist zur Aftermiethe und Afterpacht berechtiget[5]) und dessen Erbe kann und soll den Vertrag ebenso fortsetzen, als andrerseits der Erbe des locator verpflichtet ist, das eingegangne Miethverhältniß aufrecht zu erhalten[6]).

2. Der Pachtvertrag. Er ist in der Regel nach der speciellen Verabredung und in Ergänzung nach römischem Rechte zu beurtheilen. — Analog wurden auch Bestimmungen und Vorschriften über „öffentliche Arenden“[7]) in Anwendung gebracht.

---

[1]) cf. Stat. III. 4. § 1. „Gesetzestext“ Seite 199.

[2]) l. c. § 2 und Schlußsatz § 3 („Gesetzestext“ Seite 200).

[3]) Ebendaselbst.

[4]) Nachzulesen l. c. § 3 („Gesetzestext“ Seite 200). So mochte es auch noch vor Aufnahme dieser römischen Rechtsregeln auf Grund des Altenberger'schen Codex (Nürnberger Reformation) gewesen sein, während in der ältesten Zeit sicherlich der vulgäre Satz „Kauf bricht Miethe“ gar keine Anwendung fand.

[5]) Ebendaselbst Stat. III. 4. § 4. und Schlußsatz § 2.

[6]) Schlußanmerkung. Vereinzelt stehen besondre Localstatute, z. B. daß in Hermannstadt der Hauseigenthümer ein Drittel seines Hauses ohne Vorwissen des Quartier-Inspectors nicht vermiethen dürfe Herm. M. Z. 1109 : 1812 u. dgl. (Militärbequartierung siehe Bequartirungsreglement von 1784 in der *Hochmeister*schen Normaliensammlung I. S. 44 ꝛc.)

[7]) Vergl. G. Z. 3618 : 1769; G. Z. 4289 : 1776; (cf. G. Z. 254 : 1775); G. Z. 7065 : 1788 und G. Z. 5990 : 1796; (cf. G. Z. 6117 : 1798) besonders aber an die Regulativpunkte von 1795 § 11 und 12 und H. Z. 506 : G. Z.

3. Der Lohnvertrag. Hierüber kommen im Statutargesetzbuche nur sehr wenige Regeln vor, als daß die Handwerker und Gewerbsleute den Schaden ersetzen müssen, den sie an der, in Arbeit genommenen, Sache durch Unwissenheit, Nachlässigkeit oder Verschulden angerichtet haben [1]) — Für einen bloßen Zufall, welchem nicht widerstanden werden konnte, sind sie nicht haftungspflichtig [2]), es sei denn, daß sie bedungnerweise oder stillschweigend auch diese Gefahr auf sich genommen hätten [3]), wie der Verwahrer, welcher für seine Obsorge einen Lohn erhält. Diesem gleichgehalten werden Kaufleute in Rücksicht der gekauften aber noch nicht abgeholten Sache.

6518: Herm. M. Z. 2007: 1835 (formelle Vorschriften) in dem 3. Bande der bei Hochmeister in Hermannstadt 1836 erschienenen „Normaliensammlung" S. 208 (vergl. daselbst S. 201 die G. Z. 6075: 1788); cf. H. Z. 1845: 1837; H. Z. 644: 1839 u. a. m. Relationsgesuche mußten innerhalb sechs Monaten nach Jahresschluß eingebracht werden nach Hof-Zahl 39: G. Z. 1888: Herm. Mag. Z. 735: 1834; cf. G. Z. 7065: 1787; G. Z. 5999: 1796; G. Z. 6117: 1798 u. a. m. Relationsclausel nach H. Z. 678: G. Z. 2630: Herm. M. Z. 944: 1833; (Hof-Z. 2794: 1837).— Vorschrift über Meliorations- und Deteriorations-Instrumente (Inventur und Transposition) unter Gbl. Z. 2823: Herm. Mag. Z. 1059: 1824, sowie Hofdecret vom 25. April 1832; Hof-Z. 1548: 1832. — Norm zur Bestimmung des entgangenen Nutzens von Grundstücken unter Gubl. Z. 3194: 1825 u. a. m. s. politische Gesetzgebung. (Hof-Zahl 2517: 1808 und 2416: 1812, dann 5797: 1833 betreffs „Prolongationen"; — statt Verkauf nur Arendirung der Allodien siehe Hofdecret vom 8. August 1829 Hof-Z. 2816: 1829; Gubl. Z. 8966: 1829; Hof-Z. 55: 1834; Formeln s. H. Z. 566: 1835. Vornehmlich eine Normalvorschrift unter Hofdecret vom 25. Februar 1835 Hof-Z. 566: 1835. — Unterbreitung zur Bestättigung Hofdecret-Z. 644: 1839; Cautionen nach Hof-Z. 1845: 1837. — Beamte ausgeschloßen, öfters angeordnet. — So bestimmten das Verfahren wieder saumselige Pächter G. Z. 7449: Herm. Mag. Z. 1752: 1814; H. Z. 5727: G. Z. 10202: Herm. M. Z. 2856: 1833; — daß außer Pachtschilling kein Fruchtdeputat bei Mühlen bedungen werden dürfe G. Z. 3026: Herm. Mag. Z. 1496: 1820 u. s. w. Ueber die exclusiven Localstatute vergl. *Kurz* Magazin I. Seite 246 den P. 3 der Hermannstädter Localstatute von 1549; dagegen „Bestand" nicht erwähnt in den unter Hartenecк zu Hermannstadt und Schäßburg beinahe in allen Artikeln gleichlautend condirten Localstatuten (s. meine „Municipalconstitutionen" u. „Deutsche Rechtsdenkmäler"). Ueber Fremde: Localstatute von Kronstadt Art. 16: 1602; Art. 5: 1647; Art. 1: 1650; Art. 1: 1606; Art. 4: 1647; Art. 1: 1634; G. Z. 937: 1775 ꝛc. — Ueber Allodialgefälle besonders Hof-Z. 6333; G. Z. 1562: Herm. M. Z. 786: 1833 ꝛc. ꝛc. Beamte waren von der Subarrendation ausgeschlossen G. Z. 2961: 1706 ꝛc. und besonders Gubl. Z. 837: Herm. Mag. Z. 444: 1827. (Bis zur Seebergischen Regulation 1754 wurden gewöhnlich die Allodien den bis dahin jährlich gewählten Beamten in partem salarii überlassen; von da an Regelung der Allodialwirthschaft; (fixe Gehalte).

[1]) Stat. III. 4. § 5 („Gesetzestext" S. 200).

[2]) Ebendaselbst Schlußsatz.

[3]) l. c. § 6.

Aehnlich sind auch Schiffer, Fuhrleute und Gastwirthe verpflichtet, dasjenige, was sie — in das Schiff, — in Fracht — oder ins Wirthshaus — selbst oder durch ihre Leute aufgenommmen haben, in jedem Falle wiederzurückzugeben oder aber allen entstandnen Verlust auf ihre Kosten zu tragen[1]).

4. Der Dienstvertrag ist vorzugsweise nach der Dienstbotenordnung von 1793, Gubl. Z. 3466[2]) zu beurtheilen und aufgedingte Leute genießen die Rechtswohlthat des Gesetzes nach Stat. III. 4. § 7. ferner Stat. III. 2. § 8. und Stat. I. 12. § 3.

Der letzte, achte Paragraph des vierten Titels im dritten Buche der Statuten erwähnt den Fall, daß ein Landmann aus Irrthum des Nachbars Feld geackert oder besäet hätte, wofür der Eigenthümer des Grundstückes ersatzpflichtig erklärt wird, es sei denn, daß dieser gerichtliche oder thatsächliche Einsprache dagegen gethan hätte, wo dann dem Erstren Arbeit und Saat verloren geht[3]).

§ 18. Der Kaufvertrag.

Der Kaufvertrag besteht darin, daß der eine Contrahent sich verbindlich macht, dem andern ein gewißes Vermögensobject in juristischen Besitz oder Eigenthum zu überlassen, dieser aber dafür einen Geldpreis als Gegenleistung verspricht. Dieser Vertrag ist perfect, d. h. bezüglich des Obligationsverhältnisses der beiden Paciscenten, sobald diese über Gegenstand und Preis einig geworden sind, wenn auch die Sache noch nicht übergeben oder der Preis noch nicht gezahlt worden wäre[4]).

Ueber Gegenstand und Preis gelten die bekannten Rechtsregeln, namentlich muß letztrer bestimmt, wahr und angemessen sein (pretium certum, verum[5]), justum).

Sobald der Kaufcontract abgeschlossen ist, geht auch vor Uebergabe der Sache, Gefahr und Vortheil derselben auf Rechnung des Käufers

---

[1]) Mittelsatz in Stat. III. 4. § 5.

[2]) Vergl. die Landtagsartikel 1810—11, die Hofrescripte vom 31. Mai 1816 und vom 6. Februar 1818 und entsprechend G. Z. 5399 : 1819; Herm. Mag. Z. 2905 : 1822, wornach bei Dienstverträgen in den Städten die Aufkündigung sechs Wochen, auf den Dörfern aber drei Monate vorher geschehen muß u. dgl. m. siehe in dem ersten Bande der bei Hochmeister 1830—1841 erschienenen „Sammlung einiger Normal-Verordnungen" die erwähnten Vorschriften. — (Politische Competenz nach G. Z. 2729 : 1799; vergl. *Sachsenheim* Civilrecht Seite 695).

[3]) Vergleiche im Uebrigen das römische Recht, welches auch bezüglich der Emphyteusis und Superficies zur Anwendung zu kommen hat.

[4]) Vergl. Stat. III. 6. § 1 („Gesetzestext" Seite 203).

[5]) Vergl. Stat. III. 6. § 4 („Gesetzestext" S. 204) und hier § 13.

(Eigenthümers[1]), es sei denn, daß der Verkäufer die Haftung für den Zufall übernommen hätte[2]).

Da der Kaufvertrag als reiner Consensualcontract gilt und das siebenbürgisch deutsche Recht den Grundsatz festhält, daß nach geschehener Willenseinigung niemals einseitiger Rücktritt stattfinden dürfe, so muß auch die in Stat. III. 6. § 3. aufgestellte Rechtsregel strenge interpretirt und als Erforderniß aufgestellt werden, daß nur unter Beobachtung aller Bedingungen von einem geschloßnen Vertrage abgegangen werden könne und also bei Verletzung derselben, wenn etwa ein spätrer Käufer durch Tradition der bereits verhandelten Sache Eigenthumsrechte erhalten zu haben vermeinte, nicht etwa blos der Verkäufer zum Schadenersatze verpflichtet sei[3]), sondern vielmehr der nachherige Vertrag ganz aufgehoben werden müsse, es sei denn, daß durch förmliche Solennität und etwa erforderliche Admonition dem Beeinträchtigten Gelegenheit geboten gewesen wäre, seine Einsprache rechtzeitig geltend zu machen. (Retract).

Das Obligationsverhältniß der beiden Contrahenten wird im Uebrigen ganz nach Römischem Rechte[4]) beurtheilt und es sind hier nur noch jene besondre Rechtsregeln hervorzuheben, welche das eigenthümlich siebenbürgisch-sächsische Näherrecht ausgemacht haben.

Dies Näherrecht hat Grund und Bedeutung in der besondern juristischen und politisch nationalen Natur des Eigenthums im Siebenbürger Sachsenlande[5]), — ist also begreiflicherweise nur nach dem Statutargesetz und Gewohnheitsrechte aufzufaßen und darzustellen. (Zahlreiche Analogien finden sich im deutschen[6]) und ungarischen Rechte[7]).

Das Näherrecht, welches sich theils als Vorkaufsrecht, theils als Retract äußert, können geltend machen:

1. Anverwandte,
2. Nachbarn,

---

[1]) cf. Stat. III. 6. § 2 Vordersatz. — Ausnahmen im römischen Rechte?

[2]) Ebendaselbst Schlußsatz.

[3]) Begreiflicherweise ist mit Ausbildung dinglicher Rechtsinstitute dieser Gesichtspunkt der entscheidende.

[4]) Siehe Lehrbücher des Römischen Rechts, so namentlich auch über die laesio enormis und andres mehr; über die Verpflichtung zur Gewährleistung (evictio) vergl. hier § 13.

[5]) Vergl. § 12.

[6]) Vergl. z. B. die Angaben in *Gengler*'s Lehrbuch I. (Erlangen 1854), Seite 377—400, und *Kraut* Grundriß 4. Auflage (Göttingen 1856) Seite 303 Sehr treffend sagt *Gengler* Seite 379. „Das Näherrecht stellt sich als die jüngere Entwicklungsphase zweier uralten Rechtsinstitute dar: des Agnatenconsenses zu Erbsveräußrungen (davon zahlreiche Beispiele in den hier mitgetheilten Protokollauszügen) und eines gewissen liegenschaftlichen Vorkaufsrechtes". ꝛc.

[7]) Siehe hier § 42 (Seite 101).

3. Gemeindemitglieder[1]),
4. Die Gemeinde selbst[2]),
5. Inländer gegen Ausländer[3]),

gegenseitig sich ausschließend und in verschiednem Maße berechtiget.

Unter diesen sind (in derselben Gemeinde) am meisten berechtiget die pflichttheilsberechtigten Notherben, denn sie müssen ebenso wie die Nachbarn, admonirt werden[4]); Eltern und Kinder haben noch insbesondre Vorzugsrechte in einer andern (fremden) Gemeinde[5]); und Anverwandte bis zum dritten Grade können sogar den heimlichen Verkauf einer beweglichen Sache retrahiren[6]).

Die Anverwandten (Blutsfreunde) haben nach der Nähe des Grades nicht nur Vorkaufsrechte, sondern auch den Einstand bei der Verpfändung[7]), die Einlösung bei dem Vermächtniße von Liegenschaften[8]) und endlich eventuell Retractrechte, doch nur ein Jahr lang nach dem zu ihrem Nachtheil abgeschloßnem Rechtsgeschäfte, wenn sie nehmlich entweder abwesend waren, oder nichts davon wissen konnten[9]).

---

[1]) Vergl. Stat. III. 6. 6. („Gesetzestext" S. 204). Localstatute und Gewohnheitsrecht.

[2]) Gewohnheitsrecht und G. Z. 8706 : 1810.

[3]) Allgemeines Landrecht vergl. hier § 13.

[4]) Nachzulesen Stat. III. 6. § 5 und 7 („Gesetzestext" S. 204).

[5]) Nachzulesen Stat. III. 6. § 5 und 7 („Gesetzestext" Seite 204). — (Nach Localconstitutionen 1544 bereits festgesetzt: dreimalige Feilbietung bei Verkauf von Liegenschaften und Näherrecht der Eingebornen Hermannstädter Mag. und Universitätsprotokoll II. 173; ebenso 1574 und Ausstellung von „Hausbriefen" VI. Bd. S. 6; 1687 ein Hauskauf wird der Johanna Hoppin aus Niklasburg unter der Bedingung gestattet, daß sie sich über ihre deutsche Herkunft genugsam ausweise und daß das anzukaufende Haus nur an ihre weiblichen Erben fallen dürfe XII. S. 305 und 333; — der frühre Conecivilitätsstreit 1653 X. Bd. S. 263 u. a. O. — Universitätsverhandlungen: wer bessres Näherrecht habe der Bürger einer Stadt oder der dort ansässige Pfarrer 1651 X. 170; 1638 will der Großschenker Markt sein Näherrecht geltend machen auf einen durch mehrere Inwohner vom Pfarrer gekauften, aber von jenen an einen Klausenburger mit einem Gewinn von 100 fl. wieder verkauften Fruchtschober VIII. 66; 1690 Näherrecht können Verwandte nur binnen 15 Tagen nach dritter Feilbietung geltend machen XIII. S. 38; 1690 Versuch des Enkels den Weihrauch'schen Edelhof an sich zu lösen XIII. 14; Klosterlegate können von den Erben rückgelöst werden 1525 II. Bd. S. 32) u. a. m.

[6]) Ebendaselbst § 9. (Nach gewohnheitsrechtlicher Praxis wenn diese Sache ererbt und kostbar gewesen).

[7]) Siehe hier § 15.

[8]) Siehe hier § 11.

[9]) Analogie nach dem Schlußsatz von Stat. III. 6. § 8. („Gesetzestext" Seite 205).

Ganz ähnlich sind bezüglich des Verkaufs von Liegenschaften die Haus- und Feldnachbarn begünstigt; den in weitrer Stufenleiter näherberechtigten Personen (Gemeindemitgliedern) steht aber blos ein Vorkaufsrecht von Realitäten, sowie häufig nach Localstatuten auch Einlösung vererbter Liegenschaften zu; — der Gemeinde selbst gebührt noch insbesondre der Einstand bei der Verpfändung von Immobilien und endlich können Inländer auch Retractrechte gegenüber von Ausländern geltend machen.

Der Retract ist nach seiner mehr persönlichen als sachlichen Qualität eine Ablösung des Käufers vom Kaufe (oder ähnlichem Rechtsgeschäfte) d. h. die Befugniß des Näherberechtigten innerhalb einer gewißen Frist von dem Käufer und jedem diesem nachfolgenden, wenn auch nicht kaufsweisen Erwerber einer Realität, die Ueberlassung resp. Abtretung des gesammten auf letztre bezüglichen Rechtsverhältnisses zu verlangen, jedoch nur in der Gestalt, welche das Rechtsverhältniß durch den ersten (bestrittnen) Kaufcontract erhalten hatte, und gegen hienach bemeßne Schadloshaltung des Abtretenden, welche in der Regel durch Erlag des Kaufpreises c. s. c. geleistet zu werden pflegte.

So wie dieser Retract dem Käufer gegenüber seine Rechtswirkungen äußert, so der Vorkauf gegen den Verkäufer, also ist jedesmal das Näherrecht gegen den juristischen Besitzer der in Anspruch genommenen Sache geltend zu machen. Damit dieses geschehen könne, ist als Bedingung eines rechtsgültigen Kaufvertrags in Stat. III. 6. § 5—9. festgesetzt, daß der Verkäufer von Liegenschaften:

1. Die nächsten Anverwandten und Nachbarn von dem vorhabenden Rechtsgeschäfte in Kenntniß setze (admonire),
2. und durch dreimalige öffentliche (ortsübliche) Kundmachung auch die ganze Gemeinde hievon benachrichtige.

Ist dieses geschehen, so haben die dabei Intressirten Gelegenheit von ihrem Vorkaufsrechte Gebrauch zu machen d. h. denselben Preis unter derselben annehmbaren Modalität wie ein andrer Käufer zu bieten und dadurch diesen auszuschließen; haben sie es aber unterlassen oder nachträglich nicht eingehalten, so erlischt ihr speeielles Näherrecht. Zu letztem Beweise ist die Solennität des Aldomasch-trinkens eingeführt, welche in Verbindung mit der Immission (Statution) in Gegenwart von Zeugen und Nachbarn geschieht und zugleich den öffentlichen Act bildet, welcher durch symbolische Eigenthumsübertragung das abgeschloßne Rechtsgeschäft als wahr und endgiltig, sowie von der ganzen Gemeinde genehmigt, erscheinen läßt.

Hat nehmlich irgend Jemand gegen dasselbe Einspruch zu erheben, so ist dieser wenn nicht früher, jetzt bei dem erwähnten Solennitätsacte

anzumelden, (etwa durch den öffentlichen Gemeindeboten), und längstens binnen 15 Tagen auch gerichtsordnungsmäßig zu begründen. — Erst nach Beobachtungen aller diesere Erfordernisse (und wenn zugleich nicht ausnahmsweise noch irgend ein zufälliger Grund des Retractrechtes vorhanden ist, wo dann die entsprechende Verjährungsfrist noch eintreten muß) kann das Rechtsgeschäft als unanfechtbar angesehen werden.

Diesemnach erscheinen als wesentliche Erfordernisse eines vollgültig abgeschlossenen privaten Kaufvertrages über unbewegliche Güter:

1. Consens der Parteien über Sache und Preis (Obligationsverhältniß der Paciscenten).
2. Dreimalige öffentliche (ortsübliche) Bekanntmachung am Orte des Veräußerungsobjectes.
3. Abhaltung des Sympositums — Almeschtrinken.
4. Introduction — Immission — Statution und mit Rücksicht der §§ 19—24. der Grundbuchsinstruction von 1845:
5. Intabulation im Grund- und Urkundenbuche.

Hiezu kömmt zu bemerken, daß bei öffentlichen Licitationen das Näherrecht keine Anwendung findet nach Hof-Z. 419:1800, Gubernialdecret vom 9. October 1800, Z. 8830, Herm. Mag. Z. 2700. (Lange Verhandlungen seit 1795, mit Beziehung auf 51:1791, und 7:1792, Trip. II. 6. 2. und ähnlichen Gesetzesanalogien. — Vergl. Gubl. Z. 9510:1792, Gubl. Z. 2762:1799, endlich Gubl. Z. 55: Herm. Mag. Z. 321:1807). Vergl. Herm. Mag. Z. 608:1795, und Müllenb. Mag. Z. 984:1800.

Der Tauschvertrag wird nach den Grundsätzen und Rechtsregeln des Kaufvertrags und wie der römische Innominatcontract „qui re contrahitur" beurtheilt, nur kann das Näherrecht dann nicht stattfinden, wenn der sachlichen Natur nach gleiche Vermögensobjecte vertauscht werden z. B. Immobilien gegen Immobilien ꝛc.[1]). Der verstellte Tausch (permutatio colorata) wird nach seiner wahren Beschaffenheit beurtheilt und also erforderlichenfalls ungültig erklärt[2]).

Anmerkung. Politische Gesetze über Kauf und Verkauf von Allodien besonders: Hofrescript vom 28. April, 24. September und 29. October 1774 und 254; G. Z. 8203: Herm. Mag. Z. 2631:1812; Gubl. Z. 9083:1808; H. Z. 1423; G. Z. 4820: Herm. Mag. Z. 1668:1859 (vergl. G. Z. 10657:1823; Herm. M. Z.848:1826) u. a.

Vergl. ferner in Stat. III. 6. § 10 den guten Rath; in prohibitiver Weise erscheinen aber singulär und temporär in der politischen Gesetzgebung: verbotne Käufe: über Schaaf- und Lammfelle, Hofrescript vom 18. Juli 1772 und 18. Juni

[1]) Vergl. Stat. III. 6. § 18 „Gesetzestext" Seite 207.

[2]) Universitäts-Deliberat Z. 121:1811; (vergl. Blätter für Geist, Gemüth und Vaterlandskunde Nr 26:1845).

G. Z. 1465 : 1801; Leder á la minuta G. Z. 5225 : Herm. M. Z. 2341 : 1805, ꝛc.; ferner über (wucherischen) Vorkauf von Früchten (bei Confiscation) — besonders G. Z. 6395 : Herm. M. Z. 2242 : 1802; GZ. 10376 : und 11315 : 1814; Herm. Mag. Z. 32 : 1815; vergl. über Recht der umliegenden Ortschaften zum Fruchtkaufe an Wochenmärkten G. Z. 737 : 1814; Herm. Mag. Z. 149 : 1815 u. a. Norm. ebenso Verbot der Einfuhr fremder Weine nach GZ. 885 : Herm. Mag. Z. 711 : 1811. — Ausländische Waaren sollten auch nur am Jahrmarkt verkauft werden nach H. Z. 2684 : 1820; vergl. G. Z. 3038 : 1806; Hermannstädter Mag. Z. 11 : 1807.

Ueber Jahrmarktszettel beim Viehverkaufe siehe Gbl. Z. 1629 : 1801; G. Z. 2064 : 1807; H. Z. 4423 : G. Z. 10828 : Herm. Mag. Z. 3223 : 1832; (Vorsicht bei Ertheilung derselben G. Z. 3095 : 1841). Herm. M. Z. 1925 : 1841 und in erster Auflage II. Bd. S. 364, Stück 42, Jahr 1554; vergl. hier § 13.

§ 19. Die Bürgschaft.

Die Bürgschaft (fidejussio) ist ein Nebenvertrag und hat in der Regel denselben Zweck wie die Pfandbestellung.— Sie kömmt am häufigsten beim Darlehnsvertrage accessorisch vor und hat hiebei den Rechtscharakter einer passiven Correalobligation, wobei die Schuldner und Bürgen noch insbesondere in einem die Ersatzforderung begründendem Societätsverhältniße stehn. Dieser Art ist die Bürgschaft des siebenb. sächsischen Privatrechts ebensowohl von jener des Römischen Rechts, als von der des altdeutschen Rechtes genau zu unterscheiden, und wäre noch am ehesten mit der durch die Verpflichtung des Bürgen zugleich als Zahler heutigen Tags vorkommenden strengern Haftung zu vergleichen.

Die Bürgschaft des siebenbürgisch-sächsischen Privatrechts kennt weder die beneficia ordinis et divisionis des Römischen Rechts, noch die Begünstigung jener deutschen Bürgschaft, welche als rein persönlich auf die Erben nicht überging, sondern sie besteht darin, daß der Gläubiger, wenn nicht der Inhalt des Bürgschaftsvertrages andre Bedingungen enthält, befugt ist[1]), entweder den Hauptschuldner oder irgend einen Bürgen nach Belieben auf Zahlung des ungetheilten Ganzen zu belangen[2]) und bis zu seiner vollständigen Befriedigung diesen Anspruch auch abwechselnd zu erheben; so daß also die Leistung von Einem oder dem Andern oder dessen Erben[3]), sei es in solidum oder pro rata, zu geschehen hat. Allerdings steht dem solcherart in Mitleidenschaft genommenem Bürgen zu das „beneficium cedendarum actionum“ und er kann nun seinerseits als Gläubiger dieselben Forderungsrechte weiterhin geltend machen[4]).

Hätte Jemand Bürgen gestellt, welche nachgehends ganz in Armuth

---

[1]) Vergl. Stat. III. Titel 7. § 1 „Gesetzestext“ Seite 208.

[2]) Ebendaselbst § 2 und 3.

[3]) Vergl. Ebendaselbst Schlußsatz § 5 „Gesetzestext“ Seite 209.

[4]) l. c. § 3.

gerathen (Zahlungsunvermögenheit), so ist dieser Schuldner verpflichtet auf andre Art dem Forderungsberechtigten Sicherstellung, sei es durch Pfand oder neue Bürgschaft, zu gewähren[1]); nur grundbesitzende Gemeindemitglieder (vermögliche und der Flucht nicht verdächtige Personen) sind in diesem Falle von der erwähnten Nebenverbindlichkeit befreit[2]).

Der Bürge in einem Criminalproceße ist nach Stat. III. 7. § 5. zum Schadenersatze verpflichtet.

Das römische Recht kann bei dem durch Bürgschaft begründetem Obligationsverhältniß nur sehr wenig in Anwendung gebracht werden und es ist als Grundsatz festzuhalten, daß dieses nicht geschehen solle, daher z. B. das S. C. Vellejanum u. a. m. von keiner subsidiären Geltung sind und immer im Auge behalten werden muß, daß die Rechtsfähigkeit und Vertragsgültigkeit nur nach siebenbürgisch-deutschem Privatrechte zu beurtheilen kommen[3]).

Anmerkung. Dies ungewöhnlich strenge Bürgschaftssystem des siebenbürgisch-sächsischen Rechts, welches weder die Begünstigungen des römischen noch des deutschen Rechts, wohl aber die Härte beider angenommen, findet seine begründende Erklärung in dem genossenschaftlichen Charakter aller siebenbürgisch deutschen Lebensverhältnisse. — „Einer für Alle, Alle für Einen". — Eine Maxime, welche allein die deutschen Colonien an der Ostgrenze der Civilisation zu erhalten vermochte, — in einer ungebührlichen Anwendung aber freilich auch schwere Rechtsverletzungen mit sich führte. Siehe z. B. den 16. Punkt der Gravamina der Sachsen ddto. Weißenburg vom 20. August 1700 ... „Verschiedene unschuldige Sachsen wegen anderer Leute Schulden schwere Repressalien von etlichen Edelleuten ausgestanden, wodurch sie in den äußersten Ruin gerathen; wenn zum Exempel ein Edelmann von Jemand von Uns etwas zu fordern gehabt, so hat er sich nicht bei der gehörigen Instanz anmelden wollen, sondern via facti, den nächsten besten Sachsen, wenn er ad fundum nobilitarem ohngefähr in seiner Angelegenheit gekommen, erhascht und mit hartem Arrest so lange geplaget, bis der Edelmann gehabt, was er gewollt und ob wir schon hierob etlichemal postulata publica die Remedur angesucht, so sind wir doch dem künftigen Gebrauch nach von den Herren Ungarn entweder leer ab oder dem Edelmann in suo foro zu actioniren gewiesen worden" ... (Erst 1780 und 1791 wurde die Androlepsia gesetzlich abgeschafft; siehe Landt. Prot. S. 470); vergl. Androlepsia A. C. IV. 4. 1.); und zum Jahr 1654 Herm. Mag. und Universitäts-Protokoll X. Bd. S. 408.

§ 20. Der Schadenersatz.

Obligationsverhältniße entstehen nicht nur durch Verträge, sondern auch durch Zufall und unerlaubte Handlungen, welche nach dem Ge-

[1]) Stat. III. 7. § 4 „Gesetzestext" Seite 208.

[2]) Vergl. ebendaselbst und Stat. I. 2. § 4 „Gesetzestext" Seite 141.

[3]) Eine Bürgschaft im Proceß der Wittwe des walachischen Waiwoden Radul gegen Stuhlsrichter Ludovici 1619, Hermannstädter Magist. Protokoll VIII. Bd. Seite 11 und 15.

ſetze den Anſpruch auf Schadenerſatz begründen. Im Allgemeinen gilt hier Römiſches Recht, ſo insbeſondre die lex Aquilia bezüglich des damnum injuria datum, dann auch die Lehre über den Schadenerſatz wegen effusum et dejectum, und der Caution bei dem positum aut suspensum ſowie bei dem damnum infectum u. dgl. m.[1]). Indeſſen iſt nicht jede römiſche Delictsklage zuläſſig z. B. die actio furti, ſondern der Geſichtspunkt feſtzuhalten, daß überhaupt nur der wirklich angerichtete Schaden zu erſetzen ſei, wobei immer derjenige, welchem culpa oder dolus zur Laſt fällt, als der Haftungspflichtige angeſehen wird; alſo bei der noxa und pauperies[2]) nicht ſchlechthin der Eigenthümer des Thieres, ſondern der eigentlich Schuldtragende; es kann alſo auch bezüglich dieſes ſpeciellen Obligationsverhältniſſes Römiſches Recht (z. B. die Rechtsregel noxa sequitur caput) nicht zur vollen Anwendung kommen, da nach deutſchrechtlichen, im ſiebenbürgiſch-ſächſiſchen Statutargeſetz und Gewohnheitsrechte anerkannten, Principien immer die Schlußregel des § 4. im dritten Buche der Statuten 9. Titel als beherrſchender Grundſatz anerkannt werden muß. — Mit Rückſicht deſſen ſind die in Stat. III. 9. § 1—4, enthaltnen Beſtimmungen[3]) nicht nur nach Römiſchem Rechte aufzufaßen, ſondern noch weiters namentlich hervorzuheben: die richterliche Schätzung des Schadens (Stat. III. 9. § 2; und 3. das altdeutſche Gewohnheitsrecht), die Sühne jeglichen Vergehns durch Zahlung einer Geldbuße, hier das Homagium[4]), die nach § 6. (Mittelſatz l. c.) zu leiſtenden Heilkoſten und Erſatz des entgangnen Gewinns ꝛc. ꝛc. (Schadloshaltung und volle Genugthuung?).

Im Uebrigen hat man ſich an das recipirte fremde Recht zu halten und ſind dieſemnach die Schlußparagraphe 7—9, vorzunehmen und zu erklären[5]).

§ 21. Der Vergleich.

Obligationsverhältniße, deren Erfüllung entweder nicht im Können oder nicht im Wollen des Verpflichteten liegt, werden häufig durch Vergleiche, ſei es neu geregelt oder auch beendet.

Der Vergleich iſt eine ſehr häufige Erſcheinung im ſiebenbürgiſch-ſächſiſchen Privat- und Proceß-Rechte und insbeſondre ſind, namentlich

---

[1]) Nachzuleſen Stat. III. 9. § 5—7. Siehe „Geſetzestext" S. 212.

[2]) Ueber den Schaden des Thieres „de pastu" ſiehe politiſche Verordnung und Localſtatute. („Rechtsdenkmäler").

[3]) Nachzuleſen „Geſetzestext" Seite 211.

[4]) Siehe l. c. Schlußſatz § 2 und im § 6, womit zu vergl. Stat. IV. Titel 4, „Geſetzestext" Seite 221.

[5]) Nachzuleſen „Geſetzestext" Seite 212—213 und Seite 312—313.

in früheru Zeiten, gar oft auf verglichenes schiedsrichterliches Erkenntniß (etwa des Nachbarschaftsvaters, des Ortshannen oder des Pfarrers) gegenüberstehende Rechtsansprüche auf dem best-friedlichen Wege ausgeglichen worden. So ist es gekommen, daß in einigen Gemeinden das Proceßführen eine beinahe unbekannte Sache war und zum Theile noch jetzt ist und da die genossenschaftlichen Verbindungen, die sittliche und religiöse Achtung des gegebenen Wortes jeglichem Vergleiche eine gewiße moralische Sicherheit gewährten, war er in der That das beste und einfachste Mittel dem Rechtsstreite vorzubeugen oder ihn ganz aufzuheben.'

Das heimische Gewohnheitsrecht und die Legislation brauchten umsoweniger hierüber besondre Rechtssätze zu formuliren, als in der Volksanschauung das Rechtsbewußtsein lebendig war. Gleichwohl kommen im Statutargesetzbuche drittem Buch achtem Titel römisch-rechtliche Bestimmungen über Compromiß und Transaction vor, die eben nach ihren Quellen zu beurtheilen und zu ergänzen sind.

Beide Arten von Vergleichen werden als Mittel den Rechtsstreit endgültig abzuschließen anerkannt[1]), gewähren also eine exceptio peremptoria[2]).

Das Compromiß ist derjenige Vertrag, wornach sich, (in anerkanntem oder bestrittnem Obligationsverhältnisse stehende) Personen gegenseitig verpflichten, ihren Rechtsanspruch der Entscheidung eines Dritten (Schiedsrichters) zu unterwerfen. Sie müssen das arbitrium, (laudum) als Endurtheil anerkennen, es sei denn, daß sie entweder für den Fall des Rücktritts ein Lösegeld bestimmt hätten[3]), oder aber daß der schiedsrichterliche Spruch absichtlich so falsch und schlecht gefällt worden wäre, daß dessen offenbare Ungerechtigkeit am Tage liegen sollte[4]).

Die Transaction (Vergleich im engern Sinne) ist eine ähnliche Vereinbarung über ein strittiges oder doch ungewißes und noch nicht entschiednes Recht, welche die Beseitigung des Zweifels und der Einwendungen zum Zwecke hat und dadurch das Obigationsverhältniß regelt, daß Jeder von seinen vermeintlichen Ansprüchen etwas zu Gunsten des Andern aufgibt.

Später endeckte Beweismittel oder durch das sogenannte novum gratiosum erstrebte Prozeßerneuerung sind ungültig und es ist Pflicht

---

[1]) Vergl. Mittelsatz im § 2 „Gesetzestext" S. 209 und Mittelsatz im § 4 „Gesetzestext" S. 210 und Schlußsatz § 5.

[2]) Vergl. den Proceß über die exceptiones: a) praescriptionis; b) rei judicatae; c) transactionis et d) causae jurejurando decisae. (Siehe hier III. Bd. Seite 187).

[3]) cf. Stat. III. 8. 1.

[4]) Ebendaselbst § 2 und 3 siehe „Gesetzestext" Seite 209.

den Vergleich aufrecht zu erhalten[1]), wobei selbstverständlich das besondre Wesen der römischen Stipulation gar keine Bedeutung hatte.

Jeder gerichtliche Vergleich begründet nicht nur Klage auf Erfüllung und resp. Einrede, sondern ist schlechtweg executionsfähig.

Ueber den Einfluß des Irrthums, die Eviction u. a. m. siehe Römisches Recht.

§ 22. Die Verjährung.

Das Rechtsinstitut der Verjährung ist durch positive Legislation und Reichspraxis lange vor Reception des Römischen Rechts eingeführt gewesen, hatte also wesentlich den im Tripart. vorkommenden Rechts-Charakter an sich[2]).

Dies im Auge behalten ist es klar, daß die wenigen im Statutargesetzbuche enthaltnen Rechtsregeln umso eher durch Gewohnheitsrecht und Ungarisches Recht zu ergänzen sind, als ja überhaupt dies Institut auf der Grenzscheide des öffentlichen und Prozeß-Rechtes steht, und diese beiden Gebiete der staatlichen Gesetzgebung zugänglicher waren, als das der Autonomie heimgegebne Privatrecht. So ist im sächsischen Institute der Verjährung (Ersitzung) nur das ganz Eigenthümliche hervorzuheben, daß der justus titulus des Römischen Rechts als Erforderniß anerkannt wird und eben deshalb, weil nehmlich meistens Kauf dieser Titel zu sein pflegt, ist die praescriptio selbst in den auf den Kaufvertrag folgenden §§. 14—17 in Stat. III. Buche 6-tem Titel („Gesetzestext" Seite 206—207) abgehandelt.

Der bekannte Denkvers: Res habilis, titulus, fides, possessio, tempus hat hier eine eigenthümliche Bedeutung.

Die zur Ersitzung geeigneten Sachen sind nehmlich nur unbewegliche Privatgüter, also weder bewegliche, noch öffentliche, noch kirchliche; ferner können Vermächtnisse nicht ersessen werden[3]); — der justus titulus ist ein den rechtmäßigen Eigenthumserwerb bezweckendes Vertragsgeschäft, Schenkung oder Erbschaft[4]); bona fides und continua possessio sine interpellatione sind erklärliche Erfordernisse; endlich tempus die Frist von 12 ununterbrochnen Jahren, wobei jedoch die Minderjährigen besonders geschützt sind[5]).

Da man per analogiam dieselbe Zeit als erlöschende Verjährungsfrist zur Anwendung zu bringen geneigt war, hat man irrthüm-

---

[1]) Nachzulesen Stat. III. 8. § 4—5 „Gesetzestext" S. 210.

[2]) Siehe hier § 24 (ungar. Privatrecht).

[3]) Vergl. Stat. III. § 16. Schlußsatz.

[4]) Stat. III. 6. § 15 und 16 Vordersatz. (Ist die Occupation ein rechtmäßiger Titel?)

[5]) Nachzulesen und zu erklären § 17 „Gesetzestext" S. 207.

lich behauptet, daß in der Regel Klagen innerhalb von zwölf Jahren nach entſtandnem und bekanntem Anſpruche eingebracht werden müßten; — nur jene gegen den Vormund und Grenzberichtigungen ſind ganz hievon ausgenommen[1]), doch kommen allerdings auch kürzre Friſten vor z. B. von Jahr und Tag (und von 15 Tagen) bei geltend zu machendem Näherrechte, bei Theilungs-Verbeſſrungsklagen u. dgl. m.[2]).

Jedenfalls iſt dies ganze Rechtsgebiet ſehr wenig ausgebildet geweſen und gibt zu vielen Zweifelfragen Anlaß. — Wer verjährtes Recht vorſchützte, hatte hiemit eine vor andren Einwendungen zur Erörterung und Wirkſamkeit kommende exceptio peremtoria[3]).

In der Occupation von aufgelaſſnen (in urſprünglicher Genoſſenſchaft geſtandnen) Liegenſchaften wurde das thätige Gemeindemitglied durch Ortsgewohnheiten und Statute ganz beſonders begünſtigt. So kommen ſinguläre Beſtimmungen vor, daß in Cultur genommene Weingärten innerhalb Jahresfriſt oder innerhalb von 3 Jahren zu eigenthümlichem Beſitze erworben werden u. dgl. m.[4]).

Das Statutargeſetzbuch ſelbſt enthält weiter keinen, juriſtiſcher Anwendung unterliegenden, Stoff; Gewohnheitsrecht und Gerichtsgebrauch ermangeln der Stetigkeit und der ſich Einfluß verſchaffenden Kenntnißnahme. —

Schlußanmerkung. Um darzuthun, wie *Albrich* in deſſen „Handbuch des ſächſiſchen Privatrechts" (1817) die römiſch-rechtliche Theorie verwerthet, folgt hier aus jenem Buche (Seite 152—155) der:

Geſellſchaftsvertrag.

§ 229. Der Geſellſchaftsvertrag, Maskopei (societas) iſt ein zweiſeitiger Vertrag, mittelſt deßen ſich zwo oder mehrere Perſonen gegenſeitig verbinden, ihre Sachen einander mitzutheilen, und in Gemeinſchaft zu haben, oder gewiße Arbeiten zuſammen zu verrichten, entweder des gemeinſchaftlichen Erwerbes, oder eines andern Endzweckes wegen. In Rückſicht ihres Zweckes iſt die Geſellſchaft daher zweierlei: Handelsgeſellſchaft (societas quaestuaria s. negotiatoria) und Nichthandelsgeſellſchaft (societas non quaestuaria). In Rückſicht ihrer Wirkung abermals Geſellſchaft dem Eigenthume nach (quoad sortem inita), wenn die Gegenſtände der Societät dem Eigenthume nach gemeinſchaftlich werden, oder Geſellſchaft dem Gebrauche nach (quoad solum usum inita), wenn jeder Geſellſchafter das Privateigenthum auf ſeine Sache behält, und nur der Gebrauch

---

[1]) l. c. § 16.

[2]) Ueber proceſſualiſche Fallfriſten u. a. m. ſiehe den folgenden Band dieſer Rechtsgeſchichte und „Geſetzestext" Seite 161—165 ꝛc.

[3]) Vergl. Stat. III. 6. § 14.

[4]) So Hermannſtädter Statut vom 15. Januar 1581, „Weingärten in 3 Jahren nicht bebaut, übergehn an den Beſitzergreifer".

derſelben gemeinſchaftlich iſt [1]). Die Handelsgeſellſchaft iſt in Rückſicht ihrer Ausdehnung entweder allgemeine (generalis), wenn ſie ſich auf alle Arten, beſondre (particularis), wenn ſie ſich auf eine beſtimmte Art des Handelserwerbes erſtreckt, oder einzelne (singularis), wenn der Vertrag bloß auf ein einziges beſtimmtes Geſchäft geſchloßen wird und Bezug hat. Die Nichthandelsgeſellſchaft iſt in dieſer Hinſicht entweder eine allgemeine (universalis), wenn ſie alles Vermögen der Geſellſchafter, oder eine beſondere (particularis), wenn ſie bloß einen beſtimmten Theil deſſelben umfaßt.

§ 230. Der Geſellſchaftsvertrag iſt ſchon durch die beſtimmte gegenſeitige Einwilligung vollkommen, obgleich das wechſelſeitige Eigenthumsrecht auf das Geſellſchaftsvermögen, erſt durch die wirkliche Vereinigung der Beiträge entſteht [2]). Da übrigens mittelſt eines ſolchen Vertrags ſowohl Sachen, als auch Arbeiten vereinigt werden können, ſo können auch ungleiche Geſellſchaftsverträge beſtehn, wo nämlich der eine der Paciſcenten einen größern Theil zulegt, als der andere [3]), oder einer Sachen zulegt, der andere Dienſte leiſtet [4]), nur müſſen dieſe Dienſte erlaubt [5]) ſein. Bei der allgemeinen Geſellſchaft iſt übrigens alles gemein, wenn gleich die Beiträge oder Auslagen eines Geſellſchafters größer ſind, als des andern [6]), bei andern Geſellſchaften dagegen muß alles nach Verhältniß der Einlage berechnet werden, es ſei denn im Vertrage ausdrücklich anders beſtimmt worden [7]).

§ 231. Bei dieſem Vertrage iſt jeder Geſellſchafter nur für culpam levem in concreto d. h. in dem Falle verantwortlich, wenn aus einem ihm zur Schuld fallenden Verſehen, das ihm ſonſt nicht eigen iſt, der Geſellſchaft ein Nachtheil erwächſt [8]); die Argliſt dagegen wurde nach dem römiſchen Rechte mit Ehrloſigkeit beſtraft [9]), den zufälligen Schaden tragen die Geſellſchafter gemeinſchaftlich, und zwar, bei der allgemeinen Geſellſchaft gleichmäßig, bei den übrigen, wenn im Vertrage nichts beſtimmt iſt, nach Verhältniß der Einlage ausgenommen, daß der wohlhabendere dem ärmern Geſellſchafter im Nothfalle die Wohlthat der Competenz (den lebenslänglichen Unterhalt) ſchuldig iſt [10]).

§ 232. Die Löwengeſellſchaft (soc. Leonina) bei welcher nämlich ein Geſellſchafter nur den aus dem Geſchäft erwachſenden Vortheil, der andre nur den Nachtheil hat, iſt nach den römiſchen Geſetzen eigentlich kein wahrer Geſellſchaftsvertrag und ungiltig, woferne der Grund davon nicht etwa die dem Begünſtigten zu erzeigende beſondere Wohlthat iſt [11]). U. S. W.

---

[1]) L. 52. § 2. L. 58. pr. D. pro socio (17. 2.).
[2]) L. 1. § 1. L. 2. D. pro soc. (17. 2.) [3]) L. 5. § 1. D. pro soc. (17. 2.)
[4]) L. 5. § 1. D. pro soc. (17. 2.) [5]) L. 52. § 17. L. 53. L. 57. D. pro soc. (17. 2.) [6]) L. 73. pr. et § 1. L. 7. L. 71. § 1. D. pro soc. (17. 2.)
[7]) § 1. Inst. de soc. (3. 26.) Resc. Reg. ddto. 7. Oct. 1772. S. 1.
[8]) § 9. Inst. de soc. (3. 26.) L. 72. D. pro soc. (17. 2.)
[9]) L. 1. L. 6. D. de his qui not. inf. (3. 2.)
[10]) L. 63. pr. D. pro soc. (17. 2.) [11]) L. 29. § 2. D. pro soc. (17. 2.)

Erſter Anhang.

Die Hermannſtädter Municipal-Conſtitutionen von 1698.

Neueſte Constitutiones et Statuta Reipublicae Cibiniensis ab Ao 1698 [1]).

Wie ſolche von unſren Urahnen hergebracht, aus denen Archiven ausgezogen und dem, nach abermaliger glücklicher Vereinigung unſres lieben Vaterlandes der Glorwürdigen Königlichen Crone, Kaiſer und Königlichen Regimente und allergnädigſten Diplomate confirmirt, ſo dann aus einmüthigen Rathſchluß des geſammten Löbl. Stadt-Magiſtrats und Hundertmannſchaft bei dem ſolenen Actu Electionis jedesmal abgeleſen geordnet und beſchloſſen:

Demnach Geysa I. ſowohl dieſes Namens als auch chriſtl. Herzog der Ungarn aus dem ſoviel hundertjährigen Fünſterniß des Barbariſchen Heydenthums an das Licht des Chriſtenthums getreten und von Seinem Land, Kriegs-Leuten und Sich mehr im Feld als Tempel gezählt, ſo hat er aus ſonderbahren Begierde die chriſtl. Religion einzuführen verſchiedene Teutſchen aus Deutſchland beruffen, wie denn auch ſein Sohn der Sogenannte Sanctus Stefanus Apostolus und erſte König der Ungarn einen deutſchen Feldherrn Namens Vencellinus wieder die Rebellen und ſonderlich ihren Radelsführer wie auch halsſtarrigen Beſchützer des Heydenthumbs Cupam ausgeſandt und ſich Mittels ein Nürnbergiſcher Patricius Hermann ſeines Nahmens (von welchem unſre liebe Siebb. Hermannſtadt, nach der Griechen Redensart Hermanopolis, von dem anfließenden Flus Cibin aber den Namen Cibinium führet) mit denen Gäſten ſo ernenneten Königs Stefani Braut Giselam, eine Herzogin aus Bayern zum kön. Beylager begleitet — dieſer Orthen eingefunden; darauf zwar hier und dort in dem ungar. Cron-Gebiethe (wozu auch ganz Siebenbürgen gehörte) ſich Deutſche geſetzt, da aber mittler, bis auf Geysa des anderten Zeit durch verſchieden Kriegs Flammen Land und Leute verwüſtet, und denn endlich von erſt bemeldeten König Geysa Secundo ſowohl in, als mit denen benachbarten Länderen eine erwünſchte Friedens-Ruhe geſtifftet worden, ſo hat dieſer Geysa die verwüſtet und eine Zeithero Kriegshalber unbewohnete Oerter mit gewißen, und zwar nicht Barbariſchen, ſondern ſo in Freyen als Handwerks-Künſten (welche die Ungaren als Kriegs-Männer nicht erlernet hatten) erfahren auch dem Chriſtenthum ergebnen Leuten bewohnt zu machen getrachtet und alſo allerley Künſtler und Hand-Werks-Leute aus dem römiſchen Reich, inſonderheit aber aus Nieder-Sachſen zu Bewohnung des ſog. fundi regii oder Königlichen Bodens beruffen mit verſicherten Verſprechungen Sie in Königlicher Freyheit als Freywillig gekommen und ſehr angenehm und liebe Gäſte mit vielen vortrefflichen Privilegien und praerogativen zu verſehn und darinnen ewig ſo lange die Crone ſtehen würde zu erhalten — ſo ſeyn alſo darauff

[1]) Vergl. Transsilvania Nr. 55: 1845 und Nr. 60—66: 1841, ſowie über das Rechnungsweſen der Vorzeit 1613 und 1644 in Transsilvania Nr. 77: 1845.

unſre lieben und seeligen Hoch-Eltern ins Land gekommen und auf dem Ihrer daher Urſprünglich ſogen. Sächſiſchen Nation angewieſnen und eingeräumten Grund und Territorio (welcher in dem National privilegio des K. Andreae II. ausgeſtochen) Possession gemacht, ſich auch nachgehends vermehret und im Lande weiter ausgebreitet und bis auf den heutigen Tag von dem allgemeinen Vater der deutſchen Thuiscone oder Teutone den deutſchen Nahmen ſamt dem Geblüthe, Schrifft und Sprach — unſre Hauptſtadt aber das Sächſiſche Wappen zweyer (zu des Churwappens Diſtinction umgekehrter) Schwerter als ein öffentliches adliges Kennzeichen unſres Freyen Herkommens auf ewig behalten und des auch adligen Geiſtes Proben den Glorwürdigen Königen zu Dienſt und Nutzen zu mahlen wieder die Tartaren mit ſolchem Heldenmuthe gethan, daß in der National-Fahn Sie die unſchätzbare Ehren Ueberſchrifft: Ad retinendam coronam das iſt zur Erhaltung der Cron bekommen und annoch bei allen National-Expeditionen gebrauchen; dieweilen auch zwiſchen den damaligen Ungern und unſern ins Land neugekommenen Eltern ein faſt natürliches incomportement zu finden war, ſo wurde Ihnen von dem Allergnädigſten Könige das ſehr nachdrückliche Reservatum Privilegialiter ertheilet, kraft deſſen der ganze, der Königliche oder Sächſiſche National-Boden von einem und dem Sächſiſchen Volk, dargegen keinen Edelmann bewohnet, mithin der Sachſen-Wohnſitz aus der Geſpannſchaften Jurisdiction gänzlich ausgehoben und durch einen Comitem, nehmlich den Königsrichter zu Hermannſtadt, als eine Hermannſtädter Geſpannſchaft, welche Comitatus Cibiniensis in denen Privilegien genennet wird, verwaltet werden ſollte, dahero denn auf unſern Boden die Adelichen praerogative obſchon jemand beadelt wäre, nicht attendiret, die Edelleuthe zu keinem Häußer- oder andrer Grundſtücke-Kauff gelaßen und wenn in einem Criminalcasu ein Edelmann auf unſren Grund in facto ertapt, nicht nach dem Ungriſchen, ſondern privilegirt Sächſiſch-National-Rechten gerichtet wird. — Wie nun die von unſren Uhr Ahnen bis auff unſre Zeiten ererbt und behalten unſchätzbahre Freiheiten Privilegien, Zechgerechtigkeiten auch ehrbar gut und nutzbare Gewohnheiten von Erben an Erben gebracht, die unvermiſchte Rein- und Einigkeit unſrer Nation erhalten und alles Beginnen und Thun recht und ordentlich beſchehen ſolle, iſt, wie von unſren ſeeligen Vorfahren uns hinterlaßen, alſo aus denen hernach folgenden unſrer Politzey Regul und Richtſchnur von jedermännlich bei der dem Allerhöchſten ſchuldigen Treu und wahren Evangeliſchen Glauben wohlzubemerken und darnach ſich je und aller Wege zu richten:

Caput I^mum.

Von der Schuldigkeit der ganzen Republic und was die Hoch-Edel G.N.F.W.[1]) Herren Officiales ſamt Einem Ehrſammen W.W.[2]) Rath und Löbl. Communität zu beobachten haben:

1. Iſt jedermänniglich Gott ein fromm und Religios — dem Lieben Nächſten ein redlich und friedfertiges — dann Sich Selbſt ein keuſch und nüchtern Leben

[1]) Gnaden Namhaft Fürſicht Weiſen. [2]) Wohl Weiſen.

ſchuldig und der ſich nicht darnach hält, der iſt keiner Ehren werth, ſoll auch zu keiner Ehr gelangen können.

2. Ihro Römiſch-Kayſer auch zu Ungarn Königlichen Majeſtät unſerm Allergnädigſten Herren Herren Soll ein jeder nach Inhalt des abgelegten homagii treu und ſeiner Obrigkeit gehorſam und unterthänig ſein: die Bürden mit Geduld tragen und alles was deſſen würdig der Obrigkeit ohne Verzug offenbahren.

3. Ein Jeder ſoll ſich an Ein Allergnädigſt Kayſerliches Diploma, der National-Contractuum Beneficia, wie auch alte Privilegien Statuten Freythümer auch ernenntlich die Ehrl. Zechen und Zechgenoſſen an Ihre von Glorwürdigen Majeſtäten erhaltenen Setz-Ordnungen, Articul, Prärogativen und angenommene auch approbirte Löbl. Gebräuche ſteiff und feſte halten.

4. Dieweil die Einigkeit unſres Volkes nächſt Gottes Providence die einzige Urſache iſt, daß nach ſovielen Stands Veränderungen unſre Nation gleichwohlen noch ſtehet dargegen da man uneinig geweſen (wie das Trauer Exempel zu Clauſenburg zu ſehen) man nicht allein die Einigkeit des Glaubens verlohren ſondern gar von der Nation völlig hinweg gerißen worden, ſo ſoll, jedermänniglich darob ſeyn, daß die Indigenae oder bürgl. Land-Saſſen von denen Advenis und Frembden wohl distinguiret und zu dem Ende die Matricul der einerſeits Possessionirten, die nehmlich ihre eignen Häuſer haben, andrerſeits impossessionirten Bürger oder Sädler, ſo dann Separate der Advenarum oder Fremdlingen wohl und Fleißig conſerviren.

5. Soll alſo niemand vor einen Bürger geachtet werden, er ſey denn öffentlich bei der Markzahlung in das Regiſter der Burger immatriculiret und hat Burgerrecht und Indigenat ohne weitre Special Vergünſtigung der Hoch Edl. G. N. F. W. Herren Officialium ſamt Einem Ehrſammen Wohl Weiſen Rath und Löbl. Communität niemand als eines geſetzten Hermannſtädter Bürgers ſein in einem reinen Ehebett gezeugtes Leibliches Kind, ſowohl Männ- als Weiblichen Geſchlechts. Fremde aus fremden Städten oder Ländern ſollen um das jus indigenatus gebührend anhalten und was Siebb. Deutſche aus den Sächſiſchen Stadt- und Stühlen ſeyn, wenn ſie ihr ehrlich und deutſch Herkommen erweyſen gegen Bezahlung eines Bürgergeldes nach Proportion des Vermögens angenommen; dargegen keine Leibeigenen, wenn ſie gleich Sachſen von Geblüthe wären noch weniger aber undeutſche Nations Verwandten (als Ratzen, Wallachen, Winden, Croatten, Böhmen, Spanier, Franzoſen, Wälſche, Pollaken, Unger, Moscoviten u. d. gl.) zu Bürgerrecht und Indigenat gelaßen werden; es hätte denn die ganze Republic eine ſonderbare Nothdurft jemanden aus einem fremden Lande oder Nation Verſtandes Geſchicklichkeit, freyer und andrer Kunſt halber als Medicos, Chirurgos, Procuratores, Stadt Reutter u. d. gl. auf und anzunehmen, wo es dann bei einer Löbl. Republic ſtehet, es ſey abſolute oder unter gewißen Bedingungen und Limitationen einen Fremden zu immatriculiren, welches aber sine gravi causa niehmalen, auch wenn es geſchieht, absque praejudicio und consequentia geſchehen ſoll. In maßen ſich Niemand darmit, daß einer oder der

andere aus Gutwilligkeit auf hoch und wichtige Bewegniße angenohmen worden behelffen noch weniger es ſey auf was Art und Weiſe als anders berührt, daß Jus Indigenatus erlangen ſolle. Und beſtehet hauptſächlich darinnen die Privilegirte unitas populi oder Ein- und Reinigkeit unſres Sächſiſchen Volkes, das wir mit fremden Nationen unvermiſcht bleiben, darob ſteiff und feſt zu halten: qui enim non utitur, abutitur. Salvo tamen honore Receptorum. Dann ein immatriculirter Secundum modos et conditiones incorporationis auch ſeines Rechts genieſſen und der in das Regiſter Indigenarum Possessionatorum geſchrieben wird einem andern gebohrnem Stadt-Kind gleich gehalten werden ſoll.

6. Ein Indigena Possessionatus oder Bürgerlich geſeſſner Land- und Stadt-Saſſ ſoll ein eignes Hauß und alle bürgerlichen Freyheiten der vornehmſte mit dem geringſten gleich, auch alle Libertaet Wein zu ſchenken, Heu, Getraide, Haber, Honig, Eſſig, Brot u. dgl. zu verkaufen haben, jedoch ſoll und muß der ſchädliche Vorkauff verboten bleiben: und ſoll Niemanden frey ſeyn einen Wein in der Stadt zu kaufen noch weniger zu verkauffen, von welchem die Gebühr bey dem Thor nicht bezahlt iſt bey Verluſt des Weins, worauff die Nachbarhannen ſorgen ſollen.

7. Ein Indigena non Possessionatus oder Bürgerlicher Sedler hat zwar freye Macht ein Hauß eigenthümlich zu kauffen, kann aber ſolange bis er nicht Haußgeſeſſen, in Eine Löbl. Hundertmannſchaft oder Ehrl. Weiſen Rath nicht gezogen werden, es iſt ihm auch der Weinſchank verboten: es ſey denn er habe es wegen Nichtsnützigkeit der Kuff, welche durch zwey Nachbahr bona fide beſichtiget werden muß, von dem W. Herren Stadthannen gegen Bezahlung eines Gulden befreyet.

8. Einem Advena oder Frembden iſt kein Haus oder ander Grund-Stück zu kauffen frey noch Wein oder andre Victualien zu verkauffen: Sie werden auch zu keiner Tutorie oder Curatel gelaßen, ſondern andre nächſte Freunde, oder von Einem Ehrſamen Weiſen Rath erkannte genugſam Bürgerlich geſeſſene Perſonen ſollen die Tutel der Wayſen, wie auch ihre Erbſchafften Häußer und Mobilien verwalten; Und damit Ungleichheiten und Confusiones verhütet werden, ſo ſoll keiner Bürgerlich geſäſſner Perſon frey ſeyn ohne Vorwißen Eines Ehrſamen Wohlweiſen Raths mit einer frembden — es ſey männlich als weibliche Perſonen ſich in die Ehe zu laßen bei ewigem Verluſt des Bürgerrechts, ſondern es ſoll Wohlgedachter Ehrſamer Weiſer Rath erkennen, wen man in die Stadt ſogar auch nur vor einen Inwohner und in was Geſtalt, Form und Weiß annehmen ſoll: es habe in der Stadt ſich aufzuhalten Luſt, wer immer wolle, ſo ſoll er ſich zuvor bey Einem Löbl. Magistrate anmelden und die Freyheit in der Stadt ſich aufzuhalten erbitten. — Der hinwieder thut und ſich heimlich und ohne Vorwißen Eines Ehrſamen Weiſen Raths in ein Ehegelöbniß einmiſcht und einläßt ſoll keiner Ehrlich Zech fähig ſeyn und niehmalen weder ſie noch ihre Kinder und Erben zu keynem Amte, es ſey ſo gering als es wolle gelaßen ſondern nach Geſtalt der Verkuppelung gar zur Stadt hinaus und aus dem Stuel gewieſen werden.

9. Trifft es ſich daß ein Advena oder Fremdling per testamentum oder anders von einem Indigena oder Burger etwas erben ſoll, ſo fallen Ihnen zwar die Mobilien in Substantia, die Häußer und andre Grund-Stück aber nur dem bloßen Werth nach, zu und ſoll ſolchen Falls einer Bürgerlichen Perſon verkauft werden.

10. Belangend die Häußer, welche mit der Stadt kleinen Ring Maur umfangen ſeyn, auf dem großen Ring, als nehmlich vom Prieſter Gäßlein anzufangen biß auf die Apoteken und Schloßer-Loch, darnach weiter jenſrit der Schneider-Lauben continua Serie biß zum Lederer Loch bey dem kleinen Eziper Brunnen in der Reiſper Gaßen, dieſe innerhalb gelegne Erde ſoll wie von Menſchen Gedenken geachtet iſt worden, hinführo auch allezeit für gemeine Erde gehalten, auch zur äußerſten Noth der Stadt gebraucht werden, alsdenn ſollrn auch die aufgrrichteten Ställe und Schoppen daſrlbſt der Stadt Nothdurfft und Brauch weichen. Hier zwiſchen aber mögen die Haußherren ſolcher Häußer für ſich ohne allen Zinnß ſolche gemeine Erde brauchen mit Thür und Thor zugethan halten, keine Schoppen und Roß Ställe halten, eine Klaffter oder zwei und nicht darüber Holtz alda haltrn, doch alle Unſauberkeit und Geſtank ſtrißig meiden.

11. Welche den Waſſer-Fluß durch ſolche Erde oder Hoffe haben, ſollrn Achtung geben, daß das Waſſer nicht verſtopſt werde, auf ſolches ſoll der Herr Stadt Hanne und Markt-Richter Achtung haben und die nachläßigen Haußherren warnen und nach Proportion des Frrvels und Unfleiß ſtraffrn. Und dieweil ſolche Häußer ziemlich zinnßträchtig ſeyn, ſo ſoll nicht von gemeiner Stadt daſelbſt auf obzrdachtrr freyen Erde etwas von Häußern Cammerrn oder Gewölbern gebauet werden damit nicht der Haußherrrn ihre Frnſter Thor und Thür einfallrndes Licht Eingang und Ausſehn möge geſchwächt und verſtopſt werdrn; Sondern ihre alt herkommene Grrechtigkeit ganz und gar unverſehrt bleibe, gleichwie auch der gemeinen Erden beyder Theile ihre unterſchiedlich Gerechtigkeit und Freythumb allezeit behalten wrrden ſoll und ſollen alſo —

12. Was die ſogenannten Geſtumpelte Häußer betrifft, von denſelbigen iſt alſo gehandelt und beſchloßen worden, daß ſolche Spatia und von altersher freygelaßene Erden auch künftiger Zeit frey und gemeine Erden blriben ſoll, der Stadt Nothdurfft zu gut, Volk, Wacht, Geſchütz, Rüſtung und dergleichen allda im trockenen zu halten und niedrrzulegen. Und ſoll ernſtlich vrrbothen ſeyn jedem Hausherrn ſo ſolches geſtümprlte Hauß inne hat, und brſitzt, ſolch Freythumb und Platz oder lrdige Erde zu verbaurn oder verſperren mit keinerley Geſtalt oder Schein, ſondern ſollen allezeit frey und offen ſeyn.

13. Zur Zeit der gewöhnlichen Jahr-Märkte, ſo ſie ſelbſt die Haußherrn, wie bishero gehalten iſt worden, daſelbſt für ihren eignen Hauß Fenſtern, Thor und Thüren, Gewölbsladen, Krllers Hälße und Eingängen fremd oder einheimiſchen Kauff-Leutrn, Kramer oder Handwerker zulaßen und daſelbſt etliche Tage will laßen feil haben, ſo mögen ſie es thun um ziemliche Nutzung und leidliche Ergötzung, dargegen aber ſollen die Haußherren bedacht ſeyn, daß ſie die Erde oder

paviment ſolches Freythumbs allezeit eben gleich und gantz und an gewöhnlichen Orten mit ziegel, Steinen oder Brettern bedeckt und geflaſtert ſollen halten und für und für erhalten. Darzu auch alles Kerſchel, Unſauberkeit und Geſtank von dannen wegſchaffen, auf welches der Herr Stadt Hann und Markt-Richter fleißig acht geben ſollen, daß welcher Haußherr ſolchem nicht nachkommt und zum erſten und andertmahl gewarnet iſt, ſoll zum drittenmahl geſtrafft werden mit einem Gulden.

14. Erdſtammen vor Brennholtz zu fällen iſt verbothen mit 9 fl. in dem jungen Wald aber und Bongarder Buſch iſt gar kein Holtz zu fällen erlaubet bei 12 fl. Straf, das Holtz aber welches im Wald von Wind und Schnee niederfällt ſoll man jährlich in die Klaffter machen laßen und auf das Rath-Hauß führen und auf dem Thurn gebrauchen und wenn etwa Gäſte zur Stadt kommen.

15. Es wird ernſtlich verbothen die Teich oder Weyher umb die Stadt zu Wießen Erb zu machen, ſondern es ſoll ein jeder ſchuldig ſeyn, dieſelbe auszuputzen, Rinnen legen zu laßen und mit Waßer zu verſehn oder aber Sumpen und Moraſt daraus werden zu laßen bei Verluſt des Erbes, welches Ein Löbl. Magiſtrat denen geben ſoll, ſo es aufbauen wollen oder können.

16. Auf Stadt Hattert ſollen keine Schaffherde, ſie ſey auch wem ſie wolle, zu weyden gelitten werden.

17. Vor der Stadt iſt niemanden frey etwas, was dem Markt zugeführet wird, zu kauffen; Griechen und andre Frembde aber ſollen wann ſie etwas es ſey vor Mund-Koſt oder Fourage von Nöthen haben in der Stadt und von den Stadt Leuten erkaufen und die hierwieder handeln nach Geſtalt des Frevels geſtrafft werden.

18. In gemeinen Stadt- und Zech-Haußern iſt ohne Erlaubniß Eines Ehrſamen Weiſen Raths keiner Privat-Perſon einen Zeiger auszuſtechen frei, bei Verluſt der Waar.

19. Zinnß und Taxe ſollen von Einem ganzen Löbl. Magiſtrat und Communität angeſchlagen; die Markzahlung aber von Einem Löbl. Magiſtrat wie auch den Elteſten von Einer Löbl. Hundertmannſchaft mit Zuziehung der Nachbarhannen ohnpartheiiſch verrichtet werden.

20. Die Hochzeit- und Leichen-Ordnung ſoll nach den gedruckten Artikuln, die Feuerordnung aber nach der mündlich gethanen Tradition immer und fleißig obſerviret werden.

21. Daß die unſrige bürgerl. Sächſiſche Handelsleute vor Frembden groß praerogativen haben iſt noch aus denen Privilegien, welche heut zu Tage vorhanden, genugſam zu erſehen und nicht zu vergeßen wohero denn ganz klar zu wißen, wie die Griechen und andre Frembde Kauffleute ad tempus auch ſo weit und wie man will toleriret und gelitten werden und müſſen die Frembde den Einheimiſchen, wann ſie die Stadt mit Waaren genüglich zu verſehen und in gleich billigem Preiß zu geben ſich unterſtehen, weichen; und ſoll kein Stadmann ſich mit einem Frembden vergeſellen: mit ihm zu handeln noch Geld auf halbem Gewinn oder Verluſt ausleyhen bei Straff des Provincial Poen Falls.

22. Alle Jahre ſollen alle diejenigen, ſo öffentl. Aemter verwaltet und zwar zu Kriegszeiten vor denen Winter Monaten; zu friedens Zeiten aber alsbald nach Weynachten vor ihren Amts-Verwaltungen richtige Rechnung geben, darauf auch die Amts-Erwählung ſo es immer möglich ohne Aufſchub erfolgen.

23. Dem heiligen Werke der Erwählung praesidirt der N. W. H. Königsrichter im Beyſeyn des Weiſen Herren Hundert-Mann Wortmannes und vier älteſten Zechmeiſter der großen Zechen und des Herrn Notarii Amt die Stimmen ordentlich zu notiren und hat der Herr Königsrichter ſieben; der H. Notarius zwey, der H. Hundertmann Wortmann auch zwey, die übrigen alle durch und durch eine Stimme, ſo dann potiora vota concludunt.

24. Weil die Stimmen frey ſo ſoll ſich niemand, er möge ſeyn wer er wolle unterſtehen jemanden zu corrumpiren: und iſt bei deſſen Erwählung zu einem Amte, der noch keinmahl drinnen geweſen iſt, wohl Achtung zu geben, damit er tüchtig ſey das Amt zu verwalten, dann nach Inhalt der Rechte dem ſo ein Ehrenamt getragen nicht hernachmals ein geſchäfftig oder Bürdenamt auferleget werden ſoll, darum ſollen auch in der Erwählung auch gewiße Grad und Ordnungen gehalten werden, alſo daß jene ſo die höchſten Aemter verwaltet haben nicht zu niedrigen noch geringen gezogen werden: Die aber, die geringere als Bürdenämter getragen, mögen wohl zu höhern geruffen werden: wie ſolches von Wort zu Wort aus unſren Statuten Lib I. Tit. I. §. 2 her überſchrieben.

25. Das Jus und Recht die H. Stadtpfarrer, Stadtprediger zu erwählen und zu berufen ſtehet bey Einem ganzen Ehrſamen Weiſen Rath und der Löbl. Communität.

Caput II-dum.

Von der Schuldigkeit der N. W. W.[1]) Herren Officialium und ganzen Ehrſ. W. W.[2]) Raths.

26. Dieweil eine chriſtl. Obrigkeit Custos Sacrorum und des reinen Gottes Dienſt von Gott geſetzet iſt, ſo ſoll ſie fleißig Acht haben, damit in der Gottes Lehre und chriſtlichen Kirche alles nach der Ermahnung Sct. Pauli fein und ordentlich zugehe und frembde Lehre, weder öffentlich noch verblumet gelehrt werde, ſo iſt ſie auch eine Hüterin der Löbl. Kirchengebräuche und ſoll dieſelben Hand zu haben ſchuldig ſein.

27. Gleich wie der hieſige Stadt Magiſtrat ein magistratus Metropolitanus iſt, alſo ſoll er ſich das Aufnehmen der gantzen Nation und in specie unſrer Hauptſtadt Hermannſtadt recommendieret ſeyn laſſen; ein Allergnädigſt Kaiſerliches Diploma, die beneficia der National Contract Privilegien[3]) alte

[1]) Namhaft Vorſichts Weiſen.

[2]) Wohl Weiſen.

[3]) Diploma Leopoldinum, Accorda &c., ſ. *Teutsch* Sachſengeſchichte Seite 627, ſiehe hier Rechtsgeſchichte Seite 158 und meine Ueberſetzung in der Ausgabe ſiebenbürgiſcher Landes-Geſetze: „wichtigſte Verfaſſungsgrund-Geſetze" Seite 76 ꝛc.

nützlich und löbliche Gebräuche und Ordnungen aufrecht und ohne reflexion auf Gunst oder Ungunst, so zu Hauße, als bei denen Landtagen und Conventibus eifrigst zu handhaben, die Senatus consulta zu Nutzen und Frommen der lieben Burgerschafft richten und exequiren Recht und Gericht nach Innhalt unsrer Statuten gewissenhaft sprechen, auf Pupillen und Weysen ein sonderbahres Aug haben und sie versorgen, die aedificia publica so viel als möglich in gutem Bau erhalten und was immer der Societät zum Besten ersonnen werden kann fleißig thun und laßen.

28. Demnach die Städe in Siebenbürgen aus Hand-Werksleuten mehristens bestehen, so solle eine fromme Obrigkeit jeder Zeit dahin trachten damit die Zech-Leuten in ihrer alten Freythume manuteniret und erhalten; hingegen aber die Stöhrer in der Stadt und Stuele Jurisdiction abgeschafft werden nicht weniger in Szilist und Talmatscher Stuel zumahlen da eine oder mehr Zechen auch auf Edelboden den Stöhrern wehren zu können privilegiret seyn. Ne turpiter Doctorem ipsum culpa redarguat.

29. Der gesammte innere Senatus soll den äußern oder Eine Löbl. Hundertmannschaft gebührend respectiren.

30. In Bestellung der vacirenden Stellen in einem Ehrsam W. W. Rath und Notariats soll ein Löbl. Magistrat keine Zeit verlieren sondern — wann sonsten die Herren Officiales und Amplissimus Senatus beysammen und nicht durch einen Landtag oder andre Expedition distrahieret ist, sobald einer von E. W. W. Rath stirbt den nächsten Sonnabend darauf die Stelle ersetzet werden Und wie:

31. In allen Promotionibus die Capacitaet und Tüchtigkeit vor allen andern Respectibus zu attendiren ist: also sollen nach den uhralten Constitutionibus, auch wohlgeordneten Polizey-Ordnungen Väter und Söhne, rechte Schwiegerväter, Eydam, Schwäger, Brüder und gar zu nahe Bluts-Verwandten in Einem Ehrsamen W. W. Rath bey einander zu sitzen nicht, sogar auch nach Ableben der Person, wodurch die Schwägerschafft gestifftet soll kein rechter Schwager, er wäre denn allen andern an Verstand und Geschicklichkeit weit überlegen in E E. W. W. Rath eingezogen werden; die Notariats-Stelle wird einer Raths-Stelle gleich geachtet.

32. Die Obrigkeits und Magistrats Personen sollen alle Hülf und Rathsbedürfftigen gerne vorlaßen verhören und ihnen an Handen gehn.

33. Medicos, Apotheker, Porcolab, Hopner, Secretarios, Amanuenses, Marktrichter, Spitals-Väter, Theil-Herren, Zuschließer, Procuratores, Kertzer-Spane, Stadtreuter, Trabanten Thorhüter u. d. gl. stehet bey Einem Amplissimo Senatu zu bestellen. —

34. Sollten die Herren Officiales Supremi und E. E. W. W. Rath, daß der ungegründete Wochen-Markt zu Heltau niemahlen aufkomme, fleißig sorgen. —

35. Den Victum gratuitum oder Gaszdalkodás sollen die A. W. HE. Officiales und Ampliss. Senatus nach Innhalt des 18 Eines Allergnädigsten

Kayſerl. Diplomatis je mehr und mehr und gar gänzlich abſchaffen; Poſtpferde und Vorſpann außer Kayſerlicher unumgänglich thuender Dienſte niemanden geben, ſogar Edelleute und andre Fremde, wenn ſie in die Stadt kommen auf den Gaſt-Hoff und nicht in Burgers Häußer logieren es ſey denn es käme in publicis negotiis eine benahmte vornehme Perſon, wobey pro discretione ein obriſt-Amt-Herr zu dispensiren wird geruhen [1]).

36. Die Honoraria koſten viel, wir aber ſein arm, wann indem auch einem etwas, dem andern aber nichts gibt ſo giebt es consequentien und Aergernüße, derowegen ſoll Eine Löbl. Obrigkeit entweder gar nicht oder da es gar wohl angelegt und da es auch weißlich mäßig Geſchenke anwenden.

37. Wann Edelleute zum Bauen oder Feld-Arbeiter aus dem Stuel umſonſt begehren, ſo ſoll ihnen ſolches abgeſchlagen werden, damit es in keinen Mißbrauch kommen und der 18. Articul des Kayſerl. Diploma wohl observieret werden.

38. Die Uebertreter der Senatus Consultorum ſoll Ein Ampl. Senatus mit Consens der N. F. W. Herren Officialium der Billigkeit gemäß abſtraffen und in den Beſtraffungen mehr den gelindern als ſtrengen Weg gehen; auch die Proportion des Vermögens weiſlich und chriſtl. erwegen, indem Einem Wohlhabenden 100 Ufl. als einem Armen 1 fl. zu verliehren geringert fället, die Strafen alſo mehr zum Schrecken als eignen Nutzen attemperiert werden müßen. Strictum enim jus, saepe lata injuria. —

Caput III^tium.

Von der Schuldigkeit und Praerogativ der 4 N. W. Weyſen Herren Amtsherren.

39. Die Sallaria und Accidentia welche die N. W. W. Herren Officiales und Senatus Ampl. von Altersher gehabt und wie ſie theils in denen Regiſtern zu finden, theils auch wegen ein und anderer Handlungen separate protokollieret, ſollen ſie gebrauchen, weiter aber nicht greiffen.

40. Dem HE. Officialibus gebühret die Inspection der Republic nach eines jeden Amtes Eigenſchaft. Sie viere zuſammen aber haben das Jus nach der Election Einem Amplissimo Senatu die übrigen Officia, wie ſolche einer und der andre zu verwalten vor tüchtig befunden wird, aufzutragen. Wo dannach habendus aetatis Senatoriae Respectus und muß ohne erhebliche Urſach einem Inferiori nicht zu Kürze eines Senioris ein Amt gegeben werden. —

Caput IV^tum.

Von der Schuldigkeit und praerogativen und zweyen obriſten Amtsherren.

41. Aus beyden obriſten Amtsherren beſtehet ſowohl Einer Löblichen Univerſität als der Stadt Hermannſtadt Duumvirat, darummen ſie beyde das Bleiben und Nutzen der gantzen Nation, wie auch unſrer Stadt eyfrich zu ſuchen und

[1]) Siehe hier III. Band Seite 302 ſammt Note.

allem Uebel und Praejudiz vernünftig zu begegnen hauptſächlich ſchuldig und verbunden ſeyn. Darummen es von nöthen, daß Sie ſich miteinander wohl comportieren Einer den Andern gebührend als ſeinen Collegam respectire; auch keine National und zwar einige Gravamen und Beſchwerniß nach ſich ziehende Sach Einer ohne Vorbewuſt und Consens des andern vornehme und thue, geſtalten ſolches die Eigenſchafft des Duumvirats erfordert. Und iſt

42. Nicht ohngefähr, ſondern eben deswegen von Alters her ſo receptieret, daß in der Stadt Ein R. W. W. HE. Burgermeiſter, außer der Stadt aber Ein R. W. W. HE. Königsrichter die praecedenz hat, damit daraus wer dem Grad und Rang nach mehr und höher ſey, gleichſam zweifelhaft gemacht und beyde vor gleich hoch als Duumviri angeſehn und gehalten werden mögen. Welcher Löbl. Gebrauch auch ungeändert ſeyn und behalten werden ſoll, in maßen hierinnen die prarogativa Metropolitana und Provincialis ganz klar gezeiget wird. Jedoch ſollen beyde Aemter, als deren Eines specialiter auf das Oeconomicum, das andre auf das Jnstitz-Weſen ſiehet, uneonfundieret und distinguiret bleiben.

43. In die Landtäge ſollen ſo es immer möglich Sie beyde ſich einfinden.

44. Ein R. W. Herr Burgermeiſter hat die Macht in des R. W. HE. Königsrichter, dieſer ingleichen in jenes ſeine Fehler zu ſehen, welches die Ordnung bringt, damit nicht einer oder der andre ſich gantz außer aller Dependenz zu ſeyn vermeyne. Wie dann auch im Fall eines gerichtl. Prozeſſes ein HE. Königsrichter assidente toto Senatu des HE. Burgermeiſters ſein Richter und Jnſtantz ingleichen Ein HE. Burgermeiſter Senatu Similiter toto Assessore des HE. Königsrichter ſein Richter und Instanz iſt und bleiben ſoll. Beyde aber zuſammen Assessore Amplissimo Domino Sedis Judice als Incl. Loci Judicatus Membro der W. Herren vom Rath ihr Jnſtanz ſeyn und zwar der Herr Burgermeiſter, weil er ein Meiſter der Bürger oder Rath-Herren, welche nicht bloße Stadt-Burger ſondern nach Jnhalt der Privilegien Senatores Provinciales ſeyn, die zwey Herren Richter aber, weil ſie das ordentl. Gericht der Stadt ſein und verrichtet die Citation der HE. Hopner, die Appellation aber gehet an Einen Amplissimum Senatum und alſo weiter. —

45. Ein Casus Senatoris, welcher eine Degradation nach ſich ziehen kann ſoll in vollem Siz Eines Löbl. Magistrats erörtert und decidirt werden. —

46. Beyde oberſte Amts-Herren exercieren das Jus Patronatus in Beſtellung der vacirenden Parochien, Stadt Diaconat, Lectorat, Cantorat, Collaboratur und deren Dienſte, welche ſie uhraltem Brauch nach mit dem Ven. Domino Pastore et Ven. Capituli Decano zu beſtellen haben, welche Sie wie bemeldt mit dem Vener. Domino Pastore mit tüchtigen Subjecten zu beſtellen ſchuldig und verbunden ſeyn ſollen, damit Kirch' und Schuel wohl erbauet und die Schuljugend durch der Praeceptorum Ignorantz nicht verſäumet werde. — Wie ſie dann als Supremi Inspectores auf Kirch' und Schule ein wachſames Aug zu haben ſchuldig ſeyn. —

47. Gleich theilen ſie aus der bis auf den heutigen Tag bekandten Praxi einkommende gewiße Zehenden und Arrenden Item Schaaf und s. v. Schweins

Mauth im Tallmiſcher Stuel, wie auch die Birsagien daſelbſt, ingleichen haben Sie in eben dem Stuel die Mühler und Mühlen, daher Sie die Proventus ablöſen und haben beyde zuſammen die Macht die Mülers daſelbſt zu beſtellen und das Hermannſtadt eine Special praetension am Talmiſcher Stuel iſt nicht zu vergeſſen daß im J. 1539 von Stephan Mayláb Wayden in Siebenbürgen mit 2000 fl. ingleichen als der Herzog von Lothringen Höchſtſeligen Andenkens in's Land gekommen die Stadt vor bedeuteten Stuel 14/m fl. bezahlt und alſo dieſen Stuel pro hypotheca inne hat. —

48. Auch conſtituiren Sie beyde ein Judicium, wohin die aus Tallmatſer Stuel von dem Porcolaben appellirende Casus transmittirt werden [1]).

Caput V^tum.

Von der Schuldigkeit und praerogativen des N. V. W. H. Bürgermeiſters in Specie.

49. Wie das Consulat ein Officium Politico-Oeconomicum iſt und aus guter Rechnung gute Wirthſchaft beſtehet, alſo ſoll der HE. Consul jährlich de omnibus perceptis et Erogatis ſowohl Einer Löbl. Univerſität und Ampl. Dnorum Septem Judicum als auch von der Stadt- und Stuhls-Einnahme und Ausgaben der Republic richtige Rechenſchaft geben, und damit ſolches umſoviel richtiger beſtehe, ſo ſoll:

50. Ein HE. Burgermeiſter ordentl. Regesta halten, worein von Tag zu Tag Er durch den HE. Notarium und Amanuenses die Einnahm' und Ausgaben tragen laſſen ſoll. Auch weil er

51. Eben der obriſte Inspector des Wirthſchaft-Weſens iſt, ſo ſoll Er auf alle Officialia Oeconomica Inſpection zu haben ſchuldig ſeyn. Auch nicht weniger

52. iſt der Herr Consul aller Stadt Sallaristen, wie auch Nachtsgraſſanten und Reſchinarer ihr Richter und ſoll Er die Sallaristen juriret halten und ſie nach den Statuten richten. So hat er auch die von Reuſſen, Sittwe, Volkats, Groß- und Klein-Probſtdorff und Rakovieza appellirende Casus zu erörtern.

53. Die Anlagen im Stuel ſoll Ein Herr Consul nach Proportion des Vermögens und Standes anordnen und von Einem Ampliss. Senatu ratificieren laſſen.

54. Iſt ein Herr Consul in Einer Löbl. Univerſität [2]) und Ampls. Senatus Session der Praeses, darum ſein Amt iſt die Sachen zu proponiren, zu Discursen Anlaß zu geben, die vota ordentlich einzunehmen, ſodann wann secunda potiora vota ein Conclusum geſchieht, ſolches dem, dem ein Conclusum zu exequiren zukommt auftragen und anzubefehlen, oder wenn es ſein Amt anbetrifft, ſelbſt fleißig zu exequiren.

---

[1]) Siehe hier III. Band Seite 158, Note 2.

[2]) Bis 1796 wo dieſe Provinzialbürgermeiſterſtelle aufgehoben wurde und fortan der Comes in der Univerſität präſidirte; doch blieb der Hermannſtädter Bürgermeiſter deſſen Stellvertreter oder der erſte Hermannſtädter Deputirte.

55. Wann Eine Löbl. Communität convocieret werden ſoll, ſo ſoll der HE. Consul dem Hundertmann-Wortmann Tag zuvor von der abhandelnden Materie informieren, damit ehe Eine Löbl. Communität in die Rathſtuben hineintritt, ſie ſich untereinander vernehmen und deſto füglicher zu Sachen reden können.

56. Die Cursus in Eine Löbl. Univerſität zu expedieren iſt eines HE. Consuls Beruf: communicato tamen conceptu Domino Judici Regio.

57. Gebühret die Inspection der Bürgerlichen Nachts- und Thor-Wachten dem HE. Consuli.

58. Neben ſeinem Sallario ordinario und den Ihm und dem HE. Königsrichter gleich wie ob berührt, gebührenden Proventibus hat HE. Consul allein die Schaaff- und Schweins-Maut zu Reſchinar wie auch die Birsagien daher und gebühret die Hammersdorfer Zehntquart auch dem HE. Burgermeiſter allein. —

59. Den Reschinarern ſoll ſo lange der HE. Consul ihnen (jedoch in billigem Preiß) Wein zu leikewen zu geben hat von keinem andern — auch wenn Er keinen geben will oder kann, außer des Stuels keinen Wein zu kauffen erlaubt ſeyn. Auch ſeyn ſie dem HE. Consuli Mäder und Handreichung bei ſeiner Oekonomie ſchuldig, doch muß auch darinenfals ein moderamen observieret werden, damit ſie auch der Stadt zu gut mögen arbeiten können.

60. Pflüge und Schnitter ſoll Er aus dem Tallmischer Stuel haben.

61. Soll der HE. Consul den Reschinareren nicht geſtatten, über die ihnen von Alters her assignierten Terminos, als wo vor Zeiten der junge Wald gewendet und von Mittag gegen Mitternacht der Graben von einem Berg herunter durch das Thal nebſt der Mühlen über den andern Berg gegen Mitternacht gehet, gegen die Stadt zu kommen und auff Stadthattert zwiſchen denen Burgern Eigenthümer zu beſitzen, wie dann gegen Reschinar zu jenſeits des Grabens der Fundus Juris Consularis — dießeits aber des Grabens gegen der Stadt zu, gehöret für das Löbl. Judicat.

Caput VI^tum.

Von der Schuldigkeit und praerogativen des N. V. W. HE. Königsrichters in ſpecie.

62. Ein HE. Königsrichter ſoll bey Antrettung ſeines Amts aufs neue juriert werden und ſich Gott, der Augsburgischen Confeſſion, geſammter Sächſiſcher Nation und Stadt Hermannſtadt, wie auch zur Handhabung Eines allergnädigſten Diplomatis der National-Contract Beneficien und aller ſo Gemeyn als Zech-Privilegien Gerechtigkeiten guten Gebrauch und Ordnung kräfftiglich verbinden. —

63. Ein Hermannſtädter HE. Königsrichter iſt zugleich der ganzen Sächſiſchen Nation ihr Comes welcher der Stadt Hermannſtadt tanquam Metropoleos ihr Reservatum iſt; inmaßen ſo oft die Glorwürdige Könige des Comitis Nationalis in den Privilegien gedenken, ſo nennen Sie ihn indiscriminatim auch

einen Königsrichter zu Hermannstadt, welcher von Einer Löbl. Communität erwehlt von Königl. Majestät confirmiret und Comes Cibiniensis genennet werden soll.

64. Auf das Justizwesen in der ganzen Nation soll er tanquam Comes fleißige Inspection haben, auch selbst nach unsren Statuten Gewißenhaftig und recht richten. —

65. Die Expeditiones in Politicis et Justitiariis liegen dem HE. Königsrichter ob — in gravioribus causis soll er ohne Zuziehung des R. W. HE. Stuhlsrichters kein Recht sprechen denn Sie beyde machen Ein Löbl. Judicat.

66. Die Causae Ecclesiasticae und Matrimoniales seynd an das Consistorium zu remittieren, jedoch kein Criminal-Casus ad dijudicandum dem Geistl. Gerichte zu gestatten. —

67. Die Birsagien aus der Stadt — exceptis qui Jurisdictioni Domini Consulis subsunt — und Stuel bleiben den beyden HE. Judices und gebühret das Zweytheil dem HE. Königsrichter; das Drittheil aber dem Stuhlsrichter wie sie dann auch von denen Wallachen aus dem Stuel die Schaff- und Schweins-Mauth auf gleiche Weise theilen. —

68. Wann ein Casus appellieret wird, so sollen die HE. Judices, nachdem sie die nöthige Relation gethan, abtretten und so dann Ein Ampl. Senatus das Urtheil fällen und in Ihrer Gegenwahrt als dann sprechen.

69. In den Erwählungs-Actibus soll der HE. Königsrichter als praeses weder heimlich noch öffentlich die libera vota zu hindern trachten, sondern jeden frey votiren laßen. —

70. Auch weil Ein HE. Königsrichter vi Diplomatis immer ein Mitglied Eines Hoch Löbl. Gubernii ist, so soll er daselbst der Nation Stadt- und Stuhls-Wohlfahrt vernünftig auch treu und eyfrich ohne Scheu und Partialitaet procurieren, dargegen man Ihm auch redlich zu stehen schuldig seyn wird.

71. Er ist auch privilegirter Reambulator Territoriorum in fundo Regio.

72. Neben Seinem Salario ordinario und dem Ihm und dem HE. Burgermeister gleich wie auch denen mit dem HE. Stuhlsrichter berührter Gestalt theilenden Proventibus, gebühret auch dem HE. Königsrichter allein der Reuszner und Tallmischer Zehnden. —

73. Weil das Weinleickeb im Tallmischer Stuel der Stadt nicht praejudicirt, so wird es nicht gewehret und hat der HE. Königsrichter: Pflüge Schnitter Arbeiter im Weingarten und Handlanger aus Tallmischer Stuel. Wo Er aber und wie viel Mäder, Drescher und Wägen nehmen solle ist aus dem Protocoll zu ersehen, worüber Er nicht greiffen soll.

Caput VII^tum.

Von der Schuldigkeit des V. W. HE. Stuhlsrichter.

74. Was zu Handhab und Verwaltung des Justizwesens dem HE. Königsrichter zu thun und zu laßen gebühret, dazu ist ein HE. Stuhlsrichter auch

obliegeret und verbunden. Dieweilen ſie beyde ein Judicium formieren. Dahero denn

75. Gleichwie in casibus gravioribus ein HE. Königsrichter ohne des HE. Stuhlsrichter kein Recht ſprechen ſoll, alſo kann und ſoll um ſo viel weniger ein HE. Stuhlsrichter ohne des HE. Königs-Richters einigen importanten Casum vornehmen noch decidieren. —

Caput VIII-vum.

Von der Schuldigkeit des HE. Stadthannen und andren Beamten.

76. Eines HE. Stadthannen Dienſt und Schuldigkeit iſt, die Groß- und Klein-Ring, auch alle Stadt-Gaſſen, Thor, Mühlen, Wege, Stege, Brunnen und Brucken rein und ſauber, auch in gutem Bau zu erhalten, auf den Stadthattert, Jungen-Wald, Bongarder Buſch, Stadtfelder, Ackerländer, Wieſen und alles was gemeyner Stadt zugehörig fleißig zu beſorgen und obwohlen —

77. Die HE. Marktrichters, Thorhütters und Feldſchützen ſeine Instrumenta und Handlanger ſeynd und dieſe ihre Dependentz von ihm haben ſo heißt es doch: Oculus Domini saginat Equum. Darummen Ein HE. Stadt-Hann auch ſelbſt zu ſehn was zu thun ſey und ſich nicht einzig und allein auf ſeine Subordinierte verlaßen ſoll.

78. Mit der Ihm anvertrauenden Wirthſchafft Einnahm und Ausgaben ſoll er umgehn als ein guter Hauswirth, damit keine unnöthige Koſt gemacht, der Sachen Wehrt und Arbeiter-Lohn nicht geſteigert, ſondern ſoviel als möglich geſparret werde, dahinn denn hauptſächlich dienet daß er

79. Nichts ausgebe noch machen laße — es ſey Ihm denn von denen N. V. W. HE. Officialibus Supremis anbefohlen, dahero Er dann:

80. Von allen ſeinen Einnahm und Ausgaben ordentlich und richtige Rechnung thun ſoll und wie alles was in ſeiner Verwaltung, es ſey von Geld oder Geldeswerth geſtanden, administrieret worden klar und deutlich zeigen und wann er etwas ausgiebt, ob es auch wohl des Geldes werht ſey wohl zu ſchauen ſoll. —

81. Der HE. Marktrichter ſoll um alle Wirthſchaft wißen und dem HE. Stadthannen täglich an Händen ſtehen, auch zur rechten Zeit, da ein und das andre bequem und wohlfeil zu bekommen zu Rath ſchaffen.

82. Die Herren Szelister Richter, ſollen in dem Szelister Stuel Recht und Gerechtigkeit befördern, gute Ordnungk in denen Anlagen nach Proportion des Vermögens der Leuthe halten und auf alle Weyſe Sorge tragen, damit die Szelister Stuhlsdörfer und Leute conservieret bleiben mögen: benenntlich in gravioribus ſich bey denen N. V. W. HE. Supremis Officialibus Raths erholen.

83. Der HE. Kirchen Vater ſoll auf Kirchen und Schule, damit ſie im Bau erhalten werden, nicht weniger auch auf die beweglichen Kirchen-Güter, Kleidungen, Argenterien, Deposita, Legata und Baarſchafften fleißige Sorge tragen: alles protocolliert, bey ſich halten und ofte durchſehen, das zu mahlen,

da jemanden aus der Kirchen-Cassa etwas vorgestreckt worden, zu gebührender Zeit wieder eineassieret werde.

84. Der HE. Kirchen-Vater soll zu eines Jahres Besoldung 100 fl. haben und bey Vergebung der Stellen in der Kirchen die Personen distinguiren und alles, was unter wes Nahmen es immer bestehe eine Stelle zu überkommen Ihme bezahlt wird in seiner Rechnung in den Empfang bringen, damit alles, was bey der Stellen-Lößung gesammelt werden kann der Kirchen zum Nutzen angedeyhe.

85. Die Herren Divisores sollen in denen Theilungen den Statuten gemäß verfahren, Witwen und Wayſen christlich ansehn, sie besorgen unpassionirt und unintereſſiert jedem das Seinige zu ertheilen, durch den Schreiber sauber Protocolla und Inventaria halten laßen auch in gravioribus an die N. W. HE. Officiales Supremo recurrieren oder da in der Theilung eine Sache nicht zu vergleichen wäre die Partheyen an Ein Löbl. Judicat verweiſen.

86. Der HE. Judex septem Pagorum soll in denen ihm anvertrauten Dörfern sich die Justiz und Gerechtigkeit anbefohlen seyn laßen; Statutenmäßig judicieren und in schweren Casibus sich eines Raths bey denen N. V. W. HE. Officialibus Supremis erhohlen.

87. Die HE. Almoſen- und Spitals- wie auch Waag- und Zehend-Verwalter, sollen eben so als der Herr Stadthann auf alle Einnahm und Ausgaben fleißige Sorge tragen und von aller ihrer Verwaltung fleißig und richtig Rechnung thun.

88. Der Bauherr falls ein extraordinari Bau ihm anvertraut würde soll achtung geben, daß die Materialien zur rechten Zeit zusammengeschafft und conserviert werden, die Arbeiter aber ihre Tag und andre Werke frisch und hurtig verrichten mögen.

89. Das Stadt-Magazin soll sauber und rein gehalten, die lieferende befördert in der Vermäßung gerecht verfahren und von aller Einnahm und Ausgab ordentliche Rechnung gethan werden.

90. Der Kupferhammerschmied soll von seinem Herrn Inspectore fleißig angehalten werden alle dem Publico gebührenden Gefälle, es sey von Kupfer oder Eisen Schmieden ohne Vervortheilung zu bezahlen, welche der Herr Inspector zu verrechnen schuldig ist.

91. Die Herren Notarius, Porcolab bey dem Rothen-Thurm, Hopfner, Secretarii, Amanuensenses, Expeditores, Haubtmann, Marktrichter, Commissarii, Zehendner, Quartiermeister und andre Stabtbedienten sollen sich nach ihren dem Publico gethanen Jurament, Instructionen und gestalter Dinge nach von dem Obern erhaltenden Befehlig und Commissionen fleißig und eyfrich richten.

92. Der Perceptor der Einkünften von Einführung der Wein soll Acht haben, damit der Wein-Schreiber sein Amt fleißig thue. Dargegen

93. Die Herren Hundert-Männer unausgeſetzt, wie einen jeden die Ordnung trifft, bey der Wein Hueth ſich einfinden ſoll bei unausbleibender Animadversion.

Es ſoll in Summa ein jeder, der ein Amt Dienſt oder Burgerliche Schuldigkeith ſie möge den Nahmen haben wie ſie wolle, zu verwalten hat, Gott vor Augen, ein gutes Gewiſſen zur ſteten Richtſchnur, einen eyfrichen Fleiß zur Aufmunterung und das allgemeine Wohl und eigens erwartende Ehre zum Zweck und Ziel haben, damit alles ſo geſchehe, als es geſchehen ſoll. — Und damit alles waß obig vorleſener maßen geſtifftet und aus einmüthigem Ratſchluß geordnet worden, nicht in Vergeßenheit gerathen, ſondern je und alle Wege in friſchem Andenken bleiben möge, ſo ſollen allemahl vor dem Actu Electionis dieſe Stifft und Ordnungk publice verleſen und jedem ſeine Pflicht und Schuldigkeit zu Sinne geführet werden. —

Gott führe uns auf gutem Wege und lehre uns ſeine Steige, daß wir thun was Recht iſt, damit Gerechtigkeit und Frieden ſich küßen, daß Treu' und Liebe unter uns wohne, daß uns der Herr Gutes thue, daß das Land ſein Gewächſe gebe, daß Gerechtigkeith immer vor uns bleibe und im Schwange gehe.

Amen.

Anmerkung. Viele andre Statute ſ. in meinen „Municipal-Conſtitutionen" (Hermannſtadt 1862) und in meinen „Deutſchen Rechtsdenkmälern" (Vereins-Archiv 1867/8).

Transsylvania.

Das

Statutar-Gesetzbuch

der

Siebenbürger Deutschen

(Sachsen)

im lateinischen und deutschen Texte mit comparativen Parallelnoten

von

Friedr. Schuler v. Libloy,

a. o. Professor an der k. k. Rechtsacademie zu Hermannstadt und Mitglied des Vereins für siebenbürgische Landeskunde.

Hermannstadt,

gedruckt und im Verlage bei Georg v. Closius.

1856.

Index Titulorum

in statutis jurium municipalium Saxonum in Transsilvania contentorum.

Liber primus.

		Pag.
Titulus I.	De electione et officio judicum	137
II.	De citatione in jus	140
III.	De contumacia partium	142
IV.	De actore et reo	143
V.	De probationibus et testibus	145
VI.	Quae personae testimonium dicere vetantur	149
VII.	De probatione instrumentorum	151
VIII.	Quod testes ante litis contestationem non sunt producendi, nisi pro perpetua rei memoria	152
IX.	De jure jurando	153
X.	De sententiis judicum	156
XI.	De appellationibus	157
XII.	De executione rei judicatae	165

Liber secundus.

Titulus I.	De ritu nuptiarum	168
II.	De successionibus ab intestato	171
III.	De tutelis	176
IV.	De divisione bonorum inter parentes et filios eorum	179
V.	De testamentis	183
VI.	De rebus legatis	188

Liber tertius.

Titulus I.	De mutuo et commodato et de solutionibus	191
II.	De pignoribus	193
III.	De jure creditorum et debitorum	196
IV.	De locato et conducto	199
V.	De deposito	201
VI.	De emptione et venditione et rerum praescriptione	203
VII.	De fidejussoribus	208
VIII.	De receptis arbitris et transactionibus	209
IX.	Si quadrupes pauperiem fecerit et de noxalibus actionibus	210

Liber quartus.

Titulus I.	De publicis judiciis	214
II.	De furto et vi bonorum raptorum	216
III.	De homicidiis	219
IV.	De homagiis praestandis	221
V.	De injuriis verbalibus	222
VI.	De falsis et de his, qui notantur infamia	223
VII.	De adulteriis	224
VIII.	De bonis damnatorum	227

Register derer Titul.

Seit

Vorrede des Mathias Fronius von 1583 233

Das erste Buch.

Der 1. Titul. Von Erwehlung der Amptleut und ihrer Schuldigkeit . . 241
2. Vom gerichtlichen Fürladen 243
3. Vom Ungehorsam der Partheyen 245
4. Von Kläger und Angeklagten 246
5. Von Beweisung und Zeugen 248
6. Welche Personen nicht zeugen mögen 252
7. Von Beweisung der Schrifften 254
8. Daß, ehe es für Gericht nicht geklaget wird, man nicht Zeugnüß stellen kan, es sey denn zu ewigem Gedächtnüß 255
9. Vom Eyde 256
10. Vom Urtheil der Richter 258
11. Von Appellation 259
12. Von Gnugthuung auff erlangtes Recht 262

Das andere Buch.

Der 1. Titul. Von Heyrath und Ehe-Sachen 265
2. Von Anfall der Güter auffer dem Testament 268
3. Von Vormundschafften 271
4. Von Theilung des Erbfalls zwischen Eltern und Kinder . . 276
5. Von Testamenten 282
6. Von bescheydenen Gütern 287

Das dritte Buch.

Der 1. Titul. Von Außleyhung Geldes und anderer Sachen und derselben Erstattung 289
2. Von Pfand und Pfandschafftung 291
3. Vom Recht der Schuldherrn, und der Schuldiger Gegen-Recht . 294
4. Von Verleyhen, Bestehen, Dingen und Verdingen . . . 298
3. Von beygelegtem Gut 300
6. Von Kauff und Verkauff, Erstzung und Verjahrung . . . 302
7. Von Bürgen 307
8. Von willkührlichen Richtern und Verträgen 309
9. Von Schaden unvernünfftiger Thiere, und erlittener Beschädigung 310

Das Vierdte Buch.

Der 1. Titul. Von öffentlichen Gerichten und peinlicher Frage . . 314
2. Von Diebstal und geraubten Gütern 317
3. Von Todtschlägen 321
4. Von Abtrag umb Entleibung oder Sühnen 323
5. Von Schmach-Reden 324
6. Von Falschheit, und Sachen, dadurch man unehrlich wird . . 325
7. Von Ehebruch und Hurerey 327
8. Von Haab und Gütern der Ubelthäter und Verurtheilten Personen 331

Nachwort 335

Zweiter Anhang.

Jura municipalia

universitatis Saxonum Transsilvaniensium.

1583.

NOS STEPHANUS

dei gratia, Rex Poloniae, Magnus dux Lituaniae, Russiae, Prussiae, Masoviae, Samogitiae, Kioviae, Voliniae, Podlachiae, Livoniaequę etc. dominus, nec non Transsilvaniae princeps. —

Ad perpetuam rei memoriam.

Etsi principes multis praeclaris atque propemodum divinis virtutibus excellere convenit, praesertim eos, quorum imperio plurimae et diversae gentes subjectae sunt; animadvertimus tamen, duabus potissimum rebus, pro temporum vicissitudine Indigere; militiae armis sive ad defensionem, sive ad amplificationem imperij, domi aequabilitate juris, qua subditos in officio retineant. Quibus duobus vinculis, ut omnia imperia coalescunt, ita ijs dissolutis, collabuntur. Et enim nobis, divina benignitate primum ad Transsilvaniae Principatum, deinde ad hoc Regiae dignitatis fastigium evectis, praecipua ac perpetua cura fuit ut utroque tempore, utrumque quantum In nobis esset omnibus subditis nostris, paterna quadam sollicitudine, praestaremus; cuius rei prima occasio Nobis sub initio regiminis nostri data est, dum sublatis civilibus dissidijs, quibus hoc regnum, ob varia studia laborabat, certa iudiciorum tribunalia constituimus, ne nobis bello foris occupatis, inter arma leges prorsus silerent, sed unicuique iure iusticiaque administrata, libertati, saluti, ac tranquillitati publice recte consuleretur. Qua in re, dum de aliis quoque provincijs, imperio nostro subjectis soliciti essemus, vicinorum barbarorum importuna insolentia nos ab instituto nostro retraxit. Nunc Itaque conatus nostros deo promovente, triennalis belli Moscovitici laboribus exantlatis, hoste a cervicibus subditorum nostrorum remoto, recuperatis provincijs a Magno Ducatu Lituanlae superioribus annis avulsis; Liuonia denique e faucibus barbarorum extorta et regno nostro applicata, ad Institutum nostrum reversi sumus, recuperataeque Livoniae, quae sub Tyranno hoste per multos annos, nullis legibus, sed arbitrio barbarorum vivebat, scripta jura dedimus. — Postquam vero ad Ungariae fines proprius accessissemus, nostrarum partium esse putavimus, etiam rationibus praedicti regni nostri Transsilvaniae providere. —

Itaque dum inter alios eiusdem provinciae nostrae subditos, fidelium nostrorum universorum Saxonum legati, fideles nostri, Egregius Albertus Siveg Judex Regius civitatis nostrae Cibiniensis, ac Prudentes et Circumspecti Dominicus Ditrich Judex Regius Segesuariensis, Mathias Fronius civis juratus Brassouiensis, Joachimus Coch Magister civlum Megiesiensis, Caspar Budaki Judex Bistriciensis, Civitatum nostrarum Transsylvanicarum, huc in Poloniam ad nos missi, venissent, Nobisque praeter alia privilegia antiquorum Ungariae Regum confirmanda, etiam codicem iuris municipalis, seu legum et consuetudinum, longo usu et observatione receptarum, inque quibusdam locis, de communi Saxonum ipsorum consensu auctarum, ac in quatuor libros et certa capita distinctarum humilime nobis obtulissent, Supplicantes, ut instar aliarum gentium et nationum, quarum leges litterarum monumentis mandatae sunt, ne soli consuetudini, quae incerta, mutabilis et obliuioni obnoxia est niteretur, praedictis juribus ac consuetudinibus, auctoritatem nostram Regiam impertiremus, illisque vim iuris scripti tribueremus et omnia in eo contenta quoad omnes clausulas, sensus, capita, articulos, in formam privilegii nostri redigi facientes admittere, approbare, eisdem universis Saxonibus et eorum haeredibus, ac posteritatibus, pro perpetuis legibus et consuetudinibus valitura de Regia nostrae potestatis plenitudine, roborare et confirmare dignaremur, cuius quidem codicis tenor sequitur in haec verba:

Statuta jurium municipalium

Saxonum in Transsilvania.

LIBER PRIMUS.

Titulus primus.

De electione et officio Judicum.

§ 1.

Quoniam universi Saxones in Transsilvania, civitatum scilicet, septemque et duarum sedium, a divis Regibus Ungariae libertate privilegys et his praerogativis donati sunt, ut suos magistratos, magistrum nempe Civium, Judices, et villicos, singulis annis post festa nativitatis domini, per libera et communia communitatum suffragia, ex ipsorum juratis eligant; ceteri vero jurati per recens electum Magistratum pro antiqua cuiuslibet loci consuetudine eligantur tales, qui rebus publicis ipsorum idonei et utiles fore videntur, atque post anni decursum, muneribus defuncti, administrationis suae honestam Senatui rationem reddere possint —

§ 2.

Necessarium et utile visum est, ut in electionibus certi observentur gradus, nam honorem sustinenti munus imponi non debet, munus vero sustinenti honor deferri potest. Maioribus enim honoribus functos ad minores revocari non oportere, rationis est, *) hoc addito, ut approbata vetus consuetudo, pro loci et temporis ratione, cuique salva permaneat.

Anmerkung. In dem Originale erſcheinen keine § § angegeben — doch ſind die einzelnen Abſchnitte deutlich durch neue Anfangszeilen hervorgehoben.

*) Tertirung nach Honterus Comp. J. C. — römiſche Parallele in Lib. 10, Digest 50. tit 4. — von hoc addito: Zuſatz der Univerſität. Bei Bomel fehlt § 2 und es lautet § 1. Quoniam universi Saxones in Civitatibus,

§ 3.

Universae autem controversiae civium primo debent coram judicibus ordinariis agitari, a quibus deinde ad Senatum provocare pro causae cujuslibet qualitate et civitatis consuetudine licet. *)

§ 4.

Judices cum suis assessoribus debent omnes caussas, quae jure sunt decidendae, iusta et plena cognitione rerum discutere, atque a judicibus liberum est cuilibet ad Senatum provocare, in omnibus tam parvis caussis, quam magnis, exceptis solis criminalibus. In casu autem criminali Judices extra scitum et cognitionem Senatus, sententiam capitalem nec ferre soli nec exequi debent.

§ 5.

Judex in primis observare debet, ut aliter non judicet, quam quod legibus aut constitutionibus aut moribus proditum est. **)

In quibus autem caussis scriptis legibus non utimur, id sequi oportet, quod moribus et consuetudine introductum est. ***)

Nam longa consuetudo, quae utilitates publicas non impedit pro lege servabitur. †)

§ 6.

Non possunt autem neque leges, neque senatus-consulta ita scribi ut omnes casus, qui quandoque inciderint comprehendantur††) tamen cum in aliqua caussa eadem subest ratio, is qui jurisdictioni praeest, ad similia procedere atque ita jus dicere debet.†††)

---

in duabus et septem sedibus a Divis Regibus Hungariae libertate privilegiis et praerogstiva donati sunt, ut suos magistratus, nempe: magistrum civium, judices, vilicos et juratos cives singulis annis post festa natalis Domini per libera et comunia suffragia universitatum eligant ex ipsis, qui rebus publicis ipsorum idonei et utiles fore videantur.

*) Die Bomel'ſche Tertirung iſt merkwürdig verſchieden: Universae causae inter cives motae debent primum ante vilicum produci ac deinde ad Judices provocari.

**) Honterus aus Inst. IV. 17. pr.

***) Digest. I. 3. l. 32 princ.

†) Zuſatz von Fronius; Bomel hat blos die §§ 1, 3 und 4.

††) Digest. I. 3. 10.

†††) Analogie cf. Digest. I. 3, 13. (Honterus I. 2.)

§ 7.

Quidquid autem his legibus specialiter non est expressum id veterum legum constitutionumque regulis, Imperatorio jure comprehensis, omnes relictum intelligant.

§ 8.

Judices oportet inprimis rei qualitatem plena inquisitione discutere et tunc utramque partem interrogare, num quid amplius*) addere desiderent, quod alterutri partium deserviat.

Hofreſcript vom 20. December 1799. G. Z. 3369. **)

Sua Majestas Sacratissima comperta eo, quod in administratione justitiae apud fora Saxonicalia a spiritu legum municipalium L. I. 1. 8. summarium procedendi modum praescribente arbitrarie procedatur ac cum temporis et sumtuum dispendio causae etiam minores quae verbaliter duntaxat pertractari deberent non solum ad formalem processum inviari solent, sed et contra omnem ordinem et in obversum etiam legum municipalium diversa beneficia et remedia juris causis civilibus minus competentia pro diversitate locorum adhiberi consueverint, quin imo fusis et in longiorem molem excrescentibus advocatorum allegatis et studiose quaesitis involutionibus partes litigantes longiori tempore cum gravi facultatum suarum jactura justitiae administrationi frustrari et carere debeant, ne illegalem ac noxium hunc abusum cum damno et injuria causantium ultro continuari contingat: virtute h. Decreti aul. die 28. Nov. 1799 emanati interea etiam, donec de celeriori †) et magis adaequata justitiae administratione suo tempore ea, quae prospicua videbuntur atatumminata fuerint sequentia omnibus publicis Saxonibus pro necessaria sua directione et stricto observamine injungenda clementer decrevit:

I. Ut universae causae liberum Saxonum in oppidis ac pagis aliorumque eo pertinentium incolarum more antiquitus observato verbaliter assumantur, et summarie duntaxat pertractentur, processu scripto et protectione procuratorum penitus cessante.

II. Eandem modalitatem in civitatibus etiam inter cives et incolas respectu minoris momenti objectorum nullisque gravioribus quaestionibus obnoxiorum observandam esse et si per concernentem Judicem verbalis aliqua causa ad processum scriptum relegata fuerit, ratio-

---

*) Novi aus Codex III. 1, 9.

**) cf. Hermannſt. Magiſtrats Z. 168 und 464: 1800.

†) cf. G. Z. 2706: 1805. G. Z. 5497: Hermannſt. Mag. Z. 1915: 1814.

nea et fundamenta ex quibus partes ad sequendam formalem juris viam inviari debuerint semper per Judicem ad quem quaerimonia delata est, scripto designari et parti quaerulanti extradari debebunt ut pro re nata cognosci possit an sufficiens adfuerit fundamentum propositam materiam ad processum scriptum relegandi.

III. In causis verbalibus, quemadmodum influxus procuratorum tolerari nequit, ita in processibus scriptis inusitata in natione Saxonica juris remedia simpliciter admitti non possunt, sed judicibus sub gravi responsionis onere insueta similia in civilibus processibus beneficia rescindere et advocatorum conatum ad protractionem litis directum moderare et reducere incumbit.

Denique IV-to. Ne imperitia procuratorum clientes luant et damnificentur in omnibusque expensis graventur pro futuro nullus ad stallum agendi in gremio nationis Saxonicae admittatur qui praeter consuetas testimoniales Tabulae Regiae semet una non legitimaverit quod rigorosum super legibus Saxonum municipalibus et praxi judiciaria in hac natione vigente coram universitate ejusdem nationis cum approbatione subiverit examen.

Titulus secundus.

De citatione in jus.

§ 1.

Cum injustum sit damnare nondum auditum, et judicare nondum cognita caussa, ideo merito iudicium a citatione inchoandum est.*)

§ 2.

Si civis aut quicunque alius civem in jus vocare voluerit eum per Judicis sigillum **) aut ministrum publicum prout in loco usitatum est, ad horam per judicem ipsi constitutam citare debet.

---

*) cf. Digest II. 4 und 13. Codex II. 1. 2. — cf. Stat. I. 10. 1.

**) Das ungar. sigillum citatorium. Ladisl. Decr. I. 41 und 42 und Ladislaus D. lib. III. c. 16 im Corp. J. Hung. Tripart. II. 18.

§ 3.

Citatio autem insinuanda est, adversario praesenti personaliter *) sive in aedibus propriis, seu in aliquo quocunque loco, unde illi innotescere possit. Si autem citandus dolose se occultet, satis est, si ad domum citetur.

§ 4.

Si in jus trahitur servilis et vaga aliqua persona, quae haereditates non habet, quaeve satisdare non potest, talis fidejussorem dabit de judicio sisti **) usque ad caussae decisionem. Habens bona immobilia, quibus satisdare potest, ad dandos fidejussores cogi non potest ***) praeterquam in caussis criminalibus, ubi accusatus etiam bona immobilia habens fidejussores scse judicio sistendi caussa dare cogitur. †)

§ 5.

Utraque parte litigantium, actore et reo, coram judicio comparente accusato, quatuordecim dies dantur, ut interea ambae partes concordent ††), sin minus ut tandem ad eum terminum de propositis reus respondeat. Si autem peregrinus civem vel inquilinum, ad iudicium citaverit, non quatuordecim dierum, sed tridui terminus datur, ad deliberandum et respondendum, sic quoque in caussis domesticorum moram non ferentibus.

§ 6.

Civis vel aliquis alius, si colonum in pago residentem, citare voluerit a Judice civitatis vel oppidi, cujus jurisdictioni citandus subiectus erit, signum accipiat quod ad locum ubi reus habitat, deferet et per villicum eius loci eundem citari curabit ad ordinarium judicem.

---

*) Im Röm. R. heißts „ad faciem."

**) Das römiſche vadimonium cf. L. 1. D. qui satisd. cog. cf. Nov. 112. ferner Nov. 96. und Nov. 53. cap. 3.

***) L. 15. D. qui satisd. cog. und Sachsenspiegel II. 5. —

†) hinſichtlich des Cautionsſyſtems auf Seite des Klägers cf. Nov. 112. und 96. Schssp. III. 4. 2. und II. 15 und 16 §. 1. Klaggewähr und Reconvention ähnlich Stat. J. 4. (4 8.) und Sigismund D. 2. art. 7. im C. J. H.

††) nach röm. R. 10 oder 20 Tage ad amicabilem compositionem oder ad litis contestationem cf. L. 96 de judicio — ſächſiſche Friſt 6 Wochen und 3 Tage; deutſche Friſt 7 Nächte über 3malige Citation. —

§ 7.

Eum vero quem temere adversarium in judicium gratia novi judicii principis *) vocasse constiterit, viatica litisque sumptus adversario suo reddere oportebit.

§ 8.

Si quis in judicio se sisti promisit, et valetudine, vel tempestate, vel vi fluminis, vel servitiis dominicis, vel alia justa caussa prohibitus se sistere non potuit exceptione juvatur.

Titulus tertius.

De contumacia partium.

§ 1.

Si quis in jus vocatus non ierit, ex caussa a competente judice mulcta pro jurisdictione judicis damnabitur. Qui itaque citatus ad terminum praefixum, per se, vel per procuratorem suum, non comparuerit; in prima instantia florenum unum judici dependet. Qui vero post secundam citationem absens fuerit, duos florenos dependet. Si vero ad tertiam citationem vel ad unicam peremtoriam quae reguiariter facta pro tribus sufficit, contumax fuerit **), nec ad terminum praescriptum per se, vel per procuratorem suum comparuerit, caussa actori, propter non comparationem adversarii, secundum petitionem suam adjudicetur et ei secundum juris ordinem satisfactio impendatur ***) nisi reus absentiae suae justum et legitimum impedi-

*) Novum gratiosum nach ungar. Rechte ſ. Approb. IV. 1. art. 20 und 23 und Approb. II. 8. 3. Tabular Instruction von 1777. §. 143—48. bei Honterus Comp. J. C. fehlt gratia principia cf. D. 5. 1. 70 und Dig. I. 78. 2. (bei Bomel fehlt der ganze §.) Tripart. III. 11.

**) cf. Dig. II. 5. lex 2. §. 1. Dig. V. 1. 68. ferner lex 70 und 73 ebenſo Codex de judic. 1. 13; das ſtrenge Contumacialſyſtem im Schsspl. III. 5. 1. und I. 63. 5. und I. 70. 1. und 2. I. 41 und II. 24 1. u.ſ.w.

***) römiſch deutſcher und überhaupt altſächſiſcher Prozeß: praejudicium confessi; dagegen I. 3. Cod. de judic. und die deutſche Kammer G. O. von 1495—1500 1523. 1555 und 1564 blos: lis pro contestata und alſo noch Interlocut auf Beweisführung. — nach Reichsabſchied von 1654.

mentum obstitisse *) allegaverit, et comprobaverit tunc enim exceptione juvatur.

§ 2.

Quod si e contra actor caussae suae diffusus, non compareat, citra dilationem parti comparenti, in expensarum refusionem condemnetur. **) Pro contumace autem et ille habetur, qui se dolo occultat, ut conveniri personaliter non possit. ***)

Titulus quartus.

De actore et Reo.

§ 1.

Actor forum rei sequatur, forum autem habet, ubi domicilium, ideo ibi conveniri debet, †) exceptis debitis liquidis et confessatis pro quibus ubicunque locorum deprehensus fuerit, extra ordinem conveniri potest. In caussis autem criminalibus reus in loco delicti conveniri debet, nisi sit

*) cf. Statut. l. 2. 8. —

**) Die missio ex primo et secundo decreto in Deutschland L. 73. §. 1. De judic. Novell. 112 und Sächs. Land-Recht II. 8 und 9.

***) cf. Stat. I. 4. 7. und I. 8. 2. ebenso Stst. I. 5. 5. vergl. ungar. mandatum relaxatorium und die Wohlthat der Prorogation nach Mathias D. II. art. 6 und 7. Uladislaus D. I. art. 71 und Uladislaus D. IV. art. 1. im C. J. H. (Cautel in Advokaten Vollmachten).

Schlußanmerkung: Bomel hat in seinem 4. Titel De contumelia non compsrentium blos obigen §. 1. worauf die wesentlichen Bestimmungen des §. 8. unsres Titels De actore et Reo folgen. Die ersten 7 §. unsres 4. Titels erscheinen bei Bomel im 3. Titel De actore et Reo. — Seine Titelreihe ist folgende: 1. De electione et officio judicum. 2. De in jus citando. 3. De actore et Reo. 4. De contumelia non comparentium. 5. De jure jurando (aus unsrem 9. Titel blos § 1. 2 und 6. während die dortigen §. 5. und 8. im 4. Untertitel bei Bomel erscheinen quod accusatus lite contestata contra actorem aliquam accusationem intendere nequeat). — 6. De probatione et testibus. 7. Quae personae testim. dicere vetantur. 8. De reprobatione instrumentorum. 9. Quod testes ante litis contestationem non sunt produc. nisi etc. 10. De sententiis etc. 11. De appellationibus. 12. De executione rei judicatae. —

†) cf. Cod. III. 13. 2. und Dig. 40. 5. lex 28. §. 5. (noch for. contractus etc.)

profugus. — Tunc enim ubicunque comprehensus fuerit, in ius vocari et si criminis intentati fuerit convictus, plecti potest.

§ 2.

Quo autem conventus intelligere possit et scire, quid adversario respondendum sit, visum est, ut omnis actor in foro Saxonico, caussam suam Saxonico idiomate perspicue proponere debet. *)

§ 3.

Quod si de fundo et non de persona contravertitur, coram eo Judice, sub cuius jurisdictione fundus est actio intendi debet, etiamsi dominus fundi alterius jurisdictioni subiaceat.

§ 4.

Non debet actori licere, quod reo non permittitur, nam favorabiliores rei potius quam actores habentur. **)

§ 5.

Actore non probante, reus absolvitur, neque reum actor monstrandi contrarium necessitate adstringit, cum per rerum naturam factum negantis probatio nulla sit; Ubi vero reus ultro probare desideret, audiendus est. ***)

§ 6.

Sicut actor tenetur probare suam intentionem, ita reus suam exceptionem. Nam reus in exceptione actor est. †)

§ 7.

Qui destitit agere amplius, in eadem caussa accusare prohibetur. ††)

---

*) Bei Bomel erſcheint dieſer § 2 als erſter des 3. Titels folgendermaßen: Quilibet actor in judicio suam caussam Theutonico idomate etc. etc. cf. Stat, I. 5. 9. und Stat. I. 11. 3 —

**) Honterus aus Dig. 50. 17. lex 41. princ, und lex 125.

***) Affirmanti incumpit probatio Cod. IV. 19. I. 23.

†) cf. Tripart. II. 54. und Dig. 44. 1. I. 1. (die Beſtimmung von § 4—8 fehlen bei Bomel; die weitren Stellen im Titel De contumelia.) Begriff aus Instit. IV. 13. §. 8—10. ferner die foridеclinatoriſchen beſonders L. unic. Cod. III. 5. und L. 12. princ Cod. III. 1. und L. 16 Cod. III. 13. (contra judicem). Hieher gehören auch die exceptiones contra novisationem. Verwehrte Wiederaufnahme des Prozeſſes in den Fällen: Stat. I. 4. 10.; Stat. I. 4. 7 und 8; Stat I. 9. 4.; Stat. I. 10. 4.; Stat. I. 11. 3.; Stat. III. 3. 9. cf. § 69 der Tabular Instruction und G. Z. 5225: 1834.

††) cf. Stat. I. 8, 2, und cf. Trip. II. 82.

§ 8.

Si civis, inquilinus aut famulus aliquem in judicio accusaverit, reus non potest actorem alia de causa coram judicio accusare, quousque lis pendens decisa fuerit, excepta caussa laesae famae*) quae principalem actionem impedit; item si justam reus habeat compensationis**) exceptionem.***)

§ 9.

Si quis se caussae alienae qualicunque sine legitimo principalis procuratorio, vel illius personali commissione legitima ingerat a judicio viginti florenis mulctabitur.

Titulus quintus.

De probationibus et testibus. †)

§ 1.

Cuicunque partium necessitas probandi incumbit, audienda est. Ei autem incumbit probatio, qui dicit, non illi, qui negat.††)

§ 2.

Qui accusare volunt, probationes habere debent, cum neque juris neque aequitatis ratio permittat, ut alienorum instrumentorum potestas fieri debent, nisi ex aliqua caussa judici aequum fuerit visum.†††)

---

*) cf. Nov. 96 das judicium calumniae und ähnlich die mutuae possessiones des R. R. „Fakultativer Proceß" cf. Stat. III. 3, 8, und IV. 5, 4.

**) cf. Stat. III. 3, 8, und L. 1, Dig. VI. 2.

***) Compenſation als Exceptio; als eine Compenſations-Widerklage cf. L. 11 und 13 Dig. de compensat z. B. bei der Duplicitaet des jndiciums über Theilungs- und Gränzberichtigungsklagen cf. L. 10, D. fin regund und L. 11 und 12 Dig. de judic. Nach röm. Recht konnte die Widerklage nur bis zur Litis contestatio angebracht werden. cf. Sachsenspgl. III. 12 und ſächſ. Landrecht über Nachklage oder Separatbeweis für connere Punkte (Geld vor — Recht nach).

†) Der altdeutſche Beweis (Eideshelfer) war ein Urtheil cf. über die juriſtiſche Kraft der leibl. Beweiſung die Gloſſe zu Schsspgl. 1. 15. — Juriſtiſche Schwäche des eingeſchränkten Zeugenbeweiſes. Der römiſche Urkundenbeweis am geregelſten Digest. XXII. 4. Cod. IV. 21. Nov. 47. 49 und 73 dagegen Schsspl. II. 42. §. 3. —

††) lex 2, Digest. 22, 3, und Cod. V. 20. ſowie Nov. 90. (Außer bei dem Productionalforum nach A. C. II. 8, und Comp. C. ed. 27.)

†††) cf. I. 2. Codex de edendo und l. 45 § 7. D. de Inst. Fid. (bei Honterus: iustrum. inspiciendorum) — Bomel hat den § 2. nicht, ſondern läßt auf § 1., unſern § 3. folgen.

§ 3.

Qui testes exhibere voluerit, id faciat tempore coram judicio praefixo, et adversam partem denuciatione moneat, ut compareat ad audiendum et videndum testes produci et jusjurandum ab illis recipi. *)

§ 4.

Exhibiturus testes, eosdem mandato judicis, pro dandis testimoniis citabit, utraque parte litigantium nominata. Eo mandato postulati testes, huic jurisdictioni aubjacentes, nisi justa et gravi neccessitate impediti, personaliter **) coram judicio comparere ac testimonia sua praestito juramento dicere debent. Sin autem ad deliberandum de re proposita, terminum certum postulaverint, non est illis denegandus. ***)

§ 5.

Testis evocatus, nec ulla gravi necessitate impeditus non comparens et per contumatiam absens, a judice mulctatur, neque sic tamen a reddendo testimonio liberatur, cogitur enim nihilominus testificari.

§ 6.

Testimoniorum usus frequens et neccessarius est, ne quid occultum et dubium in caussis resideat. †) Ideoque ad postulationem litigantium admittendi sunt testes hi, ††) quibus non interdicitur testimonium, eo tamen modo, ut testis quilibet mandato judicis evocetur: deinde praesente adversario vel per contumaciam absente, juramentum solenne praestet, se nihil falsi

*) cf. c. 15 Codex. III. qu. 9 und Nov. 99. Ueber die ungar. inquisitio collateralis und communis ſ. die Tabular Instruction § 83, 84 und 87 mandatum compulsorium cf. Ludov. I. art. 23. Tripart. II. 28, G. D. vom 19. März 1841. Z. 1320. J. — — juxta leges Statutales et praevigentes ordinationes collaterales inquisitiones locum obtinere nequeant.

**) Tripart. II. 11, 3.

***) Im röm. Recht war das Zeugnißgeben noch fakultativ; das kanoniſche Recht (Tit. X. de testib. cogend. vel non) hat die Zwangsverbindlichkeit geſetzl. geregelt, ſo deutſcher Prozeß. Der Eid wird vorher abgelegt. Röm. R. cf. Nov. 90 und Schsspgl. III. 88, 5. —

†) Dig. XXII. 5, L. 1.

††) Beweis Antretungs-Geſuch: denominatio testium cum directorio über richterl. Prüfung: Interlocut. —

dicturum, neque hoc Juramentum Judex cuiquam sine consensu partium remittet. *)

§ 7.

Personae Senatoriae, Judices, notarii publici, sine juramento, commonefacti tamen de eorum juramento publice Senatui praestito examinantur. Verum in caussis propriis, ubi jusjurandum defertur, tales personae exceptione juramenti praestiti caussa functionis suae non adjuvantur. **)

§ 8.

Qui testibus caussam probare voluerit, expressis verbis vel articulis proponere debet intentionem suam, cur ipsos testes produxerit, et de quibus examinari debeant. ***)

§ 9.

Examen testium coram judicio productorum fieri debet seorsim †) coram judicibus, secedere††) jussis partibus litigantibus, ac singuli privatim audiantur et eorum attestationes, scriptis a Graphiariis excipiantur.

§ 10.

Judices quoque a testibus diligenter inquirant, qua ratione res illis notae sint, quo tempore, quo in loco, quibus praesentibus singula acciderint, et alias circumstantias quae caussas reddunt perspicuas et illustrant eas Judices pro ipsorum prudentia exquirere poterunt; testis etiam obscure vel dubie de negotio caussae testificans, denuo examinari potest. †††)

---

*) cf. Tripart. II. 28 und Schsspgl. III. 88, 5. —

**) cf. c. 39, X. und cap. 6 de renunciat. c. 7 de probatione (Stat. I. 9, § 2.)

***) Der articulirte Prozeß bei dem deutschen Positionalsistem. Das Beiurtheil bestimmt a. das thema probandi — b. die Zeugen und c. die Frist (Specialisirung). Die Utripuncta — von Richter und Gegenparthei geprüft — dürfen nicht allgemein oder suggestiv sein.

†) cf. Math. Decr. 6, art. 8 im Corp. J. H.

††) Conformität des deutsch-canonischen Prozesses c. 5, X. de testibus und c. 41 X. de testibus denunciando — parti adversae ut receptioni testium intersit. — Das römische Recht gebietet nicht die Entfernung der Zeugen nach l. 19, Cod. de testibus Nov. 90. c. 2.

†††) Die deutsche Additionalweisung? Discretionäre Gewalt des Richters analog. Trip. II. 28 und 29 und Math. 6 D. art. 8.—

§ 11.

Cum frequenter in litibus contingat, quod una para factum affirmet, et altera neget, ac utraque pars alleget se suam caussam probaturam, probatio imponenda ei est, quae factum affirmat, non quae negat, nisi si negatio alterius peculiares habeat circumstantias, quae probationes requirant, quod pro arbitrio Judicis cognoscendum est.

§ 12.

Examinatis testibus, attestationes eorum publice coram judicio recitandae sunt, cumque Judex cognoverit, quorum testimonia rei aptiora fuerint et vero proximiora sententiam proferat, ita tamen ut tres vel duo non reprobati testes sint adminus. *)

§ 13.

Probationes, quas litigantes proferre habuerint ad articulos suos has producant ante publicationem testimoniorum. Posteaquam enim attestationes coram judicio publicatae fuerint, neutra pars deinceps ad ulteriorem probationem eorum articulorum admittetur coram eodem judici, secus si fiat appellatio. **)

§ 14.

Data est cunctis Judicibus, absque ullo praescriptionis obstaculo, in testes, quorum voces falsitate, vel fraude non carere perspexerint, pro qualitate delicti, animadvertendi licentia. Vetere autem consuetudine receptum est periurium, una lateris costa puniri, quae viginti florenis redimitur. ***)

---

*) 9 c. des Kaiſers Conſtantin cf. Cod. IV. 20, l. 9 §. 1, deutſche Eideshelfer als Zeugen cf. Stat. I. 9, 7.

**) Dagegen verſchiednes ungar. Recht cf. Tabular Instruction §. 135—142 über novum cedendo appellationi (Compil. IV. 4, 1, (Collateral Inquiſitionen) — cf. HZ. 7770: 1833 . . . . cum Libro I-mo Titulo 5-to municipalium Statutorum Nationis Saxonicae alia et quidem rectior veritatis eruendae praescriptus ait methodus GZ. 2864: 1800 ebenſo GZ. 4959 bis 4562: 1803; GZ. 6262: 1828 ddo. 17. Januar 1830 „Eventualmaxime“ cf. Nov. 90. c. 4 und L. 13. Cod. de proc. 4. die kanoniſche subornatio.

***) cf. Stefan. D. lib. II. c. 15 und Colom. II. c. 82 im C. J. H. Trip. II. 30. Im R. R. über perjurium die Anſicht: stari enim religioni debet.

§ 15.

In exhibitione testium per accusatores, vel per quos postulati sunt, sumtus competentes praeberi testibus praecipitur.

§ 16.

Ultra tertiam testium producendorum dilationem quarta dari non debet sine caussae cognitione. *)

Titulus sextus.

Quae personae testimonium dicere vetantur.**)

§ 1.

Impuberes, qui annum decimum quartum non excesserunt, testimonium dicere vetantur. Item insani, furiosi, et mente capti, praeterea infames, qui manifestis criminibus notati sunt, utpote adulteri, perjurii, fures, infamis persona, quaeve publicis judiciis damnata est, testimonium perhibitura, de negocio ante damnationem facto, ne sic quidem admittitur. ***)

§ 2.

Si testis adversae parti sit infensus, et probetur esse inimicus capitalis, †) item parentes et liberi, invicem adversus se ad testimonium admittendi non sunt, nisi adversa parte id concedente. ††)

§ 3.

Frater pro fratre testis esse nequit, nisi ab altero fratre accusetur. Nullus consanguineus, consanguineo testis esse potest, nec gener et socer invicem, maritus et uxor pro se invicem testimonium dicere vetantur. †††)

---

*) Dilationes probatoriae cf. l. 4 und 6 Cod. de dilat. Nov. 90 c. 4. Cap. 55, X. de test.

**) cf. Lib. IV. 7, 8.

***) Verwerfl. und bedenkl. Zeugen cf. Nov. 90. Schwbsp. 78 und 79 Kaiserrecht I. 19 u. f. w. Impuberes werden in criminalibus verhört.

†) cf. Tripart. prol. 16 und II. 22, tit. 27 und 30. III. 12. ferner Colom. lib. I. c. 27 und Math. 6 art. 14. Stef. D. II. art. 3.

††) cf. Cod. IV. 20, l. 6. —

†††) cf. Stat. IV. 7. § 8. und 12.

§ 4.

Testes, quos accusator de domo propria produxerit, interrogari non placuit *) nam idonei testes non esse videntur, quibus imperari potest, ut testes fiant **) excepto casu adulterii et veneficii alteri conjugum praeparati; tunc enim propriam quoque familiam in testimonium producere non vetatur.

§ 5.

Ex una domo plures testes, in negotio alieno adhiberi non vetantur; pater ergo et filius duoque fratres, qui in ejusdem patris potestate sunt, testes utrique ***) in eodem negotio fieri possunt.

§ 6.

Patroni †) in causa, cui patrocinium praestiterint, testimonium ne dicant:

Ad testificandum non admittuntur:

- Consanguinei: pater, mater, filii, avus, avia, nepotes, frater, Soror
- Affines: maritus, Uxor, Socer, Socrus, Gener, Nurus

Hi quia volentes non admittuntur; ideo nolentes non coguntur. ††)

§ 7.

Inviti contra agnatos vel affines, testimonium dicere non coguntur. †††)

---

*) l. 6, Dig. XXII. 5 und l. 23. c. l. (divergirend ungar. Prozeß.)
**) cf. Stefan II. c. 19. im C. J. H. (cf. Stat. IV. 7. § 7—8.)
***) L. 17. Dig. XXII. 5.
†) cf. Tripart. prol. tit. 16 und II. 22.
Anmerkung: In der Bomelschen Textirung finden sich blos die wesentl. Bestimmungen der §§ 1—5.
††) Cod. IV. 20, l. 6.
†††) L. 4 und 5 Dig. XXII. 5. —

§ 8.

Caussam famosam patefaciens et actori litis caussam praebens in eadem testimonium dicere vetatur, secus in civili caussa. *)

Titulus septimus

De probatione instrumentorum.

§ 1.

Si debitor creditori chirographum, aut litteras obligatorias dederit, quibus debitum fatetur et debitor accusatus, sine justa causa solvere recuset, neque tamen litteras a se datas aut scriptas neget, talia instrumenta plenam habent contra eundem probationem. Similem quoque vim habent litterae missivae, si in his expresse continetur obligatio debiti ejus qui litteras scripsit aut misit, sique hae usitato suo sigillo **) obsignatae sunt, sigillum enim litteras confirmat et corroborat nisi in calculo error sit commissus, tunc enim exceptione juvatur. ***)

§ 2.

Instrumentorum amissio creditoribus non oberit, si modo manifestis probationibus debitores crediti convicerint. †)

Sicut iniquum est instrumentis, vi ignis absumptis debitorum solutionem abnuere †) ita non facile casum conquerentibus credendum est, nisi aliis argumentis dictis fidem faciant. —

Qui crediti caussa convenitur, autentico ††) non alicujus scripturae, exemplo conveniendus erit. †††)

*) cf. 24 und 25: 1791.

**) L. 3, Cod. de reb. cred. cf. Stat. lib. III. tit. 3 § 3 und 9.

***) Simulations- Verifications- & Proceß cf. Tripart. II. 17 und III. 15 sowie I. 59, Digest. XXII. 4 und L. § 3 Dig. de edendo. ebenso L. 20 Cod. de fide instrum. endlich Novell. 18, c. 8; 73 c. 1 und 90 c. 2, Schsspgl. II. 42, 3.

†) Codex IV. 21, l. 5.

††) cf. Trip. III. 15 und II.17, I. 59 und I. 126 und 127, II. 13 und III. 13 und 14. Tabular Instruction § 81 und 82 u. s. w. Mathias 6, D. art. 68. —

†††) cf. l. 1, 5, 7 und 11, aus Cod. de fide instrum. und l. 20, Cod. de probation.

§ 3.

Rationes defuncti, quae in bonis eius inveniuntur: regestrum item negotiatorum et opificum ad probationem sibi debitae quantitatis solae non sufficiunt. Eiusdem iuris est, si in ultima voluntate defunctus certam pecuniae quantitatem, aut etiam res certas sibi deberi significavit. *)

Titulus octavus.

Quod testes ante litis contestationem non sunt producendi, nisi pro perpetua rei memoria. **)

§ 1.

Regulariter, lite nondum contestata, non est procedendum ad testium receptionem ***) etsi ante recipiantur, non valet, quod agitur, nisi quis eos ad futuram rei memoriam producere vellet ita videlicet, quod si personae testificaturae sint peregre profecturae, vel periculosis morbis obnoxiae, aut senio confectae, †) item si vigeat pestis, ut vereatur altera partium, ante legitimam fassionem, his se destitui posse. Item in debito conditionali cum actor de praesenti agere non potest ††) idem intelligendum de rebus, quae moram non patiuntur. Quod judicum prudentiae perpendendum relinquitur. Tales autem personae possunt coram judicio ante litem contestatam recipi, parte adversa, si praesens sit, legitime citata. Attestationes autem illorum, apud judicem obsignatae †††) permanere debent, usque ad tempus litis.

---

*) Rationes domesticae verſchieden l. 5 und 7. Cod. de prob. und cf. L. 3. Cod. de reb. cred.

**) cf. Codex III. 9, de litis contest. l. 1.

***) Beweisanticipation cf. Paulus lib. III. ad Edict. l. 40. D. ad leg. Aquil. 90. Nov. c. 9. Minder ſtreng der ungariſche und deutſche Reichsprozeß ſ. jüngſt. Reichst. Abſch. § 35—40 u. ſ. w.

†) Valetudinärbeweis nach kanon. R. 5, X. I. 1.—

††) Dig. 50, 16, L. 54. (Conditionales creditores dicuntur et hi, quibus nondum competit actio, est autem competitura, vel qui spem habent, ut competat.)

†††) cf. Lib. I. 8. 1. U. Z. 607: 1835.

Si vero talia testimonia, intra annum [1]) non usurpantur, deinceps suo vigore carebunt, nisi si morae et impedimenti legitimam posset adferre caussam; tunc enim et ultra valebunt. [2])

§ 2.

Si quis fassiones testium, vel integras actiones caussarum aut protestationes litis pendentis, aut sententias definitivas, aut alia sua jura emptionum, donationum, debitorum, contractuum et similium in librum publicum civitatis inscribi cupit id fiat coram senatu, praesente adversa parte, quae etiam ordinarie ad Senatum citabitur, et sic utrisque partibus praesentibus, ea in librum civitatis referuntur. — Censemus autem omnes lites non ultra trienii metas post litem contestatam esse protrahendas. [3])

Titulus nonus.

De jurejurando.[4])

§ 1.

Interea dum litigantes conantur suis caussis probationes producere, non est conveniens neque necessarium jusjurandum deferre et imponere. Productis probationibus, quae in caussa adduci poterant, tum demum pro ratione caussae et aequitatis, per sententiam judicis pro pleniore probatione actori vel

---

[1]) Intra annum: Conformität der deutſchen Legislationen bewirkt durch das kanoniſche Geſetz c. 5. X. ut lite non contest.

[2]) Ueber Exemplification von Urkunden C. 4. X. de conf. util. et inutil. Ung. Transſumte: Tabular Instruction §. 81—83 und art. 3: 1755. Tripart. II. 15. (Vidimation.)

[3]) Friſtverlängerung für Satzſchriften im ganzen 3 Jahre. cf. Stat. I. 4. 7. Codex III. 1. i. 13. § 1. exceptis tantummodo causis, quae ad fiscale pertinent, vel quae ad publicas respiciunt functiones, non ultra trieni metas post litem contestatam esse protrahendas. cf. über ungar. causae longi, brevis et brevissimi processus. Tripart. II. 86. Colom. I. c. 64. Ludow. I. art. 25. Math. IV. 19. Ladisl. 1492. I. c. 42. im C. J. H. Tabular-Instruction § 152 (graduirende und nicht graduirende Rechtsmittel.)

[4]) cf. Digest. XII. 2. Cod. IV. 1. kanon. R. Decret. II. 24 und VI. 2. 11. Clement. II. 9. Tripart. II. 32. (ungarl. Reichst. art. 30: 1729) Sachsenspgl. II. 11. § 2.

reo jusjurandum defertur propter semiplenam nimirum probationem. *)

§ 2.

Si alter ex litigatoribus, sine cognitione judicis jusjurandum detulerit, is cui delatum est, potest id suscipere vel recusare vel etiam adversario referre, idque vocatur absolutum et voluntarium juramentum. **) Est aliud quod judiciale nuncupatur, quod in Judicio ab Actore Reo, judice probante, defertur. Tertium verum necessarium, quod judex defert et necessitatem imponit. ***)

§ 3.

In caussis pecuniariis, si alter litigantium jusjurandum deferat, audiendus est. †) Quemadmodum enim judex ita et actor illud deferre potest. ††)

---

*) Eides-Delation nicht deutſch: Lex Aleman. 56 57 § 2 und Schsspgl. l. 7, 9, 18 und l. 6. § 3. 15. Ausführlich handelt über den Eid beſonders das Bamberger Stadt-Recht (von Zöpfl edirt) in §§ 244, 394, 243, 291, 345, 110 und 112,— dagegen das Wiener (ſog. Eiſenbuch) und Ofner Stadt-Recht (Michnay und Lichners Ausgabe) ſo gut wie gar nicht; ebenſo wenig das Freiburger Stadt-Recht von 1120 (und Kölner) u. a. m. Im Magdeburger-Recht der Stadt Görlitz art. 69. Von Eiden. anno 1304 (Altenberger. Codex nicht).

**) In der ſiebenb. ſächſ. G. O. iſt das Beweismittel durch den „Eid" am allerwenigſten geregelt und nirgends ſo viel willkürliche Auslegung vorgekommen als eben hier.

***) cf. l. 25. § 3. Dig. de probat. und Tripart. II. 32 und 35. — cf. l. 11. § 3. und l. 13. Dig. rer. amator. etc. l. ult. Cod. de fideicomm.— (Der Credulitäts-Eid des römiſchen Prozeſſes).—

†) Auch bei dieſem § muß die Theorie ohne Rückſicht der uſuell ſchwankenden Praxis auf das römiſche Recht zurückgehen; die hieher paſſenden Geſetzes-Stellen ſind: justitia in objecto c. 2. Cod. XXII. qu. 2 und c. 18. X. de jurejur. c. 24—26 und l. 10. Cod. de rebus cred. — etc. etc.

††) Das Gewiſſen Richter in eigner Sache, ſo erſcheint der conventionelle Haupt-Eid als ein Compromiß cf. Stat. III. 8 § 4—5— L. 2. Digest. XII. jus jurandum speciem transactionis obtinet und daher nach L. 40. Dig. XII. und l. 28. § 2. Dig. de judic. jurejurando interposito ab omni controversia receditur. ebenſo l. 9. § 3. Dig. de judic. hoc jusjurandum in locum litis contestatae succedit. Nach röm. Recht konnte das a judice delatum juramentum retrahirt werden (nicht aber das ab actore delatum) nach l. 31. Dig. de jurejur. und L. l. Cod. de reb. cred.

§ 4.

Causa jurejurando ex consensu utriusque partis vel adversario inferente delato et praestito vel remisso decisa, nec perjurii praetextu retractari potest.

§ 5.

Si quis civium occasione debitorum, aut aliarum rerum per aliquem in judicium tractus fuerit et nulla probatio contra eum per actorem produci poterit, neque alicujus suspicionis signum apparuerit, reus si negaverit, sine juramento absolvetur. Si vero actor in vim probationis aliqua produxerit, non tamen sufficientia, sed tamen talia, quae suspicionem afferant, reum debere, tunc in supplementum *) semiplenae probationis actor propior erit ad probandum juramento suo corporali, quam reus ad evadendum. **)

§ 6.

Quoties jusjurandum a judice defertur, tempore delationis non vero praestationis appellandum est. ***)

§ 7.

Si quis rem furto sibi subtractam asserat †) metseptimus ††) juramento praestito suam esse comprobare debet. Neque judices admittent adversae parti jurisjurandi oblationem in duplo, ne praetextu uberioris probationis perjurio ansa praebeatur.

---

*) über dieſen röm. Noth-Eid ſ. Gajus I. 31. Dig. XII. und l. 11. Cod. de sent. et interlocut. (Zurückſchiebung und Gewiſſensvertretung).

**) Zu den Ergänzungseiden gehören auch hier insbeſondere die zur Beſtimmung des Werths irgend einer Sache z. B. juramentum in litem (Würderungs-Eid), das jur. Zenonianum u. a. m. Zu den Reinigungs-Eiden in der Regel das juram. editionis, diffessionis, manifestationis u. d. gl. cf. Stat. I. 5. 13. IV. 2.

***) Bei Bomel nur § 1. 2 und 6.

†) Der altröm. Vindicationsprozeß ein hier nicht analogiſirendes Formelweſen — der ungar. nach Tripart. III. 34 und Comp. Const. III. 8. 4. Die ſächſiſche Eviction nach Stat. III. 6, 10 und 12, und IV. 2, 9.

††) Das altdeutſche Beſiebnen, aber nach Norm von 1795 und 1819 semet quintus oder praetendens quinto secum. ſ. Abjurationsnormativ für geſtohlnes Vieh HZ. 44. GZ. 835. und Herm. Mag. 3. 707: 1819. (Zeugenverhör). Das Inſtitut der deutſchen „Eideshelfer" und namentlich das jurare cum septima manu beſonders in Leg. Sax. II. c. 3. Salica tit. 50 und 55. Bamberger Stadt-Recht § 345. Schssp. II. 12. 4 und I. 18, 3. Schwabspgl. 381. u. a. m.

Titulus decimus.

De sententiis judicum.*)

§ 1.

Placuit in omnibus rebus potiorem **) haberi justitiae aequitatisque, quam stricti juris rationem. ***) Observare autem judices specialiter debent, ut in omnibus caussis sententia quae deliberata fuerit, praesente utraque parte recitetur, ut penitus quae lata fuerit sententia cognoscant, †) contineatque condemnationem unius partis et absolutionem alterius. Ceterum inaudita caussa, quemque damnari aequitatis ratio non patitur. ††)

§ 2.

Sententia ex falsis allegationibus, contra absentem lata, ipso jure nulla est. †††)

§ 3.

Rescripta contra jus elicita, ab omnibus judicibus refutari Imperatores ‡) praecipiunt, nisi forte aliquid sit, quod non laedat alium et prosit petenti, vel crimen supplicanti indulgent. §)

---

*) Richterl. Erkenntniſſe: Beiurtheile (interlocutiones) — Haupturtheile (definitivae sententiae) l. 74. pr. D. de jud. und Dekrete (edicta, rescripta, mandata als executor. Verfügung. Beſcheide) cf. Codex de sententiis et interlocutionibus.

**) Praecipuam nach Cod. III. 1. l. 8. cf. Stat. I 1, 5.

***) Aequitatis ? (prätor. Edict.) nach röm. Rechte. —

†) cf. l. 75. D. de judic. und l. 1—3. C. de sentent. peric. recit. Mathias 6. D. 20. im C. J. H. Tripart. II. 12. 13. ähnlich ſchon Schsspgl. II. 12. 13.

††) Cod. VII. 45. 3.

†††) cf. Paulus l. 25. in D. de dolo malo und l. 9. de doli m. et m. exceptione ferner die Nulitätsbeſchwerde nach l. 75. D. de jud. und l. 3. Cod. quomodo et quando judex. — Reſciſſionsklagen und Nullitätsquerel l. 6. quando provoc. n. e. n. hier von gar keinem maßgebenden Einfluß.

‡) Constantin l. 2. 3. Cod. ut lite pendente vel post. l. 3. Cod. sententiam rescindi und l. 1. Cod. sent. rescindi non possunt. endlich l. 9. Cod. de sent. et interlocution. in Verbindung mit Nov. 124. Im gleichen Sinne 8: und 32: 1791 und HR. 6/7 1810: . . . ordinationes . . eas solum fideles Nostri Status et Ordines intelligant, quae legibus patriis conformes sunt (cf. den 4. Punkt des Diploma Leopoldinum) cf. Stat. III. 1, 6 und 7.

§) cf. Cod. l. 19. l. 7. und Cod. VII. 45. 4. ebenſo l. 2. Cod. de precib. imper. offic. und l. 2. Cod. ut lite pendente endlich Nov. 113. c. 1. § 1. u. c. 2.

§ 4.

Post rem judicatam, *) vel jure jurando decisam, vel confessionem in jure factam nil amplius quaeritur.**) — Quia in jure confessi pro judicatis habentur.***)

Titulus undecimus.

De Appellationibus.†)

§ 1.

Cum appellatio tanquam refugium et solatium sit his, qui judicum sententiis gravantur ut caussas suas ab inferiore judice ad superiorem, pro maturiore revisione provocare possint. — Quocirca is, qui appellare voluerit, a Judice id faciat statim ipso pro tribunali adhuc sedente, atque inde gradatim ad senatum, a senatu, dum adhuc congregatus consedere manet, ad universitatem Saxonum, inde ad principis curiam appellandi liberam habet potestatis facultatem. Appellans autem si deliberandi horam vel diem unum postulet, negari illi non debet. Appellatio vero ad principem, omnisso medio, regulariter non admittitur.

§ 2.

Provocatione interposita integer††) status esse videtur ejus, qui de aliquo crimine adnotatus est. Ergo et si ordine abstinere

*) cf. Stat. I. 9. 4. bei Honterus im C. J. C. post orationem Divi Marci cf. Uladislaus V. 15. im C. J. H.

**) cf. l. 14. D. de re judicat. l. 1. Cod. sent. rescind. non possunt und l. 9. Cod. de sent. et interlocut. —

***) L. 56. Dig. 42. 1. Res judicata pro veritate accipitur und Dig. 50. 17. l. 20. 7. Cod. VII. tit. 44. Der römiſche judex datus und deſſen arbitrium geſtattet auch keine Appellation; bloße Provocation an das Volk gegen magiſtrat. Execution und ſolchergeſtalt angeſuchte ſtaatl. Interceſſion.

†) Diocletian und Maximian const. c. 6. Cod. de appellation. Das Urtheilſchelten im Schsspgl. II. 12. Goslarer Statuten 86. ꝛc. ꝛc. Dig. de appel. und l. 6 und 14. Auth. hodie Cod. de appell. (Bei Publicirung der Deliberate ſogleich angemeldete Remediſirung.)

††) Ausnahme bei Theilungsklagen. Der einzige Fall einer der ungariſchen Remediſirung extra dominium ähnlichen Appellation ſ. HD. 2341 GZ. 3411. Un.Z. 418. Hrm. Mag. 2182: 1834 bei Stat. II. 4. Titel § 8.

jussus sit et provocaverit, eadem ratione potest coetum participare cum certi juris sit, ne quid pendente appellatione Innovetur.*)

§ 3.

Post appellationem interpositam, si appellans litteras transmisssorias seu apostolos**) inter praestituta tempora***) non postulaverit, vel acceperit, vel reddiderit praescriptione ab agendo submoveatur. Et qui licitam appellationem intra statutum tempus exercere neglexerit, atque omiserit perpetuo silere cum oportebit, nec a principe petere auxilium per supplicationem poterit, quod si fecerit, desiderio suo carebit.†)

Sonst ist die Appellation immer ein mit Suspensiv Wirkung versehnes devolutives Rechtsmittel; (weder suspensiv noch devolutiv das novum gratiosum, Erneurung des Rechtsstreites binnen 12 Jahren und nach der Ausstellung des Gnadenbriefes binnen 60 Tagen s. GZ. 642: 1798. cf. Approb. C. II. 8. 3. Approb. C. IV. 1. 21 und 23. Tabular Instruction § 143. ꝛc. ꝛc.)

*) l. 1. pr. Dig. nihil innovari. Dig. 49. 7. und Cod. 7. 62. l. 3.

**) Wenn auch nicht von praktischer Einwirkung doch der Analogie wegen von wissenschaftlichem Intresse die Bestimmungen der R. und K. Rechtssysteme über das

1. fatale petendi apostolos (litteras dimissorias) in l. 24. Cod. de appellat. Nov. 126. c. 3.; c. 6. de appell. in 6 Clement. 2. eodem c. 33. X. und l. 5. 18. Cod. de appellationibus.
2. fatale introducendae appellationis l. 5. Cod. de appellat. und cap. 4. X. eodem und andre Stellen.
3. fatale justificandae appellationis in l. ult. § 4. Cod de tempore appell. et Auth. ei qui C. eod. tit. Clement. 3. eod. tit. u. s. w.

***) Intra praestituta tempora vergl. hiemit die wichtigen Universitätsbeschlüsse vom 8. November 1699 über die Appellation besonders Punkt 6: Wenn er appelliret, nicht alsogleich die Transmission ferdert oder in 60 Tagen sich darum nicht anmeldet, noch den Schreiber verklaget, auch die intra quindenam bey in Händen habender Transmission, sich nicht bei dem Praesids Senatus des Verstandes halber anmeldet, so dann der bei inhabender Transmission wenn Eine Löbl. Universität nach geschehner Appellation und Provocation in einem halben Jahre judicia zu celebriren zusammen kommt, sich daselbst nicht einfindet, noch des Verstandes halber bey dem Consuli provinciali anmeldet, der soll als ein Contumax die terminos fatales oder bestimmte Tags-Zeit verschlaffen und versäumt zu haben cum amotione a processu et caussa, casu nullo remedio valituro gehalten werden. — (cf. Transsilvania Nr. 79: 1845.)

†) Ausgeschloßnes novum gratiosum cf. Cod. VII. 62. l. 6. und Cod. VII. 62. 15 und Dig. 49. 6. l. un. ähnlich l. 2. § 2. und l. 5. § 4. Codex de tempore et reparition.

§ 4.

Et in majoribus et in minoribus negotiis appellandi facultas est. Nec enim judex debet injuriam sibi fieri existimare eo quod litigator ad provocationis auxilium convolavit. *)

§ 5.

Provocatio non datur his, qui de caussis criminalibus uti adulterio, homicidio voluntario, latrocinio vel de manifesta violentia accusati et certis argumentis et testibus convicti vel proprio ore sine tormentis **) sua scelera sunt confessi. ***) —

Neque manifestis debitoribus, †) qui nec negant, nec ullam legitimam exceptionem adferre possunt, aut etiam iis, qui partem adversam frustra protrahere vel calumniosa dilatione fatigare conantur appellationis beneficium concedatur, alioqui adversario damnum et litis impensas refundere coguntur. Sic in iis, quae dilationem non patiuntur. ††)

§ 6. †††)

Nulli, qui jurisdictioni Saxonicae subjectus est, a Senatu ad universitatem Saxonum prohibitum est appellare in quacunque causa mobilium rerum decem florenorum quantitatem superantium. Porro ab universitate Saxonum ad Curiam Prin-

---

*) Aus Cod. VII. 62. l. 20. cf. Dig. 49. 8.

**) Tortur geſetzl. abgeſchaft GZ. 1193: 1778 und HR. 24/4 1793.

***) ſ. Strafprozeß GZ. 2977: 1799 u. a. m Dekrete GZ. 1760: 1840. &.

†) ſ. Cridal- und Fallitenordnung, beſonders HZ. 460: 1773 GZ. 2976: 1806 und 1807 wornach bei Cridalproceſſen die Appellation nicht zugelaſſen wurde cf. GZ. 4254: 1835.

††) cf. HR. 1797 und folgende Schlußanmerkung über den Recurs. Außer dieſen 3 Fällen, wo die Appellation ausgeſchloſſen erſcheint — (der letztre jedoch nur dann wenn Appellant keine Caution leiſtet) — wurde dies Rechtsmittel auch bei Verbal-Injurienklagen nicht geſtattet. — Stat. IV. 5, 4. Note zu § 5. Die hier analogen Parallelen des ungariſchen Prozeſſes in Approb. C. IV. 4. Tripart. III. 11. Tripart II. 69 und 72 Mathias 6. D. art. 54 im C. J. H. Tabular-Inſtruktion § 69. § 157 und 159 u. ſ. w. ungarl. Reichst. 28 und 29: 1729 (ſ. ungar. Prozeß.) Im kanoniſchen Recht von Einfluß Sessio 24 cap. 20 des Tridentiner Concils und im deutſchen Reichsprozeß die Kammer G. O. von 1495 § 42. Der römiſche Prozeß bietet außer citirten Stellen wenig Gemeinſames.

†††) Bei Bomel vor der jetzigen Dispoſition des Geſetzes noch die Worte: Si de interlocutoria et non definitiva sententia fuerit appellatio — non admittitur, nisi interlocutoria finali sententiae praejudicare videatur (alſo war nach Hermannſtädter Usus gegen gewiße Beiurtheile die Appellation geſtattet.)

cipis appellatio admittitur in omnibus caussis bonorum mobilium quantitatem quadraginta *) florenorum excedentium, ne super minimis caussis supremi judices inquietentur, et homines propter minimas caussas magnis fatigentur dispendiis. In causis vero rerum immobilium, injuriarum, **) servitutum urbanarum et rusticorum praediorum et similium, quae certam sui aestimationem non admittunt, appellatio non est deneganda.***)

§ 7.

Si utraque pars litigantium obiatam sententiam aggravata fuerit, quaelibet pro se speciatim appellabit. Si in una eademque caussa unus appellaverit, ejusque appellatio justa sit pronunciata ei quoque prodest qui non appellaverit. †)

§ 8.

Privilegiis Saxonum ††) in Transsilvania cavetur ne unquam lites, quae finium terminalium, seu territoriorum caussa inter Saxones emergunt, ultra universitatis eorum forum judiciale provocentur, †††) neve per homines Vaivodales vel Protonotarios reambulentur et decidantur sub poena provinciali') qui contrarium tentaverint. ")

---

*) Nach HZ. 20 8: 1839 können alle sächsischen Prozesse über Erbschaften, Servituten, Grundstücke Injurien und Klagegegenstände, über mehr als 40 fl. bis an den allerh. Hof appelliret werden. (Nach 2: 1755. Betrag von 3000 Duc. in ungar. Prozessen appellable Summe).

**) Realinjurien.

***) Das gemeine Recht kennt nicht das Erforderniß einer appellablen Summe; indessen vergl. Novell. 12 Valentin.

†) cf. l. 1. 2. Cod. si unus ex plur. appell. Cod. VII. 68. 2. über die Streitgenossenschaft. Die röm. accessor. Adhäsion in l. 29. § 1. Dig. de minoribus.

††) Besonders ist hier die Urkunde von Ladislaus de Chak ao 1435 gemeint (s. Eder Observ. crit. ad Felmer p. 78) firmissimo nostro edicto praecipimus et mandamus quatenus a modo in posterum de judicio de judicatu reambulationis metarum ceterisque juribus et jurisdictionibus ipsorum Saxonum nostrorum contra eorum libertates quocunque vos intromittere ac ipsos impedire perturbare et molestare nullo modo praesumatis.

†††) s. die Note zu lib. I. § 3. Hof. Res. 18. Nov. 1753. GZ. 211: 1754 punct 4. das citirte HR. 117: 1795. GZ. 130. HR. 168 1775 (HZ. 995) GZ. 6739 — (cf. § 3. in Tit. I. und 4) Competenz des Landtags in trinationellen Metalprocessen nach 11: 1791. —

') Poena provincialis 64 Ufl. nach Univ. Statut. von 1629 cf. Univ. Beschluß v. 8. Juli 1795 Z. 117 und 130. cf. 2: 1613 des Schäßburg. Confluxes 60. fl.

") cf. Eder ad Felmerum pag. 211. und Fülöp törvény béli gyakorlás p. 55. 56. Vor der trinationellen Commission (cf. Note 6) processus longae litis.

Appellations Statut.

H. R. 14|8. 1846. H. Z. 4275. G. Z. 6070. Univ. Z. 672. *)

§ 1.

Bei den höhern und niedern Gerichtsſtühlen in der ſächſiſchen Nation ſollen die Notarien und Actuarien, ſobald der bebürdete Theil die Appellation an ein höhres Gericht angemeldet hat binnen ſechzig Tagen mit Abzug der Gerichtsſtillſtände die Transmiſſion ausfertigen und die Partheien dieſe abzuholen gehalten ſein.

Nur Krankheit, ämtliche Reiſen und andre ſtatthafte Urſachen können den Notar und Actuar wegen nicht zur Zeit erfolgten Ausfertigung der Transmiſſionalien zur Entſchuldigung dienen.

§ 2.

Die appellirende Parthei iſt verbunden die Transmiſſion binnen dem § 1. feſtgeſetzten Zeitabſchnitt von der untern Gerichts-Stelle auszuheben und ſelbe vom Richter oder Notar desjenigen Gerichtsſtuhles wohin appellíret worden eröffnen zu laſſen; dann aber hat die appellirende Parthei dieſe Transmiſſion ſammt verfaßten Appellationsgründen binnen 15 Tagen dem Oberrichter zur Eintragung in das Protokoll einzureichen. Dem Gegentheil werden hierauf zur Beibringung der Appellationseinrede ebenfalls 15 Tage anberaumt; binnen welcher Zeit der Appellat ſodann dieſe ſeine Einrede ſammt Appellationsgründen und Transmiſſion als einen vollkommen vorbereiteten Prozeß wieder dem Oberrichter zur Eintragung in das Protokoll zu geben verbunden ſein wird.

§ 3.

Bei der angemeldeten Appellation an die Nations-Univerſität kann zur Erleichterung der appellirenden Parthei die Transmiſſion auch von dem erſten Beamten, woher der Appellationszug genommen worden, eröffnet werden und wenn der Appellant keine Appellationsgründe beibringen will, ſo iſt dieſes vom eröffnenden Oberbeamten auf die Transmiſſion vorzumerken und ſo zum Protokoll einzuſenden.

§ 4.

Wenn der Appellant und Appellat binnen der ihm einberaumten Friſt von 15 Tagen ſeine Appellationsgründe und bezüglich Einrede aus geſetzlichen Urſachen nicht einreichen kann, ſo muß derſelbe nach Verfluß der

*) Transs. 79: 1845 (die frühern Statute namentlich von 1699, 1803 u. 1812.)

15 Tage bei dem Oberrichter, wohin appelliret worden iſt um Terminsverlängerung einkommen, wo ihm ſodann nach Umſtänden ein kürzerer oder längerer Termin einberaumt werden kann.

§ 5.

Unterläßt der Appellant die Transmiſſionalien von dem Notar oder Actuar innerhalb 60 Tagen abzuverlangen, klagt auch wegen verſäumter Ausfertigung der Transmiſſion über den Notarius nicht, ſo wird auf Verlangen des Appellanten, ſobald derſelbe nehmlich mittelſt eines vorſchriftsmäßig ausgeſtellten Amtszeugniſſes die unterlaſſene Ausfertigung der Transmiſſionalien erweiſet und nebſt Vorlegung des appellirten Deliberats deſſen Rechtskräftigung anſuchet, ohne daß dieſes Geſuch der Gegenparthei zuvor mitgetheilt wird, die Appellation für verſchlafen und das vorgelegte Deliberat mittelſt abſonderlichem Erkennen in Rechtskraft erklärt. Wenn ferner der Appellant die Transmiſſion binnen dem feſtgeſetzten Termin von 60 Tagen zwar ausgehoben, jedoch aber dieſelbe ſammt Appellationsgründen binnen 15 Tagen — alſo in einem vom Tage der Verlautbarung des Deliberats nach Abzug der geſetzlichen Gerichts-Stillſtände zu berechnenden Zeitraum von 75 Tagen bei derjenigen Behörde, an welche der Prozeß appelliret worden, einzureichen unterlaſſen hat, ſo wird in Abſicht auf die von dem Appellaten angeſuchte Appellations-Caſſation ganz nach Anleitung der vorangeſchickten Weiſung verfahren, nur mit dem Unterſchiede daß in dieſem Falle das Caſſations-Erkennen nicht von dem Richter bei welchem die Appellation eingemeldet worden, ſondern von der Gerichtsſtelle auszugehen hat, wohin der Appellationszug genommen und an welche die Transmiſſionalien gerichtet worden. Uebrigens iſt künftighin allen von den ſächſiſchen Gerichts-Stühlen über die Transmiſſion des Prozeßes gefällten Sprüchen nicht nur ausdrücklich beizufügen, ſondern auch bei deren Verlautbarung den Partheien jedesmal auch mündlich zu erklären, daß wenn binnen der feſtgeſetzter Verſchlafzeit die Verfolgung der Appellation verſäumt werden ſollte der an die höhre Behörde aufgerufne Spruch auf Verlangen des Gegentheils in Rechtskraft genommen werden würde.

§ 6.

Im Appellationsfall der Partheien von der ſächſiſchen Nations-Univerſität an das hochlöbliche Landes Gubernium wird das Nehmliche wie § 1. beachtet und muß der Appellant binnen 60 Tagen die Transmiſſion von dem Notarius ausheben und innerhalb 30 Tagen dem hochlöbl. Gubernium einreichen widrigenfalls ſein Gegner die Vollſtrek-

ung des ihm zu Gunsten gefällten Spruchs bei der Universität ansuchen kann. —

Hat Appellant aber die Transmission von der Universität ausgehoben und binnen 30 Tagen dem hochlöbl. Gubernium einzureichen unterlassen, so muß der Appellat mit Vorlegung des Universitäts-Deliberats und des Zeugnisses vom Actuar, daß Appellat wirklich die Transmission erhalten die Execution nach vorhergegangener gewöhnlicher Verlautbarung in der Gubernial-Dictatur bei dem hochlöblichen Gubernium ansuchen.

Der Recurs in inappellablen Fällen nach dem 2-ten Landt. art: 1755:

Articulus II-dus.

De modo Appellationis et Recursus e Dicasteriis et Tribunalibus judiciariis in Transsilvania Superioribus ad Thronum Suae Majestatis.

Appellatio est Juridicum remedium, quo Causa post Convictionem per Partem succumbentem a praesentia et Judicio Judicis inferioris cum debita reverentia maturioris revisionis gratia ad superiorem Judicem provocatur. Cujus usu in foris Judiciariis inferioribus ex tenore benigni Rescripti Regii Die 14. Mensis Junii anni superioris 1754 ad Nos Status et Ordines trium Nationum Haereditarii Principatus hujus Transsilvaniae emanati juxta dictamina Legum Patriarum in omnibus salvo permanente, clementer annuente Sua Majestate sacratissima Nobisque omnibus unanimiter consentientibus pro majori securitate Causantium statuimus: Ut quemadmodum e foris Judiciariis inferioribus pedaneis, ita etiam e Tabula Regia in Transsilvania Judiciaria omnes Causae in merito (demtis Criminalibus in facto delicti deprehensis et quae Juramento solius Actoris per adversam Partem submittuntur) — juxta praescriptum Legis et receptas Patriae Consuetudines, in praesentiam Regii Gubernii vigore ordinationis Regiae Fori Revisorii in Forma Apostolorum cum plenitudine Actorum transmittantur. — E superioribus vero dicti Principatus Transsilvaniae Dicasteriis ac Tribunalibus Judiciariis, Regio videlicet Gubernio, e Praesentia Statuum et Ordinum Trium Nationum ac Foro Productionali (dictum Regium Gubernium, Tabulam Regiam et Supremos Officiales ad mentem Compil. C. V. Edicti 27 complectente) in realibus, mobilibus et immobilibus juxta superius citati Regii Rescripti tenorem et Resolutionis Caesareo Regiae de Anno 1693 die 24 Mensis Maji emanatae Articulum 4. in eodem Rescripto Regio allegatum, ter mille aureorum in Capitali Summa adaequantes, vel superantes ita

etiam in Personalibus signanter: Criminis laesae Majestatis, Perduellionis, Proditionis et Statum, ac Tranquillitatem publicam respicientes Causae absque omni difficultate penes Appellationem pro Altissima Suae Majestatis Determinatione ac Decisione submittantur.

Reliquae vero causae tam reales, quam personales e praememoratis superioribus Foris Judiciariis per viam Appellationis non transmittuntur; Recursus tamen ad Thronum Suae Majestatis non ex dictamine Legis, sed ex Benigna Regia annuentia omnibus patet; ita tamen: ut convicti Recurrentes intra Decem et quinque Dies a Die lata Sententiae Judiciariam Deliberationem contra se latam excipere; Actuarius vero finale Deliberatum sub sua manu (velut in inferioribus Foris Judiciariis ad extrahendas Novi Judicii et similium Literas usus venit) citra moram et difficultatem extradere sit obligatus et ex ejus tenore sub trimestri spatio Regium Mandatum ad inhibendam Executionem et submittendam Transmissionem exorare et extrahere obligantur alias completo Trimestri spatio a 15 die latae Sententiae imputando Causa transit in rem adjudicatam exclusis omnibus Juridicis remediis, Executioni demandata nisi comprobaverint Regii Rescripti et Apostolorum extractionem non sua culpa ultra fatales illos terminos prorogatam esse.

In causis juxta praemissa ad mentem citati benigni Regii Rescripti Appellationibus realibus ter mille aureos in summa capitali adaequantibus vel superantibus et Personalibus: Criminis laesae Majestatis Perduellionis, Proditionis ac illis superius pro Appellabilibus declaratis, si Appellans a die Appellationis intra Trimestre spatium Apostolos extrahere vel solicitare posthabuerit, neque de sua sollicitatione Testimoniales producere valuerit ad mentem benigni Regii Rescripti de anno 1752 die 27 mensis Julii ad nos Status et Ordines Trium Nationum Principatus Transsilvaniae dati, pariter transit in rem adjudicatam exclusis aeque cunctis juridicis remediis executioni mancipanda.

In Casibus autem Notam infidelitatis inferentibus et aliis Criminalibus convictus seu per Appellationem sive per Recursum ad Thronum Suae Majestatis causam promoveat ad mentem Approb. Const. IV. tit. 1. art. 25. manebit sub secura custodia detentus aut sufficientem praestat fidejussoriam Cautionem donec ad mentem ejusdem Articuli supremam obtineat Causae decisionem.

Hoc tamen per expressum declarato, quod si convictus tam per Appellationem quam per Recursum Sententiam contra se latam ad Thronum Suae Majestatis provocaverit, Fructum medio tempore perceptorum, expensarum item et fatigiorum refusioni in Casu succumbentiae obnoxius

erit (excepto Fisco Regio, qui ad fructuum saltem medio tempore e Bonis fors per se apprehensis perceptorum restitutionem teneatur) — vel si petitorie agat, intelligendo de privatis et in omnibus Foris succubuerit a tempore latae in eadem Causs primum Sententiae secundum conscientiosam Ordinarii Judicis limitationem dictae Parti adversae expensas et fatigia compensabit, absque tsmen in utroque casu Articulari poena ob recursum irroganda, salvisque Legibus Patriae de Appellationibus editis. Hoc item pariter per expressum declarato, ne in simplicium Exceptionum objectionibus meritales et Causae fundamentum constituentes, allegationes, praesertim et signanter de competentia actionis praepostere et sine bono ordine locum habeant, verum tsles ad Causae meritum rejiciantur, alias tribus de Lege observatis Ordinsriis Exceptionibus, ita et Peremptorialibus suo Loco et Ordine sslvis permanentibus. —

Hic itaque Articulus tam ratione Appellationis quam etiam Recursus juxta benignam Anni superioris 1754 Die 14 Mensis Junii Regiam Resolutionem extenditur et complectitur Causas Fiscales aeque ac Privatorum.

Titulus duodecimus.

De executione rei judicatae.

§ 1.

Judicati executio solet suspendi et soluti dari repetitio si falsis instrumentis circumventam esse religionem judicantis *) manifestis probationibus fuerit ostensum. **)

Qui sententiam a judice accepit, huic executio, secundum sententiam prolatam intra spatium sex hebdomadarum fieri debet, si cum suo adversario non convenerit. His etiam, qui fatebuntur debere, aut ex re judicata necesse habebunt reddere ***) detur

*) cf. Cod. VII. 58. l. 4.

**) cf. l. 2. I. Digest. de officio judic. und l. 68. D. R. V. Sächs. Landrecht II. 5. Bamberger Stadtrecht und Goslarer Statut bei Göschen S. 403 — und 457. Tripart II. 68 und 65. III. 18 über Nullitätsklagen analoger Art. Rückgängig kann die einmal eingeleitete Execution werden: I. Durch Zahlung Stat. III. 2. 2. II. Nullitätsklage St. I. 12. 1. III. Rechtfertigung des Contumax nach Stat. I. 2, 8 und 1. 3, 1: IV. Vergeich. Stat. III. 8. 4. und 2.

***) Digest. 42. 1. l. 31. — sächs. Frist 3 Tage 6 Wochen; die richterl. Bußen im Schsspgl. I. 58, 79 und III. 4. —

tempus ad solvendum: si intra diem datum non reddiderint, pignora capiant.

§ 2.

In executione causarum adjudicatarum hic ordo observatur. Exactis post latam sententiam sex septimanis si debitor quantitatem adjudicatam creditori non solverit, primo quidem res mobiles (exceptis instrumentis suis manuariis, quibus opus habet ad exercendum suum opificium et apud agricolam equis bobus aut aliis ad aratrum pertinentibus, quibus videlicet solitus fuit debitor se nutrire) capiantur *) quorum pretium si non sufficerit etiam praedictae res exceptae capiantur tam diu donec creditori satisfiat. — Si in bonis debitoris res sint ab aliis ante jure arrestatae, judex quod aequum erit cognoscat. **)

§ 3.

Cuilibet famulo suam demeritam mercedem post absolutum servitii tempus judex adjudicabit, auditis eorum heris, qui si debiti quantitatem non negaverint, tridui tempus pro solutione faciendа dabitur. Sin aliquod obstiterit impedimentum compensationis puta id judex aequitate componat auxilioque sit, ut servo satisfiat. Servus etiam hanc habet praerogativam suum stipendium exigendi, prae omnibus aliis debitoribus, exceptis his, qui dominos ante debiti convicissent. ***)

§ 4.

Conductor aedium debiti accusatus, eius si bona creditoribus jure adiudicata et ordine juris occupata fuerint locatori, si pro conductione aedium non fuerit satisfactum prae aliis omnibus satisfieri debet ex bonis conductoris, priusquam alia ejus bona ex aedibus oblata fuerint; nam illata et inducta in domum conductam, tacite pignori obligata sunt. †)

---

*) cf. Arg. l. 6. Digest. de pign. und L. 7. 8. Cod. quae res pign. obl. l. 15 und 40. Dig. de re jud. und l. 4. Cod. de execut. rei judic.

**) Das plus cf. l. 15. § 2 und 8. l. 31. Dig. de re judic. Dig. de reb. eor. Nov. 120 u ſ.w. (ſ. Cridal- und Fallitennorm von 1772.)

***) cf. Codex de executione rei judic. l. 6. de pignor.

†) Geſetzl. Pfandrecht auf illata und invecta ſ. Privatrecht beſonders l. 2. 4. 6. D. in quibus caus. pign. tacit. L. 5. Cod. de locat.

§ 5.

Si actori solutio debiti coram judicio adjudicata est, exactis septimanis sex, per publicum civitatis ministrum pignora capiantur, quae si fuerint mobilia ad proximum vicinum deponantur tandiu donec tribus diebus fori publice venum exponantur: pretium vero quod pro iis offertur, debitori significetur, ut si ea velit retinere vel dimittere id faciat intra praedictos tres fori dies, ceteroqui vendentur quanti pluris poterint.

§ 6.

Creditoribus peregrinis pignora civium debitorum per honestas personas aestimata addicuntur, fitque eorum executio primo in paratam pecuniam, aut si illa non suppetit in auream et argenteam supellectilem, aliaque clenodia.

Quibus itidem deficientibus hocque juramento corporali per debitorem comprobato ad reliquas res mobiles aestimandas descenditur. Ceterum si Civis fuerit creditor, debitor ad ejusmodi jusjurandi praestationem non obligatur, sed sufficit pignorum traditio, quousque sibi fuerit ex illis satisfactum.

§ 7.

Cum a judice fundus aliquis fuerit creditori addictus pro re credita aut fundus in nexum sit datus a debitore per litterarum obligationem, talis fundus, primum per praeconem publicum ante fores templi parochialis vel in foro publico tribus diebus dominicis publice venum proclamabitur, et si quis pretium debiti quantitatis auxerit, id domino significabitur. Post tertiam proclamationem sive pretium auctum fuerit, sive non, denuo offeretur debitori si voluerit retinere, si recusaverit plus offerenti detur, quod supererit debitori restituetur.

Statuta jurium municipalium

Saxonum in Transsilvania.

LIBER SECUNDUS.

Titulus primus.

De ritu nuptiarum.*)

§ 1.

Nuptiae sive matrimonium est viri et mulieris conjunctio individuam vitae consuetudinem continens. **)

§ 2.

Justas nuptias inter se contrahunt, qui secundum legum praecepta coeunt; masculi quidem puberes, faeminae vero viripotentes ***) cum consensu tamen parentum aut eorum quorum in potestate sunt. Eorum, qui in potestate patris†)

---

*) Bei Bomel fehlt dieser Titel; (Einfluß damaliger Transactionen der beiden Universitäten) er hat im II. Buch die Titel: 1. De successionibus ab intestato. 2. De Tutelis. 3. De divisione bonorum. 4. De testamentis 5. De legatis.

**) aus § 1. Instit. I. 9 de P. P. — cf. Stat. II. 4. 1 und fr. 1 Dig. de ritu n. XXIII. 2. c. 3. Cod. XXVII. qu. 2. und das katholische Dogma von der Sakraments-Natur der Ehe in Sessio 24. des Trident. Concils. c.6. Schon Tacitus (Germania c. 18 und 19) sieht in der deutschen Ehe die innigste sittliche Lebensgemeinschaft, wodurch die Gatten Genossen eines gleichen Rechtes werden.

***) Römische Pubertät nach Stat. II. 5. 1 und l. 6, 1 — ähnlich der Altenberger Codex: Swenne ein iunglinch czv vierczehen iaren kommen ist, so nempt er wol ein elich weip an sines vater willen und Sody iuncvrowe kompt czv czwelf iaren so ist sy iren tagen komen und nempt si einen man wider irz vater und wider ir frevnde willen — dy e ist stete. —

†) Einwilligung des Vaters — eine urdeutsche Rechtsgewohnheit. vergl. Concil. Aurel. IV. ai 541. c. 5. —

sunt, sine voluntate ejus matrimonia jure non contrahuntur, sed contracta non solvuntur. *)

§ 3.

Sponsalia sicut nuptiae consensu contrahentium fiunt, nec possunt consistere nisi consentiant omnes, qui contrahunt, et quorum in potestate sunt. **)

§ 4.

Inter eas personas, quae parentum liberorumque locum inter se obtinent, contrahi nuptiae non possunt; et si tales personae inter se coierint, incestas nuptias contraxisse dicuntur, quarum poena sit exilium. ***)

§ 5.

Propter majorem sanguinis reverentiam ad quartum usque gradum inclusive nuptiae non admittantur, nisi copula carnalis intercesserit, tunc enim mulcta competente a Judice irrogata tolerabuntur. †)

---

*) Eigentlich eine der Auffassung des Sakraments entsprechende Rechtsbestimmung cf. Interim. von 1548 Tit. 21. § 9. — und § 49 des allgem. östr. b. G. B. von 1811. —

**) cf. das K. R über connubium: a) sponsalia und b) matrimonium nach Dig. XXIII. 1, 11. u. a. O. — Mathias D. III. art. 13 und 26; Sigismunds D. II. art. 2. — Trip. III. 10 u. f. w cf. cap. 13. de spons. c. 25. de jure. c. fin. de conj. c. 2. de divort. (K. R.)

***) Verweisung aus Stadt- und Stuhl s. 8. Punkt der Hermannstädter Local-Constitutionen von 1698 u. a. O. cf. Novell. 12. c. 1. &c. cf. Inst. I. 10. 1. Innocenz III. C. 8. x. de consang. et affin. IV. 14. Tripart. I. 107 (s. K. R.) — die des Incestes schuldigen Personen werden von der weltl. Behörde gestraft nach 17 art. des Univ. Dekr.: 1577 und 3. art. Synod: 1565; Dispensation wegen verbotner Grade soll wenn copula carnalis eingetreten, vom Superintendenten erlangt werden nach art. 7. der Synode von 1647. (s. Kirchenrecht.)

†) 5. und 6. Synod. art. vom 25. Jan. 1605 4. Synod. art. 1607 hatte die Synode gestattet Ehen mit Verwandten bis in 4-ten Grad (kanon. Zahlung) einzugehn; sonst galt römische computatio graduum nach I. 10. § 9. Digest. de grad. — zu § 5 vergl. Honterus Lib. Reform. tit. XIII. § 2 und Hung. eccles. can. 68.

§ 6.

Si is, qui puellam suis nuptiis pactus est, intra biennium exequi nuptias, in eadem provincia degens, supersederit, ejusque spatii fine decurso in alterius postea conjunctionem puella pervenerit, nihil fraudis ei sit, quae nuptias maturando vota sua, diutius eludi non est passa. *)

§ 7.

Nihil tam humanum, quam fortuitis casibus mulieris maritum vel uxorem viri participem esse. — Si igitur vir sine culpa uxorem, aut uxor sine culpa maritum rejecerit, compellatur ei quartam partem propriae substantiae pro rata portione persolvere.**)

§ 8.

Desertor sine causa, si peremtorie citatus eo ubi domicilium habuit non comparuerit persona deserta innocens libera — desertor vero tamquam mortua pronunciabitur.

§ 9.

Si maritus uxori ab initio matrimonii usque ad duos continuos annos computando coire minime propter naturalem imbecillitatem valeat, potest mulier sine periculo trientis amittendi,***) repudium †) marito mittere, praecedente tamen censura ecclesiastica. —

§ 10.

Matrimonium deportatione vel aquae et ignis interdictione non solvitur, si casus, in quem maritus incidit non mutet uxoris affectionem. ††)

---

*) cf. l. 2. Cod. de sponsal. und Leges Longob. II. de sponsal. l. 1.

**) cf. l. 22. § 7. Dig. solut. matrimon. u. a. O.

***) Verſchieden R. R. L. 39. 1. Dig. III. u. a. O. Hier obwohl keine communio corporum doch communio bonorum. —

†) Unterſchied: a) repudium b) separatio und c) divortium.

††) cf. Cod. V. 17. l. 1. (fakultativ).

§ 11.

Donec certum est superesse conjugem absentem ad alias nuptias alteri migrare non licet. Si vero incertum sit septennium *) tam maritus, quam uxor expectet, et postea impune alias contrahere poterit nuptias. **)

Titulus secundus

De successionibus ab intestato.***)

§ 1.

Patre et matre defunctis liberi legitimi, filii et filiae, in omnibus bonis mobilibus et immobilibus succedunt. Quod si quem ex istis descendentibus mori contingat, relictis liberis, illius liberi *in* parentum locum succedunt in stirpem †) nimirum tam *magnam* ex haereditate defuncti portionem percepturi, quantam *eorum* parens adeptus esset, si supervixisset.

§ 2.

Filii ante contractum matrimonium progeniti et per subsequens matrimonium legitimati succedunt ab intestato parentibus una cum legitimis. ††)

§ 3.

Quodsi mulier legitima foetum enixa fuerit, qui in partu moritur, si foetus ediderit, dum ex alvo matris egreditur, vagitum qui intra quatuor angulos domus exaudiri potest, pro enixo vivo homine et haereditatis capace reputatur. †††)

---

*) Nach der Praxis genügte ein triennium ſ. 7 Synod. art. von 1607 und Synod. art. von 1655.

**) cf. § 24 und 277 des allgem. öſtr. b. G. B.

***) Das geſetzl. Erbrecht Regel; das teſtamentariſche Ausnahme im deutſchen Rechtsſyſteme (Familien-Stamm-Güter) — vergl. mit dieſem Titel beſonders Nov. 118.

†) cf. L. 7. § 1. Dig. unde liberi — § 4 Digest tit. XVI. u. a. O. —

††) cf. Nov. 74. c. 1. Nov. 12. in fine. Nov. 89. c. u. a. O.

†††) Das ſächſiſche Recht hielt ſtrenge an dieſem Erforderniß ſ. z. B. Magdeburger Schöffenurtheil bei Haltaus 2025 Sächſ. Lehnrecht art. 20. Autor

§ 4.

Spurii vel vulgo quaesiti *) succedunt matri etiam una cum legitimis, succedunt etiam aviae vel avo materno. Nam patrem habere hi non intelliguntur, cum is incertus sit. Nati ex incestuoso et nefario damnatoque concubitu, item ex adulterii complexibus **) neque ad successionem patris, neque matris admittuntur; de aequitate tamen canonica ***) debentur eis alimenta, nam educatio liberorum est juris naturae.

§ 5.

Spuriis ab intestato defunctis legitimi descendentes succedunt. Sin autem descendentes haeredes non relinquant ascendentes, hi videlicet, quibus ipse succedere potuisset, succedunt, †) Porro si neque descendentes, neque ascendentes reliquerit cognatorum ††) primi ex latere materno ad haereditatem vocantur et si matrem spurius non habet, sed fratres et sorores uterinas, illi omnibus aliis ex transverso cognatis praeferuntur.

§ 6.

Si defunctus descendentes haeredes non relinquat,— ascendentes, †††) qui gradu proximi sunt, omnibus ex transverso cognatis praeferuntur. Quod si defunctus post se relinquat patrem vel matrem simul etiam fratres et sorores qui cum parentibus ') in bonis indivisis sedent illi simul defuncto ab intestato succedunt. Habita autem divisione bonorum inter parentes et filios mortuo aliquo filiorum secundum Jus Saxonicum ²) parentes succedunt, exclusis fratribus et sororibus.

---

vetus de beneficiis § 44 — dagegen in Süd-Deutſchland „Aufſchlag der Augen zur Decke“— Schwabenſp I. 319. &c.

*) cf. Digest. I. 5. l. 19 und 23; § 12 Inst. de nupt.: l. 23. Dig. de statu hom. u. a. O. Sachſenſpiegel I. 51. § 2. u. ſ. w.

**) cf. Stat. IV. 7. 2. Nov. 89. c. ult. Authent et complex. Cod. de incest. nupt.

***) cf. c. 5. X. de eo qui dux. in uxor. und Cod. V. tit. 25. —

†) Jura successionis sunt reciproca cf. l. 2 § itaque und l. 4. Digest. lib. 38. 8. —

††) Das Statutargeſetzbuch verſteht unter cognati überhaupt alle Anverwandten ohne Unterſcheidung von Agnaten und Cognaten. —

†††) cf. S. Steph. lib. II. c. 24. § 2. Trip. I. 53. 10.—

') cf. Nov. 118 c. 2 und l. 18. C. de inoff. test. u. a. O.

²) Sachſenſpiegel I. 17 (Altd. R. Regel: „Je näher der Sipp' je näher dem Erbe“) ferner Sachſenſpiegel I. 5. Alt Lübeſch R. II. 19 ebenſo in Bremen

§ 7.

Si autem defunctus descendentes non habuerit, praeterquam ascendentes: avum paternum simul etiam avum maternum, duo illi avi ab utraque linea ad haereditatem admittuntur: ita ut avus paternus in quaesitis ex linea paterna, avus maternus in quaesitis ex linea materna defuncto succedunt. *)

§ 8.

Si quis moritur intestatus, post se avum paternum et fratrem uterinum aut avum maternum et fratrem consanguineum relinquens, illi in haereditatem defuncti succedunt, quisque ex sua linea, videlicet avus paternus ex paterna, et uterinus frater ex materna; avus maternus ex materna et frater consanguineus ex paterna. **)

§ 9.

Fratres et sorores, non extantibus descendentibus et ascendentibus, defuncto succedunt et excludunt liberos fratrum et sororum suarum. ***)

---

und Hamburg. (Grundsätze uber Abschichtung, wornach nur die in Were gebliebnen Kinder erben.)— Ueber Schoosfall cf. Cölner-Statuten von 1437 art. 44. Hamburger Stadt-Recht III. 3 12. Churfächs. Constitut. von 1573 III. 17. Magdeburger Weichbild a. 57. (cf. Hallischen Schöffenbrief von 1250 art. 24.) endlich aus neuester Zeit die Schwarzburg Sonhaus. Successions-Ordnung von 1829 II. 2. u. a. O.

Der § 6 unserer Statuten lautet in der von der k. k. Ministerial-Gerichts-Einführungs-Commission 1852 herausgegebenen Instruktion über die Behandlung des Verlassenschafts- und Pupillarwesens pag. 33 folgendermaßen im § 115 „Hinterläßt ein Erblasser keine Descendenten so fällt die Erbschaft auf die Eltern desselben mit Ausschluß der Geschwister. Im Falle aber letztre mit einem der Elterntheile sich in einem ungetheilten Güterbesitze befinden, so übergehet der Nachlaß an die ungetheilte Masse. (?)

*) Diese Bestimmungen sind rein deutsch und finden sich in Franken, Nord-Deutschland, an der Elbe, in Sachsen und Cöln.

**) Bei Bomel dessen Tertirung in diesem Titel beinahe wörtlich beibehalten wurde heißt es weiter . . . illi in haereditate defuncti succedunt, nec alter alterum excludit ex eo quod inter Saxones omnes ad haereditatem defuncti fratris vocantur. Ergo idem in successione cum avo attendendum est.— Als § 6 hat ferner Bomel die von Fronius hier ausgelaßne Bestimmung: Bene constitum est ne filii super res et bona parentum viventium spe futurae successionis aliquod aes alienum contrahant sin autem id fierit, robur non haberet. —

***) cf. Nov. 118. c. 3. und Nov. 127. Sachsenspiegel I. 17.

§ 10.

Si quis moritur intestatus non relinquens post se ascendentes neque descendentes nisi fratres et sorores consanguinei succedunt defuncto in linea paterna et fratres uterini in linea materna.*) — Quod si vero defunctus post se relinquat fratres vel sorores utrinque conjunctos simul etiam fratres vel sorores ab altero tantum parente junctos, hi cum fratribus et sororibus utrinque conjunctis succedunt, duntaxat in ea parte qua defuncto conjuncti fuerunt, hoc est, si a patre tunc in paternis, si vero a matre in maternis.**)

§ 11.

Moritur autem quis intestatus habens ex altero tantum parente conjunctos fratres puta consanguineos et simul avunculos; fratres consanguinei succedunt ei in bessem a patre, avunculi in trientem a matre in ipsum devolutum. — Sic e contra fratres uterini in trientem, patrui vero, deficientibus consanguineis fratribus, in bessem paternum succedunt sine bonorum confusione.

§ 12.

Si defunctus neque descendentes, neque ascendentes habuerit nec fratres aut sorores, fratrum et sororum liberi vocantur, qui defuncto in stirpem ***) succedunt; hoc est ut quisque eorum tantam ex haereditate accipiat portionem, quantam parens eorum adeptus esset si supervixisset.

Post fratrum aut sororum liberos hae personae vocantur, quae proximiorem gradum cognationis obtinent, ita ut propinquiores remotioribus praeferantur, et qui sunt ejusdem gradus omnibus aequaliter competat haereditas et in capita succedant.

§ 13.

Intestatorum res, qui sine legitimo haerede vel ex qualibet sanguinis linea conjunctis discesserint, reipublicae rationibus vindicentur. †)

*) Divergirend R. R. und Sachſenſp. beſonders II. 20 cf. Trip. I. 53 u. a. O. —
**) cf. l. 13. § 2. Cod. de legit. haered. Nov. 84. c. 2. Nov. 118. c. 3. Sächſ. L. R. I. 3. 14.
***) cf. Nov. 118. c. 3. u. a. O. dagegen in capita nach Carl V. Speirer Reichst. O. vom 23. April 1529 — Der § wörtlich aus Bomel entnommen, deſſen Titel hiemit ſchließt. — § 13 Zuſatz der Univerſität.
†) cf. Sächſiſch Land R. I. 28. (Richter, Gericht) Urkunde des K. Mathias 1470 (Eder de initiis p. 156) . . . ipsa Civitas Cibiniensis ea libertate

Titulus tertius.

De tutelis.*)

§ 1.

Decedente uxore ante maritum relictis liberis minoribus ex utroque parente natis maritus erit maternorum bonorum et liberorum tutor, nec opus est alios tutelae praeficere. — Debet autem pater intra mensem vel alterum post mortem defunctae conjugis divisionem facere omnium bonorum suorum cum liberis pro ordine et forma in titulo sequente annotato et facere inventarium. **)

§ 2.

Si parentes ***) defuncti filiis suis impuberibus testamento suo tutores viros honestos et fide dignos delegaverint eorum tutela rata permanebit. —

§ 3.

Tutela autem est triplex †) legitima scilicet, quae a nemine datur, sed a lege secundum agnationis successionem defertur; altera est testamentaria, quam pater ordinat filio, tertia vero dativa dicitur, quam ex officio judex dat, si testamentarii et legitimi deficiant tutores vel si consanguinei judicentur non idonei. †)

§ 4.

Quamdiu testamentaria tutela speratur, legitima cessat, nec redit ad legitimam nisi testamento datus decesserit. —

---

et consuetudine semper et ab antiquo usa et gavisa fuerit ut dum et quando aliquem ex ipsis ab hac luce absque haeredibus decedere contingeret ex tunc domus et aliae haereditates talis decedentis ad constructionem et aedificationem ejusdem civitatis recipi et exponi deberent.

*) cf. den Novellarart. 52: 1791. De pupillis eorumque tutoribus. — und Tripart. I. 113. tit. 111, 114. &c. &c. ſowie die Inſtruktion in 104 art. unter GZ. 446: MZ. 2116: 1808. ꝛc.

**) Divergirend R. R. arg. L. 6 pr. C. de bon. quae liber. Ueber Errichtung des Inventars cf. fr. pr. de admin. et peric. (26. 7.) u. a. O.

***) L. 52. Cod. de episc. et cler. — Tripart. I. 112. — § 3 und 4 von Fronius, fehlen bei Bomel ebenſo § 6, 7, 8, 15.

†) cf. Nov. 118. c. 5 § un. Inst. de leg. patr. tut. (1 17) — fr. 1 pr. § 1 de legit. tutel. (26. 4) fr. 73 de reg. jur.

§ 5.

Quodsi pupillis a parentibus nullus datus sit tutor in testamento tunc ad proximiores agnatos tutela defertur, *) ad eos videlicet, qui in haereditate post mortem pupillorum successuri erant. Atque tales tutores decreto Senatus vel ordinariorum Divisorum constituuntur absque alia spe mercedis et lucri. **) Si vero proximiores tutelam negaverint sine caussa sufficiente tunc quoque spe futurae haereditatis pupillorum privabuntur nam qui sentire vult lucrum sentiant et onus oportet. Si vero per senatum alii peregrini tutores ordinati fuerint iis merces constituatur pro ratione bonorum pupillarium. —

§ 6.

Tutores et curatores excusantur propter liberos, ***) paupertatem, †) adversam valetudinem, magistratus administrationem; ††) hisce ex causis onus tutelae recusantes a successione legitima pupillorum non repelluntur. †††)

§ 7.

A tutoribus et curatoribus eadem diligentia exigenda est circa rerum pupillarium administrationem, quam paterfamilias rebus suis ex bona fide praebere debet. ¹)

§ 8.

Magistratibus imputatur, si minus idoneus, aut etiam si tutor omnino datus non sit, sed ita demum si moniti non dederint. ²)

---

*) L. L. XII. tabularum. Sachsspgl. I. 23. Nov. 118. c. 5. Trip. I. 113.

**) Divergirend Schsspl. I. 23. § 2. (Nießbrauch.)

***) Nehmlich 5 Kinder nach Pr. Inst. de excusationibus (l. 25); fr 2. § 2—8. D. 27. 1.

†) cf. § 6 Inst.; fr. 40. § 1 de excus. der adversa valitudo ist gleich ein hohes Alter § 13. Inst.; fr. 2. pr.; fr. 15. § 11. cf. C. 3. qui aetate (10. 49)

††) § 3. Inst.; fr. 15. § 5. u. a. O. — (überhaupt alle öffentlichen Staats-Diener, Militärs und Aerzte). —

†††) cf. Cod. V. 67. l. un. u. s. w. Auch die non idonei werden von der Succession nicht ausgeschlossen also blos diejenigen welche weder excusationes necessariae noch voluntariae für sich haben s. lib. II. 3. 10.

¹) cf. Tripart. I. 115. 123; 52: 1791. cf. fr. 1. pr. de tut. et rat. distr. (27. 3.) — Nov. 72. c. 8. u. a. O. über Geschäftsführung besonders fr. 53. § 3. de furtis (47. 2.) (s. überhaupt Lehrbücher des R.R.) cf. GZ. 1392: 1789.

²) s. Regulativ P. pag. 36—37 P. 15. Abschn. 1 von 1805 und pag. 46 P. 8. Abschn. 2 von 1805. cf. L. 1. § 2. Dig. de magistr. conv.; § 2 Instit. de satisd.

§ 9.

Non audeat tutor res pupillares aliter attingere vel ullam sibi communionem ad eas vindicare, nisi inventario prius publice acto, sic secundum morem solitum res ei tradantur. *) Nam tutor qui repertorium non fecit dolo fecisse videtur, nisi necessaria et justissima caussa allegari possit cur id factum non sit.

§ 10.

Mulieres ad tutelam non admittuntur gerendam, nisi pupillorum legitimae matres fuerint. **) Quodsi ad secunda vota transierint, a tutela submoveantur, aliis substitutis tutoribus vel curatoribus per senatum, nisi vitricus sit vir honestus et tutelae idoneus. —

Minores quoque viginti quinque annorum***) ad tutelam non admittuntur. Lege duodecim tabularum, prodigo †) interdicitur bonorum suorum administratio, quod et moribus quidem ab initio introductum est. ††)

Masculis igitur pupillis ante vigesimum suae aetatis annum, at puellis antequam nuptui locatae fuerint, †††) res et bona eorum extradi non debent: Prodigis ‡) similiter post contracta connubia, posteaquam comparcere adsueverint; et tunc quidem tutoris data ratione onerae tutelae liberabuntur. —

§ 11.

Tutoribus permissum est conscripto inventario accipiendo et exponendo, emendo et vendendo atque aliis rationibus utilitati pupillorum consulere; at bona immobilia et quae vetustate in-

*) cf. L. 7 Dig. de administr. et peric. tut. l. 24. Cod. eod. tit. Nov. 94. R. Polizei O. von 1577. tit. 32. 3. —)

**) Ebenſo in Bremen u. a. O. cf. L. 1. Cod. quand. mul. tut. offic. Nov. 118. c. 5. u. a. O. ſ. R. R.

***) Nürnberger R. Altenb. Coder: Ez mac niemant phleger sin er si danne fvnf vnd szweinzec iar alt. Ebenſo Inst. I. 25. 13. Digest. 27. 1. 10. § 7 Cod. 5. 30. 5. nemo vocetur, antequam 25 suae aetatis annum impleat.

†) cf. Digest. 27. 10. l. 1. pr. und l. 13. Saepe ad alium e lege XII. tabul. curatio furiosi aut prodigi pertinet alii Praetor administrationem dat, scil. quum ille legitimus inhabilis ad eam rem videtur. —

††) Dig. 27. 10. l. 1. princ.

†††) Geſchlechts-Vormundſchaft. So Hamburger und Lübiſch R. u. a. O.

‡) cf. Stat. II. 3. 13. und II. 5. 5. Regul. P. 1795. § 13.

*) cf. L. 22. Cod. de administrat. tutor. &. ſ. R. R. L. 1. § 3. vers. de servis Dig. de tut. et rat. distrah.

terire nequeunt, alienare non debent, sine caussis sufficientibus nec sine voluntate et jussu senatus. *)

§ 12.

Tutoribus non conceditur pupillorum, quorum curam gerunt res et bona nec per se neque per alios emere nisi permissu Senatus concessum fuerit. *) — Tutoris etiam interest ut ante susceptam tutelam, debita, si quae illi apud parentes pupillorum restant, indicet.

§ 13

Quod si pupillus aetate metu vel calliditate tutoris circumventus fuerit, caussa cognita, a judice in integrum restituatur; nam cum pupillus ex nullo contractu sine tutoris autoritate obligari possit, eo, quod pupillus nec velle nec nolle in ea aetate creditur, nulla aequitatis ratio patitur ut in rem suam tutor autoritatem accomodet ac cum alterius detrimento et injuria fiat locupletior. **)

§ 14.

Nec vero tutoribus permittendum erit, quod quidam tamen faciunt, ut pupillis bonae indolis impensas ***) ad institutionem et honesta studia fidelioris dispensationis et ad magis necessaria tempora, facultates eorum conservandi praetextu, denegent: interim tamen suum proprium commodum ex alienis opibus quaerentes.

Quapropter si qua jussta caussa suspectus tutor fuerit, debet per magistratum a tutela removeri et tutela alijs bonae fidei viris commendari. —

§ 15.

Suspectus autem tutor est qui non ex fide tutelam gerit, licet solvendo sit. — Enimvero tutor vel curator quamvis pauper est, fidelis tamen et diligens removendus non est, quasi suspectus. Suspectus vero etiam is putatur, qui moribus talis est, ut suspectus sit.—

---

*) Juriſtiſche Perſonen-Einheit — cf. l. 1. 7. D. de auct. tut. l. 7. Cod. qui admitt. ad bon. poss. u. ſ. w.

**) cf. Cod. 9. 10. arbitr. tut. (5. 51.) ſ. R. R. fr. 2. Dig. 26. 9. u. C. 2. (5. 39).

***) cf. Arg. fr. 3. pr. de contrar. tut. act. (27. 4).

Ende der Vormundſchaft wird herbeigeführt nach Aufhörung ihrer Gründe cf. Inst. l. 32. cf. § 5. Inst. de susp. tut. vel curat. (1. 26.) fr. 3. § 5. 12. 14. 17. 18. fr. 7. § 1. 2. eod. tit. (26. 10) Cod. 5. eod. (5. 43.) ſ. R. R. (§ 15. findet ſich nicht bei Bomel ebenſo fehlen die §§ 3, 4, 7, 8).

Titulus quartus.

De divisione bonorum inter parentes et filios eorum.

§ 1.

Quandoquidem maritus et uxor matrimonio, in communionem ut corporum ita omnium rerum conveniant, merito quoque optima et aequa consuetudine suis facultatibus mutuo cum liberis eorum ad communem vitae necessitatem fruuntur; ac usu receptum est, ut ex universis bonis, bes ad maritum, triens ad uxorem pertineat, omni dotis jure cessante.**)

§ 2.

Si moritur mater relinquens legitimos liberos, pater filiorum, intra mensem vel alterum a die obitus suae conjugis convocabit consanguineos vel cognatos suae defunctae conjugis una cum ordinariis divisoribus, quorum in praesentia liberis, tam de mobilibus, quam immobilibus bonis, trientem totius haereditatis jure et consuetudine in eos a matre devolutam extradet. Si vero pater sit vir gravis et morae suae certas habuerit caussas potest illi etiam tertius addi mensis, sine tamen liberorum damno. Quodsi intra tertium mensem dividere cum liberis negligat, a senatu florenis viginti quinque mulctabitur.

§ 3.

Antiqua consuetudine receptum est ut in divisione alterutri parentum divisionem celebranti, arbitrio bonorum virorum ex bonis mobilibus pro facultatum modo, id est, si modica fuerit substantia minus, si ampla, eo honestius praecipiendi jus ei permittatur, vulgo donatio praerogativa vocatur.

Si vero legatum intercesserit, cessat donatio praecipua nisi legato cedere et praecipuam eligere malit. —

§ 4.

Si pater duas domos habuerit, singularum aestimatio inibitur et patri alterutri eligendae potestas relinquetur, ac pater liberis alteram ratione trientis cedet. Quodsi domus illius quam pa-

---

*) cf Sachsenspgl. I. 31. l. 1. Dig. de donat. inter vir et uxor. — ganz verschieden das römische Dotalsystem und östreich. Recht.

ter retinet aestimatio bessem excedat, pater residuum liberis pecunia persolvet ad quod et liberi tenebuntur, si domus plus triente valebit.

Si vero unica tantum domus fuerit in qua maritus et uxor habitent, in divisione illa aestimabitur, filiisque trientis materni nomine pecuniam numerare, domumque pro se integram reservare poterit. —

§ 5.

Moritur maritus filiis et uxore superstitibus mater filiorum inter quatuor septimanas post obitum mariti convocabit propinquos defuncti mariti et ordinarios divisores, quorum in praesentia, filiis integrum bessem universae haereditatis dabit, neque quicquam omnino de facultatibus ante divisionem alienabit. —

Si vero mater profusionis et alienationis non sit suspecta et morae suae justas habeat caussas potest illi etiam secundus concedi mensis, intra quem si dividere cum liberis neglexerit a Senatu florenis viginti quinque mulctabitur. —

§ 6.

Si tempore divisionis duae domus fuerint, alterutrius electio penes liberos erit, altera matri cedet. Quodsi plures fuerint, aut praeter domos alii etiam fundi in haereditate, puta vineae, horti, prata, et piscinae, prima semper optio penes liberos erit, secunda vero matris, sic ut e quinque fundis liberis tres, et matri duo cedant, et sic deinceps. Ex agris autem matri triens et liberis bes dabitur, quem ipsi in capita dividunt. Idem a patre in trientis cum liberis divisione observabitur, optione tamen illi reservata.

§ 7.

Quod si unica fuerit domus, matri tertia pars ejus in habitationem assignabitur perpetuam, sive transeat ad secundas nuptias, sive non, si tamen domus citra damnum dividi possit, quod senatus cognoscet: Si vero transierit ad secundas nuptias et liberos susceperit, portio illa domus ad solos liberos ex priore matrimonio, facta aestimatione redibit, qui vitrico et liberis ex secundis nuptiis suas portiones persolvent.

§ 8.

Si vir, mortua priore uxore ex qua liberos habet, alteram duxerit et sine liberis ex ea decesserit, si aedes ita capaces fue—

rint, mulieri habitatio dum ad alias nuptias transeat debebitur. Quod si iterum nupserit, aut mortua fuerit, portio illa domus, ad liberos prioris matrimonii pro pecuniae solutione redibit, bonorum virorum arbitratu aestimatione facta.

§ 9.

Si parentibus defunctis supersit una domus simul etiam fundus extra urbem ut vineae vel prata, in civitatibus juniori haeredi caedat domus paterna, alteri fundus. In oppidis vero et pagis domus quidem juniori tribuetur, fundus autem in aequas partes dividetur, eo quod inde proveniant eorum alimenta.

§ 10.

Moritur maritus relicta uxore et liberis qui septimum aetatis annum nondum excesserunt, eo casu in divisione haereditatis, haec ratio in alimentis *) liberorum matri assignandis observabitur, ut nomine annuae prolis floreni septem; bimae sex; trimae quinque; quadrimae quatuor; quinquenalis tres; sexennalis duo, et septennalis unus numeretur. Haec autem pecunia dabitur ex communi liberorum besse. Si vero contingat, unum eorum vel plures tempore intermedio decedere, pars pecuniarum, quarum dies nondum cessit, bessi cohaeredum adcrescet.

§ 11.

In haereditatis divisione paternae aedes juniori filio filiis non extantibus juniori filiae ab eodem patre progenitis attribuuntur, itaut electio utrobique penes juniorem sit: atque ille, qui aedes paternas retinebit, reliquis cohaeredibus portiones filiorum juxta aestimationem solvat, sin vero haeres junior aedes redimere tempore divisionis noluerit, vel ex inopia non potuerit, aetate proximus redimendi potestatem habebit ita ut masculi semper femellis praeferantur. Si vero ille mortem obierit, aut ante legitimam aetatem, aut nondum matrimonio contracto, frater proximus ab eo secundum gradus praerogativam ad possessionem domus admittetur, reliquis cohaeredibus et matri portionibus eorum, juxta aestimationem pro temporis ratione faciendam exsolutis. Neque illi obstabit quod antea portioni suae legitimae pecuniam percepit.

*) Das deutſche praecipuum educationis. (Ziehgeld), welches bis zum 7. Lebensjahre in angegebner Minderung auszumeſſen iſt.

Quodsi autem appareat eorum haeredum aliquem in praejudicium reliquorum circa redemtionem dolum, occulta quadam collusione commississe, id irritum habeatur.

§ 12.

Si quid tempore divisionis per aliquem fraude, dolo et scienter retentum amotum et occuitatum *) et tandem in lucem revelatum fuerit, ille qui rem dividendam fraude avertit, sua portione penitus privabitur, quae ceteris accrescet, excepta sexta parte divisoribus ordinariis cedente.

§ 13.

Si mater e vivis excesserit, quoad liberi matrimonio se copulaverint, trientis proprietas ad liberos, ususfructus ad patrem spectet; ita tamen ut ex usufructu necessarias in eundem structuras et impensas faciat et conservet. Mortuo vero patre, matri ususfructus bessis filiorum non acquiritur, sed cum proprietate consolidatur. **)

§ 14.

Parentibus defunctis, si liberi haereditatem dividere voluerint, rerum earum quas quidam haeredum ex communi ad nuptias, vestes, studia et similia assumserunt, vel deteriores reddiderunt, ratio habenda est, ejusdemque rei ceteris praestanda indemnitas est, nisi parentes in testamento de iis aliquid caverint. ***)

§ 15.

Quae autem pater filio studiorum causa peregre agenti subministravit, si non credendi animo pater misisse fuerit comprobatus, sed pietate debita ductus, in rationem portionis, quae ex defuncti bonis ad eundem filium pertinuit, computari aequitas non patitur.

§ 16.

Majoribus etiam per fraudem vel dolum vel perperam sine judicio factis divisionibus, intra unius anni integri spatium sub-

---

*) cf. L. 7. Cod. unde vi.; cf. L. 1. 2. Cod. de bon. matern. und Sachsp. l. 11.
**) cf. l. 1. 2. Cod. de bon. matern und altſächſ. aber nicht in Lübeck u. a.O.
***) Collation: deutſches Einwerfen nach Sachsspgi. l. 13. cf. Nov. 18. c. 6. u. Nov. c. 6. arg. L. 2. de collat bon.; L. 6. C. de coll. (röm. Accrescenzlehre.)

veniri solet. — Quia in bonae fidei judiciis, quod inaequaliter factum esse constiterit, in melius reformabitur. *)

§ 17.

Ubi inter duos haereditas dividenda est, senior dividat, juniori vero eligendi jus competat. **)

Titulus quintus.

De testamentis.

§ 1.

Universae personae mentis compotes testamentum facere possunt quocunque tempore voluerint, dum modo legitimos suae aetatis annos habeant, nempe masculi decimum quartum, foeminae duodecimum annum completum, ***) ita tamen, ut legitima portio patri, matri et descendentibus, adeoque iis quibus de inofficioso agere licet, relinquatur. †)

---

*) Wörtlich von Honterus entnommen aus l. 3. Cod. comm. utriusque jud. (cf. l. un. Cod. de error. calc.) nur die Zeitbeſtimmung iſt Zuſatz der Univerſität. cf. Univ. Z. 211: 1816. ꝛc.

**) „Der ältre theilt, der jüngre wählt" — eine altdeutſche Rechtsanſchauung: der reifre Verſtand theilt, die uneigennützigere Jugend wählt; — ſo heißt es auch im Sachenspgl. III. 20: svar so tvenne (zwei) msn en erve nemen solen, die eldere sal delen, unde die jungere sal kiesen; nur in Wales umgekehrte Rechtsgewohnheit: the youngest son must divide all the patrimony and the oldest son must chuse wozu die Analogie ſtimmt daß der Mann wählen, die Frau theilen ſoll (vergl. Grimm Rechtsalterthümer S. 480. u. a. O.) Franz. Coutumes: L'siné lotit et le puiné choisit. Magdeburg. W. Bild. art. 29. und Schwabensp. c. 266. (Looſe nach Tripart. 40 und 41.)

Anmerkung: Bei Bomel finden ſich die weſentlichen Beſtimmungen der §§ 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11 (der Schluß lautet . . . Quod si ille vero mortem obierit ante legitimos suae discretionis annos neque dum matrimonio contracto, frater alter secundum gradus praerogativam ad possessionem domus admittitur, reliquis suis fratribus ac sororibus ac matri portionibus eorum secundum aestimationem exolutis. In divisione reliquorum bonorum immobilium, puta vinearum, agrorum, pratorum, piscinarum et hortorum sequendum est, quod utrique parti judicio bonorum virorum commodissimum fuerit visum) — ferner der §§ 12, 14 (Schlußwort nicht caverint ſondern offenbar beſſer legaverint.) Als Zuſätze von Fronius und der Univerſität erſcheinen daher nur die §§ 3, 9, 13, 15, 16, (aus Honterus C. J. H.) und 17— der letztre § Altenberg. Codex Magdeb. R.)

***) cf. 1. Digest. XXVIII. 1. l. 5. †) cf. Stat. II. 5. 11.

§ 2.

Muti, surdi, furiosi et ex morbo mente capti et impuberes testamentum facere non possunt. *)

§ 3.

In eo, qui testatur, ejus temporis, quo testamentum facit integritas mentis, non corporis sanitas **) exigenda est. —

§ 4.

Quilibet testamentum facere volens, debet id facere in praesentia duorum aut trium testium virorum ***) per testatorem uno et eodem tempore simul ad id vocatorum, vel etiam si non vocati casu intervenerint et tamen praesentes per testamentorem postea ad id rogati sint. —

Etsi tale testamentum per ilias personas fuerit recognitum, sive sit in scriptis, sive non, robur habebit, nisi per testatorem fuerit revocatum; quilibet enim dum in vivis est et mentis suae bene compos potestatem habet priorem sui testamenti sententiam per posteriorem corrigere et immutare. Quoniam hominis voluntas ambulatoria est usque ad supremum vitae exitum. †) Nemo etiam sibi eam legem potest dicere, ut a priore testamento ei recedere non liceat. ††)

§ 5.

Testes autem in testamentis adhiberi possunt hi, qui sui sunt juris, quive testamenti faciendi jus habent. Sed neque haeres scriptus, †††) neque is, qui in potestate testatoris est, ‘) neque pater ejus, qui eum habet in potestate neque fratres — testes adhiberi possunt in testamentis; sed neque mulier,

---

*) fr. 2. 17. Dig. 28. 1. und 3, 9, 10. Cod. 6. 22; § 1. Inst. 2. 12. (ſ. R. R.)

**) Erforderniß des deutſchen Rechts Sachsspgl. I. 52. 2. Cölniſches Statut von 1437 art. 2, 3. mit § 3. cf. Digest. XXVIII. 1. l. 2.

***) Im röm. Recht 7 Zeugen; hier kanoniſche Beſtimmung Alexander III. ſo beſonders im nordweſtl. Deutſchland (geiſtl. Einflußnahme von Mainz, Cöln, Trier) jedoch hier ohne Beiziehung des Geiſtlichen, da zur Zeit der Codifikation dieſes Gewohnheitsrechtes alle Sachſen evang. A. B. waren.

†) fr. 4. Digest. 34. 4; l. 19. Cod. de testam.

††) cf. fr. 19. pr. D. 29. 1.

†††) § 10. Instit. de test. ord.

‘) § 9. 10. Inst. de test. ord. cf. fr. 3. § 2. Dig. qui test. fac. poss. (28. 1.)

neque impubes; *) neque furiosus, neque mutus, neque surdus,**) neque is, cui bonis interdictum est,***) neque ii, quos leges improbos intestabilesque esse jubent, admittuntur.

Pater autem cum filio, item duo fratres in eodem testamento alieno simul esse possunt testes; †) quia nihil nocet ex una domo plures testes alieno negotio adhiberi. ††)

§ 6.

Legatariis et aliis personis eis conjunctis testimonium non negatur. †††) Tempore pestis sufficiunt in testamento duo testes sive masculi sive foeminae, sive etiam sint domestici sive rogati adveniunt, sive fortuito. ‡)

§ 7.

Si quis aliquem ad testamentum faciendum coegerit, vel dolo malo testamentum facere aut mutare prohibuerit vel effecerit ut testes non veniant, et per hoc deficiat facultas testamenti faciendi ei denegandae sunt omnes actiones adeundae haereditatis a defuncto in eum devolutae, aliisque gradu proximis haeredibus locus erit. §)

§ 8.

Quod si mulier antea marito offensa non per vim neque per dolum sed comitate mariti placata, offensam remittens, illi testamento aliquid legaverit ratum habebitur, sic et e contra. ‖)

---

*) § 6. Inst. de testam. ord. (II. 10.)

**) Blinde? cf. Arg. Cod. 9. de testamentis. —

***) § 6 Inst. (II. 10.) und Not-Ordnung von 1512 T. 22.

†) fr. 22. pr. D. qui test. fac. possunt (XXVIII. 1.)

††) cf. Stat. I. 5. 12. und I. 6. 5..

†††) fr. 20. pr. Digest. XXVIII. 1. —

‡) Und zwar iſt nicht einmal die unitas actus erforderlich C. 8. de testam. (6. 23) epidemiſche Krankheit. Die Baſilifen in Fabrots Ueberſetzung: „si metuerint testes accedere propius ad testatorem, ne morbi contagione inficiantur, permittatur eis, ut separatim ab eo testamentum signent.“ —

§) cf. fr. 2. si quis aliquem (D. 29. 6.)

‖) Die Tertirung bei Bomel: Vir qui non per vim nec dolum quo minus uxor contra eum mutata voluntate codicillos faceret intercesserat, sed ut fieri assolet offensam aegre mulieris maritali sermone placaverat in crimen non incidit nec ei quod testamento fuerit datum auferendum aus fr. 3. D. 29. 6. (Univerſität ändert.)

§ 9.

Parentes liberos vel nepotes in testamentis suis haeredes scribere atque illis legitimam bonorum suorum portionem*) relinquere coguntur. Nempe duas partes totius haereditatis; de reliqua tertia parte liberam habeant potestatem in testamento disponendi. Mater quoque potest ex suo triente tertiam partem legare cui voluerit, reliquis duabus partibus pro legitima descendentibus relictis.**)

Non enim licet parenti aliquem ex liberis exhaeredare vel praeterire nisi is probetur ingratus et ingratitudinis caussam nominatim inserat testamento.***)

§ 10.

Si defunctus descendentes non habuerit sed ascendentes non potest in testamento suo ilios praeterire, sed cogetur illis legitimam bonorum suorum portionem relinquere h. e. duas omnium bonorum partes. †)

§ 11.

Omnibus tam parentibus quam liberis ac etiam fratribus et sororibus de inofficioso agere liceat. Cognati vero qui sunt ultra fratrem obtinendi spem non habebunt. ††)

---

*) Falcidiſche und Trebelianiſche Quart unanwendbar, ſo ſchon Nürnberg. Reform T. 29. art. 10. und Stadt-Recht von Cöln, Trier, Hamburg und Lübeck. u. a. O.

**) Der Pflichttheil der Roth-Erben iſt eine mit Rückſicht der Collation zu bemeſſende portio portionis ab intestato nicht portio bonorum cf. C. 8. pr. 31. de inoff. testament. cf. Const. 36. pr. de inoff. testam. (3. 26.) Nov. 18. c. 3. u. ſ. w. Römiſches Recht hier diverg. — franz. coutumes laſſen auch nur ⅓ des Vermögens frei. Klimrath in der Revue de legislations 1837. p. 367. (ähnlich fränkiſche Rechte.).

***) cf. Nov. 115. c. 3. und 4. — die causae ingratitudinis — und C. 21. de inoff. testament. (3. 28.)

†) cf. § 1. Inst. de inoff. testam. 2. 18. u. a. O.

††) l. 1. § 1. D. de inoff. testam. &c. Bei Bomel finden ſich weſentlich dieſelben Beſtimmungen der §§ 1, 2, 4, 5, 6, 7, 9, 10, jedoch dieſer § 11, in negativer Tertirung . . . nec possunt actione inofficiosi contra testamentum agere . . . § 12, 13, 14, 15, 17, bis insidientur. — Die meiſten declaratoriſchen Schlußſätze rühren von Fronius z. B. § 4. Quoniam . . . § 9. Non enim licet . . . § 12. Qui autem potest. . . . § 14. Cum in testamento . . . § 17. Advocatis de. inde testibus. . . . — Deutſche Rechtsanſicht vom „Familiengut“ läßt auch die Geſchwiſter als Roth-Erben auftreten.

§ 12.

Si quis aliis suis agnatis et cognatis, vel etiam extrancis personis vel etiam uxori suae in testamento suo aliquid legare voluerit, licebit sub conditionibus institutionis vel substitutionis*) pro libera sua voluntate, nullius contradictione obstante. Qui autem potest invitis alienare, multo magis et ignorantibus et absentibus. —

§ 13.

Vir et uxor nullis existentibus liberis sed nec ascendentibus neque fratribus vel sororibus possunt res et bona sua ex libera voluntate coram judicio vel aliis honestis et fide dignis testibus invicem causa mortis donare, ut superstes lucretur bona defuncti. Si vero postea liberi illis nascentur talis donatio robur non habebit.**)

§ 14.

Omnibus quorum interest petentibus judex inspiciendi describendique tabulas testamenti potestatem faciat.

§ 15.

Si liberis aliquid minus legitima portione relictum sit, hoc boni viri arbitratu compensetur, nec occasione minoris quantitatis testamentum rescindatur.***) Cum in testamento ambigue aut etiam perperam aliquid scriptum reperietur, benigne et secundum id, quod testatorem voluisse credibile est, judex interpretabitur. †)

§ 16.

Si quid solutum sit ex testamento, quod postea falsum et inofficiosum vel ruptum apparuerit, repetetur. ††)

§ 17.

Potest etiam aliquis ultimam suam voluntatem in charta conscribere manu sua vel alterius cum subscriptione tamen

*) cf. Cod. lib. VI. tit. 25 und 26. D. 28. 5.
**) Inst. II. 17. & Dig. XXVIII. 2. und XXXIX. 6. &c.
***) cf. L. 30. Cod. de inoff. testam.
†) cf. D. 34. 5. l. 25. (Marcellus.)
††) Ueber Reſciſſion und Reſtitution und über testamentum falsum, inofficiosum und ruptum ſ. R. R. cf. Mathias III. art. 26.

sua si scribere norit, illam autem complicabit*) ne mens testatoris ante tempus patefiat et illi qui ex testamento emolumentum sperant, frustrati ad odium concitentur, vel hi qui haeredes instituti vel legata percepturi sunt, metuant ne testator sententiam suam mutet, vitaeque ob id testatoris insidientur; advocatis deinde testibus**) profitebitur in ista charta complicata ultimam suam voluntatem contineri, cui testes nomina sua adscribent, sigillisque suis obsignabunt, anno die ***) et loco nomineque testatoris annotatis; si scribere non noverint tantum sigillis suis obsignent, quod tamen sine praejudicio et subscribentis et signantis fiat.

Titulus sextus.

De rebus legatis.

§ 1.

Legatum est donatio testamento relicta, qua testator ex eo, quod universum haeredis foret, alicui quid collatum velit. †) Legata non debentur, nisi deducto aere alieno, haereditatis vires ad id sufficiant. ††)

§ 2.

Si quis haeredes habens in ascendente vel descendente linea vel collaterali, quibus de inofficioso agere licet bona immobilia testamento cuipiam legaverit haeres pro pecunia redimere potest. †††) Bona vero mobilia, quilibet pro suo arbitrio legare

---

*) ſ. R. A. von 1512. cf. L. 22. D. qui test. facere und l. 21. Cod. de testam. &c. test. holographum et allographum ſ. R. R.

**) Zwei Zeugen wie im Münchner und Mainzer Stadt-Recht und kanon. Recht cf. C. 10. X. de testam.

***) cf. Nov. 107. c. 1. § 5. Instit. II. 10 und fr. 22 und 30. Dig. 28. 1. l. 12. Cod. VI. 23.

†) Codicill? fr. 116. pr. de legat. l. (30) und § 1. Inst. II. 20. und fr. 86 de legatis II. (31).

††) Hier nicht mit Rückſicht der materiellen Rechtsbeſtimmungen der Röm. Erbfolge ſondern der Sächſiſchen, beſonders Stat. II. 5. 9. &.

†††) Folge der altdeutſchen Rechtsanſicht vom Erbgang der Familiengüter (Stammgutſyſtem). Nach Kronſtädter Local-Statuten von 1602 art. 16. verfällt derjenige, welcher einem Edelmann oder ſonſt Fremden ſein Haus verſchreibt (es ſei in oder außer der Gemeinde) noch in die Strafe der „Landesfuhr" (Uſl. 60) ſ. Kurz Magazin I. p. 246 u. ſ. w. (cf. St. III. tit. VI. Concivilität).

potest, quatenus illi per leges licet. — Quod si vero testator immobilia habuerit, suis servitiis vel industria vel matrimonio acquisita, de iis, si haeredes descendentes vel ascendentes vel fratres et sorores non habuerit, liberam disponendi potestatem habeat, non obstante ulla suorum consanguineorum contradictione.

§ 3.

Si quis ultra vires *) haereditatis legaverit, ipso mortuo quidem legatum non extinguitur, sed hoc tantum modo praestatur, quod invenitur. **) Si pecunia ***) legata in bonis legantis non exstet, solvendo tamen sit haereditas, haeres pecuniam legatam dare compellitur, sive de suo sive ex venditione rerum haereditariarum, sive undecunque tandem voluerit. —

§ 4.

Debitoribus etiam ea, quae debent legantur vel etiam si debitorem remanere vult, diem solutionis praestandae ex suo arbitrio testator prorogare potest †)

§ 5.

Si rei proprietas legata sit, cujus usumfructum testator, dum vixit, ††) retinuit, mortuo testatore, legato non revocato, legatarius rei proprietatem cum usufructu obtinebit. — Moritur legatarius, res legata ad haeredes ipsius transibit †††) si testator non revocaverit.

---

*) cf. § 1 Inst. II. 42. (Ueber Prälegat eines Mit-Erben cf. fr. 18. § 3. D. de legat. l. 30.)

**) ſ. R. R. § 18 Inst. 20. fr. 21. D. l. de legatis fr. 28. D. XXXVI. 2. u.a.O.

***) Vorausgeſetzt daß dieſe pecunia ein Gattungsbegriff iſt und nicht eine beſtimmte Summe, nicht leg. speciei (analog anzuwenden auf Legate fungibler Sachen fr. 3. D. XXXIII. 6. ſ. R. R. cf. fr. 109. § 10. de leg. I. Nov. 112. 1. u. ſ. ſ.)

†) Ueber legatum nominis, liberationis und debiti ſ. R. R. cf. § 13 Inst. II. 20. fr. 1. und 3. § 3. und fr. 25. Dig. XXXIV. 3. und fr. 8. §. 1. 2. de lib. leg. (Zinſenentrichtung?)

††) Eine donatio inter vivos cf. l. 84. § 11. D. de legatis und l. 11. Cod. de legat. — nicht fr. 26. D. XXXIX. 6.

†††) Dies legati cedit? Ausnahme vom R. R. cf. l. 24. pr. l. 30. Dig. XXVI. 2. (quando dies legat) u. a. O. blos der Fürſt (Staat) hat nach R. R. dieſe Prärogative der Transmiſſion. — Hier ſcheint wieder die deutſche Rechtsanſicht der Familiengütergemeinſchaft dieſe exceptionelle Beſtimmung veranlaßt zu haben.

§ 6.

Si res legata sine facto haeredis perierit, legatario decedit.*) Si vero haeres in tradendo legato moram fecerit, periculum rei legatae ad ipsum spectabit. Nulla autem intelligitur ibi fieri mora, ubi nulla petitio est.

§ 7.

Ad pios usus et reipublicae legata omnium primo praestari debent. Legata ad res pias in alium usum quam testator voluit converti non debent.**)

---

*) § 16. Inst. II. 20. cf. fr. 47. § 2. 4. 6. D. leg. l. cf. fr. 39. § 1. D. de leg. l. und const. 3. C. VI. 47. — u. a. O. (Pfand-Recht nach Tribal-Norm.)

**) cf. 54: 1791 (Rechtsgeschichte I. p. 155.)

Statuta jurium municipalium

Saxonum in Transsilvania.

LIBER TERTIUS.

Titulus primus.

De mutuo et commodato et solutionibus.

§ 1.

Quandoquidem mutuum *) consistit in iis rebus, quae pondere numero et mensura consistunt, et commodatum, **) quod numero et specie eadem redditur, ideo qui mutuum accepit solvere debet ad tempus illud, de quo inter eos convenit, aut si dies solutioni praestituta non fuerit, solvere tenebitur, quando res mutuo data repetitur. ***)

§ 2.

Accusatur quis coram judicio de debito confesso sive actor civis sit, sive peregrinus, si debitum ex rebus creditis sit contractum judex praefigere debet sex septimanas ad solvendum. — Quodsi vero parata pecunia debitori sit mutuo data, vel is in contractu praesenti pecunia se soluturum receperit, nullo solutioni constituto termino nec die et creditorem frustraverit, huic judex triduum ad solvendum praefiget.

§ 3.

Sancimus nemini licere adversus sua pacta venire et contrahentes decipere. Nam de jure pacta conventa quae neque contra leges, neque dolo malo inita sunt †) omni modo observan-

*) Dig. XII. 1. l. 2. § 1. cf. pr. Inst. III. 14 und 15 ferner fr. 1. § 2 D. 44. 7. u. a. O.

**) § 2. Inst. III. 14 und 15; Dig. XIII. 6; Cod. IV. 23. u. a. O.

***) cf. § 2. Inst. III. 14 und 15; fr. 1. § 4. Dig. 44. 7 und fr. 42 Dig. 23. 3. —

†) cf. Const. 6. Cod. rep. prael. II. tit. 3; const. 5. Cod. rep. prael. I. 14; fr. 45. § 1. Dig. 50. 17; fr. 38. Dig. II. 14. ſ. R. R. beſonders auch über den Anatocism (usurae usurarum) Neue Capitaliſirung? Novatio.

da sunt; siquidem jure constitutum est, quod quilibet beneficio pro se introducto possit renunciare, ideoque juri convenit, ut judices ex praescripto obligationum cujusque debitoris jus dicant, exceptis tamen illegitimis usuris *) et stipulationibus dupiae, quae in contractibus et stipulationibus nulla ratione admitti debent.

§ 4.

In bonae fidei contractibus id quod interest ex mora debetur. Porro quod interest non propter lucrum petentium, sed propter moram non solventium, infligitur. **)

Qui judicium accipere paratus est solutioni moram fecisse non videtur, si juste et sine dolo malo ad judicium provocavit.

Neque is in mora est, a quo pecunia propter exceptionem peti non potest. ***)

§ 5.

Bene constitutum est: †) ne filii super res et bona parentum viventium spe futurae haereditatis aliquod aes alienum contrahant, sin autem id fieret, robur non haberet. Ei qui filiofamilias mutuam pecuniam invito patre dedit etiam post mortem parentis ejus, cujus in potestate fuit, actio petitioque negatur. ††) Sin autem studiorum †††) caussa absenti dederit, vel pater ratum habuerit, repetere potest. [1])

§ 6.

Universa principum rescripta, quae in debitorum dilationem impetrantur, non aliter valeant, nisi princeps ab ordinario debitorum magistratu doceatur, eum justam impetrandae dilationis habere caussam. [2])

---

*) cf. l. 23. 25. Cod. IV. 32. &c. &c. (ſ. Lehrb. des R. R.) Ueber Zinſenverbot kanoniſch. Recht Can. 1. 19. Qu. 3. c. 1—10 X. de usuris.

**) cf. fr. 41. D. 45. 1. und fr. 213. D. 50. 16. fr. 40. Dig. 12. 1. — Ebenſo Verzugs-Zinſen nach Reichsgeſetzen Dep. Ab. von 1600 § 139.

***) cf. Stat. III. 3. 8. und Cod. VIII. 43. l. 7. — (damnum emergens, lucrum cessans. ſ. R. R.)

†) Im S. C. Macedonianum ſ. R. R. — (Digest. 14. 6.)

††) Da aber eine obligatio naturalis vorliegt gibt es keine condictio indebiti (cf. fr. 1. Dig. 14. 6 und § 4. Inst. IV. 7. ferner fr. 6. Dig. 16. 2.)

†††) Ausbildungskoſten für den zukünftigen Beruf. — cf. Stat. II. 4 15.

[1]) c. 2—7. Cod. IV. 28. und fr. 7. § 15. Dig. XIV. 6.

[2]) Moratorium cf. L. quoties 2 et L. universa 4. C. de Prec. imp. offerend. — Reichs-Pol. O. v. 1548. tit. 22. u. v. 1577 tit. 23. u. a. O. ſ. Fallit. Ordn. v. 1772

§ 7.

Si quis alteri supellectilem aut rem argenteam, vestem, equum aut aliud aliquid (quod mobile bonum vocamus et quo frui *) quis potest) commodato dederit, ille, qui fruendam accepit, ita fruatur, quemadmodum inter eos convenit et post usum restituat, in eaque custodienda eam diligentiam adhibeat, quam suis adhibiturus esset. Si vero preter summam diligentiam et culpam casu res deterior fuerit reddita, non tenebitur;**) nisi peculiariter de indemnitate inter eos convenit, tum placitum conventionis compleri debet. — Praetextu debiti restitutio commodati non probabiliter recusatur.***)

Titulus secundus.

De pignoribus †)

§ 1.

Rem suam pignori dans potest redimere juxta tempus et modum, constitutum in oppignoratione ††)

---

*) Ueber furtum usus ſ. Röm. R. — Ueber custodia beſonders fr. 5. Dig. (13. 6.)

**) cf. l. 10. 18 und 20. Dig. 13. 6 und L. 1. Cod. IV. 23 u. a. O. wie Retentions-Recht? R. R.

***) Aus Cod. IV. tit. 23. l. 4. (Stat. III. 5. 4.) Können Verzugs-Zinſen gefordert werden? (Stat. III. 1. 4. — Ueber Precarium ſ. R. R.)

Anmerkung: Bei Bomel finden ſich in dieſem Titel blos die §§ 1, 2 und 7, und in dem letzten nach dem Schlußſatz . . . conventionis impleri debet folgende Zuſätze: „Si ut certo loco vel tempore reddatur commodatum convenit neque redditum fuerit, si quid damni commodatae rei acciderit, detrimento ejus, qui rem commodato accepit imputari solet.“—

„Si quis sciens alteri commodato dederit vas vel dolia mala per quae damna utenti datum fuerit ad praestandum quod interest tenebitur (Commodant haftet nur für culpa lata.) Der zwiefach juriſtiſche Sinn des einen Wortes leihen oder commodare vereinigte hier die ihrem Grunde nach verſchiednen Darleihn und Leih-Verträge in einen Titel. (deutſcher Gültekauf?)

†) cf. § ult. Inst. III. 15 und L. 11. Dig. XIII. 7. hier Conventional Pfandrecht.

††) cf. fr. 6 pr. D. XX. 6; fr. 9. D. XIII. 7 und fr. 18. Dig. 46. 2. ſowie a. O. Res inhabiles: Adelsbriefe GZ. 9082: 1807. Gehalts-Quittungen und Penſionen GZ. 10113: 1840. und Salniter GZ. 9078: 1788.ꝛc.

§ 2.

Si res pignori data apud creditorem sine ulla sua culpa dolo et negligentia deterior facta, vel incendio consumpta fuerit, aut casu perierit amissio pignoris non liberat debitorem, nec creditor a petitione debiti submovetur. *)

Etiam id quod pignori obligatum est, a creditore pignori obstringi potest. **)

§ 3.

Debitori permissum est rem suam pignoratam aut obligatam ubicunque ***) invenerit repetere, soluta prius pecunia, qua alter obligavit aut oppignoravit.

§ 4.

Si quis chyrographum a suo debitore habet et alter hypothecam expressam, hujus potior erit conditio, quam alterius creditoris chirographarii etiam si prius crediderit.

Illius causa etiam potior erit, qui debitorem in judicio exhibuerit, debitumque in praesentia illius petierit, quam alterius, qui licentia judicis impetrata, debitoris bona arestavit.

§ 5.

Si convenerit de distrahendo pignore (sive ab initio, sive postea) non tantum venditio valet, verum incipit etiam emptor dominium habere. — Ubi vero convenit, ne distraheretur, aut si creditor simpliciter sibi pignus depositum accepit, non licet distrahere nisi debitori ter fuerit denunciatum, vel coram judicio debitorem convenerit ut satisfaciat et cessaverit debitor redimere pignus, venditio libera est creditori. †)

§ 6.

Si minus in pignore, plus in debito inveniatur, in hoc, quod noscitur abundare sit creditori omnis ratio integra. Sin autem

*) ſ. Sachsenspgl. III. 5. 5. und Schwabenspgl. c. 258. — ferner R. R. beſonders fr. 5. 6. Dig. XX. — 4. ꝛc.

**) cf. fr. 13 § 2; c. 1. 2. Cod. VIII. 24. u. a. O. ſ. R. R.

***) cf. fr. 13. Dig. XX. 1. und c. 1. Cod. VIII. 24. fr. 1. Dig. 44. 7. (vergl. das öſtreich. Recht, beſonders § 460) dagegen das Lübeſche Recht III. 4. 10. welches die Afterpfändung verbietet.

†) Vergl. die Lehrbücher des Röm. Rechts, beſonders über lex commissoria (c. 3. Cod. VIII. 35; c. 7. X. 3. 21; deutſche Reichs-Pol. O. 1577 tit. 20 § 5.) ferner c. 3. § 1. Cod. VIII. 35. fr. 4 und 5. Dig. 13. 7. ꝛc.

minus in debito, amplius in pignore fuerit, tunc in hoc quod debitum excedit, debitori omnia jura integra servabuntur.*)

§ 7.

In pignoribus distrahendis hic ordo servatur ut termino solutionis lapso creditor a judice petat debitorem ad terminum competentem citari, quo vel pignus luat, vel distractionem admittat.**)

Judex si cognoverit debitorem nullam sufficientem caussam producere, quare sua pignora non redimat, creditori potestatem distrahendi pignora dabit, quo facto, pignora per tres hebdomadas in publico foro venum exponentur atque majus pretium offerenti vendentur.

Quod si res immobiles fuerint, tribus diebus dominicis subsequentibus aut in foro publico aut ante fores templi parochialis publice proclamabuntur, ut supra in titulo duodecimo libro primo de executione rei judicatae habetur.

§ 8.

Si quis operas conduxerit et mercedem non solverit, judex aditus ad solvendum locatori tridui spatium dabit, si vero paratam aliquam rem quis in diem emerit, sex hebdomadarum dilatio emptori conceditur.***)

§ 9.

Diversis temporibus eadem re duobus jure pignoris obligata eum qui prior data pecunia pignus accepit, priorem haberi certi ac manifesti juris est; †) neque secundum creditorem facultatem distrahendi hujus pignoris aliter consequi posse aequum est, nisi priori creditori prius debita fuerit soluta quantitas. ††)

§ 10.

Respublica creditrix omnibus chirographariis creditoribus praefertur; nam certum est ejus qui cum fisco contrahit bona veluti pignoris titulo obligari, quamvis specialiter id non exprimatur.')

*) cf. const. 3 § 4 Cod. VIII. 34 und fr. 8 § 5; fr. 42; fr. 24 § 2; fr. 35 pr. Dig. XIII. 7; fr. 9 pr. Dig. XX. 5. &c.

**) cf. 2. 3. 10. Cod. VIII. 23. &c.

***) Wahrscheinlich Kronstädter Localgewohnheit (Fronius) cf. l. 4 Cod. VIII. 28 &c. Fristen nicht römisch.

†) cf. fr. 13. 2. Dig. XX. 1 und c. 1. 2 Cod. VIII. 24.

††) l. 8. Cod. VIII. 18. (vergl. Grundbuchs-Instruktion von 1845.)

') Vergl. Röm. Recht und Cridalnorm.

§ 11.

Denunciatio debitoris facta creditori vel etiam emtoribus de non distrahenda vel emenda re sibi pignori obligata ita demum efficax est si universum debitum offerat creditori. — Nam si vel modicum sorti decedat, distractio rei obligatae non potest impediri.*)

§ 12.

Qui dolo vel culpa rem pignori acceptam deteriorem fecerit, pignoratitia actione tenebitur ut talem restituat, qualis fuerit tempore obligationis. — Quicquid autem commodi sive incommodi fortuito pignori accessit, id ad debitorem pertinebit. **)

Titulus tertius.

De jure creditorum et debitorum.

§ 1.

Si creditor sine judicis autoritate res debitoris occupet, de vi privata tenetur. — Creditores igitur si adversus debitores suos agant, per judicem id, quod sibi deberi putant, reposcere debent, alioquin si in rem debitoris sui intraverint aut aliquid acceperint, nullo id concedente arbitrio judicis, mulctabuntur. — Optimum igitur est, ut si quas putant se habere petitiones actionibus experiantur. †)

---

*) Aus l. 2. Cod. VIII. 29. — & ſ. R. R. — Ueber Privilegien der Sparkaſſen und Leihhäuſer ſ. Vorleſungen über öſtreich. Civilrecht (Reichsgeſetzblatt Nr. 42: 1852. — u. Sachsenheim Civilrecht p. 453.

**) l. 7. Cod. IV. 24. und l. 21. § 2. Dig. XX. 1. ſ. daher R. R. cf. öſtr. Recht beſonders § 460 ꝛc.

Anmerkung: Bei Bomel finden ſich beinahe wörtlich die §§ 1 (mit dem Schlußſatz: neccessarios sumtus circa res pignoratitias factos creditor exigere non prohibetur) § 2 mit abweichendem Schlußſatz (submovetur; Nemo debet rem alienam sine voluntate domini dare pignori alioquin pignoratitia actione contraria domino pignoris restituetur, potest tamen debitori creditor suo debitam qualitatem reposcere.) — §§ 3, 4, 5, 6, (ſammt Schlußſatz: qui pactus est nisi intra certum tempus poecuniam, quam mutuam accepit, solveret, cessurum se creditoribus hypothecae venditionem non contraxit, sed communi jure creditor hypothecam vendere debet. Etsi emtor idoneus non inveniatur, creditori portio juste adjudicari potest,) — § 9 (mit Schluß: Sic et generalis hypotheca prioris creditoris praefertur speciali superiori.) — § 11 und ſchlüßlich § 7. Es rühren daher blos die §§ 8 und 12 von Fronius; § 10 von der Univerſität?

†) l. 7. Dig. 48. 7 ſ. Lehrb. des Röm. R. —

§ 2.

Quae fraudandorum creditorum gratia alienata sunt in pristinum statum restituantur. Non autem fraudantur creditores cum quid non acquiritur, sed cum quid de bonis imminuitur. *)

§ 3.

Instrumentorum ammissio, si manifestis probationibus debitores tuos debere tibi apparuerit, nihil oberit. **)

§ 4.

Cum eo, qui creditoribus suis bonis cessit, si postea aliquid acquisiverit, quod idoneum emolumentum habet ex integro in id, quod facere potest, creditores experiuntur, nam qui bonis cesserunt: nisi solutum creditor receperit, non liberabuntur. ***)

§ 5.

Si qui sine deliberatione adeant haereditatem vel sese immisceant, omnimodo ab ipsis inventarium in tabulariorum praesentia conficiatur super his rebus, quas defunctus mortis tempore habebat et sic haereditatem sine periculo habeant ut in tantum haereditariis creditoribus teneantur, in quantum res substantiae ad eos devolutae valeant, et eis satisfaciant qui primi temporum praerogativa veniunt creditores et si nihil reliquum est, posteriores venientes repellantur et nihil ex substantia sua penitus haeredes amittant, ne dum lucrum facere sperant in damnum incidant. Qui vero postquam adierint vel sese immiscuerint et inventarium facere intra certum tempus — (triginta scilicet dierum) — neglexerint, item qui post petitam deliberationem vel pro haerede gesserint, aut non recusaverint haereditatem omnibus in solidum haereditariis oneribus teneantur. †)

§ 6.

Si cujuscunque modi actiones ad potentiorum fuerint delatae personas, debiti creditores jactura mulctentur. ††) — Nominis

---

*) l. 1 pr. und l. 6 pr. Dig. 42. 8. (R. R.) cf. Fallitennorm von 1772.
**) l. 1. Cod. IV. 21.
***) l. 1. Cod. VII. 71. und § 40. Inst. IV. 6. — ſ. Röm. Recht über beneficium competentiae &c. &c.
†) Aus § 2, 4, 12, 14, l. 22, Cod. VI. 30, (ſ. R. R.)
††) l. 2. Cod. II. 14. cf. c. 2. X. de alienat. jud. mut. causa.

autem venditio et ignorante et invito eo, adversus quem actiones mandantur, contrahi solet. *)

§ 7.

Debitor, qui solutam pecuniam affirmat ejus rei probationem praestare debet. Nemo ex iis, qui negant se debere, prohibetur etiam alia defensione uti, nisi lex impediat. **)

§ 8.

Unusquisque creditorem suum eundemque debitorem petentem submovet, si paratus est compensare; ***) at si quis compensare potens, solverit, condicere poterit, quasi in debito soluto. Compensatio autem ideo necessaria est, quia interest uniuscujusque potius non solvere, quam solutum repetere. †) — Compensationes ex omnibus actionibus ipso jure fieri sancimus, excepta actione depositi; — possessionem enim alienam perperam occupantibus, compensatio non datur. ††)

§ 9.

Non est novum, eum a quo petitur pecunia, implorare rationem creditoris, ut fides veri constare possit. †††) Errorem calculi, sive ex uno contractu, sive ex pluribus, si emerserit, veritati non afferre praejudicium saepe constitutum est. — Unde rationes etiam saepe computatas denuo retractari posse (si res judicatae non sunt, vel transactio non intervenerit) explorati juris est. ‡)

§ 10.

Debitorem si solvendo non fuerit; nec a creditore ulteriorem dilationem impetrare potuerit, aditus judex ad triduum usque publicae custodiae demandabit; eo exacto, creditori tra-

*) l. 3. Cod. IV. 39 und l. 1. Cod. VIII. 42. — vergl. über Novation, Ceſſion ꝛc. ꝛc. Lehrb. des R. R. und §§ 1392 u. f. f. des öſtr. bürgl. G. B.—

**) l. 10. Cod. IV. 30 und l. 23. Cod. IV. 19.

***) l. 2 Dig. XVI. 2 und l. 10 § 1. eod. tit.

†) l. 3 Dig. XVI. 2. ſ. Lehrb. des R. R.

††) § 30. Inst. IV. 6. vergl. die Doctrin über § 1438 ꝛc. des allgem. öſtr. bürgl. G. B.

†††) l. 5. Cod. II. 1.

‡) l. un. Cod. II. 5. über exceptiones peremtoriae. Vergl. die römiſche Doctrin im allgem. öſtreich. bürgerl. G. B über Novation, Transaction Ceſſion, Aſſignation, Solution, Compenſation, Renunciation, Confuſion u.d.g

det, qui illum ad instar familiae suae alet, laborique domestico per annum compedibus vinctum adhibebit, in singulos dies denarios quinque in solutionem debiti computaturus, anno vero elapso debitor nexu dimissus, fide data, spondebit, se quod ex operis in posterum acquirere poterit, creditori in solutum daturum nec interea quoquam fugiturum, donec autem creditori huic satisfecerit, nullus ex aliis creditoribus eum arrresto subjiciet. *)

Titulus quartus.

De locato et conducto. **)

§ 1.

Qui habitationem vel aedes alicui pro certa pensione ad certum tempus locaverit, aeque atque conductor omnia secundum legem conductionis facere tenetur. ***) — Locator autem prospiciet conductori ut commode habitet. Si vero conductor sua opera aliquid necessario vel utiliter aedificaverit vel restituerit, conscio locatore ex ipsa pensione recipiet. †)

§ 2.

Conductor, completo tempore, pactam pensionem locatori solvet, cavebitque ne aedes conductas deteriores faciat, vel fieri patiatur. ††) — Nam si plures in aedes conductas receperit, per quos aliquid damni detur, illorum culpam praestare tenebitur.

Mortuo conductore, intra tempora conductionis, haeres ejus eodem jure in conductione succedet. †††)

---

*) Gewohnheits-Recht Vergl. Sachsenspiegel III. 3 und 39. Weichbild art. 27; Schwäb. LandRecht 133. ebenso in Riga, Lübeck u. a. O.
Anmerkung: Der Titel III. findet sich nicht bei Bomel; bis auf letzren § Zusammenstellung aus dem R. R. durch Fronius.

**) Vergl. die Lehrbücher des R. R. über den Bestand-Vertrag: a) Preis. b) Object in 1) Diensten oder 2) Sachen — (Pacht- Mieth- und Lohn-Vertrag) — cf. §§ 1091 und 1151 des allg. östr. b. G. B.

***) l. 25. § 2. Dig. XIX. 2.

†) Vergütung von Aufwandskosten cf. fr. 19, 55, 61, Dig. 19, 2; die §§ 332 und 1097 des allg. östr. b. G. B.

††) § 5, Inst. III. und l. 5, § 2. Dig. XIII, 6 (culpa levis — diligentia).

†††) § 6 Inst. III. 25. l. 11. Dig. XIX 2.— vergl. diverg. Sachspl. III. 77. ꝛc. ꝛc.

§ 3.

Si quis fundum vel aedes alicui locatas vendat, curet apud emtorem ut conductor eadem pactione fruatur et habitet, alioqui aget cum eo ex conducto *) aut pensionem petentem exceptione doli submovebit. — Si vero locator paratus sit aliam habitationem non minus commodam praestare, aequissimum est absolvi locatorem. **)

Qui contra legem conductionis fundum vel aedes ante tempus sine justa et probabili causa deserverit, ex conducto ad solvendam totius temporis pensionem convoniri potest. ***)

§ 4.

Nemo prohibetur rem, quam conduxit, alii locare, si nihi aliud convenit. †)

§ 5.

Opifices, utputa fullo, sarcinator et reliqui, si quid faciendum locaverint, ac ex Inscitia doterius reddiderint, vei negligentia aut culpa sua perdiderint, ex locato solvere tenebuntur. ††)

Nautae, vectores, stabularii, quod cujusque salvum fore receperint, nisi restituant, in eos judicium dabitur. †††)

Si vero res locata per ignem, aedium ruinam, vim hostilem impetum aquarum aut per alium casum, cui resisti non potest, destruetur, conductor non tenetur. ‡)

§ 6.

Qui mercedem accepit pro custodia alicujus rei, is ejus periculum propter mercedem praestat, sed de damno ab alio dato agi cum eo non potest. ‡)

---

*) cf. l. 25. § 1. Dig. XIX. 2 — „Kauf bricht Miethe." — vergl. § 112 des allg. öſtr. bürgerl. G. B. —

**) Aus l. 9. Dig. XIX. 2. —

***) Aus l. 55. § 2. Dig. XIX. 2. mit dem declaratoriſchen Schlußſatz quatenus locatori in id, quod ejus interest indemnitas servetur. —

†) Aus l. 6. Cod. IV. 65. (fruendam?) vergl. § 1098 des allg. öſtr. b. G. B. u.ſ

††) cf. l. 25. § 7. l. 9. § 5. Dig. XIX. 2. — vergl. §§ 1156 und 11 des allg. öſtr. b. G. B. ſowie Approb. Const. III. 34. 1. ꝛc.

†††) l. 3. § 1. Dig. IV. 9. vergl. §§ 970 und 1316 des allg. öſtr. b. G.

‡) l. 11. Dig. XVIII. 6 u. a. O. vergl. §§ 1104—1108 des allg. öſtr. b. G. B.

‡) l. 40 und 41. Dig. XIX. 2. (culpa laevissima) vergl. das allgem. öſ bürgerl. Geſetzbuch beſonders §§ 964—7. — Das Depositum ein u entgeldlicher Vertrag.

§ 7.

Qui operas suas locavit, totius temporis mercedem accipere debet, si per eum non stetit, quominus operas praestaret.*) — In operis duobus simul locatis, convenit priori conductori ante satisfieri. **)

§ 8.

Si agricola errore vicinum agrum araverit, vel etiam conseverit, agri dominus aequivalente semine et aratri mercede sementem agri sui redimet. ***)

Si vero mota actione, vel domino prohibente conseverit, semina cum labore perdit. †)

Titulus quintus

De deposito.

§ 1.

In caussa depositi compensationi locus non est, sed res ipsa reddenda est.††) — Si igitur pecunia, vestes vel aliae aliquae res apud aliquem depositae fuerint, diligenter custodire atque deponenti cum repetiverit, reddere ipse vel haeredes sui tenentur. †††) Si peculiari conventione res deponitur, rata debet teneri conventio, contractus enim legem ex conventione accipiunt. ‡)

§ 2.

Si res deposita non reddita fuerit, cum a deponente peteretur, si quid damni postea deposito acciderit, depositarius restituet.§)

---

*) Aus fr. 38. pr. Dig. XIX. 2. cf. fr. 19. § 9 und fr. 15. § 6. eod. tit. vergl. Sachspgl. I. 22; II. 83 und 33. ꝛc. ꝛc. §§ 1155—60 des allg. b. G. B.

**) Aus I. 26. Dig. XIX. 2 u. ſ. w. ſ. R. R.

***) Vergl. Schspgl. II. 46 und §§ 414—22 des allg. öſtr. b. G. B. ferner § 22. Inst. II. 1. und I. 9. Dig. 41. 1.

†) cf. I. 36 § 5. Dig. V. 3. ꝛc. ꝛc.—

Anmerkung: Bei Bomel finden ſich blos die weſentlichen Beſtimmungen der § 1, 2 (ohne Schlußſatz) und § 5. — die übrigen von Fronius (Kronſtadt) Schluß § von der Univerſität.

††) I. 11. Cod. IV. 34. — I. 25. pr. Dig. XVI. 3. —

†††) cf. I. 21. Cod. IV. 34.; I. 14. § 1. Cod. IV. 31. — § 30. Inst. IV. 6.

‡) I. 1. § 6. Dig. 16. 3. und I. 6. Cod. IV. 34. ſowie I. 23. D. 50. 17. u. a. m.

§) I. 12. § 3. und I. 1 § 35. Dig. eod. tit. —

Res deposita, si per judicem ejus loci, sine dolo et culpa depositarii arestata et detenta fuerit, non est restituenda deponenti, nisi judicis permissu. *)

§ 3.

Si res deposita culpa et negligentia depositarii amissa fuerit, judicio depositi tenetur. Quodsi res deposita sine dolo et culpa ejus amissa sit, non tenebitur.

Nam fortuitos casus, ut sunt tumultus, incendium, ruinae, rapinae, furta nemo praestat. **)

§ 4.

Si duo invicem aliquid deposuerint, cum alter suum repetet, reddendum est, neque pignoris loco retinendum, ac ille, qui prior coram judicio egerit, potior erit jure. ***)

§ 5.

Si duo eandem rem conjunctim deposuerint, non debet uni restitui; si vero sic deposuerint, ut vel unus auferat totum, reddi debet. Quodsi vero sic inter eos conventum est, ut si ambo non venirent, alteri una pars detur, conventioni standum est. †)

Si apud duos deposita sit res, adversus unumquemque eorum in solidum agi poterit, nec liberatur alter si cum altero agatur, non enim electione, sed solutione liberantur. ††)

§ 6.

Qui rem depositam invito domino, sciens prudensve in usus suos converterit, etiam furti delicto obnoxius fit. †††) Si sacculum vel argentum signatum deposuero, et is penes quem depositum fuit, me invito contrectaverit et depositi et furti actio mihi in eum competit. ‡)

---

*) l. 11. princ. D. e. t. cf. l. 5 und 31 § 1. Dig. e. t. vergl. die Landtags art. von 1662. Compil. Const. IV. 10. 1. cf. Approb. C. III. 34 f. ungar. Pr. R. (cf. l. 12. § 3. D. eod. tit. Nov. 88. c. &c. &c. f. R. R.

**) l. 23. Dig. 50. 17. u. a. O. cf. § 966 &c. &c. des allg. öftr. b. G. B.

***) Aus l. 11. pr. Cod. IV. 34. f. R. R.

†) l. 1. § 44. Dig. 16. 3. cf. l. 17. pr. eod. tit.

††) l. 1. §. 43. Dig. 16. 3. u. a. O.

†††) l. 3. Cod. IV. 34. &c. &c.

‡) l. 29. pr. D. XVI. 3. (obsignatum?) cf. l. 31. D. XIX. 2. und Lehrbuch des R. R. über das depositum irregulare &c. furt. actio wohl nicht Stat. IV. 2. 10. wohl aber Stat. IV. 2. 2. civilrechtlich § 6. Inst. 4. 1 fr. 4. 3. § 1. D. 47. 2. cf. fr. 3. 118. D. 41. 2. — u. f. w.

§ 7.

In sequestro depositum est, quod a pluribus in solidum certa conditione custodiendum, reddendumve traditur. *)

Titulus sextus.

De emptione et venditione **) et rerum praescriptione.

§ 1.

Emptio et venditio sicut consensu contrahitur, ita contrario utriusque partis consensu resolvitur, antequam res fuerit tradita vel pretium solutum. ***)

§ 2.

Venditione perfecta, omne commodum et incommodum, quod rei venditae contingit ad emptorem pertinet, tametsi adhuc ea res in custodia venditoris remaneat.

Quicquid enim sine culpa et dolo venditoris accidit, in eo venditor securus est, nisi custodiam rei ad traditionem usque suo periculo susceperit, nam tunc ad venditoris periculum casus rei pertinet. †)

§ 3.

Quod in diem addicitur, licet venditori meliore allata conditione addicere posteriori, nisi prior paratus sit plura adjicere. Necesse autem habebit venditor, meliore conditione allata, priorem certiorem facere emtorem, ut quod alius adjicit, ipse quoque adjiciat. ††)

---

*) Aus l. 6. Dig. XVI. 3. (sequestrum necessarium?)
Anmerkung: Bei Bomel die Bestimmungen aus diesen §§ 1, (ohne Vor- und Schlußsatz) §§ 4, 3, 2 mit dem Schlußsatz des § 1, — § 5 bis conventioni standum est. — Die übrigen Gesetzesstellen von Fronius mit Zugrundlegung von Honterus C. J. C.

**) Vergl. mit diesem Titel „rechtsgeschichtlich" die Vorlesungen über art. 16, des Andreanums mit Rücksicht der Abhandlungen im Vereins-Archiv I. 2. pag. 78 — 107. ferner III. 2. p. 139; 3. pag. 267. ferner Schlözer Krit. Sammlungen S. 678—82. —

***) cf. l. 3. pr. Dig. XVIII. 5 und § 4. Inst. III. 30. ferner §§ 1053 und 1054 des allgem. bürgerl. G. B.

†) cf. § 3. Inst. III. 24. &c. — Geschäftsleute übernehmen stillschweigend die Gefahr der Besorgung. cf. Stat. III. 4. 6.

††) l. 2. pr. l. 7. 8. D. XVIII. 2. cf. Dig. XVIII. 6. und § 1083. ic. des allg. b. G. B.

§ 4.

Si post contractam venditionem arrarum nomine, etiam unus tantum denarius fuerit datus, qui utrumque contrahentem ad standum contractui obligat, tunc quemadmodum venditor rem praestare, sic e contra emptor etiamsi poenitcat, rem emtam accipere et residuum pretii persolvere cogitur. Aequitas enim postulat, ut quo jure venditor, eo et emptor ligetur. Pretium autem constitui oportet, nam sine constituto pretio venditio nulla est.*)

§ 5.

Si quis res immobiles videlicet aedes, allodium, vineam, hortum, agrum, pratum vel piscinam divendere constituerit; primum vicinis denunciet; deinde tribus diebus dominicis proxime subsequentibus in foro publico vel ante fores templi proclamari curet; et tunc qui prior emerit retinebit; verum fratres, consanguinei, commetanei et vicini praeferantur peregrinis.**)

§ 6.

Si civis habuerit fundum venalem in alio territorio, venditio ejus in eo loco publicabitur, et illius loci incolae praeferantur omnibus propinguis venditoris, exceptis parentibus et liberis.

§ 7.

Venditio fundi alicujus legitimam semper requirit filiorum aut filiarum vel fratrum, ad quos successio defuncti spectare videbitur admonitionem, ***) si intra hujus regni limites esse dignoscentur. Itidem si ager divenditur, commetanei similiter legitime admonendi sunt.

§ 8

Cum itaque emptor et venditor de pretio convenerint venditor honestis viris simul et vicinis convocatis, iis praesentibus omne jus dominii emptori resignabit, ac intercedente consueta solennitate; symposii in possessionem fundi immittet. ††)

---

*) Ueber das Beweis- und Sicherſtellungsmittel der arrha (Handgeld, Angeld) ſ. Röm. Recht beſonders l. 1. §. 6. Dig. XIX. 1; pr. Inst. III. 24; l. 6. Cod. IV. 44. &c. &c (Lübeſche u. a. m. Statute im norſtweſtl. Deutſchland.)

**) Nicht ein conventionelles jus protimiseos (vergl. über Vorkauf beſonders l. 26. D. 42. 5. l. 14. C. IV. 38; C. un. XI. 55; c. 8. X. de int. rest. Erbloſung.)

***) cf. l. un. Cod. XI. 55. Ungarländiſches Gemeinrecht cf. Tr. I. 66 u. III. 13 ꝛc.

††) Ungarländiſches Gemeinrecht vergl. über mercipotus oder áldomás Tripart. III. 34. §. 3. &c. und über Statution Tripart. III. 14. (cf. Mathias D. VI. art. 77; Approb. C. IV. 9. u. a. m.)

Porro si quispiam sit, qui juris aliquid ad illum fundum se habere credat, et praesens sit, is tempore immissionis seu statutionis per publicum famulum contradictionem facere, ac tandem ad decimum quintum diem, coram judicio rationem contradictionis suae assignare tenetur. — Contradictore autem non existente, emptor dominium fundorum illorum plene consequetur. Si vero absens esset, neque novisset venalem esse, jus suum intra annum prosequi poterit. *)

§ 9.

Si res mobilis, insciis consanguineis, clam vendita sit, qui proximi sunt, ad tertium gradum usque, si redimere voluerint ejus jus et potestatem habeant.

§ 10.

Nemo ab exteris vel alliis peregrinis hominibus, potissimum Vlachys, equos vel boves, verveces et porcos in pagis, praeterquam in civitatibus vel oppidis tempore nundinarum emat ne tandem emptor tanquam furtivae rei damnum patiatur. —

Et si res venumdata furtiva vel vi ablata fuerit regressum habet emptor ad venditorem ut consequatur quanti sua interest.

§ 11.

Equum vel bovem furtivum vel vi a suo domino ablatum si quis emit in nundinis anniversariis vel foris hebdomadalibus, atque ille tandem vendicatur, emptor non tenetur suum evictorem statuere, sed sufficit si probaverit, **) se intercedente consueta symposii solennitate emisse. —

Si quis equum vendit de vitiis et morbis latentibus cavebit in diem usque tertium. ***)

§ 12.

Si quis fundum alteri vendiderit, tenetur de evictione usque ad annum et diem inter praesentes; si vero ille, qui impetiturus esset, ab hoc regno abesset, aut alia justa impedimenta

*) cf. Tripart. III. 14. — Aehnliche Retract-Verhältniſſe im Nordweſten von Frankreich und Deutſchland, in Holland, Brabant, Flandern, Liev- und Eſthland.
**) Hiezu dienen Jahrmarktszettel nach GZ. 1629: 1801; GZ. 2064:1807.
***) cf. l. 2. 3. Cod. IV. 58. (tempora utilia des R. R. nicht recipirt. — Kunſtbefund?!) Vergl. über actio redhibitoria, rescissoria und actio quanti minoris (Wandelungs- und Würderungsklage) das Röm. Recht und Sachsenspgl. II. 36. u. a. O.

obstarent, quominus jus suum intra tempus supra declaratum prosequi posset, et reversus, sublatisve impedimentis, intra annum et diem emptori litem movere coeperit, emptor venditori secundum juris ordinem id denunciare et venditor emptorem evincere tenebitur. *)

§ 13.

Qui praedium alienum, vel commune cum aliis distraxerit, venditio revocari potest. Ceterum, qui bona fide ab eo, qui dominus non est, cum crederet eum dominum esse, praedium emerit ac per justam temporis praescriptionem possederit a possessione removendus non est, et is cui commune fuit praedium plus sua parte non obtinebit, ne rerum dominia sint in incerto.**)

§ 14.

Si duo coram judicio contendunt, quorum alter jus sibi ad rem competere dicat: alter vero praescriptionem opponat, hic prior est audiendus, non obstante quaestione uter eorum actor vel reus sit. ***)

§ 15.

Qui rem immobilem justo titulo, †) puta emptionis, donationis vel successionis, sive per se, sive per antecessores suos per continuos duodecim annos††) sine aliqua legitima interpellatione possederit, de possessione rei vel dominio nequaquam est amovendus.

---

*) Ueber Eviction cf. l. 9. Cod. VIII. 45. u. a. O. Dig. 21. 2. ꝛc.

**) cf. l. 1. Dig. 41. 3. und l. 1. Cod. IV. 51 und 52. Bei Bomel lautet der § Qui praedium alienum vel commune de communium rerum alienatione cum aliis distraxerit . . . et is cum quo commune fuit praedium plus sua parte pretii non obtinebit ne . . .

***) cf. l. 4. Cod. VII. 26. und l. 9. Cod. VII. 33? cf. §§ 323, 324, 339 und 344 des allgem. bürgerl. G. B. (vergl. über actio vindicatoria und publiciana das R R.)

†) Ueber Rea habilis, titulus, fides possessio, tempus ſ. R. R cf. § 1460 ꝛc. des allg. öſtr. b. G. B. und c. ult. X. de praescriptione.—

††) Ungarländ. Bürgerrecht Trip. III. 15. und I. 78. 2. Honterus in ſ. Comp. Jur. Civ. in usum civitatum ac sedium Saxonicarum in Transia collectum 1544 hat lib. IV. tit. 7.— übereinſtimmend mit dem röm. Recht im Nürnberger Recht (Altenberger'ſch. Codex) die Uſucapionsfriſten von 3—10 und 20 Jahren und endlich Qui praeter jam dictas temporales praescriptiones rem aliquam per continuum annorum triginta curriculum sine quadam interpellatione u. ſ. w. (ſ. R. R.)

§ 16

Neque furtivae, nec vi possessae, neque mutuatae, commodatae, depositae, legatae res, neque etiam tutelae actiones, nec finium regundorum ullo modo praescribi possunt.*)

Neque loca sacra, neque publica, a quoquam perperam occupata, vendita, alienata longo tempore praescribuntur, sed corpori suo, a quo sunt avulsa restituentur; ita ut nec pretium quidem iniquis comparatoribus reposcere liceat.**)

§ 17.

Non est incognitum id temporis, quod in minore aetate transmissum est, longi temporis praescriptioni non imputari. Ea enim tunc currere incipit, quando ad majorem aetatem dominus rei pervenerit.***) — Ad majorem autem aetatem pervenisse existimatur, cum tutela exit, quod anno aetatis suae vigesimo fit; tunc si intra hujus regni limites fuerit intra unius anni et diei revolutionem, si vero in externis regionibus et fundum venditum ignoraverit, intra duodecim annorum decursum, jus suum prosequatur.

§ 18.

Omnis permutatio in qua species similis pro simili traditur, si nec fraude, nec dolo facta fuerit, robur habebit, consanguineorum aut aliorum quorumcunque contradictione non obstante

---

*) cf. Inst. II. 6. 2; l. 5. Cod. VII. 35; l. 4. D. 41. 3. l. 29. D. 25. 2; l. 11. Cod. VII. 32. u. a. m.

**) cf. l. 2. C. VII. 38; l. 23. Cod. I. 2. Nov. 111 und 113; c. 6 X. de praescriptione und Tripart. I. 85. (hier überhaupt keine usucapio).

***) l. 3. Cod. VII. 35. cf. Trip. I. 78. &c. —

Anmerkung: Bei Bomel finden sich die Bestimmungen der §§ 5, 6, 7, 8, 13, 14, 15 und erstrer Satz des § 16. Die ersten §§ rühren von Fronius; die übrigen größtentheils Zusätze der Nations-Universität, welche hier umsoleichter vom ungarischen Rechte geleitet werden konnte (usucapio, statutio) als einzelne Mitglieder derselben sogar eine Uebersetzung und Reception des Tripartitums anzurathen vermochten. —

Titulus septimus.

De fidejussoribus.*)

§ 1.

Si quis pure fidejussit pro alio semper obligatur, si vero in diem, vel sub conditione, iis stabitur.**)

§ 2.

Creditori conceditur electio conveniendi primo loco vel debitorem principalem, ommissis fidejussoribus, vel fidejussores ommisso principali, neque per hanc electionem excluditur a regressu ad alterutram partium nisi ei plane satisfactum fuerit.***)

Non enim electione sed in solidum solutione liberantur debitores et fidejussores.†)

§ 3.

Si plures intervenerint fidejussores pro uno debito, singuli in solidum tenentur:††) si itaque alter eorum jure coactus in solidum creditori satisfecerit, actio ei adversus debitorem principalem, vel ejus haeredes competit, a quibus si satisfieri ei non poterit, ad alios confidejussores reverti licet, donec in solidum, quae persolvit, consequatur.†††)

§ 4.

Si medio tempore fidejussores rei familiaris insignem jacturam fecerint, et ad extremam inopiam redacti fuerint, caussa cognita, denuo debitor cavebit.

Possessores autem rerum immobilium, cavere non coguntur.[1])

---

*) Vergl. Lehrb. des Röm. Rechts.

**) cf. Cod. VIII. 41. &c.

***) Altdeutſches Gewohnheitsrecht — Sachsenspgl. III. 85. ſo beſonders Hamburger Statut II. 6. 7.; Wormſer Reform. von 1495, V. 3. tit. 1. u. a. m Es iſt daher das beneficium ordinis ex epistola Divi Hadriani ausgeſchloſſen. (cf. § 1347 und 1357; aber nicht § 1355 des Up. öſtr. b. G. B.; indeſſen conventionelle Beſtimmung?)

†) cf. Stat. III. 5, 5. (Ueber die beneficia: divisionis et cedendarum actionum ſ. R. R.; vergl. § 1358 ꝛc. öſtr. b. G. B.)

††) cf. § 4. Inst. III. 21. (beneficium divisionis?)

†††) cf. l. 39. D. 46. 1. und l. 11. Cod. 8. 41. divergirend; dagegen l. 27. D. 46. 3. u. a. O. cf. Math. 6. D. art. 17; Ulad. D. 1. art 33.; Trip. II. 52. (Conventionell: beneficium divisionis oder über gerichtl. Transaction; Correalität vergl. § 1359 und 896 des allg. öſtr. b. G. B. Ueber S. C. Macedonium und Vellejanum ſ. R. R.— (wer sui juris?)

[1]) cf. l. 10. § 1 und l. 15. pr. Dig. II. 8. und cf. Stat. I. 2. 4.

§ 5.

Si quis pro condemnato fidejusserit et condemnatus decesserit, recte nihilominus cum fidejussore ejus agetur; fidejussor autem, non tantum ipse obligatur, sed etiam haeredem relinquit obligatum. *)

Titulus octavus

De receptis arbitris et transactionibus.**)

§ 1.

Si qui in arbitros compromittunt, et quod illi decreverint se observaturos obligaverint, parere, atque arbitratui illorum stare coguntur. Si vero poena adjecta est, ut is, qui parere nolit, poenam solveret, arbitrium tollitur, soluta poena.***)

§ 2.

Non autem quidlibet statuere arbitri poterunt, nec in qualibet re, nisi de qua compromissum et quatenus compromissum est. Compromissum vero ad similitudinem judiciorum redigitur, et ad finiendas lites pertinet. †)

Bona fides autem exigit, ut arbitrium tale praestetur, quale viro bono convenit, itaque si cujus arbitrium ita pravum est, ut manifesta iniquitas ejus appareat corrigi potest per judicium bonae fidei. ††)

§ 3.

Cum in duos arbitros compromittitur, si non consentiant tertia persona certa est eligenda, cujus auloritati pareatur. †††)

---

*) Im deutſchen Rechte „Bürgſchaft" höchſt perſönlich. S. Weichbild art. 117; l. 4. § 1. D. 46. 1. u. a. O.

Anmerkung: Bei Bomel finden ſich ähnlich § 1, 2, mit dem Schlußſatz Electo vero principali idoneo fidejussor vel haeres ejus liberatur und § 3, die folgenden von der Univerſität (?)

**) cf. die Lehrb. des R. R. über Transaction und Compromiß.

***) cf. l. 27. 2. D. IV. 8; und l. 1. Cod. II. 56. cf. l. 76. D. XVII. 2. N. 82. c. 11. u. a. O.

†) l. 32. § 15. und l. 1. Dig. IV. 8. —

††) l. 24. pr. D. XIX. 2. und l 79. D. XVII. 2.

†††) l. 17. § 6. D. IV. 8. cf. Lehrb. des R. R.; übrigens auch Cap. 6. X. arbitris (l. 43) c. 2. de arbitris in VI-to (l. 22.)

§ 4.

Qui transigit quasi de re dubia et incerta, neque finita transigit. Quamvis eum qui pactus est, statim poeniteat, transactio rescindi et lis instaurari non potest *) — Neque sub praetextu instrumenti, post reperti, transactionem bona fide finitam rescindi jura patiuntur. **) Nam non minorem autoritatem transactionum, quam rerum judicatarum esse, recta ratione placuit; siquidem nihil ita congruit humanae fidei, quam ea, quae placuerant, custodiri. ***)

§ 5.

Qui fidem licitae transactionis rupit, non exceptione tantum submovebitur sed etiam poenam, quam stipulanti recte promiserat, praestare cogetur. †)

Caussas itaque vel lites transactionibus legitimis finitas, principis mandato resuscitari non oportet. ††)

Titulus nonus.

Si quadrupes pauperiem fecerit et de noxalibus actionibus.

§ 1.

Si quadrupes contra naturam commota feritate pauperiem fecerit, aut dandum erit a domino animal, quod nocuit, aut aestimatio noxiae offerenda, nisi si culpa domini vel alterius cujuspiam damnum datum fuerit, eo casu, in factum actione is tenebitur. †††)

---

*) l. 1. Dig. II. 15. **) l. 39. Cod. II. 4. —

***) l. 9. Cod. II. 4. und l. 20. Cod. II. 4. cf. über exeptio peremtoria transactionis Stat. I. 10. 4. pag. 80. —

†) l. 16. D. II. 15.

††) l. 16. Cod. II. 4. ſ. Näheres im R. R. (indemnitas ob laesionem enormem?) — cf. § 934 und 935 des allg öſtr. b. G. B.

Anmerkung: Bei Bomel blos § 1. — Die übrigen Beſtimmungen meiſt von Fronius. — Die theoretiſirenden Legislatoren haben auch in dieſem Titel den thatſächlichen Verhältnißen nnd dem Gewohnheitsrechte wenig Rechnung getragen. — (Damalige Friedensgerichte; geiſtliche Jurisdiction?)

†††) cf. Inst. IV. 9.; D. IX. 1; Cod. III. 35. und Sachspgl. II. 40.

§ 2.

Si quis feram bestiam, utpote leonem, ursum, cervum, lupum, vulpem, simiam et simile quiddam habuerit, per quas damnum datum nocitumve fuerit, dominus quantum bonum et aequum judici visum fuerit condemnetur. *)

Quodsi homo occisus fuerit, dominus homagium seu aestimationem hominis mortui solvere tenebitur. **)

§ 3.

Qui quadrupedem vel pecudem alienam laeserit quanti arbitratu bonorum virorum aestimabitur solvet.

Si vero contra ferocientem quadrupedem quis se defendere coactus fuerit, nihil tenebitur. —

Nam adversus periculum naturalis ratio permittt se defendere. ***) — Ideo qui, cum aliter tueri se non possent, damnum dederint, innoxii sunt.

---

*) Altd. Gewohnheits-Recht. Sachsenspgl. II. 62. Sächſ. Weichbild art. 121; Carolina art. 136 (minder ſtreng das Röm. Recht).

**) Außer Uebung gekommenes ungarl. Gemeinrecht, gegründet auf das ſchon vom h. Stephan recepirte deutſche Compoſitionsſyſtem (Mulcta und Emenda) cf. Trip. III. 3 und 5 u. a. O. Sachsenspgl. I. 65. (ſ. R. geſch.)

***) l. 45. § 4 Dig. IX 2. und l. 4. eod. tit. übereinſtimmend mit dem Gewohnheitsrecht, erwieſen aus Sachsenspgl. II. 62. § 1 und 2. (cf. art. 40. und 48). „Swer so heldet einen glumenden hunt oder einen zamen wolf oder hirz oder beren oder affen, waz so sie schaden tun daz sal her gelden, wil her ir sich uzene nah me schaden, dar mete en ist her nicht unschuldic ab man daz gezeugen mag der man selbe dirte, daz her sie behalde habe bis an die zeit, daz sie den schaden taten.“ „Slet ein man einen hunt tot oder ber oder ander tir binnen des als ez ime schaden wil, her blibet ez ane wandel ab her daz bewisen tar uffen heilgen, daz erz notwerende tete.“ (Weiske's Ausgabe 1840 p. 99).

Altenberger'ſcher Codex in Hermannſtadt: „Der einen winnonden hunt gehelt od' eine' czamen wolf od' einen hierczen, od' einen pern swaz dy schadens tvent, daz schol er gelten wil er sich des wildes anen, damit chan en nicht ledic werden noch vnschvldic wanne ez ist weder recht Swer daz wild pe den lenten czam wil machen daz da nimmer czam kan werden swáz da schadens von komt, den mucz er gelten. — Und sleht ein man einen hvnt czv tod oder der schedelichen tier klinez dy weil ez im den schaden tuet des nimpt er kein geltnvsse habent ez dy levte nicht geschehen, daz er ez tet in richter notwer man schol sinen eit daromme nemen“ u. ſ. w. (ohne Inhaltsregiſter 99 Folioblatt vom Nürnberger Recht.)

§ 4.

Cessat haec actio noxiae contra dominum, ubi instigatu alterius fera damnum dedit. — Et generaliter toties haec actio locum habet, quoties contra naturam fera mota pauperiem dedit. — Nam qui injuriae occasionem praestat, ipse damnum fecisse videtur. *)

§ 5.

Si quis alteri damnum fecerit, quidve usserit, fregerit, ruperit injuria quanti ea res erit, in diebus triginta proximis, tantum aes domino tenebitur; injuriam autem hic accipimus pro damno culpa dato etiam ab eo, qui nocere noluit: ideo furiosus, cum mentis suae non sit, et infans hac actione non tenebuntur. **)

§ 6.

Ideo si in eum locum, ubi vulgo iter fit, dejectum vel effusum quid erit quantum ex ea re in corpore alicujus vel vestibus vel alia re damnum datum factumve fuerit, tanti condemnabitur. — Si eo ictu homo periisse dicetur, sine dolo dejicientis vel effundentis, homagium mortui praestabitur. ***)

Si vero hominis corpus ex eo ictu laesum, vulneratumque fuerit, mercedes medicis praestitas ceteraque impendia, quae facta sunt in curationem, praeterea et operas, quibus caruit laeso compensabit. †)

Quod si nullum erit iter, dolus duntaxat praestatur, si immisit in eum, quem viderit transeuntem. Nam culpa ab eo exigenda non est, cum divinare non potuerit, an per eum locum aliquis transiturus fuerit. ††)

§ 7.

Sicut Imperitia, negligentia, item nimia saevitia et lusus noxius ita infirmitas quoque culpae adnumeratur;

---

*) l. 1. § 6 und 7. Dig. IX. 1.

**) ſ. Lehrb. des Röm. Rechts über „damnum injuria datum“ (beſonders l. 27 § 5 und l. 5 § 1 2. Dig. IX. 2.) vergl. öſtr. Civil-Recht §§ 1294, 1299, 1323. 1306, 1308, 1338, (dolus — culpa — damnum emergens — lucrum cessans — böſer Vorſatz — Verſehen — Schadloshaltung —, Genugthuung) cf. Sachsenspgl. II. 65. und III. 3. Trip. III. 33.

***) cf. l. 1. § 2; l. 6 und 7. Dig. XI. 2. (Röm. R. nicht ſo „perſönlich.“)

†) Deutſches Gewohnheitsrecht.

††) l. 31. Dig. IX. 2. (Discretionäre Gewalt des Richters).

cum affectare quis non debeat, in quo vel intelligit, vel intelligere debet infirmitatem suam alii periculosam futuram. Praeceptoris quoque nimia saevitia culpae assignatur.*) —

§ 8.

Si fortuito incendium factum sit, venia indiget, nisi tam lata culpa sit, ut luxuriae aut dolo sit proxima.**)

§ 9.

Vias regias, et earum pontes, qui publici sunt, quilibet magistratus in suis finibus et territoriis muniat, sarciatque. — Si igitur neglectius habiti jumentis iter facientium (sine agentis culpa) quid damni dederint, loci officiales latissimam ejus culpam praestabunt.***)

---

*) cf. l. 132, Dig. 50, 17; l. 8 pr. l. 6 &c. Dig. 9, 2. — ſ. Röm. R.; Carolina art. 134 cf. §§ 1299, 1309 und 1324 des allg. öſt. b. G. B. — Dienſtboten-Ordnung (25 Schläge) und im ung. Recht ſchlüßlich 12 und 13: 1847 cf. Approb. III. 46, 7 und 27: 1791. &c. —

**) l. 11, Dig. 47, 9. — cf. Sachsenspgl. II. 32 &c.

***) cf. analog. l. 1 pr. Dig. 43. 10; l. 8 Cod. 8, 12; und Schsspgl. II. 27, R. A. von 1559 &c. (Praris ?)

Anmerkung: Bei Bomel ähnliche Beſtimmungen wie in den §§ 1, 2, 3, 6 mit dem Schlußſatz: qui alterius agrum arat vel forte ab alio ei nesciente locatum si dominus agri eum tempore quo arat deprehenderit, talis laborem suum amittit. Locans autem damnum eidem resarcire tenetur. Etsi adhuc mota actione seminaverit, semina atque laborem amittit. —

Digitized by Google

Statuta jurium municipalium

Saxonum in Transsilvania.

LIBER QUARTUS.

Titulus primus.

De publicis judiciis.

§ 1.

Publicorum judiciorum, quaedam capitalia, quaedam non capitalia sunt. Nam quaedam flagitia sunt, quae corporis coercitione cum relegatione puniuntur.*)

§ 2.

Publica autem judicia dicta sunt, quod cuivis e populo executio eorum plerumque datur. Expedit enim peccata nocentium esse nota, ut emendentur; sunt vero haec, quae dicuntur publica, ut lex Julia Majestatis et de adulteriis, Cornelia de sicariis et parricidis, veneficiis, falsis etc.**)

§ 3.

Si confessus fuerit reus, donec de eo pronuncietur in vincula publica***) conjiciendus est. Qui autem de crimine paciscitur, confiteri intelligitur. Ne autem diversorum criminum rei detenti crudelius habeantur, judices productos e custodiis reos discrepationi debitae subdent, et quod leges suaserint, definiant.†)

---

*) § 2 Inst. IV. 18, und l. 2. Dig. 48, 1, (politiſche Strafen.)

**) § 1, Inst. IV. 18, (nicht „Abſchreckungstheorie" — ſittliche Natur der Strafe).

***) In der Approb. Ausgabe die ſinnverſtellende Corruption: „duplica."

†) l. 5. D. 48, 3 und l. 5, Cod. 9, 4, cf. Stat. III. 7, 5.

§ 4.

Absens in criminibus damnari non debet, quemadmodum neque suspectus. Satius enim est facinus nocentis impunitum relinqui ad tempus, quam innocentem damnari.*) —

§ 5.

Defuncto eo, qui reus erat criminis poena quoque extincta est; neque crimen, vel poena paterna ullam maculam filio infligere potest: nam unusquisque ob admissum scelus poenam luit, nec alieni criminis successor constituitur.**)

§ 6.

Si quis reum criminis pro quo satisdedit, non exhibuerit,***) poena pecuniaria plectitur, si tamen dolo non exhibeat, etiam extra ordinem est damnandus.†)

§ 7.

Is, qui reus factus est, purgare se debet nec ante potest accusare, quam fuerit excusatus.

Constitutionibus enim observatur, ut non relatione criminum, sed Innocentia reus purgetur.††)

§ 8.

Quisquis crimen intendit, in judicium veniat, nomen rei indicet nec impunitam fore noverit mentiendi licentiam, cum calumniantes†††) ad vindictam poscat similitudo damnationis. — Nam qui non probat, quod objicit — secundum canones — talione punitur.‡) —

§ 9.

In criminibus scrutandis quaestio adhiberi solet, sed non statim a tormentis§) incipiendum est; sed ad tormenta ita de-

*) l. 5; D. 48, 9.
**) l. 6, Dig. 48, 1, und l. 26, D. 49, 9.
***) Asylrecht der Kirchen aufgehoben durch HResc. 1777, Z. 4624.
†) l. 4, D. 48, 3; und C. ult. S. de fore.
††) l. 5, Dig. 48, 1. —
†††) Calumnia cf. Tripart. II. 72 (Emenda linguae).
‡) l. 17, Cod. 9, 2, cf. Approb. Const. II. 7, 3 (vgl. kanon. R. in c. 3, C. 3. qu. 8 und R. R. l. 3 und l. 10, Cod. 9, 46, — das ungarische Recht bestimmt die siebb. sächs. Gerichts-Praxis.)
§) Tortur gesetzlich abgeschafft GZ. 1193: 1778 und HR. 24/4 1794, (ebendann Strafe des Spießens) cf. Brandmarkung 38: 1791.

mum veniri oportet, cum suspectus est reus et aliis argumentis convincitur ita ut sola confessio ipsius deesse videatur. Unius facinoris rei ita audiendi sunt, ut ab eo primum incipiatur, qui timidior est vel tenerae aetatis videtur.*)

§ 10.

In ea caussa, in qua nullis reus argumentis oneratur non facile tormenta sunt adhibenda, sed instandum, ut actor, quod intendit comprobet; atque sic reum convincat. Confessiones reorum tortura expressae pro exploratis criminibus non semper haberi oportet, si nulla alia probatio religionem cognoscentis instruat.**) —

§ 11.

In maleficiis voluntas spectatur non exitus. Nemo opere judicetur fecisse, nisi et malignum consilium ei fuerit, nec consilium habuisse nocet, nisi et factum secutum sit. ***) —

§ 12.

De his criminibus, de quibus quis semel absolutus est, ab eo qui accusavit repeti accusatio non potest.†)

§ 13.

Qui abortionis, aut amatorium poculum praebent, etsi dolo non faciant, tamen quia res est mali exempli, confiscata parte bonorum relegantur. Si vero ex eo mulier aut homo perierit, summo supplicio afficiantur.††)

Titulus secundus.

De furto et vi bonorum raptorum. †††)

§ 1.

Furtum est ablatio et contrectatio fraudulosa rei alienae, inscio et invito domino — lucri faciendi gratia. —

*) l. 1, 18. Dig. 48; 18. —
**) l. 18 § 2 und l. 1 § 17, D. 48, 18.
***) l. 14 D. 48, 8 und l. 18 D. 48, 19, so wie l. 53 Dig. 47, 2.
†) (Privat-Vergehn) l. 7 § 2, D. 48 2.
††) l. 35 § 5, Dig. 48, 19.
Anmerkung. Bei Bomel die §§ 1, 3, 4, 5, 9, 10 und 11. Die übrigen, nehmlich §§ 2, 6, 7, 8, 12 und 13 scheinen Zusätze von Fronius (Honterus).
†††) Vergl. das strenge ungarische (allgemeine Recht) im C. J. H. so besonders Colomanns D. I. art. 66 ferner im allgem. siebb. Strafrecht Approb. C. III. 42, 2 u. a. Bei Bomel fehlt die anfängl. Begriffsbestimmung.

Furti actio ei competit, cujus interest rem salvam esse, licet dominus non sit. Condictio, vero furti ei demum competit qui dominium habet, vel haeredi ejus.

Nunquam tamen ea condictione alius quam qui fecit, tenetur aut haeres ejus.*)

§ 2.

Cum furti actio ad persecutionem poenae pertineat, condictio vero et vindicatio ad rei recuperationem apparet, recepta re, nihilominus salvam esse furti actionem, condictionem vero tolli, sicut ex diverso post sumptam poenam salvam esse condictionem.**)

§ 3.

Poenalibus autem actionibus haeredes non tenentur, neque ceteri successores; idcirco nec furti conveniri possunt de instrumentis ablatis, in rem actione conveniri possunt tenentes.***)

§ 4.

Non tantum, qui furtum fecit sed etiam is, cujus opera, consilio furtum factum fuerit, furti actione tenebitur. — Furtum autem sine contrectatione non fit, quare et opem ferre, vel consillum dare tunc nocet cum secuta contrectatio est.†)

§ 5.

Qui alienum, quid repertum lucri faciendi causa sustulerit furti obstringitur, sive sciverit cujus ea sit, sive ignoraverit, si judicio non manifestat. Qui ea mente allenum quid contrectavit ut lucri faceret, tametsi mutato consillo id domino postea reddit, fur est. Nemo enim tali peccato poenitentia sua nocens esse desiit, si praesertim factum judicio innotuerit. — Neque prodest ei, qui vi rapuit, ad evitandam poenam si ante judicium restituat rem, quam rapuit, sic nec illi, qui dolo malo occultavit, si factum judicio innotuerit.††)

---

*) l. 1 § 3 D. 47, 2; § 6 J. IV. 1; l. 1, 11, 14, 16, D. 47, 2; § 13 J. IV. 1; l. 5 D. 13, 1.

**) l. 7, § 1, D. 13, 1; l. 54, §. 3, D. 47, 2 &c.

***) l. 1, pr. D. 47, 1 und l. 27, pr. D. 47, 2.

†) l. 6 Dig. 13, 1 und l. 52, § 19, D. 47, 2.

††) l. 43, § 4, und l. 65, Dig. 47, 2, ferner l. 5, D. 47, 8 und l. 67, § 5, D. 47, 2. — (Bei Bomel blos der Anfangssatz bis ignoraverit).

§ 6.

Si debitor rem suam, quam pignoris caussa creditori dedit, subtraxerit, furtum comittit; — sic etiam, si pecoris arestati dominus e custodia aresti clam illud abegerit furti actione tenebitur. Item, qui sciens rem alienam vendiderit vel alia caussa tradiderit furtum ejus committit, qui vero rem alienam existimans suam esse alienaverit, furtum non committit, furtum enim sine affectu furandi non committitur. *) —

§ 7.

Receptatores et occultatores non minus delinquunt quam fures et agressores: Ideoque par ipsos et reos poena expectat. In pari caussa habendi sunt, qui comprehendere latrones et fures potuerunt et tamen accepta pecunia, vel rerum surreptarum parte dimiserunt. — Si autem receptator sanguine vel affinitate junctus fuerit malefactori et de maleficio ejus cognoverit, judex caussa cognita, poenam moderabitur. **)

§ 8.

Rem furto ablatam atque alteri divenditam dominus recuperare***) potest, neque emptor ejus rei pretium repetere potest, res enim furto ablata, directe ad suum dominium redire debet. †)

§ 9.

Quilibet in terra regia habitans apud quem res furtiva fuerit reperta et deprehensa, si dixerit se rem eam titulo emptionis possidere, suum evictorem coram judicio exhibere tenetur. Si vero venditor alienae jurisdictionis fuerit, sufficit si ibi eum exhibeat. ††)

---

*) § 3 Inst. II. 6, und l. 36, 37, D. 41, 3.

**) l. 1, 2 D. 47, 16 und l. 1, Cod. 9, 39. cf. im allgem. ſiebb. Strafrecht Trip. I. 9, 2 cf. im ungar. Recht Appr. C. III. 47, 3 und 4 &c.; Comp. C. III. 14, 1. Approb. C. III. 11, 1. u. a. O. (Die übrigen §§ 8, 9, 10, 11 und 12 fehlen bei Bomel).

***) Comp. C. I. 1, 4 und Approb. ed. 37.

†) Sachsenspgl. II. 36. ebenſo Carolina und R. R. cf. Approb. C. III. 11, 1.

††) l. 5, Cod. 6, 2; Carol. a. 43, — Sachsspgl. II. 36 — 38. S. Weichbild art. 130 — 133 cf. Trip. I. 74 — 75.

§ 10.

Communi regni decreto, qui furtum fecerit et convictus fuerit, suspenditur.*) Sed qui res sacras ex aede sacra surripuerit, in ignem conjicitur. Res privatorum si in aedem sacram depositae surreptae fuerint, furti actio, non sacrilegii, competit.

§ 11.

Furem nocturnum, si quis occiderit ita demum impune feret, si parcere ei sine periculo suo non potuit. — Furem vero interdiu deprehensum, non aliter occidere lex duodecim tabularum permisit, quam si telo, id est, fuste, ferro lapideve se defendat.**)

§ 12.

Eos, qui a servo furtim ablata, scientes susceperint non tantum de susceptis sed etiam poenali furti actione convenire potest.***) —

Titulus tertius.

De homicidiis.

§ 1.

Lex regia et recepta consuetudo, homicidas notorios ultore ferro prosequitur.†) —

§ 2.

Qui hominem occiderit, si non occidendi animo hoc admiserit, absolvi posse et qui hominem non occiderit, sed vulneraverit, ut occidat pro homicida damnandum divi Imperatores rescripserunt. Nam maleficia voluntas et propositum delinquentis distinguunt.††)

---

*) W. Stephans und Ladislaus Geſetze in C. J. H.; Kaiſer Friedrichs Reichsgeſetze; die Carolina 172 &c. ähnlich Peculatus cf. HR. 25/7 1760.

**) l. 9, D. 48, 8 und l. 54, 2, D. 47, 2.

***) l. 14 Cod. 6, 2. — &c. ſ. R. R. (cf. in ſtobb. Rechtsgeſchichte Comp. ed. 10 Approb. ed. 24, 25, 37).

†) § 5. Inst. 4, 18.

††) lex Cornelia. l. 1, § 3, D. 48, 8, und l. 53, D. 47, 2.

§ 3.

Qui hominis necandi caussa venenum confecerit, habuerit, dederit, poena legis Corneliae de sicariis tenebitur. *)

§ 4.

Si alius tenuit, alius interemit, is qui tenuit, quasi mortis caussam praebuit, et in factum actione tenebitur. Nihil enim interest, occidat quis, an caussam mortis praebeat. **)

§ 5.

Si quis percussorem ad se venientem, aut latronem insidiantem occiderit, securus erit. Nam adversus periculum naturalis ratio permittit se defendere. — Vim vi repellere omnes leges, omniaque jura permittunt, si hoc tuendi sui duntaxat, non etiam ulciscendi caussa cum moderamine inculpatae defensionis factum sit. Differunt enim inter se defensio et vindicta. Quia defensio fit in continenti, vindicta vero post moram sequitur. ***) —

§ 6.

Si in rixa percussus homo perierit, ictus uniuscujusque percussorum contemplari oportet. Quod si non constat, quis primum percusserit, inquirendum est, quis alterum ad contentionem et percussionem provocaverit. — Si cum uno ex pluribus, qui aliquem percusserunt agatur, ceteri non liberantur: Nam quod alius luit, alium non liberat, cum id poena sit. †) —

§ 7.

Si quis non lethaliter sit vulneratus, ac per negligentiam suam non adhibendo medicos vel in curando medicis non paret vel sui ipsius curam non habendo mortuus fuerit, percutiens poena homicidii puniri non potest. ††) —

§ 8.

Si quis in tumultu occisus fuerit authorque necis ignoratur, tunc omnes, qui armis occisum adorti sunt poena homicidii

*) l. 3, D. 48, 8. Carolina art. 109 &c.
**) l. 11, D. 9, 2 und l. 15 D. 48, 8.
***) (canon. R. 18 X. de homicidio) l. 2, 3, 4, C. 9, 16 und l. 4, D. 9, 2, ferner l. 3 § 9, D. 43, 16.
†) l. 17 der lex Cornelia cf. Carolina art. 148, und l. 11 § 2, D. 9, 2.
††) l. 30, 4, D. 9, 2. — Carol. 149. —

damnatur. Quodsi vero constat cujus percussione mortuus est, ille solus ut homicida; alii vero tamquam vulneratores puniuntur.*)

Titulus quartus.

De homagiis praestandis.

§ 1.

Cum non semper, qui hominen occidit, ut homicida damnetur, sed aliquando cognita caussa ad persolvendum homagium defuncti, is qui occidit, compellatur: Idco statutum est, ut talis occisi homagium quadraginta florenis redimatur. Capitalis criminis alicujus convictus, si poenam corpore non luit, ultra quadraginta florenos mulctari non potest.**)

§ 2.

Vivum homagium viginti florenis aestimatur; si quis brachium vel manum alteri amputaverit, vel inutiles percutiendo reddiderit, viginti florenos laeso persolvet. Pro police amputato vel inutili reddito ex vulnere, decem floreni numerentur: reliquorum vero digitorum et dentis cujuslibet quinque floreni mulcta est. — Oculus viginti florenis — auris decem — linguae emenda florenis viginti, costa florenis itidem viginti luatur.***) — Cicatricum autem nulla sit aestimatio, quia liberum corpus nullam recipit aestimationem. †)

---

*) l. 11 § 2, Dig. 9, 2, cf. Tripart. III. 5. — Sachsenspgl. I. 65.
Anmerkung: Bei Bomel wesentlich die §§ 1, 4, 5, 6, 7, 8. — die §§ 2 und 3, von Fronius.

**) cf. Tripart. III. 5, (u. a. O. Compensationssystem) Trip. III. 3, und tit. 4 Sachsenspgl. I. 65 &c. III. 32. —

***) Sachsenspgl. II. 16 — Tripart. III. tit. 3—5.

†) l. 7. Dig. 9, 3, — cf. Weichbild art. 79. — &c.
Anmerkung: Bei Bomel beinahe gleichlautend; nur im § 1 der Schlußsatz: „etiam is qui nefandi alicujus criminis conjunctus poenam corporis non luit poecuniamque poena irrogatur plusquam 40 flor. mulcta non tenetur" und im § 2 der divergirende Schlußsatz: auris decem flor. „Occiditur qui cujus membrum aliquod homagio persolutum est; si poena homicidii non damnatur occisor sed poecuniaria in persolvendo homagio occisi summa persoluti homagii membri debitali detrahitur de homagio integro 40 florinorum. —

Titulus quintus.

De injuriis verbalibus.*)

§ 1.

Commune vitium est, ut aliqui ex petulantia morum, alterius praesentis vel etiam absentis bonae famae verbis turpibus vel famosis scriptis detrahant, contra quos injuriarum actio competit: Ideo statutum est, ut diffamatores honorem laeso restituant in eo loco, ubi eum maledictis insectati sunt, ac deinde per judices ob linguae petulantiam secundum laesae personae dignitatem et loci respectum puniantur: Injuriae enim re, persona, tempore et loco atrociores judicantur..**)

§ 2.

Quicquid calore iracundiae vel fit vel dicitur, non ratum est priusquam ex perseverantia apparuerit, judicium animi fuisse. Si itaque injurians famam alterius laeserit, testimoniisque se rem probaturum susceperit, neque sufficienter id praestiterit non deprecari solum debet injuriam, sed judicum sententia, caussa cognita, in certam quoque linguae emendam condemnabitur, cujus mulctae duae partes judici, tertia vero parti laesae dependi et cedere debebit***)

§ 3.

Actio injuriarum dissimulatione aboletur: Nam postea ex poenitentia remissam injuriam recolere non licet.†) —

§ 4.

Quodsi se mutuo conviciis affecerint, neuter eorum injuriam vindicare potest. Paria enim delicta mutua pensatione solvuntur, nisi alter eorum judicio questus sit, tunc enim judex ambas partes mulctabit pro merito. Porro in actione injuriarum, reus convictus, ultra senatus cognitionem non provocabit.††) —

*) cf. Stat. I. 11, 5.
**) cf. l. 15, § 25—27, Dig. 47, 10. — (im ungariſchen Rechte cf. Trip. II. 72 — vergl. Carolina art. 93.)
***) l. 48, D. 50, 17 und can. 5 II. qu. 3. — ferner Tripart. II. 72 — III. 10. — Approb. C. II. 7, 3, (Talion:) „privatrechtlich"
†) l. 11, § 1, Dig. 47, 10.
††) l. 10, § 2, Dig. 16, 2 u. a. O. (römiſch.)

§ 5.

Quicunque alium e domo, sive propria, sive aliena, ad duellum provocaverit, de vi commissa tenebitur, quae florenis viginti mulctabitur. Provocatus autem sese continere nec ad illatae injuriae vindictam exire, neque bona ipsius fama ob id periclitari quicquam debebit *) —

Titulus sextus.

De falsis et de his, qui notantur infamia.

§ 1.

Falsi poena coercentur, qui falsos testes, falsasque probationes ad falsam litem instruendam produxerunt, quive pecuniam acceperunt ad dandum falsum testimonium vel eo nomine obligationem aut pactionem fecerunt, societatemque inieruut et qui pecuniam acceperunt, ut rei veritatem occultent. **)

§ 2.

Qui vivi testamentum dolo malo mutaverit, vel in rem suam aliqua adscripserit in eo, vel adscribi curaverit: item qui testamentum jure factum amoverit, suppresserit, vi acceperit, deleverit, vel subscripserit: item, qui testamentum vel aliud instrumentum dolo malo scripserit, vel obsignaverit, vel per alios faciendum curaverit: item qui chirographum alterius vel regestrum, vel viciaverit, vel immutaverit: qui contra propriae manus suae scripturam vel sigillum proprium testimonium dixerit: qui falsum sigillum fecerit, ei de falso convicto aqua et igne interdicitur et infamis semper habetur. ***)

§ 3.

Quodsi vero aliquis convictus esset de falso ob crimen enorme capitali poena punitur. †)

---

*) cf. HZ. 564: 1752 und 1226: 1825 cf. im ungarischen Prozeß die Bethlenische Gesetzgebung von 1619.
Anmerkung: Bei Bomel wesentlich gleichlautend die §§ 1, und Anhangssatz von § 4.
**) der l. 1, der L. Cornelia; Carolina art. 112 und Sachsenspgl. II. 13
***) l. 1, § 5 und l. 2 D. 48, 10 &c. Trip. II. 17 und Trip. I. 9; 39 123; II. 17 und 30 u. a. O. s. ung. R.
†) l. 22, Cod. 9, 22; Carolina 112 und 113 &c.

§ 4.

Qui duobus in solidum eandem rem diversis contractibus vendidit falsum committit et infamia notatur. Qui in emendo et vendendo injusta libra vel mensura dolo malo usus fuerit, amissione rerum illarum punitur, poena autem pecuniaria nullam infamiam mulctato affert. *)

§ 5.

Cusores falsae monetae, quive operam ad id contulerunt, hospitiumve scienter locaverunt, flammarum exustionibus mancipantur. —

Qui in aurum quid vitii addiderit, argenteos nummos adulterinos conflaverit, qui nummos stanneos plumbeosve dolo malo emerit vendideritque, falsi crimine tenetur. —

Qui nummos aureos raserint, tinxerint vel finxerint extremo supplicio affici debent. *) —

Titulus septimus.

De adulteriis.

§ 1.

Adulterii crimen secundum regni consuetudinem gladio punitur, adultera vero — culeo insuta — aquis suffocatur. ***)

§ 2.

Adulterii crimine punitur temerator alienarum nuptiarum, sive sit soluta persona, sive non soluta. Etiam maritus si solutam personam stupraverit, adulterii poena punitur.

§ 3.

Sollicitatores alienarum nuptiarum, et matrimoniorum interpellatores, et si effectu sceleris potiri non possunt, propter voluntatem tamen perniciosae libidinis extra ordinem puniuntur. †)

§ 4.

Qui conjugem suam, filiam vel aliam aliquam personam pecuniae vel alterius alicujus lucri gratia prostituerit, domumve

*) l. 21, der lex Cornelia.
**) l. 1, Cod 9, 24 und l. 9 der Cornelia.
Anmerkung: Bei Bomel wesentl. die §§ 1, 2, 3, 5 u. der Mittelsatz aus § 4.
***) cf. l. 30 § 1 Cod. 9, 9 &c. Carolina 120; Nov. 134, c. 10 &c.
†) l. 1, D. 47, 11.

suam caussa stupri praebuerit vel consilium et operam adhibuerit, ut adulter damnabitur.*)

§ 5.

Crimen lenocinii contrahunt, qui deprehensam in adulterio uxorem in matrimonio detinuerunt, non qui suspectam adulteram habuerunt. Crimen adulterii maritum, retenta in matrimonio uxore, inferre non posse, nemini dubium est.**)

§ 6.

Qui conjugem alterius, honestam viduam, vel virginem vi rapuerit et in judicio accusatus fuerit poena capitali punitur; simul et ii, qui operam huic flagitio accommodarunt.***)

Ceterum, quae vim patitur, non est in ea caussa, ut adulterii vel stupri damnetur.†)

Vi stuprum illatum in campo si unico teste comprobatum fuerit, in urbe vero vel in pago duobus testibus sufficit. —

§ 7.

Judex in causa adulterii, hoc inter alia attendere debet, num maritus suo exemplo uxori pudice vivendi auctor fuerit; per iniquum enim esse videtur, ut pudicitiam vir ab uxore exigat, quam ipse non exhibeat.††)

§ 8.

In adulterii crimine, familia non solum mariti, sed etiam uxoris, (quae tamen tunc temporis fuerit domi, quo adulterium dicatur admissum) testimonium perhibere potest.†††)

§ 9.

Virgo deflorata accusans personam solutam de stupro sub promissione conjugii illato, si nec probare, nec justam aliquam facti suspicionem adferre poterit, accusatus sine omni juramento absolvatur, vitiata autem florenis sex mulctabitur, quorum tres judicio, alii tres arcae pauperum cedent. Si ea

*) cf. Carolina art. 122 und 123; R. R. milder ZB. Nov. 14, cf. l. 6 Cod. 11, 40; beſonders cf. l. 8, pr. D. 48, 5.
**) l. 2 und 11 Cod. 9, 9 &c. (ſ. Röm. R.)
***) Sachsenspgl. II. 13, — dagegen nicht III. 1. — Carolina art. 119.
†) l. 13 § 7, D. 48, 5.
††) cf. l. 13 § 5, D. 48, 5, (R. R.)
†††) cf. 32. Cod. 9, 9. —

secundo vel saepius in stupro fuerit deprehensa cum verberibus in exilium relegabitur, is vero, qui rem cum ea habuisse comprobabitur, sex florenis mulctabitur quorum tres judex retinebit, ceteri arcae pauperum cedent.*)

§ 10.

Si convictus fuerit adolescens impraegnationis talis virginis, quae ante honeste vixisse dicitur, nec tamen de promisso conjugio constet, sed solis suspicionibus ex circumstantiis gravatus extiterit, ducere eam vel pro mulcta solvere florenos viginti quatuor tenebitur, quorum duodecim defloratae in prolis educationem, alii vero duodecim judicio et arcae pauperum in aequas partes dividendi cedant. Impraegnata autem ex sua parte pro suo excessu judicio solvet florenos tres, oppressor vero de non promisso conjugio suo solo juramento corporali se purgabit. Si autem ille promissi conjugii fuerit convictus ducere omnino eam debet, vel capite plectetur, nisi oppressam placet et cum judicio conveniat.

§ 11.

Si ex inquisitione judicum stuprata carceri inclusa foetum uteri sui, mariti alterius esse dicat, probare hoc tenebitur: si praestare id nequiverit, neque etiam sufficientem suspicionem contra virum adferre poterit vir sine juramento absolvetur: ipsa vero publice revocabit et emendam linguae judicio persolvet; si vero non levem suspicionem attulerit et probaverit, vir suo et conjugis suae juramentis liberabitur. — Vir jurabit se criminis insimulati penitus esse insontem: uxor vero se nunquam tale quid in marito animadvertisse; meretrix autem virgis publice caesa in exilium mittetur.

§ 12.

Si impraegnata de stupro aliquem maritum diffamaverit et postea ea de caussa citata coram judicio se id probatum asseveraverit et probaverit, convictus gladio feretur. Quodsi vero suspicionibus tantum eum aggraverit, juramento suo et conjugis ut supra liberabitur. — Meretrici autem lingua praecidetur, et in perpetuum relegabitur exilium, eo quod illa viri famam non solum laeserit, sed et vitae ejus periculum creare conata sit. Si vero primus fuerit foeminae lapsus, quae antea in-

*) Deutſches Gewohnheitsrecht.

culpatam traduxisset vitam, facta publica revocatione, corpori ipsius parcetur et certa capitis mulctâ punietur. —

§ 13.

Si alter conjugum ex humana fragilitate forte lapsus in adulterio fuerit deprehensus vel testibus sufficientibus convictus, magistratus ob primum lapsum aequum est ut connIveat, et capiti ejus gratiam faciat exacta mulcta capitali, quando videlicet nec offensus alter conjugum nec accusator ad poenam deposcunt.*)

Titulus octavus

De bonis damnatorum.

§ 1.

Bona ejus, de quo sumptum est supplicium judex non attingat, sed ad successores ejus sive ascendentes, sive descendentes sive collaterales devolvi ea patiatur. Non enim bona sed bonorum possessores delinquunt. —

Item qui crimnibus capitalibus convicti aut damnati fuerint, eorum bona haeredes obtineant, exceptis iis, quae per delictum ipsis accesserunt, quae restituere tenentur.**)

§ 2.

Damnati criminis laesae majestatis simul et vitam et bona amittunt.***)

§ 3.

Rei postulati vel in scelere comprehensi, si metu criminis imminentis mortem sibi consciverunt, bessem legitimae ipsorum portionis ad haeredes non transmittent, sed judicibus

*) l. 43, D. 48, 5 und Nov. 74, c. 4 &c.

Anmerkung: Bei Bomel ähnlich die §§ 1, 2, 4, 6, 7 . . Accusatur vir de stupro neque tamen hoc comprobari poterit . . se deposito juramento purgabit . . . accusator autem non maritus de stupro vel de conjugio promisso neque comprobari poterit mettertius se juramento deposito liberabit und Qui viciaverit aliquam cui conjugium non spopondit . . pro sustentatione prolis dabit 12 florenus et . . arbitraria mulcta punitur.

**) Nov. 134, c. ult. und Cod. 9, 49. —

***) cf. l. 11, D. l. 5 pr. Cod. 9, 8; Carolina 218 Auth. Bona Damnatorum Cod. 9. 49. — 9: 1775 und cf. Trip. I. 14 § 1, — und III. 4, Stephan II. c. 51, Colom. II. c. 6, ſ. diverg. teutſcher Text. Nur der latein. „authentiſch" (Controverſe 1728) &c.

cedit. — Qui vero vitae taedio vel impatientia doloris alicujus vel alio quovismodo sibi manum intulerit triens bessis suae judicibus cedet. *)

§ 4.

Qui perpetrato crimine capitali fuga sibi consulit mulcta homagii ex bonis ejus cedet judicibus, salva tamen haeredum legitima portione. —

Si principis gratiam impetraverit capiti et bonis suis salva erunt, dempta homagii mulcta, quae judicibus competit. *)

Nos itaque, qui non minorem Transyluaniae, quam ceterarum Nobis subjectarum Prouinciarum, curam merito habemus, quamque omni tempore tam legibus munitam, quam ceteris rebus florentem cupimus, accepto supradicto Codice, negotium hoc commisimus fideli nobis sincere dilecto Magnifico Martino de Berzeuice, Equiti, libero Baroni in Dondang, et per Transyluaniam Cancellario nostro, ac Capitaneo Starogardiensi, vt adhibitis iuris et legum peritis viris, eundem Codicem diligenter examinaret: Quo referente, contenta eiusdem non modo iuri et aequitati respondere, sed etiam maxima ex parte apud ipsos Saxones longa consuetudine obseruari: Supplicationibus praefatorum legatorum Saxonum exauditis, et clementer admissis, omnia capita, uniuersosque titulos et articulos, in eodem Codice contentos et conscriptos, praesentibus literis Nostris priuilegialibus, de verbo ad verbum, sine diminutione et augmento aliquali insertos, laudauimus, acceptauimus, ratificauimus et approbauimus, in quantum iuribus publicis non derogant, id est: Saxonum Nostrorum terras iurisdictionemque tantum concernunt: prout praesentibus laudamus, acceptamus, approbamus, ratificamus, et confirmamus: promittentes pro Nobis et successoribus Nostris Principibus Transyluaniae, illum Codicem in cunctis capitibus, clausulis, titulisque et articulis, in omnibus praefati regni Nostri Tran-

---

*) cf. l. 1, Cod. 9, 50; Carolina 135; Sachsenspgl. II. 32.

**) l. 1, § 4, D. 48, 17; Car. art. 206; Sachsspgl. I. 68, cf. l. 2 u. 7 C. 9, 51.

Anmerkung: Bei Bomel wesentlich die §§ 1, 2 dann Intestatorum res qui sine legitimo vel ex qualibet sanguinis linea conjunctis discesserunt rei publice rationibus vindicentur. Sed et maritus et uxor ab intestato invicem sibi succedunt quoties deficit omnis parentum liberorumve seu propinquorum legitima vel naturalis successio. —

syluaniae judicils, tam Nos ipsos obseruaturos, quam per Protonotarios regni, aliosque, quorum interest, obseruari curaturos. In cuius rei memoriam firmitatemque perpetuam, praesentes literas Nostras priuilegiales, appensione secreti sigilli Nostri, quo in rebus Transyluanicis vtimur, duximus concedendas. Datum per manus praefati Martini de Berzeuice, Nostri per Transyluaniam Cancellarii, in arce Nostra regia Cracouiensi: decima octaua die mensi Februarii, Anno Domini Millesimo, Quingentesimo, Octogesimo tertio: regni vero Nostri septimo.

STEPHANVS REX.

MARTINVS de BERZEVICE.

Das Libell hat im Ganzen 42 groß Folio Pergamentblätter, wovon 35½ in Minutschrift obigen Gesetztext enthalten. Einige Majuscheln sind vorwiegend Fraktur namentlich T. C. U. und J; dagegen D. in der Regel Uncial. Gewöhnlich sind die Minuscheln s. l. h. d. g. und f. Monachal; und a. r. und d. mit Resectionslinien; i hat immer den Punkt und e als intermedia (in der Regel Cursivbuchstabe) ist offen geschrieben; der Diphtong ae ist entweder a mit Apostroph oder a mit dem Häckchen. —

Herrschende Abbrevationszeichen sind: eine im Schnörkel gekrümmte Querlinie: für die Mittelsylben auf m und demselben Endbuchstaben so in dem Wort commune wofür blos coe steht; eine gerade Querlinie für Mittelsylben auf n (wofür aber auch oft willkürliche Schnörkel); das arabische Zahlzeichen 2 für die Endsylben ur; und das arabische Zahlzeichen 3 für ve und in der Schlußsylbe que; ferner für prae das p mit dem bekannten Oberbogen. Arabische Zahlzeichen 9 für us und dgl. Die Interpunktionen sind: Punkt, Semicolon und Comma.

An einer das Libell heftenden Doppelschnur von vierfach zusammengedrehten Seidenschnüren in Himmelblau, Rosa, Silber und Gelb hängt in einer gelben Wachsschüssel das in Roth aufgedrückte Wappensiegel des Königs. (Secretsiegel.) Im Herzschilde als Familienwappen die 3 Wölfszähne; alternirend in den Seitenfeldern der gekrönte polnische Adler und der lithauische Reiter. — Das geschweifte Schild wird oben von der poln. Königskrone geschlossen. — Im Kreise lauft in Capitalbuchstaben die Umschrift: Stephanus D. G. Rex Polo. Mag. Dux Lit. zc. Pr. Trans.

Urkunde und Siegel sind vollkommen gut erhalten. Auf der Rückseite die Kanzleibemerkung R-ta Fol. primo novi libri Georgius Chakor secret. Cancellar. —

Der

sächsischen Nation in Siebenbürgen

STATUTA

oder

Eigen Land-Recht.

(In der deutschen Uebersetzung von 1721.)

Vorrede

des Mathias Fronius von 1583.*)

Den Edlen Fürsichtigen, Namhafften, vnnd Woll Weysen Herrn Bürgermeistern, Richtern, Elteſten vnnd Ampleuten der Sachſiſchen Städte vnnd stül inn Siebenbürgen, ꝛc. meinen günſtigen Herrn.

Edle, Fürsichtige, Namhaffte, Woll Weyſe Herrn.

Nachdem ich zwar nicht von langen Jharen her, jedoch zum offtern von meinen gebietenden Herrn, Richtern und Rath dieſer Stadt Cronen in ewre Landsverſamlungen, ſo gemeinen geſchefften wegen die Univerſitet belangende, jahrlichen haben müſſen gehalten werden, ausgeſandt, vnnd in deren Namen in E. E. F. W. mittel mit eingetretten bin: Fürnemlichen aber zu des rechts gemeinen Sitztagen, welche vnſere alte Forfahren aus weyſem Ratth der **Litiganten** ſpannige ſachen zu verhören vnnd durch recht zu örthern, auch auff getzwickte tagzeiten verordnet in rechten mitgeſeſſen: Hab ich offtermal meltungen vnnd faſt gemeine beklagungen hierüber mit angehört vnnd leyder auch ſelbſt erfahren, wie ſo vngleicher geſtalt in gleichen ſachen die vrtheil gefelt vnnd die recht administrirt worden, welches manche teidig oder Transmiſſorien-brieff beweiſet hat,: Zu mehrem theil aber, dieweil der Sachſen gerichts-hendel, gewonheiten vnnd Decret vnübereinſtimmig

*) Bei gegenwärtiger Herausgabe des Geſetzbuches wurde aus der deutſchen Ueberſetzung von 1583 blos obige Vorrede genommen, dagegen der eigentliche Geſetzestext der leichtern Verſtändlichkeit wegen aus der bis neuerer Zeiten in Gebrauch geſtandnen ſog. Hermannſtadt-Bartzʼſchen Ueberſetzung von 1721 zum Abdrucke gebracht. —

am meiſten theil davon variren, das drumb auch ewre Sententien vnnd geſprochene vrtheiler an vnſres gnedigſten Herrn vnnd Fürſten hoff vnnd gerichts-Taffel jren beſtand nicht haben, ſondern zum mehren theil gewandelt vnnd verändert werden, daraus auch gefolget, das man des Rechts vngewis, im vrtheil finden gewancket vnnd zweyffelechtig worden, die teidigs Partheien auch ihres rechts vnnd gerechtigkeit nicht allein nicht ſein mögen berichtet noch getröſtet, ſondern in zweyffel ſtehende zu lengeren teidigen vnnd ſchweren vnkoſten verurſacht worden, welches alles zweyffels nur hieraus kommen, das vnſer Sachſen recht aus lauter gewonheiten adminiſtrirt vnnd gehandelt weder in ſchrieffien gefaſſet noch der Fürſten Conſens vnnd ſterkung oder bekrefftigung nicht erlanget haben.

Damit aber ſolchem vnrath gerathen vnnd geholffen würde vnnd vnſere Recht vnnd Gericht der Sachſen inn Siebenbürgen (auff form vnnd weiſe des Edlenrechts, ſo auff ſchrieffien vnnd confirmation ſeliger Könige inn Hungarn beſtehet) auch baſſ beſtellet, haben ſie auch gewünſchet vnnd begeret das jha ein mal aus der Stedtenrecht gewonheiten vnnd Privilegien was gewiſſes vnnd beſtendiges mögte zuſammen getragen vnnd inn geſtalt eines gemeinen rechtens gefaſſet werden: deſſen ſich für jharen der Herr **Tomas Bomelius** derſelben zeit Rathsmann inn der Hermannſtadt mit ſonderm fleis vnterſtanden, einen kurzen Auſſzug Sachsſiſchen Rechts beyd inn Latein vnnd Deutſche ſprache gebracht eine anleitung gethan hat, welcher zwar gefellig vnd lieb verhalten auch inn ziemlichen gebrauch kommen war, doch weil inn hernach lauffenden jharen etliche nicht geringere felle vnnd fragen mit eingelauffen ſo zum meiſten aus geſchrieben Kayſer-rechten erörtert, etliche auch aus der Stedte gewonheiten entſchloſſen, etliche aber der Sachſen Privilegien vnnd Freythümer berührten, war ein nothwendiges bedencken vnnd E. E. F. W. ermahnen an die Herrn geſandten zum offternmal vnnd durch ſie an die Stedte inn gemein, inſonders aber an jene, ſo für andre mit rechts erfarenen Mennern begabet das angefangene kurtze rechts-Büchel für hende zu nehmen, auffs new zu beſichtigen, zu leutern vnnd mit was dem rechten vnnd dieſer

Landschafft Sachsischer Nation gewonheiten gemeß zu mehren freundlicher massen befohlen, damit es gereichert an rechts-regeln, vnnd mit statuten locupletiret, scheinbarer würde, vnnd also nachmals aus begnadung vnnd Confirmation vnsres gnedigsten Herrn vnnd Landtfürstes bestetiget solche krafft vnnd bestandt bequeme dardurch sich die teidig Partheyen sicherlich zu erhalten vnnd auch zu vertrösten wisseten vnnd die Rechtssprecher auch nicht nach eygenem sinne vnnd wahn (wie bisher sehr geschehen) sondern nach geschriebnen rechten sich richten jre vrtheil darauff gründen, vnnd mit richtigem bescheid den gemeinen Man können vnterrichten vnnütze langwierige zanckische vnnd schedliche teidigen verhüten wehren vnnd abschafften vnnd also beyd jnen selbst vnnd auch den Litiganten dagegen ruhe schafften. —

Dieweil mir nu solch E. E. F. W. wündschen beger vnnd anfoddern nicht verborgen darzu auch meiner gebietender Herrn des Wollweysen Rath in Cronen anhalten, mühe vnnd fleis in des Büchels examination mich verursachet, hab ich E. E. F. W. vnnd einem erbaren Rath allhie zu gefallen am meisten aber zu dienen gemeinem Vaterland meinen wenigen geringen verstand vnnd inn geschriebenen Keyser rechten blöder vnerfahrenheit nach gedachtes Rechtsbüchel für mich genohmen, E. E. F. W. zwar nicht ein genügen, sonder nach meinem vermögen auch nur einen schein vnnd versuch stück thuen wollen, vnnd so viel die kurtze Zeit leyden köndte, dasselbe meinem bedenken nach auff die ordnung so für zeiten der hochberühmbte Herr Magister **Joannes Honterus** aller seligsten gedechtnis mein geliebster **praeceptor** in seinem **Juris Compendio** gehalten, erstlich etliche **Titulos** und **Leges** anders geordnet und versatzt, darnach aber neben etlichen **Paragraphis** und **Distinctionibus** aus vnsern gewonheiten vnnd gemeinen Privilegien darzu E. E. F. W. geholffen vnnd mit zugetragen haben, auch aus des **Justiniani codice** vnnd recht Büchern mit rechts regelen, gesetzen, Statuten vnnd mit etlichen gantz auffe new zugesetzten vnterschiedlichen **Titulis** also gereiniget, gebessert, gemehret vnnd augmentirt, das ich des so der vorgemelte erste Author oder

anfaher inventiret vnnd gesetzt hat — (außer E. E. F. W. erster censur vnnd nachmals des Edlen vnnd Gestrengen Herren **Martini von Bersevice** Cantzlers, auch der Ehrnvester Hochgelehrter vnd Rechtsverstendiger Doctoren Herrn **Henrici Lemka** Syndici, **Joannis Torbek**, Secretarien der Weitberhümbten Stadt Dantzik an Königl. Majestät Legaten vnnd **Simonis Branschwig** Kön. Maj. Fiscalen im Land zu Preussen, welchen jre Majestät die mühe der Examination, Correction reinigung vnnd besserung zu Nepolemitza aufferlegt bedenken vnnd ausbutzen) — im Latein gar nicht gemindert noch abgethan oder beschnitten, sonder dieweil gemelte Herren Correctores (wie auch E. E. F. W. zuvoren) etliche **Paragraphos** als vbrige vnnd vntüchtige ausgezogen vnnd abgethan, die andre aber zum mehren theil jrem verstandt lehr vnnd bedenken nach im Latein mit deutlichern vnnd zierlichern Worten, dann auch die **Leges** an jhn selbst in ff. vnnd **Paragr.** gesatzt, erkleret haben, so hab ich drumb inn dieser meiner deutschen Version oder verdolmetschung nach meinem bedenken was handeln vnnd wandeln müssen, damit eine art der rede mit den new zugethanen gesetzen vnnd regeln gehalten würde, vnnd gleichwol auch das also gemessiget das ich verhoffens bin es sol niemanden einigen verdruss nicht machen, vnnd hab' auch denen, so vielleicht sich besser verstands zu erholen aus dem Lateinischen inns deutsch lauffen oder herwieder die deutsche **Leges** mit den lateinischen conferiren wolten, zur anleitung vnnd zu gut die **Paragraphos** mit gleichen **Numeris** oder zal, auff die anfenge der **Paragraphi** inn beyden exemplarien notiret vnnd gemerkt.

Wiewol wir aber also samplich vnsern müglichen vleis hiebey gethan, vnd ich es zuvoren mit E. E. F. W. zuthuen ziemlicher weis gemehret haben, haben wir's doch zu solcher volkohmenheit nicht bringen mögen, das es in allen fürfallenden geschefften bericht, vnnd jederman ein gnügen thuen könne, sintemal auch die grosse Menge aller rechtbücher solches zu thun nie nicht vermöget haben, wie der löbliche Keyser **Justinianus** ff: **l. tit. 3. l. 10.** bezeuget vnnd das der Sachen mehr sein dann Wort dadurch sie deutlich mögen gefasset vnnd ausgesprochen werden ff. **19. tit. 5. l. 4.**

Drumb ſich weiſe vnnd fürſichtige Rechtsſprecher inn geſchefften, auff welche allhie in dieſem kurtzen Auszug vnnd **compendio** angeſetzten mangeln würde, den rechtmeſſigen gewonheiten, welche offtmals auch der geſchriebener rechte beſte ausiegerinn iſt vnnd denſelben vergliechen zu werden, ſofern ſie doch nicht wieder recht ſtreitet, nach richten ff. **I. tit. 3. l. 32.** oder auff gleiche fell ſehen, davon die recht ausdrucklich reden. **Ibidem l. 10.** vnnd mögen ſich weiter ausgeſchriebenen Keyſer rechten aller ſachen erholen, dieweil dann Poliniſche Kön. Majeſtät durch **Confirmation** des **mit eingefaßtes** geſetzes: Was inſonderheit **lib. I. tit. I. § 7.** vnſere Sachſiſche Nation damit begnadet vnnd deſſelben vns vnnd vnſere Gerichtſtül befreyet hat, welches kleynots befreyen vnnd geſchenks wir vnnd vnſre alle nachkömmlinge Kön. Maj. billichen vnnd höchſten Dank wiſſen, ſagen vnnd auch mit ſchuldiger trew dienen vnnd verſchulden ſollen.

Demnach dieweil zuvoren dieſe meine arbeit von E. E. F. W. erkündiget bewahret vnnd probieret vnnd folgendt nicht ohne ſonderliche vnnd groſſe vnkoſt Kön. Maj. zur Confirmation iſt worden fürgetragen, welche es inn anſehn ewer beſtendiger trewheit jrer Majeſtät in verlauffenen gefahrszeiten bewieſen aus ſonderlichen gnaden approbieret vnnd confirmiret, welche auch meinem erachten vnnd verhoffens nach dieſes vnſer Büchel ſampt den rechten drein begrieffen, wider alle vnfreundliche anfechter wird genugſam ſchiermen mögen; ſo hab ichs doch gleichwoll auffs newe E. E. F. W. hierumb wollen dedicirn vnnd zuſchreiben, damit ſie auch dieſen Büchel hiemit **patronicire** vnnd handhabe, nemlichen das ſie inn bedenken jres fürwünſchens begerens vnnd fodern, jezt auch forthan jre Gericht achtſam darnach beſtellen, die alte vnlöbliche vnnd ſtreffliche mehr gewohnheiten dann angenommene recht abſchaffen, ſelbſt darnach vrtheilen vnnd wider alle die ſo mehr aus mutwillen vnnd fürwitz zu verteidigen jre böſe vnnd vngerechte ſachen, dann die warheit oder was recht iſt zu erkündigen, es wurden nachmals anfechten, ſchiermen, handhaben vnnd ſo es die noth begeren würde, auch bei Fürſtlicher Gnaden verteidigen wollen. Hieneben

auch meinen vleis vnnd mühe wiewol dieſelb gering vnnd vnachtſam ſeyn, welche ich nicht eygens rhumbs noch ſonderlichen gewins, ſonder E. E. F. W. begerens wegen vnnd gemeinem Vatterland vnnd allen rechts vnnd gerechtigkeit liebhabenden zu gut vnnd zu gefallent hierauff gewendet jhnen geſellig vnnd angenehm ſein laſſen, vnnd mich ſampt meinem trewherzigen willen (dieweil an der that noch mangelt) wider alle die, ſo nicht ſolche geringe werk allein, ſondern auch was gleich fürnemes iſt, vngetadelt vnnd vngeſchmitze nicht laſſen hingehn.

So fern nu E. E. F. W. alſo ſich hierum werden annehmen bin ich gewiſſes verhoffens es werde auch E. E. F. W. vnterthanen vnnd inn gemein allen ſoviel deſto angenehmer vnnd werder gehalten werden, welches zweiffels ohn ohne ſonderliche nutz vnnd früchte Gemeines Standes nicht wird abgehn.

Es wolle aber der liebe GOTT mit gnaden des verſtands vnnd inn der liebe der gerechtigkeit aller Richter hertzen alſo erleuchten, damit ſie mit ernſt zu Gemütte führen, das ſie nicht den Menſchen ſondern dem HERREN das Gericht halten, vnnd das ſie ohne alle affecten ohn anſehn der Perſonen vnnd geſchenke jedem recht richten vnd gerechtigkeit widerfahren laſſen. Die Vnterthanen aber ſolches als ein ſonderliches geſchenk GOTTES erkennen, annehmen vnnd halten mögen vnnd darumb beyd GOTT jmmer danken, die Richter vnnd alle gottſelige Oberkeit mit aller ehrerbietung lieben gehorſamen vnnd inn liebe GOTTES Worts vnnd gemeines rechtens alle ſemptlich auch inn zeitlichen Frieden zuſammen eihalten werden. — A. M. E. N.

E. E. F. W.

vntertheniger
Mathias Fron
Rathmann inn Kronſtadt.
ꝛc. ꝛc.

PRIVILEGIUM.

WIR STEPHANUS, von GOttes Gnaden, König in Pohlen, Groß-Fürst in Lithauen, Reussen, Preussen, Masovien, Samogitien, Kyovien, Wolinien, Podlachien, Herr in Lieff-Land, und Fürst in Siebenbürgen.

Thun kund zu ewigem Gedächtniß, jedermänniglichen: Daß, ob wohl die Fürsten mit manchen Fürstlichen ja fast Göttlichen Gaben gezieret, allen andern Menschen fürgehen und sie übertreffen sollen, und jene sonderlich, so mancherley Völckern gebieten: So erachten Wir doch, daß in zweyen fürnehmlichen Stücken, der Zeit Veränderung nach, ihr Ampt bestehe.

Daß es ihnen nehmlich gebühren will, ihre Landschafften, durch Kriegs-Erfahrenheit wieder die Frembde zu schirmen oder auch zu mehren: Zu Hauß aber in der Regierung, durch Gerichts und des Rechts ebenmässige Administration, ihre Unterthanen in gebührlichem Gehorsam und Ampte zu erhalten, durch welche beyde Stück, wo sich solche beysammen finden, die Reiche zunehmen und wachsen, und dagegen wo Kriegs Schirmung und des Rechts rechte Verwaltung unterlassen oder getrennet werden, alle Regimente zurinnen und zergehen müssen.

Darumb, nach dem Wir auß GOttes Gnaden und Fürsehung erstlichen zum Fürstenthumb in Siebenbürgen, und daher nachmals allhier zu Königlichen Würden erhöhet worden: Haben wir fürnemlichen Fleiß und stete Sorge hierauff gewendet, damit in beyder Verwaltung, so viel an Uns ist, wir beydes unsern getrenen Unterthanen mit Väterlichen Fürsorgen beweiseten, darzu bald von Anfang Unsers Regiments sich Uns Gelegenheit gezeiget. Denn nach Abschaffung innerlichen und Bürgerlichen Streits und Zwietrachts, mit welchen dieses Reich verstricket war, Wir gewisse Gerichts Ordnung bestellet, damit das Recht in Kriegs-Läufften, so Wir gegen die Frembden geführet, nicht gantz und gar auffgelassen, und liegen bleiben möchte, sondern auch mitler Zeit Unserer Unterthanen Heyl und Freythum durch Förderung der Rechte erhalten, und gemeinem Frieden fürgesehen würde; da auch der unruhige Muthwillen der Barbarischen benachbarten Völker, uns fast von solchen Unsern Sorgen und Fürhaben, weiter mit Gerichts-Ordnungen Unsere andere Landschafften zu versehen, auffgehalten und verhindert hat.

Dieweil Wir aber nun den dreijährigen Moscovitischen Krieg aus GOttes Hülffe geendet, und Uns desselben erlediget, den trotzigen Feind auch von Unser Unterthanen Hälsen abgeschafft: Darzu die Landschafften, so vom Groß-Fürstenthum Lithauen in verlauffenen Jahren, waren abgerissen, zurück genommen, und drüber das gantze Lieff-Land, so unter des Feindes Tyranney lange Jahr her, nicht nach Rechten, sondern nach eigenen Gut-dünckeu allein derselben Nation gelebt, geschriebene Recht bestellet.

Demnach als Wir dem Ungerland genahet, haben Wir in gnädiges bedencken genommen, auch Unser Fürstenthum Siebenbürgen, mit Gnaden zu besorgen: Als derowegen unter andern Unsern Unterthanen auch Unsere getreuen Sachsen in Siebenbürgen: der Edle nemblichen: Albertus Hutterus, Königs-Richter unserer Stadt Hermannstadt: auch die Fürsichtige und Weise Dominicus Dietrich, Königs-Richter zu Schäßburg, Matthias Fronius geschworner Rath in Cronstadt, Joachimus Koch, Burger-Meister in Medwisch, und Caspar Budaki Richter zu Nösen, alle sämtlich abgefertigte Gesandten unserer Städte in Siebenbürgen, hieher ins Land Pohlen zu Uns kommen, haben sie neben andern Privilegien, so sie von alten seeligen Königen in Hungarn erlanget, und zu bekräfftigen an Uns gesupplicieret, auch Uns ein Büchlein ihres alten herkommenden Rechtens und Gewohnheiten, damit und dabey sie von Alters bishero eines Theils gelebt, eines Theils aber, auff gemeinen Rath und Willen derselben unserer Sachsen, an etlichen Oerthern auffs neue ietzt gemehret, und in Ordnung von vier Büchern und gewisser Titel, zusammen getragen und unterschieden, Uns mit gebührlicher Unterthänigkeit eingegeben und dargereicht, und damit sie nicht nur mit lautern Gewohnheiten, welche ungewiß, wandelbar, und leichtlich in Vergessung gerathen, allein umbgingen, sondern wie auch andern Völckern, ihre Rechts-Satzungen in Schrifften wurden gefasset, in Demuth gebeten, daß Wir solchem ihrem Recht und Gewohnheiten, Unsere Königliche Gewalt mittheilende, denselben Krafft und Macht eines geschriebenen Rechts gönnen und geben wolten, und allen Inhalt gedachtes Büchleins, so ferne sich nemblichen seine Clausulen, Sprüche, Meynungen, Titel und alle Artickel erstrecken, in Gestalt und Form Unsers Privilegii beschliessende, annehmen, bewilligen, und offt gedachten allen Unsern Sachsen, ihren Erben und Nachkömmlingen, zum ewigwährenden Recht, aus Vollmacht Unserer Königlichen Gewalt, Gnädigst stellen, Confirmiren und bestätigen wolten:

Welches Büchels Inhalt von Wort zu Wort lautet, wie folget:

Der

Sachsen in Siebenbürgen

STATUTA

oder

Eigen Land-Recht.

Das erste Buch.

Der erste Titul.

Von Erwehlung der Ampt-Leut, und Schuldigkeit der Richter.

§ 1.

Von Erwehlung der Obrigkeit.

Sintemal die Sachsen in Siebenbürgen, als in Städten, Sieben, und zwey Stühlen, von Gottseeligen Königen in Hungarn, hiemit begabet, Privilegirt und befreyet seyn, daß sie ihre Ampt-Leut, Burger-Meister nehmlich, Richter und Hannen, jährlich nach Weynachten, durch gemeine freye Wahl und Stimmen der Gemeinen, aus ihres Raths Verwandten und Geschwornen, zu erwehlen, Macht und Recht haben: Die andere Geschwornen aber hernachmahls, durch die neuerwehlte Obrigkeit, nach eines jeden Orts langwieriger Gewohnheit, erwehlet werden: So wird es sich gebühren, daß hierzu tüchtige und dem gemeinen Wesen nützliche Personen gerufft und erwehlet werden, welche auch nach verlauffenem Jahr, von ihres Ampts Verwaltung einem Ehrsamen Rath redliche Rechnung thun mögen.

§ 2.

Wer ein Ehren-Ampt getragen, sol nicht bebürdet werden.

Dieweil aber die Rechte lehren, daß dem so ein Ehren-Ampt getragen, nicht soll hernachmahls ein geschäfftig, oder Bürden-

ampt aufferleget werden: Darum ſollen in der Erwehlung auch gewiſſe Grad und Ordnungen gehalten werden, alſo, daß jene, ſo die höchſte Aempter verwaltet haben, nicht zu niedrigern noch geringern gezogen werden: die aber, ſo die geringere, als Bürden-Aempter getragen, mögen wohl zu höhern geruffen werden, alſo doch, daß gleichwohl ieder Stadt, Marckt und Gemeine, nach der Zeit und Orths Gelegenheit, ihre alte Gewohnheit in der Erwehlung ungekräncket bleibe.

§ 3.

Anfang der Thädigen.

Entſtehen zwiſchen der Bürgerſchafft Rechts-Händel und Thädig Sachen, ſie ſollen erſtlich für den ordentlichen Richtern angehen, und darnach, nach der Sachen, und ieder Stadt und Stuhl gewöhnlicher Gelegenheit, für den Rath fortgeführet werden.

§ 4.

Vom Ampt der Richter.

Die Richter aber ſollen ſampt ihren Beiſitzern alle Sachen, ſo für ſie kommen, und mit Recht ſollen entſcheidet werden, durch völlige und rechtmäßige Erkändtnüß der Sachen beurtheilen: Doch ſoll keinem der Partheyen, von den Richtern, es ſey in kleinen als in groſſen Sachen, weiter für den Rath zu appellieren, nicht gewehret werden, Laſter-Thaten allein außgenommen, welche zu Latein Cauſae criminales genennet werden, und gehen den Halſe an: In welchen gleichwohl die Richter allein, ohne Fürwiſſen nemlich und mit Mit-Urtheilen des Raths, mit nichten, weder peinliche Urtheil ſprechen noch exequieren ſollen.

§ 5.

Das Urtheil ſoll nach den Statuten außgeſprochen werden.

Fürſichtige Richter ſollen fürnemlich mercken, daß ſie immer nach den geſchriebenen Rechten, oder ja nach des Landes Sitten und Brauch, ihre Urtheile ausſprechen: Tragen ſich aber Sachen und Fälle zu, darüber kein geſchrieben Recht nicht gefunden würde, ſie ſollen ſich nach des Landes langwieriger Gewohnheit richten: denn ein langer Brauch und Gewonheit, ſo gemeinem Nutzen nicht zuwieder iſt noch ſchadet, mag für ein Recht gehalten werden.

§ 6.

Die Richter ſollen denen Rechten gemäß urtheilen.

Dieweil ſich aber täglich neue Fälle und Sachen zutragen, darum iſt es unmöglich, daß man die Geſetze dergeſtalt faſſen könne, daß ſie außdrücklich von allerley Fällen reden, und einem ieden Fall ein ſonderlich Recht machen können. Es ſoll aber ein Richter gut Achtung auf das geben, was in den Fällen, darvon die Recht außdrücklich reden, verordnet iſt, damit er in gleichen Sachen ſich darnach richten, und ſo viel möglich, den geſchriebenen Rechten gemäß urtheilen möge.

§ 7.

Käyſerliche Recht ſollen, wo es nöthig, gebrauchet werden.

Was nun inſonderheit in dieſem kurtzen Auszug der Rechten, nicht außdrücklich verfaſſet iſt, ſoll auß den alten Käyſerlichen Rechts-Regeln und Satzungen, ſo fern ſie unſerer Landſchafft gemäß, erholet werden.

§ 8.

Vom Urtheil fällen.

Ehe der Richter das Urtheil fället, ſol er alle Gelegenheit und Geſtalt der Thädig fleiſſig auskündigen, und beyde Partheyen fragen, ob ſie was mehr zu ſagen haben, das ihnen und ihren Sachen zum Behülff und Fördernüß dienen möge.

Vom gerichtlichem Fürladen.

Der Andere Titul.

§ 1.

Vom Fürgebieten.

Nach dem die Rechte nicht zugeben, noch der Billigkeit gemäß iſt, iemanden unverhörter Sachen, und ohne genugſame Erkändnüß zu urtheilen: darum ſollen billig alle Recht- und Thädig-Sachen mit rechtlicher Citation und Fürgebieten angefangen werden.

§ 2.

Von Richters Zeichen.

Würde derhalben ein Stadt-Innwohner oder auch ſonſt iemand gegen Stadt-Leute Rechts bedürffen, er ſoll ſie mit des Richters

Zeichen, oder durch den gemeinen Gerichts-Diener, nach iedes Orts Gelegenheit, auf die Stunde, so vom Richter ihnen bestimmet, fürladen.

§ 3.

Wie die Citation geschehen soll.

Die Citation oder Fürgebieten aber soll dem Wiedersacher entweder persönlich unter Augen, oder in seiner Behausung, oder ja irgend anderswo, daher es ihm kan zu wissen gethan werden, rechtlich geschehen. Machte sich aber jener, so citiert soll werden, heimlich auff die Seite, und lässet sich nicht finden, es ist gnug, so er von seinem Hauß geladen wird.

§ 4.

Wie man mit denen verfahren soll, die da unstet oder wohnhaft seyn.

Würde einem Diener, oder einer andern ledigen und unsteten Person, so weder Pfandmäßig ist, noch Erbschafften vermag, fürgeboten, sie muß Bürgen geben, daß sie dem Rechten biß zu Außtrag der Thädig gestehen will: Der Pfandmäßige aber, und so liegende Güter hat, darff anders nicht Bürgen geben, er würde denn um Malesitz oder Läster-Thaten wegen angenommen, alsdenn muß er auch mit Bürgschafft versichern, daß er dem Rechten biß zu Ende stehen werde.

§ 5.

Die Zeit derer Partheyen, zu vertragen, oder zu antworten.

Wenn beyde Partheyen, als Kläger und Angeklagter, für Gericht erscheinen, dem Beklagten werden vierzehn Täg, entweder zum Vertrag der Partheyen, oder zur Antwort auff gethane Klag gegeben: Würde aber ein Fremder einen Bürgers-Mann, Hauß-Mann, oder Sedler für Gericht bringen, dem sollen nicht vierzehn Tag, sondern der dritte Tag zur Bedenckzeit und Antwort gesetzt werden; deßgleichen wirds auch mit den Einheimischen, in solchen Sachen, so Schadens wegen keinen Aufschub leyden mögen, gehalten.

§ 6.

Wie man einem Dorffs-Mann fürgebieten kann.

Wolte iemand, es wäre gleich ein Stadt-Mann, oder Fremder, einen Dorffsmann für Gericht laden, der muß vom Stadt-

und Marcks-Richter, welches Gerichts-Zwang der Bauersmann unterſeſſen iſt, den Zeichen zum Fürgebieten, fodern, denſelben dem Hannen im Dorff aufweiſen, und durch ihn ſeinen Dorffsmann für ſeinen ordentlichen Richter, ruffen und gebieten laſſen.

§ 7.

Die, ſo krafft neuer Urtheils-Brieff, nichts erhalten, ſollen die Unkoſten erſetzen.

Würde einer ſeinen bethädigten Wiederſacher, Krafft neuer Urtheils-Brieff wiederum fürladen und bethädigen, und zum andernmahl nichts wieder ihn im Rechten erhalten, er ſoll ſeines Muthwillens und freventlichen Geſuchs, oder Thädig halben, dem obliegenden Gegentheil, auff alle Rechts-Unkoſten und Zehrungen verurtheilet werden.

§ 8.

Welche Fälle einen können entſchuldigen.

Hat einer auffgenommen ſich zum Rechten zu ſtellen, und wäre durch eine Kranckheit, Ungewitter, Waſſers-Gewalt, oder Herrn-Dienſt, oder auch anderer billiger und bewährlicher Urſachen wegen, verhindert worden, daß er ſich nicht hat ſtellen können, er iſt darum außgeredet.

Vom Ungehorſam der Partheyen.

Der Dritte Titul.

§ 1.

Straffe derer, ſo citiret, nicht erſcheinen.

Wird einem fürgeboten, und er erſcheinet nicht, er ſoll von ſeinem Richter, nach der maſſen ſeines Gerichts mit Geld geſtraffet werden. Erſcheinet derohalben der fürgeladene nicht zum erſten fürgebieten, und tritt in keine Antwort, er verfällt dem Richter einen fl. Erſcheinet er auch auf das andere fürladen nicht, zween fl. Wird er aber auff die dritte Citation, oder auff eine peremptoria, (welche ſo ſie nach Rechts-Weiſe geſchicht, im Rechten vor drey gerechnet wird,) als Ungehorſam auf geſetzte Stund oder Tag-Zeit, weder er ſelbſt perſönlich, noch durch ſeinen Anwalden zur Antwort als Procuratorem beſtellet, nicht erſcheinen, ſo ſoll der Richter dem Kläger die Sache nach Geſtalt ſeiner angeſetzten Klagen, zuſprechen, und nach Innhalt der Rechten ein Genügen thun;

es wäre denn, der Angeklagte mögte billige und gnugſame Urſachen ſeines Saumnüß oder Verhinderung fürbringen und beweiſen, alsdenn ſoll er zu ſeiner Sachen und Gerechtigkeit gelaſſen werden.

§ 2.

Die da nicht erſcheinen, mißtrauen ihren Sachen.

Würde aber der Kläger ſelbſt nach gethaner Citation, auß Zweiffel und Mißtrauen ſeiner Sachen, nicht erſcheinen, er ſoll ohn allen andern Anſtand und Verzug dem erſcheinenden Gegentheil, auff Koſt und Zehrung verurtheilet werden. Es wird auch dieſer für einen Ungehorſamen im Rechten gehalten, ſo ſich liſtiger weiſe verberget, damit er nicht mag perſönlich fürgeladen werden.

Vom Kläger und Angeklagten.

Der vierte Titul.

§ 1.

Der Kläger folget dem Angeklagten nach in ſein Recht.

Von Rechtswegen muß der Kläger dem Angeklagten in ſein Recht folgen: Der Angeklagte hat aber ſein Gericht da, wo er wohnet und ſeine Behauſung hat, darum ſoll er auch daſelbſt mit Recht belanget werden; bekandte und unlaugbahre Schulden außgenommen, welcherhalben er allenthalben, wo er begrieffen wird, auch vor dem, welcher ſein ordentlicher Richter nicht iſt, antworten muß. In Laſter-Thaten aber, ſo die Ehre und das Haupt angehen, ſoll der Verbrecher am Ort der begangenen That, mit Recht fürgenommen werden, er wäre denn flüchtig, alsdenn mag er auch anderswo, da er begriffen wird, angezogen, und ſo fern er wird überzeuget, auch geſtraffet werden.

§ 2.

Im ſächſiſchen Gericht, ſoll man ſächſiſch procediren.

Damit aber der Angeklagte verſtehen und wiſſen könne, waß auff ihn geklaget, und er verantworten ſoll, iſt es vonnöthen, und wird für Recht gehalten, daß ein ieder Kläger im Sächſiſchen Gericht, ſeine Propoſition und Klage in deutſcher Sprache klärlich und beſcheiden führen ſoll.

§ 3.

Liegend Gut ſol in ſeinem Recht geſucht werden.

Gehet die Klag nicht auf die angenommene Perſon, ſondern auff ein Erb-Gut wieder ſie, es ſoll für dem Gericht, welchem das beklagte Erb-Gut unterlieget, geſucht und fürgenommen werden, ob wohl der Herr des Guts einem andern Gericht iſt unterworffen.

§ 4.

Was dem Klagenden recht iſt iſt eben auch dem Angeklagten recht.

Was im Rechten dem Angeklagten nicht wird zugelaſſen, das ſoll auch dem Kläger gewehret ſeyn: Sintemahl ja die Rechte den Verklagten günſtiger und geneigter ſeyn, denn den Klägern.

§ 5.

Vom Kläger und Angeklagten.

Beweiſet der Kläger ſeine Anklag nicht, der Beklagte wird frey geſprochen, und kan ihn der Kläger auff keine Gegen-Beweiſung bringen: Dieweil natürlicher Weiſe, der, ſo die That und die Sachen leugnet, keiner Beweiſung ſchuldig iſt, es wäre denn, daß der Angeklagte ungedrungen Zeugnüß ſtellen wolte, ſo ſoll man es ihm zulaſſen.

§ 6.

Kläger ſoll beweiſen.

Eben wie der Kläger ſchuldig iſt ſeine Anklag zu beweiſen, alſo muß auch der Angeklagte ſeine Exception oder Einrede bewähren, darum daß er durch ſolche Einrede Kläger wird.

§ 7.

Welche Klage nicht fortgeſetzet werden kan.

Läſſet einer ſeine gethane Klag ſincken, er kan nachmals nimmer für Gericht drum klagen.

§ 8.

Der Bürgers-Leut, Sedler und Diener Ordnung im Klagen.

Hat ein Bürgers-Mann, Sedler oder Diener für Gericht auf iemanden geklaget, der Angeklagte kan ſeinen Kläger anderer Sa-

chen wegen, ehe nicht wieder beklagen, die erste und hangende Sache sey denn zum Ende gebracht; allein es wäre eine Sache darzwischen kommen, welche die Ehre betreffen thäte, dieselbe wird der Haupt-Sachen fürgezogen, und muß erstlich außgeführet werden; Item auch, so der Beklagte in Schuld-Sachen, mit billiger Exception auf die Compensation und Abzug oder Gegenrechnung sich beruffen thäte.

§ 9.

Fremder Thädig-Sachen nimm dich nicht an ohne Ursachen.

Nimmt sich einer fremder Thädig-Sachen an, ohne des Principals oder Selbst-Klägers Gegenwart und Befehl, oder ohne rechtmässige Procurator-Brieff, der soll vom Gericht um zwantzig Gulden gestrafft werden.

§ 10.

Straffe derer, so verlohrne Thädig-Sachen erwecken.

Fähet einer seine verlohrne Thädig auff ein neues wieder an, ohne Gnad und Krafft neuer Urtheils-Brieff, er verfällt zwölff Gulden. Wird iemand aber zum andernmahl neue Urtheils-Brieff vom Fürsten ausnehmen, seine verlohrne Thädig zum drittenmahl zu führen, er soll der Verhörung gewehrt, vom Rechten abgewiesen, und um vier und zwantzig Gulden gestrafet werden.

Von Beweisung und Zeugen.

Der fünffte Titul.

§ 1.

Der Kläger soll beweisen.

Wurden die Partheyen nach geschehener Klag und Antwort für Gericht, Beweisung bedürfen, sie sollen angenommen und verhöret werden: Dem Kläger gebühret aber zu bewähren, und nicht dem Angeklagten, so da leuguet.

§ 2.

Der Kläger soll eigen Zeugnüß stellen.

Wer für Gericht klagen will, der soll eigen Zeugnüß auff seine Klage stellen: Denn es gebens weder die Rechte noch die Billigkeit, daß des Wiedersachers schrifftliche Kundschafften dem Kläger

ſollen gefodert noch gereichet werden, es gebe es denn der Richter auß gewiſſen Urſachen zum Rechten.

§ 3.

Bey der Einſtellung der Zeugen ſoll die Gegenpart gegenwärtig ſeyn.

Wer Zeugen einſtellen will, muß das thun auf die Zeit, ſo ihm für Gericht gegeben wird, und das Wiedertheil dazu warnen und laden, zuſehen die Zeugen, welche eingeſtellet ſollen werden. und mit anzuhören, wie der Eyd ihnen aufgegeben wird.

§ 4.

So die Zeugen Bedenck-Zeit begehren, iſt ihnen zugelaſſen.

So iemand Zeugen einſtellen will, er ſol ſie mit des Richters Gebot fordern laſſen, und beyde Thädig-Partheyen ihnen beſtimmen: Auff ſolche Erforderung, ſollen die Zeugen, ſo demſelben Gerichts-Zwang unterworffen ſeyn, auch für Gericht perſönlich erſcheinen, und bei Eydes-Pflichten ihr Zeugnüß außſagen, ſie würden denn billiger und nothwendiger Urſachen wegen zukommen verhindert. Würden ſie aber auff die fürgezehlte Sachen, umb ſich beſſer zu beſinnen, eine Bedenck-Zeit begehren, es ſoll ihnen nicht abgeſchlagen werden.

§ 5.

Ungehorſame Zeugen ſollen genöthiget werden.

Erſcheinet der gerufſene Zeuge nicht, ohne genugſame und bewährliche Hindernüß, ſondern hält ſich aus Ungehorſam zuruck, er ſoll vom Richter geſtraffet werden, und gleichwol dadurch des Zeugnüß nicht befreyet, ſondern nichts deſto weniger ſein Zeugnüß zu ſagen, verbunden ſeyn.

§ 6.

Art und Ordnung Zeugen zu ſtellen.

Der Brauch Zeugnüß zu ſtellen, iſt gemein und nothwendig, damit nichts verborgenes noch zweifelhafftes in den Sachen ſtecken bleibe. Darum ſollen auff der Partheyen begehren, unverleumdete und unverworffene Perſonen und Zeugen billig zugelaſſen werden, doch alſo, daß ein ieder Zeuge erſtlich durch fürgebieten gefordert werde, und daß ſie darnach in Gegenwart der Wieder-Part, oder auch in ihrer Abweſenheit, ſo ſie muthwillig nicht erſchei-

net, ihren Eyd hierauff verpflichten, daß sie nichts falsches, sondern die lautere Wahrheit, so weit sie ihnen bewust ansagen wollen. Und soll diesen Eyd der Richter, ohne der Partheyen Bewilligung, keinem der Zeugen erlassen.

§ 7.

Raths-Personen eiden nicht es sei denn in eigenen Sachen.

Raths-Personen, Richter und Stadtschreiber sollen ungeschworen, doch auff Ermahnung ihres gethanen Eydes, in den Sachen, darein sie zu Zeugen gestellt, gefraget werden. In eigenen Thädig-Sachen aber, darein ihnen der Eydschwur wird entweder angemuthet oder aufferlegt, mögen sich solche Personen mit Vorwand des Ampts-wegen gethanen Eydes nicht behelffen.

§ 8.

Der etwas zu bewähren sich unterstehet, soll die Sach mit klaren Worten erzehlen.

Unterstehet sich iemand etwas mit Zeugen zubeweisen, er soll die Sache und Meynung seiner Beweisung, mit klaren ausgedruckten Worten, oder Artikels-Weis fürzehlen, daraus man verstehen mag, was er zu beweisen meynet, und worauff die Zeugen sollen gefraget werden.

§ 9.

Wie die Zeugen sollen verhöret werden.

Die Verhörung und Erfragung der Zeugen, so für Gericht gestellet werden, soll nicht in Gegenwart, sondern in Abtreten beyder Partheyen, für dem Richter allein geschehen, doch nicht unter eins, sondern ein ieder Zeuge soll insondernheit verhöret werden, ob wohl unter eins der Eyd ihnen mag auffgegeben und sie beschworen werden: Solch gethanes Zeugnüß sollen die geschworne Schreiber in Schrifften klärlich bemercken und verfassen.

§ 10.

Die Zeugen sollen fleißig erfraget werden.

Es sollen auch die Richter fleißig von den Zeugen mit Fragen erforschen, durch was Gestalt ihnen die Sachen sind kund worden, zu welcher Zeit, wo, und wie was geschehen und sich zugetragen habe, und wer sonst mehr dabey gewest sey: Item auch andere Umstände mehr, nach Gestalt der Sachen, auß welchen die

Geſchäffte und Sachen klar werden und offenbahr, welche die Richter nach ihrer Beſcheidenheit werden wiſſen zu erkündigen. Hat auch ein Zeuge unlauter oder was Zweiffelhafftiges von der Sachen gezeuget, er mag wiederum gefraget werden: doch ſoll es geſchehen, ehe das Recht wird gefället und außgeſprochen.

§ 11.

Welcher Parthey die Beweiſung zuſtehet.

Es träget ſich öffters im Thädigen alſo zu, daß eine Parthey ihre Klage auff geſchehene Dinge ſetzet, die andere aber leugnet, und iede Part iſt erbietig, das ihre zu beweiſen; alsdenn ſoll man der Parthey die Beweiſung zuurtheilen, welche die geſchehene Sachen bejahet, und nicht jener ſo da leuguet, es wäre denn, daß des Gegentheils Leugnung ſonderliche Umſtände hätte, welche Beweiſung bedörfften, ſolches ſoll in der Richter Erkändnüß ſtehen.

§ 12.

Die Zeugen, wie ſie vor Gericht ſollen verleſen werden.

Wenn die Zeugen nun alle bekandt haben, ſo ſoll man ihr Zeugnüß (der Zeugen Nahmen unbeſtimmt) für Gericht vorleſen, und nachdem die Richter mercken, welcher Zeugen Bekändnüß der Sachen gleichen, und der Warheit ebenmäßiger ſeyn, auff dieſelben ſollen ſie urtheilen. Doch ſollen in allen Sachen drey oder zwey unverworffene Zeugen zum wenigſten ſeyn.

§ 13.

Wie lange Zeugen zuſtellen zugelaſſen oder nicht.

Waß für Zeugnüß die Partheyen auf ihre Artickel, Meynung und Klagen nothdürfftig einzubringen haben, die ſollen ſie ſtellen für der Eröffnung der Bekändnüß: Denn wenn nun die verhörte Zeugnüß für Gericht ſind eröffnet worden, ſo wird keiner Parthey für demſelben Gericht, auf dieſelben Frag-Artikel weiter Zeugen einzuſtellen zugelaſſen, es werde denn die Thädig appellieret.

§ 14.

Mein-Eyd ſoll geſtraffet werden.

Spühren die Richter Falſchheit und Betrug in der Zeugen Bekändtnuß, ſie mögen von Rechtswegen die falſche Zeugen nach der Sachen Gelegenheit und ihrer Verſchuldung ſtraffen, auch ſoll die Verjahrung die Straff nicht aufheben: Darum ſo der Richter auch nachmals der Falſchheit gewahr wird, ſo mag er ſie ſtraffen:

Von Alters her aber ist der Mein-Eyd mit einem Seiten-Ripp gestraffet worden, welches mit zwantzig Gulden muß gelöset werden.

§ 15.

Fremde Zeugen sollen mit Zehrung versehen werden

Die Thädiger, und die so Zeugen stellen, sollen die Zeugen auch nach gebührlicher Nothdurfft mit Zehrung versehen und halten, denn nehmlichen, wenn sie Zeugnüß zu geben außbemühet werden.

§ 16.

Wie lange der Zeugniß-Aufschub zugelassen.

Ueber drey Aufschub oder Tag-Zeiten Zeugniß zustellen, soll keiner Partheyen, ohne sonderliche Ursach, über welche der Richter erkennen soll, der vierdte gegeben werden.

Welche Personen nicht zeugen mögen.

Der sechste Titul.

§ 1.

Welche Personen zu Zeugen untüchtig seyn.

Unmannbahre, als die, so noch vierzehen Jahre nicht alt sind; Item auch die Thoren und unsinnige Leut; Desgleichen Ehrlose, als Mein-Eyder, Ehebrecher, Diebe und dergleichen offenbahre verleumdete Personen, diese alle mögen in keinem Rechten nicht zeugen. Würde auch eine verleumdete ehrlose Person, über welche ein Gerichtlich Urtheil gesprochen worden, zum Zeugnüß eingestellt, in einer Sachen, so geschehen wäre, ehe sie zu Unehren kommen ist, wird auch darinnen verworffen.

§ 2.

Vater und Mutter können für und wieder ihre leibliche Kinder, und diese für und wieder jene nicht zeugen.

Wäre der Zeuge dem Gegentheil gehäßig, und würde als sein Hauptfeind überzeuget; Item Vater und Mutter können für und wieder ihre leibliche Kinder nicht zeugen, also auch im Gegentheil; es würde denn vom Wiedertheil gutwillig nachgegeben.

§ 3.

Blut-Freunde mögen für und wieder einander nicht zeugen.

Der Bruder kan auch für den Bruder nicht zeugen, es bethädige denn ein Bruder den andern; Desgleichen auch kein Blut-Freund für den andern, und auch der Eydam nicht für und wieder den Schwieger-Vater: Zugleich auch Mann und Weib, mag eins dem andern nicht zeugen.

§ 4.

Wenn das Haus-Gesind zeugen kan oder nicht.

Es soll auch niemand sein Hausgesind zum Zeugnüß stellen. Denn die Rechten halten solchen Zeugen für ungnugsam dem einer gebieten mag, das er ihm zeuge. Im fall aber die Klagen um Ehebruch, oder bestellter Gifft seinem eigenen Ehegenossen, kan der Kläger auch sein Haus-Gesind zum Zeugnüß einstellen.

§. 5.

Verwandten mögen zugleich in fremden Sachen zeugen.

Dieweil in fremden Thädig-Sachen die Rechte zugeben, auß einem Haus so viel Zeugen man nur haben mag, einzustellen, wird folgen, daß beyde Vater und Sohn, Mann und Weib und zween leibliche Brüder in fremder Sachen neben einander zeugen mögen.

§ 6.

Wenn der Advokat nicht zeugen kann.

Es wird auch dem Fürsprecher, so ein Thädig geführet und geschirmet hat, gewehret, in derselben nachmals Zeugnüß zugeben.

Zum Zeugnüß werden nicht gelassen, die:	Vom Blut Verwandten, als:	Vater, Mutter, Kinder, Groß-Vater, Groß-Mutter, Enckeln, Bruder, Schwester,	Dieweil denn diese, wo sie zeugen wolten, zum Zeugnüß nicht werden gelassen: Drum mögen sie auch Zeugnüß zugeben nicht gezwungen werden.
	Verwandten von Schwägerschafft, als:	Mann, Weib, Schwieger-Vater, Schwieger-Mutter, Eydam, Schnur,	

§ 7.

Wieder angebohrne Freund ſoll niemand zu zeugen gezwungen werden.

Wieder ſeine angebohrne Freund und rechte Schwäger, oder auch wieder die Schwieger-Eltern, ſoll niemand Zeugnüß zu geben, gedrungen werden.

§ 8.

Wenn der Urſacher zur Thädig zeugen kan oder nicht.

Entdecket einer Schmach-Reden, ſo die Ehr betreffen, und giebt hiedurch dem Kläger anreitzende Urſach zur Thädig, der ſoll nicht auch darein zeugen: In Bürgerlichen Klagen aber als die auff Gut, Geld oder Schulden gehen, mag er zeugen.

Von Beweiſung der Schrifften.

Der ſiebende Titul.

§ 1.

Eigen Handſchrifft und Send-Brieffe beweiſen vollkömmlich.

Giebt der Schuldiger ſeinem Schuld-Herrn eine Handſchrifft oder Schuld-Brieff, darinnen er die Schulden bekennen thut, wird er darum für Gericht angeklaget, und weigert ſich ohne Urſach zu zahlen, leugnet auch die Schrifft nicht, ſie beweiſet vollkömmlich wieder ihn. Desgleichen beweiſet auch ein Sendbrieff, wo die Meynung und Verpflichtung darinn gewiß und deutlich begrieffen iſt, und verbindet den, ſo ihn geſchrieben oder hat ſchreiben laſſen, wo er mit ſeinem gewöhnlichen Siegel iſt verſiegelt: denn das Siegel beſtätiget und macht gewiß die Schrifft, es wäre denn in der Rechnung ein bewährlicher Irrthum geſchehen, alsdenn mag er ſich mit Einrede behelffen.

§ 2.

Wenn der Schuld-Zettel verlohren iſt, ſoll man mit gnugſamer Beweiſung die Schulden darthun.

Kan der Schuldglaubiger mit gnugſamer Beweiſung, ſeinen Schuldiger der Schuld überwähren, es kan ihm nicht ſchaden, ob er nun die Schuld-Zettel kommen iſt. Eben aber, wie es nicht bil-

lig ist, die Bezahlung der Schulden abzuschlagen, wenn der Schuld-Herr Feuers oder anderer Gewalt halben, um die Schuldbrieff kommen wäre: Also soll auch herwieder der Schuld-Herr, solche Gewalt und Noth, so er fürwendet, beweisen, und mit Zeugnüß seinen Worten Glauben machen. Wird iemand Schuld halben fürs Gericht gezogen, er soll nicht mit Abschrifften, sondern mit eignen Handschrifften, der Schulden überzenget werden.

§ 3.

Welche Handschrifften nicht gnugsam zeugen können.

Rechenzettel, so nach iemandes Tod in seinen Gütern oder Gewalt gefunden werden: Item auch der Kauff-Leut und Handwercker Register-Bücher, sind allein nicht genug zur Überweisung der Schulden. Also ist auch nicht gnugsam, so der Verstorbene in seinem Testament hat angezeigt, wie man ihm eine Summa Geldes, oder andere ausgeborgete Güter schuldig wäre.

Daß, ehe für Gericht nicht geklaget, und auff Zeugen beruffen wird, man nicht Zeugnüß einstellen kan, allein nur, waß dienen soll zum ewigem Gedächtnüß.

Der Achte Titul.

§ 1.

Zeugen zum ewigen Gedächtniß was sie erfordern.

Ehe man für Gericht nicht geklaget und auff Zeugnüß nicht beruffen hat, kan man von Rechts wegen ordentlicher Weise Zeugnüß weder stellen noch einnehmen. Würden sie derowegen für Klag und Antwort eingenommen, die Gegenpart mag sie verwerffen, es wäre denn, daß iemand die führen wolte zum ewigen Gedächtnüß, folgender Ursachen halben: Als, daß die Zeugen in ferne Land ausreisen wolten, oder mit tödlichen Krankheiten, oder schwachen Alter behaftet wären; Item in Sterbens Läufften, also daß die beweisende Parthey, im Beysorg wäre, die Zeugen mögten für der Klag und Stellung der Zeugen, mit Tod abgehen; Item auch in anbedingten Schulden, um welche der Kläger nicht klagen kan, darum, daß dem Bedieng noch nicht ist ein Gnügen geschehen, oder die gesetzte Zeit nicht herbey ist: Und in solchen Dingen, so verderben können und keinen Aufschub leiden, welches bey den

Richtern zu erkennen ſtehet. Alsdann mögen ſolche Perſonen für ihren ordentlichen Richtern, auch vor der Klag und Antwort, geſtellet werden, mit rechtlicher Warnung der andern Parthey, ſo die Sache berühret, wo ſie vorhanden iſt. Solche beſchriebene Zeugnüß ſoll verſiegelt bey dem Richter biß zur Zeit der angehenden Thädig ungeöffnet bleiben. Würden aber dieſe Zeugnüß in einem Jahr nicht gebraucht, ſie werden nachmahls Krafftlos, es ſey denn, daß der, ſo ſie führet, beweiſete gnugſam Urſach ſeines Säumnüß oder Hindernüß; alsdenn behalten ſie auch weiter ihre Krafft.

§ 3.

Die Geſtalt etwas in die Protokol zu bringen, und wie lange eine Thädig währen ſoll.

So iemand Bekändnüß der Zeugen, gantze Gerichts-Händel, als Klag und Antwort, Proteſtation hangendes Rechts, oder abgeſchnittene Sachen durch Urtheil, oder was anders ſeiner Gerechtigkeit, als Kauffs, Gabe, Geſchenck, Schulden, Contracts, und was dergleichen Händel, in das gemeine Stadt- und Rath-Buch, wolte ſchreiben laſſen, das ſol für einem Ehrſamen Rath geſchehen in der Gegenpart, ſo die Sache nemlichen auch berühret, ihrer Gegenwart, welche durch Fürgebieten darzu ſoll erfordert werden. Es ſoll aber keine Thädig über drey Jahr lang, nachdem ſie iſt fürgenommen, oder ins Recht gefaſſet worden, auffgeſchoben noch verlängert werden.

Vom Eyde.

Der neundte Titul.

§ 1.

Wenn der Eyd auffzulegen nothwendig iſt.

So lange die Thädig Partheyen fürhaben, ihre Sachen zubeweiſen, ſo gebühret es ſich nicht und iſt unnöthig, weder Eyde anzumuthen noch den Eyd auffzulegen, ſondern wenn ſie nun beyde ihre Beweiſungen, welche ſie von beyden Theilen haben auffbringen können, geſtellet und geführet haben, darnach ſoll allererſt, nach Urtheil, zu völliger Beweiſung, entweder dem Kläger oder dem Angeklagten der Eyd aufferleget werden, wenn nemlichen die Sache nicht hat vollkömmlich mögen von einem Theil bewieſen werden.

§ 2.

Dreyerlei Eyd, als Freywilliger, Angetragener und Nothwendiger Eyd.

Setzet eine Parthey der andern den Eyd heim, ohne des Richters Urtheil, ſie mag den annehmen oder verſchlagen, oder auch wiederumb der anmuthenden Parthey zuruck heimlaſſen: Solcher Eyd wird ein lediger freywilliger Eyd in Rechten genandt. Die andere Arth des Eydes gehöret das Gericht an, welchen zwar der Kläger auch dem Beklagten anmuhtet, aber auf des Richters Bewilligung und Erkändnüß geſchehen muß. Der dritte Eyd, heißt ein nothwendiger Eyd, welchen der Richter allein durchs Urtheil auffleget, und geſchehen muß, ſofern das Theil, welchem er wird auferlegt, die Sache erhalten will.

§ 3.

Der Kläger kan auch Eyd auffflegen.

Würde der Thädiger einer, es ſey der Kläger oder Säger in Gelds Sachen, als in Schulden, und ſo was deßgleichen, einer dem andern den Eydſchwur aubiethen, er ſoll darzu gelaſſen werden. Denn eben wie der Richter, alſo kan auch der Kläger den Eyd ſeinem Wiederſacher aufflegen.

§ 4.

Mit dem Eyd geendete Sachen können nicht wieder angenommen werden.

Bewilligen ſich die zwo Partheyen auf den Eyd, oder biethet das Gegentheil allein den Eyd an, wird er gethan, oder auch vom Wiederſacher erlaſſen, und die Thädig ja damit geendet, ſie kan nachmals nicht wiederum angenommen werden, auch nicht auf Exception oder Vorwand eines Meyn-Eydes.

§ 5.

Der Kläger und nicht der Schuldiger ſoll und kan eyden.

Klaget einer den andern an um Schulden, oder auch anderer Sachen wegen, ohne Beweiſung, und kan ihm auch keinen mercklichen Verdacht machen, der Angeklagte aber leugnet ſtarck, er darf nicht drumb eyden, ſondern wird ohne den Eyd frey geſprochen: So aber der Ankläger was heimliches und glaubwürdiges zur Beweiſung aufbringt, und gleichwohl nicht genugſames, ſondern ſolches, das den Angeklagten der Schuld verdächtig macht, ſo wird dem

Kläger zugegeben, seine halbe Beweisung mit seinem leiblichen Eyd zu bewähren, und nicht dem Angeklagten, durch seinen Eyd der Schuld-Bezahlung zu entgehen.

§ 6.

Die Appellation wegen des Eydes, wenn sie geschehen soll.

Die Appellation, den Eyd zu wehren, soll immer dann, wenn der Richter ihn auffleget, und nicht nach gethanem Eyd, geschehen.

§ 7.

Welcher sein verlohren Gut findet soll darauff selbst 7. Personen schweren.

Findet iemand sein Gut in fremder Verwahrung, und klaget es sey ihm dieblich entwendet worden, er soll selb siebend darauf schweren, und damit beweisen, daß sein sey: Die Richter aber sollen nach solchen gethanen Eyd, dem Gegentheil gedoppelten Eydschwur nicht zulassen, damit nicht Ursach noch statt falschem Eyd unterm Schein besserer Beweisung und Uberweisung, gegeben werde.

Vom Urtheil der Richter.

Der zehendte Titul.

§ 1.

Auf was fürnehmlich die Richter Aufsicht haben sollen, und wie unverhörter Sachen niemand verdammet werden kan.

Die Richter sollen in allen Sachen, so für sie gebracht werden, mehr auf des Rechts Billigkeit und Linderung desselben sehen, denn auffs scharfe und strenge Recht. Sie sollen aber fürnemlich auch mercken, damit in allen Sachen das Urtheil in beyder Partheyen Gegenwart werde außgesprochen, daß die Partheyen eben vernehmen mögen, was ihnen zum Urtheil ausgesprochen worden, und daß durch ihren Urtheils-Spruch ein Theil condemniret, und das andere absolviret werde. Jemanden aber unverhörten Sachen verdammen, ist weder billich noch recht.

§ 2.

Daß Urtheil, über die Abweſenden geſprochen, iſt verwerfflich.

Ein Urtheil, ſo auf unrecht und falſch Anzeigen wieder den Abweſenden gefället, iſt von Rechtswegen an ihm ſelbſt Krafftlos.

§ 3.

Welche Fürſten-Brieff nicht ſtatt haben.

In Kayſerlichen Rechten iſt befohlen, daß Fürſten-Brieff, ſo wieder Recht erlanget und ausgenomen ſeyn, im Rechten mögen ungültig ſeyn, es wäre denn um ſie alſo beſchaffen, daß niemandes Gerechtigkeit dadurch gekräncket, ſondern ſolche zur Milderung allein des Ausforderers Verſchuldung dieneten, oder ihm ſonſt Nutzes, ohne Schaden und Nachtheil anderer Leute, daraus kommen könute.

§ 4.

Verurtheilte Sachen ſind nicht zu wiederholen.

Wird eine Sache mit Urtheil einmahl abgeſchnitten, oder durch den Eydſchwur geendet, oder auch für Gericht einbekandt, um ſolche geendete und offenbahr bekandte Sachen, darf man weiter nicht fragen. Denn wer im Rechten ſelbſt einbekennt, wird als ein ſelbſt verurtheilter Menſch gerechnet.

Von Appellation.

Der eilffte Titul.

§ 1.

Die Appellation und Gerichts-Beruffung wird zum Troſt und weitern Behülff, denen in Rechten vergönnet, ſo durchs ausgeſprochene Urtheil des Richters beſchwärdet ſeyn, alſo daß ſie ihre Geſchäfften, reifferer Erkändtnüß wegen, vom Untern zum Ober-Richter beruffen mögen. Darum wer ſich durch Appellation behelffen will, ſoll das thun, weil der Richter in ſeinem Gerichts-Stuhl ſitzet, und ſoll erſtlich von ihm an den Rath, vom Rath Staffelweiß für der Deutſchen Univerſität, und letztlich für des Fürſten Taffel appellieren. Solche Beruffungen aber ſollen auch geſchehen, ehe der Rath und Univerſität aufſtehen, es ſey denn, der Appellant begehre Bedenck-Zeit, darzu ihm eine Stunde, oder

auch ein ganzer Tag nicht soll abgeschlagen werden. Vom untern Richter aber stracks an des Fürsten Gerichts-Taffel sich zu beruffen, die Mittel-Gerichte übergehende, wird ordentlich niemanden zugelassen.

§ 2.

Im hangenden Recht soll nichts verändert werden.

Geschicht die Appellation, und wird bewilliget oder zugelassen, so bleibt alles bestehen in seinem vorigen Stande: Würde derowegen iemand was Lasters beziehen, und ihm sich seines Ampts zu äussern oder abzutreten befohlen, die Sache aber appelliert ist, er soll in seine Stell gesetzt, und seines Ampts biß zum Austrag der Thädig nicht entsatzt werden: Sintemahl die Rechte ausweisen, daß in hangenden Rechten nichts noviert werden soll.

§ 3.

Appellation und Transmission sollen zu seiner Zeit angenommen werden.

So der Appellant die Transmission oder die Urtheils-Brieff, auff bestimmte Tag-Zeit weder fordert noch ausnimmet, oder so er sie ausgenommen, an seinem Orth zu den Gerichts-Tagen nicht auffleget, er soll von seiner Thädig also werden abgewiesen, als habe er sein Recht verschwiegen: Hat einer auch mögen appellieren, und unterlässts, oder führet die Appellation nicht zur bestimmter Zeit zum Ende, sondern läst sie sincken, er muß ewig schweigen, und soll vom Landes-Fürsten keine Hülffe drein fordern noch bitten: Thut er es, so soll er gleichwol seines Begehrens nicht gewähret werden.

§ 4.

Weiter zu Appellieren ist zugelassen.

Die Rechte vergönnen den Thädig-Partheyen beyde in grossen und kleinen, wichtigen und geringen Sachen, sich mit Beruffung auf Ober-Richter zu behelffen: Darum sollen es die Richter nicht also annehmen, als geschehe die Appellation ihnen zur Schmach, oder ihren Ehren zum Nachtheil.

§ 5.

Welchen Personen, zu appellieren, die Rechte nicht vergönnen.

Solche Personen, so um Laster-Thaten, als um Ehebruch, Dieberey, Mord, Raub, offenbahre Gewalt, oder sonst anderer

Ubelthat wegen, angeklaget und überzeuget werden: Oder auch jene, so außerhalb der Marter, mit eignem Mund, ihre Laster und Missethat einbekandt haben, mögen sich mit der Appellation nicht behelffen. Also wird die Appellation auch den offenbahren Schuldigern, so weder leugnen, noch billige Exception und Einrede auffbringen mögen, nicht zugegeben: Item auch denen nicht, welche durch Appellations-Vortheil ihre Wiedersacher muthwilliglich auffhalten und müd machen wollen. Würde ihnen aber gewisser Umständen wegen, die Appellation nachgegeben, und erhielten im Ober-Rechten auch nichts, sie sollen dem obliegenden Gegentheil auf Auffrichtung und Ergänzung aller Mühe, Kost und Zehrung verfallen seyn. In Sachen oder Dingen, welche keinen Verzug ohne Schaden leyden können, wird die Appellation auch niemanden vergönnet.

§ 6.

Gewisse Regeln, wenn und wie weit, die Appellation gestattet wird oder nicht.

Es soll niemanden, so der Universität der Sachsen in Siebenbürgen Jurisdiction unterseßen ist, vom Rath für die Universität beweglicher Güter wegen, so zehn Gulden nicht übertreffen, zu appellieren zugelaßen werden. Weiter aber auch von der Universität an des Fürsten Taffel nicht, in Sachen fahrender Haabe, so nicht viertzig Gulden übertreffen, damit die Ober-Richter geringer Sachen halben nicht überlauffen noch bemühet, und die Partheyen kleiner Sachen wegen, nicht viel Mühe und grosse Zehrung thun mögen. Um unbewegliche Güter aber und Erbschafften, oder derselben Dienstbarkeit, Injurien und dergleichen, welche nicht können geschätzet werden, soll die Appellation nicht werden abgeschlagen.

§ 7.

Wenn die Appellation für sich, und auch einem andern, dienen mag.

Würde ein Urtheil also gefället, daß beyde Partheyen darob beschweret wären, eine iedere soll in dem, darein sie beschweret, besonders für sich appellieren. Thädigen aber ihrer zween auf eine Sach, und appellieret derselben einer, wird die Appellation gebilliget, sie dienet auch jenem, so schon darvon ist abgestanden, und nicht appellieret hat.

§ 8.

Sächsische Hattert-Thädigen, können allein von den Sachsen beeidiert, und weiter nicht appellieret werden.

Durch gemeine Privilegien und Freythümer, der Sachsen in Siebenbürgen wird gewehret, daß keine Hattert-Thädig, so zwischen ihnen gegen einander entstehen, weiter nicht, denn biß für die Universität provociret und gezogen werden soll. Auch sollen ihre Hättert weder die Waywodalischen noch Protonotarii nicht reambulieren, bereiten noch determinieren, sondern allein von der Universität besichtiget, beritten und entschichtet werden. Würde derhalben irgend iemand anders handeln und ungehorsamen, der soll der Universität des Landes Kyhr zur Straff verfallen.

Wie die Gnugthuung auff erlangtes Recht geschehen solle.

Der zwölffte Titul.

§ 1.

Wie auf erlangtes Recht Tag-Zeit gestellet wird. It. Auf falschen Beweiß geurtheiltes wird aufgehoben.

Hat jemand das Recht wieder seinen Wiedersacher erlanget, es sollen ihm für Gericht sechs Wochen gegeben werden, auf welche aus des Beklagten Haabe und Gütern, (wo er anders sich mit seinem Wiedersacher unterdeß nicht verstanden hätte) ihm genug geschehe. Würde es aber genugsam bewiesen, daß der Richter durch falsche unrichtige Schrifften und Beweisungen wäre überkommen, und jemanden darauf auf die Bezahlung verdammet hätte, solches Urtheils Creeution soll aufgehoben werden, und wäre schon auch etwas darauf bezahlet, das soll auch wiederkehret werden. Also sollen auch jenen, so Urtheils wegen, oder auf eigen Mundes Bekändnüß zahlen müssen, gewisse Zahl-Täge bestimmet werden: Zahlen sie nicht in mittler Zeit, sie müssen dem Schuld-Herrn Pfand geben, welche auf folgende weiß mögen verthan werden.

§ 2.

Die fahrende Haabe, und nicht die Werck- und Acker-Zeug sollen zum ersten angetastet werden.

Bezahlet der Schuldiger nicht in den gesetzten sechs Wochen die dem Schuld-Herrn zugesprochene Schuld, so soll mit dem ersten

in der Pfändung, die fahrende Haabe angetaſtet werden; das Handwerckzeug damit der Mann ſein Handwerck treibet und ſich nähret, Item bey dem Baurs-Mann Pferd, Ochſen und Acker-Zeug zum Pflug gehörende, dadurch er ſich ſeiner Nothdurfft halben genähren muß, ausgenommen: Wären die nicht genugſam, alsdenn greiffet man erſt auch die berührte Werck- und Acker-Zeug an, biß ſo lang der Schuld-Herr vergnüget wird. Hätte aber der Schuldiger in ſeiner Habſchafft etwas, ſo zuvorn von iemanden anders gerichtlich verboten worden wäre, der Richter ſoll drüber erkennen, was billig iſt.

§ 3.

Der Dienſtboten Lohn ſoll zum erſten erleget werden.

Es ſoll der Richter einem Dienſt-Boten, um ſeinen verdienten Lohn, (ſo er die Zeit ſeines Dienſtes vollkömmlich erfüllet hat,) mit Verhörung ihrer Herren oder Frauen, ſo ſie ſolchen Lyd-Lohn nicht leugnen, auf den dritten Tag, auß des Herren Gütern, gnug thun: Wäre aber Irrung oder Hindernüß auf Gegenrechnung zwiſchen ihnen, er ſoll ſie der Billigkeit nach entſcheiden, und verhülfflich ſeyn, damit den Dienſtboten Bezahlung geſchehe. Der Dienſt-Bot hat auch in ſolcher Entrichtung ſeines Lohns halben den Vorzug vor allen andern Schuld-Herren, ausgenommen dieſen, welche zuvor auf ſeinen Herren, die Bezahlung mit Recht erlanget haben.

§ 4.

Der Hauß-Herr ſoll vom Sedler für allen bezahlet werden.

Würde ein Sedler oder Zinß-Mann um Schulden angeklagt, und ſein Haußrath und Güter der Schulden wegen dem Glaubiger vom Gericht überantwortet und verſperret, der Haushherr aber auch den verſeſſenen Hauszins, ehe die Güter werden ausgetragen, foderte, er ſoll für allen andern daraus bezahlet und abgerichtet werden: Denn alles was in das bedingte Hauß eingetragen wird, wird dem Haußherrn auch ungemeldet im Geding, zum Pfande verpflichtet.

§ 5.

Wie die Pfande ausgefodert, und welcher geſtalt ſie verkaufft werden.

Hat der Kläger Schulden halben das Recht biß auf Gnugthuen erlanget, und die Zeit der ſechs Wochen verſchienen ſeyn, ſo mag er durch den Gerichts-Diener von ſeinem Wiederſacher nach Recht Pfand nehmen laſſen. Werden ihm fahrende Güter gegeben

zum Pfande, man soll sie zum nächsten Nachbar niederlegen, so lang biß daß sie drey folgende Marck-Täge auf dem Marck offentlich werden feil geboten: Was man drauff aber bietet, soll dem Schuldiger zu wissen gethan werden, ob er das Pfand drum behalten wolle, daß ers thue in denselben drey Marck-Tägen: Wolte ers aber nicht drum lösen, oder könnte nicht, und stünde davon ab, so mag das Pfand verkaufft werden um das was es kan gelten.

§ 6.

Die Pfandung eines Stadt-Mannes.

Pfändet ein Fremder einen Stadt-Mann, die verpfändete Güter werden ihm nach Erkändnüs redlicher Leute eingeschätzt und zugeeignet, doch also, daß denselben erstlich auf Baarschafft die Ausrichtung geschehen soll: Wäre aber keine Baarschafft vorhanden, so geschicht sie auf Gülden- und Silber-Geschmeide, und andere Kleinodien: Hat der Schuldiger auch deren nicht, und darff auff seinen leiblichen Eyde leugnen, so gehet man alsdenn erstlich auch auf seine fahrende Haabe: Aber dem Stadt-Mann darff der Schuldiger, weder Baarschafft noch Geschmeides wegen nicht eyden, denn derselbe muß sich mit solcherley Pfande, als er findet, begnügen lassen, biß er bezahlet wird.

§ 7.

Gerichtlich zugetheilte Erb-Güter, wie sie feil geboten und verkaufft werden.

So dem Schuld-Herren des Schuldigers Erb vom Richter für die Schuld wird zugesprochen, oder wäre ihm verschrieben worden, solch Erb soll erstlich durch den Gerichts-Diener, drey nacheinander folgende Sonntage entweder für der Pfarr-Kirchen oder, auff dem Marck öffentlich feil geboten und ausgeruffen werden, und so iemand was mehr denn die Schuld ist, drum bieten würde, solls dem Erb-Herrn zu wissen gethan werden. Nach dem dritten Ausruffen aber, es sey der Werth gesteigert oder nicht, soll es dem Schuldiger abermahl zu lösen werden angeboten: Löset er es nicht, und verschlägts, es soll dem, so am meisten drum geboten hingegeben, die Schuld heraus gezogen, und der Uberschuß dem Schuldiger zugestellet werden.

Das andere Buch

Des eigenen Sachsen-Rechts in Siebenbürgen.

Von Heyrath und Ehe-Sachen.

Der erste Titul.

§ 1.

Vom Ehestande.

Der Ehestand, ist ein ordentliches Verbindnüß eines Mannes und eines Weibes zusammen, gerichtet auf eine unzertrennliche eheliche Gesellschaft der beyder Ehegenossen, auf ihr gantzes Lebenlang.

§ 2.

Was bey angehendem Ehestand in Obacht zu nehmen.

Solche Ehe aber, so nach der rechten Anleitung und Lehre wird gestifftet, wird für eine rechte Ehe gehalten, nemlichen wenn nun die Jünglinge mannbar, und die Jungfrauen männlich, und sich zu einem Mann zuthun tanglich seyn, und wenn auch solches eheliches Verbindnüß mit Willen und Vorwissen der Eltern, oder jener, so die junge Leute in ihrer Versorgung und Gewalt haben, geschicht. Ohne Vorwissen aber und Bewilligung der Eltern, sich zusammen geben und vermählen, ist zwar wieder die Rechte, doch wo zwey also zusammen kommen, und ehelich werden, sie werden darum nicht geschieden.

§ 3.

Die Verlöbnüß, ohne Willen der Eltern oder Vorstehern, kan gebrochen werden.

Zugleich auch wie die Ehe selbst durch das gemeine bewilligen der Personen, so sich zusammen begeben, und derer, welcher Versorgung und Gewalt sie unterworffen seyn, gestifftet wird: Also sollen sich auch die junge Leut, als Braut und Brautigam, ohne derselben Willen und Vorwissen nicht verheissen, noch aneinander verloben. Denn das Verlöbnüß oder Verspruch auf künfftige

Heyrath, kan ohne bemeldeter Personen Einbewilligung von Rechtswegen nicht bestehen.

§ 4.

Welche sich zur Ehe nicht nehmen können.

Personen, welche einander als Eltern und Kinder sich gehaben, beyde von Blut-Gesipter Freundschafft oder rechter Schwägerschafft wegen, können sich einander zu der Ehe nicht nehmen. Heyrathen aber solche Personen zusammen, sie begehen Blutschande, und sollen darum aus dem Lande oder Gegend verwiesen werden.

§ 5.

Wie weit die Freundschafft Eheverlöbnüß erduldet

Dem Blut zu höher und zur grösserer Ehr-Beweisung, sollen die Hochzeiten und Ehen biß in das vierde Grad (mit eingeschlossen) nicht zugelassen werden, es wäre denn, daß die zwo verwandte Personen sich einander fleischlich erkandt hätten, alsdenn mögen sie, mit gebührlicher Geldstraffe vom Richter gestrafft, ungeschieden geduldet werden.

§ 6.

Wie lang eine Verlobte nachzuwarten habe.

Hat einer ihm eine Jungfrau zur Ehe gefreyet, und innerhalb zweyen Jahren im Lande einheimisch, mit ihr Hochzeit zu machen unterlassen, die Jungfrau mag ohne Gefahr ihrer Gelöbnüß, sich einem andern vertrauen, und sich länger nicht aufhalten, noch mit Hoffnung folgender Hochzeit betrügen lassen.

§ 7.

Mann und Weib, mögen in Unfällen, ohne genugsame Ursachen nicht von einander scheiden.

Im Leben und Gesellschafft der Menschen, wird menschseeligeres nichts gehalten, als wenn Mann und Weib, so sich nach denen Rechten in die Ehe zusammen begeben, Glück und Unglück, Lieb und Leyd mit einander dulden, und in Mitleiden übertragen. Würde derhalben der Mann sein Eheweib, oder das Weib ihren Ehemann, ohne Verschuldung und genugsame Ursache verlassen, es verfällt dem unschuldigen Ehegenossen, das vierdte Theil seiner Haabschafft oder gebührenden Theils in den Gütern.

§ 8.

Wie eine abtrünnige Ehe-Perſon zuachten ſey.

Verläſſet oder weichet eine Ehe-Perſon von ihrem ehelichen Gemahl, und wird darum peremptorie, das iſt, endlichen einmahl für drey, dahin wo ſie ihre Behauſung hat, zum Rechten fürgeladen, Urſach zu geben ihres Abzugs, erſcheinet ſie nicht, die Verlaſſene ſoll als unſchuldig freygeſprochen, die Abtrünnige aber als eine todte Perſon geurtheilet und gehalten werden.

§ 9.

Wenn die Ehe aufgehoben werden kan.

Könte der Mann vom Tag ſeiner Hochzeit an, biß auf zwey gantzer Jahr lang, natürlicher Untüchtigkeit halben, das Ehewerck ſeinem Weib nicht thun, das Weib kan ohne Schaden und Gefahr ihres gebührlichen dritten Theils (doch auf Erkändtnüß des Geiſtlichen Gerichts) von ihm geſchieden werden.

§ 10.

Wenn das Unſchuldige dem Schuldmäſſigen Ehegenoſſen folgen muß.

Würde einem Ehegenoſſen etwa ſolcher Mißhandlung halben, welche die Eheſcheidung nicht berühret, Waſſer und Feuer verſaget, das iſt, ins Elend verwieſen, ihre Ehe wird dadurch nicht geſchieden: Daraus folgen will, daß das Unſchuldige dem Schuldmäſſigen ins Elend wird folgen ſollen.

§ 11.

Wie lange das verlaſſene Ehegenoß in der Ehe-Pflicht zubeharren habe.

So lange man gewiſſe Kundſchafft hat, daß der ausheimiſche Ehegemahl, in fremden Landen bey Leben iſt, kan das Einheimiſche mit keinem andern nicht heyrathen. Höret man aber gar nichts von ihm, und iſt ungewiß, ob er lebe oder nicht, das einheimiſche Ehegenoß ſoll ſich ſieben Jahre lang recht und redlich verhalten und warten, und alsdann ohne Straff zu einem andern Mann ſich begeben.

Von Anfall der Güter, so einem außer dem Testament ansterben.

Der Andere Titul.

§ 1.

Wenn die Kinder und Enckeln zugleich erben.

Sterben Vater und Mutter, ihre eheliche Kinder als Söhne und Töchter, erben alle ihre bewegliche und unbewegliche Güter. Stürben aber der Kinder eines oder etliche, und lieſſen auch Kinder hinter ſich, dieſelbe treten in ſtatt und ſtell ihrer verſtorbenen Eltern, und erben in den Stammen, daß iſt, ſie empfahen auß ihrer Groß-Eltern verlaßener Haabſchaft ſo viel, wie viel ihr Vater und Mutter daraus geerbet hätten, wo ſie bei Leben wären.

§ 2.

Wenn die Kinder außer der Ehe gebohren erben ſollen.

So Mann und Weib für ihrer ehelicher Verpflichtung leibliche Kinder mit einander zeugeten, und ſich erſt darnach aneinander zur Ehe nehmen, gehen ſie ohne Erbgemäch ab, die erſtgebohrne Kinder erben zugleich mit den andern nachgebohrnen: Denn die folgende Eheverpflichtung ehelichet die erſtgebohrne Kinder.

§ 3.

Wie die Poſthumi (oder nach des Vaters Tod gebohrne) zu erben tüchtig geachtet werden.

Gebähret eine Ehefrau ein Kind, welches bald in der Geburth ſtürbe, wirds bewährlich, das es ein ſolch Kinds-Geſchrey gethan hätte, welches in vier Ecken des Gemachs hat mögen gehöret werden, und ſtürbe darauf, es wird für einen lebendigen Menſchen gerechnet, und iſt erbfähig.

§ 4.

Von welchen die Baſtarten erben, und erzogen werden ſollen.

Uneheliche Kinder und Panckart, erben an der Mutter Gütern neben ihren andern ehelichen Kindern; Sie erben auch, (wo die Mutter iſt abgeſtorben) von den mütterlichen Groß-Eltern: Darum aber erben die Baſtarten nur von der Mutter allein, und Mütterlichen Groß-Eltern, weil ihr Vater unbewuſt iſt, und wer-

den geachtet, als hätten ſie nie keinen gehabt. Die Kinder aber ſo aus Blutſchand und verdammten Beyſchlaff, auch die ſo auß dem Ehebruch herkommen, erben weder väterliches noch mütterliches Gut, doch iſt man ihnen nach der Rechten Billigkeit, die Nahrung zu geben ſchuldig, dieweil Kinder erziehen aus der Natur flieſſet, und ein iedes ſeine Jungen zu ernähren auß natürlicher Pflicht ſchuldig iſt.

§ 5.

Der Baſtarten Kinder Erben.

Laſſen die Baſtarten eheliche Kinder oder Enckel hinter ihnen, die erben derſelben Güter: Haben ſie aber weder Kinder noch Enckel, ihre recht aufſteigende Erben als Mutter oder mütterliche Groß-Eltern, von welchen der Baſtart auch wäre erbfähig geweſen, erben ihre Güter. Hat der Baſtart weder ab- noch aufſteigende Erben, ſo werden die nächſte Blut-Verwandten von der Mutter her in den Erbfall gelaſſen, und ſo der Baſtart keine Mutter, ſondern leibliche Geſchweſter von der Mutter hat, dieſe werden allen andern ſeitwerts Blut-Verwandten fürgezogen.

§ 6.

Der Eltern Erbſchafft von den Kindern.

Gehet der Sohn oder die Tochter ohne leibliche Kinder mit Todte ab, und laſſen hinter ſich Vater oder Mutter, dieſe werden allen ſeitwerts Erben fürgezogen. Läſſet aber der Verſtorbene ſeinen leiblichen Vater oder Mutter, und auch darzu leibliche Geſchweſtert, die mit dem Vater oder Mutter in ungetheilten Gütern ſitzen, ſo erben dieſelben Vater oder Mutter und die Geſchweſtrige des Verſtorbenen Güter miteinander. Hat aber der Vater nach Abgang ſeiner ehelicher Hausfrauen, mit ſeinen Kindern getheilt, und eines derſelben oder mehr mit Todt abgehen, ſo erbet nach der Sachſen Recht der Vater ſeines verſtorbenen Kindes Güter, und ſchlieſt das Geſchweſtriget gar aus: Desgleichen auch die Mutter.

§ 7.

Wie die Groß-Eltern nach Abſterben der Kinder von den Enckeln erben.

Hat aber der Verſtorbene keine abſteigende Erben nicht, ſondern nur aufſteigende hinter ſich gelaſſen, als nehmlichen den Groß-Vater vom Vater, und auch ſeiner Mutter Vater, die beyde Groß-

Väter erben von beyden Linien, alſo, daß der Väterliche Groß-Vater in des Vaters Linien, das iſt, das Zweytheil: Der Mütterliche Groß-Vater in der Mutter Linien, das iſt, das Drittheil, in den Gütern des verſtorbenen Enckels erbet.

§ 8.

Wie der Mütterliche und Väterliche Groß-Vater nebſt den Brüdern zu erben pflegen.

Stirbet einer ohne Teſtament, und läſſet hinter ihm ſeinen Groß-Vater vom Vater daneben auch einen halben Bruder der Mutter halben; oder den mütterlichen Groß-Vater, und einen halben Bruder des Vaters halben, ein ieder erbet in des verſtorbenen Gütern nach ſeiner Linien, der väterliche Großvater nehmlichen in des Vaters Linien das Zweytheil, und der halbe Bruder von der Mutter, in der Mutter Linien das Drittheil: Alſo im Gegentheil, der mütterliche Groß-Vater das Drittheil, und der Bruder vom Vater das Zweytheil, und ſchleuſt keiner den andern auß.

§ 9.

Brüder und Schweſter erben von ihrem Geſchweſtert.

Brüder aber und Schweſter erben von ihrem Bruder oder Schweſter, ſo ohne Teſtament, und ohne leibliche Erben in ab- oder auffſteigenden Linien abgangen iſt, und ſchlieſſen aus die Gebrüder- und Geſchweſter-Kinder.

§ 10.

Wie die halbe nebſt andern Brüdern zu erben pflegen.

Gehet einer ohne Teſtament mit Todte ab, ſo weder in ab- noch auffſteigender Linie Erben hat, ſondern allein halbe Brüder und Schweſtern; die vom Vater allein, erben in des Vaters Linien, nemlich, das Zweytheil, und die von der Mutter in der Mutter Linien, das Drittheil aus des Verſtorbnen halben Bruders Gütern. Hat aber der Verſtorbene gantz Geſchweſtert, und darneben auch halbe Brüder und Schweſtern, dieſe erben mit den gantzen nur an dem Theil, darinnen ſie dem verſtorbenen verwandt ſeyn, das iſt: Iſt er ein Bruder des Vaters halb, er nimmt neben jenen nur am Zweytheil; Iſt er ein Bruder der Mutter halb, ſo nimmt er nur am Drittheil ein Theil.

§ 11.

Der halbe Bruder vom Vater oder Mutter, und das rechte Geſchweſter von dem Vater oder Mutter, erben nach dem Geſchlecht.

Stürbe auch einer ohne Erbgemäch, und lieſſe halbe Brüder als nehmlichen, vom Vater allein, und darneben ſeiner Mutter rechtes Geſchweſter, der halbe Bruder vom Vater, erbet von ihm das Zweytheil, ſo vom Vater: Und der Mutter Bruder das Drittheil, ſo von des verſtorbenen Mutter auf ihn kommen war: Alſo erbet wiederum der Bruder von der Mutter das Drittheil, und des Vaters Bruder (wo kein Geſchweſter vom Vater vorhanden iſt) das Väterliche Zweytheil, ohne Vermengung der Güter.

§ 12.

Wenn und was Geſtalt der Brüder Kinder erben; und nach dieſen folgen die Grad der Freundſchaft.

Hat der Verſtorbene weder ab- noch aufſteigende Erben hinter ſich gelaſſen, desgleichen auch keinerley Geſchweſter nicht, ſo werden der Brüder und Schweſter Kinder zum Erbfall geruffen, welche Stammenweis die Güter ererben, das iſt; daß ſie ſo viel erben, als ihr Vater und Mutter genommen hätten, wo ſie im Leben wären. Nach den Geſchweſtert Kindern erben die Perſonen, welche ſich seithalb zur Sipſchafft die nächſten gezeihen mögen, alſo daß, der im Grad näher iſt, dem andern ſo in Grad ferner ſtehet, immer vorgezogen werde: Die ſich aber zur Sipſchafft in den Graden, gleich rechnen können, nehmen gleiche Theile auf die Häupter, das iſt: Wie viel der Perſonen, ſo viel der Hauffen.

§ 13.

Wo keine Blut-Freundſchafft ſich findet, da erbet der Stadt-Fiſcus.

Alle Haabe und Gut deren, ſo ohne eheliche Erben, ohne allerley Blut-Freundſchafft und ohne Teſtament abſterben, ſtirbt der der Stadt heim, und ſoll in gemeinen Nutzen genommen werden.

Von Vormundſchaften.

Der dritte Titul.

§ 1.

Der Kinder Erbſchafft von der Mutter, ſoll unter des Vaters Tutel verbleiben.

Stirbt die Frau vor ihrem ehelichen Mann, und läſſet hinter ihr beyder leibliche Kinder, der Mann bleibet beyde der Kinder Vor-

mund, und ihrer Güter Verſorger, und dörffen nicht andere darzu geſetzet werden. Es ſoll aber der Vater, ſo es ihm möglich zuthun, im nächſten erſten oder andern Monat nach der Frauen Abſchied, ihm und ſeinen Kindern, eine Theilung machen alles ſeines Vermögens, nach Geſtalt und Form, wie im nächſtfolgenden Titul aufgemercket, und ein Inventarium oder Find-Zedel beſchreiben laſſen.

§ 2.

Glaubwürdige und gewiſſenhafte Tutores, ſo Eltern ihren Kindern verordnet, beſtehen.

Haben die Eltern ihren unvogtbahren Kindern in ihrem letzten Willen, Tutores oder Vormünde, genugſame und glaubwürdige Männer verordnet, ſolche Vormundſchafft ſoll ihren Beſtand haben.

§ 3.

Dreyerley Vormundſchafft.

Es wird die Vormundſchafft aber dreyerley gezehlt: Die erſte heiſt Legitima, das iſt, eine ordentliche oder natürliche Vormundſchafft, welche niemand beſtellet noch giebet, ſondern die nach den Rechten aus des Geblüts Succeſſion und Folge entſtehet. Die andere iſt die legierte, ſo der Vater durch Teſtament verordnet. Die dritte heiſt eine gegebene, welche ein Ehrſam: Rath beſtellet hat, wo nehmlichen kein Tutor weder von Geblüt, noch von Teſtaments wegen verordnet iſt; oder ſo dieſelben als ungnugſam geachtet, darvon abgewieſen werden.

§ 4.

Die teſtamentierte Tutel wird der natürlichen vorgezogen.

So lange die Tutel, ſo der Vater im Teſtament verordnet und beſchieden hat, mag bewieſen werden, wird der natürlichen Vormundſchafft immer gewähret, es begebe ſich denn, daß der im Teſtament gegebene Tutor mit Tod abgehe.

§ 5.

Die Nächſten in der Freundſchafft, ſollen von den Theil-Herren, zu Vormünden erkläret werden.

Haben die Eltern ihren kleinen Wäyſen im Teſtament keinen Verſorger geſetzt, die Vormundſchafft wird den nächſt angebohrnen Freunden angetragen, denen nemlich, welche nach der Wäyſen tödli-

chen Abgang, derſelben Güter ererben würden. Solche Vormünde aber pfleget der Rath, oder die verordnete gemeine Theil-Herrn ohne Beſoldung und Genieß zu verordnen. Würden nun ſolche nächſte Blut-Freunde, ohne redliche Urſachen, ſich ſolcher Verſorgung weigern und dies abſchlagen, ſie ſollen auch künfftiges Erbfalls benommen werden, und des entbehren. Denn wer des Nutzes genieſſen will, ſoll auch die Bürde tragen. Werden aber vom Rath fremde tüchtige Perſonen den Wäyſen zu Pfleg-Vätern geſetzt, man ſoll ihnen nach des Erbfalls Gelegenheit und der Güter Maſſe eine Beſoldung und Belohnung ordnen.

§ 6.

Hindernüß und Entſchuldigung zur Vormundſchafft.

Die nächſte Blut-Freunde zu der Vormundſchafft und Verſorgung, wie auch andere, denen die Vormundſchafft angetragen wird, mögen folgender Urſachen halben, derſelben ſich entſchlagen, nemlichen, ſo ſie ſelbſt viel Kinder haben, ſo ſie arm ſeyn, ſo ſie mit langwüriger Kranckheit beladen, und ſo ſie mit gemeinen Aemptern behafftet und bebürdet ſeyn; ſolcher Urſachen wegen werden ſie entſchuldiget, und mögen nicht von der Succeſſion oder Ererbung derer Wäyſen Güter, welcher Verſorgung ſie ſich nicht können annehmen, abgewieſen werden.

§ 7.

Wäyſen Gut ſoll als ein eigen Gut verſorget werden.

Die Vormünde und Verſorger ſein verpflichtet, mit ſolcher Sorge und Fleiß, der Wäyſen Haab und Güter zu verwalten und zu verſorgen, als wie ein ſorgfältiger Hauß-Vater mit Treuen ſein Eigenthum verſorgen thut.

§ 8.

Wenn der Obrigkeit die Nachläßigkeit in der Tutel zugeſchrieben werden mag.

Würde den Wäyſen ein untüchtiger Vormund oder gar keiner gegeben, es wird der Obrigkeit aufgemeſſen; iedoch alsdenn erſt, wenn ſie darum begrüſſet wird, und ſie auß Nachläßigkeit Verſorger zu geben unterlaſſen hat.

§ 9.

Vormünde ſollen nothwendiger Weiſe Inventaria machen.

Es ſoll ſich niemand der Vormundſchafft unterſtehen, noch der Wäyſen Güter berühren, er habe denn die Inventaria oder Regiſter

gantz fertig und beſchrieben, alßdenn ſollen erſt den Vormündern die Güter nach Gewohnheit übergeben werden. Denn ſo der Vormund nicht gnugſame Regiſter über die Haabſchafft der Wäyſen oder ſeines Mündleins, hat ſtellen laſſen, es wird ihm auffgemeſſen, als handelte er betrüglich, den Wäyſen zu Schaden, es ſey denn, er könte ſeines Säumnüß nothwendige und gar billige Entſchuldigungen fürbringen.

§ 10.

Ehrbahre Matronen und der Wäyſen eigene Mütter werden Tutores.

Weiber werden zu der Tutel nicht gelaſſen, ſie ſeyn denn Ehrbahre Matronen und der Wäyſen leibliche Mütter. Begeben ſie ſich aber zur andern Ehe, die Obrigkeit ſoll ſie von der Verſorgung abſetzen, und ihren Kindern andere Vormünde geben, es ſey denn, der Stieff-Vater wäre ein Ehrbahrer und gnugſamer Mann darzu. Die Vormundſchafft wird auch jungen Leuten, ſo noch fünff und zwantzig Jahr nicht erreichet, zuverwalten gewehret. Desgleichen vergönnen auch der Römer Recht (ſo ſie in zwölff Taffeln von den weiſen Griechen erlanget haben) den Verſchwendern ihrer eigener Güter, ſo ihnen irgendsher angeſtorben, Verwaltung nicht, welches zwar auch im gemeinen Gebrauch iſt gehalten worden. Darum ſoll keiner unmündiger Wäyſen, den Knäblein nemlich, ehe ſie nicht zwantzig Jahr alt, und den Mägdelein, ehe ſie nicht verheyrathet werden, ihr Gut und Haabe nicht zu Händen gegeben werden: Den Verſchwendern aber auch ehe nicht, ſie werden denn ehelich, und lernen zu Rath halten: Alsdenn werden die Vormünde mit gnugſamer Verrechnung der Verſorgung befreyet.

§ 11.

Vormünde ſollen den Wäyſen Nutz ſchaffen: und liegende Güter ſollen die Tutores nicht entfremden.

Die Vormünde haben Macht und Gewalt, wenn die Güter inventieret ſeyn, mit einnehmen, ausgeben, kauffen und verkauffen, und auf allerley andere Weg und Weiſe, ihren Mündlein Nutz zuſchaffen: Liegende und unbewegliche Güter aber, und was nicht veralten noch Alters wegen verderben mag, ſollen ſie ohne groſſe Urſachen, Fürwiſſen und Bewilligung des Stadt Raths nicht verthun noch entfrembden.

§ 12.

Die Vormünde ſollen den Wäyſen nichts verkauffen.

Denen Vormünden wird auch nicht zugegeben, ihrer Mündlein Güter, ſo ſie unter ihrer Verſorgung haben, weder durch

ſich ſelbſt, noch durch beſtellete Mittel-Perſonen zukauffen, es wäre ihnen denn vom Rath ſonderlich vergönnet. Hat auch der Pfleg-Vater bey der Wäyſen Eltern Schulden anſtehen, er ſoll ſie melden, ehe er ſich der Verſorgung annimmt.

§ 13.

Wäyſe oder Mündlein kan nicht contrahieren.

So eine Wäyſe der Jugend Unverſtand und Furcht halben, oder durch des Verſorgers liſtige Anſchläge, vervortheilet würde, der Richter ſoll drüber erkennen, und die Wäyſe in ihr vorig und völlig Recht ſetzen. Denn dieweil der Mündling ohne Gewalt ſeines Vormundes auf keinen Contract ſich nicht kan verpflichten (ſintemahl der unmündigen Wäyſen Willen und Unwillen in ſolcher Jugend nichts gilt) darum iſt es unbillig, daß der Vormund ſeine Gewalt zu eigenem Nutz und Vortheil richte und brauche, und alſo vortheilig mit fremden Schaden und Nachtheil ſich bereichere.

§ 14.

Vormünde ſollen ihren Mündlingen in ehrlichen Sachen behülfflich ſein.

Es ſoll auch den Vormünden nicht zugelaſſen werden, das etliche gleichwol thun und unterm Schein getreuer Verwaltung und Ausrichtung der Tutel, ihren wohlgeſchickten Mündlingen, zu nothdürfftiger Zucht, Lehr, Fleiß und redlichen Ubungen, Zehrung und Unkoſten verſagen, und fürgeben, daß ſie ihnen ihr Gut auf beſſeren und nöthigeren Gebrauch ſpahren, und auff bequemere Zeit und gröſſern Nutz beyſammen halten wollen, und treiben doch mittler Zeit eigenen Vortheil und Gewinn mit fremden Gut. Würde derhalben ein Vormund aus rechten Urſachen in Verdacht kommen, die Obrigkeit ſoll ihn der Vormundſchafft entſetzen, und dieſelbe andern getreuen Leuten befehlen.

§ 15.

Was die Vormünde verdächtig macht.

Verwaltet der Vormund ſeine Vormundſchafft nicht treulich noch recht, er wird als ein Verdachter gerechnet, wenn er gleich an Gütern vermöglich und gnugſam iſt. Handelt dagegen ein armer Pfleg-Vater fleißig und treulich, wird er ſeines Armuths und Unvermöglichkeit wegen der Pflegſchafft nicht

entſatzt, als ein verdachter Verſorger. Hat einer ſolche Sitten, die ihn können verdächtig machen, er wird ſchon derhalben als ein Verdachter geachtet, und kan darumb die Verſorgung nicht haben.

Von Theilung des Erbfalls zwiſchen den Eltern und Kindern.

Der vierte Titul.

§ 1.

Unter den Sachſen wird das Zweytheil denen Männern, das Drittheil denen Weibern zugetheilet.

Sintemahl ſich Mann und Weib im Eheſtand in Gemeinſchafft beyder Leib und ihrer Güter zuſammen begeben, darum iſt es auch billich und löblich, daß ſie in ihrer Haushaltung, mit ihren Kindern, in freundlicher Beywohnung und Leben, ihrer Güter zu gemeiner Nothdurfft brauchen und genieſſen. Bey den Sachſen aber iſt es in Brauch kommen, daß auß allen Gütern, ſo ſie beyde haben zuſammen gebracht, dem Mann das Zweytheil, und den Frauen das Drittheil gebühren ſoll, und werden allerley Fürgaben, ſo zwiſchen Mann und Weib geſchehen, abgeſchlagen.

§ 2.

Der Vater iſt verflichtet, innerhalb zwey Monathen mit den Kindern zu theilen.

Stürbe die Mutter, und ließ hinter ihr eheliche Kinder, der Vater ſoll innerhalb einem oder zweyen Monathen, nach ſeiner Hausfrauen Tode, die nächſtangebohrene Blut-Freunde der Mutter halben und die verordnete Theil-Herren beruffen, und in ihrer Gegenwart an allen Gütern, beweglichen und unbeweglichen, den dritten Theil des gantzen Erbfalls, ſo von Rechts- und Gewohnheit wegen, von der Mutter, an ſie iſt angeſtorben, den Kindern abtheilen und ausgeben. Iſt aber der Vater ein anſehnlicher Mann, und mag ſeines Verzugs Urſach geben, es kan ihm auch des dritten Monaths Auffſchub zugegeben werden, doch den Kindern ohne Schaden: Theilet er drey Monath lang nicht, er ſoll vom Rath um fünff und zwantzig Gulden geſtraffet werden.

§ 3.

Dem, der da theilen läſſt (wo kein Beſcheid iſt) ſoll man eine Fürgab geben.

Von alter Gewohnheit her wirds gehalten, daß dem, ſo die Theilung hält, es ſey gleich der Vater oder die Mutter, eine Fürgab aus den beweglichen Gütern gegeben wird, nach Vermögen der Haabſchafft, das iſt: Sind der Güter wenig, ſo wird die Fürgab geringer, ſind ſie aber groß, ſo wird auch eine ehrlichere Fürgab außgegeben. Wäre ihm aber ein Beſcheid vom verſtorbenen Ehegenoß geſchehen, er muß damit abſtehen, er wolte denn vom Legat abſtehen, und zu der Fürgab ſich halten.

§ 4.

Der Vater iſt der Beſitzer des Hauſes; wo zwey ſind des beſten.

Hat der Vater zwey Häuſer, ſie ſollen beyde in der Theilung geſchätzt werden, darans mag der Vater eines kieſen, welches er will, das andere ſoll er den Kindern auf ihrer Mutter Drittheil folgen laßen. Iſt aber des Vaters Hauß mehr werth als auffs Zweytheil gebühret, er ſoll das Ubertheil den Kindern mit Geld erlegen und abrichten: Desgleichen müſſen auch die Kinder thun, ſo ihr Hauß daß Drittheil am Werth übertrifft. Iſt aber nur eine Behauſung, welche Mann und Weib bewohnet haben, der Vater ſoll ſie in der Theilung ſchätzen laſſen, dieſelbe für ſich gantz behalten, und den Kindern ihr mütterliches Drittheil mit Geld abrichten und bezahlen.

§ 5.

Eine Frau ſoll theilen innerhalb einem Monath.

Stirbt der Mann, und läſſt leibliche Kinder hinter ihm, und ſeine Frau; der Kinder Mutter ſoll innerhalb vier Wochen, nach ihres Mannes Abgang die nächſte verwandte Blutfreunde des Vaters halben und die verordnete gemeine Theilherren beruffen, in welcher Gegenwart ſie das Zweytheil des gantzen Erbfalls ihren Kindern geben und austheilen ſoll, und vor der Theilung gar nichts aus den Gütern auf fremde Perſonen wenden noch entfremdden. Iſt aber die Mutter eine Tugendſame Frau, und des Aufgeudens oder Verſchwendens unverdacht, und mag ihres Verzugs Urſach geben, es kan ihr ein länger Aufſchub vergönnet wer-

den, doch soll sie in zwey Monath endlich theilen, bey Straff dem Rath fünff und zwantzig Gulden.

§ 6.

Bei Theilung der unbeweglicher Güter mit der Mutter, ist den Kindern die erste Wahl zugelassen.

Bleiben zwey Häuser im Erbfall zutheilen, die Kinder sollen die Wahl haben darunter zukiesen welches sie wollen, alsdenn gebühret der Mutter das andere: Seyn der Häuser aber mehr und andere Erbschafften darzu, als Weinberge, Baum-Gärten, Wiesen-Erbe und Teiche, die erste Wahl soll immer der Kindern seyn und die andere der Mutter: Also das aus fünffen den Kindern drey, und der Mutter zwey gebühren sollen. Das Ackerland aber soll gedrittheilet werden, daraus soll den Kindern das Zweytheil auf die Häupter getheilet werden. Desgleichen soll es der Vater halten in der Abtheilung des Drittheils, allein daß er die Wahl auff das Zweytheil behalte.

§ 7.

Die Mutter soll auff dem Drittheil Wohnung haben ihr Lebenlang; nach ihrem Tode fället es dem Zweytheil heim.

Bleibet aber nur eine Behausung zu theilen im Erbfall, es soll der Mutter in derselben ein Drittheil abgeschieden werden, in welchem sie bleiben mag ihr Lebenlang, sie bleibe eine Wittib, oder begebe sich zur andern Ehe, wo nemlich das Haus ohne Schaden abtheilig ist, welches zum Erkändnüß des Rahts stehen soll. Würde sich aber die Frau zu einem andern Mann begeben und heyrathen, und mit demselben Kinder zeugen, das abgesonderte Drittheil des Hauses soll nach ihrem Tode, nach der Schätzung dem Zweytheil den Kindern nemlich aus der ersten Ehe, wiederum heimsterben, welche ihrem Stieff-Vater und halben Geschwestert ihre Theile mit Gelo abrichten, und zu sich lösen sollen.

§ 8.

Die andere Ehefrau erbet ein Drittheil vom Hauß, wo sie nicht mehr heyrathet; sonsten wird sie mit Geld vergnüget.

Geschichts aber, daß ein Mann, nach dem Tode seiner ersten Hauß-Frauen, mit welcher er eheliche Kinder hat, eine andere nimmt, und stürbe erbloß mit dieser, heyrathet sie nicht wiederum, und ist das Haus abtheilig (welches der Rath erkennen wird) so soll man

ihr auf ihr Lebenlang im Haus eine Wohnung abſcheiden: Nimmt ſie aber einen andern Mann, oder gehet mit Tode ab, die abgetheilte Wohnung fället den Kindern aus der erſten Ehe heim um eine Geld-Zahlung, wie es ehrbare Leute erkennen und ſchätzen werden.

§ 9.

In Städten erbet der jüngſte Sohn das Haus, der andere das Feld-Erb; aber in Dörffern erbet der jüngſte mit dem Hauß auch Feld-Erbe.

Gehen die Eltern mit Tode ab, und laſſen ihren Kindern ein Haus in der Stadt, und Feld-Erb, als Weingärten und Wieſen-Land, der jüngſte Erbe in Städten behält das Hauß, und der andere das Feld-Erbgut. In Märckten aber und in Dörffern, da die Einwohner und Bauers-Leut aus den Weinbergen und Ackerbau ihre Nahrung und Auffenthalt haben, gebühret zwar dem jüngſten das Hauß-Erb, das Feld-Gut aber ſollen ſie gleichwohl in gleiche Theile auftheilen, an welchen auch der jüngſte wieder ſein Theil haben ſoll.

§ 10.

Der Mutter Belohnung vor die Kinder-Zucht.

Stirbt ein Mann und läßt hinter ſich ſeine Haus-Frau mit kleinen Kindern, ſo ihre ſieben Jahr noch nicht erreichet haben, ſo ſoll in der Theilung des Erbfalls, und in der Verordnung der Kinder-Zucht, der Mutter ihrentwegen auszurichten, die Weiſe gehalten werden; daß nemlichen von einem Kind, welches ſein erſt Jahr noch nicht alt iſt, der Mutter ſollen ſieben Gulden, vom andern Jahr, ſechs Gulden, vom dritten, fünff Gulden, vom vierten, vier Gulden, vom fünfften Jahr, drey Gulden, vom ſechſten, zwey Gulden, und vom ſiebenden Zucht-Jahr, einen Gulden, aus der Kinder ihrem geſammten Zweytheil ausgerichtet und gezahlet werden. Begibt es ſich aber, daß eins oder mehr derſelben Kinder, darauff die Zucht iſt ausgegeben worden, innerhalb der Zucht-Jahren abſtürben, das unverdiente Zuchtgeld ſtirbt wiederum dem Zweytheil zu, den andern Kindern auszutheilen.

§ 11.

Die jüngſte Söhne erben Häuſer, und die Brüder werden den Schweſtern vorgezogen.

So Geſchweſtert den Erbfall theilen, des Vaters Hauß wird dem jüngſten Sohn von einem Vater gebohren, zugetheilet: Iſt aber kein Sohn vorhanden, ſo erbet es die jüngſte Tochter auch

von einem Vater herkommend, alſo daß der jüngſte Erbe die freye Wahl habe, das beſte oder letzte zu wehlen, und zu behalten, und derſelbe ſoll ſeinem Erbgenoſſen Geſchweſtert, ſo darvon abſtehen müſſen, ihre Theile nach der Schätzung mit Geld erlegen und bezahlen. Wolte aber der jüngſte Erb das Hauß in der Theilung nicht behalten oder könnte es Unvermöglichkeit halber zu ſich nicht löſen, der andere welcher nach ihm der jüngſte iſt, wird daſſelbe zubehalten Recht haben, doch aber alſo, daß immer die Söhne den Töchtern fürgezogen werden. Gehet aber der Sohn, ſo des Vaters Haus behalten hat, vor ſeinem mannbahren Alter mit Tode ab, oder ehe er ſich in die Ehe hätte begeben, im Grad der nächſte Bruder nach ihm, wird zu des Hauſes Beſitzung gelaſſen, und der ſoll ſeinem Geſchweſtert und der Mutter, ihre Theile mit Geld nach der Zeit, (wenn ſich ſolches begiebt) Gelegenheit zahlen und abrichten, und hindert ihn nicht, ob er ſchon zuvorn ſein gebührendes Theil von derſelbigen Erbſchafft an Geld empfangen hat. Würde es aber gemerckt und offenbahret, daß der Erbe, ſo das Hauß behält und löſet, zu vervortheilen die andere mit heimlicher Liſt, einen Betrug begangen hätte, es ſoll keinen Beſtand haben.

§ 12.

Verhält einer etwas in der Theilung, er wird ſeines Theils davon enterbet, und das ſechſte Theil den Theil-Herren zugehändiget.

Iſt in der Theilung von iemanden, ſo darzu gehöret, wiſſentlich und betrüglich etwas behalten, heimlich weggeſchafft oder verhalten worden, und kommt hernach an den Tag, der es verhalten hat verliert ſein Theil am verhaltenen und weggeſchafften Gut, welches den andern Mitterben zuwächſt, das ſechſte Theil deſſelben ausgenommen, welches zur Straffe den verordneten Theilherren zufallen ſoll.

§ 13.

Der Nutz vom Erb-Gut der Mutter, wird dem Vater; von dem Vater, den Kindern zugeeignet.

Gehet die Mutter mit Tode ab, und würde den Kindern aufs Drittheil in der Theilung ein Erb-Gut, das Eigenthum desſelben bleibet zwar den Kindern, ſo lange ſie ſich aber in die Ehe nicht ſetzen, mag der Vater desſelben brauchen und genieſſen, doch daß ers mit nothwendigem Bau und Unkoſten auß dem ſeinen, oder auß des Erbes Zugängen, erhalte und beſſere. Stirbt aber der Vater, die Mutter mag wohl der Kinder Erbſchafften haben und

brauchen, aber die Nießung und Nutz, muß sie ihren Kindern verrechnen, und denselben sammt dem Erbgut ihnen ausgeben.

§ 14.

Welche Kinder etwas empfangen haben, sollen das, nach Absterben ihrer Eltern, den andern wiederkehren.

So die Kinder und Erben nach der Eltern Tode, den Erbfall theilen wollen, und etliche derselben zuvorn etwas daraus, als auf ihre Hochzeiten, Kleidungen, Studia oder Lehre und dergleichen auf anders mehr, empfangen, oder sonst den Erbtheil gemindert und verringert hätten. es soll ihnen aufgerechnet und in die Theilung eingerechnet, werden, damit die Miterben ohne Schaden gehalten werden: Es wäre denn, daß die Eltern im Testament etwas darob geordnet und verlassen hätten.

§ 15.

Was aus Liebe der Eltern auf die Studia spendieret wird, soll nicht angerechnet werden:

Schickt aber der Vater seinen erwachsenen Sohn in fremde Lande freyer Kunst und Studirens halber, und steuert ihm zur Zehrung eine Summa Geldes zu, aus sonderlicher Lieb und Gutwilligkeit gegen ihn, nicht aber solches als ein geliehenes wieder zu fodern: solches mag ihm auf sein gebührendes Theil am Erbfall nicht geschlagen, noch mit keiner Billigkeit abgezogen werden.

§ 16.

Was übersehen ist in der Theilung, kan in einem Jahr erholet werden.

Würden auch erwachsene und mündige Erben in Theilung des Erbfalls, mit List und Betrug übereilet, oder geschicht die Theilung aus Alberkeit, oder Unverstand unrichtsam und unrecht, des Rechts Billigkeit oder Erkändnüß nach Beschaffenheit der Dinge geben zu, daß ihnen durch neue Rechnung, in einem Jahr und Tag mag geholffen werden, damit einem jeden Recht wiederfahre.

§ 17.

Der ältere Erbnehmende soll theilen, der jüngere wehlen.

Haben zween mündige Erben einen Erbfall zu theilen, dem Aeltesten gebühret zu theilen, dem Jüngern aber drein zu wehlen.

Von Teſtamenten.

Der fünffte Titul.

§ 1.

Welche Zeit des Alters tüchtig zu teſtamentiren angeſehen wird, und mit welchem Beſcheid.

Allerley Perſonen ſo bei guter Vernunfft ſeyn, und zu ihren Jahren kommen, mögen ihren letzten Willen ordnen und Teſtament machen, wenn und zu welcher Zeit ſie wollen: Die Männlein nemlich wenn ſie 14. Jahr, und die Mägdlein 12. Jahr vollkömmlich erlanget haben, doch alſo, daß dem Recht der Eltern, und aller derer, ſo von Rechtswegen daß Teſtament mögen anfechten, nichts abgebrochen werde.

§ 2.

Welche kein Teſtament ſtellen können.

Stumme, Taube, Sinnloſe und andere gebrechliche Menſchen, ſo nicht völlige Vernunfft haben, oder Kranckheit wegen irre, und im Sinn verrücket ſeyn, auch die unmannbahre können kein Erbgemäch oder Teſtament nicht auffrichten noch machen.

§ 3.

Ein Teſtierer ſoll verſtändig ſeyn.

An der teſtirenden Perſon, werden zur Zeit und Stunde des auffrichtenden Teſtaments, nicht des Leibes Kräffte und Stärcke, ſondern rechter Verſtand, und daß ſie bey guter Vernunfft ſey, erfordert.

§ 4.

Das Teſtament ſoll in Zeugen beſtehen; und mag auch geändert werden.

Wer Teſtament machen will, ſoll es thun in Gegenwart zweyer oder dreyer glaubwürdiger Manns-Perſonen, welche er auf eine Zeit und Stunde ſämmtlich hat ruffen und verſammeln laſſen, und auch ſelbſt darzu gebeten: Wären ſie aber ungeruffen ohngefähr darzu kommen, und alſo vom Teſtatore angeſprochen und darzu erbethen worden, ſolch Teſtament, ſo es durch dieſelbe Perſonen bezeuget wird, es ſey auch gleich beſchrieben oder ungeſchrieben, wird in Rechten kräfftig gehalten, es ſey denn von dem Teſtierer wiederruffen worden. Denn es mag und kan ein ieder darbey leben, und

ſo lang er bey guter Vernunfft iſt, ſein gethan Teſtament ändern, wandeln, oder auch gar darvon abſtehen und es auffheben, ſintemahl des Menſchen Wille wandelbahr iſt biß gar an ſeines Lebens-Ende und niemand ihm ſelbſt ſolch Geſetz ſetzen mag, noch alſo binden, daß er davon nicht ſolte mögen abſtehen noch weichen können.

§ 5.

Welche Perſonen bey Teſtamenten zeugen können oder nicht.

Die ſo ihres Guts vor ſich ſelbſt mächtig ſeyn, und Teſtament auffzurichten Gewalt haben, können in Teſtamenten auch zu Zeugen gebrauchet werden. Es können aber weder die gemachte Erben, denen nemlich das Beſcheid geſchehen iſt, noch jene ſo in des Teſtierers Gewalt und Verſorgung ſeyn, auf das Teſtament nicht zeugen; Alſo können auch weder der Vater, der ihn in ſeiner Gewalt hat, noch der Bruder drein zeugen: Desgleichen werden auch vom Zeugnüß auf Teſtament verworffen die Weibes-Perſonen und unmannbahre Zeugen, Unſinnigen, Stummen, Tauben ꝛc. Item auch die, welchen ihrer Güter Verwaltung Übelthat halben gewehret wird, und verleumbdete Perſonen; dieſe alle können auf Teſtament nicht Zeugnüß geben: Vater aber und Sohn, alſo auch zween rechte Brüder mögen wohl in eines Fremden Teſtament neben einander zeugen: Denn in fremden Geſchäfften hindert es nicht aus einem Haus mehr Zeugen zu führen.

§ 6.

Die Legatarii können einander zeugen.

Denen Legatariis, das iſt, denen welchen beſchieden iſt, wird nicht gewehret, auf das Beſcheid, ſo andern mit geſchehen, zu zeugen, alſo auch denen nicht, ſo dieſen zugehören und verwandt ſeyn. In Sterbens-Läufften, wenn die grauſame Plag der Peſtilentz wütet, iſt es gnug, ſo der Teſtator für zweyen Mannes- und Weibes-Perſonen geruffenen oder ungeruffenen, oder aus Hausgenoſſen, ſeinen Willen angezeiget, und für ihnen Teſtament macht.

§ 7.

Die Teſtierer ſollen nicht verhindert, noch gedrungen werden.

Würde der Teſtierer Teſtament zu machen, von iemand unziemlicher Weiſe gedrungen, oder wird er Teſtament zu ordnen, zu ändern und zu wandeln, verhindert; oder verſchaffte iemand, daß die Zeugen zum Teſtament nicht kommen, und es dadurch verhindert

wird, solcher verlieret alles das, was ihm aus des verstorbenen Haabschafft erblich zugestanden wäre; das aber fällt den andern Freunden zu, so am Grad an ihm die nächsten seyn.

§ 8.

Der vereinigten Ehegatten Testament nach beygelegtem Zwietracht ist standhafftig.

Hat ein Ehemann nicht durch List noch Gedrang, sondern mit freundlichen Worten, seine Ehefrau, so zuvor gegen ihn erbittert gewesen besänfftiget, und bey ihr erhalten, daß sie von ihrem Unwillen gegen ihn abgestanden, und ihme Bescheid gethan hätte, es soll kräfftig gehalten, und ihm das Legat nicht benommen werden. Desgleichen soll auch eine Eheliche Haus-Frau, so sie mit sanfften Worten ohne Gedrang und Gezwang, solches an ihrem Mann erlangen mag, dabey behalten werden.

§ 9.

Die Eltern können ihre Kinder (ausgenommen undanckbare und offenbahre Schmäher der Eltern) nicht enterben.

Die Eltern müssen von Rechtswegen ihre Kinder, oder ihre Enckel, in ihrem Testament zu Erben setzen, oder in ihrem Erbgemäch also versehen, damit ihnen ihre Gebühr ungeschwächt bleibe, das Zweytheil nemlich des gantzen Erbfalls: Vom übrigen Drittheil aber haben sie die Macht und Gewalt ihrem Gefallen nach, wohin sie wollen, zu bescheiden. Also kann auch eine Mutter das dritte Theil ihres gebührenden Drittheils vertestieren wohin sie will, nur daß sie ihren rechten Busen-Erben, die andere Zweytheile bleiben lasse, welche sie weder den Kindern noch Enckeln entziehen, noch sie in ihrem Erbgemäch fürüber gehen möge, es sey denn, die Kinder würden als undanckbahre und Schmäher der Eltern berüchtiget und bewiesen, und soll solche Undanckbahrkeit und Schmach, im Testament mit Nahmen gemeldet werden.

§ 10.

Eltern und Groß-Eltern mögen auch nicht in Erben übergangen werden.

Lässet der Verstorbene weder eheliche Kinder noch Enckel, oder andere absteigende Erben, sondern nur in aufsteigender Linien, als Vater Mutter oder Groß-Eltern; er kan auch dieselben in seinem Erbgemäch nicht ausschlissen, sondern muß ihnen ihre Legitimam, das Zweytheil nemlich seiner Haab und Gut folgen lassen.

§ 11.

Welche wieder das Teſtament zu klagen oder nicht, zugelaſſen werden.

Es können beyde Eltern und Kinder, desgleichen auch Brüder und Schweſtern wieder das Teſtament klagen, und das beſtreiten, ſo ſie darinn über die Legitima oder ihre Gebühr ſeyn außgeſchloſſen worden: Die fernere Freunde aber, als Schweſter-Kinder, Vaters-Bruder und dergleichen, können de inofficioſo nicht klagen, vielweniger etwas wieder das Teſtament erhalten.

§ 12.

Wenn die freywillige Teſtierung geſtattet wird.

Wolte iemand ſeinen andern angebohrnen und von Bluts wegen anverwandten Freunden, oder auch ſeinem Ehegenoß, oder pur fremden in ſeinem Erbgemäch etwas vermachen, er mags thun, unter geſtalt und Angedieng der Erb- und Affter-Erbſatzung, wie es ihm aus freyem Willen gelüſtet, unangeſehen iemandes Wiederſpruchs. Hat aber einer Gewalt, etwas wieder iemandes Willen zu vermachen und zu entfremden, er kan ſolches deſtomehr, auch auſſerhalb ſeiner Gegenwart, Wiſſen und Bewilligen, thun.

§ 13.

Wenn der Ehe-Leute Verſchreibung an einander kräfftig iſt.

Haben zwey Ehe-Leut keine Kinder, auch weder Vater, Mutter, noch Groß-Eltern, und kein Geſchweſtert, eines mag dem andern auß freyen Willen ſein Haab und Gut mit Beſcheidenheit, es geſchehe für Gericht oder für andern ehrlichen Leuten und Zeugen, gegeneinander von Todes wegen ſchencken, alſo, daß das überbleibende Ehegemahl des abgeſtorbenen Haab und Gut erwerbe und erbe. Bekommen ſie aber nachmahls Kinder mit einander ſolch Geſchenck und Vermachen wird krafftlos.

§ 14.

Welchen die Teſtament-Brieff können eröffnet werden.

Die Teſtament-Brieff ſollen auff Begehren ſolcher Perſonen, ſo damit ſchaffen, und ihrer bedürfftig ſeyn, mit des Richters Befehl und Gewalt, nicht allein ſie zu beſichtigen, ſondern auch wahre Abſchrifften daraus zu nehmen, eröffnet, und ihnen vergönnet werden.

§ 15.

Der zustehende Abgang des Theils soll erstattet werden.

So den Kindern etwas weniger als ihr gebührendes Theil betreffen thät, gelassen würde, es soll auff ehrlicher Leute Erkändtnüß erstattet werden, damit nicht eines geringen Abgangs wegen das gantze Testament zerrissen oder aufgehoben werde. Würde auch in des Testaments Beschreibung etwas dunckel, zweifflich, böß lich und unleßlich geschrieben, der Richter soll es zum besten verstehen, und wie es mag glaublich seyn, daß es der Testator gemeynet habe, deuten.

§ 16.

Abgelegtes falsches Testament kan wieder gefodert werden.

Würde von Testaments-wegen denen Legatariis etwas aus dem Erbfall gezahlet und außgerichtet, welches nachmahls als falsch und krafftloß erkandt und auffgehoben würde, das bezahlte soll wieder gefodert werden.

§ 17.

Welcher Gestalt das Testament unverwerfflich gestellet wird.

Diese Testament haben auch ihre Krafft, so einer seinen letzten Willen mit eigener Hand, oder mit einem andern in Schrifften verfassen läßt, und so er schreiben kan, sich unterschreibe, breche und mache den Brieff zu, damit des Testierers Wille, ehe der Zeit nicht offenbahr werde, auf das nicht jene, so etwas Testaments wegen gewärtig seyn, und ihrer Hoffnung nicht gnugsam gewehret, zu Haß und Neyd auf ihn beweget, und diejenige, so zu Erben gesetzt, und die Güter zu empfahen haben, dem Testatori nach Leib und Leben stellen, aus Beysorg, er möchte nachmahls seinen Willen wandeln. Demnach soll der Testator Testament-Zeugen beruffen, und öffentlich für ihnen bekennen, daß in der verschlossenen Schrifft oder Brieff, sein letzter Wille verfasset sey: Die beruffene Zeugen aber sollen ihre Tauff- und Zunahmen auffschreiben, und mit ihren Petschieren versiegeln, mit Aufzeichnung des Jahres, Tag und Orth, und des Testierers Nahmen: Können sie nicht schreiben, so mögen sie es nur versiegeln, welches ihnen zu keiner Gefahr Nachtheil und Schaden gereichen soll.

Von beſcheidenen Gütern.

Der ſechste Titul.

§ 1.

Was ein beſcheidenes Gut, und wenn es auszugeben ſey.

Ein Legat, oder beſcheiden Gut, heißt ein Geſchenck, ſo iemanden im Teſtament gelaſſen wird, welches der Teſtierer aus dem, das ſeinen Erben gantz werden ſollte, iemandem anders zu reichen verordnet. Es ſoll aber kein beſcheiden Gut, nicht eher ausgerichtet werden, die Schulden ſeyen denn alle zuvor abgezogen, und bemerckt, ob ſich die Güter des Erbfalls ſo weit erſtrecken mögen.

§ 2.

Wenn liegende Güter nicht, oder auch; ingleichen fahrende, zu verteſtiren ſind.

So jemand liegende Güter oder Erbſchafft legiert, der in ab- oder auffſteigenden Lienien Erben, oder auch Brüder und Schweſtern hat, welche das Teſtament von Rechts wegen können anfechten, der nächſte Erbe mag ſie um ihren Werth zu ſich löſen: Fahrende Haabe aber, kann ein ieder ſeinem Gefallen nach (ſo fern doch die Rechte ihm ſolches vergönnen) vermachen, wenn und wie er wolte. Hat der Teſtator auch durch ſeine redliche Dienſt, Geſchicklichkeit, oder in der Heyrath liegende Erbe bekommen, und hat weder ab- noch auffſteigende Erben, auch kein Geſchweſtert, er hat Macht ſolche Erbſchafften, ſeinem Gefallen nach, wem und wohin er will, zu vermachen, ohne alle Verhinderung und Einrede aller andern vom Blut verwandten Freunden.

§ 3.

Verteſtieret einer mehr als ſein Vermögen iſt, ſo ſoll es drum nicht gantz aufgehoben werden.

Beſcheidet einer mehr, als in ſeinem Vermögen und Gütern gefunden wird, das Beſcheid ſoll darum nach ſeinem Tode nicht aufgehoben werden, ſondern man ſoll ſo viel ausgeben, wie viel allda gefunden wird, und wie weit ſich die Güter erſtrecken können. Hat auch der Teſtator iemanden Baarſchafft vermacht, welche in ſeinen Gütern nicht befunden wird, der Erbfall aber vermögte zu bezahlen, der Erbe muß paar Geld aus dem ſeinen ausrichten, oder muß verkauffen was vorhanden iſt, oder woher er kan und mag, und bezahlen.

§ 4.

Das Teſtament, wegen der Schulden.

Es wird auch dem Teſtatori nicht gewehret, ſeinem Schuldiger die Schulden im Teſtament zu erlaſſen, oder nach ſeinem Willen Friſt ihme zu geben und Bezahltag zuſetzen.

§ 5.

Weme des verteſtierten Guts Nieſſung und Erbſchafft zufällig.

Teſtieret iemand das Eigenthum ſeines Erbguts iemandem, das er zu legieren Recht hat, und behält ihm für ſich desſelben Gebrauch, Früchte und Nieſſung auf ſein Lebenlang, wiederruffet es auch nachmals nicht, der Legatarius oder begabte Mann, bekommt nach des Teſtierers Tod, die Nieſſung ſammt dem Eigenthum: Stirbt aber der begabte Mann, und der Teſtator wiederruffte nichts, noch wandelte etwas im gethanen Teſtament, das Legat erbet an des Legatarii nächſten Erben.

§ 6.

Welcher wird ſchadhafftig, wenn das Beſcheid verdürbet?

Verdürbet das Legat oder beſcheiden Ding ohne des Erben Schuld, der Schaden gehet die begabte Perſon an: Hätte aber der Erb verzogen das Beſcheid auszurichten, die Gefahr desſelben und Schaden gehen den Erben an, doch ſoll der Legatarius das Legat ausfordern; Denn wo nichts gefordert wird, da kan auch kein Verzug des Ausgebens nicht gerechnet werden.

§ 7.

Was an die Kirch und Stadt beſcheiden wird, ſoll vor allen andern ausgenommen werden.

Was zu milden Sachen und Wercken, item, gemeiner Stadt gelaſſen wird, ſoll für alle andere Legata zum erſten ausgerichtet werden. Was auch zu milden und Gottſeeligen Wercken beſchieden iſt und verordnet, das ſoll in keine Weg anderswohin nicht gewendet, und noch gebrauchet werden.

Ende des andern Buchs.

Das dritte Buch

Des eigenen Sachsen-Rechts in Siebenbürgen.

Von Ausleyhung Geldes, und solcher Sachen, so zum Gebrauch gegeben; Auch derselben Zahlung oder Wiederstellung.

Der erste Titul.

§ 1.

Entlehnt Gut muß auf gesetzten Termin bezahlet werden.

Sintemahl das Mutuum oder das Geliehene in solchen Dingen bestehet, die in Gewicht, Zahl und Maaß begriffen werden; Leyhung aber zum Gebrauch, daß an ihm selbst und in seiner Gestalt und Zahl, muß wieder erstattet werden: Darum muß der, so entlehnet oder auf Borg nimmt, zu gewissen Zahltägen und Fristen, so darauff bestimmt und gegeben seyn, bezahlen: Seyn aber der keine bestimmt, er muß bezahlen, so bald das geliehene gefordert wird, in solcher Zahl, Gewicht und Maaß, wie ers empfangen hat.

§ 2.

Wenn dem Schuldiger die sechs Wochen oder der dritte Tag zu zahlen, gesetzet wird.

Wird einer um gewisse selbst versprochene oder für Gericht zugesprochene Schulden, und Gelds wegen, es sey gleich ein Bürgersmann gegen den andern, oder ein fremder wieder den Bürgersmann, für Recht genommen, ist die Schuld aus vertrauten oder ausgeborgten Gütern gemacht, der Richter soll dem Angeklagten sechs Wochen zur Bezahlung setzen: Hat aber der Schuldiger baar Geld entlehnet und empfangen; oder hat er im Handel auff baar Geld, ohne Tagzeit und Verzug zu bezahlen gekaufft, und vermags nicht, sondern setzet dem Verkauffer und Glaubiger auff, diesem soll der Richter den dritten Tag zur Bezahlung setzen.

§ 3.

Eigen Verbindnüß mag nicht gebrochen werden.

Selbſt auffgenommene Pact und Verbindnüß, gebühret ſich, nicht zu brechen, noch die Gegenhändler alſo auffzuſetzen. Denn ſo man von Rechts wegen allem rechtmäßigem und redlichem Verſpruch nnd vertragenen Dingen, geſtehen ſoll und muß, wird folgen, daß auch ein ieder dem geſtehen ſoll, was er ſelbſt für ſich aufnimmt: Sintemahl die Recht ausweiſen, daß ſich einer aus Befreyung gemeiner Rechte ſo ihm zu gut dienen, ziehen, und ſeinen Vortheil verſchlagen kann: Darum wird es den Richtern gebühren, daß ſie in Rechten, nach Innhalt ausgegebener Verſchreibung, wieder die Schuldner urtheilen ſollen; ungebührlichen Wucher, und Verſpruch auf doppelt ausgenommen, welche in keinerley Contracten nicht ſollen zugelaſſen noch zugeurtheilet werden.

§ 4.

Des Schuldners ſchädlicher Verzug, wird auf das Intereſſe geſchlagen.

In redlichen Handthierungen, ſo auff guten Glauben geſchehen und beſtehen, als im kauffen und verkauffen, außleyhen und borgen, und was dergleichen, wird der Schuldner ſchädliches Verzugs wegen in der Bezahlung, auff das Intereß, das iſt, auff jenes, ſo dem Schuld-Herren daraus zum Schaden kommen kan, verhafftet. Doch wird das Intereß nicht des Ausborgers Gewinns, ſondern des Schuldners Verzugs halben auffgerechnet. Beruffet ſich der Schuldiger mit redlichen Urſachen auffs Recht und müſte derowegen ein Aufſchub der Bezahlung geſchehen, er kan nicht auf den Schaden um Verzug beklaget werden. Hat auch der Schuldiger billige Einrede zuthun auff die Anfoderung der Schulden, er mag keines Verzugs beſchuldiget werden.

§ 5.

Die Kinder können bey ihrer Eltern Leben, auff derſelben Haab keine Schuld machen.

Es iſt löblich und fein geordnet, und zum Rechten geſetzt, daß die Kinder auff ihrer Eltern Güter und Erbfall, bey der Eltern Leben, einige Schuld zu machen, nicht Macht noch Recht haben ſollen; geſchicht es aber ſo ſoll es weder Krafft noch Macht haben. Borget iemand einem Sohn, ſo noch väterlicher Gewalt unterworffen, wieder des Vaters Willen, er ſoll auch nach des Vaters Tod ſolche Schuld aus dem Erbfall zu fodern, kein Recht haben, es hätte denn der Va-

ter drein bewilliget, oder wäre dem außheimiſchen Sohn auf ſeine Lehr und Studia fürgeſtrecket worden.

§ 6.

Wie die Fürſtliche Dilationes ihre Krafft haben.

Fürſtliche Dilations-Brieff auf Verlängerung der Zahlung, ſollen wieder die Schuld-Herren, ihren Beſtand und Krafft haben, ſo ſie der Schuldiger mit ſeiner Stadt-Obrigkeit wiſſen, und mit Unterricht an den Fürſten gethan, daß der Schuldiger, ſolche auszufodern billige Urſache habe, erlanget und ausgenommen hat.

§ 7.

Entlehnt Gut ſoll ohne Schaden heimgeſtellet werden.

Verleyhet einer dem andern etwas vom Hausrath, ſilbern Geſchmeid, Kleidung, Pferd, oder was anders (das man beweglich oder fahrend Gut nennet, und das man heben, tragen, treiben oder ſonſt brauchen kan,) ohn einige Belohnung zu beſonderm Gebrauch, der, ſo es empfangen, ſoll desſelben alſo gebrauchen, wie ſie darum eins ſeyn, und zu was Gebrauch es ihm vergönnet worden, und ſolls, nachdem ers gebraucht, wiederſtellen: Er iſt aber auch ſchuldig ſolch entlehnt Gut, mit ſolcher Hut und Fleiß zu beſorgen als ſein eigenes. Würde aber ohngeachtet ſolcher Verſorgung, ohne ſein Verſehen daran was Schaden geſchehen und verringert werden, er iſt es ohne Schuld, es wäre denn er hätte für Schaden gutgeſprochen, ſo muß es dabey bleiben, und dem Beding genug geſchehen. Die Wiederſtellung des entlehnten Guts, kan Gegenſchulden halben nicht abgeſchlagen werden.

Von Pfand und Pfandſchafftung.

Der Andere Titul.

§ 1.

Verpfändete Haabſchafft kan auf beſtimmten Termin außgelöſet werden.

Giebt einer ſein Haab und Gut iemanden zum Pfand und verſetzt es, er ſolls und kanns auslöſen, auf beſtimmte Zeit und Weiſe, ſo in der Verpfändung gemeldet und auffgenommen worden ſeyn.

§ 2.

Auff was Maaß das verlohrne Pfand dem Schuld-Glaubiger nicht ſchaden kan.

So das Pfand in den Händen und Gewalt des Pfandſchaffters oder Schuld-Glaubigers, ohne ſeine Schuld, Verſäumniß und Hinterliſt, geringert oder verloren wird, oder durch Feuers Gewalt und andere Unglücks-Fälle umkömmt, er ſoll des keinen Schaden tragen, er mag auch darum von ſeiner Schuldforderung nicht abgewieſen werden. Dem Schuld-Glaubiger wird auch nicht gewehrt, daß Pfand, darauff er Geld geliehen hat, einem andern fortzuverſetzen.

§ 3.

Ein Schuldiger kan ſein Pfand, wo ers findet allezeit außlöſen.

Findet der Schuldiger bey iergend iemand andern ſein verſetztes Pfand, als bey ſeinem Schuld-Herren, es wird ihm vergönnet, auch daher mit Bezahlung des Geldes, darum es ſein Pfandſchafter hat förder verſetzt, heimzulöſen.

§ 4.

Pfand gehet vor Schuld-Brieff; und der angeklaget hat, ſoll vor dem Verbieter bezahlet werden.

Hat der eine Schuld-Herr einen Schuld-Brieff für ſeine Schulde, der ander aber ein Pfand, dieſer ſo das beſtimmte Pfand hat, gehet für jenen, unangeſehen, daß der Schuld-Brieff für der Pfandſchafft, (der Zeit nach) gegeben worden. Hat auch einer ſeiner Schuld halben, nur Verbot vor Gericht gethan, der ander aber den Schuldiger für Recht bracht, und in des Gerichts Angeſicht die Schuld gefordert, dieſer gehet auch für, ob wol jener ehe Verbot darauff gethan hat.

§. 5.

Wenn das Pfand kan verkaufft werden, oder nicht.

Seyn Schuldiger und Schuld-Herr, im Verſetzen des Pfandes oder hernach hierüber eins worden, daß, wo das Pfand auf geſetzte Zeit nicht ausgelöſet würde, ſo ſolls verkaufft werden, verkaufft es der Pfandſchaffter drauff, es beſtehet nicht allein das Verkauffen, ſondern der Kauffer erhälts, und beſitzt es auch mit gutem Rechten. Seyn ſie aber eins, daß es nicht verkaufft werde, oder hat der Glaubiger das Pfand ohne Bedingnüß übernommen, er kanns ehe nicht verthun, er habe es denn zu dreymahlen dem Schuldiger zuvorn entbothen daß ers

außlöse, oder ihn für Gericht gefodert, und zubezahlen gemahnet: Ist aber der Schuldiger gleichwol hinläßig, und lösets nicht, der Glaubiger mag es ohne Hindernüß frey verkauffen.

§ 6.

Wie es zu halten, wenn das Pfand mehr oder weniger werth ist, als die Schuld außtragt.

Ist der Schulden mehr denn das Pfand wehrt ist, der Schuldherr soll des keinen Schaden haben, sondern aus den andern Gütern des Schuldigers, bezahlet werden: Dagegen auch wäre das Pfand mehr wehrt, als die Schuld-Summa außträgt, der Schuldiger behält auch sein Recht an dem übrigen, und soll ihm zugestellet werden.

§ 7.

Wie die Pfande sollen verkaufft werden.

Bey Entfremdung der Pfänder, soll diese Weise und Ordnung gehalten werden; Daß wenn die Zahltäg verlauffen seyn, der Schuld-Herr dem Schuldiger für den Richter gebiete, und fodere, daß er entweder das Pfand außlöse, oder zuverkauffen zulasse. Mercket aber der Richter und erkennts, daß der Schuldner keine gnugsame Ursach fürbringen mag, warum ers nicht außlöset, er soll dem Schuld-Herrn freylassen, daß Pfand außzubieten und zu verkauffen. Nach solchem soll das Pfand drey Marcktäg nacheinander öffentlich auff dem Marck feil gebothen, und dem, so am meisten drum giebt, gegeben werden. Wäre es aber ein liegend Gut, es soll drey nacheinander folgende Sonntäg öffentlich ausgeruffen, und also verthan werden, wie oben im 12. Titul des ersten Buchs darob verordnet ist.

§ 8.

Gewisse Zeit der Bezahlung für die gedingte und auf Tagzeit aufgenommene Arbeit.

Bedinget iemand eine Arbeit zu machen und zahlet den Macher-Lohn nicht, wird das Gericht darum ersucht, es soll dem Verdinger den dritten Tag, zur Zahlung setzen, darum daß solche Arbeit für Lyd-Lohn gerechnet wird. Kaufft man aber eine fertige Arbeit auff Borg und bestimmte Tag-Zeit, dem Kauffer werden zur Zahlung sechs Wochen gesetzt.

§ 9.

Der erste Schuldherr soll auch zum ersten bezahlet werden.

Würde ein Pfand zu unterschiedlichen Zeiten zweyen Schuld-Herren verschrieben oder verpfändet, der so zum ersten Geld darauf

ausgegeben, und das Pfand bekommen, hat das erste und beste Recht darauff, und kan der andere Pfandschafter das Pfand ehe nicht verkauffen, der erste sey denn gantz abgerichtet und bezahlet.

§ 10.

Gemeine Stadt gehet allen Glaubigern vor.

Ist gemeine Stadt der Glaubiger, so wird dieselbe andern Glaubigern, welche Handschrifften haben, fürgezogen: Denn es ohnstreitig, daß dessen Güter, der sich gemeiner Stadt verbündlich macht, der Pfandschafft unterliegen, ob gleich derselben in der Verschreibung nicht ausdrücklich gedacht worden.

§ 11.

Völlige Bezahlung wehret die Pfänder zu verkauffen; und nicht entbieten, oder halbe Bezahlung.

Entbietet der Schuldiger seinem Glaubiger, daß er das Pfand nicht verkauffe, oder dem Kauffer, das ers nicht kauffe, es hat denn erst Krafft, so er die völlige Schuld zahlt. Zahlt er aber ein Theil, und bleibt etwas anstehen, er kan dem Schuld-Herrn nicht wehren, das Pfand des übrigen Restes wegen zu verthun.

§ 12.

Unverhoffte Besserung und Verringerung, aber nicht vorsetzliche, wird dem Schuldiger zugeschrieben.

Verringert der Pfandschaffter das Pfand mit Hinterlist, oder aus Nachlässigkeit, er mag drum angeklaget werden, damit ers in solcher Güte und Gestalt, wie ers empfangen, dem Schuldiger wiederstelle. Würde aber das Pfand ungefehr, ohne des Schuld-Herrens Schuld, entweder gebessert oder verringert, beyde Glück und Unglück gehet diesesfalls den Schuldiger an.

Von Recht der Schuld-Herren, und der Schuldiger Gegen-Recht.

Der Dritte Titul.

§ 1.

Der Schuld-Herr kan dem Schuldiger, ohne des Gerichts Vorwissen in seine Güter nicht greiffen.

Wurde der Schuld-Herr, ohne Gewalt des Gerichts in seines Schuldigers Güter fallen und pfänden, er begehet eine Gewalt, und

wird vom Richter billigem Bedüncken nach gestraffet: Darum sollen die Glaubiger, so sie wieder ihre Schuldiger was fürnehmen, solches nicht aus eigener Gewalt, sondern mit des Gerichts Wissen und Willen thun, und für Gericht drum klagen.

§ 2.

Der Schuldiger soll seine Güter nicht betrüglich entfremden.

Entfremdet der Schuldiger seine Güter aus seiner Gewahrsam den Schuld-Herrn zu betrügen, das Recht soll ihn zwingen, dieselbe wiederum heim zu schaffen. Der Schuldiger aber handelt alsdann betrüglich, wenn er selbst seine Güter mindert, und nicht, wenn er nichts mehr darzu schaffet.

§ 3.

Gnugsam bewiesene Schulden, können auch ohne Schuldbrieff gefordert werden.

Es kan dem Schuldglaubiger. an der Wiederfoderung seiner ausgeborgten Schulden, nicht hindern noch schaden, so er durch Unfall um die Schuld-Brieffe kommen wäre, wenn er nur die Schulden gnugsam beweisen kan.

§ 4.

Der Schuldiger wird nicht befreyet, wenn er gleich von seinen Gütern abstehet.

Stehet der Schuldiger seiner Schulden Mänge halben, von aller seiner Haabe und Gut ab, und schaffet nachmals durch seine Arbeit und Gesuch etwas, so ihm einigen Nutzen bringet; Die Schuld-Herren mögen von neuem ihrer Schuld wegen, so ihnen im Rest seyn anstehen blieben, klagen, und das foderu, was er zu bezahlen vermag: Denn ehe den Schuld-Herren ihre Schulden nicht völlig bezahlet worden, können die Schuldiger nicht befreyet seyn, ob sie gleich von allen ihren Gütern zuvor abgestanden wären.

§ 5.

Wie sich die Erbnehmenden, wo Schulden verhanden, verhalten sollen.

Unterstehet oder menget sich iemand unbedachtsam in einen Erbfall, welcher mit Schulden behafftet ist, er soll über alle die Güter Find-Zettel machen, so der Verstorbene bey seinem tödlichen Abgang besessen hat. Hat er solche Inventaria in der Notarien Gegenwart

geſtellet, er mag den Erbfall ohne Gefahr einnehmen und behalten, daß er nemlich den Schuld-Herren nur auff ſo viel zahle, wie viel ihm zu Händen kommen iſt; und zwar alſo, daß denen erſtlich gnug geſchehe, welche an der Zeit im Rechten die erſten ſeyn: Wenn aber nicht mehr da iſt, ſollen die letzten unbezahlet abgewieſen werden, und ſollen die Erben gar nichts von ihren Gütern zubüſſen, damit ſie nicht in Hoffnung was Nutz zu ſchaffen, in Schaden fallen. Haben ſie aber in gewöhnlicher Zeit (in dreyßig Tagen nehmlich, nach dem ſie in den Erbfall getreten ſeyn) die Inventaria zu machen unterlaſſen; oder hätten nach gefoderter Bedenck-Zeit, ſich des Erbfalls nicht ausgethan ſondern wie rechte Erben ſich drum angenommen, und damit ihrem Gefallen nach geſchaffet, ſie werden allen erblichen Bürden verpflichtet, und müſſen des Verſtorbnen Schulden alle ganz und gar bezahlen.

§ 6.

Wie die Schulden verfallen, oder an andere verkaufft werden können.

Die Schuldglaubiger verlieren ihre Schulden, ſo ſie auß Mißtrauen ihrer Sachen und derſelben Verthädigung, ihre Schulden Gewalt habenden Perſonen übergeben. Verkaufft aber einer ſeine Schulden um ein genandtes, und übergiebt die Klagen der Schuld wegen dem Schuld-Kauffer, ſolcher Kauff beſtehet, auch wieder Wiſſen und Willen des Schuldigers.

§ 7.

Die bezahlte Schulden müſſen bewieſen werden.

Wird der Schuldiger Schuld wegen belanget, und giebt vor, die Schuld bezahlt zu haben, er muß die Bezahlung rechtlich beweiſen. Leugnet er aber die Schuld, und kan ſich hierinn mit andern Umſtänden zur Beweiſung behelffen, es wird ihm nicht gewehret, es lieffe denn wieder die Rechten.

§ 8.

Der Schulden Abzug wird allenthalben zugelaſſen, auſſerhalb in Depoſitis, und ohne Recht übernommen Gut.

Der Schuldiger, ſo zur Gegenrechnung erbietig iſt, mag ſeinen Schuldherren, der auf die Bezahlung dringet, damit abweiſen: Könte er ihn aber mit Abzug durch Gegen-Rechnung abweiſen, und thuts nicht, er kan gleichwol auch das bezahlte Geld wieder fodern, als ein ſolches, das er nicht ſchuldig geweſen iſt. Der Abzug aber wird dieſer

Urſachen wegen für gut und nöthig gehalten, daß es beſſer und leichter iſt, einem ieden, nicht zahlen, denn das Bezahlte mit Mühe wieder fordern. Die Gegenrechnung und Abzug wird in allerley Contracten, Klagen und Handlungen, von Rechts wegen zugelaſſen, das beygelegte Gut im Latein Depoſitum genannt, ausgenommen; ſintemahl es nicht zuläßig, daß ſich iemand Gegenſchulden halben, ein fremdes Gut eigenthätig und ohne rechtliche Wege zueigne.

§ 9.

Geſchehene Irrthümer in der Rechnung können billig erholet werden.

Es iſt nicht ein Neues, daß ſich der Schuldiger auff des Schuldglaubigers Rechenſchafft beruffen thut, damit die Schuld recht lauter und glaubwürdig werde. Geſchicht aber ein Irrthum in der Verrechnung eines oder mehrer gegeneinander gehalten Contracten, es ſoll der Warheit und dem was recht iſt, nicht nachtheilig noch ſchädlich ſeyn, darum weil die Rechte ausweiſen, daß Rechnungen, ſo ſie gleich öffter ſeyn gehalten worden, und dennoch etwas zweyffelhafftes darinn überblieben, mögen wiederholet und geläutert werden; es wäre denn, daß für Gericht einmahl darüber geurtheilet wäre, oder möchten ſonſt durch Vertrag geendet worden ſeyn.

§ 10.

Welchen Proceß ein unvermögender Schuldiger zubefahren hat.

Kan der Schuldiger Unvermögens halben nicht bezahlen, kan auch vom Schuld-Herren längere Friſt nicht erlangen, und wird der Schuld wegen für das Gericht gebracht, der Richter ſoll ihn biß auff den dritten Tag ins Gefängnüß ſetzen, und nach dem dritten Tag ſeinem Schuld-Herrn übergeben, welcher ihn in ſeinem Haus, dermaſſen wie ſein ander Haus-Geſind, mit Nahrung halten, und ein gantzes Jahr lang gefeſſelt mit Haußarbeit verſehen, und ihm zur Abzahlung auf ieden Tag, fünff Pfennig rechnen und abziehen ſoll. Nach dem Jahr aber ſoll er frey gelaſſen, dem Schuld-Herren ſich vereyden und verſprechen, daß er alles das, was er aus ſeiner Arbeit, über ſeine gebührliche Nahrung erlangen mag, ihm auff die Schuld geben und zahlen, und niergend hin fliehen wolle. So lang er aber dieſem nicht alles abbezahlt, ſoll ihn kein ander Schuld-Glaubiger mehr mit Gefängnüß bekümmern.

Von Verleyhen und Beſtehen; oder Dingen und Verdingen.

Der vierte Titul.

§ 1.

Der Hauß-Herr und der Sedler ſollen dem Geding nachkommen.

Verleyhet oder verdinget einer dem andern ein Hauß oder Wohnung auff gewiſſe Zeit, und beſtimmtes Zins-Geld, ſie ſeynd beydertheilen ſchuldig dem Beſtand und Geding, wie ſie drüber ſeyn eins worden nachzukommen. Der Hauß-Herr aber, ſo die Wohnung um Zins verdinget, ſoll den Haus-Mann mit allen nothwendigen Gebäuen und Beſſerung zu bequemer Wohnung verſehen. Hat auch der Sedler, mit Wiſſen und Willen des Hauß-Herrens was gebauet und gebeſſert, er ſoll es aus dem Haus-Zinß abziehen.

§ 2.

Welcher ein Hauß dinget, ſoll den Zins zu rechter Zeit einlieffern.

Der Haußmann ſoll zu rechter Zeit dem Haußherren ſeinen Hauß-Zinß einwehren und zahlen, wenn nehmlich die bedingte Zeit erfüllet iſt, und ſoll auch Sorg haben, daß er der Wohnung und Gemächer dergeſtalt gebrauche, daß weder er ſelbſt, noch ſeine eingenommene Zinß-Leut dieſelbe verringern: Denn ſo er mehr Haußleute zu ſich in das Hauß einnimmt, und dieſelbe was verwahrloſen oder dem Hauß Schaden thun, er muß dafür antworten und allen Schaden abtragen. Bedinget ein Mann etwa eine Wohnung, Acker und dergleichen, und ſtürbe vor der bedingten Zeit, ſeine Erben mögen ſich ſeines Gedings und Beſtands annehmen, und darzu gehalten.

§ 3.

Gewiſſe Anſtaltung des Herren, welcher das Verdingte verkauffet; und des Sedlers ſeiner Aeuſſerung.

Verdinget iemand ein Hauß zur Wohnung, oder einen Acker zum Bau und Gebrauch, und muß es mittler Zeit Urſachen halben verthun, er ſoll es bey dem Kauffer alſo außnehmen und beſtellen, damit der Bedinger bey dem Gebrauch und Wohnung biß zum Ende der Zeit bleibe: Wo anders, ſo verliehret er den Hauß-Zinß und Meddem-Geld. Schaffet ihm aber der Haußherr eine andere bequemliche Herberg, er

ſoll weichen, und den verſeſſenen Haußzins zahlen. Saget der Sedler die gedingte Herberg ehe der Zeit auff, wieder das Recht des Beſtandes, er muß den Zins auff die ganze Zeit zahlen, er hätte denn ſeines Abtretens vom Bedingten gnugſame und bewährliche Urſachen.

§ 4.

Ein verdingtes Haus kan wieder weiter verdinget werden.

Dinget einer ein Hauß, Acker oder was anders, und geſchicht keine Ausnahm im Geding, er kan es wiederum andern weiter verdingen.

§ 5.

Aufgenommene und verdorbene Handwercks-Arbeit, auch von Fuhr-Leuten angenommene und verlohrne Wahr, muß gut gemacht werden; Unglücks-Fälle ausgenommen.

Hat ein Handwercker, Werckmeiſter oder Färber, etwas zumachen oder auszuputzen aufgenommen, und verringert oder verdirbt es, aus Unwiſſenheit, oder verwahrloſet es auch aus Hinläſſigkeit und Verſäumnüß, er muß es von Gedings wegen bezahlen. Desgleichen ſeyn auch ſchuldig, die Schiff-Leut, Fuhr-Leut, Krätſchmer und Gaſtgeber, was ſie zuführen oder zuverſorgen auffnehmen, und drum kommen, umbringen und verwahrloſen, ſolches zu bezahlen. So aber ſolche Wahr und Güter in ihrer Gewalt, durch unverſehene Feuers-Brunſt, Einfallen der Gebäu, gemeine Feindes Gewalt, Waſſer-Fluthen, oder durch andere ungewöhnliche Zufälle, denen man nicht hat mögen weichen noch Widerſtand thun, umkäme und verdürbe, der ſo ſie in Verwahrung gehabt, iſt daran nicht ſchuldig.

§ 6.

Das verwahrte Gut wird vom Bewahrer gefodert.

Nimmt einer Lohn, ein Ding zu bewahren, er muß der Verwahrloſung halben, allen Schaden ſo daran geſchehen iſt, zahlen: Hat aber iemand anders was Schaden daran gethan, alsdann ſoll nicht dieſer, ſondern iener ſo den Schaden gethan, drum angeſprochen werden.

§ 7.

Verdingter Lohn, wenn er vom Herren verhindert wird, mag gantz gefodert werden.

Verdinget ſich iemand auff beſtimmte Zeit, oder verdinget ein Werck und Arbeit auszuführen, und wird vom Bedinger ohne gnug-

ſame Urſachen gehindert, daß er das gedingte Werck nicht könte ausführen, noch ſeinen Dienſt erfüllen, er mag des Gedings gantzen Lohn vom Bedinger fordern. Hat einer ihrer zweyen auff eine Zeit ſeinen Dienſt verheiſſen und verdinget, er muß denſelben dem erſten Bedinger auch erſtlich leiſten und thun.

§ 8.

Ein Acker, unwiſſend gebaut, ohne vorgehende Einrede kan ohne des Ackermanns Schaden heimgelöſet werden.

Pflüget ein Bauersmann aus Irrthum ſeines benachbarten Manns Acker, und beſäet ihn auch mit Saamen, der Herr des Ackers mag ſeines Lands Beſaamung mit Wieder-Erſtattung gleichen Saamens, und Bezahlung der Arbeit, zu ſich löſen. Beſäet ers aber, nach dem es ihm iſt angezeigt, und er vom Beſitzer drum beſprochen worden, er verlieret beyde Arbeit und Saamen.

Von Behalten, oder zu treuen Händen beygelegtem Gut.

Der fünffte Titul.

§ 1.

Zu treuen Händen beygelegtes Gut ſoll in ſeiner Güte herausgegeben werden, und gilt hierinn keine Abrechnung, außer ſonderlichem Vertrag.

In der Wiederforderung des behaltenen oder zu treuen Händen gegebenen Gutes, hat der Abzug und Gegenrechnung keine ſtatt: Denn ein ieder ſoll das wiederum an ihn ſelbſt heraus geben, was bey ihm zu treuen Händen niedergeleget iſt. Hat derhalben iemand dem andern Geld, Kleinodien, Kleider oder andere Güter, zu getreuen Händen gegeben, jener, bey dem es beygelegt iſt, ſoll es treulich bewahren, und dem Beyleger, wenn ers begehrt, wieder geben; das ſeyn auch ſeine Erben zu thun ſchuldig. Iſt aber mit beſonderem Geding und Pact, ein Gut bey iemanden niedergelegt, man ſoll dem Geding ſtehen; ſintemahl alle Contract und Händel, ihr Recht und Krafft bekommen aus dem, des man eins worden iſt.

§ 2.

Das beygelegte Gut, wenn es gefodert wird, wo es nicht vom Richter arreſtirt iſt worden, ſoll heimgeſtellet werden.

So iemand etwas zu treuen Händen inne hat, und wiederſtellets nicht dem Herren, wenn ers fodert, geſchicht nachmals einiger Schaden

daran, er muß dem Beyleger allen Schaden abtragen und zahlen. Würde das zu treuen Händen gegebene Gut, mit des Richters Gewalt, ohne des Depositarii Bestellung oder veranlassen, arrestirt und verboten, es soll eh: dem Beyleger nicht zugestellet werden, der Richter befreye es ihm denn wiederum.

§ 3.

Durch Nachlässigkeit verwahrloſete Beylag, wird vom Depoſitario gefordert.

Würde die Beylag, durch merckliches Versaumnüs und Schuld des Depositarii, des nehmlichen, so sie in seiner Gewalt hat, verwahrloſet, verringert, oder auch so er sie nicht gnugsam versperret, verschlossen, noch gebührlicher Weise verwahret und besorget hat, verlohren und gestohlen, er wird schuldig, allen Schaden auffzurichten, oder auch gantz zubezahlen. Hätte er sie aber fleißig auffgehoben, und wie das seine versorget, und würde gleichwohl verringert, oder käme auch um, er ist ohne Schuld, und darff den Schaden nicht zahlen: Denn unversehener Unfälle wegen, denen er nicht wehren kan als Auffruhr, Brunst, Häuser-Fäll, gewaltsamer Raub und Diebstal, so ohne seine Schuld geschehen, darff niemand leyden.

§ 4.

Es kann ein ieder ſein vertraurt Gut fodern, wenn es ihm beliebet.

Legen ihrer zween gegen einander, ein ieder nemlich dem andern, Haab und Gut zu treuen Händen nieder, und fodert nachmals einer für dem andern das seine heraus, der andere kan es ihm nicht als ein Pfand gegen das seine verhalten, sondern solls ihm auff das erste zu Händen stellen, und also darnach auch das seine von ihm begehren: Welcher aber der beyder am ersten für Gericht drum klaget, derselbige hat den Vorzug.

§ 5.

Der Verſorger des beygelegten Guts, muß der Abrede, ſo bey der Ablegung geſchehen iſt, nachkommen.

Geben ihrer zween ein Gut an ein Ort zu getreuer Hand, es soll einem derselben allein, ohne des andern Gegenwart, nicht ausgegeben werden. Haben sie es aber also beygeleget, daß es auch einer ohne den andern gantz fodern mag, es soll keinem verhalten werden. Würden sie aber auch dieses eins, daß wo sie beyde sämmtlich nicht kämen, sondern einer allein, daß ihm auch nur ein Theil zugestellet

werde, man ſoll dem Gedlug geſtehen. Vertrauet einer zweyen Männern eine Beylag, er kan wieder einen, oder den andern der beyden, auff das gantze klagen, und wird derſelben keiner ehe befreyet, das Gut ſey denn wiedergeſtellet: Denn nicht die Wahl des Beylegers, ſondern die Wiederſtellung des beygelegten Guts macht ſie frey.

§ 6.

Wer beygelegtes Gut, ohne des Beylegers Vorwiſſen antaſtet, der begehet einen Diebſtal.

Taſtet der Depoſitarius das beygelegte Gut an, ohne des Herren Wiſſen und Willen, und wendet das mit Willen und mit Fürſatz in ſeinen Nutz, er begehet daran einen Diebſtal. Geb ich auch zu treuen Händen Säckel mit Geld, oder gemüntzet Silber, und greifft es der, dem ichs habe beygelegt, wieder meinen Wiſſen und Willen an, die Rechte geben mir zu, nicht um die Beylag allein, ſondern auch auff den Diebſtal für Gericht zu klagen

§ 7.

Was Sequeſtrum heiſſe oder bedeute.

Beygelegtes Gut in Scheidmanns-Gewalt, im Latein Sequeſtrum genandt, heiſſt dieſes, welches ihrer zween oder mehr mit gewiſſem Beding, bey iemanden gantz zu behalten und zu verſorgen, auch gantz wiederum zugeben, niedergelegt haben.

Vom Kauff und Verkauff, und von Erſitzung oder Verjahrung des gekaufften Gutes.

Der ſechste Titul.

§ 1.

Ein Kauff kan ohne beyder Partheyen Einwilligung nicht auffgehoben werden.

Zugleich wie der Kauff und Verkauff, durch beyder Contrahenten eins werden und bewilligen gegen einander, muß geſchloſſen werden und beſtehen; alſo kan er wiederum auch von einem Theil allein (ſo er ſoll auffgehoben werden) nicht zerriſſen, ſondern mit beyder Partheyen Willen auffgelaſſen werden, jedoch ehe die verkauffte Sach übergeben, und das Kauffgeld dafür gezahlet wird.

§ 2.

Beyde Nutz und Schaden eines verkaufften Gutes gehen den Kauffer an.

Haben Kauffer und Verkauffer den Kauff um ein Gut beschlossen, so gehet beyde Nutz und Schaden des gekaufften Gutes, den Kauffer an, wenns gleich noch nicht überantwortet, sondern in des Verkauffers Gewalt bleibet. Denn der Verkauffer ist alles des, was sich ohne seine Schuld oder heimliche Tück, daran zuträget, sicher, es sey denn, er hätte die Verwahrung desselbigen, auff seine Gefahr, biß ers dem Kauffer könte zu Händen stellen, auffgenommen; alsdann muß er auch alle Gefahr des verkaufften Gutes außstehen.

§ 3.

Auff gewisse Tag-Zeit gestelleter Kauff mag geändert werden.

Würde ein Gut auff Tag-Zeit in den Kauff gestellet, der Verkauffer kan es mittler Zeit auch andern, und dem, so mehr drauff bietet, inKauff lassen, doch soll ers dem ersten Kauff-Mann ansagen, und wolte der auch das auffsetzen, was jene geben, er kan es für jenen behalten.

§ 4.

Beyde Kauffer und Verkauffer sind auff gleiches Recht verbunden.

Schliesset der Kauff-Mann einen redlichen Kauff um ein Gut, und bestellet oder vergewissert beyde den Kauff und Verkauff mit Hafftgeld auch nur eines Pfennigs; eben wie der Verkauffer das verkauffte Gut ihme ist schuldig nachzuhalten und zu leisten, also soll auch wiederum der Kauffer, wenn ihn auch des Kauffs gereuet, verpflichtet seyn, das gekauffte Gut zu nehmen, und vollends, dem geschlossenen Kauff nach, zubezahlen: Denn die Billigkeit des Contracts fodert, das beyde Kauffer und Verkauffer, auf gleiche Recht verbunden seyen, damit nicht allein der Verkauffer gebunden, und der Kauffer mit Vortheil frey sey. Sie müssen aber wegen des Preiß eins seyn, denn ohne denselben kan es noch kein Kauff heissen.

§ 5.

In allerley liegender Güter Kauff, sind die Blutfreunde die nächsten, nach ihnen die Nachbarn.

So iemand liegende Güter, als Häuser, Mayerhöff, Weingärten, Baumgärten, Acker, Wiesen-Land, oder Teiche, im Willen hat zu ver-

kauffen, der ſoll ſie erſtlich ihren Nachbaren verkündigen und zu Wiſſen thun, darnach aber drey Sonntag auffeinander öffentlich auff dem Marck oder für der Pfarr-Kirchen ausruffen und feil bieten laſſen: Wer nach ſolchem am erſten kaufft, der behälts, doch ſeyn Brüder, Blutfreunde, Nachbarn, und Hattert- oder Fur-Genoſſen zum Kauff näher denn die pur Fremden.

§ 6.

Von Erbgut auff fremdem Hattert.

Hat ein Stadtmann ein Erbgut auff fremdem Hattert, er ſoll es daſelbſt feil bieten laſſen, und die Einwohner deſſelben Orts oder Gemein ſeyn näher, und haben beſſere Gerechtigkeit daſſelbe zu kauffen, als die Freunde darzu, die Eltern und des Verkauffers rechte Kinder ausgenommen.

§ 7.

Was in Obacht zu nehmen, ſo einer ſein Erbtheil verkauffet.

Wer ein Erbtheil verkauffen wil, ſoll zuvoran ſeine Kinder und Brüder, die nemlich, welchen das Erbgut, ſo er ſtürbe, anerben würde, warnen, und ihnen zu wiſſen thun, daß es ihme feil iſt, wo ſie anders im Lande ſeyn. Deßgleichen ſoll auch des Ackers Nachbar oder Fur-Genoß gewarnet werden, wenn man ſolchen verkauffen will.

§ 8.

Die Zeit, in welcher dem Kauffer ein Ding zu kauffen erlaubet oder gewehret wird.

Wenn ſich der Kauffer und Verkauffer, des Kauffs um ein Erb-Gut verſtanden haben, ſo ſoll der Verkauffer erbahre Männer und Nachbarn berufen, in ihrer Gegenwart dem Kauffer alle Gerechtigkeit des verkaufften Erbes übergeben, und ihn durch Wiß-Wein oder gewöhnliches Almeſch-trinken, in das Erb einſetzen. Wo aber iemand wäre, der zu demſelbigen Erbe Gerechtigkeit oder einigen Zuſpruch zu haben vermeinet, und beywegen iſt, der ſoll in der Zeit des Einſatzes und Einführung, ſo durch ſolch Almeſch-trincken (wie man es heiſt) geſchicht, durch des Gerichts Diener, wiederſprechen und Verboth thun, und biß auf den fünff zehnten Tag für Gericht erſcheinen, und ſeiner Einred oder Wiederſprechens Urſach geben. Thut aber niemand Verboth oder Einrede, der Kauffer beſitzt ſein gekaufft Erb, und erhälts mit Rechten. Wäre aber jener, der zum Einſpruch Recht gehabt, außheimiſch, und hätte dahero um das Außruffen und feil bieten nicht gewuſt, er hat ſein Recht darum nicht verſäumet, ſondern mag es in Jahr und Tag ſuchen.

§ 9.

Bewegliche Güter können die Freunde außlösen.

Würde ein beweglich Gut, als Kleinodien oder ander fürnemlicher Haußrath, heimlich ohne der nächster Blutfreunde Wissen verkaufft, die nächsten biß auff die Enckel und Geschwestert-Kinder (wo ihnen drum wäre) sollen es einzulösen Macht und Recht haben.

§ 10.

In den Dörffern soll man von keinem Wallachen oder Fremden Vieh kauffen, sondern auff den Jahrmärckten.

Niemand soll von ausländischen oder andern fremden Menschen, fürnemlich aber von Wallachen, Pferde, Ochsen, auch nicht Hämel noch Schwein kauffen in Dörffern, sondern nur allein in Städten und Märckten, zur Zeit der Jahrmärckte, damit der Kauffer nicht gestohlen oder geraubt Gut kauffe, und hernachmals darum bekümmert werde, und Schaden leide. Würde aber solch gekaufft Vieh, als geraubt und gestohlen Gut, von iemanden angesprochen und mit Rechten erhalten, der Verkauffer ist verpflichtet dem Kauffer Gewährschafft zuthun, und denselben Schadloß zuhalten.

§ 11.

Oeffentlicher Kauff stellet keinen Währ-Mann.

Kaufft einer öffentlich auff Jahr-Märckten oder auch Wochen-Märckten in den Städten ein gestohlen oder geraubtes Pferd oder Ochsen, wird er von seinem Herren angefangen, der Kauffer ist nicht schuldig ihm den Gewährs-Mann zu stellen, sondern zu beweisen, daß ers für Leuten unterm Almesch gekaufft habe, damit muß sich der Ansprecher genügen lassen. Verkaufft einer ein Pferd, er soll es biß auff den dritten Tag, für alle Tadel daran, und alle heimliche und verborgene Kranckheiten, versprechen.

§ 12.

Wie weit die Einreden auff Erbgüter sich erstrecken.

Verkaufft iemand ein Erbgut, er soll dem Kauffer drum Gewährschafft thun ein Jahr und einen Tag lang, gegen die einheimischen. Wandert aber der, so Einrede zuthun hätte, in der Fremde und ist außheimisch, und würde sonst durch grosse und billige Ursachen verhindert, daß er in Jahr und Tag sein Recht daran nicht suchen könte, so bald er zuruck kommt, und seine Hindernüs abschaffet, und nachmahls in Jahr und Tag das Verkauffte Erb, zu bethädigen anfähet, so soll es der Kauf-

ſer ſeinem Verkauffs-Mann, nach Rechts Weiſe ankündigen, welcher im Rechten für ihn antworten, und das verkauffte Erb verthädigen ſoll.

§ 13.

Ein fremd Gut iſt nicht zu verkauffen.

Verkaufft iemand ein fremdes Erb, oder ſolches, daran auch andere mehr mit Theil habin, der Kauff iſt krafftloß und mag auffgehoben werden. Kaufft aber iemand ſolch Erbgut ohne Betrug von einem, den er für deſſelben Gutes rechten Herren hielte, ob ers wohl nicht wäre, und hats nachmahls durch rechtmäſſige Verjahrung erſeſſen, er ſoll davon nicht abgewieſen werden; Jener aber ſo Theil daran hat, ſoll ſich bey dem Verkauffer an ſein gebührendes Theil halten, und muß mit deſſelben Bezahlung abſtehen. Solches muß aber hierum alſo gehalten werden, damit iederman ſeines Rechts und Eigenthums gewiß werde.

§ 14.

Welcher das Erb-Gut erſeſſen hat, iſt zu erſt zu fragen.

Thädigen zwo Partheyen für Gericht um ein Gut gegeneinander und eine wendet für ihre Gerechtigkeit im Recht, und am Eigenthum desſelben; die andere aber die Verjahrung, durch welche ſie das Gut mit Recht erſeſſen habe; Dieſe ſoll am erſten verhöret werden, und darnach die andere, ohne Frag, welcher Kläger oder Säger ſey.

§ 15.

Der ein Erb-Gut zwölff Jahr friedlich beſitzt, kan hernach nicht abgetrieben werden.

Hat einer ein Erbtheil mit rechtem Titel, als durch redlichen Kauff, durch Geſchenck und Begabung oder auß erblicher Succeßion und Ererbung bekommen, und daſſelbe zwölff gantzer Jahr lang, er ſammt ſeinen Vorfahren, ohn iemandes rechtlichen Zuſpruch, beſeſſen, er kan nachmahls mit nichten vom ſolchem Erb-Gut, als von ſeinem Eigenthum, abgewieſen werden.

§ 16.

In welchen Sachen die Verjahrung nicht ſtatt hat.

Geſtohlene, durch eigene Gewalt erhaltene, oder auch geraubte, außgeborgte, entlehnete, zu treuen Händen gegebene, und im Teſtament beſcheidene Güter: Item auch Klage um unbillig verwaltete Tutel und Vormundſchafft, und Hatters-Rechtfertigung, mögen durch keine langwierige Verſchweigung nimmermehr verjahren, noch praeſcribiret wer-

den. Würden auch Kirchen- oder gemeine Stadt-Güter böſslich eingenommen, entfremdet oder verkaufft, ſie ſollen durch langwierige Verjahrung weder praeſcribirt noch erſeſſen werden, ſondern müſſen und ſollen ihrem Leib, davon ſie abgeriſſen ſind, wiederum eingeleibet und ihm erſetzet werden, alſo daß auch der unrechte Kauffer ſein Geld, ſo er darum gegeben, nicht Macht habe wieder zu fordern.

§ 17.

Minderjährigen wird nichts praeſcribiret.

Die minderjährige Zeit wird nicht in die Praeſcription oder Verjahrung gerechnet: Denn die Verjahrung gehet alsdenn erſt an, wenn der minderjährige, ſo zu einem Gut einen Zuſpruch oder Einrede zu thun hat, zu ſeinem männlichen Alter kommen iſt. Er kömmt aber zu ſeinem vogtbaren oder männlichen Alter nach unſerm Recht, im zwanzigſten Jahr ſeines Alters, wenn er nemlich ſeines Gutes ſelbſt mächtig wird. Iſt er alsdenn im Lande, ſo ſoll er in Jahr und Tag ſeine Gerechtigkeit mit Rechten fürnehmen und ſuchen; Iſt er aber ausheimiſch, und wüſte um ſeine Gerechtigkeit nicht am verkaufften Erb, noch daß es verkaufft wäre, innerhalb zwölff Jahren verſchweiget er ſein Recht nicht, ſondern hat Macht und Recht das Seine zuſuchen.

§ 18.

Allerley Wechſel wo ſie ohne Vervortheilung geſchehen, ſind nicht zu wiederruffen.

Allerley Wechſel, wo gleiches gegen gleiches in ſeiner Art als, Hauß gegen Hauß, Acker gegen Acker, oder dergleichen gegeben wird, wo ſie ohne Hinterliſt oder Vervortheilung der Mit-Erben geſchehen, haben ihren Beſtand, unangeſehen iemandes Einrede und Wiederſprechen.

Von den Bürgen.

Der ſiebende Titul.

§ 1.

Der Bürg, wo er nichts ausgenommen hat, iſt immer der Bürgſchafft verpflichtet.

Iſt einer für iemanden anders, ohne beſondere Ausnahm Bürg worden, er muß immer der auffgenommenen Bürgſchafft geſtehen, und wird derſelben ehe nicht erlediget, die Schuld und Verſpruch ſey denn

ausgerichtet. Hat er aber nur auff Tag-Zeit oder mit Beding die Bürgschafft auffgenommen, es soll dabey bleiben, und kann auff nichts weiters gedrungen werden.

§ 2.

Der Schuldglaubiger mag den Bürgen, oder den Schuldiger antasten.

Hat der Schuldglaubiger neben den Bürgen, auch seinen Selbstschuldiger, er hat die Wahl, so er will, erstlich denselben anzugreiffen, die Bürgen unbemühet; oder die Bürgen anzutasten, den Selbstschuldiger ungehindert. Jedoch wird ihm nicht gewehret, solcher Wahl halben, von einem zum andern zu kehren, und also von beyden seine Schuld zu fodern, biß er gantz bezahlt wird: Denn nicht die Wahl, sondern der Schulden Bezahlung, befreyet und erlediget, beide die Selbstschuldiger und ihre Bürgen.

§ 3.

Die Rechte geben zu, auß vielen Bürgen auch nur einen anzutasten.

So für eine Schuld, mehr denn ein Bürg in Bürgschafft seyn gestanden, es kann ein ieder derselben auf die gantze Schuld angesprochen werden. Wäre derohalben einer aus denen, mit Recht auff die gantze Bezahlung gezwungen, und hätte dem Schuld-Herrn bezahlt, der soll erstlich den Selbstschuldiger oder seine Erben, um Wiederkehrung seines Schadens belangen: Kann er aber von ihnen nicht bezahlet werden, so vergönnen ihm die Rechte seine Bürggenossen darum zubelangen, biß er alles das, was er ausgegeben und gezahlt hat, an ihnen erhält.

§ 4.

Ist der Bürg arm worden, der Schuld-Herr mag einen andern fodern.

Verarmet ein Bürg mittler Zeit seiner Bürgschafft, oder geräth in andere grosse Gefahr und Unglück, der Schuldiger muß seinem Schuld-Herrn mit neuer Bürgschafft genugsame Versicherung thun. Welche Schuldiger aber Erbschafften vermögen, dörffen keine Bürgen geben.

§ 5.

Die Bürgschafft verpflichtet auch die Erben.

Läst sich iemand in Bürgschafft ein für eine geurtheilte Person, und dieselbe stürbe mittler Zeit, ehe nemlich dem Urtheil ein Genügen

geschähe, der Bürge kan gleichwol fürgefodert werden. Unterstehet sich ein Mann solcher Bürgschafft, er verpflichtet damit nicht sich allein, sondern auch seine Erben nach ihm.

Von Schied- oder Willkührigen Richtern und von Verträgen.

Der Achte Titul.

§ 1.

Der willkührigen Richter Ausspruch soll man nicht ändern.

Lassen zwo Partheyen, so der Sachen nicht eins sind, und für Gericht zu gehen sich scheuen, ihrer Sachen Entschichtigung, auf willkührige Richter, und sich gegen einander, mit geloben auff dem, was sie erkennen und finden würden, zu gestehen verpflichten, sie müssen ihrem willkührigen Ausspruch gehorchen und gestehen, und können solche Sache nachmals weder auffheben noch ins Gericht bringen. Wäre aber auff den Vertrag eine Pön oder Straff gesetzt, der Vertrag wird auffgehoben, so eine Parthey die Pön erleget.

§ 2.

Der Schied-Richter Ampt und Conditiones.

Die Schied-Richter oder willkührte Männer, können und sollen über nichts anders sprechen, denn nur über dasjenige, so ihnen von den Partheyen mit ausgedruckten Worten, und wie weit oder fern es in die Chur gestellt und übergeben wird. Solche Übergab aber zu endlicher Entschichtung, wird den Urtheilen des Gerichts gleichmässig und kräfftig gehalten, und geschicht zu dem Ende, damit die Thädigen gemindert und auffgehoben werden. Es will sich aber den gewillkührten Richtern gebühren, die Sachen also zu entschichten, wie es redlichen und frommen Leuten zustehet. Geschähe derhalben eine gewillkührte Entschichtung also schnöd und verkehrt, daß ihre Unbilligkeit so grob wäre, daß sie iederman spühren und tadeln könte, sie kan durch des Rechts redliche Erkändtnüß, aus Urtheils-Weiß gebessert werden.

§ 3.

Zweyen wiedrigen Schied-Richtern, wird der dritte zugesellet, und dessen Außspruch bewilliget.

Setzen zwo Partheyen zween Schied-Richtern oder gewillkührten Männern ihre Sachen heim, sie drüber zu vertragen, und könnten die

beyde der Sachen nicht eins werden, man ſoll ihnen die dritte Perſon einen Ehrbahren Mann zugeben, und welches Meynung derſelbe bewilliget, die ſoll ihren Beſtand haben.

§ 4.

Freywillige Verträge haben einer geurtheilten Thädig-Sachen Krafft.

Man pfleget in zweiffelhafften Sachen, und ungewiſſen Thädigen, ehe ſie noch mit Recht geendet werden, die Verträge fürzunehmen. Haſt du dich aber willig vertragen laſſen, und gereuet dich desſelben auch gleich von Stund an, der Vertrag kan nicht darum gebrochen, noch die Sache bethädiget werden. Desgleichen kan auch kein redlicher Vertrag unterm Schein neulich gefundener ſchrifftlicher Kundſchafft-Brieff, gekräncket noch auffgehoben werden: Denn freywillige Verträge werden in den Rechten den geurtheilten, oder durchs Recht abgeſchnittenen Thädig-Sachen, gleich kräfftig gehalten; ſintemahl ja einem redlichen Mann nichts beſſer anſtehet, noch ſich ihm baß gezimet, als deme geſtehen, was ihm einmahl gefallen, und halten was er auffgenommen hat.

§. 5.

Nach dem Vertrag ſind alle Einreden, auch Fürſtliche Brieff unkräfftig.

Bricht einer den auffgenommenen Vertrag, und kömmt ihm nicht nach, nach Erkändtnüß der Schied-Männer, er wird nachmahls von allen ſeinen Einreden abgewieſen, und muß dazu auch die Straff geben dem, ſo ſie von Verſpruchs wegen fordert. Darum werden auch keine rechtmäßig-vertragene Sachen mit Fürſtlichen Brieffen nicht auffgehoben, auch in keinem Recht angenommen.

So ein unvernünfftig Thier Schaden gethan, und von Klagen auff erlittene Beſchädigung.

Der neundte Titul.

§ 1.

Der Herr des Thiers, ſo den Schaden zugefüget, oder der es angefochten, ſoll den Schaden auffrichten.

So ein zahm oder einheimiſch vierfüßig Thier, etwan aus Grimmigkeit, Geilheit oder Schrecken beweget, wieder ſeine Art iemanden Schaden thut, der Herr desſelben, ſoll entweder den Schaden zahlen, oder mit dem Thier zubüſſen, und ſich des Schadens entledigen: Es

ſey dann, er hätte ſelbſt oder ſonſt iemand anders, Hülff und Urſach zu ſolchem Schaden gegeben; alsdenn iſt derſelbe, ſo es gethan, den gantzen Schaden auffzurichten, verpflichtet.

§ 2.

Haben wilde Thiere iemanden beleidiget, deroſelben Herr muß den Schaden ergäntzen.

Hält iemand wilde ungezähmte Thiere, als Löwen, Bären, Hirſchen, Wölffe, Füchſe, Affen und dergleichen, fügen die iemanden was Schaden zu, an ihren Perſonen und Gütern, der Herr desſelben ſoll nach billigem Erkändnüß des Richters, allen Schaden auffrichten und zahlen; und würde ein Menſch von denen umgebracht der Herr des Thieres muß den Getödteten bezahlen.

§ 3.

Wer eines andern Thier beſchädiget (wo ſolches ihn nicht angefochten) ſoll den Schaden wiederkehren.

Wer eines andern Thier oder Vieh beleidiget, und ihm Schaden daran thut, der ſoll auf billige Schätzung guter Leut, den Schaden bezahlen. Doch hätte er ſich wieder die Grimmigkeit des Thiers müſſen erwehren, und es alſo beſchädiget, er iſt darum nichts ſchuldig: Denn die Natur und menſchliche Vernunfft giebt es, daß ſich iederman wieder Gefahr und Feindes-Gewalt ſchirme und ſchütze: Darum ob er wohl mit Willen, am wütendem Vieh in ſeiner Nothwehr Schaden gethan hat, ſo iſt er gleichwohl ohne Schuld.

§ 4.

Wer zum Schaden Urſach giebt, wird dem Thäter gleich geachtet.

Hat das Thier aus anderer Anreitzung und treiben, iemanden Schaden oder Weh gethan, man kan darum auf den Herrn des Thiers nicht klagen. Ingemein aber zu reden: So offt ein Thier wieder ſeine Art und Natur Schaden zufüget, mag man wieder den Herren auff Schaden klagen: Denn wer zum Schaden und Injurien Urſach giebt, wird gerechnet, als hätte ers ſelbſt gethan.

§ 5.

Hat iemand vorſetzlich oder ungefähr ſeinem Nächſten Schaden zugefüget, er muß es ihm gut machen; Kinder und Wahnwitzige außgenommen.

Hat iemand ſeinem Nächſten was Schaden gethan, mit beſengen, zerbrechen, abreiſſen und dergleichen Injurien, er muß dem Schadhafften

ſeinen Schaden mit paarem Geld alſo auffrichten, wie das verderbte in dreyßig nächſt verſchienenen Tagen gegolten hat. Durch Injurien aber, verſtehen wir hie anders nichts, denn den zugefügten Schaden von einem, der zu Schaden nicht eben Willens geweſen, ſondern ungefähr geſchehen, und der doch gleichwohl den Schaden zu bezahlen, ſchuldmäßig wird: Derohalben können um ſolche ſchädliche Thaten, ein unverſtändiges Kind und Wahnwitziger Menſch für Gericht nicht beklaget werden.

§ 6.

Was der Richter zu mercken hat, wenn iemanden auf gemeiner Straſſen oder anderswo Schaden zugefüget wird.

Wirfft, gieſſet und ſchüttet iemand aus Häuſern und Gemächern, auf gemeine Straſſen, daß davon iemanden am Leib, Haabe oder Kleidung Schaden geſchähe, derſelbe iſt ſchuldig, dem Beſchädigten ſeinen Schaden aufzurichten. Würde aber iemand auß ſolchem werffen, ſchütten oder gieſſen, an ſeinem Leib verletzt und verwundet, daß er davon auch ſterben müſte, und der Thäter ohne Verdacht wäre, als habe ers auß Fürſatz gethan, er muß des geſtorbenen Freunde verſöhnen. Iſt iemand aber nur verwundet worden, der ſo daſelbſt hin hat außgeworffen, geſchüttet oder gegoſſen, ſoll den Artz-Lohn, und des Beleidigte übrigen Unkoſten ausrichten, und ſeiner Arbeit Verſäumniß erſtatten. Gehet dahin keine gemeine Straſſe, er ſähe aber einen vorbey gehen, und wäre kund, daß ers böſlich gethan hätte, ſo gebühret es ſich, ihn darum zuſtraffen. Hingegen iſt er der Straffe ohn, wenn er ihn nicht geſehen; denn er nicht hat wiſſen noch vermuthen können, ob iemand an dem ungewöhnlichen Orth vorbey geht.

§ 7.

Unerfahrenheit, Verſäumniß, ſchädliche Spiel, Vermeſſenheit ꝛc. ſind ſtraffens werth.

Nimmt ſich iemand ſolches an, deß er keine Kunſt, Lehr noch Erfahrenheit hat, und verdirbt es: Verſäumet einer das, was er thun ſoll, oder ſchadet aus übriger Grimmigkeit; Item auch jener, ſo ſchädliche Spiele treibet; werden den Schaden ſo daraus folget, aufzurichten verpflichtet; Deßgleichen auch einer, der zu dem was er aufgenommen, zulängliche Kräfften nicht hat; Darum weil ſich niemand deſſen unterſtehen ſoll, was er ſelbſt merckt, oder mercken ſoll, daß ers nicht außführen noch verrichten kan, damit er nicht durch ſeine Unvermöglichkeit, andere in Gefahr ſetze. Deßgleichen wird auch eines Lehrmeiſters übrige Geſtrengigkeit ſtraffmäſſig.

§ 8.

Entstehet bey iemanden ein Feuer, wo es nicht muthwilliger Weise geschehen, so soll man gelinde mit ihm verfahren.

Gehet bey einem Mann unversehens ein Feuer auf, man soll gelind mit ihm verfahren und handeln, es wäre denn so grob verwahrloset worden, daß man es auch rechnen und vermuthen könte, als wär es aus überflüßigem Muthwillen übersehen, welcher billig mag beschuldiget werden.

§ 9.

Auff gemeinen Brücken und Strassen erlittener Schaden soll von den nachläßigen Ampt-Leuten erholet werden.

Land-Strassen und gemeine Brücken darauf sollen die Obrigkeit auff ihren Hätterten, gantz unversehrt halten und bewahren. Würden sie aber versäumlich gehalten, und nicht versorget wie es recht; und würde den Reisenden über Land oder ihrem Vieh etwas Schadens darauß entstehen, ohne Schuld oder unvorsichtiges Treiben des Führers, die Ampt-Leute des Orts oder Hatterts, müssen solches nachläßige und grobe Versäumniß abtragen, und den Schaden, so daraus entstanden, zahlen.

Ende des dritten Buchs.

Das vierdte Buch

Des eigenen Sachsen-Rechts in Siebenbürgen.

Von öffentlichen Gerichten oder Peinlicher Rechtfertigung.

Der erste Titul.

§ 1.

Oeffentliche Gerichte sind zweyerley.

Der öffentlichen Gerichte, seyn etliche peinlich (zu Latein Capitalia genennet) welche dem Menschen das Leben benehmen; Etliche seyn nicht peinlich, und straffen am Leben nicht; sondern gehen entweder die Ehr an, oder straffen mit Leibeszüchtigung, und mit Verweisen auß dem Lande.

§ 2.

Warum die Gerichte öffentlich genennet werden.

Sie werden aber öffentlich darum genennet, daß offtmahls ihre Exekution, Vollführung und Klage darum, einem ieden vom Volck, zugelassen und gestattet werden; Als nemlichen, um beleydigte Majestät, begangenen Ehebruch und allerley Unzucht, darauff das Gesetze, Julia Majestatis geordnet; und das Gesetz Cornelia auf Morderey, Zauberey und allerley Falsch, gestellet und gemacht seyn. Sintemal es nützlich und hochnöthig ist, daß der Schuldmäßigen Sünde an das Licht gebracht, gestraffet und abgeschaffet werde.

§ 3.

Wenn sich einer in Vertrag begeben will, es ist so viel, als wenn er bekandt hätte.

So der Übelthäter seine Missethat bekennet, er sol in gemeinem Gefängnüß verwahret werden, biß man ihn nach seiner Mißhandlung verurtheilet. Läßt er sich aber in Vertrag ein um Mißhandlung, so ihm auffgemessen werden, oder begehret selbst darum zu vertragen, es

iſt ſo viel, als habe er ſchon bekandt. Die Richter ſollen auch die Eingezogene, in die Länge mit hartem Gefängnüß nicht plagen, ſondern ſo bald als möglich, ſie zur Beklagung, und ihrer Verantwortung, auß der Verwahrung, fürs Gericht ſtellen laſſen, und was die Rechte mit ſich bringen, erklären, und alſo darauff urtheilen.

§ 4.

Auff bloſſen Verdacht ſoll man niemanden verdammen.

Auff Muthmaſſung und Verdacht, ſoll man nicht urtheilen, und die Abweſende auch Laſters halben nicht verdammen: Denn es ja beſſer iſt, die Übelthat bleibe biß auff eine Zeitlang ungeſtrafft, denn daß ein unſchuldiger mit Urtheil übereilet und verdammet werde.

§ 5.

Der Sohn kan des Vaters, und der Vater der Kinder Miſſethat nicht tragen.

Gehet der mit Tod ab, ſo der Laſterthat ſchuldmäſſig erfunden, die Straff ſtirbt mit ihm: Der Sohn aber ſoll des Vaters Miſſethat und Straff nicht tragen: Auch kan des Vaters Miſſethat den Kindern keinen Schandflecken anhängen; Denn ein ieder muß für ſich ſeiner Mißhandlung wegen Straffe leyden, und die Straff fremder Laſter erbet nicht.

§ 6.

Straff eines Bürgen, der den Verbürgten zu ſeiner Zeit ans Recht nicht ſtellen kann.

Würde einer bürg für einen Laſtertähtigen, und könnte ihn zu rechter Zeit nicht wiederum ins Recht ſtellen, der Bürge wird darum nicht am Halſe, ſondern am Geld geſtraffet. Schaffts aber der Bürge ſelbſt alſo, daß er nicht mag geſtellet werden können, er kann auch ſtrenger mit ungewöhnlicher Straff angenommen werden.

§ 7.

Die Unſchuld rechtfertiget den Angeklagten, und nicht des Wiederſachers Beſchuldigung.

Der Verklagte kan ehe wieder den Kläger, Laſters halben nicht wieder klagen, noch ihn in etwas beſchuldigen, er habe denn erſtlich ſich wieder ihn gerechtfertiget: Denn in den Rechten wirds alſo gehalten, daß die Unſchuld den Beklagten rechtfertiget, und nicht die Gegen-Beſchuldigung.

§ 8.

Wer nicht beweiſen kan, was er andere verklaget, wird mit der Straff, welche auff die That erfolget wäre, geſtraffet.

Redet einer wieder iemanden was Laſters halben, er ſoll für Gericht treten, und des Schuldmäſſigen Nahmen offenbahr machen, und gleichwol hieneben auch wiſſen, daß muthwillige Beſchuldigung ungeſtrafft nicht wird hingehen. Denn böſe, falſche, oder ertichtete Aſterreden, werden mit gleichmäſſiger Straff, ſo jenen (wo er des beziegenen Laſters wäre überwieſen worden) erfolget hätte, geſtraffet.

§ 9.

In Haupt-Laſtern ſoll man nicht bald zu Folterung greiffen, es wäre denn ſchier offenbahr, ꝛc.

Die Haupt-Laſter, ſo den Hals angehen, ſeyn vorhero durch Fragen, und nicht gleich Anfangs durch Folterung oder peinliche Fragen zu ergründen; doch ſoll man nicht leichtlich zur Marter greiffen, es ſey denn der Beklagte in groſſer Vermuthung, und der Miſſethat aus aller Anzeigung dergeſtallt verdächtig, daß allein nur ſein eygen Bekändnüß gebreche. Sind aber mehr denn einer oder zween, ſo einer That halben ſollen verhöret werden, man kan die Peinigung an dem, ſo am forchtſamſten iſt, oder der jüngſte, anfahen.

§ 10.

In ungnugſamen Verdacht, werden auch die durch Pein erfragte Bekändnüße, nicht allezeit als wahrhafftige erkennet.

In Sachen, da nicht Anzeigungen ſind gnugſames Verdachts, ſoll man nicht bald durch die Marter fragen, ſondern bey dem Kläger anhalten, damit er ſeine Klage beweiſe, und durch Bewährnüß den Beklagten der That überzeuge. Auch ſollen die Bekändnüße, ſo durch die Pein von den Beſchuldigten ſind außgefraget worden, nicht leichtlich vor offenbahre bewährte Laſter gehalten werden, der Richter werde denn aus Erkündigung des Weſens und Lebens deſſen, darauff ſolch Bekändnüß gegangen iſt, oder aus andern Umſtänden, gnugſam berichtet, daß es wahr ſeyn könne.

§ 11.

Nimmt einer etwas Böſes für und verrichtet es nicht, es ſoll ihm nicht ſchaden.

In Maleſitz-Sachen, ſoll man nicht allezeit auff den Außgang, ondern auch auf den Willen deſſen, ſo die That begangen, ſehen.

Denn keiner thut aus Fürſatz, darüber er nicht zuvorn mit böſem Fürnehmen bedacht geweſen iſt. Rathſchlaget aber einer auf was böſes zu thun, und folget die That nicht darauff, es mag ihm zu keinem Schaden gereichen.

§ 12.

Wer einmahl von einem Laſter gerechtfertiget iſt, kan zum andernmahl darum nicht angeklaget werden.

Wird einer um eine Laſterthat für Gericht bethädiget, und vom Richter derſelben einmahl gerechtfertiget, derſelbe erſte Kläger mag ihn zum andernmahl nicht wieder darum annehmen noch verklagen.

§ 13.

Wer Tränke giebt, Weibliche Früchte zu verderben, wird aus dem Land verwieſen ꝛc.

Giebt iemand Tränke die Früchte aus mütterlichem Leibe abzutreiben, oder Liebe gegen iemanden zu machen, ob gleich dieſes nicht aus böſslichem Fürſatz geſchehen, oder auch keinen Schaden bringt: Doch dieweil es zum böſen Exempel gereichet, ſo verlieret ſolche Perſon ein Theil ihrer Güter, und wird aus dem Land verwieſen. Verdirbt aber ein Weib oder ein Menſch aus ſolchen Tränken, jene, ſo den Tranck gemacht und gegeben hat, ſol am Halſe geſtrafft werden.

Von Diebſtal und geraubten Gütern.

Der Andere Titul.

§ 1.

Was ein Diebſtal ſey, und welche darum klagen können.

Der Diebſtal heiſſet, und wird alſo begangen, wenn einer heimlich mit Betrug, fremd Gut, ohne und wieder ſeines Herrn Wiſſen und Willen, angreifft, und, ſich darauß zu behelffen, iemanden abträgt und entwendet. Um die That des Diebſtals mag nicht allein der Herr des entwendeten Gutes, ſondern auch der, den es der Gewährſchafft halben angehet, daß es unverlohren ſey, für Gericht wieder den Dieben klagen: Um das geſtohlene Gut aber kan anders niemand, denn der Herr ſelbſt, dem es entragen iſt, oder ſein Erbe, wo ers findet, klagen, und es wiederfodern: Auff die Wiederſtellung auch desſelben Gutes, kan anders niemand, denn der Dieb oder ſein Erbe belanget und gedrungen werden.

§ 2.

Obgleich der Dieb das verstohlene Gut wiederstellet, entgehet er doch der Straffe nicht.

Sintemahl nun hieraus kund und offenbahr ist, daß die Klag auff Dieberey, die gebührliche Straff, die Condiction aber und Vendication (das ist, die Klag und Anspruch auffs gestohlen Gut) die Wiederstellung des Diebstals fodert; so mag man wohl darauß vernehmen, wenn das gestohlene Gut schon ist wiedergestellet, daß gleichwohl die Straffe darum nicht ist auffgehoben noch getilget; und daß hinwieder gleicher Gestalt nach erlittener Straff, das gestohlene Gut dennoch mag gefodert und wiedergestellet muß werden.

§ 3.

Die Kinder mögen um ihrer Eltern That nicht gestraffet werden.

Dieweil die Kinder und Erben der Eltern Straffe zutragen nicht schuldig werden, darum folget, daß sie auch ihrer Dieberey halben nicht beklaget, noch angenommen werden sollen, sondern nur um das gestohlene Gut, welches sie wieder zu geben schuldig sind.

Würden iemanden Schuld-Brieffe, oder dergleichen andere Zedel oder Register unterdruckt oder verhalten, die so sie einhalten mögen nicht um die Brieff, Register und Zedel allein, soudern um alles das, was dem Kläger daran gelegen, oder ihme der Brieffe Mangels wegen, Schaden giebet, angesprochen und beklaget werden.

§ 4.

Welcher mit Rath und That dem Dieben im stehlen beförderlich ist, kan auch als ein Dieb beschuldiget werden.

Hat einer mit Rath und That den Diebstal helffen befördern, und begehen, der mag eben so wohl als der Dieb selbst, desselben beschuldiget, und für Gericht angeklaget werden. Weil aber keine Dieberey geschehen kan, man greiffe denn ein frembd Gut an; darum schadet auch denn erst Rath und That, wenn das Gut angegriffen, und dem rechten Herren ist abgetragen worden.

§ 5.

Thaten, so einem Diebstal gleich geachtet werden.

Findet iemand was frembes, und hebt es auff, zeigets aber weder dem Gericht an, noch läßt es ausruffen, sondern behält es, sich daraus zu bereichern, er begehet einen Diebstal daran, er wisse gleich

wes es seye, oder wisse es nicht. Tastet einer auch fremde Güter an, in diesem Willen und Meynung, daß er sich damit zu behelffen gedencke, und sie in seinen Nutz zu wenden, besinnet sich aber nachmals besser, und wiederstellet es seinem Herren, dem ers entragen hat, er begehet dennoch eine Dieberey daran; denn solches Berenen und Buß, löschet weder die begangene That, noch tilget die Verschuldung, sonderlich so die That fürs Gericht kommen ist. Raubet auch einer ein Gut, und wiederkehret es, ehe man für Gericht darauff klaget, er mag damit der Straffen nicht entgehen: Also auch der nicht, so es wissentlich und böslich verhölet, wenn es für Gericht gebracht wird.

§ 6.

Mehrere Händel, so einem Diebstal gleich geachtet werden.

So der Schuldiger sein eingesetztes Pfand, ohne Wissen und Willen des Schuld-Herrens, ihme entträget, er begehet eine Dieberey daran. Also kan auch der Herr eines eingetriebenen oder geschätzten Viehes daran ein Diebstal begehen, so ers ohne Wissen und Willen des Eintreibers, auß seiner Gewährschafft und Bewahrung heimlich wegtreibt. Verkaufft auch einer wissentlich ein fremd Gut, deß er kein Recht zu verkauffen, oder übergibt es auß anderer Ursachen irgend hin in fremde Gewalt, deß er keinen Befehl hat, er begehet eine Dieberey daran: Hielte ers aber für das seine, unwissend das es fremd ist, und verkaufft es oder entfremdet es, es mag ihm nicht zur Dieberey auffgemessen werden; dieweil keine Dieberey ohne Fürsatz und Willen zu stehlen, geschicht.

§ 7.

Wer einen Dieben, Rauber ꝛc. wissentlich beherberget, oder um Geld lauffen läßt, wird eben wie jene gestrafft.

Die, so Dieben, Rauber oder andere Übelthäter, wissentlich zu sich einnehmen und beherbergen, machen sich ihrer Verschuldung theilhafftig, und verfallen nicht weniger, denn die Übelthäter selbst, darum werden sie auch eben wie jene gestrafft. Desgleichen die, so Diebe, Mörder oder Rauber, hätten greiffen mögen, und Geld oder ein Theil des geraubten Guts genommen und sie frey gelassen, verbrechen auch wie jene, und werden wie die Thäter gestrafft. Wäre es aber Sach, daß ein Verbrecher irgend bey seinem Blut-Verwandten, Freund oder Schwager herberget, welchem dieses Mißhandlung bewust, derselbe soll

gleichwohl nicht so hart, wie ein Fremder gestrafft werden, dieweil ers nicht so wohl Nutzes, als Freundschafft halben thut.

§ 8.

Das gestohlene Gut mag einer mit Recht, wo ers findet, wegnehmen.

Verkaufft der Dieb das gestohlene Gut iemanden, oder reichet es weg von sich, der Herr dem es dieblich entwendet ist, mag es annehmen, wo und bey wem ers findet, und mit Recht erhalten, also daß auch der, so es gekaufft hat, sein Geld von ihm nicht wieder zu fodern habe. Denn gestohlene Güter, sollen stracks ohne allen Verzug, Einred und Fürwenden ihrem rechten Herren folgen.

§ 9.

Wird einer eines Diebstals angesprochen, er muß seinen Währ-Mann darstellen.

Alle, so auff Königs-Boden wohnen, bey welchen gestohlene Güter und Viehe gefunden und angesprochen werden, müssen darum Ausweg geben. Spreche derowegen einer, er habe sie durch redlichen Kauff bekommen, er soll seinen Währ-Mann für Gericht, da er darum wird angenommen, stellen und anweisen. Wäre aber der Währmann fremdem Gericht unterseſſen, es ist gnug, so er ihn daselbst persönlich darstellet.

§ 10.

Straffe der Dieben, welche gemeine Güter, oder Kirchen-Gut gestohlen.

Gemeine Rechte und Land-Beschlüße halten ein, daß die ergriffene überwiesene Dieben mit dem Strang gerichtet werden: Jene aber, so geweyhete oder Kirchen-Güter auß den Kirchen stehlen, werden mit dem Feuer gestrafft: Würde aber Privat-Gut, so gute Leute dahin gelegt, aus den Kirchen gestohlen, man kan nicht um Kirchen-Raub oder Diebstal, sondern auf Privat-Dieberey klagen und straffen.

§ 11.

Einen Dieben so sich wiedersetzet, lassen die Rechte zu, auff der That zu erschlagen.

Bringet iemand einen Nachts-Dieben in frischer That um3 Leben, er wird desselben alsdann unsträfflich so er ihn, ohn eigenes Leibes Gefahr nicht hat verschonen können: Einen ertapten Tag-Dieben aber geben die alte Römische Rechte umzubringen anders nicht zu, der Dieb stelle sich denn mit Gewehr, als mit Stangen, Eisen und Stein, zur Gegenwehr.

§ 12.

Wiſſentlich angenommen-geſtohlenes Gut, ſoll mit Straff wiederſtellet werden.

Hat ein Herr von ſeinem Dienſtbothen geſtohlenes Gut, wiſſentlich angenommen und behalten, er mag beyde zu Wiederſtellung des geſtohlenen Guts, als auch auff die Straff des Diebſtals belanget werden.

Von Todtſchlägen.

Der Dritte Titul.

§ 1.

Ein Mörder wird am Leben geſtrafft.

Allgemeine Land-Rechte und angenommene Gewohnheiten ſtraffen die offenbahre, oder überwieſene Todtſchläger und Mörder mit dem Schwerd vom Leben zum Tode.

§ 2.

Welcher einen ungefähr erſchläget, ſoll nicht darum zum Tode verurtheilet werden.

Selige Käyſer und Landes-Fürſten haben zum Rechten geſetzet, daß der, ſo einen Menſchen getödtet, doch ungefehr, und nicht mit Willen, des Mords mag freygeſprochen; ein anderer aber, ſo zwar kein Mörder iſt, ſondern iemanden verwundet hat im Willen ihn zu entleiben, als ein Todtſchläger kan verurtheilet werden. Sintemahl der Willen und was aus Fürſatz geſchicht, alle Mißhandlung und die Thaten unterſcheiden.

§ 3.

Welcher Gifft zubereitet, andern zu ſchaden, wird als ein Mörder geſtrafft.

Richtet einer Gifft zu, träget ſie auch bey ſich, oder reichet ſie weiter, andern damit zu ſchaden, er wird als ein Mörder, ſo mit Gewehr andern nach ihrem Leben geſtellet, geſtraffet.

§ 4.

Es iſt kein Unterſcheid unter dem, welcher mit eigener Hand tödtet oder Urſache darzu giebet.

Hat einer gehalten, und der ander den Mord begangen, der ſo gehalten hat, wird eben wie der Mörder ſelbſt, geſtraffet, dieweil er

zum Mord Urſach gegeben hat: Denn es iſt kein Unterſcheid, es tödte einer mit eigener Hand, oder gebe Urſach und Gelegenheit zu tödten.

§ 5.

Die natürliche Vernunfft und alle Geſetze gebens zu, daß man Gewalt mit Gewalt abwehren kan; doch ohne Rach-Übung.

Wird iemand mit Gewehr angelauffen, und mit Gewalt alſo genöthiget, daß er ohne Leibes- und Lebens-Gefahr, nicht weichen könte, ſchlägt er den andern in ſeiner abgenöthigten Gegenwehr zu todt, oder überwältiget den nachſtellenden Straſſen-Rauber, er iſt darum keiner Straff ſchuldig. Denn natürliche Vernunfft giebt es nach, ſich in der Noth zu wehren, und wieder Gewalt zu ſchirmen. Alle Recht und Geſätze geben zu, daß man ſich der Gewalt mit Gewalt erwehren mag, doch ſo ferne ſolche Gegenwehr nicht zur Rache gerichtet iſt, ſondern zu Rettung allein Leibes- und Lebens-Gefahr, und mit untadelhafftiger Nothwehr geſchicht. Denn zwiſchen der Nothwehr und Rache iſt ein Unterſcheid: Die Nothwehr geſchicht, ſo bald einer angegriffen wird; Rache aber heißt, ſo der Anlauffer nach ſeiner erſten Benöthigung gewichen, und der Angegriffene aus Grimme und freyen Willen, ungenöthigter Dinge, ihm nachgefolget, und ihn erſchlagen hätte; alsdenn wird er Schuldmäſſig und muß Beſſerung thun.

§ 6.

Wenn einer im Hader tödtlich verwundet, ſoll man fleißig erforſchen von denen ſo zugeſchlagen haben.

Würde ein Menſch im Hader oder Auffruhr tödtlich geſchlagen, daß er ſterben muß, man ſoll eines ieden Schlag, deren ſo mit zugeſchlagen haben, fleißig erfahren und beſchauen, damit an Tag komme, welcher mörderiſch geſchlagen, und derſelbe für die andere geſtrafft werde. Kan man aber nicht wiſſen, wer zum erſten geſchlagen, man muß erfragen welcher zum erſten den Hader hat angefangen. Wird einer aus vielen, ſo geſchlagen haben, im Rechten angenommen die andern werden dadurch nicht frey: Denn was einer büſſet, das erlediget die andern der Straffe nicht, dieweil ein ieder für ſich ſelbſt ſeiner Mißhandlung Straff leyden muß.

§ 7.

Wenn einer verwundet wird, und ſich der Wunden nicht achtet, noch der Aertzte: Stirbt er, der ihn geſchlagen hat, wird für keinen Mörder gehalten.

Iſt einer nicht tödlich verwundet, ſondern verwahrloſet ſich ſelbſt, als nemlich, wenn er verſäumet oder verachtete die Aertzte zu

gebrauchen, oder hielte ſich nicht nach Befehl und Lehre der Aertzte oder achtete ſeiner ſelbſt nicht, und hielte ſich alſo, daß es ihm an den Wunden ſchadete, und ſtürbe: der ſo ihn geſchlagen, kan nicht wie ein Mörder angeklaget noch geſtraffet werden.

§ 8.

Wird einer unwiſſend in einem Getümmel getödtet, die zugeſchlagen haben, werden des Todtſchlags ſchuldig.

Würde einer in einem Getümmel entleibet, und wiſſete niemand, wer ſolche Entleibung begangen hätte, ſo ſoll ein ieder derer ſo mit Gewehr zugeſchlagen haben, um einen Todtſchlag geſtraffet werden. Würde es aber offenbahr, von welches Schlag der Geſchlagene hätte müſſen ſterben, derſelbe ſoll allein als ein Todtſchläger, und die andern um Verwundung geſtraffet werden.

Vom Abtrag um Entleibung, oder Sühnen.

Der vierte Titul.

§ 1.

Der Todtſchlag wird um 40 Gulden verſöhnet.

Nach dem offtmahls ein Verbrecher, um Entleibung eines Menſchen nicht zum Tode, ſondern aus Urſachen auf Erkändtnüß des Gerichts, um den Entleibten zum Abtrag, verurtheilet wird: Darum iſt zum Rechten geſetzt, daß man einen Entleibten nicht höher denn um viertzig Gulden ſühnen ſoll: alſo wäre auch einer was Laſters, ſo den Hals angehet, überwunden, und würde am Leben nicht geſtrafft, er kan auch nicht über 40 Gulden an Geld geſtrafft werden.

§ 2.

Etliche verletzte Glieder, wie hoch ſie verſöhnet werden.

Eine lebendige Sühne, wird in unſern Rechten auf zwantzig Gulden gerechnet. Schlägt einer dem andern den Arm lahm, oder verhauet ihm eine Hand, er muß dem Beſchädigten zwantzig Gulden abtragen. Ein abgeſchlagener oder ein gelahmter Daumen, wird mit zehen Gulden und der andern Finger oder Zähen einer mit fünff Gulden geſühnet.

Das Auge	wird auff	zwantzig	Gulden geſühnet.
Das Ohr		zehen	
Die Zunge		zwantzig	
Ein Seiten-Rippe		zwantzig	

Die Wundenmahl aber und Mißgeſtalt, werden nicht gerechnet; dieweil ein freyer Leib nicht kan geſchätzet, noch geſühnet werden.

Von Schmach-Reden.

Der fünffte Titul.

§ 1.

Wer einen seinem ehrlichen Nahmen schmähet, der soll die Ehre wiedergeben.

Es ist ein gemein Laster, daß etliche offtmahls aus lauter Muthwillen und Frechheit, frommer Leute Ehren und guten Nahmen, entweder gegenwärtig ins Angesicht, oder hinderrücks abwesend, unterweilen mit Schmach-Reden, zuweilen durch Schmach-Schrifften, pflegen zu verletzen; wieder welche die verletzte Person solcher Schmach wegen vor Gericht klagen kan. Hierin aber ist dieses zum Rechten gesetzt; daß so iemand um solche Schmach verklaget, und durch Zeugniß überwunden würde, der soll der geschmäheten Person ihre Ehr an dem Orth, da sie verletzt worden, wiedergeben, und durch Abbitte allen Unmuth beylegen: Der Richter aber soll den Schmäher, seiner frecher Zungen halben, nach der geschmäheter Person Ehren, und Gelegenheit des Orts, da die Schmach geschehen ist, straffen. Denn die Injurien werden aus vielerley Umständen gesteigert und härter auffgemessen, als aus des Frevels That selbst, oder von wegen des Orths, da die Injurien geschehen, und der Zeit wegen, wann sie sich haben zugetragen.

§ 2.

Wer aus Zorn einen schmähet, wo er nicht darauff bestehet, es kan ihm nicht auffgemessen werden, es sey dann, daß ers beweisen wolte, und könte nicht.

Alles was in hitziger oder des Zorns unsinniger Bewegung entweder geschicht, oder schmählich zugeredet wird, kan ehe nicht bestehen, noch zur Straffe auffgemessen werden, es bestehe denn der, so es geredet oder gethan hat, darauff, daraus man abnehmen mag, daß ers aus fürgesetztem Muth und Willen gethan und geredet habe. Hat derowegen einer den andern geschmähet, und die Ehre ihm gekräncket, und bestehet darauff, daß er solches mit Zeugen darthun und beweisen wolte und vermögte solches nicht gnugsam, der soll nicht allein die Schmach abbitten, sondern auch nach des Gerichts Erkändnüß, auf die Straff der Zungen verurtheilet werden; von welcher das Zweytheil dem Richter, das Drittheil aber dem beleidigten und geschmäheten Gegentheil, gebühren soll.

§ 3.

Klaget einer nicht auf frische Schmachreden, sondern nach langer Weil, er wird abgewiesen vom Gericht.

Läßet einer seine Klage um Schmach, so ihm angethan, sincken und klaget nicht auf frische Schmach-Rede, er wird geachtet, als hätte ers aus der acht geschlagen, und die Schmach dem Injurianten erlassen, und mag sie nachmals, so es ihm einmahl gereuet, nicht auffregen noch darum klagen.

§ 4.

Schmähen sich ihrer zween gleichermassen; wie ihre Verschuldung anzusehen und zu straffen.

Haben sich zwo Partheyen mit Schmäh-Worten aneinander begriffen und im Gezäncke eine wie die andere geschmähet, also daß sie sich gleichermassen begegnet haben, so wird eines gegen das andere gerechnet, und kan kein Theil wieder das andere zur Rache oder Straff klagen. Bringt aber eine Parthey die Sache vors Gericht und klaget darum, der Richter soll beyde Partheyen ihrer Verschuldung nach, an Geld darum straffen: Offenbahre und bewährte Schmach aber, welcher wegen auch gebührliche Straff dem Schuldmässigem Theil aufferlegt wird, mag der überwiesene Schmäher weiter nicht, denn vom Richter biß vor den Rath appelliren, noch führen.

§ 5.

Wer einen aus der Behausung herauß zum Kampff fordert, der wird auf 20. Gulden gestrafft.

Ruffet einer den andern aus eigenem oder frembem Hauß, zum Kampff und schlagen herauß, er begehet daran eine Gewalt, welcher halben er auff 20. Gulden soll gestrafft werden. Der geruffene aber soll sich enthalten, und zur Rache angemutheter Injurien, nicht heraus machen, welches ihm auch zu keinem Nachtheil und Unehren gereichen, noch auffgemessen werden soll.

Von Falschheit und Sachen, dadurch man unehrlich wird.

Der sechste Titul.

§ 1.

Wie man auff mancherley Art, die Falschheit begehen kan.

Wer gefährlicher Weise, unrechte Thädigen anzurichten falsche Zeugen und Bewährnüß auffrichtet, oder falsch Zeugniß zu geben,

Geld genommen, oder ſich derohalben mit iemanden verbunden, oder in Geſellſchafft begeben hat oder Geldes halben ſein Zeugnüß verſchweiget, verläugnet oder gefährlicher Weiſe verziehet, der mag um begangene Falſchheit geſtraffet werden.

§ 2.

Welche Teſtamenter oder Handſchrifften verfälſchen, denen wird Waſſer und Feuer verſaget.

Deßgleichen, wer eines lebendigen Teſtament auß Argliſt verändert, oder ihm ſelbſt darein was zuſchreibt, oder zuzuſchreiben verordnet und befiehlt: Item, wer ein fertiges Teſtament gar hinwegſchafft, verberget, verhölet, oder mit Gewalt dem Teſtierer nimmt, radirt, außthut oder unterſchreibt; Item der wiſſentlich ein falſch Teſtament, oder ein ander Inſtrument, mit Betrug ſchreibet, zeichnet, beſiegelt, oder ſolches durch andere zu geſchehen verſchafft; Item wer fremde Handſchrifft, Libell oder Regiſter verkehret, verändert; Item, der wieder ſeine eigene Handſchrifft oder Sigel widerwärtiges Zeugnüß giebt; Wer auch ein falſch Sigel oder Zeichen macht: Dieſe alle, ſo ſie ſolcher geübten Falſchheit überwunden werden, werden auff Poen der Falſchheit angezogen, und wird ihnen Waſſer und Feuer verſaget, alſo, daß ſie ins Elend geſchickt, und darzu unehrlich gehalten werden.

§ 3.

Begehet einer gröblich die vorige Punct, er mag darum verurtheilt werden.

Es möchte auch einer mit Übung und Gebrauch, ſolcher Falſchheit, alſo betrüglich, ſchändlich und gefährlich gehandelt haben, daß er auch vom Leben zum Tode darum (auff gnugſame Beweiſung) könte gerichtet werden.

§ 4.

Wer ein Gut zweymahl verkaufft, wird darum unehrlich: Wer auch im Kauffen und Verkauffen, mit Gewicht und Maaß betrieget, verſpielt dieſelbigen Güter.

Verkaufft einer ein Gut zweymahl gantz, als ietzt dieſem und folgens auch einem andern, der begehet eine Falſchheit, und wird darum unehrlich. Wer im Kauffen und Verkauffen, mit Gewicht und Maaß, von der Obrigkeit geſetzt und angenommen, betrüglich umgehet, der verfällt die Güter, welche er außwiegt und ausmeſſet. Geldſtraffen aber bringen dem geſtrafften keine Verleumdung noch Unehre zu.

§ 5.

Wer die Müntz verfälschet, wird mit dem Feuer gestraffet; auch die so falsche Müntz kauffen oder verkauffen, begehen eine Falschheit.

Die Müntz-Fälscher, als die nehmlichen, so falsche Müntz schlagen und machen, die werden sampt allen denen, so ihnen darzu geholffen, oder wissentlich ihre Behausung darzu geliehen, mit dem Feuer gestrafft. Wer aber mit Zusatz das Gold fälschet, oder aus falschem Silber müntzet; Wer auch falsche Müntz kaufft oder verkaufft, Leute zu betrügen, werden auff Poen der Falschheit verhafftet, und werden darum ehrloß, und aus dem Lande vertrieben. Welche aber güldene Müntz schaben, brechen und zum Betrug färben, werden am Leben gestrafft.

Vom Ehebruch.

Der siebende Titul.

§ 1.

Straffe des Ehebrechers und der Ehebrecherin.

Gemeiner Landes-Gewohnheit nach, wird der Ehebrecher mit dem Schwerd zum Tode gerichtet; Die Ehebrecherin aber in einen Sack gestossen und im Wasser ersäufft.

§ 2.

Wer eines andern Ehebett beflecket, soll durchs Schwerd umkommen.

Wer eines andern Ehe beflecket, er seye gleich eine ledige oder eine verbundene Person in der Ehe, der wird wie ein Ehebrecher durchs Schwerd gestrafft. Also wird auch ein Ehe-Mann, so er eine ledige Dirn geschwächet hat, wie ein Ehebrecher gestrafft.

§ 3.

Die, so unziemliche Sachen von Ehe-Weibern begehren werden nach des Gerichts Erkändtnüß gestrafft.

Die, so um unziemliche Sachen Ehe-Weiber ansprechen, ihre verpflichtete Liebe und eheliche Treu zu brechen, werden ihres schnöden Willens und Anmuthens wegen zwar nicht mit dem Schwerd, sondern nach des Gerichts Erkändtnüß, auff eine andere Weise gestrafft, ob sie wohl ihrer bösen Lust, Brunst und Begehrens nicht seyn gewähret worden.

§ 4.

Wer ſein Weib u. d. g. ums Geld gemein machet, oder ein Huren-Hauß hält, wird dem Ehebrecher gleich geſtraffet.

Wer ſein Ehe-Weib, Tochter, oder ſonſt eine andere Weibes-Perſon, um Geld, oder auch ſonſt einiges Genuß wegen, durch ſein ſelbſt Gedult oder Verhängnüß, gemein mächt und verkuppelt; Wer auch ſein Hauß zur Hurerey geſtattet, oder Rath und That darzu giebt, die werden eben wie der Ehebrecher geſtrafft.

§ 5.

Begreifft ein Mann ſein Weib im Ehebruch, und duldet es, er wird für einen Kuppler gehalten. Behält auch der Mann ſein treuloß Weib bey ſich, er kan nachmahls vor Gericht nicht klagen.

Begreifft ein Mann ſein Ehe-Weib auff friſcher That im Ehebruch, und behält es bey ſich, und gedultet es wiſſentlich, der wird als ein gemein Frauen-Wirth und Kuppler gehalten. Hätt ers aber nur im Verdacht, er kan der Kupplerey nicht geſcholten werden. Behält auch der Mann ſein treuloß Weib bey ſich in der Ehe, nach dem er ihres Falls recht innen worden, und verſühnet ſich mit ihr, er mag ſie nachmahls mit Klagen für Gericht nicht belangen.

§ 6.

Wer ein Weib oder eine Jungfrau nothzüchtiget, er muß den Hals darum geben, das Weib aber mag vor keine Hure gehalten werden.

Wer eines andern Ehe-Weib oder eine züchtige Wittib, oder eine Jungfrau, wieder ihren Willen mit Gewalt nöthiget, und zu ſeinem Willen und Unzucht zwinget, wird er darum für Gericht angeklaget, er muß ſeinen Hals darum geben, darzu auch alle die, ſo zu ſolchem Nothzwang geholffen haben. Würde aber ein Weibesbild von iemanden mit Gewalt genothdränget, die mag nicht vor eine Hure und Ehebrecherin gehalten, noch geurtheilet werden. Würde eine auf dem Felde genothzüchtiget und geſchwächt, es iſt gnug, ſo es mit einem; in der Stadt aber oder auffm Dorff, mit zween Zeugen bewieſen wird.

§ 7.

Im Gericht über den Ehebruch, ſoll man fleißig erforſchen, ob der Mann züchtig gelebt oder nicht.

Der Richter, ſo über den Ehebruch richtet ſoll zwiſchen andern Sachen und Umſtänden, hierauf ſonderlich Acht geben und mercken

ob der Mann ſelbſt keuſch und eingezogen oder züchtig gelebt, und dadurch ſeiner Frauen, ſich ehrlich und keuſch zu verhalten Urſach gegeben habe: Denn es wäre ja der Billigkeit nicht gemäß, daß der Mann Keuſchheit von der Frauen forderte, welche ſich bey ihm ſelbſt nicht findet.

§ 8.

Bey begangenem Ehebruch, kan das gantze Hauß-Geſind zeugen.

In der Klag auff begangenen Ehebruch, und zur Beweiſung desſelben, kan man beyde des Mannes und des Weibes Hauß-Geſind (welches zur Stunde des begangenen Ehebruchs, bey dem Hauß verhanden geweſen,) zum Zeugnüß einſtellen und befragen.

§ 9.

Von einer Hure, die einmahl oder zu mehrmahlen in Unzucht ergriffen wird.

Würde eine freye Perſon oder lediger Geſell von einem geſchwächten Weibes-Bild, um ihre Ehr, ſo er ihr mit Verſpruch der Ehe benommen haben ſolte, angeſprochen, und ſolches weder gnugſam beweiſen, noch vollkömmlichen Verdacht ihm darauf machen könte, er ſoll ohne den Eyd frey geſprochen werden: Die geſchwächte Hure aber, ſoll ſechs Gulden zur Straff verfallen haben, aus welchen dem Gericht das halbe, und das andere halbe Theil. dem armen-Kaſten gebühren ſoll. Würde ſie aber zum andern oder zu mehrmalen in Hurerey begriffen ſie ſoll mit Ruthen geſtrichen, aus dem Land oder ihrer Stadt-Gegend vertrieben werden: Der aber alſo mit ihr zuſchaffen gehabt hat, ſoll um ſechs Gulden geſtrafft werden, daraus wiederum dem Kaſten drey Gulden, und die übrigen dem Richter gebühren ſollen.

§ 10.

Wenn ein junger Geſell eine Jungfrau ſchwängert, ob ſie die verſprochene Ehe gleich nicht gantz beweiſen kan, er ſoll ſie nehmen, oder vier und zwantzig Gulden zahlen.

Würde aber ein junger Geſell überzeuget, daß er eine unberüchtigte Jungfrau, ſo vorhero züchtig und ehrbahr gelebt, geſchwängert hätte, und des Verſpruchs auff die Ehe nicht überwieſen, ſondern aus Umſtänden allein verdächtig gemacht, er ſoll ſie zur Ehe nehmen, oder vier und zwantzig Gulden zur Straff zahlen, aus welchen dem Gericht und armen Kaſten auf gleiche Theile zu theilen zwölff, und die übrigen zwölff Gulden der Geſchwächten auf des Kindes-Zucht verfallen ſollen,

aus welchen ſie dem Gericht drey Gulden, ihrer Miſſethat halben zahlen ſoll. Der Jungfrau Schwächer aber, ſoll mit ſeinem leiblichen Eyd allein, ſich des Verdachts auff die zugeſagte Ehe, frey machen. Würde er aber des Verſpruchs auff die Ehe gnugſam überwieſen, er ſoll ſie zur Ehe nehmen, oder durchs Schwerd gerichtet werden, er könte ſie denn mit guten Worten beſänfftigen und ſtillen, und ſich alsdenn auch mit dem Gericht verſtehen.

§ 11.

Bekennet eine Hure auf einen Ehe-Mann, kan ſie den Verdacht nicht beweiſen, der Mann wird ohne Eyd frey, ꝛc.

Ziehet das Gericht durch Inquiſition eine geſchwächte Perſon ein, und dieſelbe gäbe ihres Leibes-Frucht einem Ehe-Mann, ſie muß es gnugſam beweiſen: Kan ſie daß nicht thun, und auch keinen Verdacht dem beklagten Mann nicht aufbringen, er mag ohne den Eyd frey werden, ſie aber ſoll ſolch Berüchtigen öffentlich wiederruffen, und die Zunge vom Gericht zur Straffe löſen. Machte ſie ihm aber durch Zeugniß einen ſcheinbahren Verdacht, er ſoll mit ſeinem und ſeiner Frauen leiblichen Eyden befreyet werden: Er ſelbſt ſoll eyden, daß er der beklagten Laſter-That gantz und gar unſchuldig ſey: ſeine Frau aber, daß ſie ſolches nie nicht an ihrem Mann geſpühret habe. Alsdenn ſoll die Hure am Pranger mit Ruthen gezüchtiget, verwieſen werden.

§ 12.

Bezüchtiget ein geſchwängert Weib einen Ehe-Mann, und beweiſets ihm auch, er muß ſeinen Hals darum geben.

Berüchtiget ein geſchwängert Weib, auſſerhalb dem Gericht, einen Ehe-Mann, berufft ſie ſich auff Zeugnüß, und würde für Gericht angezogen, daſelbſt ſolches zu beweiſen, wo ſie es mag zuwege bringen, der Mann muß mit dem Halſe bezahlen. Würde ſie ihn aber nur mit Verdacht beſchweren, der Mann ſoll, wie droben, durch ſeinen und ſeiner Frauen Eyd, frey werden; der Hure aber die Zunge im Halſe gekürtzet oder ausgeſchnitten, und aus dem Lande in das Elend verwieſen werden; darum, weil ſie dem berüchtigten Mann nicht auf ſeine Ehre allein, ſondern auch auffs Leben geſtanden war. Iſt es aber ihr erſter Fall, und hätte ihres vorigen Lebens und Wandels halben ein ehrliches Zeugnüß, ſo mag man ihres Leibes verſchonen, und ſie mit öffentlichem Wiederruffen, an Geld abſtraffen.

§ 13.

Eine eheliche Person, des Ehebruchs überzeuget, wo sie zuvor keusch gelebt, soll nicht am Leben gestrafft werden.

Würde eines von den Ehe-Gatten im Ehebruch begriffen, oder desselben gnugsam überzeuget, welches zuvor ein ehrbarlich Leben geführet, und solches Handels nie nicht wäre beziegen gewesen, sondern aus menschlichem Gebrechen gefallen, und weder der Ankläger, noch sein Ehe-Genoß, das Recht auff ihn forderten, die Obrigkeit mag ihm den ersten Frewel und Fall übersehen und die Haupt-Straff in Geld herab nehmen.

Von Haab und Gütern der Ubelthäter und verurtheilten Personen.

Der achte Titul.

§ 1.

Derer am Leben gestrafften Personen Güter sollen den Freunden überlassen werden.

Ob wohl die alten Rechten den verurtheilten, Leib und Gut, ihrer Maleſitz- und Haupt-Verwirckung halben genommen, so haben doch die neue Käyserliche Constitutiones solche auffgehoben, und also gesetzt, daß die Richter, der verurtheilter und am Leben gestraffter Personen, Haab und Gut nicht antasten noch nehmen sollen, sondern dieselbe für und für auff ihre Erben, in ab- und auffsteigender Linien oder andern ihren Bluts-Verwandten, folgen und erben lassen: Sintemahl nicht die Güter, sondern der Güter Herren und Besitzer sündigen und verschulden. Wiewohl es aber nun also zum Rechten geordnet ist, daß derer Haab und Gut, so das Leben verwirckt, und daran seyn gestrafft worden, auff die rechte Erben kommen soll, so sollen doch die Güter, so ihnen durch ihre Mißhandlung worden und einkommen seyn, den Schadhafftigen heraus gezogen, und wieder zugestellet werden.

§ 2.

Die, so an ihrem Fürsten oder gemeinem Standen treuloß werden verfallen Leib und Gut.

Die verurtheilete auff beleidigte Majestät, als die, so mit Untreu an ihrem Fürsten, oder gemeinen Standen verwircket ha-

ben, verfallen Leib und Gut, welches confisciret, und gemeinem Standen zugeschätzet wird.

§ 3.

Wenn einer sich umbringet, wie seine Güter getheilet werden.

Thut ihm selbst der angeklagte oder Lasters halben gefangene, den Tod im Gefängnüß an, auß Furcht der Straff, er verlieret seines gebührenden Theils in seiner Haabschafft das Zweytheil, welches seinen Kindern benommen wird, und dem Richter zur Straff heimfällt. Bringt sich aber einer selbst umbs Leben, Lebens-Verdruß wegen, oder aus langwieriger Schmertzens Ungeduld, oder Bekümmernüß halben, das dritte Theil seines Zweytheils, fällt dem Richter zur Straff heim.

§ 4.

Wenn einer flüchtig wird, wo er vom Fürsten nicht Gnade erlanget, wie die Straff auß den Gütern gezogen wird.

Hat einer Laster-Thaten halben den Kopff verfallen, und wird darum flüchtig, die Richter mögen aus dem Drittheil seines Zweytheils die Haupt-Straff heraus ziehen und nehmen, also daß seines gebührenden Theils das Zweytheil, den Kindern ungekränckt bleibe. Hat er aber vom Landes-Fürsten auff Leib und Gut Gnad erlanget, er soll ungehindert drinn bestehen und behalten werden, die Haupt-Sühne ausgenommen, welche gleichwohl die Richter herab zu nehmen sollen Macht und Recht haben.

Beſchluß.

Dieweil Wir derohalben nicht geringere Gedancken und Sorgfalt auffs Land Siebenbürgen, denn auf andere Unſere Landſchafften haben und tragen, begehrende, daß auch dasſelbe zu allen Zeiten mit Rechts-Geſetzen bewahret ſey, auch mit allerley Wohlſtand grüne und wachſe; darum haben Wir des empfangenen Recht-Büchleins Examination und Erkündigung Unſerm Lieben Getreuen, dem Edlen und Geſtrengen Martino von Berzevice, Ritter, Freyherrn und Baronen zu Doudang, Unſerm Cantzler auff Siebenbürgen, und Capitainen zu Starogard, überlaſſen, und Befehl gethan, damit Er Rechts-erfahrene Männer zu ſich nehme, und dasſelbe auffs fleißigſte erkündigte und unterſuchte. Welcher Uns wiederum darauff berichtet, daß aller Innhalt gedachtes Büchels, mit gemeinen Rechten und aller Billigkeit bequemlich übereins ſtimmete, auch zum meiſten Theil aus langwieriger Gewohnheit her zwiſchen Ihnen Sachſen behalten, und ſie darnach immer gelebet hätten. Darum Wir ehegedachter Sächſiſcher Geſandten Supplication und Anſuchen in Gnaden angenommen und erhöret, alle Capitel, Titul, und Artickel, ſo darinn begriffen, in dieſen Unſern Privilegien-Brieff, ohne Mehrung und Minderung, von Wort zu Wort mit eingeſchloſſen, gebilliget, angenommen, bewilliget und beſeſtiget haben, ſo fern ſie gemeinem Land-Recht nicht abbrechen, das iſt: ſo fern ſolche Rechte den Sächſiſchen Boden nnd Hättert, und zwiſchen ihnen ſelbſt ihre Jurisdiction und Gerichts-Zwang allein belangen; Wie Wir denn ſolche in Krafft des gegenwärtigen billigen, annehmen, bewilligen, beſeſtigen und bekräfftigen: Gelobende dazu für Uns und Unſere nachkommende Fürſten in Siebenbürgen, das Wir ſelbſt oftgedachtes Büchel und alle ſeine Stücke, Clauſulen, Titulen und Artickel, in allen,

Unſers Reichs Siebenbürgen, Gerichten und Gerichts-Stühlen, halten, und verſchaffen wollen, daß auch Unſere Protonotarii und Oberſte Richter, ſammt allen denen ſo von Ampts wegen zu richten und Urtheil auszuſprechen, es angehet, in den Sächſiſchen Rechten darob halten ſollen. Solchem allem zu Krafft und ewigem Gedächtnüß, haben wir dieſen Unſern Privilegien- und Freythums-Brieff, mit Unſern angehängten Secret-Sigill, des Wir auff Siebenbürgen gebrauchen, Ihnen ausgeben wollen. Datum durch fürgedachten Martinum Berzevice in Unſerem Königlichen Schloß Krackau, den achtzehenten Tag des Monats Hornung, im Jahr des HErrn Tauſend, Fünffhundert Drey und Achtzig, Unſers Reichs aber im Siebenden.

STEPHANUS, König.

Martinus von Berzevice.

Nachwort.

Als ich vor fünf Jahren die in Hinsicht der mangelhaftesten Vorarbeiten und kaum zugänglichen Hilfsquellen ebenso schwierige als ihrer beschränckten Wirksamkeit nach undankbare Lehrkanzel der Diplomatik, der siebenbürgischen Rechtsgeschichte und des siebenb. sächsischen Civilrechts überkam und jeder der erwähnten Lehrgegenstände eine neue Bearbeitung erforderte, machte sich besonders das Bedürfniß herauszugebender Gesetzestexte dringend fühlbar.

So verfaßte ich schon 1852 das Handbuch „Statuta jurium municipalium Saxonum in Transsilvania. Das Eigen-Landrecht der S. Sachsen, bearbeitet nach seiner legalen Ausbildung als Grundriß für academische Vorlesungen“,*) ein Werk, bei welchem es mir zunächst geboten schien: den Originaltext des Gesetzes herzustellen, hiebei dessen Ursprung aus Römischem, Altdeutschem, Ungarischem, sowie dem Gewohnheitsrechte durch comparative Parallelnoten nachzuweisen, gleicherzeit alle nachträglichen Statute, Gesetze, Verordnungen, Synodalbeschlüsse**) — (wenn auch wegen des schon vorher auf bloß zwanzig Bogen maßgebend bestimmten Umfangs öfters nur in den auf das Archiv verweisenden Hof-Gubernial-Universitäts- und Hermannstädter Magistrats-Zahlen) — anzuführen und endlich selbst Einzelnes, sei es in juristischer, historischer oder nur bibliographischer Weise für den nachfolgenden Vortrag vorzubereiten. —

Es konnte nicht fehlen, daß sich bald das in der Kürze der Zeit Gebotne theils minder zweckmäßig für den Unterricht erwies, theils weniger, als gehofft, ausreichte und obgleich das Werk bei dem gänzlichen Mangel sonstiger Hilfsmittel selbst bei den Praktikern in eine sehr günstige Aufnahme gekommen war, mußte dennoch eine neue Umarbeitung umsomehr an-

*) Es erschien in der Druckerei von Josef Drotleff 1853 zu Hermannstadt, umfaßt 266 Seiten (in 3 Lieferungen) und hat im Anhange die siebenbürgische „Cridal- und Falliten-Norm von 1772“ (48 Seiten). —

**) Deren berief das frühere im Unterricht benützte Handbuch J. C. Albrich's in Allem kaum mehr als zwanzig und es mußten daher vorerst zur Vervollständigung der Rechtsquellen-Angabe nahe an zweitausend vereinzelte Normalien ꝛc. ꝛc. durchgenommen werden.

gezeigt erſcheinen, als überhaupt die exegetiſche Legalmethode — (leider! zumeiſt wegen ungenügender Latein-Kenntniß ſeitens der Zuhörer) — mit Erfolg nicht mehr in Anwendung zu bringen war. —

So iſt es gekommen, daß ich den Geſetzestext von der eigentlichen Behandlung des Rechtsſtoffes, welche in der nächſten Lieferung nachfolgen wird, trennte und denſelben vorliegend beſonders (lateiniſch und deutſch) und zugleich als zweiten Anhang zu meiner ſiebenbürgiſchen Rechtsgeſchichte zweitem Bande herausgebe. —

Das Statutar-Geſetzbuch der Siebenbürger Deutſchen iſt, wie leicht erſichtlich, vorzugsweiſe eine Schöpfung römiſcher Jurisprudenz und hat nur in einzelnen Rechtsinſtituten und Geſetz-Regeln den Charakter reichs- oder volks-eigenthümlicher Bildung bewahrt, ſo namentlich im Deutſchen Weſen der Verjährungen, der Rechtsförmlichkeiten, der ehelichen Gütergemeinſchaft, des Erbrechts, des Näherrechts, der Bürgſchaft u. a. m. —

Ueber die Entſtehung dieſes legislatoriſchen Werkes gibt die hier pag. 233 mitgetheilte Vorrede des Mathias Fronius vom Jahre 1583 nähere Aufſchlüße und wird hierüber, ſo wie über Charakter, Schickſal und Rechtsgültigkeit des Geſetzbuches bei Vornahme des § 43 (äußre Rechtsgeſchichte pag. 68) dasjenige erörtert, was theilweiſe ſchon in der Vorrede und den einzelnen Buch-Einleitungen der oberwähnten frühern Ausgabe von 1853 mitgetheilt worden iſt. —

Hermannſtadt im Oktober 1856.

Der Verfaſſer.

Siebenbürgiſche

Rechtsgeſchichte

von

Friedrich Schuler v. Libloy,

ord. öffentl. Profeſſor an der k. ungar. Rechtsakademie zu Hermannſtadt.

Dritter Band:

Die ſiebenbürgiſchen Proceßrechte und das Strafrecht.

Im Anhange: Die wichtigsten Geſetzartikel von 1848.

Hermannſtadt,

Druck und Verlag: Buchdruckerei der v. Cloſius'ſchen Erbin.

1868

Vorwort.

In dem vorliegenden dritten Bande sind als vierter, fünfter und sechster Theil der innern Rechtsgeschichte die Proceßrechte und das Strafrecht behandelt und damit das ganze Werk geschloßen. Was früher über dessen Wesen gesagt wurde, kann hier zum Theil wiederhohlt werden und sind namentlich die (Seite 107 und 222) den Proceßrechten beigefügten Nachworte sowie die im Strafrechte enthaltne Einleitung (Seite 227. und 241) als solche Erörterungen anzusehn, welche zugleich die Stelle einer Vorrede vertreten.

Deshalb beschränke ich mich hier blos auf eine, für die Gesetzgebungsgeschichte des Strafrechts wichtige, Mittheilung, indem ich im Kurzen den Inhalt der 1811 angestrebten Codification übersichtlich zusammenstelle.

Der beabsichtigte 42. Gesetzartikel des siebenbürgischen Landtags von 1811 — (unterschrieben am 17. Juli desselben Jahres vom Statuum Praesidens Grafen Ludwig Teleki und den drei Protonotären, sowie mit den Siegeln der drei ständischen Nationen versehen) — führt den Namen Sanctio Criminalis quoad poenas delictis aequas prompte irrogandas pro omnibus tribunalibus Magni Transsilvaniae Principatus, Partiumque eidem adnexarum pro Norma deserviens — und zerfällt in zwei Theile, diese in Titel, Artikel und Paragraphe.

Die Eintheilung lautet:

Pars Prima: De Sanctionibus Criminalibus.

Pars Secunda: De Norma Processuum Criminalium.

Im ersten Theile sind acht Titel unterschieden, nehmlich:

Titulus primus. De Generalibus Juris Criminalis Notionibus.
Titulus secundus. De Delictis, quibus Reverentia summi Numinis et Religio laeditur.

Titulus tertius. De Delictis, quibus Status publicus immediate laeditur.
Titulus quartus. De Delictis, quibus securitas vitae laeditur.
Titulus quintus. De Delictis, quibus securitas bonorum laeditur.
Titulus sextus. De Delictis, quibus morum puritas laeditur.
Titulus septimus. De Delictis, quibus laeditur bonae Famae et Honoris securitas.
Titulus octavus. De Delictis, quibus publicae Fidei, Communisque Crediti securitas in discrimen adducitur.

Der zweite Theil enthält folgende Titel:

Titulus primus. De jurisdictione criminali.
Titulus secundus. De manifestatione Delictorum et Delinquentium.
Titulus tertius. De Incaptivatione Publicorum Delinquentium.
Titulus quartus. De Apparatu Causarum Criminalium.
Titulus quintus. De Judiciali Causarum Criminali Discussione.
Titulus sextus. De Remediis Causarum Criminalium.
Titulus septimus. De Modis, quibus extrajudicialiter tollitur Actionis Sententiaeque Criminalis effectus.
Titulus octavus. De Executione.
Titulus nonus. De Absolutionibus.
Titulus decimus. De Jure Statario ejusque Processu.

Faſt alle Titel zerfallen zunächſt in Artikel mit beſondern Ueberſchriften.

Im erſten Titel handelt der erſte Artikel in drei Paragraphen: De Objecto Juris Criminalis und gibt die Eintheilung der Delicta in ſieben Claſſen, welche nachgehends erſichtlich ſind. Der zweite Artikel dieſes Titels iſt überſchrieben De Imputatione Delictorum und unterſcheidet im § 5. die gradus nach folgender Abtheilung:

Dolus seu Malitia primus gradus dum effectus intentioni correspondet; secundus dum consulto aliquid et destinata voluntate contra legem peccatur; tertius gradus dum praemeditata intentione . . vindicta quoque et crudelitas accedunt. Ebenſo die Culpa dum effectus contra intentionem evenit; primus gradus dum actus valde remotam cum effectu connexionem habet; secundus dum suscepto praecedenti actui effectus verosimiliter sequi poterat; tertius dum effectus facilius sequi poterat.

Hinzugefügt wird im § 6: Qui auctores Instigatoresque delicti erga actionem lege prohibitam maximam intentionem ha-

buerunt, Delictum illorum omnium gravissimum est. Porro siquidem persuasores conductoresque pene iidem cum authoribus habendi sint, hi etiam gravissime delinquunt. Denique qui delictum commiserunt vel qua socii ad effectum efficaci subsidio fuerunt, quia in uno eodemque malae Intentionis gradu constituti censentur, aequaliter Rei sunt, reliqui vero pellecti et adsumpti complices ut et conscii pro ratione delictorum gradui culpae attemperata poena punientur.

Im dritten Artikel treten in 3 Paragraphen, wovon der zweite 9 Anwendungsregeln enthält, als Hauptgrundsätze folgende Regeln hervor: „Poena est malum omne quod Reo propter commissum delictum irrogatur“ ... und „Duplex est Poenarum scopus 1. Publicae securitatis per Exemplorum statutionem conservatio; 2. Delinquentis si fieri posset emendatio vel extra Statum nocendi constitutio ... Der § 3 unterscheidet triplices poenarum species, welche in den nächstfolgenden Artikeln näher bestimmt werden, als: Poenae capitales (Mortis[1]), Poenae corporales, als da sind: Fustigatio, Castigatio virgarum, Captivitas perpetua vel temporanea, Jejunium in pane et aqua, Damnatio ad opera publica, Expositio ad cippum, sive columnam correctoriam, Eductio ad locum supplicii et Inustio stigmatis, dann Poenae civiles als: Mulctae pecuniariae, Exilium, Infamia, Amissio Bonorum, Amissio Officii, Inhabilitas ad gerenda publica Officia. Bezüglich der letzterwähnten Strafen werden bisher übliche Ansätze ausgesprochen, so daß Adlige, freie Sekler, possessionirte Bürger und unadlige Honoratioren nicht durften zu Schlägen verurtheilt werden; die größte Anzahl der Stockprügel oder bei dem weiblichen Geschlecht der Ruthenstreiche wird auf höchstens 500 Schläge (etwa vierteljährig, monatlich, wöchentlich aufgetheilt für die Dauer der Gefangenschaft) bestimmt, die Geldstrafen sind die Articularstrafe von 200 fl., die Homagiallösungen von den bekannten Abstufungen des Adels, der Sekler, der Sachsen, der Bauern, mit dem Betrage von 66, 40, oder 25 fl. und das homagium vivum für die Violenz (minor potentia) mit 50 Ung. Gulden. Für die Bauern (Unterthanen)

[1]) Im § 2 des obigen Artikels 4 wird bestimmt: .. poenis .. reliquis signanter vero poena palo infligendi sublatis ... pro poena ordinaria in futurum supplicia laquei et gladii sive decollationis, quae tamen ... aliis quoque poenarum corporalium speciebus velut amputatione manuum, ... concremationе item vel expositione cadaveris ... (ultra triduum nunquam) ... denique poena Infamiae in Sententia semper exprimendae exasperari poterunt .... (cum infamia ... per carnificem sepeliantur ..)

gilt ſtatt je einem Gulden je ein Schlag Stockprügel, und nach Umſtänden ſtatt ein Jahr Arreſt 100 Stockprügel.

Der ſiebente, achte, neunte Artikel behandelt die Stellung des Richters, die Erſchwerungs- und Milderungsgründe, — unter jenen 12 aggravantes rationes, unter dieſen 16 alleviantia motiva.

Der zweite Titel umfaßt die Auseinanderſetzung über die Religionsverbrechen und zwar im articulus primus „De Crimine Blasphemiae“ mit der Schlußbeſtimmung (im § 3), daß Gotteslästerer mit Arreſt von 3 Monaten bis zu 3 Jahren und zweimaligem Faſten in der Woche könnten beſtraft werden.

Im folgenden dritten Titel handelt der articulus primus: De Crimine Laesae Majestatis et Nota Infidelitatis und ſtützt ſich auf die Lehre des Tripartitum's (namentlich I. 14. und III. 4); dann ſpricht articulus secundus: De publicis violentiis[1]); articulus tertius: De Peculatu[2]); articulus quartus: De Ambitu[3]); articulus quintus: De Repetundis (Amtsmißbrauch „illicitis desumtionibus ... aut praestationibus“ ...[4]); articulus sextus: De Praevaricatione in Administratione Justitiae[5]); articulus septimus: De Falsariis Monetarum et Publicarum aerarii Regii Chartarum, Metallorumque Praevaricatoribus[6]); articulus octavus: De adulteratione productorum venalium[7]); articulus nonus: De

---

[1]) Mit vorkommendem Todſchlage: Todesſtrafe; ſonſt 1—5 Jahre Gefangenſchaft (zweimaliges Faſten in der Woche, oder bei Bauern mit je 25 Stockprügel).

[2]) Amtsverluſt; Schadenerſatz; ein halbes Jahr bis 5 Jahre Gefängniß.

[3]) Amtsenthebung, und etwa Amtsunfähigkeitserklärung für 9 Jahre, oder Verluſt des öffentlichen Stimmrechts auf etwa 6 Jahre — und „acceptorum munerum cassae mulctali in duplo fienda inlatione“ ..

[4]) Je nachdem: ein Jahr Gefängniß mit 2-maligem Faſten in der Woche, — Amtsunfähigkeit für 10 Jahre — oder Articularſtrafe und „refusione desumpti in duplo“.

[5]) Amtsentſetzung, — halbe Articularſtrafe für Geſchenkannahme u. dgl. Strafen.

[6]) .. „a biennio usque decennium extendenda captivitate in vinculis .. Jejunio ... ictibus ... in casu vero iterati criminis perpetua captivitate in publicis laboribus“.

[7]) Confiscation, halbe Articularſtrafe, — oder halbjähriges Gefängniß, oder 25 Stockprügel und endlich „tertia denique vice praeter ante statutas poenalitates amissione quoque Juris quaestum exercendi puniantur“ ... und dergleichen Strafen.

Für die Maßverfälſchung bei Adligen, Bürgern, und Freien 12 Uſl. Strafe, bei unfreien Bauern 12 Stockprügel; secunda vice verdoppelt; „tertia denique vice tanquam qualificati publici defraudatores criminaliter prosequendi .. et quaestum in perpetuum amittant“. (Proceß nach Approb. Const. III. 45).

Falsificatoribus Mensurarum; articulus decimus: De Fautoribus Dessertorum Militiae[1]); articulus undecimus: De motibus et tumultibus[2]); articulus duodecimus: De Poena illorum, qui se pnblicis authoritatibus oppununt[3]); articulus decimustertius: De violatione custodiae publicae[4]).

Der vierte Titel, welcher von den Verbrechen gegen die Sicherheit des Lebens handelt, umfaßt 19 Artikel, in welchen durch die betreffenden Paragrafen die hieher gehörigen Verbrechen und Strafen bestimmt werden.

Die Strafansätze sind nach der qualificirten Art des Verbrechens und dem Grade der Schuld verschieden zu bemessen, z. B. sollen Vatermörder die verschärfte Todesstrafe mit Verlust der verruchten Hand erleiden; — Kindesmord wird mit Enthauptung gestraft; Raubmord mit dem Strange, oder mit 3 bis 10 Jahren captivitas cum jejunio .. aut commensuratis baculorum vel scuticarum ictibus ... u. s. w.— Die Artikel selbst sind so überschrieben:

1. De Homicidiis impunibus (Nothwehr); 2. De simplici et culposo Homicidio; 3. De Parricidio; 4. De Infanticidio; 5. De Expositione Infantum; 6. De studiosa Abortus Procuratione; 7. De Latrocinio; 8. De Assassinio; 9. De Homicidio Insidioso; 10. De Veneficio; 11. De Toxicorum et nocivorum Medicamentorum venditione; 12. De Homicidio in turba commisso; 13. De Propriicidio seu Autochiria[5]); 14. De Duello[6]); 15. De Verberationibus et Vulnerationibus[7]); 16. De Propria Mutilatione[8]); 17. De Saevitie in Jurisdictionatos[9]); 18. De Contumaciarum ... Regularum ... transgressione; 19. De Plagio.

---

[1]) Beruft sich auf den 2. und 3. Novellarartikel von 1751 ... (40 Stockprügel) und „Restitutionen" von Mann, Waffen u. s. w.

[2]) Coriphaei .. mortis poena ... reliqui captivitate ... usque quinquennium extendenda et in publicis laboribus perferenda puniantur. —

[3]) Articularstrafe von 200 fl., oder halbjähriges Gefängniß mit vierteljährig je 25 Stockprügel.

[4]) Schadenersatz; ein bis 5-jähriges Gefängniß mit wöchentlichen Schlägen, oder zweimaligem Fasten in der Woche ... si delinquentes carcerum custodes fuerint officiis quoque suis in perpetuum excident.

[5]) Geistes- und Leibeskranke ordentlich, andre (Bösewichter) in loco supplicii zu begraben.

[6]) Der herausfordernde Todschläger „poenam gladii", sonst einjähriges Gefängniß oder (und) Articularstrafe.

[7]) Fünfjähriges Gefängniß bis Todesstrafe u. s. w.

[8]) Militärpflichtige „per 20 annos idem servitium Jurisdictioni militari transponentur — oder „biennali captivitate in laboribus publicis".

[9]) Articularstrafe und Schadenvergütung.

Für die beiden letztren Delicte ist theils ein mindrer Strafansatz bis zu 3 Jahren Gefängniß, theils ein höchster angedroht, im erstern Falle Enthauptung, im zweiten — (Plagium et furtum quo lucrificandi causa Homo hominem clam surripit venumque exponit) — ewige Gefangenschaft mit öffentlicher Arbeit.

Der fünfte Titel umfaßt in 12 Artikeln die Verbrechen gegen die Sicherheit der Güter (Eigenthumsverletzungen) und erwähnt — außer den übergangnen Potenzfällen (quia publica actione vindicari nequeant): „duntaxat Furtorum, Rapinarum et suppositionis incendii species". Die bemerkenswertheste Bestimmung enthält § 1 im dritten Artikel: ... Qui prima vice furtum usque ad valorem trium florenorum vel infra hanc commiserit, praeter compensationem damni illati et Lucri cessantis si Nobilis, Civis vel Libertinus sit poena bursali 25 flor., Rusticus autem poena proportionata corporali fustigationis 25 scilicet ictibus baculorum (vel virgarum) puniatur. Pro furto porro qualicunque secundo vice commisso Delinquentes juxta praeviam status distinctionem captivitate unius anni et media poena articulari vel vero loco poenae hujus bursalis Rustici centum baculorum ictibus partitis quatuor vicibus perferendis plectantur. Tertia autem vice deprehensi poenam in triennali captivitate et tercentium baculorum ictibus .. ferre teneantur. Loco fustigationis quoad Nobiles, Cives et Libertinos bidui Hebdomatim Jejunio in pane et aqua substituto, si denique ulterius etiam ad crimen furti relapsi fuerint, tanquam incorrigibiles ad perpetuos labores in captivitate perferendos condemnentur, Damni refusione .. sub intellecta .. quam si aliter praestare impares essent, ad depurationem .. per labores .. subeundos adigantur. Verschärft (um einen Grad höher) sollte diese Strafe werden beim Viehdiebstahl § 2 (in tertio actu .. cum inustione stigmatis Initiales nominis Jurisdictionis illius ubi poena infligitur Literas exprimentis dorso Delinquentis, vel si is supra plebeum statum constitutus fuerit per dictandam notam Infamiae exasperabitur). Uebrigens soll der Dieb, welcher das Verbrechen häuft, etwa durch Tödtung des sich Wehrenden u. dgl. auch mit Enthauptung bestraft werden; zuweilen beruft sich der Gesetzentwurf auf bestehende siebenbürgische Strafgesetze (Approb. C. III. 34; Comp. C. edict. 24.) und sogar auf unbestimmte Municipalconstitutionen u. s. w.

Im neunten Artikel wird die Brandstiftung mit Enthauptung, oder in nicht großen Fällen mit Freiheitsstrafen belegt; der 10-te Artikel lautet: De metarum Destructione sive Termini motione (damni refusio .. pro majori vel minori Malitiae vel

culpae gradu captivitate ab uno anno usque Triennium); der 11-te Artikel: De Poena Profugorum horumque seductorum; der 12-te Artikel: De Poena illorum, qui luem pecuariam propagarent (Artieularſtrafe von 200 Uſl. ſowie Schadenerſatz).

Im ſechsten Titel wendet ſich die Criminal-Sanction zu den Sittlichkeits-Delicten und ſpricht in 13 Artikeln: 1. De generali notione; 2. De Sodomia[1]); 3. De Scortatione[2]); 4. De Concubinatu[3]); 5. De Stupro[4]); 6. De Adulterio[5]); 7. De Polygamia et Bigamia[6]); 8. De Incaestu[7]); 9. De vi Pudicitiae illata[8]); 10. De Raptu[9]); 11. De Lenocinio[10]); 12. De scandolosis in Publico actibus[11]) und 13. De Poena illorum qui in imperfecta aetate Matrimonium inirent, hosque copularent[12]).

Der ſiebente Titel betrifft die Deliete gegen Ehre und guten Ruf und es heißt in dem mit der Ueberſchrift: De Laesi Honoris Inju-

---

[1]) Prima vice triennalis captivitas cum ictibus, — aut jejunio — secunda vice poena morti proxima, pro reiterato actu vero perpetuae captivitatis in Laboribus publicis sustinendae poena infligatur.

[2]) in Scortas et Meretrices ... verritu platearum per Trimestrale intervallum intereaque medio virgarum supplicio bipartita executioue infligendo ... iterato .. (publico scaudalo) .. quinquennali captivitate ... ignobiles vero 250 scuticarum ictibus partitim semestraliter ... puniantur. —

[3]) Halbe Artieularſtrafe, oder dreimonatliche Gefangenſchaft, der Unadlige zweimonatliches Gefängniß und 25 Stockprügel; bei wiederholtem Falle verdoppelt; — kein Erbrecht der unehlichen Kinder nach dem Vater u. ſ. w.

[4]) Strafe von 25 Gulden u. ſ. w.

[5]) Früheres Geſetz, oder Artieularſtrafe; endlich bis zu 2 Jahren Arreſt.

[6]) „velut iteratum adulterium .. poena contra adulterium iterantes ... adhibenda erit“ — (im frühern Artikel diesfalls Trip. I. tit. 105 ꝛc. und die ſächſ. Municipalgeſetze als fortbeſtehend anbezogen).

[7]) „in Poena Infamiae et Decennali captivitate in Laboribus publicis quoad Parentes, quoad Liberos in quinquennali captivitate“ ... („prolibus ... subsidio intertentionis ... praestando“).

[8]) „Poena morti proxima et expositione ad columnam correctoriam ... delicto aggravato .. ad perpetuos labores condemnatione exasperari poterit“; bei nachfolgender Heirat jedoch Artieularſtrafe oder halbjähriger Arreſt; bei Unadligen viermonatlicher Arreſt.

[9]) Nach Umſtänden ein bis 3 Jahre Gefängniß (mit Faſten, oder Stockprügel), oder halbjähriger Arreſt (accedente personae raptae consensu); für Helfer ſodann vierteljähriges Gefängniß u. ſ. w.

[10]) „prima vice unius anni captivitate (in pane et aqua), ignobiles simul 50 baculorum supplicio et expositione ad columnam corectoriam, .. iterato autem ... poena toties quoties duplicetur“.

[11]) Dreimonatliche bis einjährige Gefängnißſtrafe und Correctionsſäule.

[12]) 3-monatlicher Arreſt; Copulanten-Artieularſtrafe und Kirchencenſur.

riis verſehnen zweitem Artikel, § 2, ſo: Poena hujus Delicti in sequentibus gradibus constituitur; qui videlicet contra Personam Principis convitia dicerint unius anni captivitate, si contra dignitatem Comitiorum, Regii Gubernii ... poena articulari, quando contra congregationes, Fora Judicialia Comitatuum, Sedium, Magistratus .. Poena constitutionali Locali puniantur, adjuncta semper publica opprobrii recantatione .. in facie Judicii .. Der dritte Artikel ſpricht: De Libellis et Picturis Famosis und verhängt im Falle ... „contra principem ... unius anni captivitate in publicis laboribus“ — ſonſt läßt er es bei Municipalſtrafgeſetzen bewenden.

Der achte Titel: De Delictis, quibus publicae Fidei, Communisque Crediti securitat in discrimen adducitur hat folgende acht Artikel: 1. De generali horum Delictorum Notione; 2. De Delictis Falsi in Genere[1]); 3. De Perjurio[2]); 4. De Confectione Falsarum Litterarum deque adulteratione earum, quae sincere confectae sunt[3]); 5. De Confectione Falsorum Sigillorum, deque usu cum iisdem[4]); 6. De Fassionibus larvatis[5]); 7. De Fraudulentis Bancarotis sive ita dicta Fallitis[6]); 8. De Stellionatu[7]).

---

[1]) „Dolosa in damnum alterius veritatis immutatio ut sunt: Perjurium, proditio Sanguinis, Larvati contractus et fassiones, confectio Falsarum Literarum, Confectio falsorum sigillorum“..

[2]) Prima vice Nobiles et Cives media poena articulari, sed solvendo impares captivitate trimestrali cum Jejunio .. Ignobiles vero Bimestrali captivitate et 25 baculorum .. ictibus puniantur; zum zweitenmal verdoppelte Strafe, und ausgeſprochne Infamia u. ſ. w.

[3]) Das erſtemal fünfjährige, das zweitemal zehnjährige Arreſtſtrafe „in publicis laboribus“, ſowie Infamie.

[4]) Ein- und dreijähriges Gefängniß, oder wie obangeführt, nach Verſchiedenheit der Fälle.

[5]) Geſtraft nach bei den vorigen Fällen angegebnen Graden des Verbrechens.

[6]) Drei- bis zehnjährige Arreſtſtrafe „in publicis laboribus“; (Cautionen und Excontentationen).

[7]) Der § 1 in dieſem achten Artikel lautet: Per Stellionatum intelliguntur ejusmodi fraudulenti actus ubi plures doli vel falsi species concurrunt et aliquis ad defraudandum vel damnificandum alterum singulari versutia utitur, quo inter caetera commentum quoque Magiae et sortilegii refertur, veluti autem omnes stellionatus species enumerare impossibile sit, ita nec poena quoad diversas ejus species determinate figi potest, verum pro qualitate delicti poenis contra alios falsarios et qualificatos fures in praemissis dictatis attemperanda prudenti et aequanimi Judicis limitationi relinquitur.

Nach aufgestellten Begriffsbestimmungen und gewöhnlicher Unterscheidung einzelner Fälle sind wie früher (in der Note ersichtliche) Strafsätze angegeben.

Nach diesem materiellen Theile des Strafgesetzentwurfes, wird in der **Pars Secunda** das formelle Recht als **Norma Processuum** geregelt.

Der erste Titel umfaßt folgende 4 Artikel: 1. De Foris Criminalibus Transylvanicis eorumque Objectis — (auf Grundlage der bestehenden Einrichtungen) mit der im § 1 hervorgehobnen Sonderbestimmung: Pro celeriori Causarum Criminalium definitione ea adhuc ulteriori legali provisione adjecta: ut Delinquenti in foro Inferiori convicto liberum sit, causam criminalem contra se motam et decisam cum praeteritione Appellatorii Tabulae Regiae Judiciariae Fori immediate ad Revisorium Regii Gubernii Forum in via Recursus deducere, quem nec Actor Fiscus Magistratualis impediri possit, — woran sich noch manche andre Sonderbestimmungen anschließen; — 2. De Competentia Fori Criminalis; 3. De Diversitate et Qualitate Causarum Criminalium et Publicarum[1]); 4. De Publicis Causarum Criminalium Actoribus et Publicis Actionibus.

Im zweiten Titel unterscheiden drei Artikel folgende Gegenstände: 1. De Indiciis Delictorum; 2. De Denunciatione Delinquentium; 3. De Generali Inquisitione.

Der dritte Titel umfaßt in vier Artikeln die Bestimmungen über: 1. De Officialibus, qui ratione incaptivandorum Delinquentium disponunt; 2. De incaptivatione Delinquentium; 3. De Bonis Reorum, quae secum habent dum incaptivantur; 4. De Cautionibus et Fidejussionibus Reorum.

Der folgende vierte Titel ergeht sich in sechs Artikeln über: 1. De Examine Reorum et Inquisitionibus Praeliminaribus; 2. De Litis motione (mit der Pflicht des Criminanten zur persönlichen Erscheinung); 3. De Levata seu Libello Actionali (Fiscalklage); 4. De Communi-

[1]) Im § 1 heißt es ... publica actione ... juxta processus quos tractantur aliae Breves unicum novi videlicet juris Remedium ut et appellationem intra Dominium admittentes, aliae vero Brevissimae, in quibus nulli Juris Remedio et nec appellationi intra dominium locus est, quales sunt mulctales illae ... in Transgressores ... et Instantivales, quarum intuitu observandus est modus procedendi in ordine Judiciario causarum Civilium praescriptus. Der § 2 berührt das Standrecht.

catione Documentorum; 5. De Exceptionibus; 6. De Litis contestatione et cursu Causae in merito usque submissionem ejusdem.

Die meiſten Beſtimmungen ſind dem privatrechtlichen Verfahren nachgebildet, der damaligen Zeit angepaßt und ohne beſondre Abweichung von der Praxis ordnungsmäßig vorgehender Gerichte.

Der fünfte Titel umfaßt nur zwei Artikel: 1. De gradibus Probationum et applicatione Poenarum; derſelbe behandelt die Beweiſe durch Geſtändniß, Zeugen (mindeſtens deren zwei erforderlich) durch scripta Instrumenta, und ſchlüßlich in ſeinen letzten 3 Paragraphen Folgendes:

§ 10. Neque porro ipsum corpus Delicti extra casum deprehensionis in flagranti prae manibus Incusati repertum, etiam si Evictorem statuere nequiret, sublato Decr. Trip. III. Tit. 34, § 3 vigore plenam probam contra Incusatum constituet, sed pro gravi solum indicio Delicti perpetrati habebitur.

§ 11. Revelationes vero Delicti Sociorum, praesumtionesque et indicia manducunt quidem ad Reum Delictum negantem, sed in causis poenam mortis inducentibus plenam probam nunquam constituere valent, quo gravior namque est causa, eo fortior ad convictionem Reorum proba requiritur, accusationes vero Sociorum Criminis omni falsi suspicione non vacant, cum exemplis probatum sit, aliquid solatii studium esse Reis ut quo plures in societatem calamitatis suae pertrahant. Unde praesumptiones et indicia saepe fallunt.

§ 12. Ubi juxta praecedentia duorum Testium omni exceptione majorum consentientibus et subversantis Delicti circumstantiis conformibus depositionibus vel perfecta Rei Chirographo, sive incaptivatione, ex ipso Delicti facto, plena proba assecuta est, qualitate Delictorum exposcente, in conformitate primae Partis Juris Criminalis ordinaria poena statui debet, deficiente vero plena proba a mensura et proportione emergentium probabilitatis graduum in Delictis poenae mortis subjectis, sed plene non probatis, morte lenior, gravitate praetensi Delicti statuique et conditioni Reorum attemperanda poena statuenda est. —

2. De Sententiis. In dem hieher gehörigen § 2 heißt es: In Sententiis Causarum Criminalium nomen Delinquentis item Delictum cujus idem accusatur clare exprimi debent, tum praetermissa allegationum superflua recensione, motiva duntaxat alleviantia et aggravantia, rationesque decidendi cum Testium et Documentorum, quibus proba innititur, indigitatione perspicua

brevitate exponuntur, hisque deinde determinatio poenae subnectatur, poena vero semper certa et determinata dictanda est. Qui modus apud Fora primae tantum Instantiae observabitur; in Foro Appellatorio vel Revisorio, si Sententiae Fororum Inferiorum approbabuntur, sufficiet solam approbationem declaravisse, si autem certa in parte aut undique immutabuntur, immutationis rationes tam Forum Appellatorium quam vero Revisorium in Sententia sua diserte expriment —— und unterſcheidet für ſchwere Criminalverbrecher, welche abweſend ſich nicht vertheidigen konnten, eine Sententia „solum ad Inctum in persona detinendum ferenda“ — und in levioribus causis (für Abweſende) eine meritoria, qua in executionem nullis remediis admissis deducta, Inctus Juribus suis nonnisi extra Dominium consulere poterit.

Der ſechſte Titel unterſcheidet die Rechtsmittel in 3 Artikeln als: 1. De Supervenientia; 2. De Remedio Novi Judicii et Procuratoria Revocatione, dann 3. De Appellatione et Recursu, wobei 3 Inſtanzen (das Gubernium als Forum revisorium) angenommen werden, und in mindren Fällen bei zwei übereinſtimmenden Urtheilen der weitre Rechtszug verweigert wird. Die meiſten Regeln ſind übrigens auch hierin dem civilrechtlichen kurzen Proceßverfahren nachgebildet; der Recurs iſt nach der ſonſt beſtehenden Rechtsübung „pro vitae gratia aut poenae mitigatione ad Suam Majestatem“ zugeſtanden und ausdrücklich der vierte Punkt des Diploma Leopoldinum bezogen.

Im ſiebenten Titel handeln zwei Artikel: 1. De Antiquatione Delictorum (Verjährung in 12, in 6 Jahren); 2. De Aggratiatione, wobei auch Approb. Const. III. 41. art. 14 (Rath des Guberniums) in weitrer Rechtsbeſtändigkeit belaſſen wird.

Der achte Titel hat fünf Artikel, nehmlich: 1. De Locis Suppliciorum; 2. De Actu Executionis; 3. De Sepultura Reorum; 4. De bonis Condemnatorum, woſelbſt es im § 3 heißt: „Exceptis criminibus laesae Majestatis et Notae Infidelitatis in quibus condemnati praeter Bona avitica ad portionem illorum cedentia, acquisita etiam tam mobilia, quam immobilia in perpetuum amittunt, de reliquo in Sententia capitali absque aliquali Bonorum amissione condemnatis de Bonis suis acquisititiis disponendi facultas in sensu Legum Patriarum porro quoque salva permanebit“; 5. De Executione contra Reos absolvendos.

Der neunte Titel De Absolutionibus enthält blos 3 Paragrafe ohne bemerkenswerthe Sonderbestimmungen.

Im zehnten Titel spricht der „Sanctio Criminalis“ genannte Gesetzentwurf „De Jure Statario ejusque Processu“ womit die Vorlage mit der schon erwähnten Schlußunterfertigung geschloßen wird.—

Obwohl in dieser ständischen Gesetzesvorlage ein großer Fortschritt angebahnt worden war, sah sich doch die Regierung veranlaßt 23 Jahre später eine abschlägige Erledigung dahin bekannt zu geben, daß am 14. April 1834, Hofzahl 1813, dem damaligen Landtage folgendes königliche Rescript eröffnet wurde:

FRANCISCUS PRIMUS &c.

Illustres, Reverendi &c. In projecto codicis criminalis, quod vos fidelis Nostri Chari Nobis Magni Principatus Transylvaniae Status et Ordines operatum systematicae regnicolaris Deputationis articulo 64 anni 1791 in judicialibus delegatae, in revisionem ac consultationem summendo, in Comitiis anni 1810 et 1811 continuative celebratis pro norma omnium in charo Nostro Magno Principatu Transylvaniae partibusque eidem reaplicatis tribunalium elaborastis et cum projecto articuli 42 anni 1811 in altissimam Nostram praesentiam Regiam pro clementissima Nostra sanctione Regia sua via medio humillimae vestrae ddto. 11-ae Mensis Septembris anni 1811 praestitae Repraesentationis promovistis, delicta politica criminalibus intermixta contineri, de modo in delicta politica procedendi nullam fieri mentionem, neque ejus praescriptum omni ex parte praesenti necessitati et casibus emersuris sufficere, verum praeter requisitam perfecti systematis seriem multa in eodem providius supplenda aut determinanda, quaedam rectificanda et ex novo etiam addenda desiderari comperimus.

Quum porro a tempore, quo sanctio criminalis per vos fideles Nostros Status et Ordines altissimae Nostrae confirmationi Regiae demisse substrata erat, experientia in gravi hac materiae vitae civium securitatem involvente, multum adaucta et secus etiam in condendis quoad objectum hoc legibus ad temporum adjuncta reflectendum sit, praeallatum projectum sanctionis criminalis per vos fideles Nostros Status et Ordines altissimae Nostrae confirmationi Regiae substratum, una cum projecto Articuli 42 anni 1811 vobis

erga demissam vestram die 11-a Sept. 1811 praestitam Repraesentationem clementer remittendum ac reinviandum esse invenimus, benigne admittentes et praecipientes, ut objectum hoc in novam pertractationem assumendum, tam quoad crimina, eorumque poenas, quam quoad delicta politica, eorumque poenas et modum in delinquentes criminales aeque ac politicos procedendi, vigentibus adjunctis accomodandum, maturae deliberationi vestrae denuo subjiciatis, ac tandem hujus resultatum suo tempore clementissimae sanctioni Nostrae Regiae substernatis. — Vobis in reliquo gratia Nostra Caesareo-Regia ac Principali benigne propensi manemus.

Datum in Imperiali urbe Nostra Vienna Austriae. Die decima quarta mensis Aprilis anno Domini millesimo octingentesimo trigesimo quarto, Regnorum Nostrorum quadragesimo tertio.

Franciscus m. p.

B. Josephus Miske m. p.

Ad Mandatum S. C. R. et Apostolicae Majestatis proprium

B. Lazarus Apor m. p.

Der Landtag von 1834 und jene, welche nachfolgten, hatten jedoch keine erwünschte Gelegenheit das angestrebte Gesetz nochmals in Verhandlung zu bringen und so war es von allerdringendstem Bedürfnisse, daß in den Jahren 1851—1853 neben der Einführung des allgemeinen östreichischen bürgerlichen Gesetzbuches und einer neuen Civilproceßordnung, auch das östreichische Strafgesetzbuch in Siebenbürgen eingeführt wurde.

In der vorliegenden Bearbeitung des frühern, so äußerst mangelhaften Rechtsstoffes, welchem — (da er zu verschiedner, mitunter durch Jahrhunderte getrennter, Zeit entstanden) — der zusammenfaßende Grundsatz gegliederter Ordnung fehlte, konnte auch nur eine äußre Behandlungsweise den nächsten, bisher noch nicht erreichten, Zweck der Kenntnißnahme fördern und ließ sich umsoweniger eine vollständige Darstellung durchführen, als die Praxis der Gerichtshöfe, nach Ort und Zeit manichfach verschieden, ihre eignen Sonderwege gegangen ist, deren Spuren vielfältig verwischt sind oder wohl auch wirr ineinanderlaufen.

Ich fühle wohl den großen Uebelstand dieser ersten in deutscher Sprache versuchten wissenschaftlichen Leistung, ja manche Gebrechen solcher Art haften mehr minder am ganzen Werke; indeß wolle der freundliche

Leſer bedenken, — dem das Buch für ſeine Forſchung gewiß manches bisher Unbekannte bieten dürfte, — daß ich bei der Anlegung des, zunächſt für die Vorträge eines Annual-Collegiums beſtimmten, Werkes folgende Geſichtspunkte im Auge behalten mußte: es ſollte ein Haupttext denjenigen geboten werden, welche für ihr Gedächtniß eine kurzgehaltne und doch im Weſen zutreffende Schilderung benöthigten; Quellen und Literatur mußten dem Forſcher bekannt gegeben, — endlich ein gewöhnlich abgängiger oder ſchwer handlicher Geſetzestext den Augen und der Verwerthung zugeführt, — im Ganzen aber den mündlichen Erörterungen ſelbſt Anhaltspunkte gewährt und ein weitrer Spielraum offen gelaſſen werden.

Allerdings könnte auch dieſem Vorgange Manches entgegengehalten werden; — halb zum Vorwurfe, halb zum Verdienſte gereicht mir diesfalls der Ausſpruch eines verehrten Altmeiſters, welcher über die hier enthaltnen „Proceßrechte“ ſchrieb: welches Glück, wenn vor dem Jahre 1848 die Candidaten ſolche Lehrbücher für ihre Prüfungen gehabt hätten! — Was damals ein Glück geweſen, kann jetzt kein Unglück genannt werden, zumal wenn eben die Erfüllung einer Schuldigkeit den Einſatz unſrer Kräfte fördert.

Hermannſtadt anfangs November 1867.

Der Verfaßer.

I.

Das ungarische Proceßrecht.

Die Institute des siebenbürgisch-ungarischen Proceßrechtes.

(Vierter Theil der innern Rechtsgeschichte).

Vorerinnerung.

§. 1. Die Quellen des siebenbürgisch-ungarischen Proceßrechtes.

I. Allgemeine Hauptquellen[1]).

1. Das Corpus Juris Hungarici. (Königs-Decrete bis zum J. 1526).
2. Das Opus Tripartitum juris consuetudinarii des Stef. Werböcz.
3. Die Approbatae et Compilatae Constitutiones Regni Transsilvaniae.
4. Die nachherigen Landtagsbeschlüße bis 1848.
5. Die Tabular-Instruction von 1777 und jene Normalien, welche durch den Gerichtsgebrauch „Gewohnheitsrecht" geworden sind.

II. Besondere Hauptquellen[2]).

6. Statute (Municipal-Constitutionen der Comitate und Szeklerstühle).
7. Privilegien.

III. Hilfsquellen.

8. Das Gewohnheitsrecht. Der Gerichtsgebrauch. Das Herkommen.
9. Präjudicien als Urtheile höherer Gerichtshöfe.
10. Die Analogie. — Hofrescripte und Decrete. — (Normalien).

---

[1]) Ueber dieselben siehe die „äußere Rechtsgeschichte" und das „ungarische Privatrecht" am betreffenden Orte.

[2]) Siehe hierüber die Angaben bei dem „ungarischen Privatrechte".

§ 2. Rechtsliteratur.

(Siehe aus der ſiebenbürgiſchen Rechtsgeſchichte den betreffenden Paragraph der Einleitung [1]).

§ 3. Begriffsbeſtimmung und Haupteintheilung des Stoffs.

Das ſiebenbürgiſch-ungariſche Proceßrecht enthält jene geſetzlichen und durch den Gerichtsgebrauch aufgenommenen Rechtsregeln, welche die Parteien und Gerichte im Ungar- und Seklerlande bei dem Verfahren zur Anerkennung und Durchſetzung angegriffener Privatrechte beobachtet haben und es ſind deshalb in der Einleitung zu unterſcheiden, vorerſt:

1. Die Parteien.
2. Die Gerichte. — Sodann

das eigentliche Verfahren, welches nach folgenden 5 Haupttheilen ſich gliedert, und unterſchieden werden kann, als:

1. Der Beginn des Proceßes.
2. Die Beweisführung.
3. Das richterliche Urtheil.
4. Die Rechtsmittel.
5. Die Beendigung des Proceßes.

---

[1]) Hier ſind noch hervorzuheben:

1. Törvénybéli gyakorlás mutató táblája vagy az erdélyi ügyfolyások. *Iklandi V. Filep József* által. Maros-Vásárhelyt 1831.
2. Stylionarium. Nonulla stylorum curialium exempla per *Joannem Jakab de H. Almás*. M.-Vásárhelyini 1838. (A Törvénykezés Rendén előforduló Stylusok magyarázatjáról és elosztásáról. Második megbővitett kiadás).

Einleitung.

I. Die Proceßparteien.

§ 4. Das Klagerecht[1]). Der Kläger.

Als Parteien konnten im Proceße auftreten rechtsfähige Perſonen und zwar als Kläger (actor, felperes) oder Geklagter (reus, alperes), ſowie die ſtellvertretenden Advocaten und Bevollmächtigten, dann zuweilen der Mit- oder Einſpruchskläger (ingerens, avatkozó) und der Gewährsmann (evictor, szavatyos).

Die Gerichtsſtandfähigkeit (actoratus, felperesség) haben nicht — Sinnloſe[2]), Meineidige[3]), Minderjährige[4]), — in gewiſſen Fällen Frauenzimmer[5]), Fremde[6]), und Unterthanen[7]), welche letztere entweder der Grundherr als Patron, oder der Fiscal zu vertreten hatte.

Auch waren Ordensgeiſtliche in vermögensrechtlicher Beziehung nach Tripart. II. tit 49. 53. beſchränkt und ſollten Edelleute und Geiſtliche wegen des Competenz-Conflictes der Jurisdictionen gegen einander nicht klagbar auftreten, ausgenommen im Verbürgungsfalle von Approbat. Const. V. ed. 46[8]).

---

[1]) Vergl. in „Erdélyhoni Jogtudomány“ von *Alex. v. Dósa* (Klauſenburg 1861) im III. Theile, Seite 5 (§ 433): „A perben részvevő személyekről“ u. ſ. w. —

Da vorliegender Grundriß noch vor dem Erſcheinen jenes trefflichen Werkes angelegt wurde, iſt deſſen Benützung, auch aus innren Gründen der maßhaltenden Behandlung, nur ſehr wenig von Einfluß geweſen; es kann aber umſo wärmer Jenen anempfohlen werden, welche der ungariſchen Sprache mächtig, die aus der Geſetzgebung ſich ergebenden Regeln in Anſchauung praktiſcher Rechtslehre kennen lernen wollen.

Nachzuleſen und das Privatrecht zu vergleichen, namentlich:

[2]) Tripart. I. 55.

[3]) Tripart. II. 30. § 4.

[4]) Tripart. I. 124.

[5]) Tripart. I. 112. 1.

[6]) Vergl. Trip. III. 31. Unadlige und auswärtige Edelleute ſollten nur in Rechtsangelegenheiten aus einem Vertrage oder einer gemeinen Erbſchaft klagen dürfen.

[7]) Siehe im Privatrecht die betreffenden Paragraphe.

[8]) Siehe den Landtagsbeſchluß von 1635: Ha melly nemes ember prédikátori rendel akar pert inditani, ha kivánják, tartozzék kezest állatni arról, hogy az interlocutorie esett birságból satisfaciál, ugy mindazáltal hogy a' prédikátori rendek is seculare forumon perelvén, hasonlóképpen tartozzanak kezest állatni.“

Die Parteien müſſen außer ihrer perſönlichen Rechtsfähigkeit auch ſachlich zum Streitgegenſtande berechtigt ſein (legitimatio ad causam, tárgyas felperesség).

Die vaterländiſchen Geſetze hatten, der Rechtsnatur nach, für beſtimmte Fälle die Untauglichkeit ausgeſprochen, ſo im Tripart. I. 27. 5, im Trip. I. 77, dann I. 51. 4 und I. 78. 1.[1]) womit zu vergleichen ſind[2]) Appr. Const. III. 11. 2, dann die §. 70 und 93 der Tabular Instruction, ſowie 2 : 1791.

Ueberdies mußte das Klagerecht auch die gerichtliche Zuſtändigkeit (Competenz) haben und es galt ebenſowohl der Grundſatz actor sequitur forum rei[3]), als die Maxime actio regulat partes et judicem[4]). Auch ſollte der Kläger immer zur Ausführung ſeiner Anſprüche bereit ſein[5]), und dieſelben mit Beweismitteln — (wenn auch nicht zugleich mit allen, — alſo ohne Eventualmaxime) — unterſtützen[6]).

Anmerkung. Als öffentliche Ankläger hatten in den bezüglichen Proceßen ihres Amtsberufes die Comitats- und Seklerſtuhls-Fiscale[7]) und in den zugewieſnen Fällen der Fiscal-Director[8]) aufzutreten.

§ 5. Die Stellung der übrigen Perſonen.

Als Geklagte (in caussam attractus, incattus, inctus, oder alperes) konnten nicht perſönlich belangt werden, der Fürſt, welchen der

[1]) So vornehmlich: Bevollmächtigte betreffs der Vollmacht, und in Stelle der Verkäufer rückſichtlich des Kaufgegenſtandes ſelbſt; die donatores et venditores betreffs der Schenkung, des Kaufs, gegen donatarios et emtores außer bei behaupteter Vertragsungültigkeit und dem Retracte; der Erbe konnte den verlornen Proceß bei Lebenszeiten deſſen, welcher ihn verloren, nicht noviſiren; der Sohn unter väterlicher Gewalt bezüglich der Güter ſeiner lebenden Eltern.

[2]) Der Fiscus konnte betreffs Donationalgüter nicht klagen, wenn eine Tochter vorhanden war und er dennoch den defectus seminis beider Geſchlechter hatte publiciren laſſen; ebenſo bei einzutretenden Bedingungen und Zeitfriſten, welche nehmlich vorerſt abgewartet werden mußten u. dgl. m.

[3]) Tripart. I. 12. und Approb. Const. III. 6. 1. (Natürlich gab es ein forum domicilii ein forum rei sitae, wohl auch forum contractus).

[4]) Vergl. Hofreſcript vom 20. December 1799, Gubern.-Zahl 3369.

[5]) Tripart. II. 84. § 5. und Tabul. Instr. § 40.

[6]) Tabular Instruction § 89.

[7]) Siehe 96. Provis. art. von 1791. (Siehe meine „Siebbürg. Rechtsgeſchichte" erſte Auflage, II. Seite 97).

[8]) Siehe § 25. der Tab. Instr. Privilegirt war derſelbe in den ſogenannten „Productionalproceßen".

Vergl. *Dósa* „Erdélyh. Jogtud." § 435 oder III. Band, S. 8. Derſelbe führt noch an: jenen ſtädtiſchen Senator, welcher gewöhnlich rendőri főbiztos (politiae director) geweſen und ebenſo als közfelperes die kirchlichen — Generalis et Tractualis Director — der Helvetiſchen Confeſſion.

königliche Fiscus zu vertreten hatte[1]), Verstorbene bei Strafe des homagium's[2]) und die vom Gesetze ganz[3]) oder nur zeitweilig Befreiten, oder Begünstigten, so die Minderjährigen[4]), ausgenommen im Falle einer Metalreambulation (Grenzberichtigung) und der in ihrem Namen widersprochnen Statution[5]), dann geistliche Prälaten[6]) und prorogirte adlige Wittwen[7]) während eines Begünstigungsjahres.

Mit glaubwürdigen (von irgend einem öffentlichen Siegelbewahrer ausgestellten) Vollmachten für ein ganzes oder besonders Rechtsgeschäft, — mit Ausnahme der Eidesablegung[8]) — betraute Personen[9]), besonders aber, als solche, Bevollmächtigte und die mit

---

[1]) Tripart. II. 39. init.

[2]) Tripart. II. 23. init.

[3]) So Minderjährige, adlige Gattinen in Potenzfällen nach Trip. I. 132. 1. und II. 23. init. Ferner Trip. I. 51 und Uladislaus II. 4 D. V. 14. Ebenso sind befreit Ordensgeistliche Trip. II. 44. 53., die mit Kirchenbann Belegten, Rasende u. s. w.

[4]) Trip. I. 129. § 1. und Trip. 1. 130. init. sowie II. 50. init. und § 1. und 2.

[5]) Trip. I. 131. § init. nnd § 2.

[6]) Bezüglich ihrer Privatgüter sind sie ein Jahr a die electionis eorum von der Urkundenproduction befreit, ausgenommen in caussis praetextu actuum potentiariorum (Trip. II. 49. 5. und II. 50. § init. 2. und 3).

[7]) Ungestörter Güterbesitz nach Approb. Const. III. 25. 1. und IV. 2. 1. (vergl. *Jakab* Stylionarium Nummer 16, Seite 56). Das Mandatum enthielt etwa folgende Stelle:

„Ferdinandus ... Memoriae commendamus .... Quod nos condignum habentes respectum viduitatis et orbitatis Magnificae Comitissae ..... Universas ... causas ... contra ipsam ... motas vel in posterum movendas, imo etiam .. derivatas et .. condescensas intra nnius anni integri circulum et trium Dierum spatium a die obitus praefati Mariti .... differendas et prorogandas esse duximus, prout differimus et prorogamus“ ..... causas universas pro dilatis et prorogatis habere debeatis et teneamini ... u. s. w.

[8]) Trip. II. 11. 3. nur der Fürst legt nicht in Person den Eid ab Trip. II. 39. 2.

Uebrigens versteht sich von selbst, daß eheliche Rechte und Pflichten, der volle Umfang der väterlichen Gewalt und Vormundschaft, sowie gewiße Amtsgeschäfte nicht konnten durch „Plenipotentiäre“ ausgeübt werden.

[9]) Vergl. Mathias Decret VI. 17. und Trip. 69. § 2. sowie III. 14.

dem stallum agendi[1]) versehnen Advocaten vertraten rechtskräftig die Partei[2]).

(Der Geklagte mußte nicht gleich antworten, sondern konnte wiederholt Fristerstreckungen erlangen, er hatte nicht alle gegnerischen Behauptungen besonders zu widersprechen, wohl aber seine eignen Behauptungen zu beweisen, nam reus in exceptione actor est).

Rechte und Pflichten der Advocaten (ügy-védlő, ügyvéd) bestimmte die Tabular-Instruction, so in den §§. 255. 274. („De procuratoribus“ [3]).

---

[1]) Tab. Instr. § 255 bis § 264, doch wurden gegen letztre Bestimmung auch mehr als zwei Advocaten in demselben Proceße für eine Partei zugelassen. (Vergl *Jakab* Stylionarium Stück 63, Seite 189). Das Stallum agendi:

„Nos Ferdinandus etc. Damus pro memoria per praesentes, quibus expedit, universis, et singulis: Quod Nobilis T. de T. coram Majestate nostra personaliter constitutus, seque maturo Judicio, et spontaneo animi motu ad officium Procuratoris, idque fideliter peragendum devovens, ac declarans, juxta publicam Regnicolarum autelati Magni nostri Transylvaniae Principatus, et Partium eidem reannexarum constitutionem, super Juramenti Procuratoris depositione, editam, — firmissimo Juramenti Sacramento coram Majestate nostra deposito, adstrinxit se, et obligavit, causas Principalium suorum, fidei suae commissas, vel in futurum committendas, sincere, juxta suum posse procuraturum, nec easdem cuipiam ante finalem earum decisionem proditurum, neque in negotio earum, cum quibuspiam, manifeste, vel clanculario, in perniciem causarum, in se susceptarum, collusurum; sed ipsissima integritate, bona fide, conscientia, et fideli opera, easdem procuraturum, ac defensurum. In cujus rei fidem, et Testimonium, firmitatemque perpetuam Nos quoque praesentes hasce Literas nostras Testimoniales fidedignitatis praedicto T. Jurium Principalium suorum uberiorem futuram ad cautelam necessarias, super praemissa Juramenti depositione, sub sigillo nostro Judiciali, et authentico, eoque Transylvanico extradandas, duximus et concedendas communi Justitia, et aequitate svadente. Datum etc.“

[2]) Doch waren auf Grund von § 222 der Tab. Instr. nach dem Gewohnheitsrechte die Beamten der Gerichtsbehörden davon ausgeschloßen bei ihren Behörden als Sachwalter der Parteien aufzutreten.

[3]) Im Nachfolgenden theilen wir das Stylmuster einer Procuratoria Constitutio simplex mit:

„Nos Ferdinandus etc. Memoriae commendamus tenore praesentium, significantes quibus expedit, universis, et singulis: Quod Magnifica Comitissa *Rosalia Pekri* Fidelis nostri Spectabilis, ac Magnifici Comitis *Stephani Mikes de Zabola*, Camerarii nostri, et Comitatus Albensis Transylvaniae Comitis Supremi Nobis dilecti consors, coram Majestate nostra personaliter constituta, in omnibus causis suis, et earum articulis, tam per ipsam contra alios quosvis, quam per alios quosvis contra ipsam, in quibuslibet Terminis, et Sedriis, coram quovis Judice, et Justitiario Magni nostri Transylvaniae Principatus, et Partium eidem reincorporatarum, Ecclesiastico videlicet, et Seculari, a dato praesentium ad Revocationem usque, ratione quorumcumque negotiorum suorum jam antea

Hiernach ſollte der Advocat weder eine offenbar ſchlechte Sache führen, noch ſeine Vertretung Jemandem verweigern, er mußte ſeine Clienten gewißenhaft vertheidigen, mit der Gegenpartei nicht colludiren, durfte die Schriften ſeines Principals nicht verrathen u. ſ. w., dafür hatte er eine beſtimmte merces, nach der Entſcheidung im erſten Forum, — gewohnheitsrechtlich war das Honorar jedoch keine Lohntaxe[1]), — es mußten ſeine Auslagen vergütet werden, doch ſollte er den Clienten durch einen Vertrag blos bis auf 50 ſchwere Marken d. i. 200 ungriſche Gulden belaſten können und durfte einen ſtellvertretenden Sachwalter beſtellen. Im Uebrigen entſcheidet die Vollmacht.

Der Ingerent (avatkozó) kann ſich in den Prozeß einmiſchen wegen der Gemeinſchaftlichkeit des Rechts, aus dem Forderungsrechte einer Privatſtrafe (z. B. ſeitens des Fiscus), aus dem Titel des jus regium und wegen eines ſich zu verſchaffenden Rechtsſchutzes, wie immer, muß es nach Trip. II. 82. vor einer definitiva sententia geſchehn und hatte der Ingerent ſein Aurecht, alſo etwa die Blutsverwandſchaft mit dem Kläger, zu beweiſen, und mußte ſich bei einem Vergleiche nach Trip. II. 85. zur Ruhe begeben: Der Ingerent kann nicht mehr Rechte und nicht aus einem andern Titel in Anſpruch nehmen, als die Partei und muß die Unkoſten des Proceßes verhältnißmäßig tragen.

Der Geklagte muß nicht, darf aber, gegen denſelben ſeine Beweiſe vorbringen.

Der Evictor (szavatos) hat als geſetzlicher[2]), oder vertragsmäßiger[3]) Gewährsmann den angegriffenen Angeklagten in ſeinem Beſitze zu ſchützen oder wenn dieſes mißlingen ſollte, nach Befund der Sache, zu entſchädigen.

Die gerichtliche Vorladung zur Erfüllung der Eviction muß der

---

motis, vel in posterum quovis modo movendis Egregios, et Nobiles *Danielem Técsi de Barlabás*, et *Joannem Szolga de Vargyas*, ac alios quosvis legali juramento ad id adstrictos elegit, nominavit, et constituit in suos veros, et legitimos Procuratores, ratum, atque firmum se promittens habituram, quicquid per praefatos Procuratores suos simul, vel divisim, constitutos, Exhibitores videlicet, seu Exhibitorem Praesentium, actum, dictum, factum, et procuratum fuerit, in causis suis universis; Harum nostrarum Judicialis, et authentici sigilli nostri Transylvanici munimine roboratarum vigore, et Testimonio Litterarum mediante. Datum etc.“

[1]) Indeſſen galt das Herkommen, daß der Advocat bei Schuldforderungsproceſſen blos 1% fordern könne.

[2]) Vergl. Tripart. I. tit. 45. § 1. und Trip. I. 75. § init. 1. 2.

[3]) Tripart. I. 74. § init. und 1.

meritorischen Vertheidigung vorausgehn nach Approb. Const. IV. 1. 26 [1]) und sollten auch die Einwendungen vom Beklagten dem Evictor vorbehalten sein nach Approb. Const. IV. 1. 26.[2]).

II. Die Gerichtsbehörden[3]).

§ 6. Richter und Gerichtsbehörden im Allgemeinen.

Der Richter sollte als Person entweder ein gesetzmäßiger[4]) oder ein Schiedsrichter[5]) sein, die Befähigung haben und gewissenhaft vorgehn[6]). Daher soll der Richter nach Tripart. Prolog. tit. 14. tit. 15. und 16, sowie Trip. II. tit. 2. § 10. u. a. O. gerecht sein, alle Streitfragen reiflich und ohne Leidenschaft prüfen, und hat sein Urtheil auf die allegata et probata der Parteien zu gründen sosehr, daß er hiernach auch „contra conscientiam“ und zwar „secundum leges“ richten muß.

Auch ist es selbstverständlich, daß der Richter in eigner Sache nicht urtheilen[7]) und nicht zugleich einen Zeugen abgeben darf[8]), auch sollte er sein Erkenntniß nicht über das Begehren der Parteien ausdehnen, denn

[1]) „Az Evocatio egyenesen csak az in causam attractus ellen vagyon, melyre képest szabad neki az ellent contendalni, excipiálni, lássa mentől tovább halatzthatja az evictorra való fogását, úgy mindazáltal hogy a mi az evictor meritális allegatioja lehetne, ahoz az in caussam attractus ne nyúljon, hanem intacte reserválja az evictornak mert hogy ha ahoz hozzá szóll az in caussam attractus az után nem tartozik evincalni az evictor“ (vom Jahre 1633).

[2]) „Az evictor csak de merito excipiálhat, úgymint ratione praescriptionis et calumniae egyebet nem“.

[3]) Vergl. meinen Aufsatz über die Gerichtsbarkeit nach den frühern Landesrechten in *Trauschenfels* „Magazin“ 1859. I. Band, Seite 161.

Die damals beabsichtigte Ausführung des Gegenstandes mußte unterbleiben, da verschiedne Gründe es räthlich erscheinen lassen für den Lehrzweck nur diesen Grundriß auszufertigen. Theils der mündliche Vortrag, theils Einzelarbeiten haben den bis jetzt in deutscher Literatur unbekannten Gegenstand fortzuführen. Die rechtsgeschichtliche Behandlung durchgehends so eingehend, namentlich mit Anknüpfung an Zeit und Ursprung recipirter Rechtsinstitute, vorzunehmen, als es der Verfaßer anstrebte, war unthunlich; auch müßen erst Vorarbeiten geschloßen werden, so die Sammlung ungarischer Rechtsdenkmäler (Municipal-Constitutionen).

[4]) Tripart. Prolog. 13. 1. und 14. 1. sowie 8 : 1791. „Judicia per competentes judices legaliter constituendos celebrabuntur“.

[5]) Vertragsmäßige Uebereinkunft bestimmt das Nähere.

[6]) Siehe 33 : 1791 und 96 Provis. art. : 1791. (Siehe erste Auflage meiner „Siebbürg. Rechtsgeschichte“ II. Seite 98).

[7]) Sigismund Decret II. 8 § 6. „Cum neminem liceat nulla postulata justitia propria se autoritate vindicare“.

[8]) Trip. Prol. 16. 4. Ausgenommen „si judex sedeat pro tribunale et contingat aliquem ibi coram eo aliquod delictum facere, tum potest illum statim punire, ac si probaretur per testes“, so im Falle der fractio sedis nach Tripart. II. 69. 1. wo jeder Gerichtshof für seinen Fall competent ist.

„actio regulat judices et partes“, was jedoch in der Praxis mitunter seine eigne Bewandtniß hatte.

Die siebenbürgischen Gerichtsbehörden (fora, törvényszékek [1]) sind nach 4 : Diploma Leopoldinum, dann 8 und 32 : 1791 sowie Approb. Const. IV. 1. 12 [2]) in ihrer historisch-verfaßungsmäßigen Zusammensetzung und Wirksamkeit beibehalten worden und waren theils ordentliche (fora ordinaria, rendszerintiek), theils außerordentliche (fora extraordinaria, rendkivüliek), sodann höhre (superiora, felsöbbek), und niedre (inferiora, alsóbbak), welche sich auch nach der Tabular-Instruction richten [3]).

§ 7. Die ordentlichen untern Gerichtsbehörden (sedriae, alszékek).

Als solche waren nach den früher erörterten Zusammensetzungen berufen:

1. (a) Die sedria filialis (fiuszék [4]).
   (b) Die sedria partialis (alszék [5]).
2. Die sedria generalis (derékszék [6]); doch ist dieselbe zugleich für die vorerwähnten Gerichte eine Appellationsinstanz gewesen, sonst gehörten vor dieselbe als Untergericht die Criminalprocesse der Adligen [7]), die arbiträren [8]), wenn das Substratum litis 100 fl. übersteigt, die

---

[1]) Vergl. *Dósa* „Erdélyhoni Jogtudomány“ III. Seite 34 im § 458.

[2]) „A mely casusok pedig nevezet szerént relegáltattanak valamelyik forumra egyenesen ott is proseqnáltassanak, minthogy az ollyanok nem hagyattatnak csak ad arbitrium causantium“.

[3]) Im Sinne von Approb. Const. IV. 1. 19. „A vármegyéken és székeken is a' processus a táblai processnsokhoz accomodáltassék“ (Landtagsbeschluß von 1619).

[4]) S. 96. Prov. art. : 1791 „causae tam civiles, quam criminales rusticorum terrestrali jurisdictioni non obnoxiorum et causae criminales ejusmodi colonorum, quorum in foris dominalibus punitionem domini eorum terrestres praetermiserunt ac ea propter sub magistratualium acquisitionem recederunt“ und nach § 23 der Tab. Instr. „causae contra rusticales communitates“ u. dgl.

[5]) Nach demselben 96. Prov. art. : 1791 und § 24 Tab. Instr. Adlige Proceße, welche 100 Gulden nicht übersteigen; gewiße Criminalproceße, welche hier die erste Instanz hatten. (Vergl. darüber auch die von mir und *Dr. Trauschenfels* herausgegebenen „Ungarischen Rechtsdenkmäler“ an betreffenden Stellen).

[6]) S 97. Prov. art. : 1791 (derselbe lateinisch in der „Rechtsgeschichte“ am angegebenen Orte) und Approb. Const. IV. tit. 1. art. 11. und 12.

[7]) Nach oberwähnten Gesetzen und dem Gewohnheitsrechte, sowie nach Municipalconstitutionen (vergl. die „Ungarischen Rechtsdenkmäler“ an mehreren Stellen).

[8]) Approb. Const. IV. 1. 11 und 12. „In arbitrio causantium légyen ha a' tábla vagy a széken akarják prosequálni“. (Vergl. 24. § der Tab. Instr.). Schon nach 6 : 1680 gehörten aber Proceße betreffs eines Anspruchs unter 100 fl. vor die sedria partialis.

Theilungsproceße [1]), Grenzſtreite, und ſolche wegen Unterhalts der Wittwe [2]) u. dgl. m. ſowie auch causae magistratuales ihr zugewieſen waren, wie jene „ob saevitiem in subditos“ — „in facto praevaricationis“ u. ſ. w. Im Oberalbenſer und Zarander Comitate, ſowie im Fogaraſcher Diſtrict war dieſer Gerichtsſtuhl als forum primae instantiae auch für die Proceße der vorerwähnten Art eingeſetzt; dagegen in den Seklerſtühlen (ausgenommen den Maroſer, welcher Comitatseinrichtung feſthielt) war die sedria generalis nur Appellationsinſtanz [3]), die sedria partialis (alszék, viceszék) erſte adlige und die sedria filialis (fiuszék) die Inſtanz der Unadligen. Von der Vicesedria des Miklosvárer Stuhls ging aber die Appellation direct an die königliche Gerichtstafel.

3. Die Marcal-Congregationen (közgyülések, Comitats- und Seklerſtuhls-Verſammlungen) konnten auch als Gerichtsbehörden Proceße abführen [4]), ſo gegen nachläſſige Beamten [5]), wegen Sequeſterverhängung über einen Verſchwender von Aviticalgütern [6]) und betreffs ſolcher Angelegenheiten, welche, beſonders in frühern Jahrhunderten zur eignen Competenz von den durch ſie beſtellten Gerichtsbehörden herangezogen wurden.

4. Die Magiſtrate der Privilegirten (Städte und Taralortſchaften). Dieſe ſind nach Trip. III. tit. 10. § init. in allen Proceßen geklagter Stadtbewohner die erſte Inſtanz, doch iſt ihr Appellationszug verſchieden geweſen; die Regel blieb, daß die sedria generalis die zweite Inſtanz der Taralortſchaften ſein ſollte [7]), aber nach Gewohnheitsrecht und Privilegien waren es:

1) Die königliche Gerichtstafel für alle ſtädtiſchen Proceße und jene von Kolos, Ziláh, Szék, Bereczk und Gyéres-Szent-Mihály.
2) Das Gubernium für Carlsburg, Abrudbánya und Vizakna.
3) Der Fiscaldirector für die Proceße vom gemeinſchaftlichen Magiſtrate der Ortſchaften Kápolnás- und Szentegyháza-Oláhfalu.

---

[1]) Wenn die Güter in einer Gerichtsbarkeit liegen nach Trip. I. 45. und 133. Prov. art.: 1791.

[2]) Nach Approb. III. 25. 1. und zwar die sedria „a hol t. i. a derekasabb residentiája“ (vergl. noch 134. Prov. art.: 1791 den lateiniſchen Text in meiner „Siebbürg. Rechtsgeſchichte“ erſte Auflage II. Band, Seite 100).

[3]) Die Csiker für die drei Unterſtühle: Csik, Gyergyó und Kászon; die Háromszéker für die drei Unterſtühle: Sepsi, Kézdi und Orbai.

[4]) Vergl. 12: 1791.

[5]) Approb. Const. III. 43. 1. und Comp. Const. III. 11. 3.

[6]) Gewohnheitsrechtlich. (Vergl. übrigens das Hofdecret vom 8. April 1772 in *Spielenberg's* „Normalien-Sammlung“ I. S. 23—26).

[7]) So auch vom Zetelaka'er Magiſtrat an die sedria generalis des Stuhls Udvarhely.

§ 8. Die ordentlichen höhern Gerichtsbehörden[1]) (a rendszerinti felsöbb törvényszékek).

Als Appellationsgerichte für das Ungar- und Seklerland waren eingesetzt:

1) Die königliche Gerichtstafel (tabula regia judiciaria, a' királyi tábla);
2) das königliche Gubernium (a királyi fökormányszék);

hatten jedoch auch eine erstrichterliche Instanz; ebenso die höhern Stellen:

3) das Thesaurariat[2]) (a' királyi kincstáriszék);
4) das Forum productionale[3]);
5) der Landtag (az országgyülés).

Im frühern Verfahren war die erstrichterliche Zuständigkeit von der größten Bedeutung.

So war die Gerichtstafel berufen als forum primae instantiae:

1) In Processen, deren Streitgegenstand verschiednen Jurisdictionen angehörte, nach § 22 der Tabular-Instruction[4]);

2) in gewißen Fiscalprocessen nach § 144 und § 25 der Tabular-Instruction, sowie dann, wenn das Queckſilber nicht dem k. Fiscus verkauft wurde nach Approb. Const. II. 9. 2. u. dgl. m.;

3) in Privilegienprocessen statt des nicht versammelten Landtags; ebenso

4) in Productionalprocessen statt des nicht tagenden forum productionale (in der Zeit a dominica Miserere bis Pentecostes);

5) in solchen Processen, welche zum Gegenstande ein perennales Eigenthumsrecht hatten und wo die Production von Privilegien erforderlich gewesen ist[5]);

---

[1]) Vergl. *Dósa* „Erhélyh. Jogtudom." III. S. 42 § 467 und in den ersten Theilen der „Siebbürg. Rechtsgeschichte" am betreffenden Orte.

[2]) Das Thesaurariat hatte eine Jurisdiction betreffs der eignen Beamten und als Apellationsinstanz in Montanprocessen, welche vom Berggericht erster Instanz entschieden waren.

[3]) Siehe „Rechtsgeschichte" am betreffenden Orte. (Für das Epochaljahr 1588 s. das Hofrescript der Maria Theresia vom 5. Mai 1770 in *Gál* Diaetak III. 118).

[4]) Ausgenommen die intertentio vidualis nach Approb. Const. III. 25. 1. und gewiße Metalproceße und processus querulosi (vergl. Approb. Const. III. 8. 1. sowie § 22 der Tab. Instr.).

[5]) Approb. Const. IV. 1. 12. „A' mely causákban perpetuitas bonorum kerestetik és privilegium productioja is kivántatik, immediate a' táblán prosequáltassanak" (vergl. 14 : 1791).

6) in Proceßen der Taxalortſchaften gegen eine Communität u. dgl. nach Approb. Const. III. 61. 1. und Comp. Const. IV. 8. 1. womit noch zu vergleichen Trip. III. 19. 1. und

7) betreffs der Sekler und Sachſen in Ausnahmsfällen, nach Approb. Const. III. 76. 13.[1]) betreffs der Sekler, und nach Comp. Const. III. 13. 1. betreffs der Sachſen im Falle der quinque casus einer Communität wegen Majorpotenz[2]);

8) die Proceße gegen diejenigen Perſonen, welche Mitglieder der k. Tafel angegriffen, beſchimpft oder ihre perſönliche Sicherheit verletzt hatten, nach Trip. II. 20. § init. und § 22 der Tab. Instr., ſowie ſelbſtverſtändlich betreffs der fractio sedis (Trip. II. 69. 1.).

Das Gubernium war in gleicher Weiſe berufen[3]) in Proceßen:

1) wegen Auslöſung inſcribirter Fiscalitäten (Quindenalproceßen) nach Approb. Const. II. 8. 2. und wegen der Territorialausdehnung der Fiscalgüter (§ 144 der Tab. Instr.) u. dgl.;

2) betreffs der causae restitutionis in integrum seu spolii. wenn die Güter in mehrern Jurisdictionen gelegen waren, und ebenſo

---

[1]) „A Székelyek .... jobbágy kérésesekben statutióknak contradictiójában, legitimum mandatumoknak nem obtemperálásában és notában evocáltathatnak Táblára avagy Diaetára“ . . . (Aus Landtagsartikeln von 1609, 1610 und 1643). Siehe die überſetzte Stelle in meinen Materialien zur Siebbürg. Rechtsgeſchichte („Municipal-Conſtitutionen“) Seite 15 und vergl. auch die „Ungariſchen Rechtsdenkmäler“ (Seklerſtuhls-Statute) am betreffenden Orte.

[2]) „A Szász atyánkfiai részéröl concludáltuk Nagyságod consensusából, hogy bizonyos casusokon kivül ö kegyelmek közzül privata personák immediate Táblára ne evocáltatnának; ugymint quinque casusokat, Gyilkosságot és Depositumokat concernálo casusokon kivül egyéb casusokban, ha ki pert akar inditani ö kegyelmek ellen az alsó forumon coram judicibus competentibus prosequálja peressét“ u. ſ. w. (Vergl. Decret Trip. II. 42. 5. und II. 67. 9. Die Fälle: feindlicher Einfall in ein adliges Wohnhaus, widerrechtliche Ermordung, Prügeln, Gefangenſetzung eines Edelmanns, ſodann Falſchmünzerei). Uebrigens entſtand über jene Geſetzesbeſtimmung eine ſtändiſche Verhandlung und kaiſerliche Beſchlußfaßung (vergleiche 3: Diploma Leopold. von 1691; die Accorda vom 23. April 1692. — Siehe *Szász* Sylloge Seite 291 und 234 und meine „Siebbürg. Rechtsgeſchichte“ erſte Aufl. I. Band am bezeichneten Orte. Nach dieſem 5: Accorda kann nur eine Communität des Sachſenlandes in quinque casibus vor die k. Tafel geladen werden; die Proceſſe wegen des Depositum's ſollten dagegen vor der Univerſität beginnen „sola appellatione ad tabulam regni salva“; doch verſtand man unter letztrem Ausdrucke nicht die k. Tafel, ſondern das Gubernium.

[3]) Ueber deſſen Amtsfunctionen in Criminalproceßen als ſtellvertretende curia regis ſiehe meine Auseinanderſetzung im „Hermannſtädter Landtagsprotocoll“ 186¾ Seite 633 und 671 (übertragner Wirkungskreis der königlichen Hoheitsjuſtiz; die Polizeijuſtiz und Regelung des Gnadenrechtes).

„contra aliquam comunitatem magistratualem vel superiorem cujuspiam jurisdictionis justitiarium motae“ (Tab. Instr. § 22);

3) (ſtatt des nicht verſammelten Landtags) betreffs der „causae metalium reambulationum, occulatarum revisionum, si nimirum materia subversans diversorum comitatuum, sedium, civitatum et oppidorum adnexa territoria involvat, etiamsi partes litigantes sint privatae personae“.

Endlich war ähnlich und zwar vorzugsweiſe der Landtag berufen[1]) in Proceßen:

1) des Hochverraths, der nota infidelitatis, nach Trip. II. 75. 1. dann Approb. Const. II. tit. 7. art. 6. und daſelbſt IV. 1. 12., ſowie IV. 13. 6. Aehnlich gegen diejenigen, welche Correſpondenzen des Fürſten oder an denſelben erbrechen oder unterſchlagen nach Approb. Const. III. 23. 1. und gegen jene, welche Religionsneuerungen machen (Approb. Const. I. 1. 3.); — ſowie in Proceßen betreffs der Regalienrechte der Mauth in den Fällen von Approb. Const. III. 39. 2. u. a. (Siehe Dósa „Erdélyh. Jogtudomány“ III. Seite 54 im § 473);

2) „in casu ubi de extensione Limitum (der Fiscalgüter) causa moveretur (vergl. § 144 der Tab. Instr.);

3) in erwähnten Privilegien-, Metalreambulations-, Reſtitutions-Proceßen[2]) und in ſolchen, welche ſind „causae injuriarium ad diaetam proficiscentibus vel iisdem adhaerentibus illatarum“.

§ 9. Außerordentliche Gerichte (a' rendkivüli törvényszékek[3]).

Als ſolche ſind thätig geweſen:

1. Das Forum dominale[4]) (uri szék).

---

[1]) Vergl. 11 : 1791 (lateiniſch in meiner „Siebbürg. Rechtsgeſchichte“ erſte Auflage I. Seite 129 und deutſch in meinen Materialien „Verfaßungs-Grundgeſetzen“ Seite 131 überſetzt).

[2]) Tab. Instr. § 22. und Tripart. II. 20. § init.

[3]) Siehe meinen erwähnten Aufſatz über die „Gerichtsbarkeit“ und *Dósa* (III. Seite 52, § 475) am betreffenden Orte.

[4]) Beſonders nach Tripart. III. 26. § 2. und III. 18. und 19. 8., ſowie Approb. Const. III. 47. 11.; ſowie nach dem 27 : 1791 und 94. Provis. art. : 1791 (ſiehe denſelben in meiner „Siebbürg. Rechtsgeſchichte“ erſte Auflage II. Band, Seite 95) war dies Herrſchaftsgericht berufen entweder als forum dom. illativum bei Forderungen des Grundherrn gegen die Unterthanen und als forum dom. impensionale bei Klagen des Grundherrn gegen ſeine Unterthanen; dann bei ſonſtigen Unterthansproceßen und bei ſtrafrechtlichen, ſelbſt dann, wenn der Grundherr innerhalb 15 Tagen den gefangnen Unterthan vom Offieiolate reclamirte und gegen die auf dem eignen Territorium eingefangnen Verbrecher. — Die Beſtimmungen, dieſe innerhalb 15 Tagen zu verhören, nach mancherlei Municipal-Conſtitutionen. (Siehe ſolche in den „Ungariſchen Rechtsdenkmälern“).

2. Das Forum triduale[1]) (harmadnapos törvényszék).

Erſtres als grundherrſchaftliches Gericht, letztres beſonders bei Waldfreveln (Trip. III. 33.), Feldverwüſtungen u. dgl. Potenzfällen, gegen Adlige und Unadlige; (mit Beſchlagnahme und Verluſt der beweglichen Habe, welche dabei vorgefunden wird und Zahlung des Homagium's „contra violentos sylvarum succissores et arborum decorticatores“ und in ſonſtigen Vorkommnißen mit der „refusio damnorum expensarumque et fatigiorum“, ſowie unter Verhängung der Violenzſtraffätze gegen die Uebelthäter).

3. Das Forum statarium[2]) (a rögtön itélőszék).

Es wurde vom k. Gubernium den Jurisdictionen zeitweilig (etwa auf ein Jahr), mit vorheriger vierzehntägiger Bekanntmachung, dann zugeſtanden, wenn die öffentliche Sicherheit durch überhand nehmende Räubereien, Brandſtiftungen und ähnliche Verbrechen ſo ſehr gefährdet iſt, daß nur das Standrecht (ausgeübt von einem Präſes und 4 rechtserfahrnen Richtern) wirkſame Abhilfe erwarten läßt. Das Verfahren iſt rein ſummariſch, indem der auf friſcher That ertappte oder „in continua persecutione“ ergriffne und ſo überwieſne Verbrecher, mit Ausſchluß aller Rechtsmittel, zum Tode verurtheilt und das Urtheil auch augenblicklich vollzogen wird[3]).

4. Das Forum computuale, censurale et divisorale[4]).

Es waren dies eigentlich von der sedria generalis für einen Fall über Verlangen der Partei mit ſovielen Beiſitzern entſendete Commiſ-

---

[1]) Vergl. 95. Provis. art.: 1791 („Rechtsgeſchichte“ II. Seite 96).

[2]) Das Standgericht iſt zwar nicht verfaßungsmäßig anerkannt geweſen, obwohl ſich Spuren davon auch früher finden, ſo in Mathias 6. Decret V. 1., wohl aber hatten die Stände ſein Bedürfniß 1810/11 landtäglich ausgeſprochen. — So erfolgte die Hofverordnung vom 7. September 1815 (Gubern.-Z. 684 : 1816) und wurde wie oben angegeben in die Gerichtspraxis eingeführt.

[3]) Die erwähnte Hofverordnung beſtimmte auch, daß mit dem Schluße jedes dritten Monats Bericht zu erſtatten ſei. Hauptſächlich war das Standrecht anzuwenden gegen „latrones, praedones et viarum cum spoliatione obsessores“, gegen „malitiosi incendiorum subpositores“, gegen die „qui in silvis aliisque obstrusis locis .. armis letiferis .. itinerantes adgrediendo vias publicas obsident et homines spoliant“ — „qui in ... locis solitariis ... praedas et expilationes armati agunt, — qui turbatim armata manu pecora ... violenter abigunt, — qui in societate armati in possessiones irruentes domus aut homines expilant et depredantur ....“

[4]) „A' számoltató, számító 's osztoztató székek“. Außer den genannten erwähnt *Dósa* noch das „forum arbitrativum als „a' közbirói szék“ (vergl. Approb. Const. III. 11. 2.) und das Dorfsgericht „faluszék“, ſowie „a csempészőket elitélő törvényszék“ das Schmuglergericht.

ſionen, als zur Fällung eines Urtheils ſonſt erforderlich geweſen ſind, das computuale zur Ausgleichung von Forderungen zwiſchen Eigenthümern und Pächtern, das censurale bei Rechnungsdifferenzen und das divisorale zur Ausgleichung bei Theilungsſtreitigkeiten zwiſchen Verwandten der erſten beiden Grade.

§ 10. Der Fürſt. (Die Hofkanzlei).

Der Fürſt entſcheidet als summus justitiarius die vor ihn appellirten — (und recurrirten Criminal-) — Proceße in letzter Inſtanz[1]). Er übt die oberſte Juſtizhoheit mittels der k. ſiebenbürgiſchen Hofkanzlei und hatte die Fülle jener Ehrenrechte, welche das Mittelalter in glanzvoller Bezeichnung auszuſprechen[2]) und in häufiger Verkümmerung der Rechtspflege unzuſetzen geneigt war[3]).

---

[1]) 2 : 1755.

[2]) Tripart. I. 3. § 6 und II. 3. § 2. Siehe über dies jus regale supremum meine geſchichtliche Landtagsbemerkung (Hermannſtädter Landtagsprotocoll vom 24. September 1863, Bogen 112, Seite 446), dann meine Landtagsausführung 1864 (Hermannſtädter Landtagsprotocoll Seite 634) und daſelbſt *Teutsch* (S. 654) u. a. O. Was ſonſt damals über Juſtizpflege u. dgl. Richtiges geſagt wurde und lehrreich iſt, gehört minder auf das hier behandelte Gebiet der Rechtsgeſchichte.

[3]) Siehe z. B. in der Landtagsrede des Mitglieds *Ed. Herbert* die treffliche Ausführung betreffs einer Todlegung aller Proceße durch zehn Jahre und weiter hinaus. Die Geſchäftsſtockung war Regel; die Erledigung Ausnahme. (Hermannſtädter Landtagsprotocoll vom 4. Juni 1864. Bogen 161, Seite 641). Vergl. auch *Schwartner* Statiſtik (1811), Seite 267. § 71. u. ſ. w.

Das eigentliche Verfahren.

I. Der Beginn des Proceßes.

§ 11. Die gehörige Zeit (a' perlekedés ideje).

Man konnte die Staatshilfe der ordentlichen Gerichtsbehörden nur in den Gerichtsperioden anſprechen, doch konnten auch in den Ferien die Sedes filiales Criminalproceße gegen Unadlige führen und waren, Fürſt, Gubernium und Landtag, in Fällung des Urtheils an keine Zeit, wohl aber betreffs der Verlautbarung derſelben an die Gerichtsperioden gebunden. Alle Sedriae hielten überdies nur zeitweilige Sitzungen, bis die ſchwebenden Proceße entſchieden waren.

Die periodi judiciales (törvényszakok) oder termini (nach Approb. Const. IV. tit. 1. art. 2. 3. 19.) waren nach § 17 der Tabular-Instruction:

1) Vom Sonntag nach dem h. Dreikönigstag bis Sonntag vor Aſchermittwoch, oder a Dominica prima post epiphaniam usque ad Dominicam Estomihi;

2) vom zweiten Faſtenſonntag bis Sonntag vor Palmarum oder a Dominica Invocavit usque ad Dominicam Judica;

3) vom Sonntag nach Oſtern bis Pfingſten oder a Dominica Miserere usque ad Dominicam Pentecostes (zumal für das Productionalforum);

4) vom erſten Sonntag nach Pfingſten bis zum 2. Juli oder a Dominica Sanctissimae Trinitatis usque ad festum visitationis B. Virginis Mariae;

5) vom 11. November bis vierten Adventſonntag oder a festo Sti. Martini Episcopi usque ad quartam Dominicam Adventus.

Mit Ausnahme der k. Tafel, welche mittels allerh. Hofreſcript vom 14. October 1768 (vergl. § 17 der Tabular-Instr.) davon dispenſirt wurde, noch

6) die Zeit vom 20. Auguſt bis 29. September oder a festo Sti. Stefani Hungariae Regis usque ad festum Sti. Michaelis Archangeli.

Während dieſer Zeiten mußte die k. Tafel inſoweit verſammelt bleiben, um unverweilt Vormittags zu Gerichtsſitzungen zuſammentreten zu können, und durften der Regel nach nur innerhalb dieſer Friſten von den Gerichtsbehörden Urtheile gefällt und verlautbart werden.

Dieſemnach ergaben ſich die Ferien (feriae, juristitiorum tempora, törvény szüneti idö) und außerdem hatte man nach Appr. Const. V. 51.

die Festtage und die Zeit des Landtages, sogar vom Tage des Ausschreibens an, durch Gerichtsstillstand zu feiern, doch sollten in letztrer Zeit (während des Landtags) Criminalproceße und solche gegen Judaisanten und Verschwender des dem Fiscus schuldigen Zehntens geführt werden. —

Was die Civilproceße betrifft, wurden sie begonnen[1]) durch:

1) Admonitio, gerichtliche Mahnung des Beklagten (az intés);
2) Citatio, Evocatio, Certificatio oder die Vorladung (törvényszék elébe hivás);
3) die Levata, Proceßanhebung (perfelvétel);
4) Proclamatio (perkikiáltás);
5) Comparitio, Erscheinen des Beklagten (az alperes megjelenése).

§ 12. Die Admonition.

Durch diese Mahnung wurde der Gegner aufgefordert seiner Verbindlichkeit nachzukommen, und sie war entweder eine nöthige (necessaria, a szükséges intés), oder eine nützliche (utilis admonitio, a hasznos intés).

Hatte man erstre, wo sie erforderlich war, nicht vorausgeschickt, so erfolgte die Condescensio (leszállitás), das Zurückgehen des Proceßes vor seinem Beginn, also die Cassation. Die Mahnung war nothwendig bei:

1) allen auf einem Vertrage beruhenden Proceßen[2]), namentlich bei Pfandrücklösungen[3]), bei Schuldforderungen[4]), bei Verfolgung flüchtiger Dienstboten und Frohnbauern[5]);

2) in Fällen „ad tollendas dotes et res paraphernales, jura quartalitia“[6]), — oder in jenen der „intertentio vidualis“[7]) und wenn vom Wittwer die Güter der verstorbnen Frau zurückzulegen sind[8]), also in solchen Verwandschaftsstreitigkeiten; ebenso wenn Urkunden von den gesetzlichen Erben angesprochen wurden[9]);

---

[1]) Vergl. *Dósa* „Erdélyhoni Jogtudomány“ III. Seite 68, § 496.

[2]) Tabul. Instr. § 93.

[3]) Trip. II. 24. init. und Approb. Const. II. 82. sowie 135. Prov. art.: 1791.

[4]) Vergl. 136. Prov. art.: 1791 („Rechtsgeschichte“ erste Aufl. II. S. 103).

[5]) Approb. Const. IV. 8. 1. und 26: 1791.

[6]) Tripart. II. 20. § init.

[7]) Approb. Const. III. 25. § 1.

[8]) 134. Provis. art.: 1791 (s. „Siebbürg. Rechtsgeschichte“ erste Auflage II. Seite 100).

[9]) Comp. Const. IV. 11. 2.

3) in Proceßen gegen Grundherrn wegen Nichtabhaltung des forum dominale impensionale[1]);

4) gegen gewaltſame Occupanten, Abalienanten und Verſchwender von Kirchengütern und Kircheneinkünften[2]);

5) in Fällen der Execution mittels des Brachium[3]).

Die nützliche Admonition iſt nicht erforderlich zum Beginne des Proceßes, aber ſie gewährt folgende Vortheile:

1) Unterbrechung der Verjährung[4]), und Möglichkeit den bis dahin als bonae fidei possessor angeſehnen Beſitzer, wie einen malae fidei possessor, auf den Erſatz der weiterhin erfolgten Nutznießungen klagen zu können[5]);

2) der ſäumige Schuldner wird dadurch nach der gewohnheitsrechtlichen Praxis verpflichtet, weiterhin Verzugszinſen zu bezahlen;

3) ſie dient überhaupt als Rechtsvorbehalt und hat hierin begründete Wirkungen.

Ueber den Vollzug der Admonition war ein umſtändliches Verfahren vorgeſchrieben. In der Regel wurde ſie über beſondre Ermiſſion[6]) durch homines regii (namentlich je zwei Tabular- oder Gubernial-Canzliſten[7]), oder im Comitate durch den Szolgabiró in ſeinem Bezirke, oder zwei Aſſeſſoren, im Seklerſtuhle durch einen Tafelbeiſitzer und in den Städten durch einen Vicejudex) vorgenommen; und zwar meiſt als eine quindennalis, beſonders bei der nöthigen, ſonſt als eine octavalis Admonitio (Mahnung auf eine Woche) derart in das Werk geſetzt, daß ſie entweder „personaliter“, oder „alioquin autem de domo habitationis ac solitae residentiae ejus“ an den Geklagten erfolgte[8]); — hiebei iſt die Mittheilung einer etwa das Forderungsrecht begründenden Vertragsurkunde nicht außer Acht zu laßen[9]) und muß endlich über den Vorgang ein Bericht (admonitoriae relatoriae litterae) — von den homines regii an Se. Majeſtät — zur Eröffnung von einem k. Siegelbewahrer — oder

---

[1]) Approb. Const. IV. 1. 28.

[2]) Approb. Const. I. 5. 1.

[3]) Gewohnheitsrechtliche Praxis.

[4]) Trip. I. 79. 2. } ſiehe Privatrecht.
[5]) Trip. II. 71. 10. }

[6]) Nach § 178 der Tab. Instr. „penes verbalem aut scripto comprenhensam instructionem“. Die ſchriftliche Auftraggebung, wann, wie und warum die Admonition zu vollziehen ſei, war Regel (vergl. § 249 der Tab. Instr.).

[7]) Vergl. Trip. II. 19. 3 und 4.

[8]) Trip. II. 24. § init. und Ausnahme bei flüchtigen Dienſtleuten Approb. C. IV. 8. 1.

[9]) Vergl. § 93 der Tab. Instr. und 135. ſowie 136. Prov. art.: 1791.

von ermittirten Kreis- oder Stadtbeamten an das Officiolat oder den Magiſtrat ihrer Gerichtsbarkeit, — mit Darſtellung des ganzen Verlaufes dieſes Admonitionsactes, (alſo des erfolgten Auftrags und der erhaltnen Antwort u. ſ. w.) erſtattet werden; doch genügten in den Seklerſtühlen (ausgenommen den Maroser[1]) und in den Taralortſchaften unverſiegelte Zeugniße (litterae testimoniales patentes); — wobei ſowohl jener Bericht als dies Zeugniß für den Admonenten beſonders ausgefertigt zu werden pflegte und auch dem Gegner (Admonirten) über Verlangen ein Pare verabfolgt werden konnte[2]).

---

[1]) Vergl. Approb. Const. IV. 14. 4.

[2]) Es mag hier folgendes Stylmuſter ſeinen Platz finden und zwar eine Instructio admonitoria (in processu Quindenali):

„Illustrissimus Dominus *Josephus Turi de Tamásfalva*, Insignis Ordinis, Leopoldi Imperatoris Eques, et Sacrae Caesareo Regiae, et Apostolicae Majestatis Excelsi Thesaurariatus Regii Transilvanici Consiliarius Actualis, Cansarumque in eodem Transylvaniae Principatu, et partibus eidem reapplicatis Publicarum, et Fiscalium Director Ordinarius, ab officio sui Directoratus, Illustritatem vestram Comitem *Joannem Kornis de Göntz Ruszka*, qua Dominii pure Fiscalis Déva Inclyto Comitatui Hunyad ingremiati Inscriptionales Possessorem, ac una reliquorum in eodem Dominio Compossessorum Mandatarium, et per Illustritatem vestram suos quosvis Condivisionales Compossessores, medio nostri ad id specialiter exmissorum, penes oblationem minoris trium florenorum summae, legitime admoneri facit de, et super eo: Anno jam dudum retroacto Millesimo videlicet septingentesimo sexagesimo nono, gloriose tunc Regnans Imperatrix Maria Theresia Dominium pure Fiscale Déva cum suis appertinentiis in Comitatibus Hunyad, et Zaránd habitis, quod Excellentissimus olim Comes *Joannes Haller* Gubernator Regius, ejusque consors Excellentissima *Sophia* quondam *Daniel* a Comite *Don Julio V. Comite Aresio* sibi appropriaverant, eidem Comitissae certis sub conditionibus pro 150.000. millibus florenorum, cum Jure reluitionis ad quinquaginta annos a prima Septembris anni Millesimi septingentesimi sexagesimi noni computando, inscribere dignata erat, quod eadem laudata Comitissa Anno millesimo septingentesimo primo, die vigesima tertia mensis Maji sibi medio Regiorum *Alexii Henter*, et *Clementis Köntzei* Juratorum Inclytae Tabulae Regiae Judiciariae Seribarum, et Notariorum statui etiam fecit, prout Illustritates vestrae hoc ex isthic in Copia communicatis Statutorio Relatoriis plenius perspecturae sunt; quia vero terminus Inscriptionalis quinquaginta annorum eum ultima Augusti currentis anni Millesimi Octingentesimi Decimi Noni exspirasset, consequenter reluitionis terminus advenisset, velint Illustritates vestrae minorem oblatam summam acceptare, ac levare, de reali inhaerenti summa quae seu titulo meliorationum, seu titulo reluitionis appertinentiarum, ex sensu Inscriptionalium factae, et investitae fuissent, docere et demonstrare, et Exponens Fiscalis Director paratus erit, et est, tam summam Inscriptionalem, quam reliquas investituras legitime factas, detractis, siquae factae fuissent, deteriorationibus, ad vim Inscriptionalium illico deponere, et Illustritatibus vestris exsolvere, eaque levata, attactum Dominium, cum

§ 13. Die gerichtliche Vorladung.

Als in jus vocatio erſcheinen in den vaterländiſch-ungariſchen Geſetzen die drei Arten der Citatio, Evocatio und Certificatio. Die erſtre iſt die Vorladung vor die heimiſche Gerichtsbarkeit[1]) oder höhre Juſtizhöfe in gewißen Fällen[2]); die Evocatio iſt die Vorladung mittels mandatum vor die k. Tafel oder den Landtag[3]) und die Certificatio iſt eine beſonders ausgezeichnete Vorladung in Proceßen, welche neben dem privatrechtlichen Charakter beſonders qualificirt erſcheinen, ſo bei ſogenannten Gubernial-, bei Tribualgerichts-, Productionalgerichts- und in Theilungs- und Erbſchafts-Proceßen (des 134. Prov. art.: 1791); — dann gewohnheitsrechtlich wegen der divisio communium terrarum, bei Articular-Proceßen und den quaerulosi (nach Approb. Const. III. 8. 1.); wenn ein Proceß 12 Jahe ſtehn geblieben war und ſich die Perſon des Klägers oder Geklagten geändert hatte[4]); bei der Aufforderung zur Angabe der Repulſionsgründe; zur Anhörung, wenn die ſuccumbirende Partei das Novum gebrauchen wollte[5]); endlich zur Verſtändigung der bevorſtehenden Execution.

Auch dieſe Vorladungen waren an die Beobachtung herkömmlicher Förmlichkeiten gebunden. Die Instructio (ſowohl die citatoria, wie die certificatoria), als auch das mandatum evocatorium mußten klar und bündig die vollen Namen vorerſt des Expouenten, nehmlich deſſen, welcher den Act vornehmen ließ, enthalten, ebenſo rückſichtlich des Gegners

---

omnibus suis appertiuentiis, in sua integritate Fisco Regio mox, vel intra quindenam remittere. Quod si fecerint, bene quidem, secus Exponeus Fiscalis Director de expeusis, vexis, fatigiis, damnis, usu, fructu, lucroque cessante, ac poena morositatis solemniter protestando, ea contra Illustritates vestras in praemissis acturus est, quod Juris, Justitiaeque dictaverit ordo, et iterum protestatur."

[1]) Vergl. Approb. Const. IV. 1. 19.

[2]) Bei Religionsneuerungen (Approb. Const. I. 1. 3.) und gegen Judaiſanten (Sabbathener) nach Approb. C. I. 4. 1.; bei verweigerter Rückerſtattung ſolcher Pfandbeſitzgüter, welche in mehrern Jurisdictionen gelegen ſind und die Admonition fruchtlos geblieben war (135. Prov. art.: 1791); in Injurienproceßen u. dgl., bei Verletzung von Landtags- oder k. Tafel-Mitglieder.

[3]) Vergl. Approb. C. IV. 1. 13. und IV. 9. 1. „Ha ki peressét ratione praenotatorum casuum a' Táblán akarja keresni elsöben a' Terminusnak elötte, Erdélyben nyóltzad nappal, a' Partiumban 15-töd nappal literis Evocatoriis legitime evocáltassa" ... (Landtagsbeſchlüße von 1582 und 1619). Die welche Jemanden gegen das Geſetz evociren laſſen verfallen der Strafe von 200 fl.

[4]) Es war eine certificatio trimestralis nach Approb. Const. IV. 1. 30. und § 60 der Tab. Instr.

[5]) Vergl. die §§. 120 und 137 der Tab. Instr.

und am betreffenden Orte gleicherweise bei dem ermittirenden Siegelbewahrer und den procedirenden homines regii (Gerichts-Commissären); auch war die Veranlaßung der Vorladung und der Streitgegenstand [1]) sowie der Richter und der verlangte Termin genau anzugeben und für den Fall, als man hier zugleich eine Klagschrift begründete, mußte noch zur Verbesserung unwesentlicher Fehler die Beisetzung der Clauseln: „juxta juris processum observari solitum“ und „ratione praevia coram latius declaranda“ eingeschaltet werden, (d. i. „azon per utján, mely más hasonló esetekben szokott használtatni“ und „a' már közlött és a' törvényszék színe előtt bővebben felfejtendő oknál fogva“).

Die procedirenden Regii müßen einen umständlichen Bericht, welcher den ganzen Verlauf des Vorladungsactes nebst der Instruction (oder dem Mandate) und der Erklärung des Citirten, Certificirten oder Evocirten enthält, verfaßen, zusiegeln und einsenden. Von diesen literae citatorio-relatoriae und evocatorio-relatoriae, (welche letztre nur von einem k. Siegelbewahrer erbrochen werden dürfen), erhält der Exponent das Original und kann der Gegenpartei auf ihr Verlangen ein Par ausgestellt werden. —

Anhang.

Nachfolgend werden zwei historische Beispiele mitgetheilt, welche auch innern Werth behaupten. Das erstre ist ein Evocatorium cum admonitione aus dem Graf Bethlen'schen Proceß über die Apafy'schen Güter; das andre ist eine Evocatorio Relatoria vom Jahre 1833.

I. Bei erstern war der Anfang herkömmlich so stylisirt:

„Ferdinandus &! Fidelibus nostris Egregiis ac Nobilibus T. et T. & Tabulae nostrae Regiae in Transsilvania, Partibusque eidem reincorporatis Judicariae Scribis ac Juratis Notariis per nos ad id specialiter exmissis, V. Comitibus item Supremis, V. Judliumque, Jurassoribus ac Notariis Comitatus nostri de T. Gratiam nostram Caesareo Regioque Principalem!“ —

Der Text des eigentlichen Evocatorium lautete:

„Exponitur Majestati nostrae in Personis Fidelium nostrorum sincere Nobis et respective Dilectorum Spectabilium et Magnificorum Comitum Emerici, Consiliarii nostri Gubernialis Actualis Intimi Transylvanici, et Volfgangi Generalis nostri Vigiliarum Praefecti, ac unius Legionis Pedestris Hungaricae Tribuni, filiorum vero Spectabilis ac Magnifici quondam Comitis Samuelis senioris Bethlen de eadem, filii olim Joannis, filii Volfgangi, filii alterius Joannis, filii Georgii, filii Blasii, filii Georgii, filii Antonii, filii rursus Joannis, filii iterum Georgii, filii pariter Joannis, filii Jacobi, filii Apa Nobilis de Bethlen; nec non Pauli Sedis nostrae

[1]) Approb. Const. IV. 1. art. 19. und Trip. II. 26. § 3. 4. 5. und II. 82. § 2. u. a. O.

Siculicalis Aranyas Supremi Judicis Regii, filii Spectabilis ac Magnifici quondam Comitis Alexii Junioris Bethlen de eadem, filii alterius Alexii olim filii dudum Francisci, filii Georgii, filii iterum Alexii, filii suprascripti Georgii, filii mentionati Antonii de Bethlen, in suis ipsorum propriis, reliquorumque Fratrum suorum, in eadem Familia Comitum de Bethlen, virilis sexus condivisionalium nominibus et in Personis: Qualiter in Anno Domini diutius evoluto Millesimo Septingentesimo Decimo Tertio, Illustri quondam S. R. I. Principe Michaële Juniore, filio Illustris quondam Transylvaniae Principis Michaëlis senioris Apaffi de Apanagyfalva, filii olim Georgii, filii Nicolai, filii Gregorii, filii iterum Nicolai, filii rursus Michaëlis, filii Ladislai, filii Nicolai primum Apaffi cognominati, filii Petri, filii Joannis, filii Gyegus, filii Nicolai, filii supra memorati Apa de Bethlen, absque solatio seminis virilis sexus, ex hac luce decedente, licet juxta Leges Magni Principatus nostri Transylvaniae, publicas, antiquamque consvetudinem, universa Bona, Juraque possessionaria, sighanter: totales, et integrae Possessiones: Ebesfalva cum Castro, seu Castello ibidem exstructo: Hondorff in de Küküllő; Almakerek, Rudálly, et Szász Ujfalu, in Albensi Tranniae; nec non Portiones possessionariae in Possessionibus: Alsó et Felső Borgo, et Ents in Dobocensi: ac Ernye in praefato de Küküllő, sic dictis Comitatibus existentes, — per mortem et decessum mentiouati Principis Michaëlis Junioris Apaffi remansae, vi collateralis successionis, in connexione Genealogica, et Condivisionalitate, in eisdem Bonis, utrique Lineae Aviticis praehabita radicatae, immediate ad praefatam virilis sexus Comitum de Bethlen Familiam, salva duntaxat proportionata sorte viduali, Illustris quondam Principissae Catharinae Bethlen, memorati Principis Michaëlis Junioris Apaffi tunc relictae Viduae, vita comite eidem exscindenda integraliter devolvi debuissent. — Eadem tamen vidua Principissa, nec praemissam, vi Tit. 25-ti Partis 3-ae Appr. Const. super limitanda, levandaque Dote, et excisione sortis vidualis Anno 1721 die 1-a Februarii coeteroquin legitime, sed in sola Genealogiae deductione ex quadam inanimadvertentia erronee peractam Admonitionem, causamque eatenus coram Comitatu Albensi Tranniae Anno eodem inactionatam, nec Leges Publicas contra Viduarum abalienationes saneitas attentendo, uti quidem Exponentibus innotuisset, Anno statim sequenti 1722 penes certam cum Camera Aulica initam Compositionem, vita sua comite, Fiscum Regium Trannicum, ut in aliis omnibus Bonis a dicto Principe remansis, ita in his quoque praerecensitis Possessionibus et Portionibus possessionariis Jure successionis Exponentium Familiam concernentibus, ad conpossidendum intromisisset, et introduxisset; in casum autem mortis suae integram Dominii et Possessionis actualitatem, eidem Fisco Trannico, sub certis conditionibus transtulisset; cujus vidualis Transactionis vigore, antefatus Fiscus Trannicus, Bona praedeclarata, ut-ut antea Anno adhuc 1714 via Publicationis, subsecutae Contradictionis et Evocationis a Familia Comitum de Bethlen, sub Litem vocata, et Anno 1722 18-a Novembris sub termino octavali penes erectam eatenus Actionem, publice inprocessuata, ac in Judicium deducta, medio Litis pendentis tempore ad manus suas recepisset, una cum Litteralibus Instrumentis, factum eorundem Bonorum praeconnexasque Bethlen et Apaffi Lineas quacunque ratione concernentibus, apud istam Lineam deficientem conservatis et repertis. — Et licet iterata Familia de Bethlen, de praejudiciis modo praevio sibi illatis, humilimas

preces Majestati nostrae de genu snbmisisset, Benignaque a nobis Rescripta Regia super praementionatae causae publicationis per Directorem nostrum ibidem Fiscalem fienda assnmtione, et Juris contradictorum Revisione repetitis vicibns obtinuisset, penes quae Mandata nostra in Tabula nostra Regia Judiciaria Annis 1756 et 1758 jam evolutis, cansa reassumta, ac dein, in merito post Litis contestationem, finalemque Contradictorum conclusionem agitata, et prope decisionem adducta extitisset; nihilominus in hoc Anno 1759, causam istam, Directore nostro, nescitur quo ductu deponente, Juris sui et Justitiae complementum contradicens Familia consequi minime potuisset, — Litigiosa interim Bona, signauter Possessio Almakerék, cum portionibus in praefatis utraque Borgó, et Ents habitis, Fideli nostro Spectabili ac Magnifico Comiti Gabrieli de Bethlen, Camerario nostro et Consiliario Statns actnali Intimo, ac Cancellario Aulico Trannico, sincere nobis Dilecto: totales autem Possessiones Ebesfalva, cum praefato Castello, Hondorff, Rudály, et Ujfalú, ac Portio Possessionaria in Ernye, — Communitati Armenae, Oppidi nunc Elizabethopolis dicti, in Territorio praefatae Possessionis Ebesfalva, Comitatnque de Küküllő existentis, erga depositionem certae summae pecuniariae, utrinque, salvo Jure alieno, per Nos venditae, et ex Mandato nostro speciali dictis Emptoribus per manus assignatae exstitissent; quin dicta Commnnitas Elizabethopolitana, obtentis a uobis Litteris superinde Donationalibus, non attenta Exponentium contradictione semet suosque Haeredes in praefatis Bonis sibi venditis, statui curasset, et fecisset, — Possessio vero Almakerék per praedictum Comitem Gabrielem de Bethlen Strenuo ac Nobili Theodoro Török Quaestori Armeno aeque Elizabethopolitano denuo vendita, et transposita haberetur, ab iisdem possiderentur etiam de praesenti, damno et praejudicio Exponentinm, et virilis sexus fratrum suorum manifesto. — Vellent igitur antelati Exponentes praescriptos Comitem Gabrielem Bethlen, et Communitatem Armenam, Judicem nempe modernum tertio secum Juratis Senatoribus, ab officiis suis, in propriis ipsorum, totiusque Communitatis Armenae, praedicti Oppidi Elizabethopolis nominibus, et in personis; nec non praementionatum Theodorum Török, super levatione Dotis memoratae Principissae Catharinae Bethlen, Bonis jam declaratis proportionaliter inexistentis; nec non omnium cujusvis nominis investiturarum, quas Dotalista Principissa modo legali a Familia Exponentium, velut Haerede praetendere, vel in Fiscum Regium cum effectu habili transferre potuisset, per ipsosmet Possessores legitimandarum; remissione item praescriptorum Bonorum cum universis eorundem appertinentiis, utilitatibus, et emolumentis, usibnsque et fructibus, a die primae Admonitionis ad mortem Dotalistae supra sortem vidualem, — ex post vero integraliter perceptis fienda, medio vestri legitimo modo admoneri, et si levare remittereque negligerent, eosdem in Causam convenire, et ratione praevia coram latius declaranda, in Tabulam nostram regiam in Transylvania Partibusque eidem reincorporatis Judiciariam, juxta Juris processum alias in talibus observari solitum, ad Octavum Diem Evocari facere, Jure admittente. — Cum autem juxta leges dicti Principatus nostri Transylvanici, universa Bona per Dotalistas, praesertim lite pendente abalienata, a quibuslibet Emptoribus, aut Viduarum ex paejudiciosa transactione successoribus isto plane modo et processu, quo ab ipsismet Dotalistis, per veros et directos Haeredes revindicari possint, ac valeant. — Proinde vobis harum

serie committimus et mandamus firmiter, quatenus acceptis praesentibus, statim vos, sub oneribus alias in talibus observari solitis, erga praefatos Comitem Gabrielem de Bethlen; Communitatem item Armenam, Judicem nempe modernum tertio secum Juratis Senatoribus, ab officiis suis, in propriis ipsorum totiusque Communitatis Armenae praedicti Oppidi Elizabethopolis nominibus et personis; nec non praementionatum Theodorum Török, cum praesentibus accedentes, qui si personaliter reperiri poterunt, Admoneatis eosdem ibidem, Dicatisque et Committatis eisdem verbo nostro Caesareo Regio Principali, ut ipsi Dotem toties iteratae Principissae Catharinae Bethlen Bonis superius declaratis proportionaliter inexistentem; nec non omnes cujusvis nominis investituras, quas Dotalista Principissa modo legali, a memorata Exponentium Familia, velut Haerede praetendere, vel in Fiscum Reginm cum effectu habili transferre potuisset, per ipsosmet modernos supra fatos Possessores legitimandas, — levare; praescripta autem Bona cum universis eornndem appertinentiis, utilitatibus et emolumentis, usibusque et fructibus, a Die primae Admonitionis ad mortem Dotalistae, supra sortem vidualem, expost vero integraliter perceptis, — Exponentibus remittere modis omnibus debeant, ac teneantur. — Qui si fecerint bene quidem, — *alioquin* Evocetis eosdem non personaliter, neque de Curiis Nobilitaribus, verum de aliis Bonis ipsorum praescriptis, ratione praevia coram latius declaranda, juxta Juris processum, alias in talibus observari solitum, ad Octavum Diem, a die hujusmodi Admonitionis et Evocationis vestrae legitime computandum, in Tabulam nostram Regiam in Transylvania Judiciariam, nostram videlicet in praesentiam, rationem de praemissis redditnros efficacem. — Certificantes nihilomiuus eosdem ibidem, quod, sive ipsi Termino in praescripto, modoque praedeclarato coram Nobis in Tabula nostra Regia Judiciaria compareant, sive non, Nos tamen Partis comparentis ad instantiam id faciemus in praemissis, qnod Juris et Justitiae dictaverit ordo. — Et post haec vos hujusmodi Admonitionis et Evocationis Certificationisque vestrae seriem ...“

Der Schluß lautete gewöhnlich:

„seriem . . prout eadem per vos fuerit expedita et peracta, Majestati Nostrae suo modo terminum ad competentem sub sigillis subscriptionibusque vestris, fide vestra mediante, referre et rescribere modis omnibus debeatis ac teneanimi. Secus non facturi. Praesentibus perlectis. Exhibenti restitutis. Datum . . . .“

II. Der Bericht dagegen hatte dieſe Faſſung:

Sacratissima Caesareo Regia, et Apostolica Majestas!
Domine Domine nobis Clementissime, Benignissime!

Vestra Clementer nosse dignetur Sacratissima Caesareo Regia, et Apostolica Majestas; quod nos penes specialem nostri, e Curia Majestatis vestrae Sacratissimae Exmissionem, Literas ejusdem Majestatis vestrae Sacratissimae Praeceptorio Evocatorias, pro parte, et in Persona Generosi Domini *Emerici Fronius* de Halmágy legitime confectas, et emanatas, Nobisque inter alios humiles perpetuoque fideles Subditos ac Servitores, Literis in iisdem nominanter conscriptis, praeceptorie sonantes, et directas, summo, quo decuit honore, et obedientia, receperimus, in haec verba: FERDINANDUS etc. — Datum in Libera, Regiaque Civitate nostra M. Vásárhely, Die quinta mensis Februarii Anni millesimi

octingentesimi trigesimi tertii. — Et subscriptum erat in margine a dextra: Lecta Correcta. — Erantque Sigillo ejusdem Majestatis vestrae Sacratissimae Judiciali et authentico, eoque Transylvanico in inferiori earundem margine, in medio, loco videlicet solito, super cera rubra ductili, papyro alba praestolariter tecta, impressive communitae, et roboratae, patenterque confectae, et emanatae.

Exmissio nostri sic erat:

Ad Evocationem, in sensu introserti Mandati modo legitimo peragendam, Cancellistae Regio Tabulares Egregii ac Nobiles *Andreas Istvánfi*, et *Moses Demjén* — hisce specialiter exmittuntur. M. Vasárhelyini. Die 5-a Januarii 1833.

per Magistrum *Volfgangum Földvári* m. p.
de Tanta, Protonotarium.

Quibus humilime receptis, Nos mandatis ejusdem Majestatis vestrae Sacratissimae, semper, et in omnibus, uti tenemur, et par est, obedire, satisfacereque volentes, anno isthoc praesenti millesimo octingentesimo trigesimo tertio, Die vero septima mensis Januarii, in et ad Possessionem Nagy-Galambfalva. Inclytae Sedi Siculicali maternae Udvarhely adjacentem, consequenterque Domum Providi *Georgii* Junioris *Maté*, Coloni Generosi Domini *Stephani Sebessi* de Bölgárfalva, in vicinitatibus ab oriente *Préda Todor* Junioris, ab occidente vero *Préda Apin* Colonorum praelaudati *Stephani Sebessi*, sitnatam, et exstructam, cum praeinsertis ejusdem Majestatis vestrae Sacratissimae Literis Evocatoriis accessimus; ibique perlectis coram mentionato *Georgio Maté* Majestatis vestrae Sacratissimae Praeceptorio-Evocatoriis, et ad sensum ejusdem explicatis, statim, et in continenti, medio ejusdem, juxta Tenorem, et Continentiam praeinsertarum Majestatis vestrae Sacratissimae Literarum Praeceptorio-Evocatoriarum, Generosam Faeminam Josephan Fronius, praefati Generosi Domini Stephani Sebessi consortem, contra annotatum Exponentem, ratione praevia coram latius declaranda, juxta Judiciorum Processum in similibus observari solitum, ad Diem Octavum, a Die hujusmodi Evocationis nostrae legitime computandum, in Tabulam Majestatis vestrae Sacratissimae Regiam in Transylvania Judiciariam, Majestatis Vestrae videlicet in Praesentiam, rationem de praemissis reddituram efficacem, evocavimus, diximusque, et commisimus eidem verbo et nomine Majestatis vestrae Sacratissimae Caesareo Regiae, quod sive ipsa Termino in praescripto, modoque praedeclarato coram Tabula Regia in Transilvania Judiciaria, compareat, sive non, Majestas tamen vestra Sacratissima, partis comparentis ad Instantiam id erit factura in praemissis, quod Juris, et Justitiae dictaverit ordo; — ad quam quidem modo praemisso-peractam Evocationem nostram praescriptus Colonus Georgius Junior Maté sic respondit: *Értem, hallom, hirré tészem a' Nagyságos Aszszonynak.*

Et post haec nos Seriem hujusmodi Evocationis et Certificationis nostrae, pro ut per nos exstitit expedita et peracta, eidem Majestati vestrae Sacratissimae Cesareo Regiae, sub sigillis nostris usualibus et consvetis manuumque propriarum subscriptionibus roborantes, fide Nostra mediante humilime rescripsimus, praedictoque Exponenti Jurium suorum uberiorem futuram ad cautelam necessariam extradedimus. — Eamdem de reliquo Majestatem vestram Sacratissimam quam diutissime feliciter

vivere, prospere valere, glorioseque regnare desiderantes. — Datum anno, die Locoque supranotatis.

Ejusdem Majestatis vestrae Sacratissimae

humiles perpetuoque fideles Subditi ac Servitores

Andreas Istvánfi m. p. et *Moses Demjén* m. p.

Tabulae Majestatis vestrae Sacratissimae, in Transylvania Judiciariae Scribae ac Jurati Notarii ad praemissa peragenda specialiter exmissi.

Der außen anzubringende Titel war:

Sacratissimae Caesareo Regiae, et Apostolicae Majestati, Domino Domino Ferdinando Primo, Dei Gratia Austriae Imperatori, Apostolico Hungariae, et Bohemiae Regi hujus nominis Quinto, Lombardiae et Venetiarum, Galliciae, Lodomeriae et Illyriae Regi, Archiduci Austriae, Magno Principi Transylvaniae, et Siculorum Comiti, Domino Domino nobis Clementissimo, Benignissimo.

Endlich wurde auf der Rückseite die Aperta angesetzt, etwa so:

Anno 1833. Apper. Magistrum Volfgangum Földvári m. p. Protonotarium.

Schlußbemerkung. Es konnte im ungarischen Proceßverfahren in den Fällen, wo entweder das Gesetz auf gewiße Vergehn Geldbußen legte und Rechtsmittel ausschloß[1]), oder wo letztres durch einen Vertrag geschehen[2]) und seine Erfüllung einzuklagen war, vorkommen, daß die Certification bloß dahin erlaßen wurde, um mit der Execution zu beginnen. Der Geklagte konnte nun entweder eine ablehnende Erklärung der Nichtzulaßung abgeben oder er gebrauchte — (wollte er die wirkliche Execution nicht vollziehn laßen) — die Repulsion. Derselbe wurde sodann von der competenten Behörde abermals certificirt, um die Gründe seiner Weigerung anzugeben und der hierüber erfolgte Certificationsbericht war nun der Beginn dieses Proceßes. —

Hiefür wählen wir folgendes Muster eines Certificatorium ad reddendam Repulsionis Rationem in Causa Divisionali:

„Ferdinandus etc. Fidelibus nostris — Exponitur Majestati nostrae pro parte et in persona Generosae Feminae *Annae Ratz*, Viduae *Francisco Teglasianae:* Qualiter eadem Exponens, cum Generoso *Rudolpho*, filio *Nicolai* quondam *Ratz de Komlod*, ex Consorte sua *Maria Hanko* suscepto et progenito, fratre videlicet carnali et uterino, in cunctis bonis et rebus mobilibus et immobilibus, integris nempe possessionibus Tohat Sedi Siculicali Maros; et Kotsárd Sedi Siculicali Aranyos; Rües denique Comitatui Thordensi ingremiatis, earundemque cunctis utilitatibus, et pertinentiis, ad easdem de jure, et ab antiquo spectantibus, et pertinere debentibus per mortem praedictorum parentum suorum remansis, perque fratrem antelatum *Rudolphum Ratz* via facti apprehensis, ac tentis, sicque aequali jure eamdem cum dicto fratre tangentibus, et concernentibus, haetenus inter ipsos indivisis, medio Fidelis nostri Nobis Dilecti Gene-

[1]) So besonders in vielen Municipal-Constitutionen (vergl. die von mir und *Dr. Trauschenfels* herausgegebenen „Ungarischen Rechtsdenkmäler").

[2]) Vergl. § 93 der Tab. Instr.

rosi T. T. de T. Magistri in Transylvania partibusque eidem reincorporatis Protonotarii, certam quamdam rectam et coaequalem Divisionem die T mensis T Anni T habere, instituere, et celebrari facere voluisset. — Cui quidem exequutioni divisionariae dictus T T nescitur unde motus, quaque animi sui deliberationi ad id impulsus, oblitus amoris, quo in Exponentem, ut sororem suam carnalem et uterinam, ex eoque condivisionalem ferri debuisset, velamine violentae repulsionis obviare non dubitasset. — Cum autem Leges patriae, hujusmodi Divisiones inter fratres et sorores carnales et uterinos, non processu litis, sed mediantibus solum Litteris nostris Praeceptoriis, fieri et celebrari debere praescriberent. — Ob hoc vellet eadem Exponens, eundem T T fratrem suum ratione praevia coram latius declaranda, in Nostri, Tabulaeque nostrae Regiae in Transylvania, partibusque eidem reincorporatis Judiciariae praesentiam, ad dandas Repulsionis rationes, medio Vestri, ad diem Octavum, a die hujusmodi Certificationis vestrae legitime computandum, certificari facere. Jure admittente. Proinde vobis, harum serie committimus, et mandamus firmiter, quatenus acceptis praesentibus, statim vos, sub oneribus alias in talibus observari solitis, erga praefatum *Rudolphum Ratz* cum praesentibus accedentes, qui si personaliter reperiri poterit, eundem ibidem personaliter, alioquin de domo habitationis ejus, vel de bonis, et juribus, portionibusque possessionariis, unde videlicet praesens haec Certificatio vestra, ad scitum ejusdem commode devenire poterit. — Certificetis eundem ibidem, ratione praevia coram latius declaranda, ad diem octavum a die hujusmodi Certificationis vestrae computandum, juxta Juris processum in similibus observari solitum, in Tabulam nostram Regiam in Transylvania, Partibusque Regni Hungariae eidem reincorporatis Judiciariam, nostram videlicet in praesentiam, rationem super praemissis redditurum efficacem. — Dicatisque et committatis eidem verbo nostro Caesareo Regioque Principali, ut sive ipse termino in praefixo, modoque praedeclarato coram Nobis in dicta Tabula nostra Regia Judiciaria compareat, sive non, Nos tamen partis comparentis ad instantiam id faciemus in praemissis, quod Juris et Justitiae dictaverit ordo. Et post haec etc.“

§ 14. Die Levata (a' perfelvétel).

Mittels eines libellus actionalis unterlegt der Kläger ſeine Klage der Gerichtsbehörde zur Entſcheidung und dieſer Vorgang heißt Levata. Sie beſteht herkömmlich aus 3 Theilen:

1) In einer Expoſition werden die Gerichtsbehörde und ihr Vorſitzender, Kläger und Beklagter mit voller Namens- und Standesanführung, ſammt der Bezeichnung, ob es ein ämtlicher oder privater Kläger ſei, dann der Advocat und der Titel und Gegenſtand des Rechtsſtreites angegeben;

2) in der ſogenannten Application, welche die für den Kläger ſprechenden Geſetzesſtellen und Beweismittel ausführlich herzählt;

3) in der Petitio, welche das Verlangen enthält den Geklagten zu verurtheilen und das Urtheil zu publiciren und zu exequiren.

Die Erforderniße der Levata pflegte man mit dem Vers zu bezeichnen:

„Quis, quid, coram quo, quo jure petatur et a quo,
Recte compositus quisque libellus habet.“

Sie muß nehmlich vom Kläger, übereinſtimmend mit ſeiner aus den beigeſchloſſnen admonitorio relatoriis, oder citatorio-evocatorio, oder certificatorio-relatoriis erſichtlichen Litis motio[1]), gleicherweiſe unter Bezeichnung des Streitgegenſtandes und ſeines Titels bei dem Präſes des betreffenden Gerichtshofes eingereicht werden, welcher eigenhändig „annum et diem repraesentationis“ darauf anmerkt und den Proceß dem zu führenden Protokoll einverleiben läßt (nach §§. 188 und 191 der Tab. Instr. und 50 : 1791). Uebrigens war eine Nachbeſſerung im Sinne des § 73 der Tab. Instr. geſtattet: „Cum porro usuvenerit, ut Exceptione contra Actionem opposita si Levata condescenderit, Causa sub eadem Periodo amplius fluere nequeat; hinc, ne hujusmodi obstaculis cursus Juris remoretur, Tabula Regia ejusmodi Levatam penes procuratoris cum minori onere revocationem reformari admittet, reformataque Levata Causam continuari faciet.“

§ 15. Die Proclamatio (a per kikiáltása).

Durch dieſe Handlung wird mittels Vorleſung des Rubrum's der Levata auf der Dictatur (Kanzlei) der Beginn des Proceßes gegen den Geklagten (dreimal) bekannt gegeben. Bei den höhern Behörden die als homines regii verwendeten Kanzliſten, bei den untern Gerichtsſtellen die Notare ſind jene Perſonen, welche nach Ablauf der Vorladungsfriſt[2]) — (jedoch bei den höhern Behörden immer erſt in der nächſten darauffolgenden Gerichtsperiode[3]) — gewöhnlich in den drei erſten Tagen der neuen Periode, — (bei der k. Tafel niemals in den letzten 8 Tagen[4]) — dieſe Proclamation ausrufen. Sie bewirkt die Ungültigkeit von Verfügungen des Geklagten über den Streitgegenſtand und befeſtigt die pendentia litis[5]).

§ 16. Das Verhalten des Geklagten. (Das Per non venit[6]).

Der Geklagte ſollte erſcheinen und ſogar vor einem incompetenten Gerichtshofe, da ihm die Einrede der Nichtzuſtändigkeit unbenommen blieb.

---

[1]) Waren die früher erwähnten Vorbehaltsclauſeln angeführt, ſo durften die Fehler „ob temporis et vicinitatum omissione“ nach § 72 der Tab. Instr. verbeſſert werden, jedoch wurden die Relatorien und ſo der Proceß caſſirt im Falle „nisi in eo solum casu, quo reflexe ad Titulos 26-tum et 82-dum Part. 2-dae Decreti Tripartiti temporis et vicinitatum expressio ita necessaria esset, ut sine ea rectum congruumque Judicium ferri nequeat et defectus hic in Levata suppletus non fuisset“.

[2]) Vergl. 50 : 1791.

[3]) Approb. Const. IV. 1. 13. und 19.

[4]) Approb. Const. IV. 1. 35.

[5]) Vergl. Trip. II. 76. 6. u. a. O.

[6]) Ueber ein Onus 1400 mit 10 Mark und 1524 ſiehe *Szeredai* Not. Cap. Seite 143.

Wohl waren in öffentlicher Dienſtleiſtung Krankheit u. dgl. begründete Entſchuldigungen anerkannt, ſo jene von Tripart II. 59. beſonders im § 2. ... „aegritudinem validam“ ... „aquarum vehemens inundatio“ ... „equo suo infirmante — alium emere non valens“ ... „per adversarios spoliatus“ ... „vel similibus casibus“ — merito talis excusatur; dann die Fälle nach den Landt. art.: 1616 und 1619 in Approb. Const. IV. tit. 2. art. 1. .... „a kik Fejedelmek vagy Ország szolgálatjában foglalatosok, sőt ha kik afféle subterfugiumokat keresnének magoknak“ ... „hogy ha a Decretumban specificált vagy azon kivül méltó 's nem tsak praetextualis okok forganak a' dologban, állhatnak-é meg avagy nem?“ ... womit § 59 der Tab. Instr. zu vergleichen iſt („De Dilationibus“); — ſie konnten aber dann nicht geltend gemacht werden, wenn eine perſönliche Comparition, wie bei Proteſtationen nothwendig geweſen war, z. B. nach Appr. Const. IV. tit. 1. art. 16. aus dem Jahre 1653.

Die Contumarfolge beſtand zunächſt darin, daß auf der Levata angemerkt wurde „Pro J. nemo“ (d. h. für den Inctus, Incattus d. i. für den in jus attractus erſchien Niemand) und konnte nun der auf den letztgeſteckten Termin nicht erſchienene Beklagte „per non venit“ zu der ganzen Forderung des Klägers verurtheilt werden (nachzuleſen § 153. der Tab. Instruction).

§ 17. Die Fortſetzung des begonnenen Rechtsſtreites[1]).

Nach der Proclamation beginnt die eigentliche Proceßverhandlung, kann jedoch entweder durch exceptionelle (dilatoriſche) Einwendungen zeitlich hinausgeſchoben — (der status exceptivus, a' per kifogási ellátás) — oder durch meritoriſche Einreden ganz beſeitigt werden — (status meritalis, a' per derekas ellátás). — Die erſtern ſind namentlich die

1) Dilatio, Friſterſtreckung;
2) Parium petitio, und die eigentlichen
3) exceptiones simplices.

Die meritoriſchen Einreden ſind in gewißer Beziehung peremtoriſch, indem ſie die Sache des Klägers auf immer fällig machen.

§ 18. Die Verzögerungsmittel.

Von ſolchen actus remoratorii iſt beſonders die Friſterſtreckung, dilatio oder időhaladék hervorzuhebeu. Dieſelbe wurde über ein in der Reihe der Streitvorträge (Satzſchriften) geſtelltes Verlangen, — alſo auch ohne beſondres Bittgeſuch, — durch eine interlocutoriſche Sentenz des Richters bewilligt, namentlich aus folgenden Gründen:

[1]) Vergl. *Dósa* „Erdélyh. Jogtudom.“ III. S. 84. § 508.

1) wegen anderweitiger Vorladung des Geklagten (nach Approb. Const. IV. 1. 38). Rückſichtlich:

2) fürſtlicher Amtsdienſte[1]) und in den bereits erwähnten Fällen ſtatthafter Verhinderung[2]), oder zugeſtandener Prorogation[3]).

Auch die Parium Petitio, oder das Anſuchen um ämtlich beglaubigte (fehlerfreie) Abſchriften der gegneriſchen Actenſtücke und Urkunden, diente zu gleichem Zwecke. Die Ertheilung wird ebenfalls durch ein Interlocutorium zugeſtanden, doch ſind nach § 61 der Tab. Instr. Abſchriften von ſolchen Privilegien zu verweigern, wenn der Anſprechende nicht ein gleiches Recht auf den Beſitz dieſer Urkunden nachwies, ebenſo bei jenen Producten, welche blos in exceptivis beigebracht worden ſind. Aus dieſem Grunde war es im § 62 der Tab. Instr. angeordnet, daß jede Partei ihre Documente gleich beim Beginn des Proceſſes produciren (beibringen) ſolle.

§ 19. Die abwehrenden exceptiones simplices (az egyszerü kifogások).

Da dieſelben in der Regel einen neuen Beginn des Proceſſes veranlaßen, heißen ſie auch condescensoriae (leszállító kifogások).

Als ſolche abwehrende oder verzögernde Einreden machten ſich geltend, die

a) contra seriem, — (Behauptung älterer Reihenfolge[4]);
b) contra judicatum[5])
c) contra forum[6])
} wegen Legitimationsmängeln;

---

[1]) Uladislaus II. Decr. I. 71. und Trip. II. 14.

[2]) Trip. II. tit. 59. u. a. O.

[3]) Trip. II. 50. Ebenſo hat der Fiscaldirector in Hochverrathsfällen eine Beweisſammlungsfriſt Approb. II. 7. 1.

[4]) Vergl. Approb. Const. IV. 1. 45. und § 64 und 65 der Tab. Instr. indeſſen ſeit 50 : 1791, welcher beſtimmte „Ubi autem causa quaepiam in merito conclusa et judicio submissa fuerit, juxta ordinem submissionis in seriem inseratur et haec series ad sensum praecitati Articuli (Appr. Const. IV. 1. 45.) Approbatalis per fora judlia. observetur“ iſt dieſe Reihenfolge — (nicht mehr vom Zeitpunkt der Levata gerechnet) — nur in dieſem eingeſchränkten Sinne von Bedeutung.

[5]) Vergl. § 66 der Tab. Instr. „Exceptio contra judicatum tunc locum obtinebit, dum Judicem quempiam erga rem litigiosam seu successorio seu alio quocunque titulo Jus habere aut praetendere constaret vel nexus Sanguinis inter Judicem et alterutram Partium existeret, vel alia justa causa contra Personam ejus excipiendi Incto suppeteret“. So wurde durch ein allh. Hofdecret vom Jahre 1830 als ſolcher Grund anerkannt die Verwandſchaft des Advocaten mit dem Richter bis zum zweiten Grade.

[6]) Es gründet ſich dieſe Einrede zumeiſt auf Approb. Const. IV. 1. 12. u. ſ. w. (Siehe über die Competenz).

d) contra aetoratum[1])
e) contra processum[2]) } wegen Legitimationsmängeln.

Die Regeln für ihre Anwendung ergeben sich aus dem früher Gesagten und sind namentlich § 69—73 der Tab. Instr. nachzulesen.

§ 20. Die zerstörenden Exceptiones meritales (a' per-derekas állásában használható kifogások).

Durch diese Einwendungen (ungarisch auch „az ügydöntő kifogások" geheißen) wird ohne in das Wesen der Streitfrage einzugehn, dem Proceße ein Ende zu machen versucht. Wie durch die:

1) exceptio praescriptionis — (s. Privatrecht) — die Einrede aus dem Rechtsanspruche der Verjährung; —

2) die exceptio calumniae. — Calumnie oder ungarisch patvar wird nach Trip. II. 70. § 1[3]) hauptsächlich der gesetzwidrige Vorgang genannt, wenn man ohne Grund oder in böser Absicht zur Verletzung eines Andern die Klage anstellt oder wenn man gleicherweise unförmlich die Gegenantwort erstattet.

Besonders war als verboten hervorgehoben die Führung des Proceßes unter zwei Titeln und „ex dolosa litigantium machinatione". Die Fälle sind nach Trip. II. 70. § 2—4:

„Primo dum quis unam et eandem rem, vel actionem, duplici sub colore aut dupliei via prosequitur. Si enim quispiam litigantium possessionem unam titulo pignoris et etiam Jure perpetuitatis acquirit, duplex eolor dieitur: Si vero unam et eandem rem sub uno et eodem titulo eoram tamen duobus vel diversis Judicibus prosequutus fuerit; duplex via nominatur.

Secundo vero quando quispiam alterum super Jure Quartalitio vel Dotalitio aut Impignoratitio vel alio etiam quovis negotio expeditum et absolutum reddit atque committit et tandem ratione ejusdem negotii, ipsum absolutum aut ejusdem haeredes et succes-

[1]) Vergl. § 70 der Tab. Instr. „exceptionem contra actoratum illam proprie dici debere, per qnam ipsa actio non autem jus ad rem vel in re habitnm impugnatur". — Es kann diese exceptio contra actoratum stattfinden entweder ex incompetentia inctoratus oder contra actoratum personalem des Klägers.

[2]) § 71 der Tab. Instr. wegen Nichtbekanntgabe entweder des Streitgegenstandes oder der Natur des Proceßes. Hatte man jedoch die Vorsichtsclauseln gebraucht rücksichtlich ersterer Einrede „ratione praevia coram latius declaranda", oder betreffs der andern „juxta juris processum in similibus observari solitum", so war man gegen diese Einwendungen geschützt. Diese Einrede hieß in Ungarn „contra institutum".

[3]) „Calumnia est litis contra quempiam duplici sub colore vel diverso tramite fraudulenta motio atque suscitatio".

sores, rursus in litem attrahit; Vel forsitan eo decedente filii aut alii legitimi sui successores attrahunt. Mox ubi super ea re probabile sufficiensque documentum produci poterit, talis Calumniae poenam incurrit.

Tertio autem, quando una causa processu Juri terminatur et secundario absque gratia Principis et collatione novi Judicii iterum resuscitatur, tunc factum Calumniae statim committitur“,

und im § 5 iſt daſelbſt hinzugeſetzt:

„Cujus vigore principalis causa ... in perpetuum amittitur eo facto. Et insuper Calumniator ille, in quinquaginta Marcis Homagialibus, ducentos florenos auri facientibus, in duabus Judici, in tertia vero partibus in causam attracto solvendis convincitur et aggravatur ipso pariter facto“.

Hinzu kommen noch andre beſonders im Geſetze angegebne Fälle ſo in Approb. Const. IV. 1. 40. (aus dem J. 1603) „.. a' melly causák in rationem Fisci agitáltattak, azokban is ha ki causáját újitani akarja, az ollyanoknak adassék egy Novum cum gratia és suis modis prosequálhassa causáját, ha pedig semmit sem újithat, afféle Causansnak cum poena Calumniae perpetuum silentium imponaltassék“.

Fernerhin wenn Jemand wegen der nehmlichen Streitſache zwei verſchiedne Proceße anſtrengt nach Trip. II. 25. § init., ausgenommen jedoch nach Approb. Const. IV. 1. 37. „Ha kinek Tutori vagy Praedecessori moveáltak valami causat, és nem ő maga a' Peres, méltó hogy ne incurráljon in poenam Calumniae, ha szintén duplex citatio lett volna-is“ (nach dem Landtagsbeſchluß von 1650); ein weitrer Fall der Calumnie iſt in Trip. II. 34. darin vorgeſehn (namentlich daſelbſt § 4. 5.), wenn man behauptet alle ein Gut betreffenden Urkunden wären im Beſitze des Gegners und dennoch ſelbſt dieſelben vorbringt; endlich beſtimmt auch die Tab. Instr. Fälle der Calumnie, ſo im § 119. wenn nehmlich Jemand unberechtigt (ohne „per non venit“) das Rechtsmittel des Novum cum Inhibitione gebraucht; womit zu vergleichen iſt Approb. Const. IV. 1. 4. und nach § 120 der Tab. Instr. wenn Jemand das Novum inhibitionale nicht in geſetzmäßiger Weiſe gebraucht [1]). Die Calumnie zieht die erwähnte Strafe nach ſich [2]).

[1]) § 119. „Novum cum Inhibitione nonnisi Inctis per non venientiam convictis competit; qui itaque occasione pronunciati Deliberati praesens fuisset vel ... egisset, vel ... exstitisset et Remedio Novi Inhibitionalis uti non vereretur in Poena Calumniae convincetur“.

§ 120. „Qui Novum cum Inhibitione impetravit, et virtute hujus .... Causam in prima Periodo Judiciali post hujusmodi Certificationem celebranda penes Novum prosequi neglexerit, perinde in poena Calumniae convincetur“.

[2]) Trip. II. 70. 5. und Approb. Const. IV. 1. 37. welche erwähnte Stelle

§ 21. Die Litis contestatio (a' per-elvállalás).

Die erſte meritoriſche Antwort betreffs des Streitgegenſtandes ſelbſt, oder die weſentliche Einlaſſung auf die Klage befeſtigt den Proceß und dies geſchieht vom Beklagten auf dreierlei Weiſe[1]):

1) affirmando. Dieſe Litis contestatio (az elismerő), welche den gegneriſchen Anſpruch anerkennt, bewirkt daß die Forderung dem Kläger zugeſprochen wird;

2) negando. Dieſe Litis contestatio (a tagadó) beſteht im einfachen Abläugnen und es muß nun der Kläger das Beweisverfahren antreten[2]);

3) qualificando (a' módositó), wo nun jeder Theil ſeine eignen Behauptungen zu beweiſen hat.

II. Das Beweisverfahren.

§ 22. Die Beweismittel im Allgemeinen.

Der Richter iſt verpflichtet „secundum allegata et probata" Recht zu pflegen[3]) und darf ſein Urtheil nur auf die vorgebrachten Beweiſe gründen.

Die Hauptregel dabei blieb „affirmanti incumbit probatio"[4]) und es waren Mittel die in Frage ſtehenden Thatſachen und Rechtsanſprüche zu beweiſen:

1) Urkunden;
2) Zeugen;
3) richterlicher Augenſchein; und
4) der Eid.

Gelingt es auf ſolche Weiſe den Richter ſo zu überzeugen, daß ihm das Gegentheil unmöglich erſcheint, ſo war der Beweis vollkommen (probatio plena, teljes bizonyitás); gelingt dagegen der Beweis nur bis zum Grade der höchſten Wahrſcheinlichkeit, ſo iſt er ein halber (probatio semiplena, fél bizonyitás), und muß noch ergänzt werden (Tab. Instr. § 89). Den Beweiſen konnten und mußten zur Rechtswahrung

noch den Schlußſatz enthält: „mindazáltal az adversa parsnak fáradsága és expensája, hogy haszontalan ne légyen, cum poena homagiali condescendálván causája, ismét reinchoálhassa perit; ha ki pedig vagy deponálni akarná régi fenn lehetö processussát, vagy magára condescendáltatni, afflélékben az elötti mód observáltassék".

[1]) § 77 der Tab. Instr.

[2]) § 83 der Tab. Instr. und Analogie.

[3]) Vergl. Trip. Prol. 15. § init. und daſelbſt tit. 16. § 3 und 4. ſowie Trip. II. 72. 8.

[4]) Trip. II. 54. u. a. O.

Gegenbeweiſe gegenübergeſtellt werden (reprobationes), ſei es unmittelbar um die Richtigkeit producirter Beweismittel darzuthun, oder mittelbar, indem man beſſre aufzuſtellen vermag. Sind aber die entgegengeſetzten von gleicher Wahrſcheinlichkeit, ſo ſollte der Umſtand der beſſern Begründung entſcheiden nach Trip. II. tit. 42. § 3 . . . „Unde si variae fuerint opiniones de aliqua causa, tunc illa erit tenenda, quae meliori et subtiliori fundabitur ratione". — Wären aber Beweis und Gegenbeweis von gleichem Gewichte, ſo heben ſie einander auf und es iſt nichts bewieſen worden; doch kann bei Grenzſtreitigkeiten hier eine Theilung der angeſprochnen Sache zuerkannt werden. — Vermuthungen ſind in der Regel unzuläßig und iſt auch hierin das ſiebenbürgiſch-ungariſche Proceßrecht von dem mehr ausgebildeten ungarländiſchen verſchieden geweſen [1]).

§ 23. Der Urkundenbeweis.

Urkunden ſind theils öffentliche (litterae fidei publicae, köz hitelességük) oder private (documenta privata, magán hitelességük).

Dieſer Unterſchied gründet ſich eigentlich auf die im Trip. II. 13. 2. ausgeſprochne Unterſcheidung von dem Sigillum authenticum et non authenticum. Das erſtre haben die (im Privatrechte erwähnten) loca credibilia und die königlichen Siegelbewahrer. Die von ihnen ausgeſtellten Urkunden haben volle Beweiskraft, dagegen konnten Privatperſonen wohl über perennale Güterverleihungen gültige Faſſionen in Privat-Urkunden ausſtellen, hatte aber ſonſt ihr Siegel nur jene Bedeutung, welche Trip. II. 13. § 4. dahin ausſpricht: „Non Authentica vero sunt privatarum personarum sigilla: Et talia nihil perpetuitatis sub se continere possunt".

Ueber die Ausſtellung öffentlicher Urkunden hat es mancherlei Regeln gegeben, welche wir bereits bei den die „Privilegien" und „Donationalien" betreffenden Erörterungen, ſowie in dem §. über die „fassiones" kennen gelernt haben. Es ſind beſonders nachſtehende:

1. Beobachtung der geſetzmäßigen Förmlichkeiten und des herkömmlichen Styls nach Approb. Const. IV. 13. 1., dann zu vergleichen 19 und 20: 1791.

2. Die Ausſtellung der Urkunden ſeitens der k. Siegelbewahrer [2])

[1]) Vergl. *Dósa* „Erdélyh. Jogtud." III. Seite 94. § 523. Auch hier mag erwähnt ſein, daß der Verfaßer bei aller Würdigung des gedachten und mehr ausführlichen Werkes, dennoch in der Behandlung des von ihm noch vor jenem ausgezeichneten Werke angelegten Stoffes den eignen Weg gegangen iſt.

[2]) Vergl. Hofreſcript vom 20. Juli 1742 P. 5. „Tabulae praeses . . . Sigillum nostrum peculiare habeat"; doch ſollte der Tafelpräſident nach § 194 der Tab. Instr. keine Transsumta, Paria judicialia und Sententias ausſtellen; vergl. § 211 der Tab. Instr. Protonotäre als Siegelbewahrer und Gubernialſecretäre ex praxi.

ſo, als wenn dieſelbe von Seiner Majeſtät perſönlich vollzogen wäre [1]) und mit

3. Beiſetzung gewöhnlicher Unterſchriften: lecta (zuweilen auch correcta) et extradata per N. N. tabulae Regiae praesidem (oder Protonotarium, oder Secretarium Gubernialem) und Eintragung ſolcher Urkunden in ein liber regius (Donationen), oder in ein fassionum liber. —

Die loca credibilia [2]) ſind das Domcapitel von Carlsburg (Weiſſenburg) und der Convent von Kolos-Monostor (Klauſenburg) geweſen. Vor ihnen mußte der Fatens perſönlich mit ſeiner Willenserklärung erſcheinen [3]), und war ebenfalls Beidrückung des Siegels und Anfügung der gebräuchlichen Unterſchriften nöthig.

Andre Urkunden konnten ebenfalls als öffentliche glaubwürdig ſein, ſo die von einem Comitats-, oder Stuhls-, oder Stadt-Notar beglaubigten und mit dem betreffenden Jurisdictionsſiegel verſehnen Amtsurkunden (12 : 1791); — ähnlich geiſtliche Taufſcheine u. dgl. m.

Unter den erwähnten Vorausſetzungen der öffentlichen Autorität haben Tranſſumte (Abſchriften, copiae vidimatae, másolatok) dieſelbe Beweiskraft wie die Originalien (eredetiek [4]). Sie ſind entweder transsumta legalia, (authentica) oder simplicia.

Umſtändlich war beſonders das bezügliche Verfahren bei der k. Tafel und andre Erforderniße mehr, welche wir, ſowie die allgemeinen überhaupt, im nächſten § erörtern.

§ 24. Erforderniße der Urkunden.

Die von der k. Tafel ausgefertigten transsumta tabularia ſetzten ein eignes Verfahren voraus, nehmlich die Ueberreichung eines zu dieſem Behufe abgefaßten Proclamations-Inſtrumentes, worin Name und Charakter des Ausſtellers der Urkunde, Jahr, Monat und Tag derſelben, die Aufzählung der Unterſchriften, eine allgemeine Beſchreibung des Siegels und des Stoffes der Urkunde enthalten war und die Unterfertigung durch den proclamirenden Canzliſten erfolgte und dies von einem Advocaten der

[1]) Vergl. § 178 der Tab. Instr.

[2]) In den Approb. Const. IV. 18. 1. heißt es: „A' Protocollumok a' Kaptalanokba bé-adattassanak. Petsételni soha tsak egy Káptalan-is más Collegájának híre és praesentiája nélkül ne mérészeljen; a' petsét — is köz helyen, nem tsak egyiknél conserváltassék, melly — is juramentumjoknak Seriessében légyen; és az egy Procuratória Constitution kivül semmi egyéb fassiokat tsak egy köszülök ne recipiáljon". (Landtags-Artikel von 1649).

[3]) Vergl. Trip. II. 16. § init. über die ungültige Clauſel: „de cujus vel quorum notitia nos talis homo certificavit aut assecuravit."

[4]) Vergl. Trip. II. 15. 1.

k. Tafel ſignirt geweſen iſt. Nun wurde dies Inſtrument nebſt der Originalurkunde eingereicht und ſollten davon nach Approb. IV. 17. 1. und Trip. II. 15. 2. die Tafelbeiſitzer Einſicht nehmen. Hiernach pflegte man, wenn man gegen die Tranſſummirung nichts einzuwenden hatte, auf das Proclamations-Inſtrument ſchreiben zu laſſen „proclamentur ad transsumendum in facie dictaturae", was ein Protonotär unter Beiſetzung des Datums unterſchrieb. — Der im Inſtrumente unterfertigte Canzliſt vollzog nun die Proclamation in der Dictatur (wo ein Tafelbeiſitzer präſidirte und ein Tabulareanzliſt als Actuar beigezogen war und man annahm auch die Parteien ſeien gegenwärtig), indem derſelbe das Inſtrument laut vorgeleſen und wo kein Widerſpruch erfolgte angemerkt hatte „proclamatae sunt in facie dictaturae, nemine contradicente, per N. N. M. Vásárhelyini, die ... anno ... (Gewohnheitsrechtliche Praxis).

Erfolgte aber ein Widerſpruch, ſo war § 88 der Tab Instr. anzuwenden: „... hinc Tabula Regia illos, qui intuitu Literarum ad transsumendum proclamatarum objectiones quaspiam se habere insinuarent, non modo ad eas Judicio proponendas admittet, verum Exmissionem quoque ad probandas objectiones iisdem indulgebit, Literas ad transsumendum exhibitas interea in Archivo retentura".

Ebenſo hatte die k. Tafel zu entſcheiden, wenn die eine Partei der andern keine Paria ihrer Tranſſumte geſtatten wollte: „pari ratione iis, qui competentiam ad ejusmodi Literas seu per connexionem Genealogicam seu ex communione, et indentitate Juris seu titulo praehabiti aut actualis Possessorii, vel Juris Successorii suo modo demonstrarent, Paria haud denegabit".

Iſt Alles dies überſtanden, wird das Proclamations-Inſtrument abermals der k. Tafel vorgelegt, welche jetzt erſt die Tranſſummirung beſchließt. Dieſer Beſchluß wird auch förmlich darauf geſchrieben vom betreffenden Protonotär, hernach auch vom dictaturae praeses unterfertigt und endlich noch in ein eignes Proclamations-Protokoll eingetragen. (Praxis).

Nun erſt kann das Tranſſumt mit der nach 3 : 1755 erforderlichen Clauſel „praemissa legitima proclamatione" und unter Beifügung des Namens des Proclamanten und zwar nomine Suae Majestatis ausgeſtellt und mit dem k. Siegel bekräftigt, ſowie vom Protonotär durch ſeine Unterſchrift beglaubigt werden[1]). Ein ſolches Tranſſumt beſitzt die vollſte Glaubwürdigkeit und iſt vor allen andern Beweismitteln beweiskräftig[2]).

[1]) § 63 der Tab. Instr.

[2]) Trip. II. 15. 3 und 3 : 1755. Siehe *Kovachich* Epicrisis S. 161. 152.

Gleicherweise ist dies der Fall bei den von den loca credibilia ausgestellten Urkunden; doch werden hier die Transsumte (nach § 82 der Tab. Instr. und früherer Rechtsgepflogenheit, gegründet auf Trip. II. 15.) nur über ein eignes mandatum requisitorium (levél kerestető fejedelmi paranesesal) ausgestellt, welcher landesfürstliche Auftrag per extensum dem Transsumte eingeschaltet wurde. Hatte jedoch das Capitel oder der Convent Bedenken gegen die Echtheit des Originals, so mußte darüber die Entscheidung des Landtags oder der k. Tafel eingeholt werden. Abgesehn von diesen Erfordernißen bei authentischen Abschriften, mußten natürlich die Originalurkunden selbst die Erfordernisse der Echtheit haben. Als solche sind innre und äußre zu unterscheiden.

Die Solennitates internae betreffen eigentlich die persönliche und sachliche Legitimation[1]) und die Wahrheit der Urkunde selbst. Findet die Behörde, daß ein Document gefälscht oder unecht sei, so wird dieser Umstand mittels Indorsat vorgemerkt und von Amtswegen ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet[2]). Was die Solennitates externae (oklevelek külső kellékei) betrifft, so beziehen sich diese auf bekannte Erfordernisse, welche auch in andren Legislationen ebenso vorkommen, als: die eigenhändige Unterschrift des Ausstellers, oder die von zwei glaubwürdigen zu dem Acte erbetnen Zeugen, welche auch gewöhnlich ihr Siegel beidrücken sollten; — Bestimmtheit der Namen[3]), — keine Correctur und Rasur, oder aber hievon am Schluße die authentische Bemerkung[4]) — das Datum[5]). Der Verlust des Siegels führt nach Trip. II. 17. 2. keineswegs die Ungültigkeit der Urkunde mit sich, wenn nur Spuren davon ersichtlich sind.— Hatte das Document mehrere Bogen, so sollten die verbindenden Fäden im Siegel zusammenlaufen. (Gewohnheitsrechtlich).

Noch sind die transsumta simplicia (nem teljes hitelességű másolatok) zu erwähnen. Zu diesen minder glaubwürdigen gehören

1) äußerlich verabfolgte Paria der Satzschriften;

2) einfache Transsumte königlicher Siegelbewahrer, wo nach früherm Gewohnheitsrecht und § 81 der Tab. Instr. die Gegenpartei die Production des Originals verlangen durfte; Ebenso

3) jene Capitular- oder Conventual-Transsumte, welche über ein mandatum collocatorium (levél béfogadtató fejedelmi paranes)

---

[1]) Vergl. Trip. II. 11. § init. 1. 2. 3., dann Approb. Const. IV. 13. 5, sowie Tripart. I. 51. § 4 und 9. Ferner I. 59. dann II. 9. 11 und Comp. Const. IV. 12. 2.

[2]) Strafe der Urkundenfälscher in Trip. II. 16. § 3. und § 80 und 164 der Tab. Instr.

[3]) Trip. II. 17. 1.

[4]) Wie angegeben II. 17. 1. und § 63 Tab. Instr.

[5]) Wie angegeben und ex praxi.

von Urkunden abgenommen wurden, welche im Archive hinterlegt gewesen sind. (§ 82 der Tab. Instr.).

Endlich ist bemerkenswerth, daß zweifelhafte Urkunden durch den Gebrauch Gültigkeit erlangen konnten. Dies war der Fall bei jenen Metalurkunden mit der Clausel „dicitur nobis", von welchen Trip. I. 86. 2. handelt und betreffs der Procurationsurkunden von unrechtmäßigen Fürsten nach Approb. Const. IV. 1. 7. (aus dem Jahre 1670).

§ 25. Der Zeugenbeweis.

Wer als Zeuge vorgebracht wird, muß die Willensfreiheit[1]) haben, also auch das gesetzliche Alter[2]); — er soll über Selbsterlebtes sein begründetes Zeugniß ablegen[3]) und ist verpflichtet auf seine Aussage den Eid abzulegen[4]). Uebrigens machte die Praxis keinen Unterschied zwischen adligen und unadligen Zeugen[5]).

Die Zeugen haben über richtig gestellte — (daher nicht suggestive) — Ultripuncta zu antworten[6]); — dies Inquisitio (eskettetés) genannte Verhör sollten zwei Regii, über ihre Auswahl durch den Exponenten[7]) und etwa hiezu erforderliche ämtliche Entsendung[8]) vornehmen. Das betreffende Mandat hieß mandatum compulsorium (fejedelmi vallató paranes[9]) und war über den vollzognen Auftrag in herkömmlicher Weise der Relatorienbericht zu erstatten[10]). (Derselbe ist an Se. Majestät gerichtet und an die ermittirende Behörde adressirt gewesen).

War hingegen nicht durch ein compulsorium, sondern lediglich durch das Amtssiegel[11]) der Zeuge zur Inquisition berufen, so betrug die Contumarstrafe für den Oberbeamten nur 24 fl., bei Andern blos 12 fl. (bei dem M. Compulsorium in solchem Falle 16 Mark).

Der einzeln zu verhörende Zeuge leistete vorher einen Wahrheits-

---

[1]) Vergl. Trip. II. 27. §. 3.

[2]) Vergl. Trip. II. 27. 4. (und Trip. I. 126. 2.) Ferner Trip. 39. 4. und I. 47. 1. Ueber Thatsachen, welche sich vor 60 Jahrrn ereignet, kann man nicht beweiskräftig Zeugniß ablegen.

[3]) Vergl. Trip. II. 27. § 5 und Analogie.

[4]) Trip. II. 27. § 9 und 10.

[5]) Vergl. auch § 76 der Tab. Instr. gegenüber von Trip. II. 27. 6.

[6]) Siehe §§. 79 und 260 der Tab. Instr.

[7]) Vrrgl. Comp. Const. IV. 5. 2. (aus drm Jahre 1655).

[8]) Siehe §§. 75 und 249 drr Tab. Instr. Die Namen dieser rrmittirten Regii (etwa Gubernial- oder Tabular-Canzlisten) wurden unter die Fragepunkte geschrirben. Vergl. § 84 der Tab. Instr.

[9]) Dem mandatum compulsorium mußte jrder Aufgerufne als Zeuge bei 16 Mark (64 fl.) Strafe Folge leistrn.

[10]) Inquisitorio Relatoria nach der Amtspraxis.

[11]) Tiszti pecsét nach Approb. Const. IV. 1. 19. (vom Jahre 1619).

Eid[1]), wurde ſodann über Perſonalien und die Quelle ſeiner Faſſion (Ausſage) befragt[2]) und es mußten ſeine (ohne Beiſein der Exponenten oder ihrer Mandatare[3]) gegebnen Antworten auf die vorgeleſnen Fragepunkte wortgetreu niedergeſchrieben und das Zeugenverhör endlich ſo vollführt werden, daß der herkömmliche Bericht darüber erſtattet werden konnte.

Hatte der Exponent ſelbſt, vor der Litis contestatio[4]) ein Zeugenverhör angeſucht, welches nachher authentiſirt wurde[5]), ſo hieß dieſe Inquisitio eine collateralis oder simplex (egyszerü vallatás), zum Unterſchiede von der communis (közös tanuvallatás[6]), welche der Richter von Amtswegen anordnete.

Die glaubwürdige übereinſtimmende Ausſage zweier authentiſch vernommener Zeugen hatte die volle Beweiskraft von Urkunden.

[1]) Trip. II. 28. § init.
[2]) Trip. II. 29. init. und II. 27. 4., ſowie § 252 der Tab. Instr.
[3]) § 252 der Tab. Instr.
[4]) § 83 der Tab. Instr.
[5]) § 87 der Tab. Instr.
[6]) § 83 Tab. Instr. — Die §§ 83—87 der Tab. Instr. lauten:

§ 83. Quum circa confectiones etiam Inquisitoriarum plurimi abusus, et fraudes observati sint; hinc quoad illas Inquisitiones, quae praesentem Instructionem praeecsserunt, non modo in id diligenter reflectendum erit, num illae justo, et legitimo modo expeditae fuerint, verum praeterea Testes, qui in vivis adhuc essent authenticandi, aut coram Judicio sistendi: qui vero pro mortuis praetenduntur, eos revera mortem obiisse, consequenter Fassiones eorum morte authenticatas esse, evidenter probandum erit. Quoad Inquisitiones vero post hanc Instructionem peragendas: cum hae vel in Simplices pro praevia Partis informatione, aut futura notitia; eoque fine, ut Testium attestationes etiam ipsis demortuis, cum necessum fuerit, produci possint, celebrari consvetas, quae Collateralium nomine communiter veniunt: vel vero ex Judiciaria deliberatione Judicis post instituam Litis contestationem celebrandas distingui possint; intuitu Simplicium, seu Collateralium dehinc celebrandarum generaliter dehinc observandum erit, illas etiam in casibus Lege expressa declaratis non aliter esse acceptandas, quam si Testes in iisdem adjuvati intra unius anni spatium a die confectionis Inquisitoriarum coram Tabulis Continuis, vel Locorum Magistratibus, in quorum Circulo Testes resident, legitimo modo authenticati fuerint; quantum autem ad Inquisitiones penes Judiciariam deliberationem Tabulae Regiae post Litis contestationem celebrandas: cum hae duplicis pariter sint generis, aut nimirum tales, quae ad legitimam Partium petitionem peraguntur, aut vero quas ipsa Tabula Regia proprio suo motu decernit et quae proprie Communes nominari consveverunt; hinc quoad statim memoratas prioris sortis Inquisitiones Tabula Regia equidem non impediet, ut Partes juxta Compilatarum Constitutionum Part. 4-tae Tit. 5-ti Art. 2-dum Regios pro arbitrio suo denominent; quia tamen ipsa eadem Lex in denominandis ejusmodi Regiis requirit, ut illi competentes sint, ipsa praeterea Justitiae ratio exposcit, ut denominandi Regii de corruptione, et interessentia suspecti non sint: eas adstringet, ut in figura Judicii, et ad notitiam Partis adversae Regios denominent, quo taliter

Exceptiones, si quas Pars adversa contra denominatos haberet, in Judicio proferre, ipsa autem Tabula Regia dijudicare possit, an denominati Regii ad celebrandam Inquisitionem de Jure admitti possint? taliterque et Tempori, et sumptibus Causantium, qui ex condescensione Relatoriarum ob inhabilitatem Regiorum consequerentur, occuratur.

§ 84. Denominatis, stabilitisque modalitate statim declarata Regiis, nomina horum post Deutri Puncta modo antelato per Tabulam Regiam extradanda adjici facies, ea monitione adnexa, quatenus in peragenda Inquisitione odio, amore, aliisque quibusvis respectibus sepositis, Inquisitionem sincere, et cum maxima accuratione peragere, et referre studeant, probe memores, se in eadem Inquisitione non homines Exponentis, sed Regios esse, adeoque obligationem Deo cordium scrutatori, Principi et propriae suae Saluti debitam prae oculis eosdem habere debere. Quo autem ejusmodi Regii ad magis sinceram relationem adstringi possint, quemadmodum de Regiis ad authenticationem exmissis adnotabitur, ita hi etiam finita, et reportata Inquisitione non modo Literas Relatorias Fide eorum mediante expedient, verum praeterea Corporali etiam suo Juramento coram Tabula Regia, aut Magistro Protonotario per Tabulam Regiam denominando de sincere facta Inquisitione, et ejusdem relatione jurabunt; quo praestito ejusmodo Inquisitio pro authentica in Judico acceptetur. Quod denique proprie sic dictam Inquisitionem Communem attinet: denominationem Regiorum ad hanc peragendam Tabula Regia arbitrio Causantium haud permittet, sed, ut superius etiam dictum est, Regios idoneos, omnique Exceptione majores, occasione reportationis Corporale Juramentum pariter praestituros denominabit, Relatoriasque eorum pro authenticalis pariter habebit. Quo autem in Futurum discerni possit, quales Literae Relatoriae sint Collaterales, quales item penes Judiciariam Commissionum celebratae? hinc.

§ 85. In Relatoriis ad Judiciariam Judicis deliberationem confectis Regii per expressum adnotabunt: se ad Judiciariam Deliberationem et Commissionem Tabulae hujus, aut illius in Causa inter hos, aut illos vertente Anno N. Die N. Mensis N. emanatam penes Literas Compulsorias, vel Sigillum Anno N. die N. emanatas, et sibi nominantur, vel ab Officio directas processisse; praeterea postquam hujusmodi Relatorias expedituri Regii de sincere facta relatione coram Judicio Corporale praestabunt Juramentum, Magister Protonotarius, vel Judicii, coram quo jurabunt, Notarius propria sua manu adscribet: Anno, Die etc. etc. introscripti vel praescripti Regii coram Tabula Regia, vel Continua Comitatus, vel Sedis T. personaliter comparentes de sincere facta relatione Corporale praestiterunt Juramentum; quosuper praesens ad Commissionem memorati Judicii scribitur Testimonium per N. Magistrum Protonotarium, vel Notarium; ac id, quod Relatoriis adscribetur, Protocollo etiam Judicii inferetur.

§ 86. Cum itaque praecautionibus in praemissis declaratis rite observatis colligi vix possit, ut Inquisitiones penes Judiciariam Deliberationem celebrandae rite non peragantur, adeoque hae pro authenticis non sine fundamento habendae sint: sed nec ejusmodi casus facile futuri esse supponantur, ut Fassiones alicujus Testis occasione hujusmodi Inquisitionis adjurati inter se contrarientur, et pro Actore aliter, aliter pro Incto proferantur; quodsi tamen praeter exspectationem Fassio alicujus Testis pro parte Actoris, et etiam Incti adjurati directe, et manifeste contraria esset, cum haec contrarietas Fassionis aut ipsius Testis perjurioso actui, aut vero ipsius Inquirentis Regii interessentiae merito tribui possit, in utroque autem casu pro repri-

mendis perjuriis, et fraudibus summe necessarium, et Publico etiam utile sit, in fundamentum contrarietatis penitius inquirere, et perjurio defecto in Perjurum exemplariter animadvertere, hinc in hoc casu non modo hujusmodi Fassio rejicienda, sed ipse Fatens, et Inquirentes Regii constituendi, et examinandi, imo re ita poscente, etiam confrontandi sunt: et si Regios contra Officium egisse, et Fassionem Testis haud sincere adscripsisse, vel retulisse evenerit, contra Regium Director Fiscalis proccdendum habebit, et legitima convictione subsequuta ejusmodi Regius pacna Perjurii notandus; quodsi vero Testem perjurasse evenerit, contra Testem Actio Directoralis, si Nobilis esset, decernenda: si vero Ignobilis esset, Magistratui suo pro condigna punitione transcribendus est.

§ 87. Circa Authenticationem Testium observandum erit: 1-mo. Illa coram Tabula Continua, aut Magistratu, vel, si Tabula Continua, et Magistratus ob molem laboris in pleno instituere non posset, coram duobus Tabulae Continuae, vel Magistratus Comembris, et Notario in loco Praetorii celebretur. 2-do: Comembra Tabulae Continuae, et Magistratus occasione delegationis eorum per Tabulae, aut Magistratus Praesidem de authentica-tione sincere peragenda, et referenda moneantur. 3-tio: Testes authenticandi, etiamsi in Relatoriis conjunctim Fassiones edidisse scriberentur, singilatim admittantur, et examinentur, ac de iis, quae interrogabuntur, sincere edi-cendis non modo placide moneantur, verum etiam adjurentur. His prae-missis 4-to: Deutri Puncta, expost Fassio ad illa prolata Testi punctatim, et circa quodvis Punctum subsistendo perlegatur, et, an Fassionem adscriptam suam esse recognoscat? an illi nunc quoque inhaereat, vel neget, vel quali-ficet? interrogetur, et, prout edixerit, genuine adscribatur. 5-to: Si Testis rem quaestionatam se scire fassus est, sed unde sciat? non edixerit, ut ra-tionem etiam scientiae declaret, moneatur; pari ratione: si se audivisse dicat, a quo? ubi? qua occasione? et quando illud audivit? an illum, a quo audi-visse refert, rem illam serio dixisse credat? interrogetur; et sic etiam quoad allegatum visum procedatur, omnesque ad certitudinem, et plenitudinem Fassionis pertinentes circumstantiae exquirantur, et pronti Testis dixerit, adnotentur. 6-to: Ad quodlibet Deutri Punctum edita, authenticata, et in scripturam redacta Fassio, Testi perlegatur, et an Fassio sua rite adscripta sit? iterato interrogetur; si in uno, aut alio qualificaverit, juxta qualifica-tionem corrigatur, taliterque tandem ad sequens Deutri Punctum modalitate eadem observata procedatur. Authenticatione modo praedeclarato peracta. 7-mo: Edicita Testium authenticatorum in separatam chartam describenda subscriptionibus Regiorum authenticantium muniantur, taliterque Tabulae Continuae, vel Magistratui per eosdem Regios (qui occasione hujusmodi re-portationis Authenticationis coram Tabula Continua, vel Magistratu ad sen-sum Decreti 1-mi Art., 43-tii §-phi 3-tii Uladislai super eo, quod veram faciant Relationem, jurare debeunt) exhibeantur. Quibus exhibitis 8-vo: Fassiones authenticatae Collateralibus Inquisitoriis per Juratum Tabulae Continuae aut Magistratualem Notarium propria manu adscribantur, aut in separata charta describantur, et per eundem Notarium Fide mediante Exponenti extradentur; ipsa vero authenticantium Regiorum Relatio in Ar-chivum Tabulare, aut Magistratuale cum superinscriptione Anni, Diei Re-lationis, et pro Exponente factae Extraditionis reponatur. Siquidem autem 9-no: allegati Authenticationis actus ad partes Officii Judicatus Tabularum, et Magistratuum pertineant, et in locis Praetoriorum, uti praedictum est, fieri debeant; hinc pro ejusmodi actu Authenticationis Tabula Continua, aut

Regii authenticantes quidpiam ab Exponente desummere haud pertentent, ipsi etiam Notarii pro ejusmodi Instrumento praeter 12 cruciferos exigere haud praesummant. Denique 10-mo: tam occasione Authenticationis, quam etiam Inquisitionum Exponentes, eorumque homines praesentes esse, haud admittantur. Postremo 11-mo: Tabulae Continuae, et Locorum Magistratus catenus per Exponentes requisiti, Authenticationem praedeclarata modalitate absque protelatione instituant, et finita Authenticatione Testes haud retineant. Praemissa proinde Puncta ut rite observentur, Tabula Regia attendet, atque in casibus coram se exerentibus ipsa etiam observabit; quo in casu Magistri Protonotarii pro ejusmodi Instrumento Authenticationis cruciferos 50, et non plus exigent.

§ 26. Vom gerichtlichen Augenſchein (occulata revisio, a' birói szemle).

Auch bei dieſem Beweismittel [1]) wird eigentlich die Herſtellung eines Urkundenbeweiſes dadurch erzielt, daß die ermittirende Behörde ſich durch die entſendeten Commiſſäre einen Bericht erſtatten läßt und dies nun als Productions-Inſtrument benützt wird [2]).

Will der Gegner die occulata revisio aus irgend einem Grunde unzuläſſig befinden, ſo muß er mindeſtens eine Woche (8 Tage) vor dem feſtgeſetzten Termine durch eine admonitio necessaria ſeinen Einſpruch erheben.

Wird auf andre Weiſe die Vornahme des gerichtlichen Augenſcheins geſtört, ſo hätte nach Wladislaus II. Decret. V. 5. dies die Strafe der Majorpotenz nach ſich ziehen ſollen. (Vergl. Approb. Const. IV. 1. art. 32. wo es am Schluße rückſichtlich des angeordneten Inhibitionstermines heißt: „Ha pedig valaki annak-utánna a' 8-tzad nap után inhibeálna, az inhibitiónak ereje ne légyen").

§ 27. Der Eid (az eskü [3]).

Der Eid iſt in der Regel nur jenes gerichtliche Zufluchtsmittel, durch welches die durch andre Beweisarten nicht zu ermittelnde Wahrheit hergeſtellt werden ſoll.

Es kann dieſer Eid freiwillig (als Haupteid) zur Erhärtung der aufgeſtellten Behauptung angeboten, oder dem Gegner zugeſchoben, oder aber von dieſem zurückgeſchoben werden [4]).

---

[1]) Trip. II. 41. § 1.

[2]) Approb. Const. III. 40. 1.... „az illyen ákadályokat nemző új Malmoknak erigálásoknak oculására a' Vármegyék és Székek, ad Instantiam quaerulantium, Commissariusokat botsássanak-ki, a' kik oculálják és a' Székre bizonyos relatiót reportáljanak" ...

[3]) Vergl. auch *Dósa* im § 538 III. Seite 119.

[4]) Trip. II. 32 § 9. „Si autem Juramento solius Actoris, hoc est: in persona duntaxat sua propria depedendo, attractus se submiserit, et Actor hoc quoque acceptare recusaverit, reus ipse statim absolvetur" und am angegebnen Orte § 10 u. ſ. w. die Fälle der Abſchwörung gegen Schuldforderungen, wenn hiefür keine Beweiſe beigebracht werden. Uebrigens iſt hier keine Lehre vom Reinigungseide u. a. m. nach Geſetz und Praxis mit Sicherheit aufzuſtellen.

Andrerſeits kann der Eid als ſogenannter **nothwendiger** der Partei vom Richter auferlegt werden. Es iſt dieſer Eid entweder ein **Offenbarungseid** geweſen (juramentum revelatorium), oder ein **Haupt- oder Entſcheidungseid** (juramentum litis decisorium) und letztrer hinwieder konnte ſeiner Natur nach ſowohl ein **Ergänzungseid** (juramentum suppletorium, pótló eskü), als andern Falles ein **Reinigungseid** ſein (juramentum purgatorium, tisztitó eskü[1]).

Der **Offenbarungseid** war beiſpielsweiſe herkömmlich, wenn die Quantität und Qualität der durch einen Potentiarius occupirten Güter beſtimmt werden ſollte und bei dem Urtheile über die von einem Miteigenthümer und Geſellſchafter beſorgte Verwaltung gemeinſchaftlicher Güter, dann auch im Falle von Approb. Const. III. 25. 1. und Comp. Const. IV. 11. 1[2]), wenn von der hinterbliebnen Wittwe die Schriftſtücke (Urkunden) ihres verſtorbnen Gatten abverlangt wurden.

Die Regeln nach welchen der **Haupteid** zuerkannt wurde, ſind im § 89 der Tab. Instr. folgendermaßen zuſammengefaßt.

De Juramentis Judicialiter decernendis.

§ 89. Cum in defectu aliarum Probationum Juramentum Judicialiter non raro decerni soleat; hinc in decernendo Juramento Tabula Regia sequentes regulas observabit: 1-mo cum Proba Actori de Jure incumbat, nisi casus sit talis, qui forte in occulto intercessit, adeoque neque Testium, sed neque Literali Documento plene probari potest, Actore nihil probante, Reus simpliciter absolvendus erit[3]*). 2-do: Si Actor probet quidem, sed tantum semiplene, et non agatur de facto utriusque Partis, sed tantum in Causam attracti vel ipsiusmet proprio, vel alterius, sed ipsimet bene cognito, tunc depositio Juramenti eo, quod inctus semiplena Actoris Probatione gravatur, et factum Actori cognitum non est, Incto deferatur: si vero 3-tio: Actor probet semiplene, et factum vel utriusque Partis proprium, vel tale fuerit, cujus sufficientem cognitionem et Actor, et in Causam attractus habere praesummitur; tunc Actori depositio Juramenti Suppletorii imponatur. 4-to: Si actor probet quidem, sed in Causam attractus ejus Probam in tantum diluat, ut Partes in aequilibrio quasi constituantur, in Causam attracti ratio favorabilior, quam Actoris esse debebit, consequenter Inctus ab impetitione Actoris*

[1]) Begreiflicherweiſe gab es auch Unterſchiede betreffs eines **Erklärungseides** (juramentum assertorium) nach Trip. I. tit. 130. und II. tit. 37. und eines **Verheißungseides** (juramentum promissorium), wie auch die Ausdrücke zum Eide auffordern (deferre) oder ihn zurückſchieben (referre) ſowie in andren Legislationen bekannt geweſen ſind.

[2]) Landtagsbeſchluß von 1669 „... hogy meg-eskündjék erös hittel a' Relicta, hogy a' levelekben nem occultált, sem egy, sem más úton elnem vesztett, sem enyisztett".

[3]) Von dieſer Regel macht Trip. II. 32. 10. u. III. 17. inſoferne eine Ausnahme, indem daſſelbe bei Ermanglung irgend eines durch den Kläger beigebrachten Beweiſes — (vergl. Comp. Const. IV. 15. 1. ... „hogy literis vel humanis comprobálván és verificálván az adósságat" ...) — dem **Schuldner** der Reinigungseid auferlegt wird.

simpliciter absolvendus erit. 5-to: In casibus occultis, ubi neque Testibus, neque Literali Documento Actor probare potest, et agitur de facto in Causam attracti, vel ipsi cognito, ejusdem in Causam attracti Juramento res submitti debet; qui si juraverit, non modo absolvendus erit, sed et expensas sibi eatenus per Actorem causatas eodem ipso Processu mediante recuperabit. 6-to: Praemissa respectu Partium quoad activitatem invicem parium, adeoque utrobique Nobilitati Praerogativa[1] *gaudentium, ac tali cum moderatione intelligantur, quod Persona, cujus Juramento Causa terminanda est, omni Exceptione major esse debeat. 7-mo: Si Actor Nobilis contra rusticanae Conditionis in Causam attractum semiplene probaverit, et casus ita comparatus sit, ut juxta Regulas praedeclaratas non Suppletorium, sed Purgatorium Juramentum locum obtineat, in Causam attractus, si Causa Civilis, non autem Criminalis ad paenam mortis directa fuerit, in majoris momenti aquisitionibus 25-to se, in minoribus autem 3-tio se jurabit; si vero Causa esset Criminalis paenam mortis post se trahens, tunc Juramento Purgatorio locus dandus non erit, sed Inctus Rusticanae Conditionis modo Constitutionibus Criminalibus praescripto tractabitur, et si delictum confiteatur, pro demerito puniendus: si autem in negatione post Torturam etiam persistat, absolvendus erit*[2]*. 8-vo: In casu Decreti Tripartiti Partis 1-mae Tit. 37-mo declarato Juramentum 50-mo se Nobilibus haud imponatur, sed juxta consvetudinem jam receptam Fratribus virilis Sexus perfectae actatis Juramentum imponi sufficiat.*

Stirbt derjenige, welcher irgend einen Eid abzulegen hatte, ſo konnte deſſen älteſter Sohn den Eid nach Erreichung der aetas legitima — (in der Praxis nach Erreichung der aetas perfecta) — deponiren[3].

III. Das richterliche Urtheil[4].

§ 28. Die Sentenzen.

Sobald die exceptiones und replicae in den wechſelſeitigen Satzſchriften (etwa bis zu einer Quadruplik) erſchöpft ſind, kann der Richter das Verfahren für beendet erklären, oder die Parteien ſelbſt dem Urtheilsſpruche ſubmittiren.

[1]) Nach der Praxis war dieſe Beſtimmung auch auf Unadlige ausgedehnt.

[2]) Nach der Praxis hatte nachgehends weder die Tortur — (zugleich nach Hofdecret vom 21. März 1792 ſ. Landtagsprotokoll 1792 S. 333) — noch aber die Eidesablegung mit Eideshelfern (conjuratores) ſtattzufinden, doch was letztres Verfahren betrifft, war allerdings ein Reſt beim Beweiſe über geſtohlnes Vieh ſtatthaft geblieben.

Ueber frühres Verfahren ſ. „Az eskütársokról“ in M. Tud. Társaság Évkönyvei 1837. III. 3. S. 98—107. Ueber den Schwur ſ. Tud. Gyüjtem. 1841. V. S. 1—58 und *Bél* Apparatus S. 203. Note h, ſowie S. 217. Note h, S. 237. Note n, S. 264. Note n u. S. 269 im § 366. *Cornides* Vindiciae S. 299.

[3]) Trip. II. 37. § init. 1 und 2.

[4]) Bei *Dósa*, welcher andrer Eintheilungsweiſe folgt und für einzelne Fragen weit mehr Stoff in glücklicher Paraphraſe des Geſetzes darbietet, ſiehe hierüber beſonders den § 552. oder III. Band, Seite 133.

Das Benehmen des Richters während des Proceßganges gibt ſich zumeiſt durch Ausſprüche, Sentenzen, kund und ſind als ſolche folgende Unterſchiede von der entſprechenden Bedeutung geweſen, um den Proceß durch ſeine einzelnen Stadien fortzuführen:

1) Die sententia interlocutoria (das Beiurtheil, a' közbeszóló itélet), wodurch der Richter irgend eine collaterale oder accesſoriſche Streitfrage entſcheidet, ohne dadurch in der Hauptſache ſelbſt ein Urtheil zu fällen[1]). —

2) Die sententia definitiva (das Haupturtheil, derekas itélet[2]), welches wieder verſchieden ſein konnte, aber in der Hauptſache ſelbſt die Entſcheidung enthielt.

Konnte dieſe Sentenz in erſter Inſtanz nicht abgeändert werden, ſo war ſie eine finalis oder végző itélet, ſonſt eine rejectoria (viszsza utasító); — in andren Beziehungen waren die Sentenzen entweder absoluta oder conditionata, entweder Apellationis capaces oder non capaces, entweder suprema oder subalterna, entweder majora oder minora. Letztre ſo geheißen, wenn bei der major eine capitalis oder quasi capitalis sententia mitenthalten war; minor dagegen, wenn eine geringre Buße ausgeſprochen geweſen iſt, ſo bei der Emenda linguae, violatae Sedis, Homagii, Calumniae u. a. m.

Die Sentenzen wurden auf zweierlei Weiſe den Parteien bekannt gegeben, oder manifeſtirt; durch

1) Intimatio und

2) Publicatio. Letztre war die gewöhnliche[3]); erſtre beſonders in der Joſefiniſchen Periode ſeit 1786 gebräuchlich.

Schlußbemerkung. Es bleibt noch zu erörtern, wie es dazu kömmt, eine Sentenz zu ſchöpfen, — doch war hierin weder die Gerichtspraxis der Behörden, noch die Fortdauer eines beſtimmten Brauches, genau in Rechtsübung; indeßen ziemlich allgemein das Gebahren[4]) wornach:

1) die Streitſache von den Parteien zum Spruche ſubmittirt wurde (Submissio); — dann

---

[1]) Trip. II. tit. 83. § 1. 2. u. a. O. — In der Tab. Instr. § 178. tertio heißt es „Pro Sententiis e Tabula regia emanandis: Interloquutoriis quidem, quales sunt: Prorogatoriae pro ad ducendis Evictoribus, communi Inquisitione, Juramenti depositione, nec non per Non venientiam emanatae et his similes“ ... u. ſ. w.

[2]) Trip. II. 112. § 1. und 83. § 1. 2. 3. ſowie tit. 84. § initialis; endlich § 150 der Tab. Instr. u. a. O.

[3]) So ſagt auch Trip. II. 80. § 1. „post latam et pronunciatam Sententiam“.

[4]) Vergl. die §§. 48—58 u. a. m. der Tab. Instr.

2) vom Referenten (Protonotär u. ſ. w.) darüber Bericht erſtattet wurde (Relatio); nun das Gericht

3) eine Erwägung (deliberatio) über den „Status quaestionis“ anſtellte und

4) das Urtheil ſelbſt fällte (sententia).

§ 29. Die Mandate[1]).

Die gerichtlichen Befehle, durch welche Proceßhandlungen oder gerichtliche Vorgänge angeordnet worden ſind, waren nachfolgende und es ergibt ſich aus ihrer Erklärung, wie dieſelben, neben den Sentenzen, zur Durchführung eines Rechtsſtreites nothwendig geweſen ſind.

Das Mandatum:

1. Praeceptorium (Trip. I. 45) der allgemein verordnende Befehl;
2. Evocatorium bei der Vorladung;
3. Compulsorium, der Zwangsbefehl, beſonders nach Trip. II. 28[2])
4. Requisitorium;
5. Dilatorium (vergl. Trip. II. 59.);
6. Inhibitorium;
7. Prorogatorium (vergl. Trip. II. 50.);
8. Declinatorium (vergl. Trip. II. 52.);
9. Transmissionale (Trip. III. 35. und III. 10.);
10. Executorium (vergl. Uladisl. II. V. 9.);
11. Executionis correctorium;
12. Reexecutorium simplex[3]);
13. Cassatorio reexecutorium[4]);
14. Cassatorio reexecutorio-continuatorium;
15. Cessatorio reexecutorio-continuatorium;
16. pure continuatorium;
17. renovatorium (resuscitatorium);
18. suspensorium[5]);
19. sequestratorium;
20. reseratorium sequestri[6]);
21. remoratorium[7]);

---

[1]) Vergl. hierüber bezüglich Ungarns die hieher mitverwandte Darſtellung in *Jung* „Ungar. Privatrechte“ 1827. II. Band § 2066. Seite 384.

[2]) Nemzeti Társalkodó 1831. I. Seite 207.

[3]) Wiedervollziehungsbefehl.

[4]) Vernichtender Wiedervollziehungsbefehl.

[5]) Hemmungsbefehl.

[6]) Der eine geſchehne Sequeſtration rückgängig machende Befehl.

[7]) Erholung geſtattender Befehl.

22. interpretatorium;
23. statutorium (introductorium);
24. reambulatorium;
25. admonitorium;
26. repositorium;
27. protectionale;
28. captivatorium [1]);
29. salvi conductus;
30. acceleratorium [2]);
31. extraseriale [3]);
32. delegatorium;
33. grationale;
34. relaxatorium [4]);
35. superabundus [5]);
36. fulminatorium [6]); und
37. brachiale [7])

Da in dieſer Beziehung die Anwendbarkeit der Mandate ſich theils von ſelbſt erklärt, andrerſeits aber die Praxis gar Vieles in die discretionäre Gewalt des Richters ſtellte, wird die weitre Auseinanderſetzung unterlaſſen, doch ſchließt ſich an: § 30.

§ 30. Die Taxen und Byrſagien.

Für dieſe gerichtlichen Laſten enthalten beſonders die §§. 174—178 der Tabular Instr. eine nähre Beſtimmung unter dem Titel: „De Oneribus et Birsagiis Judicialibus ac Taxa Expeditionum Juridicarum", ſo beſonders im § 178:

Primo itaque: Pro Mandatis Judicialibus, Testimoniisque Nomine, et sub Sigillo Regio expediri consvetis, ut sunt: Literae Compulsoriales, Procuratoriae tam Simplicis, quam ad Rescriptum, vel Instantiam expediendae, Praeceptoriae pro recipienda Procuratoris constitutione, Evocatoriae, vel Admonitoriae Judiciales, Praeceptoriae cum, vel sine Evocatione, Novi Judicii cum Inhibitione, vel cedendo Appellatione, Repetitoriae, Requisitoriae, Collocatoriae, Divisionales, Praeceptoriae super reambulatione metali, Fassionales,

[1]) Verhaftsbefehl.

[2]) Beſchleunigungsbefehl.

[3]) Befehl einen Proceß früher, als ihn die Reihe trifft, vorzunehmen.

[4]) Nachſichtsbefehl.

[5]) Der nachträglich warnende Befehl.

[6]) Ernſtlich drohender Befehl, welcher dem vorigen mit einer Zurechtweiſung oder Rüge nachfolgte.

[7]) Ein Vollziehungsbefehl, die Execution ſelbſt mit bewaffneter Hand durchzuführen. Vergl. über das Brachium (1435) *Szeredai* Not. Cap. Alb. S. 85. *Szegedi* Decreta S. 55, Note k.

Protestatoriae, Prohibitoriae, Plenipotentiales, Revisionales, Retractationales, Praeceptorio Appellatoriae, Testimoniales super Depositione Causae, Resuscitatoriae, Exequutionales, Super constitutione Curatoris, et Expeditoriae sive Quietantionales communiter Hung. Florenus 1. seu Crucigeri 50. Pro Novo Gratioso Hung. Floreni 12.

Secundo: Pro Transumptis Literarum in Tabula Regia seu penes Literas Requisitorias, seu ad Instantiam Exponentis expediendis, Paribus item Judicialibus, ut et Literis Transmissionalibus pro primo folio Hung. Florenus 1. pro reliquis singulis Crucigeri 12. hoc tamen observato, ut in qualibet facie triginta duae lineae describantur, et in descriptione condigna densitas observetur; quodsi enim seu lineae pauciores seu requisita densitas in scriptura studiose neglecta essent, querelis eatenus observatis, non modo fraudulentus hujusmodi descriptor ad facti rationem reddendam trahendus, et pro demerito corripiendus, verum praeterea pretium etiam juxta aequam Tabulae Regiae limitationem imminuendum erit. Siquidem autem Transmissionales vel tales sunt, quae e Foris inferioribus ad Tabulam Regiam, et abinde rursus post earum revisionem ad Forum superius submittuntur, vel tales, quae in Causis coram Tabula Regia inchoatis, vel decisis expediuntur; hinc praemissa limitatio quoad posterioris sortis Literas Transmissionales intelligenda est; in Transmissionalibus enim e Foris inferioribus submissis, cum pretium earum in inferiori Foro jam solutum sit, non totum Transmissionis corpus, sed illud solum modalitate statim declarata in computum summendum erit, quod in Tabula Regia iisdem Transmissionalibus adjicietur.

Tertio: Pro Sententiis e Tabula Regia emanandis: Interloquutoriis quidem, quales sunt: Prorogatoriae pro adducendis Evictoribus, communi Inquisitione, Juramenti depositione, nec non per Non venientiam emanatae, et his similes promiscue Hung. Floreni 3. Pro Finalibus autem, in quibus utpote nec Inhibitio, nec Repulsio, nec alius aliquis Processus amplius sequi potest, si Adjudicatoriae, et ad Exequutionem dirigendae sint, in Causis minoris Posentiae, et restitutionis Jobbagionum fugitivorum Hung. Floreni 6. in Causis autem majoris Potentiae, Debitorum, et aliorum similium casuum Floreni 12. Si vero Absolutionales sint in facto minoris Potentiae, Debiti, Dotum, ac rerum Paraphernalium; et aliarum similium Floreni 3. in facto majoris Potentiae Floreni 6. Denique in Causis super reobtentione Possessionum, Bonorum, et Jurium Possessionariorum sive Adjudicatoriae, sive Absolutionales sint, de Sessione una, duabus, tribus, vel quatuor usque decem Hung. Floreni 3. ad decem usque viginti Floreni 12. a viginti usque quinquaginta Floreni 20. a quinquaginta usque Centum, et amplius Floreni 40. Castello integro cum appertinentiis Floreni 50. et non plures exigantur. Testimoniales autem super condescensione Causae Floreno 1. taxentur.

Quarto: Pro Expeditionibus Cancellisticis: praeter Diurnum loco intertentionis, arbitrio tamen seu intertentionis, seu diurni praestandi penes Exponentes manente, in 30. Crucigeris pro quolibet Cancellista statutum, pro Literis super Admonitione, Certificatione, Evocatione, Prohibitione, Inhibitione, Repetitione, Reambulatione, Aestimatione Relatoriis, sive hae penes solum verbalem, aut scripto comprehensam Instructionem, sive penes Mandatum peragantur, expediantur Hung. Floreni 3. Pro Inquisitorio Relatoriis autem ut et Inventationibus, et Conscriptionibus in forma Relatoriarum, vel patenter confectis, siquidem hae etiam impure, adeoque bis describi debeant, alterum tantum, quantum pro talis qualitatis Transumpto juxta superius

declaratam modalitatem solvi deberet. Pro Exequutorio Relatoriis denique, si illis Sentionales per extensum inferantur, tantum, quantum pro Paribus, seu Transumptis Literarum superius expressum est, solvatur. Siquidem autem Taxa Exequutionis in Hung. Florenis 12. exigi consveta, juxta Statuum, et Ordinum Magni Nostri Principatus Transylvaniae Anno 1755 emanatum conclusum tunc solum locum habeat, dum Exequutio non solum tentata, sed reapse etiam admissa, et peracta est; hinc a modo imposterum memorata 12. Florenorum Taxa in casu duntaxat realiter peractae Exequutionis desummatur; si autem Exequutio tentata quidem, sed non admissa fuisset, aut post interpositam super intentanda Exequutione Certificationem, ante tamen tentamen Exequutionis Partes convenissent, Certificantes, vel Exequutionem tentantes Cancellistae Diurnis duntaxat, et Taxa Literarum super peracta Certificatione, aut tentata, vel non admissa Exequutione forsan confectarum, praeter 1. Florenum per Exponentem juxta attactum Statuum Conclusum pendendum contentari debent. Et quia porro desumptio illa, quae in casu Repetitionis, et Restitutionis Jobbagionum a Jobbagionibus intra ambitum Principatus in Hung. Florenos 6. in Partibus vero Hung. Florenis 12. exigitur, ad enervationem Plebis contribuentis deserviat; hinc allegata a Jobbagionibus repetitis desummi solita Taxa pro futuro sub Poena dupli per participantes refundendi interdicitur.

Quinto: Quoad Expeditiones e Capitulo, et Conventu emanandas: Literae Procuratoriae, Plenipotentiales, Fassionales, super deposito Juramento Rescriptionales, Prohibitoriae, Protestatoriae, Contradictionales, Revisionales, Retractionales, Expeditoriae item: et Quietantionales, ut et super celebrato Testamento, vel constitutione Curatoris emanandae Floreno 1. redimantur. Quantum vero Expeditiones per Capitulares, vel Conventuales, Requisitoresque Capituli, et Conventus circa peragendas Inquisitiones, oculatas Revisiones, Metarum Reambulationes, Statutiones, et his similes suscipiendas attinet: pretium Literarum super hujusmodi Expeditionibus emanandarum eo modo, uti quoad Expeditiones Cancellisticas statim attactum est, desumnatur; praeterea autem Diurnum in Rhen. Floreno 1. pro tot diebus, quot in hujusmodi Expeditionibus transigent, iisdem solvatur. Quantum denique Taxam Transumptorum e Capitulo, et Conventu expediendorum attinet: ea juxta mensuram, quae circa Transumpta superius declarata est, desummatur. Postremo pro Requisitione Literarum non plus, juxta limitationem in Approbatis Constitutionibus appositam 1. videlicet Hung. Florenus exigatur; Jure tamen ad Florenum, pro clavibus desummi solitum salvo manente.

Sexto: Ubi Magister Protonotarius ad Divisiones, Exequutiones, Metales Reambulationes, vel oculares Revisiones seu penes Mandatum, vel Judiciariam Commissionem, seu vero Partium requisitionem procedit, Diurnum pro tempore illo, quod in hujusmodi Expeditione, et Sortium elaboratione impendit, in Hung. Florenis 5. percipiet; praeterea praeter Florenos 12. pro actu realiter peragendae Exequutionis juxta Legem determinatos, et per eum, contra quem procedit, pendendos, pro pretio Literarum super peracta Divisione, Exequutione, Reambulatione, vel oculari Revisione, aut communi Inquisitione expediendarum tantum, quantum pro Transumptis Literarum superius declaratum est, desummet, nec ampliori solutione partes gravabit.

Septimo: Quod Taxas Expeditionum Fisci concernit: Habet in commissis Causarum Fiscalium Director, imo et usuvenit, ut papyrus, ac praeterea fatigii remuneratio Expedientibus Cancellistis Protonotarialibus per

illum praestetur; et hujusmodi quidem usus pro futuro quoque relinquitur, usus autem hactenus vigens porro quoque retinebitur in eo, ut Expeditiones ejusdem Fisci a Taxis, aut Sportulis, quae alias Protonotariis competerent, immunes habeantur.

Von dieſen ſind als beſondre Strafgefälle hervorzuheben:

1) Die Calumnie[1]);
2) Die Verletzung des Gerichtsſtuhles (Violatio sedis[2]);
3) Strafe des muthwilligen Proceßführens (Poena temere litigantium);
4) Das Stillſchweigen des Advocaten (Silentia procuratorum);
5) Das Zungengefäll (Emenda linguae[3]).

Schluß. Als Stylmuſter dienen folgende **Sententiae:**

1. In causa Transmissionali.

Ferdinandus etc. Fidelibus nostris Egregiis, et Nobilibus T. et T. Tabulae nostrae Regiae etc.— (An die k. Freiſtädte). *Prudentibus item, ac Circumspectis Judici Primario, Senatoribus, ac Notariis, L. Reg. Civitatis nostrae T. etc.*— (An die adligen Städte). *Ductori, Jurassoribus item, et Notariis Oppidi nostri Nobilium T.— Gratiam Nostram Caesareo Regioque Principalem! Noveritis, quod Nobis Die T. mensis T. Anno T. stante videlicet Termino celebrationis, et cursus Judiciorum Tabulae nostrae Regiae in Transylvania, et Partibus eidem reincorporatis Judiciariae, juxta Caesareo Regioque Principalem, e consensu universorum Statuum et Ordinum Trium Nationum antelati chari Nobis Magni Transylvaniae Principatus, et Partium eidem reincorporatarum, factam ordinationem, per distinctas Periodos continuae, et pro tunc, a Dominica T. ad Festum usque T., in Libera Regiaque Civitate nostra Marus Vásárhely durante, ad quam utpote Tabulam nostram Regiam Judiciariam, Causae Fidelium nostrorum Regnicolarum Transylvaniae Partiumque eidem reincorporatarum, e publica, et approbata eorundem consvetudine, tam per formam Brevium Judiciorum, quam etiam Longo litis processu determinari, et adjudicari solitae, (exceptis Diaetalibus) universae, generaliter fuerant prorogatae, una cum Fidelibus nostris sincere Nobis et respective Dilectis, Spectabilibus, Magnificis, Generosis item, et Egregiis Alexio Daniel de Vargyas (conditio Praesidis punctualiter describatur) in Persona nostra Praeside Ordinario; (vel si Assessor fuerit Praeses, scribe) Francisco Boër de N. Berivoj Tabulae nostrae Regiae in Transylvania Judiciariae Assessore Actuali Primario, ex eoque ejusdem Tabulae nostrae R. Judiciariae pro tunc in Persona nostra Praeside Interimali; Magistrisque nostris Protonotariis; — ac Juratis dictae Tabulae Regiae Assessoribus, pro faciendo causantibus judicio moderativo, in eadem Tabula nostra Regia pro Tribunali sedentibus, et constitutis, Egregius, ac Nobilis T. legitimus tanquam Generosi T. ut Actoris Procurator, obtenta prius serie, factaque dein prae foribus Litigantium, uti moris est, et consvetudinis receptae, legitima Nobilis T. ut Incti, Proclamatione, — penes suf-*

[1]) Vergl. Trip. II. tit. 70. und 71. ſowie 45.

[2]) Vergl. Trip. II. 69. und I. 72. (auch Sigismund's Decret VI. 7. 3. und Math. Decr. VI. 58. Uladisl. II. Decr. I. 67).

[3]) Trip. II. 36. § 6. und II. 86. § 1. ferner § 3. 4. 12. 13.

ficientem sui legitimationem, Nostrum, dictaeque Tabulae nostrae Regiae Judiciariae Judiciarium exsurgens in conspectum, exhibuit, et praesentavit Nobis Tabulaeque nostrae Regiae Judiciariae, Transmissionales in causa, praefatas inter partes collitigantes, ratione et praetextu Divisionis, coram Sedria Generali Sedis nostrae Siculicalis (Comitatus) T. orta, mota, et decisa; inde vero per Inctum ad Tabulam nostram Regiam Judiciariam appellata, ac transmissa, per Fidelem nostrum Generosum T. praefatae Sedis Supremum Judicem Regium subscriptas, et per Egregium T. ejusdem Sedis Notarium extradatas, Sigilloque praefatae Sedis publico, super hostia alba papyro tecta impressive obsigillatas, consequenterque per Fidelem nostrum Nobis Dilectum Generosum T. de T. alterum per dictum Magnum Transylvaniae Principatum, Partesque eidem readnexas Magistrum Protonotarium apertas, omnibusque lege requisitis solemnitatibus confectas, perhibentes (vel: e quibus informabamur). — Qualiter superioribus, non ita diu praeteritis temporibus, Anno videlicet T. *Die* T. *mensis* T. *praenominatus Actor, praecitatum Inctum admoneri fecisset super eo: quod quia Praedecessor Actoris T. in Possessione T. Sedeque Siculicali T. certum quendam fundum internum, in vicinitatibus ab una T. et T. partibus ab altera, situatum, et existentem, habitum, cum cunctis suis appertinentiis, et utilitatibus, nulla rationabili, minusque necesssaria de causa, magno Actoris de praejudicio, Incti Genitori T. (pro hoc et hoc). Jure perpetuo cessisset, ac vendidisset-eundem fundum praespecificatum, cum cunctis suis appertinentiis, penes exsolutionem summae inhaerentis legitimandae remitteret, ac restitueret, in casu autem non remissionis, et non restitutionis citari curasset eundem Inctum ad Sedriam Generalem T. ad octavum Diem, juxta processum alias in similibus observari solitum, ratione praevia coram latius declaranda. — Die tandem* T. *mensis* T. *Anno* T. *Termino videlicet praefixo celebrationis Judiciorum adveniente, coram praefata Sedria Generali Actor, exhibitis Litteris suis Admonitorio Citatoriis, inhaerendoque tenori earundem cupierit, contractum Perennalem, Juri ejus successorio praejudiciosum, Litteris in iisdem memoratum, secundum leges desuper sonantes rescindi, fundumque actionatum, cum refusione expensarum, et fatigiorum, usuum item, et fructuum, readjudicari, ferendumque desuper Judicium debitae, ac finali Executioni mancipandum decerni. — Ad quam Actoris Actionem Inctus nihil respondens, imo ne quidem comparens, Die T. mensis T. Anni T. in totali Actione convictus exstitisset, eodem nihilominus die supervenientiam insinuans, Causa post supervenientiam continuata, Inctus praetermissis omnibus iis, quae beneficio Legis exceptive proponenda habuisset, in merito: cum Actor nec Genealogiam suam, nec mutuam cum abalienatore fundi actionati condivisionalitatem comprobasset, et hac ratione nullum Jus ad mentionatum fundum haberet, cupierit se ab impetitione Actoris, cum poena Indebitae, refusionibus item expensarum, et fatigiorum, simpliciter absolvi, — ad quam Incti defensionem cum Actor satis superque respondisset, atque validissimis argumentis, ac documentis suam comprobasset Genealogiam, petierit Judicium secundum Levatam ferri. — His, et similibus disceptationibus prolixius agitatis, documentisque in fulcimentum assertorum ab utrinque adductis, tandem Judicio submisserint; antelata Sedria Generalis Die* T. *mensis* T. *Anno* T. *sequentis continentiae tulerit*

Deliberatum:

Quo Deliberato coram partibus publicato — pars Inctorea de remedio Novi Judicii simplicis protestabatur, — Causa itaque penes insinuatum

Novi remedium ulterius continuata, postquam utraeque partes collitigantes, novas suas rationes, et allegationes adduxissent, documentaque sua exhibuissent, antelata Sedria Generalis Deliberatum suum ante Novum Anno T. Die T. *mensis* T. *latum per totum approbaverit, et ratihabuerit, idque in sequelam per utrasque partes interpositae Apellationis ad Tabulam nostram Regiam in Transylvania Judiciariam, nostram videlicet in praesentiam transmiserit (vel scribe sic). Causa tali modo penes insinuatum novi simplicis remedium Die* T. *mensis* T. *Anno* T. *reassumta, novisans favorabilius, juribusque suis magis proficuum exoperare Deliberatum intentus etc. — (vel sic) penes quod indultum Novi remedium, partium litigantium novis propositionibus, et allegationibus, documentisque in judiciale trutinium sumtis, sequens Anno* T. *die* T. *mensis* T. *per dictam Sedriam Generalem latum, ac pronunciatum fuerit*

Deliberatum:

Quo Deliberato coram partibus sua modalitate publicato-partes super eo acquieverint: — hujus itaque in consequentiam Actor vi Deliberati in anno T. *die* T. *mensis* T. *emanati legitimam exequutionem peracturus, Inctum etc. — (vel sic) Inctus praesentem appellaverit causam ad Tabulam nostram Regiam in Transylvania Judiciariam, Actor quidem contra appellationem protestabatur: dicta tamen Sedria Generalis simpliciter transmittendam judicaverit. Interea Incto, interpositam appellationem ante extractionem Transmissionalium anno* T. *die* T. *mensis* T. *remittente — cum Actor in sequelam hujus, Deliberatum Sedriae Generalis Anno* T. *die* T. *mensis* T. *emanatum legitimam exequutionem deduci facere vellet, ex eo, quod idem Deliberatum intra anniversarium, ob certa impedimenta Executioni de mandari nequivisset, ex eoque viribus suis destitutum fuisset, cupiverit resuscitari, vigorari, debitaeque Executioni demandari (vel mancipandum decerni) qua ejus petitione exaudita, sequens saepius memorata Generalis Sedria Anno* T. *die* T. *mensis* T. *tulerit, atque pronunciaverit*

Deliberatum:

Cujusmodi Deliberati Executionem Actor peracturus, die T. *mensis* T. *anni* T. *Inctum ad Executionem certificari fecisset ad octavum diem a die hujusmodi Certificationis computandum, — Cum autem in octavo ipso Executor Vice Judex Regius ad peragendam Executionem, certa ob impedimenta, exire haud potuisset, Actor Inctum ad triduum denuo certificari curasset, quarum Certificationum vigore, cum Actor Executionem peragi facere voluisset, Inctus die* T. *mensis* T. *anno* T. *eandem Executionem Repulsionis Remedio obviasset: quam ob rem eodem actu Executionis ad reddendam repulsionis rationem certificatus fuisset; causa itaque adveniente Judiciali Termino penes interpositum Repulsionis Remedium anno* T. *die* T. *mensis* T. *continuata, Inctus rationes Repulsionis assignaverit, quas Incti repellentis rationes, cum Actor validissimis refutasset argumentis; institutis novis Partium collitigantium allegationibus, productisque documentis ruminatis, sequentis tenoris die* T. *mensis* T. *anno* T. *saepius repetita Generalis Sedria tulerit.*

Deliberatum:

Quo Deliberato coram Partibus publicato, Pars Incta appellaverit causam praesentem cum tota sua serie, et processibus in Tabulam nostram Regiam in Transylvania Judiciariam, cupieritque simpliciter transmitti, — Actore e contra, ne transmitteretur, contendente, — reiterata vero Generalis Sedria causam simpliciter transmittendam judicaverit. — Quibus exhibitis,

et praesentatis, antelatus Actoris apellati Procurator, inhaerendo rationibus, allegationibus, et documentis seriei Transmissionalium insertis, cupiebat Deliberata (haec et haec) cum refusione expensarum, et fatigiorum appellatione causatorum, per tota approbari, et ratihaberi (vel) Cum autem Inctus appellationem insinuatam intra terminum a lege praescriptum prosecutus non fuisset, — cupiebat Actor ad ductum §-i 163 Tab. Instr. Deliberatum (hoc et hoc) cum refusione expensarum, et fatigiorum per totum approbari (vel sic scribendum). Causa penes ipsinuatam appellationem pendente, Actor die T. *mensis* T. *anni* T. *praeinsertum Deliberatum ex eo quod antelatus Inctus Transmissionales intra fatales a lege definitos terminos excipere, interpositamque appellationem procequi neglexerit, cupierit in rem adjudicatam sumi, debitaeque, ac finali Executioni mancipandum decerni.*

Unde Nos habito desuper, et assumto praefatorum Praesidis, Magistrorum nostrorum Protonotariorum, reliquorumque Tabulae nostrae Regiae Judiciariae Assessorum, una nobiscum in examine causae praesentis considentium, maturo consilio, et sana deliberatione praehabita, die T. *mensis* T. *anno* T. *sequens tulimus, fecimus, ac pronunciavimus*

Deliberatum:

Hoc quoque Deliberato publicato, ac ad interpositam per utrasque Partes appellationem, causa in praesentiam Regii nostri in Transylvania Gubernii transmissa, sequens ibidem latum est

Deliberatum:

Quo Deliberato coram partibus publicato, partes super eo acquieverint. Interim Actore T. *ex hac luce decedente, ex eoque causa ulterius continuata, Nobilis faemina* T. *dicti* T. *relicta vidua, cupiverit causam praesentem ad se, qua filii sui* T. *a memorato marito suo* T. *suscepti, et progeniti naturalem Tutricem condescendi facere. — Unde Nos Tabulaque nostra Regia Judiciaria, sequens in hoc substrato anno* T. *die* T. *mensis T. tulimus, et pronunciavimus*

Deliberatum:

Hoc etiam Deliberato coram partibus sua modalitate publicato-partes super eo acquieverint, — Sublata itaque omni in hac causa litis pendentia, Nos ad petitionem Actoris, (vel Acricis condescensae) Sententionales extradandas esse duximus praesentium per vigorem.

Proinde vobis harum serie committimus, et mandamus firmiter, quatenus acceptis Praesentibus, statim vos, vel duo vestrum, sub oneribus alias in talibus observari solitis, in et ad Possessionem T. *Sedi Siculicali Marus ingremiatam, (adjacentem) consequenterque ibidem erga praelibatum Inctum* T. *de* T. *facies Bonorum liti substratorum, Actorique adjudicatorum, in dicta possessione* T. *platea vulgo* T. *dicta existentium, et habitorum, vicinis, et commetaneis eodem praevie convocatis, et praesentibus, cum praesentibus accedentes, praeinserta Deliberata convictiva per Nos, Tabulamque nostram Regiam in Transylvania Judiciariam, ut etiam Gubernium Regium ratihabita, de puncto ad punctum, via legitimae Executionis in effectum deducere, ac Actori Bona readjudicata, modo, et conditionibus ibidem expressis restituere, expensas praeterea Actori adjudicatas, ac per Nos, Tabulamque nostram Regiam Judiciariam ad Flor.* T. *et denar.* T. *legitimatas, una cum expensis Executionalibus per vos legitimandis, e rebus, et Bonis antelati* T *primum quidem mobilibus facile in paratam pecuniam convertibilibus, iis vero non repertis, aut forte non sufficientibus, etiam immobilibus, ubivis in Magno Transylvaniae Principatu, Partibusque eidem readnexis reperi-*

bilibus, exequi, Actorique triumphanti dare, et assignare, taliterque utriusque partibus collitigantibus, in ductu praeinsertorum Deliberatorum, plenariam, atque omnimodam satisfactionem, Contradictione, Inhibitione, ac Repulsione Incti, ac aliorum quorumlibet praevia ratione haud obstantibus, impendere, impendique facere. — Et post haec vos seriem hujusmodi Executionis vestrae, communibus partium expensis peragendae, prout eadem per vos expedita fuerit, et peracta, una cum vicinorum, et commetaneorum, qui praemissae Executioni vestrae ad et intererunt, nominibus, cognominibus, terminoque consignatis, terminum ad competentem, Fide vestra mediante referre, ac rescribere modis omnibus debeatis, ac teneamini. Secus non facturi. P. P. E. R. Datum etc.

2. *In causa penes Evocationem.*

Ferdinandus etc. exhibuit, et praesentavit Litteras super octavali Evocatione antelati T. *ad Tabulam nostram Regiam in Transylvania Judiciariam, medio Egregiorum, et Nobilium* T. *et* T. *etc. Relatorias die* T. *mensis* T. *anno* T. *confectas, et emanatas, omnibusque lege requisitis solemnitatibus provisas Nobisque suo modo rescriptas innuentes; qualiter (scribendum ex Evocatoriis) — ob hoc antelatus Actor Inctum evocari curasset ad octavum diem in Tabulam Nostram Regiam Judiciariam, prout haec omnia e Litteris suprafatorum Regiorum prodirent uberius, evenirentque manifestius. — Quibus exhibitis, et praesentatis, antelatus* T. *Actoris* T. *Procurator, inhaerendo tenori earundem, cupiebat etc.* (wie früher angegeben) — *quo audito, et percepto Egregius* T. *tanquam aeque legitimus annotati* T. *Incti Procurator, penes sufficientem pariter sui legitimationem, e medio, reliquorum collitigantium, nostrum, dictaeque Tabulae nostrae Regiae Judiciarum similiter exsurgens in conspectum, primum, et ante omnia Litteras, quibus praesenti in causa uti vellet, communicari cupiebat, — quibus obtentis, Exceptiones contra Actoratum primo, tandem vero contra Processum obmovebat, quibus judicialiter ad meritum relegatis, postquam ambae Partes, meritales suas allegationes, et motiva pro et contra adduxissent, et proposuissent, documentaque sua in fulcimentum asertorum suorum deservientia exhibuissent; causam tandem die* T. *mensis* T. *anno* T. *Judicio submiserunt (vel sic scribendum) exsurgens in conspectum, penes solitam taxam cupiebat Paria. — Quibus eidem concessis, causa post extraditionem Parium, die* T. *mensis* T. *anni* T. *continuata, ac per interventam Actoris* T. *mortem, in filium suum* T. *legitime condescensa, idem cupiebat per antelatum Procuratorem suum, Inctum penes reproductionem documentorum ad probam actionis exhibitorum, ac cum Incto in Paribus communicatorum, juxta Levatam convinci. Inctus antequam ad actionem Actoris quidquam respondisset, excipiebat contra Forum Tabulae Regiae, — ad quam posteaquam Actor respondisset, ac utraeque Partes collitigantes hoc in objecto causam praesentem Judicio submisissent. — Nos, praefataque Tabula nostra Regia Judiciaria, die* T. *mensis* T. *anno* T. *obmotam contra Forum Exceptionem judicialiter cassandam esse invenimus, et decrevimus. — Incto in ea parte appellante, — causa post stabilium Forum ulterius continuata. Actor cupiebat Inctum ad meritorie respondendum judicialiter adstringi, secus juxta Levatam convictum adjudicari, — Posteaquam itaque Inctus meritorias suas Allegationes proposuisset, Actorque ad eas suas adornasset responsiones, causamque cum omnibus actis, et documentis in fulcimentum assertorum suorum adductis, et exhibitis Judicio submississent, — Nos Tabulaque nostra Regia habito desuper etc.* (wie im vorherigen Stylmuſter).

Hoc Deliberato publicato, Inctus in favorabilibus gratias referendo, in onerosis appellabat, cupiebatque transmitti, — causa tandem, vi insinuatae per partem Inctam, partis Actoreae contentione nihil operante, et admissae appellationis, in praesentiam Regii nostri in Transylvania Gubernii deducta, idem Gubernium nostrum Regium, excussis Partium allegationibus, et documentis, una cum appellandi, et justificandi rationibus, sequens die T. *mensis* T. *anno* T. *tulit, fecit, atque pronunciavit*

Deliberatum:

Hoc etiam Deliberato publicato, appellato, ac transmisso, causaque praesenti, tali modo ad Augustissimum Thronum nostrum deducta, sequens inde ambarum Partium allegationibus, et documentis, latisque Fororum inferiorum Deliberatis ibidem revisis, et discussis, fine expediendarum Sententionalium, medio Decreti Gubernialis de dato T. *mensis* T. *anni* T. *emanata, Numeroque Aulico* T. *Guberniali autem* T. *signata appulit*

Altissima Decisio:

In consequentiam itaque praescripti Decreti altissimae nostrae Sententiae complementum ordinantis, — Nos Sententionales Partis triumphantis ad petitionem extradandas duximus, et concedendas, — prout extradamus, et concedimus praesentium per vigorem (vel Deliberato appellato, ac non transmisso, Recursuique insinuato loco non concesso, scribendum post verba: cupiebat transmitti). Parte Actorea, ne intra Dominium transmitteretur, contra interdictum Articuli contendente, Nos, Tabulaeque nostra Regia Judiciaria, causam nonnisi extra dominium transmittendam esse judicavimus. — Incto de Litteris Praeceptorio Appellatoriis, iis vero non obtentis, de Recursu protestante. — Causa tali modo penes insinuatum Mandatum Appellatorium, et Recursum pendente, posteaquam Gubernium nostrum Regium, medio Decreti sui de dato T. *mensis* T. *Numeroque* T. *signati, Nobis, Tabulaeque nostrae Regiae Judiciariae, ac insimul Partibus notificasset, Recursui Partis Inctae locum datum haud fuisse, — Nos Sententionales ad petitionem Actoreae partis extradandas esse duximus etc.*

(Insinuato recursu non prosecuta scribendum). Causa tali modo penes insinuatum Recursum pendente, Actor die T. *mensis* T. *anni* T. *ex eo: quod in sequelam insinuati sui Recursus Inctus Testimonium promotorium intra terminum ad id Lege Novellari praescriptum adferre praetermisisset, cupiebat praescriptum Deliberatum in rem adjudicatam sumi, debitaeque, ac finali executioni mancipandum decerni, idque deliberative impetravit, et obtinuit. — Unde nos etc.*

Proinde etc.

3. Sententia per non venit.

Ferdinandus etc. Fidelibus etc. Noveritis, quod Nobis die T. *mensis* T. *anno* T. *stante videlicet etc. exhibuit, et praesentavit Litteras super octavali Evocatione etc. Quibus exhibitis, antelatus Actoris Procurator inhaerendo tenori earundem, cupiebat etc. Ad quam Actoris Actionem cum Inctus nihil respondisset, neque per Procuratorem suum legitimum comparuisset, idem Actoris Procurator cupiebat Inctum in totali Actoris Actione convinci. — Unde Nos Tabulaque nostra Regia in Transylvania Judiciaria, eundem Inctum in totali Actoris Actione, et Acquisitione convincendum judicando decrevimus, et commisimus, prout decernimus, et commitimus per Praesentes etc. Proinde etc.*

4. *Resuscitatio Sententiae.*

Praeinsertae Litterae Adjudicatorio Sententionales, cum intra anniversarium, ob temporum injurias, legaliaque impedimenta, contra Inctum Executioni demandari haud potuissent — ex eo die T. *mensis* T. *anni* T. *stante videlicet termino celebrationis, et cursus Judiciorum Tabulae nostrae Regiae in Transylvania Judiciariae, pro nunc a Dominica prima post Epiphaniam, usque ad Dominicam Esto, in Libera Regiaque Civitate nostra Marus Vásárhely durante, — praememoratus* T. *supplicabat Nobis, Tabulaeque nostrae Regiae Judiciariae, per Procuratorem suum Egregium Josephum Bedõ de Kálnok, ut Nos praeinsertas Litteras Adjudicatorio Sententionales contra Generosum* T. *Inctum approbare, ratificare, in pristinum vigorem restituere, taliterque easdem Sententionales debitae Exequutioni demandare dignaremur, Incto* T. *ex capite praetermissae admonitionis contraveniente, et causa submissa die* T. *mensis* T. *anno* T. *Nos, Tabulaque nostra Regia in Transylvania Judiciaria, sequens tulimus, fecimus, ac pronunciavimus*

Deliberatum:

Praeinserto hoc Deliberato publicato, in consequentiam ejus, Litteras nostras Resuscitatorio Sententionales, annotatum contra Inctum extradandas esse duximus, et concedendas, prout extradamus, et concedimus Praesentium per vigorem.

Proinde vobis harum serie committimus, et mandamus firmiter, quatenus acceptis Praesentibus, statim vos, vel duo vestrum, sub oneribus alias in talibus observari solitis, contra, et adversus praedictum T. *vicinis, et commetaneis eodem, eo fine praevie convocatis, et praesentibus, cum Praesentibus accedendo-praeinsertas Litteras nostras Adjudicatorio Sententionales, ratione praevia, vigore praesentium resuscitatas, pristinoque vigori suo restitutas, modalitate praenotata, Contradictione, Inhibitione, ac Repulsione praedicti Incti, ac aliorum quorumlibet praevia ratione haud obstantibus, debitae, ac finali Executioni mancipave, — taliterque plenariam, ac omnimodam satisfactionem, in ductu praeinsertarum Sententionalium, impendere, impendique facere. — Et post haec vos seriem hujusmodi Executionis vestrae, prout (uti pag. 56). Datum etc.*

IV. Die Rechtsmittel[1]).

§ 31. Die Rechtsmittel im Allgemeinen (Remedia juris, a' perorvoslás eszközei 's nemei).

Um die Satzschriften (Streitvorträge) zu verbessern, oder um die Abänderung von Urtheilen zu erlangen, gewährte das ungarische Proceßrecht remedia juris, Rechtsmittel, welche nach verschiedner Beziehung aufgefaßt, so eingetheilt werden können:

I. Die remedia juris **intra** dominium: 1. die prohibita; 2. die supervenientia; 3. inhibitio; 4. novum simplex; 5. novum inhibitionale; 6. novum cedendo appellationi; 7. die repulsio;

[1]) Vergl. hierüber *Dósa* am angegebnen Orte § 557. III. Seite 139 u. f.

II. Das remedium **extra** dominium iſt 8. das Novum Gratiosum;

III. Sowohl **extra** als **intra** ſind: 9. appellatio; 10. procuratoris revocatio und 11. der recursus.

Oder man kann unterſcheiden:

I. Rechtsmittel allein des Klägers: die depositio causae.

II. Rechtsmittel allein des Beklagten: die prohibita, supervenientia, inhibitio, novum inhibitionale und

III. Beiden gemeinſchaftlich die übrigen Rechtsmittel.

Oder man kann unterſcheiden:

I. Graduirende Rechtsmittel, welche die Verhandlung und Entſcheidung in eine neue Gerichtsperiode hinausſchieben können, ſo die Exmissio, die Nova und die Repulsio.

II. Nicht graduirende, wie die Prohibita, Procuratoris revocatio u. a., welche in derſelben Periode als die Verhandlung weiter fließt, einzubringen geweſen ſind.

Ferner war beſonders wichtig die Unterſcheidung:

I. Rechtsmittel in exceptivis (a' pernek csak kifogási állásában ... menedékek), ſo die prohibita, inhibitio, das novum inhibitionale und das novum simplex.

II. Rechtsmittel in merito (a' pernek csak derekas állásában ... menedékek), als die exmissio, repulsio, appellatio und novum gratiosum; ferner

III. Sowohl in merito als in exceptivis: der Recurs und die revocatio procuratoris.

Die Anwendbarkeit dieſer Rechtsmittel beſtimmt auch, mit der Einhaltung der Perioden, die Proceßgattungen:

I. Processus ordinarius-longus. Er hat vier Gerichtstermine und ſeine causae ſind: Liegenſchaften, unveräußerliche und unverjährbare Rechte, ſo beſonders beim Verkauf adliger Liegenſchaften[1]), — beim Jus regium[2]) — und bei Grenzſtreitigkeiten[3]).

Im langen ordentlichen Proceßverfahren durften drei graduirende Rechtsmittel angewendet werden (pert léptető menedékek).

II. Processus ordinarius-brevis. Er hat nur zwei Gerichtstermine und ſeine causae ſind vornehmlich ſolche Proceße, welche über die Thatſache des zeitweiligen Beſitzes, oder über das Maß und die Art und Weiſe der Theilnahme an Rechtsſachen entſtehn, ſo auch Proceße

[1]) Trip. I. 66. 5.

[2]) Tripart. I. 25. Approb. Const. IV. 3.

[3]) Trip. II. 18. 4.

über den Mißbrauch der Eigenmacht (Majorpotenz), über die dos u. dgl. m. In diesem Proceßverfahren durfte nur ein graduirendes Rechtsmittel angewendet werden [1]).

III. Der Processus extraordinarius (articularis)-brevissimus. Dieses Verfahren begann häufig mit der Execution; außer der Repulsio waren keine andren Rechtsmittel intra dominium zulässig [2]). (Siehe § 93 der Tab. Instr. woselbst es heißt: „ut si Praetendens praetensionem suam Processu Exequutionali penes praemittendam legitimam Admonitionem et Certificationem ad tenorem Contractus prosequatur et Repulsio interveniat, ab Exequutione quidem cessetur, ast praeter unicum et violentum hocce Remedium alia Juris Remedia Repellenti intra Dominium haud admittantur"). Die causae waren solche Schuldforderungen, welche nach dem Gesetz oder Vertrag als liquide betrachtet worden sind, dann gewiße in Artikeln der Gesetze oder Municipal-Constitutionen [3]) vorgesehne Strafbußfälle, wo gewöhnlich mit der Execution begonnen wurde.

Die einzelnen Rechtsmittel [4]).

§ 32. Die Prohibita und die Supervenientia.

Durch den Gebrauch des Wortes „prohibet" (er verhindert es durch Verbot) konnte man im ungarischen Proceßrecht die Kraft der richterlichen Sentenz hemmen, hauptsächlich deshalb, um durch dies Rechtsmittel (a' bétiltás menedéke által) zu Gunsten eines „per non venit" verurtheilten Beklagten, wegen Erneuerung der Streitfrage, die Herausgabe des Urtheils zur Vollstreckung zu verhindern.

Wollte der etwa in der Gerichtssitzung selbst anwesende Beklagte (statt seines Mandatars) von diesem Rechtsmittel durch eigne Aussage

[1]) Ueberhaupt war es verboten durch Anwendung der Rechtsmittel über die gesetzlichen Termine hinaus eine Sache zu verschleppen, so nach Approb. Const. IV. 1. 31. und art. 25; ferner § 155 der Tab. Instr. Sectio III. u. a. O.; doch fand die Praxis Auskunftsmittel.

[2]) [3]) Siehe Beispiele in den „Ungarischen Rechtsdenkmälern".

[4]) Unter dieselben wäre auch die Depositio causae zu rechnen d. h jener Vorgang, wodurch der Kläger zurücktritt, um neuerdings den Proceß zu beginnen (Trip. I. 25. 1. und II. 82. 22. sowie II. 83).

Kittonich stellte die nicht haltbare Behauptung auf: der Kläger könne „causam non ex toto solum, sed ex parte etiam deponi posse" um Fehler zu verbessern; — im Uebrigen war die Ansicht *Szegedi's* begründet, daß die Depositio blos in exceptivis Platz greifen dürfe, nicht aber in merito, auch war es wohl zulässig (nach Analogie von Trip. I. 25. 1.), daß dieselbe sogar in Ehrensachen konnte angewendet werden. Vergl. § 166 und 168 der Tab. Instr. Bei untern Gerichten war das diesfällige Onus drei, bei höhern sechs Gulden. (vergl. Trip. II. 79. 1. und 82. 22).

(prohibet) Gebrauch machen, so verfiel derselbe in die Strafe des homagium vivum von 33 fl. als der Indebita-Buße[1]). Man durfte am betreffenden Urtheilstage, wenn es ein langer Proceß gewesen, sogar zu wiederholtenmalen[2]) — (früher bei diesem zweiten Falle mit dem Erlag eines Onus von 6 Ufl.; nachher ohne Buße[3]) — das Rechtsmittel anwenden. —

Da die Prohibita blos dreitägigen Aufschub bewirkte, war es unzuläßig dieselbe in den vier letzten Tagen der Gerichtsperiode einzuwenden[4]). Nach Verfluß der so erlangten Frist wurde die Streitsache zur Urtheilsfällung reassumirt. Im Sinne der Vorschrift im § 93 der Tab. Instr.[5]) bezüglich der kürzesten Proceße, war es ferner überhaupt gestattet mittels der sogenannten Supervenientia das „per non venit" geschöpfte Urtheil aufzuhalten, indem nehmlich der Beklagte in der Gerichtssitzung erschien und durch entsprechende Anmeldung eine spätre Verhandlung erheischte; deshalb pflegte man die Urtheile 15 Tage nicht herauszugeben und die Supervenienz (az alperes megérkezése) abzuwarten[6]).

Nach der Supervenienz sollte schon am nächstfolgenden Tage die Verhandlung fortgesetzt werden. Die meisten hier bezüglichen Anordnungen enthalten die §§. 94—100 der Tab. Instr., welche nachzulesen sind[7]).

---

[1]) Vergl. Approb. Const. IV. 1. 14. (Bei den Seklern 16 fl. 50 Den.).

[2]) Vergl. Approb. Const. IV. 1. 35. und § 97 der Tab. Instr.

[3]) Vergl. § 100 und 155 (Sectio II. in fine) der Tab. Instr.

[4]) Approb. Const. IV. 1. 21. und § 98 der Tab. Instr. War jenes Rechtsmittel in merito angewendet, so kann nicht später auf die ausgelaßnen Exceptiones zurückgegangen werden (im Sinne § 69. Nr. 4 der Tab. Instr.) „Si vero 4-to Causa ad Meritum perducta, Lisque contestata et Deliberatum in Merito latum fuerit, expost regressus ad Exceptiones de Foro, Actoratu et Processu, etiamsi Revocatio Procuratoris eatenus forsan intervenerit, haud concedatur".

[5]) „.... Processibus per non comparitionem Inctorum Lata Sententia ante 15-tum diem a die proclamationis computandum haud extradetur et si ... Incti advenerint ... Sententia ... absque omni onere pro infecta habeatur".

[6]) Vergl. § 93 der Tab. Instr. Außerdem früher Approb. Const. IV. I. art. 35 aus dem Jahre 1619. Die Stelle lautet: „Vannak a' per non venit Sententiáknak ki-adásában-is emendálásra valo dolgok; hogy azért a' per non venit Sententiák in longis causarum processibus jó módon ki-kelhessenek, a Mesterek ezen módot tartsak meg; a Magyar Országi causákban semmiképen a' per non venit Sententiákat inclusive tized napig ki-ne adják; hanem 11-dik napon, azt pedig a' tíz napot nem a primo die Termini, hanem a die proclamationis számlálják, és igy tized nap múlva ki adhassák, innét ... stbb."

[7]) Ebenso Trip. II. tit. 59. „Quid sit et quando admittatur rationabilis Excusatio"?

Erschien der wegen „pro I. Nemo" verurtheilte Beklagte abermals nicht, so erlangte die frühre Sentenz ihre Gültigkeit und wurde in kurzen Proceßen auch

§ 33. Die Inhibition (az egyszerü eltiltás).

Durch dieſes Rechtsmittel der Inhibitio simplex konnte in gewiſſen Fällen der „per non venit“ verurtheilte Beklagte ſowohl dem Richter die Herausgabe des Urtheils, als dem Kläger die Erhebung vorenthalten. (Vergl. § 101—102 der Tab. Instr.[1]).

Es durfte eigentlich nur dann gebraucht werden, wenn der Beklagte noch in gar keiner Weiſe zur Sache geſprochen hatte, oder bis dahin anweſend hätte dazu ſprechen können; — außerdem ſollte dadurch die Publication und Execution — beſonders dann, nicht gehemmt werden können, — wenn der Rechtsſtreit ex contractu, oder nach dem Geſetz, ſelbſt ohne richterliches Urtheil, mit der Execution zu beginnen hatte[2]).

Wurde dieſe Inhibition in unſtatthafter Weiſe gebraucht, um eine Execution zu ſiſtiren, ſo konnte ſie als Repulſion gerechtfertigt werden, doch konnte man die ſo vorgehende Partei in Folge der certificatio ad reddendam inhibitionis rationem zur Zahlung des onus repulsionis verhalten.

§ 34. Das Novum inhibitionale (az eltiltással perujitás[3]).

Auch dies nahe der eigentlichen Inhibitio verwandte Rechtsmittel konnte nur ein noch gar nicht in foro erſchienener, per non venit ver-

---

allſogleich herausgegeben; es konnte aber ſelbſt eine ſolche Sentenz durch ein Novum inhibitionale abermals in Frage geſtellt werden.

In langen Proceßen waren verſchiedne Erſpectationstermine nach der Proclamation üblich, ſo bei den eigentlichen Siebenbürgern 9 Tage, für die Partes 11 Tage und zwar ohne Ferialtage (Approb. Const. IV. 1. 35.), wo die Supervenientia ſtattfinden durfte; bei appellirten Proceßen und andren Fällen war eine Quindena-Friſt gebräuchlich geweſen; ähnlicherweiſe hatte auch der Kläger gewiße Proclamationsfriſten im Falle daß er ſelbſt nicht erſchienen war und verſäumte er dieſe, wurde der Beklagte freigeſprochen (vergl. § 32, 39 und 171 der Tab. Intsr. u. a. O.)

[1]) Daſelbſt heißt es am Schluße: „Caeterum quum juxta Leges Approbatas Magni nostri illius Principatus Remedium Inhibitionis cum Novo connexum sit, de hujus Remedii usu et applicatione in Sectione de Novo Inhibitionali pluribus agetur“. (Vergl. Approb. Const. IV. 1. art. 13. 14 und 17. zumeiſt Landtagsbeſchlüße aus den Jahren 1571, 1582 und 1619).

[2]) Vergl. Approb. Const. IV. 1. 14. (1571. 1619). Im obigen Sinne war dies Rechtsmittel verboten, wenn es ſchon einmal ſeine Anwendung erfahren hatte (Approb. Const. IV. 1. art. 13 und 14. und Trip. III. 11. 2.); wenn ſchon in merito Antworten erfolgt waren nach Trip. II. 75. 2 und Approb. Const. IV. 1. 17 und 25. und wenn durch das Novum Gratiosum die Rechtsſache in eine neue Proceßhandlung gelangt war. (Siehe folgenden connexen § über das Novum inhibitionale).

[3]) Zu vergl. Uladisl. Decret. I. art. 51. § 11 und Decret V. art. 11. ſowie Approb. Const. IV. 1. 13 und art. 21. ſowie 24. (Landtagsbeſchlüße von 1582, 1619 und 1635). Im art. 21 heißt es: „A' Novummal való processus pedig illyen formán observáltassék, a' ki a' per non venit Sententiát

urtheilter Beklagter — (ein andrer hätte die Strafe der Calumnie mit der Zahlung des homagium mortuum zu gewärtigen [1]) — so gebrauchen, daß er mittels eines von einem k. Siegelbewahrer ausgestellten mandatum novi cum inhibitione die Wirkung eines gefällten Urtheils [2]) vollständig hinderte, und zufolge dessen nach der erfolgten Execution die betreffenden Executions-Commissäre verpflichtet gewesen sind, wenn sie innerhalb 15 Tagen nach Beendigung der Execution davon mittels Vorzeigung verständigt worden waren, nicht nur die betreffenden Executions-Relatorien zu unterlassen, sondern auch die exequirten Gegenstände selbst dem Beklagten zurückzustellen [3]).

Wohl durften nach § 122 die k. Siegelbewahrer nur ein statthaftes mandatum ausstellen, und gehörte zur Zulässigkeit desselben namentlich auch dies wesentliche Erforderniß, daß Beklagter nicht schon früher die Ermission benützt hatte [4]).

Die Gegenpartei sollte, bei sonstigen Falles eintretender Strafe der Calumnie, durch den Beklagten von diesem Novum certificirt werden, was auch durch die Executions-Commissäre geschehen konnte [5]), und es hatte hiemit der Beklagte einmal das Recht erlangt von allen einfachen Exceptionen Gebrauch machen zu dürfen, andrerseits aber auch die Verpflichtung überkommen den Rechtsstreit in der ersten hierauf folgenden

---

prohibeálni akarja, annak emanatiója után lévő közelbik Szék elött tartozzék prohibeálni, 's az első Széken ad reddendam rationem prohibitionis compareálni akkor Törvénye lészen, melly ha nem tetszik, az után Novummal élhet, mert a' prohibita nem excludálya a' Novumot, de a' Novum mellett olly' készen kell lenni minden apparatussal" . . . stbb.

[1]) Approb. Const. IV. art. 14. „patvaron maradjon" (Landtagsbeschluß 1571. 1619). Trip. II. 70. § 1.

[2]) Nach Approb. Const. IV. 1. art. 32. konnte man nicht das Beiurtheil auf eine Comunis inquisitio, auf eine Occulata revisio oder ein Juramentum inhibiren, da man hiezu keine achttägige Frist hatte. „. . . Ha pedig valaki annak utánna a' 8-tzad nap után inhibeálna, az inhibitiónak ereje ne légyen" (Landtagsbeschluß 1619).

[3]) § 124 der Tab. Instr. (siehe den Text in spätern Noten).

[4]) Approb. Const. IV. 1. 24. (1582 und 1619). „A' ki pedig Nemoban hadja magát, és per non venit Sententiát visznek reá, az Actort a' Sententiának exequálásától el-tiltja, az In causam attractus a' második Székre minden bizonyságival olly' készen légyen, hogy többször ki nem botsátják, hanem törvénye lészen". Begreiflicherweise war dies Rechtsmittel auch in gewißen Criminalproceßen unstatthaft, so bei dem crimen laesae majestatis nach Trip. II. 75. 2. und in andern Fällen. Siehe Approb Const. III. 14. 1. Punkt 1. (Salvus Conductus u. dgl. Angelegenheiten). Ebenso konnte die Inhibition nicht gebraucht werden, wo man persönlich zu erscheinen gehabt hatte (in der Verpflichtung zur eignen Comparition) nach Approb. Const. IV. 1. 15. und 16. und in den früher bereits bei der Inhibition § 33. in der Note als unzuläßig bezeichneten Fällen.

[5]) Vergl. Approb. Const. IV. 1. 17. und § 120 Tab. Instr.

Gerichtsperiode zu betreiben und in kurzen Proceßen die Ermiſſion — (als nunmehr verbotne[1]) — nicht zu gebrauchen.

§ 35. Die Exmiſſion (a' kibocsáttatás).

So heißt jenes Rechtsmittel, wodurch (in merito) der Beklagte durch eine Friſterſtreckung bis zur nächſten Gerichtsperiode oder länger hinaus, Zeit gewinnt, die erforderlichen Hilfsmittel zu ſeiner Vertheidigung gegen die Klage herbeizuſchaffen und den Rechtsſtreit bis zum gewährten Termine hintanzuhalten. Erſcheint er aber dann nicht, ſo verfällt er nicht nur in das Begehren der Klage, ſondern wird auch zu allen Proceßkoſten und zum Schadenerſatze verurtheilt; auch darf er nicht in kurzen Proceßen nach dem Gebrauch des Novum inhibitionale auf die Ermiſſion zurückgreifen, oder dies umgekehrt thun. Solche Ermiſſion wurde immer nur nach erfolgter Litisconteſtation und namentlich geſtattet entweder ad probandum[2]), oder ad statuendum evictorem[3]); und in kurzen Proceßen konnte nur einer der erwähnten Fälle Platz greifen.

Ausnahmsweiſe hatte in Hochverrathsproceßen auch der Kläger dieſes Rechtsmittel[4]), doch ſollte dadurch die Verhandlung nicht über die eben andauernde Landtagsperiode hinaus verſchoben werden können.

§ 36. Das Novum (perujitás) im Allgemeinen[5]).

Novum (perujitás) hieß jenes Rechtsmittel, kraft deſſen der unterliegende Theil die Mängel oder Fehler in einem Rechtsverfahren, ohngeachtet des bereits erfolgten Urtheils, dadurch zu beheben ſuchte, daß er neue Streitvorträge (Satzſchriften), ſowie bisher unbenützte Documente und Einwendungen beibrachte, überhaupt Alles vornahm, wodurch er ſeine Rechte ſchützen wollte.

Das Novum konnte in langen und in kurzen Proceßen ſowohl intra als nochmals extra dominium ſtattfinden, in den kürzeſten Proceßen

---

[1]) Deshalb mußte man bei Gelegenheit als man die Gegenpartei von der Inhibition certificirte, auch die etwa gewünſchte Stellvertretung durch einen Gewährsmann vornehmen, weil es durch ſpätre Exmiſſion nicht geſchehen konnte. (Vergl. Approb. Const. IV. 1. art. 13. 21. und 24.)

[2]) Vergl. Approb. Const. IV. 1. 13. Es konnte mithin dies Rechtsmittel nicht verſucht werden, wenn man bereits das Verlangen des Klägers anerkannt hatte, oder bei einem Verbrechen auf friſcher That ertappt worden war.

[3]) Vergl. Approb. Const. IV. 1. 26.

[4]) Vergl. Approb. Const. II. 7. 1. (1573) . . . „a' dolognak megvilágositására mind az Actor, 's mind az in Causam attractus részekröl, ha kivánják, és a' Birákis szükségesnek lenni látják, adattassék annyira való haladék, hogy a' váldásra vagy mentségre való requisitumokat meg-hozothassák, mindazonáltal tsak annyira való időt, hogy azon akkori Diaetáról a dolog ki-ne mennyen“ . . .

[5]) Vergl. *Dósa* § 562. (III. Seite 146).

aber, oder wo durch Vertrag oder Gesetz die Rechtsmittel ausgeschloßen waren, durfte es nur nach der Execution des Urtheils gebraucht werden.

Der Novizant sollte keineswegs auf die früher gewechselten Streitschriften und Beweise zurückgehn, sondern aus neuen Gründen ein neues Verfahren bei der Instanz durchführen [1]).

Nur einmal durfte von dem Novum intra dominium Gebrauch gemacht werden (indessen konnte es ebensowohl vom Kläger, als vom Beklagten geschehen) und hiezu gab es drei Arten:

1. Novum inhibitionale [2]); 2. Novum judicium simplex und 3. Novum cedendo appellationi. Die vierte Art nehmlich 4. das Novum gratiosum findet nur extra dominium statt. (Siehe Tab. Instr. § 114 u. f.).

---

[1]) Auch wenn die Sache schon höhern Ortes unterbreitet worden wäre (§ 145 der Tab. Instr.). Aus der Natur des Rechtsmittels in merito ergibt sich auch, daß es betreffs einfacher Exceptionen unanwendbar erschien. (Approb. Const. IV. 1. 44.; § 159 und 69. Punkt 6 der Tab. Instr.)

[2]) In der Tabular-Instruction heißt es:

De Novo in genere, et Novo Inhibitionali in specie.

§ 114. Remedium Novi Judicii juxta Leges Magni Nostri Principatus quadruplex est; utpote: Novum cum Inhibitione, Novum Simplex, Novum cedendo Appellationi, et Novum cum Gratia, priora tria intra, quartum autem extra Dominium admittuntur.

§ 115. Remedium Novi Judicii intra Dominium semel duntaxat admittitur; qui itaque Novo Judicio cum Inhibitione usus est, illi Remedium Novi Judicii Simplicis, vel Cedendo Appellationi admitti non debet; pariter qui Novo Simplici usus est, is a Remedio Novi cum Inhibitioni, vel Cedendo Appellationi praecludendus est; et ita vicissimis, qui Novo Cedendo Appellationi usus est, Remedio Novi Judicii cum Inhibitione, vel Simplicis uti non potest. Ex adverso, quum usus Novi Judicii cum Gratia extra Dominium duntaxat locum habeat, hoc Remedio uti nullus prohibetur, etiamsi in cursu Causae Remedio Novi intra Dominium usus fuisset.

§ 116. Remedium Novi Judicii, quod intra Dominium locum obtinet, in Causis Articularibus, quibus omnia Juris Remedia exclusa sunt, admitti intra Dominium non debet; perinde etiam in causis penes Contractus omnia Juris Remedia excludentes inchoatis; ast in Causis tam brevibus, quam etiam longo Litis Processu penes Citationes, vel Evocationes obmoveri consvetis, ut praedictum est, semel modalitate infra deducenda admittitur.

§ 117. In Causis Fiscalibus Publicationum, Processu item quindenali, nec non penes Edictum 27-mum Compilatarum Constitutionum agitandis Remedio Novi, seu cum Inhibitione, seu Simplicis, seu Cedendo Appellationi locus non est, sed praeter Prohibitam, illamque ad triduum duraturam, Novo duntaxat Gratioso extra Dominium; si tamen in praespecificatis Causis in Causam attractus per non venientiam succumberet; in tali casu Sententia intra 15-tum diem extradari non debet, verum mo-

dalitate, et sub cautionibus in Sectione De Remediis §-pho 93-tio declaratis retinenda erit, ut hoc pacto Inctis rationabilibus de Causis forsan praepeditis ex Legis Decreti Tripartiti Partis 2-dae Tit. 59-ni, et aequitatis etiam ratione subveniri possit. E contra

§ 118. In Causis Fisci non Privilegiatis, in quibus utpote Fiscus Regius sensu Approbatarum Constitutionum Partis 2-dae Tit. 8-vi Art. 5-ti eo Processu, qui inter Privatos obtinet, procedere tenetur, Incti a Remedio Novi Judicii intra Dominium semel admittendi praecludi non debent.

§ 119. Novum cum Inhibitione, nonnisi Inctis per non venientiam convictis competit; qni itaque occasione pronunciati Deliberati praesens fuisset, vel ante Deliberati lationem sub eadem Periodo Judiciali per se, vel Procuratorem in Causa quapiam egisset, vel in loco Residentiae Tabularis visus exstitisset, et Remedio Novi Inhibitionalis uti non vereretur, in Paena Calumniae convincetur.

§ 120. Qui Novum cum Inhibitione impetravit, et virtute hnjus seu Judicem ab extraditione, et Partem adversam ab extractione Sententiae, seu vero Regios Exequutores ab Exequutione, vel ea jam peracta, a Literarum super Exequutione Relatoriarum extraditione inhibuit, et post hujusmodi Inhibitionem Partem adversam certificare, vel etiamsi certificasset, Causam in prima Periodo Judiciali post hujusmodi Certificationem celebranda penes Novum prosequi neglexerit, perinde in paena Calumniae convincetur.

§ 121. Qui in Causis brevis Processus per non venientiam se convinci passus est, et Remedio Novi Inhibitionalis Sententiae Exequutionem inhibuit, ab Exceptionibus quidem, si quas ex fundatis rationibus contra Forum, vel Actoratum, aut Processum proponendas haberet, removendus non erit, Exmissionem tamen seu probationum addueendarum, seu Evictoris statuendi fine petendi Jus non habebit; ut adeo, qui hoc uti Remedio volet, cum omni ad Causae defensionem necessario apparatu compareat, Evictoremque etiam, si quem haberet, ad evincendum praevie admoneat, necesse sit.

§ 122. In brevibus Causarum Processibus Remedium Novi cum Inhibitione ante Exmissionem duntaxat admittendum erit; cum enim Novo cum Inhibitione utenti Exmissio sensu Legis Approbatarum Constitutionum Partis 4-tae Tit. 1-mi Art. 13-tii, 21-mi et 24-ti indulgeri nequeat, ex reciprocatione rationis Legis nec Novo Inhibitionali post Exmissionem locus esse potest: curabnnt itaque Tabnla Regia, atqne illi, qnibus cnra Sigillorum Judicialium, et Mandata Judiciaria expediendi facultas data est, ne Novum cum inhibitione se se in Causis brevis Processus post Exmissionem absentantibus conecdatur.

§ 123. Remedium Novi Judicii cum Inhibitione solis in Causam attractis competit; adeoqne Actoribus admittendum nunquam erit.

§ 124. Si intra 15-tum diem a die peractae Exequutionis inclusive computandum Novum cum Inhibitione Regiis exhibitum fuerit, Bona, et res exequutae Inhibenti ipso facto restituantur.

§ 125. Qui Remedio Novi Judicii cum Inhibitione utitur, Partem adversam etiam per ipsos Exequutores Regios certificari facere potest. —

Ein Beiſpiel eines Novum ſiehe in folgendem Stylmuſter:

Novum cum Inhibitione.

Ferdinandus etc. Fidelibus Nostris Egregiis et Nobilibus Supremis Judicibus Nobilium et V. Comitibus Comitatus Nostri Dobocensis, caeterisque Juratis Assessoribus, et Notariis Sedriae Comitatus ejusdem Partialis Gratiam etc. Exponitur Majestati nostrae in persona Nobilis Samuelis Fogarasi de Alvintz. — Qualiter superioribus proxime practeritis diebus 28-a Mensis Aprilis Anni currentis 1837 inter ipsum Exponentem, ut Inctum ab una, ac Nobilem Sigismundum Fogarasi de eadem, ut Actorem partibus ab altera, ratione et praetextu certorum quorundam verborum ignominiosorum, in derogamen existimationis ipsius Actoris, vilipendiumque honoris vergentium, per dictum Exponentem contra eundem Actorem, uti quidem ipse Actor praetenderet, prolatorum, ac aliorum etiam negotiorum exinde qualitercunque subsequutorum, vobis non incognitorum, et si necessum fuerit, coram latius declarandorum, coram vobis in Sedria vestra Partiali certa quaedam causa, et litis differentia orta, agitata et venillata exstitisset; in qua quidem causa vos judicialiter ad ulteriora procedentes, ex eo, quod dictus Exponens tempore discussionis, et adjudicationis Causae praemissae, coram vobis, nec per se, nec per Procuratorem suum legitimum comparere potuisset, grave nimis et onerosum contra eundem Exponentem per vos factum pronunciatumque fuisset Judicium. — Unde vos Litteras etiam vestras adjudicatorias parti adversae extradare velletis, vel jam de facto etiam extradedissetis; vigore quarum eundem Exponentem in Bonis, rebusque suis damnificare velletis, vel jam de facto etiam damnificassetis, damno et praejudicio ipsius Exponentis manifesto. Cum tamen si dictus Exponens, certis quibusdam, iisdemque rationabilibus de causis praepeditus, tempore adjudicationis Causae praelibatae, coram vobis comparere, ac rationes, allegationesque, et responsiones suas in stabilimentum causae suae, in medium proferre, eidemque debito, ut debebat, modo, invigilare et superattendere potuisset, se longe aliud, Juribusque suis magis profecuum, in causa praemissa, a vobis habere potuisse Judicium, prout posse sperarct etiam de praesenti. Supplicatum itaque exstitit Majestati nostrae pro parte et in persona annotati Exponentis debita cum Instantia humilime; quatenus Nos eidem circa praemissa, de oportuno et condigno Juris remedio, via videlicet novi Judicii clementer providere, vosque alios quosvis legitimos Exequutores, ab Exequutione Sententiae extradatae, vel extradandae, inhiberi facere dignaremur. Cum autem justa petenti non sit denegandus assensus, universique casus nocivi et errores Litigantium in processibus Causarum qualitercunque emergentes, semel juxta contenta Decreti, virtute novi Judicii in melius reformari possint. — Proinde vobis harum serie committimus et mandamus firmiter; quatenus acceptis praesentibus, rebusque sicut praefertur, stantibus et se habentibus, vos ad Exequutionem Litterarum vestrarum adjudicatoriarum Homines vestros exmittere, praescriptasque Litteras vestras executioni mancipari facere nequaquam praesumatis, vel sitis ausi modo aliquali; exmissos vero revocare, ac siquae bona vigore earundem Litterarum vestrarum adjudicatoriarum iidem Homines vestri occupassent et abstulissent, eidem Exponenti reddere ac restituere, tandemque rursus in uno certo, eoque brevi et competenti termino, partibus litigantibus per vos praefigendo, praedictis utrisque partibus, vel earum legitimis Procuratoribus, coram vobis accersitis, atque

convocatis, — auditisque Partium ipsarum novis Propositionibus et responsis; admissis etiam, si necessum fuerit, quibusvis Testibus fide dignis, et probabilibus Documentis, non obstante priori Judicio vestro, et sententia superinde lata, et pronunciata. — Causam Partium praemissam rursus vestri in praesentiam assumere, eamque secundum Deum, et ejus Justitiam denuo revidere, discutere, et adjudicare, — ac, siqua Partium hujusmodi novo Judicio vestro contenta esse nolnerit; extunc vos Causam eandem, cum tota sua serie, et processibus, exinde qualitercunque subsequuturis, maturioris revisionis, et sanioris discussionis gratia, eo, quo mos, et consvetudo vestra requirit antiqua, absque gravamine Partium aliquali difficultateque sine omni, transmittere modis omnibus debeatis, ac teneamini; Secus non facturi. Praesentibus perlectis, Exhibenti restitutis. Datum etc.

§ 37. Das Novum judicium simplex[1]) (az egyszerü perujitás).

Für den Gebrauch dieſes Rechtsmittels galten auf Grund der §§. 126—134 der Tab. Instr. beſonders nachfolgende Regeln (vergl. Trip. II. 77. und Approb. Const. IV. 1. art. 23.):

---

[1]) Die betreffenden Paragraphe lauten:

§ 126. Remedium Novi Judicii Simplicis demptis ejusmodi Causis Articularibus, in quibus omnia Juris Remedia per expressum exclusa sunt, Processu item queruloso juxta Approbatarum Constitutionis Partis 3-tiae Tit. 8-vi Art. 1-mum agitato, nec non Causis Pignoris juxta recentem sub 20-ma Aprilis Anni 1775 emanatam Regiam declarationem suscitandis, in omnibus Causis tam longi, quam brevis Processus admittetur, dummodo in eadem Causa seu Novi cum Inhibitione, seu vero Novi cedendo Appellationi Remedium adhibitum non fuerit, et quoad Causas juxta Approbatarum Constitutionum Partis 4-tae Tit. 1-mi Art. 11-mum, et 13-tium brevis Processus per adhibitionem Novi Simplicis Causa ultra duos terminos pro definitione Causarum brevis Processus juxta citatum 13-tium Articulum constitutos non prorogetur.

§ 127. Cum itaque juxta immediate praemissam declarationem Novi Judicii Simplicis beneficium in Causis brevibus intra Dominium tunc solum admittatur, quando ob hoc Remedium Causa ultra duos Terminos non protrahitur, consequens est, quod Novum Judicium Simplex in Causis brevibus tunc solum locum habeat, dum Causa in ipso primo Termino ad Sententiam definitivam perducta est, quodsi autem Exmissio indulta sit, Remedium Novi Judicii Simplicis locum non habeat.

§ 128. Remedium Novi Judicii Simplicis in Merito duntaxat admittitur; quamdiu itaque Causa in Exceptivis versabitur; Remedio huic locus non detur; et siquidem semel ad Meritum descendenti, et Sententiam in Merito obtinenti ad Exceptiones Declinatorias regressum dare, ad protelationem duntaxat serviat; hinc

§ 129. Remedio Novi Judicii Simplicis utenti ad Exceptiones Simplices regredi, etiamsi regressus ille penes Procuratoris revocationem tentaretur, haud admittatur.

§ 130. Remedium Novi Judicii Simplicis post pronunciationem Deliberati in continenti insinuetur; verba autem: in continenti ita accipi-

1. Es darf vom Kläger oder Beklagten in continenti benützt werden; — in kurzen Proceßen nur dann, wenn früher kein andres Novum — (so auch in langen Proceßen), — weiter, wenn keine Ermission

---

enda sunt, ut, qui post receptam meritoriam Sententiam Novum Simplex insinnare vellet, facere hoc durante Sede possit, ut spacium habeat nempe deliberandi, utine hoc Remedio, vel acqniescere Sententiae, aut appellare ab ea velit?

§ 131. Quamvis hactenus is, qui Novum Simplex insinuavit, Mandatum Novi Judicii Simplicis extrahere, illudque intra 15-tum diem Magistro Protonotario, vel Notario Sedis Judiciariae exhibere, tandemque intra 60-mum diem Partem adversam ad recipiendum Novum Judicium evocari facere obstrictus fuerit; ad sumptus tamen Causantinm evitandos, et ex hac solennitate exoriri consvetas Exceptiones praecludendas, siquidem Novi Judicii Simplicis insinnatio, uti in praecedente §-pho dictum est, post pronunciationem Deliberati mox stante Sede fieri debeat, consequenter voluntas hocce Remedium insinuantis Parti adversae cognita non esse non possit, utque adeo desuper Pars adversa iterato judicialiter certificetur, et ad audiendum Novum Judicium evocetur, superfluum plane sit; hinc pro futuro nec Mandati Novi Judicii Simplicis extractio, nec vero Partis adversae Certificatio, aut Evocatio requiratur; sed si in Causa succumbens se Remedio Novi Judicii uti velle, post pronunciationem Deliberati in continenti, ut praedictum est, declaraverit, haec ejus declaratio eam vim sortiatur, ac si idem Mandatum Novi Judicii Simplicis revera extraxisset, illudque suo tempore exhibuisset, ac Partem adversam ad audiendum Novum Judicium evocasset; consequenter vi hujus declarationis idem succumbens in proximo, aut ex Judiciaria Judicis deliberatione praefigendo Termino comparere, et penes insinuatam Novi Judicii Simplicis Remedium illa, quae sibi profica fore cognoverit, proponere teneatur. Quodsi vero in proximo, aut illo, quem Judex Deliberative praefixerit, Termino comparere, et insinuatum Novum prosequi negligeret, in paena Legibus dictata convincatur, et Sententia contra eundem feratur ulterioribus Remediis denegatis Exequutioni mancipanda. Dictum est notanter: in proximo, vel per Judicem praefigendo Termino; Etenim

§ 132. Si in Causa succumbens certis, et rationalibus de causis ultra proxime imminentem Terminum Causam prorogari cuperet, aequitate petiti perspecta, Tabula Regia ad ulteriorem certum Terminum respirium indulgere quidem potest, ast observabit, ut respirium petens illud occasione insinuationis Novi petat, et rationes petiti per expressum declaret: deniqne respirium ad unam duntaxat, aut ad summum duas Periodos Judiciales, et ad duas etiam illis solum, qui extra Transylvaniam remotius seu habitarent, seu ad conquirenda defensionis media ire necessitarentur, concedatur; quodsi in continuatione Causae penes declaratam Novi insinuationem eveniret; rationes, ex quibus respirium petitum, et obtentum est, praetextuosas duntaxat fuisse, ex tunc ejusmodi fraudulentus litigans in paena Indebitae ultra refusionem forsan refundendorum ipso facto convincatur.

§ 133. Remedium Novi Judicii Simplicis in Foro primae Instantiae et ante Appellationem locum obtinet.

§ 134. Remedio Novi Judicii Simplicis uti Actor non prohibebitur, dummodo Causae natura Remedium hocce juxta superiora admittat.

oder Repulsion angewendet worden ist und man kann zu den einfachen Exceptiones nicht mehr zurückgehen [1]).

2. Das Novum simplex mußte während der Gerichtssitzung, in welcher die Verlautbarung des bebürdenden Urtheils erfolgt war, angemeldet werden und weil dadurch die Gegenpartei zur Kenntniß desselben gelangte, hatte man dieselbe nicht wie früher binnen 60 Tagen zu evociren.

3. Nach Anmeldung dieses Novum's hatte der Sachfällige in der ihm zugestandnen Frist den Proceß mit neuen Allegationen fortzusetzen, weil sonst das frühre Urtheil in Vollzug gesetzt und der Saumselige mit der poena calumniae belegt wurde. Hatte der Sachfällige blos erdichtete Gründe und nichtige Beweismittel zur Fristverlängerung angegeben, so mußte er die Indebita-Strafe zahlen und allen erweislichen Schaden dem Obsieger ersetzen.

4. Dies Rechtsmittel konnte nur bei dem forum primae instantiae und lediglich vor der Appellation stattfinden.

§ 38. Das Novum cedendo appellationi [2]) (a' feljebbvitel lehagyásávali perujitás).

Aus gleichem Grunde, wie früher angegeben, wurde dies Rechtsmittel dann gebraucht, wenn der Sachfällige erst nach der angemeldeten Appellation seine mangelhafte Vertheidigung durch neue Gründe zu unterstützen suchte. Die Partei mußte innerhalb 15 Tagen nach angemeldeter Appellation von letztrer abstehn und dies Rechtsmittel anmelden, sowie dafür vorsorgen, daß hierüber eine ämtliche Notiz auf den Proceßacten vorgemerkt [3]) und ihr ein Zeugniß darüber ausgestellt wurde, sodann mußte die Partei den Gegner — (in Siebenbürgen 8 Tage, in den „partes" 15 Tage vor dem ersten Tage jener Gerichtsperiode, welche der, somit aufgelassnen Appellation nachfolgte) — „ad audiendum novum judicium" certificiren. — Die Contumarfolge dessen, welcher ein solches Rechtsmittel gebrauchte, und am festgesetzten Termine vor Gericht ausblieb, war der Verlust aller Rechtsmittel und die Strafe der Indebita

---

[1]) Auch war es ausgeschloßen „in caussis Pignorum" nach Hofrescript vom 20. April 1775 (Approb. Const. II. 8. art. 3. vom Jahre 1650 und l. c. IV. 1. 23. von 1638).

[2]) Siehe *Dósa* am angegebenen Orte III. Seite 149 § 564. In Ungarn war dies Rechtsmittel, wenige Fälle ausgenommen, welche nach der Josefinischen Gerichtsordnung behandelte Streite ausmachten, seit der Legislation von 1723 (II. 77.) aufgehoben.

[3]) Es konnte auch der Gerichtsactuar allein, wenn die Gerichtsstelle keine Sitzung hielt, das Erforderliche vornehmen.

— (früher beim sachfälligen Beklagten die Strafe der Calumnie), — indem zugleich das frühre Urtheil in Vollzug gesetzt wurde. (Nähre Bestimmungen in den §§. 135—142 der Tab. Instr.

§ 135. Remedium Novi cedendo Appellationi tunc locum obtinet, quando Pars succumbens Appellationem interponendo adverteret quaedam, quae ad Causam spectassent, adducta non fuisse, obque hoc ommissa beneficio hujus Novi supplere vellet.

§ 136. Remedium Novi cedendo Appellationi, veluti etiam reliquae Novi Judicii intra Dominium applicabiles species, ita admittitur, si in eadem Causa alterius Novi Remedium jam adhibitum non fuisset; et quoad Causas brevis Processus: si per hujus Remedii adhibitionem Causa ultra duos Terminos Judiciarios non prorogaretur; tunc enim, veluti de Remedio Novi Judicii Simplicis praenotatum est, nec huic Novo locus dandus erit, sed succumbens extra Dominium sibi subveniet.

§ 137. Qui Remedio Novi cedendo Appellationi uti vult, intra 15-dies et ante extractionem Transmissionalium Appellationem coram Judicio, vel si hoc interea dissolutum fuisset, Judicii Actuario remittere, et Novum insinuare, desuperque Testimonium ab Actuario excipere tenebitur; post 15 enim dies Remedio huic locus non dabitur, cum sub hoc intervallo succumbens sufficiens temporis spatium ad deliberandum habeat, an Appellationi interpositae inhaerere, vel hoc Remedio uti potius malit? Et siquidem necesse sit, Partem etiam adversam de hac voluntate succumbentis certiorem reddi; hinc Novo cedendo Appellationi usurus Partem adversam de remissa Appellatione, et interposito Remedio Novi Judicii in Partibus Regni Hungariae Magno illi Principatui incorporatis ante 15-tum, in Transylvania autem ante 8-vum diem primae diei Periodi Judicialis post remissionem Appellationis, et insinuationem Novi primitus celebrandae ad audiendum Novum Judicium certificare debebit. —

§ 138. Ne Causarum definitiones hujus Remedii praetextu in longius protrahi contingat, hocce Novi Judicii Remedio usurus in prima a die remissae Appellationis incidente Periodo Judiciali comparere, et insinuatum Novum prosequi tenebitur; secus qua Novum impetrans; et non prosequens paena in Legibus dictata puniendus, et Sententia ulterioribus Remediis denegatis exequenda erit.

§ 139. Judicium, vel hujus Actuarius, cui remissio Appellationis, et voluntas Novo Judicio utendi insinuata est, non modo Testimonium super praemissis dare tenebitur, verum Appellationis remissionem, et Novi insinuationem pro futura legitimatione etiam diligenter adnotabit.

§ 140. Cum Appellatio ante extractionem Transmissionalium remitti, et Novum juxta superiora insinuari possit, et, si hoc contingat, Causa in prima post remissionem Appellationis Periodo reassummenda sit; hinc Causae appellatae in Serie particulari per tres Periodos Judiciarias post interpositam Appellationem penes appositionem diei interpositae Appellationis ducantur eo fine, ut, si Novum debito tempore prosequutum, vel Transmissionales extractae non fuerint, Pars adversa agenda suo loco agere valeat.

§ 141. Remedio Novi cedendo Appellationi sibi subvenire Actori quoque, ni Causae natura adversetur, modalitate praescripta licebit; ast

si succumbat, praeter expensas Incto refundendas in paena Indebitae convincetur.

§ 142. Sciendum ulterius, quod casu non prosequutionis Novi semet exercute, Pars, contra quam ejusmodi Novum impetratum, aut insinuatum est, in casibus quidem Novorum Judiciorum cum Inhibitione, et cedendo Appellationi e Paribus Certificatoriarum Relatoriarum: in casu autem Novi Judicii Simplicis ex ipsis Literis Judicialibus penes legitimam Novum Impetrantis, aut insinuantis proclamationem contra Novum non prosequentem procedere valebit.

Als Stylmuſter diene folgendes Beiſpiel eines Novum cedendo appellationi:

Ferdinandus etc. Fidelibus nostris etc. Gratiam etc. Exponitur Majestati nostrae in personis Nobilium Valentini Vintzi, et Nicolai Harsányi de Thorda, hujus junioris, illius senioris Magistrorum Cehae, seu Contubernii Cothurnariorum in praefato Oppido Thorda residentium, in suis ipsorum propriis, et reliquorum dictae Cehae commembrorum nominibus, et in persouis; Qualiter in hoc anno praesenti T. diebus T. T. et subsequentibus mensis T. inter ipsos Exponentes, ut Inctos ab una, ac Circuinspectum Samuelem Kovács, alias Debreczeni, Civem, et Inhabitatorem Liberae Regiaeque Civitatis nostrae Kolosvár, ut Actorem, partibus ab altera, ratione, et praetextu certorum quorundam Cothurnorum per modo fatum Actorem paratorum, et occasione Nundinarum in praefato Oppido Thorda celebratarum venum expositorum, ac per annotatos Exponentes, vi sui Privilegii, uti quidem iidem praetendisseut, ab eodem Actore ademtorum, aliorumque negotiorum exinde qualitercunque subsecutorum, Vobis non incognitorum, et si necessum fuerit, coram latius declarandorum, coram vobis in Sedria vestra Magistratuali, certa quaedam causa, et litis differentia orta, mota, agitata, ventillataque exstitisset, — in qua quidem causa vos judicialiter ad ulteriora procedentes, ex eo, quod annotatorum Exponentium Procurator legitimus, cui iidem causam eandem defendendam, et omnimodo dirigendam comisissent, certas quasdam rationes, allegationes, responsiones, ac documenta, in stabilimentum ejusdem causae proficua, coram vobis propouere, ac in medium proferre, ex quadam inauimadvertentia, utcunque omisisset, Cothurnos Actoris modo praevio ab eodem per Exponentes ademtos simpliciter restituendos esse, taliterque grave nimis, et onerosum eisdem exponentibus tulissetis, prouunciassetisque Judicium, — qua taliter facta deliberatione vestra iidem Exponentes minime contenti, — de Remedio novi Judicii Simplicis primum coram vobis protestati fuissent, vos autem ab usu ejusdem Novi eosdem quidem non praeclusissetis, sed ut interea Cothurni Actori per Exponentes restituantur, et extra dominium ablatorum Cothurnorum, penes tale Novum ad ulteriora progredi possint, deliberavissetis, qua deliberatione vestra saepius fati exponentes aeque minime contenti, extunc causam eandem, per viam legitimae appellationis, eo, quo mos, et consvetudo vestra requirebat antiqua, provocassent, ei vos simpliciter trausmisissetis (vel quia vos causam eandem transmittere noluissetis, praefati Exponentes de Litteris nostris Praeceptorio Appellatoriis protestari coacti fuissent) ast re tandem uberius examinata, ex eo quod iidem tempore discussionis, et adjudicationis causae praemissae, debito, prout debebant, modo, eidem iuvigilare, et superattendere neqnivissent, antequam eadem causa modo praevio appellata, fine revisionis

foro superiori substerneretur, eandem, prius per remissionem praefatae Appellationis virtute Novi Judicii coram vobis denuo assumi, et uberius discuti, ventillarique curare vellent, sperarentque sese taliter longe aliud, juribusque suis magis proficuum causa in eadem a vobis habere posse Judicium. Hinc quoniam universi casus nocivi, et errores Litigantium in processibus causarum qualitercumque emergentes semel juxta contenta Decreti virtute Novi Judicii in melius reformari possint, ac soleant, ac insimul leges, et consvetudines dicti Principatus nostri Transylvaniae Appellantes quoslibet, eo, ut praemissum est fine, ut videlicet Litigia virtute Novi Judicii in Sedibus inferioribus uberius sortiantur examen, Appellationi cedere, antequam tamen Transmissionales extradatae non fuerint, facultaverint. Supplicatum itaque exstitit Majestati nostrae pro partibus, et in personis annotatorum Exponentium debita cum instantia humilime, quatenus nos eisdem circa praemissa de oportuno, et condigno Juris remedio, via videlicet Novi Judicii clementer providere dignaremur; Cum autem justa petenti non sit denegandus assensus; Proinde vobis harum serie committimus, et mandamus firmiter; quatenus acceptis praesentibus, rebusque, sicut praefertur, stantibus, et se habentibus, statim vos in uno certo, eoque brevi, et competenti termino (wie beim angegebenen Novum Inhibitionale).'

§ 39. Die Repulsion (az ellen-állás).

Die Widersetzung und Zurücktreibung war als ein Act der Selbsthilfe und Nothwehr im ungarischen Proceßgange gestattet und äußert sich hierüber das Tripartitum folgendermaßen (Trip. II. tit. 73.):

„Quia tempore Executionis Sententiarum et aliarum judiciariarum deliberationum, per convictos et in causa succumbentes, violenta quaedam repulsio subsequi et committi consuevit; ideo de ipsa repulsione hoc in loco breviter aliquid dicendum restat.

§ 1. Ubi sciendum, quod Repulsio: Est partis in causa triumphantis, per alteram partem, in causa succumbentem, ab Executione latae per Judicem sententiae violenta quaedam propulsio.

§ 3. Et post finalem conclusionem cujuslibet causae, semel, sed non pluries fieri et subsequi toleratur.

§ 4. Quae si facta fuerit per unam Marcam auri, septuaginta et duos florenos facientem, in duabus Judicii, in tertia vero partibus in causa triumphanti persolvendam compensatur, atque deponitur.

§ 5. Secundario autem, si Repulsio in una, eademque causa committeretur; Nota perpetuae Infidelitatis inde palam sequeretur: Prout in Generali quoque Decreto nostro[1]) continetur".

[1]) Nehmlich in Uladisl. II. Decr. V. art. 4. (und daselbst IV. art. 19.) Bis dahin wurden sehr oft zwischen Triumphanten und Succumbenten Privatfehden mit bewaffneter Mannschaft durchgeführt, um die Execution zu erkämpfen, oder abzuwehren. Offenbar hatten auf Uladislaus II. Gesetze die in Deutschland geschloßnen „Landfrieden" Einfluß. (Vergl. meine „Deutsche Rechtsgeschichte" (Wien 1863) Seite 19, 100, 153 und 169).

Für die Anwendung dieſes ſonderbaren, etwa mit einem drohend geſchwungnen Stocke und den Worten „protestálok“ (ich proteſtire) ausgeſprochnen[1]) Rechtsmittels waren nach Geſetz[2]) und Praxis folgende Punkte von maßgebender Bedeutung:

---

[1]) Daß es hiebei auch ergötzliche, wie nicht minder ſehr unruhige Scenen gab, beſonders wenn eine dem Repellenten überlegne Executionsmannſchaft der geſchwungnen Tabakspfeife, oder einem Beſenſtiel gegenüber in ſcheinbarem Angriffe zurückweichend, der Gewalt ſich fügte, — lebt noch in mancher ſchnurrigen Erzählung.

[2]) Als ſolches ſind die §§. 103—113 der Tabul. Instr. nachfolgend in Betracht zu ziehen:

De Repulsione.

§ 103. Repulsio vel cum Litis ingressu, uti in Causis Divisionalibus, et vi Contractus, vel Articulorum per intentandam Exequutionem inchoari solitis; vel vero finitis, et pertransitis cunctis Causae Processibus, uti in Causis ordinariis penes Citationem, aut Evocationem ordiri consvetis interponitur.

§ 104. Cum Causae illae, in quibus Repulsio cum Litis ingressu adhiberi consvevit, vel ex ipsa Legis dispositione, vel vero Pacto Partium brevissimi Processus sint; hinc post interpositam ejusmodi Repulsionem Causa in uno Termino (uti §-pho 93-tio dictum est), definiri debet, et nec Remedia ulla amplius intra Dominium admittenda sunt, nec etiam Exmissio in ejusmodi Causis: nisi in uno, aut altero casu Lege speciali indulgeretur, aut juxta §-phum 78-vum Causae status exigeret, concedenda erit.

§ 105. Cum Causae brevis Processus, quae penes Citationem, vel Evocationem inchoantur, juxta Approbatarum Constitutionum Partis 4-tae Tit. 1-mi Art. 13-tium in duobus Terminis finaliter decidi, et ulterioribus Remediis denegatis exequi debeant, consequens est, Repulsionem in Causis brevis Processus Articulo 11-mo citati Tituli declaratis, ita solum admitti, si per hujus Remedii adhibitionem Causae definitio duos Terminos non excedat; pari ratione

§ 106. In longis Causarum Processibus, siquidem Leges harum definitionem ad quatuor Terminos restrinxissent, Repulsio in illo casu admittenda est, quo Causae definitio per illius interpositionem ultra quatuor Terminos protrahi non deberet.

§ 107. Repulsio tam in longis, quam in brevibus, ordinario tamen Processu agitandis Causis juxta Legis definitionem pertransitis cunctis Causae Processibus, adeoque in ultimo Termino locum habet. Insistendum proinde Legis Tripartiti Part. 2-dae Tit. 75-ti dispositioni, ut abusus, qui in Repulsionibus contra illius dictamen interponendis irrepserunt, tollantur ad tenorem §-phorum sequentium 153, et 154.

§ 108. Repulsionis Remedium semel duntaxat locum obtinet, nec binario sine paena in Decreto expressa interponi potest.

§ 109. Repulsio ordinarie in Partibus, id est: Foro primae Instantiae fieri debet; si itaque in Causam attractus in Foro inferiore succumbat, et Repulsionis Remedio uti velit, Repulsionem ante Appellationem interponere debebit; nam post Appellationem Remedio Repulsionis locus aliter non erit, quam si Exequutio ultra tenorem Sententiae forsan extenderetur. Ex adverso

1. Dies Rechtsmittel konnte ſowohl beim Beginne des Proceßes, z. B. bei Theilungen, bei anfänglichen Executionen, als auch am Schluße gegen den Vollzug der letzten Entſcheidung in Anwendung gebracht werden, und es war ſogar — (ehmals verboten [1]) — nachher geſtattet ſelbſt in langen Proceßen nach begonnener Repulſion, auch noch andre ſonſt zuläßige Rechtsmittel (und umgekehrt) z. B. die Ermiſſion, weiterhin vorzubringen; dagegen ſollte in ordentlichen kurzen Proceßen nur dann ſo repellirt werden können, wenn früher weder ein Novum, noch die Ermiſſion benützt worden war [2]).

2. Dies Rechtsmittel durfte bei der erſten Inſtanz angewendet werden (in partibus). War die Rechtsſache durch Appellation vor höhre Gerichtsſtellen gebracht, ſo konnte der Sachfällige nur gegen einen Ueber-

---

§ 110. Si in Causam attractus in Foro inferiore triumphaverit, in revisorio autem succnbuerit, et Causa in istis Terminis constituta sit, nt Juris Remediis locus in inferiori Foro adhnc superfuerit, tali in casu, cum ob interventam Ineti in Foro inferiori absolutionem Inctus praedictis de Jure indultis Juris Remediis uti non potuit, ab horum autem usu de Jure praecludi nequit, Forum revisorium Causam in Exequutionem deduci faeere non poterit, sed ut Ineto in Foro Revisorio succumbenti ad Remedia, quibus idem in casu succumbentiae in Foro inferiore de Jure uti potuisset, recurrendi occasio detur, Causam pro Exequutione ad Forum inferius remittere tenebitur.

§ 111. Si Repulsio per Inetum in Foro inferiore aeque, ac revisorio succumbentem eo praetextu interpouatur, quod Exequutio ultra tenorem Sententiae extensa sit, Repellens ad Forum, unde Sententia emanavit, certificabitur, et rationes interpositae Repulsionis reddere tenebitur; per hujusmodi tamen Repulsionem eorum, quae per Sententiam triumphanti adjudicabuntur, impediri apprehensio non intelligitur.

§ 112. Si sufficientes Repulsionis rationes per Repellentem adducantur, Onus Repulsionis Repellenti restituendum erit, nec per Judicem quocunque praetextu retineatur.

§ 113. Si Remedium Repulsionis binario in quapiam Causa interponetur, vel vero in queruloso Approbatarum Constitutionum Partis 3-tiae Tit. 8-vi Art. 1-mo declarato Processu adhibebitur, Repulsioni quidem standum, ast Repellens ad reddendam Repulsionis rationem certificandus non erit, sed Exequutores de impedita hujusmodi Exequutione Literas Relatorias duntaxat expedient, rem ad Regium Gubernium fine ordinandi Brachii Regalis medio Tabulae Regiae referent; pariter in Processu querulose Judex Causae casum eidem Regio Gubernio pro ordinanda Gente Comitatus, vel Sedis perscribet, salva de caetero iis, quibus de Jure competit, contra binario Repellentem ad paenam in Decreto expressam procedendi facultate relicta.

[1]) Vergl. Trip. II. 73. 3. und II. 75. 14. u. a.

[2]) Vergl. die §§. 153 und 154 der Tab. Instr. (Der Titel 76 im zweiten Theile des Tripartitum's und andre Beſtimmungen des Geſetzes wurden durch die Praxis des Gewohnheitsrechtes im obenangeführten Sinne abgeändert).

griff der Executoren repelliren (§ 109 der Tab. Instr.[1]); doch war Beklagter selbst im Falle des Obsiegens bei erster Instanz berechtigt jene Rechtsmittel nachträglich anzuwenden, welche ihm als Sachfälligem zugestanden gewesen wären; zur Nachholung dessen wurde das Urtheil von der Revisionsstelle an die erste Instanz pro executione zurückgesendet.

3. Der repellirende Theil[2]) hat, bevor er noch — (aufgefordert mittels Certificatiou „ad reddendam rationem repulsionis") — die Gründe seiner Repulsion angibt, ex praxi das gebräuchliche Onus zu erlegen[3]) was er im Falle unzureichender Rechtfertigung verlor[4]).

4. Die Repulsion durfte in einem Proceße unter der Strafe der Majorpotenz — (früher der Nota) — nur einmal benützt werden[5]) und hatte Sachfälliger auch bei der zweiten Instanz verloren, nur in Bezug auf einen Uebergriff der Executoren.

5. Wurde von Jemandem zum zweitenmale oder im processus quaerulosus seu spolii die Repulsion angewendet, so mußten die Executoren zwar mit der Execution einhalten, doch hatte man nicht den Repellenten zur Angabe der Gründe seiner Repulsion zu certificiren, sondern die Executoren berichten diese Repulsion mit dem Einschreiten beim k. Gubernium um Gewährung des brachium regale oder militare, im

[1]) Vergl. auch § 111. Es konnte dies als eine Partialrepulsion dann gelten, wenn zum Theil auch richtige Executionsobjecte getroffen waren. Hatten hingegen die Executoren die Repulsion nicht geachtet, so wurden sie als violenti Invasores straffällig angesehn (Trip. I. 68.); auch der Kläger durfte sich dessen nicht schuldig machen und die Occupation ausüben, denn sonst verfiel derselbe in die Bestimmung von Trip. II. 55. § 2. u. a. O.

[2]) Auch mehrere Repellenten zusammen hatten doch nur ein Onus zu erlegen (Trip. II. 74. § 8 und 9). Aehnlich heißt es in Comp. Const. IV. tit. 6. . . . „melyből néha a' sok rendbeli Repulsionak onussa annyira nevekedik, hogy a' dolognak meritumát fellyül haladni láttatik . . . . hogy egy Repulsionak onussával meg-érje" . . .

[3]) Vergl. Trip. II. 76. 5. und Approb. Const. III. 4. 4. u. a. O. Bei der k. Gerichtstafel waren es 72 fl., beim derékszék blos 36 fl., im Partial-szék 18 fl., im Filial-szék (Stuhl) 9 fl.; — im Sicklerlande war der Ansatz beim derékszék 25 fl., beim alszék 12½ fl. und beim fiuszék 6¼ fl.

[4]) Vergl. § 112 der Tab. Instr. und Comp. Const. IV. tit. 6. Als zureichende Gründe wurden beispielsweise angesehn, die Verurtheilung ohne vorherige Citation, die Führung der Execution gegen ein Gut, welches der Sachfällige gar nicht besitzt (Trip. II. 72. 6.) u. a.

[5]) Vergl. Trip. II. 73. 5. und 75. 15. dann § 108 der Tab. Instr. Auch war es herkömmlich und zum Theil gesetzlich in gewißen begünstigten Proceßen ausgeschloßen, so vergl. in der ersten Auflage meiner „Siebbürg. Rechtsgeschichte" den 136. Prov. art. von 1791 im II. Bande, Seite 103 . . . „Repulsione aut Inhibitione nullatenus admissis, ubi autem morosus quispiam Debitor semet violenter opponeret, tunc Creditor interventa Oppositione coram Supremo Comitatus . . . petat brachium" . . .

processus quaerulosus um Gewährung des brachium comitatense (der „gens comitatus“); worauf sodann die Execution und der Strafvollzug zu erfolgen hatte[1]).

§ 40. Die Appellation (a' feljebbvitel).

Nach dem 2 : 1755 ist dies Rechtsmittel folgendes „Appellatio est juridicum remedium, quo causa post convictionem per partem succumbentem a praesentia et judicio judicis inferioris cum debita reverentia maturioris revisionis gratia ad superiorem judicem provocatur“. Während bei den andern Rechtsmitteln meist die Fehler der Parteien verbessert werden sollen, will man durch dies Rechtsmittel

[1]) Es mag hier folgendes Stylmuster seinen sonst brauchbaren Platz finden:

Protestatio verbalis.

Nos Ferdinandus etc. Memoriae commendamus tenore praesentium significantes, quibus expedit, universis, et singulis: Quod Fidelis Noster Generosus T. Filius Generosi quondam T. de T. nostram personaliter veniens in praesentiam, per modum, et formam solemnis Protestationis, significavit nobis hunc in modum: Qualiter, uti quidem idem protestans revera intellexisset, Generosus Alexius T. de dicta T. frater ejusdem carnalis, totas, et integras Portiones suas Possessionarias, et Haereditates Siculicales, sexum solum virilem concernentes, in Possessionibus T. in Udvarhely, et Baroth in Miklosvár, sic dictis Sedibus Siculicalibus existentibus habitas, cum Curia nobilitari in mentionata T. situata, et exstructa, universisque appertinentiis, et Praedialibus, ad eandem Curiam deservientibus, et pertinentibus, — quae videlicet occasione Divisionis Bonorum Parterno aviticorum, inter annotatum Protestantem, et praefatum fratrem suum celebratae, eidem in sortem cesserant, nulla cogente necessitate, aut causa aliqua rationabili, sed simplici duntaxat modo, neglecta etiam omni Admonitione in venditionibus, et abalienationibus, erga fratres proximae lineae condivisionales de lege praemitti solita, Generoso T. de T. fratri quidem utique condivisionali, et congenerationali, sed in linea remotiori constituto, in et pro certa pecuniae summa vendidisset, et abalienasset, ac simul, ut praejudiciosa hujusmodi abalienatio stabiliorem praetextum nancisci queat, superaddita etiam certa quorundam Jurium suorum Possessionariorum particula, tam intuitu quantitatis, quam qualitatis, Portionibus abalienatis, nullatenus aequiparabili, speciem et formam colorati cambii superinduxisset, super qua hujusmodi abalienatione Litteras etiam Contractuales praejudiciose emanari fecissent, in damnum, et praejudicium, derogamenque Juris successorii Protestantis valde grave, et manifestum: vellet ex eo idem Protestans praedeclaratae mentionatorum bonorum abalienationi in omnibus solemniter contradicere, ac etiam Litteras superinde contractuales, tanquam praejudiciose emanatas, in cunctis suis punctis, et clausulis, contradicendo, cassare, invalidare, et annihilare, prout etiam nostro in conspectu personali sua adstantia, et proprio vocis suae eloquio, modo praemisso contradixit, litterasque superinde emanatas cassavit, et annihilavit. Harum nostrarum Judicialis, et authentici sigilli nostri Transylvanici munimine roboratarum vigore, et testimonio Litterarum mediante. Datum etc.

die Fehler des Richters aufheben und durch ein reiferes Erkenntniß höhrer Gerichtsſtellen erſetzen.

Es kann intra und extra dominium, in kurzen und langen Proceßen benützt werden; doch war es in den kürzeſten Proceßen, ſowie in einigen ſo qualificirten blos extra dominium anzuwenden, oder wohl auch ganz ausgeſchloſſen[1]). Bei dem Gebrauch dieſes Rechtsmittels

---

[1]) So ſind als ſolche die Folgenden vorzüglich zu bemerken:

1) Nach Landtagsartikel von 1632 und 1635 haben die „kik a' Legitimum Mandatumoknak nem obtemperálnak“ dies Rechtsmittel nicht, denn „appellationeque non admissa“ ſollen ſie geſtraft werden (Approb. Const. IV. tit. 9. art. 1. dritter Abſatz).

2) Die dem Haupteide des Klägers unterworfnen Rechtsſtreite ſind im Sinne von Trip. III. 35. § init. und 2:1753 nicht appellabel geweſen. Das Tripart. ſagt l. c. „quod universae causae ... (dempta causa, quae in Sede Comitatuum Sacramento solius personae Actoris submittitur) ... transmitti solent“.

3) Criminalſachen der auf der That Ergriffnen nach Trip. III. 11. § 7. („Secus est de causis criminalibus ... Nam in illis locum Appellatio non habet“). Vergl. im 2 : 1753 § 1. u. ſ. w. ausgenommen der Fall von Approb. Const. III. 47. art. 13 und 20. („a Székről Appellatióba-is botsáttassék“).

4) Jene Rechtsſtreite vor den Comitats-Partialſtühlen, wo der Gegenſtand nicht über 60 fl. ausmacht nach art. 6 : 1680; dann diejenigen Pfand- und Schuldproceße, und ſolche der emendae linguae, der Minorpotenz und der violatio sedis, welche als inappellabel bezeichnet ſind in Approb. Const. IV. tit. 1. art. 28. („excipiáltatván a' Minorpotentiából emergált causák, mellyeknek revisiója az alsó Forumokról a' Táblára nem bocsáttatik Appellatióba“); in Approb. Const. IV. 4. art. 1. und 2. „Adósságról“ und l. c. tit. 7. art. 1. und 2. („szász forintig való zalognak állapotja igazodjék in sede inferiori: Abban Appellatio ne admittáltassék“ ... und am Schluße dieſes 1649-er Landtagsartikels hieß es damals von liquiden Schuldforderungen u. dgl. bis zu 100 fl., daß ſie inappellabel ſeien: „A Liquidum Debitumok szász forintig mindenütt az Országban 's a' Partiumban-is a' Székeken, ezen meg-írt brevis processus szerént adjudicáltassanak, minden Exceptiók és Appellatiók ki-rekesztetvén“ ...): endlich Trip. II. 69. 5. (violentia sedis).

5) In Theilungsproceßen der nächſten Anverwandten war ebenfalls das Rechtsmittel ausgeſchloßen nach Approb. IV. 1. art. 30. und § 158 ſowie bezüglich der Gatten § 163 der Tab. Instr.

6) Ausgeſchloßen bei Verſäumniß gewißer Fallfriſten, als Contumazfolge u. dgl. (Vergl. in der Tab. Instr. § 153. sect. 2. u. § 138, ſowie § 161 u. 163).

7) Der Fall von Trip. III. tit. 6. § 1. wo es heißt „quod post causae de Curia regia remissionem ... si ... novum judicium impetratur ... causa ipsa in Curiam Regiam etiam vigore hujusmodi novi Judicii transmitti non debet“ ...

8) Ebenſo waren inappellabel jene Proceße, wo dies Rechtsmittel vertragsmäßig ausgeſchloßen geweſen war (vergl. § 92 und 93 der Tab. Instr.); endlich

9) jene bereits oben erwähnten „a simplici exceptione“ ſ. Approb. Const. IV. 1. art. 44. vom Jahre 1630 „Semminémü causakat absque merito tsak Exceptioval ... Táblára ne botsássanak“ vergl. § 69, Note 6 und § 159 der Tab. Instr.

waren, nach Geſetz, Privilegien und Rechtspraxis, gewiße Regeln zu beobachten. So folgende:

1. Die Appellation mußte in continenti stante utpote sede vel consessu judiciali angemeldet und konnte nur bei Urtheilen in merito oder bei den peremtoriſchen Exceptionen geſtattet werden. Ausnahmsweiſe war auch die Appellation über ein urgirendes mandatum praeceptorium in jener einfachen Exception zuzulaßen, wo dem Kläger das Actorat abgeſprochen geweſen iſt.

2. Die Gerichtsſtelle hatte zu erkennen, in welcher Weiſe dies Rechtsmittel zugelaſſen werde. Wurde es verweigert, ſo konnte die beſchwerte Partei in bürgerlichen Proceßen binnen 15 Tagen ſich ein mandatum verſchaffen[1]) (litteras praeceptorio appellatorias), worin der Gerichtsſtelle Namens des Landesfürſten die Geſtattung der Appellation geboten war. Hiemit ließ der Appellant den Gerichtspräſes und die Richter, entweder zur Zeit der Gerichtsſitzungen, oder aber auf ihren Gütern zur Transmittirung des Proceßes — (bei eintretender Articularſtrafe im Nichtbewilligungsfalle) — admoniren und hatte nun ſelbſt in der gehörigen Friſt[2]) die ſogenannten „Transmissionales“ oder „Apostolos“[3]) herauszunehmen, widrigenfalls das Urtheil in Rechtskraft erwuchs.

3. Der Appellant mußte die erhobnen Transmiſſionalien rechtzeitig der Reviſionsſtelle unterbreiten, widrigenfalls ſteht es der Gegenpartei zu dieſelben vorzulegen; — es wird nun über gleichzeitiges Verlangen die Eintragung in die series vorgenommen und ein Termin zur Betreibung der Appellation beſtimmt.

4. Bei Gelegenheit der ſo anberaumten Reviſion hatte die Partei nebſt den Transmiſſionalien ein genaues Inhaltsverzeichniß (Index) darüber ſammt ihren Appellationsgründen dem Präſidium zu überreichen und konnten nun ohne Beibringung neuer Beweismittel, — denn nach Approb. Const. IV. 1. 22. gilt die Regel ... „mivel a' Transmissiohoz semmi nem ragad“ („transmissioni nihil adhaeret“[4]), — dennoch in

[1]) Geſchah dies im ungeſetzlichen Falle, ſo erfolgte die Articularſtrafe nach Approb. Const. IV. 9. 1. vom Jahre 1633 (im 4. Abſatz).

[2]) Z. B. 3 Monate bei der Appellation an das k. Gubernium oder an den Hof; anſonſten gewöhnlich binnen der drei laufenden Gerichtsperioden. Vergl. Trip. III. 35. § 2. und Approb. Const. IV. 1. art. 20. und 22.

[3]) In dieſe mit der größten Sorgfalt geſchriebnen und in Gegenwart der Parteien genau collationirten und geſiegelten Transmiſſionalien waren alle Allegationen und Documente abſchriftlich aufzunehmen; nur die ſogenannten instrumenta fulminata wurdem im Original angeſchloſſen. Abſchreibfehler wurden vom Actuar verbeſſert und dies angemerkt.

[4]) Vergl. Trip. III. 10. 2. doch konnten unter dem Titel „Informationes“ (Trip. III. 10. 3.) dennoch Neuerungen ſich einſchleichen.

Erörterung der Justificationsgründe Satzschriften bis zur Quadruplik gewechselt werden.

5. Hatte dagegen der Appellant den gesteckten Termin verabsäumt, so wurde ohneweiters der frühre Urtheilsspruch bestättigt, indeßen noch 15 Tage die Supervenientia abgewartet. Nach Verfluß dieser Fallfrist, oder wenn er sein Versäumniß nicht entschuldigen konnte, war das erstrichterliche Urtheil executionsfähig und konnte sich sodann die sachfällige Partei nur extra dominium durch das Novum Gratiosum behelfen.

6. Endlich kömmt zu bemerken, daß auch die Rücksendung[1]) der Transmissionalien an die frühre Stelle verfügt oder verlangt und bewilligt werden konnte, und zwar:

a) wenn wichtige Fehler in den Transmissionalien selbst, z. B. das Ausbleiben eines Documents, entdeckt wurden;
b) wenn die frühre Stelle über eine Frage noch nicht entschieden hatte[2]);
c) wenn die untre Stelle die Rücksendung wegen Fehler des Advocaten verlangt und die procuratoris revocatio erfolgte[3]);
d) wenn der Obsieger in foro revisorio verliert und er noch im Sinne des § 110 der Tab. Instr. eigne Rechtsmittel zu seiner Vertheidigung gebrauchen darf.

Was sonst noch wichtig gewesen ist, ergibt sich aus den unten mitgetheilten Belegstellen[4]).

---

[1]) Vergl. dazu noch Trip. III. 7. § 1. und 2. und weiterhin. So sind zu unterscheiden „Rejecta“ und „Remissa“.

[2]) Hieher gehört die Rejecta der „Causa bene adpellata, male judicata remittitur melius discutienda“ (Trip. III. tit. 6. § init.).

[3]) Vergl. Trip. II. 77. § init. und tit. 81. § 4.

[4]) In der Tabular Instruction lauten die Paragraphe über „De Appellationibus, Transmissionalium expeditionibus et Causae in rem adjudicatam transitione“ folgendermaßen:

§ 157. Siquidem juxta modernam Transylvaniae constitutionem Forum altius, ad quod Causae e Foro Tabulae Regiae pro revisione perduci possint, ipsum sit Gubernium nostrum Regium, hinc omnes, et quaelibet Causae, seu in Tabula Regia inchoatae, seu per viam Appellationis e Foris inferioribus ad Tabulam Regiam deductae, si Appellatio in merito insinuata fuerit, ad Gubernium Nostrum Regium absque eo, quin Praeceptorium Mandatum extrahendum sit, transmitti debeunt.

§ 158. Quia vero speciales in Legibus occurerent casus, in quibus vel Appellatio per expressum deneganda innueretur, vel Inctus extra Dominium statim ponendus statueretur; hinc Tabula Regia in admissione Appellationis ad Leges reflectet, et in quibus Causis Lege aliqua speciali Appellatio per expressum denegata est, aut in quibus casibus Leges Inctum statim extra Dominium ponendum, et Jus suum ita prosequi debere statuerunt, Appellationem non intra sed extra Dominium admittet,

consequenter non obstante Appellatione, et hanc sequuta Causae transmissione Sententiam Exequutioni mancipari committet, et effective faciet; signanter autem in Causis Pignoris juxta Benignum die 20-ma Aprilis Anni 1775 emanatum Rescriptum, in hocque citatam Legem prosequendis, Divisionum item inter Fratres, vel Sorores ad sensum Decreti Tripartiti Part. 1-mae Tit. 45-ti agitandis, si videlicet Causa non inter sexum, et sexum verteretur, extra Dominium admittet; si vero Causa Divisionalis inter sexum, et sexum agitaretur, Appellationem intra Dominium indulgebit; cum in hoc casu non solum de modo, et mensura participationis Fratrum, et Sororum, sed de ipsa etiam Bonorum natura quaestio subversetur, et Privilegiorum quoque productio interveniat, ac citatus etiam 45-tus Titulus Fratres duntaxat, qui juxta Titulum 17-mum proprie Heredes sunt, et in Bonis Paternis succedere solent, nominet.

§ 159. Appellatio tam intra, quam extra Dominium in Merito duntaxat, et Exceptionibus Peremptorialibus locum obtinet; quare Tabula Regia Appellationes in Exceptivis nec ad Literas Praeceptorias admittet; excepto solum casu, ubi per Exceptionem contra Actoratum Actor ab agendo remotus appellaret; tunc enim Actori per Literas Praeceptorias Causam repetenti Appellatio juxta §-phum 69-mum deneganda non erit.

§ 160. Appellationis Interpositio longiorem moram non admittit; qui proinde appellare vult, in continenti, stante utpote Sede, seu Consessu Judiciali, sub quo minus favorabile recepit Judicium, interponere illam debet.

§ 161. Appellationem interpositam Appellans remittere, et si remissio Appellationis ante extractionem Literarum Transmissionalium [1]) subsequetur, Novum cedendo Appellationi insinuare poterit. Quodsi vero post Terminum extrahendis Transmissionalibus praestitutum Appellatio remittatur, Sententia expediri, et Causa ad Executionem dirigi debebit; contra quam nec Repulsionis Remedium secus admittetur; quam si Causae statn ita secum ferente Remedium Repulsionis exclusum in Sententia non fuisset, et juxta praescriptam Cynosuram locum adhnc haberet.

§ 162. Qui Causam appellavit; Transmissionales intra tempus Decreti Tripartiti Partis 3-tiae Tit. 35-to praefixum excipere tenebitur; secus enim ad mentem ejusdem Tituli Causa in rem adjudicatam transibit. Siquidem autem observatum sit, saepenumero Appellantes Transmissionales non ex negligentia, aut Causam protrahendi studio, sed ex eo non excepisse, quod sumptibus ad redimendas Transmissionales destituti expeditionem sine solutione impetrare non potuerint, taliterque miseri Causantes non raro justis suis Juribus ob inopiam destituti sint; hinc ad hoc praevertendum, si Appellans testimonio Tabulae Continuae, aut Magistratus, in cujus Circulo degit, miserabilem, et ad redimendas Transmissionales prorsus inopem statum probaverit, Tabula Regia de expeditione, et extraditione Transmissionalium Actuario Protonotario ab officio committet, et Transmissionales in rationem hujusmodi inopis Appellantis per Cancellistas, seu sic dictos Protocollistas Protonotariales, qui aliunde ex Aerario solariis providentur, expediri faciet, de papyro ex Birsagiis provisura; simul autem tam mercedis, quae alias pro Tranmissionalium descriptione competeret, qnam etiam pretii papyri qnantitatem eo fine adnotari faciet, ut, si contingeret Appellantem penes Appellationem trium-

[1]) Silicet intra Terminum §-phis 137 et 153 definitivum.

phare, et expeusas adjudicari, a Parte succumbente solvendo forsan capaci occasione peragendae Exequutionis desummi, et merces exsolvi possit.

§ 163. Appellatione in Foro inferiori indulta, et Transmissionalibus modalitate praescripta exceptis, si Appellans Transmissionales Foro revisorio fine illationis in Seriem tempestive exhibere differet, eas exhibere, et illationem Transmissionalium in Seriem, Terminique praefixionem sollicitare Parti appellatae salvum erit. Quodsi autem Pars appellans tunc, dum Causa sua Serie in Foro superrevisorio assummenda foret, se se absentando, revisionem Appellationis urgere, Appellationemque prosequi negligeret; Pars appellata Partem appellantem, et Appellationem prosequi negligentem penes Transmissionales per se exceptas proclamari facere, et ob non prosequutionem Appellationis convincendum postulare poterit; quo in casu comperta non prosequutionis Appellationis realitate, Tabula Regia in Causis ad se provocatis, et transmissis juxta petitum comparentis Partis triumphantis contra Appellantem, et Appellationem non prosequentem ex capite non prosequutionis Appellationis simpliciter, et absque eo, quin in ulteriorem Transmissionalium discussionem se se immittat, pronunciare, et si Appellans Appellationemque non prosequens intra 15-tum diem a die proclamationis computandum non compareret, et sufficientem legalemque non comparitionis rationem non assignet, eamque non probet, Sententiam extradare, et vi hujus Deliberatum Fori inferioris, veluti per debito tempore non sequutam Appellationis prosequutionem facto Appellantis ratihabitum Exequutioni mancipandum comittere poterit; quo in casu Appellans Jus suum, si quod habuerit, extra Dominium via novi Gratiosi tandem requirendum habebit. Quodsi vero Pars appellans revisionem Appellationis, et Deliberati emendationem sua serie urgeret, tunc ipsum Causae Meritum excussis; ut superius §-pho 57-mo attactum est, Transmissionalibus dijudicandum erit. Monendum autem hic specialiter occurit, quod Appellationes in Causis Marito, vel Patri Bona Uxoris, aut Liberorum deficientium reddere iis, quos Jure Successionis concernerent, nolenti motis ad Tabulam Regiam extra Dominium (intra Dominium enim ne ad Literas quidem Praeceptorias admittentur) instituendae intra unius Anni spatium a die defectus computandum indispensabiliter revideri debeant, sintque ideo omnium Periodorum.

§ 164. Transmissionales cum summa attentione, et cura expediantur, cuncta Allegata, et Documenta in cursu Causae producta, etiamsi rejecta forent, iisdem rite inferantur; in casu tamen, quo Documentum quodpiam ob externae, aut internae solennitatis defectum, vel alia legali de causa rejiceretur, ejusmodi Documentum in serie productorum notetur, et, si pro nequitiose confecto, aut vitiato judicatum fuisset, ipsum Originale juxta §-phum 80-mum producenti haud restituendum, Foro revisorio directe submittatur.

§ 165. Transmissionalibus taliter adornatis, illae in praesentia Partium, aut Procuratorum earum exacte conferantur, errores forte commissi corrigantur, et correctio ad praescriptum §-phi 63-tii per Actuarium Protonotarium adnotetur. Ut autem Partes Transmissionales jam expeditas esse eo certius cognoscere, consequenter ad collationem vel ipsae, vel Procuratores comparere queant, Tabula Regia specificationem Causarum, in quibus Transmissionales jam paratae sunt, sub Periodo Periodum pro collatione ejusmodi Transmissionalium destinandam praecedente publicari, ac valvis etiam Praetorii affigi faciet.

Ueber die Appellatoria und Transmissionales zeigen folgende Stylmuſter den Vorgang:

1. Appellatorium e tabula regia ad excelsum regium Gubernium.

Ferdinandus etc. Fidelibns etc. Exponitur Majestati nostrae in Personis Nobilium Josephi Ponori, item Mariae Samuelis Harsányi, et Annae Sigismundi Gidofalvi Consortum filii et filiarum nobilis quondam Demetrii Ponori, ex nobili olim faemina Christina Györfi consorte sua suscepti et progenitarum: Qualiter inter ipsos Exponentes, ut Evictores, Nobilem item Andreanum Nagy de Kebele ut Actorem, Sigismundum Kelemen de dicta Kebele ut Inctum: Nec non Nobiles Agiles Martinum, et Elizabetham Pétri Csizmadia de Havad Consortem, Liberos vero Agilis quondam Michaëlis Magyarosi de Csejd, velut Superevictores, ratione et praetextu duorum fundorum internorum in praefata possessione Kebele existentium, per antelati Agilis Andreae Nagy, uti praetendebatur, Praedecessores abalienatorum, aliorumque negotiorum ex inde qualitercunque subsequutorum, certa quaedam Causa et Litis differentia, primum quidem in Sedria Generali Sedis nostrae Siculicalis Marus Anno jam pridem praeterito 1760 orta; deinde Benignis nostris ordinationibus abrogatis iisdem Sedibus, inque locum earundem Tabulis Continuis succedentibus, in Tabula dictae Sedis nostrae Continua Judiciaria continuata, tandemque via Appellationis in Tabulam nostram Regiam in Magno hoc Transylvaniae, partiumque eidem reincorporatarum Principatu Judiciariam provocata, ibidemque in hoc Anno currenti 1838 die vero 20-a Mensis Aprilis, stante videlicet Termino celebrationis et cursus Judiciorum in praedicta Tabula nostra Regia in Magno Transylvaniae Principatu Judiciaria, per distinctas periodos continua, ac proxime a Dominica Miserere ad Dominicam usque Pentecostes, in Libera Regiaque Civitate nostra Marus Vásárhely durante, — ad quam utpote Tabulam nostram Regiam Judiciariam Causae Fidelium nostrorum Regnicolarum antelati Principatus nostri Transylvaniae, Partiumque eidem reincorporatarum, ex publica et approbata eorundem consvetudine, tam per formam Brevium Judiciorum, quam etiam Longo litis processu determinari et adjudicari solitae (exceptis Diaetalibus) universae generaliter fuerunt prorogatae, coram Fidelibus nostris sincere Nobis et respective Dilectis, Spectabilibus, Magnificis, Generosis, et Egregiis, Alexio Daniel de Vargyas in persona nostra Praeside Ordinario; Magistrisque Nostris Protonotariis, ac Juratis dictae Tabulae nostrae Regiae Judiciariae Assessoribus, pro Tribunali sedentibns ac constitutis, penes Litteras Transmissionales agitata, et ventillata exstitisset; in qua quidem Causa iidem Judices ad ulteriora judicialiter procedentes, grave nimis et onerosum, contra annotatos, Exponentes tulissent Judicium. Quo ipso Judicio dicti Exponentes minime contenti, licet Causam eandem maturioris revisionis gratia in praesentiam Regii Nostri in Transylvania Gubernii, per viam legitimae appellationis provocassent; mentionati tamen Praeses, et Protonotarii, ac Jurati Tabulae nostrae Regiae Assessores transmittere noluissent, prout nollent etiam de praesenti, damno et praejudicio ipsorum Exponentium manifesto. Supplicatum itaque exstitit Majestati nostrae pro partibus et in Personis annotatorum Exponentium, debita cum Instantia humilime; quatenns eisdem circa praemissa, de oportuno et condigno Juris remedio, via niuirum legitimae appellationis, clementer pro-

videre dignaremur; — Cum autem universae causae (demtis criminalibus in loco delicti deprehensis, et quae juramento solius Actoris per partem adversam submittuntur) etiam e Tabula nostra Regia Judiciaria, in praesentiam dicti Gubernii nostri Regii maturioris revisionis gratia transmitti possint ac debeant. Proinde vobis harum serie committimus et mandamus firmiter; quatenus acceptis praesentibus, statim duo vestrum, sub oneribus alias in talibus observari solitis, erga praefatos Praesidem, Magistrosque nostros Protonotarios, ac Juratos dictae Tabulae nostrae Regiae Assessores, cum praesentibus accedentes, Admoneatis eosdem verbo nostro Caesareo Regioque Principali, ut ipsi Causam partium praemissam in praesentiam dicti Gubernii nostri Transilvanici transmittere, modis omnibus, teneantur ac debeant. Et tandem vos, quidquid praefati Tabulae nostrae Regiae Praeses, Magistrique nostri Protonotarii, ac Jurati ejusdem Tabulae nostrae Assessores, ad praemissam Admonitionem vestram dixerint et responderint, diligenter adnotando; seriem ejusmodi Admonitionis, prout per vos fuerit expedita et peracta, Majestati nostrae, suo modo terminum ad competentem, fide vestra mediante referre vel rescribere, modis omnibus debeatis et teneamini. Secus non facturi. Paesentibus perfectis, Exhibentibus restitutis. Datum . . .

2. Appellatorium e partiali ad generalem Sedriam.

Ferdiuandus etc. Fidelibus etc. Exponitur Majestati Nostrae in persona Nobilis Stephani Antal de Bözöd, qualiter superioribus Diebus nona videlicet Mensis Jannarii, Anni currentis Millesimi septingentesimi septnagesimi septimi inter ipsum Exponentem, ut Inctum ab una, ac Nobilem Danielem Gálffi de Etéd, velut Actorem pariter ab altera, ratione et praetextu certae cujusdam Diffamationis et Dehonestationis praeattacti Actoris, uti quidem ipse praetenderet, in derogamen honoris ejusdem manifestum, per praefatum Exponentem patratae, ac aliorum negotiorum exinde qualitercumque subsequutorum coram Egregiis et Nobilibus Praeside caeterisque Jurassoribus, ac Notariis Sedriae Partialis Comitatus de Kükűllő, certa quaedam causa et litis differentia orta, mota agitata et ventillata exstitisset, — in qua quidem causa, iidem dictae Sedis Partialis Judices judicialiter ad ulteriora procedentes, grave nimis et onerosum eidem Exponenti fecissent, tulissent, pronnnciassentque Judicium, — quo ipsorum Judicio dictus Exponens minime contentus, licet causam eamdem maturius revidendam, fineque debito determinandam, simul cum tota sua serie, et processibus exinde qualitercnnque subsequutis, ad Sedem Judiciariam ejusdem Comitatus Generalem, per modum, et viam legitimae appellationis provocasset; iidem tamen Sedriae Partialis Judices eamdem Causam transmittere nolnissent, pront nollent etiam de praesenti, damno, et praejudicio ipsins Exponentis manifesto. — Snpplicatum itaque exstitit Majestati nostrae pro parte et in persona annotati Exponentis debita cnm Instantia humilime; — quatenus Nos eidem, circa praemissa de oportuno et condigno Juris remedio via videlicet legitimae Appellatiouis clementer providere dignaremur. — Cum autem universae Causae (demtis Criminalibus in loco delicti deprehensis, et quae juramento solius Actoris per partem Adversam submittuntur) de Sedibus Regni Inferioribus ad Superiores transmitti possint ac solcant. — Proinde vobis harum serie committimus et mandamus firmiter, quatenus acceptis praesentibus, statim vos simul, vel duo vestrum, sub oneribus alias in

talibus observari solitis, erga praefatos Praesidem caeterosque Sedriae dicti Comitatus de Kükülló Partialis Assessores cum praesentibus accedentes, qui si personaliter reperiri poterunt, eosdem ibidem personaliter, alioquin de Domibus habitationum suarum, sive solitis suis residentiis, vel de Bonis, Juribusque eorum possessionariis, unde videlicet praesens haec Admonitio vestra ad scitum eorundem commode devenire poterit, Admoneatis eosdem ibidem, dicatisque et committatis iisdem verbo nostro Caesareo Regioque Principali, ut ipsi, causam partium praemissam, simul cum tota sua serie et processibus exinde qualitercumque subsecutis, maturioris revisionis, et sanioris discussionis gratia in Sedem ejusdem Comitatus Generalem Judiciariam modis omnibus transmittere debeant, ac teneantur. — Qui si fecerint, bene quidem; alioquin evocetis eosdem ibidem, ratione non observationis hujusmodi Mandati Nostri Legitimi, contra annotatum Exponentem ad octavum diem a die hujusmodi Admonitionis et Evocationis vestrae computandum, juxta Judiciorum processum alias in talibus observari solitum, in Tabulam nostram Regiam in Transylvania partibusque eidem reincorporatis Judiciariam, Nostram videlicet in praesentiam, rationem de praemissis reddituros, efficacem. — Certificantes nihilominus eosdem ibidem, quod sive ipsi Termino in praescripto, modoque praedeclarato coram nobis in praefata Tabula Nostra Regia Judiciaria compareant, sive non. — Nos tamen partis comparentis ad Instantiam id faciemus in praemissis, quod Juris et Justitiae dictaverit ordo. — Et post haec vos seriem hujusmodi Admonitionis Evocationis et Certificationis vestrae, prout eadem per vos fuerit expedita et peracta, Majestati Nostrae, suo modo, terminum ad competentem, sub sigillis, subscriptionibusque vestris, fide vestra mediante, referre et reseribere, modis omnibus debeatis ac teneamini. Secus non facturi. Praesentibus per leetis. Exhibenti restitutis. Datum etc.

3. Transmissionales e Tabula Regia ad Excelsum Regium Gubernium.

Ferdinandus etc. Fidelibus nostris sincere Nobis Dilectis, Illustribus, Reverendo Spectabilibus, Magnificis, Generosis, Prudentibus ac Circumspectis Comiti Joanni Kornis, L. Baroni de Göntz Ruszka etc. per Magnum Transylvaniae Principatum, Partesque eidem reincorporatas Gubernatori nostro Regio, caeterisque in eodem Principatu nostro Consiliariis nostris Gubernialibus Actualibus Intimis, Gratiam nostram Caesareo Regioque Principalem! — Noveritis; quod nobis Die T. Mensis T. Anno T. stante videlicet Termino celebrationis, et cursus Judiciorum Tabulae nostrae Regiae in Transylvania, et Partibus eidem reincorporatis Judiciariae, juxta Caesareo Regioque Principalem, e consensu universorum et Ordinum antelati Magni nostri Transylvaniae Principatus, et Partium eidem reincorporatarum, factam ordinationem, per distinctas Periodos continuae — ac pro tunc, a Dominica prima post Epiphaniam ad Dominicam usque Esto, in Libera Regiaque Civitate Marus Vásárhely durante, — ad quam utpote Tabulam nostram Regiam Judiciariam, causae Fidelium nostrorum Regnicolarum Transylvaniae, et Partium eidem reincorporatarum, e publica, et approbata eorundem consvetudine, tam per formam brevium Judiciorum, quam etiam Longo litis processu determinari, et adjudicari solitae (exceptis Diaetalibus) universae generaliter fuerant prorogatae, una cum Fidelibus nostris sincere Nobis et respective

§ 41. Die Revocatio procuratoris (az ügyvédi meghivás).

Sowie heutzutage das Proceßrecht von dem Grundſatze ausgeht, möglichſt gut, ſchnell und wohlfeil dem Kläger ſein Recht zu verſchaffen, hatte offenbar das frühre ungariſche Proceßrecht inſoferne den entgegengeſetzten — verhängnißvollen — Grundſatz, als die Abſicht der Geſetzgebung dahin ging, den Beklagten (Verfolgten) und Sachfälligen (Unterlegnen) zu beſchützen, gleichſam als wenn dieſer möglichſt lange davor

---

Dilectis Spectabilibus, Magnificis, Generosis Michaële Székely de Killyén Camerario et Consiliario nostro Aulico, Tabulaeque nostrae Regiae in Transylvania, Partibusque eidem reincorporatis Judiciariae in persona nostra Praeside Ordinario; Magistris item nostris Protonotariis, ac Juratis memoratae Tabulae Regiae nostrae Judiciariae Assessoribus, pro faciendo causantibus Judicio moderativo in eadem Tabula nostra Regia Judiciaria pro Tribunali sedentibus, et constitutis, Egregius ac Nobilis Joannes Mezei, tanquam pro Nobili Georgio Csontos ut Actore, Procurator, obtenta prius serie, factaque prae foribus Litigantium, uti moris est, et consvetudinis receptae, legitima Nobilis Stephani Tói, ut Incti, Proclamatione, coram Nobis, in figura Judicii comparens, exhibuit, et praesentavit Nobis Litteras quasdam Nobilium T. et T. Tabulae nostrae Regiae in Transylvaniae Judiciariae Scribarum, ac Juratorum Notariorum super Admonitione, subsecutaque Evocatione, et Certificatione Relatorias, Die T. Mensis T. Anno T. confectas et emanatas, sub subscriptionibus suis, Sigillisque propriis, solito modo, Nobis reseriptas; quarum quidem Litterarum, et subsequutorum Partium praefatarum pro et contra Allegationum; Documentorum item pro parte utraque exhibitorum, Deliberationumque nostrarum, et praeprimis praeattactarum, super Admonitione Evocatione et Certificatione Relatoriarum tenor, et verbalis continentia sequitur hoc modo:

Sacratissima Caesareo Regia etc.

Conclusio.

Unde vos Gubernator noster Regie, Consiliariique Guberniales Actuales Intimi, causam praemissam maturioris revisionis, et sanioris discussionis gratia transmissam, coram Partibus perlectam, et transcriptam assumere, secundumque Deum, et Justitiam revidere, discutere, Judiciumque desuper facere, modis omnibus debeatis, ac teneamini. Secus non facturi. Praesentibus perlectis, Exhibenti restitutis. Datum etc.

Schlußbemerkung. Es darf wohl kaum erwähnt werden, daß Manches im ungariſchen Rechtsverfahren ſich an das kanoniſche und germaniſche, — weit weniger an das römiſche — Proceßrecht anſchließen läßt; ſo wären hier der Vergleichung dienlich die Wirkungen der Appellation mit Suspenſiv- und Devolutiv-Effect, doch mag es mündlichem Vortrage überlaſſen bleiben; auch bedarf der volle Nachweis des Zuſammenhanges anderweitiger Gelegenheit und noch mancher Vorausſetzung. Abgeſehn von vielen hierin lehrreichen Werken erwähne ich blos für das Privatſtudium der Rechtshörer: *München* „Das kanoniſche Gerichtsverfahren und Strafrecht", Cöln 185/6. *Heffter's* „Syſtem des römiſchen und deutſchen Civilproceßrechtes". Zweite Auflage, Bonn 1843 und neue Auflage. *Bethmann-Hollweg* „Römiſcher Civilproceß" 1867. *Renaud* „Civilproceß" 1867 u. a. m

bewahrt werden müßte das Opfer der Ueberlegenheit seines Gegners zu werden. Es hat fast den Anschein, als wenn Gesetz und Praxis die angegriffne Partei verstärken wollten.

Unter solchen ihrem eigentlichen Grunde nach humanen, ihren Wirkungen zufolge aber oft die Rechtssicherheit arg gefährdenden Anschauungen, war auch an die strenge Einhaltung des Satzes lex est scripta vigilantibus nicht zu denken; — stets konnten sich Hinterthürchen öffnen; — die Advocaten manövrirten wie Generalstäbler auf einem zu erkämpfenden Schlachtfelde und hatten sie schlechte Pläne entworfen, konnte der Feldherr, die Partei (der Principal), neue Truppen unter einem neuen oder demselben Commandanten in das Feld entsenden.

In diesem Sinne geschah es wohl, daß Trip. II. tit. 79. § init. sagt: „Quoniam in causa, factoque Novi Judicii, Procuratorum Revocatio saepe sequitur; idcirco sciendum, quod Procuratorem revocare est responsionem alicujus Advocati, per eum, praeter voluntatem et extra informationem Constituentis in Judicio factam, retractare et eam, nova responsione coram Judice reformare".

Bezüglich der Revocatio Procuratoris ist zu bemerken:

1. Sie durfte nicht durch den Advocaten selbst, sondern mußte vom Principal oder dessen Bevollmächtigten vor den als Hörer anzusehenden Gerichtspersonen geschehn, weil aber dort blos die früher gehörte fehlerhafte Aeußerung des Advocaten widerrufen (gewandelt[1]) wurde, so konnte dennoch derselbe Advocat den Proceß fortsetzen.

2. Nach der Praxis geschah also diese Anmeldung der Procuratoris Revocatio stets bei der ersten Instanz[2]) und man sollte nun hierüber, als etwa die Appellation angetreten war, ein Actuarzeugniß erheben und dies den Transmissionalien beischließen, wo dann, auch beim Appellationsforum selbst, ausnahmsweise, die förmliche Revocation stattfand und der Proceß zur abermaligen Discussion rejcirt wurde.

3. In gewißen Fällen durfte dies Rechtsmittel gebraucht werden, wenn auch die Rechtssache bereits der Revisionsstelle, transmittirt, vorge-

[1]) Es erinnert dies an die deutschrechtliche Uebung mit Vorsprechern und Sachwaltern. Vergl. *Siegel* „Die Erholung und Wandelung", Wien 1863 und siehe in meiner „Deutschen Rechtsgeschichte" (erste Aufl. Wien 1863) Seite 154 und 161.

[2]) Hätte die Principalpartei selbst die Transmissionalien ohne Widerspruch angehört, so konnte sie füglich dies Rechtsmittel nicht mehr gebrauchen (vergl. Uladisl. II. Decr. V. art. 15.). — Auch hatte sie der Regel nach, vor der in der letzten Gerichtsperiode erfolgten Finalsentenz stattzufinden (vergl. Trip. II. tit. 80. u. a. O. aber in Verbindung mit Trip. II. 79. 2. und II. 80. 3.) und durften in langen Processen diese Termine nicht außer Acht gelassen werden (Trip. II. 82. 2.); sonst konnte man freilich auch dies Versäumniß durch Erlag des onus nachbessern (Trip. II. 80. 3.).

legen ist. Z. B. wenn der Kläger im Sinne des § 69, Nummer 6 und des § 110 der Tab. Instr. noch alle Rechtsmittel besitzt, wo es in erster Stelle heißt: 6-to. In Simplicibus Exceptionibus Appellatio nec ad Literas Praeceptorias admittatur, excepto solo et unico casu, quo Actor succumberet, tum enim penes Praeceptorias transmitti potest" und in letztrer des § 110 ... „ad Remedia ... recurrendi occasio detur". Ein Gleiches war der Fall, wenn die transmittirte Sache „accuratioris discussionis causa" (nach Trip. III. tit. 6. § init. und 2.) rejicirt wurde.

4. In den Rechtsstreiten extra dominium ist das Rechtsmittel ohne besondre Einschränkungen zugelassen gewesen[1]) (Trip. II. tit. 81. § 4. 5. und 6.); doch waren Vorbedingungen nöthig, so genaue Angabe des fehlerhaften „dictum, factum oder productum", — so der Erlag und etwa auch die von Seite des Gegners erfolgte Erhebung des onus[2]), und daß in qualificirten Fällen neue Allegationen oder wohl auch ein Novum beigefügt werden sollte[3]).

5. Ausgeschloßen oder beschränkt scheint der Gebrauch dieses Rechtsmittels besonders in folgenden Fällen:

a) wo Vertrag oder Gesetz dies Rechtsmittel ausschließen[4]);
b) wenn die gehörige Periodenfrist versäumt wurde (Approb. Const. IV. 1. 25.);
c) nach einem meritorischen Beinrtheil, betreffs von „simplices exceptiones";
d) nach einer sententia definitiva in langen Proceßen[5]).

6. Ein Ausnahmsfall mochte es sein, doch war er zugelassen, daß selbst am letzten Tage der Periode das Rechtsmittel — (doch in Verbin-

[1]) Es konnte überhaupt so oft in Anwendung gebracht werden, als es die Perioden zuließen; dagegen in Ungarn nur zweimal, einmal in exceptivis, das andremal in merito (56 : 1550).

[2]) Bei den untern Gerichten waren 3 Gulden, bei den höhern 6 fl. das onus minus Trip. II. 80. § 3 und Trip. III. 6. § 3); das onus majus war bei der Revisionsstelle eine Lösung mit 66 Gulden. Vergl. noch Tripart. II. 83. § 4 und 5.

[3]) Vergl. Approb. Const. IV. 1. 21. und Trip. II. 77. § init., sowie Trip. III. 6. § init. und 1.

[4]) So gestattet das Gesetz nicht auf diese Art eine „communis Inquisitio, Juramenti depositio oder occulata revisio" zu stören nach Trip. II. 81. § 2; ebensowenig darf das Rechtsmittel angewendet werden in den sogenannten „quinque casus" und bei einem Morde nach Approb. Const. IV. 1. 25 (... „ezen kivül ... Procuratoria revocatiok ... abscindáltatnak").

[5]) Vergl. Trip. II. 80. § init. wo noch immer die Appellation offen stehen konnte. In kurzen Proceßen blieb nur das Novum gratiosum dann noch anzuwenden.

dung mit ſolchen, welche den Proceß bis zur nächſten Periode in Schwebe erhielten) — eingebracht werden konnte[1]), und es war ſogar ex praxi Rechtsgewohnheit am Tage der Publication, ſelbſt in den kürzeſten Proceßen, wo durch Geſetz und Vertrag die Rechtsmittel ausgeſchloßen zu ſein pflegten, dennoch dann die revocatio procuratoris zuzulaßen, wenn nicht namentlich und ausdrücklich auch dies Rechtsmittel vertragsmäßig verboten geweſen war.

In den Noten ſind zur Anſchauung des Rechtsinſtitutes die wichtigſten Geſetzesſtellen und ein Stylmuſter mitgetheilt[2]).

---

[1]) Vergl. Trip. II. 80. 4. u. a. O.

[2]) Es lauten in der Tabular Instruction die § 149—151 „De Revocatione Procuratoris“ ſo:

§ 149. Revocatio Procuratoris per Procuratorem, qua talem fieri non potest, sed ut ipse Principalis, aut Plenipotentiarius suus personali sua adstantia eam instituat, necesse est. Cum nihilominus juxta definitionem Decreti Tripartiti Partis 2-dae Tit. 79-no expressam in Revocatione procuratoris non ipse Procurator, sed erronea duntaxat ejus responsio revocetur; hinc Procurator, cujus responsio revocatur, volente Principali, aut ejus Plenipotentiario revocatae responsioni aliam nomine Principalis substituere, et ulterius in Causa agere non prohibetur.

§ 150. In longis Causarum Processibus Revocatio Procuratoris juxta Decreti Tripartiti Par. 2-dae Tit. 80-mum nonnisi Lite pendente, et Causa per definitivam Sententiam nondum decisa admittatur. Cum autem Causae longo Litis Processu agitandae in quatuor Terminis decidi debeant, adeoque in prioribus tribus Terminis latae Sententiae beneficio Juridicorum Remediorum infringi possint; sequitur in longis Causarum Processibus definitivam Sententiam illam intelligi debere, quae in quarto, seu ultimo Termino lata est: consequenter post Sententias in anterioribus Terminis latas, et si illae meritoriae essent, Revocationem Procuratoris admitti.

§ 151. In Causis brevis Processus Revocatio Procuratoris vi citati Tituli 80-mi post latam etiam definitivam Sententiam quondam admissa quidem est; ast sensu Approbatarum Constitutionum Partis 4-tae Tit. 1-mi Art. 25-ti in eo solum casu admittatur, quo per Revocationem Procuratoris Causa ultra duos Terminos pro finali Causarum brevis Processus definitione juxta Approbatarum Constitutiouum Partis 4-tae Tit. 1-mi Art. 13-tium constitutos prorogari non deberet; secus enim Revocatio Procuratoris in dictis Causis brevis Processus ad mentem Decreti Tripartiti Partis 2-dae Tit. 77-mi et 81-mi penes Gratiam Novi Judicii; et extra Dominium duntaxat locum obtinebit.

Das Stylmuſter einer „Revocatio Procuratoris“ mag folgendes Beiſpiel zeigen:

Nos Ferdinandus etc. Memoriae commendamus tenore praesentium significantes, quibus expedit, universis, et singulis. Quod Magnificus T. de T. nostram personaliter veniens in praesentiam, retulit Majestati nostrae hunc in modum. Qualiter superioribus temporibus inter ipsum Ex-

§ 42. Der Recurs (a' folyamodás).

Es war dies eigentlich ein Rechtsmittel in Criminalproceßen, wo die Appellation nicht anwendbar gewesen ist, und war dies der Weg die königliche Gnade zu erwirken[1]) So spricht sich auch das Tripartitum aus: (Trip. III. tit. 11. § 7.) „Secus est de causis criminalibus, quae ad

---

ponentem, ut I. ab una, ac nobilem T. de T. ut A. partibus ab altera, ratione, et praetextu expugnationis castelli T. in possessione T. Comitatui nostro T. adjacente existentis, ac ablationis rerum mobilium in eodem Castello repositarum, certa quaedam causa, et litis differentia coram Nobis in Tabula nostra Regia in Transylvania Judiciaria mota fuisset, et Nobilis T. legitimus Procurator memorati T. extra omnem illam Instructionem, quam a memorato T. habebat, quibusdam responsionibus usus fuisset, causamque ipsam ad quandam attestationem transmitti procurasset. Quum tamen si Procurator ipse juxta informationem per dictum T. Principalem videlicet suum eidem datam procedere scivisset, sperasset idem T. in eadem causa longe aliud, juribusque suis magis proficuum Judicium recipere, seque ab ulteriori Partis A. impetitione de facili defendere potuisse, — propterea saepe fatus T. omnia illa acta, omnesque responsiones, et quaslibet Exceptiones, quibus praefatus T. Procurator suus in ipsa causa usus fuisset, revocasset, et retractasset, — imo revocavit, et retractavit coram Nobis personali sua adstantia, de oneribusque hujusmodi Revocationis, Nobis, et parti adversae satisfecit. In cujus rei Testimonium praesentes nostras litteras judicialis, et authentici sigilli nostri Transylvanici munimine roboratas eidem extradandas duximus, et concedendas. Datum etc.

[1]) Es kann als rechtsgeschichtliche Darstellung dienen, was ich in der Hermannstädter Landtagssitzung 3. Juni 1864 nebenbei zu erwähnen Gelegenheit hatte. . . „Es hat der frühere Herr Vorredner, ganz richtig hervorgehoben, es sei jetzt nicht mehr an der Zeit, die Rechtspflege durch gewählte Behörden verwalten zu lassen, sondern vielmehr, sie müsse durch unabhängige Justizbehörden geübt werden. Zur Erklärung dessen, was früher bestand und nach der Restituirung unserer Verfassung auch noch gegenwärtig besteht, bis die Gesetzgebung es nicht ändert, zur Erklärung dessen, erlaube ich mir soviel zu erwähnen. Nach der frühern historischen Verfassung hat es eigentlich nicht in dem Sinne gewählte Behörden gegeben, wie wir sie jetzt im Verlaufe der letzten Jahrzehnte kennen gelernt haben, sondern die da gewählt gewesen sind, waren unbesoldete Schöffen, die unter einer Königsgewalt, unter der Justizhoheit der Krone, nicht gleichsam das Recht gesprochen und das Richteramt geübt haben, sondern nur das Recht gefunden haben. Sie haben sich blos damit befaßt, weil es nicht hinreichende Gesetze gegeben hat und weil es keinen Beamtenstand gegeben hat, der dies zu seinem Berufe gemacht hätte, sie haben sich blos damit befaßt, dem Rechtsgefühle des Volkes dadurch den Ausdruck zu verleihen, daß sie gefunden haben, was im einzelnen Falle etwa Rechtens ist, aber die Vorsitzenden der Schöffen, der Königsrichter, der Graf und Woiwode u. s. w. waren von der Krone ernannt oder berufen und sie hatten das Richteramt, sie hatten die eigentliche executive Gewalt. In diesem Sinne, meine Herren, sprechen die ungarischen Gesetze in den frühern Jahrhunderten immer davon, daß summa justitiariae potestatis facultas nur der Krone zustehe, die ungarischen und die siebenbürgischen Gesetze wiederholen stets, daß der summus justitiarius nur der Monarch selber sei. Man hat dabei

poenam capitum et mortis damnationem tendunt. Nam in illis locum Appellatio non habet: Nisi forte innocentem omnino temerario Judicio morti tradere conarentur. In quo casu, possunt illico innocentis ipsius fratres aut affines, ad Regiam Majestatem solam confugere, pariter et in Curiam Regiam causam ipsam provocare."

---

nach der ungarischen und siebenbürgischen Verfassung durch Jahrhunderte es immer so angesehen, die oberste Justizhoheit, was die Executive betrifft, das eigentliche Richteramt, stehe der Krone ungeschmälert zu, und daß sie es bei niederern Behörden durch gewählte Schöffen (assessores, jurati) hat verwalten lassen, oder nur mitverwalten lassen, daß später die Königsrichter statt ernannt zu werden, durch verschiedene Umstände veranlaßt, vermöge gewisser Privilegien, die nach und nach erst in spätern Jahrhunderten erlangt wurden, auch gewählt woeden sind, • das hat eigentlich seinen Grund, nicht sowohl in der Erlangung gewisser constitutioneller Gerechtsame und Freiheiten, als vielmehr in der Unvollkommenheit, womit damals überhaupt die Rechtspflege zu kämpfen hatte. Ich kann daher mit voller Beruhigung mich auf die siebenbürgische und ungarische Verfassung berufen, wenn ich sage, die oberste Justizhoheit ist trotzdem, daß gewählte Schöffen mitgerichtet haben, dennoch ungeschmälert bei der Krone gestanden. . . . . Im vierten Punkte des Diploma Leopoldinum wird der Recurs an Se. Majestät aufrecht erhalten, als gleichsam das Höchste, welches durchaus nicht alterirt werden könne, durch eine entgegenstehende Gepflogenheit in der Rechtspflege. Immer ist noch der Monarch derjenige, der an der obersten Stelle nach eigenem Ermessen Recht spendet, Recht gewährt, oder die Strafe erläßt. Der zweite Gesetzartikel des Jahres 1755 hat abermals diesen Gesichtspunkt festgehalten, daß die Appellation an den Thron Sr. Majestät ungehindert sein müsse, und es beherrschte diese Rechtsanschauung nicht nur etwa die siebenbürgische Verfassung und die siebenbürgischen Völker, sondern es war eine allgemein europäische Anschauung, daß der Monarch der höchste Richter des Landes sei, und daß das oberste Gericht unmöglich getrennt gedacht werden könne von der Person des Monarchen". . . . (Siehe stenograf. Landtags-Protokoll 159 Bogen Seite 633—634) und ein andermal (Landtagssitzung vom 6. Juni 1864 Bogen 168 Seite 671). . . . „Es hat verschiedene Prozeßgegenstände gegeben und auch besondere Gerichtsstände mit verschiedenen Competenzen. . . . Dieser oberste Gerichtshof (im Jahre 1459) war ein causaler Gerichtsstand für gewisse Territorialstreitigkeiten, für gewisse Competenzconflicte, für gewisse Lehensproceße, aber durchaus nicht ein solcher, welcher die eigentliche bürgerliche Civilrechtspflege und die eigentliche Criminalrechtspflege gehandhabt hätte. Was die Civilrechtspflege betrifft, so waren eigentlich grundsätzlich nur drei Instanzen, die erste die der Volksgenossen, die zweite die des Grafengerichts, die dritte die des Fürsten selbst, und in der Criminaljustiz hat es eigentlich nur eine einzige Instanz gegeben, das ist diejenige, welche aus der Gnade des Monarchen, aus seiner vollen Justizhoheit, aus seiner Machtvollkommenheit, das Jus gladii, wie ein Privilegium, erworben hatte, und diese Criminalgerichtsbarkeit urtheilte in erster und hiemit auch in letzter Instanz, und es blieb nichts anderes übrig, als sich an die Gnade des Monarchen zu wenden und nur hieraus entstand eine neue Instanz, eben die, ich muß sagen, der Cabinetsjustiz. Ich berufe mich hier namentlich darauf, daß blos im Verordnungswege in dieser Beziehung der Wirkungskreis des Guberniums erweitert worden ist. Wenn man also von einem historischen Rechte des Landes spricht, welches dadurch erwiesen ist, daß früher das Gubernium solche Befugniße eines obersten Gerichtshofes ausgeübt habe, so muß ich dabei bemerken: wohl, aber es hat dies

Aehnlicherweiſe hält der vierte Punkt des Diploma Leopoldinum das Recursrecht offen, als wäre es im Majeſtätsrechte der Gnade gelegen[1]), und der 14 : 1747, ſowie der 2 : 1755 halten denſelben Standpunkt feſt; im letztren Landtagsartikel heißt es: ... „Recursus tamen ad Thronum Suae Majestatis non ex dictamine Legis, sed ex benigna Regia annuentia omnibus patet; ita tamen: ut convicti Recurrentes intra decem et quinque Dies a Die latae Sententiae, Judiciariam Deliberationem contra se latam excipere“ ... und ſpäter „alias completo Trimestri spacio, a 15 die latae Sententiae impu-

---

nicht gethan aus irgend einem Verfaſſungsrechte der legislativen Faktoren, ſondern als Mandatar des Monarchen, welcher durch eigene Reſcripte und Verordnungen ihm dieſen übertragenen Wirkungskreis ad libitum, nach eigenem Ermeſſen, zugewieſen hat und ebenſo wieder entziehen kann. So erfloß ſogar im Verordnungswege die Regelung des Proceßverfahrens für die bürgerlichen Rechtsſtreitigkeiten der Ungarn und Szekler, die ſogenannte Tabularinſtruction. Die Tabularinſtruction für die königliche Gerichtstafel in M.-Vásárhely wurde im Verordnungswege ins Leben gerufen und ebenſo jene Behörde ſelbſt, und dabei auch das Gubernium mit Entſcheidungen aus allen Sphären der Juſtizhoheit des Monarchen betraut und aus dieſen wurden, gleichſam wiederum ad libitum, einzelne Gegenſtände anderen Gerichten übertragen. Die Competenz des Guberniums, wie ſie ſich da herausſtellte, iſt nicht ſowohl autonome Competenz in Juſtizſachen, als vielmehr eine Competenz der Polizeijuſtiz, bei Transeeſſionen, Prävarieationen, Streitigkeiten gewiſſer Gerichtsbezirke, Competenzconflicten und dergleichen mehr. Das Gubernium hatte in ſolchen Fällen nur inſofern eine Inſtanz auszumachen, als wiederum im Verordnungswege ihm übertragen wurde ſtatt des Monarchen, im Namen ſeiner Perſon, irgend etwas auszuüben, nicht aber, als wenn es dies erworben hätte für das Land und gleichſam als autonome Landesbehörde. — So wurde auch der Criminalprozeß, wie der Civilprozeß durch die Tabularinſtruction, im Verordnungswege geordnet und ein mehr geſicherter Rechtsgang hiedurch erzielt. Beiſpielsweiſe wurde beſtimmt durch das Hofreſcript, publicirt mit Gubernial-Verordnung, Z. 5731, vom Jahre 1791, Todesurtheile müßten Sr. Majeſtät unterbreitet werden; und Se. Majeſtät übte die höchſte Gerichtsbarkeit, war alſo die höchſte Inſtanz. Hierauf beſtimmte ebenfalls eine Gubernial-Verordnung, Gub.-Z. 647 aus dem Jahre 1798, daß der betreffende Fiſcal, dann wenn eine Criminalſtrafe auf 10 Jahre Kerker lautete, den Recurs an den Hof ergreifen müſſe; es war alſo gewiſſermaßen eine Erleichterung und Ausdehnung des Gnadenrechtes des Monarchen, ſo daß durch dieſen Recurs ein Inſtanzenzug entſtanden iſt, ſonſt hätte es keine Inſtanz gegeben und ebenſo keinen oberſten Gerichtshof für die Criminal-Erkenntniſſe, wie ſie durch die Gerichte des Landes geſprochen worden ſind. Später wurde feſtgeſetzt, daß der Fiſcal, auch wenn die Strafe nicht auf 10 Jahre Kerker, ſondern auf eine kürzere Zeit lautete, an das Gubernium recurriren müſſe, welches im Namen des Monarchen Recht zu ſprechen hat. Ich citire nur die Gub.-Z. 835 vom Jahre 1818. Später wurde beſtimmt, er müſſe recurriren auch bei dreijähriger Strafe, Gub.-Z. 1720 vom Jahre 1814, ferner bei zweijähriger Strafe, Gub.-Z. 3057 vom Jahre 1822, und endlich erſt im Jahre 1833 wurde feſtgeſetzt und wieder im Verordnungswege (Gub.-Z. 4318): es habe der Fiſcal bei allen Criminalſprüchen zu recurriren“.

[1]) Die Stelle überſetzt in meinen Materialien („Verfaßungsgrundgeſetze„ 1861) Seite 81.

tando, Causa transit in rem adjudicatam, exclusis omnibus Juridicis remediis, Executioni demandanda“ [1]).

[1]) Dieſer zweite Artikel von 1753 lautet:

De modo Appellationis, et Recursus e Dicasteriis, et Tribunalibus Judiciariis in Transylvania Superioribus, ad Thronum Suae Majestatis.

Appellatio est Juridicum remedium, quo Causa post Convictionem per Partem succumbentem a praesentia, et Judicio Judicis inferioris, cum debita reverentia maturioris revisionis gratia ad superiorem Judicem provocatur. Cujus usu in Foris Judiciariis inferioribus ex tenore Benigni Rescripti Regii, Die 14. Mensis Junii, Anni superioris 1754 ad Nos Status, et Ordines trium Nationum Haereditarii Principatus hujus Transylvaniae emanati, juxta dictamina Legum Patriarum in omnibus salvo permanente, clementer annuente sua Majestate sacratissima, Nobisque omnibus unanimiter consentientibus, pro majori securitate Causantium statuimus: Ut quemadmodum e Foris Judiciariis inferioribus pedaneis, ita etiam e Tabula Regia in Transylvania Judiciaria omnes Causae in merito (demtis Criminalibus in facto delicti deprehensis, et quae Juramento solius Actoris per adversam Partem submittuntur) juxta praescriptum Legis et receptas Patriae Consvetudines, in praesentiam Regii Gubernii vigore ordinationis Regiae Fori Revisorii in Forma Apostolorum cum plenitudine Actorum transmittantur. E superioribus vero dicti Principatus Transylvaniae Dicasteriis, ac Tribunalibus Judiciariis, Regio videlicet Gubernio, e Praesentia Statuum. et Ordinum Trium Nationum, ac Foro Productionali dictum Regium Gubernium, Tabulam Regiam, et Supremos Officiales ad mentem Compilat. Constit. Part. 5. Edicti 27. complectente, in realibus, mobilibus, et immobilibus juxta superius citati Regii Rescripti tenorem, et Resolutionis Caesareo-Regiae de Anno 1693 die 24. Mensis Maji emanatae Articulum 4. in eodem Rescripto Regio allegatum ter mille aureorum in Capitali Summa adaequantes, vel superantes, ita etiam in Personalibus signanter: Criminis laesae Majestatis, Perduellionis, Proditionis, et Statum, ac Tranquillitatem publicam respicientes Causae absque omni difficultate penes Appellationem pro Altissima Suae Majestatis Determinatione, ac Decisione submittantur.

Reliquae vero causae tam reales, quam personales e praememoratis superioribus Foris Judiciariis per viam Appellationis non transmittuntur; Recursus tamen ad Thronum Suae Majestatis non ex dictamine Legis, sed ex benigna Regia annuentia omnibus patet; ita tamen: ut convicti Recurrentes intra Decem et quinque Dies a Die latae Sententiae, Judiciariam Deliberationem contra se latam excipere; Actuarius vero finale Deliberatum sub sua manu (velut in inferioribus Foris Judiciariis ad extrahendas Novi Judicii, et similium Literas usus venit) citra moram, et difficultatem extradere sit obligatus, et ex ejus tenore sub trimestri Spatio Regium Mandatum ad inhibendam Executionem, et submittendam Transmissionem exorare, et extrahere obligantur, alias completo Trimestri spatio a 15. die latae Sententiae imputando, Causa transit in rem adjudicatam, exclusis omnibus Juridicis remediis, Executioni demandanda, nisi comprobaverint Regii

Sonderbarerweiſe iſt über dies Rechtsmittel keine Anweiſung in der Tab. Instr. enthalten[1]); wohl deshalb, weil der Recurs eigentlich nur an die Curia Regis, d. i. an den Fürſten (Hofkanzlei oder auch Gubernium), gewohnheitsrechtlich unter ſonſt üblicher Anmeldung, zumal wegen angeblicher Verweigerung gerechter Juſtiz, zu nehmen geweſen iſt; dort erhob man binnen 3 Monaten und 15 Tagen von der Hofkanzlei,

---

Rescripti, et Apostolorum extractionem non sua culpa ultra fatales illos terminos prorogatam esse.

In Causis juxta praemissa, ad mentem citati benigni Regii Rescripti Appellabilibus realibus ter mille aureos in summa capitali adaequantibus, vel superantibus, et Personalibus: Criminis laesae Majestatis, Perduellionis, Proditionis ac aliis superius pro Appellabilibus declaratis, si Appellans, a die Appellationis intra Trimestre spatium Apostolos extrahere, vel sollicitare posthabuerit, neque de sua sollicitatione Testimoniales producere valuerit, ad mentem benigni Regii Rescripti de Anno 1752. die 27. Mensis Julii ad Nos Status, et Ordines Trium Nationum Principatus Transylvaniae dati, pariter transit in rem adjudicatam, exclusis aeque cunctis juridicis remediis, executioni mancipanda.

In Casibus autem Notam infidelitatis inferentibus, et aliis Criminalibus convictus, seu per Appellationem, sive per Recursum ad Thronum Suae Majestatis Causam promoveat, ad mentem Approb. Const. Part. 4. Tit. 1. Art. 25. manebit sub secura custodia detentus, aut sufficientem praestat fidejussoriam Cautionem, donec ad mentem ejusdem Articuli supremam obtineat Causae decisionem.

Hoc tamen per expressum declarato, quod si convictus tam per Appellationem, quam per Recursum Sententiam contra se latam ad Thronum Suae Majestatis provocaverit, Fructuum medio tempore perceptorum, expensarum item, et fatigiorum refusioni in Casu succumbentiae obnoxius erit (excepto Fisco Regio, qui ad fructuum saltem medio tempore e Bonis fors per se apprehensis perceptorum restitutionem teneatur) vel si petitorie agat, intelligendo de privatis, et in omnibus Foris succumbuerit, a tempore latae in eadem Causa primum Sententiae secundum conscientiosam Ordinarii Judicis limitationem dictae Parti adversae expensas, et fatigia compensabit, absque tamen in utroque Casu Articulari poena ob recursum irroganda, salvisque Legibus Patriae, de Appellationibus editis. Hoc item pariter per expressum declarato, ne in simplicium Exceptionum objectionibus meritales, et Causae fundamentum constituentes allegationes, praesertim, et signanter, de competentia actionis praepostere, et sine bono ordine locum habeant, verum tales ad Causae meritum rejiciantur, alias tribus de Lege observatis Ordinariis Exceptionibus, ita et Peremptorialibus suo Loco et Ordine salvis permanentibus.

Hic itaque Articulus tam ratione Appellationis, quam etiam Recursus juxta benignam Anni superioris 1754. Die 14. Mensis Junii Regiam Resolutionem extenditur, et complecitur Causas Fiscales aeque ac Privatorum.

[1]) So erwähnt auch *Lad. Vajda v. Sóósmezö* in ſeinem Werke „Az Erdélyi Polgári Magános Törvényekkel való Esmeretségek' harmadik könyve" (Klauſenburg 1830) den Recurs gar nicht unter den Rechtsmitteln; — wohl aber *Dósa* am angegebnen Orte III. Seite 167, § 572.

binnen 2 Monaten vom Gubernium ein promotorium testimonium, — konnte aber auch daſelbſt ohne Strafgefälle innerhalb der erſten 30 Tage das Rechtsmittel wieder aufgeben oder niederlegen; — und verſchaffte ſich mittlerweile ſo entweder die Friſt einer gleichſam incidenten Adminiſtrativmaßregel (Informationseinholungen), oder konnte auch günſtige Entſcheidungen erzielen. (Cabinetsjuſtiz). Die hohen Verordnungen, welche den Gebrauch dieſes Rechtsmittels regelten, wurden nicht ſelten durch entgegenſtehenden Gerichtsgebrauch derſelben hohen Behörden anders interpretirt, oder wie Dósa ſagt (Seite 169) ... „hogy az illető felsőbbségek olyan esetekben is helyet adnak a folyamodásnak, melyekben a' kérdés alatti rendeletek szérint elejökbe folyamodást jelenteni sem lehetett volna“.

Wegen ungegründetem, und lediglich um den Proceß zu verſchleppen, ergriffenem Recurſe ſollte zwar die Articularſtrafe von 200 fl. verhängt werden; doch war es bei der milden Praxis vortheilhaft, dieſe nicht übermäßige Gefahr zu verſuchen.

§ 43. Das Novum Gratiosum (a' kegyelemmeli perujitás [1]).

Dies Rechtsmittel gehört eigentlich auf ein beſonderes Gebiet, denn es wurde nach verlornem Proceß extra dominium angeſtrengt. Seine Anwendbarkeit beruht auf der Anordnung namentlich folgender Geſetzesſtellen: Trip. II. Tit. 77. (vergl. auch Trip. III. tit. 11.) und § 143—148 der Tab. Instr. Daſelbſt lauten die Rechtsregeln:

§ 143. Remedium Novi Gratiosi, quamdiu Sententia Exequutioni mancipata non est: locum habere non potest: ast Exequutione peracta.

§ 144. Illud in omnibus Causis indifferenter etiam Fiscalibus, imo per Arbitros etiam definitis, nisi Partes in Arbitros compromittentes aliter convenissent, et omnem ulteriorem Processum per expressum forsitan exclusissent, locum obtinet; intuitu tamen Causarum contra Fiscum Regium movendarum observandum erit: quod cum Fiscus Regius super Bonis pure Fiscalibus extra casum Legis Approbatarum Constitutionum Partis 2-dae Tit. 8-vi Art. 3-tii Juri stare non teneatur, eo minus producere; hinc si quis Jus aliquod in talia Bona pure Fiscalia se habere putaret, humillimis suis precibus Nos accedat, oportet; si autem praetensio non circa naturam, aut corpora, et Jura alicujus Boni pure Fiscalis, sed circa Appertinentias, vel summam Inscriptitiam, aut Limitum extensionem versaretur, aut vero Causa super Bonis per Caducitatem ex defectu seminis, vel per Notam, aut varios Contractus (dummodo naturam, et qualitatem Bonorum Fiscalium nec in minimo tangant) ad Fiscum Regium pervenientibus moveretur, tunc Remedio Novi Gratiosi absque eo, quin eapropter precibus ad Nos recurrere necesse sit; locus utique erit, et Regius Fiscus tam penes Remedium Novi Gratiosi, quam etiam aliter modo legitimo in Jus vocatus in casu quidem, ubi de summa inscriptitia ageretur, coram Regio Gubernio veluti juxta Approbatarum Constitutionum Partis 2-dae Tit. 8-vi Art. 2-dum or-

[1]) Vergl. *Dósa* am angegebnen Orte § 585. Seite 186.

dinario ejusmodi Causarum Judice: in casu autem, ubi de extensione Limitum Causa moveretur, coram Statibus, aut Diaetis non celebratis, coram Regio Gubernio: in reliquis denique casibus coram Tabula Regia Judice Fisci Regii competente Juri stare, et respondere tenebitur.

§ 145. Quemadmodum de reliquis Novi Judicii speciebus dictum est, ita de Novo etiam Gratioso sciendum, quod Causa penes hocce Remedium coram Foro primae Instantiae suscitari debeat; quodsi tamen Causa in prima Instantia coram Foro Arbitrativo aut Dominali agitata fuisset, tunc coram Foro, ad quod e dictis duobus Foris per viam Appellationis Causa proxime deducenda, aut deducta fuisset, Causa institui potest, ac debebit; nisi quoad Forum Arbitrativum aliter fortassis inter Partes conventum fuisset.

§ 146. Si in Causa quapiam succumbens Remedio Novi Gratiosi Causam resuscitet, Causa ad Forum competens delata Pars penes dictum Remedium conventa Literas Sententionales et Acta per se veluti triumphantem exceptas, et recepta ad petitionem Novo Gratioso utentis exhibere, et reproducere tenebitur.

§ 147. Remedium Novi Gratiosi in una Causa semel tantum admittitur; si itaque is, qui Novo Gratioso usus est, penes hocce Remedium iterato in ipso Causae merito succumbat, perpetuum silentium eidem imponitur; quodsi vero Novum Gratiosum per Exceptionem duntaxat condescenderet, et Novizans non in ipso Causae merito succumberet, casu in isto Novum Gratiosum toties, quoties modo antelato condescenderit, de novo impetrari potest. —

§ 148. Novi Gratiosi Remedium intra 32 Annorum curriculum a die peractae Exequutionis computantum impetretur, vel, si impetrari interea non posset, ut facultas in Causa procedendi per legitimas, ac expresse eatenus interpositas protestationes sustentetur, necesse est; secus enim Remedio Novi Gratiosi utens Exceptione Praescriptionis ab acquisitione sua amovebitur; dictum est notanter: ac expresse interpositas: ad sustentationem enim facultatis Novo Gratioso utendi simplices Literae Revisionales, vel Generales Retractationes non sufficient; siquidem hae contra praejudiciosas abalienationes, inter quas illa Bonorum. Exequutio, et occupatio quae authore Praetore penes Sententiam legitime facta est, collocari non potest, communiter institui soleant.

Man durfte dies Rechtsmittel innerhalb 32 Jahren, als der Präſcriptionsfriſt, nach verlornem Proceße, ſelbſt wenn vertragsmäßig alle Rechtsmittel ausgeſchloßen waren, dennoch anwenden[1]), doch ſollte es nur einmal in merito geſchehn[2]).

Nachfolgend die Mittheilung eines Novum Gratiosum:

Ferdinandus etc. Fidelibus nostris, Spectabili ac Magnifico Supremo Judici Regio, Nobis Dilecto, Egregiis item et Nobilibus Vice Judicibus Regiis, Juratis Assessoribus, ac Notariis, toti denique Universitati Nobilium Sedriae Generalis Sedis nostrae Siculicalis Marus, Gratiam nostram Caesareo Regioque Principalem! Exponitur Majestati no-

[1]) Die Erben nicht ſolange der Sachfällige lebt nach Trip. II. 78.

[2]) Vergl. noch die Einſchränkung in Trip. III. tit. 6. § 1 und 2 und tit. 11. § 2. 3. und 4. und die Begünſtigung nach Approb. Const. II. tit. 8. art. 3. (vom Jahre 1650).

strae, pro partibus et in Personis Nobilium Foeminarum Agnethae Nagy, Nobilis olim Pauli Pataki de Désfalva relictae viduae, et Clarae Nagy Nicolao Kövendianae: Qualiter superioribus temporibus, Die videlicet 5-a Decemb. Anni Millesimi Septingentesimi uonagesimi noni, inter ipsas Exponeutes, ut Actrices ab una, ac Egregium et Nobilem Josephum Nagy de Kál, emeritum Vice Judicem Regium, velut Inctum, partibns ab altera, ratioue et praetextu rescissionis Contractus,— vi cnjus Nobilis Faemina Barbara Péter, Ladislai quondam Nagy de Kál, Patris, utpote Exponentium per tertia vota conjux, eaque simplex Dotalista, et Mater noverca, Haereditatem paternam in possessioue Kál, Sedi Nostrae Sicnlicali Marus ingremiata existentem, cum praejudicio successionis, dicto Josepho Nagy sub certis conditionibus transtnlerat, — coram vobis in Sedria vestra Generali, certa quaedam Causa, et Litis differentia orta, mota fuisset, — iu qua quidem Causa partibus litigantibns ad ulteriora procedentibns. Die sexta Decembris Anui Millesimi Octingentesimi — competentia Fori stabilita exstitisset — quaestionibus Actricatns, die prima Septembris Anui Millesimi Octingentesimi primi, — Processns, Die Vigesima Secunda Maji Anni Millesimi Octingentesimi Secundi, ad cansae meritum rejectis, — Exmissione ad Evictorem statuendum Dio Vigesima Octava Januarii Anni Millesimi Octingentesimi tertii coucessa, — Die taudem Duodecima Februarii Anni Millesimi Octiugentesimi Sexti, ex eo, quod anuotatae Exponeutes tempore discussionis et adjudicationis causae praemissae, certas quasdam rationes, allegationes, respousiones et Docnmentum, quae in stabilimentum causae hujus, coram vobis proponere, ac in medium proferre debuissent, utcnuqne omisisseut, grave nimis et onerosum eisdem Exponentibus pronunciassetis in merito Judiciuin; quod via solitae Appellationis, Die Decima Septima Novembris Anni Millesimi Octiugentesimi Octavi — per Tabulam uostram Regiam Judiciariam; Die vero Decima Quarta Maji Anni Millesimi Octingeutesimi Vigesimi Quarti — per Gubernium nostrum Regium, approbatum exstitisset, vi cujus Judicii Inctus Josephus Nagy de Kál, ab acquisitione Actricum absolvendus decretus fuisset, consequenter Exponentes inactionatam paternam Haereditatem Siculicalem Kálensem consequi minime valuissent. — Cum tamen, si ipsae Exponentes ejusmodi defectibus praepeditae non fuissent, causaeqne snae debito, prout debebant, modo invigilare, et superattendere potuissent, sperassent se longe aliud, Juribusque suis magis proficuum, causa in praemissa, a vobis habere potuisse Judicium, prout posse sperareut etiam de praesenti. — Supplicatum itaque exstitit Majestati nostrae pro partibus et in personis annotatarum Exponentium debita cum Instantia humilime, — quatenus Nos eisdem de oportuno et condigno Juris remedio, via videlicet Judicii uovi Gratiosi, ex potestatis nostrae Principalis plenitudine gratiose providere dignaremur, nec pateremur easdem Exponentes, per praescriptum suum errorem, in praemissis suis justis Juribus inprovise destitui. — Undo Nos hujusmodi dictarum Exponentium supplicatione clementer exaudita, et faventer admissa, cum ex suscepti Principatus nostri officio, hujusmodi novi Judicii nostri Gratiam semel unicuique largiri, et gratiose concedere soleamus, ac juxta contenta Decreti universi casus, et errores litigantium in processibns causarum qualitercunque emergentes, virtute Literarum nostrarum novi Judicii Gratiosarum, semel iu melius reformari possint atque soleant, eisdem Exponentibus de speciali Gratia nostra,

et ex potestatis Principalis nostrae plenitudine gratiose annuendum duximus et concedendum; quatenus ipsae causam suam rursus vestri in praesentiam reducere, per vosque noviter assumere, et coram vobis in eadem novas propositiones, allegationes, et Exceptiones facere, probabilia Documenta producere, Litteras non exhibitas exhibere, revocanda revocare, errorem commissum emendare, defectum omissum supplere, ac ea omnia quae Juri et Justitiae, ac defensioni et sublevamini causae suae proficua et conducibilia esse cognoscentur, noviter peragere, novumque Judicium a vobis habere et recipere, — ac si hujusmodi novo Judicio vestro contentae esse noluerint, causam eandem simul cum tota sua serie et processibus exinde qualitercunque subsecutis, maturioris revisionis et sanioris discussionis gratia, eo, quo mos et consvetudo vestra requirit antiqua, appellare, provocare et prorogare possint, ac valeant, — prout annuimus et concedimus praesentium per vigorem. Proinde vobis harum serie committimus, et mandamus firmiter, quatenus acceptis praesentibus, non obstante priori ejusdem causae processu, prioreque Judicio vestro, et Sententia vestra superinde lata, atque pronunciata, vos in uno certo eoque brevi termino per vos partibus ipsis praefigendo, eisdemque partibus, vel earum Procuratoribus legitimis vestri in praesentiam legitime accersitis, atque convocatis, causam partium praedeclaratam, denuo et ex novo vestri in praesentiam, assumere, in eaque primum auditis Partium universis novis propositionibus, allegationibus, exceptionibus et responsis, admissis etiam, si necessum fuerit, Testibus quibusvis fide dignis, et probabilibus Documentis, secundum Deum et ejus Justitiam, novum Judicium, novamque Deliberationem, et Juris revisionem, ac discussionem, virtute harum Litterarum nostrarum novi Judicii Gratiosarum, eisdem administrare, ibique, quod Juris et Jnstitiae dictaverit ordo, facere, exequi; — casu vero, quo, si praefatae Exponentes, vel Procurator ipsarum legitimus, hujusmodi novo Judicio, novaque Deliberatione vestra contenti esse noluerint, extunc vos causam eandem cum tota ejus serie hujusmodi novae adjudicationis et revisionis vestrae, ac processibus exiude qualitercunque subsecutis, absque ullo onere, ac difficultate annotatarum Exponentium, fine maturioris revisionis, et sanioris discussionis gratia, eo, quo mos et consvetudo vestra requirit antiqua, transmittere modis omnibus debeatis ac teneamini. Secus non facturi. Praesentibus perlectis. Exhibentibus restitutis. Datum etc.

V. Die Beendigung des Proceßes.

§ 44. Der Beginn der Execution (a' végrehajtás[1]).

Abgeſehn von jenen Arten der Beendigung eines Rechtsſtreites, welche ſich aus der Depoſition der Klage (perletétel), aus dem Vergleiche oder der Transaction (per közti béke), und aus der Frei-

[1]) Vergl. *Dósa* „Erdélyhoni Jogtudomány“ III. Seite 175, § 578. Der Verfaßer jenes für den ſpeciellen Bedarf ſehr brauchbaren Werkes, gibt zu ſeiner allgemeinen Lehre des Proceßrechtes noch eine weitre überaus ſchätzenswerthe Darſtellung der beſondern Proceßgattungen und Arten, welche hier bei andrer Behandlung und Abſicht übergangen werden müſſen.

ſprechung oder Abſolution (felmentés) des Beklagten ergeben, iſt es die eigentliche Execution (végrehajtás), welche den Schluß des gerichtlichen Verfahrens in den meiſten Fällen bildet.

Die Execution erfolgte im Sinne von Approb. Const. IV. tit. 10. und Comp. Const. IV. tit. 5. entweder „penes deliberatum vel Sententiam“, oder „penes contractum“, oder „penes articulum“. Sie iſt im erſtren Falle die Vollführung jenes richterlichen (ausgeſprochnen und herausgegebnen[1]) Urtheils, gegen deſſen Gültigkeit keine Rechtsmittel intra dominium weiterhin zuläßig geweſen ſind[2]).

In der Regel kann die Execution nur durch geſetzmäßige Executoren[3]) nach vorausgegangnen Förmlichkeiten[4]) im eignen Jurisdictionsſprengel vollzogen werden und muß der Inhalt der hierauf bezüglichen Mandate genau beobachtet werden, widrigenfalls entweder Rechtsmittel dagegen ergriffen werden konnten, oder die Verbeſſerung der Fehler durch Reportation bewirkt wurde (végrehajtás jobbitása). — Die Reſuscitation als feleleventés. —

Die vom Obſieger ausgewählten oder erbetnen[5]) Executoren waren die bei den betreffenden Behörden und Aemtern hiezu als Commiſſäre verwendbaren Amtsperſonen[6]), oder auch jene homines regii, welche aus den loca credibilia der Capitel und Convente entſendet worden ſind[7]).

---

[1]) Vergl. außer früher Erwähntem beſonders Uladislaus II., Decret. I. 69. 2. und Mathias I. Decret. VI. 20. Vergl. auch Uladislaus II. Decret VI. 1.

[2]) So heißt es in Approb. Const. IV. tit. 12. art. 1. . . . és igy a' Joszágoknak el-foglalása nem külömben, hanem a' Törvények decisioja után . . . legitimus Executori által“ . . . Nach eben demſelben Geſetz werden geſetzwidrige Executionen oder die Verhinderung der rechtmäßigen beſtraft. . . . „Az Exeeutiokuak turbalásában a' Missile Mandatumok erötelenek légyenek, aſtéle illegitimumokkal igyekezök, a' fellyeb meg-irt módok szerént büntettessenek“. Vergl. noch Appr. IV. tit. 14. art. 5. (. . . „executiojok-is pedig usque ad decisionem az ollyan causáknak ne lehessen“. . . vom J. 1640) und bezüglich der Execution binnen Jahresfriſt oder der ſonſt nöthigen „Resuscitatio“ Approb. Const. IV. tit. 1. art. 9 vom Jahre 1640 (. . . az Executióknak elég ideje vagyon Esztendö alatt, Remediuma-is lehet a Resuscitatio“. . .). Vergl. Trip. II. 57. § 5 und 6.

[3]) Sonſt tritt die Artieularſtrafe ein nach Approb. Const. III. 11. 3. u. a. O.

[4]) So auch ſolenne Ausfertigung höhrer Urtheilsſprüche. So im Sinne von Approb. Const. IV. 1. art. 35 und § 209 der Tab. Instr. (vergl. auch Trip. III. 7. § 1. 2. 3.) die Einhaltung gewißer Friſten bis zur Herausgabe dieſer oder jener Urtheilsſprüche u. dgl. m.

[5]) Comp. Const. IV. 5. 2. von 1655 „Mint az Inquisitio dolgában, ugy az exeeutioban-is in arbitrio exponentis légyen, kit akarnak Regiusnak iratni, tsak légyen ordinarius és arra competens személy és executor“.

[6]) Vergl. Approb. Const. III. 8. 1. und Praxis.

[7]) Vergl. Approb. Const. IV. 18. art. un.

Sie mußten bei Amtsverluſt und Articularſtrafe genau ihre Obliegenheiten erfüllen[1]) und durften ſich nicht durch illegitima mandata aufhalten laſſen[2]). Die herkömmlichen erforderlichen Mandate waren:

a) Das Certificatorium[3]) nach Approb. Const. IV. 10. 1. und Comp. Const. IV. 5. 2, ſowie 8 : 1643, ausgenommen der Fall von Comp. Const. III. tit. 11. art. 3. von 1667, wo es am Ende heißt ... „tehát a' damnificatusok a' Deákok által nulla praehabita certificatione vigore saltem praesentis Articuli exclusis omnibus juridicis remediis, exequáltathassák az ollyan exorbitáló Tiszteken".

b) Das Exequutionale nach Approb. Const. IV. 9. 5. und Comp. Const. IV. 5. 2. Statt deſſelben dienten bei den untern Behörden auch nur die einfache Sentenz (Deliberatum), oder ein hiezu tauglicher Vertrag (Contractus), wornach die Execution vorgenommen werden ſollte.

c) Das Convocatorium (oder eine ſtellvertretende Siegelvorzeigung). Es werden dadurch die Nachbarn (commetanei et vicini) als Zeugen vorgerufen (nach Comp. Const. IV. 5. 3. und 1.), etwa in der Anzahl von ſieben Perſonen[4]).

Nach dieſem Beginne der Execution wurde das Verfahren weiter fortgeſetzt. —

§ 45. Der Vollzug der Execution.

Nachdem ſolcher Art die eigne oder nöthigenfalls die mittels eines Erſuchſchreibens (compassus) angegangne Jurisdiction[5]) die einleitenden

---

[1]) Approb. Const. IV. 9. art. un. (erſter Abſatz) und Approb. Const. III. 42. 2; Comp. Const. IV. 5. 2. ſowie Approb. IV. 10. art. 1. ſowie IV. 1. 8.

[2]) Vergl. Approb. Const. IV. 12. art. un. und IV. 10. 1. (ſiehe auch Trip. I. 14. 13. wo diejenigen welche „Executores" verletzen, mit der Nota belegt erſcheinen). Wer blos mit Worten verletzte, ſollte eine Goldmarke (72 fl.) Strafe zahlen nach Uladisl. II. Decret V. 9.

[3]) Der Sachfällige wird acht Tage früher certificirt (in den partes 15 Tage früher); — abgeſehen von eigentlichen Feiertagen war die Zeit der Gerichtsperioden von keinem derogirenden Einfluße. Waren zur beſtimmten Zeit die Executoren verhindert, ſo genügte eine 3 Tage früher erlaſſne Notification.

[4]) Vor dieſer mindeſten Anzahl wurden die bezüglichen Executionsurkunden vorgeleſen und erklärt, wie etwa das Urtheil oder die ausführlichen höhern litterae sententionales, oder der hiezu berechtigende Vertrag, oder gleicherweiſe jener Geſetzartikel, — (jenes Municipalſtatut) — und was als Verletzung vorgefallen ſei. Zu alledem mußte man haben — und hatte man — die Zeit der Verſchwendung.

[5]) Trip. II. 65. § 2. u. a. O.

Schritte, ohne Verhinderung[1]), vollführt hatte, kann es zur Auswahl und Schätzung[2]) der Executionsobjecte.

Es konnte hiebei entweder ein brachium civile (polgári hatalomkar) oder des Widerstandes wegen ein brachium militare (katonai hatalomkar) in Anspruch genommen werden (vergl. § 113 der Tab. Instr.; hier §. Repulsio u. a. O.[3]).

Die Executoren überantworten nun das vermöge Urtheils zugesprochne oder als Hypothek vertragsmäßig verfallne Gut dem Obsieger[4]) (assignatio nach 15 Tagen abgewarteter Rücklösung); — oder es hat nach Umständen die Befriedigung durch bewegliche Güter so zu erfolgen, daß sie gewöhnlich in natura gut verkäuflicher Sachen für den Obsieger ausgeschieden werden[5]).

---

[1]) Ohne Inhibition oder Repulsion, vergl. § 101—102 der Tab. Instr. u. s. w. (ferner Uladisl. II. Decr. V. 19. § 2 und Appr. Const. IV. 10. art. 1.)

[2]) Siehe den Paragraph im „Privatrecht" über die aestimatio communis, legalis, judicialis und conventionalis. (Vergl. Trip. I. 89. und 134. sowie II. 56. u. a. O.)

[3]) Vergl. Uladislaus II. Decret VI. 5. 1.; Ludwig II. Decr. II. 5. 4. und Approb. Const. IV. 1. art. 5 und 33. u. a. O.

[4]) Doch kann der nicht anwesende Sachfällige es nach § 124 der Tabul. Instr. (Approb. IV. 1. 17.) binnen 15, abzuwartenden, Tagen rücklösen (siehe vorige Paragraphe).

[5]) Vergl. Comp. Const. IV. 15. und Approb. Const. IV. 4., welche letztre Stelle hier mitgetheilt wird:

A dósságról.

Articulus I. Az adósság dolgából valakinek mint vagyon az ö kötése és végezése, azon szerént légyen az elég-tétel-is; egyébiránt a' Városokon illyen mód tartassék: hogy ha valaki az ö adóssát az elégtételre nem vihetné külömben, competens Bírája eleibe idézze, annak szokott rendi szerént, és hogyha az adósság meg-valoságosodik, a' Bírák mindjárt elégtételt szólgáltassanak az adósságot keresö félnek: ebben pedig sem pár vétel, sem egyéb le-szállitásra, avagy halogatásra való út ne engedtessék; hanem-ha a' dologban valami olly homály vólna, mellyen a' Bírák jó lelkek-esméreti szerént el-nem igazódhatnának; e' történetben, a' dolognak megvilágositására 's bizonyitására 15-töd nap adattassék, és akkor végsöképpen el-igazitassék, compertaque rei veritate, egyszersmind a' keresö fél meg-is elégittessék. Az elégtétel pedig nem valami haszontalan és többire semmire kellö gaz marhából légyen, hanem az adósnak örökségén kivül ha találtatnak ezüst, arany, és pénzbéli javai, bora és buzája, azokból légyen, mellyeknek-is el betsüllésére a' betsüsök hittel légyenek kötelesek, kik akár in excessu, akár in defectu ha fogyatkozást tésznek, azon helybéli Tisztek elött exponalván a' dolgot, mindjárt peremptorie meg-itéljék, és ha comperiáltatik a' vétség, in fl. 200 convincaltassanak külön-külön, mellynek két része a' Bíráké, harmada a' panaszló félé légyen; insuper a' mellyik félnek kárt tésznek, az ö igaztalan betsüjökkel, az-is refundaltassék toties quoties: mellyek nem találtatván, avagy fel-nem érvén

Reichen ſie zur Befriedigung nicht aus, werden die erworbnen unbeweglichen Vermögensobjecte ergriffen, endlich wie es im § 60 des Privatrechts angegeben iſt, können auch pfandweiſe das Aviticalvermögen und Donationalgüter in die Belaſtung gezogen werden[1]). (cf. 51 : 1791). Zuletzt haftet der Schuldner ſogar mit ſeiner eignen Perſon[2]).

---

az adósnak örökségéből légyen az elégtétel; ha pedig az-is fel-nem érné, személyében-is meg-fogassék az adós, melly igazitásnak módjáról a' Tisztek hiteles testimonialist-is adjanak. Hogy-ha pedig a' Bírák az elégtételt-is el-mulatnák, vagy testimonialist-is nem adnának, szabadoson a' káros ember, akárhol azon Városbéli vagy Falúbéli embert arestalhasson, a' hová való Bírák az elégtételt el-mulatták. Ez igazitásnak módja néz a' külsö rendekre, egyéb-iránt a' Városoknak és Szász Székes helyeknek lakosi, éljenek a' magok eddig való Privilegiumokkal magok között és törvényekkel, az hol tudnillik afféle dolgokról való régi és ez ideig meg-tartott Privilegiumok vóltanak, és vannak; egyéb-iránt a' Privilegiumok nélkül bé-tsúsztatott abususok ezen meg-irt módhoz alkalmaztassanak.

Articulus II. Száz forintban álló adósságnak kereseti pediglen; minden meg-külömböztetés nélkül, az országnak minden rendei között, minden Exceptio, pár vétel, Appellatio (az egy Exmission kivül, az-is pedig tsak homályos dolgokban) és minden törvénybéli remediumok kivül meg-itéltessék, és executióba-is vétessék, semmi haladékra való útak, módok, affélékben ne engedtessenek: a' mint ennek egyéb processusi bövebben-is meg-irattattak a' zálogokról való Seriesben. Ezenkivül való dolgokban és adósságokban, a' Vármegyék és Székelység maradnak a' Decretum és eddig observáltatott jó ususok mellett.

[1]) In andern Jurisdictionen nach Approb. Const. II. 12. 3. u. III. 47. 12.

[2]) Comp. Const. IV. 15. und 16. Dieſe bemerkenswerthen Geſetzesſtellen mögen hier ihren Platz finden:

TITULUS XV. Adósság meg-vételéről.

Articulus I. Hallatnak és vannak illyen dolgok-is, hogy az Ecclesiáknak és priváta personaknak-is e' mostani fel-háborodott időkben, 's az előtt-is vévén fel jovokat, és pénzeket, sub spe futurae restitutionis némellyek, (noha némellyek részéről erös Reversalisok és Obligatoriák-is extálnak) ha kérik; még törvényre igazitják, úgy procrastinálják dolgokat, puszta köfallal és dibdáb eszközökkel akarván contentatiot tenni; Végeztük az illyenekről, hogy literis vel humanis comprobálván és verificálván az adósságot, hogyha az ollyan adós ad simplicem requisitionem megadja, jó; alioquin az ollyan helybéli Tisztek, a' hol comperialtatik a' Debitor, defacto contentálják a' Creditort de rebus mobilibus, illis vero non sufficientibus etiam de rebus immobilibus; ha az is nem lenne, magát-is a' Debitort meg-foghassák: és ha medio tempore interest adtak vólna-ismeg, a' derék summába ne tudják; és ha a' Tiszteken mulnék-el, hogy nem extorqueálnák, toties quoties, in poena Articulari convineáltassanak, és a' Director exequáltassa-is rajtok azon poenát ezen Articulusunknak erejével, minden remediumokat ebből ki-kötvén. Ha pedig a' Debitorok difficiáltak vólna, azokra szálljon az adósság, kikre a' Debitornak javai szállottak: és valamint a' külsö Nemesség 's egyéb rendek-is adósságo-

Gleicherweiſe haften auch die Executionsgebühren auf den in

kat ez Articulusnak vigorával extorqueálják a' városi rendeken; úgy azok-is meg-vehessék a' Nemesi és más állapotbéli rendeken ez Articulusunknak vigorával: ha ki pedig kötés és kezes levele szerént akar procedálni, arbitriumában hagyatik a' Creditornak.

TITULUS XVI. Arestrumról.

Articulus I. Mivel az Arestumnak alkalmatosságával sokan e' Hazában meg-kárósittattak, nagy confusio lévén az Arestumnak és Potentiáknak dolgából közöttünk; hogy azért mindenek közt meg-légyen világositva az Arestum 's a' Potentia, Nagyságod Kegyelmessége-is accedálván declarálni szükségnek ítéltük: A' Potentia azért az; midön valaki sem Bírákat, sem egyéb Tiszteket nem requirál valamelly embernek meg-fogása; vagy valamelly marhájának, vagy javainak el-vétele felöl; hanem maga tulajdon erejével authoritásával meg-fog valakit, vagy javait el-vészi és foglalja; az illyen nem Arestum. Ellenben az Arestum az, midön valaki valamelly városnak, vagy falunak és helynek requirálván valakit személyébeu, vagy javaiban meg-tart, mellyböl-is sok alkalmatlanság szokott ki-jöni, az arestáltató, vagy arestaló, és az arestáltatott személyek között, mellyböl-is gyakorta búsúlások, söt károk-is következnek mindenik félre. Melly-is hogy ezután abolcáltassék, az árestálás dolgában illyen mód observáltassék, úgy-mint: Nemes embert nonnisi in flagranti crimine tartoztassanak-meg akárki instantiájára-is, a' kinek Nemessége világoson coustál a' Tisztek elött a' Decretum szerént; hogy ha pediglen olly igeu ismeretlen személy vólna, kiuek Nemessége senki elött-is bizonyoson nem coustálna, annak meg-fogásában a' mi törvénytelenség esik, annak büntetése szállyon az Arestáltatóra, az ide alább meg-irt mód szerént. Paraszt embert gyanóra-is szabad légyen meg-fogatni, az elébbeni Articulusok szerént; hogyha pedig valaki nem gyanóra, hanem másképen tartoztatna-meg valamelly paraszt embert a' Tisztek ereje által, 's a' törvény szerént Nap-fényre jöne az arestáltatott személynek igazsága, nem a' Bíró, a' ki más kénszeritéséböl tartoztatta-meg, hanem az arestáltató személy convincáltassék minden poenan, valamit az ideig az arestalón kereshetett vólna a' meg-bántódott fél. Hasonló processus observáltassék annak a' Nemes embernek arestálásában-is, a' ki tellyességgel ismeretlen lévén valamelly helyben, úgy találna esni arestnm alá, nem tudván senki az ott valók közzül Nemességét. Az-is meg-eshetnék, hogy valamelly értetlen ember arestáltathatna valakit, annak-utánna oda hagyná perit 's amaz arestáltatott személy méltatlan szenvedne a' meg-fogató miatt: azért az illyen Casnsban szintén úgy poenákat felelhessen hozzá az arestáltatott személy a' Törvény tévök-is itéljék-meg, mintha jelen vólna az az arestáltató ember: adjon sententiat-is ki az arestáltatott embernek a' törvény-tévö, mellyel valahol találtathatik az, a' ki ötet arestálta vólt, annak a' helynek Tisztei tartozzanak executiót tenni a' sententiának continentiája szerént.

Articulus II. Vannak affelett sok tsalárd adósok-is, kiket ha a' Creditor meg-perel és ha meg-nyer-is, de a' sententiával executiot ellene vagy nem tehetnek, vagy tenni nem akarnak némellyek; azért végeztük, hogy valakik törvénnyel convincálják az adósokat, arról költ sententiával tehessenek executiót rajta, tudnillik, a' convictuson, valahol találtatik.

Mitleidenſchaft gezognen Vermögensobjecten[1]); — nach Vollendung dieſes Executionsgeſchäftes wird ein von den Zeugen mitunterfertigtes Inſtrument (die series executionis) ausgeſtellt, oder es geſchieht in mindern Fällen eine ſonſt übliche Kenntnißnahme des bezüglichen Ausweiſes[2]) und haben endlich die Executoren über die Art und Weiſe des vollzognen Auftrags ihren ämtlichen Bericht zu erſtatten[3]), oder in mindern Fällen die übliche Praxis zu beobachten.

Das Beiſpiel einer Relatoria Executionis ergibt ſich aus nachfolgendem Stylmuſter:

Sacratissima Caesareo Regia, et Apostolica Majestas!
Domine Domine nobis Clementissime, Benignissime!

Vestra clementer nosse dignetur Sacratissima Caesareo Regia, et Apostolica Majestas, quod nos Litteras ejusdem Majestatis Vestrae Sacratissimae Adjudicatorio Sententionales *(vel Praeceptorio Exequutionales)* pro parte *(uti in aliis Relatoriis)* receperimus in haec verba:

FERDINANDUS etc.

Quibus Litteris Majestatis vestrae Sacratissimae Adjudicatorio Sententionalibus *(vel Praeceptorio Exequutionalibus)* humilime receptis, nos iisdem in omnibus, uti tenemur, et par est, obedire, satisfacereque volentes — anno isthoc praesenti T. die T. mensis T. in ipso videlicet octavo praemissae, penes alias Litteras Majestatis vestrae Sacratissimae

---

Mind a' fellyebb meg-írt Casusokban pedig tellyességgel abscindáltassanak a' remediumok. Lévén ez a' szokás-is a' Regius funduson lévõ Városokon és Falukon, hogy némellyek megfogatván valamelly embereket, törvényire rá nem mennek, és igy a' fogoly sok ideig a' fogságban nyomorog, söt meg-is hal a' fogságban. Végeztük azért Nagyságod kegyelmes tetszéséből, hogy ha kik foglyokat tartatnak-meg, ad quindenam mennyenek reá, ha elébb nem-is; egyébaránt botsáttassék-el a' fogoly, hogyha pedig maga a' ki meg-fogtatta, reá nem érkezhetnék; mindazonáltal levele által tudósíthatná, vagy egyébaránt-is a' Tiszteket annak módja szerént arról, hogy tovább-is tartsák-meg a' foglyot újabban, mivel rá akar menni, in tali Casu post quindenam, nyóltzad napig újjabban tartsa-meg a' Tiszt; de akkor osztán végképen igazodjék-el dolga, tovább semmiképen ne tartassék; hanem vagy convincáltassék, vagy el-botsáttassék.

[1]) Vergl. aus dem § 178 der Tab. Instr. die bezüglichen Stellen (ſiehe hier § 30. Tagen). Vergl. Approb. Const. III. 47. art. 18. und V. edict. 52. (über Artiularſtrafe von 200 fl. u. ſ. w. ſowie Schadenerſatz).

[2]) Vergl. Trip. II. 74. 10. und Praxis.

[3]) Wollte man ſpäter aus den in der Relatoria nachgewieſnen Executionsfehlern einen ſogenannten Reportationsproceß anſtrengen, durfte man dies innerhalb 32 Jahren, als der Präſcriptionsfriſt thun. Vergl. *Vajda v. Sóósmezõ* „Az Erdélyi Polgári Magános Törvényekkel való Esmeretségek“ harmadik könyve .. (Elsö Rész) 1830. IV. Band, Seite 274 § 137 und bei *Dósa* „Erdélyhoni Jogtudomány“ 1861 III. Seite 185 § 584.

praeceptorio Certificatorias, contra memoratum Nobilem T. de T. Certificationis die, in et ad possessionem T. comitatui T. adjacentem *(vel ingremiatam)*, consequenterque ibidem in et ad facies curiae nobilitaris memorati T. de T. in vicinitatibus T. T. situatae, et exstructae, cum praeinsertis Majestatis vestrae Sacratissimae Adjudicatorio Sententionalibus *(vel Praeceptorio Exequutionalibus)* accessimus, vicinis, et commetancis vigore aliarum Majestatis Vestrae Sacratissimae praeceptorio Convocatoriarum praevie legitime convocatis, et inibi praesentibus, utpote:

(Hic describatur aetas, et conditio cum nominibus, et cognominibus eorum).

Cum his omnibus ante portam dictae Curiae nobilitaris subsistentes, — exhibitis, et perlectis

a) Praeinsertis Majestatis Vestrae Sacratissimae Adjudicatorio Sententionalibus *(vel Praeceptorio Exequutionalibus)* tandem

b) Litteris super octavali *(quindenali)* Certificatione Relatoriis, — iisque ad captum, et intelligentiam vicinorum, et commetaneorum ibidem praesentium, explanatis — vigore earundem Litterarum Sententionalium *(vel Praeceptorio Exequutionalium)* nemine contradicente, inhibente, eo minus repellente, eamdem toties fatam Curiam nobilitarem cum suprafatis vicinis, et commetaneis intravimus, et cum universis appertinentiis via legitimae Exequutionis occupavimus, et e manibus Incti convicti abstulimus, ac manibus partis triumphantis ibidem praesentis tenendam, possidendam pariter, et habendam assignavimus, et per manus transposuimus — parte etiam convicta hujusmodi Executioni in reliquo semel submittente — *(vel continuandum post vocem: occupavimus)* et in signum admissae Exequutionis, perticam tandem erigi fecimus; quibus sic se habentibus etc. *(describatur cursus Executionis: adnectatur specificatio expensarum, et concludatur hoc modo).*

Cujus quidem praemissae hujusmodi Exequtionis nostrae seriem, prout eadem, per nos etc. (wie am angegebnen Orte bei der Evocatorio Relatoria, hier Seite 27). *(Si Exequutio Repulsione fuerit obviata — post vocem explanatis, sic est continuandum)* dum juxta tenorem, et continentiam ejusdem Mandati Exequtionalis *(vel Sententionalium)* exequutionem peragere, ac super praemissis plenariam antelato Exponenti satisfactionem e praerepetitis bonis impendere, ac procurare, impendique, ac procurari facere voluissemus, extunc memoratus T. personaliter coram nobis adstans, elevato baculo prae manibus habito, velamine violentae repulsionis praesenti Exequutioni nostrae obstitit — taliterque nos ab impendenda satisfactione impedivit, *(vel sic)*. Cum modo consveto executionem tentare voluissemus, extunc nobilis T. provisor mentionati T. in nomine, et persona praefati sui Domini principalis, nos violentae Repulsionis velamine ab Exequutione impedivit, nec ultra progredi permisit, elevato baculo prae manibus habito, dicens: repellálok s. a. t. — ob hoc nos quoque una cum vicinis, et commetaneis a facie curiae nobilitaris toties memorati T. ubi substiteramus, recessimus.

Quibus sic se habentibus, cum jam nihil praeter specificationem expensarum, et fatigiorum, eorundemque per nos fiendam legitimationem superesset, easdem expensas specificavimus, et legitimavimus in punctis sequentibus:

(Describatur expensarum specificatio, et concludatur).

Cujus quidem praemissae hujusmodi Executionis, remedio Repulsionis *(vel violento oppositionis)* velamine obviatae seriem, prout eadem etc. (wie am Schluße der Stylmuſter Seite 26—28 angegeben iſt).

(Si post repulsionem, Evocatio necessaria esset, post vocem substiteramus, sic est continuandum) recedentes — illico eadem ipsissima die, in et ad domum providi T. coloni praefati Nobilis T. in eadem dicta possessione T. comitatu T. in vicinitatibus T. et T. existente habitam accessimus, ibique, coram eodem Provido T. personaliter reperto, tenorem, et continentiam praeinserti Mandati Majestatis vestrae Sacratissimae Praeceptorio Executionalis, signanter post verba: alioquin evocetis, de verbo ad verbum perlegentes, et ad plenarium ejusdem T. intellectum explicantes, medio ejusdem T. saepefatum Nobilem T. de T. juxta tenorem, et continentiam earundem Litterarum Majestatis Vestrae Sacratissimae Praeceptorio Executionalium pariter, et Evocatoriarum, evocavimus in Tabulam Majestatis Vestrae Sacratissimae Regiam, in Transylvania, partibusque eidem reincorporatis Judiciariam, Vestrae scilicet Majestatis Sacratissimae in praesentiam ad 8-um (vel 15-um) diem a die hujusmodi Evocationis nostrae legitime computandum, rationem interpositae Repulsionis suae redditurum efficacem, juxta processum alias in similibus observari solitum, ratione praevia coram latius declaranda — certificantes una eundem ibidem medio antelati T. quod sive ipse termino in praefixo, modoque praedeclarato coram Majestate Vestra compareat, sive non; Majestas tamen Vestra Sacratissima, praedictaque Tabula Regia Judiciaria, partis comparentis ad instantiam, id erit factura, quod Juris, et Justitiae dictaverit ordo. Ad quam Evocationem, et certificationem nostram idem T. respondit taliter: megmondom etc.

Cujus quidem hujusmodi tentatae a nobis, *(vel medio nostri)* sed per memoratum T. remedio Repulsionis impeditae Executionis, exindeque subsequutae Evocationis, et Certificationis nostrae seriem prout eadem etc. (wie am Schluße der Stylmuſter Seite 26—28 angegeben iſt).

Nachwort.

Ein Stück Mittelalter tritt dem Leſer entgegen. — Was in unſerm neunzehnten Jahrhundert geſchehn, hat manche Kennzeichen des fünfzehnten an der Stirne. Welche Förmlichkeiten und welche Rechtsmittel häufte das ungariſche Proceßverfahren, während in Mitteleuropa die Rechtspflege immer mehr dahin gerichtet wurde, ſchnell, ſicher und wohlfeil der Partei die Durchſetzung ihrer Anſprüche möglich zu machen. Hier ſollten adlige Behörden veranlaßt, adlige Streittheile begünſtigt ſein, um, im Zuſammenhange mit ſtaatlichem Donationsſyſteme und privatrechtlicher Aviticität (Gebundenheit vererbter Güter) den Verluſt thatſächlicher Sachenherrſchaft möglichſt lange hintanzuhalten, dem Geklagten Schutz zu gewähren. Es liegt hierin der Grundſatz ausgeſprochen, daß ſein Proceßrecht das maßgebende ſein ſolle, wie ja überhaupt ehmals das Beweisrecht des Beſchuldigten als Vorzug betrachtet und nicht die Beweispflicht des Klägers als Richtſchnur angeſehn worden iſt.

Ueber dieſe Eigenthümlichkeit des Proceßes mögen die Vorträge Grund und Weſen, Erfolg und Fortentwicklung zur Darſtellung bringen.

Ueber das vorliegende Buch ſelbſt habe ich nur Weniges zu ſagen. Ich halte nicht dafür, daß die Wiſſenſchaft eine Magd der Politik ſein ſolle, habe alſo und werde, wo es dem Lehrzwecke, die Wahrheit zu erforſchen, dienlich ſein mag, anzuführen nicht unterlaßen, was manchem Parteimann der Zeitſtrömung unliebſam in die Ohren klingen könnte, — auch bin ich für den Tadel in ſolcher Richtung hinlänglich abgeſtählt; — indeßen muß ich doch zur Ehrenrettung des frühern ſchwerfälligen, koſtſpieligen und ſehr unſichern Verfahrens erwähnen, daß wenigſtens durch Verträge und hiebei vorgekommene Verzichtleiſtungen, ſowie durch die, namentlich

auch in Municipal-Constitutionen[1]) angestrebte, Ausdehnung der Fälle des kürzesten Processes, vorgesorgt worden war, damit wenigstens bei gewißen Streitsachen, so besonders bei liquiden Schuldforderungen, dann gewöhnlichen Verlaßenschaftsabhandlungen und bei zugelaßnen Executionen, eine solche Rechtspflege Platz zu greifen vermochte, welche gegenüber der gegenwärtigen, oft vertheuerten und langwierigen Behandlung nach siebenbürgisch-östreichischer Civilproceßordnung sogar Vorzüge der Raschheit und Billigkeit aufzuweisen im Stande wäre. — Der Güterproceß aber blieb häufig genug für Kindeskinder vererbliche Hoffnung.

Dieser bisher in deutscher Literatur ganz unbekannt gebliebene Stoff ist hier als selbständiges Werkchen behandelt und bildet zugleich meiner „Siebenbürgischen Rechtsgeschichte" dritten Bandes erste Lieferung. Die weitre Fortsetzung hätte ähnlicherweise siebenbürgisch-sächsisches Civilproceßrecht und dann das siebenbürgische Strafrecht mitzutheilen, wenn nicht die Ungunst der Verhältniße dem Unternehmen die Vorbedingungen entziehen sollte.

Hermannstadt im März 1867.

Der Verfaßer.

---

[1]) Dieselben sind bisher in sehr geringer Anzahl bekannt geworden. Ich habe ungarische Stadtrechte, Comitats- und Seklerstuhls-Statute unter dem Titel „Ungarische Rechtsdenkmäler" gesammelt und übersetzt und zu der vom Vereine für siebenbürgische Landeskunde in Aussicht stehenden Herausgabe von etwa drei Bänden noch die gewichtige Unterstützung eines Mitarbeiters in der Person meines Freundes *Dr. Eugen v. Trauschenfels* zugesagt erhalten.

II.

Das sächsische Proceßrecht.

Die Institute des siebenbürgisch-sächsischen Proceßrechtes.

(Fünfter Theil der innern Rechtsgeschichte).

Vorerinnerung.

§ 1. Die eigenthümlichen Quellen des siebenbürgisch-sächsischen Proceßrechtes.

I. Hauptquellen.

1. Das Statutargesetzbuch von 1583.
2. Nachträgliche Statute der siebenbürgisch sächsischen Nations-Universität, der einzelnen Kreise (d. i. Stühle und Districte) und der privilegirten k. freien Ortschaften (d. i. Städte, Märkte und einzelner Dorfsgemeinden).
3. Das Gewohnheitsrecht und der Gerichtsgebrauch in der Nation und in den einzelnen Jurisdictionssprengeln (das Herkommen). —
4. Privilegien
5. Normalien } welche durch den Gerichtsgebrauch recipirt erscheinen.

(Als Normalien: Hof-Rescripte und Decrete, Gubernialdecrete, sowie Comitialerlaße des Nationsgrafen).

II. Allgemeine Hilfsquellen.

1. Die Analogie
2. Das römische Recht — (wo eine Analogie des Rechtsinstitutes selbst vorliegt, also die obersten Grundsätze dem besondern Rechtsverhältniße gemeinsam erachtet werden können) — doch im Proceß- und Straf-Rechte von geringerer Bedeutung als im Privatrechte.

III. Besondre Hilfsquellen.

1. Die Billigkeit des sogenannten Vernunftrechts; das richterliche Ermessen und des Gerichtes discretionäre Gewalt. [1])
2. Das ungarische Recht, wo es als allgemeines Landesgesetz, gleichsam die hier einflußreichen Hoheitsrechte des Monarchen, z. B. im Verfahren der obersten Instanzen, bei dem Rechtsmittel des Novum gratiosum u. dgl. m. für die Ausübung der Gerechtigkeitspflege näher bestimmt hat, was also außerhalb der sächsischen Municipal-Jurisdiction liegt. —
3. Endlich wurden im Proceßrechte, noch mehr aber im Strafrechte, als Rechtsquellen benützt berühmte Commentare deutscher Rechtsgelehrten, besonders die Werke von Carpzow u. a. m., was sich aber nur durch obangeführten Punct 1. — „richterliches Ermessen" — rechtfertigen läßt, da diese doctrinären Autoritäten niemals als Rechts-Quellen anerkannt, vielmehr öfters die Anbeziehung solcher Aussprüche, namentlich des östreichischen Strafgesetzbuches von 1803, ausdrücklich untersagt worden ist. [2])

Anders bei dem Verfahren der geistlichen Gerichte in Ehescheidungsproceßen, welche noch immer die Rechtsquelle des Statutargesetzbuches u. a. (Carpzow) nach billigem Ermessen und üblichem Gewohnheitsrechte ihres Gerichtsgebrauches anzuwenden pflegen.

In der ersten Auflage dieses Handbuchs (II. Bandes, 3. Lieferung Seite 342—388) sind als Behelfe [3]) kurze Auszüge aus den Hermann-

---

[1]) Siehe aus der ersten Auflage des Handbuchs II. Bandes, 2. Lieferung „das Statutargesetzbuch" — (dessen „Gesetzestext" fortan anbezogen werden wird) — Statutorum liber I. titulo 1. § 1—8 Seite 137—139 sowie Seite 241—243 und daselbst I. 10. § 1. S. 156 und 258.

[2]) Vergleiche in meinen 1853 erschienenen: „Statuta jurium municipalium Saxonum in Transsilvania" „Das Eigen Landrecht der Siebenb. Sachsen" Seite 243—244 eine nähre Ausführung und vornehmlich Hofdecret vom 11. November 1797 Z. 2671 „ut cum constitutiones exterarum gentium vim legis . . . . habere non possent . . . in casibus qui in codice legum municipalium fors haud continerentur, praescriptum Stat. I. 1. §. 5. 6. 7. sequantur" und 38; 1791. — Jene erwähnte Ausgabe der Statuta jurium municipalium Hermannstadt bei *Drotleff* 1853 mag auch hier als beste Vorarbeit des Stoffes angeführt sein; die Beziehung in den Gesetzestext erfolgt jedoch nach der im Handbuch erster Auflage (Hermannstadt *v. Closius* 1856) erschienenen Ausgabe, wo zugleich ein deutscher Text mitgetheilt ist.

[3]) Urkunden solcher Art, welche hier als Rechtszeugniße bezogen werden könnten, finden sich, außer in den verschiednen Archiven, abgedruckt in einzelnen Abhandlungen und Sammelwerken, auf die ich hier verweise. So sind hervorzuheben im „Siebenbürgischen Urkundenbuche" (von *Teutsch* und *Firnhaber*) unter andern das Stück 54 vom Jahre 1233 (Verleihung der terra Loystha), Stück 61 vom J. 1243 (eine andre Schenkungsurkunde), Stück 64 vom J. 1246 (eine

ſtädter Magiſtrats- und Univerſitäts-Protokollen von den Jahren 1521—1697 mitgetheilt.

Verkaufsfaſſion), Stück 104 vom J. 1274 (ein Todſchlägers Homagium erwähnt), St. 130 : 1282 (Gottesurtheil des Zweikampfs), St. 223 : 1300 (Appellations-Fall) u. a. m.; ähnlicherweiſe zahlreiche Beiſpiele in *Wenzel's* arpad. Urkundenbuche und bei *Fejér* Cod. dipl. z. B. IV. Bd. 3. tom. S. 384 vom J. 1267 (Urtheil auf Güterverluſt) u. ſ. w.

Mehr das ſächſiſche Landrecht ſelbſt berührend ſind zunächſt die ſpäter zu erwähnenden Jurisdictions-Privilegien u. dgl. m. (ſo die criminalrechtliche libertas „ad vestigia sequi", beſonders in den Freibriefen des K. Sigismund von 1391 und 1406 für die Hermannſtädter Provinz im ſächſiſchen Nationalarchiv die Nummern 60 und 90; in den Kronſtädter Privilegien, welche lateiniſch in dieſes Handbuchs erſter Auflage I. Bd. S. 217—219 und überſetzt in meinen Materialien „Municipal-Conſtitutionen" Seite 55—60 abgedruckt ſind u. ſ. w.); intreſſante Rechtszeugniße finden ſich auch in *Teutsch* „Beiträge zur Geſchichte Siebenbürgens unter K. Ludwig I. 1342—1382" (II. Bd. 2. Heft k. k. öſtreichiſches Academie-Archiv) beſonders Note 5 Seite 15 und im Anhange daſelbſt die bemerkenswerthen Stücke 1. 5. 7. und 10; ebenſo können mehrere belangreiche Nummern im ſächſ. Nat. Archiv als Belege des Rechtsquellen-Vorraths erwähnt werden z. B. ein Univerſitätsſpruch inter Communitatem Bulkul et Gallum famulum Plebani et Sitwe (Seiden) vom J. 1460 Z. 209; Urtheils-Erledigungen in dem obſchwebenden Territorialproceße zwiſchen dem Kerzer Abt und der Gemeinde Szakadat die Nummern 15 : und 25 : ſowie 27 : vom J. 1372 u. a.; ein Univerſitätsſpruch in einem Schuldproceße des Simon auricusor gegen den aurifaber Jacobus Nr. 125 : 1449; ein Univerſitätsſpruch betreffs des Waldes zwiſchen Rothberg und Burgberg Nr. 36 : 1377; die Transmissionales Mathiae Alardi, Judicis de Fugendorff ad magistratum Cibiniensem Nr. 155 u. ſ. w. Von minder wichtigen mögen hier eine Anführung finden : eine Causa appellata von Wintz Nr. 193 : 1515, eine Causa appellata pro parte Michaelis Haller contra Danielem Rotschaffer ratione Horrei Nro. 306 : 1529; mehrere (vorſtatutariſche) Schuldproceße Nr. 338 und 339 : 1536, vom J. 1528 eine Sententia Judiciaria ab universitate ad Majestatem appellata in causa Colomani Gotzmeister et Christ. Budai Nr. 330 : 1528, ein von Reußmarkt an die Univerſität appellirter Proceß der beiden Schelmer gegen den Sohn des Simon Dolmer aus Doborka Nr. 433 : 1544 und ſo noch einige Urkunden mehr, als : Nr. 461 : und 466 : ſowie 467 : dann 470 : und 471 : vom Jahr 1545, ꝛc. ꝛc. in ſpätrer nach ſtatutariſcher Zeit nicht wenige Proceßurkunden, zahlreich beſonders in Hattert- und Zunftſtreitigkeiten, vereinzelt ſogar Original-Teſtamente z. B. der Dorothea Schelkerin Nr. 1338 : 1678 und der Frau Frankin Nr. 2073 : 1697, ſowie das Altſtädteriſche Teſtament Nr. 2278 : 1700 u. ſ. w. Siehe noch im Hermannſtädter Magiſtrats- und Univerſitäts-Protokoll 1552 V. Bd. Seite 35 Proceß des Simon Miles mit dem Sohne des Johann Lang wegen eines Stückes Garten am Johannisreg; 1555 II. Bd. Seite 281 Proceß aus einem Schweinhandel zwiſchen Logofet Radul gegen Jacob Wolff und Math. Armbruster; 1574 V. Bd. S. 72 Proceß der Wittwe Haller's mit Appolonia Krämer wegen des Schirmer'ſchen Teſtaments u. a. m. dgl.

Einzelne Gegenſtände berührt auch *Fr. Müller* in ſeinen „Beiträgen zur Geſchichte des Hexenglaubens und Hexenproceßes in Siebenbürgen" (Braunſchweig 1854) und in *Desselben* „Deutſchen Sprachdenkmälern" Hermannſtadt 1864 ſo daſelbſt: eine letztwillige Verfügung von 1522 Seite 175, ein Zeugenverhör aus

Hier folgen in gleicher Absicht einige mit Rücksicht maßhaltender Behandlung nur sparsam — zum Theil aus noch nicht geordneten Papieren des sächs. National-Archivs — ausgewählte Nachweise, deren belangreiche Verwerthung für Rechts-, Cultur- und Sprachgeschichte wohl zu erkennen ist, freilich aber weitrer, hier nicht zulässigen, Ausführung bedürftig wäre.

---

dem J. 1527 Seite 179, ein auch sonst veröffentlichtes Statut von 1541 und ein Universitäts-Urtheil des J. 1574 Seite 230; endlich bemerkenswerth: *Carl Fabritius* der Proceß des Schäßburger Bürgermeisters Joh. Schuller v. Rosenthal (IX. Bd. des k. k. Akad. Archivs), besonders daselbst Seite 54—55, und *Ferd. v. Zieglauer* „Proceß Harteneck" u. dgl. m.

Für das Criminalrecht seien hier bezogen: — abgesehen von später zu erwähnenden Rechtsurkunden — aus dem J. 1497 Uladislai Regis Mandatoriae quibus Bartholomeo Dragfi Voivodae praecipit ut cum civitate Segesvariensi per eum injuste multata conveniat Nr. 612 im sächs. Nat.-Archiv, daselbst Nr. 630 : 1498 Uladislai Regis Mandatoriae super perquisitione et punitione Vallachorum inter Saxones latrocinia exercentium und Waivodales Litterae, quod Saxones prosequi possent fures et res per eos ablatas libere ubique prosequi Nr. 633, ähnlich Nr. 650 : 1494 und Nr. 16 : 1503 u. s. w. ein Befehl gegen die Falschmünzer Nr. 56 : 1505 und 57 : 1505; — eine Sententia Capitalis Demetrii Jaxith ob necem Vaivodae Transalpinensis Mychnye Nr. 129 : 1510; — ein königl. Befehl, wornach die Universität den Schäßburger Aufruhr zu untersuchen hat Nr. 145 : und 146 : 1511; Königs-Deputirte wegen Unruhen in Hermannstadt Nr. 172 : 1513; (Bestrafung mit Bußen ꝛc. wegen Lulay's Ermordung Nr. 173 : 1513); eine Depositio et Compositio causae injuriose inter Mathaeum Geréb de Szerdahely et Saxones Nummer 223 : 1520; Ludovici Agrationales Michaeli Altenberger Magistratum Cibiniensis injurianti concessa Nr. 228 : 1520; vom J. 1560 eine Causa appellata inter Incolas Possessionum Ruerbach et Rukur ratione persecutionis vestigiorum furum Nr. 1422; — das kurze Todesurtheil des Peter Remner, bestehend aus folgenden Worten: „es soll ihm Diebsrecht wiederfahren graecum π" im Hermannstädter Magistrats-Protokoll 1653 X. Band S. 323; in erwähnten Her.-M.-Prokt.-Bänden manche Criminalurtheile, besonders aus den J. 1699—1703, so im XII. Bd. S. 8. 34. 36. 146. 186. 253. 317. und 334, im XIII. Bd. S. 1. 45. 82. 95 und 103, im XIV. Bd. S. 105. 429. ꝛc. — (Harteneck's Proceß und Todesurtheil XIV. Bd. S. 306—328).

Ich habe obige Rechtszeugnisse zumeist den erwähnten Archiven und der Br. Bruckenthal'schen Bibliothek entnommen und spreche für diesfällige freundliche Unterstützung meinen bereitwilligen Freunden, besonders Herrn Senator *Gustav Seivert*, Herrn Custos Professor *Ludwig Reissenberger* und Herrn Archivar *Franz Schreiber* meinen Dank aus. — Im Allgemeinen war aber trotz erwähnten Quellenvorraths ein Mangel an zureichenden Belegen, besonders für die ältre Zeit, fühlbar, denn bei der häufig nur mündlichen Rechtspflege, bei üblicher Hinausgabe der Proceßacten an die Parteien, bei oft nur sehr kurzer Protokolls-Vormerkung, besonders in Straffällen, bei der gewöhnlich im Privathause des jährlich neu gewählten Richters vorkommenden patriarchalischen Rechtspflege erster Instanz, war weder archivarische Obsorge gebräuchlich, noch ist die Nachspürung solcher Rechtszeugnisse möglich, oder bezüglich vorgekommener Aufzeichnungen zugänglich, auch ist Manches nur mühsam zu lesen; die Auswahl bleibt dabei stets gering und immer unangenehm zu schöpfen.

Landesrecht und Gewohnheitsrecht — Amtspraxis und Reichsſtyl, — herkömmliche Formeln finden ihren farbenreichen Ausdruck in den abgeführten Proceßen.

Bruchſtücke davon ſind folgende Rechtszeugniße.

I.

Kaufbrief des Hechtiſchen Hauſes 1472.

(National-Archiv Nr. 338).

Nos Thomas Altemberger Magister ciuium Ladislaus Haan Regius, Georgius Sartor Sedis Judices. Item Bartholomeus Hutter, Bartholomeus pictor, Johannes Burger, Benedictus carnifex, Nicolaus Kroner, Johannes praydenn, Christannus Franczyoz, Ludovicus Stromer, Nicolaus Zetsch, Johannes Henricj, Christannus Lederer, et Johannes de Longocampo Consules. Stephanus pictor villicus Ciuitatis Cibiniensis Memorie commendamus tenore presencium significantes quibus incumbit uniuersis. Quod nostre universitatis venit presenciam bone indolis adolescens bene adultus et annos citra decemocto attingens Paulus filius prudentis viri Cristofori quondam Italici de florencia Civis de Riuulo dominarum Camerarius alias ibidem. Recognovit et racionabiliter fatebatur. Quomodo publicis eum urgentibus necessitatibus atque pleno de super habito mandato et irrevocabiliter voluntate virtuose domine Barbare sororis suae Coniugis videlicet Circumspecti Francisci Italici conciuis Civitatis Coluswar nobis superinde literas nihilominus Judicis et Juratorum Ciuium praefate Coluswar presentando Quandam domum suam — hereditario Jure ad se iuste deuolutam In circulo maiori memorate Ciuitatis nostre meridianam versus plagam Inter domos prudentum virorum Osualdi alias Magistri ciuium ab inferiori et Martini quondam Remszer a superiori partibus sitam et habitam cum uniuersis et singulis metis limitibus, accessibus, egressibus et stillicidiis ac fenestratibus ac pertinencys et iustis vtilitatibus suis de Jure et antiquitus ad eam domum quomodolibet spectantibus nulla proprietate seu Jure sibi reseruato vendidisset vendendoque assignasset Circumspecto viro Georgio Hecht dicto Jam dicte Ciuitatis nostre conciui per eumque suis heredibus et posteritatibus, posteritatum et horum suorum legitimis successoribus Jure hereditario pacifice possidendam tenendam pariter et habendam in vsus gratos et sibi beneplacitos. limitandam et conuertendam pro certa florenorum aurj summa prompte soluta et percepta. Assumentes preterea memoratus Paulus pro se atque nomine et personis omnium et singulorum amicorum consanguineorum Item heredum atque legittimorum successorum suorum ceterorumque linea affinitatis quoque attinencium promisit pretactum Georgium Hecht nec non heredes suos et successores heredum uniuersos presentes et futuros. Racione hereditarie proprietatis eiusdem domus vendite Ab omni instancia Juris vel facti releuare et contra quoscunque impetitores illegitimos tuerj pariter et defendere proprys suis fatigys et expensis. Juris proprietatem eiusdem domus Emptori et suis defensurus. Ad cuius rei memoriam roburque perpetuum presentes Sigillo maiori sepetacte Ciuitatis nostre et autentico appenso obsignari duximus. Datum Cibiny feria secunda proxima post festum beati Vrbani pape Anno domini millesimo Quadringentesimo Septuagesimo Secundo.

II.

(Von Außen:) . . „famositatis . . . prudencie viris Magistro civium Judicibus et Juratis Consulibus — universitate Septem Sedium dominis et amicis sincere honorandis". — (1481). [1])

Prudentes et Circumspecti domini amici et fautores honoribus cunctis prosequendi. Nouerint Dominaciones vestre quod quadam die Judiciaria nobis pro tribunali modo solito sedentibus venerunt nostram in presenciam prouidi viri Conczelsz Closch et Sigismundus lorencz, tanquam cause actores, conquerentes super quodam discreto viro lodwichsz Jacob, de quodam homicidio et licet predicti duo parentibus et amicis occisi satisfecerint attamen prenotatum lodwichs Jacob eys tanquam in huius nephandi operis socium attrahere volunt, ita ut tercialitatem pecuniarum reconciliatarum prenominatis duobus videlicet Conczelsz Closch et Sigismundus Lorencz restituere deberent. Ipse autem lodwisch Jacob tanquam huius criminis insons supplicans nobis mera pro iusticia et apportans plurimos discretos et fidedignos viros qui . . sub consciencys et animabus deo debitis vna secum recognoscere volunt, quod Occisus ille, dum lectum egritudinis occupabat indefesse et instanter supplicans et ptens amicos et parentes eius, ne — aliquem — predicti criminis hunc lodwichs Jacob impenderent, quia inscius sanguinis eius et — suorum vulnerum existeret. Nos autem prenotati Seniores Jurati Sedis et Oppidi Ruppas inclinati suis iustis petitionibus . . ffecimus sepedictum lodwisch Jacob more patrio se met septimo iuramentis mediantibus a predicto crimine expurga . . . Tandem venerant nostrum in conspectum honesti et fide digni viri Jacob depner pawelcz Michael pariter cum suo filio videlicet Steffano heymischner — Steffe Dyac Midosz, Dopnersz hannysz, qui omnes unacum lodwisch Jacob sub proprys, consciencüs et animabus deo debitis publice recognouerunt, Quomodo dictus defunctus vel occisus videlicet Jacobus filius Waplersz in lecto egritudinis fassus Fuit, sic quod lodwisch Jacob in plagis suis et in morte eius nullas penitus culpas haberet, sed pocius si cum eo fuisset eum defendisset. Isti autem duo videlicet Concelsz Closch et Sigismundus lorencz sententia nostra iudiciaria minime contenti causam suam ad Sessionem dominorum septem sedium prouocarunt. Quare nos prenominati Jurati Seniores petimus instanter causa iusticie quatinus si fieri potest predictum Jacobum lodwisch in mera iusticia . . . velitis quam nos et ipse a vestris dominacionibus semper sumus exspectaturi. Datum ex Ruppas in die Sancti Clementis Anno Domini Millesimo quadringentesimo octuagesimo primo.

Jurati Seniores Sedis et Oppidi Ruppas ad queuis mandata proni.

III.

(Von Außen): Prudentibus ac circumspectis Magistro Civium, Judicibus, Juratisque Ciuibus Ciuitatis Cibiniensis amicis nobis sincere dilectis. (1499).

Prudentes ac circumspecti viri amici nobis dilecti. Significamus . . . plorabilem querimoniam honesta domina Elena Relicta condam petri Bago

[1]) Siehe noch hiezu eine Urkunde im National-Archiv Nr. 647 vom Jahre 1499 an Magnifico Domino Petro Comiti de Sancto Georgio et de Bozyn Woiwode Transsilvano, wo im Proceß des Franc. de Wyzakna eine Inquisitionis Evocationis et Insinuacionis Relatio erstattet wird; ebenso 1483 ein Zeugenverhör (Abschriften bei Senator *G. Seivert*).

. . . oppido hwnyad commoran. nobis porrexit ut prouidus franciscus Judex Regius oppidi Zazsebes prefatum condam petrum Bago Maritum suum . . . percussisset ut e uita causa . . . percussionis migrasset, acceptaque ipsius querimonia inter partes per Judicem Juratosque Ciues prefati oppidi Zazsebes causam adiudicari fecimus, causaque in ipsa prefata domina appellationis remedium postulando coram vobis transmissa est discucienda Ideo cum homicidium sit causa ipsa bene prouidenda est vos requirimus vobisque in persona Regia firmiter committimus, quatenus causam ipsam bono ordine et in recto Judicio adiudicare debeatis et teneanimi. Ne alicui parcium iusticia frustretur. Secus non facturi. Ex Zazsebes predicta feria quarta proxima post festum beati Michaelis archangeli A. & LxxxxVIIIj.

Petrus Comes
Vayvoda Transsiluanus.

IV.

(Transmiſſionalienrolle 1551. A. 23. Von Außen:) Prudentibus et Circumspectis dominis Magistris Ciuium, Judicibus et Juratis Consulibus Ciuitatis Cibiniensis, nec non septem et duarum sedium Saxonicalium ac toti Universitati Saxonum Transsilvaniens. Dominis et Amicis pp. honorandis.

Prudentes et Circumspecti domini et Amici honoran. Salutem et amicicie nostre comendationem, Noverint D. Vestrae motam esse causam quandam feria sexta post diem Beati Michaelis Archangeli, coram sede nostra Judiciaria inter prouidum Benedictum donner et Georgium budeker conciues nostros, vti actores ab una, contra providum Martinum Bömchyn similiter conciuem nostrum, vti attractum partibus ab altera. In qua causa Actores nomine et in persona sororis sue Dom. Agnethlis relicte Georgy Suttoris quondam conciuis nostri, sic proponebat. Contigit quod dei omnipotentis voluntate dictus Martinus Bömchyn, duxisset in uxorem legittimam honestam Margaretham relictam Venerabilis quondam Cristanni plebani de Metterschdorff filiam . . . praefate Agneth relicte. Ista Margaretha, deo sic jubente mortem obysset, nullo relicto herede postularent itaque ad consuetudinem istius regni, tertialitatem omnium bonorum, quae eadem Margaretha ad suum maritum portasset, utpote floren. in auro centum viginti quinque, de florenorum octuaginta veteris monete, argentaria, ceteraque utensilia quocunque nomine vocata denique tum vestimenta muliebria, mulieres concernen. videantur postularunt ergo et illa sua vestimenta absque aliquali defectu.

Prouidus Franciscus Bömchyn Loco et in persona fratris sui Martini Bömchyn attracti — in lecto egritudinis, respondebat Quod dictus frater suus inclinatus esset ad extradanda de omnibus bonis tertialitatem, que uxori suae defunctae fuissent et que secum adportasset demptis siquidem ex illis pro communi eorundem usu insumptis, aut fortassy in solutione rectorum debitorum expositis essent. Exceptis denique dote atque exceptis vestimentis, quibus eadem die nuptiarum dum copulati extitissent, fuisset induta.

Actores volentes probare, quantum bonorum ad maritum attulisset, et in qua maximis altercacionibus mutuo dictus Martinus Bömchyn cum uxore vixisset. Introduxerunt ergo testes, qui ordine Juris examinati fassi sunt. Quoad primus prudens Mathias Zaaz Juratus Civis noster fassus est in hunc modum. Contigit, quod una dierum accessisset se Margaretha consors Martini Bömchyn, ea defuncta plorandoque duxisset talia verba. O mi Dne

Mathia Utnam domum Mariti mei nunquam vidissem et quod hortum non novissem, nulla enim pax, nulla tranquillitas ibidem, viverent in perpetuis rixis. Socrus comminaretur se esse meretricem adden. vulgari sermone . . . eyn pfeffysch hwr, quae nulla bona aliennis estimatos sed abiecta in domum intulisset, interrogasset eandem, quid cause esset? respondisset bona que habuisset esset ansa . . . nunquam satis adportaret, dixisset preterea sepedicta Margaretha O mi Domne Mathia vobis constat, quantum bonorum habuerim vt pote argentaria, pecuniam, vestimenta et omnium generum utensilia domus, que omnia si condigno vel competenti pretio fuissent estimata praevalerent septuagentos florenos, omnia ista secum in Domum sui mariti tulisset nihil in sua potestate haberet residuum. Except. quod incolis de Mettersdorff soluisset ff. 50 aliisque creditoribus nonullos florenos nec bonorum suorum quippiam in domum meam deposuisset, sed apud Lucam Sellatorem cuncta habuisset. Hec sic se habente Idem iste testis recognouit nam testamentarius fuisset praefati venerabilis Cristanni plebani.

Inter introducen. testes supradicta domna Agnethis relicta dicebat. Quod filia sua Margaretha esset mortua, ex manibus vel propter manus sui mariti. Respondebat obiter franciscus Bömchyn talia loquamini, quae probare possit. Actores vero introducebant testes, atque . . . Catharinam puellam quandam que deposito Juramento fassa est. Quod dum ad comissionem sui domini Juisset in campum et venisset penes hortum quendam audiuisset hominem clamantem et dicentem ve mihi. Conspexisset per sepes ac vidisset ex naso mulieris fluere sanguinem, virque dixisset Ideomate nostro, dev pfeffysch kokel, quamdiu obtemperabis matri tue, tam diu nullam bonam horam habebis ex me. Respondisset mulier viro quamdiu vos voci matris vestrae obsecundabitis nulla inter nos erit pax. his dictis vir uxorem verberasset et verbis turpe dictu vituperasset et dixisset ex manibus meis morieris. Hys auditis abysset et quendam famulum pretereuntem interrogasset cujus esset hortus et quivis ille esset vir? respondisset Est Martinus Bömchyn et hortus ipsius est. Item Honesta Magdalena obstetrix fassa est. Contigit quod dum ex vocatione Martini Bömchyn fuisset in domo et curam haberet, super consortem ejus egrotantem, sepius audiuisset uerba que non convenissent, virum ad uxorem (U. S. W. Mittheilung des weitläufigen Zeugenverhörs und eines Amtszeugnißes der Stadt Klausenburg ꝛc.; hierauf:)

Nos ergo auditis ambarum partium propositionibus et responsis, intellectisque testium fassionibus pre oculis habendo deum et eius iustitiam, hanc protulimus sententiam. Primo Quoniam decretum est totius universitatis dominorum Saxonum Transsilv. In quo et nos tamquè membra eorundem vivimus. Quod vir post mortem uxoris sue legittimam dualitatem omnium bonorum mobilium et Immobilium eiusdem sue consortis existen. simuli modo uxor post obitum sui mariti ex omnibus eius bonis tertialitatem possidere Jure hereditareo debeat. Igitur etiam sepedictus Martinus Bömchyn ex bonis Margarethe sue consortis defuncte, dualitatem tenere, tertialitatem vero socrui sue extradare teneatur.

Secundum omne id, quod uxori sue in celebracione nuptiarum pro dote donatus est, id quoque pro se idem Martinus tenere habeat.

Tertio Quoniam ex dignis testium fassionibus probatum est. Quod Mater dicti Martin Bömchyn in ecclesia (ubi pax devotio et cor ardens erga deum intentum et affectum esse debet, atque omnis ira, odium et dissencio amota esse connuenit) nurum suam Margaretham inclinantem se se in Cathedram tamque penes matrem suam verbis ignominiosis . . . et ex cathedra

eam pepelit Jussitque . . . ad matrem que esset sutrix. Ipsa etenim non esse suam matrem, cum pocius socrus honorem et famam bonam nurus sue defendere debebat et tamque filiam . . . diligere convenisset. Igitur etiam dicta Mater Martini Bömchyn (nam idem Martinus interim morte obyt et defunctus est) ex vestimentis, cingulis monilibus et quicquid carum vestium . . . (Laeunen . . .) *partem accipere debeat. Exceptis si Martinus Bömchyn consorti sue aliqua vestimenta coemit, ea mater eiusdem Martini retineat. Preterea ex tribus melioribus vestimentis unum quodumquam voluerit et ex simplicioribus duobus quoque unum eligere habeat. Cetera ad relictam Georgii Suttoris matris sepedictae Margarethe reuoluantur. Hac nostra sententia franciscus Bömchyn se se aggrauatus esse existemans Causam cum eius fratre pro oberiori discussione in istam Sedem coram d. v. transsumendam per viam appellationis postulavit. Quod eidem suadente Justicia concessimus Rogamus d. v. ut si quid secus visum fuerit maturius et iuste discutere velitis. Bene easdem valere cupimus.*

Datum Bistricie die 7. Decembris Anno 1551.

Judex et Jurati Ciues Civitatis Bistriciensis.

(Auf dem Umſchlagsbuge von Außen)

1552 die 13. January in hac caussa domini Saxones Judiciarie decernerunt Quod actrix tertiam partem universorum bouorum et Attracta duas partes defunctorum omni dotis consideracione reiecta percipere debeant. Quandoquidem tam maritus, quam uxor intestati absque legittima prole decesseruut.

V.

Unter dem National-Archiv Z. 739 vom J. 1556 — (vergl. noch daſelbſt Nr. 740—741) — iſt das Zeugenverhör und Urtheil über die Mörder des Comes Königsrichters Roth enthalten, woraus wir entnehmen:

Sentenz über den helias Schloſſer ergangen am 9. Mai.

Der helias ſchloſſer iſt verklaget vndt beſchuldiget, das er den herr Königsrichter ſol han gehawen, darauff ſein kundſchafft vnndt zeugen Eingenommen, verhörtt dem Endres ſchneyderknecht, Byrker Myhal, Michel weber, depner kuntz haas, hans Baumgartner Seler, der hans ſchneyzer ſchloſſer, Sebald vnterfelder. So hat der erſt getzeuge vnd der ander getzeuge Endres der ſchneyderknecht vnd der Byrkeſch Michal Michel weber gerg depner geſehen mit iren augen daſelbs da der mord geſchehen iſt an dem herrn khünigsrichter das der helias ſchloßer der erſt iſt geweſt der ſeine hand an den khünnigsrichter geleget vnd in gehawen hett. Die dray getzeugen bekennen, daß der helias ſchloßer mit ſeinem eignem mund geſagt vnd in offenbart, das er den herrn khünigsrichter gehawen vnndt gemordt hatt.

Darauff iſt geurtheilt vnnd durch recht erkandt dieweil durch genugſame getzeugen 8 perſonen beweyſet iſt, die zum theil geſehen, zum theil er ſelbs ſein miſſethat bekannt hat, das er den herren khünigsrichter gemordt habe, vnnd ſein hand an ſeine obrigkeit geleget, darumb weil die göttliche gerechtikeit das erfordert, wer da bluet vergeußt, ſein bluet auch vergoßen ſoll werden darumb ſol der helias ſchloßer wo er funden wirdt, ſol durch das ſchwert zum todt vom leben bracht werden. —

1556. 9. Mai Sentens über den Steffen pöldner.

Der Steffen pöldner iſt beklaget, das er den khünigsrichter ſol han geſchoßen, darauf ſein gezeugen geſtallten hans ſchneyzer ſchloßer, hans baumgart ſeler, kuntz

haas, der hans schneitzer hatt bekandt das er som helias schloßer het gehört vnd darauf der steffrn pöldner selbs mit seinem Mundt gesaget, das er den khünigs: hat geschoßen. Der ander Zeug bekennet, das der helias schloßer der mit tadter gesagrt, das er geschoßen hat. Item ist auch auffgeleget sein eigner prieff, den er dem herrn Stuelsrichter herr Augustin khürsner zugeschriben, darin er selbe brkandt hat, das er den herren hat geschoßen.

Darauff ist geurtheilt vnnd mit Recht besehen Nachdem etlicher getzeugen ein bekenntniß ist, das sie von dem mittatter han gehört vnd er selbs einbekennt hat die that, darumb sol er gleiche straff wie der helias leiden.

Sentens über den Lörens Stysken.

Der Lörens Stysken ist beklaget wie er dem herr Christoff lysten mit bloßem wehr wie einer der sein oberkait mordrn wolt vnnd sein Zeugen über in gestalt der herr Michel herman ein Radtgeschworner der jung Petter Haller, die bekennen das der Stysken drm hrrr Christoph Lysten mit bloßer wehr nachgelaufen auch wie man im frieden hatt gebotten, wie er über dem einen gezeugen, den hrrr Micheln hat gehawen. Auch sein über in getzeugen gestalt daraus zu vernemen ist, das er ein auffrurer wider seine oberkeit aufgestanden ist.

Darauff ist durch recht erkandt das weil bewert ist das er mit bloßer wehr nachgelauffen vnd wider sein oberkeit aufgestanden, darumb soll er durch das schwert gestrafft werden.

Sentens über den Blaß Enyetter.

Nachdem es durch genugsam getzeugen bewert ist, das der Blaß Enyetter ein Vrsacher ist gewest, vnnd in aller maßen mit silen wortrn vnd werken zum aufrur die andern bewegrt hat, Auch auß seinem mutwillen dem herrn khünigsrichter mit der faierpyxen in das fenster geschoßen vnd gescholten, dadurch offenbar ist, das er dem herrn khünigsrichter nachgestellt vnd ein auffrürer ist gewest. — —

Sentens über den Emrich Bydner.

Nachdem über den Emrych bydner klagr grhet, das er an des herrn königsrichters seinem todt mit worten vnd auch mit der that schuldmessige brffunden vnd 9 bezeuge über in gehen: darumb ist mit rechten dazu gesehen, und als einer der zum auffruhr vrsach gegeben, vnd auch am tod des H. königsrichter schuldmessig ist, so ist er durch rechten zum schwert verurtheilt.

Sentens über den Velten Seeler.

Nachdem über den Velten Seeler klage gehett, wie das er auch im aufrur ist gewest vnd schurrtt auf einen herren grtzogen vnd gehauen vnd auch mit srinem eigenen mundt brkennet hat, was, der Emrich bydner würde thun, das hrtte er auch wollen thun. So ist den Emrich ein Aufruhrer gruest, wie dann die Zeugen auf in stimmen, das er schuldmessig ist, an des herrn königsrichter todt. Derweill aber nur ein bezeuge ist, das rr bloße wehr hat genommen vnd gehawen vnd doch Nymand beleidiget, derhalben ist mit rechtrn darzu besrhen vnd in nicht zum Zwertt verurtheilt, Sonder das er heut aus der Stadt und Stuel aus soll ezyhen vnd wo er morgen in der statt oder in dem stuel finden wirdt, So sol man im sein recht thun.

Vber die zween teutschen den hans Stein Metz vnd Jörg abconterfayer ist das vrteil gegangen, das innen Statt und stuel verbotten sol sein, dem Jörgen der vrsach halben, das er ethwa wort geredet von feyer vnd er es anders gemeint hett, als man im es auffgerechnet hatt. Den hans Stein Mrtz darumb, das er ein aufrürisch mensch ist gewest vnd mein herrn in das ampt gegriffen on befell

das korn von den wegen der Kryechen, die es in die Walachey wolten füren, abgestoßen. —

(Folgt nun in der Urkunde: „1556 2 die May die kundschafft des Herrn Königsrichters Todschlags halben. Eingenommen für den Ersamen Weisen Rath — ein umständliches Zeugenverhör). —

Von Außen: Authores Seditionis motae post Incendium Cibinii feria tertia ante pasce exuscitatum. — Auf einem andern Blatt:

Die vrteill vnd beczeuge geschehen vnd ergangen, die an des herren königs Richters Todt Schuldmessig vnd auch auffrurerisch gewesen sind, geschehenn Im Jar christi 1556 Am Montag fur Ascensionis domini (10. May).

VI.

Von Außen: Prudentibus et Circumspectis Dominis, Magistris Civium, Judicibus et Juratis Civibus Septem et duarum Sedium Saxonicalium Dominis et Amicis honorandis. — 1568.

Innrer Transmissionalbrief (Rolle): Namhaftige weyse herren vnd freundt vnseren grus sampt wünschung alles guts alle zeyt ezu vor ahn mir tun E. N. W. hiemit zu wissen wie das den 11 tag february mir in unsern Radthaus beynander fersammlet seyn gewesen, da seyn für vns komen die Erbaren Jüngling Salamon des Erbaren Gottseligen Georgy Tholes forezeytten Invoner ezu Kyſdtt nachgelassenen sunes wie eyn kleger auff einer seytten, vndt der Erbar Hannes Morkes auch eyn Invoner ezu kyßdt wie eyn ahngeklagter auff der ander seytten, welche uns aufgelegt han disе hernachgeschribene Appelation ahn uns lauttende, die von worten ezu worten also lautt. Unsern grus und willige dienst ezuvor. Fürsichtige weyse herren mir geben E. w. ezu erkennen wie das für vns erschinen, seyn ezwen vnser einwoner als nemlich Merten sattler vnd Hannes Markus vnd haben mitteynder gereht eyns hauß halben. Der Merten sattler hat ezum Ersten die klage vor vns gefürtt wie das vnser Einwoner mit namen Gerg thales for seinem todt vndtt absterben, seinem Jüngsten sun seyn haus vnd hoff bescheyden vndt ezugeignet hette, welches ezu diser ezeytt hannes Marcus besesse, derhalben begere er ahn stadt der forlassenen weysen, welcher ihm forlassen vndt beschеiden were, ihm das haus ezu reumen. Auff solche klage hat hannes Mareus geantuort. Er hyeße das haus in dem Er wont seyn eygen. Er hette es von seiner frauen ererbett vnd sehr gebessert. Auch aber das ferwegselt vnd eyn bessers ahn des andern hauses stadt vberkommen. Da hat Merten sattler geantwort, das Erste haus were dem rechten Erben pro fl. 25 eyngescheezt worden, mit dem selbigen solt er sye geweren, sye wolten gnug stan, wo aber solch Erbe von ihm nicht möchte gelöset werden, wolten sye sich an das halten, das er iezt besesse, aber das haben vnsere Richter merer gerechtigkeytt halben beyder partey geezeugnus heyßen forstellen. Da hat ezum ersten Merten sattler diese 4 Geezeygen eyngefürt wie volgt. Die Erst Beezeugk die bruß schusteren hat bei nidergelegtem Eydt bekant, das der Vatter in der theylung dem Jüngsten sohn den hoff het eyngescheezt aber das sagtt sye weytter, sye were 8 tage Ehe des Georg tholes ferlassene widtfrau gestorben were, bey ir gewest, da het sye widerumb gesprochen, dieser hoff ist meinem Sohn Salamon eyngescheezt, wo das mein man wüste, er würde, vbel kegen mich thun. Der ander Beezeug die Chrestel wittichen hat auff iren Eydt bekant, das sye ezum Gerg Tholes in seinem krankbett komen sey, da hab sye seyn fraw ahngehalten sye solle ihn fornemen seynem Jüngsten sohn eyn Forgabe ezu beschеiden. Als sye solches gesagt, hatt er geantwort, Ich weys ihm keyne forgabe zu beschеyden, den das meiner Frauen vnd dem Jungen beschеyd ich den hoff.

Der dritte Bezeugk, die Benedik Tholeßen hat bey irem Eydt bekant, das ſye vom Gerg tholeß in ſeinem krankbette ſey geruffen worden vndt als ſye bey ihn komen, hat er geſagt vrſula du ſolt beezeugnis geben, meinem jüngſten Sohn hab ich den hoff eyngeſcheezt. Der fürte beezeugk, die kleyn Tomeßen hat bey Eydes pflichten bekant, ſye habe der hannes marcußen helffen ihm weyngerten brechen vnd hab vnter anderen worten alſo geſagt, man redet vill von eurem hofe, ſo ir ſterben würdt, wem würde er ſein. Da het ſye geantuort, er iſt meinem ſohn Salomon eyngeſcheezt, mein mahn gehet ſo vngüttig mit mir vmb. Ich darff es ihm nicht offenbaren. Hannes Marcus hat einen beezeugen eyngefürt, welcher alſo lauttet. Die pitter Byrthalmeren hat auff iren Eydtt bekant ſye ſey ein mahl ezu des hannes Marcus ſeiner frauen geweſt vndt ſye gefragt, wen ir ſtürbtt, wem were der hoff. Da hat ſye geantwort Er iſt mein und meinem hauſwirt, wen ich meinen jüngſten Sohn abrichte mit fl. 3. Auff ſolche bezeugnis haben vnſere Richter, vnd die geſchworne Burger dem Merten ſattler das haus ezugeſprochen, was ſye weytter werden eynführen, wird Eur weyſhet von innen mündtlig forſtehen wollen. Derhalben E. w. hiemit Gott befolen. Auß Kyſdtt den 11 tag Januarij im Jar 1568 E. w. willige honn Richter vndt Geſchworne ezu kyzdt. nach ferleſener Appellation hat der kleger wider den ahngeklagten vor vns von neueſt alſo proponiert vnd geklagt das nach dem der hannes mareus des Gerg tholes nachgelaſſene widtfrau ezur Ehe genomen hat, ſo hatt er des Georg tholes haus und hoff welcher dem forgedachten Salamon als dem rechten Erben in der theylung eyngeſcheezt iſt worden, pro fl. 25 entfremdet vnd war der meinung den gewechſelten hoff auch für ſich ezu behalten, darum ſo begert er in Stadt des forgemalten Salamonis entweder ſeines vatters hoff ihm widerumb zu wegen zu bringen, oder ihm ahn deſſelbigen ſtadtt des hannes Marcus hoff ezu raümen. Auf ſolche klag des klegers hatt der Ahngeklagt alſo geantwort, das er das forgedacht hauß durch ſeyn hauſwirten ererbet hette, vndt wie es nachmals kahl abgebrennt were, ſo hat ers widerumb von neueſt gebauet vnd ahn deſſelbigen Stadt eyn ander beſſer haus gewegſelt von dem forgenannten Merten ſattler ſelbſt, darumb ſo hyes er das ſelbig haus ſeyn Eigen. Weytter hat er angeezeigt Es weren bey die 13 Jare das er des Salamonis Mutter ezur Ehe genomen hette, vnd da iſt der Salamon nur 5 fiertel Jar aldt geueſt vndt Ihm weren ahn ſeines vatters hoff nicht mehr den fl. 3 ezugeſtanden. Item wie er den hoff in mittler ezeyt kahl abgebrennt were geueſt vndt er geſtanden were vnd hette die brende angeſehen vndt geſorgt wem ſoll ich nun dieſen hoff widerumb bauen, da hab ſeine hauſwirten des Salamons Mutter geantwortet mit diſen worten wem ſolt ir ihn pauen, ir werdet in euch vndt mir pauen deßgleichen Breez Schuhl hett auch geſagt wem ſollt ir in pauen, Jr werdet in Euch pauen. vndt wie es in gepautt, hette ihm niemans keyn eynrede gethan. Darezu hett er den hoff dem forgenannten Actori des Salomons rechten ſchwager ſelbſt ferwegſelt vnd da hat auch nimans keyn Eynrede getan. Auff diſe wort hat der kleger geantwort, das der Salamon ezu derſelbigen ezeytt ſeine mutter hett gehabt als ſeinem rechten tutorem, dieſelbige ſolt eynrede getan han, Jezund aber dieweil ihm der Jung in ſeiner mutter teſtament befolen were, ſo were er ſchuldig deſſelbigen ires ſohns Erbtheyll ezu ſuchen. Nach ſolcher klag vndt antwortt hat eyn yede partey eyn Beezeugk geſtalt. der Kleger hat ezu beſchüezung ſeiner ſeytten geſtellet, den fürſichtigen nicolaum feſcher von Kyßdt, welcher bey nidergelegtem Eydt bekant hat auff diſe weiß. Im nechſtfergangenem Sommer nach hannes morkes hauswirtin des Salamonis mutter abſterben, ſo bin ich ezum hannes mareus auff der theilung geweſt, da ſelbig wart dem Salamon eyn Junger hengſt eyngeſcheezt pro fl. 3 vnd wie man den hoff ſcheezet, da fragt ich wem man den hoff eynſchaczen würde, da ſagt Breez Schuhl vem ſolt man in eyn ſcheezen, man wirt in dem Jungen eynſcheezen, nemlich dem Salamony vndt die ander leutt, die derbey waren

ſagten auch man ſcheeze den hoff ſo teur und ſo hoch als man wolle, ſo wirt man in dem Jungen eynſcheezen, vndt der hoff wart geſcheezt pro fl. 50. Der ahngeklagt hat ezu beſchüezung ſeiner ſeytten eyngefürt ezu einem beezeugen Hannes maurer unſern eynwoner, welcher nidergelegtem Eidt bekant hat auff diſe weyſe, nach des Gerg thales ſeinem todt kam ich meiner geſchefft halben ken kyßdt ezu der Gerg tholeſſen eben ezu der ezeytt da ſye eyn teylung hielten, des Gerg tholes ſeiner nochgelaſſner gütter halben, da ſelbig wart der hoff der frauen ezugeignet, wie ſonſt eynſezumanderen ferſthieht iſt worden iſt mir nicht ihm gedechtnus. nach dem mir die transmiſſion ferleſen und beyder partey klag vndt antwort ferſtanden, darezu Ire beezeugen auch ferhörth han, haben mir Gott vnd ſeyne heylige gerechtigkeytt für augen gehabt vndt ezuiſchen beyden parteyen eyn ſochen Sentens vnd vrteyll aufgeſprochen, das die weyll der Ahngeklagtt den forgenanten hoff vnd haus nachdem er abgebreut iſt, ganeſen von neueſt widerumb gebauet hat, darezu über die landtrecht[1]) ohn irgen eynſpruch friedlich beſeßen hat, derhalben ſoll er auch hinfürder den ſelbigen hoff fridlich beſiezen, mit welchem unſerm vrteyll der kleger nicht content vnd fergnüget geſtanden iſt, ſondern hat die ſache fürder mitt rechten ezu beſehen für E. n. w. durch den Weg der Appellacion genomen, welchen mir mitt dem ganezen eynhalt der ſachen für E. n. w. ſchicken. hiemit dem lieben Gott befolen. Geben ezu Scheſpurg den 14 tag May Im Jar 1568.

Eur n. w. willige freundt Burgermeiſter, Richter und die Geſchworne Burger ezu Scheſpurg[2]).

VII.

Zu dieſen Transmiſſionalien kamen noch „Auß Zazkysdt 18 tag May 1568" von den „Richter vnd Rathgeſchwornen im kuniglichen Mark Zazkyſdt" zwei Patentbriefe hinzu, an „den fürſichtigen Erſamen Weyſen Herrn Burgermeiſter Richternn u. Rathgeſchwornen der Hermanſtadt vnd der ſyben und zweier Stüell unſern günſtigen hernn", enthaltend Zeugenverhöre und zwar eins in caussa attracti,

[1]) So berief man ſich alſo noch vor dem Abſchluße des Statutargeſetzbuches (1583) auf ein Landtrecht der Verjährung, offenbar in der ſonſt üblichen Städte-Friſt von 12 Jahren.

[2]) In einer andern Transmiſſion vom J. 1569 aus Kronſtadt in einer Zunftſtreitſache des Lucas Wagner, von welcher der Anfang fehlt, ſonſt aber die Rolle der zuſammengeklebten Bogen noch 16 Umſchlagsblätter von je 8—10 Zoll Länge ausmacht, alſo über 2 Klafter Rollenlänge noch immer vorhanden ſind, heißt es am Schluße:

„Nachdem wir derhalben klag, Antwort, Einreden, Widerantwortungen, Exceptiones, offtere replicas vnd duplicas vnd allerley ezewgnus mit allen iren vmbſtenden in die lengde vnd breytte weitleyffig vermerkt, verhört vnd vnſerem Vermögen nach genugſamen bewygen vnd examiniret haben, haben wir" — — u. ſ. w. (Benannter Lucas Wagner, angeblich „fürmals Lucas Schwarcz — — in fograſcher Land" — — zugleich als „Zwyfrawyger" beſchuldigt — — wird von den Hermannſtädter und Kronſtädter Tuchmachern gemeinſam als Störer verklagt und ſagen dieſe „an die Univerſitett der Herrn Sazen" — „wie das für etligen negſt vergangenen Jarn mit großer vieler mühe, Unkoſt und ezerung das Tuchmacher handwerk aus dem Tewtſchen Land in dieſes Land Sybenburgen herein bracht worden iſt") u. ſ. w. unterſchrieben:

„Datum in Kronſtadt den 25. Octob. Anno Domini 1569

Ewr Namhafftiger W. gutwilligen Allezeit Richter, Honnen, Geſchwornen vnd Elteſten der Erden Bareza."

das andre actoris; — ein beigelegter Archivzettel ſcheint in Folgendem das Schlußurtheil auszuſprechen: „Die beſitzung des hoffs iſt dem Salamoni zugeſprochen weil Salamon der iungſte erb iſt auff welchen die beſiczung ſihett vnd weil der Jörg Tholes der Vatter dem knaben die beſiczung auch teſtamentariſch beſcheiden. 2. die freund haben nicht macht gehabt des unmündigen Salamonis erbſchafft zu vergeben, auch hatt der ſtiffvatter nicht macht gehabt das hauß weder zu verkauffen noch zu verwechſeln absque consensu Senatus. Der Wechſel ſoll zuruck gehn[1]) 3. Dieweil aber der hoff durch brunſt ſo vom Wetter entſtanden, verderbet und hannes Markus den hoff von newes auffgebauet, darumb ſoll derſelbe baw nach gutter leutt erkenntnüß geſcheczet vnd geachtet werden vnd der knab ſoll dieſelbe ſcheczung erlegen vnd zu beſiczung ſeines vätterlichen erb gutt die beſte gerechtigkeit haben. Soll auch darneben dem ſtiffvatter daſſelbe, was im am Dritteil des hoffs von wegen ſeiner verſtorbnen frawen zugehörig wird ſein auch bezalen. Der ſtiffvatter ſoll aber in mittler Zeitt im hoff wonen bleiben vnd dem iung denn hoff[2]) noch halten bis er es bedürfen würd. Wo der iung aber nicht behalten vnd beſiczen wird künnen, ſo wird des iungen geſchweſterd das bei dem ſtiffvatter iſt, dernach zur beſiczung die nechſten ſein."

VIII.

Von Außen: Prudentibus ac Circumspectis Dominis Judicibus Saxon. horumque Assessoribus in Synedrio universali Cibiniensi congregatis Dominis nobis debito honore colendis. — (Patentbrief mit großen Lacunen, ſonſt aber in ſchöner Schrift. 1563) —

Im Innern: *Circumspecti Sapientesque Domini ac amici nobis colendi indicatis salute nec non comendatione officiorum quibus D. V. deuincti sumus, insuper beneuolentia nostra, palam tandem facimus eisdem causam inter Michaelem Teutsch qui in persona Clementis et Mathiae filiorum Adriani Irtdel (foelicis memoriae) quondam commorantis in Ciuitate noua Villa idiomate natiuo dicta Naurstadt quorum et patronus Actorem a parte una et Simonem Gebel Attractum in causam ab altera sorte manentes in tacta communitate nostro sub tegmine ratione cuiusdam curiae. Qui dum ex honesta consuetudine passim retenta, hinc et coram Judicibus nostris se mutuo convocarunt ac comparuerint juris aequitate. Actor hoc modo suam propositionem querelamque instuit siue proponere coepit. Qualiter elapsis aliquot annis curiae fundus Adrianj Irtdel diuendita sit, filiis eiusdem Adrianj existentibus paruulis, qui neque maturioris aetatis, nec etiam integri intellectus vendiderit vero eam curiam Simon Teutsch qui auus Clementis et Mathiae a matre, quam hactenus puerj eidem quodam et nunc tanquam haereditatem paternam (quae et esset) ab emptore ac moderno possessore repetiuissent.*

Absoluta hac delatione accusanti rndit (respondit) Attractus Se curiam eam iure probato coëmisse tempore uenditionis ac emptionis nemini contradicente aut interloquente et ideo curiam a se emptam propriam esse seque justo possidere. Illius querela admissa et hujus responsione audita Dmni Judices nostri diem certum eisdem conterminarunt, quo uterque suo

---

[1]) Dieſer Schlußſatz zu 2. ſcheint ſpäter, doch mit ſelber Schrift, hineingeſchrieben worden zu ſein. Der leere Raum nach Senatus enthält jene Worte in drei übereinandergehenden Zeilen, wie wenn damit ein Zwiſchenantrag ſollte bemerkt werden.

[2]) Zuſatz in die obre Zeile geſchrieben: „wofer er will."

negotio patrocinandum probabilia documenta adduceret pro firmiori cognitions talis causae horum commissioni ipsis non contrariantibus posito ac praefixo tandem temporis termino suos quisque testes quos debuit adduxit ex eadem possessione Naurstadt.

Actori testificantium qui antea sacramento rogati conscientia sua mediante in hunc modum proposuere. Primus Martinus Jacobj praeteritis annis Villicus in tacto pago Naurstadt fassus: Conuenit inquit me (u. ſ. w.) *Auditis his fassionibus testes in caussam Attractj conscientiose quamdam praefatj exponere coeperunt, prout sequentibus patet. Primus Jacobus Sutor* (u. ſ. w.) *Auditis itaque utriusque partis propositione et responsione insuper examinatis et optime trudinatis testimoniorum perspicuis documentis et attestacionibus Circumspecti Domni Judices Nostri iurs mediante sententiam finitiuam tulerunt qua attribuerunt curiam Simonj Gebel in causam Attracto qui nunc eam inhabitat, hanc ponentes rationem Cum eadem curia ab auo puerorum postulantium eam antea iuris aequitate ter publice prouacata tandem ab eodem diuendita sit nullo amicorum contradicente, tum altera uice idem factum per priorem emptorem qui maluisset diuendere eisdem pueris ut ex testamento Georgy Ronner liquet. Qua quidem lata Sententia Actor aggrauatus suam causam pro deliberatione placidiorj coram nobis reuidendum propellavit ac exposuit Utriusque uero animum* (u. ſ. w.)

Dominorum Judicum nostrorum non ualde approband. latam sententiam, imo ipsi Actori-curiam de qua controvertitur adscribendam duximus, cui aut potius natis Adrianj nro. judicio contribuimus. Quandoquidem auus non possit hereditatem nepotum suorum diuendere absque rationibus probabilibus ipsis inscys nec perfectas aetatis existentibus qualis requiritur tali in causa. Cum porro hactenus Simon Gebel in causam attractus admonitus sit puerorum mandato Ns spem locarat in eam curiam tanquam propriam, Dumque fily praefati Adriani solutionem nullam sumere voluerunt. Tali nostro edicto consensu Attractus molestatus expectans melius refugium pro maturiorj reuisione et pro aequitatis suae defensione in Vestrarum D. praesentiam ac integrum Judicium prouocare uoluit, petens igr. sui negotii ab nobis praesens testimonium, quo humiliter petimus D. V. quo ulterius causam hanc discuters examinare et aequitatem utrique partj integre syncero animo administrare dignentur, in reliquo nos gratos pollicemur easdem bene valere precamur.

Datum in Schenck Maiorj die D.
Georgy Martyris Anno a partu Virgineo 1563.

Jurati Sedis Schenk Dominationibus V. multis officys ac debita benevolentia in cunctis deinctj.

Auf dem Umſchlagsbuge, unten getheilt durch das Großſchenker Stuhlsſiegel, ſteht: „1563. 28 die Aprilis Sententia de negotio introscripto hec lata est Nachdem der Großvatter das haus on wißen vnd willen der kinder vnd rechten erbenn, ſo noch klein vnd vnmündig geweſen verkaufft vnd deſſelben nicht macht gehabt hatt vnd die kinder auch derſelbenn nechſte bluetfreund das gelt vnd die bezalung für das haus nicht haben wollen entphen, ſondern gſagt habenn, ſie wöllten ſich zum hoff halten, als zu irem vnbezalten vnd vetterlichen erbteil, ſo iſt der hoff dieſer vrſach halbenn denn kindern zugeſprochen worddenn, doch mit der condition das die kinder allerley Stuelsreiſen vnd hehrreiſen wo ſie im ſwill werden ſein auch merkliche notbaw auf des Haus gegangen ſein dem angeklagten widerkewen vnd bezalenn ſollen nach gutter leutt erkäntnus ꝛc.[1]) 21.

[1]) Aehnlicherweiſe ſind noch andre Transmiſſionalien jener Zeit lateiniſch

IX.

Aus einer defecten Transmissions Rolle von 1570.

Prudentes ac circumspecti Domini nobis plurimum obseruan. Salutem suorumque officiorum Promtam Comendoem. Significamus eisdem Dominationibus vestris cam quandam Egregy Gasparis Barczai, inter Prouidum Abram de Czorra et hosce Personas Zwuantaban, Sztan, Wlad, Opra et Temetre ut in cam (caussam) *attos* (attractos) *partibus ab altera, ratione cuiusdam amisse rei seu perdite et ab alys suffurate. Quibus quidem pro more huius oppidi coram nobis comparen. prouidus Abraam Colonus Egregy Casparis Barczai Actor ab altera in hunc modum proposuit:*

Honoran. Domini Judices, superioribus, diebus amiseram Vaccam quandam cum autem maiori cum industria et diligentia in omnibus locis ubi me inuenire posse sperabam diutius requisivissem necque tamen inuenire potuissem, venit ad me tandem foemina quaedam, que cum quaereret ex me num Vaccam meam inuenissem me inuenisse licet magna adhibita diligentia inuestigauerim negaui, quae ubi mecum multum diuque contulisset, si modo aliquid ipsi pro felici nuncio dare velim, se de vacca mea omnia certa pronunciaturam asseruit. Quo audito, mox in spem errectus et de inuentione vaccae meae bene sperans promisi extemplo foemine et conuentionem feci ad numerum ff. 2. Conuentione itaque facta, uertit Mulier orationem et dixit, quod ni mirum ueniam ad domum Prouidi Sztan ad pagum Kenér uocatum, ubi cum ingressus fuero ad domum in kener existen. Sztan mox properans ad lectum in lecto eiusdem praefati porcionem cutis meae vacce quaeram cum itaque aquieuissem orationi huius femine cupens adhuc meam inuestigare vaccam transiui ad pagum praefatum felkenér nuncupatum cumque diuertissem primum ad domum Kenesy cepi orare illum ut mecum veniret ad aedes praefati Sztan, cumque aliquod uicibus rennuisset tandem dixit se non, nisi reddita mercede qua dignum se existimabat uenire uelle. Cui cum illud quo erat dignus reddidissem et mecum uocassem ad domum praedicti Sztan, uenimus ad aedes Sztani, in quae ubi Introuenissemus cepi quaerere cutem mee vaccae in Lecto Sztan, quam etiam inueni Ibidem uti a femina edoctus fueram, cui donum (Kalackh ipsis vocatum) pro nuncio dederam, licet non totalem sed frustum saltem. Qua inuenta et una cum kenesio iusa, eo tempore, a kenesio postulaui diem administran. Juris promisit itaque kenesius Scaem. diem eius quo ibi fuimus. Cumque nos dis altero adiunctis quadraginta viris uenissemus ad kenér in domum Illius Praefati Ztan ut pro nostra re et damno iuramentum et fassiones poneremus et faceremus. Kenezius negauit se ius administraturum sed illico direxit nos ad Judices Saxopolitanos, citra quorum beneficium se ius administrare posse constanter negauit. Cum ita verbis contenderemus uocati sumus foras, per hos prefatos Wlad, Opra et Demetre, qui me uerbosius inuitare ceperunt, quo uelim redire in graciam cum ipsis nec eos in aliquod discrimen uel periculum

---

abgefaßt, ſo von Szászváros (Bros), Reps, Mediaſch u. a., doch kommen darin die Zeugenverhörs-Ausſagen gewöhnlich deutſch oder auch ungariſch vor. In einem Broſer Proceß Joannes Bago gegen Joannem Olah wird die zweitrichterliche Sentenz dahin am 18. Januar 1552 erläutert: „Judiciaria deliberatione Dominorum Saxonum cognitum est ut actor quaesita fidedignis testibus comprobet, si vero probare non potest, extunc Attractus Juramento suo confirmet se debitum, quod quaeritur, totum soluisse et nihil debere“. (Zahl 14 zahlreiche Abbreviaturen der Schrift). Siehe noch im § 22.

deycere aut damnificare aut molestare. Ego autem cum pacis sum studiosus annui uoto prefatorum et me cum ipsis et cum Sztan rediturum in gratiam promisi dummodo me pro damno mihi illato reddant contentum, que contentatio seu satisfactio fiat coram kenezio eius loci. Eodem tempore procurator Prouidus Michael Vincze, Egregi Casparis Barczay, compellato Kenesio dixit, tu keneszj, Colonum Serenissimi Principis non esse reum in hoc furto dicis et tamen nunc conuenire uult promittens satisfactionem, colono mei Domini cum eodem. Hic actis accesserunt ad damnificatum goem. (—concivem?—) *me et Kenezium fres.* (—fratres—) *hi nimirum Wlad, Opra et Demetre, ubi receperunt sint rei et peccato obnoxii scelerisque conscy manibus presente kenezio Junctis, a quibus ad duos loues et ff v conuentio mecum facta est. Ad eius pacti a quittum confirmandam uovacimus septem ex alterius alieni Relictae videlicet Andree Barczai colonibus. Cui pacto ego quidem et stetissem et aquievissem modo ne ipsi rescidissent atque uiolassent et si illi ipsi sibi non defuissent ego redire in gram.* (gratiam) *paratus fuissem. Quare cum mihi non satis fecerunt nec mecum in gram. redire uoluerunt, sed pactum resciderunt. Preterea cum hi tres prefati Wlad, Demetre et Opra mi. praesente kenesio fassi sunt se esse conscios sceleris et facinus perpetrasse et sese mihi satisfacturos promiserint et mecum pro fre* (fratre) *suo Sztan in gram.* (gratiam) *redire (non enim eo tempore Sztan praesens fuit, sed tum hi v* (viri) *pro persona Sztan et spoponden. et in gram. redituros promiserunt, hos quoque tres praefatos perinde furti si Juris acuso, sicuti eum praedictum Sztan videlicet in cuius domo porcionem cutis uacce mee inueni. Qua quidem finita, rendet. in caam. Attae* (causam attractae) *personae videlicet Wlad, Sztan, Opra, quartus iam tunc aberat fuga enim sibi consuluerat Demetre nimirum et in hunc modum proponit. Honoran. Dmni. Judices intelleximus ppoum.* (propositionum) *et requisitiorum summam, quam certis numeris et articulis expostulati do enumerat. Cum autem me fassionis et date fidej insinuat, verum illud quidem non nego quin fecerim, promisi enim nos redituros in gram. et satis ipsi facturos at non pro priuata nostra persona sed fris. nostri Sztan. Carnem igir. non apud nostram sed apud domum uiri Juuantaban consumserunt. Quo quidem audito et contra se sonante Penso. intellecto uir Jwuantaban in hunc modum proposuit. Honoran. Dni. Judices intellexi atque cognoui acusationem praefati Jwuantoban contra me, ad quam quidem hac ratione respondeo. Quod carnem vaccae in domo mea consumtam asserit, illud nego. Sed ex aduerso proba testimonys firmis atque ratis, quod particula cutis vaccae seu porcio in domo tua fuerit inuenta et quod noluistis cum damnificatis mi ro pacem et nos esse conscios et patratores facinoris constanter asseruistis et nos damnificatum gem.* (concivem?) *contentum reddituros promisistis. Cuius responso audito Vlad, Sztan et Opra ex aduerso ita contra hunc proposuerunt. Honorand. Dni. Judices audiuimus responsum praefati Jwuantoban sed contra ipsum nos probabimus probabilibus testibus et testimonys quod Caro bubula sua vacce consumta sit apud edes ipsius. Cum superioribus enim diebus esset in Czorra apud edes Jwuan ibique diutius steterit. His itaque omnium partium controuersys et responsis ad . . . . cognit. iure mediante utrisque partibus suos testes fassiones quoque coram nobis proferendos sistendosque suo tempore pronunciauimus nos in hac ca. praesides existen. prescripsimus quq illis tempus ad proferendos testes et fassiones documentaque fide digna comparen. Cumque dies definitivus prof. fassionibus advenisset, tres prefati Opra, Sztan, Wlad, contra predictum Jowantaban tales protulere testes,*

quorum fassiones singillatim ordine fide modi ante factas annotauimus, quorum numerus Ita se ex ordine habet, una cum eorundem fassionibus. Primus testis Szomedre fide mediante ita fassus est . . . (u. ſ. w. folgt nun die Aufnahme des Verhörs von ſieben Zeugen, wo dann die Rolle abgerißen iſt; doch ſelbſt dies Bruchſtück zeigt, daß man für jene Zeiten ſehr genau vorgegangen ſei; auch hat der Proceß, da er nur Romanen (Walachen) des Broſer Stuhls betrifft, und der Orts-Richter als Knes vorkömmt, ſowie aus andren Gründen, rechtsgeſchichtliche Bedeutung).

X.

(Patenturkunde 1571) Wir Jörg Hechtt der tzeitt ſtuelsrichter vnd Colman gottsmeiſter mittburger in der Hermanſtad. Thun ezv kundtt vnd bekennen hiemitt offentlich, allen vnd ieden inſonderheitt wen es thut belangenn, das dato dieſes briefſs, die tugendſame Fraw Regina, des erſamen vnd weiſenn herrn Michaelis Herman ratsgeſchwornen mittburgers dieſer ſtad, fraw mutter perſönlich in bittweis ezu vns kommen, mitt ſolcher auszeugung. Nach dem der allmechtige, ewige gott bemelten ihren herrn mit einer leibskrankheitt heimgeſucht, vnd wiewoll ſie vormols ſich aneinander verſchrieben vnd teſtament thann hettenn, welches ſie auch briefflich verfaßenn vnd auffrichten haben laßenn, iedoch dieweill ihr ſolch voriges teſtament ieezund ezvwider wer vnd bemelter ihr herr angeezeugt vnd bekant hett, das er ſeiner Fraw mutter Regina mit ettlichen ſchulden ezu thun vnd verflichtt ſey, derhalbenn wern ſie beide eins willens, eint ander teſtament auffezvrichtenn, das hiebey gegenwertig vnd ſolchs teſtaments volkomliche geſcheffter ſeinn woltett vnd das mir nachmols deſſelben ware kuntſchafft vnd vrkunt geben mögen. Nachdem mir aber ſolch Bitt eziemlich ermeſſenn vnd für billig angeſehenn, han mir ihr ſolches nitt abſchlagenn wolenn. Als mir aber ezum herr Michaell kamen, da hatt er ſein voriges teſtament in briefflicher vrkuntt herfür bringen laſſen, welches nachdem mirs verleſenn und verſtandenn hann, da hatt bemelter h. Michaell für vns vnd in gegenwertikeitt vnd verwilligung ſeiner Fraw mutter Regina, daſſelbe teſtament nichtig vnd krafftlos geſagt vnd für vns ezvreiſſenn laſſen. Nachdem ſolches alles, hatt der herr Michael auff vnſere Frag offentlich für uns bekannt, das er ihr ſeiner Fraw mutter Regina nemlich Floren: 127 denar 50 in münez ezu thun vnd ſchuldig were, welche er auch ezv trewenn vonn ihr empfangenn hett. Weitter darnach hatt er widerumb für vns in ſonderheitt bekant, als er ſein ieeziges Haus hab kauffenn ſollenn, da hab er ezv gleich von ſeiner benanter Fraw mutter Floren 73 in goltt empfangenn, welche er ihr gleicherweis bis auf gegenwertige ezeitt ſchuldig ſeye. Nachdem mir aber ſolches verricht, uns ezum heimweg gerichtett, daſelbe der H. Michael vns weiter mitt hohem vleis gebettenn, ein kleine ezeitt ezu verharnenn vnd hatt nach dem weiſenn herren Hans Omlaſchern ezv gleich dieſer ſtadtt mittbürgernn geſchickttt, welcher als er darkommen hatt bemelter H. Michaël Hermann in unſer gegenuertikeitt mitt verwilligung ſeiner Fraw mutter Regina auff ſolche weis wie volgt fürbrachtt. IN Dem namen des Herrn. Amennn. Nachdem es recht vnd chriſtlich iſt, das ein ieder menſch bei gutter vernunfft vnd wo es kan geſchehenn bei geſundem leib ein teſtament ſeines endlichenn und letztenn willens thun ſoll, vnd alles vor ſeinem ordentlich verordnen, ſemteimal mir alle ſterblich ſein und nichts gewiſſers denn der thodtt, aber nichts vngewiſſers als die ſtund des todtts haben. Dieweill aber gott der Vatter aller gnadenn mich Michael Herman mitt dieſer krankheitt heimgeſucht hatt, ſo hab ich noch ordnung vnd gewonheitt dieſer ſtad vnd ſittenn aller Frommenen chriſten, wiewoll ſchwaches leib, iedoch bei gutter vernunfft vnd guttem gewiſſenn, one allen ezwanck, aus frewem guttem willenn vonn allem meinem frewem gutt erb vnd hab, beweglich

vnd vnbeweglich, ſo mir gott auff dieſem erdbodenn verlawen hatt, ein frewwillig teſtament gethann vnd geſtifft und will das dies mein teſtament und leezter will ſoll ſeinn vnd bleibenn vnd von niemandenn widerſprochen werdenn. Bittenn derhalbenn Eur w.; wollt wber dies mein teſtament vnd letztenn willen volkömliche geſcheffter ſein vnd es ſoll in der mas und geſtalt ſein, wie folgtt. Erſtlich ſo laſſe vnd beſcheide ich meiner liebſten Hausfrawen elizabet angeſehenn ihre trew vnd lieb aus bewilligung meiner Fraw mutter Regina aus allen meinen güttern beueglich vnd unbeueglich aus meinem ezwettheill ein rechtliches drittheill. Mehr laſſe ich ihr bevor alle ihre kleider mit ſamptt denn ſpangenn. Mehr laſſe ich meiner Hausfraw Elizabett bevor die ezwen beſte girkell vnd das beſte Hefftеln, alſo das meiner Fraw mutter das Hefftelln bleibenn ſoll, darann ich mein theill an hab. Mehr laſſe ich meiner hauswirtin Elizabett mein ſigill ring vnd denn beſtenn ring mit einem ſapfir. Weitter ſo laſſ ich der Margitt vnſerer Dienſtmagd Floren: 25 in münez vnd 4 elenn ſcharlachgewant, ezu einem ſeidell, welches man aus der ſtad gerechtikeitt nemmen ſoll. Die andere gutter aber alle beueglich vnd unbeueglich laſſ ich meiner liebenn Fraw mutter Regina vnd will alſo ninenn allenthalben in einem gutten gedechtnus vnd bei Gott inn einer ewiger ruhe ſeinn. — Des ezv vrkund vnd mehrem glaubenn mir Jörg Hechtt ſtuelsrichter, Colman gottsmeiſter vnd Hans Omlaſcher erbettenne teſtamenter bekennenn hiemitt das bemelter H Michael Herman dies teſtament bei gutter vernunfft vnd mit verwilligung ſeiner Fraw mutter Regina ordentlich für vns gethann, geſtifft vnd verornett, in beſter weis und maß, ſo er hatt gekunt vnd da ezv beſtettigen vnd ezv bekrefftigen vns vleiſſig gebettenn, das mir es mitt vnſerenn gewöhnlichenn in ſigilln verfertigen woltenn, welches mir denn auch hiemitt in gegenuert ſeiner Fraw mutter Regina vnd Michael Markgraffens ſeines ſchwagers, nach ſeinem guttenn willkür vnd bittlichem anlangenn befeſtigtt vnd verfertigt hann. Jedoch vns vnd denn vnſerigen one allen nachtheill vnd ſchaden. — Datum in der Hermannſtad denn 12 tag Octobr. im 1571 iar.

(L. S.) (L. S.)

(Testamentar. Dispositio 1571, Nr. 3.)

XI.

(Von Außen) Egregys, Prudentibus ac circumspectis Dominis, Magistri Civium, Judicibus, ceterisque iuratis civibus ac senioribus septem et duarum sedium totiusque Universitatis Saxonum in Transsilvania Dominis et amicis in primis honorandis. (1572).

(Innrer Libellbrief.) Fürſichtige Erſame Weiſe Herren, und Freund. Unſern gruß und freundſchafft vnd alles gutts ieder Zeitt Zu vorn. Wir thun E. W. hiemit zu wiſſen, wie das eine tedig ſache zwiſchen dem Erſamen Weiſen H. Zirwes Weidner als actor an einem teill vnd der Edlen Frawen Catharina Kemen des H. Peter Hallers weiland königsrichters dieſer ſtadt nachgelaſſnen widwe als der angeklagten, am andern teill, beiden vnſern mitburgern, etwa einer ſchuldſumma halben entſtanden.

In welcher action, als ſie von beiden Parteyen erſtlich für gericht erſchienen, da hat bemelter actor kürzlich zu erkennen geben, wie das der iung Peter Haller ſeliger, von des Paul Wolgemuts kinds Parſchafft, empfangen hab fl. 500 vnd verſprochen vnd mit ſeinem ſchuldbrieff auffgenommen vnd zugeſagt bemelte fl. 500 one einige weitere mühe vnd vnkoſt, in parm gelt widerumb zu erlegen, alsbaldt bemeldten Paull Wolgemuts tochter ſolchs Geld zu irer notturfft begern würd. Dieweill nun aber dieſelbe des Paul Wolgemuts tochter in den eheſtand ſich begeben, das irige fordern thet vnd die Fraw Hallerin in des iungen Peter Hallers Hab

vnd güttern ſiezend wer, darumb er von ir durchs recht ſolche ſchuld begehren wer nach innhalt des iungen Peter Hallers ſeines ſchuldbrieffs. Und wer hierüber recht und gerechtikeitt gewarten. Hierauff die angeklagte Fraw Hallerin ſich auf nachfolgende weis entſchuldigt, das ſie zwar der ſchuld nicht läugnet, ſondern nach dem die fl. 500 vmb einen iärlichen unez, dem Zacharia Pauſchner dieſer ſtadt mitburger geliehen ſein worden, ſo ſolle der actor ſolche ſchuldgelt vom Zacharia Pauſchner vnd nit von ir foddern. Nach verhörter klag und anttwortt haben die H. Richter dieſen ſtrittigen handel auf Zeugnüs gelaſſen. Da hat der actor des iungen Peter Hallers verſchreibung vnd ſchuldbrieff auffgelegt, alſo lautend: Ich Peter Haller von Hallerſtein bekenn, mit dieſer meiner eigner handgeſchrifft, das ich vom weiſen herrn Servatio Weidner aufgenommen hab, von des Paul Wolgemuts ſeligen kindsgelt in einer ſumma Floren. Fünffhundert, welche ich dem Carol Pauſchner zu henden geben hab, ſolcher geſtalt, das er ſolch gelt gebrauchen ſoll, ſo lang bis es vorbemelter Paul wolgemuts tochter zu irer notturfft begehrn wird. Dieweill aber, ſoll er Caroll Pauschner iärlich darvon erlegen vom hundert fl. vier, thut iärlich fl. 20. Wenn aber das kindt das ſeinige foddern und bedürffen wirdt, und der Caroll ein ſolches zu erlegen hat, ſo verſprich ich, im ſolche ſumma, nemlich fl. 500 den. 0 one einige weitere mühe vnd vnkoſt in parm gelt, wie ichs den entpfangen hab, zu erlegen. Des zu vrkundt gib ich dieſe meine eigne Handtſchrifft mit meinem angebornen inſigill bekrefftigt. Geben vnd geſchehen in der Hermannſtadt am tag Galli, Ao 1557.

Die angeklagte keine Zeugen nicht eingeſtellt. — Nach verhörter klag vnd anttwortt vnd verleſung des ſchuldbrieffs haben die Herrn Richter ſolche ſentenez ausgeſprochen. Diweill diſe ſchuld vnleugbar iſt vnd die Fraw Hallerin dieſelbe nachbekennt vnd der ſchuldbrieff des iungen Peter Haller eigne Handtſchrift iſt, welches ſeine hab und gütter durch rechtliche ſucceſſion auf die Fraw Hallerin geerbet ſein, darumb ſoll die Fraw Hallerin, dem ſchuldbrieff nach, die fl. 500 dem actori zu erlegen ſchuldig ſein. Wo aber des Paul wolgemuts tochter des iärlichen intereſſ nicht entpehrn will, wird ſie denſelben, ſo das gelt gebraucht, woll mit rechten wiſſen zu erſuchen. Hieran die Fraw Hallerin nicht content geweſen, ſondern für vnns appellirt hat. Wir aber auch nach verhörter klag und anttwortt vnd des ſchuldbrieffs inhalt haben der Herren Richter ſentenez gebilliget vnd bei krefften erhalten. Daran die angeklagte noch nicht content blieben, ſondern für E. R. W. appellirt hat. Hiemitt Gott befohlen. Datum in der Hermannſtadt den 26. tag July Im Jar 1572

Burgermeiſter, Richter vnd Radt in der Hermannſtadt.

(Am Umſchlagsbuge des Bogens ſteht die Schlußſentenz: „1573. die 28 Aprilis in causa intro scriptorum Dominorum Judicum et senatus Cibiniensis iudiciaria deliberatio pro Seruatio Weidner lata per Universitatem Dominorum Saxonum per omnia approbata“).

XII.

(1605) Ehrſame Namhaffte Fürſichtige Wollweyſe Herrn vnd günſtige Freündt. Denſelben ſein Vnſere guetwillige dienſt ſampt ſtetter Freundtſchafft zu ieder Zeit beforann. Sollenn denſelben nit verhaltenn, wie das vor Vnſerem offnen Gericht Stüel Compariert vnnd erſchinnen ſein der Ehrbar Joannes Homm einwonner zu Würmloch als ein Klager von einer, vnndt der Ehrbar vnnd wollbenambte Paulus Honnebeher mittwoner der gemein Groß Schewren, als ein angeklagter von anderm Theyl. Da denn obgenennter Joannes Hamm von Würmloch Actor hierein auf dieſe Weiſe wider ſeine KegenPart agiert hat. Das nemlich er etwa vor einem Jar ſeiner gutter Freund in der Hermenſtatt

ein guette Kuff Wein ſollenn herein führenn, vnd wie er an einem tage die Statt nit hette können erreichen, ſo wer er übernacht zu Großſchewren mußen bleiben in Hoffnung, das die weilenn alda zu Großſchewern Fromme Teutſche werenn, ihm auch kein ſchade geſchehenn würde. Da nun aber die nacht herbey khommen ſey vnnd er ſich in die ſtubenn hinein ſchlaffen geleget hette So ſey dieſes Pauli Honnebechers Sonn ſampt ſeiner angehörenden geſellſchaft khommen vnnd anfenglig damit ſie deſto füglcher den Diebſtahl begehen möchtenn, die Ketten an der eußerſten Thür angeleget vnnd demnach auß ſeinem Wein dermaſſenn auß gelaſſenn, das der Wein gäntzlig verderbt, zu nichts gemacht, vnnd im auch deſtwegen als ein verderbter Wein aufgegebenn vnnd überantwort ſey wordenn. Weil denn ſolches von Keinem dann von dieſes Sonn vnnd ſeiner geſellſchaft geſchehen vnd ſolcher überaus großer Schade nit zu dulden, vielweniger zu leidenn wer, ſo ruffe er gerichtliches Ampt an, damit daſon geurteilet vnnd im si Juris ſein Verluſt refundieret Werde. —

Auf dieſes Actoris Anklage hat Attractus alſo replicieret. Das er zwar wol von andern vernommen hette, das er Actor mit einem Wein übernacht in der gemein gelegen ſey. Aber das ihm ſchaden daran eingelauffen ſey, hette weder er noch ſein ſonn nit gewüſt bis das die alt Rathleut dahin khommen ſeyen, vnnd ſeinem Sonn Pfandt hetten ſollenn nemen. Was aber die Anklage anbelange, antwort er alſo das derſelbe ſchade von ſeinem Sonn nit geſchehen ſey, ſondern von ihm ſelbſt dem Actore wie es dann nachmals durch genugſame Zeugen beweiſet würd werden. Das aber Actor hierein, ſo directe auf ſeinen Son als ob er augenſcheinlich geſehen vnnd aufgemerket hette .. Solt er ſolches beweyſen, wonit, ſo Proteſtir er, nach mals ſeines Sonns ehr zu ſuchenn. Letzlig was den Schaden ſo an dem Wein geſchehen ſolt ſein, anbelanget, gebe er keine Antwort, denn er nit ſchuldig ſey geweſen ihm den Wein des nachts zu verhütten oder zu bewahren. So aber einmandt daran ſchuldmeſſig ſey den ſolt er ſuchen vnnd zur bezahlvng zwingenn.

Nach verhör, Klag vnnd antwort iſt beyden Partibus dissiden. ihre ſach mit genugſamen Zeugen zu erkleren auf beweiſung auß gelaſſen worden.

Testes pro Actore. Primus. Simon Thays Horreannis Citatus, Juratus, Examinatus fassus est. Ich weis in dieſer ſachenn ſoviel zu bezeugen (U. S. W. folgt das Zeugenverhör von ſieben Zeugen; dann Sequuntur Testimonia in caussam attracti — folgt die Aufnahme von ſieben Zeugenverhörsausſagen).

Sequitur iam definitiva Sententia Dominorum Judicum 28 Augusti pronunciata Ao. 1605.

Nach verhör Klag vnnd anntwort auch der Zeugenn Iſt beyden Partheyenn dieſe Endliche Sentenz geſtellet wordenn. Das nach dem anfenglich Actor Joannes Würmlöher ... genugſam ſeine anſage wider ſeine Kegen Part mit dargeſtellten Zeugen beweyſet, Als das er in die Stuben verſchloſſenn vnnd daher nit heraus khommen khönnen, das aus dem Wein in die 3 eymer ausgelaſſen, in maſſen das der Wein faſt geleichtert vnnd verderbt ſey worden, wie es dann aus dargeſtellten Zeugen gnugſamb an den Tag kompt. Im Kegentheyl werden zwar woll etliche Testimonia herfürgebracht von Attracto mit welchen er den Fuhrmann als einen mitt verderber ſeines eignes weines ſchuldig will machenn. Aber mit denen ſich nit außhebet vnnd ſunſt kein emſiges documentum ſeiner Verſchuldt herfür kan ſtellenn. So erkennt es ein Ehrſam gericht, das, gleich wie mancherley vnnd viel Puneta auf Attractum fallenn, ſo müſſen auch etliche ſtraffen vnnd geldbußenn darauf erfolgen. Als zum erſtenn das dieweil ſolches ein großer muttwill iſt einander zu verſpern damit deſto fügliger den willen zu verbringen vor-

nemblig bey der nacht, so soll Attractus sampt seinee gesellschafft einem Ehrsamen Gericht fl. 20 veefallen haben. 2do Von den Diebstahl so an dem Wein geschehenn Zway Markh Sylber. 3tio Weil es mit diesem nit genug ist gewesen, den Diebstahl . . zu begehen, sondern auch seine Oberkeyt welcher er schuldige Vnterthänigkeyt sunst zu thun gewesen sey, geschmehet, gefluchet und sie etlige mahl Bestia lelek kurua gescholten, welches ein überaus groß Verebel ist, soll er erlegen fl 20. 4to Weil auch der Wein an im selbst durch diese Tritscherey fast geleichtert . . . Sollen sie den Wein zu sich nemen vnd den Wein . . . seinen vorigen Werth bezahlenn. Attractus . . . Appellatio quoque admissa est.

XIII.

(Libell. Von Außen:) Amplissimis Prudentibus ac Circumspectis, Dominis Magistro Civium, Regio, caeterisque Jur. Civibus Civitatis Cibiniensis Dominis Amicis nobis obser. mis. (1651).

(Von Innen:) Amplissimi, Prudentes ac Circumspectj Domini Amici nobis observ. — Salutem ac officior. nostrorum par. comen.

Ehr. N. vndt F. w. H. Eines Ehrsamen voll Weisen Raths Fügen E. u. W. hiemit freundtligen zu wißen, wie daß alß wir Gemeine thädich anzuhören versamblet geweßen, für Vns eeschienen ist Stephanus Meffert Schmidt ut A. ab una, anzeigend wie daß er eine Sache hätte wiedee den Georgium Bidner Kirchberger quasi Inctum ab alra. partibus. Wegen seinee 3 theils Behaußung bey den Spittal liegend zwischen Gasparum Goldarbettees, V. Philipi Lederees Behaußungen; In welchem negotio actionis Er den wieder den Inctum also ProPonirete.

Propositio Actoris.

Ehe. N. vnnd F. w. H. Eines Löblligen Gerichts: Es wirdt Zweiffel ohne E. u. w. bewust sein, wie daß ich in verfloßener Zeit deß Joannis Kroners Hauptmans 3 theils behaußung, grlegen bey dem Spittal gekaufft hatte, an welcher der Inctus daß 2 theil besitzet. Nachdem ich derowegen auß gnugsamen Vrsachen, solches mein 3 thell daean in letzt kurtz verfloßenen tagen hatte öffentlich füe dee Pfarrkirchen laßen außruffen oder feil dietten vnnd sich zwischen andern auch eine gewisse Perschon finden lies, welche mit mir wegen dießer Meinee Behaußnng einen auffrichtigen Kauff geschloßen, la Mir auch fl 1„ zu mehrerer siecherheit gegeben hatte, also daß mir das Aldomaschtrinken hinvorstellich war, zu welchem wir auch von beyden thellen gefast v. geschikt waren es zu verrichten, dießes abee augesehn, daß dee Inctus mit Unzeitigen Worten angefaren, als daß er dee Selde den Feayen gang zum thor hinauß mit Waßee, hey vndt dergleichen aus v. eintragen nit zulaßen wollte, also ist Sie bewogen worden, daß sie von dießem Kauff ist abgestanden vnd die Behaußung hat Fray gesacht. Derowegen ich auß solchen Vrsachen dieweil dee Inctus Mir den Kauff zeestöret, welches ich docieeen will, nach Erkändtnüs des Löbl. Gerichts, das gelt von ihm dem Incto sodern vndt zwae in der summa vnd auff solche weis, wie der voeige Kauff, nemblich fl 240„ geschloßen waeen, zu erlegen. — Protest. ad ulteriora &

Replicatio Actoris.

Ehr N. vnnd F. W. H. Eines Löbl. Gerichts Ich höre, daß A. anklage wieder mich, dee ich nit gestehe, daß ich ihm den Kauff zerstöret odee die Perschon, so mit ihm umb das Hauß gekaufft mit Vnzeitigen Werten angefahren hätte, sondern es hat Sie die Kaufferin, Pfarrrrin von Rayendorff solchee Kauff (dieweil auch das haus sehe dawfällich) geraüt, daß sie davon ist abgestanden,

welches ich tociren will, darumb ich hierin nit zu beschuldigen bin; begehr derowegen von der A. anklage absolvieret zu sein. — Protest. ad ulteriora &.

(Folgen nun: „Testes Actoris“ und „Testes Incti“; die Aufnahme eines kurzen Zeugenverhörs von 11 Personen).

Deliberatum.

Dieweil es auß der Zeugen . . artigen erscheint, daß der Inctus mit etlichen seinen Worten dießen Kauff zerstöret, daß die Kaufferin davon ist abgestanden. Also sagen und erkennen wir, das der Inctus aus dießen Vrsachen dem Actori das geldt wie Er mit der Pfarerin ist ein . . in der summa zu erlegen, soll verpflicht sein.

Bey welcher Vnsern Sentens der Inctus nit hat wollen beruhen, sondern die sache per viam Legtmae appelaonis. maturioris reuisionis gratia für E. N. W. hat wollen transferiren, welches wir ihm denn auch gutwillich zugelaßen, haben derowegen solche Causam E. n. W. hiemit schrifftligen ieberſenden. In reliquo A. P. & Cir. D. . . . . valere desider. Cib. die 5 May Anno D. 1651.

Amp. Pm. et Circ. Dominationum Vestrarum
Amici servi paratissimi

(Seitwärts: Michel Theill sed. J. Jacobus Kapp Substit.)

(Auf dem einen Umschlagsbuge:) Ao. 1651 Die 8 Juny Apertae et praelectae in domo Senatus per me Johannem Simonium Jur. Notar.

(Auf dem andern Umschlagebuge:) Deliberatum Ampliss. Senatus In vigore servat. Sententia Ampl. Dnor. Judicum.

XIV.

(Libell. von Außen:) Generosis Amplissimis Prudentibus ac Circumspectis Dominis Magris. Civium, Regiis, Primariis ac septem Duarumque Sedium Judicibus, caeterisque Juratis Ciuibus Senatoribus commembris Almae Universitatis Saxonicae Nationis in Transsilvania & Domnis. Amicis nobis obseruand. (1651)

(Von Innen:) Generosi Amplissimi, Prudentes ac Circumspecti Domini Amici nobis beneuolj.

Obsequiorum nostrorum paratam semper oblationem.

Ehrsame Fürsichtige Namhaffte Wollweiße Herren von der ganzen Löblichen Universität so in tegenwertiger Verßammlung sind, Denßelben fügen wir hiemit zu vernemen wie vor Unß in Vnßere RathsVersammlung die 29 Nouembris des itzo lauffenden 1651 jahres erschienen der Edle Dauid Gallffi de Veszszeödt ut Actor ab una, vnd dan der Ehrbare Georgius kroner constitutus Procurator der woledlen hinterlaßnen Wittib Catharinae Barabasi de Szent Ersebeth des in Gott ruhenden wolledlen vnd gestrengen Herrn Simon Peczy uti Incta partibus ab altera vnd hatt wegen eines Jobbagyen Barb Muine genandt der Actor durch seinen conductum Procuratorem Stephanum Graeff welcher vorgewandt wie er den Jobbagyen vmb geldt gekaufft proponirett, die Incta aber jus hereditarium vorwandt. Zu vorderst aber eine Transmissional-Schrift vberreichet No. Act. nebenst dreien Relatoriis welche Inctae in ratione waren worden, dieße Relatoria widerredett Actor, weilen er nicht certificirett worden von der Incta zu der Zeitt als man die Zeugen vernehmen sollen, wie ihn u. hat nicht einen geringen Zweiffel, es mögte die Maga. Incta auch ihrer leibeigenen leutt Zeugniß mitt eingemengt haben.

Auff dießes tretten sie ab.

Vnd ein Amplissimus Senatus Deliberirett: In Prima instantia weilen der Actor ſtill geſchwiegen, darzu als man Zwei Relatoria vorgebracht vnd ſelbe nicht verſtoßen, iſt auch itzend zu langßam, anbelangendt das dritte Relatorium, welches zum erſten mahl itzo producirett wirdt, weilen ſelbiges illegitime extrahiret worden Actore non presente lib. I Tit. 5. Par. Jur. Munic. Sax. 3. als ſollen die Zeugen, welche Zeugniß in demſelben verfaſt contra actorem nichts obtiniren.

Die Transmiſſion aber lauttete ab Extra von einer ſeiten alßo: Amplissimis (folgt der Titel) ab altera latere 29 Novembr. 1651 Apertae et perlectae in Domo Senatoria publice coram Amplissimo Senatu per me Joannem Simonium Juratum Notarium Cibiniensem. Sigillo Judiciali obsignata cera rubra. Post aportationem interius Amplissimi (folgt der Titel — hernach die erwähnte Transmiſſionsſchrift vollinhaltlich, ebenſo verbotenus auch die beigebrachten, theils ungariſchen, theils lateiniſchen, und deutſchen Documente).

Sequitur post praet. actarum literarum lectionem Deliberatum Ampl. Dnor. Judicum Cibin.

Nach angehörter beider Parteyen klag und antwortt, wie auch der Zeugen Zeugniß, befinden wir, das weilen der gedachte Barb Muine ein leibeigner der gebuhrt nach der Edlen Frawen Peczi Simone iſt, vnd das ihn ſelbige iemahl freygeſprochen, vom Dno. Actore nicht bewießen worden, welcher ihn Jure Emptitio ſeinen Jobbagyen nennett, als ſprechen wir libere et conscientiose auß, das der Mani Barb der Inctae zugehörig und derſelbigen nicht könne entzogen werden.

Qua nostra Judiciaria Sententia Dnus. Actor minime contentus sed aggrauatus existens, causam eandem Suam uberioris discussionis gratia per viam legitimae Appellationis in Amplissimam Prudentum ac circumspectarum Dm. vestrar. Consessum transmitti postulavit, rogans ut . . eandem qualiter coram Nobis actam secundum omnia requisita sub sigillo nostro fide median. conscriptam extradare vellemus, quod ut denegare neutiquam voluimus rogamus itaque Ampl. Prud. et circumsp. Dns. Vestras causam praetactam ne graventur assumere assumtam revidere, reuisam iuxta Dom. vsque justitiam decidere facturi ne eo nobis officium gratum quavis occasione a nobis demovendum Quasde. feliciter valere cupimus. Datum Cibiny 25. Novembr. 1651.

Ampl. Pruden. ac Circumsp. Dn. vestrar. Amici servique parati.

Johannes Lutsch Jud. Regius. *Michael Thel* Sedis.

Sequitur Deliberatum Amplissimy Senatus Cibin.

Die gemachte Sententiam Eines Löbl. Gerichts erkennen und halten wir vor billig vnd Recht außgeſprochen hoc ad dito, daß dem Domino Actori Galffi David die Incta das ſeine widerkehren ſoll als fl 28„ welche er gegeben den Barb Muin zu löſen

Qua nostra Deliberatione Actor minime contentus u. ſ. w. Datum Cibinii 30 Novembris Ao. 1651.

Generos. Amplis. Pruden. ac Circ. . . vrar. amici servique parati Consul Regius ac Sedis Judices, Villicus caeterique Jurati Ciues Senatores Cibinienses.

(Auf dem äußern Umſchlagsbuge:) 1651. 14 Decembr. Apertae et prelectae coram Alme Congregatione n. Senatorio per me

Johannem Simonium Provincialem Notarium.

XV.

(Von Außen:) Ad Amplissimum ac Circumspectum Virum Dominum Martinum Imerici. p. n. Judicem, Caeterosque Juratos totius Senatus Inclytae Urbis Bistriciensis. (1677).

Nahmhaffte Vorſächtige Wollweyſe H. Unſern freundlichen gruß, nebenſt wüntſchung aller, ſowohl an Leib und Seel gedeülicher Wollfart von Gott dem allerhöchſten zu Jeder Zeit zu geben.

Wir Herr Valentinus Spelnerus itzunder wohl beſtelleter H. Burgermeiſter des Edlen Marks Reen ſampt einem Ehrſamen vnd weyſen Rath thun hiemitt zu kunt vnd zu wißen, quod in hoc Anno praesenti 1677 den 29 Marty vor uns erſchienen iſt der gutte man Paulus Daniel und hat bittlich angehalten, daß wir einen Zeugen ſollten einlaßen gehen, wegen einer ſtreülgen Sachen, wie ohne Zweiffel E. N. Weyßheiten wohl bewuſt und bekannt iſt, ſo haben wir ihm ſolcheß gar gern zu gefallen gethan und denſelben Zeugen sub juramento fidei examinieret wie er den fide mediante nostra alſo bekennt. wie volget Testis Elizabetha Vitta Anor. 18 jurat exam. fassa est ad primum punctum daß bekenn ich daß der Schneider-Knecht Georgius Märgler als er zu meinem Falten Kueiffelſtrücker iſt kommen von Kronen mitt unſerm Kneuffelſtrücker Knecht Andreas, ſo hätte der Hütter Andreas Tartler meinen Herrn zu gaſt geruffen (U. S. W die Vernehmnng der Zeugin auf Punkte.)

Dißeß iſt nun das Zeuchniß, welcheß wir haben verhöret und examiniret und daßelbe durch unſern Amanuensem laßen annotireu. Thuen aber hiebey E. V. Weißheiten in Gotteß gnädige Obacht entphehlen.

In Reen Anno Domini 1677. die 29 Marty.

Euer Vorſächtig Weyßheiten dienſtgefließene alletzeit Valentinus Spelnerus p. n. Consul Oppidi Szász Regnen ſampt einem Ehrſamen n. Weyſen Rath.

Correcta per eosdem idem qui supra.

XVI.

(Ohne Aufſchrift, blos mit der äußern Bemerkung: Ao. 1677 10 Febr. Exhibitae et Pr. et lectae coram Alm. Universitattem per Joannem Weinhold Notar. Provinc.

(Innere Transmiſſions-Rolle:) Gener. Amplissi., Prudentes ac Circumspecti Dni. Amici, Fautores ac Patroni nobis sincere honorandi! Salutem servitiorumque nror. indefessam promptitudinem.

Fügen hiemitt dero Viel Edlen N. und Vorſ. Wohl W. einer löblichen Univerſität demüthigſt zu wißen; wie daß in Anno praesenti 1676 die 16 Mensis Marty der Edle Herr Samuel Sz. Iványi als Causar. Fiscalium Director vor uns einem verſammleten Rath personaliter erſchienen, vorgebend, was maßen ſelbiger erſuchet worden in Nahmen und Perſon einer unſrer Mitbürgerin Barbara Eckerdin als Eyduerin und Wittib dero Causam controversiae über einem nunmehro vor vielen Jahren excondierten Thesauri zu assumiren und pro juris exigentia zu defendiren, contra Sophiam Semrigerin als Seideldin. Welche causam ventilatam et juridice transactam post pronunciationem sententiarum D. Actor pro Fisci et Actricis ratione non contentus in maturiorem judiciorum revisionem vor eine Hochanſehnliche Univerſität zu transmittiren begehrt, & Cujus transmissionis series de verbo ad verbum sic sonat.

Anno 1676 die 16 Marty Actor Egregius Samuel Sz. Iványi Director Causar. Fiscalium Regni Transsilvaniae, ac relicta Vidua Circumspecti Michaelis Eidner Inhabitatoris hujus Civitatis Bistric. Barbara Eckerdin contra Circumspecti Pauli Seydel civis civitatis Bistr. consortem Sophiam filiam circumspecti quondam Thomae Semriger de Beszterce velut in causam attractam per Procuratorem Paulum Seüvert sic proponunt et dicunt.

Solche Klag führen wir wider Inctam, was maßen für etlichen Jahren, ehe der jüngere Georgius Rackoczi in Pohlen gezogen, obgemeldeter Thomas Semriger, als Lederer, eine gewisse Summa Gütter, Geld, Becher und was anders aus selbigem Garten, welchen ich ietzo mit meinen Kindern besitze, außgegraben, welcher Garten ans weilandt gewesenen Martini Porkalabs Erbloßigkeit sampt den Güttern auf dessen damahliges Ehewelb meines nunmehr gewesenen Ehe-Mannes Freundin devolvieret. Von welcher gemeldete sowol vergrabene als andere Gütter auf meinen gewesenen Ehe Mann Michaelem Eydner & per consequens auf mich und meine Kinder deriviert. beynebenst auch der Garten, wohero das Geld ausgegraben. Hat sich demnach die Sach also zugetragen, daß praememorierter Thomas Semriger A. gebetten ihme im gemeldeten Garten, allwo selbe A. ihre Bienen zu halten pfleget, seine Biene auch zu halten zu vergünstigen, welches selbige mit solcher condition gestattet sich mit dem Eyde zuvor zu verpflichten daß wo gemeldeter Thomas Semriger gemeinten vergrabuen Schatz antreffen würde, denselben sonder Wißen und Willen nicht zu levieren, welcher auch de facto juramento sich verobligieret solches zu halten. Hat aber seiner Obligation vergeßen und die Gütter so er angetroffen, außgegraben, anßgenommen was ein Ehrsam W. W. Rath in dreyen Gefäßen hat laßen außgraben, welches von ihm nicht gefordert wird, sondern außerdem, wie sich specificierte Actrix erhohlen und erinnern thut, was praedeclarirter Porckalab vor ihren Augen zusammengefüget u. hinaus geführet an gedachten Orth zu vergraben: als da sind 4 große weiße Becher, 2 Woitzige Gürtel, 3 ineinander gehende kleinere Becher, ein silbern Kelch mit der Patben, 8 paar Mantel Spangen in einem Schacht, 8 Löffel, 4 güldene Ringen, ein übergüldetes Hefftel, ein übergüldeter Thaler, zu einer Doleman große silberne Knöpffe, eine silberne übergüldete halb Achtels Kanne, Geld u. Thaler nro. 14 Achtelsköpfel. Nachdem unn die A vermerket, wie specificierter Thomas Semriger zu praenotirten Güttern gelanget wäre, hat sie selbige sollicitiert ihr davon Theyl zu geben, maßen er geschworen darüber: worauff er also ihr einen Becher gegeben leugnend daß er mehr als zween Becher gefunden hätte, unter welchen Er einen ihme behalten den andern der A. gegeben.

Nach tödtlichem Abgang Thomae Semrigers zur Zeit der Division der nachgebliebnen Gütter sind gefundene Bona (damit sie nicht gekennet werden) den Theyl-Herren nicht vorgegeben; über welche dicta A. fortan sorgfältig sich gehalten u. von dem H. Richter einen Menschen bei sich begehret, welcher einen Rathsherrn Mathiam Zimmermann zu des obengedachten Thomae Semriger's Tochter Tutoren abgefertigt selbigen vermahnend und vermittelst vielen schönen Worten bittend aus den gefundenen Güttern der Actrici etwa mehres mittzutheylen, worauff denn selbe zween silberne Löffel, ein Hefftel, eine güldene Ring empfangen, mehr nichts, und solches derogestalt, ein Quitanz darüber zu geben, es geschehe solches gleich auch nur durch einen Wendleanten, hat aber keine gegeben. Auch wie einsmals Stephan Viszkeder des verstorbenen Thomae Semriger's Schwager die Quitantz sollicitiert hätte, aber nicht erlanget, hat er sich sehr darüber beschwert zum Weibe sagend: ich habe es dir gesagt, es

würde dir also ergehen. Inzwischen auch in einer Wirthschaft gesetzten Martini Porckolab Becher ist erkennet worden, worein der Nahmen eingeschnitten und der Inctae zugehörig. Dieses alles mit mehreren Umbständen doirende Begehren a jure der A juramentum im Fall es die Noth erforderte zu adjudicieren und mehr im Fall Incta selbige Gütter und vätterliche Haabschaft, auff welche selbige devolvieret, restituiren wird, juxta Articuli Regni tenorem, bene, maßen aber nicht, juxta eundem Articulum part. 3. tit. 54 art. 1. ut habetur, seibe wegzunehmen u. dem Fisco tertiam, der A. competentem partem zu adjudicieren, de jure flagitiren. Dürffte was verlaugnet werden? seyns juxta Allegationem praemissam bereit zu doeiren Litteris et Homagys.

Pro J. & J. Procurator Petrus Bessenyei ab Eöttves de Dés sic dicit der A. wider mich geschehene Allegation vernehme ich, aber ich habe weder auf einer uoch der andern Seitten, weder an einem, noch dem andern Orth nicht gegraben niemands hiugelegte Gütter nicht gesuchet, allein mein Freund Thomas Semriger, wie er vormerket, daß er bald sterben würde, hat er etwas silberen Geschneidt dem Merten Löchautzer meinem Schwager zum Budack eingehändiget solches auf seiner vnerwachsenen Kinder Ration zu behalten und künftig denen in die Hände zu geben. Auch dieses was es für Geschmeidt gewesen sey, habe ich nicht gewust, weis es auch noch nicht. Gedachter mein Schwager Merten Löchentzer hat solches Geschmeidt, welches Thomas Semriger auff seiner Wayse ration ihme in die Hände gegeben, als ein Hefftel, 2 silberne Löffel, 2 güldene Ringen, meiner Frawen in die Hände gegeben auff der Wayse ration, als wie eine nechste Freund zu versorgen. Unter der Zeit hat A zu diesem Geschmeid ihr jus praetendiert, wie auch selbiges via juris zu sich genommen, vnd noch drüber mich salb 2 vor einem Ehrsamen V. W. W. Rath mit dem Eyd eingenommen, dieses zu bekennen, daß bei mir außerhalb denen Stücklein nichts mehr sey, auch in meinen Händen nichts mehr gewesen, auch selbiges, woher und was für Geschmeid es gewest sey, weis ich nicht. Dieser Gestalt demnach weil A solches Geschmeid fide mediante von mir weggenommen, si juris? kann mehr nicht begehren, weil der Eyd in allen Strittigen Sachen die letztere Entscheidung ist. Ergo si juris ab impositione A. absolvi desiderat a jure. — Actor ad haec sic pergit: Legantur relatoriae meae. Ich habe durch einen Weisen H. eines Ehrsamen V. W. W. Rath diese praetendirten Gütter von der Inctae Tutoribus sollicitiert und mit des Herrn Richters Rath lebend das was ich mit gnttem von ihnen erhalten könnte, hernach auch das übrige daselbst zu suchen vermögt, quibus sic executis bin ich weiter nicht gegangen; welch Löffel mir dazumall gegeben worden, ist meines Schwagern Martini Nahmen eben darauff eingeschnitten gewesen, haben auch cum Incta oder mit deroselben Vater weder zu einem, — noch dem andernmall finalem determinationem gehalten, wie aus eingegebener Relatoria luculenter zu sehen. Kan also Incta absolutionem keinesweges begehren weilen die Sache sich anders verhält, worüber meine Relatoria gelesen werden ut supra. His super exspecto Deliberationem.

Incta iterum offert se in omnibus uti ad priora allegata et super omnibus hactenus allegatis ab Amplisso. Senatu Deliberationem expectat.

Anno praemisso die 16 Marty Deliberatum Amplissi. Senatus Bistr. super causa Relictae quondam Michaelis Eidner alias Thimar mota et agitata factum.

Nachdem wir A propositiones vnd Allegationes gelesen und verhöret, so in particularitate D. A. fundiert, indeme die A. zum theyl mit gutten zum theyl auch via juris etliche Stücklein silbern Geschmeides zu sich genommen,

hergegen aber an Gold und silbern Geschmeid eine ziemliche und große Summa zu restituiren begehrt. Als hat ein Ehrs. W. W. Rath pro justitia et aequitatis recognitione sententiam sequentem gefällt, daß A sufficientibus documentis ad 3um nsque comprobiere, selbige Bona seyen in gemeldetem Garten beysamen vergraben worden durch denoncinierten Martinum Porckalab und also juxta praetensionem A in numero et quantitate et qualitate dem vielgedachten nunmehro abgeseelten Thomae Semriger zu Händen kommen und er dieselbe außgegraben, quo praestito? bene quidem, solcher maßen dürffte A praetendierte und exprimierte Bona ab Incta begehren. Aber e contrario im Fall modopraemisso A pro dignitatis exigentia nicht vermögte, sollen eo facto Incti als gedachten Thomae Semriger hinterlassene Tochter Tutores u. Consanguinei, wie zuvor Homagio mediante absolviert gewesen, auch vor diesmals pro justitiae et aequitattis suasu von den übrigen Güttern, davon sie kein Wißen gehabt, Homagio semel praestito absolviert seyn. Hoc addito den Kelch sampt der Pathen, so A in propositione gedenket (geben dies Information ex relatione nonullorum Senator. Bistr.) hat decedierter Martinus Porckolab in sempiterna memoria zur Kirchen conferiert. Im Fall A. vorher in juridica sententia je einen Mangel erlidten hätte, davor hütte Gott, ihr Appellationis viam ein Ehrsam Gericht praecludiert hätte. In nächst verwichener congregation einer löblichen Universität, hätte A ihre Sach zur revision zu bringen gemögt, im Fall daselbst ihr etwa mehres abjudiciert worden wäre, salva nri. venia. Auch hinfort beliebt es Actionem decenti appellatione zu promovieren ad Almam Universitatem viderit

Actor producit literas relatorias, que de verbo ad verbum sic sonant:

Amplissimi Prudentes ac Circumspecti Amici et Fautores Honorandi! Salutem servitiorumque nrorum. paratissimam commendationem etc. Geben hiemitt zu wißen, dero Edlen N. und V. WohlW. einer löblichen Universitaet wie daß in Anno praes. 1676 die vero 14 Marty der Edle H. Samuel Sz. Iványi Causar. Fisci. Director uns den Ehrs. Waisen H. Andream Vallendorffium Raths-Verwandten sampt mir Joachimo Vallendorffio jurato Notario der königl. Stad Nösen auff Befehl und Annuentz des W. W. H. Judicis in vorerwendten H. Andreae Vallendorfy Behausung etlicher Zeugen, so für auszustellen können, fassiones einzunehmen beruffen, welches wir denn ex officy ratione auf des Vorf. u. W. W. H. Thomae Früm Judicis Befehl zu praestiren befugt gewesen u. vor uns gestellete Zeugen praevio fidei sacramento examiniert und verhört, derer Fassiones wir juxta seriem sequentem sub fide christiana notiert und extradatiert.

Primus Testis Georgius Gellner civis Bistr. annor. 33 jur. ex fassus hoc m. Vor diesem ungefähr 5 Jahr (. . . . U. S. W. folgt nun die Mittheilung der Zeugenverhörsaufnahme . . . . endlich)

Decimus Testis Mathias Zimmermann civis Bistr. juratus ann. 55 ad fidem Deo debitam fatetur. Wie ich einstmals auf des Ehrs. W. W. H. H. Richters Befelch und Begehren vielerwendter Michael Eidnerin in des Jacob Ladners Hause ginng, welcher gesagten Thomae Semrigers hinterlaßenen Tochter Tutor war, in Gegenwart Martini Semrigers Thomae Semriger's Bruder vermeldete, was maßen ich aus des H. Richters Befehl sampt dem armen Weib Michael Eidnerin zu ihn eingekehrt wäre, weil wir verstanden d. aus des Thomae Semrigers gefundenen Güttern zur Zeit der division was verhalten wäre, vermahne ich darob placide diesem armen Weib Michael Eidnerin lieber noch was zu geben, als es hernacher mit Trauer und Schaden geschehen mögte. Das weder ihnen, noch andern verbleiben mögte. Hierauff mit großem u.

ſchwerem Bedenken geben ſie dieſem armen Weib ein Hefftel, 2 ſilberne Löffel ein gülden Ring. Auf dem Hefftel war Martini Porckolabs Nahme eingeſchnitten welches Bona ſind in deßen Garten außgegraben.

Begehrten zwar auch eine Quitantz von adminiſtrierten Sachen, haben aber keine gegeben.

Hi testes omnes et singuli cives et Inhabitatores civitatis Bistric. quorum quidem fassiones sic exauditas rescripsimus et nos Ampl. Prudent. ac Circumsp. Dominationibus Vestris fide nostra mediante, quibus de extero Easd. Ampl. Prud. ac Circumsp. Domōnes. Vestrs longum felicissimo viveré et valere comprecamur. Actum Bistricy Anno die locoque ut in praemissis notatum et subscriptum erat, correcta per eosdem.

Amplissr. Prud. ac. Circumsp. Dnōum Vrar. ad servitia semper promptissimi Andr. Vallendorffius alias Szabo Reip. Bistr. Juratus Civis et Joachimus Vallendorffius Civitatis ejusdem Juratus Notarius. — Superscriptio erat: Ampl. Prud. ac Circumsp. Dmnis. Judici Primario, ceterisque juratis civibus Civitatis Bistric. Dnis. Amicis et Fautoribus nobis honaran. & — In alio latere erant haec scripta: Aperta per me Johannem Hendelium Juratum Civem Bistriciensem 16 Marty Anno 1676 — Erantque duobus sigillis in cera viridi obsignata.

(„18. Marty“ seitwärts) Deliberatum Amplissi Senatus Bistr.

Vorgeſtern ex sententia Ampl. Senatus war es A injungiert die in der proposition specificierte Bona ob ſie alle beyſammen und gantz juxta specificationem A. oder aber divisim, tamen in toto, zu einem oder dem andernmal durch vielgeſagten Thomam Semriger in A. Garten gefunden, außgegraben u. zu Händen genommen ſeyen certis fide dignis testimonys ad 3tium usque zu docireu, welches im Fall A. praestirt hätte, ſelbige Gütter de pleno et jure ab Incta fodern könnte. Hoc autem modo uti praemisso non praestito pro termino praefixo kann auch ein löbliches Gericht kein gewißes aus dem verborgenen A außer dieſen producierten kleinen Stücklein nicht adjudicieren, welche A. zum Theil juris medio zum theil extra viam juris zu Händen empfangen und was auch an ietzo geſtanden wird, als ein Becher, ein güldene Ring, wird A adjudiciert (ob ſchon Thomas Semriger bei Leben ſampt einem Becher fl 8 Actrici gegeben zu genügiger contentation), daß nunmehro Incti, ut Consanguinei et Tutores Inctorum ab Actoris impetitione befreyet würden juris et aequitatis recognitione ex superabundanti proprio Homagio ſollen abſolviert ſeyn. Hac sub cautione d. praemittierte Incti alle Bona, ſo ſie von praenotierten Martini Porckolab vergrabenen Güttern in ihrer Gewarſam u. Tutel gehalten und zu Händen gelieffert geweſen, ſelbige plenarie herausgegeben, mehr auch bei dero Händen nichts geblieben, wiſſen auch bei andern derer vergrabenen Gütter nichts zu ſehen. Hoc additto im Fall successivo tempore aus dem Verborgenen was an Tag käme, ſo von den vergrabuen Güttern verhalten wäre ſoll A. depleno juxta specificatam Bonorum quantitatem contentieret werden. Ex parte Dni. Directoris Deliberatum & Weilen praedeſignirter Martinus Porckolab ſolche ſeine Bona ſelbſt tutioris conservationis causa in ſeinem Garten vergraben, daſelb geblieben; als recognosciert ein Ehrſ. Rath dem Fiscus keine praetention darzu zu haben.

A. Appellant causam praesentem cum tota sua serie in praesentiam Almae Universitatis Deliberatum. transmittitur. Quae quidem causa per

omnia puncta ita coram nobis transacta uti praemissum, eamque Gen. Ampl. Prud. ac Circumsp. Dominationibus Vris fide nostra mediante transmittendam duximus. Datum Bistricy die & Anno locoque in praemissis notatis.

Earundem Gen. Ampl. Prud. ac circumspect.
Dnm. Vrar. Amici & Fautores humillimi

Thomas Frühm Judex
Senatusque Civitatis praefatae Bistric.

XVII.

(Von Außen:) In die Königliche Haupt Heerman-Stadt unßrem obersten Richter dem Ehren-vesten und N. W. H. Herren Gabrieli N. N. einzuhändigen. (1686)

(Von Innen lautet der Libellbrief des Dorfgerichts:) Unsern freundlichen gruß zuvor :||:

Wir Andreas Fleischer Richter, Michael Hoch Hann, Martinus Klöß Elteſter Borger, Stephanus Krauß der ander Borger neben den andren Rathgeſchworenen Unſer königligen Gemein MechelsBerg Thn E. N. W. kund und zu wißen mit dieſer Transmiſſion wie daß vor unſrem Rechten erſchienen iſt auß nußer Gemeln Mechels Berg Paulus Binder und Christianus Korpp vor ſein Schnirig, wie daß dieſer Mann Paulus Binder mit dem armen Mann Christiano Korpp welcher mit dem Schwerdt iſt hingerichtet worden Geldt empfangen hatten als ſie in daß Bleſch Land waren gezogen mit einander. Weil aber dieſer Mann Paulus Binder mit dieſer armen betrübten widwe nicht kan vber eins kommen vnd will dieſer armen betrübten widwe nicht helffen bezahlen an dießem Geldt vnd ſprcht, Er hätte nicht Theil an dießem Guldt ſo habt E. Zeugen bey uns eingenohmen, welche Ihm ſolten Zeugniß geben; darnach hab dieße arme widwe auch zeugen. Es währ alſo daß der Mann daß Guldt nicht hätte auf Ewren Mann gegeben Sonſtern auf den Paal Binder wie E. N. W. werden vernehmen von den Zeugen wie Sie gezeuget haben, wie hie folget.

Erſtlich folgen des Paal Binders Sain Zeugen Gerg Pihlner (ſeitwärts: „dießer Mann hat auf beyde Seiten gezeuget der Widwe, auch dem Paal Binder Annorum 36) Sie kammen mit einander zu meinem Vatter vnd begerten zwelff gelden Pfenig, darnach ſprach Chreſtel gebet unß noch drey Gelden, So gab ihnen mein Vatter noch drei Gelden daß es 15 Gulden wahren, So ſprach mein Vatter zum Paal Binder, Paal du ſoll mir die Pfennig zu handen ſtellen. So nahm Chrestel die Pfennig vnd zahlt ſie und knapt Sie zuſammen vnd verberget ſie vnd tranken auch ein Achtel weln miteinander und trug ſie weg und ſprach, was recht wird ſein, wollen wir auch geben. (U. S. W. folgen noch 6 Zeugenverhörs ausſagen; dann: Folgen der Korppen Chrestelen Ihr Zeugen, von denen der 2-te ausſagt:) Hannes Pihlner (ſeitwärts: Annorum 28) Ich kan bey meiner gutter gewißenheit Sagen daß der Paal Pihlner zu mir, Sagt wenn ich daheim wohro geweßen, ſo will ich meinen Vatter nicht gelaßen han, daß Ehr Ihnen Pfennig geben hätte, vielleich, wer dieß unglück nicht geſchehen. (Hierauf:) So ſoll demnach E. N. W. wißen, daß wir auff dieße Zeugen nach Unſrem Verſtandt ihnen das Recht alſo außgeſprochen, daß Sie dieſe Schuld miteinander ſollten bezahlen. So habt der Paulus Binder daß Recht vor E. N. W. genohmen u. will es nicht darbey laßen bleiben. So haben wir demnach

dieße Zeugen mit dem Eydt eingenohmen und überschicken demnach E. R. W. dieße Transmission, als unßerem Obersten Richter.

Und befehlen demnach E. R. W. Gott dem allmächtigen in seinen Schutz und Schirm.

Weiches Schreiben wir auch bekraefftigen mit aufgedrückteten Sigeln.

Andreas Fleischer Richter
Michael Hoch Hann
Martinus Klosz Elteſter Borger
Stephanus Krausz ander Borger

Gegeben auß Mecheis Berg den 27. Jan. Anno 1686.

wer R. W. gewohne vnd dienſtwillige gutte Freund allezeit.

(L. S.) (L. S.)

XVIII.

Anno **1687** die 20 Decembr. Uhrkunde Ich Georgius Locheszdörffer Bürger und Schneider Königl. Haupt Herrmanſtadt vnd füge hiemit zu wißen allen und iedeu dehnen es gebühret und zu wißen von nöthen iſt, waß maßen ich auß frühzeitigem eigenſinnigen mißverſtand mich gegen den Lieben Gott und meine Höchſte Obrigkeit, mit meinem unordentlichen böſen leben (indeme ich nicht wie einem Ehrbaren Bürger gebühret, gelebet) und ungebührenden Werken, grob und ſchwerlich verſündiget habe uudt dieſelbe verunglümpfet und dannenhero meines Verbrechens halben, meine höchſte Obrigkeit gnugſame Urſach gehabt hatt, mich nicht allein mit dieſer, ſondern auch mit andern dergleichen deliquentem zum Exempel mit größerer Straff hett belegen; vor dieſe nun mir erwieſne ſonderbahre vätterliche Gnade ich mich vermittelſt herziiger bereuung meines begangnen Frewelß und mißhandels unterthänigſt bedanke, daß Ich hinführo nach allen kräfften und vermögen für dergleichen und andern groben fehleru und Sünden zu hütten mich befleißigen will, auch meine höchſte Obrigkeit aiß aiß einem Gehorſamen unterſaß anſtändig in gebührendem respect Sie lieb und wehrt zu halten und in aller unterthänigkeit mit ſchuldigem gehorſam mich gegen Sie zu erzeugen mit Eydes Pflicht verobliegiere. Alſo daß ich mich derho Vätterlicher Gnade, Schutz und Vorſorge gänzlich empfehle und ſo lange Ich iebe ein treugehorſamer beſtändiger Bürger in meiuen Schranken zu wandeien und daß geringſte nicht von dergleichen Enormitaeten von mir will merken laßen will, verſprecht und im fall iu dieſem meine Verſprechen im geringſten zu wieder iebeu und einzigen Exes begehen möchte, ſoll meine höchſte Obrigkeit krafft gegenwertiges Obligatorii Macht haben, mich in Verhafft, rechtmäßige Straff zu ziehen und nach Verdienſt wie dehro belieben mir zu lohnen. Worüber ich dann zu deſto kräfftiger ratification mit eigener Hand unterſchrifft nud auffgedrücktem Petſchafft es habe Extradieren wollen

Cibiny Anno et die Supra notatis

Georgius Löcheszdörffer
(L. S.)

Stephanus Bayer
(L. S.)

Thomas Veprich
(L. S.)

XIX.

Ich Georgius Schnabel Bürger und Schneider in Herrmannſtadt uhrkunde hiemit u. füge zu wißen dehnen es gebühret und zu wißen von nöhten iſt, wie daß ich mich Ao. **1689** die vero 3 Marty bey öffentlicher Gemeiner Verſambiung der Ehrligen Groß Ringer Nachbahrſchafft hab verlauten laßen, aiß, daß meine mir von Gott vorgeſetzte Obrigkeit den Zinß nicht nach Geometriſcher proportion

angeſchlagen hätte, dieſelbige mit dieſen und andern ungeziehmenden Worten injurieret, geſchmähet und verunglümpffet habe und dannenhero wie recht und billig in gebührenden areſt bin eingezogen worden, und auch noch wohl einer größern Straff wegen unterwürffig geweſſen, aiß dieſer, wenn die ſonderliche Gnade meiner Obrigkeit nicht mir erwieſen were, vor welcher ich mich in aller unterthänigkeit gehorſambſt bedancken und dabey gelobe und verſpreche mit Eydeß Pflicht, von nun an ins künfftig mich in meinem bürgerlichen ſchranken zu halten, meine Liebe Obrigkeit lieben, fürchten und in gebührendem respect haiten auch mich dehro Vorſorge vertrauen und in allem mich empfohlen haben will. Im fal ich aber im allergeringſten werde erfunden werden, daß ich etwaß es mag nahmen haben, wie es immer haben will, mich mit Worten oder Werken an denſelbigen verſündigen werde, ſoll vorerwehnte meine Liebe Obrigkeit krafft dieſes meines Obligatory krafft haben nach Verdienſt und dehro belieben mit mir zu verfahren und mich zu ſtraffen. Weiches ich mit aufgedrucktem Petſchafft und hand unterſchrifft hab in gegenwart mitangeſetzter Ehrlichen Männer bekräfftigen wollen. Hermanſtadt die 8 Marty 1689

Georgius Schnabel
(L. S.)

Coram nobis Michael Schunn
(L. S.)

Georgio Schunn
(L. S.)

XX.

Wir Königs- und Stuels-Richter der Königlichen Haubt Herrmannſtadt thun hiemit allen und Jeden, denen es gebühret, zu wißen; wie daß vor uns erſchienen Paulus Sauer von Dolman aus unſerem Stuel bürthig und gebührend angebracht, wie daß Er geſinnt ſey ſeinem Sohn Paulum ein Ehrliches Handwerck lernen zu laßen, hiezu aber ein avtentiſches Zeugnuß ſeines Ehrlichen und frey teutſchen Herkommens gebrauche; zu welchem Ende Er denn die Ehrbare Männer Adam Schnier und Johannem Wenrich in unſere Session als Zeugen produciret. Welche wir auff ſein gebührendes Anſuchen geEydet, und dann ausſagen hören: daß Sein übergroß Vatter, wie auch zugegen geweſene GroßVatter auch leiblicher Vatter Paulus Sauer geheißen und zu Dolmann gewohnet, ſeyen alle Ehrliche freye und niemanten mit einiger Leibeigenſchafft zugethane Teutſchen geweſen, ſeine Mutter ſeye Anna des Paul Weisz Tochter, welche ſeine leibliche Eltern dieſen Paulum Sauer zu Dolman in einer Ehrlichen reinen Ehe erzenget. Da nun hieraus erhellet, daß dieſer Paulus Sauer aus einem Ehrlichen und Frey teutſchem Geſchlecht herſtamme: Als gelanget an Alle u. Jede unſer respective Dienſt und Freundliches erſuchen, daß gedachter Paulus Sauer auch dafür erkännet werde und Ihn inſonderheit die Ehrliche Zech bey welcher er ſich anmelden wird, willich annehmen, auch aller Praerogativ-Freyheiten und gerechtigkeit mitgenießen laßen wolle. Uhrkundlich und zu mehrerer Bekräfftigung dieſes Geburths Testimonii haben wir unſer gewöhnliches StadtGerichts Sigil beygefüget. Geſchehen in Hermanſtadt den 27 April Ao. 1701

(L. S.) Ex Commissione Incliti Judicatus Cibiniensis extradedit
Samuel Vest Secretar. Cibin.

XXI.

Hals-Urtel.

Gegenwärtiger Johann Sachs von Hartenek von Eperies bürtig, evangeliſcher Religion, ſeines Alters 40 Jahre; ſonſten von Gott mitt gutten Qua-

litäten begabet, wodurch Er zu weltlichen Ehren gelanget; hatt hingegen in solchem seinem Glück sich nicht maßen können, eigensinnig und verwegen gewesen, und sein Leben mitt viellem endtlich an den Tag gekommenen Lastern beflecket; indeme Er bey administrirung seiner Ambtee, alles gewaltthätig, ohne daß iemandt wiedersprechen dörffen, gethan. Durch Anlassung seines Geitzes, zum Verderb undt praejuditz anderer Stühle privilegiorum, welche er ambtshalber handthaben hätte sollen, übel gewirthschafft undt per inconvenientes acquirendi modos, alles zusammen- undt an sich zu raffen getrachtet, dadurch dem publico höchst schädlich undt dem gemeinen Mann fast unerträglich gewesen. Die offt versprochene auch vor Ihre Excellenz des Commandierenden H. Grls., dem löbl: Magistrat angelobte Leben-Besserungs bald auß dem Sinne geschlagen, undt in seinem Stolz verharrendt, so frech gewesen, und frey gelebet, als wann keine Gewalt mehr auf Erden sey, welche Er fürchten darffte. Dannenhero Er unzüechtig, undt nicht so als es die ehrliche pflicht erfordert, gelebet, in seinem Hause allerlei sträffliches Wesen ergehen lassen: wie Er dann auch dem von seinem Weibe, wieder den H. von Acton erkaufften und nach außgeübter That flüchtigen Vergiffter den Hanß Adam (welcher 11 Jahr seinem Herren, H. von Acton, treu gedienet hatte) in sein Hause ein- und angenohmen, in sein Schlaff Zimmer unter die Brätter versteckt, und lange Zeit im Hause heimblich auffgehalten, endlich ihn, auff mit einrathen deß Johann Kinders, durch den Johann Pap, undt Michael Laurentius seine sicarios assasinieren, ins Hause begraben, den Körper nach einem Jahr außgraben, undt in den Alt fluß werfen lassen. Welches alles, obs schon vor vier Jahren geschehen, gleichwohl itzo erst nach gehaltener Inquisition wunderbahrlich heraußgekommen ist. Wehrender Zeit hatt Er alle obgenannte auch andere facinorosos protegieret, undt theils zu heiligen officiis promovieret. Nachdeme nun wir auß ambts-pflicht über ihn, undt sein lasterhaftes Leben inquirieret, Er auch überwiesen worden, gestanden undt bekannt; daß er ein mittrathgeber so thaner Meuchelmörderey gewesen, alles geschehen lassen, selbst befohlen und connivieret, so haben nach untersuchung Gött- und weitlicher Rechte befunden undt erkannt: Daß Er Johann Sachs als ein Mandans Assassinii et protector facinorosorum argum: stat: Lib: 4. Tit: 3. § 4. Et lib: 4. Tit: 2. § 7 mit dem Schwerd vom Leben zum todt hingerichtet werden solle. U. D. V. R. W.[1])

Actum Cibinii 5-ta. Decembr. Anno 1703.

Officiales e. senatus civitatis cibiniensis et ad id deputati
ex alma universitate Nationis saxonicae.

XXII.

(Eine Erbschaftstheilung unter Bauern)

Jesum zu vor! — Nach tödlichem Absterben der Tugendsamen Frauen Alisabethae des Ehrbaren Mannes Gerg Mogesch Einwoners und Mitt-Bürgersch dieses Königl. Dorffs Klein-Scheuren gewesene liebe Hauß-Mutter. Hat der gute Manne als der Vater weile etliche Kinder ihr geblieben, als: Catharina, Elisabetha, Stephanus und Johannes. Im Jahr Christi 1736 den 10 Tag January auß gnuttachten seiner und derer übrigen Freunde, denen Kindern ihrer Mutter dritte-Theil auß zu geben sich verwilliget. Weilen er aber für sich und seine Person allein, daßelbe nicht hat können verrichten, viel weniger

[1]) Siehe Hermannstädter Mag.- u. Univers.-Protokoll 14 Bd. S. 306—328 dessen Proceßgeschichte; (anderseits im Uj magyar muzeum 1855 1. Heft Seite 19.) — Endlich: *v. Zieglauer* „Proceß Harteneck".

vollbringen. Als hat er dieſe Ehrbare u. gutte Männer. Nemlichen Mechel Dängeln und Gerg Krausen zu Theil-Herren angeſprochen, welche Ihn und die Erbnehmende Kinder auß denen Beweglichen und Unbeweglichen Güttern ſollen verſchlichten und vereinigen helffen. Welches Sie auch in Betrachtung Ihres guten Gewißen gern und willig gethan; und nach Einhalt der Landes Rechten und Statuten dieſelbige unter Sie getheilt. Dieweil aber ſolches im Gedächtniß nicht kan behalten werden, ſo haben Sie alles ordentlich auffs Papier ſetzen und auffzeichnen laßen folgender maßen. Als:

Pars Agnethae. Erſtlich Sind Ihr worden zwey Kühe, welche ſind geachtet worden fl. 12 —
Von dieſen Kühen ſoll ſie der Elisabetha zurückzahlen fl. 1 „ 50
Dem Stephano eben ſo viel als fl. 1 „ 50
AckerLand. Iſt ihr worden bey dem Achtzigen Brunnen Ein halb Erioch Vicinus Gerg Herman.
Hölzerin Gefäß Iſt Ihr worden Ein alt Kaſten welcher iſt geachtet worden umb Den. 68
Item Ein Batt, welche iſt geachtet worden umb Den. 36
Eiſerin Geſchirr Iſt Ihr worden Ein Karſt. Item Ein Hau. Und ſind miteinander geachtet umb Den. 33
Von den Schweinen Iſt Ihr worden Ein weiß San, welche iſt geachtet worden umb fl. 4 Den. 50
N. B. Von denen übrigen Schweinen, Fleiſch und Speck ſoſte zur Hochzeit zu ſich genommen Soll ſie denen übrigen dreyen zurückzahlen einem jeden den 84. neml. denen Gebrüder. Die übrigen Sachen hat ſie zu ſich genommen und deßwegen nicht wollen iaßen beſchreiben.

Pars Elisabethae Erſtlich Iſt Ihr worden Ein Kuh mit ſambt dem Kalb welche geachtet iſt worden umb fl. 7
Soll von der Agnetha fodern an ihren Kühen fl. 1 Den. 50
AckerLand Iſt Ihr worden Lengſt dem Saltzburger Weg Ein halb Erdoch Vic. die Agnetha
Höltzerin-Gefäß Iſt Ihr worden Ein zwanzig Eimer Lägein. Item Ein Elene Ladt, ſind miteinander geachtet Den. 76
Eiſerin Geſchirr Iſt Ihr worden: Ein Mörſel, welcher iſt geachtet worden umb fl. 1 „ 50
Item Iſt ihr worden Ein klein Axt geacht umb Den. 30 It. Ein Leuwag geacht umb Den. 24
An Kleidern u. Gedeiß Erſtl. Iſt ihr worden Ein Seddel welcher iſt geachtet worden umb fl. 4 —
Aber hievon ſoll dem Stephano ſie zurückzahlen Den. 74 Item Iſt ihr worden Ein alt roth geſtrieffen Tiſch-Tuch. It. ein Hänffen Kittel. Item Iſt ihr worden Ein Frauen Hembd. Item ein Vill. Item Sind ihr worden Honeff reiſten drey und dreyßig. Dieſen ſoll ſie ins künfftige von der Agnetha zu fodern haben
An Früchten. Iſt ihr geworden Korn Cub. 1. Metr. 2 Item Hirſch. Ein halb Vierttel.
Von den Schweinen Iſt ihr worden ein weiß San, welcher iſt geachtet worden um fl. 1 Den 50.
An denen übrigen Schweinen u. Speck, ſo ſie zur Hochzeit zu ſich genommen, neml. die Agnetha hat dieſe nun von der Agnetha auch zu fodern Den. 84

Pars Stephani. Erſtlich Iſt Ihm worden Ein grau Pferd, welches iſt geachtet worden umb fl. 7 Den. 50
Hierbel hat er von der Agnetha an den Kühen, welche ihr worden ſind zu fodern fl. 1. Den. 50
Item Iſt Ihm worden Ein gutt Pflug mit guten Eiſen. Ein gut Pflug-Karr u. ein gut Pflug-Ketten. Dieſe Stück ſind zuſammen geſchätzet umb fl. 1 D. 84
AckerLand Iſt Ihm worden Unten am Salzburger Weg Ein halb Erdoch Vic. Johannes der Bruder. Item vor dem Girſel-Graben Ein vierter. (Lacune) . . Vic. Herr Pfarr.
Hölzerln Geſäß Iſt lhm worden Ein Eichen Schrottes welches iſt geachtet worden umb fl. 1 —
Eiſerin Geſchirr Ein groß Axt welche iſt geachtet um D. 40.
Jt. Ein Spieß geacht umb Den. 12.
Kleider und Gedeiß Erſtlich iſt lhm worden Ein Frawen Mantel, welcher geachtet iſt worden umb fl. 1. Hiebey hat er von der Elisabeth an einem Seddel zu fordern Den. 74. Abermal hat er von Johann an einer Klrſchen zu fodern Den. 64. Item iſt ihm worden Ein gut Hanffen Kittel. Jt. ein gutt wirken Lein Tuch. Item ein Pll. Jt. ein alt frawen Hembdt. Jt. ſind ihm worden Haneff 33 relſten. Und denſelben hat er Inskünfftige von der Schweſter Agnetha zu fodern (u. ſ. w. an Frucht; von den Schweinen; dann ähnlich Pars Johannis).

XXIII.

ad Nro. 4/1814.

In Sachen der Maria gebornen Bonfert dermalen vermählten Sturm aus Heltau als Klägerin wider lhren abgeſchlednen Ehemann Johann Billes ebenfalls aus Heltau als Beklagten wegen TheilungsDifferentzen wlrd vom Hermannſtädter Stadt- und StuhlsGericht gefällt und den 28 Jenner 1814 publlclrt folgendes

Interlocut

Die Klägerin hat ohne ſich in Specialia einzulaſſen in ihrem Actionallibell ſich auf die Ante Acten berufen, zu dleſen Ante Acten gehört eine ſchrifitiche Elngabe des Beklagten sub No. Magistratuali 374 in welcher derſelbe derſelbe die Urſachen ſeiner Unzufriedenhelt mit der TheilungsRectification anglbt, da nun dieſe Eingabe in dem dleſem foro vorgelegten Acten nicht vorkömmt, ſo hat ſie Beklagter umſomehr binnen 3 Tagen einzurelchen, als eigentlich die auf MagistratsAnordnung veranlaßte Rectification für den ſtreitigen Gegenſtand anzuſehen iſt u. Klägerin mit dieſem ſehr ordtlich. auselnandergeſetzten Retifications Operat zufrleden iſt, da ferner in dem Revions Operat bel der Ausgtelchung posit. 3. 4. Das EheſcheidungsDeliberat pro basi angenommen wird, ſo hatt Klägerin dies Deliberat gleichfalls binnen 3 Tagen einzurelchen, wo denn, wenn dleſe Gerlchtsſtelle durch die vorgeſchriebene Ergänzung der Acten in die laut Statut. Lib. I. Tit. 1. § 8 nöthlge Kenntuiß geſetzt wird die Entſcheidung in der Hauptſache erfolgen wird. V. R. W.

Quo publicato ambae partes contentae

Nachdem vorſtehenden Interlocutorio von beiden Partheien Genügen geleiſtet und die abgängigen Acten belgebracht worden, ſo wird gefällt in merito u. den 1 April 1814 publicirt folgendes Deliberat.

Die Form des gegenwärtlgen Proceßes beſtehet in Folgendem: Maria Bonfert wird von dem Johann Billes laut EheſcheidungsDeliberat vom 6. May

1811 ex puncto Saevitiae et dilapidationis mariti, quae aequiparatur desertioni malitiosae geschieden, ist mit der vom Heltauer Theilamte peraglrten Theilung nicht zufrieden und sucht der angenommenen Praxis gemäß beim Löbl. Magistrat die TheilungsRevision an, welche auch bewilligt wird. Die revidirte Theilung fällt so aus, daß Maria Bonfert zufrieden ist. Johann Billes recurrirt auch an den Löbl. Magistrat u. bringt seine Beschwerden wider die revidirte Theilung vor, nach Vernehmung der durch die Revision begünstigten Gegenparthey wird die Zwischen den Partheien bestehende Differentz nach Maßgab des Normativs sub No. Gubl. 2939: 1806 ad viam juris relegirt u. der mit der TheilungsRevision zufriednen Maria Bonfert das Actorat zugedacht.

Nach dem Inhalte des Gesetzes Statutorum Liber II. Titulo 4 § 16 steht es bei Theilungen jeder sich verkürzt findenden Parthey frey binnen Jahr und Tag rectificationem divisionis anzusuchen, dieses Rechts hat sich Maria Bonfert nach dem Geiste des Gesetzes außer dem Rechtswege bedient, durch das angezogene Normativ ist die constitutionelle Ordnung nicht aufgehoben worden u. es kömmt nur die TheilungsRectification u. keineswegs jene Theilung, welche in der Folge rectificirt worden ist In

Betrachtung

Gegen den Ausweis der Allaturgebühr der Klägerin Maria Bonfert wird nichts eingewendet, es bestund derselbe laut rectificirter Theilung in Ufl. 705 D. 34
empfangen hat sie 339 34
folglich hat ihr Beklagter Johann Billes noch zu zahlen 366 —
Vermög den im Rectifications Instrument hinter einander folgenden 33 Posten beträgt das keiner Difficultaet unterliegende Acquisitum Ufl. 3837 D. 60.

Die von den Parteien bestrittnen Posten betreffend wird dahin zu Recht erkannt:

1. Beklagter läugnet nicht für 55 fl. Brennholz — (u. s. w. Spezialitäten) — — — — ad inventarium zu kommen haben 27 „ 50.

2. So lange Beklagter nicht förmlich geschieden war, war die Communio bonorum nicht aufgehoben, es ist daher ganz in der Ordnung geschehn, daß der sich bei 28 Stück Tüchern, welche Beklagter bei der Theilung nicht angegeben, von Sachverständigen bestimmte Profit aufgenommen worden ist. Von dem Acquisito der Klägerin während der Zeit, wo sie getreunt von ihrem Manne gelebt, kann deswegen keine Rede seyn, weil das Weib von dem Manne intertention zu erwarten hat. Diesemnach kommen ad inventarium laut diesorts bestätigter Theilungs Rectification Ufl. 560 — (u. s. w. Spezialitäten)
Folglich beträgt das ganze Theilige Vermögen . . Ufl. 4531 D. 90
hievon abgezogen die bei der rectification ausgewiesnen Passiva mit 1289 D. 33
So bleibt theiliges Vermögen Ufl. 3242 D. 57
Das der Klagerin zustehende Drittel somit Ufl. 1080 D. 85⅔.

Ueber die in der Theilungs Rectification enthaltne Bestrafung des Beklagten aus dessen Vermögens-Antheil, der Klägerin eine Accrescens von einem Viertel zuzusprechen, wird hinausgegangen, aus Gründen

a) weil dieses Klägerin in ihren Allegationen nicht verlangt,

b) weil das Gesetz Stat. Lib. II. T. 2. §. 1. welches diese Strafe festsetzt, nur eine wirkliche malitiosam desertionem und keineswegs ein andres factum welches Carpzow einer Desertion aequiparirt voraussetzt

c) Weil selbst das Ehegericht, wenn es sich im Voraus überzeugt hätte, daß das acquirirte Vermögen des Beklagten laut vorangeführten Ausweisen

über 3000 fl. betrage, schwerlich die nach Carpzow der Desertion gleichzuachtende Verschwendung als Motivum decidendi aufgeführt haben wird. —

Diesemnach hat Klägerin an Beklagten zu fordern:

1. den Rückstand ihrer Allatur mit	Ufl.	366	Den. —
2. ihr Drittel vom Acquisito		1080	„ 85⅘
3. das gezahlte Lytrum		26	„ —
4. die Theilungs Revisions Gebühren Unkosten .		18	„ —
	Sa	1490	„ 85⅘
empfangen hat sie		896	„ 9
folglich gebühren ihr noch . . .		594	„ 76⅘

welche ihr Beklagter samt den vom 22. May 1811 als dem Tage, wo die Theilung peragirt worden ist, aufgelauffenen Intressen binnen 15 Tagen zu bezahlen hat. V. R. W.

Quo publicato Beide Partheien bitten um Spatium deliberandi.

Interl. Die gebetne Bedenkzeit wird bis zum 5. April d. J. zugestanden.

Den 7. April 1814 erscheint H. Fiscal Gross und erklärt im Namen der Klägerin mit dem Spruch zufrieden zu sein.

Eodem erklärt auch Inctus zufrieden zu sein.

XXIV.

No. 2587 : 1814.

Vom Magistrat der K. freien Stadt u. des Stuhls Hermannstadt wird wider den wegen begangnen Ochsendiebstahl arretirten Rothberger Insaßen Thoma Mihu unterm 12. Decbr. 1814 gefällt nachstehendes

Strafurtheil[1])

Thoma Mihu von Rothberg gebürtig 32 Jahre alt verheirathet Vater von 3 Kindern gesteht ad quaest. 106 in Gesellschaft des Johann Connert 7 Ochsen gestohlen, 3 davon für sich behauptet und auf dem Hermannstädter Markte verkauft zu haben, er hat sich mehrerer Diebstähle verdächtig gemacht und ist bisher nur aus Mangel hinlänglichen Beweises der gesetzmäßigen Bestrafung entgangen, daß er dem Müssiggange und sorgenlosem Wohlleben ergeben seyn muß, beweiset der Umstand, daß er nach seinem eignen Geständniß ad quaest. 152 von 85 fl., welche er für die verstohlnen Ochsen erhalten hat, 71 fl. zur Bezahlung in den Schenken genossener Getränke verwendet hat. Die Herstellung der durch Inquisiten gestörten öffentlichen Sicherheit und die gewünschte Aenderung des Inquisiten fordert es, ihm einen Ort anzuweisen, wo er dem Publico nicht schädlich seyn, sich aber durch Angewöhnung einer thätigen Lebensart beßern kann. In diesem Anbetracht wird Inquisit des begangnen Ochsendiebstahls wegen zu einem 4jährigen Zuchthausareste mit dem ganzen Schillinge verurtheilt.

Was den Schadenersatz betrifft, so fällt der von Andreas Leonhard für die ihm verstohlnen Kühe und verursachte Unkosten geforderte Betrag pr. 145 fl. ganz dem Joh. Connert zur Last und es hat ihn Connert binnen 6 Wochen zu bezahlen salvo Regressu an denjenigen, von welchem er die Kühe gekauft zu haben vorgibt.

---

[1]) Wie gewöhnlich sind auch hier die Voruntersuchungsacten sehr umfangreich und zeigen, wie bei allen von mir durchgesehenen Processen, daß die untren Gerichtsbehörden eine sorgsame Verhörsaufnahme und umständliche Vorerhebungen durchzuführen pflegten; dagegen ist das eigentlich juristische Element des Beweisverfahrens u.s.w. in unsichrer Uebung und althergebrachter Einfachheit.

Die Unkosten der Tartlauer Hirten werden limitirt, die 3 ersten Posten, nehmlich

1. dem Jacob Koldje als douceur für die Angabe der gestohlnen Ochsen . . . . 100 fl. — kr.
2. dto. dto. 1 Kübel Frucht zum Anbauen á fl. 4 das Viertel 16 „ — „
3. dto. dto. durch 24 Tage für 3 bis 4 Menschen zu Pferd, die gestohlnen Ochsen aufzusuchen, an Zehrungskosten . 42 „ — „

bleiben stehn mit: 158 fl. — kr.

Die 4. Post, durch 24 Täge die Zeitversaümniß für 3 Menschen, täglich vom Kopfe 2 fl. gerechnet — fällt weg

Die 5. als verlangte Schadloshaltung der Beschädigten, welchen die Ochsen zugehörten wird herabgesetzt auf . . . 18 fl. 24 kr.

zusammen 176 fl. 24 kr.

zu deren in 6 Wochen zu leistenden Bezahlung Johann Connert und Thoma Mihu in gleichen Theilen zu concurriren haben. V. R. W.

(L. S.) Magistrat der K. fr. Stadt und des Stuhls Hermannstadt

Von Hannenheim
Bürgermeister

Joh. Andr Konrad m. p.
Notar.

Schlußbemerkung

Der umfangreiche Actenstoß[1]) schließt mit folgendem Stück: Auszug des Hrmstdtr. Mag. Protokolls vom 16. März 1815. No. 515/1815

Das P. Gubernium bestättigt sub No. 382 l. J. die wider die Viehdiebe Johann Connert u. Thoma Mihu aus Rothberg gefällte Sententz in Absicht auf den durch sie zu leistenden SchadenErsatz, modificirt sie dagegen in Ansehung der Strafe damit, daß Connert nur zu einem 3jährigen Szamosujvárer und Mihu zu einem zweijährigen Zuchthausarreste, welcher mit 12 Decbr 1816 ans-

[1]) In den Actenstücken kömmt noch vor folgendes:

Zeugniß über gegenwärtigen VerbürgScheun

Auf Verlangen der unterzeichneten Bürgschaften von welchen ein Ehrsames Amt mit Darstellung des Weibes Thoma Mihu und deren drey Minderjährigen Weynenden Kinder mit Inbrünstiger Wehmut angeflehet worden, um nun sich von vielfältiger Ueberlaufnng sich ruhe zu schaffen, sie zu befriedigen, überläßt hierüber ein Ehrsames Amt Ein Löbliches Judicat mit Weißlichen Einsichten zu urtheilen, damit nicht einem Ehrsamen Rothberger Amt nachtheilige Folgen zugezogen würden; in dieser Absicht wird hiemit von einem Ehrsamen Amt glaubwürdig bezeuget, daß diejenigen, welche sich als Bürge für die Entlassung des Thoma Mihu seines Arrestes, gute Wirth in ihren Häußlichen Wesen sind und auf den Fall, wenn etwa Thoma Mihu, wehrend der Zeit als der Process dauern würde, mit Tod abginge oder aus unserm Dorf auswandern sollte, sich mit all ihrem Hab u. Guth, sowohl Beweglich als Unbeweglichen Güthern dafür haften würden, für ihn die Schadhaften zu befriedigen, so aber obberührtes ohn Zweifel nicht geschehen wird, das Thoma Mihu Auswandern würde, ihn allemahl auf Verlangen des Löbl. Judicat sich mit der Verbindlichkeit verbürgen, stehts vorzustellen.

zugehn hat verurtheilt wird, eröffnet zugleich, daß die Uebernahme des Connert in SzamosUjvár verfügt worden sey.

Abschluß.

Gegenwärtiges wird dem L. Judicat zur Execution mitgetheilt.

Auf Anordnung des Magistrat's
durch Konrad
Not.

XXV.

No. 2391/1817

In dem vom hiesigen Stadt- u. StuhlsGericht unterlegten Verhör des Johann Teichart aus Temesvár u. Maria Valentin aus Hermannstadt wird wegen verschiedner Diebereyen von dem Hermannstädter Magistrate unterm 23st Octbr gefällt folgendes

Strafurtheil[1])

Johann Teichart (. . . folgt kurze Darstellung des Sachverhalts . . .) . —

9tens An dem in den Hermannstädter Fleischbänken verübten Schweinfleisch-Diebstahle laut eigenhändig geschriebnem Geständniße Theil genommen zu haben anerkannt

Der eingestandnen Verbrechen wegen wird Inquisit von Hermannstadt abgestiftet u. als ein Böswicht durch den die Sicherheit ganzer Länder gefährdet ist, zu einem 10 jährigen Szamosujvárer Arreste verurtheilt. V. R. W.

Maria Valentin von Hermannstadt 24 Jahre alt ledigen Standes ist geständig mit dem überwiesnen Räuber und schädlichen Landstreicher Peter Graef

---

Ein solches wird von einem Ehrsamen Amt durch unterfertigung u. beigedrucktem Dorfs-Siegel Gewißenhaft bezeuget das gegenwärtige unterschriebne Bürgschaft bereitwillig übernommen haben.

Sig. Rothberg d. 6. 9ber 1814.

(L. S.)

Andr. Schneider Haun		+ Opre Mihu	
Joh. Lösch		+ Thuoder Barb	
Andr. Miess	Geschworne	+ Zimjuon Bortsche	alle als Bürgen
Georg Speck		+ Thoma Kretz	
Paul Weiss		+ Juon Koman	

Müller m. p. Notarius (statt Unterschrift eigenhändiges Kreuzzeichen)

[1]) Unter Z. 2391/1817 werden die sämmtlichen Acten dem h. Gubernium mit folgender Zuschrift unterlegt:

Excelso Regio Gubernio
Cibinii die 23 Octobris 1817

Ex humillime advolutis penes Rotulum actis gratiose perspicere dignetur Excelsum Regium Gubernium qualiter agitatus contra furti criminis reos ac convictos Joannem Teichart Temesváriensem et Mariam Valentin Cibiniensem, altero correo Petro Graef Temesvarini incarcerato, Processus inquisitorius hic loci terminatus fuerit (u. s. w. samt Anschluß acta penes Rotulum) His proinde circumstantiis rite ponderatis, qualiter Magistratus hicce praesentam Causam invenerit decidendam dignetur Excelsum Regium Gubernium ex hnmillime advolutis Sententiis uberius gratiose perspicere. Quas quidem una cum praeadnexis actis Inquisitio-

ſich herumgeſchlagen u. in die von ihm begangnen Diebſtähle unmittelbaren Einfluß genommen zu haben, ſie hat dem bey B. Rosenfeld u. einem Griechen in Hermannſtadt begangenem Diebſtahle perſönlich beygewohnt, die geſtohlnen Rosenfeld'iſchen und Vardan'iſchen Effecten in Szászváros, Karlsburg, Déva, Temesvár u. Arad veräußert, zum Theil auch bei ſich behalten u. wird ihrer Verbrechen wegen zu einem 6 jährigen Szamosujvárer Arreſte verurtheilt. V. R. W.

(L. S.) Magiſtrat der k. freyen Stadt und Stuhls Hermannſtadt

W. v. Hannenheim m. p.
Bürgermeiſter

Johann Andr. Conrad m. p.
Notar.

XXVI.

Einige Actenſtücke aus einem ſeiner Zeit berühmten Criminalproceß.

2625 J. 1835. A.

Sacrae Caesareo-Regiae et Apostolicae Majestatis Magni Principis Transsilvaniae et Siculorum Comitis D. Domini Nostri Clementissimi nomine.

Generose Prudentes ac Circumspecti Nobis honorandi et benevoli! Salutem et Gratiae CaesareoRegiae incrementum: Quum ex Actis Processus Criminalis contra Incolam Marpodiensem Michaelem Schneider alias Grite Misch et Martinum Schüller e Pago Sedis Rupensis Siberk oreundum rationi furti aliorumque Criminum agitato et per Magistratum Coronensem horsum submisso compertum sit, quod in Cursu hujus processus Inquisitorii in Canponarios Hutterianos — (in die Hutter'ſchen Wirthsleute) — *Andream et Catharinam Arz haud levis cadat furti fautoratus et celationis praebilique furibus hospitii suspicio hinc D. Vestris comitti ut si factum non esset, mentionata Individua pro demerito corripi Poenaeque Commensuratae subjici ac simul diversorium Hutterianum medio Gremiatis ejatis Politiae Directionis vigili vento observari disponant. In reliquo Altefata Sua Majestas b. propensa manet. E Regio Magni Principatus Gubernio. Claudiopoli Die 3 Augusti 1835*

Alexius Noptsa

Michael Szegedi

Coucs. Mgtui Cibiniensi *Secret.*

B.

Vom Magiſtrat der k. freien Stadt u. Diſtricts Kronſtadt iſt unterm 3 Juni l. J. Z. 1455/1835 über den Michael Schneider u. Martin Schiller wegen Diebereien gefällt worden folgendes

Urtheil

1 Michael Schneider alias Gritt Misch aus Marpod . . . (u. ſ. w. u. ſ. w. folgt die ganze Darſtellung des Sachverhalts in ausführlicher Be-

---

nalibus Excelso Regio Gubernio pro gratiosa revisione et maturiori discussione eo adjecto petito humillime substernere sustineamus quatenus Idem Excelsum actorum Inquisitionalium gratiosam remissionem accelerare propterea dignetur, ut eadem si desideraretur, Magistratui quoque Temesvariensi succincto totius Inquisitionis extractu abhinc jam effective proviso, transmittere valeamus. Qui in reliquo etc. — (Rotulus ⁄.)

richterstattung; — hierauf:) Wenn nun gleich Inculp. behauptet von jenem Diebstahl wenig Vortheil gezogen zu haben, worüber übrigens keine Gewißheit hat erlangt werden können, so ist er doch verpflichtet für so viele Beschädigungen Ersatz zu leisten. Da aber Inc. gar nichts im Vermögen besitzt, so wird derselbe für seine in so früher Jugend verübte viele Verbrechen, woraus seine Incorrigibilitaet hervorleuchtet u. rücksichtlich des Umstandes, daß er keinen Ersatz leisten kann, zur Büßung sämtlicher gegenwärtig vorgekommener Verbrechen u. auch jenes Diebstahls, wegen welchem er bereits zu 3jährigem Arrest condemnirt worden ist, zu zehnjährigem Szamosujvárer Festungs Arrest wie auch zu zweitägigem Fasten in der Woche bei Wasser und Brodt verurtheilt.

2 Martin Schiller annorum 16 laut dem mit ihm vom Mühlbächer StuhlsGericht am 21 Juni 1833 abgehaltnen Verhör . . . (u. s. w. Sachverhalt; hierauf:) Da nun in Folge h. GublVerfügung vom 26 Mai 1834 J. Z 2859 über alle Verbrechen des Inc. Martin eine Sentenz gefällt werden soll, so wird Inc. für voraufgeführte so oft wiederhohlte kleinere u. auch größre Diebstähle Kirchenraub oft verursachte ArrestEntweichungen u. hartnäckiges Läugnen so daß zu seiner Ueberführung mehrere Complices aus dem Hermannstädter Arrest haben hieher zur Zusammenstellung mit ihm excordirt werden müssen — aus großer Gnade u. Milde, indem Inc. für so viele mitunter sehr schwere Verbrechen, als ein in so früher Jugend beispiellos verdorbner und unverbeßerlicher Uebelthäter nach dem Statutargesetz die Todesstrafe verdient hat — zur Warnung auch für Andre zu 20jährigen Szamosujvárer FestungsArrest auf öffentliche Kosten, da derselbe kein Vermögen besitzt, wie auch vierteljährig zu erhaltenden 25 Stockstreichen verurtheilt.

Quo publicato recurrirt Incapt. Mich Schneider an die Hohe Landesstelle und bittet nicht nur um Milderung der Strafe, sondern auch um Bewilligung seinen Arrest in Hermannstadt erdulden zu dürfen.

Der Incapt. Mart Schiller erklärt, daß er nichts wieder das Urthell reden wolle.

Fiscal Fabritius recurrirt ab Offo.

Sämtliche in diesem Process verhandelte Acten sind mit Beilegung nicht nur des vorliegenden, sondern auch des über Mich. Schneider vom Magistrat am 28 Septbr 1833 Z. 2927 gefällten und vom Hochlöbl. k. Gubernium am 14 Febr. 1834 J. Z. 700 mit Qualificatlon bestättigten, wie auch des über Mart. Schiller u. Consorten vom Magistrat am 30 April 1834 Z. 1156 gefällten und vom Hochlöbl. k. Gubernio am 26 Mai 1834 J. Z. 2859 ebenfalls mit Qualification bestättigten Urtheils der Hohen LandesStelle penes Elenchum zu unterlegen.

Johann Georg v. Transcheufels m. p. OberRichter
Karl Myß m. p. V. not.

C.

Bürg Schein

Vermöge welchem ich Endesgefertigter mich hiemit verpflichte und verbürge, die auf meine Bürgschaft aus dem Rathhause bis zur Entscheidung ihres wider sie anhängig gemachten criminal Proceßes entlassene Catharina Arz geboren aus Marpodt zu jeder Stunde, wenn dieselbe von der Löblichen Gerichts Behörde verlangt werden sollte ohne Anstand zu stellen.

Urkund dessen meine eigenhändige Unterschrift.

Hermannstadt am 25. April 1834.

Michael Fleischer WollenWeberMeister.

D.

(Auszug des Hermannstädter Stadt- und StuhlsGerichtlichen Geschäfts-Protokolls pag 307 : 1832 Nro. Jud. 615/1832) . . . . Beklagte erklären jenen Fremden, dem sie die Pferde hinausgegeben, aufsuchen zu wollen u. bitten um Exmission

Beiurtheil

Da die Beklagten Dumitru Mohan u. Nicolai Praska nicht in Abrede stellen, daß sie 4 Pferde eingetrieben u. eingesperrt haben, u. daß sie etwas später einem ihnen unbekannten Sachsen angeblich aus Alzen gebürtig von solchen 4 Pferden zwei nnd zwar eine gelbe Stutte und ein graues Wallachpferd gegen Bezahlung von 24 kr. W.W. ausgefolgt hätten. Da Beklagte ferner eingestehn, daß Kläger später sich um seine 4 Pferde bei ihnen angefragt und nur 2 derselben noch eingesperrt gefunden, welche von ihm mit 18 kr. ausgelöset worden, da Beklagte endlich auch freiwillig sich erbiethen den Landmann aus Alzen, welcher die abgängigen Pferde von ihnen ausgelöset aufsuchen und samt diesen Pferden stellen zu wollen, so wird ihnen Beklagten gerichtlich auferlegt, dieses Versprechen binnen 15 Tagen zu bewerkstelligen u. den Alzner Bauern samt den fraglichen Pferden vor Gericht zu stellen oder wegen Verlust dieser Pferde sich mit dem Schadhaften abzufinden, bis wohin dieselben unter Caution de sistendo zu stellen sind.

Quo publicato sind beide Partheien zufrieden u. Beklagte stellen ihre Väter Dumitru Mohán u. Barb Praska als Bürgen u. s. w.

E.

. . . . . Beklagte beharren auf ihrem Verlangen.

Spruch

Es haben die Söhne der Beklagten u. zwar Dumitru Mohan u. Niculai Praska anerkannt, daß sie die zwei Pferde, welche dem Kläger in Verlust gerathen, eingetrieben u. selbe sonach einem Inwoner von Alzen hinausgegeben hätten.

Da nun dieselben diesen Alzner Inwohner zu stellen u. die verlohrnen Pferde vorzubringen außer Stand gewesen sind, so wird ihnen auferlegt den Kläger binnen 15 Tagen zufrieden zu stellen, wenn derselbe auch mittels Eid erhärtet haben wird, daß es diese Pferde wirkich für 180 fl. kurz bevor selbe allhier in Verlust gerahten, gekauft habe u. haben die Beklagten ihren Regress an Jenen zu suchen, welchem sie die Pferde übergeben. V. R. W.

Hierauf legt Kläger den Eid ab u. stellte den H. Franz Kováts als als seinen Bevollmächtigten auf, weil er sich persönlich nicht länger hier aufhalten könne u. bevollmächtigt denselben die ihm zugesprochne Summe zu erheben.

Am 27. November l. J. erlegen Beklagte 180 fl. W.W. welche dem Bevollmächtigten des Schadhaften (Andrási Ferentz aus Patakfalva) H. Franz Kováts gegen Quittung ausgezahlt werden.

Dem Protokoll gleichlautend u. s. w.

XXVII.

Im Protokoll über die gerichtlichen Verhandlungen der Sächs. Nat. Universität von den J. 1840 bis 1846

(Seite 7) Am 25 Jänner 1840 (Nro. Univ. 584 : 1839)

In dem vom Kronstädter Magistrate appellirten Rechtsstreite wegen Waaren- u. Geld-Forderung des Dumitru Bombeu aus Kronstadt Klägers Appellanten

wider die Gläubiger des Cridatar's Juon Dragomir Gredinar ebendaher als Beklagte Appellanten, wird ausgesprochen folgendes

Deliberat

Das vom Kronstdtr Magistrate am 8. Mai 1839 Z. 796 bestättigte Cridal-Commissions-Deliberat wird aus den darin angeführten, hierorts nicht widerlegten Gründen bei Kräften erhalten. Die Proceßkosten heben sich gegenseitig auf.

Nach der Verlautbarung am 17. Febr. 1840

Kl. Durch den Advocat Conrad Schmidt insinuirt die Appellation an das h. k. Gubernium.

Beklagte. Durch Joh. Porr sind mit diesem Spruche zufrieden u. protestiren gegen die Zulaßung der Appellation.

Deliberatum transmittitur.

(Seite 10) Am 25 Jänner 1840: (Nro. Univ. 611 : 1839)

In dem vom Bistritzer Magistrat appelirten Erbfordrungs-Processe des Martin Dengler Klägers Appellaten wider Johann Brekner als Beklagten Appellanten beider aus Heidendorf wird gefällt folgendes

Beiurtheil

Wenn gleich das vom Kläger Appellaten Martin Dengler in vorliegender Thädig angefochtene u. von den beiden untern Gerichtshöfen für ungültig erklärte Testament vom 24 Jan. 1838 wegen Mangel an äußern Formalitäten als ein Testamentum scriptum nicht Bestand hat, so kann denn doch demselben bei dem Umstande, daß die gegen die beiden Testamentszeugen vorgebrachte Einwendung nicht Platz greift, die Eigenschaft eines mündlichen Testaments nicht abgesprochen werden, es wird daher, um jedem Zweifel über den Vorgang des Schenkungsactes zu heben, dem vom Beklagten Appellanten gestellten u. vom Kläger Appellanten nicht widersprochnem Verlangen willfahrend, vor der meritorischen Entscheidung dahin zu Recht erkannt, daß die beiden TestamentsZeugen Andreas Scheidel u. Johann Dengler vor dem Forum erster Instanz eidlich gehört u. deren Aussagen dieser Universität zur endlichen Entscheidung in Sachen vorgelegt werden sollen.

Nach der Verlautbarung am 17. Febr. 1840

Kl. hat sich schriftlich mit diesem Beiurtheil beruhigt.

Bekl. durch den Advocaten Conrad Schmidt ist auch zufrieden.

Einem an den Gefertigten gelangtem Schreiben zufolge erklären sich Mart. Dengler u. Johann Bayer mit dem ad Nrum Universitatis 611/1839 gesprochnem Deliberate zufrieden.

Hermstdt am 17. Febr. 1840

Ferdinand Nösner GerichtsSecretär.

(S. 11) Am 28 Jänner 1840 (Nro Univ. 558 : 1839)

In dem vom Kronstädter Maat. appellirten ForderungsProceße der Joh. Gokesch'schen Erben Kläger Appellaten wider Joh. Georg Hiemesch als Beklagten Appellanten beide Parteien aus Kronstadt wird gefällt folgender:

Spruch

Der Kläger Appellat hat zum bessern Betriebe seines weitläufigen Gewerbes in den Jahren 1804, 1806, 1807, 1808, 1809 u. 1810 von dem Beklagten

Appellanten kleinere u. größere Capitalien geborgt u. dieſe bis zum J. 1815 empfangenen Darlehn ſamt den fälligen Intreßen getilgt. Am 1 Octbr 1815 borget derſelbe wieder rfl. 6000 W.W. und am 10 Novbr 1823 ebenfalls rfl. 1500 W.W. welche Capitalien bis zum J. 1827 richtig veriutreſſirt worden. Ebenſo hat Kläger Appellat am 17. Octbr 1815 mit dem Beklagten Appellanten über 13 Joch Wieſenerde und einen Weingarten auf ein Jahr einen Pacht ſtipulirt, dafür den Arendſchilling von rfl. 1300 W.W. gezahlt, den Pacht aber nach ſeiner Angabe 4 Jahre u. nach Angabe des Beklagten Appellanten nur 2 Jahre behalten, den Schilling vollkommen entrichtet u. 15 Jahre hindurch, ohne ſeine Unzufriedenheit oder etwaige durch übermäßigen Pacht erlittne Vervortheilung vor Gericht an den Tag zu legen, geſchwiegen.

Aus den Acten kann nicht entnommen werden, aus welchem Grunde Kläger Appellat im J. 1834, alſo nach Verfluß von vollen 30 Jahren bei Gericht auftritt, den Beklagten Appellanten eines enormen Wuchers beſchuldigt, eine durch ihn erlittne Vervortheilung von rfl. 16959 „ 4¾ kr. W.W. ſpecifiſch ausweiſet, die Herausgabe ſeiner drei letzten Schuldſcheine fodert u. nach Abzug der darin enthaltnen Summe zuſammen pr. rfl. 9000 W.W. von dem obigen Betrage pr. rfl. 16959 „ 4¾ kr. W.W. den ſich herausſtellenden Reſt pr. flr. 7959 „ 4¾ kr. WW. rückerſetzt verlangt.

Nach ſeiner des Klägers Behauptung iſt die Abnahme übermäßiger Intreßen in dem PachtContracte verlarvt, was aus dem Umſtande hervorgehe, daß:

a) der PachtContract mit dem Schuldſchein von rfl. 6000 fl. W.W. von gleichem Datum lautet;

b) dieſe Pachtung ihrem Ertragswerthe nach pr. rfl. 20 W.W. vom Joche jährlich nur rfl. 260 W.W. abwerfen könnt, wozu noch gerechnet werden müſſe, daß er Kläger den mitgepachteten Weingarten gar nicht benützt habe.

Der Beklagte Appellant ſteht ſich mit dem Kläger Appellaten bezüglich des GeldVerkehrs binnen den abgelaufenen 30 Jahren in ſteter Thätigkeit, behauptet daß ein 15 jähriges Stillſchweigen über die angeblich theure Pachtung hinlängliche Bürgſchaft der Zufriedenheit des Klägers Appellaten damit ſey, daß er keine übermäßigen Intreſſen bezogen und auf die vom Kläger Appellaten eingelegten 3 Stück SchuldDocumente im Geſamtbetrage von rfl. 9000 W.W. ſamt legalen Intreſſen ein unbeſtreitbares Recht habe.

Die beiden Untergerichte von Kronſtdt ſtimmen darin überein, daß jene Capitalien welche Kläger Appellat ſamt den Intreſſen dem Beklagten Appellanten bereits ſeit Jahren anheim gezahlt, folglich gänzlich berichtiget habe, ohne damals vor Gericht eine Beſchwerde zu erheben, nunmehr nicht mehr gefordert werden könnten, in Bezug auf den Pacht jedoch wird von denſelben erkennet, daß nur rfl. 260 W. W. jährlich auf 4 Jahre auf-, der Reſt aber rfl. 1040 vom Capital pr. rfl. 6000 WW. ab-gerechnet, die beiden letzten Schuldſcheine jedoch zuſammen über rfl. 3000 W. W. ganz empor bleiben ſollen.

Der Kläger Appellat hat ſich beruhiget u. der Beklagte Appellant das hiedurch ihm zugegangene Unrecht im weitern Appellationswege zu remediren geſucht. Es entſteht nun hier die Frage ob der fragliche Pacht, welcher durch den Kläger Appellaten als erzwungen, durch den Beklagten Appellanten aber als freiwillig ſtipulirt angegeben worden, nach dem Contracte, oder nach dem Erkenntniß der Kronſtädter Gerichtsſtellen beurtheilt werden müſſe.

Die Untergerichte von Kronſtdt haben geſtützt auf das Riesdörfer'ſche Deliberat pag. Transmiss. 22, wo der Pachtſchilling der nehmlichen Grundſtücke im J. 1824 auf jährliche fl. 12 W.W. limitirt u. der Beklagte Appellant damit beruhigt geweſen bios die Angabe des Klägers Appellaten, daß fl. 20 W.W. für das Joch ſomit für 13 Joch fl. 260 W.W. hinlänglicher Pachtſchilling ſeyen,

als Basis der Entscheidung über diesen Gegenstand angenommen, das solchfällige Fürgehen damit motivieret, daß diese ebengenannte Summe per fl. 260 W.W. bis zur Summe von fl. 1300 W.W. übersteigende Quantität in Combination mit jenem Pachte eine enorme sey u. zum untrüglichen Verdachte führe, daß der stipulirte Pachtschilling eine verlarvte Intreßenzahlung in sich enthalte.

Dagegen hat Kläger Appellat seine Behauptung des erlittnen Zwanges nicht erwiesen, vielmehr damit daß er diese Pachtung statt dem stipulirtem einem Jahr nach seiner Angabe 4 Jahr behalten, den Pachtschilling pr. 1300 fl. W.W. gleichviel ob in termino oder post terminum doch ganz richtig bezahlt u. darüber 15 Jahre geschwiegen, die Behauptung des Beklagten Appellanten, daß nehmlich der Pacht freiwillig geschehen, zur Wahrheit gemacht.

Dem Vorausgeschickten zufolge würde nun zur Emporhaltung des Credits u. nach dem RechtsAxiom quod semel placuit, amplius displicere nequit und Contractus Contrahentibus legem ponit, dann nach Statutar-Gesetz Buch III. Tit 1. § 3. „Selbstaufgenommene Pact u. Verbindniß gebühret sich nicht zu brechen" der ohne gerichtlichen Widerspruch consumirte PachtContract nicht verstoßen werden können u. dem Beklagten Appellanten noch zu Gunsten kommen, daß Kläger Appellat binnen 15 Jahren über den Pachtgegenstand still geschwiegen hat und wenn es wahr ist, daß über ältere getilgte Capitalien u. Intressen nach dem Erkenntniße des DistrictsGerichtes hinausgegangen werden müsse, so muß gefolgert werden, daß auch von dieser Pachtung nach so langen Jahren dem Beklagten Appellanten kein Nachtheil zugehn könne.

Da aber der Umstand, daß Beklagter Appellant wegen übermäßigen Pacht der nehmlichen Realitaeten in frühern Zeiten mit Drauth u. Rissdörfer im Gerichtswege sachfällig geworden auch bei diesem Gerichtsforum Zweifel erregt hat, so wird zur Lösung dieses Zweifels mit Bestättigung der bei den untergerichtlichen Sprüche in Bezug auf die ältern Capitalien u. Intressen und mit Umänderung derselben Sprüche in Bezug auf die Pachtung u. den hieraus gezognen Calcul zu Recht erkannt daß wenn der durch den Kläger Appellaten des Wuchers verdächtige Beklagte Appellant darüber, daß der stipulirte fragliche Pachtschilling außer den legalen Intreßen des Capitals per fl. 6000 W. W. keine verlarvten Nebenintreßen in sich faße, den Eid ablegen werde, über jene ganz berichtigte Pachtung hinausgegangen, dagegen Kläger Appellat die Posten pr. fl. 6000, per fl. 1500, dan wieder, 1500 W. W. dem Beklagten Appellanten samt rückständigen Intreßen zu bezahlen gehalten seyn sollte.

Expensis compensatis

Nach der Verlautbarung am 17 Febr. 1840

Kläger durch den Advocaten Eduard Kapesius insinuiren die Appellation an die h. k. Landesstelle, im Nicht-Transmittirungsfalle de Recursu protestirend.

Für den Beklagten Advocat Conrad Schmidt bittet um Bedenken auf 8 Tage, um die Erklärung des Beklagten über die Annahme des Eides einhohlen zu können u. behält sich die weitre Erklärung über die Appellationsanmeldung bis zum Verlaufe der verlangten Bedenkzeit vor.

Abschluß. Die Bedenkzeit wird zugestanden.

Am 25 Febr. 1840 bittet der Advocat Conrad Schmidt im Namen des Beklagten um Verlängerung der Bedenkzeit bis zu Ende dieser Woche, nachdem er bis jetzt keine weitre Weisung vom Beklagten erhalten habe.

Abschluß. Die verlangte Fristverlängerung wird gestattet.

Am 29 Febr. 1840 erklärt der Advocat Conr. Schmidt, daß der Beklagte Joh. Georg Hiemesch mit diesem Universit. Spruche zufrieden den ihm

auferlegten Eid annehme zugleich aber auch bitte dem Kläger die angemeldete Appellation nur gegen Cautionsleistung zu gestatten, weil die in 9000 fl. Capital u. mehrjährigen Interessen bestehende Forderung des Beklagten nicht sicher gestellt sey.

Deliberatum transmittitur.

Schlußbemerkung: Siehe noch: Urkundenaufnahme als Muster eines Stylionarium's im sächs. Nat. Archiv N. 1740: 1645 u. vergl. N. 1736: 1590; sowie Formulae Juramenti unter N. 1737: 1620-1632 (eine Formula juramenti Civis Segesvariensis unter N. 1272: 1530) u. dgl. m.

§ 2. Rechts-Literatur.

(Siehe aus der „Einleitung" zweite Auflage dieses Handbuchs I. Bd., § 6, Seite 16 [1]).

§ 3. Begriffsbestimmung und Haupteintheilung des Stoffs.

Das siebenbürgisch-sächsische Proceßrecht enthält jene gesetzlichen und durch den Gerichtsgebrauch aufgenommenen Rechtsregeln, welche die Gerichte und Parteien im Sachsenlande — (in fundo regio), — sowie in einigen eremten Comitatsterritorien [2]) — bei dem Verfahren zur Anerkennung und Durchsetzung angegriffener Privatrechte — (und ähnlicherweise in andern Processen, besonders der Criminal-Rechtspflege) — beobachtet haben.

Der Gegenstand kann mit Rücksicht des Statutargesetzbuches [3]) am besten so behandelt werden:

1. Jurisdictionsbestimmungen [4]); 2. Beweisregeln [5]); 3. Urtheilsfällung [6]); 4. Rechts-Mittel [7]) und 5. Der Executionsvorgang [8]).

---

[1]) Bemerkenswerth ist noch ein sehr kurzgefaßter Entwurf (von *Simon Schreiber*) „Gerichts-Ordnung für die Kreisgerichte in der sächsischen Nation" Hermannstadt von Closius 1848. —

[2]) Siehe zweite Aufl. des Handbuchs I. Bd., Seite 29, Note 4, Seite 32, Note 3 und S. 34, N. 3 u. a. O.

Betreffs Vizakna (Salzburg) s. einen von da appellirten Erbgutsstreit an den Hermannstädter Magistrat im sächsischen National-Archiv Nr. 1138: 1578 u. dgl. m. vergl. 2. Aufl. I. Bd. S. 132 Note 1. — Der Salzburger Magistrat verlangt in Hermannstadt Schutz gegen die über ihn angestrebte Albenser Comitats-Jurisdiction im sächsischen Nat.-Archiv Nummer 1323: 1678.

Daselbst wurden anfangs dieses Jahrhunderts die Statuten in das Ungarische übersetzt und hat das sächsische Landrecht bis 1853 gegolten.

[3]) Der „Gesetzestext" wird hier nach erwähnter Druckausgabe vom J. 1856 („siebenbürgische Rechtsgeschichte" II. Bds., 2. Lieferung, erste Auflage) bezogen, welche Ausgabe auch als selbstständiges Buch im Verlage erschienen u. so benützt werden kann.

[4]) Statut. lib. I. Tit. 1—4 („Ges. Text" S. 137—145 u. deutsch S. 241—428).

[5]) Stat. lib. I. tit. 5—9. (Ges. Text S. 145—155 oder deutsch S. 248—258.)

[6]) Stat. I. tit. 10 (Ges. Text S. 156 und 258.)

[7]) St. I. t. 11. (G. Text. S. 157 und 259).

[8]) Statutorum lib. I. titulus 12 („Ges. Text" S. 165 und deutsch S. 262).

I. Jurisdictionsbestimmungen.

§ 4. Die Gerichtsbarkeit im Allgemeinen.[1])

Das sächsische Statutargesetzbuch vom Jahre 1583 spricht vorerst von der Wahl folgender vier Oberbeamten, deren Bestellung durch die Stadt-Communitäten alljährlich neu zu geschehen pflege.[2]) — Vom 1. magister civium oder consul d. i. vom Bürgermeister, welcher zugleich in den Städten der Vorsitzende des Stadt- und Stuhls-Magistrats gewesen ist; — 2. von den beiden judices d. i. dem Königs- und dem Stuhls-Richter, welche bis 1805 — (Regulation, und 1807 nähre Jurisdictionsbestimmung Gubl. Zahl 3957 ꝛc.) — früher ein Collegialgericht erster Instanz ausgemacht haben, (nach der Regulation das Einzelgericht des Stuhlsrichters); — 3. vom villicus oder Stadthann, in der Regel

[1]) Vergl. die Behandlung dieses Gegenstandes in meiner ersten Ausgabe (1853) des Gesetzbuches „Statuta“ Seite 20—57 und in *Dr. Trauschenfels* Magazin I. Bd. 1859 Seite 177—179.

[2]) Nicht in allen sächsischen Kreisen war gleiche Munizipalverfassung und es lassen sich diesfalls vier Gruppen mit eigenthümlichen Verschiedenheiten hervorheben, in deren Jurisdictionssprengeln selbst, vermöge ihrer eignen Autonomie und nach ursprünglicher libertas, wieder gewisse Amtseinrichtungen ihr ganz besonders Gepräge erhalten haben.

1. Die Gruppe der Stühle mit Stadt- und Stuhls-Magistraten (Hermannstadt, Schäßburg Mediasch, Mühlbach, und nachgehends auch Szászváros oder Bros);

2. Die Gruppe der Stühle (ohne Stadt) mit Officiolaten, wo der Königs-Richter an der Spitze des Stuhlsamtes gestanden ist, namentlich in Großschenk, Reps, Reußmarkt und Leschkirch;

3. Die Gruppe der Districte Kronstadt und Bistritz, wo der Oberrichter die Stelle eines Bürgermeisters und Königsrichters in seinem Vorsteheramte vereinigte nnd der Stadthann eine Stadtgerichtsbarkeit erster Instanz ausübte;

4. Die Gruppe der exemten Territorien, welche entweder als Märkte, zumal Szász-Regen (Sächsisch-Reen), Vizakna (Salzburg), Teckendorf, u. a. einen eignen Magistrat hatten, oder wie, namentlich die privilegirten Ortschaften der sogenannten Sieben-Richtergüter, neben dem Dorfshannen noch einen Ottsrichter für die eigne Gerichtsbarkeit wählten, oder welche im Instanzenzuge an den nächsten sächsischen Magistrat z. B. Mártonfalva (Martinsdorf) eigens bevorrechtet erscheinen. — Die Stadt- und Stuhlsmagistrate hatten neben den Oberbeamten noch eine Anzahl Beisitzer als Senatoren (jurati consules, etwa 8—14, und diese waren zum Theil Dorfsinspectoren). Was die kleinen Stuhlsämter betrifft, so heißt es: Das Officiolat in Reps, Großschenk, Leschkirch und Reußmarkt bestehe laut Regulations-Reseript von 1804 S. 11 p. 3 „ex primario officiali, Sedis Assessore, Notario, Fiscali et Secretario, regio quoque perceptore in loco existente ad judicium adhibito suapte intellecto eo, quod qui in foro primae instantiae judicem egit, in appellatorio amplius judicare non possit, sed nec fiscalis in causis illis in quibus procuratorem egit“ u. s. w.

nur ein Stadtbeamter für die politische (in den Districten für die gerichtliche) Verwaltung.[1]) —

Abgesehen von der besonders bevorzugten Stellung des Hermannstädter Bürgermeisters (als Provinzialconsul bis 1796) und des Hermannstädter Königsrichters (als Comes nationis Saxonicae) und ihrer besondern Competenz in den ihnen eigenthümlichen Jurisdictionssprengeln[2]), sind die Gerichtsbarkeiten[3]) im Allgemeinen nachstehende gewesen, welche auch gegenwärtig als Municipalbehörden ins Leben gerufen, nach österreichisch-siebenbürgischen Vorschriften das Richteramt üben, in der Regel so, daß Rechtspflege und Verwaltung von einander geschieden, und gewiße Gegenstände besondern Senatskörpern zugewiesen sind. —

Die Umänderung des neuzeitigen Proceßrechts, — die Auflassung oder Beibehaltung erprobter Jurisdictionseinrichtungen der Municipien — und des Reichs — wird die bevorstehende Gesetzgebung durchführen und dabei wohl den berechtigten Organen bisheriger Rechtsentwicklung und ihren Schöpfungen das vorzügliche Augenmerk zuwenden.

Für die Rechtsgeschichte der Jurisdictionen sind vor Allem wichtig die Exemtions-Privilegien, die Freibriefe für die übertragne und gewährte Gerichtsbarkeit, u. dgl. m.

Von diesen sind hier hervorzuheben zunächst das bekannte Privilegium Andreanum und seine vielen Bestättigungen (Siehe besonders die Transsumte

[1]) Der Stadthann hatte mancher Orten auch die Gerichtsbarkeit erster Instanz über die sogenannten Emphyteuten z. B. Vorstadtzigeuner und vertrat so gewissermassen ein forum dominale.

[2]) S. besonders die mehrerwähnten Hermannstädter Municipaleonstitutionen von 1698 und 1700 (im „Eigen-Landrecht" — „Statuta" — S. 30 und in meinen „Municipaleonstitutionen" S. 121 und als Anhang des II. Bds. 2. Aufl. dieses Handbuchs), und außerdem noch die belangreichen Satzungen in den Hermannstädter Magistrats- und Universitäts-Protokollen: 1649 Criminalproceße werden durch den Magistrat, geringre Vergehen und Realinjurien durch das Gericht verhandelt und die Tumultuanten gehören in das Forum des Bürgermeisters IX. Bd., S. 113; Rukur, Rackovicza und Kornetzell appellirten an den Herrn Bürgermeister (als zweiter Instanz des Dominalforum's), die Insassen des Talmatscher Filialstuhls an den Herrn Königsrichter 1692 XIII. Bd. Seite 109 u. dgl. m.

[3]) Dieselben hatten meist im Voraus bestimmte Gerichtstage und beobachteten auch die Ferial-Perioden. Die Hermannstädter erste Instanz pflegte für Bürger am Montag und Donnerstag, für Bauern am Dienstag und Freitag (Wochenmarktstage) Gericht zu halten; die Verhöre wurden regelmäßig Mittwoch und Samstag aufgenommen. Siehe betreffs Kronstadt die erwähnte „Uebersichtliche Darstellung" von *Trausch* Seite 1. die Gerichtstage waren Dienstag und Freitag u. so a. m.

Eine Instructio Judicis fori Cibiniensis im sächs. Nat.-Archiv N. 1587:1687.

Betreffs der Gerichtsbarkeit in den sogenannten 13 Ortschaften des Kokelburger-Comitates vergl. *M. Salzer* in *Bielz* Transsilvania N. 13: 1862, S. 161 u. so a. m.

vom Jahre 1428 im sächsischen Nat.-Archiv Nr. 53 : 54 und 55 vom J. 1428 und 1394, dann Nummer 73: vom J. 1423, sowie die Ferdinand'sche Confirmation N. 626 : 1552 und die des Fürsten Gabriel Bethlen N. 329 : 1627). Außerdem bemerkenswerth aus dem sächsischen National-Archiv die als wichtig nachwirkenden Rechtsurkunden: 1367 Ludovici Regis Mandatum ad universos Comitatus et Magnates, ne Cives Cibinienses irrequisita Justicia et percipne ob debita, delicta et aliorum offensas ipsorum Judicatui adstare cogantur, aut in rebus et personis arestentur, sed quicunque aliquid actionis contra eosdem habeat eos in medio eorundem juridice prosequatur et tandem tepidos in reddenda justicia repertos officiales in praesentiam Magistri Tavernicorum vel Regis legitime evocet Nummer 19 : 1367; Mandat des Waiwoden Emerichs „ne Judicio alieno adstare arcteutur vel arestentur" vom Jahre 1393 Nat.-Archiv Nr. 63; Sigismund's Privileg „nulli alieno Juri adstare vel arrestari debeant" N. 10: und ein Transsumt des Sigismund'schen Exemtions-Privilegs N. 78 : 1436; König Albert's Mandat „ne Saxones Cibin. alieno Judicio adstare cogantur aut arrestantur" Nr. 83; ebenso ein andres Privileg mit der Exemtion von der Waiwodal- und Comitats-Gerichtsbarkeit vom J. 1435 „tam ju metarum reambulationibus, quam caeteris eorum Juribus" Nr. 99 : 1435; ähnlich die Mandate unter Nr. 103 : u. 104: vom J. 1441 u. Nr. 129 : 1450, sowie 142 : 1453 ꝛc. Ein Exemtions-Jurisdictions-Privileg-Transsumt Nr. 592 : Jahr 1496; dann der Befehl de non arrestandis Saxonibus in Comitatibus Nr. 651 : 1494 u. Nr. 660 : 1500; Das Mandat „malefactores in bonis Nobilium prosequi et punire" Nr. 153 : 1511; ein Exemtions-Privileg Nr. 159 : 1512; ein andres Jurisdictions-Privileg Nr. 498 : 1409 sowie 517 : 1491 u. Nr. 523 : vom J. 1494 u. dgl. m.[1])

Gleicherweise Ferdinand'ische Confirmationen Nr. 620 : 1552[2]) ein größrer umfaßender königl. Schutzbrief Nr. 692 : 1554. ein ähnliches Resolutions-Instrument K. Maximilian' Nr. 720 : 1555; dann Nr. 727 : 1555 u. s. w.

Ein fürstl. Mandat des Christof Bathory wegen Verfolgung und Auslieferung der Verbrecher Nr. 1160 u. 1161 : J. 1580; ein Versichrungsbrief des Waiwoden Sigismund Bathory „se Saxones in jurisdictione et consuetudinibus laedere nolle" Nr. 1185 : 1581; ein Jurisdictions-Privileg des Fürsten Sigismund Bathory Nr. 1193 : 1582; Confirmations-Privileg des Königs Stefan Bathory für die Hermannstädter Gerichtsbarkeit, besonders in sede Tholmatz und für die Castellanbestellung Nr. 1202 : 1583; König Stefan's allgem.

[1]) Hiezu kann man auch königliche Befehle rechnen, welche den Proceß vor das competente Forum verweisen, so Nr. 77 : 1507 causa des Joh. Chukás gegen Jacob Myevescher, Joh. Agotha und Mart. Grelh, u. a. dgl.

[2]) Wiederholt und zugleich für Wintz und Burgberg (Alvintz und Borberek) Nr. 622 : 1552. Ihre Privilegien für das Hermannstädter Freithum Nr. 192 : u. 193 : 1515, siehe im folgenden §. — (Der Magistrat von Wintz und Borberek übermittelt Fassionales Nr. 522 : 1548) u. a.

Confirmations-Privileg der bestättigten andreanischen ꝛc. Freibriefe, dann der Jurisdictions-Privilegien drs K. Sigismund' von 1435 und jenes von Uladislaus aus dem J. 1511 unter Nr. 1206 : 1583; — der Adel muß auch die Transmissionalgebühr von 12 fl. bei der Universität zahlen nach Mandatoriae Sigismundi Bathori unter Nr. 1251 : 1584 und ähnlich 1264 : 1585; Jurisdictions-Mandate für die autonome Stellung der sächs. Municipien unter Nr. 1355 : 1593; Nr. 1357 : 1592; Nr. 1413 : 1596 u. s. w.

Universitätsbeschlüsse dieser Art Nr. 199 : 1614 u. a. m.

Ferner ein Transsumt des Privilegs v. K. Sigismund des Jahres 1391 unter Nr. 544 : 1651; auch bedenkliche Erinnerungen, so Stefani Bethlen Mandatoriae super productione Privilegii de non appellandis causis criminalibus in forum Saxonum agitatis ad Tabulam Regiam Nr. 278 : 1622; Gabriel Bethlen befiehlt schleunige Justizverwaltung Nr. 342 : 1628 ꝛc.; Georg Rákóczy verspricht Aufrechterhaltung der Freiheiten u. Immunitätrn Nr. 401 : 1634; Universitätsprotest gegen Inquisitionen Nr. 537 : 1651 ꝛc.; ein Transsumt Privilegii Ferdinandi I.; Uladislai 1511, quod Lites Saxonum appellatae in solius Regis praesentiam transmittuntur Nr. 551 : 1652; — die bekanntrn Kämpfe wegen der Evocation zur königl. Tafel; — Fürstlicher Versichrungsbrirf des Achatius Bartsay an Hermannstadt wegen Abrogirung drr den Sachsen nachträglichen Landtags-Artikel Nr. 667 : 1657 und ebenso des Georg Rákóczy Nr. 669 : 1657 und 671 : 1657 sowie Nr. 688 : 1657; ein Schutz- und Versichrungsbrief des Fürsten Apafy Nr. 1472 : 1682 u. dgl. m.

Endlich das Diploma Leopoldinum, welches den behaupteten Rechtszustand gewährleistet[1]).

§ 5. Der ordentliche Instanzenzug.

1) Die erste Instanz ist das Stuhls- (Districts-) Gericht[2]), seit 1805/7 ein Einzelgericht, dann in Kronstadt und Bistritz das Stadt-

[1]) Trotzdem war schon 1695 nöthig eine Supplication der sächs. Nation wegen ihren Immunitäten und betreffend den elenden Zustand des Landvolks Nr. 1950 : 1695; mancherlei Gravamina; neue Verbürgung in den Landtags-Artikeln von 1791 und in drn vielen Unionsverträgen.

[2]) Während in den Stühlrn das erwähnte Gericht sowohl Stadt als Land vertritt, ist in drn Distrietrn, sowohl ein Districts-Grricht für die Dörfer, als das Stadthannenamt für die Stadt; (siehe hier den Zusatz); bevorrechtet Zeiden, Tartlau, Rosenau und Marienburg.

Ursprünglich war dirs Domicilforum eigentlich nur für die freien Landbewohner bestimmt, wrlche politisch als Sachsen angesehn wurdrn (eigentliche Sachsen, eingebürgerte Ungarn und aufgenommene Romänen) und so erfolgtrn für andre Volksgenossen besondre Freibriefe. Die Hermannstädtrr Vorstadt-Zigeuner werden deshalb ausdrücklich von der Waiwodal-Gerichtsbarkrit eximirt (s. im sächs. Nat. Archiv ein königliches Mandat unter Nr. 369 : 1476 und Nr. 444 : 1487, dann 512 : 1492); bezüglich der Judrn Nr. 511 : 1492; die auswärtigen (meist katholischen Militär-) Handwerkrr wurden erst 1747 unter die Civiljurisdiction gestellt, so endlich alle minderen Personrn, welche nicht bevorrechtet, quoad statum

hannenamt, sowie anderwärts die privilegirten Ortsgerichte, zumal hier jene in fundo regio[1]).

2. Die gewöhnlichen Appellations-Instanzen sind in weitrer Gliederung von Unten nach Oben gewesen:

a) der Magistrat oder das Officiolat[2])
b) die Nations-Universität
c) die curia principis[3]) { α Gubernium, β Hofkanzlei.

---

eclesiasticum, militare et dicasteriale, kein eignes Standes-Gericht geltend machten.

Nach Gubl.-Zahl 1061 : Hermannstädter Mag.-Zahl 761 : 1808 wurde die Gerichtsbarkeit über Fremde besonders anerkannt, ebenso über die sonst gerne der Herrengewalt überlassne Domestiken Gubernial-Zahl 1943 : Hermannstädter Mag.-Zahl 1535 : 1815 und 2734 : 1819 ꝛc. ꝛc.

[1]) Abgesehn von den später zu erwähnenden priviligirten Ortsgerichten gab es im eigentlichen freien Sachsenlande mehrere sonderberechtigte Märkte, namentlich hervorzuheben: Kaisd im Schäßburger Stuhl; (Vergl. hier im Hermannstädter Mag.- und Universitäts-Protokoll zum J. 1677, XI. Bd. Seite 303, 324, 345 und 237 die Versuche von Kaisd sich der Schäßburger Jurisdiction zu entziehn); die erwähnten vier Burzenländer Marktflecken; Agnethlen im Großschenker Stuhl (Das von K. Mathias verliehne „Jus gladii" bestättigt von G. Bethlen, im sächs. National-Archiv Nr. 228 : 1615); Birthälm im Mediascher Stuhl (das Transsumt seines Privilegs von 1418 im sächs. Nat. Arch. Nr. 224 : 1520); u. a.

Die nicht privilegirten Dorfsgerichte straften bis zu 1 fl., die Nachbarschaftshannen und Zunftmeister bis zu 50 kr., (oder wohl mehr) und hatten dieserart auch eine Gerichtsbarkeit, waren insbesondre zu rechtswirksamen „Vergleichen" gewohnheitsrechtlich befugt.

[2]) Vom Reußmärkter Stuhls-Gerichte erfolgte öfters der Instanzenzug nicht an das eigne Stuhls-Officiolat, sondern an den Hermannstädter Magistrat, oder gleich direct an die Universität, wie es zuweilen heißt: „ob illeteraturam assessorum senatorialium". — Siehe meine Deutsche Rechtsdenkmäler im Vereins-Archiv N. F. Nr. VIII. Band 1867 Seite 116.

Ueber das Judicat als Collegialgericht siehe meine „Munizipal-Const." betreffend Hermannstadt S. 127 nnd meine „Deutschen Rechtsdenkmäler" im Vereins-Archiv VIII. 1867, S. 97 ꝛc.

Daß eigentlich dem Comes die Oberaufsicht der Criminalrechtspflege zustehe, wird von der Universität anerkannt sächs. Nat.-Archiv Nr. 1626 : 1694.

[3]) Siehe hierüber in unserm Handbuch „Ungarisches Proceßrecht" Seite 17, 90 und Note 2. Seite 14 betreffs der Competenz der Tafel.

In den Hermannstädter Mag.- u. Universitäts-Protokollen finden sich mehrfache Aufzeichnungen über die früheren Competenzconflicte und namentlich rücksichtlich der ungebührlichen Evocationen vor die k. Tafel, sowie in Angelegenheit der Gerichtsbarkeit in den sogenannten Nobilitar-Gütern (VII. Richter Herrschaft) der sächs. Nation, welche endlich den Abschluß in den bekannten Accordae gefunden haben (Handbuch erste Auflage S. 82—97).

Siehe hinsichtlich jener angestrebten Einverleibung der VII. Richtergüter in den Comitat Hermannstädter Mag.- u. Universitäts-Protokoll 1598 X. Band S. 55, 74 und 88; sowie 1640 Seite 207; dann 1651 und noch 1697 X. Bd.

Somit konnte es in der Regel ein Uebermaß von 5 Instanzen geben; wobei Einrichtung und Verfahren der höhern Landesstellen so durchgeführt waren, daß regelmäßig die nach sächsischem Recht zu behandelnden Fälle einen sächsischen Referenten erhielten, damit das bürgerliche Sonderrecht seinen kundigen Vertreter habe.[1])

Die Kronstädter Gerichtsbarkeit.

In Absicht auf den Civilproceß herrschte im Allgemeinen die jurisdictio domicilii. Städter und Vorstädter brachten die wichtigern Rechtsfälle vor den Stadtrichter — die kleinern vor den Stadthannen. Beide Stellen hatten aus dem Magistrate einen Beisitzer und zwei Actuare (welche insonders die Protocolle über die summarischen Prozesse zu führen hatten) — und hielten Dienstag und Freitag Gericht. — Außerdem wurden von diesem Judicate die Appellationssachen der Inwohner von Weidenbach, Petersberg, Brenndorf und Honigberg entschieden — (Stadthann von der „Hundertmannschaft" erst seit 26. December 1612 gewählt) [2]).

Die freien Districtsortschaften waren allesamt von Altersher mit einer eignen Gerichtsbarkeit versehen: (nehmlich 4 Märkte und 9 Dörfer), welche in den Märkten Richter und Hann; auf den Dörfern der Hann samt einer nach der Ortsbe-

---

S. 61, 67, 85 und 90 (Vergleiche); — ferner 1650 X. Bd. S. 142 Ansuchen bei den Landständen, daß keine privaten Sachsen sollen evocirt werden; 1653 Landtagsprotest X. Band S. 263 dann 61 und 85 sowie X. Band S. 196; bezüglich der angesprochenen Tafel-Prärogativ: 1653 X. 42, 242; X. 143, 160, 196, 261, 285, 289, 354—360; 1655 X. Bd. S. 434 und 1665 VIII. 558 und XI. 3. und entsprechende Urkunden im sächs. Nat.-Archiv.

Freilich machten mitunter die eignen Nations-Genossen selbst es schwierig — sich erfolgreich gegen solche Eingriffe zu behaupten, evocirten doch die Kronstädter Lederer sogar die Nations Universität vor die k. Tafel, das specifisch ungarische Gericht, wegen Versagung weitrer Appellation ihres Proceßes mit den dortigen Schustern (s. Mag.- und Universitäts-Protokol VIII. Bd. S. 558), welchem Unterfangen nicht Folge gegeben wurde (XI. Bd. S. 3); im Gegentheil mußten jene Lederer eine Strafe von tausend Gulden erlegen 1665 XI. Band Seite 4; wiederholt zeigte sich selbst der Kronstädter Magistrat renitent, drohte von der Nation abzufallen, doch war damals die Universität stark genug auch Strafereecutionen entgegenzusetzen (Oberberbeamte um 1000 fl., Senatoren um 500 fl. gebüßt) 1667 VIII. Bd. S. 583 und 1672 XI. Bd. S. 191 u. 196. ꝛc.

(Siehe noch in mehrerwähnter 1853-er Ausgabe der „Statuta" oder Eigen-Landrecht Seite 45).

[1]) Besondere Ausnahmen waren noch bei:

1. dem Waisenhause (Theresianum) in Hermannstadt, welches von der Stadtobrigkeit eximirt dem Gubernium untergeordnet war nach Diplom vom 20. Mai 1770 u. H. R. 18. April 1773 H. Z. 7956 u. G. Z. 926 : 1800.
2. Den Proceßen türkischer Unterthanen, H. R. von 1767, 1771, 1813, 1815, 1818, 1820 und nach G. Z. 3284 : 1822, welche vom Judicat zu entscheiden waren und die Appellation ging an das Gubernium.

[2]) S. Statut vom 26. December 1612 (S. *Trausch* Uebersichtl. Darstellung der ältern Gemeindeverfassung der Stadt Kronstadt. Kronstadt 1865 Seite 10 Punkt 3).

ſchaffenheit verſchiedenen Anzahl von Geſchwornen ausübten. — Jedoch wurden bei den Dorfsgerichten keine Zeugen beſchworen, ſondern dies wurde dem nächſten Appellationsgerichte vorbehalten.

Unter den Märkten waren Zeiden und Tartlau auf ihr eignes Territorium beſchränkt; aber Roſenau war zugleich Appellationsbehörde von Neuſtadt und Wolkendorf, und Marienburg von den Dörfern Helsdorf, Rothbach und Nußbach. Die noch übrigen 4 Dörfer: Weydenbach, Petersberg, Honigberg und Brenndorf appellirten an den Oberbeamten des Diſtricts, den Kronſtädter Stadtrichter. — (Im Törzburger Dominium auf 13 dem Publico unterthänigen Dörfer das Forum dominale aus zwei Magiſtratsräthen).

Die Erb- und Theilungs-Fälle wurden von dem ſogenannten ſtädtiſchen Theilamt verhandelt, (2 Magiſtratualen und ein Actuar), welches auch für die Dorfstheiläinter Appellationsinſtanz war, (auf den unterthänigen Gütern ebenfalls zwei Provisores aus den älteſten Geſchwornen aber unter Aufſicht des Dominal-Inspectors).

Die weitern Inſtanzen ſind die gewöhnlichen: Magiſtrat (zwei Referenten), Univerſität — Gubernium und Hofkanzlei. —

Bei ſich ereignenden Criminalfällen wurde in der Stadt und den unterthänigen Ortſchaften — nach Maßgabe der Umſtände erſt das Verbrechen ſummariſch vor Einer von den beiden ordentlichen Gerichtsſtellen durch den betreffenden Gerichts-Actuarius von den Angebern erhoben und zu Papier gebracht und daferne die Anzeigen ſo klar waren, daß ſie keiner weitern Erläutrung bedurften, der Delinquent alſogleich von der zu dieſem Geſchäft aus dem Magiſtrat eigens verordneten Commiſſion ad Articulos vernommen.

Wenn aber noch eine genauere Vorunterſuchung nöthig oder Inquisit auch civiliter belangt war, wurde über vorgelegte Aufnahme vom Magiſtrate erkannt ob Inculpat ad articulos zu vernehmen ſei oder nicht? Im erſtern Falle wurde das oben angegebne Inquiſitionsverhör vorgenommen — von dem Magiſtrats-Referenten in criminalibus mit beigefügtem Gutachten dem Magiſtrate vorgelegt, welcher in pleno nach Vorſchrift der Municipalrechte (oft mit ſubſidiärer Benützung anfangs der Peinlichen Halsgerichts-Ordnung Kaiſer Carl V. — ſpäter des öſtreich. Strafgeſetzbuches von 1803) das Bei- und End-Urtheil faßet und zum Vollzuge bringen läßt[1]).

Die 4 Märkte hatten ebenfalls das jus gladii; doch mußten ſie jeden Criminalfall dem Magiſtrate anzeigen, welcher hierauf zwei Commiſſäre und einen Actuar delegirte, unter deren Vorſitz der Incaptivat im Beiſein des daſigen Markt-Raths verhöret und abgeurtheilt wurde; jedoch mußte das Urtheil ſelbſt, auch die wegen vorzunehmenden ſcharfen Fragen gefaßten Beiurtheile — bevor ſie in Vollzug gebracht wurden — zur Begnehmigung dem ſtädtiſchen Magiſtrate eingeſendet werden.

---

[1]) Siehe meine Ausgabe „Statuta“ von 1853 S. 50 und bei *Trausch* am angegebnen Orte Seite 3. § 6.

Vor der Regulation hatten mithin die Behörden im Burzenlande folgende Funetionen:

1. Der Stadtrichter verhandelte die Juridica in Stadt und Vorstädten und Appellationssachen von den 4 Dörfern Weydenbach, Petersberg, Brenndorf und Honigberg, ließ die ihm angezeigten Verbrecher in Verhaft nehmen und die unter seiner Direction geschehnen summarischen Aufnahmen zur weitern Instruirung der Criminalproceße gelangen — der Stadtrichter (Oberrichter) führte zugleich das Praesidium im Magistrate und hatte mithin auch die Oberdirection über alle vorkommenden sogen. Politica.

2. Der Stadthann verhandelte ingleichen die mindern Civilproceße in Stadt und den Vorstädten; ließ die ihm angezeigten Uebelthäter in Verhaft nehmen, das patratum summarisch erheben und zur weitern Instruction des Criminalproceßes an den Magistrat gelangen.

Auch war der Stadthann Stellvertreter des Stadtrichters, führte die Polizeiverwaltung, besorgte Vorspanns- und Quartierswesen u. s. w. u. s. w.

Stadtrichter und Stadthann erscheinen daher als die beiden Oberbeamten des Kronstädter Distriets.

Besonders eigenthümlich war noch im Burzenlande das Allodial-Inspectorat (zwei Magistratsräthe), welches nicht nur die Gemeinwirthschaft besorgte, sondern auch auf den unterthänigen Ortschaften die Dominalgerichtsbarkeit ausübte. (seit 1754).

Die übrigen Jurisdictions-Verhältnisse der Theilämter und des Magistrats, Stellung und Organisation der Communitäten, war analog den übrigen Amts-Einrichtungen im Sachsenlande [1]).

§ 6. Causalgerichtsstände mit besonderm (außerordentlichem) Instanzenzuge.

Als solche treten allmälig hervor:

1. Das politische Ortsamt (Hannenamt, Villicat, der Aedilis u. so a. Benennungen, später nebstbei ein Polizeidirectorat), welches je nach der Verschiedenheit der besondern Municipalverfassungen einzelner sächsischer Kreise und Städte gewöhnlich das zuständige Richteramt führte in: Dienstboten- und Liedlohns-Angelegenheiten [2]), in Servitutsstreitig-

[1]) Nach der Regulation erscheinen als Oberbeamte im Burzenlande: (mit folgenden Amtsbesoldungen des J. 1834) Stadt-Oberrichter 1400 CM. Districtsrichter 1000 CM. ein Senator als Stadthauptmann 640 CM. 2 Senatoren á 500 (1000) CM. 3 Senatoren á 480 (1440) CM. 4 Senatoren á 400 (1600) CM. Obernotär 500, Vicenotär 360, Orator 320 u. s. w. Stadt-Districtscassa: 22780 fl. 19 kr. CM.

[2]) Siehe namentlich Gubl.-Z. 5399: Hermannstädter Mag.-Z. 2905: 1822, wenn jene Personen nicht ad statum ecclesiasticum, militare oder dicasteriale gehörten (vergl. Gubl.-Z. 3466: 1793, Gubernialdecret vom 13. Juli 1799, Hermannstädter Mag.-Z. 2729: 1799).

keiten[1]), in Quartier- und Ausziehstreitigkeiten[2]), bei Baudifferenzen[3]), Vieheintreibungsklagen[4]), bei Verbal- und Realinjurien gewöhnlicher Art des Proceßes[5]) und in Zunftstreitigkeiten[6]).

2. Das „Theilamt" für solche Verlassenschaftsabhandlungen, wo öffentliche Gemeinde-Einflußnahme erforderlich schien[7]).

3. Der Magistrat (Stuhlsofficiolat), als erste Instanz in

a) Criminalproceßen[8]);

---

[1]) Besonders nach Gubernial-Verordnungen Z. 1643:1811, Z. 1559:1821 und Gubl.-Z. 1326: Hermannstädter Mag.-Z. 743: 1834 u. a. m.

[2]) Gewohnheitsrechtlich u. nach Normalien (doch nicht Miethzinsfordrungen).

[3]) Nach Normalien aus den Jahren 1787, 1811 und 1834.

[4]) Vergl. Gubl.-Z. 5066: 1829.

[5]) Vergl. Gubl.-Z. 2207: Hermannstädter Mag.-Z. 2500: 1818 ꝛc.

[6]) Siehe besonders Gubl.-Z. 712: 1776 u. a. recipirte Normalien, sowie betreffende Localstatute. Die frühre Magistrats- und Universitäts-Competenz in Zunftsachen bereits erwähnt. (Vergl. die Angabe im Herm. Mag.- und Univers.-Protokoll zum J. 1634. VIII. Bd. S. 48 der Agnethler und Großschenker Zunftproceß wird ad forum primae instantiae zurückgewiesen).

[7]) Siehe *Sachsenheim* „Civilrecht" S. 623 und hier im II. Bde. „Sächs. Privatrecht". Das Theilamt bestand aus einem Magistratsrath (Senator) als Präses, einem Theilamtsassessor und aus einem Actuar; auf den Dörfern war dasselbe bestehend aus dem Waisenvater, dem ältesten Geschwornen und dem Notarius nur ein Schiedsgericht. (Siehe Regulativpunkte von 1805 in meinen „Materialen" S. 68 und 71 und Instruction vom J. 1810). — Geistliche Verlassenschaften erst von 1785 angefangen durch das Civilgericht (Theilamt) abgehandelt.

Ueber geistliche Theilungs-Protokolle des Schelker Capitels siehe *Obert* im Vereinsarchiv N. F. VIII. Bd. 1867 S. 145.

[8]) Siehe Gesetzestext in Statut. lib. I. tit. 1. § 4 (S. 138) „In casu autem criminali Judices extra scitum et cognitionem Senatus sententiam capitalem nec ferre soli nec exequi debent", somit gehörte nur die Voruntersuchung vor das Stuhlsgericht, dagegen die Urtheilsfällung vor den Magistrat; wobei zu bemerken ist, daß viele Vergehn, welche heutzutage zum strafgerichtlichen Verfahren gehören, damals als Civilproceße auf Schadenersatz und Buße behandelt worden sind. (Siehe in der Alvinzianischen Resolution 4. Punkt in unserm Handbuch erste Auflage S. 94 u. a. O.). — Vergl. Hofrescript vom 23. Februar 1798 Gubl.-Z. 2594: 1799. Siehe betreffs der Criminal-Jurisdictionscompetenz folgende zerstreute Nachweise im sächs. Nationalarchiv: 1385 Ladislai Waiwodae Testimoniales Martino judici datae de Valacho latrone interempto Nr. 46; 1386 Mariae Mandatum ut latrones capiantur Nr. 49; Sigismund's Privileg von 1391 für die Sachsen betreffs ... vestigia sequi in Possessionibus nobilitaribus Nr. 60 (siehe dazu Hermannstädter Magistrats- und Universitätsprot. X. Bd. S. 77); 1417 Brief des Vicewaiwoden Lorandus Lépes an die Universität ... „ad Zentemreh ... ut ibi de malefactoribus inter ipsos consilium capiant .. Nr. 24; im J. 1406 die Bestätigung jenes Sigismund'schen Privilegs von 1391 .. ad Forum Dominale instituendum .. ac maleficorum pedum vestigia a Saxonibus in fundo nobilitari sequi .. Nr. 90; u. so a. m., besonders Mathias' Bestätigung eines bezüglichen Universitätsstatutes

b) Concursproceßen[1]);

c) qualificirten Proceßen moralischer Persönlichkeiten, des Adels und der Staatsbeamten, in der Regel als forum rei sitae, mitunter auch als forum domicilii und zumeist bei sogenannten Comerzialcontracten[2]).

4. Die Nationsuniversität, welche als erste Instanz zum Richteramt berufen war, in:

a) Hattertproceßen von Gemeinden aus verschiednen Jurisdictionssprengeln oder mit dem Prätorialvororte des Kreises[3]);

b) bei Verbalinjurienklagen einer sächsischen Kreisbehörde (Stuhls-, Districts-Magistrats, Stuhlsofficiolates[4]).

Von diesen Canzalgerichtsständen ging der weitre Instanzenzug an die sonst denselben vorgesetzte Oberbehörde; nur in eigentlichen Criminal-

---

der VII. sedes vom Jahre 1469 Nr. 295; 1470 gegen Competenzübergriffe des sächsischen Clerus in die weltliche Gerichtsbarkeit Nr. 326; die Requisitoriae von 1470 ne Nobiles cives vexare ... sed coram judice competente Nr. 334 u. s. w. a. m. (hier letzte Note des §).

[1]) Siehe Cridalnorm (in der ersten 1853er Ausgabe der „Statuta“ oder „Eigen-Landrecht“ im Anhang und theilweise im „Sächs. Privatrecht“); nach hieher gehörigen Verordnungen von 1772 Gubl.-Z. 7060: und Gubl.-Z. 3479: 1800, sowie Gubl.-Z. 3539: 1804, Hofrescript vom 18. April 1796 Gubl. Z. 3065: und 2166: 1798 ꝛc.

[2]) Siehe besonders Hofdecret Z 4302: Gubl.-Z. 6835: und 1533: 1806, Hermannstädter Mag. Z. 922: 1806. Die Zuständigkeit der sächsischen Gerichtsbehörden über adlige Liegenschaften u. dgl. war wiederholt ausgesprochen und verbürgt; indeß bezüglich der zwischen Sachsen-Territorium liegenden ihnen selbst gehörigen „terras regales“ Comitatseinrichtung, oder die Gerichtsfolge in curia regis, so der Rechtsfall wegen Grundstücken zwischen Mikeszásza (Feigendorf) und Haschag vom J. 1359 im sächs. Nat. Archiv Nr. 11: 1359.

[3]) Siehe besonders Hof-Z. 117: Gubl.-Z. 130: 1795 u. q. (Siehe Hofrescript vom 18. November 1753, Gubl.-Z. 211: 1754, Punkt 4). Aus andern Kreisen werden drei Commissäre zur Voruntersuchung und Berichterstattung entsendet, welche die Hattertdifferenz ordentlich verhandeln und auch einen richterlichen Spruch fällen u. s. w. Alle Metalproceße sollten an das Gubernium weiter transmittirt werden Hofrescript vom 19. August 1775, Gub.-Z. 6739; doch konnten Grundstreitigkeiten nur über Erlaubniß des Comes begonnen werden und mußte die Kosten die Allodialcassa tragen nach den Regul. Punkten und Gubl.-Z. 9083: 1808, Hermannstädter Mag.-Z. 159: 1809 ꝛc.

[4]) Gubl.-Z. 2467: 1832 u. s. w. — Schon 1578 wurde bezüglich gewöhnlicher Injurienproceße statutarisch festgesetzt, daß sie vor die Universität nicht durften appellirt werden. Siehe Hermannstädter Mag.- und Univers.-Protokoll 1578 im VI. Bde. S. 23. — (Siehe daselbst 1702 im XIV. Bde. S. 219—251 den Verbalinjurienproceß des Hermannstädter Stuhlsrichters Stenzel — Joh. Beuchel — mit Georg v. Frankenstein).

proceßen ging der Recurs[1]) nicht an die Universität, sondern der Natur dieses Rechtsmittels gemäß, an die curia principis d. h. an das h. k. Gubernium und etwa die h. k. Hofkanzlei, welche im Namen des Fürsten das Begnadigungsrecht übten und so zu wirklichen Revisionsstellen geworden waren.

---

[1]) Siehe hier „Ungarisches Proceßrecht" (Siebenb. Rechtsgeschichte III. Bd. 1 Lieferung) S. 90 sammt Noten. Schon ehmals war anerkannt, daß eigentlich der Criminalproceß in erster Instanz auch endgültig abgeschlossen sei und nicht appellirt werde (siehe zum J. 1703 Hrrmannstädter Mag.- und Univers.-Protokoll XIV. Bd. S. 328). Sirhe noch in letzter Abtheilung (Strafrecht) die aus dem sächs. Nat. Archiv angeführten und andre Rechtsurkunden.

Abgesehn von bereits erwähntrn Privilegirn u. dgl. m. sind noch hier anzuschließrn: eine Copie drs Sigismund'schrn Verbrecher-Verfolgungs-Privilegs vom J. 1391 in den Hermannstädtrr Mag.-Protokollen X. Bd. S. 77; daselbst die mehrerwähnten Proteste gegen Eingriffe X. Bd. 61 und 85 ꝛc. und die Complanation mit den Comitaten X. 67. 90 vom J. 1651; endlich Accorda u. s. w.

In den Confirmatoriae des K. Mathias für gewiße statutarische Universitätsartikel vom J. 1469 (im sächs. Nat. Archiv Nr. 295) kömmt ein ältestes Denkmal eigner Criminalsatzungen vor, zumal über das „vestigia sequi" ... dann: 4.) „Valachi vestigia extradare teneantur, quo omisso eosdem damnificatis septimo se super vestigiis Juramento deposito pecora vel bona furto ablata praestare oportet" etc., dann: 5) „Saxones contra insultus malefactorum ad requisitionem sub poena 25 Marcarum insurgere debeant" etc. und 6) „Debitores fraudulanti in medio Saxonum reperti captiventur" u. s. w.; — 1473 Matthiae Regis Commissionales ut universitas Saxonum ob injurias ipsi per Mathiam Gereb illatas ad Blasium Magyar Vajvodam recursum habeant Nummer 348; — vom J. 1461 ein Mandatum Mathiae de impendenda satisfactione super injuriis, metarum et possessionum occupationibus Nr. 215:1461; 1432 Sigismundi Regis Mandatum „ut Mich. Jakesch de Cussal Comes Siculorum Saxonibus de Sedis Kozd (Reps) damna ad septem millia flor. Cam. se extendentia cum gentibus suis exercitualibus illata resarciat" Nummer 65; vom J. 1495 Uladislai Regis Mandatoriae, Investigationes super quodam interemto seu justificato delinquento praecipientes Nummer 581:1495; ebenso betreffs eines in Kahßd Justificirten Nr. 584:1496 ꝛc. — Zrugniße sowohl drs Begnadigungs- als auch des Oberinspectionsrechtes in criminalibus 1487 Uladislai Regis Mandatoriae de incaptivando Petro Myski in puncto homicidii accusatum Nr. 611:1497; ein k. Befehl gegrn Räuber Hilfe zu leisten unter Nr. 85:1507; Mandat wegen einrs mordverdächtigen Croatrn Nr. 99: 1508 u. dgl. m. — Criminanten sollrn hinfort nicht nur am Stefanstage, sondern in den vierteljährigen Sessionen vrrurtheilt werden. XIII. Bd. Hermannstädter Mag.- und Univers.-Protokoll S. 366 zum J. 1697; und daselbst zum J. 1759 und 1761 die fortan beobachtete Specification der Criminalproceße, welche jährlich eingeschickt wrrden (Normalien) S. 11, 12, 43 ꝛc. — Ständebeschluß wegen Abfassung eines Criminalcodex (S. 124) und Hofbetreibung 1754 (S. 41) u. a. (1811).— Siehe schlüßlich Hofreseript vom 23. Februar 1798 Gubl. Z. 2594:1799 ꝛc., dann Gubl. Z. 4318:1833 und 1760:1840, sowie Note 2, Seite 52 in meinen „Statuta" („Eigen-Landrecht") von 1853; endlich hier III. Bd. Note, Seite 92.

Schlußbemerkung. Die Competenz der Landesstellen und der besondern Gerichte für ausgeschiedne Gegenstände konnte nicht vom sächsischen Proceßrechte bestimmt sein, weshalb es hier genügen mag zu erwähnen, daß die geistlichen Gerichte in Eheproceßen (früher auch in andern nach canonischem Recht behaupteten Fällen) die Gerichtsbarkeit übten[1]), ebenso war das sieben-

[1]) Rücksichtlich dieser Verhältnisse als Rechtsquellen aus dem sächs. Nat. Archiv hervorzuheben: Sicherstellungen gegen geistliche Competenzübergriffe unter Nummer 106: 1443 litterae responsoriae des Graner Erzbischofs Dionysius vom J. 1413 und ein Transsumtum capitulare Bullae Papalis ut nullus habitatorum Decanatus Cibiniensis in prima instantia cujuscunque causae extra limites Decanatus juri stare debeat Nr. 108: 1444; des Graner Erzbischofs Patentbrief für die weltliche Universität betreffend Artikel über die geistliche Jurisdiction Nr. 114: 1446; ein Transsumt über eine päbstliche Jurisdictions-Decision Nr. 123: 1448 und gegen geistliche Competenzübergriffe Mandat 326: 1470.

Unter Nr. 17: 1503 Appellatio in causa ratione ablatae crucis argenteae ex ecclesia parochiali de Naystadt inter Georgium Literatum et Incolas de Neystadt vertente, in forum ecclesiasticum facta; vergl. Nr. 18: 1503; jedoch 1503 Uladislai Regis Mandatoriae ut nemo Saxonum in causis prophanis litem ad forum ecclesiasticum transferat Nr. 26: 1503; aber strenge eingeschärft: „sub amissione bonorum" Nr. 29: 1503 und clericale Anmaßungen hintangehalten Nr. 296: 1525 u. s. w. Schon früher solche Mandatoriae gegen geistliche Herrschsucht Nr. 586: 1496, dann Complanationsmandate Nr. 91: 1508, ein Palatinalzeugniß des sächsischen Protestes beider Universitätsstände gegen die Graner Diöcesananspräche Nr. 199: 1516 u. a. (Reformation).

Das geistliche Jurisdictionsprivileg der K. Isabella Nr. 769: 1559 (s. erwähnte Verzichtleistung des Clerus betreffs mißbräuchlicher Anwendung) ꝛc. Artikel der weltlichen und geistlichen Universität Nr. 783: 1560 ꝛc. (Der sächsische Clerus protestirt ratione Conservationis fidei observationis item illorum jurisdictionis et Privilegiorum nec non Assumptionis novi Calendarii Gregoriani Nr. 1337: 1590); Gabriel Bethlen's geistliche Jurisdictionsprivilegien Nummer 319: 1626. — (Lämmerzehntprivileg Apafy's Nr. 990: 1661 ꝛc.). — Sächsische Nation erimirt den Clerus von der Portalbelastung Nr. 1876: 1694 u. s. w. m.

Diese Verbote der geistlichen Gerichtsbarkeit für Civilfälle fallen meist in die Jahre 1470, 1496, 1503 und 1525.— In der Neuzeit wurde auch das Ehepatent von 1786 (Gubl. Z. 30 und 1215) als Rechtsquelle in Betracht gezogen, und so die Competenz der curia principis nach Hofrescript vom 21. December 1731 ꝛc.; (s. *Sachsenheim* „Civilrecht" S. 142 wichtige Darstellung). Geistliche Behörden zu frührer Rechtspflege berufen nach Gubl. Z. 9893: Hermannstädter Mag. Z. 3445: 1803 ꝛc. Ueber Zeugenvorladung Gubl. Z. 6088: 1808; Zeugenverhör Gbl. Z. 2684: Univers. Z. 818: Herm. Mag. Z. 2313: 1812; Vermögenstheilung nach Hof-Z. 1152: Gubl. Z. 1764: 1807 (cf. Gubl. Z. 3005: 1802). — Ueber Alimentation der geschiednen Gatten wird vom Civilgerichte bestimmt Gubl. Z. 5452: 1825 (Gbl. Z. 4029: Herm. Mag. Z. 2398: 1829). — Es mußte ein defensor matrimonii aufgestellt werden, Hofdecret vom 31. Mai 1813 (zeitlang receipirtes Gewohnheitsrecht). Wie die Publication der Ehescheidungsdeliberate zu erfolgen habe, wollte Gubl. Z. 662: 1830 bestimmen; die Klage des unschuldigen Ehegatten Gubl. Z. 1043: 1830; (Taxen nach Gubl. Z. 1547: 1839; Ober-Consist. Z. 61); die Ehedispenstaxen der Evangelischen floßen in den Cameralfond Gubl. Z. 1224 und 1559: 1769 ꝛc. d. h. waren ein Pauschale für das katholische Theresianum (Waisenhaus) in Hermannstadt. (Siehe Nähres im „Kirchenrecht").

bürgiſche Berggericht zu Zalathna[1]), der ſiebenbürgiſche Landtag in dem ihm zugewieſnen Wirkungskreiſe in voller Rechtsübung[2]); nicht minder hatten ſelbſtverſtändlich das Forum productionale und die Jurisdiction der Aerarialbehörden (des Theſaurariats[3]), ſowie der k. Tafel und des Fiscaldirectorats in den allgemeinen oder den ihnen eigenthümlichen Angelegenheiten die ſtaatliche Rechtspflege[4]), und beſtand daneben noch die Militärgerichtsbarkeit der k. k. öſtreichiſchen Armee[5]).

§ 7. Privilegirte Eigengerichte.

Als ſolche ſind beſonders hervorzuheben:

1. Die privilegirten Dorfsgerichte außerhalb des eigentlichen fundus regius im Sachſenlande[6]), mit ihrem Inſtanzenzug an die fäch-

[1]) Mit einem ſächſiſchen Beiſitzer nach 4:1753 (Gubl. Z. 10467: und 10540: 1788) und andre Rechtsquellen.

[2]) Vergl. 11: 1791 und 22. § der Tabularinſtruction.

[3]) Das Forum productionale für Fiscalproceſſe nach Appr. Const. II. 5. 1. und Appr Const. II. 8. 1. ferner Compil. Const. V. ed 27 H. R. 5. Mai 1770 und §§ 18 und 216 der Tabularinſtruction.

Die Jurisdiction der Aerarialbehörden G. Z. 1601: 1788 beſonders §§ 146, 153, 155, 157 der Dreißigſtordnung H. R. 20. Juli 1742, G. Z. 386: 1743. Das königl. Theſaurariat iſt competent über Salzſchwärzung, und bei Exceſſen ſeiner Beamten (1786) G. Z. 1601: 1788 und H. R. 1822. Die Civilgerichtsbarkeit, über Contraſche und Cameraldiener beſtimmte H. R. 10. Juni 1779 und H. R. 3. März 1806.

[4]) G. Z. 222: 1696 beſtimmte welche Proceſſe an die königl. Tafel zu apelliren ſeien, cf. die 5. Fälle der Aecorda vom 7. April 1693. Compil. Const. III. 13, 1 und Trip. II. 42, 5; ferner protoc. diaet. 1792 p. 470—475, (*Szász* Sylloge p. 395). — Ferner die Proceſſe wegen Hochverrath G. Z. 292: 1692 und Norm. 1781. Die Competenz des Fiscal-Directorats in Falſchmünzerproceſſen 12: 1747 und 5: 1757 ebenſo H. Z. 1593, G. Z. 2155: 1807; H. Z. 2232, G. Z. 9078: 1819 (cf. G. Z. 315: 1702); Im Civilproceß von durchaus keiner Bedeutung. (G. Z. 1943: M. Z. 1535: 1815 und M. Z. 2734: 1819).

[5]) Militär-Hausbeſitzer und Dienſtleute nicht eximirt G. Z. 7224: 1819 Proceſſe zwiſchen Grenzern und Provinzialiſten nach H. R. von 1772 — Civiljurisdiction (Jud. del.) über Fouriers, Unteroffiziere, Gemeine, Primaplaniſten und Wittwen nach H. R. 21. Mai 1792 und über Militär-Invaliden und entlaſſene Capitulanten nach R. 20. September 1823. cf. H. Z. 3103: G. Z. 5555: Herm. Mag. Z. 3268: 1826. Nach G. Z. 2185: 1812 (Militär Heiraths Norm. § 35 l. e.). Nach der 2. Claſſe verehlichte Soldatenweiber ſammt Kindern ſtehn unter der Civilobrigkeit, — ebenſo Soldaten-Urlauber H. Z 1246: 1836.

Militärverlaſſenſchaftsabhandlungen nach H. R. 25. Januar 1799 und 14. Dezember 1799, G. Z. 5870: 1805 und H. R. 7. Mai 1838. — Provinz. Jurisd. wegen ſequeſtrirter Habe der Grenzer cf. G. Z. 7813: Herm. M. Z. 2117: 1810.

[6]) Abgeſehn von bereits erwähnten Marktgerichten z. B. in Kaisd und Birthälm (letztres Tranſſumt Nr. 224: 1520), ſowie von Wincz und Borperg oder Borberek (ſiehe namentlich ſächſ. Nat. Archiv Nummer 57: 1430 und Nummer 143: 1453, wo es heißt: ..... nec quicquam a Septem Sedibus, aliisque

ſiſchen Gerichtsbehörden, entweder der nächſten Stühle, oder nach Hermannſtadt, als an das die Siebenrichterherrſchaft der ſächſiſchen Nation vertretende Forum dominale.

---

duabus sedibus Schelk et Megyes ac terra Barcensi, civitatem Clusvár et oppida Vintz . . ut et Sede Talmatz abalienare velit . . . etc.) — Wincz und Borgberg im Hermannſtädter Freithum geſchützt Nr. 192: und 193: 1515 ꝛc., abgeſehn hievon, zunächſt hervorzuheben die Verleihung des „Jus gladii“ an Bolkatſch und Seiden (Sitwe), ſiehe namentlich im ſächſ. Nat. Archiv die Nummer 105: 1443 (ein Tranſſumt des Hunyad'ſchen Patents, wegen theilweiſer Zugehörigkeit zum Kokelburger Comitat); Nr. 120: 1448 die Commissionales des Joh. Hunyad für die Verleihung des Jus gladii, und gleicherweiſe für die wechſelſeitig als Appellationsinſtanzen auftretenden Dorfsgerichte in Bolkatſch (Bulkeſch) und Seiden die Exemtions-Jurisdictions-Privilegien unter Nr. 127: 1450 (Copien: Nummer 144: und 145: 1453) u. ſ. w. Isabella's Schutzbrief für das Jus gladii von Bolkatſch und Seiden Nr. 771: 1559; (Bolkatſcher Proceß mit Gregor und Georg Bethlen Nr. 915: und 917: 1564 und 927: 1566 ꝛc.); Angriffe auf Bolkatſch und Univerſitäts-Proteſt gegen fürſtl. Vergabungen Nr. 1113: 1578 ꝛc.; Confirmationsprivileg Nr. 1212: 1583; und Tranſſumt Nr. 288: 1623; u. ſ. w. (cf. *Eder* Observat. criticae S. 87, 129, 106 und 2: 1811, ſowie Landtagsprot. von 1811 S. 910 und Hofz. 2831: 1811; Hofz. 2351: 1812, H.-Z. 70: und 2359: 1813, endlich H.-Z. 3808: 1834). Für Nagy-Ekemezö (ſächſ. Ortſchaft Großprobſtdorf) die Anfrage, ob das Dorf die Gerichtsbarkeit hätte „assidente Consule Cibiniensi“ Nr. 294: u. 297: 1624, ſowie Nr. 316: 1625; die Beſtätigung des Jus gladii für Großprobſtdorf (Nagy-Ekemezö) unter Nr. 330: 1627 im ſächſ. Nat. Archiv u. dgl. m.

(Agnethler Jus gladii, die Verleihung des K. Mathias confirmirt von G. Bethlen Nr. 228: 1615 ꝛc.; Reußmärkter Privileg des Sigismund Báthory beſtättigt von Gabriel Bethlen Nr. 233: 1616; Tekendorf bittet die Univerſität um Beiſtand, da es zu Zeiten Gabriel Bathory's ſeine Freiheiten verloren habe Nr. 327: 1627) ꝛc.

Genuina deductio nationis saxonicae super jurisdictione D. D. Supremorum Officialium Nr. 2138: 1698; Proteſtationen wegen der angegriffnen Gerichtsbarkeit der Siebenrichter in ihren Ortſchaften: Sorostely, Holdvilág, Bolkáts, Sittwe, Szépmezö, Csanád, Bollya, Szent-Jánoshegye Nummer 2204: 1696 und ſo andre mehrere.

Betreffend die Errichtung einer Jurisdiction in Galatz die Zuſtimmung der Albenſer Comitatsbeamten und von ſächſiſchen Kreiſen Nr. 523: und 527: 1650.

Ueber die Jurisdiction in Kertz, Apafalva, Mese (Meſchendorf), Szász-Keresztur (Kreuz) und Miklostelke (Klosdorf) ſiehe Archiv Nr. 436: 1638, und Zuſatz zu § 8. — (Reſtitutionsprivilegien für Wintz und Borberek Nummer 691: 1557 und Nr. 672: ſowie 676: und 678: 1553).

Uebrigens mußten dieſe Dorfsgerichte der Siebenrichtergüter ihre abgehandelten Rechtsſtreite, dem ſie als Inſpector zeitweilig bereiſenden Hermannſtädter Senator vorlegen, wo ſie möglicherweiſe nochmals unter deſſen Vorſitz in erſter Inſtanz zur Entſcheidung gebracht wurden und ſodann den weitern Appellationsweg zu ſuchen vermochten. — (Das Forum dominale). — Vergl. noch die Regulativpunkte. (Siehe hier Seite 173—147).

2. Die Handelsgerichte der privilegirten griechischen Handels-Compagnien zu Kronstadt und Hermannstadt[1]).

§ 8. Das grundherrschaftliche Gericht (Forum dominale[2]).

Diese Jurisdiction wurde theils als das gewöhnliche Forum dominale[3]), theils als das außergewöhnliche delegirt; und übte das erstre die Gerichtsbarkeit Namens der Grundherrschaft, besonders war diesfalls für die National- und Siebenrichtergüter der Hermannstädter Magistrat zuständig, welcher hiezu den Ortsinspector und dessen Secretär aussendete.

Das außerordentliche Forum dominale wurde vom k. Landes-Gubernium bei Urbarialstreitigkeiten der Unterthanen mit ihrer sächsischen Grundherrschaft delegirt, mußte aber aus sächsischen Richtern (gewöhnlich Beamten des nächsten Kreises, z. B. von Mediasch oder Mühlbach) bestehn, wobei die Parteien das Recht hatten gegen einzelne Personen zu exeipiren. (Hofresc. vom 4. Februar 1798 Z. 2790; Gbl.-Z 2720 : 1833; Hofz. 997 : und Gubl.-Z. 359 : 1834, sowie Gubl.-Z. 2720 : Univers.-Z. 359: Hermannstädter Mag.-Z. 853 : 1834 u. a.[4]).

Anmerkung. Daß außer diesen delegirten Gerichtsstellen noch Commissionen (aus Magistratualen nach H. R. 18. Dec. 1801 G. Z. 820

---

[1]) Vergl. für die ältre Geschichte des Instituts Appellatio mercatorum Cibin. contra Graecos mercatores Nr. 219 : 1519 im sächs. Nat. Archiv ꝛc. Das Privileg vom 8. Juli 1636 („Richterwahl"). Siehe sächs. Nat. Archiv Nr. 1963 : 1694. Nach dem XIII. Bde. S. 303 der Hermannstädter Mag. und Universitätsprotokolle heißt es zum J. 1695, daß griechische Compagniemitglieder, ausgenommen in Criminalfällen, der Gerichtsbarkeit des Stadtjudicats entzogen seien und sollen nur ihrem Richter und sodann dem Thesaurarius unterstehn. — Für gewisse Fälle Beiziehung eines Magistratsbeamten. — Spätre Privilegien von 1777 und 1815 s. *Incze v. Dálnoki* „Az erdélyi nagy Fejedelemségben lakó nemes szász nemzetnek törvénykezés módja" Kronstadt 1837 S. 207 sammt Noten. (Siehe besonders Hofrescript vom 16. Juni 1815 Hofz. 1571).

[2]) Abgesehn von Approb. Const. III. 46. 6 siehe das Gutachten der sächsischen Nationsuniversität Z. 710 : 1843 und Nachtrag unter Univers. Z. 262 : 1846 (auch *Benigni* Statistik II. S. 125, Note 23 u. A.).

[3]) Es übte die Rechtspflege, abgesehn von rein grundherrschaftlichen Verhältnissen z. B. der Caducität, nach sächsischem Statutarrecht in bürgerlicher Rechtsgleichheit für Freie und Unterthanen (nicht nach 94 : Prov. Artikel von 1791); Landtagsartikel 32 : und 34 : 1791; Hofrescript Z. 93 : 1800, Gbl. Z. 3864 : und 2308 : 1800; dann Gubl. Z. 6174 : 1831 und Univ. Z. 506 : sowie Hermannstädter Mag. Z. 488 : 1827 u. a. m.

[4]) Siehe rechtsgeschichtlich über das Forum dominale im Allgemeinen Tripart. III. 25.; Ludwig' I. Decret I. art. 10; Sigismund' Decret II. art. 58. ꝛc. Approb. Const. III. 47. art. 11 und 19, dann IV. tit. 1. art. 28, sowie 94. Prov. art. : 1791; *Kereszturi* Introductio II. Seite 77, 80; *Eder* Observ. crit. Seite 45 (*Fejér* 1431 X. Bd. 7 vol. S. 340 ꝛc.) und bei *Dósa* sowie hier am bezüglichen Orte.

Herm. Mag. Z. 525 : 1802) richterliche Functionen ausüben konnten, liegt in der Natur der Sache. Eine civilrechtliche Seite (Schadenersatz) hatte besonders das sogenannte Tridualforum[1]) bei Waldverwüstungen (aber nicht nach 95. prov. art. bei andern Potenzfällen) — nach G. Z. 1455 : 1801, Comit. Z. 113 : 1801 — über dessen Abhaltung cf. G. Z. 8064, Herm. Mag. Z. 3324 : 1805, G. Z. 3697 : 1818 und Univers. Z. 838 Herm. Mag. Z. 1303 : 1818, ferner G. Z. 2625 : 1825 und G. Z. 2286 Mag. Z. 1470 : 1828. Den Colonen war von Amtswegen ein Vertreter aufzustellen G. Z. 1104 Mag. Z. 1142 : 1815 (vergl. Wald- und Feld-Prävaricationstarif G. Z. 9038 M. Z. 472 aus dem J. 1832 und Abschätzungs- und Vergütungsnorm von 1831). — Das Statarium forum nach H. Z. 776 : G. Z. 8414 : und Herm. Mag. Z. 2026 : 1815 (siehe „Ungar. Proceßrecht" S. 16).

Es mögen hier aus dem sächsischen Nationalarchiv jene Urkunden bezogen werden, welche schon in ihrer Reihenfolge die Entwicklung der Dominalgerichtsbarkeit erkennen lassen; die Ausführung des Gegenstandes gehört in Specialmonografien.

Wir beginnen mit den Kerzer Abtei-Privilegien u. dgl. siehe im sächsischen Nationalarchiv Jahr 1306 die verliehne „libertas Cibiniensis" und Nr. 6 : 1329 dann 12 : 1359 u. s. w. Die Recognitionales Fratris Raimundi Abbatis super manutentione libertatum et consuetudinum populorum monasterii de Kertz Nr. 228 : 1464[2]); Mathias Priv. über das Jus patronatus VII. sedium in Bona Abbatiae de Kertz Nr. 323 : 1469; die Kerzer Abtei wird durch K. Mathias der „ecclesiae Cibiniensi" annectirt Nr. 350 : 1474 und im selben Jahr „juxta formam donationis" Nr. 354 : 1474 und ein weitres Kerzer Abtei-Annexionsprivileg Nr. 377 : 1477; über die sogenannten Hermannstädter Propsteigüter siehe Nr. 69 : 1435 ꝛc.; dann Collationales de Talmats, Lothorvár et Verestorony Nr. 141 : 1453; (Introductoriae ad castrum Tholmatz Nr. 502 : 1453); die gewißen Bona de Egres[3]) werden vom Csanáder Bischof Johannes „in tutelam Cibiniensem" gestellt Nr. 294 : 1469; des Königs Mathias Notificatoriae .... „juxta collata in Fogaras et Omlás — ad statuendum"

---

[1]) Ueber das forum triduale vergl. Tripart. III 33 und Gubernial-Anordnung vom 9. Mai 1765 und 2. Juli 1778, wornach die früher gewohnheitsrechtlich ausgedehnten Fälle auf die Tripartitalanordnung beschränkt werden.

[2]) Vergl. noch die Sententionales im Proceße des Abts von Kerz mit Szakadat Nr. 15 : 1359 und Nr. 27 : 1372 ꝛc. (s. hier I. Bd. S. 289, Note 4 u. a.).

[3]) Siehe im I. Bde. zweite Auflage S. 46, Note 6, (überhaupt jene Nachweise der „Einleitung" hier mit einzubeziehen); 1406 werden Schaal, Schorsten und ein Theil von Salschelk „per Ladislaum Vaivodam occupatas" der Egreser Abtei restituirt Nr. 126 : 1406; die Egreser Abtei-Gutsbewohner werden den Sachsen zugezählt Nr. 367 ꝛc. siehe hier bezügliche Note im I. Bde. § 68 bei „Subsidien und Tribut" und so andres mehr.

Nummer 332 : 1469; die Statutoriae über die donationes districtus Fogaras et Omlás für die VII. sedes Nr. 342 : 1472, die eigentliche Donationsurkunde Nr. 343 : 1472 [1]).

Ueber Peter- und Repafalva zahlreiche Verpfändungs- und Erwerbungs-Urkunden, besonders Nr. 376 : 1476, dann 384 : 1478, die Schenkung an die Hermannstädter Kirche Nr. 416—419 : und 429 : 1485 ꝛc. — Transsumt der Schenkung von Fogaras und Omlás Nr. 407 : 1483 und neue Confirmation Nr. 408 : und 409 : 1483; die ehmaligen (vier) Egreser Abteigüter zinsen und folgen dem Heere mit den Sachsen, Transsumt Nr. 431 : 1486; dieselben soll der Abt nicht „vexare“ Nr. 457 : 1488, ebensowenig soll der Adel sie bedrücken Exemtionsprivileg Nr. 476 : 1490 und abermals, daß: Holdvilág, Csanád, Monora, Sorosteny, Bolkáts und Sittwe, sowie Nagy- und Kis-Ekemezö (Probstdorf) nicht mit dem Adel als Comitatsdörfer Steuer- und Heeresfolge leisten Nr. 509 : 1492.

Die Adjudicatoriae der Hälfte von Rewken (Rukur) für die VII. sedes Nr. 439 : 1486 und Statutoriae über Rewke Nummer 452 : und 453 : sowie 459 : 1487; über den Erwerb von Rawás Nr. 441—442 : und 447—451 : dann 1461 : 1487 ꝛc.; Schutzbriefe für Bolkáts und Seiden Nummer 207—209 : 1518 [2]); Exemtionsprivilegien von Siebenrichtergütern aus den Comitaten für die sächsische Gerichtsbarkeit des Dominalforum's von K. Ferdinand Nr. 623. 624 und 627 : 1552; der Verkauf von Feketeviz (Szetsell) und Varallya Nr. 636 und 637 : 1552 und über eine Reluition der sogenannten 4 Egreser Güter Nr. 654 : 1553; über Borgo und Fejéregyház (Weißkirch) Nr. 661 : 1553 u. a. Winz und Borberek Nr. 666 : 1553 [3]) u. s. w; eine Exemtionsprivilegien-Confirmation bezüglich der sogenannten Kerzer und Egreser Abteigüter Nummer 683 : 1553 und ein allgemeines Privileg für die Siebenrichtergüter dieser Art Nr. 685 : 1553 (bereits 1553 Angriffe auf die sächsische Gerichtsbarkeit s. Nr. 686 : 1553); über die Zugehörigkeit des Szelistyer Filialstuhls Nr. 699 : 1554 u. a.

Ueber den stückweisen Ankauf von Rákovicza s. Nr. 990, dann 1000 und 1004 : 1571 ꝛc.; ein Transsumt wichtiger Statutionales über mehrere Güter in Bolya, Ingodal u. s. w. Rákovicza, Feketeviz u. a. welche Christof Bathory (zum Theil nochmals) an Hermannstadt verkaufte Nr. 1106 : 1571 und in Nr. 1019 : 1572 Introduction in Rákovicza, die bezügliche Confirmation Nummer 1040 : 1573 u. a. m.

Statutoriae über Orláth, Sinna ꝛc. Nr. 1101 : 1575; vom Hermannstädter Magistrat Patentales ratione juris patronatus super possessione Rusz

[1]) Mathias gestattet 1473 — also nach der Donation — daß die Söhne des Johann Geréb de Vingárth dürfen in Fogaras ein castellum oder fortalitium bauen Nr. 345 : 1473.

[2]) Siehe hier Seite 170.— Uladislai Mandatoriae ad Mag. Cib. quale jus ad Claustrum Cisterc. Kertz habeat? Nr. 126 : 1510; — Kerzer Kastellan verlangt sein Salarium Nr. 165 : 1513 u. dgl. m.

[3]) Siehe hier Seite 169, Note 6 und Seite 159, Note 2.

Nr. 1192 : 1582; — (Constitutiones inter Hungaros et Valachos de Szakadat Nr. 1196 : 1582, — im 7. Punkte Dorfsgerichtsbarkeit bis zu 1 fl. Buße berechtigt; ähnliche Constitutiones von Freck Nr. 1197 : 1582); — K. Stefan' Confirmationsprivilegien für die sächsische Grundherrschaft in Talmács u. a.[1]) die Ludovice'sche Verleihung von 1370 bestättigt Nr. 1210:1583; Confirmationsbrief über K. Mathias' Exemtion der zu Hermannstadt gehörenden Zigeuner Nr. 1226 : 1585 und Nr. 1240 : 1584[2]); — (Hermannstädter Constitutionen für Poplaka unter Nummer 1247:1584) u. dgl. m. —

Theile von Rákovicza durch Margaretha Morgonday an Hermannstadt verkauft Nr. 1291 : 1588; Confirmatio Statutionalium Cibin. et VII. Sedium in Hortobágyfalva, Varalay, Sina et Feketeviz Nr. 1395 : 1576; (eine Metalis Reambulatio ac repartitio Territorii possessionis desolatae Undyrfft in sede Löschkirck Nr. 1424 : 1543[3]); — Basta'sche Donationales Nr. 33 : 1603; — Emerich Klausenburger' Neußmärkter Königsrichters Kaufbrief betreffend Michelsberg Nr. 85 : 1606 ꝛc. betreffs Verpfändungen und dgl. in Rákovicza und Hortobágy s. Nr. 281 : 1622 und 286 : 1622, sowie ähnliche Fassionales betreffend Rákovicza und Waldorf Nummer 299 : 1625, 331 : 1627, 335 : 1627 ꝛc.; (ferner Nr. 303 und 304 : 1625); — Kerzer Jurisdictionsprivilegien für die sächsische Gerichtsbarkeit Nr. 502 : 1647 und 998 : 1663[4]); ähnlich betreffs Szelistye Nr. 544 : 1651; (ein Transsumt des Sigismund'schen Criminalgerichtsprivileg von 1391 unter Nr. 544 : 1651); Gabriel Bethlen's Privilegiales betreffs Rákovicza Nr. 418 : 1635; — Georg Rákóczy's eigne Statution in Sinna, Szetsell, Orláth Nr. 672 : 1650.

Introductoriae et Statutoriae für Hermannstadt in Kerz und die Possessiones von Sinna, Szetsell und Orláth Nr. 969 : 1662; neue Donationales Nr. 980 : 1662 und Statutoriae Nr. 981 : 1662; — (das Prädium Weisskirch an Neußmarkt Confirmation des G. Bethlen'schen Privilegs von 1609 unter

---

[1]) Siehe hier S. 159 und 170 die Note, sowie I. Bd. 2. Aufl. S. 46.

[2]) Siehe noch Schlußbemerkung.

[3]) Siehe früher erwähnte Grundbesitzverhältnisse, Metalproceße u. dgl. m. (Schenkungen der Universität); in solcher Hinsicht auch bemerkenswerth: Reambulatoriae von Korlathelke, Meyrpoth, Fofeld, Kertz et Ilenbach Nr. 1349 : 1595 und 1352 : 1546 u. a. m. dgl.

[4]) Die Kerzer erlangen Freibriefe für Benützung der Gebirgswaldungen Nr. 305 : 1625, 501 : 1647, 910 : 1660 und Nr. 956 : 1661; Achat. Bartsay verleiht widerrechtlich Kerz an den Hermannstädter Bürgermeister Meltzer Nr. 908: und 909 : 1660, doch bemächtigt sich Boer des Guts Nr. 940 : 1661; Meltzer's Protest, dieser statuirt Nr. 953 : 1660 bald darauf kömmt Kerz wieder an Hermannstadt und die Siebenrichter Nr. 958: und 960—961 : 1661. Kerzer bitten selbst der sächs. Gerichtsbarkeit und Universität unterstellt zu werden Nr. 1393 : 1684 (Kerzer Beschwerden über ihren Provisor Nr. 2209 : 1699) u. s. w.

Erst allerjüngster Zeit ist Kerz durch Saumseligkeit des Hermannstädter Magistrats veranlaßt an den Fogarascher District gekommen.

Nr. 987 : 1663) u. ſ. w. (Accorda[1]); Genuina deductio nationis saxonicae super jurisdictione D. D. Supremorum Officialium Nr. 2138 : 1698 und Proteſtationen gegen Jurisdictionseingriffe der Siebenrichterherrſchaft in Sorostely, Holdvilág, Bolkáts, Sittwe, Szépmezö (Schönau), Csanád, Bollya, Szent-Jánoshegye unter Nr. 2204 : 1699, endlich neuzeitige Entwicklung.

§ 9. Das Verfahren dieſer Gerichtsſtellen.

Hierüber enthält der § 8 des Statutargeſetzbuches im erſten Buche, erſtem Titel, nachdem von den Rechtsquellen geſprochen iſt, die kurze, mehr der Inquiſitions- als der Verhandlungsmaxime huldigende, Beſtimmung: „Judices oportet inprimis rei qualitatem plena inquisitione discutere et tunc utramque partem interrogare, num quid amplius addere desiderent, quod alterutri partium deserviat“ und in der deutſchen Ueberſetzung: „Ehe der Richter das Urtheil fället, ſoll er alle Gelegenheit und Geſtalt der Thädig fleißig auskündigen und beyde Partheyen fragen, ob ſie was mehr zu ſagen haben, das ihnen und ihren Sachen zum Behülff und Förderniß dienen möge“[2]).

Auf Grund Deſſen bildete ſich ein ziemlich regelloſes Gerichsher-

[1]) Siehe hier Angaben verſchiedner Art, beſonders Seite 169, Note I. Bd. 2. Aufl. ꝛc. — Sächſiſche Supplication gegen mehrerwähnte Comitatsanſprüche Nr. 1433 : 1681 und fürſtliche Reſolution — (Talmatſcher Stuhl wird von den Ständen von der Comitatsſteuer nochmals ausgenommen Nr. 1599 : 1688 ꝛc.); der Articulus de jurisdictione Officialium Comitatensium in bonis VII. Judicum Nr. 1774 : 1692 ꝛc.; Hermannſtädter Patentbrief an ihre Siebenrichter-Ortſchaften über die Comitats-Exemtion Nr. 1795 : 1692.

Schlußbemerkung. Daß dieſe theils ſächſiſchen, theils romäniſchen Siebenrichterortſchaften auch in Steuer- und Heeresfolge zum fundus regius des eigentlichen freien Sachſenlandes gezählt wurden, iſt bereits erwähnt; beſonders hier noch hervorzuheben folgende Nachweiſe aus dem ſächſ. Nat. Archiv, ein Regestrum census a sede Szelistiensi unter Nr. 1060 : 1664; (62½ Thaler Taxe der Siebenrichtergüter Nr. 1180 : 1674 zum ſächſiſchen Steuerquantum); Regestrum des Poplakaer Schaf- und Schweinzehntens Nr. 1499 : 1683; des Hermannſtädter Stuhlszehntens Nr. 1504 : 1683; (eine ſolche Recognitio Nr. 1518 : 1619; ebenſo Nr. 1519 : 1617); über den Talmatſcher Schafzehnten Nummer 2208 : 1699. — Apafi'ſche Schenkungsurkunde für Kertz, Sinna, Szetsel und Orláth (Copie) ſächſ. Nat. Archiv Nr. 1552 : 1662; eine Deductio über den Erwerb von Rákovicza Nr. 1491 : 1623 ꝛc.; Großauer Hattertgrenzbeſchreibung Nr. 1362 : 1568 u. dgl. viele a. m.; Prädium Weißkirch von Reußmarkt erworben ſächſ. National-Archiv 1555 : 1663; Univerſitäts-Deciſion wegen des Katzendorfer Freithums gegen die Anſprüche des Repſer Officiolats unter Nr. 1372 : 1572 u. a. — (Talmatſcher Beſchwerde gegen ihren Porcolab Nr. 2281 : 1700).

Ueber den gegenwärtigen Beſitzſtand ſiehe außer *Marienburg* „Geografie“ (Hermannſtadt 1813) II. Band, Seite 253 noch *Grimm (Seivert)* „Politiſche Verwaltung“ (Hermannſtadt 1856) II. Bd. S. 232 u. a. O.

[2]) Siehe „Geſetzestext“ Seite 139 und 243.

kommen, was zumeist in mündliche Verhandlungen und Zurechtweisungen der Parteien hinauslief[1]) und mancherart locale Stuhls- und Ortsfärbung hatte, indeß sind die Richter erster Instanz (gewöhnlich der Stuhlsrichter oder der Magistrats-Gerichts-Secretär) bei aller vormundschaftlichen Gebahrung gegenüber von Advocaten und Parteien auf eine in den meisten und gewöhnlichsten Fällen schleunige und wohlfeile Erledigung bedacht und es fehlt nicht an damals zureichenden protokollarischen Aufzeichnungen, so daß nachstehendes Gubernialdecret leicht Eingang in die Gerichtshöfe finden und Mißbräuche abgeschafft werden konnten. —

Zufolge eines Hofreskripts erfolgte nehmlich eine Gubernialverordnung vom 20. Dezember 1799 Gubl.-Z. 3369[2]) folgenden Inhalts:

Sua Majesta Sacratissima comperta eo, quod in administratione justitiae apud fora Saxonicalia a spiritu legum municipalium L. I. 1. 8. summarium procedendi modum praescribente arbitrarie procedatur ac cum temporis et sumtuum dispendio caussae etiam minores quae verbaliter duntaxat pertractari deberent non solum ad formalem processum inviari solent, sed et contra omnem ordinem et in obversum etiam legum municipalium diversa beneficia et remedia juris causis civilibus minus competentia pro diversitate locorum adhiberi consueverint, quin imo fusis et in longiorem molem excrescentibus advocatorum allegatis et studiose quaesitis involutionibus partes litigantes longiori tempore cum gravi facultatum suarum jactura justitiae administationi frustrari et carere debeant, ne illegalem ac noxium hunc abusum cum damno et injuria causantium ultro continuari contingat: virtute b. Decreti aul. die 28. Nov. 1799 emanati interea etiam, donec de celeriori[3]) et magis adaequata justitiae administratione suo tempore ea, quae prospicua videbuntur statumminata fuerint sequentia omnibus publicis Saxonibus pro necessaria sua directione et stricto observamine injungenda clementer decrevit:

I. Ut universae causae liberum Saxonum in oppidis ac pagis aliorumque eo pertinentium incolarum more antiquitus observato verbaliter

---

[1]) Wenn der Bauer als Sportel seinen Zwölfer (Doppelgroschen) für Zungenlösung niederlegte und sein Recht verlangte und ihn der Richter mit Gegner und Gerichtsdiener, vorerst ins Wirthshaus schickte zum Vergleichsversuche oder gar zu demselben Zwecke beide Parteien einstweilen zur Gerichtsstube hinauswerfen ließ, so war dies volksthümlich und nicht selten von erprobter guter Wirkung.

[2]) Schon bei dem Uebergange Siebenbürgens unter östreichische Herrschaft war die Klage über die abusus in administratione justitiae allgemein (s. ein projectum reformationis im Hermannstädter Magistratsprotokoll von 1721).

Ueber die Gebrechen der Rechtspflege Gubernial-Bemerkungen von 1797; cf. H. D. 18. April 1796.

[3]) Vergl. G. Z. 2706 : 1805, G. Z. 5497 : M. Z. 1915 : 1814.

assumantur, et summarie duntaxat pertractentur processu scripto et protectione procuratorum penitus cessante [1]).

II. Eandem modalitatem in civitatibus etiam inter cives et incolas respectu minoris momenti objectorum nullisque gravioribus quaestionibus obnoxiorum observandam esse et si per concernentem Judicem verbalis aliqua causa ad processum scriptum relegata fuerit, rationes et fundamenta ex quibus partes ad sequendam formalem juris viam inviari debuerint semper per Judicem ad quem quaerimonia delata est, scripto designari et parti quaerulanti extradari debebunt ut pro re nata cognosci possit an sufficiens adfuerit fundamentum propositam materiam ad processum scriptum relegandi [2]).

III. In causis verbalibus, quemadmodum influxus procuratorum tolerari nequit, ita in processibus scriptis inusitata in natione Saxonica juris remedia simpliciter admitti non possunt, sed judicibus sub gravi responsionis onere insueta similia in civilibus processibus beneficia rescindere et advocatorum conatum ad protractionem litis directum moderare et reducere incumbit [3]).

Denique IV-to. Ne imperitia procuratorum clientes luant et damnificentur in omnibusque expensis graventur pro futuro nullus ad stallum agendi in gremio nationis Saxonicae admittatur qui praeter consuetas testimoniales Tabulae Regiae semet una non legitimaverit

---

[1]) Vergl. öſtreich. Hofd. vom 11. September 1781 und 25. Auguſt 1783, wie 20. Juli 1782 und ſummariſch. Proceßnorm von 1845, welche erſtre Beſtimmungen hier wohl mit von Einfluß geweſen ſind..

[2]) Unbeſtimmte und eben deshalb gefährliche Dispoſition des Geſetzes. — Schriftlich mußten verhandelt werden:

1. Hattertproceße cf. Gubl. Z. 117, Univ. Z. 130: 1795 (Mappirung nach Gubl. Z. 926, Hermſt. Mag. Z. 979: 1802); G. Z. 9083, M. Z. 159: 1807.

2. Streitigkeiten, wo eine moraliſche Perſon als Partei auftrat.

3. Rechnungsproceße und analog Theilungsſtreitigkeiten. — In übrigen Fällen entſchied das Verfahren der Parteiwille oder das richterliche Praelocut. Uebrigens mußten alle Verhandlungen, Publicationen, Proteſtationen u. d. gl. protocollirt werden (Vorſchrift zur Führung der Protocolle G. Z. 668: 1820, Univ. Z. 127, Hermannſt. Mag. Z. 438: 1825, G. Z. 2049, Univ. Z. 3100 und Mag. Z. 2112: 1831); H. Z. 3511: G. Z. 1132: M. Z. 1082: 1831. — Weſentlich nothwendig war das Actenſammeln nach Hofreſcript vom 11. October 1804 Regul. P. II. p. 4 und 5 (Stat. I. 8, 2), G. Z. 683: 1807 Univ. Erlaß 160: 1822 und Univ. Z. 127: 1825 ferner G. D. 1132: 1831.

[3]) Daß die in den Statuten nicht gegründeten Rechtsmittel unzuläßig ſeien (namentlich die remedia der Tabul. Inſtruction) wurde wiederholt verordnet Gubl. Z. 647: 1798, bezüglich gerichtlicher Mandate Gubl. Z. 3369: 1797, Reportation Univ. Z. 141: 1827, ebenſo die Landtagsart. 2: 13: 32 und 34: 1791 ferner Hofreſcript 93: 1800 u. ſ. f. — Die in praxi vorgekommnen Aendrungen bedürfen der allerh. Genehmigung nach G. Z. 9670: 1815 (aber der Uſus ließ ſich wenig regeln; das Gewohnheitsrecht erlitt willkürliche Ausdehnungen).

quo rigorosum super legibus Saxonum municipalibus et praxi judiciaria in hac natione vigente coram universitate ejusdem nationis cum approbatione subiverit examen.

---

§ 10. Die Parteien und die Gerichtssprache.

Die Gerichtsſtandfähigkeit (das Actorat) war natürlich an die Rechtsfähigkeit überhaupt gebunden und es ſind hier die Beſtimmungen des „Privatrechts" bezüglich ſachlicher Klagfähigkeit, Mittheilnahme erbberechtigter Anverwandten (der „Freunde"), oder des in Gütergemeinſchaft ſtehenden Gattentheiles, ſowie begreiflicherweiſe die vormundſchaftliche Stellvertretung von maßgebendem Einfluße geweſen; andrerſeits iſt gar keine Beſtimmung oder Rechtsübung bekannt, welche des Geburtsſtandes wegen, oder in Hinſicht der nationalen oder confeſſionellen Verſchiedenheiten ein Sonderverfahren der Ungleichheit hätte aufkommen laſſen, denn die höhre Inſtanz des Adels oder die für die Romänen allgemein übliche walachiſche Verhandlungsſprache ſind eher Zeugniße der angeſtrebten und durchgeführten Rechtsgleichheit, als der Beſchränkung der Parteien; nur bezüglich der Satzſchriften und Urtheilsſprechung ſelbſt war durch Statute und Gewohnheitsrecht feſtgeſetzt, daß blos die deutſche Sprache[1]) zur Anwendung gebracht werden ſolle[2]), kam jedoch nicht ſelten auch andre Rechtsgewohnheit zum Ausdrucke und iſt mithin die Beſtimmung in Stat. I. 4. Titel, § 2 nicht beobachtet worden.

Die Stelle lautet: „Quo autem conventus intelligere possit et scire, quid adversario respondendum sit, visum est, ut omnis actor in foro Saxonico, caussam suam Saxonico idiomate perspicue proponere debet"[3]).

---

[1]) Begreiflicherweiſe im exemten Comitatsterritorium der ungariſchen Feldſtadt Vizakna (Salzburg) die ungariſche, wie ſich dies von ſelbſt ergibt.

[2]) Siehe z. B. hier zweite Auflage des Handbuchs I. Bd. an mehreren Orten angeführte Statute, ſo zum J. 1626 S. 141 (Mag. Protokoll VIII. 27); beſonders in den Hermannſt. Mag.- und Univerſ. Protokollen: Ungariſche Sprache wird rejeirt VIII. Bd. S. 564, X. Bd. S. 215 und XI. Bd. S. 296; die ungariſche Sprache wird nicht bei ſächſ. Gerichtsbehörden zugelaſſen (nach Stat. I. 4. 2.) X. Bd. S. 215 vom J. 1652; es werden von Szászváros (Broos) ungariſch überreichte Transmiſſionalien rejeirt 1665 VIII. Bd. S. 564; Rechtsſtreite ſollen in deutſcher oder ſächſiſcher Sprache fließen 1626 VIII. Bd. S. 27. Kronſtädter Statut von 1648 art. 6. „Wegen der Thädig Sachen iſt ſtatuirt daß ſie ſollen beſchrieben werden" (*Trausch* Ueberſichtliche Darſtellung Seite 10, § 4).

[3]) Doch war die deutſche Sprache überhaupt und die romaniſche Sprache den Romänen im mündlichen Verfahren geſtattet, und es wurden außer deutſchen auch ungariſche und lateiniſche Satzſchriften angenommen. — Walachiſche Schriften aber waren verboten Gubl. Z. 5784: 1804, Univerſ. Z. 500: 1812,

§ 11. Die Advocaten.

Zur Vertretung der Parteien waren von jeher Bevollmächtigte und Advocaten zugelassen[1]), sowie selbstverständlich die, welche eine Pflegschaft übten (Vater, Vormund, Gatte und Fiscal), oder die sonst aus einem Rechtsgrunde als Gewährsmänner (evictores[2]), oder Bürgen (fidejussores[3]) aufgetreten sind, oder welche, in gleicher Weise als dies freilich nur oberflächlich das ungarische Proceßrecht berührt, in der Eigenschaft eines Ingerenten theilgenommen haben[4]).

Herm. Mag. Z. 2861 : 1812 ebenso Gubl. Z. 4423 : 1821 und Hofreseript 21. Februar 1823 endlich Gbl. Z. 6260 : 1844. — In fremden Sprachen abgefaßte Documente müssen authentisch übersetzt sein und von den Parteien eigens für richtig anerkannt werden nach Univ. Z. 500 Mag. Z. 2861 : 1812.

Ausländische Documente (der Donaufürstenthümer) sind nur dann bei den Gerichten gültig, wenn sie von den k. k. Agentien bestätigt sind Gubl Z. 1569 : 1809, Herm. Mag. Z. 844 : 1809. — Die deutsche Sprachkenntniß war mithin für den sächsischen Richter ein nothwendiges Erforderniß und mußte daher vor Zulassung zur Praxis darüber der Beweis geführt werden nach Comitialerlaß vom 26. März 1847 Z. 235 (an den Brooser Magistrat) u. so dgl. m.

[1]) Siehe beispielsweise im sächs. Nat. Archiv Nr. 122 : 1448 eine Constitutio Procuratoria pro villis Creutz, Messe, et Nicolai (Klosdorf), confirmirt durch Urban Notarius publicus Imperialis; eine Constitutio procuratoria pro Civitate Cibiniensi Nr. 1238 : 1584 ꝛc. u. s. a. m. — Im Hermannstädter Mag. und Univers. Protokoll heißt es zum J. 1653 IX. Bd. S. 147. Hermannstadt kauft für den Procurator Hungarorum zur Wohnung in der Heltauergasse ein Haus; — jede Procuratoris Constitutio, welche durch einen Magistrat mit Beidrückung des Amtssiegels ausgestellt worden ist, muß in jeder sächsischen Jurisdiction angenommen werden 1578 VI. Bd. S. 18; — zwei beeidete Advocaten müssen bei jedem Gericht angestellt sein, um die der sächsischen Sprache Unkundigen zu vertreten 1655 X. Bd. S. 410; — der die Procuratoren betreffende Artikel von 1575 wird mit dem Zusatz erneuert, daß fremde Advocaten die Constitutio ihrer Magistrate beibringen müssen, einheimische aber unter Eidespflicht gesetzt werden sollen 1665 VIII. Bd. S. 563; Advocaten dürfen titulo Mühewaltung von ihren Clienten nicht mehr als einen Gulden von zwanzig verlangen 1677 XI. Bd. S. 357. — (1718 erhält der bestellte Procurator der Nation Varo de Bagion an Gehalt 300 fl., 30 Kübel Weizen, 20 Kübel Haber, 16 Fuhren Heu und 20 Klftr. Holz) ꝛc.

Zur Besorgung der sächsischen Proceße soll bei Hof mit dem Jahresgehalt von 50 fl. ein Hofagent bestellt werden 1544 IV. Bd. S. 1; der Hofagent der Universität in Wien Paul Ingram aus Liebenrein erhält zu seinem jährlichen Gehalt 100 Stück Ducaten XIII. Bd. S. 104 zum J. 1692; (s. Universitätsschreiben wegen eines Hofagenten an Rothenfels Nat. Archiv Nr. 2274 : 1700).

[2]) Siehe Privatrecht bezüglich der Evictionspflicht. (Stat. III. 6. § 12 im „Gesetzestext" S. 205 und 305).

[3]) Vergl. Stat. lib. III. tit. 6 § 10 und 12, sowie IV. 2. 3. (Im Allgemeinen auch Hofz. 9736 : Gbl. Z. 9131 : 1789). „Gesetzestext" III. 7. S. 208 u. 307 u. a.

[4]) Der aber sich ohne Rechtsgrund einmischt wird mit 20 fl. Buße gestraft. Siehe Statut. I. tit. 4 § 9 „Gesetzestext" 145 und 248 nachzulesen. — (Ueber Privatansprüche in Fiscalproceßen als Einspruchsklagen Gubl. Z. 2766 : 1800).

Am wichtigsten war die Stellung der Advocaten, welche nach ungarischer Praxis das stallum agendi erstrebten, doch erfloßen hierüber erst in diesem Jahrhundert nähre, zerstreute, Bestimmungen, besonders nachfolgende:

„Nur von der königl. Tafel geprüfte Advocaten sollen zum examen rigorosum (aus dem sächsischen Landrecht) vor die Nationsuniversität zugelassen werden Univ. Z. 206: Hermst. Mag. Z. 2511: 1817, ebenso Gubl. Z. 6893 und Univ. Z. 395: 1832, ferner Gubl. Z. 1667: 1841 und andre mehre Normalien. Die ohne Constitutio procurationis agirenden Rechtsbeistände[1]) verfallen der Prävaricationsstrafe nach Gubl.-Z. 5638: 1833 (cf. Trip. II. 79. und Uladislaus II. 5 D. art. 14[2]).

Blos einfach Bevollmächtigte können nicht als Advocaten agiren nach Gubl. D. Z. 4462: 1837 (cf. G. Z. 2521: und Mag. Z. 2161: 1812, ferner G. Z. 7: und Mag. Z. 111: 1816); — die Advocaten mußten ihre Schriften signiren G. Z. 5647: Mag. Z. 1939: 1807, ferner Univ. Z. 206 und 318: Mag. Z. 2511: 1817, die nicht signirten Proceßschriften werden vor der Nationsuniversität gar nicht angenommen G. Z. 11268: 1816 cf. Gubl. D. Z. 5647: 1807 und G. Z. 991: 1836. Bittschriften müssen auch von Advocaten signirt sein G. Z. 5315: Mag. Z. 1729: 1811, ebenso G. Z. 1447: Mag. Z. 1787: und G. Z. 5065: 1788. Ueber Documentenempfang Gubl. Z. 2596: Mag. Z. 1474: 1827".

Der Fiscal war insbesondre zur Armenvertretung berufen und hatte für Waisen und Wittwen, sowie für Delinquenten die vorzügliche Verpflichtung als Anwalt derselben aufzutreten[3]).

Rechtsunkundigen war von Amtswegen ein Advocat beizugeben[4]).

---

[1]) Vergl. zu dieser Advocatenordnung G. Z. 5507: 1784 (über den Styl der Satzschriften); daß Advocaten nur im Sinne des oben mitgetheilten Decrets zuzulassen seien wiederholte Gubl. D. Z. 2198: 1805; das Verhältniß gegenüber den Parteien bestimmte G. Z. 128: 1805; endlich ihre Verantwortlichkeit und Strafe wegen außer dem Rechtszuge genommenen Recurse G. Z. 720: 1817 — (cf. G. Z. 736: 1810); Hofrescript vom 12. October 1799 u. a. Normalien, die indessen in der laxen Praxis so gut wie gar nicht in Anwendung kamen (vergl. G. Z. 3470 und G. Z. 4096: 1835 und Recurslehre). Siehe Note 6, S. 188.

[2]) Wenn Advocaten nicht datiren (Tagangabe), so Prävaricationsstrafe Hofz. 326: G. Z. 1642: Hermst. Mag. Z. 1172: 1831 u. dgl. m.

[3]) Siehe Regulativpunkte 1805 II. 4 und Fiscal-Instruction von 1823; dann Gubl. Z. 2766: Hermannst. Mag. Z. 2394: 1808; Gubl. Z. 4625: Herm. Mag. Z. 2887: 1823 und G. Z. 886: M. Z. 642: 1833, sowie a. m.; — in urbarialibus nach G. Z. 3741: M. Z. 1355: 1820; in criminalibus nach Hof-Z. 2541: G. Z. 3663 und Herm. M. Z. 2298: 1820. — (Ueber diese Armen-Advocatur oder Fiscalassistenz vergl. noch Comitial-Erlaß Z. 272: Hermst. M. Z. 1058: 1828, sowie die Hofrescripte von 1829 und 10. Februar 1841). — Von Armen darf der Fiscal keine Belohnung annehmen G. Z. 5801: M. Z. 94: 1830.

[4]) Gubl. Zahl 4008: 1829.

Im Allgemeinen entscheidet die Vollmacht[1]) oder das besondre Wesen der Pflegschaft.

Gewohnheitsrechtliche Gerichtsübung nach Zeit und Ort verschieden.

So sagt ein trefflicher Aufsatz neben manchen gewißer Einschränkung bedürftigen Aeußerungen in der Hermannstädter Zeitung vom 26. April 1867 Nr. 99 über das Advocatenwesen auch Folgendes:

„Im öffentlichen Leben traten sie (die Advocaten) kaum sichtbar hervor. Bei den Gerichten hatten sie mit den winkelnden und bequem den Geschäften obliegenden Beamten zu kämpfen. Ihre Stellung ist zwar eine unabhängige; sie sind nicht unter die Disciplinargewalt und in ihrem Broterwerb nicht unter den guten Willen kostenliquidirender Richter gestellt; sie können über ihre Entlohnung mit den Parteien Verträge abschließen; aber der ganze miserable Rechtszustand des Landes drückt nicht minder den Aufschwung des Advocatenstandes, wie denjenigen aller übrigen Factoren des öffentlichen Lebens. In den Comitaten und szeklerischen Stühlen insbesondere sehen wir die zahlreichen Advocaten sich in einer Klasse von Menschen verlaufen, die mehr den gefälligen Dienern des Adels gleich sehen, als einen Kreis von geistig und materiell gehobenen Männern bilden. Es war eben eine Zeit, wo ein Mann nichts galt, wenn er außerhalb dem Adel, der Geistlichkeit und dem Beamtenthum stand.

In einem Gemeinwesen ohne geistigen und materiellen Aufschwung, wie Siebenbürgen unter feudalen und ständischen Fesseln, unter dem Zunftzwang und unter dem gefesselten Verkehr, in socialer und legislatorischer Isolirung und Verkümmerung gewesen, konnte der Advocatenstand nur gleichen Schritt mit den übrigen productiven Gliedern halten.

Paßt dieser Ausspruch auch auf das Sachsenland? — Es war hier im Allgemeinen etwas besser, wie im übrigen Siebenbürgen. Bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz ließ Rechtsverwilderung aus den Comitaten nicht aufkommen. Dagegen litt die sächsische Rechtspflege an einer eigenthümlichen patriarchalisch-spießbürgerlichen Schlamperei.

Ich will sie kurz zu schildern versuchen, und beginne gleich mit dem scheinbar unwesentlichen Umstand, daß der sächsische Stuhl- oder Districtsrichter sein Amt in seiner Privatwohnung handelte. Bei jeder Neuwahl zum Stuhl- oder Districtsrichter oder zum Theilherrn (erste Instanz in Nachlaßproceßen) mußte die Familie des Neugewählten sich aus einem der bewohnten Zimmer möglichst zurückziehen; denn in demselben wurde nunmehr von 9 Uhr Früh bis Mittag, im Nothfall auch Nachmittag, „Gericht gehalten"; wenn nämlich der Herr Stuhlsrichter nicht in der Magistratssitzung oder nicht in seiner Wirthschaft beschäftigt war, oder keinen Gerichtsschreiber besaß, auf den er sich verlassen konnte, oder wenn keine der lieben, langen, Gerichtsferien herrschte. Es war ein gemüthliches „Gerichthalten". Beim

---

[1]) Siehe außer obbezogner Normalverordnung vom 20. December 1799 Gubl. Z. 3369 u. a., noch Gubl. Z. 5638: Hermannst. Mag. Z. 3139: 1833.

Eintreten ins Haus grüßte man die Frau Stuhlsrichterin und die Kinder. Sie antworteten: „Guten Morgen Herr Vetter"! Alles war bei Gericht Herr Vetter. Auch die Partei, wenn sie ein Comunitätsmann. — Am Wochenmarkt kamen die vielen Leute vom Land. Sie gingen an der Küche der Frau Stuhlsrichterin vorüber. — Es war Alles wie eine Familie. Ich habe es erlebt, daß öfter sich die Verhandlung unter freundlichen und friedlichem Verkehr unter den zusammengekommenen Herrn Vetter und nicht Herr-Vetter verzögerte, denn der Herr Stuhlsrichter (ein Wittwer) hatte mit seiner Meiererin die Milch noch nicht verrechnet, oder er war selbst vom Meierhof nicht heimgekehrt; — einige Male auch zählte er noch um 10 Uhr Früh neben dem Gerichtszimmer in der Küche die Wäsche seiner Tochter vor, für die bevorstehende große Beuche. Wir besprachen zugleich die richtige Methode des Ueberschüttens und Heizens bei großer Wäsche. — Darnach ging es an das Protokoll-Aufnehmen.

Dem Protokoll ging allemal die freieste mündliche Besprechnng voraus. Die Leute schütteten ihre Herzen ungezwungen aus, nnd sie hörten die Ermahnungen des Richters als diejenigen eines angesehenen Mannes, eines Nachbarn und Mitbürgers an. Man erwog die Sache vom Standpunkt der bürgerlichen Stellung, der Schicklichkeit, der bekannten Ehrlichkeit einer oder der andern Partei. So wurden viele Sachen friedlich beigelegt, oder sie wurden zur weitern Ueberlassung von Seiten der Parteien auf ein anderes Mal gelassen.

Ging dieses nicht an, so ward die Sache in das eingebundene große Gerichtsprotokoll eingetragen. Eine förmliche Klage und ein noch formloserer Wechsel der formlosen Einreden u. s. w. folgte. Alles Umspringen und Vermengen in den gegenseitigen Ansprüchen war gestattet. — Die Sache verlief einfacher, wenn der Richter die Parteien vertrat, und sie ward weitläufiger und verwickelter, wenn ein Advocat betheiligt war. Die Advocaten waren deshalb dem Richter ungelegen. Er hielt sie für „Rechtsverdreher", nnd die Gegenpartei war derselben Ansicht.

Sobald im gerichtlichen Verfahren keine geregelten Formen das Eingreifen des Richters und des Advocaten mäßigen, so sind die Conflicte allemal fertig. Der Advocat ist für eine gemüthliche Verhandlung ein lästiges Möbel. Die alten sächsischen Richter hielten den Advocaten größtentheils für überflüssig.

In die Verhandlung und bei der Deliberatspublication mischten die Advocaten — von denen übrigens auch im Sachsenlande die Hälfte Ungarn waren — die willkürlichsten Rechtsmittel ein, die des ungarischen und des römischen Rechtes, und brachten in den Proceßschriften gerne allerlei nationale Verdächtigungen und Beleidigungen an. Der Rekurs war in allen Stadien der Verhandlung anwendbar, und ging stets an das Gubernium, und nicht an die Nationsuniversität. Jeder Stuhl hatte im Recurirren eine andere Methode. Erst im Jahre 1846 nnd 1847 beschäftigte sich die Nationsuniversität damit, das mißbräuchliche Recurswesen zu mäßigen und zu regeln. Damals entwarf sie eine neue Gerichtsordnung; ein Gemisch von altsiebenbürgischen nnd von österreichischen Bestimmungen. Sie ist nicht ins Leben getreten.

Die Richter betrieben das Geschäft handwerkmäßig. Jeder von ihnen war, je nachdem ihn die Wahl traf, bald Richter, bald Administrativbeamter, bald Steuereinnehmer u. s. w. Man sah dafür an, ein Fachwissen sei weniger nöthig. Das Rechtsprechen war selbst nach dem Gesetz und nach dem Gebrauch eine Sache der Billigkeit. Sie bot das Lager für die Formlosigkeit, für das vorwaltende Gefühl — das öfter in Parteilichkeit und Begünstigung umschlug".

§ 12. Besondre Amtspflichten des Richters.

Sowie die Partei ist auch der Richter verhalten die Zuständigkeit der in Frage stehenden Streitsache genau zu beobachten[1]), doch kann sowohl das forum domicilii, als jenes rei sitae und das forum contractus und delicti durch Willenseinigung der hiezu berufnen Personen — oder Gerichtsstellen — gewechselt werden, denn in ersterm Falle kann der Richter nach Stat. III. 8. § 1—3 nach dem geschehnen Compromiß ein rechtsgültiges arbitrium fällen; im andern Falle ist die Delegation anzunehmen; überhaupt ist er (in erster Instanz) angewiesen den Vergleichsversuch anzustellen[2]), den Streitgegenstand schnell und fleißig zu erörtern[3]), das Gesetz einzuhalten, aber die Billigkeit (aequitas) nicht außer Acht zu lassen[4]) und soll der Richter das Verfahren so beschleunigen, daß der Proceß längstens drei Jahre dauert (Statut. I. tit. 8. § 2. „Censemus autem omnes lites non ultra triennii metas post litem contestatam esse protrahendas" römisch rechtliche Satzung[5]); er muß mit strenger Rechtlichkeit vorgehn, — sollte unbestechlich sein[6]), — die Verhandlung selbst leiten oder im Gange erhalten, — namentlich durch angeordnete Vorladung, Schriftenzustellung, durch Prälocute auf bessere Instruirung des Proceßes, durch Beweiserkenntniß, oder derlei Interlocute, durch entsendete Commissionen, zur Besichtigung, zum Zeugenverhör, zur Execution, — doch hört seine Thätigkeit auf, wenn das Urtheil vollstreckt ist, oder sie wird aufgeschoben, wenn dasselbe an den höhern Richter transmittirt wurde[7]).

[1]) Siehe Statutor. I. tit. 4, nachzulesen Gesetzestext S. 143 und 246.

[2]) Statut. I. tit. 1. § 4, 8 und Statut. I. 2. 5. (Tagsatzung auf 14 Tage oder bei Fremden auf 3 Tage anberaumt), Gesetzestext S. 141 und 244.

[3]) Statut. II. 1, 4 und 5, sowie Statut. I. 10. 1.

[4]) Statut. I. 1. § 5 und gewohnheitsrechtlich.

[5]) Siehe „Gesetzestext" S. 153 und deutsch S. 256. (Satzschriftenfrist).

[6]) Daher war Geschenkannahme verboten, siehe Localstatute über untersagte Ehrungen und Univ. Z. 79: Hermannst. Mag. Z. 522: 1811 (bei Cassation anbefohlen Gubl. Z. 6521: 1786 und Gubl. Z. 2838: 1787); trotzdem war allgemein üblich, daß die Küche offen und sie mitunter zu gleicher Zeit von beiden Parteien, Eier, Hühner u. dgl. empfing.

[7]) Universitäts-Statut 71: 1803 confirmirt durch Gubernial-Decret vom 4. Februar 1803.

Die Gerichtsschreiber hatten gleicherweise solcher Amtspflicht[1]) Genüge zu leisten und namentlich die Protokolle ordnungsmäßig zu führen[2]). —

Gegen Richter und Actuar konnte die Perhorrescenz geltend gemacht werden, und mußten die Verdächtigen — wegen Verwandschaft oder Feindschaft mit der Partei oder ihrem Vertreter, oder wegen sonstiger Befangenheit im eignen Intresse — vom Amte in diesem Proceße zurücktreten.

Endlich war es angenehme Gerichtsübung die ungarischen Ferialperioden ganz oder theilweise zu beobachten[3]) und der complanatorischen Thätigkeit des verlässigen Gerichtsdieners einen ziemlich freien Spielraum — besonders in bäuerlichen Bagatellproceßen — zu überlassen.

§ 13. Die Vorladung und das Ausbleiben vor Gericht.

Der Proceß beginnt wie Statutorum lib. I. tit. 2 und § 1 besagt mit der Citation[4]), entweder durch das Gerichtssiegel, welches der Kläger

---

[1]) Siehe Hofdecret vom 20. Juli 1799 Z. 1741 u. a. welche den besondern Amtseid vorgeschrieben haben.

[2]) Der Gerichtsschreiber (Actuar, Mag.-Secretär), von dem Stat. I. 5. § 9 („Gesetzestext" S. 147 und 250) Erwähnung macht, mußte nicht nur diese Protokolle ordentlich führen, sondern auch den Proceß durch sogen. Decretation instruiren und Commissionsgeschäfte versehen. — Kleine Sporteln flossen hiebei reichlich; doch gab es keine Stempel und wenig Advocatengebühren; war also das patriarchalische Verfahren in den meisten Fällen bei der Bevölkerung gerne gesehn. Ueber die Führung der Gerichtsprotokolle wohl mancher verschiedne Usus, (Einreichungsprotokoll, präsentirt und expedirt u. s. w.) besonders aber Univ. Z. 127: 1825 und Instruction von 1831 u. a. m. — Die Vorschriften über das Actensammeln nach Hofrescript vom 11. October 1804 ꝛc. Gubl. Z. 683: 1807; Universitäts-Erlaß 160: 1822 u. s. w.

[3]) Nach § 17 der Tabular-Instruction. Daher durften Citations- oder Evocationstermine nicht in die Gerichtsferien fallen Gubl. Z. 1507: Hermannstädter Mag. Z. 1827: 1806 ꝛc. Criminal- und Cridalfälle wurden jedoch auch in den Ferien behandelt nach Gubl. Z. 112: Hermannstädter Mag. Z. 411: 1806 ꝛc. — Außerordentliche Juristitien z. B. während des Landtags, der Pest, in Kriegszeiten durften nicht in die Fristen eingerechnet werden Universitäts-Erlaß vom 4. Februar 1803 (Nr. 71: 1813) und so dgl. m. — (Schon 1549 wurden die landtäglich festgesetzten vier Gerichtsperioden auch im Sachsenlande angenommen. Siehe Hermannst. Mag.- und Univers.-Protokoll IV. Bd. S. 60 zum Jahr 1549).

[4]) Die Partei besorgte die Zustellung der Signete; in der Stadt wurde hiefür dem Gerichtsdiener eine Gebühr von 3 Denare (1 Groschen) gezahlt, über Land dem Richter fürs Signet 3 Denare und dem Dorfshannen für die Zustellung 2 Denare; der dem Ortshannen zugekommene Vorladungszettel wurde als Signet vom Dorfsnotär bestättigt Hofrescript vom 26. Juni 1800; nachher Citationsgebühr in der Stadt 6 kr. CM. auf dem Lande 3 kr. CM.; die Decretation 6 kr. und Zustellung 3 kr., also 9 oder 10 kr. (halber Silberzwanziger) vorläufig vom Kläger zu tragen. cf. Stat. I. 5. 15 und Gubl.-Decret vom 3. October 1799 ꝛc. „Gesetzestext" S. 140 und 243.

vorzeigt, oder durch den Amtsdiener, wie es ortsüblich ist, oder mittels Zustellung der schriftlichen Klage an den Beklagten (Insinuation und Decretation), wo zugleich die Frist zur Einrede, oder der Termin der Verhandlung (Tagsatzung) festgesetzt wurde.

Sobald sich der Geklagte in eine Beantwortung eingelassen, ist der Rechtsstreit contestirt, doch konnten vor förmlichem Proceß Cautionen oder Bürgen (nach Statutor. lib. I. tit. 2. § 4 und Gewohnheitsrecht) verlangt, oder, namentlich zur Sicherstellung des Berechtigten und in Criminalfällen, Verbote (Interdicte) und Arreste verfügt werden [1]).

Der letzte Paragraph dieses zweiten Titels (§ 8) spricht von den Entschuldigungsgründen, welche mit den altdeutschen Ehehaften oder der Sunnis — Säumniß [2]) — übereinstimmen und exemplativ bezeichnet werden als Hindernisse der valetudo, tempestas, vis fluminis, der servitia domestica, oder einer andern justa causa; — Fristerstreckungsgesuche werden bewilligt [3]), und der Termin auf etwa 8 oder 14 Tage anberaumt. Erschien die Partei nicht vor Gericht, so verfiel dieselbe [4]) bei erster Instanz in 50 Kreuzer oder einen Gulden Strafe, zum zweitenmale in zwei Gulden; nach der dritten gewöhnlichen oder der einen peremtorischen Vorladung [5]) wurde der Contumax in das Begehren und die Genugthuung des Klägers verurtheilt, (ebenso Jener, welcher sich absichtlich nicht vorladen läßt), durfte jedoch während der nächsten 15 Tage eine Republication ansuchen und mittels statthafter Entschuldigung die Litiscontestation restituiren [6]).

---

[1]) Die Caution konnte auch als Klaggewähr vom Beklagten angemessen verlangt werden; die sonstigen Sicherstellungsmittel erfolgten gewöhnlich über eidliches Versprechen nach aufgenommenem Verhörsprotokoll u. dgl. m. Doch durften grosse Verbrecher (?) selbst gegen Bürgschaft nicht zur freien Voruntersuchung entlassen werden Gubl. Z. 367; Hermannst. Mag. Z. 793 : 1808, Gubl. Z. 4272 : Herm. Mag. Z. 151 : 1815, Gubl. Z. 5362 : Herm. Mag. Z. 3408 : 1830 und Gubl. Z. 2279 : 1838.

Vergl. bezüglich des Sequesters Statutorum III. 6. 8 und 5. 7, sowie Landtagsartikel 30 : 1791 und Gubl. Z. 1314 : 1830.

[2]) Siehe meine „Deutsche Rechtsgeschichte" (Wien 1863), S. 159.

[3]) Bei den Appellationsgerichten sollten dieselben 3 Tage vor dem zu verlängernden Termin eingebracht werden Univers. Z. 71 : 1803 und Gubernialdecret 4 Februar 1803, was jedoch wie manche andre Verordnung nicht strenges Erforderniß gewesen ist.

[4]) Siehe Statutorum lib. I. tit. 3. § 1 und 2, welche im „Gesetzestext" S. 142 und 245 nachzulesen sind.

[5]) Edictal-Citationen nach Gubernial-Z. 5645 : Hermannstädter Magistrats-Z. 3260 : 1826 ꝛc.

[6]) Vergl. Statut. I. 10. 2. „Gesetzestext" S. 156 und 259.

§ 14. Die Rechtsausflüchte und gesonderte Regeln der Klagestellung.

Als Rechtsausflüchte, Einwendungen, kamen vor:

A. Exceptiones dilatoriae[1])

a) die Fordeclinatorischen wegen objectiven und subjectiven Competenzmängel: 1. des Gerichtes (contra forum); 2. des Richters (contra judicem[2]).

Die exceptio contra judicem (Verhorrescenz) konnte vorgebracht werden, wenn das Gesetz selbst in gewißen Fällen Parteilichkeit befürchtet, nehmlich bei den Verhältnissen:

1) der Verwandtschaft[3]) des Richters mit einer der Parteien oder dem Advocaten nach Analogie von Statutor. I. 6 und Hofrescript-Z. 3622: G. Z. 5124 und Herm. Mag. Z. 3286: 1830.
2) gewißer obligatorischer Beziehungen nach Cod. III. 5 L. un. welche den Richter beirren (Usus);
3) der Feindschaft und der Streitgenossenschaft I. pr. D. de lib. c. 4 und dem Verhältniß als Zeuge, Rechtsfreund[4]) oder Vertreter (c. 36 x. de appellat. cf. Tripart. II. 22 und Mathias Decr. III. art. 14 im C. J. H.), in welchem der Richter sich befindet.

b) die exceptio contra actoratum wegen subjectiven oder objectiven Legitimationsmängel des Klägers, also ex incompetentia inctoratus[5]).

Diese drei dilatorischen Einwendungen[6]) hatten die angegebne Rangordnung, sollten aber nach der Eventual- oder Concentrationsmaxime in der meritorischen Einrede „zugleich" angebracht werden cf. Gubernial-Zahl 5225: 1834[7]). — (Uebrigens die exceptio contra forum auch später rechtsgültige Einwendung). Die Unterlassung dieser

---

[1]) Begriff aus Instit. IV. 13. § 8—10. Die Praxis hielt sich gerne an die Tabular-Instruction § 66. 69. (Rangordnung), siehe „ungarisches Proceßrecht".

[2]) Besonders L. unic. Cod. III. 5. und L. 12. princ. Cod. III. 1. und L. 16 Cod. III. 13. (contra judicem).

[3]) Im ersten und zweiten Grad Verwandte und Verschwägerte durften nicht bei derselben Gerichtsstelle dienen Hof-Z. 4851: Gubl. Z. 1385: Mag. Z. 805: 1831.

[4]) Oeffentliche Beamte sollten bei Amts-Entsetzung nicht als Advocaten vor Gericht auftreten Gubl. Z. 2742: Mag. Z. 2515: 1805. (ziemlich unwirksam).

[5]) cf. Tripart. I. 111 und 129; sowie II. 23 u. s. w. Tabular Instruction § 66 und 69. cf. L. 6. Cod. VIII. 42 u. a. O.

[6]) Auch werden als eine Art dilatorischer Einwendungen die exceptiones contra processum (Art des Verfahrens, gegen Zeugen, Documente u. dgl. Incidentien) angesehn; sie kommen aber erst nach der Litiscontestation vor und werden durch Interlocute und Bescheide incidenter abgehandelt.

[7]) analog schon § 37 des Reichsabschieds von 1651 in Deutschland.

verzögernden Rechtsausflüchte erscheint als unabänderliche Prorogation (regressus non datur in jure).

B. Exceptiones peremtoriae (für sich bestehende zerstörliche Rechtseinwendungen), nehmlich:

1) die praescriptionis exceptio in verschiedenen Verjährungsterminen nach Stat. III. 6 § 13—15; I. 11. 3;
2) die exceptio rei judicatae nach Stat. I. 10. 4 und I. 9. 4;
3) exceptio transactionis Stat. III. 8. § 4 und 5;
4) exceptio causae jurejurando ... decisae nach Stat. I. 10. 4 und I. 9. 4[1]).

Gegen ein über solche dilatorische Rechtsausflüchte gefälltes Beiurtheil (Interlocut, Bescheid), pflegte man, wenn die Partei darin mit dem Klagerecht abgewiesen wurde, die Appellation insofern zuzulassen, bis sie zwei Entscheidungen gegen sich hatte, sonst war überhaupt der Recurs[2]) — binnen 15 Tagen nach der Anmeldung — bei der Gerichtsstelle an das Gubernium einzureichen und wurde derselbe sammt gleichzeitig erstatteter Gegenäußerung der andern Partei im Wege des Magistrats oder Officiolats schleunigst an die Landesstelle weiter befördert, also mit Uebergehung der Universität; die Einwendung des nicht gehörigen Gerichtsstandes wurde mittels eignen Urtheils und ebenso die peremtorischen Rechtsausflüchte erledigt; gegen ein solches Urtheil war die gewöhnliche Appellation das statthafte Rechtsmittel.

Noch erwähnt der vierte Titel im ersten Buche „De actore et reo" im § 5[3]) „Actore non probante, reus absolvitur, neque reum actor monstrandi contrarium necessitate adstringit, cum per rerum naturam factum negantis probatio nulla sit. Ubi vero reus ultro probare desideret, audiendus est" und fügt im § 7 hinzu: „Qui destitit agere, amplius in eadem causa accusare prohibetur".

---

[1]) Hieher gehören auch die exceptiones contra novisationem. Verwehrte Wiederaufnahme des Processes in den Fällen:

1. Stat. I. 4. 10.
2. Stat. I. 4. 7 und 8.
3. Stat. I. 9. 4.
4. Stat. I. 10. 4.
5. Stat. I. 11. 3.
6. Stat. III. 3. 9.

} exceptiones peremtoriae.

cf. § 69 der Tabular Instruction und Gubl. Z. 5225: 1834, und Cap. I. de Lit. Cont. in Vlto „nisi de re judicata transacta seu finita excipiat litigator". (Termineus S. 86).

[2]) Processe in exceptivis durften nicht appellirt werden (Hermannstädter Mag.- und Univers.-Protokoll zum Jahr 1551 im IV. Bde. S. 91).

[3]) „Gesetzestext" S. 144 und 247 nachzulesen.

Der § 8 räumt der Injurienklage und der peremtorischen Rechtseinwendung der Compensation[1]) das Vorzugsrecht gerichtlicher Verhandlung ein und der letzte § des Titels (§ 10[2]) lautet: „Si quis etiam litem semel amissam, sine beneficio novi judicii restauraverit, florenis duodecim, ceterum, qui iterato novi judicii beneficio egerit a limite judicii repellatur, ac in duplum condemnetur“ was später nähere Erklärung finden wird.

Anmerkung. Es lag mehr in gewohnheitsrechtlicher Uebung städtischer Rechtspflege, als es durch Gesetz, oder recipirte Verordnung vorgeschrieben war, wenn sich hie und da das Herkommen bei Rechtsanwälten und Gerichten dahin einigte, daß die Satzschriften — nach deutscher und östreichischer, oder ungarischer Amtspraxis — abgefaßt und gewechselt oder in ähnlicher Weise als mündliche Verhandlungen zu Protokoll gegeben wurden. So pflegte man Klage und Einrede, Replik und Duplik, Triplik und Quadruplik zu unterscheiden, Grundsätze der Behandlung zu beobachten, — nicht aber die heutzutage übliche Verneinungsspecification und strenge Eventualmaxime, — und man erbrachte auch Paria der Satzschriften[3]).

Ueber diese gewechselten Proceßacten wurde dann schlüßlich, wenn die Parteien submittirten[4]), die Inrotulirung[5]) vorgenommen und so das Beweisverfahren, soweit es nicht schon abgeführt ist, und die Urtheilsfällung in Gang gebracht[6]).

---

[1]) Für Injurienklage eigentlich politische Competenz Gubl. Z. 2207: Hermannstädter Mag. Z. 2500: 1818 ꝛc. also obige Gesetzesbestimmung umgänglich. Die Compensationseinwendung nicht als Widerklage, — (Reconvention) — Siehe Hofdecret vom 21. März 1834 Hof-Z. 2341: Gubl. Z. 3411: Univers. Z. 418: Hermannstädter Mag. Z. 2182: 1834.

[2]) Nachzulesen „Gesetzestext“ S. 248.

[3]) Die Besorgung solcher Paria der Satzschriften verlangte man gewöhnlich vom Gerichtssecretär und zahlte (im vorigen Jahrhundert) für den ersten Bogen einen Gulden, für den letzten 50 Denare, für jeden mittlern 24 Denare; für Aufdrückung des Gerichtssiegels (u. ebenso bei Transmissionalien) dem Richter 1 fl. 20 D.

Außerdem kam vor, daß man sub titulo emendae liguae oder protestationis (Zungenlösung) 3 Denare dem Secretär, sonst bei einer protestatio, de non praejudicando, pro futura memoria, de praetensione adversam partem arrestandi 12 Denare (Zwölfer, Doppelgroschen) dem Richter erlegte. (Andres siehe später).

[4]) Vergl. späterhin besonders Univers. Z. 135: 1819 ꝛc.

[5]) Gewohnheitsrechtlich. Das Verzeichniß der Satzschriften und Beilagen wurde entweder ämtlich oder von der Partei (dem Advocaten) abgefaßt und ebenso unterschrieben.

[6]) Siehe noch die Vorstellung der Hermannstädter Communität über das Gravamen der königl. Tafel wegen nicht sofortiger Zulassung der durch sie allein Geprüften zur Advocatenpraxis im Sachsenlande vom J. 1843 (in den „sächsischen Actenstücken“ Seite 1—14) u. dgl. a. m.

II. Beweisregeln.

§ 15. Die Beweispflicht im Allgemeinen[1]).

Der Kläger muß nicht nur seinen Gegner vor dem zuständigen Gerichte belangen, ihn gehörig vorladen lassen, selbst am bestimmten Tage erscheinen, und die Erfordernisse der Klagestellung erfüllen, sondern hat auch insbesondre seine Behauptung mit eignen Beweismitteln zu erhärten und so das Begehren gehörig zu begründen.

Die Beweisregeln des zumeist nach römischem Rechte abgefaßten Statutargesetzbuches enthalten folgende Titel des ersten Buches, welche nachzulesen sind:

Tit. V. De probationibus et testibus[2]);
Tit. VI. Quae personae testimonium dicere vetantur[3]);
Tit. VII. De probatione instrumentorum[4]);
Tit. VIII. Quod testes ante litis contestationem non sunt producendi, nisi pro perpetua rei memoria[5]);
Tit. IX. De jurejurando[6]).

Es sind also nur drei Beweismittel hervorgehoben:

1) Zeugenbeweis;
2) Urkundenbeweis, und durch
3) den Eid.

Für die Vornahme derselben und den Vorrang des einen oder andern Arguments galt zumeist richterliches Ermessen, doch sollten nach Statut von 1665 die Proceßparteien vorerst genau verhört und nach 15 Tagen die rationes assumirt werden[7]); hierauf erfolgte das Beiurtheil[8]) (In-

---

[1]) Wohl ragt in das Beweisrecht des sächs. Civilproceßes noch mancher altdeutsche Grundsatz der blos formalen Theorie herein, namentlich findet sich, besonders bei Viehdiebstahlsklagen, das Institut der Eideshelfer, das Beschwören, vor und dauerte bis tief in unsre Zeiten herab, doch ist im Statutargesetzbuche selbst der römische Grundsatz der Beweispflicht und der logischen Ueberzeugung festgehalten.

[2]) Siehe „Gesetzestext" Seite 145 und 248.
[3]) „ „ „ 149 „ 252.
[4]) „ „ „ 151 „ 254.
[5]) „ „ „ 152 „ 255.
[6]) „ „ „ 153 „ 256.

[7]) Hermannstädter Magistrats- und Universitäts-Protokoll 1665 im XI. Bande, S. 2; (vergl. Blätter für Geist, Gemüth und Vaterlandskunde Nummer 15 und 19: 1845).

[8]) Univers. Z. 607: 1833, wornach das richterliche Erkenntniß im Beweisverfahren durch Interlocut oder Beiurtheil zu erfolgen hat.

terlocut, decretirter Beſcheid, Decret), welches die Beweislaſt und das Beweismittel beſtimmte und eine Friſt hiezu (Tagſatzung) anberaumte.

Faſſionen (Geſtändniſſe) und Proteſtationen (Widerſprüche), ſowie andre Rechtszeugniſſe wurden im Sinne von Statutorum lib. I. tit. 8 in der Regel öffentlich und im Beiſein der Gegenpartei in das Stadtbuch einprotokollirt und bildeten ſo ein Mittel des Urkundenbeweiſes; die ſorgfältige Protokollation iſt eingeſchärft, beſonders durch U. Z 127:1825 und Hof-Z. 2049: Gubl. Z. 3100: Herm. Mag. Z. 2112:1831 und nach gewohnheitsrechtlicher Uebung.

In vielen Streitfragen iſt der Beweis durch Kunſtbefund voranzuſtellen, ſowohl richterlicher Augenſchein, als Gutachten von Sachverſtändigen.

Wir haben de lege lata blos die iſolirte Beſtimmung, daß zu gerichtlichen Unterſuchungen und Ermiſſionen nicht Tabular- oder Gubernial-Canzliſten, ſondern blos Magiſtratualen zu verwenden ſeien cf. Hofreſcr. $^{18}/_{12}$ 1801: Gbl. Z. 820: Hermſt. Mag. Z. 525:1832. Hinſichtlich der Ermiſſion bei Unterſuchungen gegen Dorfsbeamte: Inſtruction über dieſe Art richterlichen Augenſcheins von 1786 G. Z. 6101 cf. Comit. Z. 187: Hermannſt. Mag. Z. 793:1836 (Uladislaus V. 5. Mathias VI. 16 und Trip. II. 41 [1]). — Hinſichtlich des Beweiſes durch Kunſtverſtändige ſehr dürftige Beſtimmungen — röm. Recht I. 1. princ. und § 5—10 in Dig. XXV. 4. Kunſtverſtändige [2]) werden beeidet nach Vorſchrift des Hof-Reſcripts vom 2. März 1804 G. Z. 2884. — Eine Abſchätzungsnorm enthielten G. Z. 158:1814 und G. Z. 555:1831, Univ. Z. 310:1832; cf. G. Z. 6885: Herm. Mag. Z. 1727:1815. — Ueber Visa reperta G. Z. 148:1832 und zwar: gratis G. Z. 604: Mag. Z. 458:1823. — Unterſchrift der Zeugen G. Z. 2527: Mag. Z. 1913:1829 u. a. dgl.

§ 16. Der Zeugenbeweis.

Die deutſche Ueberſetzung des Statutargeſetzbuches faßt die anfänglichen Regeln dieſes Beweisinſtitutes in folgenden Paragraphüberſchriften zuſammen, welche genugſam das ſonſt bekannte Weſen des Zeugenbeweiſes

[1]) Ueber die ocularis revisio in Hattertproceßen (Metalreambulation) cf. Gubl. Z. 926:1802 ... observatum est necessarias mappas topographicas .. deesse .. committo ut ... non tantum necessariae chartae per concernentem Geometram conficiantur sed etiam controversa inter utramque partem loca distinctis coloribus cum interventu partium denotentur, ac denique conficiendae similes tabellae topographicae tam per Geometram, quam etiam per ipsas partes subscribantur. (Siehe Hochmeiſter'ſche „Normalienſammlung" III. S. 38).

[2]) In deutſchen Rechtsſyſtemen Theidingsmann, Achtsleute, Weismann (ähnlich einem Schiedsrichter) Schürtze u. ſ. w. (cf. c. 53 X. de testib.) Inſtruction für Inveſtigations-Commiſſäre sub Gubl. Z. 6101:1786.

zu erhärten vermögen: „Der Kläger soll beweisen"; — „der Kläger soll eigen Zeugniß stellen"; — „Bei der Einstellung der Zeugen soll die Gegenpart gegenwärtig sein"; — „So die Zeugen Bedenkzeit begehren, ist ihnen zugelassen"; — „Ungehorsame Zeugen sollen genöthigt werden".

Die Zeugen wurden vorgeladen und in der Regel die unverleumdeten und unverworfnen Zeugen in Gegenwart der Parteien vorher auf die Wahrheit ihrer Aussagen beeidet; doch wurde dieser Schwur in besondern Fällen erlassen, besonders sind Rathspersonen (Beamte) nur ausnahmsweise dazu verpflichtet [1]). Die Aussage soll klar, Artikelsweise, erfolgen, nach den gestellten Fragepunkten, und geschieht dies, nach Abtreten beider Parteien, vor dem Richter allein, und zwar so, daß jeder Zeuge einzeln verhört wird [2]). Das abgelegte Zeugniß wird vom Actuar (Secretär) schriftlich abgefaßt; es obliegt hiebei dem Richter die besondre Pflicht selbst mit Fragen den Sachverhalt zu erforschen, er darf nochmals und später bis zur Fällung des Urtheils die Zeugen einvernehmen [3]) und soll namentlich die Zeugen jener Partei vor denen der andern zur Beweisung anordnen, welche geschehne Dinge behauptet, während sie die andre läugnet. —

Ist das Zeugniß von zwei vollkommen glaubwürdigen, oder drei unbedenklichen Zeugen ganz übereinstimmend mit der von der Partei angetragnen Beweisung ausgefallen, so muß der Richter hiernach sein Erkenntniß erholen, hat jedoch vorher, wenn auch ohne Namensaufführung

---

[1]) Griechisch nicht unirte Geistliche mußten, wenn sie durch ein mandatum compulsorium als Zeugen vorgerufen wurden, einen körperlichen Eid ablegen Hof-Z. 3869: Gubl. Z. 11937: 1825, Hermannst. Mag. Z. 35: 1826. Die Romänen selbst waren gleichgestellt und von öffentlichen Aemtern nicht ausgeschlossen — sondern wurden „politisch" als Sachsen betrachtet nach G. Z. 351: Mag. Z. 601: 1822 (nicht so die Geistlichkeit).

Nach einer im December 1843 beendigten Untersuchung in einem Falschmünzerei-Proreß wollte der Fiscaldirector die inquirirende Behörde, das Stuhlsgericht, durch einen mutuus regius unter Eid vernehmen lassen. — Gubernialbefehl zufolge sind in derlei Fällen zwar mutui regii zuzulassen; der Eid aber von der Behörde nicht abzunehmen. Ueberhaupt sind öffentliche Beamte von der Eidesleistung befreit (Rang: Gubl. Z. 6707: 1804 Mag. Z. 2438: 1804 und Mag. Z. 200: 1811).

[2]) Ebenso Gubl. Z. 4600: 1813 und Univ. Z. 607: 1833.

[3]) Nach der in Statutorum lib. I. tit. 1, § 8 und tit. 5, § 10 ausgesprochnen Inquisitionsmaxime hat der Richter (über Beiurtheil Univ. Z. 607: 1833, Hermannstädter Mag. Z. 1378: 1835) die Zeugen genau zu erforschen, es werden Weisartikel, Haupt- und Gegenfragstücke aufgestellt (Positionssystem) und soll der Richter nichts auslassen, was einer oder der andern Partei vortheilhaft sein könnte Gubl. Z. 4600: 1812 ꝛc. und Gerichtsgebrauch. Auch sollen nach gewohnheitsrechtlicher Praxis die Utripuncta vom Richter und Gegenpartei geprüft, nicht suggestiv und nicht ganz allgemein sein.

der Zeugen, alle einbekannten Aussagen vor Gericht zur Kenntnißnahme der Parteien auflegen zu lassen.

Nachdem diese Eröffnung erfolgt ist, hat keine Partei ein weitres Recht in dieser Instanz neue Fragartikel vorzubringen, oder andre Zeugen einzustellen, doch darf beides vor der Appellationsinstanz geschehn, oder von dieser bei der untern Stelle zugelassen werden, wo also dort, und hier, ein neues Beweisverfahren durchgeführt werden kann[1]).

Der Meineid wurde mit Verlust der Seitenrippe (oder Zwanzig Gulden Lösungsbuße) gestraft und es verjährte die Straffälligkeit eines solchen Betrugs ebenso wenig, als das entdeckte falsche Zeugniß Recht nachzuwirken vermochte[2]).

Die Fristen zur Zeugenvorstellung sollten stets kurz bemessen werden; drei bis vier Tage Aufschub konnten nur aus sonderlicher Ursach bewilligt werden. — Den vorgeladnen Zeugen gebührte eine herkömmliche Verpflegung, welche sich in Taggelder umwandelte, die vorläufig von der producirenden Partei vorgestreckt werden mußten[3]).

Da die meisten dieser Rechtsregeln aus dem römischen Rechte hergenommen waren, durfte man, und pflegte man, auch zuweilen hie und da diese Subsidiarquelle zur Anwendung zu bringen, dagegen war hievon das ungarische Recht ausgeschlossen[4]), wie dies namentlich auch folgende Bestimmungen aussprechen:

---

[1]) Auch nach Univers. (Comitial)-Erlaß Z. 435: 1840 ist ein Zeugenverhör selbst bei den untern Instanzen nach der bereits an die Nations-Universität insinuirten Appellation zulässig, doch nur über eigne Delegation mittels eines Universitäts-Deliberats (Reportation?). Gewohnheitsrechtlich wird in ähnlicher Weise die Theilungs-Rectification beim Magistrate angesucht und dieser delegirt, wo zwei Theilämter bestehen, eine solche Verlassenschaftsabhandlung des einen zur Rectification an das andre Theilamt.

[2]) Ueber Zeugenverhör in Fiscalproceßen Gubl. Z. 4507: Hermannstädter Mag. Z. 169: 1815; — Grenzer standen diesfalls unter Provinzial-Jurisdiction Gubl. Z. 4630: Hermannstädter Mag. Z. 1760: 1808. — Bei Dorfsgerichten, welche keine Geldstrafen verhängen durften, (über 1 fl.), bestand die Zwangsverbindlichkeit zur Zeugenaussage nicht. Gubl. Z. 4605: Herm. Mag. Z. 1579: 1798 ꝛc. doch war es facultativ.

Die Zeugen mußten auch über ihre Personalien ausgefragt werden, besonders woher sie ihr Lebensalter wüßten nach Hofrescript 1. April 1833. Gubl. Z. 2455: und 2453: 1835 sowie Hof-Z. 2526 und Hermannst. Mag. Z. 1581: 1833 ꝛc.

[3]) Nach altem Gewohnheitsrecht, dann Gubl. Z. 8684: 1799 Hermannst. Mag. Z. 2867: und 2956: 1799 sind alle Investigationskosten vom sachfälligen Theil zu tragen.

[4]) So namentlich Tabular-Instruction § 135—142, über novum cedendo appellationi Compil. IV. 4, 1, (Collateral-Inquisitionen) ausgeschlossen. cf. Hof-Z. 7770: 1833 ..... cum Libro I-mo Titulo 5-to municipalium Statutorum Nationis Saxonicae alia et quidem rectior veritatis eruendae praescriptus sit methodus Gubl. Z. 2864: 1800 ebenso Gubl. Z. 4959 bis 4962: 1803; Gubl. Z. 6262: 1829 ddo. 17. Januar 1830 „Eventualmaxime" angestrebt.

Die im ungarischen Proceß vorkommenden (sehr mißbrauchten) einseitigen Zeugenverhöre sind bei den sächsischen Gerichten nicht gestattet, Hofrescript vom 20. September 1800 Gubl. Z. 2864: Herm. Mag. Z. 2670: 1811, Univ. Z. 33: 1812, G. Z. 3498: 1824, Univ. Z. 508: 1836 und G. Z. 331: 1838 (cf. G. Z. 100: 1808[1]).

Hiemit im Zusammenhang stehen noch folgende Anordnungen: Es müssen ordentliche Zeugenverhöre angesucht und dürfen nicht simple schriftliche Zeugnisse beigebracht werden G. Z. 158: 1824.

Die ohne richterliches Erkenntniß (Interlocut) abgefaßten „Zeugenschaften" werden daher gar nicht berücksichtigt G. Z. 4600: 1813, Univ. Z. 296: Herm. Mag. Z. 147: 1814.

Zeugenverhöre mußten ordentlich inrotulirt und publicirt werden nach Univ. Z. 607: 1833, Hermannst. Mag. Z. 1378: 1835 (vergl. G. Z. 4600: Univ. Z. 296: 1813 und Hofrescript vom 30. März 1835). Die Zeugenverhöre (in appellatorio) wurden auch den untern Gerichten (ex delegatione) zugestanden nach Univ. Z. 389: 1814 (cf. Univ.-Zahl vom Jahre 1808) und deren Vornahme bestimmte Univ. Z. 277 aus dem Jahre 1835[2]), Herm. Mag. Z. 1647: 1835; (§ 97 der Tabular-Instruction nach Hof-Z. 2861: G. Z. 3336: Mag. Z. 2324: 1832).

Der § 6 des sechsten Titels im ersten Buche[3]) faßt eine allgemeine Regel betreffs der Ausschließung von der Zeugenschaft folgendermaßen zusammen:

Ad testificandum non admittuntur
- Consanguinei: pater, mater, filii, avus, avia, nepotes, frater, soror
- Affines: maritus, uxor, socer, socrus, gener, nurus

Hi quia volentes non admittuntur; ideo nolentes non coguntur.

[1]) Ueber die ungarische inquisitio collateralis und communis siehe die Tabular-Instruction § 83, 84 und 87 (mandatum compulsorium cf. Ludov. I. art. 23. Tripart. II. 28). Nach Gubl. Decret vom 19. März 1841, Z. 1320. Z — — juxta leges Statutales et praevigentes ordinationes collaterales inquisitiones locum obtinere nequeant. Schon früher hatte man sich gegen solche Inquisitionen von Tabular-Canzlisten erfolgreich gewehrt, siehe z. B. zum J. 1654 Hermannst. Mag. und Univers. Protokoll X. Bd. S. 51, 400 und 427.

[2]) cf. Univ. Z. 389: 1814; 207: 1818; 182: 1819; 607: 1833 und 277: 1835.

[3]) Siehe „Gesetzestext" Seite 150 und deutsch Seite 253.

Es versteht sich von selbst, daß rechtsunfähige Personen keine zuläßigen Zeugen waren, als: Unmannbare — (doch waren Impuberes in criminalibus zu verhören) — welche noch nicht 14 Jahre alt sind, Thoren, unsinnige Leute, Ehrlose, und offenbar Personen von schlechtem Leumund (Mein-Eyder, Ehebrecher, Diebe); diese konnten selbst über Thatsachen vor ihrer Verurtheilung, oder über das, was ehevor geschehn, als sie zu Unehren gekommen, kein Zeugniß abgeben. Andrerseits sind auch ausgeschloßen: als gehäßig erwiesene Feinde und Widersacher der gegnerischen Partei[1]), oder im Gegentheil die zu Gunsten der sie vorführenden Partei eingenommenen Personen — (Patrone, eigner Advocat, Blutsfreunde, Gatte, das eigne Hausgesinde), — welche aber gutwillig vom Widerpart können zugelassen werden; auch sind dieselben, obwohl als Zeugen untereinander so gestellt, in andern fremden Proceßangelegenheiten (Thädigen) keine bedenklichen oder verwerflichen Zeugen, sowie sie auch wechselseitig wider sich selbst aussagen und einen Beweis führen dürfen. Bei Ehebruchs- und Criminal-Proceßen (Giftmischerei) der Ehegatten können Gattentheil und Hausgesinde rechtskräftiges Zeugniß ablegen[2]), nicht aber diejenige Person in Injurienangelegenheiten u. dgl., welche selbst durch Schmachreden oder Anzeigen den Anlaß zur Klage gegeben hat[3]).

Der achte Titel[4]) handelt vom Zeugniß zum ewigen Gedächtniß und sollte dies — protokollirt — binnen Jahresfrist auch wirklich gebraucht werden.

§ 17. Der Urkundenbeweis.

Dürftig sind hierüber die Bestimmungen des Statutargesetzbuches, welches jedoch durch römisches Recht ergänzt werden konnte und auch Grundsätze der ungarischen Reichspraxis zuließ[5]). — (Hierüber „Gesetzestext" sammt Noten, S. 151 und 254 nachzulesen). — Eigenhandschrift und Sendbriefe sind, gehörig ausgestellt, namentlich die mit Siegel und Unterschrift gefertigten, beweiskräftige Urkunden, doch kann ihre Echtheit bestritten werden; deshalb scheint die Zuziehung von Zeugen rathsam und verstärkt dies Beweismittel. Nicht genugsam zeugen Rechenzettel, Testamentserklärungen u. dgl. eigne Aussagen und Verzeichnisse, doch sind gewohnheitsrechtlich die ordentlich geführten Geschäftsbücher ein halbes Beweismittel gewesen.

---

[1]) Z. B. die mit ihr in einem Rechtsstreite stehen. Gewohnheitsrechtlich.

[2]) Nachzulesen Statutorum I. tit. 6. § 4 und Stat. IV. Buch, 7. Titel, § 8 und 12. Siehe „Gesetzestext" S. 150 und 225, 226; dann S. 253 und 329.

[3]) Der Denunciant in solchen Criminalproceßen, wo es entweder Pflicht war das Verbrechen anzuzeigen, oder er selbst dabei mitbetheiligt erscheint, ist ein rechtsgültiger Zeuge.

[4]) Nachzulesen „Gesetzestext" S. 152 und 255.

[5]) Siehe hier S. 36, § 23.

Handlungsbücher von autorisirten Firmen müssen, — wenn sie halbe Beweiskraft haben sollen, vom Magistrats-Notarius mit einer seidnen Schnur durchzogen, gesiegelt und datirt sein cf. Hofrescript von 1786 Cridalnorm vom 4. Juli 1772 Gubl. Z. 7060 und Fallittenordnung vom 7. October 1772, G. Z. 3479 : 1800 und Herm. Mag. Z. 80 : 1801; G. Z. 3539 : 1804 und die betreffenden Mittheilungen im „sächs. Privatrechte" (hier II. Band).

Editionspflicht von Urkunden, z. B. bei Theilungsdocumenten, welche gemeinschaftlich besessen werden u. dgl. regelte das richterliche Ermessen[1]) — (cf. Comit. Erlaß 607 : 1835).

Hinsichtlich der intabulirten Schuldforderungen ist nur dann ein solcher Schuldschein vollkommen beweiskräftig, wenn der Schuldner, bei der Intabulation desselben gegenwärtig, zu deren Vornahme eingewilligt hat. Sonst konnte nur eine Pränotation erwirkt werden und hiebei war trotz Schuldschein und Eintragung in das Grund-Urkundenbuch dennoch die exceptio non numeratae pecuniae, oder die Bestreitung der Echtheit eine zuläßige Gegenbeweisanerbietung.

§ 18. Der Eid als Beweismittel.

Der neunte Titel handelt vom Eide, kennt aber nicht den rückschiebbaren Haupteid und andre Unterscheidungen betreffs dieses Beweismittels, welche jedoch nach dem Gerichtsgebrauche vielfältig vorgekommen sind und sowohl Lehren des römischen als des ungarischen Rechts[2]) die weite Thüre geöffnet haben. — (Nachzulesen „Gesetzestext" Seite 153 und 256). — Es sollte der Eid nur in Ermangelung andrer Beweismittel, über richterliches Urtheil, auferlegt werden und unterscheidet hiebei das Statutargesetzbuch den freiwilligen, angetragnen und nothwendigen Eid; läßt zu, daß auch der Kläger seinem Gegner den Eid auferlege, oder seine Argumente durch eignen Eid ergänze, doch wird der läugnende Angeklagte nicht dazu verhalten, wenn der Kläger ohne eigne Beweismittel dessen Schuld behauptet, sondern es wird derselbe in diesem Falle freigesprochen.

Besonders hervorzuheben sind zwei Bestimmungen. Die eine im § 4 des neunten Titels (erstes Buch) lautend: „Causa jurejurando ex consensu utriusque partis vel adversario inferente delato et praestito vel remisso decisa, nec perjurii praetextu retractari potest"; — denn es ist eigentlich ex consensu utriusque partis gleich einem Compromiß geschehn; — die andre daselbst im letzten § 7, welche

[1]) Die Editionspflicht von Urkunden zur Recognition oder Diffession theils gewohnheitsrechtlich nach verschiednem Gerichtsgebrauche schwankend, theils nach Hofrescripten von 1772 und 1778 sowie Univers. Z. 135 : 1818.

[2]) Nachzulesen hier S. 44, § 27.

noch das altdeutsche Institut der Eideshelfer kennt und folgendermaßen abgefaßt ist: „Si quis rem furto sibi subtractam asserat[1]) metseptimus[2]) juramento praestito suam esse comprobare debet. Neque judices admittent adversae parti jurisjurandi oblationem in duplo, ne praetextu uberioris probationis perjurio ansa praebeatur"; — (doch genügten 5 Zeugen bei Viehdiebstählen). Es fand keine Reabjuration statt nach: Stat. I. 9. 7, cf. § 6, Gubernial-Decret vom 14. Mai 1784 Z. 1743. Der Eid erscheint als Gottesurtheil l. 21 D. de dolo m. l. 15 D. de exept. § 4 und l. 1 Cod. de rebus cred = Stari enim religioni debet (cf. Uladisl. D. I. art. 72 § fin.).

Bevor der Eid abgelegt wurde, konnte gegen dessen Auferlegung appellirt werden.

III. Die Urtheilsfällung.

§ 19. Die Sentenzen oder Deliberate.

Erstrer Ausdruck wurde mehr auf die Urtheilssprüche in Criminalproceßen, letztrer aber „Deliberate" auf die im Civilproceß bezogen; ebenso bezieht sich auch § 1 des zehnten Titels im ersten Buche[3]), wo dem Richter die aequitas empfohlen wird, mehr auf den Criminal- als den Civilproceß, welche beide Gerichtspflegegattungen damals noch nicht als verschiedne Verfahren auseinander gehalten wurden.

Das Urtheil sollte in Gegenwart beider Parteien verkündiget werden, welche auch alsogleich ihre Rechtsmittel (Remedien) dagegen anzuzeigen hatten; war ein oder der andre Theil, oder beide abwesend, so ließ

[1]) Der altrömische Vindicationsproceß ein hier nicht analoges Formelwesen, der ungarische nach Tripart. III. 34 und Comp. Const. III. 8, 4, die sächsische Eviction nach Stat. III. 6, 10 und 12, und IV. 2, 9, Stat. I. 5, 12 und I. 9, 4. (siehe sächsisches Privatrecht im II. Bande).

[2]) Das altdeutsche „Beschiebuen", aber nach Norm von 1795 und 1819 semet quintus oder praetendens quinto secum. Siehe Abjurationsnormativ für gestohlnes Vieh Hof-Z. 44, Gubl. Z. 835 und Herm. Mag. Z. 707: 1819 — Zeugenverhör — Beschreibung nach den Merkmalen des Thieres ꝛc. auf gediebte Waaren nicht anwendbar Hof-Z. 3466 Gubl. Z. 1221: 1819, Hermannstädter Mag. Z. 1011: 1830; das Institut der deutschen „Eideshelfer" und namentlich das jurare cum septima manu besonders in Leg. Sax. II. c. 3, Salica tit. 50 und 55, Bamberger Stadtrecht, § 345, Schssp. II. 12, 4 und I. 18, 3, Schwabspgl. 381 u. a. m. Vergl. meine „deutsche Rechtsgeschichte" (Wien 1863) Seite 162 im § 105.

[3]) Nachzulesen „Gesetzestext" S. 156 und 258.

Die decisiones civiles (Deliberate) und die decisiones criminales (Sententiae) wurden schriftlich ins Protokoll verfaßt, mündlich publicirt und wurden ad petitionem partium in Parien herausgegeben. (Vergl. art. 6 der Kronstädter Constitutionen von 1648 u. a.).

man das Ansuchen um Republication zu, damit bei dieser Gelegenheit die Partei ihre Appellation oder den Recurs anmelde; unverhörter Sachen willen Jemanden verurtheilen war nach römischem Recht, wie es die Gesetzesstelle besagt[1]), nicht statthaft und die aus falschen Allegationen geschöpfte Sentenz ungültig.

Dagegen konnten fürstliche Mandate den richterlichen Spruch nicht ändern[2]), es sei im Criminalproceße, wo das Hoheitsrecht der Begnadigung in allen Fällen zuläßig erscheinen muß, oder wo in Ausübung der Ertheilung von Privilegien „salvo jure alieno" Jemandem eine Begünstigung ertheilt wird, wozu eigentlich auch die Gewährung des Novum gratiosum gehört (Statutorum lib. I. tit. 10. § 3).

Zu diesen wenigen Bestimmungen kam der Gerichtsgebrauch der einzelnen Jurisdictionen aushelfend hinzu und erflossen übereinstimmend Satzungen und Verordnungen, wie folgt:

Die beiden Parteien müssen vorher judicio submittiren, Univ. Zahl 135:1818. Es darf auf politische Untersuchungen gar kein gerichtlicher Spruch basirt sein G. Z. 5771:1835 (cf. G. Z. 4723:1829), Proceße sollen auch in den Nachmittagsstunden nicht entschieden werden Univ. Z. 723:1830 und müssen in appell. plena univers. vorgenommen werden G. Z. 555:1831; jedoch hat die Clausel ex pluralitate votorum wegzubleiben Gubl. Z. 3094:1802, Univ. Z. 325:1805, Hofrescript vom 17. Juli 1835; alle gerichtlichen Sprüche müssen unter Beidrückung des Amtssiegels herausgegeben werden Univ. Z. 1793: Hermst. Mag. Zahl 653:1825; cf. Univ. Conclusum Z. 127 und 173:1825 Univ. Erlaß vom 28. Februar 1806 und G. Z. 3094:1805.

Die Rechtskraft richterlicher Entscheidungen bestimmte G. Z. 279, Univ. Z. 71:1803 (s. Appellationslehre). — Diesem nach geht man einfach über zur Execution ohne die berüchtigten ungarischen Remedia, z. B. repulsio nach Trip. II. 73 und 76, III. 22, Tabular-Instr. § 103 und Uladislaus IV. 19, — ebenso wenig ist die procuratoris revocatio gestattet u. s. w (s. ungar. Proceß). — cf. l. 14 D. de re judicat. l. 1. Cod. sent. rescind. non possunt und l. 9. Cod. de sent. et interlocut.

Abgesehen von den durchaus nicht zuläßigen Rechtsmitteln des ungarischen Proceßes und seinen besondern Proceßgattungen[3]), war bezüglich der Urtheilsfällung die dem mitteleuropäischen Verfahren im

---

[1]) Nachzulesen „Gesetzestext" Seite 156 und 258—259.

[2]) In Verbindung mit Nov. 124, im gleichen Sinne 8: und 32:1791 und Hofrescript 6. Juli 1810: . . . ordinationes . . eas solum fideles Nostri Status et Ordines intelligant, quae legibus patriis conformes sunt (cf. den 4. Punkt des Diploma Leopoldinum) cf. Stat. III. 1, 6 und 7.

[3]) Im sächsischen Proceßrechte erscheinen nehmlich alle Proceße als kurze oder summarische.

Mittelalter nachgebildete ungariſche Reichspraxis und gewohnheitsrechtliche Uebung von maßgebendem Einfluße[1]).

Die beſondre Art der Criminalſentenzen mancherart verſchieden; in der Regel wurde vor dem Magiſtrat ein Todesurtheil von dem Stuhlsrichter ſo ausgeſprochen — (z. B. „ſowie ich dieſen Stab breche, ſoll heute deine Seele vom Leib geſchieden werden") — daß die Todesart nicht genannt wurde (ſiehe hier letzte Lieferung des III. Bandes „Strafrecht").

§ 20. Byrſagien und Gerichtstaxen[2]).

Auch hierin zeigt ſich eine Nachwirkung der, eigentlich deutſchrechtlichen Amtspraxis der ungariſchen Gerichte und war durch dieſe Sporteln — (ohne Stempelgebühren) — das Intreſſe der Parteien in Schranken gezogen, welche nicht ſchwer bebürdeten, die Beamten aber erhielten davon eine oft ausgiebige Entlohnung, ohne dem öffentlichen Staatsſchatze Koſten zu verurſachen; daher frühe ſchon mancherart Beſtimmungen über ſolche Gebühren; ſo im X. Bande, S. 100 der Hermannſtädter Magiſtrats- und Univerſitäts-Protokolle die „Gerichtstaxen der Univerſität" u. dgl. m.

1560. Der Univerſitäts-Notarius hat für die Expedition der Transmiſſionalien, wenn ſie 1—4 Bogen ſtark ſind, 1 fl., für jeden nächſtfolgenden Bogen 25 Denare zu fordern[3]) (IV. Band der Hermannſtädter Magiſtrats- und Univerſitäts-Protokolle S. 107).

1580. Für die Expedition von Hattertbriefen gehört $^1/_3$ der Univerſitäts-Sigillstaxe von 12 fl. dem Notarius (VI. Bd. S. 38) u. dgl m.[4]).

---

[1]) Vergl. hier S. 46, § 28.

[2]) Nach Univerſ. Erlaß Herm. Mag. Z. 896:1806: daß ..... 1) ... alle Parteien, welche ihre Proceße zur Reviſion und Entſcheidung dieſer Univerſität bringen — dann — wenn das Deliberat publicirt wird — die verordnungsmäßigen Taxen „allſogleich" abzuführen verbunden ſind .... 2) ſelbſt diejenigen von der Entrichtung derſelben nicht enthoben bleiben können, welche nach geſchehener Publication des Univerſ. Spruchs ihre Rechtshändel mittelſt Vergleich beilegen; und daß bei derlei Complanationen immer feſtgeſetzt werden ſolle, welcher Theil die Gerichtstaxen abzuführen habe.

Nach Hofdecret 18. October 1804 Univ. Z. 60:1805 Taxenbemeſſung: die Gerichtsgelder fließen in den Beamten-Penſionsfond Hofdecret 8. Februar 1832 und 17. October 1840. — Dieſer Penſionsfond war urſprünglich aus dem von der letzten Inſurrection gebliebnen Koſtenüberſchuß gebildet, ſiehe über Verwaltung Hof-Z. 4192:1818, Gubl. Z. 114, Mag. Z. 827:1819, Mag. Z. 1319:1818.

[3]) Die Transmiſſionsrolle wurde ehmals ſo angefertigt, daß der Schreiber den ausgebreiteten Bogen ganz voll auf einer Seite allein (mit ſchmalen Rändern) beſchrieb und ſodann die einzelnen Bogen ſo aneinander klebte, daß Zeile für Zeile ununterbrochen fortlief, alſo keine Fälſchung ſo leicht vorkommen konnte, die Rückſeite blieb unbeſchrieben, außen mit der Adreſſe und etwa dem höhern Urtheilsſpruche, welcher ſpäter darauf in dorso geſetzt wurde.

[4]) So nachfolgende Beſtimmungen: für Geburtsbriefe, Bußzettel u. dgl. dem Secretär 2 Ufl., für das Gerichtsſiegel dem Richter 1 fl. 2 Denare. ꝛc.

Im vorigen Jahrhundert waren folgende Taxen an manchen Stellen gerichtsüblich: Citation in der Stadtdiener-Gebühr 3 Denare [1]), über Land dem Richter fürs Signet 3 Denare, dem Dorfshannen für die Zustellung 2 Denare; bei Gericht zur Zungenlösung dem Secretär 3 Denare; erfolgt ein wichtigerer Act als eine Protestation, ein Zeugniß pro futura memoria u. dgl. dem Richter 12 Denare; dem Secretär zur Verfertigung von Paria der Satzschriften für den ersten Bogen 1 fl., für den letzten 50 Den., für jeden mittlern 24 Denare; für Aufdrückung des Gerichtssiegels dem Richter 1 fl. 20 Denare. Für das Deliberat zahlte die pars triumphans titulo vinculi 12 Denare und ebensoviel die pars succumbens pro appellatione an den Richter, für ein par deliberati dem Secretär 40 Den. Für die Zulassung des Advocaten sub titulo legitimationis procuratoris 12 Denar dem Richter. Beim Abjurationsverfahren dem Richter 34 Denare, (ebensoviel dem Secretär), für jeden Abjurator 12 Denare (also 84 Den.), für zwei Gerichtsdiener 28 Denare und dem Hirten 40 Denare.

Gerichtstaxen nach Univ. Z. 60: 1805 [2]).

(Hofdecret vom 18. October 1805, G. Z. 12: M. Z. 448: 1805).

	Bei dem (der) Judicat		Officiolat		Universität	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
1. Für ein Citations- oder Verbots-Signet	—	3	—	6	—	12
2. Protest, Legitimation des Procurat. Zeugenverhör, Decretationen, Concursedicte, Bescheide u. dgl. Currentia	—	6	—	12	—	24
3. Für Executions-, Inventurs-, Licitations-, Aestimations-, Inquisitions-, Occulations- und Arrestations-Gesuche	—	7	—	15	—	30
4. Für ein Deliberat mit Einschluß dessen Expedition und des Siegels ohne Abnahme einer besondern Appell.-Taxe	—	50	1	40	10	—

[1]) Diese Citation war etwas unzuverläßig, da man darüber keinen rechten Beweis herstellen konnte.

[2]) Gerichtstaxen, Strafen, Taggelder ꝛc. ꝛc sind nach der Tabular-Instruktion in CM. zu berechnen Hof-Z. 667, Gubl. Z. 1609: 1824 cf. Hof-Z. 1636, Gubl. Z. 3884 Herm. Mag. Z. 2067: 1821 (siehe hier vorige Note 2, Seite 198).

Die Expeditionstaxen der Transmissionalien wurden nach der Tabular-Instruction entrichtet; nehmlich für das erste Blatt 50 kr. für jedes andre 12 kr. nur müssen auf jeder Seite 32 Zeilen geschrieben und die Schrift dicht sein. Die Originalerbibita gehören nicht dahin; also auch nicht die vom Judicat an das Officiolat oder von diesem an die Universität expedirten Transmissionalien, also nur dasjenige, was von dem betreffenden Foro behandelt wird.

Die Expeditionstaxen der Canzlisten, wenn sie richtig legitimirt sind, wurden als liquide Schuld eingetrieben nach Gubl. Z. 5046: 1821 Mag. Z. 196: 1822 und auf dem kürzesten Weg exequirt Gubl. Z. 1306 Mag. Z. 1496: 1823 und G. Z. 1609: Mag. Z. 1188: 1824.

Die übrigen Gerichtstaxen fließen in den Pensionsfond der Kreisbeamten (Allodialcassen) nach Hofdecret vom 8. Februar 1832 und vom 17. October 1840[1]).

In letztrer Zeit dieses Jahrhunderts zahlte man in Hermannstadt hiernach für eine Citation in der Stadt 6 kr. CM., auf dem Dorfe die Hälfte, für eine Decretation 6 kr. CM. und für das Ueberbringen derselben 3 kr. CM., für die Publication des Urtheilsspruches beim Stuhlsgericht 51 kr. CM., beim Magistrat 10 fl. CM., bei der Universität 12 fl. CM., welche Gebühren in der Regel die sachfällige Partei (der Succumbent) zu entrichten hatte. Für die Transmissionalien und andre höhre Urtheilssprüche galten die Taxenbestimmungen der Tabular-Instruction. Ueber den Advocatenlohn haben sich die Parteien zu vergleichen, nur im Nothfalle darf der Richter limitiren.

IV. Die Rechtsmittel.

§ 21. Die Appellationslehre im Allgemeinen.

Dieselbe ist enthalten in den acht Paragraphen des eilften Titels im ersten Buche der Statuten[2]) und läßt sich diesemnach vorerst so behandeln:

---

[1]) Ungehorsam das erstemal 1 fl. — zweitemal 2 fl. — (eigentlich 50 kr. und 1 fl. 40 kr.) Zungenlösungsstrafe 12 fl. und Eigenmachten 20 fl. (s. Recurs) für Gerichtssitzung des Theilamtes 1 fl. CM. Taggeld Gubl. Z. 1560: 1822 Theilungsgebühren Hof-Z. 1152: Gubl. Z. 1764: 1807 u. s. w. (local verschiednes Verfahren außer Streitsachen cf. die ämtliche Instruktion über die Behandlung des Verlassenschafts- und Pupillarwesens im Großfürstenthum Siebenbürgen von 1852).

Ueber gerichtliche Executionen bei liquiden Schulden, wo sowohl Gläubiger als Schuldner Fiscalunterthanen sind Hof-Z. 937: Gubl. Z. 2855: Magistrats-Z. 1920: 1827. — in der Militärgrenze Gubl. Z. 3429: Mag. Z. 3444: 1803.

Im 10. Punkt der acta universitatis vom 8. November 1699. Beim Brachium executorium domesticum die Executionsgebühr mit 10 Denaren; dagegen Hochm. Norm. S. II. p. 105—111 über Militärexecutionsgebühren.

[2]) Siehe „Gesetzestext" Seite 157 und deutsch 259. —

Die ungarischen Rechtsmittel sind zwar grundsätzlich ausgeschloßen; doch

I. Der Instanzenzug ist „pro maturiore revisione“, indem man sogleich vom Stuhls- (Districts-, Stadt-) Gerichte die Appellation anmeldet, an den Senat (Magistrat), von da an die Universität und weiter an die „curia principis“ [1]). — Kurze Fristen werden bewilligt (etwa 3 Tage).

II. Solange der Instanzenzug dauert, wird der vorige Stand nicht geändert; denn „pendente appellatione nihil innovetur“ [2]); es sei denn, wo bei sogenannten Theilungsklagen vorher die Verlassenschaftsabhandlung und Zuweisung der Nachlaßgegenstände bereits erfolgt ist Hofdecret Z. 2341 : Gubl. Z. 3411 : Univ. Z. 418 : Hermannstädter Mag. Z. 2182 : 1834 (vergl. Hof-Z. 4966 : 1830).

III. Die angemeldete Appellation muß binnen einer gewißen Frist „inter praestituta tempora“ ausgeführt werden, denn hat man die Transmissionalien nicht erhoben, so ist das Recht verschlafen und man wird „ab agendo“ abgewiesen, ja nicht einmal ein novum gratiosum soll in diesem Falle zugelassen werden. (Die Frist von 75 Tagen [3]).

---

findet sich betreffs der angenommenen, des Recurses und der Reportation, sowie des Novum gratiosum und der Rejecta, eine sehr ähnliche Gerichtspraxis. Bemerkenswerth, daß die sächsischen Jurisdictionen sich oft gegen das Vordringen des ungarischen Proceßrechtes wehren mußten, abgesehn von Advocaten, waren es zuweilen Geistliche und Kronstadt, welche jene Remedisirungen anstrebten (vergl. in den Hermannst. Mag. und Univers. Protokollen zum J. 1684 XI. Bd. S. 458 Pfarrer wollten ungarische Rechtsmittel in Anwendung bringen; und 1655 im X. Bde. S. 426 Kronstadt droht von der Universität abzufallen, wenn dieselbe sich für die Tartlauer wegen Erlassung einer Repulsionsstrafe, nicht bei der königlichen Tafel verwenden wolle u. so a. m.).

[1]) Die Beachtung des Instanzenzugs wurde wiederholt eingeschärft, so nachdrücklich auch durch Gubl. Z. 3142: Hermannst. Mag. Z. 1223 : 1804 ꝛc. (vergl. Hofd. Z. 1521: Gubl. Z. 923 : 1798. Gegen ein Beiurtheil auf Zeugenverhör keine Appellation zulässig siehe hierüber besonders Hof-Z. 5123 : 1836 Gubl. Z. 498 : 1837). Doch transmittiren Unterthanen der Sachsen d. h. der Universität oder eines Publikum (Hermannstadt, Kronstadt, Mühlbach) nicht an die sächs. Nations-Universität, sondern unmittelbar an das Gubernium siehe Gubl. Z. 6174 : 1831 ꝛc. (vergl. Hof-Z. 997 : 1833) vergl. Gubl. Z. 3142: Herm. Mag. Z. 1223 : 1804, dann Gubl. Z. 4920: Herm. Mag. Z. 2071 : 1828.

[2]) So auch bei jenen geringen Vergehn, welche eigentlich Polizeistrafen oder Schadenersatz nach sich zogen, denn diese Strafproceße waren, mit Suspensivwirkung, appellabel, daher kam der Ausdruck zur Geltung es werde immer „intra dominium“ appellirt; übrigens bleibt deshalb auch Statut. III. 6. 8. und analoge Fälle in Rechtskraft (siehe „Gesetzestext“ S. 205 und 304). Man konnte zur Sicherstellung des vorigen Standes ein Interdict verlangen, doch mußte die Klage binnen 15 Tagen ausgeführt werden, widrigens das Cassationsgesuch des Beklagten angenommen wurde. (Siehe auch im „Privatrecht“ über die Sequestration u. a. dgl.).

[3]) Nach dem Statut vom J. 1803 gerichtsüblich. — Wohl konnte bei der Universität nach Stat. I. 5, § 13, ein neues Beweisverfahren hiebei zugelassen

IV. Man darf in jeder Art der Civilproceße in merito[1]) appelliren[2]); doch war eine sogenannte appellable Summe im Civilproceß bestimmt, nehmlich nach § 6 bei beweglichen Sachen mehr als zehn Gulden, für die Appellation an die Universität, und von da an die curia principis[3]) mehr als vierzig Gulden[4]); bei unbeweglichen Sachen aber und ähnlichen Fällen von solchen Rechten, die keine Schätzung zulassen, soll niemals die Appellation verweigert werden[5]).

V. Nicht zugelassen wird dies Rechtsmittel bei eigentlichen Criminalfällen[6]), dann wo offenbar klare Schuld vorliegt[7]), und endlich in

---

werden; nicht aber bei der curia principis (Gubernium und Hofkanzlei) Hof-Z. 7770:1833 ꝛc. indeßen Cabinetsjustiz. (Informationen, Rejecta und dgl. Aushilfsmittel).

[1]) Siehe Hof-Z. 5123:1836, Gubl. Z. 498:1837 ꝛc.

[2]) Und nach ungarischer Reichspraxis darf die höhre Behörde wenn der begangne Fehler der untern Instanz nicht nachgeholt werden kann, die Streitsache zur bessern Instruirung des Proceßes rejeiren (siehe „Ungarisches Proceßrecht" S. 99 und hier § 24 die Reportations- [Nullitäts-] Klage).

[3]) Die Appellation an den Thron (Hofkanzlei) selbst soll niemals verweigert werden Hof-Z. 2228:1816, Gubl. Z. 1:1817, Punkt 32, wornach also der 2. Landtagsartikel 1755 für sächsische Proceße derogirt erscheint.

[4]) Es konnte aber wenn der strittige Betrag 40 fl. nicht überstieg, dennoch der Recurs zur Anwendung gebracht werden. Siehe Proceß des Andr. Reich gegen Andr. Hermann Hof-Z. 606: Gubl. Z. 923:1798 und Hofreseript Z. 1380: Gubl. Z. 1521:1798 und Gubl. Z. 1588: und 1589: vom J. 1798 (Sara Drauth contra Ferd. Drauth); ferner Hof-Z. 861:1827 und ebenso Hofzahlen 3363: und 4185:1827 ꝛc.

[5]) Nach Hof-Z. 2038:1839 können alle sächsischen Proceße über Erbschaften, Servituten, Grundstücke, Injurien und Klaggegenstände über mehr als 40 fl. bis an den allerhöchsten Hof appelliret werden. (nach 2:1755 war der Betrag von 3000 Dukaten appellable Summe). Ebenso nach Hof-R. Z. 2228:1816 Gubl. Z. 1:1817, eingeschärft durch Hof-R. vom 18. Mai 1839, Gubl. Z. 2038, cf. Hof-Z. 4791:1836, cf. Hof-Z. 606, Gubl. Z. 923:1798 u. a. m. Gub. Z. 4185:1827.

Anmerkung. Bistritzer Appellations-Privilegien: Hermannstädter Oberhof und von da an den Tavernicalstuhl oder den König selbst vom Jahr 1478 (cf. Privilegium von 1366) siehe Comment. ad Schesaeum p. 29 und 226 Ungarisches Magazin I. 56 (*Eder* ad Felmerum p. 83), dagegen Dedrat nicht nach Bistritz sondern nach ungar. Instanzenzug Hofdecret 13. März Hof-Z. 409:1784 u. dgl. a. m. (siehe hier an mehreren Orten und in den „Ungarischen Rechtsdenkmälern").

[6]) Siehe noch hier „Strafrecht" und im „ungarischen Prozeß" Noten zu § 42, Seite 90; — dagegen wo ein delictum civile vorlag, konnte dies als Civilprozeß behandelt werden.

[7]) So war die Appellation auch in Cridalprozeßen auszuschließen Hof-Z. 460:1773, Gubl. Z. 2976:1806 und Gubl. Z. 4251:1835; — in einem klaren Pfandprozeße der Gemeinden Sennborf und Neudorf verweigert das Gubernium dies Rechtsmittel und es wird vom Hofe zugelassen, H.-Z. 3366: Gubl. Z. 6049:1827 und Hof-Z. 3799:1828.

Rechtsſtreiten, die keine Verzögerung erdulden[1]). (Nachzuleſen „Geſetzestext" § 5, Seite 159 und 260—261).

VI. Jede Partei darf für ſich dies Rechtsmittel anwenden und es nützt auch derjenigen Perſon, welche dabei betheiligt iſt, aber nicht appellirt hat[2]).

VII. Sogenannte Metalproceße wurden ehmals nicht weiter als bis zur Univerſität appellirt[3]), was jedoch außer Uebung gekommen war, indem der höhre Inſtanzenzug zugeſtanden wurde; — Reambulationen ſollen nicht durch Waiwodal- oder Tafel-Beamte (ſondern durch ſächſiſche Commiſſäre) vorgenommen werden[4]), bei einer Provinzialſtrafe der betreffenden Partei von 64 fl.[5]). — Nachzuleſen § 8 „Geſetzestext" S. 160 und S. 262, (welche Stellen ſammt Noten in unſerm Handbuche nachzuleſen ſind).

Zur näheren Ausführung einzelner hier bezogner Rechtsquellen folgen nachſtehend einige Auszüge:

I.

Appellatio. B. Rescriptum R. ddto. 15-a Maji 1839 Nro. aul. 2038 praecipiens: „proceduram per R. Gubernium relate ad transmissionem causarum Saxonum privatarum huc dum observatam (vide Relationem Gubernii Nro. Guberniali 4092) velut legi Statutali L. 1. t. 11. § 6. prout et b. rescripto r. ddto. 30-ae Augusti 1816 sub Nro. aul. 2228 ad punctum 32 sub B. edito, minus cohaerentem, sufferendam et praeexistentem modo citatam legem, juxta manifestatum desiderium ipsius quoque Nationis Saxonicae in futurum stricte observandum esse". — (früher hatte nehmlich das Gubernium öfers die Appellation verweigert).

---

[1]) Es mußte hiebei Caution geſtellt werden, wenn man doch das Rechtsmittel anwenden wollte; endlich ſchien die weitre Appellation auch ausgeſchloſſen bei Verbalinjurienklagen nach Statutorum IV. 5. 4 (ſiehe „Geſetzestext" Seite 222 und 325).

[2]) Alſo etwa dem ſogenannten Intgerenten, welcher intervenirte.

[3]) Vergl. die Urkunde von 1435 abgedruckt *Eder* Observ. S. 78 und 211 und hier die „Jurisdictions-Privilegienangabe".

Nach Hof-R. vom 17. Auguſt Hof-Z. 995:1775 (und 174:1773) werden „causae territoriales ab Universitate via Appellationis ad Regium Gubernium inde ad altissimum Thronum" deducirt. Der Supplex Libellus der Univerſität gegen dieſe Abrogirung des Statutargeſetzbuches unter Hof-Z. 924:1776.

[4]) Hof-R. 18. November 1753 Gubl. Z. 211:1754, Punkt 4; Hof-R. 117: 1795, Gubl. Z. 130, Hof-R. vom 19. Auguſt 1775, Hof-Z. 995, Gubl. Z. 6739 und 11:1791. — Ueber die Comitial-Erlaubniß: Metal- [Hattert-] Proceße anzufangen Gubl. Z. 926: Hermannſt. Mag. Z. 979:1802 und Gubl. Z. 9038: 1808 Herm. Mag. Z. 159:1809 und Regulativpunkte. — Magiſtratualen bei Metalreambulationen Hofreſcript vom 18. Dezember 1801, Gubl. Z. 820: Herm. Mag. Z. 525:1832 und Gubl. Z. 926: Herm. Mag. Z. 979:1802.

[5]) Univerſitäts-Statut von 1613 und 1629 dann vom 8. Juli 1795 Z. 117 und 130.

II.

Appellatio. Verba B. R. R. 2228:1816 Nro. Guberniali 1:1817 medio Circularium quoque extractive publicata sic sonat:

„ad punctum 32. sub B. Circa revisionem Causarum Civilium, restituendumque quoad Saxones etiam respectu Causarum in substrati valore 3000 aureos non adaequantium, via appellationis ad Thronum R. non provocandarum Novellaris articuli 1755 vigorem: si quidem citatus hic articulus ad Nationem Saxonicam, specialibus eatenus legibus municipalibus goudentem absque harum laesione extendi non possit, et Saxones a Causis suis in ductu attactarum legum ad Supremam Nostram Revisionem deducendis arceri nequeant: usum admittendae in eorum causis Appellationis ad Thronum R. fundamento Statut. l. 1. t. 11. § 6. introductum, interea, donec super Elaborato Regnicolari in Judicialibus benigna Nostra Regia (fors Resolutio) subsequetur poro etiam observandum esse".

III.

Decretum ad Gubernium intuitu appellationis in causis divisionalibus extra vel intra dominium admittendo, coram foro divisoratus de dato 21. Maji 1834 Nroque 2341 signatum:

„Penes remissionem actorum, per R. Gubernium cum relationibus suis super usu in causis divisionalibus, apud Saxones respectu appellationum extra vel intra dominium admittendarum vigente, sub 25-a Novembris 1830 Nro. 4723 et 16-a Aprilis 1834 Nro. 2113 J. praestitis, submissorum, eidem R. Gubernio rescribi: Informationem ejusdem, super praemisso objecto, medio posterioris suae relationis exhibitam, pro statu notitiae sumtam esse et vigentem in gremio Nationis Saxonicae usum, in spiritu legum suarum municipalium fundatum, vigore cujus divisoratus officia (quae in civitatibus pro ordinario foro judiciali primae instantiae, — in oppidis vero, et pagis tantum pro foro politico seu arbitrativo, a quo nulla patet formalis appellatio, reputantur) ibi, ubi successio plana est, et massa reliquiaria inter naturales et necessarios tantum haeredes dividi debet, massam reliquiariam statim in inventario consignare, pro rata inter condividentes subdividere, ac etiam cuivis participantium haeredum, id quod eidem pro rata adscriptum est, statim possidendum transponere solent, — dein vero, si quis condividentium haeredum cum hac divisione contentus non foret, hic tantum post consummatam massae repartitionem, et ratarum assignationem, aut distributionem, adeoque quasi extra dominium, — in civitatibus quidem via appellationis ad Magistratum insinuandae; — in oppidis et pagis vero, via actionis apud Judicatum instituendae, aut in utrisque in ductu legis Statut. L. II. t. 4. § 16. medio petendae intra unius anni a diei evolutionem novae divisionis aut rectificationis quaerere potest: in illis casibus vero, ubi praeter haeredes necessarios, etiam tertius aliquis, sive testamenti, sive donationis, sive alio quocunque titulo, jus ad aliquam massam reliquiariam, vel certam ejusdem partem praetendit, et res post factam a parte haeredum necessariorum contradictionem, coram divisoratus officio, qua foro primae instantiae, ordinario juris processu ventilata ac decisa est, haeredes naturales et necessarii sive triumpharent, sive succumberent, pariter ad exitum usque litis in inturbata, litigiosae substantiae possessiane manent, adeoque appellationem etiam intra dominium insinuare et prosequi possunt, altissimo etiam oraculo pro futuro quoque suo loco relinqui, suapte tamen intellecto eo: quod I-mo juxta communem juris regulam: — pendente lite nihil est innovandum, et Statut. L. I. tit. 11. § 2. post insinuatam apud

officium divisoratus appellationem, aut litis motionem, ille cui realitas, seu fundus aliquis litigiosus, divisione mediante assignatum est, eundem durante lite in statu pristino servare teneatur, nec ipse talem fundum alterare, debitis onerare vel plane abalienare liceat, — et quod II-do parte appellante id postulante, pars adversa, in possessorio substantiae aut realitatis controversae constituta, pro securisanda impetitoris praetensione, ad praestandam sufficientem cautionem stringi, vel vero parte eadem cautionem praestare nequeunte, et circumstantiis provisionem eatenus exigentibus, substratum litis sequestro quoque subjici debeat. — Quem usum taliter approbatum esse, R. Gubernium tam Universitati Nationis Saxonicae in concreto, quam singulis Publicis Saxonicis significandum habebit". — (vid. et Nrum. aul. 4946:1830; vid analog. Nro. aul. 5309:1843).

IV.

Appellatio. In metalibus Saxonum causis Nro. aul. 995:1775 (741. 692. 919).

R. R. „Illustres etc. Perpensis iis, quae vos circa viam, modumque procedendi in causis territorialibus indemissa 16-a Maji currentis anno data, et numero 2460 signata informatione Vestra proposuistis, in sequelam tam legum quam b. Resolutionum clementer ordinandum duximus, ut, cum casus, in quibus metales apud Vos instituendae reambulationis venirent, — sese conseriissent, vel (a) in Comitatibus, et Sedibus Siculicis, (b) vel inter fundi nostri Regii Communitates ratione terrenorum in eodem fundo sitorum; (c) vel inter ejusdem fundi Regii et alia diversae naturae aut Jurisdictionis loca, in primo et posteriori casu, ubi res moram ferre non posset, Commissarii e tribus Nationibus per Vos extra etiam diaetalem conventum denominentur, qui mox ad faciem locorum accedentes controversiam secundum leges revideant et si Partes eorum aequiescerent judicio exequantur etiam, remque deinde ad vos referant, ad casum contrarium, ubi nempe partium aliqua earundem Deliberato contenta esse nollet, appellatione ad Vos, inde autem ad Thronum nostrum in conformitate novellaris articuli salva manente.

In secundo casu, ubi inter Communitates fundum Nostrum Regium incolentes ratione terrenorum in eodem fundo sitorum metales emergerent differentiae, devenirentque ad cognitionem Universitatis Nationis Saxonicae, non inde, ommisso medio, vobis nimirum ad Nos immediate recursus instituatur, verum ad Vos semper appellatio devolvatur et ita tandem ad supremam revisionem nostram a Judicio vestro, servato novellaris articuli praescripto, provocari possit, et hoc quidem ratione etiam processuum inter incolas pagorum Buchholz et Sáros, Stolzenburg et Reiszen agitatorum, aliorumque etiam, in quibus non appellandi ad Vos, sed praeteritis Vobis ad Nos directe recurrendi modus introduci apud praememoratae Universitatis forum voluisset, observandum erit, ita ut eosdem processus per eandem Universitatem Vobis exhiberi faciatis, exhibitosque revideatis, et si Pars Judicio Vestro non contenta ad Nos provocaret, transmittatis. Et hoc quidem occasione ad aliam quoque super statu controversiae inter incolas Bolkatsienses et Spectabilem ac Magnificum Comitem de Bethlen, Incolasque Sidvenses influente in eam Comitatui etiam de Küküllő vertentis 14-o Julii anni superioris, datam Informationem Vestram reflectendo opinionem eo per Vos depromptam, ut quum revisionem ex qua controversia haec profluxit, instituendi activitas praefatae Universitati et Comiti Nationis Saxonicae defuisset, atque ita memoratus Comes de Bethlen, Officialesque Comitatus de Küküllő

justas sese eorundem Judicio opponendi habuissent causas, nova per Commissarios e tribus Nationibus denominatos instituatur reambulatio, b. approbamus, volumusque intuitu etiam differentiae territorialis inter Incolas pagi Tiliska et Nagy Apoldiensis secundum expositionem sub 21-a Septembris anno 1771 ad Vos hinc remissam subversantis, hanc ipsam viam observari. Vobis in reliquo etc. etc. Datum in Civitat. — die 17-a Augusti 1775.

(In relatione Gubernii ddto 16-a Maji 1775 Nro. Gbli. 2460 — aulico vero 692:1775 signata, plures citantur articuli tenore quorum status Regni ad metales reambulationes Commissarios e tribus Nationibus exmiserunt).

Den 19. März 1776 (Hof-Z. 924:1776) reſcribirte die ſächſiſche Nations-Univerſität an Ihre Majeſtät hiewegen, bat den einzigen Punkt zu ändern, der gegen Stat. I. t. 11. § 8 ginge, dies Geſetz hätte ſie beſchworen und es erlaube ja den Recurs an Se. Majeſtät.

Die Univerſität führt den wahren Grund nicht an, woraus dies Geſetz erfloſſen iſt; führt blos an, daß durch deſſen Aufrechthaltung den Contribuenten weniger Koſten zuflößen.

Dies Geſetz ließ keine weitere Appellation von der Univerſität zu in Metalprozeßen; es war eine Schutzwehr gegen alle in frühern Zeiten herrſchende Eigenmacht, oder üble Einwirkung wegen Nichtkenntniß der ſächſiſchen Rechte, durch nicht ſächſiſche Richter, und ſchien damals deshalb vorſichtig, weil die Univerſität aus eigner in facie loci geſchöpfter Anſchauung den gerechteſten Spruch fällen konnte, während der nicht anſchauende höhre Richter in ſolchen Prozeßen ſelbſt beim beſten Willen viel verderben kann; indeſſen blieb es bei der Hofanordnung.

Mit der Trinational-Commiſſion verhält es ſich laut Tabular Inſtr. § 22 nnd *Fülöp's* „törvénybéli gyakorlás“ pag. 55. 56 etwas anders, da die Trinational-Commiſſion ihr Operat dem Gubernium unterbreitete und dies erſt Determination fällte. Die Allegationen machten die Parteien vor der Trinational-Commiſſion. — Es war dies ein processus longae litis und fing mit der Certification an.

---

§ 22. Beſondre Appellationsſtatute.

Die einzelnen ſtatutariſchen Beſtimmungen laſſen ſich folgendermaßen überblicken:

1528. Transmiſſionalien ſollen geſchloſſen und geſiegelt dem Forum appellatorium überreicht werden. (II. Bd. des Hermannſtädter Mag. und Univerſitäts-Protokolls Seite 41).

1544. Die Appellation muß bevor der Gegner die arram sententionalem erlegt, eingewandt werden, widrigens der Prozeß als verſeſſen angeſehn wird. (IV Bd. S. 1).

1546. Prozeße deren Substratum litis den Werth von 5 fl. nicht überſteigt, dürfen vor die Univerſität nicht appellirt werden. Für die Appellation von der Univerſität ſind 12 Gulden zu entrichten und die Transmiſſion muß binnen 60 Tagen ausgehoben werden. (Hermannſtädter Magiſtrats- und Univerſitäts-Protokoll IV. Band Seite 7).

1551. Prozeße in exceptivis dürfen nicht appellirt werden (daſelbſt IV. Bd. S. 91[1]).

1560. Prozeſſe der entfernten Parteien, ſowie derjenigen, welche zuerſt ſich angemeldet, ſollen bei der Univerſität vorzugsweiſe entſchieden werden. (IV. Bd. Seite 107).

1574. Appellirt jemand ſeinen Prozeß an die Univerſität und läßt denſelben ſonach ſinken, ſo iſt derſelbe verpflichtet alle ſeinem Gegner ſeit der Appellation verurſachten Koſten zu vergüten. (VI. Bd. S. 2).

1575. Prozeßführende Parteien, welche mit der Entſcheidung ihrer vor die Univerſität appellirten Rechtsſtreite unzufrieden penes novum gratiosum den Prozeß fortſetzen, ſind gehalten, wenn dieſelben vor der Univerſität zum zweitenmal ebenſo ſachfällig werden, alle ſeit der Noviſation ihren Gegnern verurſachten Koſten zu vergüten. (VI. 10).

1578. Prozeße wegen Verbalinjurien dürfen nicht vor die Univerſität appellirt werden. (VI. 23).

1607. Damit die Prozeße in foro appellatorio nicht über ſechs Wochen unentſchieden bleiben, ſind die Parteien gehalten, binnen dieſer Zeit den Prozeß zu inſtruiren, widrigens zum Nachtheil der ſaumſeligen Partei geſprochen wird. (VI. Band Seite 123).

1626. Minderwichtige Prozeße dürfen nicht an den Fürſten appellirt werden (VIII. Band Seite 27).

1626. Bei der Univerſität dürfen Prozeße nur in deutſcher oder ſächſiſcher Sprache vorgetragen werden. (VIII. 27).

1638. Prozeßparteien, welche ihre vor die Univerſität appellirten Prozeße nicht beim erſten Zuſammentritt derſelben vorbringen, werden per non venit condemnirt. VIII. Bd. S. 66.

1645. Den Prozeßparteien müſſen die Transmiſſionalien, bevor ſie hinausgegeben werden, vorgeleſen werden. IX. Bd. S. 71.

1665. Prozeßparteien ſollen erſtlich verhört, nach 15 Tagen aber die rationes aſſumirt werden. (XI. Bd. der Hermannſt. Magiſtrats- und Univerſitäts-Protokolle S. 2) u. ſo a. m.[2]).

---

[1]) Daran wurde im Allgemeinen feſtgehalten; doch kam der Recurs als ſpätres Rechtsmittel auf.

[2]) Frühre Appellationsfälle, ſiehe namentlich die von Klauſenburger Prozeßen unter ſächſ. Nat. Archiv Nummern: 508:1546, 516:1547, 591:1553, 604:1554, ſowie Nr. 589:1558 und 565:1552 u. a. m. Biſtritzer Appellationsfall ſächſ. Nat. Archiv Nr. 567:1552 und 510:1547 ꝛc. ein Großſchenker Nr. 511:1547 ꝛc., ein Kronſtadt-Schäßburger Nr. 506:1546 ꝛc., Leſchkircher unter Nr. 558:1551 und 566:1552 u. ſo viele a. m. im ſächſiſchen Nationalarchiv. — Hermannſtädter Appellationsfälle Nr. 490:1545 und ein Fall in puncto repudii Nr. 491:1545 u. ſ. w. — Salzburger (Vizakna'er) Appellationsfälle im ſächſ. Nat. Archiv Nr. 634:1556, 650:1558, 736:1567 u. ſ. w. (der bekannte Territorialſtreit mit Stolzenburg Nr. 677:1561 u. ſ. w.); (eine causa Birthalbensis appellata unter Nr. 753:1568 u. viele a. m.) eine Copie der ſogenannten „Unio Vizaknensis“ Nr. 1359:1567.

Acta conventus almae universitatis ad diem 8. Nov. anno 1699 publicati atque Cibinii celebrati.

— — — — — — — — — —

4. Alle Transmissiones sollen eh' und bevor sie geschloßen und versiegelt vor der appellirenden Parthey nächst Certificirung des Gegentheils damit derselbe auch darbey seye, gelesen und ob etwas ausgelaßen, welches einzusetzen wäre, befraget, so denn, wenn die Litiganten zufrieden, gefertiget und ausgehändet werden.

5. Weil der unerläuterte Wortverstand des Textes Stat. I. 11. 3 „intra praestituta tempora" oder auf bestimmte Tagzeit weder per traditionem recht erkläret, noch aus einer universa praxi etwas Sichres Dieses erholet werden kann, um weswegen fast alle Judicia entstehen müssen, nicht eigentlich wissend, welches die Tagzeit sei, nach deren Verfließung der Appellant sein Recht verschlaffen zu haben gesagt werden sollte, so wurde nach dieser Materie und deren „de terminis fatalibus" in den Rechten fundirten opinionem analogi genaure Erwegung gefunden, daß der Legislator Textus die Bestimmung der fatalen Tagezeit habe in Einer Löbl. Universität als des Obern Tribunals der Sächsischen Nation arbitrio oder bescheidentlichen Willkür überlaßen wollen und weilen bis dato diesfällig nichts positive ausgesprochen, so hat man von nun an ins künfftige feste darob und fleißig zu halten geordnet und beschloßen, daß der Appellans eben zu der Zeit, da er appelliret — sedente pro tribunali Judice laut Stat. I. 11. 1. von dem Secretario so das Protocoll führet, den Urtheilsbrieff oder Transmission vermittelst baarer Bezahlung der unten specificirenden halben Taxa alsogleich fordern und der Secretarius je eher je besser den Appellanten befördern — auch die Expedition über 60 Tage einhänden nicht behalten, da aber bis auf den 60 Tag die Transmissiones nicht ausgehändet, der Schreiber vor seiner Instanz verklaget, zugleich ein Testimonium der abgelegten Klage von dem judice schriftlich genommen, der Secretarius falls er keine gar wichtige Entschuldigung anzuführen hätte um 20 fl. gestrafft und ihm die peremtoria expeditio intra quindenam sub poena dupplicata auferleget werden, darauf Appellans nach Ueberkommung des Urtheilsbrieffs intra quindenam oder ehender extra ferias Natales, Paschales, Pentecostales maeffis (?) et vindemiarum von dem Senat-Präside Seriem begehret und sich mit seiner Transmission anmelden auch daß er solches gethan ein Attestat extradiren und dafern es Jemand vom Senat ad Almam Universitatem appellirte, da solle der Appellant eben zu der Zeit da er appelliret, die Transmission von dem Notario vermittelst Bezahlung der halben Taxa fordern und dieser ebenso als der Secretarius und unter denen dem Secretarius oben bestimmten Tagen sub iisdem poenis et oneribus modo ut supra dictum imponendis die Transmission auszufertigen und auszuhändigen.

Da ein Appellans seine Transmission an Eine Löbl. Universität lautendt unter solcher Zeit ausgenommen und eines halben Jahres Frist zum Vortheil hat, ehe Eine Löbl. Universität zusammenkommt, so soll er bei solchem conventu A. Un. Judiciariae sich mit seinem Prozeß fataliter anzumelden; ingleichen der notarius provincialis unter 60 Tagen Frist und einem Quinden dem

Appellanten ad Tabulam Jud. Regian. die Transmission sub oneribus supra attactis zu liefern schuldig und verbunden seyn. Jedoch soll auch harte Krankheit, Eine Reise pro Publico und andre wohl kennbare und wichtige Impedimenta zur Excuse pro aequitate gelten. Darum:

6. Wenn er appelliret, nicht alsogleich die Transmission fordert oder in 60 sich darum nicht anmeldet, noch den Schreiber verklaget auch die intra quindenam bey in Händen habender Transmission sich nicht bei dem Praeside Senatus des Verstandes halber anmeldet, so dann der bei inhabender Transmission, wenn Eine Löbl. Universität nach geschehner Appellation und Provocation in einem halben Jahre judicia zu celebriren zusammen kommt sich daselbst nicht einfindet, noch des Verstandes halber bey dem Consuli provinciali anmeldet, der soll als ein Contumax die terminos fatales oder bestimmte Tagszeit verschlaffen und versäumt zu haben cum amotione a processu et causa, casu nullo remedio valituro gehalten werden.

7. Wegen der Urtheilsbriefftaxen ist geordnet worden, daß die Litigantes vor Gericht vom ersten Bogen Den. 40 — vor die übrigen aber filiratim D. 12 dem Secretario ..... denen Notarien aber soll vor den ersten Bogen der Transmission fl. 3 — vor jeden folgenden Den. 24 — so denn dem Notario provinciali vor den ersten Bogen der Transmission, welche zur Landesgerichtstafel gehet fl. 6 — vor jeden folgenden D. 24 — bezahlet werde.

Und weil die Prästitution der Bestimmung der Tagzeit niemandes, so es nicht weiß, obligieren kann, so wird allen judiciis auferleget die Litiganten und Appellanten, da sich vor ihrem Richterstuhl welche finden hievon Parte zu geben und nach und nach diese §§ 6 und 7 stehende Satzungen Publici Notoriique juris ac praxeos zu machen. — (u. s. w.).

Andre Appellationsstatute sind namentlich aus den Jahren 1803 und 1812[1]).

— — — — — — — — — —

In der sächsischen Nations-Universitätssitzung vom 30. August 1845 wird auf die Anfrage des Guberniums Z. 4125:1845, zufolge Hofdecret vom 10. Mai 1845, Hof-Z. 3167, erwiedert (Nat. Univ. Z. 496:1845):

„Im Mittel der sächsischen Nation, ebenso wie bei der Nations-Universität besteht der Gebrauch, in dem Falle, wenn ein Appellations-Cassationsgesuch in einer Gerichtssitzung in Verhandlung komme, bis zu welcher die appellirende

---

[1]) Siehe Transsilvania Nr. 79:1845. — Besonders die Bestimmung hervorzuheben:

„Fristerstreckungs-Gesuche finden auch bei den Appellationsgerichten statt, müssen aber 3 Tage vor der zu verlängernden Frist eingebracht werden"; Univ. Z. 71:1803; cf. Gubl.-Decr. vom 14. Februar 1803 Z. 229 § 5. — (Weitre Anberaumung von 8 oder 14 Tagen).

Hiemit übereinstimmende Universitätsbeschlüße betreffs der Ueberreichung de Appellationsgründe innerhalb 15 Tagen und wegen Zustellung zur Einbringung der Appellationseinrede binnen einer gleichen Frist u. a. siehe vom 20. December 1811 Nr. 483, (Gubl.-Decret vom 30. Jänner 1802 Z. 287), Universitätsbeschluß Nr. 71:1803 und von 1841.

Gegenpartei die Transmissionalien entweder mit oder ohne ihre Appellationsgründe inzwischen eingereicht habe, ohne Rücksicht auf die Verstreichung des Termins, nicht auf Cassation der Appellation, sondern im erstern Fall auf Zustellung der eingereichten Acten an den Appellanten zur Erstattung der Appellationseinrede zu erkennen, im letzten Fall hingegen, ohne fernern Schriftenwechsel, den Prozeß selbst zu verhandeln und zu entscheiden".

Appellations-Statut.

Hofrescript vom 14. August 1846, Hof-Z. 4275, Gubl. Z. 6070, Univ. Z. 672[1])

§ 1. Bei den höhern und niedern Gerichtsstühlen in der sächsischen Nation sollen die Notarien und Actuarien, sobald der bebürdete Theil die Appellation an ein höhres Gericht angemeldet hat binnen[2]) sechzig Tagen mit Abzug der Gerichtsstillstände[3]) die Transmission ausfertigen und die Parteien diese abzuholen gehalten sein[4]).

Nur Krankheit, ämtliche Reisen und andre statthafte Ursachen können den Notar und Actuar wegen nicht zur Zeit erfolgten Ausfertigung[5]) der Transmissionalien zur Entschuldigung dienen.

---

[1]) Vergl. noch Hofdecret 10. Mai 1845, Hof-Z. 3167 : Univ. Z. 496 : 1845.

[2]) Introductions- und Justificationstermin; Appellations- und Prosecutions-Termin bereits näher geregelt durch GZ. 281 : Herm. Mag. Z. 600 : 1802, Univ. Z. 371 : 1805 und G. Z. 2591 : 1843, cf. die Statute Univ. Z. 71 : 1803 und Univ. Z. 214 : 1802, G. Z. 279 : 1803. — Drei Monate an den Hof, Hof-Z. 2269, H. Z. 2739, Herm. Mag. Z. 2886 : 1803, cf. H. Z. 2591 : 1843 (analoges römisches Recht Nov. 23 c. 1 und Ulpian l. l. Dig. quando appell. l. 5. Cod. de temporib. et reparition).

[3]) Nach § 17 der Tabular-Instruction, Hofrescript vom 22. Juni 1737; cf. H. Z. 112, G. Z. 1507, Herm. Mag. Z. 411 : 1806.

[4]) Transmissionalien erscheinen als das bei Gericht benöthigte authentische zweite Exemplar der Prozeßschriften; sie sind aber — erhoben — Privateigenthum der Parteien (cf. früheres Univ. Satut vom 8. November 1699).

[5]) Es werden alle im Prozeß vorgekommnen Verhandlungen mit Zeitangabe der Einreichung und Zustellung copirt — (welche Acten? bestimmte schon Gubl.-Z. 306 : 1755 — meritorische). Die für das Canzleipersonale und die Parteien bezüglichen Transmissions- und Expeditionsvorschriften enthalten G. Z. 1434 : 1814, G. Z. 101 : 1817, wiederholt 1820, H. Z. 4430 : 1819, G. Z 668 : 1820, Univ. Z. 584 : 1825. (Taxen nach der Tab. Instr.). — Die Transmissionalien sollen in Gegenwart der Parteien („Rechtsvertreter") collationirt, von diesen mit Ansetzung des Datums und vom Präses und Actuar unterschrieben werden nach G. Z. 101 : 1817, Univ. Z. 74 : 1823, Herm. Mag. Z. 287 : 1823, ferner GZ. 5179 : 1835, Mg. Z. 2963 : 1835. Die Originalien aber (das erste Exemplar) kommen in das Archiv der Gerichtsbehörde G. Z. 229 : 1803, G. Z. 683 : 1807, Univ. Z. 163 : 1822, Univ. Z. 584 : 1825 und GZ. 5179 : 1835; (cf. im ungar. Prozeß Approb. IV. 1, 22, Tab. Instruction § 164—165 u. s. w. Im römischen analog Nov. 134 c. in fin. 126 Novelle ꝛc. ꝛc.; mitteldeutschen Prozeß besonders die Notariatsordnungen von 1512 tit. 4 § 1 und R. A. von 1594 § 92 u. s. w. s. „Deutsche Rechtsgeschichte"). — cf. Univ. Z. 71 : 1803 und 1841.

§ 2. Die appellirende Partei ist verbunden die Transmission binnen dem § 1 festgesetzten Zeitabschnitt von der untern Gerichtsstelle auszuheben und selbe vom Richter oder Notar desjenigen Gerichtsstuhles wohin appellirt worden eröffnen zu lassen; dann aber hat die appellirende Partei diese Transmission sammt verfaßten Appellationsgründen binnen 15 Tagen dem Oberrichter zur Eintragung in das Protokoll einzureichen. Dem Gegentheil werden hierauf zur Beibringung der Appellationseinrede ebenfalls 15 Tage anberaumt; binnen welcher Zeit der Appellat sodann diese seine Einrede sammt Appellationsgründen und Transmission als einen vollkommen vorbereiteten Proceß wieder dem Oberrichter zur Eintragung in das Protokoll zu geben verbunden sein wird [1]).

§ 3. Bei der eingemeldeten Appellation an die Nations-Universität [2]) kann zur Erleichterung der Appellirenden Partei die Transmission auch von dem ersten Beamten, woher der Appellationszug genommen worden, eröffnet werden und wenn der Appellant keine Appellationsgründe beibringen will, so ist dieses vom eröffnenden Oberbeamten auf die Transmission vorzumerken und so zum Protokoll einzusenden [3]).

§ 4. Wenn der Appellant und Appellat binnen der ihm einberaumten Frist von 15 Tagen seine Appellationsgründe und bezüglich Einrede aus gesetzlichen Ursachen nicht einreichen kann, so muß derselbe nach Verfluß der 15 Tage bei dem Oberrichter, wohin appellirt worden ist, um Terminsverlängerung einkommen, wo ihm sodann nach Umständen ein kürzerer oder längerer Termin einberaumt werden kann.

§ 5. Unterläßt [4]) der Appellant die Transmissionalien von dem Notar oder Actuar innerhalb 60 Tagen abzuverlangen, klagt auch wegen versäumter Ausfertigung der Transmission über den Notarius nicht, so wird auf Verlangen

---

[1]) Das Zeugniß über die ausgehobne Transmission und Termineinhaltung u. dgl. wird unter Amtssiegel vom Notär (Kanzlei-Director) noe magistratus herausgegeben Univ. Z. 118, Herm. Mag. Z. 409: 1819, Univ. Z. 129: 1837 Herm. Mag. Z. 371: 1837, cf. Gubl. Z. 2873, Univ. Z. 435, Hermannst. Mag. Z. 1626: 1839.

[2]) An die Nat. Universität nicht insinuirte Proceße bleiben bis zum nächsten Confluxe (Univers. Z. 117: 1819) welcher sich seit Hof-R. 1. März 1839 jährlich zweimal versammelte.

[3]) Nicht penes rotulum ans Gubernium, sondern Transmissionalien Gubl. Z. 683: Mag. Z. 752: 1807. — cf. über Submission auf die Voracten Univers. Z. 453: 1811 (im deutschen Reichsproceß analoge Bestimmungen in der Kammer GO. von 1555 III. 31. 11. 33. 6 Deput. Absch. von 1600 §§ 114 und Jüngst. R. A. § 65, 75 u. s. w.). Die Transmissionen wurden von allen sächsischen Gerichtsstellen versiegelt und nur vom Gubernium offen expedirt. Die Transmission mußte der Appellant apertiren lassen und vom Tage der ausgehobnen Transmission innerhalb 15 Tage nebst Appellationsgründen einreichen. Univers. Z. 71: 1803.

[4]) Strafe der den Termin versäumenden und widerspenstigen Partei nach Univ. Z. 453: Mag. 171: 1811.

des Appellaten, sobald derselbe nehmlich mittelst eines vorschriftsmäßig ausgestellten Amtszeugnisses[1]) die unterlassne Ausfertigung der Transmissionalien erweiset und nebst Vorlegung des appellirten Deliberats dessen Rechtskräftigung[2]) ansuchte ohne daß dieses Gesuch der Gegenpartei zuvor mitgetheilt wird[3]) die Appellation für verschlafen und das vorgelegte Deliberat mittelst absonderlichem Erkennen in Rechtskraft erklärt. Wenn ferner der Appellant die Transmission binnen dem festgesetzten Termin von 60 Tagen zwar ausgehoben, jedoch aber dieselbe sammt Appellationsgründen binnen 15 Tagen nach dem Verfluß von 60 Tagen, also in einem vom Tage der Verlautbarung des Deliberats nach Abzug der gesetzlichen Gerichtsstillstände zu berechnenden Zeitraum von 75 Tagen bei derjenigen Behörde, an welche der Proceß appelliret worden, einzureichen[4]) unterlassen hat, so wird in Absicht auf die von dem Appellaten angesuchte Appellations-Cassation ganz nach Anleitung der vorangeschickten Weisung verfahren, nur mit dem Unterschiede das in diesem Falle das Cassations-Erkennen nicht von dem Richter bei welchem die Appellation eingemeldet worden, sondern von der Gerichtsstelle auszugehen hat[5]), wohin der Appellationszug genommen und an welche die Transmissionalien gerichtet worden. Uebrigens ist künftighin allen von den sächsischen Gerichtsstühlen über die Transmission des Proceßes gefällten Sprüchen nicht nur ausdrücklich beizufügen, sondern auch bei deren Verlautbarung den Parteien jedesmal auch mündlich zu erklären, daß wenn binnen der festgesetzten Verschlafzeit die Verfolgung der Appellation versäumt werden sollte der an die höhre Behörde aufgerufne Spruch auf Verlangen des Gegentheils in Rechtskraft genommen werden würde.

§ 6. Im Appellationsfall der Parteien von der sächsischen Nations-Universität an das hochlöbliche Landes-Gubernium[6]) wird das Nehmliche wie § 1 beachtet und muß der Appellant binnen 60 Tagen die Transmission von dem Notarius ausheben und innerhalb 30 Tagen dem hochlöblichen Gubernium einreichen[7]) widrigenfalls sein Gegner die Vollstreckung des ihm zu Gunsten gefällten Spruchs bei der Universität ansuchen kann.

Hat Appellant aber die Transmission von der Universität ausgehoben und binnen 30 Tagen dem hochlöblichen Gubernium einzureichen unterlassen, so muß

---

[1]) Siehe Noten zu § 2.

[2]) Rechtskraft der Deliberate vom Publicationstage nach G. Z. 279: Univ. Z. 71: 1803; cf. G. Z. 2591: 1843, H. Z. 4666, G. Z. 6149, Univ. Z. 796: 1845.

[3]) cf. Univ. Z. 102, Herm. Mag. Z. 517: 1839 (GZ. 279: 1803).

[4]) Vergl. Univ. Z. 450, Herm. Mag. Z. 171: 1811.

[5]) Siehe Anfrage des Guberniums von 1845 Z. 4125, H. Z. 3167, Universitätssitzung vom 30. August Univ. Z. 496: 1845, (hier Seite 209—210).

[6]) Norm für das Gubernium als Oberrevisionsgericht von 1783, Gubl. Z. 6237: 1783; cf. Hofdecret 1793, H. Z. 1521, G. Z. 923: 1798, ebenso Gubl. Z. 281: 1802 (wiederholt 1807).

[7]) Vergl. G. Z. 1368: 1815, Mag. Z. 1141: 1815. „dem Gubernium selbst und nicht der Gubernial-Dictatur".

der Appellat mit Vorlegung des Universitäts-Deliberats und des Zeugnisses vom Actuar, daß Appellat wirklich die Transmission erhalten die Execution nach vorhergegangner gewöhnlicher Verlautbarung in der Gubernialdictatur[1]) bei dem hochlöblichen Gubernium ansuchen[2]).

§ 23. Der Recurs.

In den inappellablen Fällen wird (besonders seit 1775) der Recurs an die Curia principis als Gnadenmittel gestattet[3]).

A. Die Anmeldung des Recurses muß sogleich

a) ohne Uebergehung einer Stelle bei der ersten Instanz geschehen, H. Z. 2228: G. Z. 1: 1817, G. Z. 4808: 1830 (Insinuation am Publicationstag), G. Z. 2521: Mag. Z. 2161: 1812;

b) die Notarien müssen nicht nur den Tag der Fällung des recurrirten Spruchs, sondern auch den der Herausgabe anmerken. Vormerkung nach G. Z. 1232: 1805, G. Z. 1006: 1807 und Gubernialdecret vom 26. April 1810, Z. 736: 1810 (Suspensivwirkung); G. Z. 3534: 1815, Mag. Z. 2018: 1815.

Die Anmeldung des Recurses an Se. Majestät — (ad thronum principis) — muß ebenfalls bei der Publication des Urtheils geschehn[4]); jedoch ist es verboten gegen allh. Entscheidungen in einer und derselben Sache nochmals an Hof zu recurriren. Dieser Recurs hat auch keine hem-

[1]) Aber die Acten wurden nicht herausgegeben nach Gubl. Z. 987: 1825.

[2]) cf. Gubl. Z. 893: 1841.

An den allerh. Hof haben die Parteien einen Termin von 3 Monaten und 15 Tagen (1755).— Tabellarische Ausweise Gubl. Z. 1949: Mag. Z. 2221: 1810, Gubl. Z. 252: Mag. Z. 523: 1819, Gubl. Z. 1447: Mag. Z. 1058: 1819 (dem Comes).

[3]) Und zwar an 1) das Gubernium; 2) die siebb. Hofkanzlei; 3) die Person Sr. Majestät („Staatsrath") nach Gubl. Z. 394: 1812. Das Rechts-Institut des Recurses wurde als solches eingeführt durch 4. Punkt des Diploma Leopoldinum durch den 2: 1755 und besonders Gubl. Z. 2878: 1775, Gubl. Z. 852: 1792 und Gubl. Z. 3462: 1813. Dies Gnadenmittel wurde von Oben und Unten mißbraucht, besonders da die siebb. Hofkanzlei die Fälle des Recurses auf die willkürlich interpretirte Clausel (deren Ursprung zweifelhaft ist) „in omnibus casibus denegatae justitiae" exemplificirte. (Recurs auch in exceptivis und den Incidenzproceßen ꝛc. ꝛc.). Gubl. Z. 6237: 1783, juxta Circulares [13], 1775 recurrere in casibus: 1) denegatae justitiae; 2) Si quis non citatus et non auditus convinceretur; 3) in criminalibus.

[4]) Nur Abwesenden ist es erlaubt auch 3 Monate hindurch nach der Publication zu insinuiren (die Remedisirung) nach Gubl. Z. 3534: 1815. — Ueber die Publication der Gubernial-Resolutionen siehe Hof-Z. 2466, Gubl. Z. 5148: 1829 und Gubl. Z. 691: 1830, ferner Gubl. Z. 5835: 1836, Gubl. Z. 893: 1841 und Gubl. Z. 2591: 1843 (bezüglich des Recurses).

mende Kraft (Suspensivwirkung) nach Hof-Z. 2918:1832 und Gubernial-Zahl 3214:1835.

Ist die Anmeldung ausgewiesen, so können die weitren Schritte ohne Abwartung einer Gubernial-Verordnung (Entscheidung) gethan werden, G. Z. 3514:1814.

Dem Recursgesuche selbst werden alle untergerichtlichen Sprüche beigeschlossen und auf dem jüngsten die Recursanzeige vorgemerkt nach G. Z. 1232:1805, G. Z. 1:1817 und G. Z. 2918:1832; auch muß sich der Advocat unterfertigen nach G. Z. 720:1817.

Gegen Gubernial-Resolutionen, welche der Magistrat aushändigt, muß der Recurs dem Gubernium angemeldet werden G. Z. 4808:1830; H. Z. 2466: G. Z. 691: Mag. Z. 856:1830.

B. Die Prosecution und Legitimation des Recurses[1]) — (Introductions- und Instifications-Termine; Ausheben der Recursschrift ꝛc. H. Z. 3941: G. Z 4305: Mag. Z. 2656:1835) — sollte:

a) binnen zwei Monaten bei der untern Gerichtsstelle geschehen (Recurse an das Gubernium) nach G. Z. 1720:1802, G. Z. 2045: 1803, G. Z. 3514:1814[2]), Mag. Z. 2237:1814;

b) an den allh. Hof binnen dem im art. 2:1755[3]) festgesetzten Termine geschehen (binnen 3 Monaten[4]) und darüber vom Exhibits-Director ein sogenanntes „testimonium promotorium“ erhoben werden G. Z. 495:1836; (cf. G. Z. 3514:1814, G. Z. 3257: 1807, G. Z. 1232:1805 und G. Z. 1:1817); H. Z. 5396: G. Z. 495: Mag. Z. 474:1836.

C. Die Wirkung des Recurses.

a) Der Recurs hemmt zunächst die Execution[5]) — Suspensivwir-

---

[1]) Die den Recurs intra terminum nicht prosequiren (d. i. kein decretum promotorium erhalten) verfallen in die Strafe der indebitae vexae; jedoch nur über ausdrückliche Erwähnung des Guberniums Gubl Z. 136:1810. Gubl. Z. 2739:1814 (lare Praxis) und die Exekution kann vorgenommen werden; cf. Gubl. Z. 4843:1843 und Hof-Z. 3570, Gubl. Z. 4096:1835.

[2]) Recurse an das Gubernium konnten binnen zweimal 15 Tagen (über Verständigung des Gerichtes und der Gegenpartei) aufgeschoben werden Gubl. Z. 9021 Herm. Mag. Z. 3257:1807. (eigentlicher Termin nur 30 Tage).

[3]) Gubl. Z. 736: Mag. Z 1518:1810 und art. 2:1755.

[4]) Siehe Gubernialdecret 19. October 1807 Z. 3257, vom 19. April 1805 Z. 1232 (und Gubernialdecret vom 2. November 1755), sowie G. Z. 1:1817.

[5]) Der Recurs hemmt aber die Execution liquider Forderungen nicht Hof-Z. 3156:1815 (cf. ungarl. 28:1729) ebenso haben Recurse an Se. Majestät selbst keine Suspensivwirkung nach Gubl. Z. 3214:1835; wie überhaupt Recurse im politischen Wege — nur dann, wenn keine Restitution möglich wäre — die Execution hemmen.

Recurse über Verhängung der indebitae vexae hindern diese Strafexe-

kung[1]) — nach G. Z. 3509 : 1805, G. Z. 1006 : 1807, G. Z. 736 : 1810 und G. Z. 3854 : 1831; (cf. G. Z. 3462 : 1813); H. Z. 4194 : G. Z. 3294 : Mag. Z. 1840 : 1833;

b) günstigen Falles erwirkt er die Transmission (geht also in die Appellation über);

c) ungünstigen Falles aber erfolgt nicht nur Rechtskräftigung des recurrirten Urtheils, sondern es sollten (?) die Advocaten, wenn der Recurs unnöthigerweise insinuirt wurde, das stallum agendi verlieren und den Parteien Schadenersatz leisten; doch wurde zunächst die Partei in die Gerichtskosten verurtheilt nach Recursnormale von 1775 G. Z. 2878, ferner H. Z. 1441, G. Z. 7753 : 1817, G. Z. 1006 : 1807.

Die Strafe des unstatthaften Recurses besteht in der sogenannten Articularstrafe von 200 fl. oder in der Indebitagebühr, welche jedoch nicht bei abschlägigem Recursgesuche, sondern nur über gleicherzeit hierüber ausdrücklich verhängte Verfügung gezahlt wurde; wo aber das Substratum litis geringer wäre im sogenannten homagium vivum nach Stat. IV. 4, 2 20 fl. nach G. Z. 736 : 1810, G. Z. 1006 : 1807, G. Z. 2749 : 1814, G. Z. 3156 : Mag. Z. 1915 : 1815, G. Z. 394 : 1812 und H. Z. 5184 : G. Z. 136 : Mag. Z. 310 : 1832[2]), ebenso Gubl. Z. 4843 : 1834, Hof-Zahl 3470 : Gubl. Zahl 4096 : 1835.

Der in dem siebenbürgischen Proceßsysteme so folgenreiche art. II. des Hermannstädter Landtags von 1755 ist bereits hier Seite 93—94 mitgetheilt.

§ 24. Die Reportations- (Nullitäts-) Klage.

Auch wenn weder die Appellation noch der Recurs benützt worden war, gab es noch ein Rechtsmittel die Wirkung eines gefällten Urtheils aufzuschieben oder dasselbe gänzlich aufzuheben, nehmlich die Reportationsklage (später sogenannte Nullitätsklage), worunter die an den Richter

---

ecution nach Gubl. Z. 3509 : 1805 — doch kann nur die höhre Stelle unstatthaffte Recurse bestrafen nach Gubl. Z. 2749 : 1814 — Magistrate haben über Zulassung oder Statthaftigkeit dieses Gnadenmittels gar nicht zu urtheilen Univ. Z. 181 : 1818. Der Recurs muß also immer zugelassen werden.

[1]) Ausgenommen, wo bei Polizeiunscheidungen extra dominium recurrirt wurde.

[2]) cf. Appr. Const. IV. 1. art. 16 und 28 Compil. Const. V. ed. 2, Tripart. II. 69 und analog Tripart. II. 25, 34, 70 und 71, Tab. Instruction § 176 (siehe ungarische Proceßpraxis). Ueber die ungarischen Birsagien cf. Sigismund Decret 6 art. 7; Mathias 6. Decret art. 52, 58 und 69; Uladislaus I. art. 2, 12, 66, 67, 99 und Localconstitutionen, sowie hier 1. Lieferung.

gestellte Bitte verstanden wird, die Vollziehung des auf einen nichtigen Grund beruhenden Urtheils (wegen formeller oder materieller Gebrechen) aufzuschieben und die Sache noch einmal zu untersuchen; (cf. Stat. I. 12, 1 die Nullitätsklage, die Rejecta und Moratorien). Indessen hinderte die Executionsreportation nicht die Vollziehung des richterlichen Urtheils nach G. Z. 3665 : 1802, Mag. Z. 167 : 1803 und G. Z. 1451 : 1816 und hatte mithin keine Suspensivwirkung.

Eine gewiße Aehnlichkeit mit der Reportation hat die Remission eines Rechtsstreites, nur daß diese nicht auf Ansuchen einer Partei, sondern auf diesfälliges richterliches Erkenntniß und vor Fällung des Urtheils von Seite des Richters erfolgt, welcher nehmlich einen an ihn gelangten Rechtsstreit wegen irgend eines entdeckten Fehlers (Nullität) zur gerichtlichen Verbesserung an die untre Instanz zurücksendet. (Rejecta).

Nach Univ. Zahl 141 : 1827 findet die Reportation in sächsischen Proceßen nicht statt, wohl aber kann eine Nullitätsklage angebracht werden. —

§ 25. Das Novum gratiosum.

Im Allgemeinen kömmt dies Rechtsmittel nach ungarischem Proceßrechte zur Anwendung[1]), jedoch ist es nur einmal zuläßig.

Nach bereits definitiv entschiednem Streite und vollzogner Execution konnte die sachfällige Partei durch einen Protonotär oder Gubernialsecretär im Namen des Fürsten ein vom königlichen Siegelbewahrer ausgestelltes mandatum novi judicii erhalten in der Formel: a) Exponitur majestati nostrae ... (Grund des Mandats; Motivirung); b) Proinde ... (Auftrag an dieselbe Gerichtsinstanz den Proceß nochmals zu verhandeln), womit sie binnen 60 Tagen die Erneurung des Rechtsstreites anzusuchen hatte; (cf. G. Z. 642 : 1798 und s. Stat. I. 4, 10 und I. 11, 3 analog Gubl: Z. 3369 : 1797, G. Z. 642 und 647 : 1798); doch ist, statt der ungarischen Präscriptionsfrist von 32 Jahren, hier die sächsische von zwölf Jahren maßgebend gewesen.

---

[1]) Novum gratiosum nach ungarischem Rechte s. Approb. IV. 1. art. 20 und 23 und Approb. II. 8. 3; Tabular-Instruction von 1777 § 143—48. Siehe hier S. 95 den § 43 und im 1. Buche „Statutargesetzbuch" 4. Titel, den § 10 (S. 248): „Si quis etiam litem semel amissam, sine beneficio novi judicii restauraverit, florenis duodecim; ceterum qui iterato novi judicio beneficio egerit, a limine judicii repellatur, ac in duplum condemnetur". — Hiemit verbunden: G. Z. vom 16. März 1798 Z. 642, wornach das novum gratiosum nur einmal anwendbar ist, und dabei die sächsische Präscription von der ungarischen verschieden bleibt. Vergl. auch Statut. III. 6. 15. („Gesetzestext" Seite 206 und 306), dann G. Z. 2977: und 3369 : 1799.

Einzelne statutarische Bestimmungen über das Novum gratiosum sind nachfolgende[1]):

1544. Novum gratiosum ist nur nach Extrahirung des letzten fürstlichen Urtheilsspruches zuzulassen (Hermannstädter Magistrats- und Universitäts-Protokoll IV. Band, Seite 1).

1553. Fürstenbrief (Novum gratiosum) soll nur vom Fürsten selbst, nicht aber von dessen Waiwoden angenommen werden (IV. Band, S. 34) und wenig andres: Beispiele im sächsischen Nationalarchiv, so Nummer 763:1651 ein der Universität intuitu Kornetzell gegebnes Novum gratiosum; eine Depositio oneris Nr. 777:1655, Proceßschrift dazu Nr. 778:1655 und so andre mehr[2]).

V. Der Executionsvorgang.

§ 26. Die Lehre des Statutargesetzbuches.

Es ist dieselbe in den 7 Paragraphen des zwölften Titels im ersten Buche der Statuten[3]) in folgenden Hauptgrundsätzen ausgesprochen:

I. Die Execution wird aufgehoben und das Gezahlte zurückerstattet, wenn es erwiesen werden kann, daß der Richter auf falscher Grundlage geurtheilt, oder den Vollzug unrichtig vorgenommen habe[4]).

Hieraus entwickelte sich, abgesehn von den bereits erörterten Rechtsmitteln, welche etwa ihre Anwendung finden konnten, noch eine besondre, nach vollbrachter Execution, namentlich gegen einen fehlerhaften Vorgang derselben, zuläßige Nullitätsbeschwerde.

Ist aber das Urtheil rechtskräftig[5]), so ist dasselbe nach der Frist von 6 Wochen so vollstreckbar, daß des Sachfälligen Hab und Gut, dessen nehmlich, welcher zur Zahlung oder Leistung verurtheilt wurde, bis zur

---

[1]) Vergl. auch hier „Gesetzestext" Statut. I. Buch, 2. Titel § 7 S. 142 und 245 u. a. O.

[2]) Beispiele z. B. im Nat. Archiv Nr. 362:1538 Mandatum Johannis Regis de novo judicio in causa cerdonum Brassoviensium contra coriarios Cibinienses; und unter Nr. 424:1543 ein judicium novum inter Mártonhegy et Broller; ein Novum der Isabella für Elisabetha Kenves im sächs. Nat. Archiv Nr. 434:1543 ꝛc. Christofori Bathory Mandatum novi gratiosi pro parte Georgii Göldner de Sybrig elargitum siehe im sächs. Nat. Archiv Nr. 1388:1580. u. so a. m.

[3]) Nachzulesen „Gesetzestext" S. 165 und 262.

[4]) Nach der Praxis konnte die einmal eingeleitete Execution nur durch folgende vier Mittel rückgängig gemacht werden: 1) Nullitätsklage; 2) Rechtfertigung des Contumaz nach Statut. I. 2. 8 und I. 3. 1; 3) Vergleich (Stat. III. tit. 8, § 4 und 2); und 4) durch Zahlung Stat. III. 2. 2.

[5]) Nach spätrer Praxis konnte es als rechtskräftig ausdrücklich mittels neuen Urtheilsspruches erklärt werden, wenn Fallfristen versäumt worden sind;

Genugthuung seines Widersachers in Beschlag genommen wird und mit der Pfändung zugleich die Veräußerung dieser Befriedigungsgegenstände eingeleitet werden kann.

Sind Jemandem Zahlungstermine gesetzt — (drei Tage für Baargeld[1]) — so gilt das gleiche Verfahren nach verfallner Frist, wenn die Schuld nicht abgetragen wurde.

II. Betreffs der Gegenstände auf welche diese Execution geführt wird[2]), gilt der Hauptgrundsatz, daß zunächst die fahrende Habe angetastet werde, ausgenommen jedoch Handwerkszeug und Ackergeräthschaften, sowie dazu gehöriges Zugvieh, welche nur im Nichtbedeckungsfalle der Schuld haften.

Ist etwas davon mit gerichtlichem Verbot belegt, hat der Richter die angemessne Entscheidung zu treffen[3]).

III. Dienstbotenlohn (Jahreslohn) hat ein besondres Vorzugsrecht und soll die Bezahlung desselben binnen 3 Tagen verordnet werden[4]); nur solche Gläubiger haben ein noch bessres Vorrecht, deren Forderungen bereits gerichtlich eingeklagt und zuerkannt worden sind.

IV. Der Hausherr hat gegen den Miether das bekannte römische Vorrecht auf Pfändung der „illata et invecta".

V. Ist die fahrende Habe durch den Gerichtsdiener gepfändet, wird sie bei einem Nachbar hinterlegt und an drei öffentlichen Markttagen so feilgeboten und veräußert, daß der gepfändete Eigenthümer das Vorrecht

---

z. B. die Appellationsverfolgung verschlafen wurde, wo sogleich das untre Gericht dies nach erwiesner Thatsache thun konnte; waren aber die Transmissionalien erhoben, sind jedoch in foro appellatorio die Appellationsgründe nicht rechtzeitig eingereicht worden, so hatte die Appellationsinstanz die Rechtskraft des untergerichtlichen Urtheils auszusprechen und die Vollstreckung der betreffenden Gerichtsbehörde zuzuweisen.

[1]) Siehe im „sächsischen Privatrechte" den Darlehnsvertrag u. a. Eine statutarische Bestimmung im Herm. Mag.- und Univers. Protokoll (VI. Bd. S. 6), besagt schon 1574: Wenn Schuldner den im Schuldschein stipulirten Termin mit der Zahlung nicht einhalten und sich auf Mahnung des Gläubigers selbst einen zweiten (kurzen) Termin setzen, erlangen hernach, wenn sie dieser Forderung wegen dennoch gerichtlich belangt werden müssen, nur eine dreitägige Frist. — Das „Wechselrecht" welches in Siebenbürgen gegolten, (siehe hier „Privatrecht") gehört nicht in diese Darstellung.

[2]) Siehe noch „Gesetzestext" S. 196 und 203, sowie 294 und 302.

[3]) Dies wurde so verstanden, daß von diesen Gegenständen das vielleicht zu viel mit Verbot Belegte zu Gunsten dieser Execution ausgesondert werden solle und mithin jener nach dem Interdict Bevorrechtete auf das geringst zulässige Maß der Deckung gewiesen werde.

[4]) Siehe hiezu noch im „Privatrecht" die nähern Angaben, besonders die Cridalnorm von 1772.

hat, die betreffenden Einzelstücke um den höchsten Meistbot an sich lösen zu dürfen[1]).

VI. Ist ein Stadtbürger in Execution gezogen, so unterscheidet man, ob sein Gläubiger ein Fremder oder ein Mitbürger sei. Der erstre hat nehmlich das Vorrecht einen Confessionseid über seines Schuldners — (etwa verheimlichte) — Güter zu verlangen, dem Mitbürger aber ist der Schuldner nicht verpflichtet zu eiden[2]), weder Baarschaft noch Geschmeides wegen. —

Die Ausrichtung erfolgt in beiden Fällen zuerst mittels vorgefundener Baarschaft, dann im Nichtzureichungsfalle mit Geschmeide (Gold, Silber, Edelsteine und Kleinodien); sodann wird auf die übrige fahrende Habe gegriffen und sollte sich hiemit der Mitbürger als Gläubiger begnügen lassen, bis er gezahlt wird. Der Fremde und nur ausnahmsweise der Mitbürger können zuletzt auch Liegenschaften in die Execution ziehn.

VII. Liegenschaften (Erbgüter) werden ortsüblich zum Verkaufe dreimal ausgerufen und kann sie der Eigenthümer sodann um den Meistbot nicht an sich lösen, einem Mitbürger veräußert[3]). Der Gläubiger wird bis zum Schuldbetrag befriedigt, den Ueberschuß erhält der Schuldner als bisheriger Eigenthümer. (Siehe „sächsisches Privatrecht").

Abgesehn von den im Statutargesetzbuche enthaltnen Rechtsregeln gab es noch besondre Satzungen und Gerichtsgebräuche in den einzelnen Jurisdictionssprengeln und machte sich auch sonstiger Ständeeinfluß[4])

---

[1]) Es wurde also (auch ohne Markttage) eine öffentlich bekannt gegebne Licitation abgehalten.

[2]) Es sei denn, wenn neurer Zeit, nach der Fallitenordnung vorgegangen wurde, welche überhaupt ein besondres, aus dem „Privatrechte" bekanntes Verfahren vorschrieb.

[3]) Erfolgt kein Meistboth, so wird die Schätzung vorgenommen, — was übrigens auch früher schon geschehn konnte — und bei einer zweiten Licitation das Gut entweder an einen Käufer losgeschlagen oder dem Gläubiger so überantwortet, daß, sollte auch der Schätzungspreis höher sein, als seine Forderung, derselbe keinen Restbetrag aufzuzahlen hat, sondern in das volle Eigenthum eintritt. — (Die besondren Verhältniße aus dem Institut der Intabulation und der Grundbücher siehe im „Privatrechte"). — Ist dagegen der Schuldner zahlungsfähig, muß jenes seiner Grundstücke in die Pfändung und Veräußerung einbezogen werden, dessen Verkauf zureicht, leicht durchführbar ist und ihm dies am wenigsten schadet.

[4]) Z. B. der Geistlichkeit, analog ihrer Mittheilnahme bei Verlassenschaftsabhandlungen; vergl. diesfalls in den Herm. Mag. und Univ. Protokollen 1655 Pfarrer dürfen bei Theilungen keinen Fiscum nehmen (X. Bd. S. 410); Bei dem Nachlaß von Pfarrerssöhnen, obwohl sie nur Schullehrer sind, wird, sollten sie während eines Jahrs nach dem Tode ihres Vaters sterben, die geistliche Behörde zur Verhandlung zugelassen 1689 XI. Bd. S. 495, doch stehn Pfarrerssöhne — im Gewerbstand — nicht unter geistlicher Jurisdiction 1689. XI. Bd. S. 494.

geltend. Zuletzt wurde, besonders in Hermannstadt, nachfolgendes Verfahren beachtet.

§ 27. Die übliche Vollstreckung.

Das siebenbürgisch-sächsische Executionsverfahren hatte manche Vorzüge rascher Erledigung, welche mitunter heutzutage umsomehr vermißt werden, als die beabsichtigte Schonung des Schuldners meist dazu führt, denselben noch in die Tragung größrer Executionskosten zu stürzen und mit der Verzögerung der Angelegenheit auch seinen persönlichen Zustand anzugreifen.

Die Vollziehung richterlicher Endurtheile hatte in Städten und Dörfern das Judicat (Stuhlsgericht) und zwar nach Usus und Gubernialverordnung von 1844 durch einen Secretär oder Actuar vorzunehmen; in privilegirten Märkten erequirte das Ortsgericht, und in Theilungsproceßen das Theilamt, inwieweit es sich nehmlich um die Bestimmung des Erbantheiles nach Quantität und Qualität handelte.

Hatte der Beklagte obgesiegt, so ließ er blos die Proceßunkosten am Kläger erequiren, wenn ihm nehmlich dieselben zugesprochen waren.

Dieselben wurden in einer eignen Specification dem Judicate vorgelegt, dann dem Succumbenten zur Gegenäußrung (Reflexion) communicirt und über beiderseitige Allegationen durch ein appellables Urtheil erkannt.

Hatte aber der Kläger gewonnen, so wurde die Execution gegen den unfügsamen Succumbenten mittelst gerichtlichen Zwanges bei dem Richter erster Instanz angesucht. Nach der Hermannstädter Praxis verlangt der Obsieger ein par deliberati — reichte dies dem Richter ein und verlangte mündlich die Execution. Der Richter schrieb auf dies par deliberati: „die Vollziehung wird dem Secretär (oder Actuar) N. N. aufgetragen". — Hierauf certificirte der Executor den Succumbenten und setzte ihm einen Termin von drei Tagen bis sechs Wochen. Befriedigt der Execut den Triumphanten nicht, so wird sein Vermögen in Beschlag genommen und die Vermögensgegenstände bis zum Betrag der Forderung öffentlich veräußert. (Einfaches und schnelles Verfahren, da die drei östreichischen Executionsgrade: Pfändung, Schätzung und Feilbietung zusammenfallen). Ist nun der Triumphant ein Hypothekargläubiger und beträgt das Meistbot nicht so viel als seine Forderung, so muß er sich hiemit begnügen und wenn sich kein Käufer findet, das Pfand als Zahlung annehmen. (Universitätsbeschluß von 1797, Z. 122).

Besondre Bestimmungen betreffen Folgendes:

1. Die Execution konnte in den Ferien continuirt; aber nicht angefangen werden G Z. 292 : 1805 — Zu Executoren sollten nach G. Z. 1352 : 1831 nur Rechtskundige verordnet werden. (cf. G. V. vom J. 1844 — H. Z. 2957: G. Z 1352 : 1830, Mag. Z. 1083 : 1831).

2. Die Execution eines gerichtlichen Deliberats im Falle, wo die Appellation insinuirt, aber nicht prosequirt worden war, konnte nicht vor sich genommen werden, wenn nicht der Spruch selbst und ein im Namen des Magistrats vom Notär unterfertigtes und gesiegeltes Zeugniß über die unterlassne Fortsetzung des Proceßes vor Gericht beigebracht wurde. — cf. Univ. Z. 118: M. Z. 409: 1819, Univ. Z. 135: M. Z. 374: 1819; Executionsgesuche nach verschlafnem Termin sind übrigens nicht noch der saumseligen Gegenpartei mitzutheilen nach Univ. Z. 102: 1839 (Gubl.-Z. 292: 1805).

3. Besoldungen öffentlicher Staatsbeamten können — wenn sie schon zur Hälfte verpfändet worden sind — gerichtlich nicht inhibirt werden, H. Z. 19306 GZ. 2506: 1797. Gerichtliche Inhibitionen können im Falle, wo ein Privatmann mit dem Militärärar einen Contract hat nur auf die mit dem Termin zu erhebende Geldsumme gelegt werden, Hofrescript vom 14. Mai 1814 G. Z. 1340 und Herm. Mag. Z. 1478: 1814. — Pensionen und Gnadengehalte unter 100 fl. CM. können nicht gerichtlich sequestrirt werden; nur die über 100 fl. CM. aber blos zur Hälfte, Gubl. Z. 10222: 1839. (Androlepsia verboten s. Landtagsprot. von 1791 pag. 470 und H. Z. 10113: 1840).

4. Licitationen sind durch Rechtskundige (Magistratualen) und nicht durch Gerichtsdiener anzustellen, Comitialerlaß von 1844. Licitationscommissäre selbst dürfen keine Effecten an sich kaufen G. Z. 9567: 1830. — Zu Executoren sind nur Rechtskundige zu verordnen nach GZ. 1352: 1831.

5. Nach dreimal vergeblichen Licitationen ist den Hypothekargläubigern die Hypothek um die Schuld zu überlassen nach Univ. Z. 122: 1797, doch müssen solche Grundstücke vorschriftsmäßig abgeschätzt werden, Univ. Erlaß von 1829. — Vorher: Bekanntmachung durch die Zeitungsblätter oder öffentlicher Ausruf mit Trommelschlag. Bei öffentlich licitando verkauften Gütern wurde das Näherrecht abgestellt nach G. Z. 8830: 1800, Herm. Mag. Z. 22: 1801, cf. über das Nachtmahl bei öffentlichen Licitationen GZ. 55 und Herm. M. Z. 321: 1807. (Privatrecht).

6. Niederöstr. Gerichte konnten keine gerichtlichen Verbote über ihren Wirkungskreis erlassen nach GZ. 1650: 1814, cf. 37 und 2: 1792 (östr. Justizgesetzsammlung Nr. 292, Hofdecret 22. April 1796) — analoge Beschränkungen. — Dagegen wohl ungarländische Gerichte H. Z. 3115: G.-Z. 3978: Mag. Z. 3653: 1831, G. Z. 1340: Mag. Z 1478: 1814.

7. Ueber gerichtliche Executionen bei liquiden Schulden, wo sowohl Gläubiger als Schuldner Fiscalunterthanen sind s. Hofz. 937: GZ. 2855: Herm. Mag. Z. 1920: 1827; in der Militärgrenze vergl. G. Z. 3429: Herm. Mag. Z. 3444: 1803 u. a. m.

Nachwort.

Der Civilproceß nach sächsischem Landesrechte — ein im Voraus bürgerlichen und einfachen Rechtsverhältnissen angepaßtes Gerichtsverfahren, welches auf schnelle und wohlfeile Erledigung der Streitsache abzielte und den vormundschaftlichen Schutz des Richters für die Partei in Bewegung setzte, — war seinem Grundwesen nach von dem ungarischen Proceßrechte verschieden und hat diesemnach auch seine besondre Ausbildung, namentlich durch statutarische Satzungen der sächsischen Nations-Universität und der einzelnen Jurisdictionssprengeln, sowie durch gewohnheitsrechtliche Gerichtsgebräuche der zur Rechtspflege berufnen Organe, erfahren; indessen gab es bei der Gemeinsamkeit der höhern Instanzen (curia principis: Gubernium und Hofkanzlei) Berührungs- und Anknüpfungspunkte dieser beiden verschiednen Landesrechte, welche besonders bei den Rechtsmitteln des Recurses und des Novum gratiosum hervortreten, und hatte richterliches Gebahren bei der Urtheilsfällung in den Comitaten, sowie das Wesen des sogenannten kurzen ungarischen Proceßes, sehr verwandte Züge mit dem herkömmlichen sächsischen Gerichtsverfahren. —

Allenthalben Mängel und Lücken, welche fast unvermeidlich sind, wenn ein 1583 abgefaßtes Gesetzbuch in unveränderter Grundlage 270 Jahre lang beibehalten wird und die Besserung auf einzelnen Gebieten zusammenhanglos, durch Factoren, hier statutarischer Einflußnahme von oft nicht nachhaltiger Wirkung, dort durch Regierungsnormalien von zweifelhafter Autorität (Hofrescripte und Decrete, Gubernialdecrete, Comitialerläße) erfolgt, und weder diese, noch jene gesammelt werden, ja regelmäßig nur höchst nothdürftig bekannt, blos theilweise befolgt erscheinen.

Man dachte an Abhilfe, sie war aber ganz unzulänglich und unwirksam, als der verspätete Entwurf einer neuen (dem östreichischen Proceßwesen nachgebildeten) Gerichtsordnung erschien [1]).

Die in den auf Minimalleistungen hingewiesnen Rechtsschulen vorgetragne Lehre war, eingedenk des Satzes, daß namentlich das Proceßrecht als eine Geheimlehre practischer Advocaten geübt, theoretisch unfaßbar sei, nicht darauf bedacht, den Stoff nach allen Seiten hin wissenschaftlich zurecht zu legen; — ich habe das Schulheft des berühmtesten Advocaten und Aushilfsprofessors in Händen gehabt, es gibt in drei Schriftbogen wahrhaft klägliche Erläuterungen zu einer höchst dürftigen Exegese der einzelnen Paragraphen des ersten Buches im sächsischen Statutargesetzbuche.

Es fehlte vor allen Dingen an zwei wesentlichen Erfordernissen, einmal an der Behandlung des Gesetzesstoffes selbst nach seinem Quellenursprunge aus römischem, altdeutschem und ungarischem Rechte, als auch andrerseits an der zureichenden Darstellung seiner spätern Umbildung und Ausführung durch Statute und Normalien. — Sowie Albrich in seinem „sächsischen Privatrechte" (1817) blos in äußerst wenigen Bezugsnahmen hierauf Rücksicht nimmt, dagegen aber einer ziemlich unvermittelten römischen Rechtslehre den ausfüllenden Raum vergönnt, schien es auch im Proceßrechte passend, Jedermann es selbst zu überlassen, dies nach Bedürfniß durchzuführen und war höchstens eine hienach geschöpfte ganz allgemein gehaltne begriffliche Lehre geboten — und wurde dabei etwas über Recurswesen u. dgl. zu sagen für angezeigt erachtet.

Nachdem aber der hochverdiente ehemalige Kronstädter Universitäts-Abgeordnete, Jos. Trausch (gegenwärtig lebenslänglicher Vorsteher des Landeskundevereins) eine mühsame Normaliensammlung hergestellt hatte, war der Weg gefunden, wie man den bereicherten Stoff hinlänglich kennen und sichten lernen solle. Da jedoch dies handschriftliche Werk in die Hände der Obergerichtsbehörden gekommen war, ist es mir nicht möglich gewesen, daraus zu schöpfen; ich mußte mich an das Hermannstädter Magistratsarchiv halten.

[1]) Siehe hierüber die „Einleitung" Seite 14 in meinen 1853 bei Drotleff in Hermannstadt erschienenen „Statuta jurium municipalium Saxonum in Transsilvania" — „Das Eigen-Landrecht der Siebenbürger Sachsen". (266 Seiten).

Meinem nunmehr blos für die Rechtsgeſchichte bedeutſamen Gegenſtande ſuchte ich dadurch zu entſprechen, daß ich — (abgeſehn von der Bearbeitung des Statutargeſetzbuches vom Jahre 1853) — in der zweiten Lieferung II. Bde. dieſes Handbuchs, erſter Aufl. 1856 (S. 133—334) den „Geſetzestext“ aus dem Originale neu mitgetheilt und in parallelen Noten mit den verwandten Rechtsquellen des römiſchen, canoniſchen, altdeutſchen und ungariſchen Rechts zu vergleichen verſucht habe, woraus der Urſprung des Stoffs erſichtlich gemacht und für die dogmatiſche Lehre eine treffliche Handhabe hergeſtellt wurde.— Unter Rückbeziehung auf dieſen Geſetzestext ſind nun hier die Grundſätze des ſächſiſchen Civilproceßrechts mit ſteter, wohl nicht immer zureichender, Berückſichtigung ſeiner practiſchen Entwicklung dargeſtellt worden.

Manches könnte Tiefeingeweihten weniger zutreffend erſcheinen,— dieſe erſuche ich Selbſtverſäumtes nachzubeſſern; Andern dürfte zu wenig geboten ſein,— dieſe mögen das Fehlende mehr dem Stoffe ſelbſt, als dem Verfaßer zuſchreiben; Viele aber werden die ganze Arbeit für überflüßig erachten, — dieſe ſind niemals Männer der Wiſſenſchaft geweſen und ſcheuen das allerkleinſte Opfer für ihre Pflege; bei dieſer Geringſchätzung aller rechtsgeſchichtlichen Arbeiten erniedrigen ſie ſelbſt ihren Beruf zum Handwerke des Taglöhners und verſagen mit ihrer losgezählten Theilnahme an den kärglichen Erzeugnißen unſrer einheimiſchen Literatur dem ganzen Volksthume die wiſſenſchaftliche Werthſchätzung, welche von je die größte Zierde des deutſchen Namens geweſen iſt.

Den wenigen Freunden dieſes Fachs, — die auf dem Markte des Lebens zurückgedrängte Arbeit — mit freundlichem Gruß; — den Rechtshörern aber zur überaus lehrreichen Vergleichung und Grundlegung wiſſenſchaftlicher Erkenntniß; — dem Geſchichtsforſcher zur vielſeitigen Aushilfe in Fragen früherer Einrichtungen, welche oft nicht nur der Rahmen, ſondern auch das Bild vergangnen Lebens geweſen ſind.

Hermannſtadt, im Juli 1867.

Der Verfaßer.

III.

Das ſiebenbürgiſche Strafrecht.

Die Institute des siebenbürgischen Strafrechts.

(Sechster Theil der innern Rechtsgeschichte).

Vorerinnerung.

§ 1. Rechtsquellen und Literatur.

Im Allgemeinen gelten auf diesem Gebiete die bereits früher angeführten Quellen des ungarischen und sächsischen Rechts, da man weder in der Gesetzgebung, noch in der Rechtspflege selbst das besondre Wesen des Strafrechts auseinanderzuhalten pflegte, vielmehr in manichfacher Weise Grundsätze und Regeln vermischte oder unvermittelt aneinanderreihte.

Dazu kamen die verschiednen Gerichtsbarkeiten mit ihren autonomen Satzungen und eignem Sonderverfahren, zumal die geistliche Jurisdiction mit ihrer ausschweifenden Kirchenzucht, welche ganze Stücke des strafrechtlichen Gebiets aus dem übrigen Zusammenhange loslösten und für sich eigens bestimmten[1]); — nur im sächsischen Statutargesetzbuche von 1583 ist das vierte Buch ein besondrer, allerdings sehr kärglicher — meist römisch-rechtlicher — Strafcodex und sind auch über manche Partieen des Verfahrens nachträgliche, zumal formelle Bestimmungen über Recurswesen, u. dgl. m. erflossen[2]).

[1]) Vergl. hier im I. Bd. zweite Aufl. S. 341 und hier III. Bd. S. 168 Note und beifolgenden Zusatz oben.

Ueber das Jus gladii hier III. Bd. Seite 170 und so andrer Orten mehr.

Ueber die Ergänzung des lücken- und mangelhaften Strafrechts, siehe viele Municipaleonstitutionen, so in den von mir und *Dr. Eugen v. Trauschenfels* herausgegebnen „Ungarischen Rechtsdenkmälern" und in meinen „Deutschen Rechtsdenkmälern". (Beispielsweise Bistritzer Localstatute im Vereinsarchiv N. F. VII. Bd. Seite 344—346 u. a.) — Ebenso übten auch mindre Genossenschaften, wie Zünfte und Nachbarschaften ein polizeiliches Strafrecht aus, doch sollten — (nach Herm. Mag. Protokoll VIII. Bd. S. 42 vom Jahre 1632) — Nachbarschaften und Zünfte die bereits vom ordentlichen Richter bestraften Genossen nicht noch selbst zur Strafe ziehen.

[2]) Vergl. hier III. Bd. Seite 112, dann Note S. 114; ebenso S. 165, besonders Note 8; sowie S. 167, Note 1, ferner S. 180, Note 3; endlich S. 92 sammt Note u. s. w. — Eine Criminal-Instruction vom J. 1797, G. Z. 1212 u. s. w. G. Z. 1760 : 1840; (eine freilich vorübergehende aber nachwirkende Josefinische Criminal-Gerichtsordnung von 1787).

Das sächsische Statutargesetzbuch, welches sich in Statutor. lib. IV. tit. 1. § 2. ausdrücklich bezieht auf: „lex Julia Majestatis et de adulteriis, Cornelia de sicariis et paricidis, veneficiis, falsis etc.“ (hier im Anhang des II. Bandes „Gesetzestext“ Seite 214) gestattet die Anwendung des Römischen Rechts und war in dessen Gefolge auch die Carolina, dann die Theresiana und endlich das östreichische Strafgesetzbuch von 1803, sowie die bezüglichen Commentare in subsidiärer Aufnahme ziemlich willkürlich und zweifelhaft vorgedrungen, so daß, abgesehn von dem hier nachfolgenden Landtagsartikel 38:1791, ein eignes Hof- und Guberdial-Decret vom 11. November 1797 Z. 2671 zu bestimmen versuchte: „ut cum constitutiones exterarum gentium non publicatae vim legis ad irrogationes poenarum habere non possent, judexque juxta receptas municipales populoque publicatas leges judicare obstrictus sit, praefatae jurisdictiones saxonicales in judiciis suis non extraneorum juris consultorum placitis, ut plurimum ignotis et ad occurentes casus haud applicabilibus, verum legi expressae et publicatae eo modo se conformare partium suarum esse ducant, ut in casibus, qui in codice legum municipalium fors haud continerentur, praescriptum Statutorum Lib. I. tit. 1. § 5. 6. et 7 sequantur, ubi expresse cautum habetur, quoad illos casus, de quibus legibus nihil proditum et judici juxta ea, quae vel longa consuetudine invaluerunt vel ex analogia casuum lege expressorum definiri possunt, procedendum praeterea vero legibus nihil specialiter determinantibus ad jus commune recurrendum esse“. —

Der vollständigen Unzulänglichkeit der vaterländischen Strafgesetze und der schwankenden Unsicherheit der Gerichtshöfe sollte ein namentlich auf dem Landtage 1811 angestrebter Reformversuch abhelfend begegnen, was jedoch nicht durchgeführt worden ist. (Siehe Vorrede).

In gleicher Weise der Strömung des Zeitgeistes nachfolgend, haben auch die Strafmittel gewechselt. — Was immer im mittelalterlichen Deutschland vorkommen mochte, hat auch hier seine leider nur zu oft tiefeingreifende Nachahmung gefunden — Tortur, Asylrechte, Hexenproceße, verschärfte Todesstrafen u. s. w.

Erst das Hofreskript vom Jahre 1777, Z. 4625, hob das Asylrecht der Kirchen auf[1]); die Strafe des Spießens und das Zwangs-

[1]) Bezüglich der Kirchenjurisdiction hervorzuheben: Sicherhellung weltlicher Gerichtsbarkeit siehe im sächs. Nat. Archiv die litterae responsoriae des Erzbischofs Dionysius vom J. 1443 Nr. 106; (vergl. Hermannstädter Decanats-Prärogative Nr. 108:1444); dann Nummer 114:1446, 123:1448 u. 326:1470; ferner gegen Competenzübergriffe der Geistlichen Nr. 587:1496; Complanationen Nr. 91:1508 und 199:1516; dann geistliches Jurisdictions-

mittel der Tortur wurden 1778 (G. Z. 1193) und durch Hofreſcript vom 24. April 1793 Z. 729 abgeſchafft, (vergl. bezüglich der Strafe der Gliederverſtümmelung den 38: 1791), indem auch hierin der Einfluß des Regentenhauſes und deſſen Zuſammenhanges mit Deutſchland unverkennbar hervortritt.

Die wichtigſten Beſtimmungen allgemeiner Natur enthalten der 28. und der 38. Landtags-Artikel von 1791. Sie lauten:

Articulus XXVIII.

Poenae Bursales ratione Plebis Rusticae in Corporales commutantur.

Ad praecavenda Plebis Rusticae e poenis Bursalibus sequi possibilem enervationem voto Statuum Anno quoque 1741 Augustae Aulae repraesentato statuitur: Ut tam in Comitatibus, Sedibusque Siculicis, ac Districtibus Hungaricis quam in gremio Nationis Saxonicae, aliisque Civitatibus, ac Oppidis poenae Bursales ratione Plebis, quae in eam seu in Casibus Delictorum Criminalium, seu propter transgressionem Politicarum Ordinationum, ex praescripto praevigentium Legum dictari possent, in corporales, ad quas Aresta etiam referuntur, et Jejunia in Pane, et Aqua, nec non aetati, sexuique et conditioni Delinquentium, gravitati delicti, et Personis delinquentium attemperandas commutentur — neque complanationes pecuniariae in praescriptis casibus admittantur; huc non intellectis Communitatibus, damnique et Expensarum refusionibus, aut aliis poenalitatibus in Causis privatorum Civilibus legitime dictatis [1]).

Privileg der K. Isabella Nr. 769: 1559; Artikel Nr. 783: 1560; — von Proceßen hervorzuheben: Nr. 17: 1503 und 18: 1503 (Neuſtädter Kirchendiebſtahl an einem ſilbernen Kreuze); für das forum seculare „in causis prophanis“ Uladislaus' II. Mandatoriae Nr. 26: 1503 und 29: 1503, ſowie 296: 1528; geiſtliche Jurisdictionsverwahrung Nr. 1337: 1590; Gabriel Bethlen's Jurisdictionsprivileg Nr. 319: 1626 und ſo a. m.

[1]) Im Jahre 1765 wurde zuerſt beſtimmt, daß Geldſtrafen bei armen Leuten in Körperſtrafen zu verwandeln ſeien; wiederholt für Criminalverbrecher im Jahre 1772; wie Homagialſtrafen zu vertheilen ſeien, beſtimmte ein Gubernialdecret vom Jahre 1775; im Jahre 1784 abermals verordnet, daß Geldſtrafen bei armen Leuten in Leibesſtrafen zu verwandeln ſeien; (ſiehe *Schlözer* Seite 150 Einwendungen der ſächſiſchen Nation wider den 28. Landtagsart. die Einführung der körperlichen Strafen betreffend; an Kaiſer Leopold II. eingereicht im December 1791). „Es iſt in dem unlängſt abgehaltenen ſiebenbürgiſchen Landtag unter dem 28. Art. ein Geſetz in Vorſchlag gebracht worden, vermöge welchem auf die Zukunft bei dem Landvolke zur Verhütung ſeiner Enervation alle ſonſt in Geſetzen beſtimmte Geldſtrafen aufgehoben und dafür körperliche eingeführt werden ſollen. — In ſo weit als dieſe Verwandlung der Geldſtrafen in körperliche von den 2 Nationen in ihrem Mittel erzielt werden wollte, hatte die ſächſiſche Nation bereits auf dem Landtag ihre Zuſtimmung umſoweniger verſagt als nach der beſtehenden Grundverfaßung von Siebenbürgen eine jede Nation ihre innre Verwaltung frei von dem Einfluß der andern, beſitzt, und mithin auch in ihren Geſetzen gemeinſchaftlich mit ihrem Landesfürſten die gewünſchten Veränderungen machen kann. Als ſie aber ſah, daß

Articulus XXXVIII.

De Processibus Criminalibus, et interdicta Membrorum mutilatione.

Statuitur benigne annuente Sua Majestate Sacratissima, ut eousque donec ordinata Deputatio certam quandam in Criminalibus Normam elaborabit, et haec Regnotenus stabilibita fuerit, quaevis Fora Judicialia tam in cognoscendis, quam in puniendis Delictis, semet Legibus Patriis, et antiquo usui conforment, quia nihilominus hactenus usitata membrorum mutilatio ad vitae emendationem nihil proficere, quin potius quaerendorum vitae

---

dieſes Geſetz allgemein gemacht, und auch auf das ſächſiſche Territorium ausgedehnt werde, ſo widerſprach ſie (mittels der hier allerunterthänigſt angeſchloßnen Eingabe). Dieſem ongeachtet iſt der diesfällige Artikel unverändert der allerhöchſten Ratification unterlegt worden; und die ſächſiſche Nation befindet ſich in der Nothwendigkeit bei dem allerhöchſten Hofe ihre allerunterthänigſten Einwendungen dagegen einzubringen. — Die unter den receipirten Nationen Siebenbürgens eingegangne Union enthält ausdrücklich die Bedingung daß eine Nation gegen die Freiheiten, Verfaßung und Geſetze der andern nicht nur nichts unternehmen, ſondern auch dieſelbe zu vertheidigen gehalten ſein ſolle . . . . . Um aber doch zu zeigen daß man die Einführung dieſes Geſetzes in die ſächſiſche Nation nicht ohne hinlängliche Gründe abgelehnt habe, ſo unterſteht man ſich die Veranlaſſung dazu alterunterthänigſt anzuführen:

I. Vernünftige Strafgeſetze müſſen der Abſicht der Strafen und dem Charakter des Volks . . . angemeſſen ſein. Das ganze ſächſiſche Volk, ohne eine Claſſe deſſelben davon auszunehmen ſtehet auf einem Grad der Cultur, der ſeiner Freiheit angemeſſen iſt und der allenthalben in dieſer Nation . . . in die Augen fällt. Dieſem Volke, das durch Begriffe von Religion und Ehre bisher geführt worden iſt und eben durch ſeine Geſetze und Verfaßung dieſen Grad der Cultur erreicht hat, oder auch nur einem Theil davon andre Strafgeſetze und zwar knechtiſche geben, heißt ſeine Moralität verderben und ſeine Cultur untergraben.— (u. ſ. w. u. ſ. w.).

IV. Eine andre Veranlaſſung zu dieſem Geſetz, daß nehmlich ungewiſſenhaften Beamten die Gelegenheit zu Emunctionen benommen werde, befindet ſich in der ſächſiſchen Nation um ſo weniger als ſchon längſt die Beamten in derſelben die Strafgelder nicht genießen und dieſe den öffentlichen Caſſen und der Verrechnung zugewieſen worden ſind". ꝛc. ꝛc. (cf. 28:1791 Poenae Bursales ratione plebis Rusticae in corporales comutantur . . . . . in corporales ad quas aresta etiam referuntur et jejunia in pane et aqua) . . . . . Vergl. G. Z. 6488:1797 und beſonders für die Sachſen Hofreſcript 6. Juli 1810, und Hof-Z. 3681:1815 (Areſt); vergl. Gubl. Z. 9586:1816; Gubl. Z. 4099: 1821, daß auf einmal nicht mehr als 25 Schläge zu dictiren ſeien (!); Gubl. Z. 3491:1829 verordnet neuerdings, daß Verbrecher nicht mit der Artieular- oder einer Geldſtrafe, ſondern körperlich zu beſtrafen ſeien, vergl. Hofdecret 5. Januar 1831, und Gubl. Z. 3854:1831 (Recurs) Gubl. Z. 2342:1843. Zu Schlägen verurtheilte Arreſtanten ſollen, wenn ſie recurriren, vor allerh. Entſcheidung nicht geſchlagen werden.

Nach der Regulation von 1797 waren alle Gerichtsſtrafgelder in die Allodialcaſſa abzuführen und zwar in Conv. Mze. nach der Tabular-Inſtruction (Hof-Z. 667: und 1609:1824); alle Localgerichtstaxen ſollten nach dem Hofdecret vom 17. October 1840, zum Penſionsfonde der Kreisbeamten gewidmet werden.

mediorum occasionem adimere cognoscatur, hinc mutilatione membrorum communibus votis interdicta, statuitur: Ut nonnisi stigma, illudque tantum in Casibus majorum Criminum, et iteratorum Furtorum, ubi emendationis vitae, et morum nulla spes est et quidem Dorso Delinquentium, quod in casu reiteratorum Criminum investiganti Judici appareat, inuri possit.

Die Literatur ist ebenfalls, so geringfügig dieselbe auftritt, bereits angegeben[1]); begreiflicherweise führte der Mangel eines besondern Gesetzbuches und einer geordneten und gleichmäßigen Rechtspflege auch den sehr fühlbaren Uebelstand mit sich, daß bis in die jüngste Zeit die Lehre selbst ganz verkümmert war[2]).

Ueber die geistliche Gerichtsbarkeit[3]) sagt ein Kirchenrechtsschriftsteller, der von Mediasch gebürtige Arbeger Pfarrer *David Hermann*, in seinem 1650 abgefaßtem Manuscript Jurisprudentia ecclesiastica: § 4. „Jus hoc Pontificium ex conciliis, placitis et decretis Episcoporum constatum hodie apud Evangelicos eatenus acceptatum, quatenus canones cum aequitate conveniunt, jurisque naturalis et diviui vestigia imitantur" (nach Carpzow).

Die geistliche Gerichtsbarkeit suchte sich auf alle jene Familienmitglieder zu erstrecken, deren Hausväter (oder verstorbne Gatten) aus geistlichen Einkünften (zumal dem Zehnten) als für kirchliche und Schulzwecke Angestellte entlohnt wurden, daher sogar auf solcherart „Castellani et Organistae". Im § 208 seines Manuscripts sagt *David Hermann:* „Quanquam vero jurisdictio ecclesiastica ad omnes promiscue causas inter clerici ordiuis personas obortas sive spirituales, sive seculares sint, sese extendit, vigore juris episcopalis, in causis tamen criminalibus dictamen poenae capitis cum executione non nisi seculari judici, qui ob id gladium gerit, competit, cum omnis vindictae sanguinis de jure quoque perpetuo Clericis interdicta sit" (nach Roßbach); und im § 209: „Habita tamen prius et facta Personarum Ecclesiasticarum ad mortem delinquentium degradatione, aliisque multetis ecclesiasticis exactis"; ferner sagt Derselbe von den causae mixtae im § 147: „Hujus generis fere sunt causae matrimoniales, controversiae de usuris et relaxatio juramenti ad effectum agendi, in quibus singulis quidem conscientiae hominum variae fluctuant et illa quaeantur. Postrema tamen duo genera cum aliis quibusdam causis

---

[1]) Siehe hier I. Band, zweite Auflage, S. 14—16, und hier III. Band, S. 113—114, Note u. a. O.

[2]) Das erste brauchbare Lehrbuch für ungarisches Strafrecht erschien 1861, wo *Dósa* in dessen „Erdélyhoni Jogtudomány" in den §§. 387—428 (Seite 519—580) eine Paraphrase allgemeiner Strafgesetzbestimmungen mittheilt. — In andrer Richtung hervorzuheben: „1843-ik évi Magyar Büntető Törvénykönyvi Javaslat" und von *Pauler* „Büntetőjogtan" Pest 1864 (die Werke von *Szlemenics* u. A.).

[3]) Vergl. hier I. Bd. zweite Aufl. Note S. 205 und 314 u. a. O., dann III. Bd. S. 168 Note.

nimirum testamentorum, pupillorum, viduarum et quae praeterea jure canonico quondam pro ecclesiasticis sunt habita ad judices seculares hodie merito communi Doctorum suffragio relegata sunt".

Trotz dieſer Einſchränkung geiſtlicher Uebergriffe blieb ſelbſt für das Strafrecht ein mitunter wohl beſſer als durch den weltlichen Arm ſtrenggeſchulter[1]) Rechtspfleger ausgefüllter Raum übrig, wo die Kirchenzucht ſich geltend machen konnte. —

Vor allen andern Rechtsquellen dieſerart ſind bemerkenswerth die Viſitations-Artikel der evangeliſchen Kirche A. B.[2]), ſo zunächſt jene vom J. 1572, welche wir hier, weil ſie faſt gar nicht mehr bekannt ſind, vollſtändig anführen:

ARTICVLI VISITATIONIS,

In welche beyde Univerſitäten, Geiſtlichen und Weltlichen Standes, Sächſiſcher Nation in Siebenbürgen verwilliget haben, zur Erhaltung gemeinen Friedens unter beyden Ständen, salvis tamen communibus Privilegiis, Anno 1577. Rursus approbati Anno 1607.

I. Pro Pastoribus.

1. Wir vermahnen daß die Pfarrherrn und Kirchendiener ihres befohlnen Amts fleißig und treulich auswarten ſollen, ihre Zuhörer und Schäflein mit reinem Wort Gottes weyden und unterweiſen, die heiligen Sacramente mit gebürlicher Reverenz nach des Herrn Chriſti Befehl und Einſetzung gebrauchen und adminiſtriren, die Kranken beſuchen und tröſten; denn es machen ja fleißige und andächtige Lehrer auch gute lehrhaftige Zuhörer, wie wir ſehn aus Exempeln.

2. Es ſollen auch die Seelſorger und Lehrer mit chriſtlichem Leben und aller Gottſeeligkeit den Zuhörern gute Exempel geben, und ihnen ein Licht ſeyn mit Tugenden und ehrbahrem Wandel und allen Dingen, damit ſie nicht andern predigen und ſelbſt verwerflich ſeyen ſagt Paulus den Gläubigen in aller Keuſchheit.

3. In Erhaltung der Kirchenordnung, Zucht und Regierung, ſollen die Lehrer nichts neues anfangen, noch etwas ſchwärmeriſcher weis aus eigner Vermeſſenheit und Fürwitz anrichten, ſondern alles nach gewöhnlichem Gebrauch und beſchloßner Ordnung halten im Predigen, Singen und andern Cerimonien wie bishero in unſern teutſchen Kirchen geſchehn iſt.

4. Die Feyertäge ſollen die Lehrer vor verkündigen und auch chriſtlicher Weiſe halten, und Sacrament reichen und das Volck zu aller Gottſeeligkeit vermahnen und ſich von aller Völlerey und Schwelgen abziehn.

5. Für allen Dingen ſollen die Lehrer den Catechismum in ihren Kirchen treiben und ſtets üben beyde für alten und jungen Leuthen, für allen Kindern

[1]) Man denke an die politiſchen und religiöſen Verbrechen der öſtreichiſchen Strafgeſetze. Faſt das geſammte romäniſche Landvolk müßte nach der Art ihrer Flüche als Gotteslästerer in den Kerker wandern.

[2]) Vergl. auch in *Teutsch* „Urkundenbuch der ev. Landeskirche A. B. in Siebenbürgen" (Hermannſtadt 1862) Seite 36—71 die wichtige „Kirchenordnung aller Deutſchen in Sybenbürgen" vom Jahre 1547.

Gottes und ſollen den ſonderlich am Sontag zu Mittag nach der Ordnung predigen und mit Beſcheidenheit auslegen, und ſonderlich in der Faſten auch in der Wochen die jungen Kinder darin unterrichten, und ſollen ſie lehren, warum ſie Chriſten ſind und die heilige Tauffe empfangen haben.

6. In allen Dingen ſoll man Morgens frühe täglich den Gottesdienſt begehen mit Singen und Bethen, und ſo das Volck zu beqwemer Zeit zur Kirche komt, ſoll man nebſt dem Gebeth und Dankſagung die heil. Bibel nach der Ordnung leſen und kürtzlich erklären, mit chriſtl. Auslegung, und darneben an gewöhnlichen Tagen der Woche auch predigen.

7. Es ſollen auch die Pfarrherrn und Prediger ſo viel an ihnen gelegen und möglich iſt, mit jederman friedlich leben, und doch wider die Sünde und Laſter nicht ſtumm ſeyn, ſondern ſollen die ingemein und ſonderlich öffentlich an allen Menſchen ſtraffen und verdammen mit dem Schwerdt des Geiſtes und Gottes Wort wehren und die Kirchen-Zucht mit Ernſt halten und nicht Heuchler ſeyn, denn ſie werden für Gott theure Rechenſchaft geben müſſen, wenn er der unbekehrten Seelen und Bluth von ihnen fordern wird.

8. Es ſollen auch die Lehrer niemanden unbewährt und unerhört zum heil. Abendmahl laſſen, ſondern erſtlich in der Absolution tröſten und vom Sacrament unterrichten, daß ſie ſich mögen prüffen und bewähren nach der Regel des heil. Apostels Pauli.

9. Die Pfarrherrn ſollen nichts vom Widhoff oder Pfarrhoff und was dazu gehört entfremden noch abziehn und wo Kirchen-Güter und Einkommen ſeyn, ſoll man ſie zum ſeeligen Brauch behalten und nicht zu eignem Nutzen halten noch wenden; inſonderheit was die Zugäng der Kirchen belangt, als Kirchen-Weingärten, Wieſen, Aecker und andre zugehörige Güter; es ſoll alles in ein Regiſter verzeichnet werden und darüber ſollen 2 Kirchen Väter geordnet und gewehlet werden die von Einnahmen und Ausgaben Rechenſchafft geben ſollen, und ſolche Rechenſchafft ſoll gehalten werden für dem Rath und Aelteſten der Gemein auf dem Pfarhof und zu gewiſſer Zeit in Gegenwarth des Pfarrherrn.

10. Das Geld aber und ander Kirchen Gut ſoll in einer Lade behalten werden, die ſoll zwey Schlöſſer haben und zween Schlüſſel, welcher einen die Kirchen-Väter, den andern der Pfarrherr halten ſoll, damit das Geld ſo zur Kirch verordnet wird nicht zu eignem Nutz oder ſonſt zu unnützem Brauch gewendet werde. —

11. Daſſelbe Geld oder Zugäng der Kirche ſollen nicht in Zins gegeben werden, denn den armen Leuthen geſchieht dadurch große Unbilligkeit und Unrecht; dazu ſo iſt ſolches nicht zu ſolchem gemeinen Brauch verordnet.

12. Die Pfarhöffe ſoll man nicht zergehn oder verwüſten laſſen ſondern wie es in Lands Ordnung beſchloſſen iſt, ſollen ſie beyde der Pfarrherr und die Gemeine halten wie es ſich gebühret.

13. Die Inventaria oder die Güter die zu den Pfarhöffen gehören ſoll man verzeichnen und auf gleiches Geld ſchätzen, ausgenommen Frucht und Wein.

II. De Scholarum Rectoribus.

14. Die Schul-Meiſter ſollen beruffen werden und angenommen mit Verwilligung und Eintracht des Pfarherr und der Gemein zu beqwemer Zeit, und dazu ſollen dichtige Perſonen angenommen werden, und ſoll ihnen der Lohn nach des Landes Beſchluß nicht geändert noch geringert werden, ſondern wie es ſich bishero erfunden hat an einem jeglichen Orth und Stuhl es ſey mit Geld oder Frucht. —

15. Die Beth Glock oder Morgens und Abends-Läuten ſoll behalten werden, nicht um der Meinung, wie bey den Papiſten, daß man Abgötterey damit wolt treiben, ſondern chriſtlicher Ordnung halber und von wegen der Zeit in der Arbeit, Will derowegen jemand zu Gott bethen, wie ers uns befohlen hat, und ſich des Gebeths dadurch erinnern, der thue es im Geiſt und der Wahrheit denn ſolches gefällt Gott.

III. De Sepultura.

16. Die Begräbniß und Friedhöffe ſollen ſauber und rein gehalten werden, als unſre Ruh- und Schlaf-Kämmerlein, zu einer gewiſſen Hofnung der fröligen Aufferſtehung unſrer Leiber am jüngſten Tage.

IV. De Conjugio.

17. In den verbothnen Graden der Bluth-Freundſchafft ſoll niemand zum Ehſtand gelaſſen, noch in der Kirch gekaufft werden und ſollen alle Ehen verbothen ſeyn bis in das vierdte Glied, daß der fünffte frey ſei.

NB. Cestuosi in primo gradu puniantur igne vel gladio; secundo Exilio; in tertio et quarto juxta Principis litteras fl. 250.

18. Es ſollen auch die Pfarrherrn und Ministri fremde Perſonen, die anderwo wohnhafftig ſeyn verdacht und unbekant mit nichten copuliren, denn ihrer viel ſich auf ſolche Weiſe beſchönen wollen und ihrer Laſter Untugend und Frevel decken. Wer aber ſolche zuſammengeben wird ohne Rath und Erkenntniß des HEn. Superintendenten oder Decani des Orths, ſoll eine ſchwere Straffe verfallen haben.

19. Junge Leuthe der Ehe, wo ſie ihrer Ehr und Zucht vergeſſen und ihren Ehſtand nicht ehrlich anfangen, ſondern ſich noch für der Zeit beſudeln, ſollen zur Zeit der Hochzeit ohn alle Gepräng zur Kirche gehn, das Weib mit zugedecktem Haupt barfüſſig und ſollen in der Kirchen-Thür gekaufft werden, damit ſich andre Leuthe hüten, ſchämen und klüger werden mögten.

20. Verbante Leuth in der Kirchen, und öffentlich ärgerliche Perſonen oder vermerkte Uebelthäter ſollen eher nicht zum Sacrament kommen, ſie hätten ſich denn zuvor mit der Kirche Gottes noch gethaner Buß vereiniget.

21. In Hochzeit halten erfahren wir hin und wieder, wie dieſelben am Sonntag gehalten werden, nicht ohne groß und viel Aergerniß und Sünden. Denn darmit der Gottesdienſt und Predigen faſt verhindert werden: darum ſo ſehn wir ſolches für gut an Gottes Wort gemäß, daß die Hochzeiten mögen in der Wochen gehalten werden, damit der Sontag nicht entheiliget werde.

V. Pro Auditoribus.

1. Alle Zuhörer und Unterthanen ſollen vermahnet ſeyn daß ſie als fromme Chriſten ihr Leben immerzu fort beßern ſich mit Buße und Glauben zu Chriſto bekehren, ſich befleißigen Gottes Wort und die Seeligkeit zu ſuchen.

2. Es ſollen auch fromme Eltern ihre Kinder und Geſinde in der Zucht des Herrn erziehen, ſie laſſen unterweiſen mit Gottes Wort und den Catechismum lernen. Denn wo man die Kinder alſo zur Lehr führt, ſo iſt das Himmelreich ihrer und gefallen auch Gott wohl.

3. Welche die chriſtliche Kinder-Lehr oder den Catechismum nicht wollen lernen noch denſelben können, ſoll man nicht zu des Herrn Abendmahl laſſen, bis ſie den gelernt haben und verſtehn. Deſſelben gleichen ſollen ſie nicht zu Zeugen oder zu Patten und Güden der Tauf angenommen werden, ſie mögen denn zuvor Ausweg geben können vom wahren Glauben. Dazu wird das Examen dienen, ſo vorher ſoll gehn vor der Hochzeit, dazu ſich alle Chriſten finden und gehalten ſollen; wo ſie aber das Examen verſäumen und verachten, ſo ſollen ſie nicht gekauft werden. Es ſoll ein Unterſchied ſeyn zwiſchen den Chriſten und gottloſen Heydniſchen Menſchen.

4. Die Spötter und Verächter Gottes Worts und der heiligen Sacramenten, die ſich nicht ihr Lebenlang zum Abendmahl des Herrn gehalten haben und alſo unbußfertig fortfahren; und welche ſich in wiſſentlicher Feindſchaft Groll Haß und Neid gegen ihren Nächſten befinden, die ſollen nicht zum Abendmahl und der Abſolution gelaſſen werden, ſie ſtehn denn zuvor ab vom Böſen und verſöhnen ſich mit ihrem Nächſten.

5. Welche in öffentlichen Sünden und Schanden und ärgerlichem Leben ohne alle Bekehrung fortfahren, Gottes Wort und die heiligen Sacramenta verachten und in Gottloſem Weſen beharren bis in den Tod, die ſollen chriſtlicher Gemeinſchaft nicht würdig geachtet werden, man ſoll ihnen am letzten Ende kein Sacrament reichen, noch ſie auf den Gottesacker, wo andre fromme Chriſten ruhn, begraben, ſondern ein Eſels-Begräbniß iſt ihnen neu genug, ſollen auch von Weltlicher Obrigkeit geſtraffet werden.

6. Die ſo immerdar in Völlerey Unzucht und Trunkenheit liegen und ſich letztlich drinnen erſäuffen oder ermorden und alſo ſchändlich ſterben, ſollen auch nicht mit Ehren begraben werden auf den Kirchhoff, ſondern ins wüſte Feld wie das Viehe.

7. Die ſo in gräulich Irrthum Gottes-Läſtrung und offentlicher Verachtung Gottes Worts beharren und ſterben, ſollen auch wie die Gottloſen aufs Feld begraben werden, denn Chriſtus hat keine Gemeinſchafft mit dem Teuffel, das Licht mit der Finſterniß.

8. Am Sontag ſollen ſich fromme Chriſten zur Kirche gehalten, von ihrer Hand-Arbeit feyren ſamt ihrem Geſinde und Viehe, und ſollen mit gottſeeligen Werken umgehn, die zur Seeligkeit dienen nach Inhalt des dritten Gebothe.

9. Die aber am Sontag arbeiten unter dem Gottesdienſt hin und her rennen, und unter den Predigten auf dem Felde ſpatzieren oder in den Gaſſen bey dem Brand-Wein oder des Schrotens auswarten unter der Predigt, die ſoll man in die Feddel oder Narrenhauß ſetzen, bis ſie klug witzig und verſtändig werden.

10. Die Zauberey der alten Weiber und was ſonſten Teuffels Werk iſt als fürnehmlich für Krankheiten Biſſen und was dergleichen für falſche Mittel erfunden und gebraucht werden, die ſoll man nach dem Gebothe Gottes ſtraffen oder mit einem ſtrengen Edict und Geboth der Obrigkeit wehren; und ſo lang ſolche nicht ablaſſen, ſoll man ſie zu keinem Sacrament laſſen.

11. Die von den Zauberinnen und Weiſſagerinnen Rathfragen oder Hülffe bey ihnen ſuchen in Krankheiten, die ſoll man um ein Mark Silbers ſtraffen und das Geld zum gemeinen Nutzen wenden. Es iſt auch ernſtlich von der Obrigkeit verbothen daß man am Sontag nicht feil ſoll haben vor der Predigt, damit nicht der Gottesdienſt verhindert werde.

12. Am Sontag da man mit dem Gottesdienſt umgeht iſts chriſtlich daß Gottſeelige Obrigkeit ihren Rathſchlag und Verſammlung anſtehn laſſen, desgleichen Zinsaufheben, Thäter verhören, Theilung halten und was ſonſt ärgerlich iſt und den Gottesdienſt verhindert. Ittem ſollen die Müllen ruhn.

13. Weil ein unchriſtl. Weſen folget aus Nachtsrennen mit Spillſtuben und Ausliegen in den Rockenſtuben, da ſich Knecht und Mägd und bös Geſind zuſammen finden, wie offenbahr iſt an vielen Orthen mit großem Aergerniß, darum ſoll die Obrigkeit ſolches wehren und ſtraffen.

14. Unordentliches Nachtsſitzen böſer Geſellſchafft gottlos Leben und verdächtige Wirthſchafft thut die Obrigkeit ernſtlich mit Straf eines Floreni von einem jeglichen verbiethen und ſonderlich vom Wirthen fl. 2, wenn man über die Zeit ſitzt und wird auch befohlen, daß man an allen Orthen zu gewiſſer Zeit länte und die Glocke ziehe.

15. Gräulich Schwören, Fluchen und Schelten iſt ein Greul für Gott, der ſolches nicht ungeſtrafft läſt; darum ſollen fromme Haus-Väter ihre Kinder und Geſinde ſtraffen, ſich auch ſelbſt für ſolchen ſchweren Sünden hüten: denn Fluchen und Läſtern trifft offt ſeinen eignen Herrn, und Weltl. Obrigkeit ſoll billig ſollches ſtraffen, ſollen auch vom Sacrament arcirt werden.

16. Welche ungehorſame Kinder ihre eigne Eltern ſchmähen, ſchelten oder ſchlagen, die ſoll man nicht allein in die Feddel ſtellen, ſondern auch mit Ruthen aus der Gemeine ausſtreichen und verjagen als Schandflecken; denn ſolches ſind verfluchte Mäuler und Hände, ſo ihre Eltern ſchmähen, wie Gottes Wort ſagt.

17. Was den Zehnden anbelangt, ſoll man darin die Landordnung behalten und nach königlichem Brauch und Freyheiten einverſchaffen und ausgeben an allen Früchten die mit dem Pflug erarbeitet werden, Wein und Bienen ꝛc.

18. Praut und Bräutigam, wenn ſie ſchon verlobt und gehandſchlaget ſeyn, ſollen nicht bey einander wohnen bis nach gehaltner Zuſammenſprechung

und Hochzeit; wird aber jemand befunden, der soll der Obrigkeit verfallen 10 fl. und soll solch heydnisch Gewohnheit nicht gestattet werden.

19. An Sontägen mögen billig die Wirthschafften, Nachbarschaften Kränzlein und Kindelmessen zugelassen werden doch erst nach der Vesper-Zeit. Wer vor des solche Wirthschaften hält, soll gestrafft werden.

20. In allen Kirchen sollen Almos-Kästen gehalten werden, und sollen fromme Christen nach dem Befehl Gottes aus ihrem Vermögen etwas drinnen geben zu Erhaltung der Armen; dafür werden sie reichen Lohn von Gott empfahen. Denn wer dem Armen mittheilt, der macht ihm einen reichen Wucher bey dem Herrn im Himmel. Desgleichen sollen alle Gemeinen die Spital und Seuchhäuser helffen bauen damit die armen Kranken erhalten mögen werden.

21. Die Unterthanen sollen als fromme Christen nach Gottes Befehl ihre ordentliche Obrigkeit und Fürsteher beyde im Geistlichen Stande und im Weltlichen Regimente in großen Ehren halten, ihnen unterthänig und gehorsam seyn in allen billigen Dingen; sollen ihnen auch nicht fluchen noch übel nachreden, sondern Gott für sie bitten und danken.

22. Im Beruf und Erwählung eines neuen Pfarrhern in einer Gemeine, obwohl die Zuhörer ihre Freiheit haben von Seeligen Königen, ihre Seelsorger und Pfarrer aus eignem und freyen Willen zu erwählen und zu beruffen: so ist doch dies löblich Gewohnheit und Ordnung nicht unbillig, daß sie zuvor ihren Willen dem HEn. Decano des Orths und dem Capitel anzeigen, und ihres Raths pflegen, und ihrer höchsten Obrigkeit ihren Willen offenbahren; und doch ohne Zwang und Gewalt ihrer Erwählung gebrauchen [1]).

In den Visitations-Artikeln von 1818 lauten die für das Strafrecht der Kirchenzucht bedeutsamsten Hauptpunkte so:

„59. Oeffentliche Aergerniſſe, z. B. Entheiligung des Sonntags, verstockte Vernachläſſigung oder muthwillige Störung des öffentlichen Gottesdienstes, Gotteslästerung, Fluchen, Saufen, Lüderlichkeit, Verführung der Jugend u. s. w. hat der Pfarrer an das Consistorium zu bringen und in diesem Wege die Abstellung derselben zu erwirken. — (Localconsistorium).

---

[1]) In den Hermannstädter Universitäts- und Magistratsprotokollen finden sich diesbezüglich noch folgende Rechtsquellen: 1557 Wer Gottes Dienst versäumt, wird in die Fiedel gespannt (IV. Bd. S. 57.); 1577 Copulation solcher Personen, welche vormals in wilder Ehe gelebt, soll auf der Kirchthürschwelle stattfinden und der Bräutigam, wenn er die Geldstrafe von 10 fl. nicht erlegen kann, mit bloßem Kopf, die Braut in nämlichem Fall barfüßig bis zur Kirche und nach Hause gehn (V. Bd. S. 78.); 1650 Der auf Geldstrafen Bezug habende Kirchenvisitationsartikel wird auf Inhalt des Artikels von 1607 reducirt (X. Bd. S. 118.); 1684 Der Kronstädter Spitalsprediger Joh. Wagner, welcher sich gegen die Universität vergangen, wird für diesen Fall der geistlichen Behörde zur Bestrafung überantwortet (XI. Bd. S. 460.); 1697 Huren müssen zum Unterschied von ehrbaren Frauen rothe Kopftücher tragen (XIII. Bd. S. 365) u. dgl.

60. Bei den gefallenen Weibsperſonen ſoll der Pfarrer nach den beſtehenden Allerhöchſten Verordnungen nur eine ſehr gemilderte Kirchenzucht anwenden. Für Dirnen, die mit der Unzucht ihr Gewerbe treiben, iſt die Anwendung ſchärferer Polizeiſtrafen verordnet. Daher hat der Pfarrer ämtlich die ihm darüber etwa zugekommene Kenntniß der politiſchen Behörde mitzutheilen".

Gleicherweiſe hatten auch die übrigen Landeskirchen ihre eignen Satzungen, welche das ſtrafrechtliche Gebiet der Kirchenzucht mehr minder ausdehnten, bis es in zuletzt erwähnter Weiſe eingeſchränkt wurde.

In den Articulis in Visitatione Generali vom Jahre 1681 lauten beiſpielsweiſe die Punkte im Abſchnitt Az Halgatókról:

1. Vanaké id köztetek ollyan személyek, kik nem akarnak az Templomban járui? nem meunek az absolutiora, és nem éluek az communioval, Urvatsorával?

2. Vagjoné it valaki, a ki hamis tudományt, vagy ollyan valást követne, a mely karomlya az mi Ecclesiankat, vagj ollyan, a ki metzéseket szerzene?

3. Tiszteliké it az Halgatok illendőkeppen az ö Lelki Pástorokat s engedelmeseké ő nékie 1 Tim. V. 17.

4. Vadnaké it oly faitalan emberek a kik a Papot, Caplant fennyegettik gjalázák vagy rongollyák?

5. Vagjoné it valaki a ki bovöles bájolással élne, avagy egjéb Boszorkanysággal babanassággal? vagj jaré valaki az Jövendőmondokhoz? Vadnaké it nyavalya ellen olvasok, haboru időt indittók vagj letsendessitok?

6. Vadnaké it szarandokságok, vagy egyéb pogány s. Papistai balvanyozások?

7. Vadnaké it atkozodók és az keresztény tudomány ellen Karonkodok? Vagjoné valaki, a ki a menyutő kővel, Gjékessővel, Tüzzel, Vilámlassal, és egyéb rettenetes iszszonyu szokkal, Ördöglelkével, ördög hüteivel & szitkokozodnak?

8. Vagjané valaki, a kik Vasárnapokban vagj Innepeken az Praedicatio és Vetsernye alat vendégeskednak, az kortsomán ülne, ennék, innék es tobzodnék, tantzolna, ránczolna vagy ritkotazna? Az Gazdák, ki ollyan személyeket, az meg nevezett idő alat befogadnák, tartózanak az Ecclesiának ufl. 10. Tisz forintokkal. Az vendégek pedig kiki az Birónak, Folnagjuak, égj égj forintal. Mindenfele vendégeskedésekben pedig meg engettetik az közönseges Cselédeknek télben az (8) nyolczadik estvéli ora; Nyárban pedig az Kilenczedik ora. De aztis az Tiszteknek és őrizzőknek akarattyakbol. Az Gazdákról ezt is vegesztetett, hogj az kik az rendellt idonek felletteb, titkon. (NB. ergo hic non intelliguntur vinopolae et publicae tabernae) es éjjel, Legényeket, Leanyokat, vagy egjéb rosz, hittván Embereket Vendégségben be fogott, az ollyan az

Ecclesiának tartozzék fl. 10 deponalni; az vendégek pedig a falunak, ki ki egj fl. i. e. ufl. 1.

9. Vadnaké it ulyon házas emberek, a kik haborun élnek égjmástal, vagj elismentek égj mástol?

10. Vadnaké olly személyek a kik nyilván valo czogeros Vétkekben, ugj mint parásznaságban, Éjeli Kurváskodásban és egjeb szemtelenségben bűntetlen élnek?

11. Vadnaké it oly gonosz magzatok Gyermekek kik az ő szűloiket, Attjokot, Annyakot gjaláznák vagj vernék?

12. Vadnaké it usurások bévetelben, vagy ki adásban?

13. Leszneké it Gusül-ülések kihálasok s az Gusulyal régeli Felkélések az Leányok- es Aszszonyallatoktol? Hogy az Léányok estve nyolcz oráiglan az Gusulyal mennyenek, az meg engettetik ugyan, de hogy az Léányok egjütt promiscne őszve gjülyenek, az mindenestől fogva meg légjen tiltva, Sub poena ufl. 1. Sigillatim exigendi toties quoties az ollyanok meg kaptatnak, és azon poena az Ecclesiát illese &c. Az Kihálásis tiltva légyen, Excepto ha Léány vagj Legény az ő Nagj Attjánál, vagy vér szerént valo Attjafiánál maradna és ott hálna. Ha pedig az Gazda valami Tisztesék-ellen valo, vagj illetlen dolgot latandana az Gusulyűlőktől es azt eltitkolna, vagj elhalgatna, az ollyan az Tisztektől meg büntettessék. Végeztetett ezis, be is vetetett, hogy minden nap estve nyoltz orakor az harangat meg vonnyák; Az harangozonak pedig az harangozásért karatson naptyától fogva Sz. György Napjaig, es esmét az után Sz. Márton Napjától fogva koratsonig tartozzanak égj forintat adni.

14. Az modnélkülvalo őltezeketis és az őltözetekben valo czifraságban kevélység mindenképen és mindenestől tiltva légyen, mint Isten előt valo utálatosság. Es. 3.

Articuli praeliminares, ante Examen, Ecclesiae praelegendi.

1. Senki ne mérészelye az Vizitatioban lött fassiokért valakit az Törvényre időzni.

2. Minden, a ki tudja felebarattjának vétkét, gonosztételét és el titkolya, vagy ki nem mondja, az gonosztévővel hasonlo poenat incuralyon.

3. Az ecclesiai Bűntetés, ugj mint az kőnek környűl hordozása [1]), az kaladában verés, senkinek kissebségre nem essik, azért, a ki azt valakinek fel hánnya, hasonlo bűntetéssel buntetődjék &c.

[1]) Die erwähnte Strafe des Steintragens und des Stockes (der Fiedel) war allgemein verbreitet. In einer bezüglichen Note heißt es: „Disciplina ecclesiastica lapidis circumlatio et Numellae inclusio neminem facit notorium seu infamem". — Nur bei den tolerirten Nationen und Religionen war solche Maßregelung nicht in gleicher Uebung, deshalb wohl verschärfte politische Anordnungen, so Hofrescript vom 10. Mai 1816, Hof-Z. 1281, Gubl. Z. 5806: 1816, wornach die Jurisdictionen sollen procediren gegen Gotteslästerer und die Walachen, welche die Kirche nicht besuchen. u. dgl. m.

Wie ſchon erwähnt haben Statute mancherart in gleicher Weiſe die Polizeiſtrafgewalt geregelt; und ſo konnte bei dem Verſinken und Verdumpfen dieſer particulären Rechtsquellen von geringem Umfange, bei der ſtets auf andern Gebieten mehr thätigen Legislation der Stände, weder eine praktiſche Gliederung des Schuldbegriffs, ſowie andrer Lehren, noch weniger eine wiſſenſchaftliche Bearbeitung ſtattfinden; — doch zeigt ſich offenbar, daß die ſo zerſtreuten und kärglichen Rechtsquellen einen dreifachen Strafzweck mehr minder anerkannten: die Beſſerung, die Abſchreckung und die Aufrechterhaltung des Anſehns des Verletzten; dabei iſt wohl ein andrer Standpunkt von großem Einfluße, nehmlich bei gewißen Verbrechen jener der öffentlichen Strafe aus der Anforderung der Gerechtigkeit, — ſowie die privatrechtliche Talion bei Rechtsverletzungen — und endlich die Buße ſolcher gefährlicher Handlungen, welche politiſch verboten erſcheinen. (Siehe Vorrede).

§ 2. Verfahren und Strafmittel.

Das Verfahren war weſentlich dem civilrechtlichen nachgebildet und kannte eigentlich als Rechtsmittel nur den Recurs an die curia principis, wie dies bereits im „Proceßrechte“ angegeben worden iſt[1]). Als öffentlicher Ankläger hatte der Fiscal die Einleitung des ſonſt inquiſitoriſch abgeführten Proceßes bei Criminalſachen zu beſorgen und wieder er als Vertheidiger des Angeklagten den Recurs zu ergreifen[2]).

Von den civilrechtlichen Beweismitteln unterſchied ſich ehmals beſonders das judicium ferri candentis[3]) und das duellum[4]), ſowie das

---

[1]) Namentlich dabei noch zu vergleichen bezüglich des Arreſtes zur Sicherſtellung hier III. Bd. Seite 185, Note 1. und Seite 230 in der Note.

[2]) Außer bereits früher angeführten Stellen vergl. diesfalls beſonders im ſächſiſchen Rechte:

Die über Criminalrechtspflege wichtigſten Normalien Gbl. Z. 4318: 1833 und G. Z. 1760: 1840. (Hofreſcript vom 10. Februar 1841 Recurs der Fiscalen).

Die für das hier nicht weiter berückſichtigte formelle Criminalrecht geltenden, nach Belieben beobachteten, Vorſchriften enthielten: G. Z. 2977: 1799; Gbl. Z. 2308: 1800; H. Z. 3742: 1803 und G. Z. 268: 1804; G. Z. 3792: 1813; G. Z. 5497: 1814 zur H. Z. 1050; ferner G. Z. 1720: 1814; G. Z. 2534: 1817; G. Z. 835: 1818; Comit. Z. 570: 1820; Hof-Z. 3140: Gbl. Z. 5158: 1829; Hofreſcript vom 5. Januar 1831; H. Z. 4194 und G. Z. 3294: 1833; G. Z. 4318: 1833; endlich G. Z. 1760: 1840 (mit Rückſicht auf G. Z. 1212 und 2671: 1797 und 3057: 1822. (Siehe noch Vorrede).

[3]) Ladislaus Decret I. c. 28 und Coloman's Decret I. c. 22; Beiſpiele in *Fejér* Cod. diplomat. 1159 II. S. 158 und 1211 III. 1. S. 105 und 157. Vergl. *Bél* Notitia Hung. Nov. I. S. 563—570; Tudománytár 1835 V. S. 35 und Ungar. Magazin I. S. 216—220.

[4]) Unter Mathias I. aufgehoben. Siehe Tudománytár 1837 S. 261—311 u. *Fejér* IX. 7. S. 97 Note; *Bél* Notitia Hung. novae III. 97; *Kovachich*

Zwangsmittel der Tortur[1]). Selbstverständlich verschieden war der Vollzug des Urtheils (der Sentenz[2]).

Im Allgemeinen läßt sich auch in Siebenbürgen ein ähnlicher, wenn auch namentlich seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts[3]) sehr verspäteter und unregelmäßiger, Entwicklungsgang wahrnehmen, wie denselben die Anschauungen Mitteleuropas genommen hatten; — so gelangt das Strafrecht allmälig unter den Gesichtspunkt des öffentlichen Rechts, es wird die Verwirrung der princip- und kraftlosen Localstatute anerkannt, man versucht der willkürlichen Praxis zu steuern, Selbsthilfe, Vergleichs- und Bußsystem werden immer mehr beschränkt und das Beweissystem besser gehandhabt; allerdings bleiben manche Verbrechen schlecht classificirt, mit nicht mehr anwendbaren Strafen veralteter Gesetze behaftet[4]); das eigne Ermessen des Richters überwuchert, sowohl das Unzweckmäßige der zurückgebliebnen Gesetzgebung als mitunter die beßre Erkenntniß; die Verwirrung der Gerichtsstände ist noch nicht ganz beseitigt; langsam weicht der Aberglaube und manche Unsitte der Strafgewalt; — doch mit den Reformen des vorigen Jahrhunderts treten auch, anstatt der abgestellten Jurisdictionsverweisungen (Exil aus Stadt, Stuhl, Land) und der verstümmelnden Strafen, immermehr Freiheitsstrafen ein

---

Vestigia comitiorum S. 115 und *Batthyány* Leg. ecclesiast. I. S. 9 und 384, Note c. Viele Beispiele so *Fejér* 1226 III. 2. S. 94 und 1228 S. 146 und 224; theilweise beschränktes Beweismittel 1231 *Fejér* III. 2. S. 238; vergleiche daselbst IV. 1. S. 171, 402 und IV. 3. Seite 51 und 462 u. s. w. (vergl. bezüglich der Dos der Duellanten 12:1222 und 24:1231) u. a. m.

[1]) Ueber die Tortur die im § 1 obangeführte Angabe (H. u. G.-Z. 729: 1793). Die nähre Ausführung unterbleibt, da die „Deutsche Rechtsgeschichte" (mein Lehrbuch 1863 u. 1868 S. 175 u. 179) darüber Auskunft zu geben hat.— Mit der Abschaffung des Kampfrechts und der Gottesurtheile gelangte man mittels der Rechtfertigungsgründe des Zeugenbeweises, der Anzeige, des Argwohns, zu der Folter, als dem einzigen, wie man meinte zuverläßigen Wege für das Beweismittel des Geständnisses, — vermischte wohl auch hiemit Absichten der Abschreckung und andre noch schlimmerer Art.

[2]) Hierüber anläßlich spätre Angaben (Beispiele hier III. Bd. S. 149—151) und zu vergleichen hier III. Bd. S. 114, 119, 147 und Notizen in *W. Schmidt's* Hermannstädter histor. Gedächtnißkalender (Herm. Ztg. 1867).

[3]) Schon 1753 wollten Hof und Stände die Verfaßung eines Criminalcodex betreiben, was aber damals, wie 1791 und 1811 unvollendet geblieben ist. Indeß sollte man seit 1759 und 1761 eine Specification der Criminalproceße vierteljährig einschicken und erfolgten dergleichen spätre Maßnahmen der Ueberwachung mittels des angeordneten Recurses.

[4]) Beispielsweise die Bestimmungen im C. J. H. wegen der Strafe der Sclaverei u. dgl.; im sächsischen Statutargesetzbuch IV. 6. § 5. („Gesetzestext" S. 224 und 327.) der Flammentod für die Mitschuld am Verbrechen der Münzverfälschung; daselbst IV. 7. § 1. das Ersäufen der Ehebrecherin u. dgl. m.

und werden Kerker, (zu Szamos-Ujvár), Gefängniß- und Zucht-Häuser[1]) errichtet; — doch fehlt es noch immer an einem entsprechenden formellen und materiellen Strafgesetzbuche. (Siehe Vorrede).

Sehr bemerkenswerth sind folgende zerstreute Rechtszeugnisse, welche in den Hermannstädter Universitäts- und Magistrats-Protokollen vorkommen:

1432 Antal ein vornehmer Ungar wird wegen Aufruhrstiftung mit 9 Mitschuldigen bei Thorda am Leben gestraft und in kleine Stücke zerhauen (I. Bd. S. 5); 1442 Wladislaus Königs von Polen Vertraute, welche den walachischen Waiwoden Wlad gegen Ungarn aufwiegeln sollten, werden ergriffen und durch den Hermannstädter Magistrat zum Tode verurtheilt (I. 132); 1546 wie Wald-Prävaricanten zu strafen sind (IV. 9[2]); 1547 der nach Reußmarkt fließende Bach darf bei Todesstrafe nicht abgeleitet werden (V. Bd. S. 13); Sententia contra Joannem Oswaldum Urphedam complectens ratione nonullorum falsorum annulorum ab ipso confectorum (im sächs. Nationalarchiv Nummer 525 : 1548); 1549 nach dem Landtagsbeschluß sollen Falschmünzer, Mörder, Buhlen, Brandstifter und Männer mit zwei Weibern mit dem Verlust ihrer Güter bestraft werden (IV. S. 73 u. 83); 1550 Adlige, welche eines Vergehens beschuldigt werden, müssen desselben durch „sieben" adlige Zeugen überwiesen und in demjenigen Comitat bestraft werden, in welchem sie ihren Hauptsitz haben (IV. Bd. S. 75[3]); 1550 nach Landtagsbeschluß soll der Diebstahl über einen Gulden Werth mit dem Tode bestraft werden (IV. B. S. 76); 1550 zur Ueberweisung beim Diebstahl genügen drei unadlige Zeugen und sollen die Comites Sträflingverzeichnisse anlegen (IV. Bd. S. 73); 1550 Bürgerliche Verbrecher müssen durch

---

[1]) Bei der Errichtung derselben sollten die autonomen Jurisdictionen die betreffenden Kosten tragen; die Sachsen protestirten am 7. März 1812 (Univers. Z. 345 : 1811), daß sie zur Erbauung der Comitatskerker beitragen sollten; die betreffenden Allodialcassen erscheinen mit Carcerauslagen belastet Hof. Z. 277 : 1844 u. s. w.

Die Verschärfung der Arrest- und Kerkerstrafe durch Fasten und Schläge in ziemlich arbiträrer Gerichtsübung. — Vergl. hier die vorige Note S. 230 u. 240. und Vieles in unsern „Rechtsdenkmälern" der Municipalconstitutionen. — Vergl. über die Arestation als Sicherstellungsmittel Appr. Const. IV. 4. 1; sollte nur „ad serviles duntaxat vagasque Personas, bonis et haereditatibus destitutae" angewendet werden nach Hofdecret vom 18. October 1780, Gubernialdecret 7. November 1780, Z. 5804; die Arrestation der griechisch nicht unirten Popen auf bloßen Verdacht wird verboten, Gubl. Z. 5066 : 1793 u. a. O. (vergl. Appr. Const. V. ed. 42 und 95 : 1791). Ueber adlige und bürgerliche Vorrechte — bei Bürgschaftsfähigkeit — siehe das Civilrecht und „Rechtsdenkmäler".

[2]) Eine der letztren Vorschriften dieser Art, leider auch von wenig Nutzen, ist der Straftarif für Feld- und Waldfrevler unter Gubl. Z. 9038 : 1832, und Gubl. Z. 3500 : Univers. Z. 549 : 1845, (vergl. hier über Tridualforum III. Bd. Seite 16 und 172).

[3]) Vergl. dazu die kurzen Notizen in *Gál* „Diaeták" II. Bd. S. 15.

3 unadlige oder 2 adlige Zeugen überwiesen werden; Adlige durch 7 adlige Zeugen; Diebstahl unter einem (damaligen) Gulden Werth ist nicht mit dem Tode zu bestrafen (IV. Bd. S. 75); 1550 Goldpascher können im ersten und zweiten Betretungsfalle ihren Kopf lösen, zum drittenmal werden sie ums Leben gestraft (IV. Bd. S. 76); 1551 Gewaltsames Eindringen in ein adliges Haus wird mit dem Tode bestraft (IV. Bd. S. 81); 1555 und 1557 die Walachen sollen Oláh-Tynkos räumen bei Verlust von Hab und Gut (IV. Bd. S. 45 und V. S. 55 und 89); 1561 handeln Gewerbsleute gegen die Zunftartikel, so verfällt ⅓ der Strafe dem Gericht, ⅓ der Zunft, im Falle eines Betrugs gehört das ganze Strafgeld dem Gericht (IV. Bd. S. 115); 1597 der Kanzler Stefan Josika ein Walache wird in Szatlmár enthauptet (X. Bd. S. 446); 1618 Mathias Hefft wird auf Ansuchen der Omlascher, deren Dorf er eingeäschert, von dort ausgewiesen und sein Hof dem Mich. Schelles verkauft (VII. Bd. S. 328); 1628 wegen Beschimpfung des Szaßvaroser Stadtpfarrers Stef. Dessi wird dessen Gegner Joh. Rampo auf die Schandbühne gestellt, ihm der Schnur- und Kinnbart durch den Henker abgeschnitten und er aus dem Stuhlsgebiete verwiesen (VIII. Bd. S. 34[1]); 1629 die Reußmärkter werden um 200 fl. gestraft, weil sie ein Großpolder Jahrmarktsprivileg verletzten und die Stuhlsdörfer von der Wahl der Oberbeamten ausgeschlossen hatten (VIII. Bd. S. 36); die Poena Provinciális ist 64 fl. (VIII. Bd. S. 36); 1651 Verlobte, welche sich vor der Copulation trennen, zahlen nicht der geistlichen, sondern der weltlichen Behörde die in 12 fl. bestehende Geldstrafe; 1653 Todesurtheil des Peter Remner bestehend aus den Worten: Es soll ihm Diebesrecht widerfahren graecum ⁊ (X. Bd. S. 323). (Daß Criminalfälle nicht appellabel seien, ausgesprochen im sächs. Nationalarchiv Nr. 1046 : 1590 und 1513 : 1626 ꝛc.[2]); 1653 die Landstände verwenden sich für die 1646 wegen Aufruhrs aus der Stadt verwiesnen Schuster Valentin Seraphin, Johann Schell und Georg Handschuhmacher um Wiederaufnahme in die Stadt (X. Bd. S. 262); 1678 Hexen zum Feuertode verurtheilt (XII. Bd. S. 146) ꝛc.; 1690 die Strafe für schlechtes Fleisch ist 30 Ufl. und Confiscation desselben für Arestanten und Studenten (XIII. Bd. S. 6); 40 fl. Strafe dafür (l. c. S. 19) ꝛc.; 1691 Verbrecher, welche einmal dem Henker zu Händen kommen, sollen aus der Stadt verwiesen werden (XIII. Bd. S. 47); 1697 Criminanten sollen hinfort nicht nur am Stefanstage, sondern in den vierteljährigen Sessionen verurtheilt werden (XIII. Bd. S. 366); 1704 Uebertritt zu den Kuruzen sub poena notae infidelitatis untersagt (XIV. Bd. Seite 415); 1704 freisprechendes Urtheil für Harteneck's Wittwe und Kinder (XIV. Bd. S. 366, 374 und 403); 1704 Jacob und Daniel Hartenecк aus Rücksicht ihrer Treulosigkeit für dienstunfähig erklärt (XIV. Bd. S. 358) ꝛc.; 1751 die Universität soll nach einem k. Mandat die Transmission eines in Leschkirch wegen Mordmitschuld zum Verlust der Ohren verurtheilten Verbrechers verlangen (Protokoll 1751 S. 247). und so a.m.

Bezüglich des Verfahrens bestand in frühern Jahrhunderten zu Hermannstadt die Praxis, daß man bei gegründetem Anlaße den Schuldverdächtigen nach fruchtlosen Stock- oder Karbatschenschlägen zur Tortur brachte; hier wurde der gemeine Mann zuerst den Daumenschrauben unterworfen, dann dem „Leiteraufwärtsziehn", ein weitrer Grad war brennendes Pech auf den Rücken träufeln,

[1]) Manche intressante Strafurtheile, jedoch ohne Verweisung der Quelle führt an *W. Schmidt* in dem erwähnten „Hermannstädter historischen Gedächtniß-Kalender". (Hermannstädter Zeitung 1867).

[2]) Vergl. noch hier III. Bd. S. 159, 165 sammt Note 8 und S. 167 Note.

endlich darüber mit einem glühenden Eisen brennen. Die Todesstrafen waren fünferlei mit qualificirten Unterarten, als Henken, Köpfen, Viertheilen, Spießen und Rädern (das Ersäufen und Verbrennen war wohl im Mittelalter auch üblich, hernach aber selten). — Blos der Tod wurde dem Delinquenten, nicht die Art der Strafe angekündigt und am dritten Tage exequirt.

Der Stuhlsrichter sprach vor dem Magistrate dem Delinquenten etwa folgendes Urtheil: „so wie ich diesen Stab breche, soll heute deine Seele vom Leib geschieden werden". Hernach wurde der Verurtheilte nach Abnahme der Eisen dem Scharfrichter übergeben und unter Anführung des Stadthauptmanns zum Richtplatze hinausgeführt; hier verliest der Secretär nochmals die Sentenz in Gegenwart des Stuhlsrichters und eines Senators und findet sodann die Execution statt.

Als Strafen andrer Art waren in Anwendung: der Staubbesen, das Auspeitschen, Galgen an die Stirne brennen, Kopf und Handabschlagen oder in Verschärfung der Todesstrafe: mit glühenden Zangen Arme und Brust reißen, verschiednes Rädern; dann andrerseits in allerdings seltner Uebung: Nasen- und Ohrenabschneiden. u. dgl. m. (Die Schandsäule).

Während in den Comitaten und den Seklerstühlen der Procurator (Fiscal) ein mehr accusatorisches Verfahren einleitete, hatte dieses im Sachsenlande ein inquisitorisches Wesen angenommen; seit 1757 wurden allmälig Rechtsmittel gestattet, namentlich der Recurs immer häufiger angestrengt und so der obgeschilderte halbwegs geregelte Proceßgang eingehalten.

§ 3. Eintheilung des stofflichen Gegenstandes.

Nach verschiednen Gesetzesbestimmungen und Urtheilssprüchen zu schließen, hielten sich die rechtschöpfenden Organe auch in Siebenbürgen[1])

[1]) Siebenbürgen als im Lande von 3 Nationalterritorien (siehe hier I. Bd. zweite Aufl. S. 25 und Note 1, Seite 68). Es mag hier auf eine Vermuthung *Rob. Rösler's* in Desselben „Die Anfänge des walachischen Fürstenthums" zurückgewiesen sein, wo der sonst sehr umsichtige Verfasser die Ansicht aufstellt, der Name Siebenbürgen beziehe sich auf Zibins- (Siewen- Hermannstädter-) Bürger; indessen vergißt *Rösler* dabei auf zweierlei, zunächst, daß fast alle Fluß- und Berg-Namen ein hohes, wohl zumeist celtisch-sarmatisches, Alterthum haben, so Alt, Marosch, Bistritz, Strell, und ganz wahrscheinlich auch Zibin, denn die sächsische Aussprache dafür ist „Zabeng" und nicht Siwwen wie seine Vermuthung voraussetzen sollte; das andre von Bedeutung ist die Erörterung der Frage über den Umfang der zu königlichen Grenzschlössern als Fiscalgut gehörigen „silva Blaccorum et Bissenorum" zu deren ungarischen Kastellen auch der mons und das castrum Cibinii, (Winsberg?) etwa jene rohe Blockhaus- und Wallbefestigung oberhalb der jetzigen Orlater Kalköfen oder die zu Sibjel, gehören mochte (vergl. hier I. zweite Aufl. S. 118 u. S. 46 besonders Note 2 u. S. 47 Note 1). Andrerseits ist in Erinnerung zu bringen, daß zur Zeit der Sachseneinwanderung, bevor die Provincia Cibiniensis 1224 geschaffen wurde, aller fundus regius staatsrechtlich zu benachbarten Comitaten, wenn auch als desertum gezählt wurde und der sehr erweisliche nachdauernde Umstand, daß man die Filialstühle Szelistye, Talmats und Fogarascher District zum Albenser Burgterritorium (vármegye, Comitat) rechnete und ein Oberalbenser Comitat ausgeschieden werden konnte, läßt es als ziemlich sicher annehmen, daß die primi hospites in das Waiwodat der sieben Comitate (Burgterritorien, castra, vármegyek, Pfalzen der sieben Obergespäne) berufen worden seien, — nach Dées. u. s. w. und solcherart vor 1224 der deutsche Namen „Siebenbürgen" entstanden sei.

und in seinen autonomen Landestheilen und Jurisdictionssprengeln mehr minder an jene im Mittelalter überhaupt vorherrschende Anschauung, daß die Straffälle entweder peinliche mit strengem Rechte seien, welche nehmlich dem Menschen an das Leben gingen, oder nicht peinliche, welche an der Ehre strafen, oder Leibeszüchtigung erheischen, oder die Verweisung aus dem Gebiete — (später Freiheitsstrafen) — nach sich ziehen. Eine andre Gattung Vergehn — oder wohl auch in zusammenfallender Behandlung Verbrechen frührer Art — begründen zumeist privatrechtlichen Schadenersatz; sie können verglichen oder öffentlich durch Geldbüßen gesühnt werden.

Diesemnach unterscheiden wir:

I. Oeffentliche peinliche Straffälle. (Der Hochverrath. Delicta criminalia publica, polgárzat elleni bünök);
II. Private peinliche Straffälle. (Die eigentlichen Verbrechen. Delicta criminalia privata, polgárok elleni bünök);
III. Oeffentliche nicht peinliche Straffälle. (Uebertretungen. Transgressiones. Delicta publico-politica, kihágások, megszegések);
IV. Private nicht peinliche Straffälle. (Vergehn. Delicta civilia, magán követelésü bünök);

nach dem Unterschied der Anklage und des zu schöpfenden Urtheils.

I. Oeffentliche peinliche Straffälle. (Der Hochverrath).

§ 4. Begriffsbestimmungen.

Unter den sehr vielumfaßenden Begriff des Hochverraths fallen alle jene mannichfachen — wider Fürst, Staat und allgemeines öffentliches Wohl gerichteten — feindseligen Handlungen, welche in unsern frühern vaterländischen Gesetzen mit der Nota Infidelitatis belegt erscheinen.

Diese Nota zur Bezeichnung qualificirter öffentlicher Verbrechen, des Hochverraths im weitern Sinne, hatte als Strafe in der Regel Lebens- und Güterverlust zufolge[1]), ausnahmsweise erfolgte nament-

[1]) Die Ausnahmen des Seklerrechts siehe namentlich hier im Punkt 30 des II. Bd. zweite Aufl. S. 166; dann vergl. Tripartitum III. Theil 4-ter Titel:

De Scythulis Transylvanis, quos Siculos vocitamus.

Sunt praeterea Transylvanis in Partibus Scythuli, Nobiles Privilegiati, a Scythico Populo, in primo eorum ingressu in Pannoniam propagati, quos Nos, corrupto quodam vocabulo, Siculos appellamus: Dissimili penitus Lege, et Consuetudine gaudentes: Rerum bellicarum expertissimi: Qui per Tribus,

lich bei der nota virtute articulorum nur die Zahlung einer Artikularstrafe, gewöhnlich von 200 fl., oder die Entrichtung des Homagiums[1]), selten die einer noch geringern Geldbuße; bei Personen geringen Standes waren damit zuweilen Ehren- und Freiheitsstrafen verbunden.

Die Gesetzgebung erscheint diesfalls nicht als eine Schöpfung begrifflich festgestellter Elemente, sondern als Erzeugniß der in der Form des Gewohnheitsrechtes unvollkommen ausgebildeten Rechtsanschauung, was nur den Zweck hatte den ziemlich willkürlichen Uebungen einen förmlichen Bestand zu geben. Auch sollte in der Regel für den Hochverrath der besondre Proceßgang des Landtags berufen sein; sonst hatten die königl. Gerichtstafel für das Ungar- und Seklerland, und die Magistrate im Sachsenlande die zuerkannte Competenz oder Gerichtszuständigkeit[2]).

Hiebei war es der mittelalterlichen Rechtspflege ganz angemessen nach dem Maße der politischen Bedeutung des Verbrechers auch ständische Unterschiede im Strafverfahren zu beobachten[3]); nur das Statutargesetzbuch der Sachsen, namentlich diesbezüglich IV. Buch erster Titel bestrebt sich allgemeine Rechtsregeln vom Gesichtspunkte des Römischen Strai-

---

et generationes, atque Lineas generationum (antiquorum more) haereditates, ac officia inter sese partiuntur, et dividunt.

§ 1. Horum Homagia, viginti, et quinque florenis compensantur.

§ 2. Emenda vero linguae, ad duodecim florenos, et quinquaginta denarios, in eorum medio taxatur.

§ 3. Capitalis autem Sententia, contra Scythulum, coram eorum Comite lata: ad viginti quatuor Marcas, totidem florenos valentes, se extendit: Haereditatesque, convictus, et sententiatus ipse non amittit, sed ad haeredes fratresque ejus derivantur. Caput etiam, demptis casibus Notae Infidelitatis, et causis criminalibus; salvum praeservabit.

§ 4. In Sede vero ipsorum Judiciaria, quaelibet Marca quinquaginta denariis deponi, et persolvi consuevit.

§ 5. Item, in quavis causa, statim post latam, et pronunciatam Sententiam, Comes, et Vice-Comes eorum, portionem suam Judiciariam (si etiam convictus cum adversa Parte concordaret) exigendi habet authoritatem.

§ 6. Item, causae in facto haereditatum, ultra valorem trium florenorum inter eos suscitatae (servatis Appellationibus solitis) in Curiam Regiam pro evidentiori discussione transmitti solent.

§ 7. Reliqua autem Jura horum Regnorum, atque Nobilium Municipalia (quia in eorum duntaxat medio valent, et inter sese nota sunt) ampliori declaratione non egent.

[1]) Siehe hier II. Bd. zweite Auflage S. 14—15 und 51—53.

[2]) Siehe hier III. Bd. S. 15 und 165. Vergleiche Appr. Const. IV. tit. 1. art. 12. u. A.

[3]) Daher die Vornehmen gerne zum Vergleiche oder lediglich zur Geldbuße gebracht wurden, wo der gemeine Mann Leben und Gut oder die Freiheit verwirkte. — Vergl. auch hier III. Bd. 1. Note S. 185, und II. Bd. 2. Aufl. Seite 19. u. a. O.

rechts aufzustellen. (Nachzulesen „Gesetzestext" S. 215 und 315. Siehe letzten Anhang des II. Bds. zweite Auflage am angegebnen Orte [1]).

Alle mit der nota belegten gemeingefährlichen Handlungen, welche die Rache oder Genugthuung des Staates erheischten, standen unter sogenannter Fiscalaction, d. h. sie wurden von Amtswegen als öffentliche verfolgt und bestraft. Als solche werden im Tripartitum erstem Theile 14. Titel — (hier nachzulesen II. Bds. zweite Auflage Seite 68.) — besonders achtzehn Hauptfälle hervorgehoben.

Die Hauptfälle der Nota.

§ 5. I. Hochverrath im eigentlichen Sinne.

Hiezu rechnet das Gesetz:

1. Das crimen laesae majestatis, und
2. die erectio contra statum publicum;

man kann sie beide als Treulosigkeit gegen Fürst und Vaterland (a fejedelem és haza elleni hütlenség) bezeichnen und sind dieselben durch die in unsern siebenbürgischen Gesetzen enthaltnen Articularbestimmungen über den Hochverrath und Unionstreubruch vermehrt worden.

Die wichtigsten Gesetzesbestimmungen sind außer erwähnter Hauptstelle in Trip. I. 14. (Seite 68, im II. Bde.) noch folgende:

Aus Tripartitum zweitem Theil der 75. Titel:

Quod Nota Infidelitatis tribus modis fertur, et pronunciatur.

Advertendum est autem, quod in causa Notae Infidelitatis non semper permittitur fieri Repulsio. Nota namque infidelitatis tribus modis pronunciatur.

§ 1. Primo modo, per Principem, et Regem Nostrum: Ita, vt si Majestas Sua Regia quempiam Regnicolarum suorum Nota Infidelitatis condemnare voluerit; tunc universis Dominis Praelatis, et Baronibus, caeterisque Regnicolis, unam Generalem Diaetam, et Congregationem ad certum terminum instituat, et indicat: Ad quam etiam ille, contra quem Nota Infidelitatis objicitur, per Literas Praeceptoriae Regiae Majestatis, mediantibus Literis Exhibitoriis ad aliquem Conventum, vel quodcunque Capitulum eonantibus, personaliter, et non per Procuratorem evocari debet.

§ 2. Qui si venerit, et se expurgare poterit, bene quidem: alioquin si non venerit, vel si venerit, sed se e expurgare non valebit; ipsa Nota, Crimineque Infidelitatis condemnabitur: Et postea illi neque salvus conductus, neque etiam novum Judicium per Regiam Majestasem concedetur; Et subsequenter, nec contradictoria Inhibitio, nec violenta Repulsio tempore etatutionis, et occupationis bonorum ipsius infidelis, admittetur: sed absolute Donatio Regia Executioni in hac parte demandabitur.

§ 3. Secundo modo fertur Nota Infidelitatis; ex reportata serie secundae Repulsionis. Et hoc quoque modo Repulsio fieri non permittitur. Quaequidem

[1]) Besonders zu erwähnen die über die Folterung (die peinliche Frage) enthaltne Bestimmung in Stat. IV. 1. § 9. (Siehe „Gesetzestext" S. 215 und 316, sammt Noten). Aehnlich spricht sich aus das von den Jesuiten 1763 zu Klausenburg gedruckte geringfügige „Systema Praxis Criminalis" S. 61. De Tortura.

Nota etiam alioquin ex Repulsione temeraria processisse, secutaque fuisse dignoscitur. Et non congruit id tertio iterare, quod vetatur etiam secundario facere.

§ 4. Tertio, et ultimo modo, Nota Infidelitatis declaratur, atque pronunciatur; per Judiciariam deliberationem, et latam Sententiam Judicum Ordinariorum Regni, ex Donatione Regia; praetextu eruitionis oculorum, mutilationis membrorum, Cusionis falsarum monetarum, vel confectionis, aut delationis falsarum literarum, et aliorum hujusmodi casuum, Notam Infidelitatis afferentium, cuipiam facta; subsequentem atque provenientem.

§ 5. Quae quidem Judiciaria deliberatio, quia ex propositis, et responsis Partium in Judicio contradictorio decernitur, atque declaratur; altera scilicet Partium Notam ipsam factam, patratamque fuisse affirmante, et altera negante: Ideo tempore Executionis hujusmodi Sententiae, per responsiones (ut praefertur) Partium latae, vel forsitan per non venientiam, et non comparitionem alterius Partis pronunciatae; repulsio praenarrata fieri permittitur.

§ 6. Et hoc ideo (prout etiam alioquin, ista praecipue ratione, Repulsio inducta fuisse perhibetur, et modo quoque fieri toleratur) ut in termino, vel tempore reportatae seriei talis Repulsionis, quidquid in processu ipsius causae, negligentia convicti, et in causa succumbentis male actum, vel omissum fuisset; per gratiam novi Judicii, aut revocationem Procuratoris restauretur, et in melius reformetur.

§ 7. Damnosum enim, et nimis periculosum foret, mox post latam, et pronunciatam a judice ex responsionibus Partium Sententiam, de Dominio, ac pacifica possessione Bonorum suorum, quempiam vigore ejusdem Sententiae excludi, atque tandem extra Dominium illa rursus prosequi debere.

§ 8. Judex enim ex objectionibus, et allegationibus duarum, pluriumve Partium, et plerumque literarum, ac literalium Instrumentorum, coram eo productarum, et exhibitarum continentiis, et tenoribus, Sententiam decernere tenetur.

§ 9. Certum est autem, Procuratores Partium saepenumero in responsionibus suis, aut negligentia, aut ignorantia, aliquando etiam malitia falli, et errare.

§ 10. Saepe literae, ac etiam literalia Instrumenta litigantium pericli tantur, et in termino per Judicem exhibitioni illarum praefixo produci nequeunt. Unde Sententia per Judicem fertur, et pronunciatur, prout responsiones Partium, vel tenores, et continentias literarum, ac literalium Instrumentorum, expostulant.

§ 11. Quapropter, si quam Partium per se, vel Procuratorem suum, in responsionibus suis errasse, vel in exhibitionibus literarum defecisse se cognoverit; ne per sententiam, et ejuscemodi defectum, et errorem contra se latam, de Dominio Bonorum suorum immediate excludatur, Repulsionem violentam (in contemptum licet, et vilipendium Judiciariae Commissionis fieri; tamen tolerari, solitam) tempore Executionis, ipsius latae Sententiae facere cogitur: Et ad reddendam rationem hujusmodi Repulsionis, unicus adhuc terminus coram Judice suo comparendi sibi praefigitur.

§ 12. In quo tandem errorem, aut defectum suum, vigore novi Judicii per Principem gratiose concessi, vel per revocationem, et retractationem responsionis sui Procuratoris, instaurare, et si poterit, in melius reformare tenetur.

§ 13. Novi namque Judicii collatio, ac Procuratoris cujuspiam revocatio; semper praesupponit errorem, et defectum: Non enim est necesse novum Judicium impetrare, vel responsionem Procuratoris revocare, nisi in processu causae erratum fuisse prius deprehendatur.

§ 14. Postea vero ulterior terminus sibi non deputatur, neque conceditur, sed lata ipsa Sententia, finaliter, et effective Executioni demandatur.

§ 15. Et, si secundario quoque Repulsio temerarie committitur; Nota perpetuae infidelitatis (sicuti immediate declaratum est) inde reportatur.

Dazu gehört aus dem zweiten Theile der Approbaten der 7. Titel (aus Landtagsbeschlüssen von 1573, 1625, 1630 und 1631):

Árulókról.

Articulus I. Ha kik árultatásnak vétkében találtatnak, legitime evocaltatván, és juridice convincaltatván, a' mint eleitöl fogva a' Magyar Nemzet közt, úgy ez után-is in notám perpetuae infidelitatis incurráljanak: mellynek se processussában se executiojában semminémü remediumok ne admittáltassanak, ez egy történet kivül, hogy ha tudni-illik a' dologban olly' homály lenne, melly miatt a' törvény-tévök elött a' dolog annyira nem elmecscálna, kire bátran törvényt mondhatnának, a' dolognak meg-világositására mind az Actor, 's mind az in Causam attractus részekröl, ha kivánják, és a' Birák-is szükségesnek lenni látják, adattassék annyira való haladék, hogy a' vádlásra vagy mentségre való requisitiumokat meg-hozathassák, mindazonáltal tsak annyira való idöt, hogy azon akkori Diaetáról a' dolog ki-ne mennyen, hanem végsöképen decidáltassék; annak reportálására-is pedig az idö alatt, ne maga mennyen a' Peres, el-se bótsáttassék külömben, hanem ha a' Fejedelmek engedelmekböl, erös kezesség alatt; egyéb iránt mások által vigye véghez.

Articulus II. A' Jószágtalan Residentia nélkül való Nemes emberek, a' Notának casussában-is, mint irva vagyon az Arestalásokban, a' szerént törvény elött-is meg-fogattathatnak, ad expositionem Directoris, és törvény vége szakadtáig jó kezesség alá vettethetnek.

Articulus III. Ha kik másokat afféle pártolásokkal és árultatásokkal vádolnának, 's reájok nem bizonyithatnák, Talion convincaltassanak, mellyuek processusa és executioja-is azon szerént légyen, mint a' Notának keresetiben.

Articulus IV. Ha valamelly Notat concernálo véteknek nemével vádoltatott Nemes személyek törvény elött való meg-fogásában, vagy javainak el-vételében Executor lenne valaki, az is a' feljebb meg-irt mód szerént, in Notam perpetuae infidelitatis incurráljon.

Articulus V. Ha valamelly árultatásnak vétkével vádoltatott, és immár evocáltatott személy compareálni nem akarván, az Országból kiakarna menni, és az Ország 's ahoz tartozó birodalomnak széliben deprehendáltatnék, avagy olly' levelei, tractai nyilatkoznának-ki, kikböl manifesta suspicio láttatnék el-menetele felöl, szabadoson meg-arestáltathassék, de a' Tanáts Uraknak tetszésekböl, absque tamen laesione personae, ha magát nem opponálja, és törvényre elö-állattassék; de törvény elött semmi javaiban meg-ne kárositassék; mindazonáltal maga igazságos dolgaiban, intra limites regni partesque ei annexas, törvény elött az Evocatus Nemes Ember-is meg-ne háborittassék, annál inkább meg-ne fogattassék; maga jószágiban való járástól pedig semmiképen ne tilalmaztassék, akárhol a' birodalomban, kiváltképen nem titkon, hanem nyilván, és maga szokott rendi szerént járván; söt ha Országon kivül lakóknak bizonyság-tételek nélkül fogna szükölködni az Evocatus személy, vagy egyéb ahoz szükséges dolgokért kivántatnék azon végekre botsáttatott emberi-is, el-botsáttassanak.

Articulus VI. A' kik a' Fejedelmeknek személyek, méltóságok ellen, és a' Hazának kárára 's romlására, veszedelmére ártalmas Conjuratiokat, öszve való kötelezéseket tselekednének, a' Director által citáltassanak a' Diaetára, és a' szerént procedálván ellenek, mint feljebb vagyon írva, a' Notára evocáltatott személyek felöl, comperta rei veritate legítime convincáltatván, büntetödjenek juxta ipsorum demerita, tanquam publicae pacis turbatores.

Als beſondre Art der Treuloſigkeit bezeichnet Approb. II. tit. 3. art. 1. die Fälle, wenn die fürſtlichen Räthe ungeſetzliche Rathſchläge ertheilen Approbatarum Part. II. Titulus tertius

Tanáts Rendekröl.

Articulus I. A' Tanáts Rend azért szokott a' Fejedelmek mellé adhibeáltatni, és kötelességek-is azt tartja, hogy minden jó és közönséges haszonra nézendö tanátsokat adjanak; Valakik annak-okáért törvénytelen ok-nélkül való dolgokra tanátslanák, comperta rei veritate, legitimeque citati ac convicti, in notam perpetuae infidelitatis incurráljanak.

Ueber den Unionstreubruch enthält die wichtigſte Stelle Approbatarum III. Theil erſter Titel. (Siehe hier I. Bd. zweite Auflage Seite 326—327).

Endlich iſt hier als Stylmuſter folgende Sententia Prosecutoria angeſchloſſen:

Ferdinandus Primus etc. Fidelibus nostris Illustribus, Spectabilibus, Magnificis, Generosis, Egregiis, Nobilibus, et Agilibus, Supremo, et V. Comitibus, Judliumque quorumlibet Comitatuum — Supremis item V. Judicibusque Regiis, quarumcumque Sedium nostrarum Siculicalium, Praefectis, Provisoribus, Castellanis arcium, item Tricesimatoribus, Teloniatoribusque pontium, passuum, Vadorum, Viarumque Custodibus, ac Honorabilibus Episcopis Ecclesiarum, ac scholarum Rectoribus, coeterisque Ecclesiasticae dignitatis hominibus — nec non Prudentibus, ac Circumspectis Magistris civium, Regiis, et sedium Judicibus, Villicis, Juratisque civibus quorumcunque Oppidorum Civitatum, Villarum, et possessionum, ac quorumvis locorum officialibus, eorumque vices gerentibus, cunctis etiam aliis cujuscunque status, conditionis, gradus, honoris, officii, dignitatis, praeeminentiaeque, et functionis hominibus, ubivis intra ambitum chari Principatus nostri Transylvaniae, partiumque eidem reincorporatarum constitutis, et commorantibus praesentes Litteras nostras visuris, Gratiam nostram Caesareo Regio Principalem! Exponitur Majestati nostrae in persona Fidelis nostri Generosi Francisci Horváth de Felsö Bükk Consiliarii nostri Thesaurarialis, et Causarum nostrarum in Magno Transylvaniae Principatu publico Fiscalium Directoris Ordinarii nobis dilecti, ratione officii sui Directoratus — qualiter proxime praeteritis diebus, die videlicet N. N. anni praesentis N. N. inter ipsum Exponentem ratione dieti officii sui, ut Actorem ab una, et Magnificum Baronem N. N. ut Inctum, partibus ab altera ratione, et praetextu moliminum, et perniciosarum machinationum, ad perturbandam publicam tranquillitatem directarum, aliorumque publicorum delictorum damnabilium, certa quaedam causa, et litis differentia coram Tabula nostra Regia in Transylvania Judiciaria, penes praemissam Evocationem orta, mota, adsumta, ac levata exstitisset — in qua quidem causa praelibatus Actor in

Levata sua in facie Tabulae Nostrae Regiae Judiciariae publice perlecta, medio Procuratoris sui legitimi cupiebat Inctum N. N. ob patrata sua, et praerecensita in eadem Crimina exemplari poenae corporali subjiciendum — et anse omnia usque ad litis exitum captivitati tradendum judicari, ferendumque super praemissis Deliberatum finali, ac debitae executioni mancipandum decerni, — ad quam Actoris actionem dum Inctus nihil respondisset, imo personalem ad Comparitionem evocatus, cum vilipendio legum desuper sonantium personaliter comparere neglexisset, idem actoreae partis Procurator cupiebat antefatum Inctum in totali Actoris actione convinci, ac contra eundem sententiam prosequutoriam expediri, ejusdemque vigore praementionatum Inctum illico incaptivandum disponi. — Unde nos Tabulaque nostra Regia Judiciaria, praerepetitum Inctum in totali Actoris actione, ac acquisitione convincendum esse invenimus, et judicavimus, illo personaliter haud comparente, ac insimul ad Actoris propterea coram nobis factam intercessionem praesentes Literas nostras prosequutorio Sententionales, contra praeattactum Inctum expediendas esse decrevimus, et commisimus.

Vellet itaque antelatus Exponens eundem N. N. taliter convictum, et non comparentem medio vestri intra limites Magni nostri Transylvaniae Principatus ubique requirere, repertumque de jure detineri facere, supplicans nobis ratione praevia humilime, ut ad prosequendum toties repetitum N. N. facultatem dare dignaremur.

Proinde vobis harum serie committimus, et mandamus firmiter, quatenus acceptis praesentibus, rebusque sic, uti praefertur, stantibus, et se habentibus, dum et quandocumque ratione annotati N. N. fueritis requisiti, extunc eundem ubique detinere, captivare, et ad Instantiam praelaudati Exponentis Literas adjudicatorias superinde confectas, et emanatas debitae quoque Executioni demandari facere modis omnibus debeatis, ao teneamini — Secus non facturi — Praesentibus perlectis, Exhibenti restitutis.

(Ueber die privatrechtliche Proceßſeite eines Hochverrathproceßes vergl. auch *Filep'* „Törvénybéli Gyakorlás Mutató Táblája“ M. Vásárhely 1831 S. 19).

§ 6. II. Urkunden-, Siegel- und Münzverfälſchung.

Die nächſten Fälle ſind die angegebnen der Verletzung öffentlicher Glaubwürdigkeit (közhitel csökkentése); auch dieſe haben eine Erweiterung erfahren, namentlich durch folgende Geſetzesbeſtimmungen über die Münzverfälſchung in Appr. Const. III. Theile 55. Titel aus dem J. 1610, welcher alſo lautet:

Pénz verésről.

Articulus I. Senki ez Országban semmi-féle monetát Ország és Fejedelem consensusa nélkül cndáltatni ne mérészeljen; és ha kinek Pénz-verö Háznak erigálása ekképen meg-engettetnék-is, semmiképen nem más idegen, hanem az Ország és Fejedelem Czimere, titulusa, és képe alatt verettessék, az akkori idöben meg-egyezett quantitasu ligában; egyéb-iránt valakik ez ellen tselekednének, in Notam perpetuae infidelitatis juxta contenta Decreti incurrályanak, ha Nemes emberek, vagy Városbéliek; ha pedig paraszt emberek, a' Fejedelmek Gratiájokban légyen életek meg-engedése; mindazonáltal egyik kezek elvágattassék, javai pedig Földes Uroktól el-ne vétessenek, ha nem tudták és nem consentiáltak; de egyéb-iránt az ollyan consentiens Nemes ember-is, com-

perta rei veritate, legitime convincáltatván, Notába incurráljon, és amittálja maga részére nézendõ javait. Az illyen causában pedig a' paraszt embert privatus Nemes ember-is meg-foghassa, és a' Tiszteknek kezekbe adja: ha a' factumon érettetik, nála talált javait a' meg-fogó el-vehesse; a' Tiszt pedig törvény nélkül el-botsátani ne mérészelje.

Articulus II. Hamis pénzel tudva élõ emberek, jnris ordine prosequáltatván hasonló poenába incurráljanak, mint annak tsinálói comperta rei veritate, illy' declaratióval mindazáltal: hogy ha kezéhez történet szerént deveniálna afféle pénz, és õ-is tsak a' szerént akarná költeni, a' miut õ hozzá jutott, azért ne büntetödjék, hanem-ha comperiáltatik, hogy tudva vette légyen-el, 's nem tíz husz pénz érõt, hanem ugyan circiter tíz húsz forintig érõt venne és költene, vagy egyéb-iránt bizonyos tanúkból és circumstantiákból elucescálna; a' melly Ötvösök avagy egyéb Mesterek afféléket metszenének, avagy a' kik metszeni akarnának, Czéh-mestereknek és elöttök-járó Tisztviselöknek hírekké nem tévén, azok-is hasonló poenába incurráljanak; kik-is szorgalmatoson meg-visgálják, és a' Tiszteknek értésekre adván, a' metszetõ meg-fogattassék, és comperta rei veritate, meg-büntettessék.

Hiemit iſt noch zu verbinden, was die Landtage von 1578, 1588, 1606, 1613, 1615 und 1622 über die Fälſchung von Maß und Gewicht mit der Articularſtrafe von 200 fl. feſtgeſetzt haben; nach Approbatar. Const. III. Theile im 45. Titel folgendermaßen:

Mértékröl.

Articulus I. A' Mertékekben való nagy confusió tolláltassék: és Erdélynek minden részeiben, hasonlóképen Kraszna, Közép-Szólnok Vármegyékben-is Ejtelekkel, Vékákkal, Köblökkel, Singekkel, Fontokkal, Mázsákkal, és minden egyéb mértékekkel egyenlöképen éljenek, és mind ezek a' Kolosvári mértékhez alkalmaztassanak: Ugy-hogy, egybe alkalmaztatván, a' Mértékeket a' Kolosvárival, az egész Szászságra Szebenbõl adattassanak-ki a' több Városokra, és azokból a' Falukra. A' Székelységen Udvarhelyröl adattassanak-ki a' több Székekre és Városokra, azokról, a' Falukra, a' Vármegyékre és Székes-helyekre Kolosvárról a' szerént több környül való Városokra, és azokról a' Falukra, Szólnok és Kraszna Vármegyékbe Zilajról: Zilajra pedig ugyan Kolosvárról. De hogy mind ezek igen szorgalmatoson és igazán observáltassanak, a' Vármegyéknek és Székeknek Tísztei reá vigyázzanak és gondot viseljenek, ha a' Városokon comperiáltatik a' fogyatkozás a' mértékeknek nem igazán ki-adásában vagy azokkal nem igazán élésben, a' Fiscalis Director flor. 200. exequaltasson rajtok; ha pedig Falukon vagy a Vármegyéknek Tisztei inspectiójok alatt lévõ helyeken, a' Vármegye fl. 12. büntettessék; a' Székely és Szász Tisztek az õ inspectiójok alatt hasonlóképpen, Bihar, Zaránd, Máramaros Vármegyék a' Váradi mértékekkel eljenek egyenlõképen.

Mit dieſen Beſtimmungen im Zuſammenhange ſtehen der 10—13 Landtagsartikel von 1747:

Articulus X.

De Auri Adulteratoribus, et eorum denunciatoribus.

Auri Adulteratores denunciati in facto, vel loco delicti deprehensi, Professionati in suo Foro, Urburarii vero Judicio Montanistico pro Cog-

nitione Caesareo Regii Officii Auri-Campsorii puniantur, hujusmodi Aurum adulterinum vero confiscatur, et detracta tertialitate denuncianti in ordinario Campsionis pretio extradanda in rationes assumatur.

Articulus XI.

De Auri, Argenti, et Mercurii Praevaricatorum punitione, si illi Urburarii fuerint.

Auri, Argenti, et Mercurii Praevaricatores, ubicunque locorum explorati, et reperti, si Urburarii sint Foro competenti, scilicet Judicio Montanistico sistantur, et secundum Decreta Caesareo-Regia via, et modo in iisdem praescripto procedatur; ubi Causa vigore Clementissimorum Mandatorum Regiorum legaliter disquirenda, et decidenda venit.

Articulus XII.

De Cusoribus falsae Monetae, si et illi Urburarii sint.

Idem etiam de falsae Monetae Cusoribus statuendum, et observandum, in quibus etiam posterioribus Casibus, sicut de Auro adulterato dictum est tertialitas Contrabandati Auri Denuncianti, sine difficultate in ordinario Campsionis pretio extradetur.

Articulus XIII.

De Arestatione Urburariorum, et Laboratorum.

Pro avertendis variis inconvenientiis, et sequelis Rei-Montanisticae maxime damnosis statutum est, ne Urburarii, vel Laboratores in locis Fodinarum, vel aliis eo pertinentibus Locis, quae ob continuandum Laborem suum frequentare debent; item in viis, in quibus Fodinas accedunt, per aliam Jurisdictionem, vel quemcunque Magistratum sine praescitu Judicii Montanistici abducantur, vel arestentur, quae quidem arestatio etiam Montanisticis interdicta esto, observato tamen eo, quod superiori Articulo 5-to. hac de re cautum est.

Zuletzt iſt hier der 5. Landtags-Artikel von dem Landtage 1753/54 an zuſchließen.

Articulus V.

De Auri, et Argenti Adulteratoribus.

Siquidem Aerario Regio adversum eos, qui Metalla in Exteras Regiones educere, aut portionem ex iis Fisco obvenientem denegare praesumerent, publica etiam Lege Majores nostri abunde provisum esse voluissent. Approb. Constit. Part. 2. Tit. 16. dignum erat, ne audacia, et temerarii improborum excessus amplius prorumperent, inque pravis Auri, et Argenti Adulterationibus patrari, exercerique observarentur, huic quoque malo salutariter occuratur, Summi Principis servitio, bono Ordine et ipso adeo Reipublicae Statu id ipsum cumprimis requirente. Et quoniam ad fideliorem Rei Metallurgicae cursum, ac promotionem, Officium Montanisticum, Articulis in eum finem nuper Diaetaliter conclusis, Stabilitum, et Judicium quoque, modo in illis praescripto exercendi potestate instructum reddi placuisset. Hinc si ejusmodi Metallorum, Auri videlicet, et Argenti Adulteratores, ex Urburariis, aliisque Laboratoribus ad idem Officium Montanisticum pertinentibus, vel aliis Rusticis loca eidem officio subjecta inhabitantibus constiterint. Quoad etiam poenam huic delicto pro mensura infligendam subjaceant Judicio Montanistico, ita nempe: ut hi non modo in ipso flagranti Adulterationis Actu, verum ad suspicionem quoque gravibus indiciis fundatam libere captivari,

Judicioque sisti possint, ac valeant, et ubi de commisso legitime convicti succubuerint, in amissionem auri, vel argenti, cui adulterando, tempore comprehensionis operam dabant, vel defacto adulterassent, et praeterea in solutionem alterius tanti condemnentur, praeter Exmissionem nullo Juris remedio hac in parte eisdem suffragante. Si altera quoque vice delictum iterare praesumerent, praeter dictam Metalli amissionem, restitutionemque alterius tanti, Corporali poena, ad quinquaginta usque baculorum ictuum numerum, toties, quoties subjiciantur, imo si solvendo alteri tanto in defectu facultatum, vel casu secuturae inde enervationis impares essent, quot florenos solvenda quantitas constitueret, summam eam opere diurno in Metalli, vel Salis Fodinis, pro ratione mercedis ibidem Operariis pendi solitae, habita nihilominus ad intertentionem quoque reflexione, deducere toties, quoties obnoxii habeantur; si vero ejusmodi delinquentes ad Dominia, vel Fodinas Privatorum pertinuerint, et non sint Urburarii, coram Domino Terrestri in Foro ejusdem Dominali, si vero Urburarii coram Montanistico conveniantur, poenaque, et Ordine praemisso aeque indispensabiliter, puniantur. Si Nobilis Residentiatus hoc delicti genus commiserit, et in flagranti deprehendatur, arestetur, subjaceatque vel Judicio Montanistico, vel Dominali, prout nempe locus delicti Forum indigitabit, et postquam de patrato penes Certificationem ex aresto praemissam, legitime convictus fuerit, amittat massam Metalli, et insuper damnetur in alterum tantum, et hoc pro primo attentato; si et secundo, et tertio malitiose porro deliquerit, toties, quoties praeter amissionem Rei adulteratae, restitutionemque tanti, poena Articulari Ducentos Florenos Hungaricales faciente puniatur. Si vero extra delicti locum factum illius innotescat, per Directorum Fiscalem in Foro, et coram Judice competente penes Citationem conveniatur, ibidemque praeter solam exmissionem, omnibus aliis ad Causae condescensionem proponendis Exceptionibus remotis, nullo etiam Juris remedio admisso Causa ipsa discutiatur, et terminetur, cum poena praemissa, salva nihilominus in Casum succumbentiae ad Tabulam Regiam, vel a Judicio Montanistico ad Thesaurariatum appellandi facultate. In casu quo Aurum, vel argentum quodpiam adulteratum apud Nobilem reperiretur, non Nobilis, verum ipsum ejusmodi Metallum per Officialem Loci veniet Arrestandum, Argumento Approb. Constit. partis 3. Tit. 11. Art. I. tenebiturque idem Nobilis, vel Authorem adulterationis nominare, vel alio modo se exculpare, Rusticus tamen in simili etiam Casu una cum Re Arrestandus, et si justam excusationem pro se afferre non valebit modo praemisso puniendus erit. Nobiles irresidentiati cautionem de veniendo ad Judicium, et respondendo praestabunt, et si legitime convicti, Bonis ad satisfaciendum destituantur, Arrestum patientur tam diu, donec satisfactio vel solvendo, vel patiendo impendatur; ita nimirum: ut tempus Arresti, juxta quantitatem delicti, habita ad Personarum etiam qualitatem reflexione; Judicis arbitrio definiatur, eoque modo summa, quam alias deliquentes numerare debuissent, in rationem satisfactionis detrahatur, de Ecclesiasticis in eodem genere delinquentibus observanda erunt Jura, et Leges Canonicae, itaque Director Fiscalis secundum illas procedat contra tales in Foro competente; Popis tamen Valachorum non Unitis, cum ipsi ab hoc Fori, et Canonis Privilegio exclusi habeantur, huc non intellectis, quia vero maxime conveniat, ut qui aliis ad dirigendum praeficiuntur, exemplo quoque ad omnem honestatem, Legumque observantiam praeluceant, Subjectis; Hinc si officiales Montanistici huic se delicto immiscere attentarent, conveniantur, a Judicio Montanistico, aut si Res, ita postulat, a Thesaurariatu, ibique penes brevem Processum conventi, ubi legitime suc-

cubuerint, praeter amissionem Metalli adulterati, et ejus valoris in duplo refusionem, ulteriori etiam poenae, pro supremo arbitrio Summi Principis dictandae, sint obnoxii.

Bezüglich der Banknoten- und Actienverfälscher siehe G. Z. 1840:1818. (Vergl. noch das Münzpatent vom 26. Mai 1746, erwähnte Landt. Artikel von 1747 und 1757, das Hofrescript vom 23. October 1773 republicirt Gubl. Z. 3539:1813, sowie bezüglich der Competenz des Fiscaldirectorats Gubl. Z. 1943: und 2155:1815, Herm. Mag. Z. 155:1815, Hof-Z. 2232: Gubl. Z. 9078: Herm. Mag. Z. 2734:1819 u. s. w. Siehe hier „Proceß" Seite 14, Note 2, und Seite 169, Note 4.).

§ 7. III. Der Verwandtenmord.

Indem Tripartitum I. Theil 14. Titel § 5 hieher zählt: occisores vel vulneratores fratrum ac consanguineorum — usque ad quartum gradum inclusive fügt es noch ausdrücklich bei die patricidae, uxoricidae ac matricidae d. i. die Vater-, Gatten- und Mutter-Mörder und selbstverständlich gehören zu dieser mit der Nota behafteten Classe von Verbrechern auch die infanticidae d. i. die Mörder ihrer Kinder.

§ 8. IV. Die Blutschande.

Als Verbrecher dieser vierten Art (vérfertőzők) sind erwähnt: „Stupratores consanguinearum, similiter usque ad quartum gradum inclusive, aut novercarum violatores, incestuosi". — Näher eingehende Bestimmungen fehlen; das Vorspiel des canonischen Rechts war maßgebend. (Vergl. übrigens Sanctio Criminalis von 1811 in der Vorrede).

§ 9. V. Oeffentliche Brandlegung von Dörfern oder Gutsbesitzungen.

Zu dem Begriffe dieses Hochverraths (gyujtogatás) scheint zu gehören, daß das Verbrechen in besonders feindseliger, die öffentliche Ruhe störender Weise vor sich gegangen sei und als gefährliche Ueberschreitung adliger Eigenmacht geahndet werden solle. Brandstiftungen andrer Art wurden als gewöhnliche Verbrechen behandelt.

§ 10. VI. Die Heerverbrechen.

Hiezu kann man mehrere Arten strafbarer Handlungen (hadiseregvéd-bűntények) rechnen und als die der Nota unterliegenden folgende Hochverräther bezeichnen:

1) inductores exterorum hominum spoliatorum vel stipendiariorum ad disturbandum internum regni statum;
2) traditores castrorum Dominorum propriorum; nec non expugnatores et interceptores aut subtractores castrorum vel castellorum aut aliorum fortalitiorum;
3) amissores castrorum finitimorum regni;

4) administratores armorum et victualium Turcis et aliis infidelibus Regni scilicet hujus aemulis et hostibus.

Ueber andre bei dem Heere (in der Insurrection) begangnen ſtrafbaren Handlungen enthalten folgende Stellen des Approbatalgeſetzbuches die nähern Beſtimmungen Approb. Const. III. Theil die Titel 19—22.

Titulus XIX. Hadi állapotokról.

Articulus I. A' Fellyebb annak Seriesében meg-írt módok szerént, ha mikor Hadi Expeditióknak szükségeskepen meg-kelletik lenni, akár Generalis, akár pedig partialis Expeditio lévén, a' dolgoknak mivólta és szükségnek kivánsága szerént, a' Fejedelmeknek parantsolatjára, Nemesi praerogativával élö minden rendek tartozzanak fel-ülni.

Articulus II. Ha kik fel-nem ülnének, és a' rendelt idöben helyben jelen nem lenuének, méltó és igaz mentségek nem találtatván, a' Vármegyének Tisztei eo facto egyházi Nemes emberen 12 forint poenát exigáltassanak; más rendbéli Nemes emberen, ki portionatus, és ház helyei, annál inkább ha Jobbágyi vagynak, mindazonáltal fél Kapun fellyül nem haladta annak mennyisége, fl. 25. büntettessenek-meg. A' fél Kapun fellyül való értekü Nemes ember, 50. forintal mulctáltassék; ha pedig az egy Kapun fellyül terjed Jószágának quantitása, 100. forintra.

Articulus III. Ha pedig ugyan contumacia ductus, tempestive promulgáltatva lévén, a' szükségnek idején jelen nem lenne, a' minémüek Generalis mustrák, strása állások, tsatázások, vár szállások, és több hadi exercitiumok; avagy ha kik jelen lennének-is, de Fejedelmek, avagy ha kikre a' Fejedelmektöl az az authoritas az állapotoknak mivóltához képest bizattatik, Salvus Conductusok, avagy hiteles Testimonialisok nélkül a' Had le-szállásának és zászlóknak szokott helyekbe vitettetéseknek ideje elött magokat, akármi szín alatt-is abstrahálnák, vagy tellyességgel absentálnák; minden-némü ingó javokat örökösön, ingatlan javokat pedig redemptibiliter perennali aestimatione, de tulajdon tsak a' magok személyekre nézendöket, amittálják.

Az ollyan személyeket pedig a' Fiscalis Director, avagy Donatarius evocáltatván, a' Hadnak le-szállítása után, akár Octavalis Terminusra, akár Gyülések alatt lenni szokott Táblára, es ott minden haladék nélkül való Exceptiók, Processusok és Remediumok kivül, végsöképen megítéltessék, és 15-töd nap múlva executióba-is vétettessék, ha méltó igaz mentsége nem találtatik.

Articulus IV. A' Személy szerént való Hadi fel-ülésnek idejében, minden Urak, Fö-rendek, Nemesség, kiki maga betsületinek, és Hazájának szeretetiért érteke szerént való feles számú magokkal, és jó Hadi készülettel tartozzanak fel-ülni: úgy-bogy, ha tsak egyházhelyi, avagy egy vagy két ház Jobbágyú Nemes ember-is, tartozik fel-ülni maga személyében, annyival inkább a' feles Jószágot biró Haza-fiai megmutassák Hazájokhoz és betsületekhez való szeretetéket, egyéb-iránt ha ugyan czégéres fogyatkozást tapasztalnak maga meg-vonásában, avagy vakmeröségében, ugyan azon Hadi expeditio alatt azon Vármegyének Tisztei a' zászló alatt való Fö Nemes Rendekkel törvény szerént láttassák-meg, és a' fogyatkozásnak mivóltához-képest illendö poenával mulctálják, 's jó lélek-esméret szerént meg-ítéljék, imponálják-is lovak számának meg-többittését viszont nagyobb büntetésnek fenyitéke alatt,

melly büntetésnek harmada a' Vármegye Fö és Vicé Tisztié, két része pedig azon Vármegyének Hadi szükségére fordittassék.

Articulus V. Egyházhelyi Özvegy Nemes Aszszonyok Hadi expeditióba való lovas állatásra ne kénszerítessenek, mind a' Hadi expeditiónak le-szállásáig-is, miglen özvegyelnek; söt kevés jószágú, 's egyéb rendbéli Nemes Aszszonyok-is, kiknek Férjek azon esztendöben hólt meg, és fél Kapunál fellyebb való Jószágok nintsen, azon Esztendöben Hadi expeditiókra lovast állitni ne tartozzanak; úgy mindazonáltal, hogy-ha magokat betsületes özvegységben viselik.

Articulus VI. Urak, Fö és Nemes rendek, valakik fizetett szólgai a' Fejedelmeknek, ha szintén személyekben jelen lésznek-is a' Hadi expeditiókban, de a' kiknek mennyi lóra vagyon fizetések, azon fellyül ha annyira való Jószágok vagyon, kiröl egyéb-iránt szólgaságán kivül tartozott vólna egy lovast állatni, non obstante eo, hogy szólga; mindazonáltal a' fizetett lovas számon kivül, Jószágának mennyiségéhez képest, azon fellyül való lovassal tartozzék fel-ülni, mustrálni, és a' Hadi expeditiót continuálni. A' kiknek pedig nem ló számra, hanem személyekre vagyon fizetések, magok személyekben, hivataljok rendihez tarthatják magokat; de Jószágoknak mennyiségéhez képest illendö számú lovast a' Vármegye Zászlója alatt, mint egyebek, tartozzanak állatni és jártatni, ha a' Hadi ordinantiák külömben nem fogják kivánni.

Articulus VII. A' melly szegény Nemes ember lovas számban nem mustrálhat, Hadba nem mehet érteketlensége miatt; gyalog szerben jó ahoz való készülettel compareáljon.

Articulus VIII. Az Uraknak, Fö és Nemes rendeknek Nemes emberekböl álló szólgai, ha olly' állapotra és értekü emberek, kik egyéb-iránt Jószágokból lovast állatni tartoztak vólna, akár Urok mellett légyenek jelen a' Hadban, akár Uroktól hon való gondviselésre hagyattassanak, de 'Sóldost állatni a' Vármegye Zászlója alatt tartozzanak jó alkalmatos embert, és jó készülettel; ha pedig kevesebb értekük, ne tartozzanak: úgy mindazonáltal, hogy a' Vármegyének Tisztei kötelességek szerént, reá vigyázzanak e' dologra, ha külömben nem lehet inquisitio által-is. Elsöben, hogy értekek nem terjed-é annyira, a' mennyi Kapuról rend-szerént lovast állattni szoktak. Másodszor, hogy nem tsak névvel és tsak hozzá tartó, hanem ugyan valósággal fizetett és köteles szólgák légyenek. Harmadszor, hogy nem-tsak a' Hadi hírnek promulgáltatásakor, hanem annak-elötte kötelezték-meg magokat. Egyéb-iránt praetextusok és semmi fraus a' dologban senkinek ne patrocináljon.

Articulus IX. Tempore bellicae expeditionis ha kik sulyos betegségben találkoznának, vagy egyéb-iránt-is olly' nyomorúlt, Hadi állapotra nem habilis emberek, a' Tisztektöl hit szerént való Testimonialist vévén, mind személyek helyett, 's mind Joszágokról elégséges 'Sóldosokat, jó alkalmatos embereket, és jó Hadi apparatussal valókat állassanak.

Articulus X. A' melly Urak, Fö és Nemes rendek más birodalomban laknak; ne az Hazában Jószágot birnak, Jószágoknak mennyiségéhez-képest való jó 'Soldosokat állatni tartozzanak, a' fellyebb megírt poena alatt; de azok-is a' 'Soldosok hittel köteleztessenek a' Zászló alá, a' Fejedelemnek és az Országnak hüségekre, az eleikbe adandó, és az akkori állapotokhoz alkalmaztatott hitnekformája szerént.

Articulus XI. A' Városakban lakó Nemesség, ha a' Város közzé magát béadta, kötelezte, és a' Városnak terhét vélek egy-iránt viseli, sze-

mélyében hadba menni ne tartozzék; de ha külsö Jószágot és örökséget birna, arról 'Sóldost állatni tartozik; és mivel az hon maradás, 's Város helyben való bátorságos lakás nagy könnyebség, az ollyanok felényi értekről és Jószágról tartozzanak 'Sóldost adni, mind a' kün lakó Nemesség.

Articulus XII. Midön pedig nem személy szerént való insurrectiójának kelletik lenni a' Nemességnek, hanem tsak 'Sóldosokat állatni: személye helyett a' Jószágos Nemes ember egy jó 'Sóldost tartozzék állatni, Jószágáról pedig, három Kapuról egy lovast; 's ha kinek magának annyi Jószága nem volna, többekkel együvé rendeltessék, egyházhelyi Nemes emberek tizen állassanak egy lovast; fél Kapun alól lévö Jószágúak nyóltzan; fél Kaput biró Nemeség hat állasson egy lovast; és ekképen a' Jószágnak quantitássa szerént limitálván, rendeltessenek egybe a' Vármegye Tiszteitöl; Gyalogot pedig minden két-két Kapuról, jó készülettel tartozzanak egyet egyet állatni.

Articulus XIII. A' Hadi expeditióknak alkalmatosságával, ha melly Nemes ember másokon valamelly potentiát, vagy egyéb tilalmas dolgot tselekeszik, szabad légyen véle, ha a' Zászló alatt akarná meg-perleni-is, tartozzék a' patrator meg-felelni Vármegyéjének Zászlója alatt; ha kívántatik a' Hadi-Bíró Székre-is transmittáltassék, és a' dolog decidáltatván exequáltassék-is: vagy ha az executio ott nem peragáltathatnék, azon Sententiának vigorával azután-is azon Vármegyének Tisztei executiót tegyenek, non obstante diuturnitate sententiae: mindazáltal a' Jószága vesztésit illetö dolgoknak törvényit, e' formán ne attingálják a' Bírák, 's ne attentálják a' pereseket-is.

Articulus XIV. A' Szebeni Király-Bíró, tanquam Comes Universitatis Saxonicae, söt a' több Király-Bírák-is a' Szász gyalogokkal együtt, a' Hadba tartozzanak el-menni kétkét Polgár emberekkel együtt, kik a' Fejedelem mellett légyenek. Kik közzül ha kiket a' Fejedelmek hon akarnának hagyni, vagy haza botsátani-is, áll authoritásokban; mindazonáltal ez Haza három Natiókból állván, és akármelly tractak 's egyéb szükséges dolgok-is úgy kívánván, leg-alább két nevezetes ember közzülök continue jelen légyen, kik repraesentálják azt a' Betsületes Natióját-is Hazánknak.

Articulus XV. A' Nemes embernek szabadságában vagyon, mellyik Vármegyebéli lakó helyéröl üljón-fel hadakozásnak idején, mind maga személyében, mind pedig gyalog és lovas 'Sóldosinak állatásában, hogy-ha nem tsak egy, hanem több Vármegyékben-is vagyon Jószága és lakása; ha pedig tsak egyben vagyon residentiája, abban-is tartozik fel-ülni. 'Soldosit pediglen mindenik Vármegyebéli Jószágáról egybe comportálván és transferálván, onnét állassa tsak, külömb-külömb Vármegyebéliek közzé ne kénszeritessék szaggatni Jószágát.

Articulus XVI. Soldos gyalogját, senki maga, vagy tár-szekere mellé a' hadakozásnak idején ne vegye, hanem a' Vármegye Zászlója alatt jártassa.

Articulus XVII. Ha kiknek 'Soldossa, Fia, vagy maga Hadban el-vész, azon Hadnak le-szállásáig újabbat állatni ne tartozzanak.

Articulus XVIII. A' Hódoltságon lakó Nemes emberek, vagy hogy a' Véghelyekbe bé-menni, vagy pedig mint egyéb Nemes emberek viritim fel-ülni, és az ö rendek 's állapotjok szerént ezen terhet és szolgálatot praestálni tartoznak: alioquin Nemesi szabadságok invalidáltatik. Jenöben pedig az eddig valú rend-tartás szerént czirkálókat tartsanak,

és a' kiket a' Jenei Kapitányok arra illendöket ítélnek, tartozzanak a' híreket hüségesen bé-vinni Jenöbe, sub poena ducentorum florenorum; mellyett a' Jenei Tiszt toties quoties peecaverint exequáltathassa, mox et defacto, comperta tamen rei veritate.

A' Székelységnek hadakozásának rendiröl, és a' Szász Papoknak szokott Hadi taxájokról, annak seriessében lészen emlékezet bövebben.

Titulus XX.

Mustrákról.

Articulus I. Igen szükséges dolog a' békességnek idején provideálni a' Hadi állapotokról; Végeztetett annak-okáért, hogy minden Hadra felülni tartozó rendek mindenkor kész apparatussal légyenek, ez Hazának állapotja úgy kivánván, kiki az ö ekkédiglen observáltatott rendi szerént, többek között a' Nemesség-is: úgy hogy valamikor a' Fejedelmek akaratjokból a' Fö Tisztek Mustrát hirdetnek, minden Nemes ember jó lóval, fegyverrel, és egyéb Hadi készülettel tartozzék compareálni a' meg-hirdetett napra és helyre: Mellyre ha ki nem compareálua, méltó mentsége nem lehetvén, a' Tiszték köz Nemes emberen, kinek egy Portára telhetö, úgy-mint tíz-ház Jobbágya nintsen, fl. 12, Egyházhelyi Nemes emberen fl. 8. tíz ház Jobbágyon fellyül biró Nemes emberen fl. 20. ha három Kapura telhetö jószágú ember, fl. 40. exequáltassanak rajta; de ha méltó mentsége találtatik, 's annál inkább szólgai-is jelen lésznek, semmit ne vegyenek rajta: ha pedig a' jelen lévök-is értekek és állapotjokhoz illendö készülettel jelen nem lennének, elsöszöri Mustrán megintettessenek, és szorgalmatoson observáltassanak; ha másodszori Mustrán-is fogyatkozással fognak mustrálni, eo facto a' köz Nemes ember 12. forinttal; Fö rendü Nemes ember 24. forinttal büntetödjék: A' lovasnak pedig egyéb fegyverei között, jó lobogós kopjája légyen; egyházi Nemes ember leg-alább egy kopjával; feljebb való rendü, és két lóval mustráló Nemes ember két kopjával; azon fellyül való értekü Nemesség pedig, a' végezések szerént, ki-ki maga betsületi, állapotja, Jószága és érteke szerént mustráljon. E' mustrálásnak illy' módon való neme mindazáltal értetik tsak a' békességes idöbéli mustrákra, és nem az ollyanokra, mellyek Hadi expeditiók alatt, avagy Hadi indulásra hirdettetett idöben szoktak lenni.

Titulus XXI.

Quartirokról.

Articulus I. Békességes idöben, a' pénzen élés nélkül való Quartir tellyességgel tolláltatott, és pénzeken élve-is a' Vitézlö rend, Urak Nemesség, Szászság Jószágira Quartir ne rendeltessék; hanem vagy Udvarnál, vagy a' Fiscalis helyeken, Városokon és Oppidumokon, az állapotoknak és a' dolgoknak mivólta szerént; ott-is jó disciplina alatt tartassanak; alioquin, a' Vármegyék és Székek 's azoknak Tisztei nem tartoznak patiálni, söt inkább öket ki igazitani; úgy-is pedig Nemességnek, Papoknak, és Városi Fö Tiszteknek Házaira, Majorokra, Malmokra, Scholákra, Ispotályokra szállani ne mérészeljenek; egyébiránt-is a' Tisztek olly' fenyitékben tartsák öket, hogy a' kik afféléket attentálnak, megtaláltatván, mindjárt ki-szálittsák, az engedetlenségért érdemek szerént meg-büntessék, és ha mi kárt tettek, meg-fizettessék, sub amissione honoris.

Titulus XXII.

Katonák felöl.

Articulus I. A' Katonaságot, és egyéb Vitézlö rendet a' Fejedelmek vagy magok mellett tartsák, vagy Fiscalis Városokban, és nem egyéb helyeken Quartélyoztassák békeségnek idején; 's rendelt fizetések meg-járván, pénzeken éljenek; tsak-hogy a' Tiszteknek jó provisiója légyen arról, hogy mind a' Fejedelmek személyek mellett lévö Udvar-népe, és vitézlö rendek szükségére pénzre igazságos árráért elegedendö élés szolgáltassék.

§ 11. VII. Der Beamten- und Parteien-Mord oder deſſen Verſuch.

Er begreift in ſich die Fälle:

1) interemptores, captivatores, verberatores vel vulneratores Judicum Ordinariorum Regni et eorum vices in Judiciis gerentium;
2) occisores litigantium seu causantium sive ad Regiam Majestatem, aut ad octavas vel brevia judicia sive ad Sedem Judiciariam — proficiscentium vel ad diaetam et convocationem generalem venientium et accedentium;
3) occisores, vulneratores aut verberatores Hominum Regiorum ac Testimoniorum Capituli vel Conventus in executione aliqua procedentium.

Zur Claſſe dieſer Verbrecher gehören die Verletzer öffentlicher Geleitsbriefe nach Approb. Const. III. 14:

Salvus Conductusokról.

Articulus I. Néha ez Hazának, és legitimus Fejedelminek sokszori veszedelmes állapotjokban való forgásokból, és károkkal tapasztalt experientiákból sok idöktöl fogva erös tilalmak végeztettenek, hogy semminémü rendbéli emberek más idegen Országokra, Fejedelmek engedelme, és Salvus Conductusok nélkül ki 's bé ne járjanak, hogy az által-is a gonosz igyekezetü emberek refrenáltassanak; a' Haza közönséges végezésére és tsendességére pedig a' Fejedelmek, és utánna való több Tisztek inkább vigyázhatnának, söt még írógatások, küldözések, izengetések-is ne lennének.

Mindazáltal a' Hazának mostani tsendességében, és a' szomszéd Országokkal-is békességes állapotjában, és hogy a' Hazának igaz tagjai 's Fejedelmeknek igaz hívei, igazságos dolgokban, és járásokban kelésekben meg-ne akadékoztassanak, 's a' valaha történt, vagy történhetö valamelly gonosz igyekezetü emberekkel az igaz és betsületes emberek-is egyenlö fontban ne mérsékeltessenek; Nemesi szabadságokban bántódást ne szenvedjenek, az alább meg-írt módok alatt való írások, küldözések és járások, a' betsületes és igaz Haza tagjainak meg-engedtetni végeztetett.

I. Ha kik idegen Országba Deáki tudománynak, nyelveknek tanulásáért, peregrinálásért, viszont a' Hazával és Fejedelemekkel nem ellenséges helyekre, vitézi vagy egyéb tisztességes állapotbéli szolgálatért ki-akarnának menni, avagy gyermekeket küldeni: elsöben-is azon Vár-

megyebéli, Székbéli, vagy Városi Fö tiszteket requirálván, azok szorgalmatoson meg-visgálják az el-menni igyekezönek vagy küldendönek minden állapotját, szándékának méltó okát; és ha valakinek vële olly' practensiója nintsen, mellyet subterfugiálni azzal akarna'; söt ha elégségesen nem constálna a' Tiszteknél, a' Vármegyének vagy Széknek közönséges Gyülésére-is rejiciálják, és a' dolognak ugyan fundamentomából mennyenek végére, igazságos és méltó szándéka, a' fel-tett dologra alkalmatos vólta comperiáltatván, ha in publica Congregatione forog, Vármegye petséti alatt, ha tsak a' Fö Tisztek elött, azonoké alatt vegyenek Testimoniálist, mellyet a' Cancellariára producálván (hogy-ha a' Fejedelmeknek-is nem constál valami olly' dolog azon Exponens felöl, kit nétalám a' Tisztek nem tudhattak vólna, melly vagy a' Fejedelmi személynek, vagy az Országnak ártalmára való vólna), tartozzanak az ollyanoknak Salvus Conductust adni, és ekképen békével el-mehessenek: mindazonáltal másutt való lakosokban-is magokat úgy alkalmaztassák, hogy-ha a' Fejedelmek és Haza ellen való ártalmas dolgokban elegyítik magokat; az ollyanok, de bonis citáltassanak az Ország törvénye szerént, ha convincáltatnak, azon Ország törvényében specificált poenával-is büütettessenek, mint az Hazában lakók; de a' mint-hogy a' citatio personaliter nem lészen, úgy per Procuratorem Constitutum, söt azon távól lévö embernek Attya 's Annya, vagy olly' Attyafia-is, kiknek legitima Successiójok vólna a' Citatusnak Jószágában, Titulo et nomine ingerentium defendálhassák a' Citatusnak causáját, etiam absque constitutione, és ne tsak per non venientiam, hanem ugyan per meritalem allegationem, ejusdemque comprobationem legitime dijudicáltassék a' Causa, és comperta rei veritate convincáltassék-is; söt ha medio tempore arról az Országról való hostilitas interveniálna, a' holott az illyenképen ki-ment Haza-fia szolgálna, tartozzék ad fidelitatem Principis unionemque Regni redeálni, alioquin eo facto amittálja ez Országban minden javait: egyéb-iránt-is pedig, ez Hazában lévö Jószágokra nézve subjaccálnak ezen Haza törvényének, és terch viselésének: Ezek közzé nem értetnek azok, kik más birodalómban resideáló emberek.

II. A' kik nem ez fellyebb meg-írt okokból, hanem más valamelly szükséges és igazságos dolgoknak véghez vitclére, vagy annál inkább magok Jószágokba akarnak menni, nem köteles Szólgák, sem nem Tisztviselö emberek, az ollyanok a' Vármegyéknek és Székéknek Fö Tiszteinek, 's azon Vármegyebéli, vagy Székbéli Kapitányoknak-is, a' hól lenni szoktanak, értésekre adván, és azok-is a' Fejedelmeknek és Hazájoknak tartozó kötelességek szerént a' dolgot jól meg-visgálván, úgy adjanak Testimonialist valamelly nem hoszszas ideig, és az útnak-is nem derekas meszszeségére; de a' Hazának állapotja sok okokból úgy kiváván, hoszszas idöre és derekas meszszeségre, Fejedelmek Salvus Conductussával menjenek; a' kötelcs Szólgák és Tiszviselök-is Fejedelmek Salvus Conductusa nélkül el-nem mehetnek.

III. Ez Ország széliben lakozó, és szomszéd Országokkal határozó Vármegyékröl és Székes helyekröl viszont tsak szomszéd Vármegyéig igazságos méltó dolgokban és szükségekben, Testimonialis vétel nélkül-is el-mehetnek. Tsak-hogy az igaz derekas szabados útakon, 's nem pedig a' meg-tiltott útakon és ösvényeken járjanak:

Mind ezek pedig békességes idökröl, és békességes szomszédságú 's keresztyén Országokról 's helyekröl értetnek: mert háborúságos idökben,

és ellenséges szomszédságú helyekre való menés és jövés, Fejedelmeknek vagy az állapotoknak mivóltokhoz-képest arra specialiter rendeltetett Tisztviselöknek Salvus Conductusok nélkül való járás, irogatás, vagy küldözés, semmiképen nem szabados.

A' Kereskedö rendek pedig, ha a' határos és békességes szomszédságú helyekre és Országokra mennek, elöttök járó Tisztviselöjöktöl vegyenek hiteles Testimonialisokat, azokat a' Harmintzadokon praesentálván, mehessenek és jöhessenek. Távóljabb való Országokra a' Városi zálogos Hazafiaiból álló Kereskedö rendek, Fejedelmek Salvus Conductussával menjenek, és a' Salvus Conductusok-is hiteles Testimonialisokra adassanak: Különben tselekedvén, minden javok confiscáltassék, és magok személyekben törvény szerént büntettessenek. A' Kolosváriak mindazonáltal, Tanáts Testimonialissával el-mehessenek; de azok-is annak mássát küldjék a' Conservatoriumba; tudják a' Fejedelmek, ki hová, 's mitsoda Országra jár.

IV. A' kik az ide fellyebb meg-irt módok szerént Fejedelmek Salvus Conductusának impetrálásával és annak virtusával tartoznak járni, és a Salvus Conductus denegáltatván nékik, még-is el-mennének, az ollyanokat a' Director törvényszerént prosequálja, és ha személyekben elmennének-is, de bonis citáltassanak: a' Generalis Diaeta alatt legitime convincáltatván és comperiáltatván, hogy vakmeröképen a' Fejedelmek ellen mentenek-el, 's méltó okát nem adhatják, magok személyekre nézendö minden javokat amittálják.

V. Ha kik pedig egyéb igazságos színeknek praetextusa alatt extrahált Salvus Conductusokkal abutálván, Ország Statutumi és interdictumi ellen való dolgokba elegyitették vólna magokat, vagy ezután-is affélébe impingálnának, evocáltatván a' Fiscalis Directorok által Octavális Terminus vagy Diaeta alatt való Táblára, a' meg-tiltott dolognak meritumja szerént, affélékröl decernáltatott poenán convincáltassanak.

VI. Hogy-ha találkoznának ollyak, kik akár Sálvus Conductussal, akár azon kivül való ki 's bé járásnak alkalmatosságával Fejedelmeknek vagy Hazájoknak tartozó kötelességek ellen való arultatásba elegyitenék magokat, a' dolog comperiáltatván, juxta contenta Decreti, Articulorum Regni, in Nota perpetuae infidelitatis convincáltassanak és büntettessenek; akár magok, akár mások, vagy pedig akár levelekbéli irogatások által tselekednék: hasonló poenába incurráljanak azok-is, a' kik tudva affele ártalmas leveleket vagy követségeket hordoznának. Hasonlóképen ha melly ártalmas és nyughatatlan elméjü emberek más jámboroknak hirek és consensusok nélkül olly' leveleket irnának, mellyek a' Fejedelmeknek méltósága és a' Hazának közönséges java és megmaradása ellen vólnának, azon poenába incurráljanak.

§ 12. VIII. Die Religionsverbrechen.

Als ſolche (vallás-sértés) ſind zunächſt mit der Nota behaftet die Häreſie (eretnekség, Ketzerei) und die Vergewaltigung durch Raub und Gefangennehmung oder Verhinderung der Abſicht an ſolchen Leuten, welche aus der Türkei kommen, um in dieſem Reiche ihrem Aberglauben abzuſchwören.

Auf keinem Gebiete mehr als bezüglich ſtrafbarer Handlungen in Religionsſachen, haben die ſiebenbürgiſchen Geſetze viele Einzelbeſtim-

mungen festgesetzt. Sie fallen zunächst auch unter den allgemeinen Gesichtspunkt des Hochverraths, der Nota, sind aber im Einzelnen mit verschiednen Articularstrafen gesondert und betreffen bald die Verletzung der Reception der vier gleichberechtigten Religionen (Approb. Const. I. 1. 2.), oder die Innovation, verbotne Neuerung (Approb. Const. I. 1. 3.), bald die Proselytenmacherei (téritgetés) (Approb. Const. I. 7. 8.), oder die Copulation und Ehetrennung von Andersgläubigen (Approb. Const. I. 5.); bald wieder das Abhalten der h. Feiertage (Appr. Const. ed. 51. und Comp. Const. I. 1. 2.[1]); dann wieder den Judaismus (Approb. Const. I. 4.), und die verschiednen Verhinderungen kirchlicher Handlungen oder Gewaltthätigkeiten an Personen und Gebäuden[2]) und Kirchengütern, sowie die Gotteslästerung (Appr. Const. III. 47. 22. und A. C. edict 34) u. dgl. m.

Als die wichtigsten Bestimmungen heben wir zur Sonderbehandlung folgende hervor (Approb. Const. I. 1. 3. vom Jahre 1576[3]):

Articulus III. A' Négy recepta Religiokon kivül in Articulis fidei vel religionis, se privatus akár mi rendbéli emberek, se pedig Gyülekezetek innovatiot, se pedig szakadozásokat bé-hozni vagy tselekedni ne merészeljenek, sub poena notae infidelitatis.

— — — — — — — — — — —

Ki-nem rekesztetvén mindazáltal az-is, ha mikor, és miben valakik az Ecclésiáknak épületire nézendö Sz. Irás szerént való tetszéseket communicálni akarják, melly illy' móddal engedtetik, hogy a' közönséges Egyházi gyülekezetben tartoznak proponalni, és mind magokat, 's mind pedig opiniojokat a' közönséges gyülekezetnek censuraja alá submittálni, mellyet azok a' Sz. Irásnak serpenyöjében igazságoson megfontolván, minden privatus respectusok kivül, Vallásokon lévö külsö Fö, és utánna lévö Magistratusokkal, 's Patronusokkal communicalván, ha mind hasznosnak, 's mind pedig szükségesnek itéltetik, közönséges meg-egyezett végezésböl vétessék ususba-is; és ekképen in externis ritibus directioneque Ecclesiastica lehessen a' reformatio avagy variatio (semmiben meg-nem illetvén a' Hitnek és Vallásnak fundamentumiban, 's articulusibau való dolgokat), ellenben pedig a' dolog nem jovaltatván, sem acceptaltatván, afféle opiniok interdictuumban légyenek, ez meg-irt módon kivül, semmi rendek magokat afféle dolgokba ne elegyitsék. Egyéb aráut, ha hol, és kik, 's akárminémü rendbéli emberek felöl ollyan dolog hallattatnék, azon Vármegyéknek, vagy Székeknek Tisztei, azon Religion lévö Püspökök, Vicariusok, Esperestek, Dékánok, a' kiknek tudni-illik inspectiojok alatt az ollyan emberek residealnának, egymást tudositván, confluáljanak mind két rendböl álló értelmes, elégséges számu emberekkel, certificálván a' vádoltatott személyeket-is, akár Egyházi, 's akár külsö rendek légyenek, és a' dólgot szorgalmatoson examinálják-meg, 's ha comperiáltatik igaznak lenni a' meg-irt tilalmas dolgokból lett vádoltatások, elsöben, meg-

[1]) Vergl. damit die Gesetze des heil. Stefan und heil. Ladislaus (I. 10).
[2]) Vergl. damit König Mathias 6. Decret. V. 61. u. a. Stellen mehr.
[3]) Siehe meine Materialien („Verfaßungsgrundgesetze") Seite 49.

intettessenek szorgalmatoson, és ha mindgyárt desistálnak, 's magokat az intésnek engedelmesen submittálják, meg-ne bántassanak; ha pedig: ugyan contumaciter abban perseverálnak, annál inkább abbéli opiuiokat praxisba vennék, vagy valamelly Ecclésiában privata authoritate a' közönséges meg-egyezés kivül introducálnák, citati per Directorem, ha Seculáris emberek lésznek, immediate, ha Egyházi rendek, degradáltassanak elsöben, és azok-is a' szerént citáltatván, mind két rendbéliek, comperta rei veritate, legitimoque juris processu in talibus observari solito, in notam perpetuae infidelitatis incurráljanak, id est, amissionem omnium bonorum, ipsos solos praecise concernentium, caput tamen redemptibiliter. Ha kik pedig effële dologért convincáltatott embereknek párt tartói találkoznának tudva, rei veritate comperta, ezen mód és processus szerént convincáltatván, hasonló poenába incurráljanak; interim a' convictusok perseverálván azon vétekben, binaria gratia életeknek-is ne adassék. Ide nem értvén az Oláh, vagy Görögök sectáján lévöket, kik pro tempore szenvedtetnek, usque beneplacitum Principum et Regnicolarum.

Articulus IV. A' Judaismus, a' mint régi idöktöl fogva, nemhogy a' négy recepta Religiok közzé számláltatott vólna, de söt publicis regni Constitutionibus sub animadversione ac severa poena interdicáltatott, 's annak idejében a' kik vakmeröképen azon tévelygésben találtattanak, a' Constitutiok szerént meg-is büntettettek; ezután-is in perpetuum mint azoknak büntetések, úgy a' következendöknek-is vigore eorundem Articulorum, ac etiam praesentium végeztetik, sub eadem poena processuque in articulis expresso, mellyröl bövebben irás találtatik annak seriessében [1]).

In Approb. Const. erſtem Theile 4. Titel ſind „Judaizánsok felöl“ weitre proceſſualiſche Beſtimmungen enthalten.

Strafbeſtimmungen mit Geldbußen enthält Approb. Const. I. Tit. 5.

Papok avagy Prédikátori Rendekröl.

Articulus I. A' melly helyeken az Egyházi Tanitóknak dézmájok, Quartájok, vagy egyéb eleitöl fogva rend szerént járni szokott jövedelmek vólt és vagyon, azt senki tölök el-venni, és el-tartani ne mérészelje, (hanem ha valamelly rend kivül való casustól kénszeritetvén a' Vármegye, vagy a' Szék az Esperestekkel egyenlö értelemböl vennék igazitásba, és más karba állatásba) alioquin ha Nemes ember tselekedné, és a' Tisztteknek admonitiójára nem restituálná, a' Tisztek citáltassák, és két Szék napján finaliter decidállják, 's comperta rei veritate flor. 100-ra büntettessenek; és az el-tartott jövedelmet-is restituállyák, minden tovább való processusokon és remediumokan kivül; ha pedig paraszt emberek tselekednék, három forintal büntettessenek, toties quoties, ha pedig Falu tselekedné, floren. 12-vel: (ide nem értvén az Esztendönként szokott szegödés által hól többülö, hol kevesebbülö fizetéseket, sem pedig a' Patronusoknak szabad akarattyoktól függö beneficiumokat, hanem tsak a' rend szerént régtöl fogva való Parochialis proventusokat).

Az hol pedig vacantia esnék, az ollyan jövedelmek-is másuvá ne

---

[1]) Damit auch zu vergleichen der gegen die Jeſuiten 1588, 1607 und 1619 gerichtete Landtagsbeſchluß (Approb. Const. I. tit. 3.). Siehe im I. Bde. zweite Auflage Seite 339.

convertáltassanak, ha az Esperestek snbstitnáluak másokat addig, mig bizonyos Prédikátorok vagy Mesterek rendeltethetnek.

A' kik pedig az Ecclesiastienm bonumokat in proprios usus converterent, vel dilapidarent, és nem tsak bizonyos valami okokból, mint fellyebb írva vagyon, akadékoskodnának az Egyházi rendeknek jövedelmek felett, hanem ugyan abalienálni akarnák, és el-foglalnák, az eleitöl fogva Ecclésiához birattatott, Ország Constitutioi szerént azoktól nem abalienáltatott Eeclésiai bonumokat, reqniráltatván azon helybéli Tisztek az Egyházi rendektöl, vagy Esperestektöl, azok admoneálják, hogy restitnálja, alioquin ha contumaciter intra quindenam nem restituálná, hiteles documentumokat producálván, a' Fiscalis Direktoroknak kezekhez, az ollyan Ecclesiastieum bonumoknak el-foglalásáról, a' Tiszteknek admonitiójáról, és a' terminnsra nem effectuált restitutióról, abból következett kárnak-is refusiójával együtt, comperta rei veritate, a' Direktor vigore praesentis Artieuli helybéli Tisztek által, ezer forintot exeqnáltasson, a' contumax violens emberen; és az el-foglalt bonumokat-is restituáltassa.

Artienlus II. Mind Visitatiónak idején, 's mind egyébkor az Egyházi rendek a' szegénységet ne taxállyák, mulctállyák, egyéb-aránt-is eféle külsö büntetéseknek rendi nem az ö kegyelmek hivatallyát illetvén.

Artieulus III. A' külömbözö Religiókon való Papok egymás hivatallyába magokat ne elegyitsék, a' Visitálásokban az eddig observáltatott Usust kövessék.

A' Székelységen lévö Egyházi rendek, kik magok személlyekre nézendö külsö jószágokat és örökségeket birnak, azokról, a' Faluval értsenek egyet, a' közönséges szedés, vevés, és egyéb szükséges köz dolgokból; de egyéb aránt valamig Papi hivatalban vagynak, ha szintén megyéjek nintsen-is, egyéb tereh viseléssel ne bántassanak.

Artienlus IV. Egyik Religión lévö Pap-is, más Religión lévö személyeket, sem copulálni, sem divortiálni, sem Eeclesiai reconciliatiora admittálni ne mérészellye; ha szintén olly' idöben vallását változtatni akarná-is, mikor más vétkes tselekedeti vagy igyekezeti el-válásra, vagy copuláltatásra, vagy Eeclésiai reconeiliatióra, nyilván valokká lettenek; hanem elsöben azon Religión lévö Egyházi rendek elött, (mellyen vólt akkor, midön a' dolog inditatott), decidáltassék, és azután ha akarja Religióját változtatni, szabadságában lészen; alioquin valamelly Egyházi ember ezek ellen impingálna, in amissionem honoris et officii incurállyon, és post degradationem, a' külsö Magistratus' hatalma alá vettettetett légyen, és azok elött, ad instantiam querulantum, érdemek szeréut való büntetések légyen; söt azon egy Religión való Papok-is magok Eeclesiáján kivül valókat, külömben ne admittáljanak, az fellyebb meg-írt, és egyéb hivataljokat illetö dolgokban; hanem azoknak igazságokat, vagy testimonialis levelekböl vagy bizonyos hiteles relatiókból meg-értsék, bizonyos és a' dolgokat tudó helyekröl: idegen és jövevény, 's bizonyos Eeclesia nélkül való szemellyeket-is szorgalmatoson meg-visgáljanak.

Artieulus V. Ha kik minden igaz ok és mód nélkül vel per se, vel per alios, Prédikátort, és Schola Mestert vernének vagdalnának, vagy tsak meg-kergetnének-is, két vagy három jámbor által meg-bizonyosodván, az ollyanok, per Comites, vel Sedium Officiales, exelusis omnibus juridicis remediis, mox et de facto kétszáz forintal büntetettessenek, és azon fellyül, sérelmekröl azokat contentálják, a' mulctalis poenának hason-fele a' Panaszló-félé, féle az Exeeutoroké légyen.

Ellenben, ha a' Prédikátorok és Mesterek tselekednék, magok vagy mások által, azok-is hasonló poenába incurrálljanak, és azon Tisztek exequállyanak, minden azért való büntetések félelme nélkül; mellyet ha a' Tisztek praetermittálnának, ö rajtok exequáltassék [1]).

Ebenſo enthält der nachfolgende Titel (A. C. I. 6. Titel Articulus I.) auch ſtrafrechtliche Beſtimmungen.

Ecclesiai Személlyekről.

A' Prédikátorok és Scholák' Mesterei, 's Deákoknak állapotjokról annak rendiben vagyon emlékezet bövebben: de azokon kivül vagynak ollyanok, kik az Ecclesiához való szólgálatnak szine és titulussa alatt, a' Jobbágyság, avagy hadi expeditiók alól akarják magokat abstrahálni: melly semmiképen meg-nem engedtetik. Mindazonáltal a' kik valóságos igazsággal Prédikátori, 's Mesteri hivatalokban, vagy a' Deáki tudománynak tanúlásában forgolodnak, azoknak meg-akadályoztatások, háboritatások, hogy semmi rendtöl ne légyen, az 1624 esztendöbéli Articulus szerént sub poena flor. 300. ez után-is observáltassek, illyen declaratióval: hogy ha kiknek jobbágyból álló személyek tsak here módon élnének, 's lappanganának Scholákban, vagy egyéb Egyházi rendek környül, és tsak palástul tartanák a' jobbágyságnak, vagy hadi 's egyéb külsö szólgálatnak kerülésére az Egyházi nevezetet; affélék ellen illyen processus tartassék: hogy a' Praetendens inquiráltasson az olyan szin alatt lappangó Jobbágya vagy szolgája felöl, 's azon collateralis attestatiókat producálja az Esperest' elleibe, kinek inspectiója alatt latitálna az ollyan ember, 's az Esperest látván igazságát a' Praetendensnek, committáljon mindjárt annak az helynek Papjának vagy Mesterének, kinek birtoka alatt vagyon, megadása felöl: ki hogy ha maga mentségével akarna élni, tartozzék elötte járója felelni felölle; vagy arestom alá vetni, és intra quindenam, hogy a repetitus ember-is maga mentségére vallathasson, engedtessék dilatio, de ad quindenam mind két félnek igazságát revideálni tartozzék az Esperest, és comperiáltatván a' Praetendensnek igazsága, mindjárt kezébe adattassék; ha pedig vagy az Esperest, vagy a' Papok és Mesterek tennék a' fogyatkozást, avagy hogy azzal az itélettel contentus nem lenne a' Praetendens, egy emberséges Nemes ember, avagy Szolga-bíró által az Espere-tet certificálja abbéli akaratja felöl, és bizonyságit, mellyeket producált vólt, reportálja a' Vármegyére avagy Székre: az holott revideáltatván, ha compareál-is, ha nem is, az adversa pars, finaliter pronunciáltassék sententiája, mellyel azon helybéli külsö Tisztek ki-menni és executiót tenni tartozzanak; akárhol találtassék: Söt a' Praetendens-is vigore ejusdem sententiae extra limites Ecclesiae szabadoson meg-foghassa, az Esperest pedig ha studio praetermittálja, a' kézbe adást, avagy azok nem obtemperálnának, kiknek committállja, értésekre adván a' Püspököknek severe animadvertálljanak ellenek [2]).

[1]) Vergl. bei *Dósa* Seite 525. (Die Strafſätze von 1000 fl. bis zu 3 fl.) bei Kirchenbeſchädigungen, ſowie der dreifache Erſatz wenn ein Geiſtlicher Kirchengut für ſich verbraucht (Ladislaus Decr. I. 6.). Siehe das Nähre theils im Staatsrecht, theils im Kirchenrecht, ſowie mündlichen Vortrag.

[2]) Vergl. noch 55 : 1791 „De Templis Turribus, Campanis, ut et Fundis Parochialibus internis inde ab emanatione Diplomatis Leopoldini ademptis in statu moderno relinquendis refundendisque quibusdam Religionibus jam appromissis et adjudicatis Bonificationibus".

Ferner daſelbſt A. C. I. tit. 8. art. 4:

A' melly Oláh Pap igaz ok nélkül divortiálna valakit, vagy más Valláson valókat copulálna, vagy tudva, két feleségü embert, vagy pedig el-ragadott, 's nem pedig rendesen megkért személyeket; vagy ollyanokat, kik az Ország végezési szerént való úton és módon nem szabadittatnak egymás mellé állani, vagy elsöben a' külsö büntetést véghez nem vitték, vagy ha kikkel Ecclesiát kellene követtetni, 's el-múlatnák, mind az illyen Papokat ha az Esperestek meg-nem büntetnék, érdemek szerént, meg-értvén a' Tisztek, admoneálják az Esperesteket: ha még-is posthabeálnak. intra quindeuam meg nem büntetnék, az Esperestek priváltassanak tisztektöl; a' Papokra pedig a' külsö Tisztek láttassanak törvényt, és büntessék magok érdeme, és az Ország végezési szerént, külsö büntetéssel fl. 200. Az Oláh Püspök pedig Papságoktól-is priválja, ha ugy fogják érdemleni.

Wichtig ſind ferner Approb. Const. III. 47. 22. aus den Jahren 1538 und 1619:

Isten ellen való káromkodó, és hallani-is irtozásra való szitkozódások kezdettenek bé-származni tsak nem régen Hazánkba; mellyért-is hogy annak neme és mivólta szerént való kemény büntetéssel, és ha annak érdeme úgy mútatja, halállal-is meg-büntettessenek affélét tselekedök, végeztetik: hasonlóképen itt külön-külön nem specificáltatott, de in genere minden czégéres, Isten 's Ország tilalma ellen való vétkekért, hogy azoknak tselekedöi kedvezés nélkül meg-büntettessenek, a' kiket a' dolog illet, azoknak serio imponáltatik; ez meg-irt büntetéseknek módja pedig és rendi ez Országnak mindenik Natióból álló Statusira, és minden helyekre extendáltatik, meg-maradván mindazáltal a' Kapitányoknak-is eddig observáltatott authoritások, azok között siguanter a' Váradi Fö és Vicé Kapitányoké-is és az ekkédiglen meg-tartatott, s' per contrarias Constitutiones nem tolláltatott privilegiált helyeknek szabadságok.

Endlich anzuſchließen (aus dem Jahre 1619) Approb. Const. V. ed 51.

Religiókra nézendö dolgokról.

A' Nevezetes Innepeknek, mellyek a' három Sátorosoknak mondatnak, úgy-mint Karátsoni, Húsvéti, Pünkösti Innep napoknak megilletések, Isteni szolgálattal való el-töltések, mint Istenek nevezetes jótéteményinek emlékezetire rendeltetett napok; annál inkább a' Vasárnapi Innep napok-is, hogy innepi szenteléssel töltessenek-el, méltó dolog; annak-okáért azokon a' napokon senki, se maga, se szólgai, sem elkerülhetö és rabotás munkára ne kénszerittessenek; menyegzöi lakadalmak ne celebráltassanak, útra indulások el-mulhatatlan okoknak kénszeritése kivül ne légyenek, vásárok, annál inkább sokadalmok azokon ne légyenek, és fel-ne szabadittassanak; a' kortsomákon lévö czégérek bé-vétessenek, és a' dellyesti prédikátziónak végéig bor ivó emberek a' kortsoma házakhoz be-ne botsáttassanak; házokhoz mindazonáltal a' lakos embereknek, és szállásokra idegen embereknek-is, illendö módon bort adhatnak: Valakik pedig ezek ellen tselekednének, Nemes embereken 6-forintot, Paraszt embereken 2-forintot exequaljanak a' Vármegyék, Székek és Városbéli Tisztek, toties quoties; mellynek harmada az Executoroké légyen, két részét pedig számán hadják, és adjá azon Városokon vagy

Falukon lévö Egyházfiaknak kezekbe; melly jövedelmetskét azon helybéli Templom vagy Schola épitésre fordítsanak, és semmi külsö prophanus ususra sub poena fl. 200. ne mérészeljenek költeni, se Egyházfiak, se Bírák, és egyéb rendek.

Egyházfiakat pedig mind Városokon, Falukon, jó lelkiesméretü, hiteles, és zálagos embereket constituáljanak.

Szölö-szedések-is az innep napokon meg-tiltatnak, sub poena fl. 12. mellyeknek-is exigálása, mind pedig ususa a' szerént légyen.

Aus dem Gesetzbuche der Compilaten ist diesfalls die Stelle in C. C. I. I. art. 8. (vom Jahre 1664) am wichtigsten:

Ez el-múlt veszedelmes idökben jött vólt illyen alkalmatlanság-is bé-közinkbe, hogy némelly ember feleségét, és felesége-is Urát el-hagyván, azonban rabságban lévö atyánkfiainak is feleségek némellyek Urokat életben lenni tudván, hitekröl meg-nem emlékezvén férjhez mentek, 's mennek; rab Uroknak-is javokat el-hordván 's tékozolván, ha a' Papok székin viszsza itéltetnek-is, hitek mellé nem redeálnak, némellyek pedigien efféle személyeket házoknál tartanak és lappangtatnak. Mellyröl concludáltunk úgy, hogy ha melly személyt, akár férfi, akár aszszonyi állat légyen az, de viszszá ítélnek a' Prédikátorok, kötelesek légyenek hitek mellé redeálni; és istenesen élni; ha hol rabságból meg-szabadúlt, vagy meg-szabadúlandó atyánkfiainak feleségek férjhez ment lészen, 's megszabadúlt Ura mellé viszsza redeálna, 's Ura nem recipiálja, el-vitt és tékozlott javait tartozzék Urának viszszá fordittani: mellyet ha nem tselekednék, a' Tisztek kötelességek szerént tégyenek plenarie satisfactiót, ide értvén a' férjfiakat-is, kik már feleséget vettek életbéli feleségekhez való kötelességek ellen. A' kik valakinek feleségét meg-nem adnák, hüti mellé Urához nem botsátnák, azokat comperta rei veritate eo facto statim in ducentorum florenorum hungaricalium onus incurrált személyeknek pronuncialtnk, és vigore praesentis Articuli a' Tisztek exclusis omnibus juridicis remediis, de facto exequáljak-is; a' Tisztek is ha kedveznének, hasonló poenába incurráljanak, és modo praenotato exequáltassa rajtok a' Director. Ezt pedig az Articulust értjük nem tsak a' rabságban forgott személyek felöl, a' mint némellyek magyarázni akarták, hanem mind azokról, valakik a' Szent Irásban specificált casusokon kivül házas-társok mellöl elállanak, illyen declaratióval, hogy ad instantiam laesae partis annak a' Vármegyének vagy Székeknek Tisztei, a' hol találtatik lenni az ö házas-tarsa mellöl el-állott személy, admoneálja a' viszsza menésre: mellyet ha amaz nem tselekednék, úgy tégyen két-szász forintig való Executiót, e' jelen való Articulusban inserált mód szerént: és post factam Executionem újjabban admoneálja; mellyet ha akkor-is meg-vetne, toties quoties azt fogná tselekedni, exequáltassék rajta az Articularis poena: hogy-ha pedig annyi java nem lészen, hogy az Articularis poena exequáltathassék rajta, kössék nyakon, 's adják hütös társa kezébe.

Die Festsetzung der hier angeführten Strafbestimmungen läßt die große Sorgfalt erkennen, womit man die Religionsfreiheit, Kirchengut u. a. vor Eingriffen sicherzustellen bemüht war; analoge Fälle unterlagen gleicher Anwendung des Gesetzes. Besonders aber sind Meineid

und Eidbruch (hitszegés) als Religionsverbrechen angesehn worden und diesfalls hier namentlich Trip. II. Theil, 30. Titel hervorzuheben:

De poena Perjurorum, et Aucariorum, Ludas appellatorum.

Unde justo Dei, et humano Judicio, quilibet fidefragus, et perjurus (quem nos communi vocabulo Aucarium, hoc est, Ludas appellamus) acriter est puniendus.

§ 1. Amittit enim (ubi de perjurio fuerit convictus) universa, et quaelibet Jura sua possessionaria, atque cuncta bona mobilia, ubilibet adjacentia, et quocunque nomine nuncupata.

§ 2. Imo proprietate bonorum suorum privabitur, et perpetuo carebit.

§ 3. Et non solum his exhaereditabitur; sed etiam in persona sua (amisso humanitatis honore) tanta ignominia afficietur; ut inter alios Christicolas, tanquam ab humanitate relegatus, atque segregatus, disparibus vestibus indutus, zona canabea succinctus, discalceatis pedibus, et nudato capite, semper incedere cogatur.

§ 4. In Judicio vero ipse contra neminem; adversus autem eum quilibet agendi habebit auctoritatem.

§ 5. Et hoc intellige, respectu Jurisdictionis sacrae Coronae Regni, et contra Principem nostrum fieri. Nam adversus Actorem, solummodo in Homagio, et emenda capitis, sui, ducentos florenos faciente, perjurus, et fidefragus solet condemnari.

§ 6. Ubi sciendum, quod perjurium duobus modis committi intelligitur. Primo modo dicitur: Transgressio liciti Juramenti, quando videlicet quispiam promittit aliquid alteri fide mediante, se daturum, vel hoc, et id facturum, et deinde promissionem hujusmodi transgreditur. Et hoc casu, praemissa infamia, et bonorum amissio, non semper sequitur. Nam per validam aegritudinem, ac viarum discrimina, et temporum disturbia, promittens ipse saepenumero super his excusatur: Nihilominus tamen promissum adimplere, et observare compellitur.

§ 7. Secundo modo, perjurium dicitur: Mendacium Juramento firmatum, in fraudem, et periclitationem Jurium cujuspiam, malitiose commissum. Et hoc modo, poena Aucariorum praedeclarata, semper decernitur, atque pronunciatur [1]).

§ 13. IX. Die Leibesverstümmelung.

Obwohl das Tripartitum den gemeinen Mord nicht unter die Hauptfälle der nota zählt, will es doch als Hochverräther die Verbrecher der Verstümmelung und Blendung (megcsonkitás, megvakitás) angesehn wissen: „mutilatores membrorum et eruitores oculorum: praeter Banos, Wayvodas et alios, honores in confinibus Regni tenentibus“; es ist also namentlich der Fall eines solchen ämtlichen Mißbrauchs der Gewalt gemeint, wo Glieder absichtlich verstümmelt und Augen herausgerissen werden, während doch andre Vorgänge hätten stattfinden sollen.

[1]) Siehe über Aucarii *Batthyány* Leg. eccles. I. S. 635 und *Bárdosi* Supplem. ad An. Scepus. S. 96, Note.

§ 14. X. Die besondern siebenbürgischen Fälle des Hochverraths.

In den vaterländischen Gesetzen sind außerdem noch einige strafbare Handlungen mit der Nota belegt.

Wer die Huldigung des Fürsten absichtlich versäumt soll nach Appr. Const. II. 2. (Landtagsbeschlüße von 1613, 1633 und 1635) folgendermaßen behandelt werden:

Titulus II.

Fejedelmeknek tartozó Homagiumnak praestalásáról.

Articulus I. Mivelhogy a' Fejedelmek az Országnak minden Rendeinek kötelesek, úgy alattok valók-is, hogy hittel légyenek kötelesek a' Fejedelemnek, szükségesképen kivántatik; annak-okáért minden Nemes Vitézlö és Városi rendek tartozzanak, a' szokott forma szerént, a' Fejedelmek' hüségére meg-eskünni, a' kik jelen találtatnak lenni, úgyan akkor, midön a' Fejedelmek inauguratiojoknak idején juramentumokat deponálják; a' kik pedig jelen lenni nem találtatnának, a' Tisztek minden helyeken Gyüléseket promulgáltatván, a' Fejedelmek' választása után ottan hamar és elsö Szék napján tartozzanak Homagiumokat praestálni, kiki Székes helyében, a' Városokon-is hasonlóképen, a' hol pedig a' Fejedelmeknek-is Commissariusinak jelen-létekben. Ha kik pedig a' Homagiumok depositiojára promulgáltatott idöben nem deponálnák, méltó mentségek nem lehetvén, citaltassanak, és comperialtatván, hogy contumaciter posthabealták, in amissione omnium bonorum, tam mobilium, quam immobilium, ipsos praecise concernentium juris ordine convincáltassanak.

Hasonlóképen azok-is, kik successive külön kenyeres gazdaságban szállanának, húsz esztendöt el-ért idejekben tartozzanak Homagiumot deponálni, mellyet azok-is ha tudva és contumaciter el-mulatnak, azon poenaba incurráljanak.

Aehnlich wird gestraft, welcher ohne Erlaubniß des Fürsten in das Ausland verreist Appr. Const. III. 14. 4. (Siehe hier die Stelle S. 262).—

Die Verletzer fürstlicher Amtsschreiben werden nach Approb. Const. III. 23. 1. bestraft:

Leveleknek intercipiálásáról.

Fejedelmek másoknak szólló leveleit ha kik intercipiálnák, vagy tudva fel-szakasztanák, Diaetára evocáltassanak, és ott legitime convincáltatván, a' szerént büntetödjenek, mint a' Fejedelmeket diffamálók felöl való Articulus tartja; Fejedelmeknek szólló levelekkel-is ha ki azt tselekedné, azon szerént büntettessék; söt a' Fejedelmek után való Tisztviselöknek kezek és írogatások által Országos, és néha Fejedelmekre nézendö titkos dolgok-is forganak: ha kik efféle leveleket el-vennének, vagy fel-szaggatnának, Vármegyére vagy Táblára citáltatván, annak continentiájának meritumja szerént neveltessék a' büntetése-is: de ordinarie et in genere, akármelly emberséges embernek-is másuak írt leveleit ha felszaggatja, avagy intercipiálja valaki, a' levél írónak homagiumán, és abból következett kárnak és expensájának refusioján convincáltassék; ez mindazáltal értetik békesseges idöre, a' Hazának lakosira, és Fejedelmek 's Ország ellen való dolgokban, nem suspectus emberséges emberekre.

Wer Verurtheilte befreit[1]), wer schädliche Landstreicher beherbergt und begünstigt, soll — natürlich vorausgesetzt, daß auch hiebei ein Mißbrauch seiner öffentlichen Verpflichtungen stattgefunden hat — als Notorius angesehn werden. Namentlich hervorzuheben Approb. Const. III. 49. 2.:

Tsavargók és Latrok, kik a' Török földére tsatáznak, ha kik azok közzül residentiások, per Directorem ad Diaetam citáltatván büntetödjenek, tanquam publicae pacis perturbatores, ha kik pedig residentiátlanok, az ollyanokat a' Kapitányok, Hadnagyok kergessék, fogják és büntessék.

Ha Hajdú Városokon ollyan alá-járó Tsavargók szállást tartanak, azon helyeknek Kapitányja, Hadnagyja, esküttivel együtt sub capitum et bonorum suorum amissione meg-fogják, és Váradra vigyék. Ha pedig Hajdú Kapitányok, Hadnagyok nem praestálnák, söt az ollyan Latroknak fautori, párttartói találtatnának lenni, annál inkább a' prédalt marhát elrejtenék, vagy osztoznának vélle, akármelly praetextus alatt, az ollyan Hajdú Kapitányokat, Hadnagyokat és Esküttéket, comperta rei veritate, a' Váradi Kapitány halállal büntesse: Ha melly Hajdú városbéli Kapitányok, Hadnagyok, vagy a' városbéliek az ollyan Latrok Tsavargók kergetésére nem insurgálnának, a' Director ad Dietam evocáltatván immunitásokat amittálják; Ha pedig paraszt emberek lennének az ollyan Latroknak párt-tartói, a' Vicé Ispán comperta rei veritate büntesse kedvezés nélkül érdemek szerént.

Hiemit im Zusammenhange Approb. Const. III. 76. 5. (hier II. Band zweite Auflage Seite 174).

§ 15. XI. Die analogen Fälle.

Es fallen unter die Nota oder eine besondre Articularstrafe noch solche strafbare Handlungen, welche den bisher als Hochverrath bezeichneten Fällen wegen ihrer Gemeingefährlichkeit sehr nahe stehn. Es sind hauptsächlich nachstehende Fälle:

1. Widersetzlichkeit (nyakasság, ellenkezés) gegen rechtmäßige Executionen mit offner Gewalt im Falle von Mathias 6. Decr. V. 67.[2]); und wenn nach Uladislaus II. 4. Decret. V. 2. (vergl. daselbst V. 19. § 2. und 3.) ohne gerechtfertigte Repulsion die exe-

---

[1]) Nach Appr. Const. III. 10. 1. welcher also in Ausdehnung des Falles lautet:

Fogságban lévökről.

Ország törvénye szerént convincáltatott és arestáltatott foglyoknak, vagy Proscriptusoknak fel-szabadúlásokban a' keresztyén Országokon és Fejedelmeken kivül való Nemzeteket ha kik solicitálnak Ország 's Fejedelmek híre 's consensusa nélkül; söt még azokat-is ha incitálnák, 's öltalmakra provocálnák, és miattok közönséges fel-háborodás, félelem, vagy Fejedelmek periclitatioja következnék; hasonló poenába incurráljanak, mellyben a' convictusok vóltanak.

[2]) Hieher gehört auch jene Störung der öffentlichen Ruhe (közcsend háborítás) wenn schaarenweise fremde Waldungen in gewaltthätiger Weise betreten werden. Comp. Const. III. 7. 2. (Siehe die Potenzfälle).

quirten Güter wieder an ſich gerißen werden; womit zu vergleichen Uladislaus II. 4. Decret. V. 19. § 2. und 3, ſowie Comp. Const. III. 7. 2. welche Stelle bei Behandlung der Potenzfälle näher erwähnt werden wird.

2. Mißbrauch der Amtsgewalt und Unterlaſſung öffentlicher Verpflichtungen, (közhivallali viszszaélés, közkötelesség-elmulászlás), womit nach Beſchaffenheit der That entweder die Nota oder eine Articularſtrafe verbunden war.

Zahlreich ſind hierüber Einzelbeſtimmungen, ſo: die erwähnte Beſtimmung über die ſchlechten Rathgeber des Fürſten (hier Seite 250 Approb. Const. II. 3. art. 1.); betreffs der öffentlichen Siegelbewahrer in Trip. II. 16. § 3. und 4.[1]); rückſichtlich der Protonotäre (Uladislaus II. 3. Decret. V. 4); der betrügeriſchen Advocaten Appr. Const. IV. tit. 19. art. 2. und 3, ſowie Tab. Inſtr. § 263 und 267[2]).

Die erſte Stelle (A. C. IV. 19. 2. und 3.) lautet:

Articulus II. Mind a' regi szokás és a' Decretum, mind pedig a' közönséges igazság-is úgy kivánván, valaki magát Procurátorjának hivataljára adja, és causakat agálni akar, a Táblai Itélö Mesterek és Praesidens elött, valamint a' Birák az igazán való ítélet-tételre, úgy a' Procuratorok-is Principalisoktól rájok bizatott causáknak nem prodálására, másokkal nem colludálásra, és a' causának decisiójáig, tehetsége szerént igaz sinceritással való procuralására hittel légyenek kötelessek, külömben sub amissione honoris sohól ne agálhassanak.

Illetlen exactiokra és fizetésre-is a' Causansokat ne kénszerítsék, és ha melly Causans a' procuratoroknak képtelen kivánságok miatt meg-nem alkhatván, Prókátorból meg-fogyatkoznék, exponálván panaszszát, és denominálván az ollyan Prókátort a' Birák elött, a' holott causáját akarná inchoálni, azon Birák conscientiose limitálják-el, mitsoda fizetést érdemeljen érette a' Prokátor, és akkor meg-intvén, tartozzék azon fizetésért igazságoson procurálni; és hogy-ha még-is contumaciter

[1]) Die Stelle lautet: Trip. II. 16. § 3.:

§ 3. Secus esset, si Capitula, vel Conventus, aut Judices Ordinarii, scienter, et studiose id facerent, vel aliter falsas, et iniquas literas conficerent; Nam hoc modo tanquam falsarii, et perjuri punientur: Et Capitula quidem, vel Conventus, in Sigillis: Illi vero, qui de membro Capituli, aut Conventus, tempore confectionis, et sigillationis hujusmodi falsarum literarum praesentes fuerint; in beneficiis suis: Judices vero Ordinarii seculares, in sententia Capitali, nec non perpetua bonorum, et Jurium possessionariorum suorum, ipsos proprie concernentium, ac Sigillorum pariter, et honoris eorum amissionem condemnentur.

§ 4. Insuper, ut stigma Sigilli igniti frontibus, et faciebus Capitularium, vel Conventualium, qui (ut praemittitur) in confectione, et sigillatione ipsarum iniquarum literarum interfuerint, ac participes extiterint, imprimatur, et inuratur; Decretum generale mandat.

[2]) Vergl. hier III. Band Seite 8. und 179.

nem engedne a' Bírák impositiojának-is, ugyan ott in facie Sedis eo facto homagiumnak poenáján maradjon.

Articulus III. Ha vallamelly Prókátor kötelessége ellen el-nem járna híven a' fel-vett causájában Principalisának, avagy Adversariusával valamelly praetextus alatt colludálna, igazságát prodálná idö elött, a' Fiscalis Director procedáljon az ollyan ellen, és büntetödjék mint hitit kötelességét meg-szegö ember.

Ha pedig Principalisának levelcit el-veszti, (excipiálván valami szerentsétlen casust) vagy Adversariusával való collusio miatt a' Causans kárt vallana, keresse suis modis Procuratorán kárát.

Betreffs der adligen Insurrectionspflichten u. a. m. sind hier die Stellen bereits angegeben. (Siehe Seite 256); ähnlich sollten auch pflichtvergeßne Beamte und Deputirte gestraft werden. Besonders sind diesfalls wichtig die Bestimmungen in folgenden Artikeln:

Ueber Comitats- und Stuhlsbeamte Approb. Const. III. 42. 2. (aus den Jahren 1632, 1633, 1637 und 1638):

Mind Vármegyéken, Székelységen, Szászságon, és egyéb helyekben is, a' melly Tisztek hivataljokban szántszándékkal vagy negligensek lennének, vagy igaz törvényeket nem szólgáltatnának, igazságos executiókat nem peragáltatnának, gonosztévöknek conniveálnának és patrocinálnának, mind azok hogy juxta continentiam Decreti ac Constitutiones Regni megbüntettessenek, végeztetett, sine discretione akármelly Statusból és nemzetségekböl valók légyenek: úgy hogy a' Fö Tisztek ellen a' Fejedelmek animadvertáljanak, és legitime prosequaltatván, re comperta, ha az Excessusoknak meritumja úgy kivánja, Tisztektöl-is priváltassanak; ha kik pedig legitimus Executorok lévén kötelességek szerént abban el-nem járnának, in poena Articulorum, id est 200 florenorum convincáltassanak, ha a' querulans prosequálja; ha pedig azoknak iustantiájára a' Director, Tiszteket-is amittálják az ollyanok, A' Vicé Tisztek pedig annnatim bütsuzzanak; de a' Fö Tisztek Vármegye akaratja elleu, esztendejek el-telése elött sub eadem poena florenorum ducentorum ne renunciallhassanak.

Damit noch ähnlicherweise zu vergleichen Approb. Const. III. tit. 43. „Ispánok állapotjáról"; in den Compilaten C. C. III. 11. 3. lautend:

Nem kevés excessusok esnek a' Vármegyéken, a' fö Ispánok után való Tisztektöl: Végeztük azért, hogy valakik illetlen excessusokat, exactiokat, Decretum és Articulus kivül való executiókat ennek-elötte ab Anno 1657 tselekedtek, vagy ez-után-is tselekesznek, a' meg-bántódott fél Vármegye Székin vagy Gyülésin meg-bántódását adja-elö, 's comprobálja-is: mellyet minden imide amoda való mütogatás és kedvezés nélkül, a' fö Tisztek kötelességek szerént az oda gyülekezett Rendekkel együtt tartozzanak igazitásba venni, és ad quindenam az exequalt vagy extorqueált jókat cum poena Artieulari florenos 200. faciente, restituáltatni a' damnificatusoknak; mellyet ha ad quindenam executioba nem vennének a' Tisztek, tehát a damnificatusok a' Deákok által nulla praehabita certificatione, vigore saltem praesentis Articuli exclusis omnibus juridicis remediis exequáltathassák az ollyan exorbitáló Tiszteken.

Anzuſchließen Comp. Const. V. ed. 1.:

Mivel az 1653 esztendőbéli Constitutióban Part. 5. Edict. 30, expressa poena nintsen; Végeztetett, hogy a' kik ez ellen impingálnának két-száz forinton convincáltassanak, mint az egyéb Constitutióknak nem observálói szoktak convincáltatni: a' több Articulusokban és Edictumokban-is a' hol expressa nintsen, két-száz forint légyen a' poena.

Ueber Deputirte Approb. Const. III. 17. „Gyülések állapotjáról" Articulus I.:

Noha ennek-elötte esztendönként kétszer, úgy-mint szent György napban, és szent Mihály napban celebráltattanak a' Gyülések; de bizonyos respectusokra nézve a' szent Mihály napi Gyülés, extra casum inevitabilis necessitatis abrogáltatott: úgy mindazonáltal, hogy minden szükségének complementumára való contributiók: azon egy szent György napban celebrálando Gyülésben, az elébbi szokott terminusokra fel-vettethessenek; melly Gyülésre minden Regalissal hívott személyek és Gyülésbe választott emberek, a' Gyülésnek elsö napján compareálni, és mind addig ott lenni, mig az Articulusok ki-kelnek, sub poena ducentorum florenorum tartozzanak; hasonlóképen a' kiket Ország Gyülésére az Ispánok, vagy a' Székek Tisztei az eddig való usus szerént a' Vármegyéknek és Székeknek egyezö értelmekből választanak, és el-nem akarván menni, jó ratiókkal nem menthetnék magokat, azon poenába incurráljanak: mellyet az Ispánok vagy Király-Birák, exclusis omnibus Juridicis remediis a' Jószágokon exequálhassanak; mellynek harmada a' Fiscusé, harmada a' Vármegyéjé, vagy Szék szükségére való, harmada pedig az Executoré légyen; mellyet ha a' Tisztek nem exequálnának, in duplo convincáltassanak; a' Gyülésben választott személyeknek pedig szükségekre, mind Fiscus, Urak és Fö emberek Jószági, a' Vármegyéken lévö egyéb Nemességnek Jószágival együtt egy-iránt contribuáljanak; hasonlóképen az Egyházhelyi Nemesség-is, söt egyebek-is, kikuek Jobbágyok nem contribuál, segitsenek a' Gyülés péuz adásban.

In ähnlicher Weiſe trifft die Articularſtrafe diejenigen, welche als Steuereinnehmer[1]), Kammerſpäne[2]), Schatzmeiſter[3]), Zehntarender[4]), Dreißiger[5]), Seklerunterbeamte[6]), Weg- Brücken- Mauthbeſorger[7]), ihre diesfälligen Pflichten verſäumen und dawiderhandeln.

Hinzuzufügen ſind noch:

a) betreffs der Sachſen (Approb. Const. III. 80. 1):

Szászságról.

Articulus I. A' Kételenségböl való ingyen gazdálkodás dolgából lévén az Országnak közönséges végezése, melly a' Szászságra-is exten-

[1]) Siehe beſonders Comp. Const. I. 1. 8.
[2]) Approb. Const. III. 15. art. 2.
[3]) Siehe Comp. Const. V. edict. 50.
[4]) Approb. Const. III. 4. 2. (100 fl. Strafe).
[5]) Approb. Const. II. 12. art. 3. und 4, dann Comp. C. II. 3. 2.
[6]) Approb. Const. V. ed. 9. u. a. O.
[7]) Approb. Const. III. tit. 38 und III. 39. 1. u. f. w.

dáltatott, és hogy Ország közönséges dolgaiban, vagy Fejedelmek parantsolatjából való szólgálatban nem lévö alá 's fel-járó semminémü rendbéli embereknek szabad jó akaratjokon kivül, pénz nélkül gazdálkodni ne tartozzanak, ha Fejedelmektöl való specialis Salvus Conductusok nintsen arról, végeztetett: mindazáltal annak modalitassa, és az ellen tselekedöknek büntetések ez alább meg-irt módok-szerént observáltatni rendeltetett.

Valakik azért nem in Publicis Regni negotiis, vagy pedig a' Fejedelmek Specialis Commissiójokból való szólgálatban, hanem tsak in privatis negotiis alá 's fel járnának, kiknél a' Fejedelmeknek arról való Salvus Conductusok avagy Czimerek nintsen, ingyen gazdálkodásra, se pedig Posta-ló, Szekerek, és marhák adásra a' Szászságon lévö szegénységet ne kénszeritsék, és azok-is ne tartozzanak magok emberségén és szabad jó akaratjokon kivül; Ha kik ez ellen tselekedö emberek találtatnának, akármelly Nemes rend, ha residentias emberek, azon Székbéli Tisztektöl, vagy ha azok prosequalni nem akarnák, a' Fiscalis Directoroktól evocaltassanak, szabados arbitriumokban álván, ha Vármegyéjekre, vagy Székes helyekre, a' tselekedöknek, vagy Octavalis, akár pedig Gyülés alatt való Táblára: melly causa ha az alsó Forumon kezdetik-is, de appellatióba onnat-is ne botsáttassék, hanem mind ott 's mind a' fellyebb való Forumokon finaliter decidáltassék.

A' legitime recipiáltatott collateralis Attestatiók, és azon Falunak lakosinak hiteles bizonysági, mind pedig a' más félnek maga mellett lévöknek vallási e' casusokban admittáltassanak, utrinque reciproce, kiváltképen azon helybéli Papoknak, Mestereknek és Deákoknak-is Fassiói; ha a' dolog elégségesen nem constál, a' Biráknak ítéletekből, egy Exmissio meg-adattassék; de egyéb iránt minden tovább való processusok, remediumok excludáltatván és a' dolog comperiáltatván, fl. 200. convincáltassanak, mindazáltal ök-is szállás adással, a' Folnagyok, Polgárok szerit tévén a' Falukban vagy Városokban fel-találhatandó, ember és marha élésbéli, 's egyéb szükséges gazdálkodással lenni pénzekért a' szállóknak tartozzanak, illendö árron, ezen meg-irt processus és abból következni szokott poena alatt.

A' residentiátlan Nemesség, Fejedelmek, Urak, vagy Fö rendek szólgai, és egyebek-iz, ha kik efféle dolgot attentálnának, az ollyanoknak meg-fogattatások, büntettetések a' szerént légyen, a' mint a' Generale és Publicum Edictumban világoson exprimálván vagyon affele lézzegö sanczoltató embereknek állapotjok.

Ellenben pedig ha kik méltatlanúl fogdosnának, kárositanának, vagy törvénnyel-is vexálnának valakiket, és méltatlan panaszokat tennének, ezen meg-irt processus mellett in poenam talionis incurráljanak; ha pedig Nemes emberen történnék, szabadságában álljon ha servatis de jure servandis juxtaque continentiam Decreti procedál, vagy pedig ezen Articularis brevis processussal, ha csak ezen articularis poenát akarna keresni.

Nem interdicaltatik pedig az, ha kikhez az állapotoknak és személyeknek mivóltokhoz képest illendö emberséggel és betsülettel lésznek gazdálkodásból-is szabad jó akaratjokból, a' kik pedig a' Haza közönséges dolgában, vagy Fejedelmek szolgálatjában járni comperiáltatnak, azoknak gazdálkodni tartozzanak illendö módon, tékozlás, részegeskedés, és a' szegénységnek satczoltatás nélkül.

b) betreffs der Seller (Comp. Const. III. 8. 11):

A' Hol a' Darabanti Rend meg-kevesedett, úgy-hogy elégtelen foglyoknak örizésére, és keresésére; végeztük azt is Nagyságod kegyelmes consensusából, hogy az ollyan helyeken a' Ló-fövek-is foglyok örizésére és keresésére sub poena Articulari kötelesek légyenek el-menni. Ezt pedig úgy értjük, a' hol elégtelen a' Darabanti rend.

womit noch Comp. Const. III. art. 5 u. a. Stellen [1]) zu vergleichen ſind.

§ 16. XII. Die weitern analogen Fälle (Fortſetzung).

Zu derſelben Claſſe von Staatsverbrechen rechnete man auch den öffentlichen Betrug (közcsalárdság), ſowie die Verübung und Theilnahme ſolcher ſtrafbaren Handlungen, welche eine Verletzung der materiellen Staatsintreſſen herbeiführten, namentlich aber das Aerar beſchädigten, (közkincstár-károsítása).

In erſtrer Beziehung war namentlich die Parteinahme der Richter für die Verbrecher (a büntevök pártolása) ſtrenge verpönt und es ſind diesfalls mehrere Fälle unterſchieden und ſelbſt mit 500 fl. Strafbuße belegt worden, was damals ein anſtändiges Vermögen vorſtellte. So in nachfolgenden Beſtimmungen:

Approb. Const. III. tit. 47. art. 1. (vom Jahre 1571, 1576 u. 1578):

Latrok' büntetéséröl.

Articulus I. A' Gonosztévöknek ki-keresésére mimódon menjenek-ki a' Tisztek és Generalis inquisitiók mimódon celebráltassanak, arról a' Czirkálásoknak Seriesében világos írás vagyon; Kivántatik annakokáért, hogy a' Tisztek mind a' Generalis Inquisitiók által, mind eddig azon kivül való authoritássok szerént a' Gonosz-tévöknek meg-zabolázásokban szorgalmatoson forgódjanak kötelességek szerént, és minden névei nevezendö vétkeknek meg-tudakozásában, azoknak tselekedöinek magok érdemek és az Országnak affélékröl írott Törvényi szerént való büntetésben igazán el-járjanak.

Elsöben-is azért, a' Czirkálásban ki-adott, vagy azonkivül-is captiváltatott, Ország Törvénye szerént halálra sententiáztatott Gonosz-

[1]) Z. B. Approb. Const. III. 6. art. 7.:

A' Nemesség semmiképen, azoknak Jobbágyi-is pedíglen, semminémü egyéb vecturára, és tereh hordozásra ne kénszerittessenek, hanemha mikor pro bono publico a' Fiscalis Várakba valamelly munitiókat visznek; ollyankor-is pedig a' Vármegye Tisztei tégyenek illendö rendelést, igazságos kötelességek tartása szerént, úgy a' mint a' szegénységnek-is nagyobb könnyebségével lehet, és sem útjokban a' szállitók a' szegénységet ne santzoltassák, sem marhájokat viszsza botsatani a' rendelt helyröl el-ne mulassák, azert való minden Exactio nélkül; alioquin ha az santzoltató Nemes ember lészen fl. 200. ha nemtelen fl. 100. büntettessék, comperta tamen rei veritate; mellyet competens Tisztei a' tselekedöknek, omnibus Juridicis remediis exclusis exequáljanak; és a' laesa parsok 's a' Tisztek között ez muleta két felé osztassék. Egyebekben-is a' Nemesi szabadság meg-tartassék.

tévőknek magok authoritásokból a' Tisztek gratiát adni, avagy halált érdemlő dologért, vagy pedig a' panaszló és káros emberek injuriájával, kárával, 's azoknak tartások ellen, Törvény előtt meg-santzoltatni, 's el-botsátani ne mérészeljék; azt tselekedő Tisztek citati per Directorem fl, 500. Poenán convincáltassanak, és a' panaszló vagy káros embernek kárának refusiójáu; illendő Terminust adván mindazáltal a' panaszló vagy tartató embernek, azok-is a' Törvényre reá menni el-ne mulassák: ne kellessék sokáig vagy fogsággal nyomorgatni a' vádlott embert, vagy pedig történet szerént el-szalasztani.

Ferner ebendaſelbſt der 11. Artikel:

A' melly Nemes ember, annál inkább Tisztviselő a' gonosztévőkkel consentiálna, söt tudva a' hamis keresetben részt venne; a' Tisztet a' Director; a' privatus Nemes embert, a' Tisztek citáltatván, tamquam conscius criminis egyenlő büntetéssel büntetődjék. A' melly Nemes ember pedig a' Latrot meg-foguá, és sem törvényt reá nem láttatna, sem Tiszt kezébe nem adná, hanem vagy simpliciter, vagy pedig meg-sanczoltatás által el-botsátaná; mint a' fellyebb írott Articulusban, a' Latrót meg-nem fogó Falu, úgy a' Nemes ember-is flor. 200. büntettessék; mindazonáltal Citatione mediante, és az egy Exmissión kivül, minden remediumok, és tovább való processusokon kivül exequáltassék.

Ebenſo gehört hieher der A. C. III. Titel 47. enthaltne 16. Artikel:

A' melly gonosz-tévőket a' Tisztek, vagy mások-is kiknek incumbál; és az Ország törvényre arra való szabadságot engedett, meg-fogván, ha a' Tiszteknek arra alkalmatos helyek nintsen; a' Fiscalis Várakban, és keritett Mező Városokban-is, az hol arra illendő fogházak és tömlőtzök szoktanak lenni, tartozzanak bé-venni, és mind addig-is tartani, miglen dolgok el-igazodik; élés adással mindazáltal a' raboknak, magok szabad akaratjokon kivül, nem tartoznak: midön onnan ki-viszik, ha meg-szabadúlásra valók, azok a' kik oda vitték, a' szokott tömlötz váltsággal tartoznak; de azon helybéli Tisztek, sem magok authoritásokból, sem mások requisitiojokból, vagy parantsolatjokból, azoknak hírek és engedelmek nélkül, kik oda vitték vagy küldötték, el-botsátani ne mérészeljék; egyéb-iránt ha halálra való embert botsátaunának-el a' Tömlötztartók, halállal büntettessenek; a' melly Tisztek azokkal el-botsáttatták, citáltatván, de bonis ad competens forum egy Exmissio után ha comperiáltatik, in poena fl. 500. convincáltassanak; és akárholott találtatandó javokból azon sententia mellett exequáltassék; ha pedig tsak fizetésre való, a' Porkoláb-is ne halállal, hanem azon fizetésnek refusiójával büntetődjék: és ha nem elöttejárói parantsolatjokból tselekedte, a' poena-is ő reá szálljon. Ha pedig a' Tisztek, kiknek tömlötzökbe vitetnek a' gonosz-tévők, és a' büntetés-is hivataljok szerént incumbálna, magok botsáttatnák-el, vagy Jobbágyokká tennék, vagy meg santzoltatnák, a' Director evocáltassa, és ha méltó okát tselekedeteknek nem adhatják, legitime convincáltatván, tisztektől priváltassanak.

Aehnlich heißt es in Approb. Const. III. 49. art. 1:

Tsavargókról.

Ha valahol tsavargó, szegénységen erőszakkal élődő, sokadalmas és egyéb úton járó után leselkedő emberek hallattatnak lenni, és vagy

valamelly falunak határán lappanganak, vagy falukra bé-mennek, azon falusi Bírák ha birnak vélek, meg-fogni tartozzanak sub poena fl. 500. és a' Tiszteknek kezekhez vinni; de ha vélek nem birnának-is mind egy 's mind másképen azon poena alatt tartozzanak a' Tiszteknek bírekké tenni; a' kik-is viszont mind magok személyekben, és szolgaikkal, 's mind pediglen mellettek a' faluk fel-kelni, afféle embereket kergetni, meg-fogni tartozzanak; sõt a' jószágtalan egyházi Nemesség az Ispánoktól és Tisztektöl requiráltatván személyekben-is insurgálni tartozzanak, a' faluk sub poena supra specificata, a' Nemes emberek pedig sub poena fl. 12. Sõt ha a' szükség, úgy kivánja, brachium-is adassék a' Tisztek mellé a' Várakból vagy Zászlók alól.

Mit dieſen Strafbeſtimmungen ſtehen noch viele andre im Zuſammenhang beſonders Sigismund's 3. Decret V. 9. und Mathias 6. Decret V. 48. § 4. dann Approb. Const. II. 12. art. 6 und 7; Approb. Const. V. ed. 9. 10; Comp. Const. III. 8. 5. welcher Artikel lautet:

A' Székelységen a' Latrok prosequáltatásában bé-võtt ususok, úgymint károsoktól, vagy egyéb aránt-meg-bántódott felektöl való kezes kérés, és több törvényes útakat 's módokat meg-gátoló akadályok-is a modo deinceps tolláltassanak, és a' miképen a' Vármegyéken, úgy õ Kegyelmek között-is tartassék-meg az ollyanokban, az Approbata Constitutio Par. 3. Tit. 47. Art. 3. és a' Fogarasi 1666. Esztendöbéli 28. Articulus. Ugy-hogy gyanura-is meg-fogattassanak õ Kegyelmek között-is a' latrok. és juxta demerita eorum meg-is büntettessenek, az Articulus szerént. Effélle latrokat pedig senki protectiója alá ne vegye, se pedig ollyankor jobbágyává ne tegye, akár Tiszt, akár egyéb privatus ember, sub poena florenorum 200. mox et defacto exequendorum. Ezen Articulusunk értessék indifferenter minden helyekre. Melly poenát az impingáló personán a' Tiszt, a' Tiszten Director exequálhasson.

Minder ſtrafbar erſcheinen, welche mit den Steuern im Rückſtande bleiben nach Approb. Const. III. 2. 7. und Comp. Const. V. ed. 1. und 40.

Die erſtre Stelle lautet:

Az Országtól rendeltetett idökre az adót minden helyekröl tartozzanak bé-szólgáltatni; az honnat pedig bé-vitelét elmúlatnák, az Adószedõk adják-ki Regestrumban a' Vármegyék Vice-Ispáninak, honnét nem szolgáltatták légyen-bé; az kik elsõben Szolga-Bírák által meg-intetvén az embereket, a' holott a' restantiák vólnának, hogy-ha az intes után tizenötöd napra bé-nem szólgáltatnák, a' Vice-Ispán tartozzék-kimenni a' Perceptor meg-találására Fõ-Bírájával együtt; és ha valami olly' méltó ok, vagy akadály találtatik lenni a' dologban, azt mindjárt jó lelkiesmérettel igazitsák minden tovább való halogatás nélkül, és az adót meg-vegyék minden birság fizetés nélkül, 's az Adó-szedõnek bé-szolgáltassák; ha pedik semmi méltó ok és mentség a' dologban nem találtatik, az eddig való szokás szerént, az adón fellyül 12. forintal meg-is büntessék: ezekböl-is sem Fiscus, sem pedig másoknak Jószági meg-nem külömböztetvén.

Die Stelle in den Compilaten Edict 40 „Adóról“ ſagt:

Mivel némellyek az Országnak sok rendbéli fel-vetett adóit mind eddig-is meg-nem adták, vakmeröképen el-múlatták, ez után-is ha meg-

nem adnák, vagy meg-adni nem akarnák, az Országnak nyilván való defraudálásra: Végeztetett azért, hogy valakik a' reájok vetett adót még meg-nem adták, és meg-nem adnák, sem jószágokról le-nem tették, comperta rei veritate az ollyanok, sine respectu et discretione personarum, akármelly helybéli Tisztek által, az adót meg-nem adókról írt Articulusunkban specificált poenával meg-büntettessenek, jószága pedig el-vétettesek, 's a' ki le-tészi, vagy le-tette érette, adassék annak, és birhassa az Articulusban determinált idö alatt a' ki-váltásig: a' melly jószágért mások töttek-le, azon jószágra esendö adót le-nem téven tsak simpliciter vették viszsza, az-is restituáltassék annak, a' ki az adót le-tette érette, és birhassa a' ki-váltásnak idejéig az Articulus szerént: ennek pedig exequálására; minden helybéli Tisztek sub amissione officii et poena violationis Articulorum tartozzanak ki-menni, és a' fellyebb meg-írt mód szerént executiót-is impendálni, és így a' jószágot-is kezébe adni annak, a' ki az adót le-tette, vagy ezután le-tenné, exclusis omnibus juridicis remediis, vigore saltem praesentis Articuli.

In ähnlicher, kaum der Ausführung bedürftigen Weiſe werden mit Strafbußen von verſchiedner Höhe belegt: Salpeterſieder[1]), Salzgrubenöffner[2]), Goldausführer[3]), und jene, welche Urburen unterſchlagen[4]) u. dgl. m.

§ 17. XIII. Die letzten analogen Fälle (Schluß).

Als eine letzte Art ſolcher Staatsverbrechen ſind noch hervorzuheben: der Bruch des Gerichtsſtuhls, fractio sedis (széktörés), beſonders nach Trip. II. 69.:

De poena Violationis Sedis Judiciariae: Et de solutione oneris minoris Sententiae.

Quia vero violatio quoque Sedis Judiciariae, centum florenis compensatur, ideo sub hac minori Sententia ob similem ejus poenam comprehenditur.

§ 1. Attamen nonnulli putavere, tam onus ipsius violationis Sedis Judiciariae Regiae Majestatis, et Comitum Parochialium quorumlibet Comitatuum (quae propter illicita verba in Sede prolata, vel dehonestationem in Sede ipsa existentium committi solet, quam etiam hujus minoris Sententiae quod viginti quinque Marcis argenti gravis ponderis computatur) solummodo viginti quinque florenis deponi, et absolvi posse; ex eo, quod in Sede Judiciaria Regiae Majestatis, dum Birsagia, et Judiciorum gravamina solvuntur, singulam, seu unamquamque Marcarum, ad unum duntaxat florenum, vel Centum Denarios praesentis monetae taxare, et sic deponere consueverunt, prout inferius, ubi de Judiciorum solutionibus tractabitur, clarius dicetur.

§ 2. Opinio tamen ista tenenda non est: Nam oneris hujusmodi Sententiarum depositio, et Birsagiorum, ac Judiciorum solutio, longe inter se

---

[1]) Siehe beſonders Approb. Const. III. 50. (Strafe von 200 fl.).

[2]) Approb. Const. III. 15. 1. und Comp. Const. III. 16. 2.

[3]) A. C. II. 16. art. 1—5 u. ſ. w.

[4]) Approb. Const. II. 9. 1. (ſowie A. C. II. 16. art. 4; dann II. 9. 2. und 9: 1747) mit Strafſätzen bis zu 500 und 1000 fl.).

differt, diversoque modo, et fine clauditur: Sicuti paulo inferius (ut praemii) declarabitur.

§ 3. Brevissime igitur sciendum, quod sive in Sede Judiciaria Regiae Majestatis, sive tempore Executionis, vel post Executionem harum minorum Sententiarum; si quis litigantium, onera eorum deponere, et persolvere voluerit; non aliter, nisi centum florenis deponere, expedireque valebit.

§ 4. Verumtamen, si pecuniis paratis caruerit; etiam solutione rerum mobilium (juxta tamen verum valorem earundem rerum) deponendi habet potestatem.

§ 5. Secus tamen est de violatione Sedis Judiciariae Regiae Majestatis: Quia convictus de Sede ipsa interim non emittitur, donec super violatione hujusmodi fatisfecerit effective[1]).

Trip. III. 3. 10.:

Item violatio Generalis Diaetae, et Conventionis Nobilium Transylvaniensium, de Regio Mandato, vel Domini Wajvodae Transylvani Edicto celebrandae, centum, Sedis vero Judiciariae, quinquaginta Marcis totidem florenos valentibus taxatur.

Hieher kann auch gezählt werden jede Verhinderung der öffentlichen Rechtspflege[2]), und des allgemeinen Handelsverkehrs (az igazság kiszolgáltatásának 's közkereskedés gátlása).

---

[1]) Vergl. noch 5: 1555 der Sekler-Conſtitutionen (hier II. Bd. zweite Aufl. Seite 163), dann 11: 1791 u. ſ. w. und „Rechtsdenkmäler" (niedre Anſätze).

[2]) Vergl. die mitgetheilte Stelle in Trip. I. 14. § 11. 12. ſowie II. 75. 3. und 15. auch Trip. II. 57. § 3. Letztre Stelle lautet:

Secus est autèm, in sententia Notae infidelitatis, ex secundaria repulsione, nostra hac tempestate, ferenda. Nam in ea, etiam Adversario tertia pars bonorum, et Jurium possessionariorum condemnati hominis, simul cum haereditate, et proprietate, vigore generalis Decreti nostri, perpetuo cedit, atque datur.

Ferner Approb. Const. III. 44., dann III. 42. 2. ſowie A. C. IV. 1. 4. dann IV. 4. 2. und 8. ſowie 9. Titel; ferner Comp. Const. IV. 5. 3. Diese Stelle lautet:

Vannak illyen panaszink-is, hogy némelly helyekre se Tiszt se más rendbéli executorok nem mehetnek executióra, a' helyeknek erös és félelmes vóltok miatt: Hogy azért ezután a' Tisztek magok mellé elégséges gyalogat vegyenek-fel az ollyan falukból, mellyek az executióhoz közelebb vannak, végeztük: kik-is tartozzanak a' Tisztnek parantsolatjokat mindenekben az executio dolgából effectuálni 12. forint birság allatt, seorsim et sigillatim exequendorum; Székely Atyánkfiai között ide értvén nem csak a' gyalogokat, hanem a' lovasokat-is. Valaki pediglen az ollyan embereket, kik a' Tiszteknek segitséggel vóltanak, Törvénynel fárasztaná, ha nem exorbitálnának, in poena Articulari convincáltassék; melly poenat a' Tiszt mox et defacto exequáljon rajta. Ezen Articulusunk az hódoltság alatt lévö helyekre illyen formában nem értetik; mindazáltal a' latrok persecutiojokra tartozzanak ott-is fel-kelni az elébbi Articulusok szerént.

In letzterwähnter Beziehung zu behandeln:

1) Approbb. Const. III. 51. Titel, 1. Artikel:

Kereskedésről.

Noha az idönek és állapotoknak mívóltához képest a' Kereskedésnek állapotja, ez Országban külömb-külömb-féle karban forgott eleitöl fogva, mindazáltal most az Istennek ingyen való kegyelmességéböl, kitsiny tsendessége és pihenése lévén, azt-is pedig experiálván, hogy a' szabados commercinmok által, mind a' Fejedelmeknek tárházai, mind pedig az Országnak egyéb lakosi szoktak épülni; annak-okáért ez Hazában-is az igazán való kereskedés, adás, vevés, fel-szabaditatik: úgy mindazáltal, hogy minden rendek az Ország Statutumihoz alkalmaztassák magokat, és annak színe alatt ez Hazának és Fejedelminek ártalmokra nézendö dolgokhoz semmi rendek magokat ne elegyitsék, és a' ki mi Harmintzaddal tartozik, az igaz Harmintzadot meg-adják; excipiáltatván némelly dolgok, melyek per Speciales Regni Constitutiones Articulusokban, avagy Publicum Edictumokban hagyattattak, avagy Fiscus számára hagyattattak. Hasonlóképen, ha némelly dolgok ennek-utánna, pro rerum et temporis ratione újjabb Constitutiókba vétetnének.

2) Approb. Const. V. ed. 93:

Vásárok állapotjáról.

A' Vásárokon sok rend kivül való exactiok exerceáltatnak a' béviendö és el-adandó marháktól, mellyek miatt mind a' Szegénység terhelödik, mind pedig sok rendbéli emberek meg-fogyatkoznak: Végeztetett annakokáért, hogy az eleitöl-fogván való usus szerént, az egy Vásári Vámot meg-adván egyéb idöben-is, de kiváltképen Vásároknak és Sokadalmaknak idejében, semmi exactióval a' szegénység ne terheltessék: bé viendö marhájokat szabadoson adhassák azoknak, kik meg-venni akarják; 's hogy valaki többire feleszeg árrán kérvén, azzal más megvévöt el-rekeszthessen; vagy-hogy el-nem adhatván marháját, ki-vinni ne engedjék, le-rakatni se kénszeritsék. Az Országban el-kelö monetákon, hogy marháját adhassa minden rend, annak módja szerént válthassa-is, azoknak meg-külömböztetése nélkül, meg-engedtessék, sub poena ducentorum florenorum per Inspectores Limitationum exigenda.

3) Compil. Const. III. 15. Titel:

Kereskedökről.

Találtattanak a' kereskedök, de kiváltképen a' Görögök között, kik holmi levelet extraháltanak, hogy az Országban némelly helyeken tsak önékiek lenne szabados marhájokat árúlniok, kik-is ez Hazában hallatlan és szokatlan adásnak nemével, úgy-mint Drámmal és fél singel, még pediglen kétszer árrán a' vévöknek nagy károkra, marhájokat árúlták, hogy efféle tsalárdság senkinek ne patrocináljon, végeztetett, hogy minden rendeknek igaz marhájokkal kereskedniek, adniok és venniek indifferenter minden helyeken az Országban szabados légyen, fenn maradván Városi Privilegiumok; ha kik pedig ez-után efféle tsalárdságot tselekedni deprehendáltatnának, toties quoties, Articularis poenában incurráljanak: mellyett vigore praesentis Articuli, comperta rei veritate, azon helybéli Tisztek a' hol a' tselekedet comperiáltatik, exequáljanak defacto.

4) Comp. Const. V. edicta 13—15:

Vásárokról és Sokadalmakról.

Edictum XIII. Minden Sokadalmakban a' Hazafiainak leg-elsö praerogativája légyen az adasban és vévésben, és ha valaki a' Hazafiai közzül, akárki-is az emptorok vagy venditorok közzül abban meg-háboritana, ollykor midön külsöknek meg-engedtetett az adás és vévés, in poena Articulari convincáltassék.

Edictum XIV. Minden Városokon es Vásáros helyeken e' Hazában szabados légyen akármit-is vásárolni, mind szegénységeinknek, mind más rendbélieknek-is, akkor mikor azon Városbélieknek, vagy Vásáros helybélieknek szabados adni és venni: mellytöl ne-is tilalmaztassanak szegénységink 's mások-is semmi szin és praetextus alatt a' Városbéliektöl és Vásáros helybéliektöl, sub poena Articulari.

Edictum XV. Lévén meg-bántódásunk ebben-is mind magunknak 's mind szegénységeinknek, hogy sokadalmok alkalmatosságával, vasat 's egyebet-is épen magok számára el-foglalván a' Városbéliek, külsö embereknek nem engednének vásárolni; hanem magok a' sokadalmok, 's vásárok idején a' bé-szedett marhát, 's azután-is, majd kétszer árrán adják-el magunknak és szegénységeinknek: Azért, hogy ez után afféle dolgokról supersedeáljanak, és mindeneknek mindenekben, minden sokadalmas és vásáros helyeken szabados vévést és adást engedjenek, sub poena Articulari végeztetett.

§ 18. Das ſächſiſche Recht.

Alle obangeführten Strafbeſtimmungen über die Nota (den Hochverrath) und die ihr ähnlich geſtellten Articularfälle hatten, inſofern damit Staatsrecht ausgeſprochen war, auch im Siebenbürger Sachſenlande anwendbare Geltung; gleichwohl enthält das Statutargeſetzbuch ſelbſt — (in subsidium Römiſches Recht und deutſches Kaiſerrecht) — eigne Satzungen, welche dem bürgerlichen Stande und der Gleichberechtigung vor dem Geſetze mehr angemeſſen, den Standpunkt der Strafe aus Gründen öffentlicher Gerechtigkeit — zur Vergeltung der Schuld und Abwehr des Unrechts — feſtgehalten haben.

Ebenſo machte die Praxis ſelbſt Unterſchiede, welche freilich nicht genug faßbar ſind, indeß wohl erkennen laſſen, daß alle Verbrechen als ſolche behandelt wurden, die von Amtswegen verfolgt werden mußten.

Eine vorzügliche Hauptregel ſpricht Statut. IV. 1. § 11. (Siehe „Geſetzestext" Seite 216. und 316.) dahin aus: „In maleficiis voluntas spectatur, non exitus. Nemo opere judicetur fecisse, nisi et malignum consilium ei fuerit, nec consilium habuisse nocet, nisi et factum secutum sit".

Sonderbarerweiſe wird als erſtes Verbrechen ſchon im angeführten Einleitungstitel hervorgehoben:

„Qui abortionis aut amatorium poculum praebent, etsi dolo non faciant, tamen quia res est mali exempli, confiscata parte bonorum relegantur. Si vero ex eo mulier aut homo perierit, summo supplicio afficiantur“ eine dem Römiſchen Recht entlehnte ſtrenge Beſtimmung, welche, wie es ſcheint, den Zweck der Abſchreckung nicht völlig erreicht hat.

Die übrigen Titel betreffen:

Titulus II. De facto et vi bonorum raptorum (hier II. Bd. zweite Auflage Schlußanhang „Geſetzestext“ S. 216 und 317).

Titulus III. De homicidiis („Geſetzestext“ S. 219 und 321).

Titulus IV. De homagiis praestandis („Geſetzestext“ Seite 221 und 321).

Titulus V. De injuriis verbalibus („Geſetzestext“ S. 223 u. 324).

Titulus VI. De falsis et de his, qui notantur infamia („Geſetzestext“ Seite 223 und 325).

Titulus VII. De adulteriis („Geſetzestext“ Seite 224 und 327).

Titulus VIII. De bonis damnatorum („Geſetzestext“ Seite 227 und 331).

Obwohl nun die hier behandelten und ſonſt in Gleichſtellung der Strafbarkeit durch die Praxis hinzugerechneten Fälle keineswegs dem im Ungariſchen Rechte hervortretenden Geſichtspunkte der delicta criminalia publica und delicta civilia in maßgebender Richtung untergeordnet ſind, werden dieſelben hier dennoch erſt im nachfolgenden Abſchnitt mit in die Betrachtung gezogen.

Schlußbemerkung. Bezüglich der privatrechtlichen Nachwirkungen der mit der Infamia (becstelenség, Ehrloſigkeit) belegten Verbrechen iſt hier aus dem II. Bde. (zweite Auflage Seite 14) der § 9. herbeizuziehn und damit aus dem Statutargeſetzbuche die Beſtimmung (ſiehe Text im Anhang des II. Bds. Seite 223 und 326) über die Infamia im Sinne des Römiſchen Rechts zu vergleichen.

II. Private peinliche Straffälle.

(Die gewöhnlichen Verbrechen).

§ 19. Vorerinnerung.

Die gegen die Person oder das Vermögen einzelner Staatsangehörigen gerichteten Verbrechen sollten von den vorhergehenden sowohl nach Anklage, als Verfahren und in der Strafe unterschieden sein, haben jedoch im Wesentlichen eine ziemlich gleiche Behandlung zur Folge gehabt[1]); denn nicht selten haben auch diese von Amtswegen verfolgt werden müssen — auf Grund sowohl von Landtagsartikeln, als Municipalconstitutionen[2]), und im Sinne einer der deutschen Rechtspflege sich annähernden Praxis[3]) — und zogen sowohl Todesurtheile nach sich, als Sentenzen auf Kopflösungen, Ehre-, Geld- oder Freiheitsstrafen; und

---

[1]) Vergl. übrigens, außer Zusatz, noch im § 25 den unter II. mitgetheilten Titel 16 von Trip. I. Theile.

[2]) Sehr viele Beispiele in den von mir und *Dr. Eugen v. Trauschenfels* herauszugebenden „Ungarischen Rechtsdenkmälern" so beispielsweise in den Kokelburger Comitats-Municipal-Statuten die 6. Constitutio von 1619 „Parázna-ságról", die 9. Constitutio 1628 „Szöllök koborloiról", die 14. Constitutio 1636 „Tilalmos erdök lopásárol", die 18. Constitutio von 1668 „Szitkazodás ellen valo poena" u. s. w. viele andre mehr, welche zumeist in die folgende Abtheilung der Transgressiones oder Uebertretungen gehören, aber wohl den Geist erkennen laßen, unter welchem man die Satzungen getroffen hat.

[3]) In dem von den Jesuiten 1763 zu Klausenburg herausgegebenem Büchlein „Systema Praxis Criminalis", wo die dürftigen kleinen Abhandlungen sehr wenig juristischen Sinn verrathen, — (Citate in die Approbaten fehlen fast gänzlich, hingegen werden hierzulande ungültige Landtagsartikel aus Ungarn mehrmals anbezogen) — sind als Autoritäten für die ziemlich willkürlich abgehandelten Fragen angeführt: Constitutio Criminalis Caroli V. Imperatoris, Jodocus Damhouderus Consiliarius ejusdem Imperatoris, Benedictus Carpzovius; Christophorus Erdmannus Neander, Joann. Paul. Kressius, Commentarius in Constitutionem Carolinam. Die Herren Patres widmen von ihren 120 Duodezseiten eine ziemliche Anzahl für ganz grundlose, indeß allerdings damals einflußreiche und schrecklich nachwirkende Erörterungen, z. B. S. 99 der 18. Artikel: De Magia „Si quis pactum explicitum haberet cum daemone hoc est Deum et fidem ejus abnegando, cum daemone foedus ineat, vel illius albo tradat nomen: praetereaque si etiam pactum et foedus explicitum vel nominis inscriptio — (ins Album des Teufels!) — non fiat, si quis tamen cum daemone carnaliter commisceatur, aut ad divinandum de rebus occultis futurisque cum daemone in speculo, crystallo et id genus instrumentis colloquatur ... crimen supplicio ignis — (der Hexenbrand) — puniatur" u. s. w. Zu benützen ist Seite 67 der 10. Artikel „De generibus poenarum criminalium", welcher oben mitgetheilt erscheint.

ließen nur in Ausnahmsfällen die civilrechtlichen Rechtsmittel der Appellation und des Novum zur Anwendung bringen.

Für die Rechtsgeschichte bedeutsam ist aus dem (in der Note 3. Seite 284) angegebnem Lehrbüchlein folgende Aufzählung der Criminalstrafen für einzelne Verbrechen.

De generibus poenarum criminalium et circumstantiis eandem exasperantibus vel mitigantibus, nec non talibus etiam quae Capitalem poenam, in temporaneam commutant.

Cum crimina pro eorundem, et circumstantiarum suarum diversitate, vel poena ordinaria capitali, quae in Regno isto potissimum esset: Gladii, laquei, rotae, ac ignis puniantur; vel etiam poena illorum exasperetur, puta: ut ante decolationem vel simultanee manus amputentur, aut lingua abscindatur, vel decolati cadaver, in quatour partes disecetur, aut rotae imponatur, vel antequam rota Rei collum vel pectus contundatur, crura et brachia frangantur, aut Reus vivus per caudam equi, ad locum supplicii raptetur, aut forcipibus igneis aduratur: vel demum arbitraria tantum seu temporanea poena, eaque itidem pro ratione circumstantiarum gravior, aut levior infligatur; ut nimirum Reus, vel cum relegatione, illaque intra aut extra Regnum, perpetuave, vel tantum temporanea evirgetur, vel stigmate ignito in dorso signetur, vel ad labores publicos, triremes, carcerem, in vel absque compedibus, vel cippum condemnetur, aut certo baculi vel scuticae ictuum numero, per Carnificem, Lictorem, vel Magistratuales tantum Hajdones, pro ratione delictorum et personarum percutiatur, aut ad victum restrictum, aut mulctam pecuniariam condemnetur. Et cum singulae concurrere queuntes circumstantiae, pro quarum qualitate poena moderanda erit, hic exprimi nequeant; idcirco ad easdem, in quantum pro majori vel minori exasperatione aut mitigatione deservirent, potissimum autem, si Reum a poena ordinaria eximerent, et temporaneam tantum, eamque vel unam saltem, vel pro circumstantiis, etiam plures, infligendas exigerent, omni adhibita sedulitate Judex attentus erit. Coeterum blasphemi, adulteri, incestuosi in primo et secundo gradu; Item novercarum vel privignarum violatores prout et alii violenti Stupratores, Sodomia, sive crimen commixtionis venereae sexus cum eodem sexu comittentes, Bigami, et diversi generis Homicidae, aliique in Articulo 11. 1723. declarati, gladio: Paricidae autem crebrius rota, nonnunquam etiam gladio: Fures, laqueo, vel si Nobilis aut foemina capitale furtum commisit, gladio: Praedones sive qui spolia citra caedem exercuissent, laqueo, gladio, vel etiam rota; Latrones sive spolia cum caede committentes pro circumstantiis, rota; Fures demum Sacrilegi, combustione, vel pro circumstantiis, Gladio; Incendiarii combustione; prouti et Magiae Rei, eodem combustionis supplicio, vel pro circumstantiis gladio plectentur. Porro abominabile scelus cum jumento seu Bestialitatis comittens, supplicio ignis exterminatur una cum jumento et terra, et cineres in aerem, vel juxta loci opportunitatem, in aquam disperguntur. Qualismodi poenis subjacebunt etiam omnes Receptores, Fautores, et Protectores Malefactorum et Vagabundorum, singulus videlicet ipsorum a qualitate criminis illius malefactoris, quem sub protectionem suam recepit, considerandus. Exasperabuntur autem Poenae: In Blasphemia, si ea in summo gradu, directeque contra Deum, B. M. Virginem et Sanctos prolata sit, ac praecipue Terminis Blasphemiae exquisitis comittatur. In Homicidio, si sit ex speciebus juxta Articulum 11. 1723. Supplicium cum

exasperatione requirentibus, praetereaque si aliquis in domo propria pacifice constitutus, alibi ex insidiis occidatur, vel veneno interficiatur; vel assassinium seu Homicidium in persona in magna dignitate constituta, vel muliere praegnante, seu per servum, subditumque in Domino suo committatur. In stupro violento; si impuberi vel infanti vis infertur, aut persona talis, quae liberis loco parentum praeposita, aut sanguine juncta esset, vel Tutor pupillam, aut servus subditusque Dominam, aut ejus Filiam ad libidinem cogat; In Bigamia, si cum incestu conjuncta sit; In furto, si cum armis vel instrumentis, ad violentiam aptis, vel etiam tempore incendii, aut in rebus, quae satis custodiri non possunt (prouti essent: apes, vel mel in alvearibus, frumentum nondum in granario, vel alio loco satis securo existens, et his similia) aut per eum, cujus custodiae res alioquin concredita fuisset, comittatur. In praedocinio aut latrocinio, si Reus sit ex antesignanis, qui alios etiam ad praedandum vel latrocinandum conduxit, vel si Praedocinium, aut si Latrocinium diu, aut illinc quasi opificium exercuit, aut alios ad id induxit. In crimine incendii, si pecunia, aut alia mercede conducatur, vel incendiarius sub incendio spolia comittat, vel locum sacrum incendat, vel demum cum re accensa etiam homo unus alterve igne perit: In furto Sacrilego, si cum effractione templi, aut majoris momenti rerum Sacrarum ablatione, vel Sacrae Hostiae attrectatione comissum esset; In genere porro exasperatur poena: si in Reo plura delicta capitalia concurrant, quo in casu illa species poenae, quae majori, ex concurrentibus crimini, propria esset, infligetur (ita ut si exempli gratia, magnum furtum, et simul aliud capitale, gladio subjacens delictum concurrat, eotum poena laquei, et non gladii dictetur, propter coincidens tamen capitale, minus crimen, poena exasperari debeat). Item augetur poena in genere, si sit delictum reiteratum, vel Reus antea jam ad emendationem admonitus, aut punitus fuisset, aut condonationem obtinuisset, vel si delictum in persona hominis infirmi, aut Pauperis, vel per eum, cui similibus invigilare incubuisset, comittatur, prouti etiam ubi frequentia delictorum similium, pro terrore aliorum exemplum exposceret: aut quando scelus per conspirationem, per unitosque, et veluti opificium in delictis exercentes, perpetratur. Quia vero e contra circumstantiae quoque alleviantes diligenter observandae, ac si in eodem delicto, tam aggravantes, quam alleviantes concurrant, invicem combinandae forent, taliterque poena moderanda, in ambiguis autem, pars potius pro Reo favorabilior, Judici sequenda veniret: Ac proinde, quantum ad circumstantias, quae capitalem poenam quidem se solae, ac absque concursu alterius (adeoque hic etiam pro prudenti Judicis arbitrio) non tollerent, verum eandem leviorem tantum redderent, aut ab asperatione salvarent. In genere pro taliter alleviantibus potissimum habebuntur: Si Reus ante delictum, vitam bonam laudabilemque, et honestae famae duxit, vel delictum sponte fateatur, quod Judex antea plane non, aut difficulter rescire potuisset; vel Reus in aetate valde provecta, aut gravi, et perseveranti morbo, debilitateque Corporis constitutus, aut denique pro diversitate delictorum et Personarum malitia, esto capitalis minor tamen, quam alias comperiretur. Porro circumstantiae poenam etiam capitalem in temporaneam commutabunt: Si delictum ab impubere (nisi malitia suppleri aetatem, Judex pro prudenti discretione comperiat) vel e contra, per senem jam delirum, sensuque et intellectu diminutum, prout et profunde, ac cum manifesta mentis alienatione ebrium, amentem, furiosum, et ex primo irae justae et per alium gravi irritatione causatae, motu, delinquentem comittatur; imo furiosi vel dementes, et maniaci, si omni quidem

prorsus intellectu destituti sint, ne temporaneae quidem poenae subjacebunt, si tamen intervallo, quo a furore, vel mania immunes essent, delinquant, et intervallum tale liquido probari posset (secus enim ubi tempus delicti dubiosum est, benignior pars Judici amplectenda esset) quemadmodum etiam ebrii, si post ebrietatem glorientur de delicto comisso, aut cum proposito taliter delinquendi semet inebrient, a poena ordinaria quoque non semper eximerentur, adeoque pro diversitate circumstantiarum, et prudenti Judicis arbitrio, nonnunquam capitaliter, nonnunquam autem arbitrarie tantum punientur. In particulari porro circumstantiae poenam capitalem in temporaneam commutabunt: In Blasphemia capitali, si dum primum comittitur, comittentem paeniteat, ac eam retractet. In Magia, si Magus, antequam contra eum procedatur, veram poenitentiam egit, et si quibus nocumentum intulit, illud mediis licitis, et non magicis complanavit, aut complanare offerat et possit. In adulterio, si Reus caelebs ignoravit, personam cum qua rem habuit, conjugatam esse. In crimine incendii, si post suppositum ignem, antequam incendium suscitaretur, facti poenitens, fomitem exemit, aut extinxit, ubi autem incendium ex incuria culpabili comitteretur, capitale quidem per se non esset, praeter tamen poenam arbitrariam, etiam refusioni damni, (si et in quantum Reus talium mediorum sit) subjacebit. In furto; Si rerum furto sublatarum adaequatam compensationem offert, eamque ex proprio, non autem ex novo furto praestare potest; et hoc in casu furtum centum aureos non excessit, vel si quis ad furtum, modice tantum cooperatus est, aut scienter quidem Res furtivas emat, inde tamen consuetudinem non faciat, nec furem ad res furtivas sibi adferendas induxisset. In praedocinio, si quis solum cum praedonibus fuisset, manus autem non admovisset: nec ex praedocinio participasset. Quia vero diversitatem circumstantiarum, ipsum diligens examen singuli criminis aperire, ac inducere consuevisset; neque hic aut illae singulae specificari valerent, aut de iis quidpiam positive determinari (absque ipsarum ad invicem, ac cum facto, sed et persona combinatione) facile posset; Idcirco illarum accurata investigatione, ac discussione utque praemissum est, in iisdem prudenti Judicis arbitrio etiam opus erit[1]).

Im Einzelnen sind zu behandeln:

§ 20. Der Mord.

Die absichtliche Tödtung eines Menschen sollte als Verbrechen des Mordes (szántszándékos gyilkosság 's ember öletés) mit dem Tode bestraft werden.

Die Unterscheidung als Raubmord (rablógyilkoság, latrocinium), als gedungner Mord (bérlett gyilkoság, assassinium), als Meuchelmord (orgyilkolás, siccarium), als Vergiftung (étetés vagy is méreggeli megölése, veneficium) kann für die Qualificiruug der Todes-

[1]) Die Unterscheidung von Kerker (tömlöcz, börtön) und Arrest (fogság) u. a. dgl. m. war keineswegs im Sinne der heutigen Strafgesetzgebung begrifflich festgestellt nnd gegliedert; doch galt der Ausdruck „Szamosujvarer Arrest" für die Kerkerstrafe, womit auch Schläge (alle Wochen oder Monatweise einmal) und Fasten verbunden sein konnten. Weniger als bezügliche Normalien regelten, hatte das billige oder — strenge — Ermessen des Richters hierin einen ziemlich freien Spielraum.

ſtrafe (Rädern von Unten u. dgl.) von Bedeutung ſein [1]). Die Hauptſtellen enthalten folgende Geſetzesbeſtimmungen:

Im Corpus Juris Hungarici namentlich Mathias 6. Decret V. 51 und Uladislaus I. Decret V. 82; dann Tripartitum zweiter Theil, 43. und 44. Titel:

Titulus 43.

Capitalis Sententia quomodo differat ab Emendae Capitis Sententia?

Sententia autem Emendae capitis, in hoc tantummodo distat, et differt a capitali; quod lata ipsa Sententia Emendae capitis, reus, et convictus, adversus quem fuerit pronunciata, vel etiam per non venientiam, et non comparitionem extradata, vigore, et virtute ejus in persona sua detineri, ac captivari, et capitis obtruncatione feriri, punirique non poterit.

§ 1. Verumtamen eodem praecise modo, et ordine, quo per Scntentiam Capitalem; universa bona, et quaelibet Jura possessionaria, cunctas etiam res suas mobiles, ipsum solum proprie, et praecise concernentes, quocunque nomine vocitentur, et cujuscunque materiei, vel speciei existant (in duabus Judici, in tertia vero partibus Actori, statuenda, et occupanda, atque infra tempus redemptionis eorundem Jurium possessionariorum, titulo pignoris juxta valorem, et exigentiam communis aestimationis ipsorum possidenda) perdit, et admittit eo facto.

§ 2. Emendam praeterea capitis, hoc est: redemptionem, vel homagium suum, Praelatus utpote, et Baro, quadringentos: Nobilis vero, ducentos florenos, solummodo Actori, vel Actrici solvere tenetur.

§ 3. Et primo, ac ante omnia per Judicem super hujusmodi Homagio, de rebus mobilibus, si reperiuntur: Et tandem illis non repertis, si necesse fuerit de Juribus possessionariis convicti, et sententiati hominis, satisfactio impendi, et demum residuitas rerum mobilium, ac bonorum, et Jurium possessionariorum ipsius convicti; inter Judicem, et Actorem, vel Actricem dividi debet, et tripartiri, usque ad tempus (ut praetactum est) redemptionis ejusdem, per illos possidenda; rebus mobilibus, in usum eorum libere distributis, atque conversis.

§ 4. Foeminae praeterea, et mulieres, non tantum Jura ipsarum possessionaria, et res mobiles; sed etiam Dotalitia, et Quartalitia ipsarum, per hujusmodi sententiam amittunt.

§ 5. Sciendum tamen est, quod etiam contra foeminas, ac mulieres, in casu, quo earum aliqua maritum, vel parentes, aut liberos proprios malitiose occiderit, vel necari fecerit (quia talis casus Notam infidelitatis respicit) Capitalis Sententia, tanquam in personam virilem, ferenda est, atque pronuncianda.

Titulus 44.

De Casibus, in quibus etiam contra Ecclesiasticas personas Capitalis Sententia fertur.

Sciendum ulterius, quod tres sunt casus, in quibus etiam contra Spirituales, et Ecclesiasticas personas Capitalis sententia pronunciatur: Per

[1]) Ueber den eben ſelten zur Ahndung gezogenen Zweikampf wenig beachtete ſtrenge Vorſchriften, beſonders Hofreſcript vom 12. Juni 1752 Z. 564, Gubl. Z. 1226; 1825 u. a.

quam, ultra amissionem patrimoniorum, et beneficiorum ipsorum; capitalis poena decernitur, atque sequitur.

§ 1. Primus casus; si quis eorum crimen laesae Majestatis commiserit.

§ 2. Secundus; si Notam infidelitatis manifestam incurrerit.

§ 3. Tertius; si quis ipsorum voluntarium, et deliberatum homicidium, ac latrocinium patraverit, aut perpetrari fecerit.

§ 4. Propter quod (praehabita degradatione) capite plecti debebit.

§ 5. In quibus quidem casibus, licet bona Ecclesiarum, quibus praesunt, non amittant; tamen privata, ac separata patrimonia, et Jura possessionaria, si quae habent: Insuper cuncta Beneficia Ecclesiastica, quae possident; perdere, et amittere solent.

§ 6. Sed in tertio casu, deliberato scilicet homicidio, ac latrocinio, patrimoniorum proprietatem, et haereditatem non amittunt, si fratres habuerint condivisionales, ad quos illa Jure successorio spectant: Quoniam caput in hac parte capite compensari sufficit.

§ 7. In caeteris autem causis, et casibus; persona Spiritualis, et Ecclesiastica; contra secularem, et e converso Secularis adversus Spiritualem; aequali poenae, et gravamini subjacet; Emendae scilicet capitis, vel Homagii, atque damnorum illatorum refusioni. De quibus Judex Actori, et damnum passo (juxta modum superius praedeclaratum) satisfactionem impendere tenetur.

§ 8. Et haec Consuetudo, ex Generali maximo Decreto Serenissimi Principis quondam Domini Alberti, Romanorum, et Hungariae Regis Austriaeque Ducis, excerpta est, atque processit: Quae etiam in Generali moderno Decreto nostro, roborata habetur, et confirmata [1]).

---

[1]) Damit zu vergleichen Tripartitum III. 5.:

Quid sit Homagium? et quot modis intelligatur?

Sed quia de Homagio, ac Marcis Homagialibus mentio saepenumero praehabita est; ideo sciendum breviter, quod Homagium dupliciter accipitur.

§ 1. Uno modo secundum Leges, quasi hominis ligium, seu ligamen. Et est; fidelitas praestita superiori per inferiorem. Vel est; fidelitas, quae debetur soli Principi, nullius alterius fidelitate salva:

§ 2. Alio modo sumitur Homagium, secundum communem usum, et tunc est; mulcta, vel aestimatio homicidarum: Quae talis est, ut homicidae redimant se ab his, quibus competit, juxta aestimationem capitum suorum, ultra alias poenas pro actibus potentiariis penes homicidium forsitan patratis, debitas, et infligi solitas.

§ 3. Nonnulli tamen dicunt; Homagium, pretium esse hominis perempti: Licet absurdum sit ita dicere. Nam mortuus nullo pretio redimi, et a mortuis suscitari potest. Sed homicida, ne talionem subeat, ut caput suum et non illius, quem peremit, redimat, necesse est.

§ 4. Et hoc; si manus Judiciarias, vel adversas Partis evaserit. Nam si in persona sua detineri poterit, homicidiumque deliberate patratum fuerit; non Homagium suum deponere, sed poenam capitalem subire debet.

§ 5. Homagium itaque secundo modo sumptum; capitis emendam, ac Redemptionem, Nos communiter esse tenemus.

Hiemit zu verbinden Tripartitum III. Theil, 20. Titel:

Qualiter Cives publicos malefactores punire possint?

Item, fures, latrones, homicidas; incendiarios, et alios ejuscemodi publicos malefactores, juxta eorum demerita, servatis de Jure in hac parte servandis castigare, punireque possunt: Mutilare vero neminem: Nobiles autem, extra delicti locum, nec captivare, nec ratione suspicionis ad torturam ponere permittuntur.

§ 1. Si igitur Civitas aliqua, tanquam Communitas, Nobilem quempiam absque juxta causa morti tradiderit; tunc non omnes Cives singillatim, sed Judex duntaxat, et Jurati Cives Capitali propterea Sententia feriendi, qui, et cuncta Bona, ac haereditates eorum ad proprias portiones ipsorum cedentes, et provenientia, amittunt: Quarum duae Partes Regiae Majestati, veluti Domino eorum terrestri, et tertia pars Adversario dari, et assignari debet.

§ 2. Reliquas vero omnes Immunitates, Leges, Libertates, et Consuetudines Civitates ipsae, in Privilegiis eorum habent conscriptas. Extra quarum continentias, et extra territoria ipsarum, in omnibus rebus, et factis Regni hujus Hungariae Legibus, et Consuetudinibus subjiciuntur.

§ 21. Die fahrläßige Tödtung.

Dieſelbe hat im ungariſchen Rechtsleben eine ſehr hervorragende Rolle geſpielt und ſind über den Todſchlag (emberölés, történetes v. vigyázatlanságból elkövetett gyilkosság, homicidium culposum) viele Beſtimmungen und Erkenntniſſe erfloßen. Vergl. insbeſondre im Tripartitum III. Theile 5. Titel § 3 und 4 (hier Note Seite 289), dann Mathias 6. Decret V. 51, ferner Mathias I. 3. Decret V. 28. § 7, ſowie Uladislaus I. Decret V. 82. § 4 und Seflerconſtitutionen 39:1555[1]) (hier II. Band zweite Auflage Seite 167) u. a. m.

Es ſpricht ſich in dieſen Geſetzesbeſtimmungen der uns aus dem altdeutſchen Rechte bekannte Grundſatz der Compoſition (des Vergleichs mit den Anverwandten) durch Zahlung des Homagiums aus und läßt ſolcherart am beſten das Weſen dieſes peinlichen Civildelictes erkennen.

Nothwehr (büntelen gyilkoság, vétlen védelem, homicidium defensivum) wird hauptſächlich nach Trip. III. tit. 21—24 beurtheilt:

Titulus 21.

De Homicidio, per quempiam in defensione sui patrato.

Quoniam de Homicidio in hac Parte sermo incidit, plura autem videmus Homicidia, sine debitae ultionis poena, praeteriri, quia multi allegant, illa in eorum defensione patrasse; de modo igitur defensionis, et offensionis personarum breviter aliquid annotandum congruit.

§ 1. Ubi sciendum; quod haec allegatio: Quia in sui defensione quis Homicidium commisit, atque perpetravit, non simpliciter est admittenda; sed debet probari, quod fuerit per alium armata manu hostiliter aggressus, et per hoc in vitae suae periculo constitutus. Nam, qui gladio evaginato alterum

[1]) Vergl. damit auch 45 : 1555 (hier II. Bd. Seite 168).

aggreditur, statim praesumitur; quod aut necem illi inferre, aut lethalia vulnera infligere machinatur.

§ 2. Certum est autem, quod non solum pro interemptione, sed etiam pro sola verberatione, vel vulneratione Nobilium, Capitalis Sententia fertur, atque decernitur. Sive igitur aggressor ille occidat, sive vulneret; neutrum tamen illorum pati, et tolerare, aggressus ipse tenetur.

§ 3. Et hinc est, quod si quis rationabili, ex juxta sui in defensione, suum Adversarium, qui hostili more, nudo cum ense ipsum aggressus erat, occiderit; et Homagium, et sanguinis effusio talis occisi, et interempti, rite peribit, et nunquam recuperari valebit.

§ 4. Secus tamen est in foro conscientiae. Quia si aggressus, cum honore, et salvatione personae suae, aggressorum evadere poterit; tunc evadere, et minus malum, ne majus sequatur, evitare tenetur.

§ 5. Circa praemissa autem advertendum est; quia ille, qui occidit alium, aut nondum fuit percussus ab aggressore, aut jam defacto fuit percussus ab aggressore, aut jam defacto fuit verberatus? Si primum: Quod scilicet nondum erat percussus, fuit tamen in actu, et puncto percutiendi, tunc quidquid aggressus fecerit, indubie sui pro defensione facere, vel fecisse videtur.

§ 6. Si fuit autem jam percussus, et cessavit actus percussionis per aliquam moram; tunc non est sibi licitum repercutere post moram: Quia hoc modo, non defensio, sed vindicta potius, illa repercussio censetur, atque judicatur. Nisi forte percussus faceret, ut evaderet alias percussiones, quas aggressor de novo facere, et continuare praetendebat. Et sic, differentia est inter defensam, et vindictam: Quia defensa fit in continenti, vindicta autem post moram infertur.

§ 7. Si autem non apparet ex testimonio, vel aliunde quae percussio praecesserit aliam; tunc culpa in illum redundabit, qui alterum ad contentionem, et percussionem provocavit.

Titulus 22.

Defensa, quod modis, et qualiter intelligatur?

Sciendum ulterius, quod defensa dupliciter potest intelligi. Primo, pro corporis, et personae tutela. Secundo vero pro rerum immobilium, seu haereditatum conservatione.

§ 1. Quantum igitur, ad corporis, et personae tutelam; debet fieri, et admitti defensa in continenti, et ante consummatam injuriam, vel in eadem pugna, et contentione, flagrante adhuc primo crimine, antequam scilicet aggressor, vel primus percussor de loco recedat: Nam si postea fieret; non defensa, prout praenarratum est, sed vindicta diceretur.

§ 2. Quantum vero pro rerum immobilium, et Jurium possessionariorum conservatione; spoliatus Nobilis, vel alter quilibet possessionatus homo, pro Jurium suorum defensione, et occupatoris, ac spoliatoris de illis ejectione (sicuti et in prima Parte tactum est) anni unius integri revolutionem, de vetusta Consuetudine Regni hujus, praefixam, et deputatam habet: In qua ab occupatore, et violento spoliatore, utcunque poterit, se defendere, et ipsum occupatorem, etiam cum notabili incommodo ejusdem, de Juribus, et haereditatibus suis ejiciendi plenariam habet potestatem.

§ 3. Et in hac parte. Spoliatoris, ac occupatoris defensio qualiscunque fiat, ipsum non excusabit.

§ 4. Et inde est; quod, si pro rerum, et Bonorum conservatione cui-

libet se defendere convenit; multo magis, et fortius pro corporis et personae tutela (ubi periculum imminet) se tueri licet.

§ 5. Attamen secundum Deum, et conscientiae forum, omnis defensio cum moderamine inculpatae tutelae fieri debet. Quae quidem inculpata tutela, dicitur fieri; quando quis aliter se, sine periculo rerum, et personae suae, defensare nequit, nisi ille, qui eum aggreditur, aut succidatur, aut vulneribus afficiatur.

Titulus 23.

Utrum propter comminationem factam, liceat aliquem offendere?

Sed quaeritur; si quispiam comminatus est alteri mortem inferre, utrum alter ille possit eum offendere?

§ 1. Dicendum: quod licet de Regni nostri Lege, et approbata Consuetudine, propter minas, et comminationes non sit licitum cuipiam, alterum offendere (praeter combustionis, et incinerationis articulum, atque casum; in quo quilibet civitatem, aut villam, vel alterius domum succendere, ignisque voragine conflagrare, minatus, morte damnari solet) de Lege tamen communi, si homo ille qui minatus est alteri mortem, solitus est minas suas Executioni demandare, praesertim si fuerit potens, et alias consuetus percutere (quia verisimiliter hoc idem praesumitur etiam de isto) mortis evitandae gratia admittitur defensa, pariter et offensa.

§ 2. Verum si non fuit solitus alias percutere, nec minas suas Executioni demandare; tunc verbis quidem resistere, et ei contradicere permittitur; sed non ferro, vel gladio: Nisi forte ille expectaret socios, et mora periculum esset allatura.

§ 3. Melius tamen, et salubrius et in hoc casu, illum evitare, et ab eo in alium locum declinare.

Titulus 24.

An alius alium adjuvare possit?

Adhuc quaeritur; an alius alium possit adjuvare.

§ 1. Dicendum, quod sic. Nam si pro tutela rerum, et haereditatum mearum possum amicos, et fratres convocare; longe fortius pro corporis, et personae meae defensione.

§ 2. Unde quilibet, etiam extraneus, dum in adjutorium acclamatur, poterit illum, quem in periculo vitae constitutum viderit, semper adjuvare.

§ 3. Attamen latronem, et alium publicum malefactorem, non tenetur, neque debet, alterius de manibus ad hujusmodi malefactoris clamorem eliberare. —

§ 22. Die lähmende Verwundung.

Wenn nicht durch eine gewaltthätige Handlung der Tod, aber doch ſchwere Verwundung, Lähmung oder Verſtümmelung (bénitás) erfolgt, ſo wird dieſer private peinliche Fall gewöhnlich durch Talion (Wiedervergeltung, visszatorlás) oder Löſung (váltás) des betreffenden Gliedes geſühnt. Eine der wichtigſten Beſtimmungen[1]) enthält Tripartitum III. 3. § 14.

[1]) Vergl. noch 46 : 1555 der Seklericonſtitutionen (hier II. Bd. 2-te Aufl. S. 168).— (Ueber ungarländiſches Recht vergl. *Bél* Apparatus S. 202, Note e u. A.)

Wir laſſen hier den ganzen Titel folgen:

Titulus 3.

De Consuetudinario Jure Regnorum, Sclavoniae et Transylvaniae, peculiari.

Sciendum itaque est, quod Nobiles Regnorum Sclavoniae, et Transylvaniae, pluribus in Articulis peculiari Consuetudine gaudent, et utuntur: Maxime vero in Homagiorum solutione.

§ 1. Quoniam Sclavonienses centum; Transylvanienses autem sexaginta, et sex florenis eorum Homagia compensare solent.

§ 2. Et proinde, Responsiones quoque Procuratorum in ipsorum medio, terminis in Octavalibus simili cum onere revocantur.

§ 3. Dotalitia etiam uxorum quorumcunque decedentium (demptis officio Baronatus fungentium, vel functorum) in ipso Sclavoniae Regno, pari modo centum; Transylvaniae vero, sexaginta et sex florenis persolvuntur.

§ 4. Hoc tamen intellige, si Bona, ac Jura possessionaria maritorum defunctorum, ad tot Marcas se extendunt: Nam aliter, si minoris aestimationis Bona ipsa fuerint; etiam ibi (prout in Hungaria) Relictis eorum, pro Dote minus datur.

§ 5. Uxoribus autem Baronum; eo, quo in Hungaria modo, fieri debet solutio Dotalitiorum.

§ 6. Causae vero in utroque Regno, ratione Jurium possessionariorum, vel aliorum specialium, arduorumque negotiorum, in Octavalibus terminis motae; post deffinitivam Sententiam, ad Appellationem cujuslibet Partis, semel in Curiam Regiam, Domini videlicet Judicis Curiae Regiae in praesentiam, maturioris examinis, et discussionis gratia, transmittuntur; et pro finali conclusione, atque Executione earundem, rursus ad priorem Judicem, Banum scilicet, aut Wajvodam remittuntur.

§ 7. Caeterum Nobiles Transylvanienses, pro minoribus potentiariis actibus, in quinquaginta Marcis totidem florenos auri facientibus convincuntur: Vice-Comites autem, et Judices Nobilium in duplo condemnantur.

§ 8. Homagium vero vivum; triginta et tribus florenis apud eos compensatur.

§ 9. Item, Dotalitiorum solutio, quoad duas partes, paratis, et numeratis pecuniis; ad tertiam siquidem partem rebus mobilibus, atque venalibus absolvi consuevit.

§ 10. Item, violatio Generalis Diaetae, et Conventionis Nobilium Transylvaniensium, de Regio Mandato, vel Domini Wajvodae Transylvani Edicto celebrandae, centum; Sedis vero Judiciariae, quinquaginta Marcis totidem florenos valentibus taxatur.

§ 11. Item, in facto recuperationis damnorum, ac debitorum; principalis Nobilis, Actor scilicet, vel in causam attractus ad tres florenos jurare permittitur. Caeteri autem Nobiles, ejus Conjuratores, non plures, quam singuli singulum florenum suo Juramento recuperandi habent facultatem.

§ 12. Et licet in processibus causarum praenarratarum, quaelibet Marca Transilvanorum more, centum denarios valeat; Birsagia tamen, ac Juridica gravamina in processibus causarum Octavalium accumulata instar Nobilium Regni Hungariae, quadringentis denariis, (juxta modum in fine primae Partis descriptum) absolvi semper solet.

§ 13. Item, Causae in Sedibus Judicariis Comitatuum, coram Vice-Comitibus Parochialibus, ac Judicibus Nobilium, ratione rerum infra tres

florenos valentium motae, in praesentiam Wajvodalem, ad terminos Octavales non transmittuntur.

§ 14. Item, Homagium Rusticorum Transylvanorum integrum, viginti quinque: medium vero (quod vivum Homagium vocitatur) duodecim florenis, et quinquaginta denariis: Mutilatio autem membrorum; ut manuum, aurium, eruitioque oculorum, et vulnus faciei, viginti: Excussio vero dentium; sex florenis aestimatur.

§ 15. Item, si rusticus de loco delicti aufugere poterit; poena violentiae, et actus potentiarii per eum commissi, atque patrati, non laeso, sed terrestri Domino Coloni cedit: Laesus autem, damni duntaxat, vel suscepti vulneris compensam rehabebit.

§ 16. Item, rustici propter pecudum, et pecorum de damnis illatis abactorum violentiam, emissionem, et ablationem, vel aliam quamlibet indebitam rerum arrestationem; in aestimatione hujusmodi pecudum, et pecorum, ac rerum arrestatarum, convincuntur.

§ 17. Et in hac parte de Nobilibus quoque idem Judicium observatur.

§ 18. Item, in facto recuperationis damnorum, ac debitorum, rusticus, principalis, Actor videlicet, aut attractus, unum florenum Juramento suo acquirere permittitur: Caeteri vero sequentes rustici, ejus, ut puta, Conjuratores; tres personae florenum unum, et non plures, eorum Juramento recuperare possunt.

§ 23. Das ſächſiſche Recht über Mord, Tödtung und Verwundung.

Das ſächſiſche Statutargeſetzbuch kennt dieſelben Grundſätze der Talion und Löſung wie das ungariſche, lehnt ſich aber auch in dieſer Beziehung an die Beſtimmungen des römiſchen Kaiſerrechts. (Nachzuleſen „Geſetzestext“ ſamt Noten Seite 219 und 221 ſowie 321 und 323, woſelbſt der Todſchlag mit 40 fl., das Auge, Zunge und Rippe mit 20 fl., das Ohr und der Daumen mit zehn Gulden, der Finger mit 5 Gulden Sühne belegt erſcheinen).

Schlußbemerkung. Mancherlei Einzelbeſtimmungen in Localſtatuten. (Siehe meine „Municipalconſtitutionen“, und „Deutſchen“, ſowie „Ungariſchen Rechtsdenkmäler“; vergl. noch hier I. Bd. zweite Aufl. S. 234, Note 2).

§ 24. Die Unzucht-Verbrechen.

Während die Unzucht unter Anverwandten (vérfértőzet) als ein der Nota analoger Fall behandelt wird, gelten die gewöhnlichen Fleiſchesvergehn (fajtalanság, fornicatio) als peinliche Privatfälle.

Andrerſeits unterliegen dieſelben einer, mehr minder, ſtrengen Kirchenzucht der Glaubensgenoſſenſchaft, oder werden ſogar, wie Sodomie, als Religionsverbrechen mit dem Feuerbrande beſtraft. Andre Unterſcheidungen waren blos zur Verſchärfung der Todesſtrafe praktiſch.

Die Hauptſtelle iſt außer den bald antiquirten Beſtimmungen im Corp. Jur. Hung.[1]) folgende, wo zwiſchen dem mit dem Tode beſtraften Ehebruch und der Züchtigung der Hurerei unterſchieden wird.

Approb. Const. III. 47. 21.:

A' Nös parázna személyek halállal büntettessenek, a' nötelenek pediglen ne birsággal, hanem veszszövel bütettessenek, és annak-utánna Ecclesiát követni tartozzanak, ha egymást el-nem vészik; de ha egymást el-veszik, meg-ne veszszöztessenek, hanem Ecclesiát tartozzanak követni

Eine andre Stelle beſagt (Approb. Const. V. ed. 43.):

A' melly Oláhok az elötti rosz szokások szerént, tolvaj módon ragadnak-el Feleségeket magoknak, magok halállal büntettessenek, ha a' leányzó vagy Asszony ember-is nem consentiált, avagy azoknak Attyok vagy Annyok, a' kiknek incumbált; ha pedig azoknak consensusok járúlt, díjokon változzanak, melly díj a' Földes Urnak adassék, az hol a' hatalmat tselekedték: a' Tisztek-is fl. 12. exigáljanak; a' több complicesek pedig díjokon változzanak a' Tisztektöl.

Ha melly Nemes ember afféle dolgokban patrocinálna az Oláh Papoknak, a' Tisztek törvénnyel prosequálják, az illegitimum divortiumok pedig invigorosunnok légyenek.—

Das ſächſiſche Recht (Stat. IV. tit. 7. „Geſetzestert" Seite 224 und 327) läßt den Ehebrecher mit dem Schwerte hinrichten, die Ehebrecherin erſäufen; die übrigen Beſtimmungen ſind am angegebnen Orte (II. Bds. 2. Auflage Anhang) nachzuleſen und betreffen die Strafe der Nothzucht, der Unzucht u. a. m. dgl.

Für beide Rechtsſyſteme machte ſich die Gepflogenheit geltend dieſe Strafbeſtimmungen[2]) ſehr zu mildern; das Hofreſcript Z. 2816:1819, Gubl. Z. 273:1820 beſtättigt eigentlich die Praxis mit der Anordnung, daß nur über Klage des unſchuldigen Theils eine Strafe gegen Eheverbrecher ſolle verhängt werden und Hof-Z. 273:1820, ſowie Gubl. Z. 3909:1835 beſtimmte, daß Proceße gegen Verführer und Ehebrecher ſollten „in forma brevis processus praeferenter" durch die Fiscale in Gang gebracht werden. Die Unzucht blieb gewöhnlich ſtraflos.

§ 25. Der Diebſtahl.

Bekanntlich ſind in der erſten ungariſchen Reichsgeſetzgebung ſehr ſtrenge Strafen, meiſtens der Tod durch Hängen, ſogar auf den Diebſtahl

---

[1]) Vergl. z. B. die Stefan'ſche Geſetzgebung in meinen „Verfaßungsgrundgeſetzen" (Hermannſtadt 1861) Cap. XXVII—XXX. Seite 12—13 u. ſ. w.; dann Uladislaus II. 7. Decret V. 47 und Ludwig' II. 4. Decret V. 36. (Nothzucht, erőszakos megfertőztetés mit dem Tode beſtraft).

[2]) Ueber die frühern Ehebruchsſtrafen ſiehe namentlich *Bél* Apparatus ad Histor. Hung. S. 202 f. Note. (Siehe hier II. Bd. S. 116, Note 1).

geringfügigen Gutes gesetzt, aber wohl selten in Fällen von minderer Bedeutung auch wirklich so ausgeführt worden.

Die wichtigsten der Erörterung zu unterziehenden Stellen sind, außer den ältern Bestimmungen, zumal über den Kirchendiebstahl[1]) nachfolgende:

I. Aus dem Tripartitum I. Theile der 15. Titel:

Quod bona latronum, furum, et homicidarum Donationi Regiae non subjaceant.

Ex praemissis itaque casibus subsequitur, quod furum, ac latronum, seu praedonum, et aliorum ejuscemodi spoliatorum; Item homicidarum, et alio modo Nobiles vulnerantium, seu verberantium (demptis casibus praedeclaratis) domosque eorum violenter invadentium; nec non possessiones, et Jura possessionaria, territoriaque aliorum depraedantium, vel occupantium bona, et Jura possessionaria in Fiscum Regium non devolvuntur, neque collationi Regiae Majestatis subjacere dignoscuntur: sed tales capitali duntaxat sententia, fures scilicet patibulo, praedones vero palo, vel rota, caeteri autem gladio, juxta scilicet eorum demerita sunt feriendi, atque puniendi.

§ 1. Bona vero, et Jura possessionaria ipsorum (si morte damnati fuerint) in filios; vel illis non existentibus, in fratres eorum in generando efficaces, et sufficientes, aut legitimos eorum successores, derivantur.

§ 2. Ubi autem gratia Regia illis concessa, et sententia nihilominus executa fuerit; tunc Jura ipsorum possessionaria, a manibus Judicis, et adversae partis, ad instantiam scilicet, cujus sententia lata extiterit, per filios, aut fratres ipsorum generationales vel alios successores legitimos, aestimatione communi mediante redimuntur: prout in Sententiarum seriebus in secunda parte clarius dicetur.

---

[1]) Ludwig' II. 4. Decret V. 36. u. a. m.; vergl. noch Trip. III. 34.:

De equo furtim sublato, et in exercitu, vel extra exercitum reperto.

Item, in facto, et causa alicujus equi, furtim, vel aliter a suo Domino, atque possessore ablata, et alienati, ac in exercitu generali quovis modo instaurando reperti; non debet, neque poterit Actori Judicium elargiri: Sed equus ipse, medio hominum fide dignorum, per Capitaneum, aut Ducem exercitus, ad id eligendorum, atque deputandorum, in suo vero valore debet aestimari, et sub fidejussoria cautione prae manibus illius, apud quem reperitur, ad condescensionem usque exercitus, relinqui.

§ 1. Et Capitaneus, aut Dux exercitus certum terminum praefigere debebit, in quo, post condescensionem ejusdem exercitus, coram aliquo Judice Ordinario per eundem nominando, vel Agazonum Regalium Magistro, utraque Pars comparere teneatur, Judicium in hujusmodi causa receptura.

§ 2. Ubi autem in causa equi, vel bovis, aut alterius animalis furtim alienati, extra exercitum inventi, in causam attractus non poterit super ejusdem emptione evidens producere testimonium; semper Actor tertio se sibi similibus, ad ejus recuperationem, suum debet deponere Juramentum.

§ 3. Verum fur ille si dixerit; in foro libero, et communi, vel alibi se emisse, et victorem (quem nos expeditorem appellamus) non potuerit statuere; neque hospitem, vel alium quempiam, qui mercipotum, hoc est: victimam emptionis, et venditionis, more solito benedixisset, producere; patibulo reus erit. — (Siehe betreffende Ausführungen im „Privatrecht").

II. Mit dieſem Titel verbindet Verböcz den nachfolgenden (Trip. I. 16):

Quod differentia sit inter notam infidelitatis, et sententiam capitalem dupliciter.

Differentia itaque est inter notam infidelitatis, et Sententiam capitalem dupliciter, Primo, quia per notam infidelitatis et caput, et haereditas, seu perpetuitas omnium bonorum, Juriumque possessionariorum infidelis hominis amittitur, et nunquam haereditas ipsorum Jurium possessionariorum, ad portionem suam cedentium, in filios, vel fratres generationales, talis infidelis, aut labe infidelitatis aspersi, obfuscatique, et condemnati hominis (si etiam capite plecteretur) de caetereo revertitur.

§ 1. Imo genealogia sua, vel generationis suae propago in ignominiam, contemptumque infidelitatis, et in laudem praeclarae virtutis illibatae fidelitatis, quantum ad devolutionem bonorum, a se perpetuo aliena efficitur. Filios tamen intellige jam natos, et non nascituros. Nam post paternam condemnationem, seu labe infidelitatis ejus innodationem filii nascituri in Juribus paternis (si gratiam Regiam, et Dominium adhuc bonorum suorum paternorum consecutus fuerit) merito, riteque succedent.

§ 2. Gratia tamen haec Regia ad successionem mutuam, quantum super devolutione bonorum generationi suae (demptis filiis post comdemnationem procreandis) in nulla parte suffragabitur. Nec trahit alios filios prius natos, vel fratres generationales ipsa gratia cum condemnato illo ad priorem successionis eorum statum, nisi mutuus super devolutione bonorum ex novo contractus per fassiones instrumentales inter eos sequeretur, et consensus superinde Regius impetraretur. Hoc enim modo, et non aliter, mortua, et amissa successio vivificabitur.

§ 3. Per sententiam vero capitalem proprietas, et haereditas bonorum, ac Jurium possessionariorum non amittitur, sed si sententia condemnatus quispiam, extremo supplicio punietur; tunc universa bona, et Jura sua possessionaria in filios (si habuerit) vel fratres suos propinquiores, aut alios legitimos successores simpliciter devolvuntur.

§ 4, Si autem gratiam Regiam meruerit, et executio sententiae nihilominus per adversam partem peracta fuerit; tunc eadem Jura possessionaria filii, vel fratres, aut alii legitimi successores, aestimatione (ut praefertur) communi, in termino per Judicem ad id praefigendo, ad se redimendi habent authoritatem.

§ 5. Alia insuper differentia inter notam, et sententiam est, quoniam condemnatus homo cum adversa parte, etiam post latam, et pronuntiatam sententiam (ante tamen ejusdem sententiae executionem) si concordaverit, aut concordare poterit; tunc illi neque gratia Regia est necessaria, neque Judex se in dominium bonorum, ac jurium possessionariorum ipsius sententiati hominis ingerere poterit.

§ 6. Notam tamen infidelitatis si quis incurrerit; si etiam cum eo, quem in casibus praenarratis laesit, plene concordaverit, ab impetitione tamen illius, cui Regia Majestas bona, et Jura possessionaria per aliquam notam contulit, se praecavere non poterit: Ex jurisdictione etenim sacrae Coronae Regni hujus, contra cujus utpote dignitatem, auctoritatemque infidelis ipse deliquit, et ex consequenti collatione Regiae Majestatis; Impetrator ejuscemodi bonorum, et Jurium possessionariorum liberam agendi, procedendique et ea bona, Juris ordine observato, pro se vindicandi, et appropriandi plenariam habet potestatis facultatem.

III. In gleicher Weiſe mag hier angeſchloſſen ſein Trip. III. tit. 32:

Qualiter publici Malefactores, per Comites Parochiales, ac Nobiles privilegiales puniri debeant?

Hoc quoque sciendum, quod omnes Nobiles, nec non oppida, et villae, qui, vel quae Literas Regias, super malefactorum, et pravorum hominum punitione, ac exterminatione pro se non habent confectas; universos fures, praedones, et alios publicos malefactores, per eos, et in eorum medio deprehensos, atque detentos; manibus Comitum, aut Vice-Comitum, et Judicum Nobilium illius Comitatus; ubi hujusmodi Nobiles resident, aut oppido, vel villae adjacent, sub paena Homagii malefactoris detenti, tradere, et assignare tenentur puniendos: Nec ultra tres dies apud se illos tenere possunt.

§ 1. Nam si ultra triduum conservarent, per singulos dies, in singulis tribus Marcis gravis ponderis, pro qualibet persona detenta, contra Comites, Vice-Comites, ac Judices Nobilium praenotatos (ob vendicationem Jurisdictionis eorum temere per illos factam) merito convincentur.

§ 2. Homicidas tamen, et Incendiarios, ac in adulterio violento deprehensos, in loco delicti: sive facie, vel territorio illius oppidi, aut possessionis, ubi facinus hujusmodi patratum fuerit, captos, et detentos; etiam oppida, et villae, ac Nobiles Privilegia non habentes, observato Juris ordine, juxta eorum demerita, feriendi, atque puniendi habent authoritatem.

§ 3. Dimittendi tamen illos, non habent facultatem: Nam sic, in Homagiis singulorum, qui dimitterentur, adversus praefatos Comites, ac Vice-Comites, et Judices Nobilium condemnarentur.

§ 4. Pari modo Nobiles, et alii ad hoc specialiter privilegiati, omnes malefactores per eos, et in territorio ipsorum deprehensos, atque captos, punire quidem; et secundum illorum demerita necare possunt, dimittere tamen nusquam possunt: Aliter enim Homagia ipsorum persolvere tenentur.

IV. Das Approbatalgeſetzbuch beſtimmt A. C. III. 47. 2.:

Noha a' lopóknak büntetések felöl az Országnak sok külömb-külömb-féle kemény végezési vóltanak eleitöl fogva: de mind a' szegénységnek majd el-szenvedhetetlen romlásával, söt egyéb rendeknek-is végnélkülözhetetlen panaszszával tapasztaljuk, hogy több vétkeknek nemek között a' lopás annyira el-áradott ez Hazában, melly sem keresztyén sem egyéb nemzetek között, semmi egyéb Országokban ennyiben nem hallatik; Kételenség alatt annak-okáért nevelkedvén a' vétek, nevelkedni kell a' büntetésnek-is, és mivel a' Lopó az Istennek nem tsak az egy parantsolatja ellen láttatik véteni, hanem egyszersmind több parantsolatok ellen-is; ugy-mint ki némely többire tsak nem kóldulásával élö, magát s' háza népét alig táplálható embereknek metszi-meg a' torkát, és juttatja avagy éhel halásra avagy valami rettenetes vétkekre való el-vetemedésre: Annak-felette nem tsak nem kivánja felebarátjának marháját, de söt ugyan el-is lopja; nem-is szereti felebarátját a' Lopó, söt inkább rontja; dolgait pedig sok hamis esküvésekkel enyegeti, söt másokat-is maga mentségének alkalmatosságával kárhozatos hamis hitekre viszen; és ekképen az Istennek tsak-nem mindenik parantsolatja ellen külön-külön vétkezni láttatik: és az Apostol mondása szerént, reus est omnium: Söt ha arra viheti a' dolgot, hogy alkuvásra és fizetésre mégyen, kész megnyert dolognak tartja, és ez által alkalmatosság adatik újabb újabb lopásra. Hogy annak-okáért mind a' szegénység a' lopók insége alól bátor-

ságot és pihenést vehessen, mind pedig a' vétek meg-zaboláztassék, végeztetett, hogy valaki száz pénz érö marhát el-lop, és meg-tudatik, a' Falu büntesse egy forint birsággal, és a' kárnak meg-fizetésével. Másodszor, hogy ha hasonló és tsak annyit érö lopásban találtatik, akkor-is a' Falu egy forintal büntesse-meg, és a' kárt fizesse-meg, azon fellyül Ecclesiát conciliáljon. Harmadszor ha száz pénz érött lop, comperiáltatván, fel-akasztassék érette. Ha a' lopás két forintot érö lészen, elsö vétkéért meg-fogattassék, és a' pellengéren vagy kézi kalodában igen-igen megverettessék, a' kárt-is fizesse-meg, és az Ecclesiában poenitentiát tartson. Másodszor hasonló vétkéért ismét meg-verettessék, a' kárt meg-fizesse, a' Tisztek-is fl. 12. meg-birságolják, és az Ecclesiát-is conciliálja. Harmadszor hasonló vétkéért fel-köttessék.

Ha pedig három forintnál többet érö lopásban találtatik, comperiáltatván a' dolog, minden tovább való halogatás kedvezés és birságlás kivül tsak fel-akasztassék, ha a' Sententia elött nem concordált a' károssal; de ha a' károssal meg-békéllett, díjával változzék-meg a' lopó, és egyszeri vétkéröl adassék engedelem; mindazáltal a' bélyegzés helyett a' füle vágattassék-el elsö vétkéért ha díját le-nem tészi, hogy meg-ismértessék arról; és ha afféle dolgáért vágattatott el (nem egyéb casusban) comperiáltatván másodszori vétke, fel-akasztassék, ha szintén concordált vólna is; Mert a' ki mind az Isten parantsolatjával, 's mind az Országnak erös Edictumával nem gondolván, azok ellen vakmeröképen tselekszik, nintsen hatalmában a' káros embernek, hogy az ö meg-békéllésével, az Isten, Ország, 's Fejedelmek ellen tselekedett vétekböl a' gonósz-tévöt absolválhassa.

V. Anzuſchließen Approb. Const. III. 36.:

Tók állapotjáról.

Articulus I. A' Halas Tókban sok károkot szoktanak tenni a' halat lopók, kiváltképen a' Tóknak hirtelen áradássa, és a' halaknak tenyészésének avagy ivásának idején: valaki azért in facto deprehendáltatik, vagy ha szaladó fölt venne-is, de in continua persecutione ha meg-fogattathatik, díjának le-tételével szabadúljon 's nem külömben; ha pedig annakutánna tudatik-meg, a' Tisztek fl. 12. büntessék, és a' kár-tételnek megtudható vólta szerént annak-is refusiójával, ha annak mennyisége nem constallhatna-is; a' meg-írt poenának két része a' panaszló félé, harmada az Executoroké légyen, comperta tamen rei veritate.

Anmerkung. Zerſtreute Beſtimmungen vieler Art, beſonders in Localſtatuten, über Feld-, Weingärten- und Walddiebſtähle u. dgl. m. Diebſtahls-Uebertretungen. (Siehe mehrerwähnte „Rechtsdenkmäler"; vergl. noch Approb. Const. III. 8. art. 1. und 2, dann Compil. Const. III. 7. art. 1. und 2.; Approb. Const. V. ed. 10. und ed. 37; Comp. Const. I. 1. 4. ſowie Appr. Const. III. 41. 2. und III. 47. 8).

§ 26. Raub und Plünderung.

Schon in den vorhin mitgetheilter Geſetzen, beſonders aber in Mathias 6. Decret V. 61 und Trip. I. 15. § init. ſind die hauptſächlichſten Beſtimmungen über das Verbrechen des Raubes (rablás, dúlás, praedocinium, latrocinium) enthalten und darin zuweilen ein Unterſchied in

der Strafe — (Todesstrafe oder Güterverlust und Lösung) — geübt, ob dies Verbrechen ein Unadliger oder Edelmann begangen hatte.

§ 27. Die gewöhnliche Brandlegung.

Auch dies Verbrechen ist bereits aus den erörterten Gesetzesstellen bekannt; selbst die Androhung der Brandlegung sollte auf das Strengste bestraft werden nach Trip. III. tit. 23. § 1.:

Dicendum; quod licet de Regni nostri Lege, et approbata Consuetudine, propter minas, et comminationes non sit licitum cuipiam, alterum offendere (praeter combustionis, et incinerationis articulum, atque casum, in quo quilibet civitatem, aut villam, vel alterius domum succendere, ignisque voragine conflagrare minatus, morte damnari solet) de Lege tamen communi, si homo ille, qui minatus alteri mortem, solitus est minas suas Executioni demandare, praesertim si fuerit potens, et alias consuetus percutere (quia verisimiliter hoc idem praesumitur etiam de isto) mortis evitandae gratia admittitur defensa, pariter et offensa. (Hier Seite 292).

Dies Verbrechen konnte übrigens je nach Beschaffenheit der Umstände und dem Ermessen des Richters bald als Nota, bald als Civildelict, bald als Potenzfall angesehn und behandelt werden.

Einflußreiche Bestimmungen, namentlich für die verschiedne Behandlung der Begüterten und Besitzlosen enthalten mehrere Approbatal-Artikel, besonders Appr. C. III. 47. art. 17—20: (den 21. Artikel siehe Seite 295).

Articulus XVII. A' melly Nemes embernek semmi jószága nintsen, és valamelly czégéres vétkeket, úgy-mind violentiákat, potentiákat, égetéseket, avagy azokkal fenyegetőzéseket, más jámboroknak veszedelmére leselkedéseket, koborlókat, és egyéb hasonló Insolentiákat patrál és tselekeszik, ad instantiam laesae partis a' Tisztek szabadoson meg-fogbassák, és az elsö Szék napjára a' Vármegyének avagy Széknek proponálván, ha a' dolognak meritumjához képest annyira való zálagja lenni comperiáltatik, vagy pedig elégedendö kezest állat, el-botsáttassék és szabados állapottjában törvénnyel prosequáltassék; egyéb-iránt fogva tartassék a' törvénynek vége szakadásáig, és convincáltatván, annakutánna érdeme szerént büntettessék; söt Citatio vagy Exmissio elött-is: egyéb-iránt legitime celebráltatott collateralis attestatiók avagy Czirkálásnak idején Nemes személyek által való ki-adás-is hellyes légyen ellenek.

Articulus XVIII. Az 1646-esztendöbéli Articulus szerént a' Lopók, ha kik érdemek szerént exequáltatnak, azoknak javokból elsöben-is a' károsok contentáltassanak, ha mi abból marad, az Executor Tisztek ki-vévén szokott jutalmokat, abból a' mi marad, Földes Urok számára hagyattassék, annak szabadságában lévén, ha magának reserválja-é, vagy pedig a' Jobbágy Aszszonyoknak és gyermekinek engedi.

Articulus XIX. Ha valaki maga Jószágában, akár idegen 's akár maga jobbágyából, vagy Udvar-népe közzül való Latrót meg-fogat, pro testimonio a' Tisztekben-is hívatván, és arra alkalmatos Törvény-tévöket-is gyüjtvén, és legitime convincáltatván szabadoson exequáltathatja-is, a' Tiszteknek tovább, mint nem az ö industriájok által meg-fogott és büntettetett embernek javaihoz, se személyéhez semmi praetensiójok ne légyen;

de ha kedvezésből, nem pedig a' törvénynek absolutiojából botsáttatnék-el, a' Tisztek azután-is hozzá nyúlhatnak; ide nem értvén a' birságos Causákat.

Articulus XX. A' Melly Nemes ember gyilkosságot patral, a' Tisztek' citáltassák a' Vármegye Székire, avagy Octavalis terminusra, ha olly' bizonyos és arra elégséges keresője nem találtatnék; ha pedig a' Tisztek vagy halogatnák, vagy pedig ultro a' Directornak cedalnák annak acquisitióját, a' Fiscalis Director prosequálhassa servatis de jure servandis, és ha kiváutatik, a' Székről Appellatióba-is botsáttassék; de a' pernek decisiójáig az In causam attractus ha a' Széken convincaltatik, detentioban tartassék, vagy pedig elégedendő kezesség alá vettessék, és annak-utánna a' törvények vége szakadván, érdeme szerént büntettessék.

§ 28. Das ſächſiſche Recht über Diebſtahl, Raub und Brandſtiftung.

Daſſelbe hat in ſeinem „Geſetzesterte" (nachzuleſen Stat. IV. tit. 2, Seite 216 und 317) zumeiſt römiſch-rechtliche Strafbeſtimmungen aufgenommen und ordnet dieſelben unter folgende Geſichtspunkte:

1. Was ein Diebſtahl ſei, und welche darum klagen können.
2. Obgleich der Dieb das verſtohlne Gut wiederſtellet, entgehet er doch der Strafe nicht.
3. Die Kinder mögen um ihrer Eltern That nicht geſtraffet werden.
4. Welcher mit Rath und That dem Dieben im Stehlen beförderlich iſt, kann auch als ein Dieb beſchuldiget werden.
5. Thaten, ſo einem Diebſtahl gleich geachtet werden (Veruntreuung, Raub).
6. Mehrere Händel, ſo einem Diebſtahl gleich geachtet werden.
7. Wer einen Dieben, Rauber ꝛc. wiſſentlich beherberget oder um Geld laufen läßt, wird eben wie jene geſtraft.
8. Das geſtohlne Gut mag einer mit Recht, wo er's findet wegnehmen.
9. Wird einer eines Diebſtahls angeſprochen, er muß ſeinen Währmann darſtellen.
10. Strafe der Dieben, welche gemeine Güter oder Kirchengut geſtohlen.
11. Einen Dieben, ſo ſich widerſetzet, laſſen die Rechte zu, auff der That zu erſchlagen.
12. Wiſſentlich angenommen geſtohlnes Gut ſoll mit Straf wiederſtellet werden.

Anmerkung. Außer bereits erörterten Beſtimmungen des ſächſiſchen Statutargeſetzbuches ſind hier nachträglich hervorzuheben Statutorum IV. 6. Titel „Von Falſchheit und Sachen, dadurch man unehrlich wird" (Nachzuleſen „Geſetzestert" Seite 223 und 325; hier Anhang des II. Bds. 2. Auflage); endlich Stat. IV. 8. Titel, deſſen Beſtimmung im § 1. in Hochverrathsproceßen nicht beobachtet zu werden pflegte, da man allgemeines Reichsgeſetz zur Anwendung brachte („Geſetzestert" Seite 227 und 331).

§ 29. Der Mißbrauch des descensus.

Der Mißbrauch des descensus oder der ungebührliche Anſpruch auf unentgeltliche Verpflegung und Weiterbeförderung (ingyen gazdálkodtatás) war in Siebenbürgen ſehr häufig, beſonders vom Adel gegen die Sachſen ausgeübt, vorgekommen [1]); auch dieſe Handlung ſollte allein peinliches Civildelict nach folgenden Geſetzesbeſtimmungen geſtraft werden.

I. Approb. Const. III. tit. 28:

Ingyen gazdálkodásról.

Az ingyen való gazdálkodás dolgában, úton-járók, kelök, és szállók miatt a' szegény közönségnek nagy bántódási vagynak; Végeztetett annakokáért, hogy valakiknek Fejedelmektöl adatott Salvus Conductusok nintsen, ha vagyon-is pedig, de tsak simplex, és specifice gazdálkodás felöl való parantsolat benne nintsen; gazdálkodással a' szegénység ne tartozzék: melly végezés minden rendekre és helyekre ez Országban extendáltatik. Mindazáltal az úton-járóknak alkalmatosságokról-is az Edictumokban provideáltatott; a' Szászság részéröl pedig külön declaratio íratott annak rendiben.

II. Approb. Const. V. edict 27:

Ingyen Gazdálkodásról.

Valakiknél Fejedelmek Specialis Salvus Conductusok arról nintsen, ingyen való gazdálkodásra senkit ne kénszeritsenek; mellyet ha valaki tselekednék, a' helynek Patronusa a' tselekedöt, ha nemes ember lészen, evocaltassa, ha akarja Székes helyre vagy Táblára, akár Gyülés alatt, akár Octavalis Terminuson, és convincáltatván fl. 200. büntettessék, a' kárnak-is refusiojával: ez illyen causa, a' Vármegyékröl Appellatioba se botsáttassék, Exmission kivül pedig, egyéb remedium ne-is admittáltassék.

Ha residentiátlan Nemes ember, Urak, vagy fö rendek szólgai, a' falu fel-kelvén, személyeknek meg-sértések, és meg-kárositások nélkül, ha magokat meg-adják, fogják-meg, és vigyék Tiszt kezéhez, a' ki törvényt láttatván, és a' dolog meg-bizónyosodván, a' kárt refundáltassa, 's magokat pedig díjok le-tételével válthassák-meg.

Ha Zászló alatt való fizetett rend, avagy egyéb udvari szólgák, ezen mód szerént meg-fogattatván, ha közel lésznek, vigyék Kapitányok vagy Generalisok kezekhez; ha pedig a' Fejedelmek közel lésznek, Udvarhoz vigyék fogva, és ezen mód szerént büntettessenek.

Ha pedig Fiscalis Várakhoz, vagy Fejedelmek egyéb Jószágihoz tartozó Szabadosok, vagy egyéb rendek lésznek, meg-fogattatván azok-is, Praefectus kezéhez vagy Udvarhoz küldettessenek, a' hasonló büntetésre. Ki-vévén azt, ha kéreinés szerént magok jó akaratjokból, nem rajtok élödni akaró, hanem útjokat jámborúl continualo embereknek valami emberséggel akarnak lenni, kiváltképen ha comperiáltatik, hogy a' Haza vagy Fejedelmek dolgaiban járnak.

---

[1]) Vergl. hier im I. Bde. (zweite Auflage) Seite 120, Note 2, Seite 141, Note 3, und Seite 144, Note 2, dann Seite 165, der Punkt 18 ſammt Noten, endlich Seite 426, Note 4.

Mindazáltal szállás-adással, és a' Falujokban vagy Városokban feltalálhatandó, ember és marha élés, és egyéb szükséges gazdálkodással illendõ árron, pénzért, a' Szállóknak tartozzanak, az ezen dologban fenn meg-írt poena alatt és proeessus szerént.

III. Compil. Const. III. tit. 1 und 2.:

Titulus I.

Postálkodókról ingyen gazdálkodókról és Quártélyozókról.

Articulus 1. A' sok rendbéli Postálkodóknak mind szegénységeinken, mind Nemesi renden lévõ Atyánkfiain való sok insolentiájokat látván, kik sem az Országnak sok rendbéli Articulusival, sem a' Nagyságod Protectionale Mandatumával nem gondolván, rend kivül húzzák vonják õket, marhájokat-is erövel elvonják, mind házoknál, mind pediglen dologra menvén ekéjek, szekerek elöl, igen nagy terhekre és fogyatkozásokra, nevezet szerént Zágornak, Szénaverõsnek, Kis-Szõlõsuek, Fületelkének, több helyeken-is; mivel ezek a' helyek a' Szászságnak szélin-is vadnak, kiket szüntelen talál a' jövõ járó kelõ és Postálkodó. Melyhez képest végeztük egész Országúl úgy, hogy a' melly Postálkodók sem az Országnak Artieulusival, sem a' Nagyságod Proteetionale Mandatumával nem gondolnak, hanem illetlen sok Exactiokat, ló és marhabéli húzásokat vonásokat tselekednek, panaszt tévén a' Fiscalis Directornak, mox et defaeto exequaltassa az Artieularis poenát indifferenter az ollyanokon, akárhol található jovokból, Jószágokból, exclusis omnibus juridicis remediis, mellynek fele légyen a' meg-bántódott félé, fele pedig a' Directoré az executorokkal együtt fáradságokért: kit ha a' Directer requisitus posthabeálna, a' maga jószágán exequaltassék azon specificált poena, modo ut supra per legitimos Regni Exeeutores. Melly dologban ha bizonyság kivántatnék, azon helybélieknek-is aeceptáltassék testimoniumok, a' hol a' dolog esik.

Estenek ollyan dolgok-is, hogy a' salvus Conductusokkal, és Czimerrel járó Postálkodók, némelly hellyeken, noha elégséges Posta ló adatik alájok, de még-is a' mezõn lévõ szegény emberbe belé garázdálkodnak, a' szegény ember marháját el-vonszák; ki marhája mellett ha insurgál, meg-ijesztvén a' szegény embert, érette meg-sattzoltatják: az illyenek-is modo ut supra a' panaszlo fél instantiájára Artieularis poenával büntettessenek: melyuek fele a' Directoré, fele a' meg-bántódott félé légyen.

Ha melly Posták vagy pediglen Postálkodók, sokadalmokba, vagy egyéb kereskedésre menõ embereknek lovokat vagy egyéb marhájokat szekerek elöl erövel el-vonnák, vagy ki-fogni akarnák, vélek birván fogják-meg, és vigyék a' közelebb lévõ Tiszteknek kezekbe érdemek szerént való büntetésre.

Articulus II. Rákóczi György Fejedelemnél lévén Privileginmok a' Háczokiaknak, hogy a' Postálkodás õ róllok tolláltassék, de úgy, hogy Magyar Prédikátort, Scholát, és Templomot tartozzanak tartani: mellyre mivel mostan-is kötelezik magokat, azon Fejedelem adta immunitások Privilegiumokban, helyben hagyatik.

Artieulus III. Noha az ingyen gazdálkodtatók, és Postálkodtatókról világos Articulusunk extál, úgy-miut 1659 Esztendöbéli második

Articulus, melly mostan-is in vigore hagyatik; azzal angeálván, hogy soholt az Országban semmi rendek ingyen gazdálkodással, tereh hordozásokkal, Posta ló, ökör és ló szekér adással, ne terheltessenek, hanem tsak a' kik in publicis Regni negotiis járnak, és Nagyságod hüséges dolgaiban fáradoznak, viszont a' kikuél Nagyságod czímere, és Salvus conductusa lészen, azoknak tartozzanak a' szükséghez képest gazdálkodással, Posta ló és szekér adással; egyéb rendbélieknek jó akaratjokon kivül, e' romlott Haza fiai semmi gazdálkodással ne tartozzanak, hanem szállás adással, 's pénzekért való gazdálkodással, ha minek szerét tehetik, légyenek tsak kötelesek; senkinek pedig magok dolgokban járóknak Salvus Conductust ne adjon ö Nagysága a' szegénységnek terhére: ez ellen tselekedök büntettessenek az Ország Articulusi szerént; Ide értetvén mind Vármegyék, Székelység, Szászságok és Partium-is.

Articulus IV. Nem kevés terheltetések lévén a' Szász Nation lévö szegénységnek, az ingyen rajtok élödök, és quartélyozók miatt, mellyet semmiképen nem supportállhatnak; Végeztük azt-is Nagyságod annuentiájából, hogy mindenütt az ingyen élödés, és quartelyozás tolláltassék.

Articulus V. Végeztük azt-is Nagyságod Consensusából, hogy a' Postálkodást ennek-utánna continuálják a' fizetett Posták, excipiálváu, ha olly' dolog és alkalmatosság interveniálna, mellyet Postánál nagyobb emberre kellene bízni: az-is pedig midön expediáltatik útjára, szólgait és lovait a szegénységen quartélyban ne hadja, Posta lovat pedig többet magával el-ne vigyen, hanem tsak az elötte való útjához képest. Mivel pedig azért tartatnak Quartélyban a' Portai Posták lovai, hogy azokon vigyék végbe Portai útjokat: Annak-okáért a' magok lovokon postálkodjanak, Posta lóval nékik ne tartozzanak, hanem ha a' szoros ügy és szükség kénszeritené. Ha pedig más rendbéli személyt kellene, a' szükség és alkalmatoság azt kivánván, postálkodtatni, az illyent Posta loval kell subleválni, de úgy, hogy meg-betsülvén a' lovat, a' mellyet el-viszen a' Postálkodó személy, ha el-veszti, avagy maga ususára fordítja, panaszolván a' káros, plenarie fizettessen-meg a' károsnak Hopmester Atyánkfia sub poena Articulari.

Articulus VI. Mivel Régen Városa az el-mult sok háborúságokban, mind embereiben, mind pedig egyéb alkalmatosságiban igen meg-romlott, a' Postálkadás miatt annál-is inkább el-pusztúlnak. Végeztük, hogy azon Régeniek ezután hat számú Posta lovakat tartozzanak a' Nagyságod czimeres Postái alá valókat tartani, mellyeket-is Maros-Vásárhely felé menvén, tovább azon helynél semmiképen ne vihessenek; hanem azon Maros-Vásárhelyiek tartozzanak mindjárást más lovat a' Posta alá állitani, söt másutt-is valahol posta lovakat szoktanak tartani azon helyeknek Tisztei az alattok valókkal tartassanak Posta lovakat illendö-képen; Hogyha pedig Maros-Vásárhelyt 's másutt-is a' Posta alá késedelem nélkül lovat nem állatnak elé, requiráltatván töllök, 's kénszeritetnék a' Posta a' meg-fáratt lovon útját continuálni, melly miatt vagy el-veszne a' ló, vagy semmire valóvá lenne, tartozzanak a' lovat plenarie a' károsnak az ollyan contumax lakosok meg-fizetni; A' Posták-is kötelesek légyenek, közelebb való Székből viszszá botsátani a' Posta lóvat.

Articulus VII. Noha a' Postálkodóknak, és egyéb rendbélieknek sattzoltatások sok rendben meg-tiltatott, de még-is a' Falukban a' Folnagyok és Birák, félelemtöl, és egyéb respectusoktól-is néha viseltetvén, per abusum bé-jött szokások szerént afféle sattzoltatástól nem super sede-

álnak; Végeztük azért, hogy ha melly Folnagyok vagy Birák afféle sattzoltatóknak valamit conferálnak, és az per inquisitionem Magistratuum et Officialium Nap-fényre jöne és elucescálna, mikor az ollyan Folnagyoknak és Birákuak esztendejek 's idejek eltelik, a' Falu ne vegye az ollyan helytelen expensat számba, ne-is acceptáltassék, hanem légyen a' magok károk az ollyan Folnagyoknak és Bíráknak; Insuper a' Magistratusok serio meg-büntessék az ollyan Folnagyokat és Birákat, sőt az ollyan sattzoltatóknak-is sattzoltatások, ha a' Magistratus által ez iránt véghez vitt Inquisitiojokból elucescálván és constálván, a' Director inquiráltatván exclusis omnibus juridicis remediis, az Articularis poenát mox et defacto exequaltassa az ollyan sattzoltatóknak mindenféle javokból, jószágokból; mellynek a' fele Directoré az Executorokkal együtt, fele pedig a' panaszló félé légyen.

Articulus VIII. A' Fiscalis Tisztek-is a' szükséghez és alkalmatosságokhoz képest, mikor szekér vagy egyéb vonó marha kivántatik, requirálják a' Székeknek Tiszteit, a' kik-is illendőképen rendeljék-el a' dolgot; a' Fiscalis Tisztek simplex requisitiojára pedig ne tartozzanak semminémű vonó marhát és szekeret adni.

Articulus IX. Végeztük azt-is, hogy mikor Nagyságod egyik lakó hellyéből másikba indúl, akkor a' Fiscus szükségére való szekerekre, Hopmester Atyánkfia kötelessége szerént provideáljon úgy, hogy azon alkalmatossággal mások Posta lovakat 's szekereket ne fogjanak, abban-is szorgalmatos légyen, hogy mentől illendőbbek, kevesebb számúak légyenek, hogy ennél-is inkább ne romoljék a' szegénység.

Articulus X. A' Szász Nation lévő szegénységnek el-viselhetetlen igájokat látjuk ebben, hogy más helyeken Posta lovakat nem akarnak tartani; a' hol azért ennek-előtte tartottanak, tartsanak ennek-utánna-is sub poena Articulari. Máramarosban-is bizonyos helyeken tartozzanak Posta lovakat tartani, mellyeknek tartásában az ott való öt Várost subleválja az egész Vármegye, a' mostani oda való Fő Ispán Attyánkfia rendelése szerént; sőt itt Erdélyben-is bizonyos helyeken tartozzanak a' Szász Atyafiak-is Posta lovakat tartani, kik-is magok között mentől helyesebben rendeljék-el, hogy a' Posta-is rendesebben continuálhassa előtte való útját. Régenről való Articulus intacte maradjon. A' Tekeiek még esztendeig relaxaltatnak a' Posta ló adástól.

Articulus XI. Ha mikor a' Puskások Fejedelmek szükségére vadászni kénszerittetnek menni, bor soholt-is nékiek, se Posta ló ne adattassék, kire-is az előttök járóknak légyen szorgalmatos gondjok, hogy a' szegénységet ezzel-is ne aggraváljak; melly ellen ha tselekednek, és az előttök-járóknak panaszolnak, az meg-nem zaboláznà, vagy büntetné az ollyanokat, tehát in poena Articulari convincáltassék; ha annyi érő javai nem vólnának, maga személyéhez-is hozzá nyulhasson az Articularis poenáig a' Hopmester, ad instantiam querelarum sub eadem poena.

Titulus II.

Salvus Conductus adásról.

Articulus I. Végeztük azt-is Nagyságod Consensusa accedálván, hogy se Máramarosban, se Szászságon, se más helyeken, idegen kéreskedő rendeknek, 's egyéb rendeknek-is idegeneknek, Salvus conductus ne adattassék; sőt mikor Szász Natión lévő betsületes első rendbéli

Atyánkfiaira Commissiók íratnak, a' mennyiben lehet írattassanak fenyegetés nélkül.

Articulus II. Illendönek ítéltük azt-is Articulusba íratni, hogy mikor Salvus Conductus adatik valakinek, abban specificáltassék-meg, kiknek, hány személyeknek, hová menökkek adatik; Mivel sokan abuzálván másoknak adják, 's azok járnak azután alá 's fel véle, a' melly penitus tolláltassék; és ha kinek Salvus conductus adatik, 's útját peragálja, tartozzék azon Salvus conductust a' Posta-Mester kezébe adni, ki-is Diariumot tartson effélékröl, mint idvezült Rákóczi György Fejedelemségének idejében vólt[1]).

III. Oeffentliche nicht peinliche Strafsälle. (Uebertretungen).

§ 30. Die Transgressiones und delicta publico-politica.

Das große Gebiet dieser Strafbestimmungen läßt sich gar nicht erschöpfend behandeln, denn in einer überaus großen Anzahl von verschiedenartigen Rechtsquellen sind diese strafbaren Fälle behandelt; auch ist dies keineswegs von einem grundsätzlichen und einheitlichen Standpunkte aus geschehn, sondern mehr in anläßiger Weise der besondern Fälle, (vielfältig nach Zeit, Ursprung und Rechtspflege gesondert), vorgeschrieben worden, theils durch:

a) die Landesbehörden in commerciellen, polizeilichen und finanziellen Anordnungen und Normalien, wo gegen Zuwiderhandelnde eine bald größre, bald geringere Strafbehandlung eintreten konnte und gewöhnlich durch Zahlung von Geldbußen die Uebertretung gesühnt werden mußte. (Siehe Mauth-, Jahrmarkts-, Handels-, Contumaz-, Wald-, Wasserordnungen u. dgl. m.)

theils durch:

b) Municipalbehörden, welche in ihren Localstatuten eine Menge Anordnungen, besonders über den Gewerbsbetrieb und Feldbenützung, gegen Waldfrevel u. a. m. dgl., gewöhnlich mit dem Ansatze geringer Strafbußen festzusetzen pflegten. (Siehe die mehrerwähnten sowohl deutschen als ungarischen „Rechtsdenkmäler" und andre Mittheilungen dieser Art, welche hie und da solche Satzungen enthalten z. B. in Trausch „Uebersichtliche Darstellung der ältern Gemeindeverfaßung der Stadt Kronstadt" (Kronstadt 1865) S. 19, Artikel 6, u. s. w. andres mehr).

---

[1]) Die Bestimmung im 18. Punkt des Diploma Leopoldinum siehe I. Band (zweite Auflage) Seite 165, vergl. vorige Note Seite 302.

Unter denſelben Geſichtspunkt der transgressiones könnte man auch jene ſtrafbaren Handlungen einreihen, welche nicht in die früher erwähnten Abtheilungen gehören und dennoch in den Landesgeſetzen ſelbſt durch Strafbeſtimmungen (z. B. die Buße von 12 fl.) ausgezeichnet erſcheinen; da jedoch auf dieſem Gebiete einerſeits die zuſammenfaßende Behandlung kaum durchführbar iſt, — (auch das Meiſte ſehr wenig juriſtiſches und gar kein praktiſches Intreſſe darbietet), — andrerſeits aber der Gerichtsgebrauch verſchiedner Jurisdictionen umgeſtaltend in ſchwankender Rechtspflege eingewirkt hat, wird hier von dieſen Straffällen die Erörterung abgeſchloſſen.

IV. Private nicht peinliche Straffälle. (Vergehn).

§ 31. Einleitung.

Die hieher gehörigen Straffälle fallen zum Theil, inſoferne in frühre Abtheilungen, als ſie auch von Amtswegen verfolgt werden konnten, namentlich Gewaltthaten im Sachſenlande; ſind jedoch deshalb hier zu behandeln, weil ſie der Regel nach nur über Privatanklage des Beſchädigten zur richterlichen Erkenntniß gebracht werden ſollten.

Es laſſen ſich dieſe Fälle unter folgende Gattungen von Vergehn zuſammenſtellen:

1. Die Gewaltthaten (actus potentiarii, hatalmaskodás);
2. die Beſchädigung (damnum, kárositás);
3. die Erpreſſung (exactio violenta, zsarolás);
4. die Gefangenſetzung (arrestatio, béfogatás);
5. der Betrug (fraudatio, csalás);
6. der Meineid (perjurium, hitszegés);
7. die Beſchimpfung (dehonestatio, becstelenités);
8. der Bruderverrath (proditio fraterni sanguinis, vérárulás);
9. Verſäumniß öffentlicher Verpflichtungen (negligentia publica, közkötelesség elmulasztása);
10. Mißbrauch der grundherrſchaftlichen Gewalt (abusus dominalis, földesuri hatalommali viszszaélés);

§ 32. Die Gewaltthaten (Potenzfälle).

Soweit dieſelben vom civilrechtlichen Standpunkte aus in Betrachtung kommen, iſt dies im § 26. des „ungariſchen Privatrechts“ (hier II. Band zweite Auflage, S. 51—53) geſchehn, woſelbſt auch der hier einſchlägige Titel aus dem Tripartitum (Trip. II. tit. 67.) mitgetheilt wurde.

In Ergänzung jener Erörterungen werden hier aus vielen Stellen[1]) folgende hervorgehoben:

I.) Tripart. II. tit. 42:

De Sententiarum Speciebus, ac Diversitatibus, et Executionibus.

Quia vero de capitali sententia mentio facta est; ideo de sententiarum diffinitione, speciebus, Executionibus, et diversitatibus, hoc loco tractandum decrevi.

§ 1. Sententia igitur, in quantum propositum nostrum tangit, est Judicis definitio, causae, et controversiae finem imponens, condemnationemque, vel absolutionem continens.

§ 2. Quae licet multa etiam alio sensu habeat significata, multisque capiatur modis; quia tamen proposito nostro ea significata non quadrant, silentio praeterire censui.

§ 3. Differt autem Sententia ab Opinione in hoc; quod Sententia est indubitata, et firma responsio: Sed Opinio; est cum quadam dubitatione (licet probabili causa) responsio. Unde, si variae fuerint opiniones de aliqua causa; tunc illa erit tenenda, quae meliori, et subtiliori fundabitur ratione.

§ 4. Unde Sententiarum Aliae sunt, Capitales: Aliae Emendam capitis tangentes: Aliae Notam infidelitatis repraesentantes: Aliae vero Simplices: Et aliae Emendam linguae, vel Calumniam denotantes.

§ 5. Capitalis itaque Sententia, nostro hoc aevo, non nisi ratione invasionis domorum, ac interemptionis, verberationis, et sine justa causa detentionis Nobilium: Praeterea praetextu occupationis quorumlibet Jurium possessionariorum, et eorundem pertinentiarum, quocunque nomine censeantur; decerni solet, et pronunciari.

§ 6. Et talis Sententia Capitalis solummodo personas seculares, virilis sexus, et alienas a sanguine, respicit, atque tangit. Nam inter, et contra Ecclesiasticas, nec non muliebris, et foeminei sexus personas, ac fratres generationales; Capitalis sententia (demptis casibus infra declarandis) non decernitur, neque pronunciatur. Sed solummodo Sententia Emendam, hoc est: redemtionem capitis concernens (vetusta de Regni Consuetudine) fertur, et declaratur, Diverso tamen modo, diversarum personarum respectu, prout infra patebit.

Vergl. hiemit den hier Seite 288 mitgetheilten folgenden Titel (Trip. II. Titel 43).

II.) Tripartitum II. tit. 82. (Proceßweſen):

Quod Causarum Condescensio duobus modis fieri solet.

Quoniam post Revocationem Procuratoriam, saepenumero Causarum Condescensio sequitur:

§ 1. Unde sciendum, quod Condescensio Causae duobus modis fieri solet: Primo quidem, per Judicem quando scilicet Judex causae, perlecta actione, et acquisitione Actoris, simul et Evocatione inde subsecuta bene calculata, tale vitium, vel errorem in literis ipsis Evocatoriis deprehendet; quo

[1]) Z. B. Mathias 6. Decret V. 15, dann Mathias 2. Decret V. 14. und 15, ſowie Uladislaus 1. Decret V. 56. und 3. Decret V. 8; endlich andre Stellen im C. J. H. Vergl. dann noch Sefflerconſtitutionen 51:1555, (hier II. Band, 2. Auflage Seite 168) u. a. m.

Digitized by Google

praepediente, Sententia, ac Judiciaria deliberatio, debito modo ex hujusmodi actione pronunciari non poterit.

§ 2. Puta; quia non denotatur villa, sive possessio, quae acquiritur, in quo Comitatu Regni adjaceat: Plures enim sunt villae, uno, et eodem nomine vocitatae, in diversis Comitatibus situatae, vel saepe etiam in eodem Comitatu adjacentes, aliquo tamen additamento cognominis variatae: Et, si villae nomen cum suo cognomine non exprimitur, dubium mox suboritur: quae sit illa, quam Actor Juri suo vendicare nititur?

§ 3. Verbi gratia: Duae sunt villae hoc nomine Nandor appellatae, in uno, eodemque Comitatu positae, una tamen illarum cognominis appositione variatur, quoniam altera superior, vel major, vel altera inferior, aut minor Nandor vocitatur: Quarum altera mea est, altera vero ad te pertinet, et tua est.

§ 4. Si itaque in Evocationis, et actionis serie non declaratur, quae illarum acquiritur; non poterit Judex causae discernere, ad quam earum Sententia feratur? Unde causa talis merito condescendet, et invalidatur; de novo, per Actorem (si voluerit) inchoanda.

§ 5. Hoc tamen semper praesupposito, si in causam attractus, per se, vel suum legitimum Procuratorem, defectum, et errorem hujusmodi per modum exceptionis allegaverit. Nam aliter; si ad actionem sponte respondebit, et acquisitioni illi per seipsum parebit, nil objiciendo: Judex de se opponens, simul et judicans, fieri nequit, sed Scntentiam inter Partes juxta causae meritum proferre debet.

§ 6. Idem est dicendum, si quis occasione actuum potentiariorum in litem evocabitur: Quod talis quoque causa condescendet, et cassabitur: Quoniam absque termini, vel temporis expressione, nec Actor vincere, nec in causam attractus vinci commode poterit.

§ 7. Omnis enim causa, et litis motio, ratione actuum potentiariorum facta, et inchoata, et ex consequenti actio, atque acquisitio in ea declarata; per in causam attractum aut affirmatur, aut negatur. Si affirmatur; ut ratio quoque suae affirmationis assignetur, necesse est: Nam aliter affirmans, vel reus ipse; mox in causa succumberet.

§ 8. Verum si negatur, maxime propterea negatur; quod tempore patrationis ipsorum actuum potentiariorum nedum praesentem fuisse, sed forte neque in patria sua pro tunc se extitisse, velit vicinorum, et commetaneorum attestatione probare. Et ob hoc, si terminus in actione non specificabitur, in causam attractus difficulter expurgabitur.

§ 9. Hoc tamen advertendum, et cordi imprimendum est; quod Evocationes, praetextu actuum potentiariorum editae, et actiones in eisdem positae, diversis cum clausulis declarari solent. Aliquando enim, et potissime (cum actio ad personam principalem refertur) clausula ista apponitur: Quod talis, vel talis (assumptis secum talibus, et talibus familiaribus, ac Jobagionibus suis) ad domum meam irruendo, hoc, et hoc patravit.

§ 10. Aliquando vero, in Evocatione, ista clausula scribitur: Missis, et destinatis T. et T. hominibus suis, ad talem villam, vel possessionem meam, ibique tot, et tanta damna Jobagionibus meis irrogavit, et intulit.

§ 11. Saepe etiam Evocatio cum hac clausula decernitur: De commissione, et mandato talis, vel talis, T. et T. familiares, et Jobagiones sui, talem famulum meum in tali loco repertum, aut constitutum, dire, et acriter verberaverunt, et hujusmodi, etc.

§ 12. Unde semper advertenda, considerandaque est clausularum prae-

dictarum in actione positio. Aliud est enim secum assumere, aliud aliquem destinare, et aliud cuipiam patrandum aliquid mandare, et committere.

§ 13. Assumptio namque personalem interessentiam semper requirit.

§ 14. Missio vero, et destinatio, praesentiam exigit, ut praesens sit ille, qui mittit, et qui mittitur. Licet ista missio etiam de longinquo fieri possit, ad Familiares referendo, sed non ad Jobagiones, qui in propinquo resident; nisi forte medio famulorum Jobagiones mitterentur. Et hoc quoque in casu, non contingenti, sed deliberato, et malitiose perpetrari praeconcepto.

§ 15. Jussio autem, et missio etiam absentiam includit. Potest etenim aliquis (si etiam in regionem longinquam abiret) suis famulis, et Jobagionibus in domo sua constitutis, antequam discedat, et itineri se submittat, hoc, et hoc perpetrandum committere.

§ 16. Quapropter in Missione, et Commissione debet semper attendi modus, et ordo patratae rei, atque casus contingens, vel non, sed deliberatus.

§ 17. In casu namque contingenti, puta, si pecora, et pecudes Jobagionis mei, de pratis, vel segetibus propter illata damna per aliquem abigerentur, et in Curiam suam, aut stabulum includerentur, ut interea non emittantur, donec super damnis illatis satisfactio impendatur: Familiares autem, vel Jobagiones mei, temeritate ducti, eodem die, aut sequenti, hujusmodi pecudes, et pecora, manu violenta educerent, et reducerent. Aut Jobagio, vel famulus meus in taberna sedens, et cum caeteris potatoribus ad jurgia veniens, alterum vulneraret, vel forte homicidium perpetraret, et ibidem propterea detineretur, sed per alios famulos, vel Jobagiones meos, ipsa eadem, vel altera die violenter liberaretur; Missio, et Commissio perpendi ruminarique debet.

§ 18. Si enim in remotis, et longinquis Partibus ego tunc ago, certum est, quod mittere, vel committere nequeo, cui utpote de contingenti hujusmodi causa, tam repente nil constare potuit.

§ 19. Si vero dicis, Familiaribus, et Jobagionibus meis ad sortem me dudum commisisse: ut, si quando talis casus occurrerit, hoc et hoc faciant: poterit quidem (fateor) iste casus in committendo, sed non in destinando fieri. Qui (quia de futuris contingentibus non est determinata veritas) admittendus non est. Nam et alioquin, si casus ejuscemodi admittendus censetur (praesupposito primario committentis intento) non violenta pecudum eductio, vel homicidae eliberatio, sed potius homicidium, et damnorum illatio consideranda, pariter et compensanda dignoscitur.

§ 20. Casus vero non contingens, fit, et intelligitur, quando deliberate, et ex praeconcepta malitia patrandum aliquid facinoris committitur: Puta, domorum invasio, silvarum succisio, villarum depraedatio, et similes actus violenti, qui post discessum alicujus potentis ad regionem longinquam, vel externa Regna, etiam post centum, et plures dies committi, inferrique poterunt, si prius illud mandaverit, in absentia sua patrandum, atque peragendum.

§ 21. Istae vero distinctiones clausularum praetactarum, positae sunt, non ut litigantibus calumniandi via pateret, sed potius causae justa, vel injusta motio claresceret. Sicuti enim actio justa tuenda semper est, ita acquisitio injusta, et calumniosa admittenda non est.

§ 22. Secundo Modo causarum Condescensio, vel Depositio fit, per Actorem, cum onere sex Marcarum minoris, seu levioris ponderis, sex, ut puta, florenos auri facientium, in duabus Judici (coram quo lis ipsa mota fuerit) in tertia vero Partibus, in causam attracto persolvendarum: Dum

videlicet Actor suam actionem, et acquisitionem, ex sua negligentia, vel scriptoris vitio, aut alio quocunque errore occurrente, male, et indebite positam, ac declaratam cernit, et obesse potius, quam prodesse sibi considerat, antequam discussio illius causae fiat, perse, vel suum Procuratorem, eam cum onere, et gravamine praenotato, sponte deponi, sopirique, et condescendi faciat.

III.) Approb. Const. IV. tit. 1. art. 42 und 28.

Articulus XLII. Ha melly Fiscalis Tiszt valakik ellen potentiat patral, azon Tisztiben eitaltassék azon laesa parstól, azon Vármegyének Törvény-Székire, az hol a' potentia patraltatik, ha addig Tisztiben persistal; ha pedig ante finalem decisionem causae Tisztiből ki-állana, másuvá akárhová menne, nem obstalván, ugyan azon Széken az hol movealtatott és inchoaltatott, ugyan ott decidáltassék causája: és ha poenan convineáltatik, azon Vármegye Tisztei juxta leges a' convictus potentiariusnak mind személyén, 's mind javain (nem a' Fiscusén) executiot tehessenek az Executorok a' Deliberatio szerént. Ha pedig Tisztiből kimenne, a' laesa pars a' potentiariust keresse a' kár-tételért juris ordine, vagy ott, az hol personalis residentiája vagyon, vagy ott, az hol más Tisztet fog viselni. Ha pedig azon potentiarius Tisztviselö residentiátlan vólna, a' ki ellen Sententia pronuncialtatnék, ha valami javai találtatnak a' Fiscus Jószágában, nyúlhasson ahoz az Executor; úgy mindazonáltal, hogy a' Fiscus Udvar-házaira ne menjen.

Articulus XXVIII. Paraszt ember, ha mi potentiát avagy kárt tészen, Földes Uától törvényt kérjenek felöle, ki-továbbá való halogatás nélkül Törvény-Széket sem várván, egy Szólgabiró elött tartozzék törvényt tenni 8-czad napra füstin; Magyar Országban 15-töd napra, és minden bizonyságival revideáltassék, ha ott nem tetszik a' Törvény, Vármegyére appellálhasson elsö Székre, holott vége szakadjon: Excipiáltatván a' Minor potentiából emergált causák, mellyeknek revisiója az alsó Forumokról a' Táblára nem botsáttatik Appellatióba, hanem úgyan ott decitáltatik finaliter: de ha ott-is nem tetszik, a' Fejedelem eleibe botsáttassék, mellybe több Juridicus processus ne admittaltassék. Ha hol á' Dominus terrestris legitime requisitus, Törvényt a' praefigált napra nem tenne, a' Vármegyére eitaltassék, et cum singulorum Jobbagionum homagiis, tartozzék újobban Törvényt tenni a' fellyül megírt módok szerént. Ha ki akkor-is, contumacia ductus törvényt nem tenne, másodszor-is á' Székre exportálván, in actione Actorum convincáltassék, és ulterioribus remediis denegatis executioni demandáltassék.

IV.) Approb. III. tit. 8.:

Potentiákról.

Articulus I. Hogy a' magok erejekben bízakodó és vakmerö emberek, kik sem az Istennek, sem az Országnak törvényével nem gondolván potentiosa occupatiókat tennének, refrenáltathassanak; végeztetett, hogy-ha olly' afféle dolog történnék, és valaki valakinek Jószágát, örökségét, vagy egyéb javait, mera et absoluta potentia mediante, törvényes út és mód kivül el-foglalná; a' meg-bántódott fél certificálja a' Potentiariust arról, hogy Vármegyéjét vagy Székit akarja meg-bántódása felöl requirálni: de az illyen certificatiót, vagy admonitiót eitatio ne subsequálja, és akár compareáljon, akár ne a' Potentiarius, de a' meg-bántódott fél panaszszát exponálván, és mentöl helyesebben lehet annak igaz vóltát

comprobálván-is: a' Vármegye vagy Szék a' dolgot úgy lenni comperiálván, elsöben mindjárt admoneállyák a' Potentiariust, és ha simplex admonitióra remittálja, ha mi kárt a' Possessornak tett az occupans, azt-is refundálja, bene quidem, és a' panaszló fél-is el-vegye simpliciter, 's annak kezéhez vételére azon Székből exmittáljanak a' panaszt tett ember mellett Tisztet avagy bizouyos Commissariust az ekképeu való kézhez vitelre 's assignalására a' meg-írt Jószágnak és kárbéli refusiónak: de hogy-ha az illyen admonitióra és e' mód szerént nem remittálná; a' Tisztek, a' mennyi számú arra elégséges személyekkel kivántatik, 's ha külömben nem lehetne, a' Fö-Ispánok-is etiam cum gente Comitatus tartozzanak ki-menni, és az el-foglalt bonumokat cum poena minoris potentiae, ac refusionis damnorum restituálják eo facto: melly restitntio után-is, propter occupationem illegitimam, a' Possessor a' Potentiariust, ha akarja, legitime prosequálhatja; hasonlóképen pedig a' Potentiarius-is ha mi just praetendál, extra dominium keresheti, servatis de jure servandis, és ott-is meg-ítéltetvén a' Jószág, egyszer'smind abban történt pusztítás, vagy egyéb kár-is meg-ítéltessék a' triumphans félnek.

E' processus mindazáltal csak az olly' causákban értetik, mellyekben annualis praescriptiót pacifice az occupans nem töltött, és a' mellyekben legitima et immediata successiója az occupansnak nem találtatik. Ez pedig indifferenter ez Országban és ahoz tartozó részekben mindenütt observáltassék.

Articulus II. Történtenek néha a' Fejedelmek nevek alatt való Potentiák, és violentum Concambiumok, mellyeknek el-igazitására annakutánna bizonyos útakat és módokat pro ratione temporis constitnált az Ország; signanter a' Mihály Vajda irruptiójától fogva, maga vagy mások által történt Potentiáknak igazitásban való vétele felöl; a' szerént a' Basta György, és akkori Német Commissariusok idejekbeu történt adományókról és foglalásokról, in Articulis Anni 1607. annak utánna 1608. 1609. in Annis 1614. és 1615. in An. 1630. in An. 1649. és 1650.

De hogy ennek-utánna afféle dolgok ez Hazában ugyan ne-is hallattassanak, és affélékre való alkalmatosságok-is tolláltassanak, a' Fejedelmeket circumveniáló méltóságok ellen való dolgokat impetrálni igyekezö személyek-is refrenáltassanak, végeztetett, hogy ha afféle illegitima occupatiók és impetratiók találtatnának akárkinek kezénél, a' fellyebb meg-írt közelbik Articulusban, a' potentiosa occupatiókról specificált mód szerént, vigore ejusdem Articuli restiuáltassanak; a' Fejedelmek méltósága annyiban meg-adattatván, hogy az el-foglalt Jószágnak állapotja a' Vármegyén vagy Széken comperialtatván, ha Fiscus kezénél találtatnék az ollyan Jószág lenni, a' Vármegye avagy Szék elsöben tartozó submissióval requirálják a' Fejedelmeket; kik-is az Országnak tartozó kötelességeket meg-gondolván, és a' dolognak igazságát meg-tapasztalván; parantsolják restituálni eo facto.

V.) Compil. Const. III. tit. 7.:

Potentiákról.

Articulus I. Noha a' Potentiariusoknak, kezekből mi módon restituáltassék verus haeresecknek, hatalmasul el-foglalt jószágok, világos Articulus decernáltatott felöle, mindazonáltal találkoznak uémellyek, kik az Ország végezésinek contumaciter opponálván magokat, az Articulusban meg-írt Processus szerént Tisztek által restituáltatott jószágokat is-

mét viszsza foglalják: kik hogy inkább refraenáltassanak, végeztetett; hogy ha ki másodszor-is reoccupálná, az egyszer törvény szerént restituáltatott jószágot, comprobáltatván Vármegyén vagy Széken, eo facto major potentián convincáltassék. Ha harmadszór patrálná, semminémü gratia néki nem suffragálván üttessék-el a' feje; servatis tamen de jure servandis. Hoc addito; Hogy-ha cum Gente Comitatus kelletnék a' Tisztnek executiót tenni, in isto casu valaki a' Vármegye tagjai közzül fel nem kelne, és segitséggel nem lenne a' Tisztnek, in poena Articulari conviucáltassék.

Articulus II. Vannak ollyan Faluk-is, kik számoson fel-kelvén, hatalmasul el-mennek más Falu erdejére, gondolván azt, hogy kevés számu ember nem resistálhat nékiek. Azért ha valamelly Falubéli emberek sereggel, absoluta potentia mediante mennek mások erdejére, és azon helynek possessori, vagy lakosi nem resistálhatnak, panaszt tévén azon Vármegye vagy Szék Tiszteinek, száz forintot exequalhassanak az ollyan hatalmaskodókon, comperta tamen rei veritate; mellynek fele a' panaszló félé, fele pedig az Executoroké légyen. Ha kik pedig privatim, vagy kevesen és nem számoson menuek, vagy találtatnak mások erdejekben, procedáljanak az ollyanok ellen, a' Decretum és Approbata Constitutióban irt processus szerént.

VI.) Comp. Const. IV. tit. 16. (Arestrumról) (hier nachzulesen III. Bd. Seite 103, in der Note).

Viele andre Stellen ſtehen mit den vorhergehenden im Zuſammenhange, ebenſo mannichfache Localſtatute, welche gewiße Gewaltthaten (Potenzfälle) dieſer Art für öffentliche Delicte erklärten und als ſolche beſtraften. — Die meiſten Einzelbeſtimmungen finden ſich zuſammengeſtellt in *Dósa* Erdélyhoni Jogtudomány II. Band, Seite 550—566. (Vergl. noch in *Filep'* Törvénybéli gyakorlás mutató Táblája die Daten über die Fälle: „nagyobb hatalmaskodást fenyitő ügy", dann „kisebb hatalmoskodást fenyitő ügy" die Nummern 74 und 75 Seite 129—138).

§ 33. Die Beſchädigung.

Sehr nahe verwandt mit den ſogenannten mindern Potenzfällen oder der Violenz iſt jede andre, wenn auch nicht gewaltthätige, doch ſtraffällige Beſchädigung (damnum) an fremdem Hab und Gut (károsítás [1]). In der

[1]) Vergl. im Corpus Jur. Hung. namentlich Sigismund's 6. Decret V. 6.; Uladislaus II. 1. Decret V. 24 und 16; dann Trip. I. 71. 1. und in mehr proceſſualiſcher Beziehung Trip. II. tit. 33:

Utrum Juramentum Nobilis penes Rusticum, et è contra, in recuperatione damnorum valeat?

Unde quaeritur: utrum Juramentum Nobilis pro damnorum, vel debitorum recuperatione penes rusticum, et ignobilem praestitum, censeatur tantae efficaciae, et virtutis esse, quantae sit Juramentum penes Nobilem depositum; aut in vim duntaxat rusticani Juramenti transeat?

§ 1. Et e contra; an Nobilis quispiam, Juramentis cum rusticanis,

Regel findet civilrechtlicher Schadenersatz statt (damnum emergens, lucrum cessans [1]); doch sind auch Sühnbußen mit einigen Fällen verbunden

secundum facultatis eorum exigentiam deponendis, sua damna, vel debita possit recuperare?

§ 2. Dicendum, quod Juramentum Nobilis tam penes Nobilem, quam etiam Ignobilem praestitum, semper valeat: Et semper ejusdem est efficaciae, atque virtutis, dummodo juste, legitimeque deponatur. Nam per Juramenti depositionem justo modo factam, infamia non sequitur: Et per hoc, neque Nobilis quispiam dignitati suae Nobilitari renunciasse dignoscitur.

§ 3. Verumtamen Juramentum Ignobilis, et rustici, tanquam, inferioris, penes Nobilem, et contra Nobilem, veluti superiorem, non valet, neque admittitur: licet Nobilis contra Ignobilem, cum Ignobilibus jurare permittatur.

§ 4. Et rusticus quoque, per eum, in causa contra Nobilem, ratione forsitan debitorum, vel aliorum similium negotiorum, mota; cum Ignobilibus sibi similibus, juxta Judicis deliberationem, Juramentum praestandi habeat facultatem. Super Juramentis tamen, in causis Nobilium imponendis, et deponendis, modo praeallegato semper est sentiendum.

Ferner Tripart. III. tit. 33:

Quomodo damna, per pecudes, et pecora illata recuperari debeant?

Item, si quis Nobilium; aut Rusticorum equos, boves, oves, porcos, et alias pecudes, vel pecora, de segetibus, aut pratis, et foenilibus, vel silvis glandinosis prohibitis, propter illata damna impulerit, vagiandos, et taxandos; et Dominus ejuscemodi animalium, contumacia ductus, illa redimere noluerit; tunc damnificatus ipse non amplius, nisi per triduum apud se eadem animalia conservare poterit.

§ 1. Transactis autem tribus ipsis diebus: manibus sui Comitis, vel vice-Comitis Parochialis: Absente vero illo, ad manus unius Judicis Nobilium (cujus scilicet processui territorium illud damnificatum deservire dignoscitur) dare, et assignare tenetur.

§ 2. Nam aliter, post triduum singulis diebus, quibus animalia praenotata apud se reservaverit; in singulis tribus Marcis gravis ponderis, in duabus, Judiciariis; in tertia vero, Partibus, Adversarii manibus dandis, et devolvendis, impellens, et vagiator ipse gravabitur.

§ 3. Damna autem irrogata, secundum conscientiosam limitationem, ac aestimationem Judicis, et Juratorum Civium illius loci, in cujus territorio fuerint illata, compensari debent.

§ 4. Nam prohibitio cum speciali, et expresso onere facta; ne in segetibus, aut pratis, vel silvis damna inferantur; ad Colonos duntaxat ejus loci, in cujus territorio hujusmodi segetes, silvae, vel prata adjacent, refertur. Extranei enim non onus inhibitionis, sed damni quantitatem solvere tenentur.

§ 5. Ubi autem Colonus furtim, vel manifeste, manu violenta silvam succiderit, vel arbores ejus decorticaverit, et ibidem comprehendi poterit; omnia Bona sua secum habita, amittet, et insuper in Homagio suo, pro violentia, convincetur.

[1]) Die Unterscheidung zwischen culpa lata seu dolo proxima (tetemes hiba), culpa levis (csekély hiba) und culpa levissima (legcsekélyebb hiba) hat Doctrin und Praxis angewendet.

und ſobald dieſe von Amtswegen erhoben worden ſind, gehören ſie in die vorige Abtheilung zur Gattung der delicta publico-politica oder der transgressiones.

Außer bereits angegebnen Stellen als ſingulär wichtig hervorzuheben:

I) Approb. Const. III. tit. 33. und 34.

Titulus XXXIII.

Nyomásról.

Articulus I. A' Közönséges szabadsággal ellenkező dolog, hogy valaki más embernek határáu, bár nyomásban lévő, vagy marha legeltető helyeit kedve ellen élje és éltesse; kivántatik azért, hogy kiki tartsa maga határába magát, és a' Földes Uroknak, Faluknak, és Városoknak állapotjok szerént való hatalmokban áll, ha meg-álkhatnak egymással affëléknek élése felett; egyéb iránt nem tartoznak meg-engedni, sőt szabadoson bé-hajthatják az idegen marhákat a' nyomásról-is, tsak hogy az illetlen 's boszszút követő inkább, mint-sem kárt nézö exactiók tollál-tassanak; hanem egy öreg marháért egyszeri bé-hajtásért d. 2, apró marháért d. 1. exigáljanak, toties quoties.

Ha ki többet exigálna a' meg-irt fizetésnél, eo facto, a' Tisztek ki-menvén fl. 12. exigáljanak rajta; mellynek két része a' panaszló félé légyen, harmada az Executoroké. Hasonlóképen ha potentiose resistálnának a' marha bé-hajtásnak, ad requisitionem quemlantium a' Tisztek comperta rei veritate minor potentiának poenáját exequálják; de ha sebhetés, verés, annál inkább halál interveniálna, a' dolognak meritumjához képest, a' sérelmes fél-is contentáltassék, a' halálért, suis modis büntettessék.

Titulus XXXIV.

Nyom Követésről.

Articulus I. Az el-veszett marháknak nyomoknak fel-vétele, azoknak követése, és azokból következett károknak meg-fizetése felöl sok külömb-külömb féle végezések lettenek; de mivel úgy tapasztaltatik, hogy az eddig observáltatott ususból Isten ellen való sok hamis hitek, és sok szegénységnek ártatlanúl való meg-károsodások, némelly embereknek tudva magok marháira való gondviseletlenségek, a' latroknak boszszúból-is némelly Faluk határa való lopott marháknak hajtási, és több sok alkalmatlanságok szoktanak következni; mellyeknek meg-elözésekre végeztetett: Hogy ennek-utánna illyen mód tartassék: Elsöben, ha melly embernek akármi lábas marhája valamelly Faluban, sőt kerített és Mezö Városokban-is el-vész, (excipiálván, ha kinek maga tselédi közzül való találna ollyankor el-szökni, kire méltó suspicio lehetne) magok a' káros emberek, vagy azoknak emberi meg-esküvén azon, hogy ott veszett légyenel és mi érö lett vólna a' marha; tartozzanak ad quindenam vagy a' kárt meg-fizetni, vagy a' latrot kézhez adni: mellyet ha nem tselekednének vakmeröképen, azután azon helybéli akármelly Tisztel reá menvén a' káros ember, duplumot exigáltasson, és az Executor-is maga szokott jutalmát meg-vehesse minden tovább való processus és remediumokon kivül.

Ha mi egyéb egyetmással és javait a' Faluban vagy Városban megszállott ember, gazda, gazdaszszony, vagy ott való embereknek kezekhez

adja el-tételre, azonban elõ nem adhatják, praetendálván annak el-lopását, vagy másképen való el-veszését; comperta rei veritate, a' káros embert tartozzanak a' Tisztek contentáltatni, azon praetendens embernek semmi fraus dolus, abbéli dolgában mindazáltal nem találtatván.

II.) Approb. Cónst. V. edict 37:

N y o m k ö v e t é s r ö l.

Ha Falukon és Városokon kivül szálván-meg, marhája elvész valakinek, és nyomát fel-vévén, a' Falubélieknek-is hírt tévén (a' kik tartozzanak-is ki-menni, és a' nyomot a' károssal együtt követni) ha azon határról ki-nem vihetik, annál inkább meg-ölve azon határba találják, tartozzanak káráról contentálni a' káros embert, a' nyomra, avagy megöletett marhára reá esküvén; és ezen fellyül a' Tisztek-is fl. 12 büntessék-is a' Falut; ha a' latrot ki-nem adhatják, és meg-nem bizonyithatják, hogy nem Falujokbéli lett vólna. Ha pedig a' nyomot a' Falura vihetikbé, vagy a' marhát a' Faluban találják-meg, a' kárnak meg-fizetésén kivül, ha a' latrot kézhez nem adják, flor. 40. exequáljanak rajtok a' Tisztek: melly nyomnak ekképen való követésében, ha Tisztet vagy Nemes embert köz-birónak nem találhat a' káros ember hamarjában, közel való akármelly Falubéli két hites embert-is köz-bírónak híhat; de a' hitnek fel-adására ok-vetetlen Tisztet, vagy azt nem kaphatván, két Nemes embert tartozzék híni. Ha pedig az elveszett marha, sem annak nyoma a' Falún és határon nem akad-meg, magok határokról ki-követvén a' nyomot, a' káros emberrel együtt, vagy a' káros emberrel együtt eltévesztvén, és a' Falubéliek-is hittel adván-ki határokból, azon Falubéliek eo facto absolutusok légyenek.

E' Casusban, a' Kerített és Mezõ Városok annyiban excipiáltatnak, hogyha a' Nyom a' Városba, vagy a' Kerített Városoknak határiba vitetikbé, tartozzanak a' bé-vitt marhát fel-keresni, vagy a' latrot meg-fogni, vagy a' káros embert contentálni: de a' külsõ határokbéli nyom fel-vételével, követéssel, és ki-adással nem tartoznak. Ha hol pedig a' Városokon, vagy azoknak hóstátiban a' Fejedelmeknek fizetett Hadai lévén quartélyban, az el-veszett marhának nyoma oda vitetnék, azoknak Elöttökjárói nem-csak meg-engedjék afféle marhának meg-keresését szállásokon, de hogy affélékböl következhetõ alkalmatlanság el-távozódjék, a' Hadnagy vagy maga ki menjen, vagy tartozzék a' keresõ ember mellé segitséget adni, 's ha a' marha Katona keze 's neve alatt találtatik, nem a' Gazda, vagy Város, hanem a' Szálló fizessen; de ellenben, ha a' Gazda tudta afféle idegen marhának oda vitelét, 's meg-nem jelentette, egyiránt büntetõdjék. A' fellyebb meg-irt mód szerént pedig, a' melly Falunak határára a' nyom által adatik, azon Falubéliek-is tartozzanak ugyan ki-menni; és a' káros emberrel együtt a' nyomot követni, 's ha a' Falujokba vitetikbé a' nyom, ezen mód szerént büntettessenek; de ha a' Falun kivül tévesztetik-el a' nyom, annál inkább határokról ha ki-adathatik, semmivel nem tartoznak, hanem a' káros ember, vagy ezen mód szerént kövesse elébb-elébb a' nyomot, vagy egyéb úton keresse kárát; és ha a' kárt el-akarja távoztatni, jobb vagy Faluban vagy Városokban benn szállani, vagy mezõre szálván magára vigyázni. És ekképen minden helyek, az Országnak régi végezése szerént, a' benn való végezések, vigyázások által, 's a' mennyire érkeznek magok határokon-is, jó gondviseléssel tartassanak: hogy igy vétek nélkül ne károsodjanak az emberek, a' kin való és idegen go-

nosztévök által történt dologért. Ha pedig határokon nem tsak nyoma, hanem maga találtatik a' nyüzott marha, ugyan az árrát fizesse-meg a' Falu, vagy meg-esküsjenek, hogy nem köztök való tselekedte.

Melly mód indifferenter minden helyeken observáltassék, minden tovább való processusok és remediumok excludáltatván.

A' melly helyeken pedig Sokadalmok szoktak lenni, a' Sokadalmok idején el-veszet marhákat sem nyomozni sem meg-fizetni nem tartoznak; ezen az úton hasonlóképen Generális Gyülések és Octavalis Terminusok celebrálása alatt való idökben és helyekben-is, hanem kerestessenek suis modis.

III.) Compil. Const. III. 8. 14:

Némelly Atyánkfiai, vagy szegénységink gyakorta megtalálván, Székely atyáukfiai között gonoszúl el-veszett marhájokat, nem akarnak az Országnak arról írott Articulusa szerént Szavatost adni vagy eléállitani, a' károsoknak nyilván való injuriájokra és károkra, elégségesnek tartván áldomást ivó Felekkel való bizongatásokat; Végeztük, hogy ha hol 's kinél az ollyan marhák fel-találtatnak, tartozzanak Szavatost adni a' Székelységen-is, keresse a' káros-is mind fáradságának, 's mind pedig kárainak refusioját; Alioquin a' Vármegyék se tartozzanak Székely-atyánkfiainak Szavatost adni.

Solcherart Bestimmungen, namentlich über Feld- und Vieh-Beschädigungen noch in zahlreicher Art vertreten[1]), besonders auch in Localstatuten, wo übrigens die Verbots-Buße mehr das Wesen der öffentlichen Vergehn betrifft.

§ 34. Die Erpressung.

Unter diesem nicht sowohl begrifflich bestimmtem, als nur für ämtliche Bedrückungen überhaupt gangbarem Ausdrucke (zsarolás) wurden solche Handlungen verstanden, welche in ungesetzlicher Weise mit der Beschädigung Andrer, unter dem Scheine rechtmäßigen Vorgangs, den eignen Vortheil und Gewinn bezweckten. Zumeist ist hier die gewöhnliche Articularstrafe von 200 fl. zur Anwendung gebracht worden.

Beispiele sind:

1) Approb. Const. III. 6. 7. (nachzulesen hier an betreffender Stelle).

2) Approb. Const. III. 15. 2.:

Mivel-hogy a' Só-Aknák Fiscale bonumoknak annak proventusival együtt rendeltettenek, privatus emberektöl pedig, a' Só-Aknáknak nyittási, és colálási, interdicáltattanak, az eleitöl fogván observáltatott szabadság és usus szerént, a' Fiscus Aknáiról mind Vármegyei, Székelységi Nemes rendeknek, Ló-fö embereknek a' szerént házok szükségére elégendö Só adassék, várokozás, betstelenséggel való illetés és santzoltatás

[1]) Siehe z. B. Approb. Const. IV. 1. 6.; A. C. III. 40; edict. 6 und 24 u. a. m. — (Vergl. *Dósa* II. S. 576).

Hier noch zu berücksichtigen im II. Bd. (zweite Aufl.) Seite 51, dann Seite 90 unter VII. Punkt 1. und andrer Orten.

nélkül, az ordinariumon kivül: melly az, hogy egy táska darabtól (a' mint mondatni szokott) d. 12. exigáltassék a' Vármegyéken lévõ Só-Aknákon. A' Székelységen lévõ Só-Aknákon pedig egy-egy köböl zabbal tartoznak, az eddig való usus szeréut, és darabjától az ollyan Sónak egy-egy pénzel: melly ellen hogy-ha a' Kamara Ispánok szabad akaratjokon kivül erõltetnék az embereket, vagy meg-adni nem akarnák, akár az Exponensek, akár pedig azoknak instantiájára a' Directorok evocáltatván Diaetalis, vagy Octavalis Táblára, in poena ducentorum florenorum convincáltassanak; és ez illyen magok szükségére vivõ Sótól, Vám vagy Harmintzad adással-is ne tartozzanak [1]).

3) Approb. Const. II. 12. 4:

Intra limites regni et partium annexarum, hogy egyik hélyböl másnvá járó kelõ és Kereskedõ semminémü rendektõl Harmintzad ne vétessék, sub poena in Articulo proxime praecedenti expressa, végeztetik. Nemes ember pedig, maga majorságában termett semminémü javaiból és marháiból, vallamellyeket pénzen, vagy másképen nem szedett, ha szintén az Országból ki-viszi, avagy küldi-is, Harmintzad és Vám adással nem tartozik. Söt a' Parasztság-is, a' ki nem maga, hanem Ura egyetmássát viszi akárhová-is, semminémü helyeken az Országnak határiban Vám és Harmintzad adásra ne kénszerittessék, vagy midõn Urok szolgálatjára mennek is, sem menõ, sem meg-tért útjokban, a' dolog comperiáltatván.

---

[1]) Hiemit noch zu vergleichen Approb. Const. V. ed. 2.:

A' Só hordó szekeres emberektõl ajándék, vagy egyéb exactiót venni a' Kamara Ispánok ne mérészeljenek szabad akaratjokon kivül, sub poena fl. 200. Azon processus observáltatván, mint a' tartozó Sónak meg-nem adásáról íratott.

Ferner A. C. edict. 9.:

Bújdosó és lézzegõ emberek felõl.

Esméretlen, Uratlan, ez Országban bújdosó és lézzegõ emberek; kiváltképen a' kik útjokat jámborúl nem continuálják, hanem a' szegénységen élõdnek, annál inkább ha lopnak, a' szegénységet zaklattyák, vagy egyéb insolentiákat tselekesznek, senkitõl semmi úti hiteles, avagy bizonyság levelek nem lévén, gyanúság lehet nem igaz járatbéli vóltokról, affélék meg-fogattassanak szabadoson, tsak privatus Nemes emberektõl-is, annál inkább Vármegyei, Várakbéli, Városi és Zászlók alatt lévõ Tisztektõl, söt tsak Falusi Bíráktól-is, mindazáltal személyekben való sebhetés és verés taglás nélkül, hogy-ha magokat meg-adják, és javokban való meg-kárositás nélkül, hogyha magokat igaz járatbélieknek lenni elhitethetik, békével botsáttassanak minden kár nélkül; ha pedig nem, a' Tisztek detineálván büntessék törvénnyel érdemek szerént; ha tudva el-botsáttaná valaki, Director által evocáltatván, fl. 200. büntettessék, in foro competenti. De ha paraszt falu helyeken arestáltatik afféle ember, haladék nélkül közelebb való Tisztekhez, vagy azok nem találtatván, értelmes betsületes emberekhez vitettessék examenre: és kiki jól meg-lássa, hogy afféle dolgokkal ne abutáljon, és valamelly igaz járásbéli embert, kiváltképen Nemes embert meg-ne arestáljon, ha kárát és búvát nem akarja vallani.

A' melly Erdélyi Nemes embernek, vagy Urnak háza és Jószága Magyar Országban-is vagyon, maga szükségére, és nem kereskedésre ki-vijendõ, és bé-hozandó maga majorságában termett marháktól, búzától, bortól, 's egyebektõl-is, Vám és Harminczad adással nem tartozik.

Az Országból ki-nem vijendö marháktól, a' mint-hogy Harmintzad adással a' szegényuség-is nem tartozik, annál inkább czédula pénznek vételével a' Harminczadosoktól ne terheltessék; semmi immoratióval és szokatlan exactiókkal a' Kereskedö embereket-is ne terheljék.

A' melly marhákról egyszer meg-harmintzadolnak, elnem adhatván, ismét viszsza kelletik hajtani, újabb Harminczad adásra ne kénszerittessenek, és mind ezek a' fenn meg-irt poena és processus szerént observáltassanak.

4) Compil. Const. III. 11. 3:

Nem kevés excessusok esnek a' Vármegyéken, a' fõ Ispánok után való Tisztektöl: Végeztük azért, hogy valakik illetlen excessusokat, exactiokat, Decretum és Articulus kivül való executiókat ennek-elötte ab Anno 1657. tselekedtek, vagy ez-után-is tselekesznek, a' meg-bántódott fél Vármegye Székin vagy Gyülésin meg-bántódását adja-elö, 's comprobálja-is: mellyet minden imide amoda való mútogatás és kedvezés nélkül, a' fõ Tisztek kötelességek szerént az oda gyülekezett Rendekkel együtt tartózzanak igazitásba venni, és ad quindenam az exequalt vagy extorqueált jokat cum poena Articulari florenos 200. faciente, restituáltatni a' damnificatusoknak; mellyet ha ad quindenam executioba nem vennének a' Tisztek, tehát a' damnificatusok a' Deákok által nulla praehabita certificatione, vigore saltem praesentis Articuli exclusis omuibus juridicis remediis exequáltathassák az ollyan exorbitáló Tiszteken.

§ 35. Der Betrug.

Viele Handlungen, welche man heutzutage unter dem Begriffe Betrug zuſammenfaßt, konnten früher ſolche Straffälle abgeben, welche bald unter dieſe oder jene ſchon früher erwähnte Gattung von Verbrechen oder Uebertretungen gehörten, bald aber als Civildelicte (csalás) angeſehn wurden.

So gehört eigentlich auch die bereits erwähnte Fälſchung auf dies Gebiet (vergl. Trip. II. 16. § 3. hier S. 272); ebenſo die Calumnie[1]),

[1]) Siehe Tripart. II. tit. 70. (patvar):

Calumnia quid sit? et quot modis committatur? et de ejusdem poena.

Quanquam factum, vel causa Calumniae, ad poenam capitis non tendat; quia tamen Emendam capitis quodammodo tangere dignoscitur, ideo de ipsa calumnia in hac Sententiarum serie paucis tractandum competit.

§ 1. Ubi sciendum, quod Calumnia, est litis contra quempiam, duplici sub colore, vel diverso tramite, fraudulenta motio, atque suscitatio. Quae licet pluribus in causis, atque casibus ex dolosa litigantium machinatione; interdum etiam ex poena in Generali Constitutione declarata committatur; tribus tamen praecipue modis committi solet: De quibus etiam diffinitio praenotata posita est.

§ 2. Primo; dum quis unam, et eandem rem, vel actionem, duplici sub colore, aut duplici via prosequitur. Si enim quispiam litigantium pos-

Indeßen ſind hier nur zwei Geſetzesbeſtimmungen hervorzuheben und daran die Bemerkung zu ſchließen, daß die praktiſche Rechtspflege auch hierin keinen ſichern Vorgang zu beobachten vermochte.

1) Approb. Const. V. 18.:

Ötvös Mesterekről.

Töhb Mester emberek között az Ötvesek mivelvén drágább materiákból, tapasztaltatik nagy fraudulentia közöttök valókban, nevezet szerént egyikből, hogy a' jó ezüstöt igen meg-szokták vesztegetni, roszszúl és rusnyáúl-is mivelnek; Másikból, hogy akármelly müben-is az arra kiadatott aranyat a' fel-méréskor belé nem tudják; Harmadszor, hogy akár kitsíny quantitásban, akár mentöl nagyobb kiterjettségben légyen a' mü, de gyakorta két-két aranyat extorqueálnak a' miveltetö embereken; mellyben melly szemlátomást való fraus latitáljon, akárki meg-ítélheti, noha tsak mi ideig-is nem tart aranyazások; Annakokáért a' Czéh Mestereknek és Városok Biráinak erre légyen szorgalmatos gondjok, és orvosolják meg-is, a' münek girájától-is pedig nem többet, hanem a' limitatio szerént való fizetést vegyenek, és a' miveltetö embereket-is hosszas haladékokkal ne várakoztassák; egyéb-iránt a' miveltetö ember panaszt tévén a' Bíráknak, mindjárást a' panaszló embert contentáltassák, a' tsalárdul mivelö embert pedig büntessék fl. 100. toties quoties; mellynek harmada a' panaszló emberé, két része a' Birák-é és Czéhé légyen. Ha pedig a' Birák és Czéh Mesterek el-múlatnák, a' panaszló ember szabados légyen véle, ha maga vagy a' Fiscalis Directornak tévén instántiát, evocáltatja is Táblára, 's comperiáltatván a' dolog azon Tisztek fl. 200. convincáltassanak: mellynek-is harmad része a' panaszló félé légyen, két része Fiscusé.

2) Compil. Const. III. 15. (hier nachzuleſen Seite 281).

---

sessionem unam titulo pignoris, et etiam Jure perpetuitatis acquirit; duplex color dicitur: Si vero unam, et eandem rem sub uno, et eodem titulo, coram tamen duobus, vel diversis Judicibus prosecutus fuerit; duplex via nominatur.

§ 3. Secundo vero, quando quispiam alterum super Jure Quartalitio, vel Dotalitio, aut Impignoratitio, vel alio etiam quovis negotio expeditum, et absolutum reddit, atque committit; et tandem ratione ejusdem negotii, ipsum absolutum, aut ejusdem haeredes, et successores, rursus in litem attrahit: Vel forsitan eo decedente, filii, aut alii legitimi sui successores attrahunt. Mox, ubi super ea re probabile, sufficiensque documentum produci poterit, talis Calumniae poenam incurrit.

§ 4. Tertio autem, quando una causa processu Juris terminatur, et secundario absque gratia Principis, et collatione novi Judicii, iterum resuscitatur, tunc factum Calumniae statim committitur.

§ 5. Cujus vigore, principalis causa, hoc est: res illa, quae prosequebatur, sive sit Castrum, vel Oppidum, aut aliud Jus possessionarium, sive pecuniarum summa, sive Dotalitium, aut Quartalitium; in perpetuum amittitur eo facto. Et insuper Calumniator ille, in quinquaginta Marcis Homagialibus, ducentos florenos auri facientibus, in duabus Judici, in tertia vero partibus in causam attracto solvendis, convincitur, et aggravatur, ipso pariter facto.

§ 36. Der Falschschwur und Eidbruch.

Insofern durch den Meineid nicht ein Hochverrath begangen wurde, gehörten alle übrigen Fälle der transgressiones liciti juramenti und des mendacium juramento firmatum (hitszegés) auf dies Gebiet und man bezog später auch das Verbrechen des Ehebruchs und der malitiosa desertio hieher[1]), da man den eigentlichen Grund der Straffälligkeit im Eidbruche erkannte und die besagte Handlung als Civildelict der Privatanklage überließ.

Die wichtigste Gesetzesbestimmung ist in Trip. II. 30. Titel enthalten, (hier nachzulesen Seite 269), womit noch § 86. der Tabular-Instruction (hier Seite 42—43) zu verbinden ist.

Localstatute haben auch dies Rechtsinstitut, ziemlich kraftlos, weiter ausgebildet. — (Siehe „Rechtsdenkmäler").

Die Kirche ihrerseits hat zu verschiedner Zeit in ungleicher Weise die Kirchenzucht ausgeübt.

Der Einfluß des fremden Kaiserrechts in vielfacher Beziehung von maßgebender Nachahmung.

§ 37. Die Beschimpfung.

Aehnliches wie über die frühern Vergehn gesagt wurde, muß auch hier wiederholt und besonders auf die verschiedne Behandlung nach Praxis, Localstatuten und sächsischem Rechte[2]) hingewiesen werden.

Hervorzuheben sind:

1) Tripartitum II. Theil, 23. Titel:

De poena ejus, qui mortuum vel puerum evocaverit: Aut Nobilem statuendum commiserit.

Hoc quoque non praetermittendum; quod, si quispiam litigantium Nobilem quempiam jam praemortuum, et ab hac luce decessum, contra se evocari fecerit; vel etiam familiares aliquorum Dominorum Praelatorum, aut Baronum, vel Regni Nobilium, possessionatos et titulo verae Nobilitatis fungentes, tempore Evocationis, Domino suo statui commiserit; vel etiam aliter statui facere procuraverit; aut aliquem puerum illegitimae aetatis, ratione actuum potentiariorum contra se evocaverit; tunc talis Actor, et contra ipsum

---

[1]) Vergl. übrigens Trip. I. tit. 105. (Die Ehebrecherin verliert das dotalitium). Siehe noch Compil. Const. I. 1. 8. (hier Seite 268).

[2]) Nachzulesen „Gesetzestext" Seite 222 und 324, woselbst die Strafgebühr nach Stat. IV. 5. § 2. so getheilt werden soll, daß ein Zweitheil dem Richter, das Drittheil aber dem beleidigten und geschmähten Gegentheil gebühren soll.

Weitees bezüglich der Gerichtsbarkeit siehe hier Seite 165—166.

Als Straffälle vergl. auch die Beispiele, hier Seite 141 (XVIII. und XIX.); die Rechtspflege nach Zeit, Personen und Umständen vielfach in Wechsel und Umbildung begriffen, der Angemessenheit nach verschieden.

Nobilem praemortuum; et pierum illegitimae aetatis, atque singulos hujusmodi familiares Nobiles, in singulis quinquaginta Marcis Homagialibus (si exceptionem, et objectionem adversus Actorem supra ea re fecerint) convincetur, et condemnabitur eo facto.

§ 1. Nobiles enim evocari, et non statui debent.

§ 2. Ad solos autem rusticos, vel rurales, et Jobagionalis conditionis homines, atque familiares ignobiles, attinet Statutio: Quos proprii Domini ipsorum terrestres, et non Officiales, statuere, ac in praesentiam Judicis sistere tenentur.

2) Tripart. II. Theil 36. Titel:

De poena ejus, qui alterum ignobilem, vel infamem dixerit. Et de diversis exitibus Juramentorum.

Item, si quispiam adversus conjuratores, vel alterum illorum, exceptiones in quatuor praemissis casibus fecerit; quod conjurator ipse, aut verus non esset Nobilis, et merae Nobilitatis titulo non fungeretur; aut aliter Infamis, vel Perjurus haberetur; tunc ad declarandam pariter, et verificandam illius Nobilitatem, vel etiam propellendam ejus infamiam, unicus tantummodo terminus Actori praefigi juridicus debet, et assignari.

§ 1. In quo, si ipsum verum esse Nobilem, literali fulcimento; ac honestae conditionis hominem, alio quoque probabili documento poterit comprobare; tunc reus, qui exceptionem fecerat, in Homagio illius conjuratoris, contra quem objecerat ducentos florenos auri faciente, eidem solummodo conjuratori persolvendo, de facto convinci debet, et aggravari.

§ 2. Super quibus, Judex ipse Ordinarius, coram quo ejuscemodi causa tractatur, de bonis, et rebus mobilibus ipsius opponentis; et si necessarium erit, de Juribus ejusdem possessionariis, ubilibet adjacentibus, conjuratori illi, mox, et indilate satisfactionem impendere tenetur.

§ 3. Si vero in comprobatione praemissa succubuerit; tunc opponens ipse causam illam pro se obtentam habebit.

§ 4. Ita; ut si in causam attractus fuerat; caput suum eliberabit, et se ab impetitione Actoris salvabit. Si autem Actor erat; reum, bonorum illorum, literas, quas occultavit, et non restituit, expeditorem (ut immediate praedeclaratum est) perpetuo habebit. Vel si praetextu metarum causa ventilabatur; terram litigiosam in sempiternum pro se vendicabit. Si vero in probatione genealogiae succubuerit; Jura possessionaria, pro quibus agebatur, amittit, et e converso.

§ 5. In Caeteris vero casibus, si Actor in Juramentali sua depositione succubuerit: actionem, et acquisitionem suam amittit. Si vero reus defecerit; tunc in actione, et acquisitione contra se per Actorem proposita convincetur, et per Judicem sententia contra eum proferetur eo facto.

3) Tripart. II. Theil 73. Titel:

De Emenda Linguae: et de poena ejusdem.

Emenda autem linguae, viginti quinque Marcis, centum florenos auri facientibus compensatur:

§ 1. Quae propter injustam, falsamque querimoniam, Regiae Majestati, aut caeteris Judicibus Ordinariis porrectam: et saepenumero ob turpia, inhonestaque verba contra quempiam bonae famae, et honestae conditionis hominem prolata; per Judices imponitur.

Digitized by Google

§ 2. Verumtamen actio principalis, ratione cujus causa ipsa mota fuit, ob injustam hujusmodi querelam, et expositionem, perpetuo non amittitur: Sicuti per Calumniae factum (prout immediate praetactum est) in perpetuum amitti intelligitur.

§ 3. Sed condescensa ipsa causa, et poena praenarrata; in duabus Judicii, in tertia autem partibus, causanti, vel homini laeso, deposita, atque persoluta: poterit Actor (si voluerit) eam justo, debitoque modo, de novo suscitare[1]).

§ 38. Die Gefangenhaltung.

Ein ſtrafbares Civildelict begeht derjenige, welcher einen Andern widerrechtlich der perſönlichen Freiheit durch Gefangenhaltung beraubt.

Iſt dieſer Verletzte ein Edelmann, ſo kann die Handlung als zur Nota gehöriger Potenzfall auf das ſtrengſte beſtraft werden. (Nachzuleſen hier II. Bd. zweite Auflage Seite 52 ſammt Note 1.).

Hier ſind nur zwei Geſetzesſtellen beſonders merkwürdig:

1) Approb. Const III. 11. 1—3.:

Arestálásokról.

Articulus I. A' Nemesi szabadságnak egyik és kiváltképen való része áll abban, hogy törvény útja kivül Nemes ember, se Fejedelmektöl, se semmi egyéb rendektöl, se személyében, se egyéb javaiban ne arestáltassék: ezután-is annak-okáért azon Nemesi szép szabadság, a' Decretum tartása szerént illaese meg-tartassék, és semmi helyeken semmi instantiákra, vádolásokra, parantsolatokra, Nemes személy annál inkább, de javai-is ne arestáltassanak törvény útja kivül; úgy-hogy, ha ki személyében Nemes embert meg-fogna, vagy fogtatna, mind a' meg-fogó, 's mind a' meg-fogtató a' Decretumban írott poenába incurráljon. Jobbágyoknak, 's egyéb akármi rendbéli ez Országban residentiás embereknek magoknak, vagy egyéb javoknak arestalásáért pedig 200 forint büntetésen maradjon, mellynek keresetiben és büntetésében illyen mód tartassék közönségesen minden rendek között, hogy a' Nemes ember személyében való meg-tartásáért szabados légyen a' meg-tartató és a' meg-tartó személyeket, ha a' Vármegyéken avagy Székes hellyeken, vagy pedig Táblán törvénnyel akarja keresni: egyéb rendbélieknek törvénytelen meg-tartásokért pedig, ha a' meg-bántódott fél úgy akarja, legitimum mandatum mellett; de azon kivül-is a' panaszló félnek requisitiojára a' Vármegyéknek és Székeknek-is fö Tisztei Executorokat tartozzanak ki-botsátani, jól végére menvén mindazáltal mind két részrõl a' dolognak, és mind az arestáló, mind pedig az arestáltató személyeken két-két száz forintot exequáltathassanak, mellyeknek hason-fele a' panaszló félé, hason-fele pedig az executiora ki-botsáttatott fö Tiszteké légyen az Executorokkal együtt; ha pedig az Executorokon múlnék-el a' dolog kedvezésböl, vagy egyéb helytelen okból; a' panaszló fél reportálván, a' Szék színén revideálják

[1]) Vergl. noch Mathias 6. Decret V. 54. und Uladislaus II. 1. Decret V. 70. u. a.

Von den Seflerconſtitutionen, beſonders 32 : 1555 (hier II. Bd. zweite Auflage, Seite 166).

mindjárt, és ha úgy tapasztaltatik, hogy az Executorok akaratjok szerént tették a' fogyatkozást, a' Szék azon Tisztekre küldjön Executorokat, és minden törvény-folyás 's törvénybéli remediumok kivül, mint az arestáló és arestáltató személyeken, úgy a' fogyatkozást-tévö Tiszteken tétessenek executiót. Ha Nemes ember kezénél gonoszúl el-veszett marha találtatik, nem maga, hanem a' marha arestáltassék, ad competentem terminum, 's tartozzék compareálni, és el-igazitani magáról.

Articulus II. A' Fellyebb meg-írt dologban szükségesképen kell lenni meg-külömböztetésnek.

Ide nem értetnek azért az olly' Articularis vagy Decretalis casusok, mellyekben a' Nemes személyek-is meg-fogattathatnak.

Másodszor, a' bizonyos residentia nélkül való, violentiákat patrálo Nemes emberek, kik az 1625. esztendöbéli Articulusok szerént ad instantiam laesae partis detináltathatnak, és törvényig kezesség alá vettethetnek. —

Harmadszor, ki-rekesztetnek azok-is, kik magokat ki-rekesztették a' Nemesi szabadságból, és valamelly végezéseknek, vagy kötelezéseknek alkalmatosságával Nemesi szabadságokat le-kötötték; kik ellen a' magok kötelezése szerént proceedálhatnak.

Negyedszer, a' kezesség állapotja-is ki-vétetik, holott abban-is kinek-kinek írott törvénye a' maga kötése, tsak-hogy az ollyanokban-is fél peresnek ítélet ne tétessék, és jól meg-visgáltassék a' kezeseknek-is mentségek, a' kezes leveleknek legitime, emanáltatások, és hogy Földes Uroknak praejudiciumokkal a' Jobbágy maga díján feljebb való büntetéssel ne terheltessék, se annak alkalmatosságával személye el-ne idegenítessék.

A' czirkálásban ki-adatott, avagy egyéb-iránt legitime meg-sententziátatott latrokat-is szabad arestálni.

Articulus III. Történhetik néha olly' dolog-is, hogy a' meg-tartásra való személy ismeretlen lévén, nem-hogy Nemessége, vagy valami bizonyos residentiája, de söt személye-is a' Tiszteknek esméretségében nintsen: és ha az ollyanak történik-is meg-tartóztatása, de méltán a' Tisztek érette nem büntetödhetnek: a' meg-tartóztató személynek mindazonáltal tudni kell, mitsoda rendbéli emberrel légyen igye, mihelyen azért a' Tisztek elött tsak két bizonyságok által comperiáltatik, mitsoda rendbéli ember légyen, eo facto a' fellyebb meg-írt törvényekhez alkalmaztatni magokat tartozzanak, egyéb-iránt azon büntetések alá esnek.

A' fellyebb meg-írt casusókban való arestálásért pedig, a' Birák és Tisztek, törvényre ne idéztessenek.

2) Compil. Const. IV. 16. 1. („Arestumról" siehe hier Seite 103 in der Note „ungarisches Proceßrecht").

Anmerkung. Im Privatrechte wird bei Erörterung der adligen Freiheiten erwähnt, daß in Ausnahmsfällen — (bei Criminalverbrechen, in Ertappung frischer That, Münzverfälschung, Lagerflüchtigkeit, bei solchen Edelleuten, welche ohne festen Wohnsitz zugleich unbegütert sind und verfolgt werden u. s. w.) — daß das adlige Vorrecht der persönlichen Freiheit und Unantastbarkeit der Güter seine Rechtsgültigkeit verliere und die Gefangensetzung stattfinden dürfe.

§ 39. Der Bruderverrath.

Dies Delict der proditio fraterni sanguinis (vérárulás) findet ſtatt in den Fällen von Trip. I. tit. 38. und 39. Der erſte lautet:

Unde proveniat proditio Fraterni sanguinis?

Ubi autem alio ex latere facta, et praehabita hujusmodi juramentali depositione, praetactis literis originalibus impetrator ipse si per se vel procuratorem suum usus fuerit, vel etiam aliter illas occultasse, et contra contenta earundem literarum Jura ipsa possessionaria, praemisso novae Donationis titulo, male, et in praejudicium Jurium fraternorum, vel etiam foemineorum pro se impetrasse, et nomina eorum, quos bona illa rite concernere dignoscebantur, de literis Donationalibus emisisse, per hocque de iisdem bonis fratres, aut sorores perperam exhaeredare voluisse, sufficienti, et evidenti documento poterit declarari, atque comprobari: tunc talis in poena perjurii, ac proditionis fraterni sanguinis merito debebit condemnari.

§ 1. Conjuratores nihilominus ejus in fidefragio, poenaque similiter perjurii omnes convincentur eo facto.

§ 2. Ubi autem juramentum non praecesserit, sed exhaereditationis solummodo causa declarata fuerit; poena perjurii sublata erit, et proditio duntaxat ipsa fraterni sanguinis locum habebit.

Der Titel 39. iſt hier (II. Bd. 2. Auflage Seite 32 bis 33) mitgetheilt und daſelbſt nachzuleſen.

§ 40. Verſäumniß öffentlicher Verpflichtungen und Mißbrauch der grundherrſchaftlichen Gewalt.

Die ſtrafbaren Handlungen dieſer beiden Arten umfaßen ein ſehr weites Gebiet. Auch hier haben die Geſetze gleichſam nur zufällig Einzelnes ohne weitern Zuſammenhang hervorgehoben, ſind mangelhaft und unzuverläßig. — Als wichtig ſind folgende Stellen von belangreicher Anwendung geweſen.

1) Tripartitum II. 28:

Qualiter sint examinandi testes in Communi Inquisitione? Et de poena eorum, qui vocati ad testificandum, venire recusant.

Necessarium itaque est, quemlibet testium, antequam fateatur, super eo Juramentum deponere: Quod ipse omni timore, odio, favore, amore, et praemio litigantium remoto, ac postposito, veritatem non celabit, falsitatem non justificabit, justiciam non falsificabit: Sed prout res illa, de qua examinabitur, sibi nota est, vel constat; juste declarabit.

§ 1. Et ne quispiam ejuscemodi attestatione, dicendaque veritate, favore forsitan partis alterius allectus, vel munere corruptus, sive metu perculsus, aut odio interno tactus, se abstrahere, et occultare possit; tum vigore Generalis Decreti nostri, tum vero Consuetudine antiqua, et longo tempore observari solita dictante; Comes, aut Vice-Comes Parochialis illius Comitatus, ubi Communis ipsa Inquisitio celebratur, et peragitur, per literas Judicis Ordinarii adjudicatorias; vel etiam alias super ea re duntaxat praeceptorie emanandas: requisitus, quoslibet Nobiles ejusdem Comitatus, sub onere se-

decim Marcarum gravis ponderis, quamlibet Marcam per quatuor florenos vel quadringentos Denarios computando; per eundem Comitem, vel Vice-Comitem super eos, qui admoniti, ac requisiti attestationi hujusmodi interesse inibique testimonium veritati perhibere recussaverint, immediate et irremissibiliter exigendarum, ad ipsam eandem attestationem, et Communem Inquisitionem peragendam, convocandi, aggregandique plenariam habet potestatis facultatem.

2) Approb. Const. IV. tit. 9:

Legitimum Mandatumokról és Sententiákról.

Articulus I. A' Legitimum Mandatumokra, és legitime emanált Sententiákra, az Executorok ki-menni tartozzanak, annak módja és rendi szerént, meg-adván az ő szokott jutalmokat; és legitima executiókat peragálni el-ne mülassák, se a' Causansoknak periclitatiojára, nagy károkra ne procrastinálják; egyéb-iránt ha Fiscalis a' dolog, a' Director; ha pedig más rendbéli személyé, maga az Exponens az ollyan Executorokat evocaltassák, és a' Diaeta alatt való Táblán, avagy Octavalis Terminuson prosequalván, collateralis attestatiok mellett-is, ha egyéb-iránt legitime recipiáltattanak, revidealtassék a' causa, és legitime convincáltatván az ollyan contumax Executor, ha méltó mentsége nem lészen, tisztitöl-is privaltassék, 's azon fellyül fl. 200. büntettessék: Melly perben hogy-ha a' Director agal, a' poena a' Fiscusé, avagy a' Tábla Bíráié, mellynek két része a' Bíráké a' Fiscus collatiójából.

Hogy-ha pedig a' Peres olly' együgyü, és a' keresetre elégtelen vólna; annak instantiájára a' Director-is a' fellyül meg-írt mód szerént competens Actor lehessen.

Hasonlóképen a' kik a' Legitimum Mandatumoknak nem obtemperalnak, avagy annak legitimum remedium nélkül resistalnának, az ollyanok ellen a' Director, avagy privatus ember-is procedáljon, az eddig való usus szerént, és az Executorokat vívén ki, a' poenat, az az, fl. 200. exequaltassanak rajtok, mellyet ha ki legitimo remedio obvialná, in foro competenti, appellationeque non admissa büntetödjék törvény szerént, mellyböl-is mind a' Fiscusnak, mind pedig a' peresnek avagy a' Bíráknak-is szokott részek ki-adassék.

Ellenben a' kik illegitimum Mandatumót extrahalnak-is, és élnek véle, a' mint fellyebb vagyon írva az Executorok felöl, azon mód szerént és azon poenán convincáltassanak. A' kik másokat méltatlan evocalnának, azok-is hasonlóképen.

E' keresésnek és büntetésnek módja indifferenter observáltassék az Országban minden Statusok között [1]).

3) Approb. Const. V. ed. 27. „Ingyen gazdálkodásról" (Siehe hier Seite 302).

4) Compil. Const. IV. 4.:

Mandatumokról.

Articulus I. Noha a' Nagyságod Méltóságos neve alatt emanáltatott Compulsorium Mandatumok mindenekre in genere sonálnak, kik

[1]) Vergl. damit hier im III. Bd. im § 45 des ungarischen Proceßrechts Seite 101 die 5. Note (A. C. IV. 4. 1).

ez Hazában laknak; mindazáltal a' Szász Atyánkfiai az Exponenstöl denominaltatott napra, és helyre ki-menni nem akarnak; hanem a' magok Székes helyekre kivánták mindenkor hogy az Exponens fáradjon, ott-is pedig magok emberi előtt akarták a' fassiokat recipiáltatni; Concludáltatott azért a' Nagyságod bölts tetszéséből, hogy az eddig való usus tartassék-meg annyiban, hogy Polgár lehessen a' Cancellaristák vagy egyéb legitimus Regiusok mellett tempore attestationis; illyen qualificatióval mindazáltal, hogy mind a' Fejedelmi méltóság a' Compulsoriumnak authoritássa mellett, mind az interessatus más Statusbéli rendek meg-ne bántódjanak; Annak-okáért a' Regiusok ne tartozzanak divertálni, hanem recta mehessenek oda, az hol inquirálni akarnak a' Fundus Regiuson; a' falusi Bíráknak incumbáljon az, ha tudósitják-é a' Tiszteket nem-é: és ha a' Székes helyekből küldenek Polgárt, amittálják magok mellé a' Regiusok azon Polgárt-is; nihilominus ugyan nem a' Polgárok nevek alatt peragáltassék és expediáltassék az Inquisitio. Ha mikor pedig a' Fundus Regiusokon kivül való helyre akarnák ki-vinni Attestatiora, azzal ne tartozzanak; excipiáltatván, ha határ igazitása, vagy valamelly olly casus interveniálna, mellyben ad faciem loci kivántatnék menniek; ebben-is a' fellyebb meg-irt modalitas observáltassék.

Articulus II. Mivel némellyek szokásba vették, hogy Nagyságodat büsitván, igaz ügy ellen sinistra expositiokkal illegitimum Mandatumokat extraháltak 's extrahálnak, ki miatt meg-gátoltatnak, dolgokban; végeztetett Nagyságod Kegyelmes resolutiója szerént, hogy valakik ollyanoknak comperialtatnak lenni, eo facto 200. forint poenaba incurráljanak mind egyig: kiket ne-is kellessék via juris prosequálni; hanem comperta rei veritate mox et defacto exclusis omnibus juridicis remediis, vigore praesentis Articuli exeqnáltassék rajtok irremissibiliter: a' Cancellaristák közzül pediglen valakik afféle illegitimum Mandatnmokat tudva akárki expositiójára-is irnának, avagy tsak supplicatio irás által törvénytelen dolgokban büsitanák-is Nagyságodat, in amissione bonorum et officii convincáltassanak.

Betreffs der zweiten Art von Vergehn sind außer den Mittheilungen im „Privatrechte" (II. Bd. zweite Aufl., Seite 90, Punkt VII.) hier noch hervorzuheben:

1) Tripart. III. tit. 26. § 1—2:

De modo, et ordine impensionis Judicii, ex parte Jobagionum fiendae.

In primis igitur de modo, et ordine impensionis ejusmodi Judiciorum dicendum est.

§ 1. Ubi quaeritur; utrum Dominus terrestris, sive temporalis, per querulantem simpliciter requisitus, teneatur ex parte Jobagionum suorum defacto Judicium, et Justitiam impendere? Et si impendere recusaverit; an propterea onus aliquod Juridicorum gravaminum incurrat? Et, an possit postea (citatione contra ipsum super ea re facta, ut Jobagiones suos coram Comite, et Judicibus Nobilium statuat) ex parte eorundem Jobagionum suorum Judicii impensionem promittere; vel solus Comes Parochialis cum Judicibus Nobilium ex parte illorum, Judicium jam impendere teneatur?

§ 2. Dicendum; quod licet Divino, et humano quoque Jure, ac communi de Lege, quilibet Dominus terrestris, ex parte quorumlibet Jobagionum, et Rusticorum, ac etiam Familiarium suorum Ignobilium, cuilibet queru-

lanti, et laeso, aut damnificato homini, ad simplicem duntaxat requisitionem, et querimoniam, mox Judicium, et Justitiam facere, ac administrare teneatur; antequam tamen Juridice, hoc est: per Evocationem, vel Citationem ad hujusmodi Judicii, et Justitiae impensionem requisitus, et admonitus non fuerit (si etiam facere, et impendere neglexerit) nulli propterea poena subjacebit: Eo, quod poena ob contemptum, et transgressionem Judiciariae Commissionis, in causarum processibus subsequi, et imponi consuevit.

2) Approb. Const. III. 30:

Jobágyokról.

Articulus I. Istennek és Országnak törvényével nem ellenkezö módok szerént férjhez-menö Aszszonyi-állatokat és leányzokat a' Földes Urok meg-ne akadályoztassanak, sub poena fl. 100. kik-is nem lopva menjenek férjhez, hanem a' közönséges bé-vett szokás szerént; ha pedig találtatnának, kik affélét titkon vagy szöktetve tselekednének, azon poenába incurráljanak. Mindazáltal a' meg-hólt Jobbágynak ingó javaiban az Özvegy-Aszszonyok tsak harmadosok lévén, két része a' Földes Urájé: fiú-gyermek Jobbágyokat-is az Ura nem tartozik el-botsátani, hanem-ha olly' assecuratio alatt, kivel contentus akar lenni: A' leányokkal-is pedig köntösökön kivül, Urok engedelme nélkül egyéb bonumokat nem adhatnak; az ingatlan jók pedig tellyességgel Földes Uroké, excipiáltatván ez iránt a' privilegiált helyek, és usu corroboráltatott consvetudo.

3) Approb. Const. IV. 1. 28. (Siehe hier Seite 311). u. a. m.

Die nähern Beſtimmungen erfolgten durch Sonderſatzungen in Municipal- und Local-Conſtitutionen. (Siehe die „Ungariſchen Rechtsdenkmäler").

Anhang

Die wichtigsten Gesetzartikel vom Jahre 1848.

Die wichtigsten Gesetzartikel vom Jahre 1848.

I. Aus den ungarländischen Gesetzartikeln 1847/8.

III. Gesetzartikel.

Von der Bildung des ungarischen unabhängigen verantwortlichen Ministeriums.

§ 1. Die Person Sr. Majestät des Königs ist heilig und unverletzlich.

§ 2. In Abwesenheit Sr. Majestät vom Lande, übt der Palatin und kön. Statthalter im Lande und den einverleibten Theilen mit Aufrechthaltung der Einheit der Krone und des Monarchieverbandes die vollziehende Gewalt im gesetzlichen, konstitutionellen Wege mit voller Macht aus, und in diesem Falle ist die Person des jetzigen Palatins, Sr. k. k. Hoheit des Erzherzogs Stefan gleichfalls unverletzlich.

§ 3. Die vollziehende Gewalt übt Sr. Majestät der König und in dessen Abwesenheit der Palatin und königl. Statthalter im Sinne der Gesetze durch das ung. unabhängige Ministerium aus, und alle ihre Verordnungen, Befehle, Entscheidungen und Ernennungen sind nur dann giltig, wenn sie auch durch einen der in Ofen-Pest residirenden Minister unterzeichnet werden.

§ 4. Jedes einzelne Mitglied des Ministeriums ist für jede seiner Amtshandlungen verantwortlich.

§ 5. Der Sitz des Ministeriums ist Ofen-Pest.

§ 6. In allen jenen Gegenständen, welche bisher in den Wirkungskreis der königl. ung. Hofkanzlei, der k. Statthalterei und der k. Hofkammer mit Inbegriff des Bergwesens gehörten, oder gehören sollten; wie auch überhaupt in allen Zivil-, Kirchlichen-, Aerarial-, Militär- und überhaupt allen Angelegenheiten der Landesvertheidigung wird von nun an Se. Majestat die vollziehende Gewalt ausschließlich nur durch das ung. Ministerium ausüben.

§ 7. Die Ernennung der Erzbischöfe, Bischöfe, Pröbste, Aebte und Würdenträger des Landes, die Ausübung des Begnadigungsrechtes, und die Verleihung des Adels, der Titel und Orden steht bei Gegenzeichnung des betreffenden ung. verantwortlichen Ministers nur Sr. Majestät zu.

§ 8. Die Verwendung des ung. Heeres außerhalb der Grenzen des Landes, nicht minder die Ernennung zu den militärischen Amtsstellen, wird gleichfalls Se. Majestät bei Gegenzeichnung des im Sinne des § 13. beständig um Ihre kön. Person befindlichen verantwortlichen ungarischen Ministers bestimmen.

§ 9. Jene Gegenstände, welche durch die im § 6. erwähnten Behörden Sr. Majestät wegen Endentscheidung unterbreitet werden, sind mit Ausnahme der

im § 7. und 8. erwähnten, in Abwesenheit Sr. Majestät vom Lande, im Wege des Ministeriums zur Entscheidung dem Palatin und k. Statthalter vorzulegen.

§ 10. Das Ministerium besteht aus einem Präsidenten und wenn dieser selbst kein Portefeuille übernimmt außer ihm aus noch acht Ministern.

§ 11. Den Minister-Präsidenten ernennt in Abwesenheit Sr. Majestät vom Lande, mit Genehmigung Sr. Majestät der Palatin und k. Statthalter.

§ 12. Die übrigen Minister bringt der Präsident zur allerhöchsten Bestätigung in Vorschlag.

§ 13. Einer der Minister wird beständig um die Person Sr. Majestät sein und auf alle Verhältnisse, welche das Vaterland und die Erbländer gemeinschaftlich betreffen, seinen Einfluß ausübend, das Land unter Verantwortlichkeit vertreten.

§ 14. Das Ministerium wird außer dem Mitgliede, welches um die Person Sr. Majestät sein, und über die im § 13. erwähnten Angelegenheiten wachen wird, folgende Abtheilungen haben:

a) die innern Angelegenheiten,
b) die Landesfinanzen,
c) die öffentlichen Arbeiten, Kommunikationsmittel und die Schifffahrt,
d) Landbau, Gewerbe und Handel,
e) Kultus- und öffentlichen Unterricht,
f) Rechtspflege und Begnadigung, und
g) die Landesvertheidigung.

§ 15. An der Spitze jeder Abtheilung, so wie des dazu gehörigen unter einem Sektionschef stehenden Amtspersonals steht ein besonderer Minister.

§ 16. Die innere Geschäftsführung wird das Ministerium selbst bestimmen.

§ 17. In den Rathssitzungen des Gesammt-Ministeriums präsidirt, wenn Se. Majestät oder der Palatin und k. Statthalter nicht anwesend ist — der Minister-Präsident, der den Ministerrath, so oft er es für nothwendig erachtet, zusammen rufen kann.

§ 18. Jeder Minister ist für die Verordnung, welche er unterzeichnet, verantwortlich.

§ 19. Zur Konferenz über die allgemeinen Angelegenheiten des Landes wird unter dem Präsidium Sr. Majestät, oder des Palatins und kön. Statthalters, oder des Minister-Präsidenten in Ofen-Pest ein Staatsrath errichtet, welcher am nächsten Landtage definitiv organisirt wird.

§ 20. Dem um die Person Sr. Majestät befindlichen Minister werden mit dem erforderlichen Amtspersonale zwei Staatsräthe zugetheilt, welche derzeit aus den Referendären der ung. Hofkanzlei über Vorschlag des betreffenden Ministers ernannt werden.

§ 21. Die im § 7. erwähnten und ausschließlich Sr. Majestät vorbehaltenen Gegenstände wird der Seiner Person zugetheilte verantwortliche ung. Minister mit den ihm beigegebenen Staatsräthen sammt Personale handhaben.

§ 22. Die übrigen Referendäre der kön. Hofkanzlei werden in den im § 19. erwähnten Staatsrath versetzt.

§ 23. Die kön. ung. Statthalterei und die kön. Hofkammer werden in die bezüglichen Ministerien — mit Beachtung des auch bei Bildung des Staatsrathes zu berücksichtigenden G. A. 58. von 1791 vertheilt.

§ 24. Die Vorsitzenden der im § 6. beschriebenen Behörden werden in dem im § 19. erwähnten Staatsrathe Platz nehmen und daselbst in Abwesenheit Sr. Majestät, des Palatins und kön. Statthalters, oder der Minister, präsidiren.

§ 25. Alle Beamten und Diener der im § 6. erwähnten Behörden und so nicht nur jene, die eine neuere Anstellung erlangen, sondern, so lange sie nicht anders können verwendet werden, auch diejenigen, welche in den oben erwähnten Minister-Abtheilungen nicht unterbracht werden, beziehen ihren bisherigen ganzen Gehalt.

§ 26. Die bisherige gesetzliche Wirksamkeit aller Gerichtsbehörden des Landes wird auch ferner im vollen Umfange aufrecht erhalten.

§ 27. Die gesetzlichen Gerichte und Gerichtshöfe sind in ihrer gesetzlichen Selbständigkeit und bis auf fernere Verfügung des Gesetzes in ihrer bisherigen Einrichtung zu belassen.

§ 28. Die Minister haben bei jeder Tafel des Landtages Sitz, und sind, wenn sie sich zu äußern wünschen, anzuhören.

§ 29. Die Minister sind verpflichtet, bei jeder Tafel des Landtages auf den Wunsch derselben zu erscheinen und die erforderlichen Aufklärungen zu geben.

§ 30. Die Minister sind verpflichtet ihre ämtlichen Schriften auf Verlangen einer jeden Tafel des Landtages, der Tafel selbst, oder dem durch sie ernannten Ausschuße, zur Untersuchung vorzulegen.

§ 31. Die Minister haben auf dem Landtage nur in dem Falle Stimme, wenn sie laut Gesetz Mitglieder der Magnatentafel sind oder als Deputirte der Ständetafel gewählt werden.

§ 32. Die Minister können zur Verantwortlichkeit gezogen werden:

a) für jede Handlung oder Verordnung, welche die Unabhängigkeit des Landes, die Garantie der Verfassung, die Anordnung der bestehenden Gesetze, die individuelle Freiheit, oder die Heiligkeit des Eigenthums verletzt und durch sie in amtlicher Stellung begangen, oder beziehungsweise erlassen wird.

b) für die Veruntreuung oder gesetzwidrige Verwendung der ihnen anvertrauten Gelder und sonstigen Werthsachen.

c) wegen Versäumnisse in Vollziehung der Gesetze, oder in Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, in so fern diesen durch die ihnen gesetzmäßig zu Gebote stehenden Mittel hätte vorgebeugt werden können.

§ 33. Auf Versetzung eines Ministers in Anklagestand erkennt die absolute Stimmenmehrheit der Ständetafel.

§ 34. Das Richteramt wird ein von der oberen Tafel aus ihren eigenen Mitgliedern durch geheime Abstimmung zu wählendes Gericht im Wege öffentlichen Verfahrens ausüben, und die Strafe im Verhältnisse mit der Schuld bestimmen.

Gewählt werden zusammen 36 Mitglieder, von denen 12, die durch die untere Tafel zur Anstrengung der Anklage entsendeten Kommissäre, — 12 aber

die unter Anklage geſtellten Miniſter zurückweiſen können. Das ſo gebildete und aus 12 Perſonen beſtehende Gericht wird über ſie das Urtheil ſprechen.

§ 35. Ueber den verurtheilten Miniſter kann das kön. Begnadigungsrecht nur im Falle einer allgemeinen Amneſtie ausgeübt werden.

§ 36. Hinſichtlich der außeramtlich begangenen ſonſtigen ſtrafbaren Handlungen unterſtehen die Miniſter dem allgemeinen Geſetze.

§ 37. Das Miniſterium iſt den Ausweis über die Einkünfte und Bedürfniſſe des Landes, und für die Vergangenheit, Rechnung über die durch dasſelbe verwalteten Staatseinkünfte, zur landtäglichen Prüfung, und beziehungsweiſe Genehmigung, alljährlich der unteren Tafel vorzulegen verpflichtet.

§ 38. Den Amtsgehalt des Miniſteriums wird bis auf weitere Verfügung der Geſetzgebung der Palatin und kön. Statthalter beſtimmen.

IV. Geſetzartikel.

Von den jährlichen Landtagsſitzungen.

§ 1. Da der Landtag künftighin jährlich, und zwar in Peſt ſeine Sitzungen halten wird: ſo wird Se. Majeſtät die Landesſtände zu dieſen Jahresſitzungen alljährlich, und inſofern es die Umſtände erlauben für die Wintermonate einberufen.

§ 2. Die zu gebenden Geſetze können künftighin auch im Verlaufe der jährlichen Sitzung von Sr. Majeſtät ſanktionirt werden.

§ 3. Die Deputirten werden auf einen drei Jahr lang dauernden Landtag und für alle drei jährlichen Sitzungen desſelben gewählt.

§ 4. Vom Jahre 1848 an finden nach Verlauf jedes dritten Jahres, innerhalb 6 Wochen vor Eröffnung der nächſten jährlichen Sitzung des neuen Landtages, im ganzen Lande neue Deputirten-Wahlen ſtatt, wobei auch diejenigen, welche mittlerweile erwählt wurden, nur durch eine neue Wahl ihre Deputirten-Stellen und zwar ebenfalls auf drei Jahresſitzungen beibehalten können.

§ 5. Se. Majeſtät hat das Recht, die verſammelte jährliche Sitzung zu verlängern und zu ſchließen; ja ſogar den Landtag auch vor Verlauf der 3 Jahre aufzulöſen, dann aber eine neue Deputirtenwahl anzuordnen, doch verfügt Dieſelbe in dieſem letzten Falle über die Einberufung des neuen Landtages ſo, daß dieſer innerhalb dreier Monate nach der Auflöſung des erſten wieder zuſammentrete.

§ 6. Es kann weder die jährliche Sitzung geſchloſſen, noch ein Landtag aufgelöſt werden, bevor die Rechnungen des letzten, und das Budget des nächſten Jahres durch das Miniſterium vorgelegt und über dieſe die betreffenden Beſchlüße gefaßt werden.

§ 7. Einen Präſidenten und einen Vicepräſidenten für die Magnatentafel wird Se. Majeſtät aus den Mitgliedern derſelben ernennen; ihre Sekretäre erwählt ſich dieſe Tafel ebenfalls aus ihren eigenen Mitgliedern im Wege geheimer Abſtimmung.

§ 8. Da die königl. Tafel ein integrirender Theil der Repräſentantentafel hiemit zu ſein aufhört, ſo wählt ſich dieſe aus der Reihe ihrer Glieder mittelſt geheimer Abſtimmung einen Präſidenten und zwei Vicepräſidenten und Sekretäre.

Die Präsidenten der beiden Tafeln werden auf die ganze Dauer des Landtages erwählt; die übrigen Tafelbeamten aber alljährlich in der ersten Sitzung gewählt, beziehungsweise ernannt; — in dieser Sitzung wird das älteste Glied der Tafel präsidiren.

§ 9. Der Präsident der Magnaten-, sowie auch jener der unteren Tafel, bezieht aus der Landeskassa einen Gehalt, welcher in der ersten Jahressitzung des nächsten Landtages bestimmt wird.

§ 10. Die Sitzungen der beiden Tafeln werden auch künftighin öffentlich sein. Hinsichtlich der erforderlichen Ruhe, Ordnung und wegen des Stillverhaltens der Zuhörer wird jede der Tafeln Maßregeln treffen und deren Vollzug durch den Präsidenten mit Strenge handhaben lassen.

§ 11. In dieser Beziehung wird schon jetzt verordnet, daß die Zuhörerschaft die Berathungen auf keine Weise stören darf.

§ 12. Wenn ein einzelner Zuhörer oder die Zuhörerschaft die Berathung stört, und die einmalige Ermahnung des Präsidenten erfolglos bleibt, kann derselbe, zum zweiten Male sich auf dieses Gesetz berufend, den einzelnen Zuhörer oder beziehungsweise die ganze Zuhörerschaft hinausweisen und deren Plätze sperren lassen.

§ 13. Wenn dieses geschehen, wird die Berathung entweder am selben Tage, oder später, laut dem Beschluße der Mehrzahl, aber immer öffentlich fortgesetzt werden.

§ 14. Die Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe wird durch Saalkommissäre, erforderlichen Falles mit Zuziehung der Nationalgarde bewirkt.

§ 15. Außer den in den obigen §§. berührten Maßregeln wird in der nächsten Jahressitzung vor allem jede Tafel für sich Statuten ausarbeiten, in welcher die Art und Ordnung der Berathung und Abstimmung und überhaupt die inneren Angelegenheiten der Tafel bestimmt werden, deren jener Theil aber, die Berathungsordnung im engeren Sinne betreffend, nur am Ende der Jahressitzungen und nur nach beendigter Verhandlung über die Gesetzentwürfe, abgeändert werden kann.

V. Gesetzartikel.

Von der Wahl der Landtags-Deputirten auf Grundlage der Volksvertretung.

Hinsichtlich der Wahl der auf Grundlage der Volksvertretung zu dem noch im Verlaufe dieses Jahres im Sinne des vierten Gesetzartikels in Pest abzuhaltenden Landtage zu entsendenden Deputirten, wird provisorisch Folgendes verordnet:

§ 1. Indem sich der gegenwärtige Landtag nicht berufen fühlen kann, den Genuß der politischen Rechte denjenigen, die bisher in deren Ausübung gewesen, — zu entziehen, so werden alle Diejenigen, die in den Comitaten und freien Distrikten bei der Wahl der Landtags-Deputirten bisher Stimmrecht hatten, in der Ausübung dieses Rechtes auch fernerhin belassen. Außer diesen

§ 2. Sind die eingebornen oder eingebürgerten Bewohner des Landes und der einverleibten Theile, welche wenigstens 20 Jahr alt und unter keiner väterlichen, vormundschaftlichen oder dienstherrlichen Gewalt, noch wegen Treulosigkeit, Betrug,

Raub, Mord, und Brandlegung unter Strafe ſtehen, mit Ausnahme der Frauen, ohne Unterſchied der geſetzlich anerkannten Religionen — Wähler:

a) Die in königl. Freiſtädten, oder in mit geregeltem Magiſtrate verſehenen Gemeinden ein Haus oder Feld im Werthe von 300 fl. C. M., in andern Gemeinden aber eine im Sinne des bisherigen Urbariums ¼ Seſſion, oder ein Beſitzthum gleichen Umfanges als ausſchließliches, oder mit der Gattin, beziehungsweiſe mit ihren minderjährigen Kindern gemeinſchaftliches Eigenthum innehaben.

b) Die als Handwerker, Handelsleute, Fabrikanten anſäßig ſind, wenn ſie eine eigene Werkſtatt, ein Handels-Etabliſſement oder eine Fabrik beſitzen und die, wenn ſie Handwerker ſind, fortwährend mit wenigſtens einem Gehilfen arbeiten.

c) Die, wenn ſie auch in keine der obigen Klaſſen gehören, ein beſtändiges ſicheres jährliches Einkommen von 100 fl. C. M. ihres Grundbeſitzes oder Kapitals ausweiſen können.

d) Ohne Rückſicht auf ihr Einkommen: die Doctoren, Wundärzte, Advocaten, Ingenieure, akademiſche Künſtler, Profeſſoren, die Mitglieder der ung. Gelehrten-Geſellſchaft, Apotheker, Pfarrer, Kapläne, Gemeindenotäre und Schullehrer in demjenigen Wahlbezirke, wo ſie ihren beſtändigen Wohnſitz haben.

e) Solche, die bis jetzt ſtädtiſche Bürger waren, wenn ſie die in den obigen Punkten beſchriebenen Eigenſchaften auch nicht beſitzen.

§ 3. Gewählt werden kann jeder, der Wähler iſt, wenn er ſein 24-tes Jahr erreicht hat, und jener Verordnung des Geſetzes, demnach die legislative Sprache allein die ungariſche iſt, zu entſprechen vermag.

§ 4. Die Eintheilung des Landes in Wahlbezirke behufs der Deputirten-Wahl, bringt auf das Jurisdictionsgebiet und die Selbſtſtändigkeit der Comitate, Diſtrikte und königl. Freiſtädte keine Aenderung hervor.

§ 5. Das Haus der Abgeordneten (Siebenbürgen nicht mit inbegriffen) wird aber aus 377 Deputirten beſtehen, die alle gleiches Stimmrecht haben und auf Grund der auf Einwohnerzahl, Flächenraum und ſtaatswirthſchaftliche Rückſichten fußenden Vertheilung folgendermaßen gewählt werden:

A) Die durch einzelne Gemeinden zu ſendenden Deputirten:

— — — — — — — — — —

B) Aus der Umgebung der Geſpannſchaften, freien Diſtrikte und der Städte gebildete Wahlbezirke; an deren Deputirtenwahl jene Städte, die ſelbſt zur Deputirtenſendung berechtigt ſind, keinen Antheil nehmen:

— — — — — — — — — —

Zuſammen 377 Deputirte.

Siebenbürgen ſendet, wenn es ſich anſchließen will, in Gemäßheit des VII. Geſetzartikels in ſein Gebiet eingetheilte 69 Deputirte.

§ 6. Wegen der Wahl eines jeden Deputirten muß ein beſonderer Wahlbezirk gebildet werden, und jeder Bezirk wählt nur einen Landtagsdeputirten.

— — — — — — — — — — —

§ 21. Der Zentralausschuß versammelt sich nach beendigter Eintragung der Wähler längstens innerhalb einer Woche, und

a) prüft die durch die betreffenden Ausschüße eingereichte Conscribirung, und
b) die im Sinne des § 14. eingereichten Gesuche so wie
c) das Verzeichniß Jener, die er dem überreichten Gesuche zufolge, von der Eintragung auszulassen oder derselben einzureihen beschlossen hat, und legt dieses mit der Unterschrift des Präses und des Schriftführers versehene Verzeichniß jedem Exemplar der Conscription bei.
d) Hält so lange, bis die Zusammenschreibung im Wege der über die eingereichten Gesuche gepflogenen Verhandlungen vollständig rektificirt ist, seine Sitzungen täglich.
e) Behält ein Exemplar der so rektificirten Zusammenschreibungen zur Benützung bei der Wahl, — hinterlegt ein zweites in das Archiv der Behörde, und sendet ein drittes innerhalb 14 Tagen, vom Beginne der Sitzungen gerechnet, dem Ministerium des Innern zu.

§ 22. Der Zentralausschuß läßt über alle Berathungen, mit Aufzeichnung der Namen eines jeden Anwesenden, durch den aus seiner Mitte zu erwählenden Schriftführer ein ordentliches Protokoll führen; legt ein Exemplar desselben in das Archiv, und sendet ein zweites an den Minister des Innern von Zeit zu Zeit ein.

— — — — — — — — — — —

§ 43. Der stimmensammelnde Ausschuß wird über den Verlauf der Wahl ein ordentliches Protokoll führen, und wird dasselbe nach Beendigung der Wahl, der Präses, der Schriftführer und wenigstens zwei Mitglieder des stimmensammelnden Ausschusses in 3 Exemplaren unterfertigen, deren eines sogleich dem erwählten Landtagsdeputirten übergeben, zwei Exemplare aber wegen Aufbewahrung im Archive und beziehungsweise behufs Uebersendung an den Minister des Innern, dem Zentral-Ausschusse überreichen.

§ 44. Das Wahlprotokoll, welches dem erwählten Landtagsdeputirten übergeben wurde, wird demselben statt einer Vollmacht dienen.

— — — — — — — — — — —

§ 56. Jedem Landtagsdeputirten wird aus der Landeskasse ein Taggeld von 5 fl. CM. und als Quartiergeld jährlich 400 fl. CM. ausgezahlt.

§ 57. Das Ministerium der Finanzen und öffentlichen Arbeiten wird beauftragt, für einen geeigneten Ort zur Fortsetzung der Landtagsberathungen in Pest Sorge zu tragen.

— — — — — — — — — — —

VII. Gesetzartikel[1]).

Von der Vereinigung Ungarns und Siebenbürgens.

Da die Einheit der Nation und die Rechtsidentität mit vollkommenem Rechtsgrunde die Vereinigung des zur ungarischen Krone gehörigen Siebenbürgens

[1]) Siehe I. Band zweite Auflage Seite 171—176 u. hier S. 344.

mit Ungarn unter eine Regierung erheischt; die Ereigniſſe der Gegenwart die Vertretung der Intereſſen dieſer beiden Schweſterländer am nächſten Landtage aber dringend gebieten, ſo wird zur Verwirklichung dieſer Zwecke beſchloſſen:

§ 1. Die zum verfloſſenen Siebenbürger Landtage berufen geweſenen Regaliſten werden Sitz- und Stimmrecht bei der ungariſchen Magnatentafel haben, ausgenommen die Glieder des königl. Guberniums, der königl. Gerichtstafel und die Militär-Perſonen.

§ 2. Siebenbürgen — die wieder einverleibten Theile nicht mit einbegriffen — gebühren beim nächſten Landtage 69 Stimmen.

§ 3. Dieſe Stimmen werden unter die Gerichtsbehörden wie nachſtehend eingetheilt:

Den 9 ungariſchen, 5 ſzékler und 11 ſächſiſchen Komitaten, Stühlen und Diſtrikten, ebenſo auch den königl. Freiſtädten Klauſenburg, Maros-Vásárhely und Weißenburg gebühren je zwei, zuſammen 56 Stimmen; den übrigen das Vertretungsrecht ausübenden 13 Städten jeder eine Stimme.

§ 4. Es wird dem verantwortlichen Miniſterium zur Pflicht gemacht, alle möglichen geſetzlichen Mittel anzuwenden, um ſich ſowohl mit der vom verfloſſenen Siebenbürger Landtage zu dieſem Behufe ernannten Kommiſſion, als auch mit dem in Siebenbürgen je früher abzuhaltenden Landtage ins Einvernehmen zu ſetzen; auf jeden Fall aber ſowohl die zur Bewirkung der vollkommenen Vereinigung nöthigen Schritte zu thun, als auch in dieſer Angelegenheit vollſtändige Geſetzvorſchläge dem nächſten Landtage zu unterbreiten. Als leitender Grundſatz wird ausgeſprochen:

§ 5. Ungarn iſt bereit alle verſchiedenen Geſetze und Freiheiten Siebenbürgens, welche nebſt dem, daß ſie die vollkommene Vereinigung nicht hindern, die Freiheit der Nation und die Rechtsgleichheit begünſtigen, anzunehmen und aufrecht zu erhalten.

§ 6. Die obige Verfügung wird ſowohl hinſichtlich der Regaliſten, als auch der Vertreter von der Einwilligung des demnächſt einzuberufenden Siebenbürger Landtages abhängig gemacht, und erſtreckt ſich nur auf den nächſten ungariſchen Landtag; demnach wird die Regelung der Vertretung der Intereſſen Siebenbürgens eine Aufgabe der vereinigten Geſetzgebung ſein.

VIII. Geſetzartikel.

Von der gemeinſamen Beſteuerung.

Alle Bewohner Ungarns und der damit verbundenen Theile tragen ohne Unterſchied gleichmäßig und dem Verhältniße angemeſſen alle öffentlichen Laſten.

§ 1. Se. Majeſtät wird nach Vernehmung der Behörden durch ſein verantwortliches ungariſches Miniſterium einen proviſoriſchen Steuerſchlüſſel ausarbeiten laſſen und die Ausweiſung nach dieſem Schlüſſel beginnt bereits mit dem 1. November 1848 als dem Anfang des neuen Verwaltungsjahres.

§ 2. Dieſer proviſoriſch auszuarbeitende Schlüſſel muß jedenfalls dem nächſten Landtage vorgelegt werden.

§ 3. Bis zu dem oben angegebenen Termin wird die Eintreibung der bereits festgesetzten Steuern verordnet.

IX. Gesetzartikel.

Von der Aufhebung der auf Grund des Urbariums und der dieses ergänzenden Verträge bis jetzt üblich gewesenen Leistungen (Robot), des Zehents und der Geldabgaben.

Alle auf Grund des Urbariums, und der dieses ergänzenden Verträge basirten, bisher üblich gewesenen Leistungen (Robot), Zehent und Geldabgaben sind von der Kundmachung dieses Gesetzes an für immer aufgehoben.

§ 1. Die Gesetzgebung stellt die Schadloshaltung der Privat-Grundherren unter das Schild der Nationalehre.

§ 2. Se. Majestät wird hinsichtlich der derartigen Schadloshaltung der Privat-Grundherren dem Landtage einen ins Detail auszuarbeitenden Gesetzvorschlag, demzufolge denselben ein ihren bisherigen Urbarialleistungen entsprechender Kapitalswerth durch den Staat ungeschmälert ausbezahlt werde, durch das ung. verantwortliche Ministerium unterbreiten lassen.

§ 3. An solchen Orten, wo die Urbarial-Regelung und Ausscheidung der Hutweiden bisher noch nicht geschehen ist, wird hinsichtlich der Holzung und der Weide der bisherige Gebrauch auch ferner beibehalten.

§ 4. Die grundherrliche Gerichtsbarkeit wird aufgehoben; einstweilen, bis die Rechtspflege allgemein geregelt sein wird, wird dieselbe in den Zivilangelegenheiten, rücksichtlich der summarischen Proceße, wo kein geregelter Magistrat als Gericht erster Instanz ist, der Stuhlrichter, in Straf- und förmlichen Zivilproceßen das Komitatsgericht ausüben.

§ 5. Denjenigen Grundbesitzern, mit deren Besitzthume vor der Kundmachung dieses Gesetzes Urbarialität verbunden gewesen, können mit Ausnahme der aus Handelsverhältnißen entstehenden Wechsel sonstige Schuldsforderungen bis auf weitere Anordnung des Gesetzes nicht gekündigt und nur die Forderungen wegen Nichtzahlung der gesetzlichen Zinsen im Wege gerichtlichen Verfahrens eingetrieben werden.

— — — — — — — — — — —

XV. Gesetzartikel.

Von der Aufhebung der Aviticität.

Die Aufhebung der Aviticität wird hiemit als Grundsatz ausgesprochen, und verordnet:

§ 1. Das Ministerium wird auf Grund der gänzlichen und vollkommenen Aufhebung der Aviticität das Zivilgesetzbuch ausarbeiten, und den Entwurf dieses Gesetzbuches dem nächsten Landtage unterbreiten.

§ 2. Bis zum nächsten Landtage wird inzwischen der Gang aller Proceße, die aus den Verhältnißen der Aviticität ihren Ursprung nehmen und mit Endurtheil noch nicht entschieden sind, suspendirt; ebenso wird auch die Anstrengung aller dieser Proceße, mit Ausnahme der Fälle des Gesetzartikels 14 : 1836, verboten-

XVI. Gesetzartikel.

Von der provisorischen Ausübung der Komitatsbehörden.

Um die Komitatseinrichtung, als Schutzbollwerk der Verfassung Ungarns und der einverleibten Theile, mit der Freiheit in Einklang zu bringen[1]), zugleich auch um in der Zwischenzeit jeder Stockung in der Verwaltung vorzubeugen, wird verordnet:

§ 1. Das Ministerium wird über die Organisirung der Komitatseinrichtung auf Grund der Volksvertretung dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen.

§ 2. Bis die künftige Gesetzgebung diese Regelung bewerkstelligt, wird die Komitatsverwaltung auf folgende Weise ausgeübt:

a) Nach Schluß der gegenwärtigen Gesetzgebung wird in jedem Komitate in möglichst kürzester Zeit eine Generalversammlung abgehalten.

b) Bei dieser Generalversammlung werden alle diejenigen Stimmrecht haben, welchen entweder das Gesetz oder die bisherigen Beschlüße irgend eines Komitats Stimmrecht verliehen haben, wo aber keine derlei Rechtserweiterung durch Beschlüße erfolgt ist, werden außer den, zu dem Stimmrechte bisher aus dem Gesetze Berechtigten, dasselbe auch die durch die Komitatsbewohner gemeindeweise entsendeten Vertreter ausüben.

c) In dieser Generalversammlung werden die auf gegenwärtigem Landtage gebrachten Gesetze kundgemacht, zugleich wird, mit Rücksicht auf die Ausdehnung, die Bevölkerung, auf alle Klassen der Landesbürger sowie auf die Verwaltung des Komitates, insbesondere wegen Vollzug der am gegenwärtigen Landtage gebrachten Gesetze ein zahlreicherer, bleibender Ausschuß ohne Unterschied der Geburt auf übliche Weise gewählt.

d) Dieser stabile Ausschuß wird unter dem Vorsitze des Obergespans, oder in dessen Abwesenheit des Vicegespans, mit Beiziehung der Komitatsbeamten sich so oft und so lange als es erforderlich sein wird, versammeln, und einstweilen, alle jene Gewalt ausüben, welche bisher der Generalversammlung des Komitates im Sinne der Gesetze und der Verfassung in jeder Hinsicht zustand.

e) Die allgemeine Berathungssprache in den Versammlungen, ebenso auch in den Ausschüssen ist für Ungarn nur die ungarische; — in den einverleibten Theilen können sie sich auch zufolge ihrer eigenen Statuten der Muttersprache bedienen.

f) Der so in Wirksamkeit tretende Komitatsvertretungs-Ausschuß wird „im Namen der Komitats-Gemeinde" sowohl mit dem Ministerium in unmittelbarer Berührung stehen, als auch im Sinne der Gesetze mit den Komitatsbeamten beschlußweise verfügen.

---

[1]) Zur wichtigen Erörterung dieses Wirkungskreises der Komitatsautonomie gegenüber einer verantwortlichen (parlamentarischen) Regierung — sowie ihr Repräsentationsrecht u. dgl. m. — siehe besonders jene trefflichen Auseinandersetzungen, welche im ungarischen Abgeordnetenhause zu Pest vorgekommen sind, namentlich die Reden des Ministers Br. *Eötvös* am 31. October und des *Franz Deák* am 6. November 1867.

g) Der Ausschuß wird, sobald durch den nächsten Landtag die Einrichtung des Komitates geregelt sein wird, seine Wirksamkeit beendigen, mit der Einreichung seiner Protocolle über das Fürgehen der Komitatsgemeinschaft Bericht erstatten, und seine bisherige Amtsgewalt in die Hände des Komitats niederlegen.

h) Die Sitzungen des Ausschußes sind öffentlich.

— — — — — — — — — — —

XX. Gesetzartikel.

In Sachen der Religion.

§ 1. Die unitarische Religion wird als gesetzlich anerkannt erklärt.

§ 2. In diesem Lande wird hinsichtlich aller gesetzlich anerkannten Religionen ohne Unterschied vollkommene Gleichheit und Reciprocität festgestellt.

§ 3. Die kirchlichen und Schulbedürfnisse aller gesetzlich anerkannten Religionsparteien sollen durch Staatsauslagen gedeckt werden und bei detaillirter Anwendung dieses Grundsatzes hat das Ministerium nach Einvernehmung der betreffenden Religionsparteien dem nächsten Landtage einen ausführlichen Gesetzentwurf vorzulegen.

§ 4. Der Besuch der Schulen der anerkannten Religionsparteien wird ohne Religions-Unterschied Jedem gegenseitig gestattet.

§ 5. Das Ministerium wird die Anordnung treffen, daß die den anerkannten Religionen angehörigen Soldaten mit Feldpriestern ihrer Religion versehen werden.

§ 6. Die Verordnung des Gesetzartikels 3. von 1844 wird auch auf die nichtunirten Griechen ausgedehnt.

§ 7. Wenn die Einwohner einer Gemeinde des griechischen Ritus in Zukunft ihre Religion ändern, so ist in einem solchen Falle die Gemeinde-Kirche im Besitze der im alten Glauben Verbliebenen zu belassen; in wiefern also auch in der neuesten Zeit ähnliche Fälle in verwaltungsbehördlicher Verhandlung wären, sind solche nach den obigen Grundsätzen zu entscheiden; doch wird es nach den Grundsätzen dieses Gesetzes nicht erlaubt sein, den gegenwärtigen Zustand rückwirkend durch Occupation zu stören, und deswegen können jene Kirchen, hinsichtlich derer bis zum 1. Jänner des l. J. keine Frage erhoben wurde oder eine behördliche Erledigung dazwischen gekommen ist, nicht mehr in Frage kommen.

§ 8. Das Verfügungsrecht der nichtunirten Griechen in Betreff ihrer Religions- und Schulangelegenheiten wird hiemit unter Aufsicht des Staates garantirt, — zu diesem Zwecke wird das ungarische verantwortliche Ministerium in der möglichst kürzesten Zeit, jedenfalls aber vor dem nächsten Landtage einen durch die ganze Religionspartei zu wählenden Kirchenkongreß einberufen, dessen Mitglieder einstweilen, bis dessen Organisation durch das Gesetz geregelt wird, — mit Rücksicht auf die Bevölkerung verschiedener Sprachen in einem solchen Verhältniße zu wählen sind, daß aus dem geistlichen Stande 25, aus dem weltlichen 75, und von diesen aus der Militärgrenze 25 Deputirte entsendet werden sollen.

— — — — — — — — — — —

XXIX. Gesetzartikel.

Von den öffentlichen Beamten des Landes.

Hinsichtlich der Erreichung des Einklangs der Ministerverantwortlichkeit mit der Verwaltung wird bezüglich der von der Regierungsernennung abhängenden öffentlichen Aemtern verordnet:

§ 1. Die Unabsetzbarkeit außer dem Rechtswege wird einzig auf die mit der Rechtspflege betrauten Richterämter beschränkt.

— — — — — — — — — — —

II. Aus den siebenbürgischen Gesetzartikeln 1848.

Wir Ferdinand der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, Apostolischer König von Ungarn und Böhmen, dieses Namens der Fünfte, von Dalmatien, Kroatien, Slavonien, Galizien und Lodomerien, Rama, Serbien, Kumanien und Bulgarien; König der Lombardei, von Venedig, Illyrien, und Jerusalem u. s. w., Erzherzog von Oesterreich; Großherzog von Toskana; Herzog von Lothringen, Salzburg, Steiermark, Kärnthen und Krain; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; Herzog von Ober- und Nieder-Schlesien, Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, Auschwitz und Zator, Teschen, Friaul, Ragusa und Zara u. s. w.; Graf von Habsburg, Tirol, der Szekler, von Kyburg, Görz und Gradiska, Fürst von Trient und Brixen u. s. w.; Markgraf der Ober- und Nieder-Lausitz und in Istrien, Graf auf Hohenems, Feldkirch, Bregenz, Sonnenberg u. s. w.; Herr von Triest, Cattaro und der Windischen Mark u. s. w.

Geben zu wissen, hiemit bedeutend allen, die es angeht: daß, nachdem Wir vermöge Unserer Vorsorge, womit Wir Unserem Großfürstenthum Siebenbürgen zugethan sind, auf den 29. Mai des laufenden Jahres 1848, in Unsere königliche Freistadt Klausenburg, für sämmtliche Stände der drei Nationen Unseres genannten Großfürstenthums einen in der üblichen Weise abzuhaltenden Landtag verordnet und entboten haben; und Unsere daselbst versammelten getreuen Stände nebst Verhandlung anderer öffentlicher Angelegenheiten des erwähnten Fürstenthums, einen von der Vereinigung jenes geliebten Großfürstenthums mit Unserem K. Ungarn handelnden Gesetz-Artikel mit allgemeinem Einverständniß und Abstimmung zu Stande gebracht, und denselben mit einer entsprechenden Vorstellung durch Unsern geliebten Getreuen Wohl- und Hochgebornen Anton Freiherrn von Puchner, Unseren wirklichen geheimen Rath, Ritter des militärischen Marien-Theresien-Ordens, Commandeur des kaiserlichen Leopold-Ordens, Ritter des kaiserlich-russischen St. Georgs- und St. Wladimirs-Ordens 4. Classe, wie auch Großkreuz des päpstlichen St. Georg- und Commandeur des königlich-sicilianischen militärischen St. Georgs-Ordens, Unsern Feldmarschall-Lieutenant, Inhaber Unseres Infanterie-Regimentes Nr. 3 und commandirenden Generalen in Unserem genannten Großfürstenthum, als Unseren zu diesem Landtage entsendeten bevollmächtigten königlichen Commissär

Uns behufs allerhöchster Genehmigung und Bestätigung unterthänigst unterbreitet haben: Wir vermöge Unserer wohlgeneigten väterlichen Gesinnung für Unsere getreuen Stände und Unser gesammtes vielgeliebtes Fürstenthum, derselben wegen Bestätigung des berührten Gesetzartikels Uns unterbreiteten unterthänigen Bitte gnädigst willfahrend, den Uns im gehörigen Wege vorgezeigten, und von Uns der Wichtigkeit des Gegenstandes gemäß reiflich geprüften und allergnädigst bestätigten erwähnten Gesetz-Artikel den Ständen mittelst Unseres allergnädigsten Reskriptes zu dem Ende hinabgesendet haben, damit sie denselben, in ihren gemeinsamen Sitzungen verlesen und kundgemacht Uns in üblicher Form behufs Unserer Sanction und allerhöchsten Unterschrift unterbreiten mögen. In Folgeleistung dessen haben die genannten Landstände den von Uns bereits bestätigten, angenommenen und bekannt gemachten Gesetz-Artikel Uns, mit der Unterschrift des Stände-Präsidenten und der Proto-Notare und mit den National-Siegeln bekräftigt, in üblicher Form mit ihrer unterthänigen Vorstellung vom 19. Juni l. J. zugleich vorgelegt und sich an Unsere Majestät mit der Bitte gewendet: daß Wir jenen Gesetz-Artikel, und das darin Enthaltene für gutgeheißen, genehmigt und angenommen erklären und denselben nach bereits erfolgter Ertheilung Unserer königlichen Einwilligung kraft Unserer königlichen Machtvollkommenheit huldreichst anzunehmen, gutzuheißen und zu bestätigen und denselben unter die übrigen Gesetze Unseres erwähnten Fürstenthums einzuschalten und sowohl Wir selbst zu befolgen, als auch durch alle Anderen befolgen zu lassen geruhen möchten. Der Inhalt dieses Gesetz-Artikels ist folgender:

Nachdem allerhöchst Seine glorreich regierende Majestät Ferdinand I., österreichischer Kaiser und Apostolischer König von Ungarn, dieses Namens der V., Großfürst von Siebenbürgen und Graf der Szekler, unser allergnädigster Herr und König in einer Reihe mehrerer auf dem, auf den 7. November des verflossenen Jahres 1847 verkündeten und bis ins gegenwärtige Jahr 1848 fortgesetzten ungarländischen Landtag zu Stande gebrachten, die Vereinigung des gesammten ungarischen Volkes in seinen Rechten und Interessen, die gesetzliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Landes, die Regelung seines gesetzlichen Verhältnisses zu den mit ihr durch die pragmatische Sanction in unlösbarem Verbande stehenden Provinzen, die durch die Forderungen der Zeit und die drängende Beschaffenheit der Umstände nothwendig gewordene Ausbildung des constitutionellen Lebens der Nation, und die Erreichung moralischer Kräfte und materiellen Wohlstandes auf diesem Wege bezweckender heilsamer Gesetz-Artikel, und insbesondere im VII. Gesetz-Artikel die vollständige Vereinigung des zur ungarischen Krone gehörigen Siebenbürgen mit Ungarn unter derselben Regierung, ausgesprochen und allergnädigst bestätigt hat, und aus gnädigster, zu huldvoller Erfüllung der lange bestandenen und zu wiederholten Malen ausgedrückten heißen Wünsche Seines treuen ungarischen Volkes und dieses Großfürstenthums geneigter Gesinnung, die getreuen Landstände Siebenbürgens auf den 29. Mai des laufenden Jahres 1848 in die königliche Freistadt Klausenburg zusammenzuberufen und unter den diesem Landtag zugesendeten allergnädigsten königlichen Propositionen auch die Vereinigung Sie-

benbürgens mit Ungarn als einen Verhandlungsgegenstand zu bestimmen gerukt hat; haben die Landstände, den allergnädigsten Willen Seiner Majestät und de durch den bereits berührten ungarländischen Gesetz-Artikel an den Tag gelegten brüderlichen Gefühle des verwandten Ungarlandes mit freudiger Begeisterung theilend, über die Wiedervereinigung des durch ein widerwärtiges Schicksal inzwei getheilten Vaterlandes, in vollkommener Uebereinstimmung und mit einigem Willen den hier weiter unten eingeschalteten Gesetz-Artikel beschlossen und zu Stande gebracht; welchen Wir, nachdem Wir denselben Seiner Majestät zur Bestätigung in unterthänigster Huldigung unterbreitet haben und derselbe die allergnädigste königliche Bestätigung durch das in Innsbruck am 10. Juni des laufenden Jahres 1848 erflossene königliche Reskript Seiner Majestät erhalten hat, behufs allerhöchster königlicher Sanction hiemit unterbreiten, indem wir unterthänigst bitten, daß Se. Majestät diesen Gesetz-Artikel mit Seiner allerhöchsten königlichen Unterschrift zu sanctioniren, in unser Gesetzbuch eintragen zu lassen und sowohl allerhöchst Selber allergnädigst beobachten, als auch durch Andere unverletzt beobachten zu lassen geruhen möge; welcher Gesetz-Artikel hiemit folgt:

I. Gesetzartikel.

Von der Vereinigung Ungarns und Siebenbürgens.

Nachdem Siebenbürgen den in Angelegenheit der Union im laufenden Jahre 1848 gebrachten VII. Gesetz-Artikel der ungarländischen Gesetzgebung mit warmem Brudergefühle annimmt, und die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn, unter unverletzter Aufrechterhaltung des in der pragmatischen Sanction geheiligten Reichsverbandes, und in ihrer ganzen Ausdehnung zu dem Seinigen macht;.— so wird in Folge dessen, wie in dem Bruderland Ungarn die Rechtsgleichheit aller Bewohner ausgesprochen und in Wirksamkeit gesetzt ist, das nämliche, auf die nämliche Weise, auch hier, bezüglich aller Bewohner dieses Vaterlandes, ohne Unterschied der Nationalität, Sprache und Religion für immer und unabänderlich als Grundsatz anerkannt und werden die hiemit im Widerspruch stehenden bisherigen Gesetze sofort für aufgehoben erklärt.

Behufs Vollzuges des erwähnten VII. Gesetz-Artikels wird Folgendes beschlossen.

§ 1. Da die Zahl der das Recht der Vertretung besitzenden siebenbürgischen Städte, außer den königlichen Freistädten Klausenburg, Maros-Vásárhely und Karlsburg, 15 beträgt und auch unter diesen zwei, nämlich Szamos-Ujvár und Elisabethstadt gleichfalls königliche Freistädte sind, so beträgt nach Berichtigung des aus Versehen in § 3. des erwähnten VII. Gesetz-Artikels eingeschlichenen Rechnungsfehlers, in Gemäßheit des eben daselbst ausgesprochenen leitenden Grundsatzes die Zahl der siebenbürgischen Abgeordneten nicht 69, sondern 73.

§ 2. Unter dem Vorsitze des königlichen Gouverneurs Grafen Josef Teleki, und in dessen Verhinderungsfalle des Stände-Präsidenten Franz Freiherrn Kemény, wird eine aus den Personen: Obergespan Graf Nikolaus Thoroczkai, Oberkönigsrichter Josef Balazsi, Bischof von Fogaraſch, Johann Lemény; Re-

galiſt: Graf Johann Bethlen sen., Baron Nikolaus Josika, Baron Dominik Kemény, Graf Dominik Teleki, Stefan Horvath; Abgeordneten: Baron Dionys Kemény, Josef Zeyk, Wolfgang Wéér, Graf Johann Bethlen jun., Johann Pálfi, Michael Mikó, Moses Berde, Konrad Schmidt, Karl Goosz, Elias Roth, Wilhelm Löw, Franz Gyergyai, Baron Nikolaus Wesselény, Karl Szász, Graf Ladislaus Teleki, Josef Demeter, Daniel Hanko, Alexander Boheczel, Gr.-n.-u. Biſchof Andreas Schaguna, und Theſaurariatsrath Martin Debreczeni beſtehende Landes-Commiſſion ernannt, welche Commiſſion über die Details der vollſtändigen Vereinigung das ungariſche Miniſterium aufklären, auf die Einfügung der Intereſſen Siebenbürgens in jene Ungarns hinarbeiten und die Daten zu dem durch das ungariſche Miniſterium dem nächſten vereinigten Landtag über dieſe Angelegenheit vorzulegenden Geſetzentwurf liefern wird.

§ 3. Der Inſtanzenzug und der Perſonalorganismus in der öffentlichen und Juſtiz-Verwaltung in Siebenbürgen bleibt, bis zur Ordnung durch den nächſten gemeinſchaftlichen Landtag, in ſeinem dermaligen Zuſtande, die Amtsthätigkeit der ſiebenbürgiſchen Kanzlei hingegen wird gänzlich aufhören; und jene Wirkſamkeit, welche Seine Majeſtät im Sinne des III. ungarländiſchen Geſetz-Artikels vom Jahre 1848 Sr. Hoheit dem Palatin und dem ungariſchen Miniſterium zu übertragen geruht haben, wird ſich auch auf Siebenbürgen ſowohl in Hinſicht der bürgerlichen, wie kirchlichen, als Finanz- und Militär-Verwaltung und überhaupt bezüglich aller Zweige der Verwaltung, ausdehnen.

§ 4. Um die Verwaltung mit der Miniſter-Verantwortlichkeit in Einklang zu bringen, wird, in Uebereinſtimmung mit dem ungarländiſchen XXIX. Geſetz-Artikel vom Jahre 1848, die nur in Folge gerichtlichen Verfahrens zuläſſige Abſetzbarkeit der von der Ernennung durch die Regierung abhängigen Behörden nur auf die zur Ausübung des Richteramtes beſtellten richterlichen Behörden beſchränkt.

Indem Wir daher die unterthänige Bitten und Flehen Unſerer erwähnten Getreuen, der Landſtände der drei Nationen Unſeres obgenannten Großfürſtenthums Siebenbürgen gnädigſt erhört und huldreichſt aufgenommen, haben Wir den bezogenen, Uns auf obige Weiſe in geſetzlicher Form unterbreiteten Geſetz-Artikel in dieſe Unſere Urkunde von Wort zu Wort aufzunehmen und einzuſchreiben verordnet und indem Wir denſelben, und alles Einzelne in demſelben aufgenommene für richtig, genehm und angenommen erklären, zu demſelben Unſere kaiſerliche königliche und fürſtliche Zuſtimmung und Gutheißung gegeben und denſelben zu Folge Unſerer kaiſerlich königlichen und fürſtlichen Machtvollkommenheit, genehmigt, gutgeheißen und allergnädigſt beſtätigt; indem Wir die erwähnten getreuen Landſtände verſichern, daß ſowohl Wir ſelbſt dieſen in die Reihe der Geſetze des Großfürſtenthums Siebenbürgens aufgenommenen Geſetz-Artikel beobachten, als auch durch alle Unſere Getreuen befolgen laſſen werden, gleichwie Wir denſelben kraft Unſerer gegenwärtigen Urkunde annehmen, gutheißen, billigen und bekräftigen.

Gegeben zu Innsbruck am 11. Juni im Jahre des Herrn 1848, Unſerer Reiche dem vierzehnten.

Ferdinand m. p.

B. Lazar Apor m. p.

Karl Czák m. p.

II. Landtags-Artikel.

Von der auf Grund der Volksvertretung zu geschehenden Wahl der auf den nächsten gemeinschaftlichen Landtag zu schickenden Abgeordneten.

Die Wahl auf Grund der Volksvertretung der zu dem auf den 2. Juli l. J. verkündeten, in Pest abzuhaltenden gemeinschaftlichen Landtag zu entsendenden siebenbürgischen Abgeordneten wird, im Zwecke der Ermöglichung ihrer alsogleichen Anwendung, bloß in diesem einen Fall auf folgende Weise vorzunehmen sein.

An der Ausübung des Wahlrechtes nehmen keinen Antheil überhaupt:

a) Personen weiblichen Geschlechts;
b) Ausländer, welche das Heimathsrecht nicht erlangt haben;
c) Personen, die unter der Gewalt eines Dienstherrn, der Eltern oder Pflegschaft stehen;
d) Solche, die zu Folge eines Strafurtheiles sich in Strafe befinden.

§ 2. Uebrigens macht unter den Bekennern der receipirten Religionen (unter welche auch die griechisch-nicht-unirten Confessionsgenossen zu verstehen sind) die Geburt überhaupt nirgends einen Unterschied.

§ 3. In den das Recht einer besondern Vertretung besitzenden Städten werden das Wahlrecht ausüben:

a) alle Einwohner, die ein Haus oder ein Grundstück im Werthe von 300 fl. CM. als ausschließliches Eigenthum, oder mit ihren Gattinen und bezüglich mit ihren minderjährigen Kindern gemeinschaftlich besitzen;
b) die als Handwerker, Handelsleute, Fabriksleute ansäßig sind, wenn sie eine eigene Werkstatt, Handelsniederlassung, oder Fabrik besitzen, und die Handwerker, wenn sie ununterbrochen mit wenigstens einem Gesellen arbeiten;
c) die, wenn sie auch in die obigen Klassen nicht gehören, ein jährliches fixes und sicheres Einkommen von 100 fl. CM. von ihrem eigenen Grundbesitz oder Kapital ausweisen können;
d) ohne Rücksicht auf ihr Einkommen: die Doctoren, Wundärzte, Advokaten, Ingenieure, akademischen Künstler, Professoren, die Mitglieder der ungarischen gelehrten Gesellschaft, die Apotheker, Seelsorger, Hilfsprediger und Schullehrer, dort, wo sie ihren festen Wohnsitz haben;
e) die bisher städtische Bürger waren, wenn sie die obigen Befähigungen auch nicht besitzen.

§ 4. In den Komitaten, im Fogaraścher Distrikt und in den Szekler-Stühlen genießen das Wahlrecht:

a) alle, welche, da sie nach dem 12. Gesetz-Artikel vom Jahre 1791 in den Markalversammlungen Stimmrecht hatten, auch bisher an der Wahl der Landtags-Deputirten Theil zu nehmen berechtigt waren; wenn sie auch in der Ausübung dieses Rechtes vor diesem beschränkt gewesen sein sollten;
b) Alle diejenigen Bewohner der das Recht einer besondern Vertretung nicht besitzenden Städte, welche in eine der in § 3. dieses Gesetz-Artikels beschriebenen Kathegorien gehören;

c) In denjenigen Ortschaften, die nicht einen geregelten Magistrat haben, alle jene Bewohner, welchen für das laufende Jahr 1848 nach der Steuertabelle über die Kopfsteuer noch eine Steuer von wenigstens 8 fl. angeschrieben worden ist; und außer diesen nimmt jede Gemeinde, welche außer den auf Grund des 12. Gesetz-Artikel vom J. 1791 Berechtigten wenigstens 100 Rauchfänge zählt, Theil an der Abgeordnetenwahl durch zwei freigewählte Vertreter; — Kleinere Gemeinden hingegen durch einen Vertreter.

§ 5. In den sächsischen Verwaltungs-Kreisen werden die Bewohner der Städte und Ortschaften in jenem Stuhle oder Distrikte, in welchem sie ansäßig sind, — wie bisher, so auch jetzt, gemeinschaftlich und ohne allen Unterschied der Nationalität und Religion das Wahlrecht auf die Weise ausüben, wie es von den Bewohnern der das Recht einer besondern Vertretung nicht besitzenden Städte und Dorfs-Gemeinden in den ungarischen und Szekler Verwaltungskreisen in Punkt b) und c) des § 4. beschrieben ist.

§ 6. Zum Abgeordneten ist jeder wählbar, wo immer in Ungarn er das Wahlrecht ausübt, wenn er das 24. Lebensjahr zurückgelegt hat, und der Anordnung des Gesetzes, wornach die Sprache der Gesetzgebung einzig und allein die ungarische ist, zu entsprechen fähig ist.

§ 7. Die im Abgeordnetenhaus gleiches Stimmrecht genießenden 73 siebenbürgischen Abgeordneten sind für den nächsten Landtag nach folgendem Verhältnisse zu wählen:

a) durch einzelne Gemeinden abzusendende Deputirten:
1) Klausenburg schickt 2; 2) M.-Vásárhely 2; 3) Karlsburg 2; 4) Szamos-Ujvár 2; 5) Elisabethstadt 2; 6) Abrudbánya 1; 7) Vizakna 1; 8) Vayda-Hunyad 1; 9) Kezdi-Vásárhely 1; 10) Hatzeg 1; 11) Sepsi-St.-György 1; 12) Udvarhely 1; 13) Ilyefalva 1; 14) Csik-Szereda 1; 15) Bereczk 1; 16) Szék 1; 17) Oláhfalu 1; 18) Kolosch 1.

b) die Komitate, Szekler- und sächsischen Stühle, ungarischen und sächsischen Distrikte, an der Zahl 25, schicken je 2, somit zusammen 50 Deputirte, an deren Wahl nur diejenigen der dort gelegenen Städte Theil nehmen können, welche oben mit dem Rechte besondere Abgeordnete zu senden, nicht betheilt sind.

§ 8. Wo es die Behörde behufs Aufrechterhaltung der Ordnung während der Abstimmung für nöthig findet, kann sie zur Wahl jedes einzelnen Abgeordneten besondere Wahlbezirke bilden, mit Rücksichtnahme auf das Verhältniß des Gebietes und der Bevölkerung.

§ 9. Jedem Landtagsabgeordneten wird aus dem Landesfond 5 fl. CM. an Taggeld und an Quartiergeld jährlich 400 fl. CM. gezahlt.

§ 10. Mit dem Vollzug der Anordnungen dieses Gesetzes wird das königl. Gubernium mit dem Auftrage betraut, daß es die Verzeichnung bezüglich Wahl der Stimmberechtigten, unter Vorkehrung alles zur Beseitigung der sich hiebei möglicherweise ergebenden Schwierigkeiten und zur Aufrechthaltung der Ordnung während der Abstimmung Erforderlichen (auch die Vorschriften des 5. ungarländischen Gesetz-Artikels vom l. J. 1848, insoferne dieselben mit den in diesem

Gesetz-Artikel enthaltenen Grundsätzen und Umständen zusammenpassen, vor Augen haltend) ohne Verzug bewirke, und überhaupt alle Einleitungen zu den Wahlen so schnell als möglich beendigen lasse: damit in Folge derselben die Deputirtenwahlen in gehöriger Zeit geschehen können.

III. Landtags-Artikel.
Von der bewaffneten National-Macht.

§ 1. Zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit ist auch in Siebenbürgen in der möglichst kürzesten Zeit die National-Garde zu bilden, von welcher ein Theil im Mobilstande gehalten werden wird, und dieser wird ordentlichen Sold beziehen.

§ 2. Zur Feststellung der Größe dieser zu bildenden National-Garde und deren, wie auch der gesammten National-Garde Bewaffnung, Einübung und Organisirung, so auch zu deren Verwendung im Sinne ihrer Bestimmung wird das verantwortliche Ministerium bevollmächtigt.

— — — — — — — — — — —

§ 6. Das Ministerium wird Anordnung treffen, daß die ämtlichen Schriften, Protocolle und Commando-Wörter ungarisch seien.

§ 7. Alle Szekler, außer den zum Effectivstand gehörigen, werden mit den unter ihnen lebenden Primoren, Adeligen und allen übrigen Einwohnern zusammen derselben Verpflichtung als National-Garden unterworfen und in Folge dessen wird deren unverzügliche Organisirung zur National-Garde, ihre Bewaffnung, und ihre mit den übrigen National-Garden des Landes gleiche Dienstleistung verordnet.

§ 8. Zu unverzüglichen Verfügungen im Sinne der in diesem Gesetze ausgedrückten Richtpunkte wird das Ministerium bevollmächtigt.

§ 9. Für denjenigen Theil der Militär-Gränze außer der Szeklergränze, wo auch Civilgerichtsbarkeit besteht, gilt das oben Geschriebene seinem Geiste nach; bezüglich des übrigen Theiles aber wird auch bis dahin, wo die Einfügung ihrer Stellung in die verfassungsmäßige Ordnung des Vaterlandes durch die Gesetzgebung in möglichst kürzester Zeit wird bewirkt werden können, die Begünstigung des § 5. Punkt a) mit dem Zusatz ausgedehnt, daß dort, wo die Gränzsoldaten, bisher mit Kleidung allgemein versehen wurden, für sie auch weiterhin diese Erleichterung beibehalten wird; — die Gesetzgebung rechnet auch auf die für die Erhaltung des Thrones und Vaterlandes geleisteten treuen Dienste dieser Truppe und verpflichtet sie hiemit auch dazu.

IV. Landtags-Artikel.
Von der Expropriation der auf den Colonicaturen lastenden Robot, Zehnten und Geldleistungen[1])

Die auf den Colonicaturen lastenden Robot, Zehnten und Geldleistungen werden durch gegenwärtiges Gesetz aufgehoben.

§ 1. Die Gesetzgebung stellt die Entschädigung der Privat-Grundbesitzer unter den Schutz der National-Gewährleistung.

[1]) Siehe I. Bd. (zweite Auflage) Seite 484 Note.

§ 2. Se. Majeſtät weeden über die dergeſtaltige Entſchädigung der Privat-Geundbeſitzer, damit der Capitalweeth drr bisherigen Uebacialleiſtungen von dem Staate ohne Abzug ausbezahlt weede, dem künftigen Reichstage einen detaillirt auszuarbeitenden Geſetzesvorſchlag duech das ungaciſche Miniſteeium voelegen laſſen.

§ 3. Da die bisher von den Geundheeen abgenommene Zehenteutrichtung aufhöet, ſo hat in dieſee Gemäßheit auch die den Geundheeen bishee obgelegene Pflicht, den diesfälligen k. Zehentpacht zu entrichten, ebenfalls aufzuhöeen.

§ 4. Die Oetsbürger (die bisheeigen Colonen und Zſeléeen) können in der Benützung der Seſſionen und Geünde, welche ſich in ihren Händen befinden, wrlcher Natur ſelbe immee ſein mögen, ohne richteeliche Dazwiſchenkunft nicht geſtöet noch in der ordentlichen und foetwäheenden Benützung dee Weide, Holzung und des Röhrichts, wie ſelbe dermalen beſtehn, beſcheänkt werden. Wenn jedoch eine Seſſion odee Geund, deſſen Natur in Fragr geſtellt wied nach dem Uetheile des im folgenden Paragraphr beſtimmten Geeichts als reines Allodium befunden wird, ſo iſt dee beteeffendr Uebarialiſt veepflichtet, den entgangenen Nutzen zu erſetzen. Die Abgabr des zu den Gebäuden eefoedeelichen Holzes wied anmit aufgehoben. Außerdem wied auch den Jueisdictionen die Aufeechteehaltung dee Waldungen in gutem Stande zur ſtrengen Pflicht gemacht.

§ 5. Das ungaciſchr Miniſterium wird ohne Aufſchub ein Obee- und Untergericht, zu dem Zwrcke aufſtellen und in Wirkſamkeit ſetzen, um jene Steeitſachen, welche ſich zwiſchen den Grundheern und iheen geweſenen Unteethanen über die Natur eines Grundes eegeben, nach drn ſirbenbüegiſchen Geſetzen und den Peinzipien des Privatrechtes ſummariſch zu entſcheiden.

Auf dieſem Wege kann, vor Erfluß des Uetheils auch kein Uebaciaſiſt, weder aus drm Beſitze des in ſeinen Händen befindlichen Grundes geſetzt, noch (außee dem im folgenden Paragcaphr enthaltenen Ausnahmsfällen) zu keinee wie immer Namen habenden Präſtation vrhalten werden.

§ 6. Auf Szekleeboden wied unter dem reinen Allodium auch das Szeklererbe (siculica haereditas) verſtanden. Da nun die Gütee dee ſteuertragenden und Waffen teagenden Szekler im Allgemeinen geößtentheils Szeklereebe ſind, ſo kann den auf denſelben wohnenden Colonen diejenige Beſeeiung, welche füe die übrigen Colonen nach dem gegenwärtigen Geſetz ſogleich ins Leben tritt, nur in dem Falle zu Statten kommen, wrnn die eewähnten Steuee- und Waffenteagendrn Szeklee-Eigenthümee vor dem im voeigen Paragcaphe angedeuteten Geeicht nicht beweiſen können, daß die in Feage ſtehenden Seſſionen und Geünde, welche ſich im Beſitze der Colonen befinden, Allodium oder Szeklererbe ſeien.

§ 7. Die Bemerkung von Commaſſationen und Weide-Abſonderungen auf geſetzlichem Wege wied offen gelaſſen, hieewegen die detaillirte Veefügung zu teeffen, wied eine Aufgabe der künftigen gemeinſchaftlichen Geſetzgebung ſein.

§ 8. Die Weingäeten, ſoweit ſelbe an nicht zu den Urbarialbeſtänden gehörigen Orten occupirt ſind, weeden nicht zu den von der Zehententeichtung beſeeiten Oeten geeechnet. Das Schankrecht und die übrigen kleineren Regalien bleiben in der Benützung der dermaligen Eigenthümer.

§ 9. Die Herren- und Tridualstühle werden aufgehoben und sowohl die Civil- als Criminal-Prozesse der Ortsbürger an die zuständigen Gerichte der betreffenden Jurisdictionen gewiesen.

§ 10. Gegen solche Grundbesitzer, mit deren Besitz vor Verkündigung dieses Gesetzes Colonicaturen verbunden waren, können über ihre vor Verkündigung dieses Gesetzes gemachten Schulden, mit Ausnahme der unverzinslichen Kaufmanns- und Handwerkerconti, bis auf weitere gesetzliche Anordnung, keine Klagen erhoben werden. Nur die Klagen über nicht bezahlte gesetzliche Zinsen können gegen dieselben im Gerichtswege erhoben werden, für das Schuldcapital dient die vom Staate zu erwartende Entschädigung als Hypothek.

V. Landtags-Artikel.

Ueber die Umänderung der expropriirten grundherrlichen Urbarialeinkünfte in eine Staatsschuld.

§ 1. Der gesetzgebende Körper Siebenbürgens nimmt den ungarischen Gesetz-Artikel 12 : 1848 seiner ganzen Ausdehnung nach an. Dem zu Folge

§ 2. werden zur Entschädigung der Grundherrn für ihren Antheil an den expropriirten Leistungen der gewesenen Urbarialisten, mit allergnädigster Zustimmung Seiner Majestät im Allgemeinen die Kameral- und Landeseinkünfte Siebenbürgens, insbesondere aber die Einkünfte der Salzwerke, soweit selbe hinreichen, als Hypothek bezeichnet. Zur Hypothek dienen gleichfalls die zur zweckmäßigeren Bewirkung der Entschädigung vielleicht aufzunehmenden Landesanleihen. Hierüber wird das ungarische Ministerium (unter dessen Direction die Behandlung der Entschädigung jedenfalls zu geschehen hat) nach dem Sinne des im vorigen Paragraphe angenommenen ungarischen Gesetz-Artikels dem nächsten Reichstag einen Gesetzesvorschlag vorlegen.

§ 3. In Anwendung des § 4. des angenommenen ungarischen Gesetz-Artikels 12 : 1848 auf Siebenbürgen wird das Ministerium der Justiz zur summarischen Entscheidung der von den Grundbesitzern gegen die Giltigkeit der Schätzung des Nutzens der expropriirten Leistungen erhobenen Einwendungen für Siebenbürgen, welches in dieser Hinsicht als der sechste Distriet zu betrachten ist, eine aus fünf Mitgliedern bestehende und vom Staate zu besoldende Deputation ohne Aufschub ernennen.

VI. Landtags-Artikel.

Von den Folgen der Aufhebung der Unterthansverhältnisse mit Beziehung auf Körperschaften, und von den im IV. Gesetz-Artikel nicht mit inbegriffenen Zehnten.

§ 1. Bezüglich jener Ansprüche, welche bisher auf den Urbarialitäten lasteten und welche hinsichtlich der durch den IV. Gesetz-Artikel auch für die Körperschaften gänzlich aufgehobenen Roboten, Zehnten und Taxen, so wie hinsichtlich der Entschädigung der in den Besitz von Körperschaften sei es durch Erwerbung auf ewige Zeiten, sei es durch königliche Donation gekommenen und gleichfalls aufgehobenen Fiscal-Zehnten, die Körperschaften betreffend, vorkommen können, — behufs deren Regelung durch die nächste gemeinschaftliche Gesetzgebung wird das

Miniſterium einen Geſetzesentwurf im Sinne des Geſetz-Artikels I. § 2. einbringen; bei welcher Gelegenheit auch auf die geſetzlichen Anſprüche der ſächſiſchen Nation Rückſicht genommen werden wird.

§ 2. Jeder Zehnte, zu welchem wer immer als zu einer auf ſeinem Eigenthum beſtandenen Abgabe bisher verpflichtet war, wird im Allgemeinen d. h. ohne Unterſchied aufgehoben.

§ 3. Aber aus dem vorhergehenden § von ſelbſt folgend wird die Abgabe der Confirmations-Taxe und des Census cathedraticus aufgehoben, welche von jenen Geiſtlichen die bisher in den ſächſiſchen Jurisdictionen Zehnten bezogen, gezahlt wurden; — aufgehoben wird die unter den Namen Legat des Fürſten bekannte Verpflichtung zu einem Legate; und aufgehoben wird im Allgemeinen jede ſolche Laſt, welche ſei es von einer Körperſchaft, ſei es von Einzelnen für den Zehentbezug getragen wurde.

§ 4. Die Geiſtlichen in den ſächſiſchen Kreiſen werden, da ſie für das laufende Jahr den Census cathedraticus zum großen Theil bereits gezahlt, für die diesjährigen Dienſte hingegen bisher noch faſt keinen Gehalt bekommen haben — in Anbetracht deſſen, daß eine ſogleiche allgemeine Ordnung dieſer Angelegenheiten unmöglich iſt, — in dieſem Jahr, zwar nicht unter dem Titel der Zehentabgabe, die für ewige Zeiten abgeſchafft iſt, ſondern als für dies laufende Jahr gebührenden Pfarrersgehalt von ihren eigenen Kirchenkindern alles das beziehen, was ſie bisher nur von dieſen bezogen.

§ 5. Nachdem die Anordnungen des vorhergehenden §, einige Geiſtliche in ſächſiſchen Kreiſen in ihren Einkünften unverhältnißmäßig verkürzt haben, wird das Miniſterium im Zwecke, damit dieſe ſächſiſchen Geiſtlichen, wie auch alle andern durch die allgemeine Aufhebung der Zehnten in dem nothwendigen Lebensunterhalte verkürzten Kirchendiener in dieſem Jahre nicht ohne gebührende Beſoldung bleiben, hierüber (auch bis dahin, wo die gemeinſchaftliche Geſetzgebung auf Grund des ungarländiſchen Geſetz-Artikels vom Jahre 1848, XXII. § 3.. wird verfügen können) unter Einflußnahme der bezüglichen Behörden unverzügliche Anordnung treffen; wie nicht minder auch darüber: damit die dringenſten Bedürfniſſe der Zöglinge des Hermannſtädter Waiſen- und Erziehungshauſes, in ſo ferne dieſelben aus andern noch beſtehenden Mitteln nicht beſtritten werden könnten, — durch den Staat gedeckt werden.

§ 6. Inſoferne Fiskalzehnten ſei es durch Erwerb auf ewige Zeiten, ſei es durch königliche Donation in den Beſitz von Privatfamilien gekommen ſind, wird Se. Majeſtät durch das ungariſche Miniſterium, da die durch den Geſammtſtaat zu geſchehende Entſchädigung jener Privatfamilien geſichert iſt, wegen dieſer Entſchädigung einen detaillirten Geſetzesentwurf dem nächſten Landtag vorlegen laſſen.

VII. Landtags-Artikel.

Ueber die Tragung der öffentlichen Laſten.

Der ungarländiſche Geſetz-Artikel 8, vom Jahre 1848 wird ſeiner ganzen

Ausdehnung nach angenommen und deſſen verpflichtende Kraft auch auf Siebenbürgen ausgedehnt.

VIII. Landtags-Artikel.
Preßgeſetz.

Der Geſetz-Artikel 18. vom 1848 der ungariſchen Geſetzgebung wird proviſoriſch auch auf Siebenbürgen ausgedehnt.

IX. Landtags-Artikel.
Ueber die völlige Rechtsgleichheit der receipirten Religionen.

§ 1. Die in dieſem Lande geſetzlich receipirten Glaubensgenoſſenſchaften (wohin auch die Anhänger des griechiſch-nicht-unirten Ritus verſtanden werden), beſitzen ohne Rückſicht auf die Verſchiedenheit der Nationalität volle und vollkommene Rechtsgleichheit, ſowohl in Ausübung ihrer Religion, als in Bezug auf die gemiſchten Ehen und politiſche Anſprüche.

§ 2. Sowohl in Bezug auf den ſechswöchentlichen Unterricht, als auf den wechſelſeitigen Schulenbeſuch der verſchiedenen Glaubensgenoſſen wird aller Zwang aufgehoben. Proſelytenmacherei ſowie Glaubensſtreitigkeiten hervorrufende Thaten ſind als ſtrafbare Handlungen zu beſtrafen.

X. Landtags-Artikel.
Von Beförderung der Communicationen.

Die in dem ungariſchen Geſetz-Artikel 30: 1848. zur Beförderung des Verkehrs getroffenen Verfügungen, erklärt dieſer geſetzgebende Körper unter Uebernahme der aus dem in jenem Geſetz angewieſenen Fundus verhältnißmäßig entfallenden Laſt in der Ueberzeugung auch auf Siebenbürgen ausdehnen zu wollen, daß deren Wohlthaten ſich auch in dieſem Theile Ungarns durch ſchleunigſt ſich ergebende Reſultate zeigen werden.

XI. Landtags-Artikel.
Vom Salzpreiſe und den Salzquellen.

§ 1. Der Salzpreis ſoll in Folge der Union nicht erhöht werden.

§ 2. Die Salzquellen ſollen, in Gemäßheit vaterländiſcher Geſetze, zum freien Gebrauch dienen.

§ 3. Bis es möglich wird, über den Salzpreis eine landtägliche Anordnung zu treffen, wird es unterſagt, das Kleinſalz in das Waſſer zu werfen und der Preis dieſes Salzes ſoll durch das Miniſterium proviſoriſch möglichſt herabgeſetzt werden.

Digitized by Google

3 2044 021 581 756